3 1761 04365 7196

Die deutsche Ostmark

Westermann

Die deutsche Ostmark

Alle Rechte — auch die der Übersetzung — vorbehalten.
Der unbefugte Abdruck einzelner Abschnitte wird verfolgt.

Die deutsche Ostmark

Herausgegeben vom Deutschen Ostmarkenverein
unter Mitwirkung der Herren
Provinzialschulrat Bock-Posen, Oberregierungsrat von Both-Posen, Oberlehrer Braun-Graudenz, Bergassessor Dr. Geisenheimer-Kattowitz, Professor Dr. Ritter und Edler von Hoffmann-Düsseldorf, Professor Dr. Hötzsch-Berlin, Syndikus Dr. John-Danzig, Professor Könnemann-Posen, Privatdozent Dr. Krollmann-Schlobitten, Privatdozent Dr. Laubert-Breslau, Stadtbibliothekar Professor Dr. Minde-Pouet-Bromberg, Professor Dr. Pfuhl-Posen, Syndikus Pötschke-Weißensee, Dr. Preuß-Danzig, Kgl. Baugewerkschullehrer Raabe-Posen, Regierungsrat Ruge-Danzig, Geheimer Rat Professor Dr. Dietrich Schäfer-Berlin, Stadtbibliothekar Dr. Schwarz-Danzig, Professor Dr. Sonntag-Danzig-Langfuhr, Geheimer Regierungsrat Spetzler-Oliva †, Archivar Dr. Stephan-Danzig, Dr. Wagner-Posen, Archivdirektor Geheimer Archivrat Professor Dr. Warschauer-Danzig, Verbandsdirektor Dr. Wegener-Posen
Mit einem Geleitwort vom Kaiserl. Gesandten z. D. Raschdau
Mit 40 Bildertafeln, 3 Karten und 3 Textzeichnungen
1.—6. Tausend

1900

Oskar Eulitz' Verlag, Lissa i. P. 1913

Einbandzeichnung und Buchausstattung von J. V. Cissarz, Stuttgart

LIBRARY
JUL 1913

DD
491
P88D48

Die Drucklegung dieses Buches erfolgte nach den Plänen des Verlages. Den Druck besorgte die Buchdruckerei Oscar Brandstetter, den Einband die Großbuchbinderei Rost, Senf & Co., beide in Leipzig. Das Bild- und Textpapier lieferte die Firma Ferd. Flinsch, G. m. b. H., Berlin, die Druckstöcke zu den Abbildungen wurden in der Graphischen Kunstanstalt Müller, Siefert & Cie., G. m. b. H., Mannheim, hergestellt.

Volkstümliche Prachtwerke, die in den mannigfaltigsten Beziehungen über ein bestimmtes Land und seine Bewohner in Wort und Bild Aufschluß geben und das Verständnis und Interesse des Lesers für die geschilderte Gegend zu wecken suchen, kennt man bei uns fast nur für ausländische, womöglich recht fernliegende Bereiche. Indien, Japan, Ägypten sind es vorwiegend, die uns durch solche Prachtwerke veranschaulicht und näher gerückt werden. Das sonnige Italien mit seinen Natur- und Kunstschätzen hat verschiedene Darstellungen gefunden, selten aber die eigene Heimat. Hier werden nur ausnahmsweise und dann nur landschaftlich besonders hervorragende Gegenden, wie etwa das Rheinland, solcher Auszeichnung teilhaftig. Die von der Natur vielleicht weniger reich ausgestattete, deshalb aber doch an eigenartigen Reizen durchaus nicht arme Ostmark ist noch nicht zu solchen Ehren gelangt. Sie ist für Millionen Deutscher noch heute fast ein fremdes Land, in manchem Sinne „Ausland". Zwar haben die in den letzten Jahren wesentlich verbesserten Verkehrsverhältnisse und die Verlegung nationaler und internationaler Kongresse aller Art in die Hauptstädte der Ostmark diesen Teil des Deutschen Reiches beträchtlich weiteren Kreisen bekannt gemacht, aber für die übergroße Mehrzahl der Reichsdeutschen gilt doch der deutsche Osten auch heute noch für ein Stück Welt, das man nicht zu kennen braucht. So mancher Deutsche, der fast alle Staaten Europas mit eigenen Augen geschaut, weiß von diesem wichtigen Teile unseres Vaterlandes weder aus eigenem Augenschein noch aus aufklärenden Büchern. Jenseits der Oder beginnt für ihn die sarmatische, freudlose Steppe.

Ist dieses Vorurteil schon landschaftlich keineswegs berechtigt, so darf es vor allen Dingen unter nationalpolitischen Gesichtspunkten keinen Bestand haben. Mit gutem Grunde wird in deutschen Blättern dafür geworben, daß der Strom der deutschen Reisenden sich ergieße in solche europäische Gegenden, in denen das Deutschtum auf gefährdetem Außenposten steht, so namentlich in gewisse Teile der Donaumonarchie. Ungleich wichtiger noch ist es aber, die Deutschen aus dem Reich vertraut zu machen mit jenen Gebieten innerhalb der Reichsgrenzen selbst, in denen der Deutsche in heißem Kampfe um den Boden und um die Erhaltung seines Volkstums steht.

Diesem Zwecke, dieser unter vielfachen Gesichtspunkten bedeutsamen Aufgabe soll das vorliegende Werk dienen. Es soll die deutsche Ostmark in Nord und Süd und West unseres Vaterlandes bekannter und geschätzter machen, es soll auch in den Herzen der deutschen Ostmärker selbst die Liebe zur Heimat vertiefen. Hervorragende Fachmänner auf allen Gebieten der Landeskunde, die ihre Arbeit in den Dienst der Ostmark gestellt und dort zum größten Teile noch heute wirken,

haben sich vereinigt, um nicht nur Land und Leute in übersichtlicher Darstellung zu schildern, sondern auch einzudringen in die Gestaltung und die Nutzbarmachung des Landes, in die Sitten und Gewohnheiten, in die wirtschaftliche und künstlerische Betätigung seiner Bewohner. Gelegentlich wird über den engeren Rahmen der westpreußisch-posenschen Ostmark hinausgegriffen in die von gleichen Nationalitätenkämpfen erfaßten oberschlesischen Lande, die nicht nur für den Osten, sondern für ganz Preußen und für ganz Deutschland durch ihre hochentwickelte Industrie eine so bedeutsame wirtschaftliche Rolle spielen. Wenn sich in einzelnen Abhandlungen auch hie und da Wiederholungen vorfinden, so wird sie der Leser mit der Natur des Buches als eines Sammelwerkes entschuldigen. Bei der großen Zahl von Mitarbeitern und der Selbständigkeit ihrer Tätigkeit haben sich solche gleichartige Betrachtungen nicht ganz vermeiden lassen.

Der deutsche Ostmarkenverein, der auf den Rat unseres großen Staatsmannes im Jahre 1894 gegründet worden ist und sich zur Aufgabe gemacht hat, Verständnis und Interesse für die östlichen Teile unseres Vaterlandes in weitere Kreise zu tragen und damit dem bedrohten Deutschtum eine kräftige Stütze zu gewähren, hat in diesem Bestreben die Anregung zu dem vorliegenden Werke gegeben. Mit Genugtuung und lebhaftem Danke darf er feststellen, daß seinem Rufe nicht nur die Verfasser der nachfolgenden Aufsätze gern gefolgt sind, sondern auch, daß zahlreiche Freunde seiner großen Aufgabe sich sogleich bereit gezeigt haben, durch reiche Spenden das Unternehmen sicherzustellen und seine würdige Ausführung zu ermöglichen. Sie haben damit unserer vaterländischen Sache einen großen Dienst erwiesen.

Möge es denn den zu diesem Werke vereinigten Arbeiten gelingen, dem Boden, auf dem sich das heiße Ringen zwischen Deutschtum und Slaventum abspielt, und dessen Behauptung in sicherer deutscher Hand eine Lebensfrage für das Bestehen und die Wohlfahrt Preußens und des ganzen Deutschen Reiches ist, in der Wertschätzung der deutschen Landsleute innerhalb der schwarzweißroten Grenzpfähle die Beachtung zu erringen, die ihm gebührt. Möge dieses Buch darüber hinaus, gegenüber den Entstellungen und Mißdeutungen einer eifrigen Auslandspresse, vor aller Welt dartun, welche Kulturwerke und Kulturwerte das Deutschtum in der Ostmark in harter und unermüdlicher Arbeit geschaffen hat, und möge es endlich die Ostmarkdeutschen für ihren Teil ermuntern und anfeuern, tapfer auszuharren in der Wacht an der Warthe und Weichsel.

Berlin, Mai 1913.

Ludwig Raschdau.

Inhalt und Mitarbeiter.

Seite

Vorwort.
Von Kaiserl. Gesandten z. D. Ludwig Raschdau, Berlin V

Geschichtliche Einleitung.
Von Geheimen Rat Professor Dr. Dietrich Schäfer, Berlin 1
Mit 2 Einschaltkarten

Klimatologie.
Von Professor Wilhelm Könnemann, Posen 63

Geologie.
1. Wie der Boden des Landes Posen entstand. Von Professor Dr. Fritz Pfuhl, Posen 86
Bildertafel 1.
2. Der Boden Westpreußens. Von Professor Dr. Paul Sonntag, Danzig-Neufahrwasser 101
Bildertafel 2.

Pflanzen und Tierwelt.
1. Das Pflanzenkleid, das den Boden des Posener Landes schmückt. Von Professor Dr. Fritz Pfuhl, Posen . . . 119
Bildertafel 3.
2. Von der Pflanzen- und Tierwelt Westpreußens. Von Dr. Hans Preuß, Danzig 141
Bildertafel 4.

Land und Leute in den Provinzen Posen und Westpreußen.
Von Oberlehrer Fritz Braun, Graudenz 156
Bildertafel 5, 6.

Städtewesen.
1. Provinz Posen. Von Archivdirektor Geheimen Archivrat Professor Dr. Adolf Warschauer, Danzig 204
Bildertafel 7, 8.
2. Provinz Westpreußen. Von Archivar Dr. Walther Stephan, Danzig . 220
Bildertafel 9.

Die Bau- und Kunstdenkmäler der Ostmarken.
Von Privatdozent Dr. Christian Krollmann, Schlobitten 239
Bildertafel 10—13.

Die Land- und Forstwirtschaft.
Von Dr. Hermann Wagner, Posen . 270
Bildertafel 14—16.

Industrie und Handel.
1. Handel und Industrie in Posen und Westpreußen. Von Syndikus Dr. Wilhelm John, Danzig 330
Bildertafel 17—20.
2. Das Berg- und Hüttenwesen des oberschlesischen Industriebezirks. Von Bergassessor Dr. Paul Geisenheimer, Kattowitz 360
Bildertafel 21—24.

Handwerk und Gewerbe.
1. Wirtschaftsgeschichtliche Entwickelung. Von Syndikus Georg Poetschke, Weißensee 392
2. Staatliche Förderung. Von Geheimen Regierungsrat Oskar Spetzler, Oliva, und Königl. Baugewerkschullehrer Edmund Raabe, Posen . . . 401
Bildertafel 25.

Das Ansiedelungswerk.
Von Oberregierungsrat Heinrich von Both, Posen 420
Bildertafel 26—30.

Das Genossenschaftswesen.
Von Verbandsdirektor Dr. Leo Wegener, Posen 447
Bildertafel 31.

Verkehrswesen.
Von Regierungsrat Albert Ruge, Danzig 458
Bildertafel 32.

Seite

Unterrichtswesen.
Von Provinzialschulrat Wilhelm Bock, Posen 473
Bildertafel 33—35.

Kunst und Wissenschaft.
1. Posen. Von Stadtbibliothekar Professor Dr. Georg Minde-Pouet, Bromberg 515
Bildertafel 36 und 37.
2. Westpreußen. Von Stadtbibliothekar Dr. Friedrich Schwarz, Danzig . 530
Bildertafel 38.

Verfassung und Verwaltung.
1. Die geschichtliche Entwickelung. Von Privatdozent Dr. Manfred Laubert, Breslau 547
2. Der heutige Zustand. Von Professor Dr. Hermann Ritter und Edler von Hoffmann, Düsseldorf . . . 560

Nationalitätenkampf und Nationalitätenpolitik in der Ostmark.
Von Professor Dr. Otto Hötzsch, Berlin 567
Bildertafel 39 und 40.
Mit 1 Einschaltkarte.

Zeittafel, Gesamtzahl des polnischen Volkes, Literaturübersicht 624

Sachregister 628

Geschichtliche Einleitung.

Von Dietrich Schäfer.

Geschichtliche Entwicklung hat ihren Schwerpunkt im Völkerleben und dessen staatlicher Ausgestaltung. Sie wird demnach zunächst bestimmt von ethnographischen, von nationalen Bildungen, wenn in ihren Gang auch tausendfach andere Betätigungen menschlichen Seins, vor allem religiöse Überzeugungen, eingreifen. Kenntnis der nationalen und demnächst der religiösen Verhältnisse ist daher unerläßlich für geschichtliches Verständnis, sein vornehmstes Erfordernis.

Es ist dabei eine untergeordnete Frage, wie weit eine Nationalität auf Rasse beruht, besonders so weit diese sich in äußerlichen, rein körperlichen Merkmalen ausdrückt. Rassenreine Kulturvölker gibt es nicht. Wenn in einem hochentwickelten Volke die äußere Erscheinung, die als seine ursprüngliche gelten darf, sich in weiten Kreisen oder gar vorherrschend erhalten hat, so berechtigt das zu freudigem Stolze. Aber man darf nicht vergessen, daß es zahlreiche Fälle gibt, in denen Völker oder Volksteile, die ihre Nationalität mit Feuereifer vertreten, die äußere Erscheinung der Vorfahren, die sie als ihre Stammeltern ehren, kaum noch erkennen lassen. Wohin kämen wir, wenn wir nur diejenigen als Deutsche gelten lassen wollten, die der Schilderung des Tacitus genügen? Die heutigen Nationalitäten beruhen auf geistigen Eigenschaften, die vor allem in der Sprache und in der aus ihr sich ergebenden Bildung ihren Ausdruck finden. Der Übergang aus der ursprünglichen scharfen Sonderung hat sich im Laufe nicht nur von Jahrhunderten, sondern von Jahrtausenden vollzogen; er begann sicher schon in frühen und frühesten Zeiten menschlichen Daseins.

1. Verbreitung der Germanen.

Die Anfänge unserer geschichtlichen Kenntnis zeigen die europäischen Länder in wechselndem Besitz verschiedener Völkerschaften. Wenn die Schulbücher melden, daß die Völkerwanderung mit dem Einbruch der Hunnen beginne und mit der Festsetzung der Langobarden in Italien ihr Ende erreiche, so verlegen sie in zwei Jahrhunderte, was sich in Wirklichkeit in eben so vielen Jahrtausenden in fast ununterbrochener Folge vollzogen hat. Von den Zeiten der dorischen Wanderung bis zu den Wikingerzügen der Normannen füllt sich Europa mit Völkern ganz überwiegend indogermanischen Stammes. Gleich den heranrollenden Wogen des Meeres überfluten und verschieben sie, was sie vor sich finden. So erhalten die Länder hellenischer und römischer, dann diejenigen keltischer, germanischer, slawischer Kultur die Bewohner, die ihnen ihr geschichtliches Gepräge gegeben haben.

Den Germanen unter ihnen weist die neuere Forschung Ursprungssitze an, die sie zum Teil noch heute inne haben, norddeutsches Tieflandsgebiet und benachbarte

skandinavische Landstriche. Von dort haben sie sich, wie vor ihnen die Kelten, südwärts und westwärts ausgebreitet. Diese Bewegungen haben aber, als sie ihr Ende erreicht hatten, zu einem umfassenden Gewinn an Boden nicht geführt. Es saßen jetzt auch Germanen links vom Rhein; sie hatten das obere Deutschland vom Mittelgebirge bis zu den Alpen und einige Hochgebirgstäler gefüllt, auch den größten Teil von England besetzt; aber die Ebenen östlich der Elbe und Saale, die sie früher mindestens bis zur Weichsel, zeitweise weit darüber hinaus inne gehabt hatten, waren von ihnen geräumt. Aus dem weiten sarmatischen Steppenlande und dem großen Becken der mittleren Donau, aus der Heimat Ermanarichs und Theoderichs, wo deren Recken sich getummelt hatten, waren germanisches Leben und Treiben im 7. Jahrhundert unserer Zeitrechnung verschwunden.

Die ins römische Reich hinüber gezogen waren, haben Sprache und Lebensgewöhnung im fremden Volkstum verloren. Man pflegt das als den ältesten, wohl auch als den triftigsten Beleg anzuführen dafür, daß Deutsche leicht die angestammte Art aufgeben. Schon die Tatsache, daß von „Deutschen" in damaliger Zeit noch nicht die Rede sein kann, und daß, wenn man die Behauptung auf die Germanen ausdehnen wollte, die Angelsachsen den schlagenden Gegenbeweis liefern würden, sollte von solcher Auffassung abhalten. Es mag sein, daß gewisse germanische Stämme zu leichterer Anpassung an das Fremde neigten; die Goten und Vandalen, Sueven und Alanen, Burgunder und Langobarden, die Franken, soweit sie romanisch geworden sind, sie alle sind doch im fremden Volkstum aufgegangen, weil sie als geringe Minderheiten inmitten einer in Lebenshaltung und literarischer Bildung weit überlegenen Kultur standen. Was ihre eigentliche Stärke ausmachte, haben sie bewahrt. Ihre kriegerische Kraft und ihre politische Veranlagung haben sie befähigt, als Herrschende die Unterworfenen zu einer neuen Staats-, Rechts- und Gesellschaftsordnung hinüberzuführen, die nicht nur den Gang der mittelalterlichen, sondern auch den der neueren Geschichte bestimmend beeinflußt hat. Die „Völkerwanderung" hat die Staatseinrichtungen, das Rechtsleben, das Ständewesen der europäischen Völker auf germanische Grundlagen gestellt.

2. Das Reich der Deutschen.

Den Germanen, die ihr Volkstum völlig bewahrten, blieb nach den Stürmen der Übergangszeit, abgesehen von den Wohnsitzen der Angelsachsen und der Nordmannen, nur ein beschränktes Gebiet in Mitteleuropa. Was links vom Rhein und südlich vom Main gewonnen worden war, glich räumlich den Verlust nicht aus, den man im Nordosten erlitten hatte. Es wurde für das Schicksal dieser Lande und Stämme, ja Europas und der Welt entscheidend, daß Karl der Große die Sachsen und die Baiern hinein zwang in sein fränkisches Staatswesen. Wer in diesem Vorgehen nichts als brutale Gewalttat zu erblicken vermag, der beweist damit seine geschichtliche Urteilslosigkeit. Allein dem klaren und festen Willen

Karls des Großen verdanken wir es, daß nach dem Zerfall des Karolinger-Reiches die gesamten festländischen germanischen Stämme sich zu einem einheitlichen deutschen Staate zusammenschließen ließen, der übrigens von den romanischen Reichsteilen keineswegs national säuberlich geschieden war. Die Grenze zwischen Frankreich und Deutschland ist in keinem Zeitpunkt der Geschichte durch die sprachlichen Unterschiede bestimmt worden. Es haben so ziemlich zu allen Zeiten deutsch sprechende Leute zum französischen, französisch sprechende (diese allerdings meist in weit größerer Anzahl) zum Deutschen Reiche gehört. Auch die Territorien, die sich an den Grenzen der beiden Reiche entwickelt haben, sind stets zweisprachig gewesen, sind es, zu Staaten entwickelt, heute noch. Nie und nirgends ist die Sprachgrenze in unserem Westen eine politische Grenze geworden. Aber die deutschen Völkerschaften bildeten doch nun seit Ludwig dem Deutschen ein Staatswesen, dem sie das Gepräge gaben. Wenn man sich erinnert, daß die skandinavischen Völker trotz geringerer nationaler Unterschiede das nicht erreicht haben, so erkennt man die Bedeutung der Einsicht und Tatkraft Karls des Großen.

Es war ein mäßiger Streifen Landes, den die deutschsprechenden Stämme damals bewohnten. Er lehnte sich im Norden breit an das „Deutsche Meer", dessen gesamte Dünenküste neben einem Teil der Kreideküste des Kanals von Boulogne bis zur Eider hin sie inne hatten. Weniger ausgedehnt war im Süden die Berührung mit den Alpen; sie reichte vom oberen Aaregebiet bis zur Salzach. Alles in allem besaß man etwa die Hälfte desjenigen Landes, das die deutschsprechenden Bewohner Mitteleuropas heute ihre Heimat nennen. Die andere Hälfte sollte ihnen erst die Zukunft bringen.

Der neue Boden ist nicht im Westen gewonnen worden. Dort war von vornherein das kerndeutsche Flandern, das Land links der Schelde, bei Frankreich geblieben; es hat auch in der Folgezeit nie zum Deutschen Reiche gehört. Weiter haben sich an der Westgrenze Reichsangehörige deutschen Stammes politisch abgesondert, die Niederländer, zu den Flanderern weitere Belgier, die deutschen Eidgenossen, ganz neuerdings noch die Luxemburger. Die sich so staatlich lösten, haben ihre Sprache bewahrt, beziehungsweise weiter entwickelt. Ihre Abtrennung ist auch nicht erfolgt aus irgendwelchen sprachlichen oder überhaupt Bildungsgründen. Sie hat sich allein vollzogen auf Grund rein staatsgeschichtlicher Hergänge, ganz überwiegend als Ergebnis rein dynastischer Betätigung. So ist die französisch-deutsche Sprachgrenze in dem Jahrtausend, das seit der Karolingerzeit verfloß, bis auf unerhebliche Verschiebungen unverändert geblieben trotz der Schmälerung der Reichsgrenze. Es ist eine weit verbreitete, aber völlig grundlose Vorstellung, daß das Deutsche als Volkssprache im Westen jemals wesentlich weiter gereicht habe als in der Gegenwart.

Etwas günstiger verlief die Entwicklung im Süden. Im Gebiet des Rheines, des Inns und der Etsch hat sich das Deutschtum vorgeschoben. Eine Sprachenkarte läßt die Festigkeit der deutsch-französischen Nationalitätsgrenze auf den ersten Blick erkennen; sie ist eine geschlossene Linie, kennt weder Enklaven noch

Exklaven. Vom rhäto-romanischen und italienischen Wesen sind wir nicht so glatt geschieden. Unser Gewinn liegt zum Teil außerhalb der Hauptscheidelinie der beiden Sprachgebiete, so in Graubünden, in Südtirol, im Venetianischen. Er ist aber im Verhältnis zum Ganzen nicht erheblich.

Wenn der größere Teil des Besitztums, das die deutsche Sprache heute ihr eigen nennt, außerhalb der Schranken liegt, die ihr um 900 gesetzt waren, so hat das seinen Grund mit erdrückendem Übergewicht im erfolgreichen Vorrücken nach Osten. Diese unleugbare Tatsache sollte warnen vor der Redensart: Zug nach dem Westen, deren äußerst beschränkte Berechtigung wohl wenigen klar ist, die sie im Munde führen. Die Frage nach den Ursachen dieser Entwicklung sei schon jetzt dahin beantwortet, daß man es im Westen und Süden mit Nachbarn zu tun hatte, die so ziemlich in allem und jedem auf gleicher oder selbst höherer Bildungsstufe standen, im Osten mit Völkerschaften, die erst allmählich in die abendländische Kultur hineingewachsen sind.

3. Deutsche Ausbreitung nach Osten.

a) In Oberdeutschland.

Als mit Heinrich I. das sächsische Haus der Ludolfinger an die Spitze des Reiches trat und durch seine beiden ersten Vertreter den deutschen Staat neu begründete, schied eine Linie von der Kieler Bucht bis zu den Hohen Tauern und über sie hinüber ins Pustertal Slawen und Deutsche. Man pflegt in der Regel die in den Kieler Hafen fließende Swentine, den Sachsenwald, die Elbe, Saale, Schwarza, Regnitz und Böhmer Wald als Grenze anzugeben, bezeichnet damit aber mehr den Wirkungsbereich deutscher Staatsmacht als die Siedelung deutscher Leute. Slawen sind in nicht geringer Zahl, zum Teil auffallend weit vorgeschoben, westlich dieser Linie nachweisbar, Deutsche ostwärts nicht. Im „hannoverschen Wendland" des Regierungsbezirks Lüneburg sind die letzten slawischen Laute erst im 18., vielleicht gar erst im 19. Jahrhundert verklungen. Den Wechsel der Verhältnisse richtig zu erfassen, möge man sich vergegenwärtigen, daß von der Bevölkerung des jetzigen Deutschen Reiches mehr als zwei Fünftel, gut 28 von 65 Millionen, auf Boden wohnen, den vor einem Jahrtausend Slawen inne hatten, und daß von den heute in Mittel-Europa wohnenden deutschsprechenden Leuten (Reichsdeutschen, Österreichern und Schweizern) ziemlich die Hälfte, 36 von 75 Millionen, eben solche Wohnsitze ihre Heimat nennt.

In der Entwicklung, die zu diesem Ergebnis geführt hat, sind Norden und Süden, bezeichnender ausgedrückt Sachsen und Baiern, deutlich zu scheiden. Man kann noch auf das Vordringen der Mitte hinweisen, wobei dann Thüringer und Franken besonders hervortreten; aber die Entscheidung liegt bei den erstgenannten Stämmen und ihren Führern.

Zeitlich voran gehen die Baiern. Sie sind gegenüber den Sachsen das ältere Kulturvolk; wohl anderthalb Jahrhunderte früher sind sie dem Christentum gewonnen worden, und ihre Verbindung mit dem fränkischen Reiche ist noch älter.

Vor den Frankenherrschern hat der Baiernherzog Theodo Beziehungen zum römischen Stuhl geknüpft (716). Eine um 870 verfaßte Schrift trägt den Titel „Bekehrung der Baiern und Kärntner“ und sucht die Rechte der Salzburger Kirche an den Missionsgebieten des Ostens und Südostens gegenüber entgegenstehenden Anordnungen der römischen Kirche nachzuweisen. Wir verdanken ihr wertvolle Aufschlüsse über die Christianisierung besonders der Slawen (Karantanen) in den Tälern der Ostalpen; mit der Christianisierung aber ging die Germanisierung Hand in Hand, teils durch Einwanderung, teils durch Gewöhnung an Sprache und Art des höher stehenden Volkes, das zugleich Träger staatlicher Herrschaft war. Vereinzelt, wie am Wiener Wald, haben auch fränkische Siedler mitgewirkt. So ist bis zum 11. Jahrhundert im Gebiet der Donau und Drau und der Zuflüsse beider das Deutschtum wohl schon so weit abwärts getragen worden, wie es sich heute erstreckt. Seine Verbreitung ist die Grundlage geworden für die Abgrenzung der Lande Österreich und Steiermark vom Nachbarreiche Ungarn. Auch im Herrschaftsgebiet der Arpadssöhne haben sich, seitdem die Könige Geisa und Stephan der Heilige um das Jahr 1000 das Christentum zur Herrschaft gebracht hatten, zahlreiche deutsche Zugewanderte (Gäste, hospites) niedergelassen, im ganzen Pannonien bis zum Zusammenflusse von Drau und Donau hin.

Dabei handelt es sich nicht um irgend welchen Kriegszwang. In der Zeit, da Karl der Große die fränkische Herrschaft in Oberitalien aufrichtete, und noch einige Jahrzehnte später hören wir von Ansätzen zu staatlichem Zusammenschluß bei den südslawischen Nachbarn und von kriegerischen Zusammenstößen mit den fränkischen Grenzgrafen. Für die Germanisierung der Gebiete zwischen Donau und Drau kommen diese Hergänge nicht in Betracht; der Wirkungsbereich der bairischen und kärntnischen Herzöge hat sich bald unbestritten bis gegen die Adria hin erstreckt. Soweit Kriegsstürme diese Gegenden heimsuchten, wehten sie fast ununterbrochen von Osten her, zunächst von den Avaren, dann in wildester Heftigkeit von den Magyaren ausgehend. Nicht kriegerische Überlegenheit, wohl aber staatliche Veranlagung und frühere und innigere Fühlung mit der abendländischen Kultur haben das Übergewicht der Deutschen in diesen Gebieten entschieden. Soweit ihre Bewohner Slawen blieben, sind sie bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts, bis auf das Erstehen einer „slowenischen“ Nationalität, selbstverständliche und willige Angehörige deutscher staatlicher und geistiger Bildung gewesen.

Anders verliefen die Dinge im nördlichen Teile des deutschen Südens, in den Landen zwischen Donau und dem „vandalischen Gebirge“, der langen Mittelgebirgskette, die sich von der obersten Saale und Elster bis zu den Quellen der Oder und Weichsel hin erstreckt. Hier entstand in den böhmisch-mährischen Landen, in den alten Sitzen der keltischen Bojer, dann der germanischen Markomannen und Quaden, das früheste slawische Staatswesen, von dem die Geschichte zu berichten weiß, das tschechische. Der Franke Samo aus dem Hennegau hat es nicht lange nach Beginn des 7. Jahrhunderts begründet. Die geographische Geschlossenheit des Gebiets hat die Bildung offenbar begünstigt. Ludwig der Deutsche, dessen

Macht sich vor allem auf Baiern gründete, hat vermocht, es in eine gewisse Abhängigkeit zu bringen, nicht aber, das Entstehen des „großmährischen" Reiches unter Rastislaw und seinem Neffen Suatopluk zu verhindern. Die Magyaren haben diesem Reiche, das sich zeitweise seinen deutschen Nachbarn unbequem genug gemacht hatte, 906 ein Ende bereitet.

Von einem böhmischen Herzogtum, das an seine Stelle getreten ist, hören wir unter Heinrich I. Die Ermordung Wenzels, der Böhmens Nationalheiliger geworden ist, durch dessen Bruder Boleslaw rächend, hat der erste Sachsenkönig eine Oberherrschaft über das Land aufgerichtet (929). Sie ist nach seinem Tode abgeworfen, 950 aber durch Otto I. erneuert worden. Seitdem ist Böhmens Herzog ununterbrochen ein Lehnsmann des Deutschen Reiches gewesen, heerespflichtig wie andere Vasallen des Königs und Kaisers. In der Ungarnschlacht von 955 war unter den acht „Legionen" Ottos I. eine böhmische. Doch hatte der böhmische Herzog eine andere Stellung als die Inhaber der deutschen Herzogtümer. Seine Würde war erblich und wurde, wenn sie erledigt war, nach Landesbrauch, nicht durch den König, neu besetzt. Die deutschen Könige haben oft mit Heeresmacht eingegriffen, die Nachfolge zu ordnen, wenn innere Streitigkeiten sie fraglich machten, zuletzt Lothar der Sachse 1127; das hat aber an der staats- und völkerrechtlichen Stellung des böhmischen Landes und seiner angestammten Fürsten, denen Friedrich Barbarossa 1157 die Königswürde verlieh, nichts geändert, vor allem auch die Verbreitung des Deutschtums im Lande in irgend nennenswerter Weise nicht gefördert. Im Gegenteil haben diese Beziehungen es den böhmischen Herzögen und Königen, die besonders Heinrich IV. im Kampfe mit seinen zahlreichen Gegnern und Friedrich Barbarossa in seinen italienischen Unternehmungen wertvolle Stützen gewesen sind, möglich gemacht, zeitweise ihre Macht über ihre Grenzen hinaus auszudehnen, besonders über das Erzgebirge nach Meißen, aber auch nach Süden gegen Markgrafschaft, dann Herzogtum Österreich.

In der Vertretung des deutschen Einflusses in Böhmen arbeiteten Sachsen und Baiern zusammen. Beide Stämme waren durch weit gedehnte, so gut wie völlig unbewohnte Waldgebirge von ihren tschechischen Nachbarn getrennt. Diese Gebirge, Erzgebirge und Böhmer Wald, wie ihn die gelehrte Geographie, bairischer Wald, wie der Volksmund der Eingesessenen ihn benennt (die übliche geographische Unterscheidung von bairischem und Böhmer Wald ist an Ort und Stelle unbekannt), sind heute ausschließlich von Deutschen bewohnt. Es gibt in ihnen keine tschechischen Ortschaften und, was besonders betont werden muß, es hat in ihnen tschechische oder sonstige slawische Ortschaften nie gegeben. Die Deutschen sind die ersten Siedler, die den Boden, auf dem sie sich anbauten, aus der Wurzel heraus rodeten und urbar machten. In der Gestaltung der Landesgrenzen hat die staatliche Übermacht der Deutschen Ausdruck gefunden; die sächsisch-böhmische verläuft auf dem Kamme des von Norden her langsam ansteigenden Erzgebirges, dicht neben dem rasch sich vollziehenden Absturz nach Süden, die bairisch-böhmische läßt den ganzen Kamm des Gebirges und seine höchsten und

markanteſten Erhebungen Arber, Rachel, Oſſer, Luſen auf der deutſchen Seite, für die Beſiedlung dieſer Gebiete mit Deutſchen iſt die Landeshoheit aber nur von nebenſächlicher Bedeutung geweſen.

Die Rodungen im Erzgebirge ſind beſonders angeregt und gefördert worden durch die im 12. Jahrhundert einſetzenden reicheren Silberfunde; auch auf der bairiſchen Seite iſt Bergbau für die Beſiedlung des Zwiſchengebietes nicht ohne Bedeutung geblieben. Damit war ſchon eine Überlegenheit der Deutſchen gegeben; denn Bergmannſchaft iſt überall in tſchechiſchen wie auch in ungariſchen und polniſchen Landen erſt durch ſie heimiſch geworden. Soweit der Landbau ihr folgte, waren naturgemäß Deutſche ſeine Träger. So waren es wirtſchaftliche, nicht kriegeriſche Eigenſchaften, die den Deutſchen einen Vorſprung gaben. Daß dabei die Landeshoheit wenig in Frage kommt, beweiſt die Tatſache, daß zu beiden Seiten der Landesgrenzen die gleichen Vorgänge ſich abſpielen. Nirgends ſind in der mittelalterlichen Zeit Tſchechen unter deutſchen Landesherren angeſiedelt worden, wohl aber auf völkerrechtlich böhmiſchem Boden Deutſche in noch größerer Zahl und in noch ausgedehnteren Wohnſitzen als unter den eigenen Herren. Sie ſind gerufen worden von den böhmiſchen Regenten, die doch ſlawiſchen Blutes waren wie ihre angeſtammten Untertanen, und von tſchechiſchen Großen und einheimiſchen Klöſtern. So hat das Deutſchtum die geſamten Grenzgebiete des Landes gewonnen von der Paſſauer über die Egerer bis zur Glatzer Gegend hin, die es noch heute inne hat, und die Sprachinſeln an der böhmiſch-mähriſchen Grenze und in Mähren ſelbſt, um die es zurzeit ſo ſchwere Kämpfe beſteht. In all dieſen Landen hat der Deutſchböhme oder der Deutſchmährer genau das gleiche Recht auf den Boden wie ſein tſchechiſcher Landsmann; er hat ihn dieſem nicht abgenommen, ſondern unter gleichen Bedingungen erworben, in der erdrückenden Mehrzahl der Fälle, ohne daß früher ein Anbauer vorhanden war.

Neben Baiern und Sachſen haben ſich auch Franken an der Einwanderung beteiligt, dieſe durch den bequemſten Zugang, den Böhmen ſeit alter Zeit von deutſcher Seite her bietet, über das Tafelland des ſogenannten Fichtelgebirges hinweg durch das reichsdeutſche, bis auf Ottokar II. nicht zu Böhmen gehörige Egerland (Vogtland) hinein in die mittelböhmiſche Ebene. Der bedeutendſte und bekannteſte der Przemyſliden, Ottokar II., der 1278 auf dem Marchfelde Rudolf von Habsburg erlag, iſt zugleich wohl der eifrigſte Förderer deutſcher ſtädtiſcher und ländlicher Koloniſation geweſen, ein ſo eifriger, daß fraglich ſein kann, ob Rudolfs Sieg über ihn und die Aufrichtung der habsburgiſchen Macht im Oſten der Verbreitung des Deutſchtums mehr förderlich oder hinderlich geweſen iſt. Ein anderer Ausgang der Entſcheidungsſchlacht hätte möglicherweiſe Böhmen den Weg Schleſiens gehen laſſen, welches Nachbarland doch ſo viel weniger für deutſchen Einfluß offen lag als Böhmen.

b) In Niederdeutſchland.

Viel ſpäter als in der ſüdlichen Hälfte unſeres Vaterlandes haben ſich die entſcheidenden Wendungen in den weiten Gebieten der nordoſtdeutſchen Tiefebene

vollzogen. Sie setzen hier erst ein zu einer Zeit, wo im Süden der Ausgang festgelegt war, um die Mitte des 12. Jahrhunderts. Die wasserreichen Flüsse, die diese Gegenden durchströmen, die breiten sie begleitenden Niederungen, umfangreichen Seen und Sumpfstrecken, dazwischen ausgedehnte, vielfach moorige Waldungen machten das scheinbar offene Gelände unwegsam; der zum großen Teil dürftige Boden lockte nicht allzusehr zur Neusiedelung. Auch kommt in Betracht, daß die Kultur des deutschen Nordens um Jahrhunderte jünger ist als die des Südens. Als bairische Herzöge schon begannen zu christianisieren und zu kolonisieren, steckte das Sachsenland noch tief im Heidentum und entbehrte jeder einheitlichen Zusammenfassung seiner Kräfte. Rechnet man von der Bekehrung der Sachsen an, so beginnt die Betätigung ostwärts nicht viel weniger rasch als beim bairischen Stamme.

Sie setzt mit Heinrich I. ein. Karl der Große hat nicht mehr erstrebt und erreicht als Deckung der Grenzen. Den Osten Holsteins hat er sogar durch Verpflanzung sächsischer Leute den Slawen geöffnet. Als Heinrich I. König wurde, war die slawisch-deutsche Grenze, wie sie oben beschrieben wurde, noch unverrückt. Zunächst der Ostsee wohnten im östlichen Holstein Wagrier, im heutigen Lauenburg Polaben, in Meklenburg Obotriten, weiter ostwärts bis zur Oder hin im vorderen Pommern, auf Rügen und in der Ukermark Rugianer und Liutizen. Die südwärts anstoßenden Völkerschaften im heutigen Brandenburg diesseits der Oder und in Teilen der Provinz Sachsen pflegt man unter dem Namen der Wilzen zusammenzufassen, die noch weiter südwärts vom Fläming bis zum Gebirge hin wohnenden unter dem der Sorben. In der Zeit seines neunjährigen Waffenstillstandes mit den Ungarn (924—933) hat Heinrich I. sie sämtlich, wie auch die Böhmen, seiner Herrschaft unterworfen.

Diese Herrschaft ist unter seinem Sohne Otto I. aufrecht erhalten worden. Er hat ihr festere Formen gegeben, die auch nie ganz wieder verschwunden sind. Er hat Markgrafen eingesetzt, im Norden den Sachsenherzog Hermann, den Stammvater der sogenannten Billunger, im Süden den tapferen Gero, dessen Andenken Gernrode am Harz und die wundervolle altromanische Krypta seiner Kirche bewahren. Für die kirchliche Ordnung der beherrschten Gebiete hat Otto durch die Errichtung des Erzbistums Magdeburg (968) den dauernden Grund gelegt. Die eingesetzten Bischöfe waren teils Suffragane dieses, teils des Hamburg-Bremer Erzbistums.

Was so geschaffen wurde, hat fast 200 Jahre um seinen Bestand ringen müssen, ehe es zu voller Geltung kam. Die nördlichen und mittleren Bischofssitze sind für lange Zeit völlig verwaist gewesen, so daß Magdeburg nur die Suffragane Merseburg, Zeitz-Naumburg und Meißen, Hamburg-Bremen überhaupt keine besaß. Geblieben ist aber die Markgrafen-Stellung. Sie ist nach Geros Tode (965) unter verschiedene Inhaber geteilt worden und hat allmählich aus ihrem ursprünglich persönlichen einen territorialen Charakter erhalten. So sind die sächsische Nordmark (die spätere Altmark), die sächsische Ostmark (Lausitz), die

Mark Meißen entstanden. Die größeren Amtsbezirke und die ausgedehnteren Befugnisse haben ihre Inhaber zu besonders mächtigen Reichsfürsten werden lassen. Es ist nicht Zufall, daß die deutschen Großmächte an unseren Ostgrenzen erwachsen sind, Österreich aus der bairischen Ostmark, Brandenburg-Preußen aus der sächsischen Nordmark, das Haus Wettin, das ja lange mit den Askaniern, Habsburgern und Hohenzollern wetteiferte, als Inhaber der Markgrafschaft Meißen, mit der es 1240 die Landgrafschaft Thüringen, 1423 das Herzogtum Sachsen-Wittenberg hat vereinigen können.

Wenn die Herrschaft, welche die beiden ersten sächsischen Könige über die Slawen zwischen Saale, Elbe und Oder ausübten, unter ihren Nachfolgern sich lockerte, ja zeitweise fast verloren schien, so gaben den nächsten Anlaß die Ansprüche, die Otto I. auf Italien und Burgund erworben hatte, und die Beziehungen, in die er 962 durch die römische Kaiserkrönung zum Papst getreten war. Sie haben die deutsche Politik überwiegend in Anspruch genommen und zu den schweren Kämpfen des 11. und 12. Jahrhunderts geführt, die unsere Geschichte so unheilvoll beeinflußt und ihre Wirkung bis auf den heutigen Tag geübt haben. Zu beachten ist aber auch, daß der Gegner, den man bezwingen wollte und bezwingen mußte, wenn die Sachsen im eignen Lande Ruhe haben wollten, kein ganz unebenbürtiger war. Der Korveier Mönch Widukind, der uns über die Taten der ersten Sachsenkönige am eingehendsten und besten unterrichtet, sagt von den slawischen Völkerschaften zwischen Elbe und Oder, daß sie lieber alles Elend ertragen, als die Freiheit missen möchten. Sie seien tapfer, zäh und ausdauernd in Ertragung von Beschwerden aller Art, unermüdlich und dabei mit der geringsten Kost zufrieden. „Leicht erscheint ihnen, was wir nur unter Stöhnen und Seufzern aushalten.“ Er fügt aber auch hinzu, daß sie nicht gern etwas für das Gemeinsame tun, durch harte Hand gezwungen werden müssen, brauchbar zu sein; sonst seien sie geneigt, ihren eigenen Wünschen ungehindert Raum zu geben; daher herrsche bei ihnen Uneinigkeit. Es ist eine Charakteristik, deren Berechtigung die Ereignisse eines Jahrtausends nicht erschüttert haben. Mit ihr sind auch die Schwierigkeiten gekennzeichnet, die sich der Ausbildung festerer und umfassenderer Staatsgewalten bei unseren Nachbarn so oft in den Weg gestellt haben. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Kriege mit den Wenden dieser Gegenden nicht vom Deutschen Reiche, sondern ausschließlich und allein von den Sachsen und da auch wieder nur von ihrem östlichen Teile (aus Gebieten links der Weser sind Teilnehmer an diesen Kämpfen nur ganz vereinzelt nachweisbar) geführt worden sind, so wird verständlich, daß es durch ziemlich anderthalb Jahrhunderte zweifelhaft war, ob die mittleren und nördlichen Lande zwischen Elbe und Oder deutsch werden oder den Bewohnern verbleiben sollten, die sie nach den abziehenden Germanen einst besetzt hatten.

Es ist gegen Otto I. in unseren Tagen gelegentlich der Meinungsverschiedenheiten zwischen Groß- und Kleindeutschen der Vorwurf erhoben worden, daß er über seiner italienischen und römischen Politik die Pflichten gegen die Heimat versäumt habe. Er habe die wendischen Nachbarn nicht nur tributpflichtig machen, sondern auch germanisieren sollen.

Dieser Tadel ist noch weniger berechtigt, als wenn man auf Grund der angeführten Nachteile ein abfälliges Urteil über die ganze mittelalterliche Kaiserpolitik unserer Könige fällen wollte. Der Gedanke, ein unterworfenes Volk fremder Nationalität gewaltsam in die eigene, in deren Sprache und Recht, hinein zu zwingen, lag der Zeit völlig fern. Er ist nirgends nachzuweisen; er ist ganz modern. Zum friedlichen Germanisieren hätten aber Kolonisatoren gehört, die das neue Volkstum hätten vertreten und durch kulturelle Überlegenheit zum Anschluß hätten bewegen können. An dafür brauchbaren Elementen fehlte es dem sächsischen Stammesgebiet im 10. Jahrhundert und noch lange später vollständig. Es hatte in seinem weitaus größten Teile keinen Überfluß an Menschen. Aus dem dichter bewohnten Gebiet der Unstrut-Gegenden, die sich ja eines besonderen Bodenreichtums erfreuen, hat die Siedelung ostwärts früh begonnen, noch im 10. Jahrhundert über die Saale hinüber, im 11. weiter über die Elster und Mulde hinweg bis zur Elbe und darüber hinaus. Sie wird hier nicht durch die Könige, sondern durch die Landesgewalten und Bodenbesitzer geleitet und hat zur Folge gehabt, daß in diesen Gebieten die deutsche Vorherrschaft und mit ihr das Christentum nach Ottos I. Tagen kaum noch ernstlich in Frage gestellt worden sind. Weiter nördlich aber, so ziemlich überall rechts der Elbe und der Elster herrschten bis zur Mitte des 12. Jahrhunderts hin wendische Unabhängigkeit und Heidentum.

4. Reich und Landesfürsten in ihrer Bedeutung für die Kolonisation.

An der Schwelle der neuen Zeit stehen die Namen Heinrich der Löwe und Albrecht der Bär. Sie bezeichnen einen der wichtigsten Wendepunkte unserer Geschichte, das Emporkommen des Landesfürstentums und sein Eintreten in Aufgaben, die das Königtum nicht löste.

Wenn die Zentralgewalt hier versagte, so hat das seinen Grund in Hergängen, welche die übliche Geschichtsauffassung nicht richtig zu verstehen pflegt. Unsere Vorstellungen von mittelalterlicher deutscher Kaiserherrlichkeit weilen mit besonderem Wohlgefallen bei den Staufern. An der persönlichen Größe Friedrich Barbarossas können Zweifel nicht bestehen, und er verdient in vollem Maße die staunende Bewunderung, die ihm von Zeitgenossen und dann wieder besonders im 19. Jahrhundert als dem verkörperten Sinnbild der deutschen Einheitsbestrebungen gezollt worden ist. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß die Verbindung seines Hauses mit der deutschen Krone, wie sie sich vollzogen hat, eine unheilvolle Wendung unserer Geschichte darstellt. Sie hätte ihr zum Segen gereicht, wäre sie geschehen in unmittelbarem Anschluß an die Regierung der fränkischen (salischen) Könige, deren berechtigte Erben durch Verwandtschaft und Stellungnahme die Staufer waren. Wäre Friedrich von Schwaben, Friedrich Barbarossas Vater, 1125 als Nachfolger Heinrichs V., dessen Schwager er war, König geworden, so hätte das Deutschland mächtig gefördert. Die Vereinigung des salischen und staufischen Gutes hätte es ermöglicht, eine starke Königsmacht auf-

recht zu erhalten. Als Friedrichs Bruder Konrad nach Kaiser Lothars Tode durch eine Handvoll Fürsten mittelst dreister Vorwegnahme der Wahl, gleichsam durch einen Putsch, König wurde (1138), lag die Sache anders. Der zur Krone Nächstberechtigte war Lothars Schwiegersohn, der Welfe Heinrich der Stolze, von dessen Macht schon die Zeitgenossen sagen, daß sie von Meer zu Meer, will sagen von der Nordsee bis zum Adriatischen und Tyrrhenischen Meere, reichte, und der nicht nur Inhaber der beiden mächtigsten Stammesherzogtümer, Sachsens und Baierns, sondern auch der großen und reichen mathildischen Güter in Ober- und Mittel-Italien war.

In beiden Fällen ist der verhängnisvolle Mißgriff vollzogen worden durch skrupellose und geschickte Handhabung des kirchlichen Einflusses, der sich die fürstlichen Interessen dienstbar zu machen wußte. Daß es sich aber um beklagenswerte Fehlgriffe handelte, zeigt ein Blick auf die Regierungszeit des Sachsen Lothar und der beiden ersten Staufer. Als Sachse hat Lothar dem Nordosten wieder gesteigerte Aufmerksamkeit zugewandt. Er hat schon als Herzog (1106) die Schauenburger aus dem Wesertale als Grafen nach Holstein versetzt, das Geschlecht, das dann die Unterwerfung und Bekehrung der Wagrier alsbald begonnen und das Gebiet, das einst die Sachsen auf Befehl Karls des Großen hatten räumen müssen, ihnen wieder gewonnen hat. Es hat später deutschen Einfluß und deutsche Art weit hinein in die jütische Halbinsel getragen. Lothar ist auch der erste deutsche König gewesen, der Beziehungen über die Ostsee hinweg zur Insel Gotland, dem damaligen Mittelpunkt des baltischen Verkehrs, angeknüpft hat. Dem Erzbistum Magdeburg hat er in Norbert, dem Begründer des Prämonstratenser-Ordens, einen seiner bedeutendsten Erzbischöfe und neuen Glanz gegeben.

Erben der Macht Lothars und seiner Traditionen waren die Welfen. Hätte Heinrich der Stolze an Stelle Konrads 1138 den deutschen Thron bestiegen, so wären die Interessen von Hausmacht und Königsstellung zusammengefallen; sie hätten ihre Stärkung im Nordosten suchen müssen, wo ungelöste Aufgaben zur Betätigung geradezu herausforderten. Der Staufer Konrad mit seinem bescheidenen Besitz mußte sich als König an der Niederhaltung der rivalisierenden Welfen abmühen, ohne doch zu vollem Erfolge zu gelangen. Als er 1152 starb, konnte sein Neffe Friedrich Barbarossa seine Wahl durchsetzen — so rasch, wie es sonst in der deutschen Geschichte nicht vorgekommen ist —, weil er in dem Gegensatz der beiden Familien eine Mittelstellung eingenommen hatte. Seine Blicke richteten sich aber alsbald auf Italien, das vor den Toren Schwabens lag; an Sachsens Grenzen hätte er seine Macht nur erweitern können durch Niederkämpfung der dortigen Großen, vor allem Heinrichs des Löwen. Dem Einvernehmen mit diesem mächtigsten der Fürsten verdankte er den Thron; mit ihm hat er durch zwei Jahrzehnte und länger gute Beziehungen unterhalten, um seiner Hilfe jenseits der Alpen froh zu werden. Auf weiser und kräftiger Ausnutzung seiner Rechte an den Bistümern, die den großen Reservefonds deutscher Kaisermacht in der Zeit ihrer Blüte darstellen, und auf gutem Verhältnis zu den angesehensten Reichsfürsten, denen Friedrich die Bewegungsfreiheit nicht wesentlich einschränkte, beruht

überhaupt seine italienische Politik. So ist es gekommen, daß die Germanisierung des Nordostens den Territorialfürsten zufiel. Es ist gar nicht auszudenken, was es für Deutschland bedeutet haben würde, wenn hier Königs- und Fürsteninteresse das gleiche gewesen, Reichs- und Territorialmacht in der Hauptsache hier zusammengefallen wären. Deutschlands Entwicklung zu einem Einheitsstaate wäre wohl ins 12. Jahrhundert, früher noch als die Frankreichs, gefallen anstatt ins 19. und hätte sich in ungeschmälertem Umfange vollzogen, so weit im Westen, Süden und Südosten damals anerkannte deutsche Herrschaft reichte, nicht mit einem Bruchstück unseres Volkes. Einzelhergänge haben doch oft entscheidend eingegriffen in den Gang der Weltgeschichte!

Die Dinge haben leider einen anderen Lauf genommen. Und da bleibt es nun unter allen Umständen ein leuchtendes Verdienst der deutschen Territorialgewalten, daß sie im Nordosten wie schon vorher im Südosten in die Lücke traten, die das Reich lassen mußte. Herzog Heinrich der Löwe gilt als der Slawenbezwinger. Er war es, der ihre kräftigsten Stämme, die Bewohner der lauenburgischen, mecklenburgischen und vorpommerschen Gebiete, bis zur Oder hin dauernd deutscher Führung unterordnete. Sein Geschichtschreiber und älterer Zeitgenosse Helmold, der Pfarrer von Bosau am Plöner See, sagt von ihm: „Allein vor dem Herzog fürchten die Slawen sich. Er hat ihre Kraft zerrieben vor allen Führern, die vor ihm gewesen sind, mehr als jener Otto, der Kaiser. Er legte ihnen das Gebiß zwischen die Kiefer und lenkt sie, wohin er will. Er gebietet Frieden, und sie gehorchen; er befiehlt Krieg, und sie sprechen: Hier sind wir.“ Auf Rügen hat der Dänenkönig Waldemar, dem sein Volk neben dem ersten Knut den Beinamen des Großen gegönnt hat, geholfen und dadurch für Jahrhunderte Rechte Dänemarks auf der Insel begründet. Es ist aber wohl zu beachten, daß Heinrich der Löwe die einheimischen Fürsten in ihren Stellungen beließ. Nur das Lauenburgische und den südwestlichen Zipfel des Meklenburger Landes hat er deutschen Grafen unterstellt, von denen der eine in Ratzeburg, der andere in Schwerin seinen Sitz erhielt. Die Wenden, die dort links von der Elbe wohnen, und noch einige rechts vom Flusse unterstanden den Grafen von Dannenberg. In dem ganzen weiten übrigen Gebiet, in Meklenburg, Rügen und Pommern, blieben angestammte Fürsten, wenn auch unter sächsischer Lehnshoheit.

Gleichzeitig mit Heinrich dem Löwen hat sein Rival und Gegner, der Askanier Albrecht der Bär, die Priegnitz, das Havelland und die Zauche gewonnen und so die Nordmark zur Mark Brandenburg erweitert; in Brandenburg hatten die Hevellerfürsten ihren Sitz, deren letzten Albrecht beerbte. Heinrichs des Löwen Sturz (1180) brachte die von ihm begründeten Gewalten unmittelbar unter das Reich; seine Nachfolger in der sächsischen Herzogswürde haben ihre Ansprüche auf Lehnsherrenstellung nicht mehr durchführen können. Als Friedrich Barbarossa starb, war deutsche Fürstenmacht ziemlich bis gegen die Oder hin fest begründet.

Der Unterwerfung sind Kolonisierung und Germanisierung auf dem Fuße gefolgt, oder richtiger sie sind mit ihr Hand in Hand gegangen. Und da muß wieder darauf

hingewiesen werden, daß beide im weitaus größeren Teile des neu unterworfenen Gebietes durchgeführt worden sind von den slawischen Fürsten. Die heute regierenden meklenburgischen Großherzöge sind im Mannesstamme direkte Nachkommen Niklots und seines Sohnes Pribislaw, des ersten Christen; die slawischen Fürsten von Rügen sind 1325, die von Pommern erst 1637 ausgestorben. Die fremden Machthaber haben sich bald als Deutsche gefühlt. Daß ihnen viele, besonders die angeseheneren, ihrer Untertanen folgten, versteht sich von selbst. Die Masse der Bevölkerung ist nur langsam, erst im Laufe von Jahrhunderten, deutsch geworden. In den Wenden des Spreewaldes und der Oberlausitz hat sich die alte Art bis auf den heutigen Tag erhalten. Die Vorstellung, daß die eindringenden Deutschen alles niedermachten, zu der Helmolds Darstellung leicht verleitet, verdient scharf bekämpft zu werden.

5. Siedelung und Städtegründung ostwärts.

Wir möchten genauer wissen, als es der Fall ist, wie sich die Umwandlung im einzelnen vollzog. Zwangsweise ist sie nicht erfolgt. Sicher ist, daß das Entscheidende in der deutschen Einwanderung lag; es war die Zeit gekommen, in der es Menschen gab, den weiten Nordosten zu füllen und ihm ein anderes Aussehen zu geben.

Das 12. Jahrhundert hat so ziemlich im gesamten Abendlande neues Leben erstehen sehen, ein Leben, das tiefer hinunter griff in die Kreise des Volkes, sie in weiterem Umfange zu selbständiger Betätigung führte, als die voraufgehenden Jahrhunderte das gekonnt hatten. Bevölkerungsklassen, die bisher allgemeineren Interessen und Bestrebungen fern gestanden, erwachten zu reger Anteilnahme und kraftvollen Meinungs- und Willensäußerungen. Den Anstoß gab die kirchliche Reformbewegung, die, von der romanischen Welt ausgehend, sich auf die germanische fortpflanzte, man kann sagen als erste wirklich starke und wirkungsvolle Gegenströmung gegen das Übergewicht germanischen Wesens. Dem Ursprunge entspricht es, daß die Kreuzzüge die augenfälligsten Zeichen der neuen Zeit geworden und ihre bekanntesten geblieben sind. Sie sind aber entfernt nicht ihre einzigen, auf weite Volkskreise sich erstreckenden Äußerungen. Der Zug ins Morgenland ist nur eine Form des erwachten Wandertriebes und der sich regenden Unternehmungslust. Das Jahrhundert, das Schar auf Schar in das Morgenland sandte, das heilige Grab zu gewinnen und zu behaupten, hat auch auf europäischem Boden Wohnsitze und Wirkungsbereich der abendländischen Völker nach allen Seiten hin erweitert. Kein Volk hat aus dieser Bewegung so große dauernde Erfolge davongetragen wie das deutsche, das sich in dieser Zeit den Nordosten öffnete. Die Deutschen sind das große kolonisierende Volk des Mittelalters geworden und zwar in der glücklichen Form einer Kolonisation, die sich enge an den überlieferten Besitz anschloß, ihn in unmittelbarem Zusammenhange vermehrte.

Wir sind nicht imstande, auch nur annähernd festzustellen, in welchem Umfange die deutsche Bevölkerung unter den sächsischen und salischen Kaisern wuchs. Daß

aber neuer Boden in großer Ausdehnung unter den Pflug gebracht wurde, und daß trotzdem das für die damalige Wirtschaftsweise brauchbare Ackerland den Bedarf kaum noch deckte, kann als sicher gelten, besonders für die nordwestlichen, von der Weser über den Rhein bis zur Schelde und zu den Ardennen hin sich erstreckenden Teile unseres Vaterlandes, Gebiete, in denen auch der Kreuzzugsgeist auf deutschem Boden am meisten Wurzel gefaßt hat. Naturereignisse, vor allem Mißwachs, Meeres- und Stromfluten, dann die fehdereiche Zeit des Investiturstreits und des Aufkommens der Landesgewalten, sonstige Zwistigkeiten und Bedrängnisse mancherlei Art steigerten die Unlust, ruhig auszuharren, die Lust, es auf neuem Boden zu versuchen. So sind, besonders im 12. Jahrhundert, Tausende und aber Tausende, vielleicht Hunderttausende ostwärts gezogen:

Naer Oostland willen wij rijden,
Naer Oostland willen wij mee,
Al over die groene heiden,
— Frisch over die heiden —
Daer isser een betere stee.

Anfänglich lagen die Reiseziele noch auf deutschem Boden selbst. Ganz zu Anfang des 12. Jahrhunderts sind die Marschen und Niederungen an der unteren Weser und Elbe, erzbischöflich bremisches und gräflich oldenburgisches Land, von herbeigezogenen Holländern, die sich auf solche Arbeit verstanden, entwässert und siedelungs- und anbaufähig gemacht worden. Auch sonst auf niedersächsischem Boden und dann, nach Eröffnung des Slawenlandes, weithin ostwärts sind Leute friesischer Herkunft verwandt, Brüche und Sümpfe urbar und bewohnbar zu machen. Ihre flandrischen Nachbarn erscheinen bald neben ihnen; die Spuren ihrer Tätigkeit lassen sich noch häufiger als die der Friesen in Orts- und Lokalnamen der Gegenwart verfolgen. Daß sie auch vor der Bearbeitung dürftigen Bodens nicht zurückschreckten, belegt der die Elbe und Schwarze Elster in der Wittenberger Gegend rechts begleitende „Fläming". Von Ostholstein und Meklenburg wissen wir, daß Westfalen einen namhaften Teil der Einwanderer bildeten, neben ihnen auch andere Angehörige des sächsischen Stammes.

Der Zuzug ist von den Landesherren nicht nur gefördert, sondern herbeigeholt worden, und nicht allein von den Landesherren, sondern von allen, die unter ihnen Stellung oder Besitz hatten, weltlichen wie geistlichen Standes. Eine besonders umfassende und erfolgreiche Tätigkeit haben die von Bernhard von Clairvaux und Norbert von Prémontré, dem späteren Magdeburger Erzbischofe, begründeten Orden der Zisterzienser und Prämonstratenser entfaltet. Unter Kaiser Lothar dem Sachsen beginnen sie ihr Werk. Sie haben es während des ganzen 12. und im 13. Jahrhundert und darüber hinaus fortgesetzt. Sie waren dem tätigen Leben zugewandt. Sie begründeten ihre Klöster vorzugsweise an Stellen, die zugleich durch Reize der Natur lockten und der Rodungsarbeit Früchte versprachen. Sie haben deutsche Landsleute als Siedler herangezogen, die unter den Pflug nahmen, was begüterte Spender um ihres Seelenheils willen den Mönchen überwiesen.

Die Schenker hatten selbst Vorteil von dem Anbau des Bodens durch fleißige, leistungsfähige Neubauer.

Noch größere Vorteile erwuchsen aus direkter Vergabung den Landesherren wie den einzelnen adligen und freien Grundbesitzern. Unter der Führung von „Lokatoren", die gewissermaßen gewerbsmäßig, im Auftrage, ihre Tätigkeit ausübten, zogen die neuen Untertanen heran und erlangten gegen mäßigen Zins erbliche Besitzrechte an ihren neuen Hufen. Dem Lokator, der zumeist das Schulzenamt erhielt, ward sein Lohn in der Regel in der Form einer Übertragung mehrerer Hufen, der Verleihung der Gerichtsbußen und anderer Gefälle, etwa vom Dorfkrug (Kretscham), der Mühle oder sonst. Auch so war der Ertrag vom Neulande, das der Fremde besiedelte, für den Herrn immer noch größer, erheblich größer als jener von dem nach slawischer Art angebauten Boden. Denn der deutsche eiserne Pflug leistete ganz erheblich mehr als der slawische hölzerne Haken, ganz abgesehen von der festeren Gewöhnung an nachhaltige, zielbewußte Arbeit und von dem Streben, etwas vor sich zu bringen, Tugenden, die den Deutschen vor dem Slawen auszeichneten. Von den Alteingesessenen haben wohl manche gelernt, den neuen Nachbarn nachzueifern, und sind so in deren Art und Betriebsweise hinübergetreten, durch Annahme der Sprache nach und nach zu Deutschen geworden, je näher der alten Nationalitätenscheide, um so mehr, wie denn auch die Zahl der Einwanderer im allgemeinen abnahm, je weiter sie nach Osten ziehen mußten, neue Wohnsitze zu gewinnen. Da die üblichen deutschen Hufen größer waren als die slawischen, so war die Möglichkeit gegeben für die Entwicklung eines tüchtigen Bauernstandes. Das Ergebnis aber war, daß im Laufe eines Jahrhunderts die gesamten Gebiete, die einst Otto I. zu Marken seines Reiches gemacht hatte, nun friedlich von Deutschen zum Teil durchsetzt, zum Teil vorherrschend bewohnt waren und in Anbau und Kultur Fortschritte gemacht hatten, die sie dem alten Reichsgebiet nahe brachten oder gleich stellten. Möglich gewesen ist dieser Erfolg doch nur, weil in der großen Masse des Volkes nationale Gegensätze von Person zu Person nicht sehr in Frage kamen. Als einmal die leitenden Kreise, weltliche und geistliche, der neuen Ordnung gewonnen waren, hat der gemeine Mann sich in sie hineingefunden, so gut er vermochte, sie oftmals selbst schätzen gelernt.

Die neuen Ankömmlinge haben den betretenen Gebieten aber noch einen anderen Weg des Fortschritts gewiesen, der bald zu glänzenden Zielen geführt hat. Sie sind ihre Städtegründer geworden. Ehe sie kamen, kannte die slawische Welt keine Städte und keine Bürger. Was in den Quellen des 10. und 11. Jahrhunderts als urbs bezeichnet wird und auf slawischem Boden viel häufiger sich findet als auf deutschem, ist nicht eine Stadt, sondern Sitz eines Vornehmen, eines Häuptlings, eines Zupans, und wird mit Recht in unserer Ausdrucksweise nicht mit Stadt, sondern mit Burg wiedergegeben. Die Insassen sind in keiner Weise als besonderer Verwaltungskörper geschieden aus dem umgebenden Bezirk oder Gau, aus der Burgwardei. Die Deutschen haben, allerdings ganz überwiegend an der Stelle solcher slawischen urbes und mit Verwendung ihrer Namen, Städte

begründet, ummauerte Ortschaften mit besonderer, durch eigene Organe sich vollziehender Verwaltung. Sie haben so das Bürgertum in die slawische Welt eingeführt. Wenn man sagen kann, daß durch Entwicklung städtischen Wesens in deutschen Landen an Stelle der dahinschwindenden bäuerlichen Gemeinfreien ein neuer Stand der Freien geschaffen worden ist, so ist durch den gleichen Vorgang den Volkskörpern der Slawen etwas ganz Neues eingefügt worden, etwas, was sie bisher nicht kannten, dessen Bestehen aber bis auf den heutigen Tag die unerläßliche Voraussetzung ist für die Aufrechterhaltung ihrer Stellung innerhalb der allgemeinen Kultur, ein Mittelstand zwischen der herrschenden Klasse und der recht- und besitzlosen Masse.

Ein Blick auf die Sprachenkarte zeigt, daß in dem Gelände vom Mittelgebirge bis zum Meere deutsche Art sich am weitesten ostwärts vorgeschoben hat, einerseits im und am Gebirge, andererseits am baltischen Gestade. Sie erstreckt sich dort und in dem vorliegenden Gelände bis zu den Oderquellen hin, an der Ostsee fast ununterbrochen bis Memel und darüber hinaus in Einzelgruppen bis hinauf an den Finnischen Meerbusen. Die erstere Erscheinung hat ihren Grund in der Tatsache, daß der fruchtbarere Boden, der mehr zur Besiedelung lockte und sie mehr lohnte, das Schwemmland des Gebirges war, in Schlesien die linke Oderseite, und daß der Slawe das Gebirge selbst gemieden hatte, die letztere in der leichteren Zugänglichkeit, die das Meer ermöglichte. Gerade am Meere entlang haben sich die angesehensten deutschen Städte auf slawischem Boden entwickelt von Lübeck bis hinauf nach Reval, auch hier wieder eine ganze Reihe der besten, von Wismar bis Danzig, unter slawischen Landesherren. Hier hat sich schon im 13. Jahrhundert die „Hanse" zusammengefunden; ihr Kern sind die „wendischen" Städte, wie sie sich nannten. Wie rasch das aus dem Nichts herausgewachsen ist, zeigt die Tatsache, daß diese Städte ungefähr um 1300 den Umfang erreicht hatten, in dem sie bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts fortbestanden haben. Ihr Mauerring ist in dem halben Jahrtausend, abgesehen von ganz vereinzelten Ausnahmen, nicht erweitert worden. Wie diese ganze mittelalterliche Kolonisationsbewegung auf das gesamtdeutsche Leben eingewirkt hat, erkennt man am besten, wenn man sich vergegenwärtigt, daß, was hier von den Ostseestädten gesagt wird, so ziemlich von allen deutschen Städten gilt, soweit sie nicht als Residenzen oder Industriestädte oder auf Grund besonders günstiger Verkehrslage, wie Hamburg und Bremen, in den neueren Jahrhunderten Vorzugsbedingungen genossen. Köln hat an Stelle der Mauer, in die es sich 1100 einschloß, erst 1879 eine weitere erhalten.

Die verhältnismäßige Leichtigkeit der Verbindung zur See hat auch bewirkt, daß deutsche Unternehmungen weit entlegene Gebiete ins Auge faßten, ehe man noch irgendwo siedelnd die Oder überschritten hatte. 1158 hat Heinrich der Löwe Lübeck als herzogliche Stadt begründet. Bald darauf ist Livland von Lübeckern „aufgesegelt" worden; sie erreichten über Gotland die Dünamündung. Den Kaufleuten folgten bald Geistliche der bremischen Kirche. Es war die Zeit der Ritter-

orden. Bischof Albert von Riga begründete 1202 den Orden der Schwertbrüder zum Kampfe gegen die kriegerischen Bewohner des Landes: Letten, Kuren und Esthen, erstere litauischen, die Esthen finnisch-ugrischen, sämtlich nicht slawischen Stammes. Ihre Unterwerfung und Christianisierung begann und zugleich ein reger Handel dünaaufwärts, ein Warenaustausch mit den binnenwärts bestehenden, längst dem griechischen Glauben gewonnenen russischen Fürstentümern. So breitete sich deutscher Einfluß über See am Rigaischen Meerbusen aus, während die lange Küste von der Odermündung bis dorthin noch unberührt von ihm war.

Wie schon bemerkt, kennt die Zeit aber nicht allein ein Wachstum deutschen Wesens. Die Italiener breiteten sich gleichzeitig unter Venedigs Führung an den gegenüberliegenden Küsten des Adriatischen und weiter ostwärts auf der Inselwelt des Jonischen und Ägäischen Meeres aus und in gleicher Weise die skandinavischen Völker. Die Schweden haben sich damals in Finland festgesetzt und ihm das Christentum gebracht; die Dänen traten in Estland neben die Deutschen und gewannen dieses Land, das sie bis 1340, wo der deutsche Orden es ihnen abkaufte, behauptet haben. Ihnen waren damals in ununterbrochener Folge und mit langen Regierungszeiten drei große Könige beschieden: Waldemar der Große, Knut Waldemarssohn und Waldemar der Sieger (1157—1241). Der Sturz Heinrichs des Löwen öffnete diesen Herrschern die südlichen Nachbargebiete, so daß Knut und der zweite Waldemar die Dynasten, Städte und Bauernschaften der nordalbingischen und obotritischen Lande unter dänische Oberherrschaft zwingen konnten. Der vorletzte Staufer, Friedrich II., der deutscher König nur im Nebenamt und alles andere eher war als „ein Mehrer des Reiches", verzichtete 1214 auf alle Lande jenseits der Elbe und Elde, des brandenburgisch-meklenburgischen Grenzflusses, zugunsten Dänemarks. 1219 hatte Waldemar Esthland gewonnen; auch in Samland hatten die Dänen sich festgesetzt; die Ostsee schien ein dänisches Binnenmeer werden zu sollen.

Da änderte die verwegene Gewalttat des Grafen Heinrich von Schwerin die Lage; er nahm in der Nacht zum 7. Mai 1223 auf der kleinen Insel Lyö an Fünens Küste den Dänenkönig, der ihn zur Jagd geladen hatte, mit seinem schon gekrönten Sohne gefangen und entführte beide auf die Feste Dannenberg an der Jeetze im jetzigen Lüneburgischen. Als der König nach seiner Freilassung sich unter Billigung des Papstes von dem erzwungenen Verzicht auf die unterworfenen Lande lossagte und ihre Wiedereroberung versuchte, wurde er am 22. Juli 1227 auf der Heide von Bornhöved, im „Quellgebiet" der holsteinischen Flüsse, von den vereinigten Gegnern völlig überwunden. „So wurden an dem Tage die Lande erlöst aus der Dänen Gewalt, des sie alle Gott loben und preisen und die heilige Maria Magdalena," sagt der Lübecker Stadtchronist; es war ihr Tag. Es ist eins der folgenreichsten Ereignisse der gesamten deutschen Geschichte. Ohne eine deutsche Ostsee ist die Entwicklung Brandenburg-Preußens nicht denkbar!

Immer aber muß wieder daran erinnert werden, wie rasch sich das alles vollzog. Unter dem ersten Staufer (1138—1152) wohnte noch kein Deutscher an der Ostsee; zwei Menschenalter später war entschieden, daß für lange Zeit die Deutschen das maßgebende Volk am Baltischen Meere sein sollten.

6. Polen und Deutsche.

Mehr als 300 Jahre nach den Tschechen, auch später als die Russen, sind die Polen zwischen den beiden Völkern zu einer gewissen staatlichen Ordnung gelangt, doch, so weit wir erkennen können, anders als sie, ohne germanische Mitwirkung. Der erwähnte sächsische Geschichtschreiber Widukind gedenkt zuerst der Polen und ihres „Königs" Misaca (Mieszko), der 963 von Markgraf Gero besiegt worden sei. Es ist wohl als eine Folge dieses Sieges anzusehen, daß Mieszko weiterhin nur als ein Lehnsmann des deutschen Kaisers erscheint. Als er 992 starb, folgte ihm sein Sohn Boleslaus in der gleichen Stellung. Unter Otto I. war in Posen ein Bistum errichtet und dem Erzbistum Magdeburg unterstellt worden. Ottos des Großen Enkel Otto III., „der Romantiker auf dem Throne der Cäsaren," hat diesem Verhältnis eine andere Wendung gegeben. Sein Freund, der böhmische Herzogssohn Adalbert, hatte unter den Händen der heidnischen Preußen, die er bekehren wollte, sein Leben ausgehaucht, noch ehe er den Mund zu ihrer Belehrung auftun konnte. Im Jahre 1000 unternahm dann Otto III., damals 20 Jahre alt, eine Wallfahrt nach Gnesen, wo die Leiche des Märtyrers beigesetzt worden war. Er glaubte es dem Andenken des Freundes schuldig zu sein, daß er an seiner Ruhestätte ein Erzbistum errichtete, dem das Posener Bistum unterstellt und damit von Magdeburg losgelöst wurde. Kirchliche Selbständigkeit war eine unerläßliche Vorbedingung für nationale, zog sie aber auch als fast unausbleibliche Folge nach sich.

Boleslaus, den seine Landsleute mit gutem Grunde den Kühnen, Gewaltigen, Großherzigen (Chrobry) zubenannt haben, hat die Verhältnisse zu nutzen verstanden. Als nach Ottos III. Tode (1002) die Nachfolge im Reiche unsicher, dann des neuen Königs Macht angefochten wurde, hat er versucht, nicht nur sich unabhängig zu machen, sondern auch sein Herrschaftsgebiet auf Kosten der Deutschen zu erweitern. Kaiser Heinrich II. hat wiederholt gegen ihn zu Felde ziehen müssen, ohne doch nachhaltige Erfolge erringen zu können. 1018 ist dem polnischen Könige sogar die Lausitz vertragsmäßig überlassen worden. Als Heinrich II. 1024 starb, nahm Boleslaus den Königstitel an, folgte allerdings schon im nächsten Jahre dem Kaiser im Tode nach.

Boleslaus hat seinem Volke auch Geltung verschafft vor den slawischen Nachbarstämmen, eine Herrschaft über sie begründet. Man könnte ihn in ähnlicher Weise als den Begründer eines polnischen Reiches bezeichnen wie Heinrich I. als den eines deutschen. Die ursprünglichen Sitze der Polen lagen auf dem Gebiete der jetzigen Provinz Posen, besonders in ihrem nordöstlichen Teile, und in den benachbarten jetzt russischen Landstrichen. Kruschwitz am Goplosee, südöstlich von Hohensalza, im fruchtbaren kujavischen Lande, spielt in den ältesten Überlieferungen der Polen eine Rolle. Boleslaus richtete eine Herrschaft auf, die nördlich bis an die Ostsee, südlich bis ans Gebirge reichte. In Schlesien wurde er der glückliche Rival der böhmischen Macht, die bemüht war, sich durch die Pässe an die Oder vorzuschieben; im Norden unterwarf er die Pommern und

Pommereller, die das Küstenland von der Oder bis zur Weichsel inne hatten, und begründete so Ansprüche Polens auf deren Wohnsitze. Beide Stämme schieden sich ungefähr in der Gegend der Leba; die jetzigen hinterpommerschen Kreise Lauenburg und Bütow gehörten zu Pommerellen. Westwärts reichte die Macht des ersten Polenkönigs bis an die Oder, durch die Erwerbung der Lausitz sogar bis über die obere Spree. Auch ostwärts hat Boleslaus sein Reich ausgebreitet. Seine Versuche aber, die zwischen seinen und des Kaisers Landen wohnenden heidnischen Slawenstämme an sich zu ketten, waren erfolglos; hier blieb man in gleicher Weise den östlichen wie den westlichen christlichen Nachbarn feindlich. Boleslaus' Erfolge sind natürlich auch mit den Waffen errungen, wie das ja nicht anders denkbar ist.

Die so geschaffene Macht hat nicht bestehen können. Rascher als in der Neuzeit vollzog sich ja im Mittelalter das Auf und Ab der Herrschaftsbildungen. Erbstreitigkeiten und Teilungen schwächten das rasch emporgewachsene Reich. Der Königstitel ward noch vor Ende des Jahrhunderts von Boleslaus' Urenkel wieder aufgegeben. Die deutschen Könige ließen auch nicht von ihrem Anspruch auf Oberlehnsherrschaft, die in der Forderung von Jahrestribut oder Heeresfolge ihren Ausdruck fand. Anerkennung und Leistung der übernommenen Pflichten sind wiederholt durch Heereszüge erzwungen worden; bis zum Ende der Regierung Friedrich Barbarossas muß die Lehnshoheit im allgemeinen als bestehend und in Übung angenommen werden. Mit besonderem Nachdruck hat sie wieder der Sachse, Kaiser Lothar, geltend gemacht; den letzten Heereszug, sie in Erinnerung zu bringen, hat 1172 Friedrich I. unternommen. Polnische Angelegenheiten sind wie böhmische am Hofe des Kaisers unter dessen Vorsitz von polnischen Großen verhandelt und entschieden worden. Dann verschwindet dies Verhältnis. Wenn der Böhmenkönig Wenzel II. im Jahre 1300 noch einmal Polen vom Habsburger König Albrecht I. zu Lehen nahm, so ist das bedeutungslos.

Diese Entwicklung konnte nicht ohne Einfluß bleiben auf die erzwungene Verbindung der angegliederten Teile. Von Polen her und im Auftrage des polnischen Herzogs hat Bischof Otto von Bamberg 1124 die Bekehrung der Pommern begonnen. Die christianisierten Fürsten und ihr Volk hat er doch nur zeitweise wieder mit Polen in Verbindung bringen können; sie wurden durch Heinrich den Löwen dem sächsischen Einfluß gewonnen und traten nach seinem Sturze unter das Reich. Die Fürsten von Pommerellen walteten ihrer Lande selbständig. Vor allem aber fing Schlesien an, unter Teilfürsten aus dem regierenden Hause seine eigenen Wege zu gehen; es wurde Erbgut der Piasten. Als die Zeit kam, wo das Deutschtum kolonisierend vordrang, sah sich das polnische Reich von einer Reihe Territorialbildungen umgeben, deren Fürsten nicht nur ihre Lande den Fremden willig öffneten, sondern auch selbst ihre Art annahmen. Gegen Ende des 12. und zu Anfang des 13. Jahrhunderts breitete sich die Germanisierung zugleich von Norden und von Süden her in den Gebieten aus, die Boleslaus seiner Herrschaft unterworfen hatte. Was kriegerisch gewonnen war, wurde friedlich wieder verloren.

In Polen selbst hat man nichts anderes tun können, als sich der allgemeinen Bewegung anschließen. Trug sie doch keinerlei politischen Charakter; sie führte nicht zur Unterwerfung unter fremde Herrschaft, im Gegenteil zu eigener Bereicherung und Stärkung durch fremde Arbeit. Die Zugewanderten haben sich überall, fast ausnahmslos eben so treu, ja oft treuer erwiesen als die alten Untertanen. Es lassen sich nicht wenige Fälle aufzählen, in denen sie in den Ländern des Ostens der Krone Stütze und Stärke gegen innere Unbotmäßigkeit und äußere Feinde geworden sind. So wiederholten sich in Polen und den Nachbargebieten die Hergänge, die oben für die Lande zwischen Elbe und Oder dargelegt worden sind.

Deutsche Ordensgeistliche wurden herbeigerufen, vor allem wieder Zisterzienser. Schon 1153 ist Kloster Lekno bei Wongrowitz, mittwegs zwischen Posen und Bromberg, als ihre erste Niederlassung begründet worden. Die Mönche kamen von Kloster Altenberg bei Köln. Die weiteren bekannten Niederlassungen fallen dann erst ins nächste Jahrhundert. Erzbischof Heinrich von Gnesen (1200—1219) sagt vom Orden: „Er geht wie der leuchtende Morgenstern über Polen auf." Seine Klöster wurden auch hier Mittelpunkte blühender Ansiedlungen. 1210 begann die Urbarmachung der Obra-Niederungen zwischen Fraustadt und Wollstein unter Leitung des Abtes von Pforta, dem Herzog Wladislaus Ottossohn diese Gegend überwiesen hatte. Schlesische Zisterzienser sind bald in den Vordergrund getreten, besonders von den Klöstern Leubus (an der Oder unterhalb Breslau) und Heinrichau (bei Münsterberg). Der König und seine Großen, geistliche wie weltliche, sind dem Beispiele gefolgt. Wie weiter westwärts, so entstanden auch hier Städte. Bis weit über die Grenzen Polens hinaus, in den russischen Reichen von Halicz, Wladimir, Kjew ist alle Städtegründung deutschen Ursprungs, entweder durch Einwanderung von Deutschen oder durch Verleihung deutschen Stadtrechts an bisher zusammenhangslose Orte. Vor allem das Magdeburger Recht hat sich weithin in diesen Gegenden ausgebreitet, nordwärts in der Nähe der Küste das lübische Recht, südlich in Böhmen und den Nachbargebieten das Frankfurter. In Polen ward Gnesen schon vor 1243 eine deutsche Stadt, Posen 1253. Bis zum Ende des Jahrhunderts sind dann noch eine ganze Reihe von deutschen Städten nachweisbar. Im ganzen sind im Gebiet der jetzigen Provinz Posen etwa 60 Städte so entstanden. „Wir gründen die Stadt zu deutschem Recht, da wir, wie es sich geziemt, auf Besserung und Neuordnung unseres Landes bedacht sind," ist eine übliche Formel in den Stiftungsurkunden. In Polen sind Lokatoren auch mit Gründung von Städten beauftragt, sind deren Vögte geworden. Sie wurden auch in den Dörfern reicher ausgestattet als sonst, mit einem Siebentel bis zu einem Sechstel der Hufen.

Es versteht sich von selbst, soll aber doch noch ausdrücklich gesagt werden, daß bei all diesen Hergängen von einem Einfluß deutscher Könige oder Fürsten schlechterdings keine Rede sein kann. In Polen und weiter ostwärts geschieht wie in Böhmen alles auf Veranlassung oder unter Billigung der einheimischen Gewalten. Das gleiche gilt für Ungarn, wo vom 12. Jahrhundert an die Deutschen

einwanderten, die in mehr oder weniger geschlossenen Sitzen und entsprechend in größerer oder geringerer Zahl am Südabhange der Karpathen in der Zips, im ungarischen Erzgebirge und vor allem in Siebenbürgen sich erhalten haben bis auf den heutigen Tag.

Nur in großen Zügen können wir die Ursprungsgegenden der Einwanderer bestimmen. Die Siebenbürger Sachsen sind trotz ihres Namens keine Sachsen, sondern Leute von der mittleren Mosel; die Sprache, die sie noch heute reden, ist dafür der Beleg. Ebenso ergeben sprachliche Forschungen, daß für den Ursprung der deutschen Schlesier wesentlich mitteldeutsche Gegenden in Frage kommen: Thüringen, Mainfranken, das Oster- und Meißnerland, die, selbst kolonisiert, wieder kolonisierend weiter griffen. Ebenso haben die Schlesier wieder in Polen die Hauptarbeit geleistet. Die Gebiete, die in der Zeit Heinrichs des Löwen führend gewesen waren, die Niederlande, Rheinland und Westfalen, scheiden auch im 13. Jahrhundert für den ferneren Osten nicht ganz aus. Es liegt in der Natur der Sache, daß die anströmende Flut sich um so mehr verlaufen mußte, je entlegener die Gebiete waren, die sie zu berühren hatte. So ergab sich eine Grenze, über die hinaus deutsche Siedler nur Enklaven bildeten und bilden. Sie verläuft heute in der Provinz Posen nicht allzu weit entfernt von deren Nord-, West- und Südwestgrenze, tritt hinter Militsch nach Schlesien hinüber und überschreitet die Oder oberhalb Brieg. Es ist wahrscheinlich genug, wenn auch nicht erweisbar, daß sie im Süden und Westen der Provinz in der Hauptsache schon im 13. und 14. Jahrhundert galt, wenn auch sicher westwärts noch lange, noch durch Jahrhunderte, slawische Enklaven bestanden ähnlich den Spreewenden unserer Tage.

7. Polen und der Deutsche Orden.

Zu der Politik polnischer Machthaber, die Deutsche herbeirief zu eigenem Vorteil, gehört auch die Einladung Konrads von Masovien an die Deutschen Ritter.

Das von der Weichsel, Ossa und Drewenz fast ganz umschlossene, etwa 3 bis 4000 qkm große, nordöstlich von Thorn gelegene Kulmer Land war streitig zwischen den heidnischen Preußen und den christlichen Polen. Auch der Aufgabe, das eigene Land zu decken gegen die Einfälle der beutelustigen Nachbarn, fühlten sich Polens Leiter nicht immer gewachsen. Sie zu unterwerfen, was allein die üble Lage hätte bessern können, mangelte ihnen die Kraft. Da sollten die Deutschen Ritter helfen.

Der Orden bestand seit einem Menschenalter; er war im Heiligen Lande bei der Belagerung von Akkon zusammen getreten. Er hatte sich in Siebenbürgen im äußersten südöstlichen Winkel der Karpathen, im sogenannten Burzenlande, versucht, die Pässe dort im Auftrage des ungarischen Königs gegen die heidnischen Kumanen bewacht und Kronstadt gegründet. Jetzt übernahm er den Auftrag, vom Kulmerland aus, das Herzog Konrad zu diesem Zwecke abtrat, die heidnischen Preußen zu bekriegen und zu unterwerfen, übernahm ihn vom Kaiser. Es war im März 1220 — Waldemar der Sieger war noch nicht lange aus der Haft Heinrichs von Schwerin entlassen — als Friedrich II., dem die jüngsten Hergänge

im deutschen Norden die Rechte des Reiches wieder in Erinnerung gebracht hatten, das abgetretene Kulmerland dem Orden schenkte. Nach vollbrachter Arbeit sollte ihm das geschenkte und eroberte Land mit den gleichen Rechten gehören, wie irgend ein Reichsfürst das seine besitze. Über Preußen verfügte der Kaiser als über Heidenland. Die Schlacht bei Bornhöved und die Verleihung Preußens an den Deutschen Orden fallen fast in den Zeitraum eines einzigen Jahres.

Die Ritter haben in mehr als 40jährigem Kampfe das gesteckte Ziel erreicht, das Land der Preußen, d. h. das Gebiet von der Weichsel bis zur Memel und binnenwärts bis auf die masurische Seenplatte, ihrer Herrschaft unterworfen. Die Arbeit ist keine leichte gewesen; es handelte sich um ein überaus kriegerisches und freiheitliebendes Volk. Sie hätte auch kaum gelöst werden können ohne den jährlichen Zuzug von nicht dem Orden angehörigen Rittern und Kriegern, die sich ein Verdienst zu erwerben wünschten durch Bekämpfung der Heiden. Sie führte bei dem hartnäckigen Widerstande der Bekriegten zu einer Art Vernichtung, wenigstens in den nächstgelegenen Landesteilen. In der gegenwärtigen deutschen Bevölkerung stecken wohl wesentlich weniger Reste der früheren Bewohner, als das in den ehemals slawischen Ländern der Fall ist, besonders in denen, welchen das Christentum nicht mit dem Schwerte aufgezwungen zu werden brauchte. Und wenn wirklich die Ritter mit größerer Härte als unvermeidlich vorgegangen sind (neben den livländischen Hergängen in der ganzen Geschichte der Verbreitung des Deutschtums nach Osten der einzige Fall, wo das in Frage kommen kann), so haben doch die Polen keinen Grund, sich zu beklagen. Denn es handelt sich nicht um sie, sondern um ihre Feinde, auch nicht um Slawen, sondern um Leute lettischen Stammes, Litauer. Der Orden befreite Polen von einem gefährlichen Nachbarn, dessen es allein nicht Herr zu werden vermochte.

Auch das Preußenland ist mit deutschen Siedlern besetzt worden. Klöster, Dörfer, Städte sind begründet, Burgen zum Schutz und zur Beherrschung des Landes erbaut. Das Deutschtum ist auch hier schon im 13. und 14. Jahrhundert in der Hauptsache so weit ausgebreitet worden, wie es sich heute erstreckt; nur im Norden, gegen den litauischen Rest zwischen Pregel und Memel, wurden später, bis in unsere Tage herab, noch namhafte Fortschritte gemacht. Über 100000 Litauer haben sich auf preußischem Gebiet bis heute erhalten; als Preußen ein Königreich wurde, hörte man unweit Königsberg noch litauisch reden. Den deutschen Einwanderern bot die See, wie nach Livland, einen erleichterten Zugang. In der Entwässerung und Urbarmachung der Weichselniederungen und des Deltas sind dieselben Leute tätig gewesen, die man im Westen zu solchen Aufgaben heranzog; auch hier lohnte der reiche Boden ihre Arbeit, und sie wurden und blieben bis heute für den Osten die Repräsentanten des selbständigen und wohlhabenden Bauernstandes. Im übrigen spielen bei der Besiedlung Preußens mitteldeutsche Elemente eine Hauptrolle.

Die Eroberung dieses Landes hat auch den Unternehmungen am Rigaischen Meerbusen einen neuen Anstoß gegeben. 1237 schlossen sich die Schwertbrüder

dem Deutschen Orden an. Livland ist dann von einem Landmeister, Preußen vom Hochmeister verwaltet worden. Der Zuzug deutscher Einwanderer hat aber nicht ausgereicht, um auch die fernen Lande, die wir jetzt als die Baltischen Provinzen zu bezeichnen pflegen, mit deutschen Landbauern zu füllen. Die Deutschen sind hier eine Oberschicht geblieben, Großgrundbesitzer und Städtebewohner, die sich, besonders die letzteren, bis in unsere Zeiten hinein durch fast ununterbrochenen Zuzug aus dem Reiche ergänzt und vermehrt haben, die Städtebewohner vor allem auch durch Aufsaugung vom Lande her einziehender eingeborener Elemente.

In den Ordenslanden hat bald das Bürgertum eine große Bedeutung gewonnen. Thorn, Kulm und Elbing an der Weichsel und Nogat, Braunsberg an der Passarge und Königsberg am Pregel sind entstanden. Danzig, zunächst noch unter pommerellischer Hoheit, ist deutsch geworden und hat dann bald alle überflügelt. Weiter nördlich bestanden schon nahe an der Küste Riga, Reval und Pernau, binnenwärts Dorpat am Embach, der Platz für den Winterhandel mit Nowgorod. Sie alle, die preußischen wie die livländischen Städte, sind durch ihre Kaufleute der Hanse zugeführt worden. Besonders die nördlichen Gebiete standen in innigsten Beziehungen zu Lübeck. Der Meister für Livland schreibt 1201 an Lübeck: „Durch das Blut euerer Väter und Brüder, euerer Söhne und Freunde ist das Feld des Glaubens in diesen Landen wie ein auserwählter Garten oft benetzt worden", und der Bischof von Dorpat 1274: „Durch die Mühen, die Schätze und das Blut der Kaufleute ist die junge Kirche in Livland und Estland zur Erkenntnis ihres Schöpfers unter göttlicher Gnade erstmals geführt worden", Reval in demselben Jahre: „Wir müssen zusammenhalten wie die zwei Arme eines Kreuzes." 1280 verband sich Lübeck mit den Deutschen von Wisby auf Gotland für zehn Jahre zu gemeinsamer Befriedung der Ostsee von der Trave und dem Sunde bis nach Nowgorod; zwei Jahre später nahmen sie Riga in ihren Bund auf. Die Herrschaft auf der Ostsee lag in der Hand der Deutschen; sie vermochten ihren Schiffer, ihren Kaufmann zu schützen und zu decken gegen räuberische Störungen ihrer friedlichen Betriebe. Die Lücke zwischen der Oder und Domesness, die vor dem Auftreten des Ordens bestand, war ausgefüllt. Von der Kieler Bucht bis zum Finnischen Meerbusen waren Deutsche die maßgebenden Anwohner des baltischen Gestades.

Ein Jahrhundert hat genügt, diesen Erfolg zu erringen. Er war gewonnen worden ohne einheitliche Leitung, ohne irgendwelchen allgemeinen, festen Plan. Er war das natürliche Ergebnis einer unaufhaltsamen Umgestaltung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage Mitteleuropas. Er entbehrte einer staatlichen, einer politischen Seite. Darin lag zum Teil das Rätsel des Gelingens; aber es war und blieb doch auch ein Moment der Schwäche, das bedenklichste. Hätte es irgend eine Vertretung deutscher Gesamtinteressen gegeben, die Rückschläge, die eintreten sollten, hätten nicht so empfindlich treffen können.

8. Rückschläge.

Die Umwandlung slawischer Lande in deutsche hat sich friedlich vollzogen. In den Gebieten diesseits der Oder und an der See zwischen Oder und Weichsel hören wir kaum von ablehnender Stimmung einheimischer Kreise. Anders schon in Schlesien. Seine Fürsten wandten sich dem Deutschtum zu; ihr Adel folgte ihnen aber nur teilweise willig. Erst die Einwanderung deutscher Adliger gab den Regierenden das Übergewicht über die Gegner der Germanisierung.

Im eigentlichen Polen waren die widerstrebenden Kräfte stärker. Die deutschen Mönche wurden von der einheimischen Geistlichkeit bald als lästige Fremdlinge angesehen. Schon im 13. Jahrhundert beginnen Bemühungen, sie im Gebrauch der deutschen Sprache zu beschränken. Ein Schreiben des Erzbischofs Jakob von Gnesen an das römische Kardinalkollegium vom Jahre 1285 beklagt sich in leidenschaftlicher Sprache über das Eindringen der Deutschen. Die eingeborenen Adligen widersetzten sich der Einwanderung deutscher Standesgenossen. Polnische Macht sah sich im Norden, Westen und Süden von den Deutschen eingeengt. Aus den Kämpfen, die dem Aussterben der pommerellischen Fürsten (1294) folgten, ging der Deutsche Orden nicht nur gegenüber den Askaniern, sondern auch gegenüber Polen als Sieger hervor. Damit war das Reich von der See abgeschnitten. Die Neumark hatten die brandenburgischen Markgrafen schon 1200 von Pommerellen erworben; um die gleiche Zeit besetzten sie auch das Land Lebus. So war Polen auch von der Oder abgedrängt. Denn die schlesischen Herzöge machten sich immer unabhängiger; sie haben 1327 und in den folgenden Jahren den Böhmenkönig Johann, den Luxemburger, als Oberherrn anerkannt und sich damit völlig von Polen losgesagt.

1295, als die pommerellische Frage schon aufgerollt war, hat einer der Teilherzöge, Wladislaus Lokietek (Ellenlang), wieder den Königstitel aufgenommen und sich dann nach harten Prüfungen und langen Kämpfen zum alleinigen Herrn gemacht. Es war gegen seine Ansprüche, daß Wenzel II. von Böhmen 1300 in Polen erschien und sich zeitweise des Landes bemächtigte. Zu den Gegnern des aufkommenden Königs zählten auch die deutschen Städte. Es war ein Haupterfolg auf Wladislaus' Wege, als er 1310 Posen bezwang. Auch die deutschen Schlesier waren gegen ihn; sie hielten zu Böhmen. So wurde der Sieg des Wladislaus gleichbedeutend mit einer Stärkung und Neubelebung des nationalen Geistes, dessen Träger nun neben Adel und Geistlichkeit der König wurde. Unter Wladislaus hat der deutsche Zuzug nach dem eigentlichen Polen fast aufgehört.

Er hat auch unter seinem Sohne Kasimir (1333—1370), der allein von allen polnischen Königen den Namen des Großen führt, mit der früheren Lebhaftigkeit nicht wieder eingesetzt, obgleich Kasimir der Begründer Brombergs geworden ist und wiederholt erklärt hat, daß deutsches bürgerliches Recht ihm und den Bewohnern seines Reiches viele Vorteile bringe und die Lage seiner Untertanen außerordentlich verbessere. Er hat sich bemüht, die Deutschen dem polnischen Wesen anzugleichen. Um in Rechtsfragen die Berufung der Bürger an die deutschen

Oberhöfe abzuschaffen, hat er das deutsche Rechtsbuch, den liber juris Teutonici, aufzeichnen lassen, hat versucht, heimische Instanzen zu schaffen. Er wünschte Frieden mit den deutschen Nachbarn. Durch Verhandlungen mit dem Deutschen Orden hat er von den Rittern besetzte Gebiete, das neben dem Kulmerland links von der Drewenz gelegene Land Dobrin und andere Teile Kujaviens, zurück erlangt, von den Brandenburgern das der Neumark zugehörige Deutschkrone, den äußersten Südwesten des jetzigen Westpreußens, erworben, andererseits Schlesien (doch ohne Fraustadt, das bei Polen blieb) 1335 in aller Form an Böhmen abgetreten. Ersatz hat er gesucht, indem er seinen Landsleuten den Weg nach Osten wies. Die benachbarten rotrussischen Fürstentümer hat er ihnen unterworfen. Bis dahin hatte Polen vom heutigen Galizien nur die Bezirke Krakau und Sandomir besessen, die sich allerdings weichselabwärts bis zur Piliza erstreckten.

Kasimir der Große ist ein Zeitgenosse des böhmischen Königs und deutschen Kaisers Karls IV. (1340—1378) und Ludwigs des Großen von Ungarn, des Anjou (1342—1382). So hatten die drei Reiche des Ostens, die in gleicher Macht neben einander standen, gleichzeitig Regenten von nicht gewöhnlicher Bedeutung. Kaiser Maximilian hatte zwar nicht recht, als er Karl IV. als des Römischen Reiches Erzstiefvater bezeichnete, wohl aber, indem er ihn Böhmens Vater nannte. Karl hat dieses Land wirklich segensreich regiert, deutsche Kultur dort auf den Höhepunkt ihres mittelalterlichen Einflusses gehoben; nie hat Böhmen vorher oder nachher wieder eine solche Stellung eingenommen wie unter ihm. König Ludwig ist in seinem Lande mit Nachdruck in gleicher Richtung tätig gewesen; dazu hat er wie Kasimir Vermehrung seiner Macht nach der von Deutschland abgewendeten Seite gesucht, gegen den Balkan, das Schwarze und das Adriatische Meer hin. Als eine Gefahr für die eigene Macht und das angestammte Volkstum hat keiner der drei Herrscher die Fremden angesehen. So schienen die Verhältnisse sich festigen zu sollen in der Form einer Verständigung mit den deutschen Nachbargewalten und einer umsichtigen und schonenden Verwertung der Eingewanderten zum Besten der innerlich neu gefestigten Staatswesen, ohne störende Selbstherrlichkeit, doch auch ohne ihre planmäßige Einschmelzung. Es ist doch anders gekommen.

Ludwig von Ungarn war ein Neffe Kasimirs von Polen, dessen Schwestersohn. Als Kasimir 1370 ohne männliche Erben starb, erkannten ihn die Polen als Nachfolger an. Er hat bis zu seinem Tode beide Reiche regiert. In Polen ist in dieser Zeit die Macht des Adels wesentlich gestärkt worden. Er war es vor allem, der den Deutschen nicht günstig gesinnt war. Ludwig hinterließ nur zwei Töchter, Maria und Hedwig. Maria ward 1385 die Gemahlin Sigismunds, des späteren deutschen Königs und Kaisers, des zweiten Sohnes Karls IV. Hedwig war mit dem Habsburger Wilhelm, Herzog von Kärnten und Steiermark, verlobt. Der polnische Adel erzwang 1386 die Aufhebung dieser Verlobung und die Verbindung der kaum 10jährigen Hedwig mit Jagello, dem Großfürsten der Litauer, der durch Ermordung seines Bruders deren Alleinherr geworden war. Er war noch

Heide, trat aber jetzt zum Christentum über, ward aus Jagello Wladislaus II. Er war ein geschworener Feind des Deutschen Ordens.

Kurland, die südlichste der „Baltischen Provinzen", hängt nur durch einen schmalen, wenige Kilometer breiten Landstreifen mit Ostpreußen zusammen. Zwischen den beiden Landschaften breitet sich Szamogitien (Szamaiten) aus, noch jetzt der eigentliche Sitz des litauischen Volkes. Es ist für den Orden das Hauptziel seiner Heereszüge gewesen, denn dort hatte er noch Heiden zu Nachbarn, und ihre Unterwerfung war wichtig, weil nur so eine rechte Verbindung zwischen den Gebieten des Hochmeisters und denen des Landmeisters hergestellt werden konnte. So war Feindschaft zwischen Litauen und dem Orden herkömmlich, unabänderlich, weit mehr als zwischen dem Orden und Polen. Den Verlust Pommerellens hatte man hier verschmerzt.

Für die Ritter war schon die bloße Bekehrung Jagellos, dem die seines Volkes alsbald folgte, ein Schlag. Sie wurden damit gleichsam zwecklos; ihre ursprüngliche Aufgabe war ihnen genommen. Der Zuzug kreuzfahrender Krieger hörte auf. Dazu war ihr schlimmster Feind jetzt Herr von Polen. Sein ausgesprochenes Ziel war Vernichtung des Ordens. Es wurde ihm nicht allzuschwer, seine neuen Untertanen für den Gedanken zu gewinnen.

Unverkennbar ging um diese Zeit ein starker Zug wiedererstehenden nationalen Bewußtseins durch die noch selbständige abendländisch-slawische Welt. In Böhmen begann unter Karls IV. schwachem Sohne Wenzel (1378—1419) die Bewegung, die im Hussitismus gipfelte, und die sicher nicht weniger national als religiös war. Eine Strömung, die kaum irgendwo in Europa fehlte, gab den nationalen Wünschen verstärkte Kraft. Der Adel und vielfach auch die Landesherren wandten sich fast überall gegen Städte und Bürger. Sie wurden ihnen zu selbständig, zu wohlhabend. In den beiden slawischen Königreichen war der politische und wirtschaftliche Gegensatz zugleich ein nationaler; so hat er dort zur Schwächung, stellenweise zur Vernichtung des Deutschtums geführt.

Die 500jährige Wiederkehr des Tages von Tannenberg (15. Juli 1410) hat das Ereignis, das als Wendepunkt der Entwicklung angesehen werden kann, kürzlich in jedermanns Gedächtnis zurückgerufen. Im Jahre vor der Schlacht hatte durch den Auszug der Studenten Prag aufgehört, eine deutsche Universität zu sein! Der Hochmeister Ulrich von Jungingen selbst war unter den Toten von Tannenberg. Die unmittelbaren Folgen der Niederlage waren keineswegs beängstigend. Im Thorner Frieden von 1411 verzichtete der Orden auf Szamogitien. Die polnische Macht erwies sich auch diesmal nicht als besonders nachhaltig. Es dauerte noch länger als ein halbes Jahrhundert, ehe sie den Orden völlig niederzwingen konnte. Und Erfolg hatte sie nicht durch eigene Kraft, sondern vor allem durch die innere Zerrissenheit des Ordenslandes. Der geistliche Staat erwies sich auf die Dauer nicht fähig, weltliche Aufgaben zu lösen. Er war groß geworden im Kampfe für den Glauben; die Werke des Friedens erforderten in ihrem täglichen Gange doch eine andere Hand, als er sie besaß. Er überwarf sich mit den Städten, besonders dem mächtigen Danzig, und dem landsässigen Adel; die beiden wichtigsten, nicht

ritterlichen Stände des Landes wurden seine ausgesprochenen Feinde. Sie traten offen auf die Seite der Polen, kämpften für sie. Im zweiten Thorner Frieden (1466) mußte der Orden Pommerellen wieder herausgeben, das Kulmer- und Ermeland, dazu das Weichsel-Delta und rechts angrenzende Landstriche abtreten. Danzig, Thorn und Elbing kamen unter polnische Hoheit, die Marienburg wurde der Sitz eines polnischen Woiwoden. Weite Lande beherrschte jetzt der polnische König, auf die er auch kein anderes Recht als das der Eroberung besaß, der Eroberung von den Deutschen. Der Orden war vom Reiche abgeschnitten; er nahm den Rest seines Besitztums zu Lehen von der Krone Polen.

Inzwischen hatte sich auch Böhmen in Georg Podiebrad 1458 einen nationalen Herrscher gegeben. Als er 1471 starb, haben die Böhmen Jagellos Enkel Wladislaus zum Könige gewählt, dem 1490 auch die ungarische Krone übertragen wurde. Bis 1526, wo des Wladislaus Sohn Ludwig in der Schlacht bei Mohacz durch die Türken Sieg und Leben verlor, sind die drei östlichen Reiche Mittel-Europas von den Jagellonen regiert worden. Es war die Zeit der größten Schwäche Deutschlands, wo im Westen die burgundische Macht emporwuchs und zu der Eidgenossenschaft die Niederlande vom Reiche getrennt wurden, alles aus einander zu fallen, seinen eigenen Gang zu gehen drohte. Hätte es noch eine deutsche Königsmacht gegeben, die Dinge hätten diesen Gang nicht gehen können.

Die Stellung des Deutschtums innerhalb der Grenzen des polnischen Landes konnte von den Ereignissen nicht unberührt bleiben. Ein polnischer Adliger von humanistischer Bildung, Johann von Ostrorog, der 1501 starb, hat in einer „Mahnschrift an den polnischen Reichstag" dem Haß gegen die Deutschen nicht nur leidenschaftlich, sondern geradezu wutschäumend Ausdruck gegeben. Wenn wir heute manchmal erstaunt sind über die nicht nur geschmacklosen, sondern geradezu schmutzigen Roheiten, mit denen die polnische Presse gelegentlich die Deutschen überschüttet, so ist das in der Vorzeit doch nicht ohne Beispiel. Daß es die allgemeine Stimmung des Volkes war, muß bezweifelt werden. Wohl aber war man in weiten Kreisen entschlossen, deutsches Wesen mehr zu hemmen als zu fördern.

Zunächst mußte das auf die ländlichen Siedelungen wirken. Die eingewanderten Deutschen waren nach „deutschem Recht" (jure Teutonico) angesiedelt worden; die Bezeichnung ist nach und nach ein technischer Begriff geworden. War er zunächst nur für Deutsche in Frage gekommen, so hat er später auch für Polen Anwendung gefunden. Es wurden auch aus ihrer Mitte Bauern unter günstigeren Bedingungen angesetzt, wenn sie die deutschen Pflichten zu erfüllen vermochten. Die Neusiedelungen nach „deutschem Recht", die unter Wladislaus Lokietek, unter Kasimir dem Großen und gar unter den Jagellonen noch vollzogen wurden, sind — je weiter in der Zeit herab, desto mehr — wohl häufiger mit Polen als mit Deutschen durchgeführt worden. Das mußte zur unausbleiblichen Folge haben, daß besonders die adligen Grundbesitzer ihre Anforderungen an die Bauern steigerten, sie den überlieferten slawischen wieder anzunähern suchten. So ist

der deutsche Bauer, soweit er Enklaven bewohnte, wohl noch im Laufe des Mittelalters in seiner polnischen Umgebung untergegangen, wenigstens sprachlich, wenn sich auch Unterschiede in seiner Lage und seiner Haltung noch lange erhalten haben und zum Teil noch heute nachgewiesen werden. An der Süd- und Westgrenze, wo man eine Stütze hatte am Schlesischen und Brandenburgischen, ist ein Rand der Provinz ununterbrochen bis zur Gegenwart deutsch geblieben, wenn auch z. B. die von den Zisterziensern im Obrabruch angesiedelten deutschen Bauern Polen geworden sind.

Den Städten blieb ein ähnliches Schicksal nicht erspart. Auch in Deutschland hat ja der Bürger in dieser Zeit um seine Stellung mit Fürstentum und Adel zu ringen gehabt, ist mehr eingeengt als gefördert worden, eine Wandlung, die im Gange der allgemeinen geschichtlichen Entwicklung ihrer Berechtigung nicht entbehrt. In Polen traf das nicht nur seine politische und wirtschaftliche Bedeutung, sondern auch seine Nationalität. Bei dem abnehmenden Zuzug aus Deutschland waren ja die Bürgerschaften für die Füllung ihrer Reihen auf das umgebende Land angewiesen. Als 1498 die zu Lübeck versammelten Hansestädte den alten Beschluß erneuerten, daß „Undeutsche" in den Städten nicht als Bürger aufgenommen werden sollten, machten Danzigs Vertreter geltend, daß sie ohne die Aufnahme von „Polen und Schlesiern" ihre Stadt nicht wohl aufrecht erhalten könnten, daß die Durchführung eines solchen Beschlusses auch ihren Landesherrn, den König von Polen, verletzen würde. Darauf wurde ihnen, den Thornern und Elbingern, die Befolgung der Ordnung erlassen. So ist deutsches Wesen in den Städten des eigentlichen Polens langsam verschwunden. In den Stadtbüchern des 15. Jahrhunderts (ältere sind nicht erhalten) ist das Deutsche zunächst noch vorherrschend; gegen die Mitte des Jahrhunderts verliert es den Vorrang an das Lateinische, das erst viel später dem Polnischen Platz gemacht hat. Ein Posener Schöffenbuch von 1491—1504 ist noch wieder fast ganz deutsch, die Vorrede zum dortigen Statutenbuch 1402 auch deutsch. Über das Ende des Jahrhunderts hinaus hat doch wohl kaum irgend eine posensche Stadt einen vorwiegend deutschen Charakter bewahrt; mehr oder weniger starke Minderheiten haben sich aber in mancher erhalten. Dabei ist das deutsche Recht bestehen geblieben, gehandhabt von Polen. Die Zisterzienserklöster, die nur Deutsche aufnahmen, haben diesen Brauch auch aufgeben müssen. Der Reichstag von 1537 beschloß, daß nur Polen Äbte sein dürften.

9. Die Zeit der Reformation und Gegenreformation.

So war das Deutschtum in Polen im Niedergange, als die Reformation begann. Sie hat es zeitweise wieder beleben, ihm die alte Bedeutung für das Land aber nicht zurückgeben können. Sie führte zuletzt zu einer noch bedrückteren Lage, als die war, in der das Mittelalter deutsches Wesen im Königreich hinterließ.

Die Reformation war eine deutsche Geistestat. So weit Luthers Sprache reichte, sind ihre Gedanken vorgedrungen, siegreich fast überall, wo sie nicht durch

äußere Gewalt gehemmt wurden. Die zerstreuten Deutschen des Ostens haben sie sich fast ausnahmslos zu eigen gemacht. Auch in Polen hat sich die große Mehrzahl der ansässigen Deutschen der neuen Lehre angeschlossen. Aber auch bei nicht wenigen Polen hat sie Anklang gefunden. Johann von Ostrorog, der Humanist, war wohl ein Feind der Deutschen, aber auch ein Feind des Papsttums; er hat das römische Kirchenwesen kaum minder scharf bekämpft als die Angehörigen des Nachbarvolkes.

So hat die eindringende Reformation die Kluft zwischen den Nationalitäten zunächst nicht erweitert. Die Verfolgung der Andersgläubigen, die nach den Erfolgen des Schmalkaldischen Krieges in den Ländern der Wenzelskrone durch Ferdinand I. einsetzte, führte sogar zu einer Stärkung des Deutschtums. So ist 1548 auf den Gütern des Grafen Leszczinski durch eingewanderte Deutsch-Böhmen die Weberstadt Lissa begründet worden, die, nahe der schlesischen Grenze und unweit Fraustadt gelegen, durch die ganze folgende Zeit ihren deutschen Charakter bewahren konnte. Polens weltliche Obrigkeit hat sich zeitweise der katholischen Kirche versagt; der Reichstag von 1563 faßte den Beschluß, daß kein Starost verpflichtet sei, Urteile der geistlichen Gerichte zu vollstrecken. Von den beiden Königen der Zeit, Sigismund I. (1506—1548) und Sigismund II. (1548—1572), hielt sich der letztere ungefähr in der Stellung seines jüngeren Zeitgenossen, des Kaisers Maximilian II.; er schloß sich dem neuen Glauben nicht an, aber er zeigte auch keine Neigung, ihn zu bekämpfen.

Das wurde anders, als er ohne männliche Nachkommen starb und damit das Haus der Jagellonen erlosch. Das Wahlrecht des Adels kam jetzt zur vollen Geltung. Es führte nach einander Heinrich von Anjou, den späteren französischen König Heinrich III., und den siebenbürgischen Fürsten Stephan Bathory (1575 bis 1586) auf den polnischen Thron. Die Meinung der Wählenden war zunächst nicht, in Religionssachen eine schroffe Haltung anzunehmen. Nach Sigismunds II. Tode hatte der versammelte Reichstag ausdrücklich beschlossen, daß Verschiedenheit der Konfession keinen Unterschied in der Ausübung politischer Rechte begründen solle. Aber Stephan Bathory fand es doch richtig, in seinem Streben nach Erweiterung der Königsmacht Hilfe zu suchen beim zahlreicheren und mächtigeren altgläubigen Teile des Adels. Seit 1571 waren die Jesuiten im Lande, besonders gefördert durch den Kardinal Hosius, Bischof von Ermeland, einen Krakauer Bürgerssohn deutscher Herkunft. Den jetzt bald organisierten Rekatholisierungsbestrebungen standen die Evangelischen zersplittert gegenüber. Nicht nur das Luthertum hatte Boden gefunden, sondern, besonders in polnischen Kreisen, auch der Calvinismus; dazu waren neben lutherischen Deutschböhmen auch Böhmische Brüder eingewandert. So ist während der Regierung Sigismunds III. (1587 bis 1632) die Rekatholisierung erfolgreich angestrebt worden. Die „Dissidenten" wurden von allen Staatsämtern ausgeschlossen; in den Städten sollten sie als Bürger nicht mehr zugelassen werden. Ihre Religionsübungen suchte man zu hindern, wo man nur konnte.

Das 16. Jahrhundert hat für die Gesamtstellung des Deutschtums im Osten noch eine weitere verhängnisvolle Verschiebung herbeigeführt. Der letzte Hochmeister Albrecht von Brandenburg hat 1525 das Ordensland in ein weltliches Herzogtum Preußen umgewandelt. Das ist dem Deutschtum zugute gekommen. Nicht nur daß das Luthertum Landesreligion wurde, der neue Herzog hat auch deutsche Einwanderung gefördert und durch sie ausgedehnte Strecken Ödland in Kulturboden umgewandelt. Aber dem Untergange des Ordens in Preußen folgte ein Menschenalter später seine Auflösung in Livland. Und hier traten fremde Mächte das Erbe an. Der letzte Landmeister Gotthard Ketteler wurde 1561 als Herzog von Kurland und Semgallen ein Vasall der polnischen Krone, was für sein dürftigeres Besitztum mehr bedeutete als für den preußischen Herzog, und um den Rest des Landes begann erbitterter Streit zwischen Schweden, Dänen, Russen und Polen. Der deutsche Kaiser, historisch zweifellos der Nächstberechtigte, schied völlig aus; Habsburg hatte hier keine Interessen, und die benachbarten deutschen Fürsten besaßen zu wenig Macht, auch keine Neigung, einzugreifen. Vor allem gerieten Polen und Schweden um den Besitz von Livland in eine Feindschaft, die völlig neu war. Beide hatten oft gegen die Russen gekämpft, aber nie gegen einander. Aus der Lücke, die der Orden ließ, entsprang dauernde Zwietracht zweier Mächte, die natürliche Bundesgenossen gegen die Moskowiter gewesen waren und hätten bleiben sollen. Diese Gegnerschaft hat dem Zarentum den Weg an die Ostsee geöffnet und es so zu einem Nachbarn Deutschlands gemacht.

Der neue polnisch-schwedische Gegensatz erhielt eine besondere Schärfe durch die enge Verbindung Sigismunds III. mit der Wasa-Familie. Seine Mutter Katharina, wie Stephan Bathorys Gemahlin Anna eine Schwester Sigismunds II., war mit Gustaf Wasas zweitem Sohne, Herzog Johann von Finland, vermählt, der seinem Bruder Erich XIV. 1567 als Johann III. folgte. Nach des Vaters Tode (1592) erlangte Sigismund zur polnischen Königswürde auch die der Schweden. Er war von Jesuiten erzogen, und seine starr katholische Gesinnung, die für Polen die Erfolge der Gegenreformation zeitigte, hat ihn in seinem zweiten Reiche unmöglich gemacht. Als er versuchte, sich mit den Waffen zur Geltung zu bringen, erlitt er 1598 die Niederlage von Stångebro (bei Linköping). Er mußte seinem Onkel Karl IX., dem dritten Sohne Gustaf Wasas, die Regierung Schwedens überlassen und konnte nicht hindern, daß der Oheim sich zum Könige machte. Sigismund dachte aber nicht daran, seine Ansprüche aufzugeben. So entwickelte sich der Gegensatz zwischen ihm und Karls IX. Sohne Gustaf Adolf, der beider Leben ausgedauert und Gustaf Adolf in die große europäische Politik hinein getrieben hat. Es war nicht nur ein Gegensatz zweier Staaten und ihrer Herrscher, sondern auch der Bekenntnisse. Kaum irgendwo in Europa ist die politische Feindschaft zweier Nachbarmächte in gleichem Maße auch eine konfessionelle gewesen.

Allerdings war die nächste Folge dieser Gestaltung der Verhältnisse dem Deutschtum nicht ungünstig. Livland wurde schwedisch, und damit gewannen Deutschtum und Protestantismus in diesem Lande und in Estland wieder einen gesicherten Stand. Da Schweden zeitweise auch auf polnischem Gebiete zu Einfluß gelangt

ist, hat es auch dort zugunsten der Evangelischen eingreifen können. Deren Sache und damit im allgemeinen die des Deutschtums hat in diesen Jahrhunderten auch noch auf andere Weise eine gewisse Förderung erfahren, die den Erfolgen der Gegenreformation zwar nicht die Wage hielt, sie aber doch abschwächte. Aus verschiedenen Anlässen setzte noch einmal ein neuer Zuzug ein. Da doch eine ziemliche Zeit verging, ehe man in Polen anfing, die Evangelischen ernstlich zu bedrängen, so konnte das Land zeitweise eine Zufluchtsstätte für verfolgte Neugläubige werden. Nicht nur für die Gebiete der Wenzelskrone hat es diese Bedeutung gewonnen, sondern auch für Niederländer und Leute aus den Nachbargebieten, am meisten für Mennoniten. Ihre Herkunft machte sie besonders für die Besiedlung der Niederungen geeignet. So sind Trockenlegung und Urbarmachung des Danziger Werders und der Elbinger Niederung, gewisser Teile des Weichsel-Deltas und des Weichsel-Tales, sumpfiger Ländereien an Brahe und Netze und noch weiter im inneren Polen damals teils weiter geführt, teils neu begonnen worden. Es entstanden die „Holländer"-Siedelungen. Wie beim „deutschen Recht", so sind auch hier als „Holländer" Zuwandernde angesiedelt worden, die aus ganz anderen Gegenden stammten. Sie haben Sprache, Bekenntnis und Sonderstellung zum großen Teil durch die Folgezeit behaupten können. Man zählt ihrer heute noch in Posen, fast über die ganze Provinz verbreitet, etwa 400; sprachliches Mißverständnis hat sie zu „Hauländereien" gemacht. Sie haben als Gemeinden verhandelt und sind nicht gekommen, ohne sich ihre Rechte verbriefen zu lassen, ganz besonders freie Religionsübung. Der große Vorteil, den ihre Ansiedelung bot, hat auch katholische Grundbesitzer, selbst Geistliche, bewogen, sie nicht nur zuzulassen, sondern sogar einzuladen, so daß seit Stephan Bathory und Sigismund III. im Lande zugleich rekatholisiert und protestantisiert wurde.

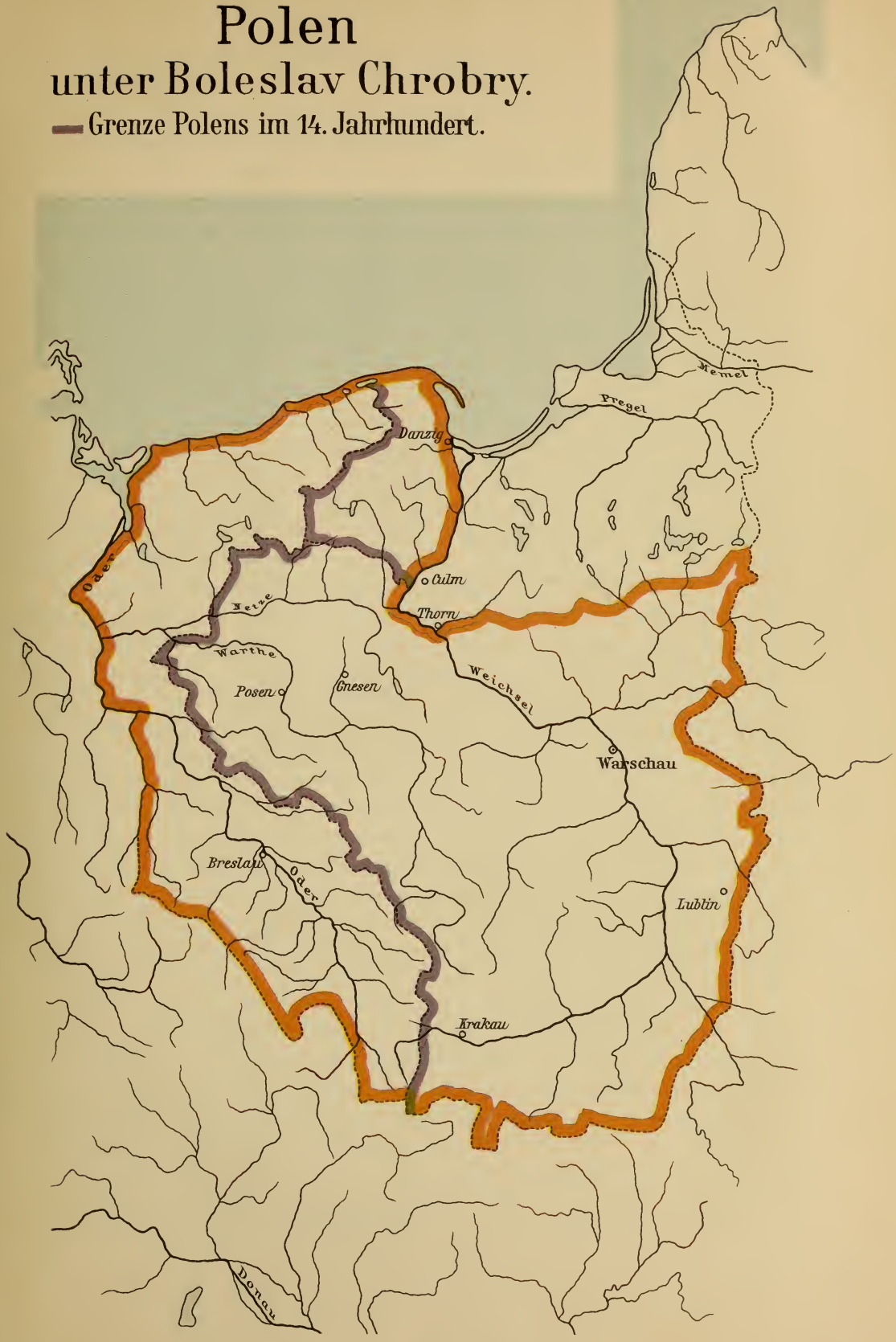
Eine andere Art neuer Zuwanderung veranlaßte der Dreißigjährige Krieg, zunächst als nach der Schlacht am Weißen Berge in Böhmen und Mähren die Gegenreformation einsetzte, dann in weit höherem Maße, als mit Wallensteins Einmarsch in Schlesien (1626) auch dort die Bedrängung der Protestanten begann. Ihrer nicht wenige suchten Ruhe jenseits der nahen Grenze. So ist 1638 Rawitsch begründet worden, so gleichzeitig Bojanowo, beide deutsch bis heute. Die Eingewanderten sind auch hier nicht gekommen, ohne eingeladen zu sein. Es hat auch in dieser Zeit polnische Grundherren gegeben, und nicht bloß protestantische, die den Wert solchen Zuzugs zu schätzen wußten. Auch die älteren städtischen Niederlassungen haben um diese Zeit eine gewisse deutsche Auffrischung erfahren. Eine besondere Erscheinung ist der nicht seltene Abzug ländlicher Arbeiter aus den Grenzgebieten Pommerns, Brandenburgs und der Neumark ins Polnische, über den vom ausgehenden 16. Jahrhundert bis in die Zeit des Großen Kurfürsten von den betroffenen Grundherren oft und laut geklagt worden ist. Ihre Bauern machten sich nicht selten mit fahrender Habe und Hofgerät auf und davon. Die Ausdehnung des herrschaftlichen Betriebes auf den Gütern jener Gegend, die den kleinen Mann in stark gesteigertem Maße in Anspruch nahm, ließ ihm die Verhältnisse drüben günstiger erscheinen. So hat zeitweise Polen einen Teil seiner ländlichen

Arbeitskräfte aus Deutschland bezogen; die „Schulzendörfer" verdanken diesem Zuzug ihre Entstehung. Im Norden und Nordwesten der jetzigen Provinz Posen ist die deutsche Bevölkerung durch ihn erheblich vermehrt worden. Auch ihr Bekenntnis haben die Eingewanderten zum großen Teil behaupten können, wenn sie naturgemäß auch entfernt polnischer Einwirkung gegenüber nicht so widerstandsfähig waren wie die Holländerdörfer.

Wenn so deutsches Wesen im polnischen Reiche von verschiedenen Seiten her auch in dieser Zeit eine gewisse Stärkung erfuhr, so können über seine Gesamtlage in den letzten 200 Jahren vor der beginnenden Teilung Polens Zweifel nicht bestehen. Sie war eine gedrückte, bedrängte; von irgend welcher Freiheit der Bewegung über den nächsten Kreis hinaus konnte nicht die Rede sein. Der grundbesitzende Adel blieb im großen und ganzen seiner alten Art getreu; Bürger und Bauern mochte er nicht aufkommen lassen. Versuche, verbriefte Rechte und gegebene Zusagen zu beseitigen, gehörten zur täglichen Übung, und der Widerstand dagegen war in den Schulzendörfern und in den zerstreuten deutschen Niederlassungen nicht allzuoft erfolgreich. Die Scharwerksdienste gewannen einen erdrückenden Umfang; auch die Evangelischen wurden genötigt, der katholischen Geistlichkeit den Zehnten zu entrichten. Die alte slawische Tradition, den ackerbauenden Mann als recht- und willenlosen Schollenpflichtigen zu betrachten, die auch auf die Gestaltung der agrarischen Verhältnisse in den germanisierten altslawischen Gebieten so nachteilig eingewirkt hat, blieb in den Ländern slawischer Herrschaft in ungebrochener Kraft. Die deutsche Einwanderung hat sie dort nur zeit- oder stellenweise zurückdrängen können. Das Bestreben, den Bauersmann in die Leibeigenschaft hinabzudrücken, hatte nur zu guten Erfolg. Das hat auch zu einer gewissen Rückwanderung Deutscher in die benachbarten brandenburgisch-preußischen Gebiete geführt. In den Jahren 1754—1756, als Friedrich der Große Warthe- und Oderbruch zu besiedeln begann, sind allein aus dem Kreise Filehne 247 bäuerliche Familien ins Preußische zurückgekehrt.

Auf den Städten lastete besonders hart der adlige und der religiöse Druck. Die Adligen wachten streng darüber, daß Bürgerliche keine Landgüter erwarben; von allen angesehenen Stellen in der Verwaltung wurden sie ausgeschlossen. Der Adel benutzte seine Zollfreiheit, um ihrem Handelsbetriebe Konkurrenz zu machen. Dazu kamen die religiösen Einengungen. In Posen konnten zeitweise nur Katholiken Bürger werden. Das hat sich nicht aufrecht erhalten lassen. Als 1634 aber wieder einige Evangelische zugelassen wurden, ward ausdrücklich im Bürgeralbum bemerkt, daß „es geschehe wegen des Mangels an Handwerkern und Kaufleuten in der Hoffnung auf Bekehrung zum katholischen Glauben". Die Angenommenen waren „zuvor ernstlich zur Annahme der römisch-katholischen Religion und zum Hören der Predigten in den katholischen Kirchen ermahnt worden". Bis 1770 hat in der Stadt irgendwelche evangelische Religionsübung nicht stattfinden können, und doch zählte sie, als sie 1793 preußisch wurde, unter 9000 christlichen Bewohnern über 2000 Protestanten.

Polen
unter Boleslav Chrobry.
— Grenze Polens im 14. Jahrhundert.



Ähnlich stand es in anderen Städten; in konfessionellen Fragen herrschte die Willkür. In dieser Zeit hat sich die heute volkstümliche Unterscheidung deutsch gleich evangelisch, polnisch gleich katholisch festgelegt. Das am Thorner Bürgermeister Rößner und neun Mitbürgern am 7. Dezember 1724 vollstreckte Todesurteil, das „Thorner Blutbad", ist eins der spätesten Zeugnisse leidenschaftlichen religiösen Hasses und grausamer Verfolgungssucht. 1717 ist die Zerstörung aller seit 1674 erbauten protestantischen Gotteshäuser beschlossen worden. Die protestantischen Landboten sind im nächsten Jahre aus dem Reichstage ausgestoßen worden; 1733 hat man die Evangelischen von allen gesetzgebenden Körperschaften, Gerichten und Ämtern ausgeschlossen. Und das, obgleich man erkannte, daß der Fortschritt des Landes im wesentlichen auf ihnen beruhe. „Die dissidentischen Städte wachsen, die katholischen sinken", meinte 1751 der Posener Woiwode Stephan Garczynski. Wenn der heimische Gewerbfleiß in dem ganzen, weiten Reiche die englischen Tuche vom Markte verdrängte, so beruhte das auf den Leistungen der meist protestantischen Deutschen in Fraustadt, Lissa und Posen. Volksschulunterricht haben die Deutschen nach Polen gebracht. Der Starost von Nakel, Andreas Malachowski, überwies in einer Urkunde für sein Dorf Olschewko dem Schmiede und dem Lehrer je 9 Morgen, „dieweilen ein polnisches Dorf ohne Schmied nicht sein kann, wie auch die deutschen Leute ohne Schulmeister nicht sein können".

Einen Einzelvorgang, dem in der Geschichte der deutschen Einwanderungen nichts anderes zu vergleichen ist, stellt die Ansiedlung der „Bamberger" in den Kämmereidörfern der Stadt Posen dar. Sie begann 1719 auf Anregung des Bischofs und wurde bis in die 50er Jahre fortgesetzt. Der hochentwickelte Gartenbau der Bamberger Gegend und das katholische Bekenntnis der dortigen Bevölkerung hatten den Bischof auf den Gedanken gebracht, die völlig wüsten Dörfer durch kerndeutsche Anbauer wieder mit Bewohnern zu füllen. So ward die vornehmste Stadt Großpolens mit einem Kranz deutscher Ansiedler umgeben. Irgendwelche Sonderrechte erhielten die Ankömmlinge nicht. Sie haben als „Bamberski" Fleiß, Ordnungsliebe und Geschick bis auf die Gegenwart, ihre Sprache bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts bewahrt. Daß deutsche Zuwanderung in die Städte nie völlig aufgehört hat, braucht kaum besonders bemerkt zu werden. In der Stadt Posen sind von 1700—1793 950 Deutsche, dagegen nur 742 Polen Bürger geworden, von jenen allerdings nicht wenige aus anderen Städten Polens zugezogen.

10. Untergang der polnischen Selbständigkeit.

So standen die Dinge, als Polens völkerrechtliche Lage zu seiner Aufteilung zwang. Länger als ein halbes Jahrtausend waren Deutsche auf seinem Boden ansässig gewesen. Nirgends und nie waren sie durch Gebrauch der Waffen seßhaft geworden. Sie waren gekommen als friedliche Siedler, herbeigewünscht, herbeigerufen von den Besitzenden, den Mächtigen des Landes. Sie hatten der neuen Heimat unermeßlichen Vorteil gebracht. Es ist völlig richtig, wenn gesagt worden ist, daß Deutschland gegeben, Polen empfangen hat. Für die umgekehrte

Behauptung ließe sich schlechterdings nichts anführen. Die Deutschen vor allem haben Polen in Verbindung gebracht mit der abendländischen Kultur. Wenn Polen ein Glied nicht der ost-, sondern der westeuropäischen Völkergemeinschaft geworden ist, ihr äußerstes, so verdankt es das, wie Böhmen und Ungarn, den Deutschen. Ganz besonders ist deren Werk, was sich dort an wirtschaftlicher Kultur entwickelte.

Es ist aber verständlich, daß auf diesem Gebiete die Gegenströmung einsetzte. Wirtschaftliche Fortschritte können ja nicht gemacht werden, ohne daß der eigene Vorteil in den Vordergrund tritt. Indem aber Polens herrschende Klasse sich der weiteren Ausbreitung deutscher Art und deutschen Einflusses mit Erfolg widersetzte, hemmte sie diejenigen Teile der Bevölkerung, auf denen hier wie in ganz Westeuropa vor allem die Zukunft beruhte, Bürger und Bauern. Denn ein Emporkommen dieser Stände und der ihnen gebührende Anteil am Staatsleben waren nur erreichbar durch Anlehnung an deutsche Vorbilder und Durchsetzung mit deutschem Wesen. Es bedurfte dazu keiner Germanisierung der polnischen Bevölkerung; aber andererseits verschloß grundsätzliche Bekämpfung der Deutschen den Zugang zu allgemeiner höherer Kultur und vor allem zu einer gesunden Entwicklung des heimischen Staatslebens. Wenn beides dem polnischen Reiche versagt blieb, so liegt der Grund allein darin, daß sein Adel in kurzsichtiger Verfolgung eigenen Nutzens nach Verkümmerung des Bürger- und Bauernstandes trachtete. Er konnte in diesem Streben Erfolg haben, weil er auch die Krone zu schwächen vermochte, so daß jedes Gegengewicht im Lande fehlte. Die einseitige Adelsherrschaft ist es, die Polen innerlich zugrunde gerichtet hat.

Sie ist aber auch verhängnisvoll geworden für seinen äußeren Bestand.

Kasimir der Große hat verzichtet nach Westen, Norden und Südwesten, hat Frieden gesucht mit Böhmen und dem Orden. Damit hat Polen sich zurückgezogen aus Gebieten, in denen es früher Herrschaft geübt oder erstrebt hatte. Aber der Herrscher, von dem mit Recht gesagt wird, daß er Polen inneren Halt gegeben habe, hat doch auch seinen äußeren Bestand gemehrt. Er war nach langer Zwischenzeit wieder der erste volle Alleinherrscher Polens und hat als solcher das Reich nach Osten dauernd erweitert. Er erwarb nach dem Aussterben der heimischen Regentenfamilien die russischen (klein-, rotrussischen, ruthenischen) Fürstentümer Halicz und Wladimir (Galizien und Lodomerien) und schob so die Grenzen des Reiches über das Krakauer (kleinpolnische) Gebiet an den Karpathen entlang bis zur heutigen Bukowina und nordöstlich hinein nach Wolhynien vor.

Die Verbindung mit Litauen durch Wladislaw-Jagello hat dann dem Reiche ausgedehnte neue Besitzungen zugeführt. Jagellos Vater und Großvater, Olgerd und Gedimin, Zeitgenossen Kasimirs, hatten ihre Besitzungen weit über das Stammesgebiet hinaus nach Osten und Süden hin erweitert. Es ist eine Zeit, von der man sagen kann, daß so ziemlich überall in Europa der Westen eine Überlegenheit über den Osten erwies. Die russischen Lande von Polozk und Witebsk, von Smolensk und Kjew und darüber hinaus das weite Gebiet der Kosaken und Tataren südwärts bis zum Schwarzen Meere hin sind damals unter litauische Oberherrschaft gekommen.

Die Verbindung Polens mit Litauen ist erst im Jahre 1501 eine dauernde geworden; auch hat der Machtbereich der Könige und Großfürsten nicht ungeschmälert aufrecht erhalten werden können; bestehen bleibt aber die Tatsache, daß Polen den Verlust, den es im Westen trotz der Erwerbung von Pommerellen, Kulmer- und Ermeland zu verzeichnen hatte, im Osten vielfach, der räumlichen Ausdehnung nach mehr als zehnfach, ersetzte. Und wenn von Westen her die Deutschen in früher polnisches Gebiet eingedrungen waren, so gelang den Polen das gleiche ostwärts, nur mit dem Unterschiede, daß sie ihre Erfolge nicht friedlicher Tätigkeit, sondern kriegerischer und politischer Überlegenheit zu danken hatten, und daß deren Träger nicht Landbauer und Städtebegründer waren, sondern Adlige, die sich des Bodens bemächtigten. Die Vorwürfe, die man den Deutschen mit Unrecht zu machen pflegt, können gegen die Polen mit Recht erhoben werden!

Über die ursprünglichen Bewohner der beherrschten Gebiete legte sich eine polnische Oberschicht, die bis auf den heutigen Tag nicht verschwunden ist. Fast vier Jahrhunderte hindurch hat sie ihre Auffassung von ständischer Gliederung und angemessener Güterverteilung ungehindert zur Geltung bringen können und hat dadurch nicht kulturfördernd, wie es von den Deutschen mit gutem Grunde behauptet werden kann, sondern kulturhemmend gewirkt. Wer darauf hinweisen möchte, daß deutsche Adlige in den baltischen Provinzen ähnlich aufgetreten sind, der vergißt doch, daß hier eine selbständige Städteentwicklung zur Seite stand, die im polnischen Herrschaftsbereich völlig fehlte, und daß der livländische Gutsherr doch etwas mehr gewöhnt war, sich um seine Bauern zu kümmern, als der polnische. Auch sein Kirchenwesen hat Polen in den unterworfenen Gebieten zur Geltung bringen können, eine Tatsache, die ebenfalls bis auf den heutigen Tag sehr fühlbar nachwirkt. Polnische Volksart hat sich über die Verteilung der Geltungsbereiche in Europa wahrlich nicht zu beklagen; sie hat nicht nur verloren, sie hat auch und in größerem Umfange gewonnen und gewinnt heute noch, wo sie politische Macht in der Hand hat. Ihr fehlt nur der Staat, und daß sie den eingebüßt hat, ist ausschließlich ihre eigene Schuld.

Mit dem Aussterben der Jagellonen im Mannesstamme ward Polen, wie berührt, ein wirkliches Wahlreich. In seiner äußeren Geltung hat sich das nicht so bald fühlbar gemacht. Es unterlag gegen Schweden in dem Streben nach Erweiterung seines Ostseebesitzes; es mußte (1657) die Lehnshoheit über Preußen aufgeben. Aber gegenüber Rußland, das nach dem Aussterben des Mannesstammes der Rurik (1598) eine lange Periode schwerer innerer Zerwürfnisse durchzumachen hatte, bewahrte es bis um die Mitte des 17. Jahrhunderts eine gewisse Überlegenheit. Erst 1667 im Frieden von Andrussow hat Johann Kasimir Smolensk, Tschernigow und Kjew an Zar Alexei Michailowitsch zurückgeben müssen; aber polnisches Gebiet reichte dann immer noch über den mittleren Dnjepr hinaus und hat diesen Umfang bewahrt bis zur ersten Teilung.

Peter der Große glaubte zunächst Besitz an der Ostsee und am Schwarzen Meere erstreben zu sollen, wobei sich Polen als Bundesgenosse gebrauchen ließ.

Polens erster sächsischer König, August II., hat eifrig mitgeholfen, Rußland in die Stellung einer baltischen Macht emporzuheben. Peters nächste Nachfolger und Nachfolgerinnen waren unfähig, eine weitaussehende Politik zu verfolgen. Als aber (1762) Katharina II. die Zügel der Regierung ergriff, zeigte sich bald, daß Polens Stunde geschlagen habe.

Die gewaltige Zarin hat von vornherein Beherrschung Polens erstrebt. Die Zustände im Reiche luden dazu ein. Sie sind zu oft geschildert worden, als daß es längerer Darlegungen bedürfte. Es herrschte völlige Regierungslosigkeit. Die entscheidende Macht lag in den Händen des Reichstags. An ihm teilzunehmen, war jeder Adlige berechtigt. Das bestehende Vetorecht des Einzelnen hinderte die Beschlußfähigkeit. Dazu sind von 1718—1764 überhaupt nur drei Reichstage gehalten worden. Von einer geordneten Verwaltung konnte nicht mehr die Rede sein, vor allem nicht von einer gesicherten Rechtspflege. Es war alles auf die Willkür der Mächtigen, der großen Besitzer gestellt. Jede Königswahl ward Anlaß zu scharfen Parteiungen. Das Eingreifen auswärtiger Mächte ward zur Übung; Gewalt und Bestechung entschieden. Die Russen hatten während des Siebenjährigen Krieges, wo sie das Königreich zum Ausgangspunkt ihrer Operationen machten, sich daran gewöhnt, im Lande nach Belieben zu schalten und zu walten. Sie hatten die Verhältnisse auch gründlich kennen gelernt. Als Polens zweiter und letzter sächsischer König, August III., im Oktober 1763 starb, hat Katharina es durchgesetzt, daß ihr Günstling Stanislaus Poniatowski zum Könige gewählt wurde. Friedrich der Große hat das unterstützt; er konnte in seiner damaligen Lage nur bei Rußland Anlehnung suchen. Die Albertiner hat es nicht gefördert, daß August der Starke um der polnischen Königskrone willen das Bekenntnis wechselte. Die fremde Königsmacht hat ihre heimatliche Stellung nicht gestärkt, und Polen ist durch ihr Regiment in keiner Weise nennenswert gehoben worden.

Poniatowskis Wahl war unter dem Schutz russischer Truppen erfolgt. Sie haben das Land nicht wieder geräumt. Des neuen Königs Bemühen, die Verfassung des Landes im Sinne einer Stärkung der Krone zu reformieren, stieß auf den überlegenen Widerstand der Zarin. Sie stärkte ihren Einfluß in Polen und befestigte zugleich ihre einheimische Stellung, indem sie sich als Vertreterin des orthodoxen Glaubens zur Beschützerin der griechischen Katholiken aufwarf, die in den neupolnischen östlichen Landen von ihrer russischen Zeit her noch einen starken Teil der Bevölkerung bildeten. Vom 1768er Reichstag erzwang sie die staatsrechtliche Gleichstellung der „Dissidenten“ und zugleich die Anerkennung Rußlands als Bürgen der Neuordnung. So stand ihr Polen zu jederzeitiger Einmischung offen.

Noch während des Reichstags war die „Konföderation“ von Bar (Podolien) zusammengetreten, die sich verpflichtete, den alten Zustand aufrecht zu erhalten. Ihre Angehörigen durchzogen bandenweise das Land unter den gröbsten Ausschreitungen. „Besonders die Protestanten werden von dem unter dem Namen der Konföderierten herumstreifenden Raubgesindel auf eine ganz unmenschliche

und höchst grausame Weise gemißhandelt und ums Leben gebracht," heißt es in einem Schreiben Balthasars von Brenkenhof, des Mitgliedes des preußischen Generaldirektoriums und Leiters der Neusiedelungen Friedrichs des Großen, an den Fürsten Peter Sapieha, als dieser sich über den Abzug seiner Bauern nach Brandenburg beklagte. Für Katharina war das Auftreten der Konföderierten ein willkommener Anlaß, ihre Truppen dauernd im Lande zu lassen. Auf Ansuchen Poniatowskis selbst hat Maria Theresia die zu Ungarn gehörige, aber 1412 an Polen verpfändete und seitdem in polnischem Besitz befindliche Zips 1769 besetzen lassen, um den Konföderierten zu wehren. Es war die Einleitung zur Teilung Polens.

Katharinas Vorgehen in Polen hat die Pforte auf französisches Anstiften veranlaßt, Rußland im Oktober 1768 den Krieg zu erklären. Ihre Waffen hatten aber schlechten Erfolg. Die Russen konnten die Moldau und Walachei besetzen, in Morea den Aufstand entzünden und im Juli 1770 der türkischen Flotte in der Bucht von Tschesme gegenüber Chios eine vernichtende Niederlage beibringen. Sie dachten daran, die Donaufürstentümer zu behalten. Das konnte Österreich nicht dulden, einen österreichisch-russischen Krieg aber Friedrich der Große aus mehr als einem Grunde nicht wünschen. In den Verhandlungen, die geführt worden sind, diese Lage zu entwirren, hat Kaiserin Katharina im Januar 1771 in Petersburg gegenüber Friedrichs Bruder, dem Prinzen Heinrich, zuerst das Gespräch auf eine Teilung Polens gebracht, einen Plan, der seit dem Beginn des Jahrhunderts wiederholt und an verschiedenen Stellen aufgetaucht und erwogen war. Der König, anfangs abgeneigt, hat sich bald umstimmen lassen; auch Maria Theresia hat den Ausweg betreten, der sich bot, die Russen von der Donau zu entfernen. So einigten sich die drei Mächte am 5. August 1772 über die erste Teilung Polens.

Es hat keine besonderen Schwierigkeiten gemacht, den Reichstag im September 1773 zur Anerkennung des Vertrags zu bestimmen; am nötigen Gelde ließ man es nicht fehlen. Den Zeitgenossen ist das Ungewöhnliche und das Unrecht, das in dem Verfahren lag, nicht entgangen, und die Späteren haben es im allgemeinen noch schärfer betont. Aber wer die Hergänge ruhig ins Auge faßt, kann nur sagen, daß geschah, was geschichtlich unvermeidlich geworden war. Das Fortbestehen eines in sich zerfallenen, aus eigener Kraft nicht wieder zu belebenden Staates inmitten dreier aufstrebender Mächte war eine Unmöglichkeit. Ein Staat hat nicht nur Pflichten gegen sich selbst, sondern auch gegen seine Nachbarn. Insbesondere für Preußen war die Frage nur die, ob es die Gelegenheit, die unentbehrliche Verbindung zwischen Ostpreußen einer-, Pommern, Schlesien und Brandenburg andererseits zu gewinnen, benutzen oder Rußlands Macht sich inmitten der eigenen Monarchie und vor den Toren von Breslau, Frankfurt und Königsberg festsetzen lassen wollte. Konnte Polen die russische Macht nicht fernhalten, so hatte es seine Daseinsberechtigung verloren. Es war nicht anders: Ganz Polen ward russisch oder aber es wurde geteilt. Die Polen selbst können Gott danken, daß die Entscheidung gefallen ist, wie es geschah.

Zur Zeit seiner ersten Teilung hatte das polnische Reich einen Umfang von mehr als 720000 qkm, war also ziemlich so groß wie das mittelalterliche Deutsche Reich zur Zeit seiner höchsten Blüte, fast 180000 qkm größer als unser gegenwärtiges Reich. Auf diesem Gebiete wohnen zurzeit über 43 Millionen Menschen, von denen aber noch nicht ganz ein Drittel, zwischen 13 und 14 Millionen, Polen sind.

Die erste Teilung löste ungefähr 225000 qkm vom Reiche. Ein Sechstel davon erhielt Preußen; es war der am dünnsten bevölkerte Landesteil. Der Rest fiel an Rußland und Österreich, zur etwas größeren Hälfte an jenes Reich. Rußland nahm alles Land jenseits der Düna und des Drusch, eines rechten Zuflusses des Dnjepr, der zwischen diesem und der Beresina parallel mit beiden westlich von Mohilew fließt. Es erlangte seine alten Fürstensitze Polozk und Witebsk zurück, dazu Polnisch-Livland, das Gebiet, das Polen sich dort vom Ordenslande angeeignet hatte. Österreich erhielt das jetzige Galizien ohne Krakau, Preußen durch Erwerbung der „preußischen Lande polnischen Anteils“ und des Netzedistrikts die so notwendige Verbindung Ostpreußens mit Pommern und der Neumark. Allein mit dem Netzedistrikt erlangte es ein Gebiet, das vorher nie in deutschen Händen gewesen war; das regno redintegrato auf der zur Huldigung geprägten Denkmünze hatte sein gutes Recht. Das Verbleiben der Städte Danzig und Thorn, die doch beide ihren deutschen Charakter bewahrt hatten, unter polnischer Hoheit, minderte den Wert des neuen Besitzes nicht unerheblich.

Der ersten Teilung Polens ist gut zwei Jahrzehnte später die zweite gefolgt. Auch sie wurde notwendig, weil es sich als unmöglich erwies, das Land vor russischer Besitzergreifung zu bewahren. Die Verwicklungen, welche die französische Revolution herauf beschwor, beschleunigten die Entscheidung.

Kaiser Josef II., der schon bei der ersten Teilung das Handeln der Mutter wesentlich bestimmt, dann 1774 mitten im Frieden mit der Pforte die Besetzung der bis dahin türkischen Bukowina veranlaßt hatte, strebte nach weiteren Erwerbungen für die Donau-Monarchie. Er schloß sich Katharina an, als sie 1787 ihrerseits Krieg gegen die Türkei begann. Im nächsten Jahre griff Gustaf III. von Schweden gegen Rußland zu den Waffen, Verlorenes wieder zu gewinnen. Die Zeit schien gekommen, Polens Lage und zugleich Preußens Grenzen zu bessern. Unausgesetzt war Katharina bemüht gewesen, ihren Einfluß in Polen zu befestigen, Ordnung und Einigkeit nicht aufkommen zu lassen. Ihre Absichten waren fortdauernd auf Beherrschung des ganzen Reiches gerichtet. Unmöglich aber konnte Preußen die Russen in Danzig dulden. Dazu bedurfte es einer Verbindung zwischen Ostpreußen und Schlesien, wenn diese Erwerbung Friedrichs des Großen dauernd festgehalten werden sollte. Breslau lag sechs Meilen von der polnischen Grenze, und der dünne Streifen preußischen Besitzes, der zwischen dem sächsischen und dem polnischen Gebiet hindurch Schlesien mit Brandenburg verband, war an seiner schmalsten Stelle sieben Meilen breit. Berlin selbst war nur sechs Meilen von der sächsischen, wenig mehr als doppelt so weit von der polnischen Grenze entfernt.

So konnte in Preußen der „Herzbergsche Plan“ entstehen, der darauf hinauslief, durch eine Verständigung mit Polen dort die notwendigen Gebietserweiterungen zu gewinnen, dieses Reich durch Rückgabe galizischen Landes zu entschädigen, Österreich und Rußland aber sich an der Türkei schadlos halten zu lassen. Der Plan versagte in beiden Voraussetzungen. Weder waren die Polen willig, Gebiet abzutreten, noch erzielten die gegen die Türkei verbündeten Großmächte die erwarteten Erfolge. Dazu schloß Josefs Nachfolger Leopold im August 1791 Frieden mit der Pforte.

Inzwischen aber hatte man in Polen die Gelegenheit benutzt, sich nun doch ernstlich mit einer Besserung der Verfassung zu beschäftigen. Die Reichstagsbeschlüsse vom Mai 1791 suchten eine konstitutionelle Erbmonarchie unter sächsischer Dynastie zu begründen; zugleich sprachen sie sich für ein Bündnis mit Preußen aus.

Die Ausführung wurde durchkreuzt von den Ereignissen in Frankreich und vom Eingreifen Rußlands. Die Blicke der beiden deutschen Großmächte wandten sich nach Westen. Am 20. April 1792 beschloß die französische Nationalversammlung den Krieg gegen Österreich, mit dem Preußen seit dem Februar zu gemeinsamer Deckung gegen die Revolution verbündet war. Der beschlossenen polnischen Konstitution stand eine starke russische Partei im Lande feindlich gegenüber. Sie trat am 14. Mai 1792 zur Konföderation von Targowicz (im äußersten Südosten des damaligen Polens südlich von Kjew, hart an der russischen Grenze) zusammen und rief russische Hilfe an. Katharina hatte ihr Möglichstes getan, Europa gegen Frankreich in Bewegung zu bringen; jetzt konnte sie hoffen, ungestört ihr polnisches Schäflein zu scheren.

Während die preußischen und österreichischen Heere am Rheine standen, ließ sich König Stanislaus, der am Zustandekommen der Konstitution tätigen Anteil genommen hatte, bewegen, der Konföderation beizutreten. Kaiser Franz, der inzwischen dem Vater Leopold gefolgt war, hatte, gegen Eingehen Preußens auf Österreichs bairische Wünsche, sich bereit erklärt, Friedrich Wilhelm II. in Polen freie Hand zu lassen. Da Katharina nicht gezögert hatte, dem Hilfegesuch Folge zu leisten, rückten im Januar 1793 auch preußische Truppen in Polen ein. Es kam, vereinbart zwischen Preußen und Rußland, zur zweiten Teilung. Der zu Grodno versammelte Reichstag mußte sie am 17. Juli bestätigen.

Sie brachte einen noch etwas größeren Verlust als die erste, rund 250000 qkm, die Hälfte des Bestandes. Rußland nahm alles Land östlich einer Linie, die genau nord-südlich von der mittleren Düna, da wo Kurland-Semgallen an diesem Flusse aufhört, hinüber lief zum oberen Djnestr, da wo er Galizien verläßt, Preußen aber so ziemlich das ganze alte Großpolen, nämlich den Rest der jetzigen Provinz Posen, die Städte Danzig und Thorn und vom gegenwärtigen General-Gouvernement Warschau alles Land westlich einer Linie, die sich von der ostpreußischen Grenze bei Mlawa südwärts über die Weichsel an die Piliza und weiter an diesem Flusse aufwärts, zuletzt sich westlich wendend an die schlesische Grenze hinzog und sie südlich von Czenstochau erreichte. Diese Stadt und Lodz fielen

in die neue Erwerbung. Räumlich machte der preußische Anteil nur ein Fünftel des russischen aus; aber er umfaßte diesmal fruchtbarste Teile des Landes. Rußlands Gewinn übertraf an Umfang das gesamte damalige preußische Staatswesen. Die neu gezogenen Grenzen hatten kaum irgend welche geschichtlichen Grundlagen.

Was national empfand, war empört über diese aufgezwungenen Abmachungen. Thaddäus Kosciuszko, der unter Washington gekämpft und gegen die Russen schon den Erfolg von Dubienka (Juli 1792) davongetragen hatte, ward es leicht, zum Widerstand anzufeuern. Vom März bis in den November 1794 wurde heftig gekämpft. Man unterlag der Übermacht — zu Russen und Preußen gesellten sich noch Österreicher — unterlag aber auch der Uneinigkeit in den eigenen Reihen. Selbst unter den Nationalgesinnten konnte man sich nicht verständigen über Entfesselung oder fernere Bedrückung der Bauern. Als die Russen unter Suwarows Führung am 4. November 1794 Praga, Warschaus Vorstadt rechts der Weichsel, erstürmt hatten und vier Tage später das von den Preußen belagerte Warschau fiel, war Polens Schicksal entschieden.

Im Oktober 1795 verständigten sich die drei Mächte über die Aufteilung des Restes. Was vom jetzigen General-Gouvernement Warschau noch nicht vergeben war, fiel Österreich und Preußen zu. Die Pilica, die Weichsel und der Bug trennten die Erwerbungen beider Staaten; Warschau wurde eine preußische Stadt, ein Bezirk rechts der Weichsel ihr angeschlossen. Südlich von Czenstochau schloß Preußens Besitz jetzt unmittelbar an Galizien an (Neu-Schlesien). Rußland schob seine Grenzen gegen Bug und Memel vor. Es wurde Herr von Litauen und Kurland; Grodno, Kowno und Wilna wurden russische Städte. Auch diesmal hatte Rußland den Löwenanteil der Beute genommen. Polen war von der Landkarte verschwunden. Das Unvermeidliche war geschehen. Daß es aber unvermeidlich war, lag wie in Rußlands Begehrlichkeit, so in Polens vollkommener innerer Haltlosigkeit.

Wer das Ergebnis überblickt und gerecht urteilen will, wird sich klar machen müssen, daß die gewinnenden Staaten den Hergängen verschieden gegenüber standen. Rußland und Österreich nahmen, was sie hätten entbehren können; sie wären Rußland und Österreich auch jenseits des Dnjepr und diesseits der Karpathen geblieben, wie sie seit Jahrhunderten gewesen waren. Der eigentümliche Werdegang der brandenburgisch-preußischen Monarchie aber machte die Erwerbung der polnischen Zwischengebiete für sie zu einer Lebensfrage. Ohne sie hätte Preußen eine Großmacht nicht bleiben können, zu der sein Friedrich es doch gestempelt hatte. Es mußte vorwärts oder zurück. Und mit seinem Erfolge in diesen Gebieten stand und fiel auch seine weltgeschichtliche Aufgabe. Es war nun einmal hineingewachsen in die Notwendigkeit, das Deutschtum jenseits der Oder zu vertreten, das dorthin durch die angestammten Gewalten gerufen und dann von ihnen eingeengt, bedrängt und verfolgt worden war.

Die Grenzen von 1795 hat Preußen nicht behaupten können. Dem Tilsiter Frieden folgte die Errichtung des Großherzogtums Warschau. Preußen hatte

im Tilsiter Frieden alle Erwerbungen von 1793 und 1795, dazu den Netzedistrikt, das Kulmerland und Danzig herausgeben müssen. Diese Abtretungen bildeten, ohne den Kreis Bjelostok, den Kaiser Alexander an sich nahm, und ohne Danzig, das als „Freistaat" in Frankreichs Händen blieb, das neue Großherzogtum. Nach dem Kriege mit Österreich 1809 wurde es durch dessen Erwerbungen von 1795 (Neu-Galizien und Krakau) vergrößert und übertraf jetzt das gleichzeitige Königreich Preußen an Umfang. Die erneuerte Personal-Union mit Sachsen gab ihm erhöhtes Gewicht. So war es ein brauchbares Werkzeug in der Hand Napoleons, ganz besonders bei seinem Feldzug gegen Rußland. Er konnte den Angriff am Bug ansetzen. Wenn die Polen aber wähnten, daß es des Imperators Absicht sei, ihr Volkstum wieder zur Geltung zu bringen, und ihre nationalen Führer in diesem Wahne willig Opfer für ihn brachten, so befanden sie sich sehr im Irrtum.

Der Sturz Napoleons machte dem Scheinstaat, wie anderen seiner Erfindung, ein Ende. Er stellte aber zugleich die Frage einer neuen Abgrenzung. Rußland befand sich dabei wiederum ungeheuer im Vorteil. Es hatte das Großherzogtum in militärischem Besitz, und sein Erfolg hatte Preußens Erhebung erst möglich gemacht. Dazu fehlte es hier nicht an der Empfindung, daß man sich bei der Teilung von 1795 und selbst bei der von 1793 mit zuviel polnischem Boden belastet habe. Die Militärs allerdings waren der Meinung, daß russische Macht nur jenseits des Bug und der Narew geduldet, die Warthelinie, die fünf Meilen jenseits der jetzigen preußischen Grenze verläuft, nur ertragen werden könne, wenn drüben wieder ein selbständiges Polen erstehe. Ein solches gegen Rußland durchzusetzen, war aber ganz undenkbar. So kam es in den Kalischer Verhandlungen im Februar 1813 zu der russisch-preußischen Verabredung, daß Preußen aus dem Gebiet des Großherzogtums Warschau eine angemessene Verbindung zwischen seinem ostpreußischen und seinem schlesischen Besitz erhalten, im übrigen aber durch deutsche Erwerbungen wieder auf den Stand von 1806 gebracht werden solle. Die Richtung, die sich aus dieser Vereinbarung ergab, hat nachher nicht ohne große Schwierigkeiten festgehalten werden können, bis sie auf dem Wiener Kongreß zur Festlegung der jetzigen Grenze führte, die Thorn Preußen, Kalisch aber Rußland zuwies, Prosna und Drewenz zu Grenzflüssen machte. Mit dem letzteren Wasserlauf war die alte Grenze zwischen Polen und dem Ordenslande wieder hergestellt! An dieser Stelle können die Polen sich über irgendwelchen Verlust gegenüber ihrem ältesten Besitz nicht beklagen!

Vermindert um die jetzige Provinz Posen und das Kulmerland, sowie um Krakau, dem man mit einem kleinen Gebiet die Stellung eines Freistaates zuwies, ging das Großherzogtum Warschau in russischen Besitz über. Daß auch jetzt noch die Absicht bestand, das gesamte ehemalige Königreich für Rußland zu erwerben, kann gar nicht bezweifelt werden. Zar Alexander war so recht der Mann, doppelsinnige Politik zu treiben. „Kongreßpolen", wie der neue Besitz genannt zu werden pflegt, wurde zu einem Königreich erhoben und erhielt eine repräsentative Verfassung, die doch keiner der drei Großstaaten besaß. Des Zaren

Bruder Konstantin wurde Vizekönig. Man rechnete mit der Anziehungskraft, die solche Begünstigung auf die Volksgenossen jenseits der Grenze üben werde. Daß sie solche Kraft auch ostwärts, hinein in die schon früher von Rußland erworbenen, mit polnischen Besitzern, Geistlichen und Notabeln aller Art durchsetzten und zum großen Teil römisch-katholischen Gebiete übte, gab einen Hauptanstoß zu ihrem Ende.

Überblickt man das endliche Ergebnis der so rasch einander folgenden Umwälzungen, so gelangten von dem polnischen Reiche, wie es vor der ersten Teilung bestand (Kurland nicht mit gerechnet), 81,7 Proz. (590052 qkm) in russischen, 10,8 Proz. (78493 qkm) in österreichischen und 7,5 Proz. (54506 qkm) in preußischen Besitz. Auf dem russischen Anteil wohnen zurzeit 32 Millionen, auf dem österreichischen 8 Millionen, auf dem preußischen 3800000 Menschen.

II. Preußen und seine polnischen Untertanen.

a) Bis 1815.

Reichlich ein Jahrhundert ist vergangen, seitdem Preußen teils stetig, teils unterbrochen polnische Untertanen besitzt, ein Zeitraum, der sonst meistens genügt hat, neue Erwerbungen dem Staatsganzen nicht nur anzugliedern, sondern mit ihm zu verschmelzen. Was war hier das Ergebnis?

Die Berichte über den traurigen Zustand, in dem die polnischen Gebiete sich befanden, als sie unter Preußens Herrschaft traten, sind erdrückend. Es fehlte so ziemlich an allem. Die Städte waren zwar dem Namen nach außerordentlich zahlreich, aber verfallen und menschenarm, ganz besonders die vielen kleinen Mediatstädte auf Adelsboden. Der Landbauer war gedrückt und armselig, die Rechtspflege willkürlich, brauchbare Wege waren kaum vorhanden; von Umsicht und Fürsorge staatlicher Verwaltung konnte nicht die Rede sein.

Für die Erwerbungen von 1772 bedeutete das Regiment Friedrichs des Großen einen raschen Umschwung zum Besseren. Rechtspflege und Verwaltung, vor allem auch das Steuerwesen, wurden nach preußischem Muster geordnet. Planmäßiger Wegebau begann; höheres und niederes Unterrichtswesen wurden gefördert. Besondere Aufmerksamkeit widmete Friedrich der Hebung der Landeskultur. Der Netzedistrikt, dessen Besiedelung im Mittelalter wiederholt erfolglos versucht, auch später nur stellenweise gelungen war, ist durch ihn dem Anbau planmäßig im Anschluß an die Tätigkeit in der Neumark gewonnen worden. Die Neubauer, die der König heranzog, waren nichtpreußische Deutsche; dem eigenen Lande, das an Menschen keinen Überfluß hatte, wollte Friedrich arbeitende Kräfte nicht entziehen. Unter ihm ist das Netzeland ganz deutsch geworden, wenn man sich vielfach auch noch darin gefiel, den neuen Ortsnamen polnische Form zu geben. Geordnete Verwaltung des Domanialbesitzes und die Aufhebung der Leibeigenschaft bei den Domanialbauern haben das Ihre dazu beigetragen, den Anbau auch sonst zu heben.

Fast noch mehr als das flache Land aber haben die Städte gewonnen. Friedrich hat anfangs alljährlich eine Million Taler zu Bauhilfsgeldern verwendet. Es gab

Häuser in den sogenannten Städten, die um 20 bis 30 Taler erstanden werden konnten. Aus Sitzen schmutziger Ausbeuter der umwohnenden Landbevölkerung begannen die städtischen Ortschaften sich in nützliche Vermittler ihres Verkehrs umzuwandeln. Auch hier wanderten Handwerker und Arbeiter ein. Bromberg, das ganz verfallen, mit 500 Einwohnern, in preußischen Besitz übergegangen war, vermehrte seine Bewohnerzahl bis 1806 auf das Zehnfache. Der von Friedrich dem Großen angelegte Bromberger Kanal hat zugleich der Landeskultur und dem Verkehr gedient. Zusammen mit der schiffbaren Drewenz brachte er ausgedehnte holz- und kornreiche Gebiete mit Berlin und Stettin in Verbindung. Für die Landesteile, die seit 1772 ununterbrochen unter Preußen gestanden haben, was ja allerdings nur für Westpreußen links der Weichsel gilt, bedeutet dieses Jahr den Beginn einer rasch und stetig aufsteigenden Entwicklung.

In den Erwerbungen von 1793 und 1795 haben die Vorzüge preußischer Staatsleitung nicht in gleichem Umfange sogleich Geltung gewinnen können. Sie sind ihr zunächst nur halb so lange unterworfen gewesen. Dann waren sie zu umfangreich, um in kurzer Zeit von den Neuerungen wirksam erfaßt werden zu können. Was in den Jahren 1772—1795 dem Staate zuwuchs, kam seinem bisherigen Umfang fast nahe! So erklärt es sich, daß in diesen Gebieten über die Verwendung minderwertiger Beamten nicht ohne Grund geklagt worden ist. Friedrich Wilhelms II. Regiment war auch nicht das seines großen Oheims. Gleichwohl war auch hier der Fortschritt in den wenigen Jahren nicht zu verkennen. Der Wert der Grundstücke hat sich in der Stadt Posen in der ersten preußischen 13jährigen Besitzperiode auf das 5 bis 7fache gehoben, der übliche Zinsfuß ist von 20 bis 24 auf 5 bis 6 Proz. gesunken. Besonders zu beachten ist, daß die preußische Regierung sich aller scharfen Maßregeln auf dem Gebiete der Sprachengeltung enthalten hat. Friedrich der Große hatte das Deutsche als Gerichts- und Geschäftssprache eingeführt. Da seine Erwerbungen zahlreiche deutsche Bewohner zählten, hat das keine besonderen Schwierigkeiten gemacht, kann auch nicht als Härte bezeichnet werden, zumal für staatliche Dolmetscher genügend gesorgt war. Seine Anordnungen sind bei den Besitzergreifungen von 1793 und 1795 einfach wiederholt worden. Aber schon in den unmittelbar folgenden Jahren 1794 und 1796 sind Verfügungen ergangen, die diese Anordnungen unwirksam machten. In den neuen, überwiegend rein polnischen Besitzungen war eben nicht möglich, was sich bisher als durchführbar erwiesen hatte. Polnische Gerichte und Gerichtssprache blieben in weitem Umfange bestehen; das Deutsche wurde in der Rechtspflege in die Stellung des Subsidiären hinabgedrückt. Das preußische Landrecht ist ins Lateinische übersetzt worden, das in Polen seit Jahrhunderten die Sprache des öffentlichen Lebens gewesen war.

Zu dieser Art des Verfahrens steht das Vorgehen der Warschauer Regierung in den Jahren 1807—1812 in schroffem Gegensatz. Im Großherzogtum ward keine andere Sprache als die polnische zugelassen, vor Gericht nicht und nicht irgendwie in der Verwaltung. In den Schulen, hohen und niedrigen, sollte, trotz des überwiegend von Deutschen bewohnten Netzedistrikts und des stark mit Deutschen

durchsetzten Kulmerlandes, nur polnisch unterrichtet werden. In den preußischen Erwerbungen von 1793 und 1795 waren die bestehenden polnischen Schulen nicht angetastet worden! Wie einst im Königreich war das Deutsche im Großherzogtum verpönt und verfolgt. Dazu erging ein Verbot, das einfach einen Betrug bedeutete. Es wurde untersagt, Zahlungen ins Ausland zu leisten. Damit unterband man die Zinszahlung für 5770000 Taler, welche die preußische Staatskasse für Pfandbriefe auf polnische Güter gegeben hatte. Sie wurde hart bestraft für ihren Versuch, den grundbesitzenden polnischen Adligen aus ihrer wirtschaftlichen Notlage zu helfen. Hätte das Großherzogtum Warschau Bestand gehabt, so wäre es wohl um die Deutschen auf seinem Boden, die doch nach Hunderttausenden zählten, geschehen gewesen.

b) Die Verträge und die Besitzergreifung.

Die Polen werden nicht müde zu behaupten, daß ihnen beim endgültigen Übergang unter die preußische Herrschaft (1815) Versprechungen gemacht worden seien über eine besondere politische Stellung des Landes Posen im preußischen Staatswesen und entsprechende Geltung ihrer Sprache. Wie steht es damit?

Im Jahre 1813 sind nach einander drei Vereinbarungen über das Großherzogtum Warschau getroffen worden, zuerst in Kalisch am 28. Februar zwischen Preußen und Rußland, dann zu Reichenbach in Schlesien am 27. Juni zwischen den beiden genannten Mächten und Österreich und endlich zu Teplitz am 9. September wiederum unter den drei Mächten. Sie lauten sämtlich dahin, daß die Aufteilung des Großherzogtums den Vertragschließenden und nur ihnen vorbehalten bleibt; von irgend welcher Sonderstellung der zu erwerbenden Gebiete ist nicht die Rede.

Eine gewisse Veränderung hat diese Bestimmung im Anschluß an den Pariser Frieden vom 30. Mai 1814 erfahren. Seinem Artikel 32, der sich mit dem Zusammentritt des Wiener Kongresses beschäftigt, ist ein Geheimartikel hinzugefügt worden, der bestimmt, daß die auf dem Kongreß zu treffenden Verfügungen über Landbesitz geregelt werden sollen auf Grund der unter den verbündeten Mächten, will sagen, den genannten Mächten und England, getroffenen Vereinbarungen. Die zu erledigenden Besitzfragen sind im Friedensvertrage selbst des längeren aufgezählt; des Großherzogtums Warschau wird nicht Erwähnung getan. So könnte man zweifeln, ob man bei jenem Geheimartikel überhaupt an Polen gedacht habe und England neben den drei Mächten auch über dieses Land zur Mitentscheidung berufen worden sei. Da aber die Gesandten der vier Mächte im Wiener Protokoll vom 22./23. September 1814 unter Hinweis auf den fraglichen Geheimartikel verabredet haben, daß die Gebietsaufteilung für das Großherzogtum Warschau, für Deutschland und Italien zunächst unter ihnen allein, ohne eine Mitteilung an andere Mächte, festgesetzt werden solle, so sind solche Zweifel, selbst wenn sie berechtigt sein sollten, sachlich bedeutungslos.

Es gehört zu den bekanntesten Tatsachen der neueren Geschichte, daß die zunächst beteiligten Mächte über die Art der Aufteilung des Großherzogtums Warschau keineswegs einig waren, und daß sich die „polnische“ Frage mit der „sächsischen“

verquickte. Wir haben uns heute gewöhnt, diese Frage mit etwas anderen Augen zu sehen, als noch Treitschke sie sah. Wenn Metternich Preußen möglichst wieder nach Polen hinein zu schieben wünschte, so hatte er dabei zunächst die Erhaltung Sachsens im Auge, dann aber doch auch das Zurückdrängen Rußlands, das für Österreich einen doppelten Vorteil bot, größere Sicherung des eigenen Besitzes und die Möglichkeit dauernder Spannung zwischen Preußen und Rußland an Stelle des festen Zusammenstehens der beiden Mächte in den letzten Jahren. Metternichs Pläne entsprachen dem, was, wie bemerkt, die preußischen Militärs für richtig hielten. Der Streit der Meinungen hat bekanntlich Talleyrand die Handhabe geboten, Frankreich wieder einen Platz unter den Kongreßmächten zu verschaffen; er war nahe daran, die gegen Frankreich Verbündeten in Krieg mit einander zu verwickeln und so sein Land wieder zur entscheidenden Macht Europas zu machen. Napoleons Rückkehr von Elba hat diesen Erfolg verhindert. Sie bewirkte wie in den übrigen Fragen so in der polnischen eine rasche Verständigung. Am 3. Mai 1815 ist ein russisch-preußischer, ein russisch-österreichischer und ein Vertrag der drei Mächte über die Errichtung eines Freistaats Krakau zustande gekommen.

So waren es doch allein die drei Mächte, die über Polens Schicksal entschieden. Es ist für den Gang der Dinge gleichgültig geblieben, daß im Laufe der vorher geführten Verhandlungen Englands Vertreter, Lord Castlereagh, Anlaß genommen hat zu der Äußerung, es möchte sich empfehlen, die „Polen als Polen zu regieren". Hardenberg hat darauf geantwortet, daß das „durchaus den Gesinnungen seines Königs entspreche, und daß dieser in voller Übereinstimmung mit dem Kaiser von Rußland und dem Prinzregenten von England seinen Untertanen polnischer Abkunft alles das gewähren wolle, was Gegenstand ihrer gesetzmäßigen Wünsche sein könne und was mit dem ersten Ziele eines jeden Staates, aus den verschiedenen Teilen, aus denen er besteht, ein Ganzes zu bilden, verträglich" sei. Polnischerseits hat man völlig zu Unrecht auf diesen Gedankenaustausch als auf eine Art Beleg hingewiesen, daß Preußen unter ausländischem Einfluß sich zu Zugeständnissen habe bereit finden lassen. Der Erwiderung Hardenbergs sind Äußerungen hinzugefügt, die deutlich zeigen, daß es seine eigenste und ursprüngliche Überzeugung war, ein rücksichtsvolles Verhalten gegenüber den Polen sei das Natürliche und Gegebene, zugleich durch Erwägungen der Menschlichkeit und der Staatsklugheit geboten. Und diesen allgemeinen Beweggründen gemäß, die sich noch völlig in den Bahnen des Zeitalters der Humanität bewegen, sind dann auch die Bestimmungen der erwähnten Verträge und im Anschluß daran die Erklärungen Friedrich Wilhelms III. an die neuen Untertanen ausgefallen.

Der russisch-preußische Vertrag vom 3. Mai 1815, der für Preußen allein in Frage kommt, sagt, daß die Polen „Institutionen erhalten sollen, welche die Erhaltung ihrer Nationalität sichern in denjenigen politischen Daseinsformen, welche jede der beiden Regierungen, denen sie unterstehen, ihnen zu gewähren für nützlich und angezeigt ansehen wird." Der russisch-österreichische Vertrag gewährt den Polen mehr. Er verspricht ihnen eine „Repräsentation und nationale Institutionen,

geregelt nach denjenigen politischen Daseinsformen" usw. Das entsprach den Absichten, mit denen Zar Alexander sich für seine Erwerbungen trug, und die er dort ausführte. Beide Verträge sind in die Wiener Schlußakte vom 9. Juni 1815 aufgenommen worden. Man hat daraus eine Art dauernden europäischen Aufsichtsrechts herleiten wollen. Es ist schwer zu sagen, was das für einen Sinn haben soll bei einer Akte, von deren Bestimmungen heute kaum noch eine Gültigkeit hat. Aber wenn man es wirklich anerkennen wollte, so wäre damit für Preußen doch noch nichts weiter gesagt, als daß sein Vertrag mit Rußland auf diese Weise gleichsam europäisches Recht geworden sei. Dem Inhalt dieses Vertrages aber ist von preußischer Seite in vollem Umfange Genüge geschehen.

In dem Einverleibungserlaß, den Friedrich Wilhelm III. am 15. Mai 1815, also auf Grund der Verträge vom 3. Mai und nicht etwa auf Grund der Wiener Schlußakte, an die Einwohner der Provinz Posen gerichtet hat, heißt es: „Ihr werdet meiner Monarchie einverleibt, ohne eure Nationalität verleugnen zu dürfen. Ihr werdet an der Konstitution teilnehmen, welche ich meinen getreuen Untertanen zu geben beabsichtige, und ihr werdet wie die übrigen Provinzen meines Reiches eine provinzielle Verfassung erhalten. Die Religion soll aufrecht erhalten, die polnische Sprache neben der deutschen gebraucht werden. Der Zutritt zu den öffentlichen Ämtern soll den Bewohnern der Provinz offen stehen." Diese Versprechungen hielten sich durchaus im Rahmen der Verträge. Die „Erhaltung ihrer Nationalität" wurde den Polen neuerdings zugesichert, und indem ihnen eröffnet wurde, daß sie „an der Konstitution teilnehmen würden, welche der König seinen getreuen Untertanen zu gewähren beabsichtige, und wie die übrigen Provinzen Preußens eine provinzielle Verfassung erhalten" würden, geschah das gemäß der am 3. Mai übernommenen Verpflichtung, die Erhaltung der Nationalität „in denjenigen politischen Daseinsformen zu sichern, welche die Regierung, der man unterstand, zu gewähren für nützlich und angezeigt erachten werde." Die ausdrückliche Zusicherung, daß die polnische Sprache neben der deutschen gebraucht werden und der Zutritt zu den öffentlichen Ämtern den Polen offen stehen solle, bedeutete ein Entgegenkommen, das durch den Wortlaut des Vertrages keineswegs unbedingt gefordert wurde. Die Haltung der preußischen Regierung, des Königs persönlich wie der leitenden Minister, war bestimmt durch den Geist der Toleranz und Humanität, der die Zeit trotz Napoleon beherrschte; man ließ ihn walten, so weit das unveräußerliche Recht des Staatsgedankens nur irgend gestattete.

Es hat auch an anderer Auffassung nicht gefehlt. Der Justizminister Kircheisen ist der Meinung gewesen, daß ein so geringer Teil von Polen, wie im Unterschiede von früher jetzt erworben sei, zum Deutschtum hinübergeführt werden müsse. Er ist mit seinem Vorschlage abgewiesen worden, noch ehe der Vertrag vom 3. Mai abgeschlossen wurde, als Preußen also in der Behandlung der zu erwerbenden Provinzen noch völlig freie Hand hatte. Von irgend welcher Absicht, die gegebenen Zusagen nicht zu halten, kann bei der preußischen Regierung nicht die Rede sein. Sie ist an die zu lösende Aufgabe herangetreten mit dem aufrichtigen Wunsche, die wiedergewonnenen Untertanen dem Gesamtstaate als lebendige, mittätige Glieder

einzufügen, ohne ihren sprachlichen oder gar ihren religiösen Besonderheiten zu nahe zu treten. Wenn sich das nicht als ausführbar erwiesen hat, so ist es nicht ihre, sondern der Polen Schuld. Die Polen haben keinerlei Recht, sich über Bruch gegebener Versprechungen zu beklagen. Wenn sie behaupten, daß ihnen gemachte Zusagen nicht gehalten worden seien, so reden sie die Unwahrheit, und ihre Behauptung wird nicht wahrer durch unermüdliche und heftige Wiederholung. Das sollte sich jeder deutsche Mann einprägen und sollte es festhalten, der ein Urteil abgeben will über die preußisch-polnischen Beziehungen.

c) 1815—1830.

Friedrich Wilhelm III. hat seinen posenschen Untertanen versprochen, daß sie „an der Konstitution teilnehmen werden, die er seinen getreuen Untertanen zu gewähren beabsichtigte". Jedermann weiß, daß eine solche Konstitution, geplant und erwogen durch Jahre, unter der Regierung Friedrich Wilhelms III. nicht zustande gekommen ist. „Die Berufung einer aus den Provinzialständen gewählten Vertretung des Volkes", die der König, sieben Tage nach dem Erlaß an seine Provinz Posen, auch noch von Wien aus, seinen Untertanen verheißen hat, ist erst 1847 im „Vereinigten Landtag" zum Vollzug gekommen. An ihm hat Posen in gleicher Weise wie alle übrigen preußischen Provinzen Anteil gehabt, obgleich sich hätte bezweifeln lassen, daß die polnischen Posener zu den „getreuen" Untertanen Sr. Majestät gehörten. Daß die Enttäuschung, die weite Kreise ob der langen Verzögerung der Maßregel erfüllte, von den polnischen Staatsangehörigen tiefer empfunden worden ist als von den Deutschen, läßt sich nicht belegen, ist auch wenig wahrscheinlich. Jedenfalls ist den Polen nichts weiter geschehen, als daß sie das Schicksal des Gesamtstaates, dem sie angehörten, teilten. Was den übrigen Preußen recht war, mußte ihnen billig sein.

Den Polen war, „wie den übrigen Provinzen des Reiches, eine provinzielle Verfassung" in Aussicht gestellt worden. Sie haben sie erhalten im Landtag des „Großherzogtums" Posen, welche Reminiszenz an die Warschauer Zeit ein Entgegenkommen bedeutete. Bei der Bevorzugung des Grundbesitzerstandes, die in der Zusammensetzung dieser Vertretungskörper in ganz Preußen die Regel war, konnte dieser Landtag nur ein polnischer sein. Er hat sich ausschließlich nur in diesem Sinne betätigt.

Den Polen war der Gebrauch ihrer Sprache neben der deutschen und Zutritt zu den öffentlichen Ämtern versprochen worden. Beide Zusagen sind nur zu gewissenhaft, lange zum entschiedenen Nachteil der deutschen Bewohner Posens erfüllt worden. Das war beschlossene Sache, noch ehe die Verträge vom 3. Mai 1815 zustande kamen. Auf den Ministerverhandlungen, die Kircheisens Vorschläge im April in Wien veranlaßt hatten, war festgelegt worden, daß die Landessprache in den öffentlichen Verhandlungen neben der deutschen beibehalten und die Eingeborenen der Provinz bei der Administration zugezogen und zu allen Würden und Ehrenstellen zugelassen werden sollten. Und so ist es geschehen.

Es bedeutete darüber hinaus eine Vorzugsstellung der Provinz, daß sie neben dem Oberpräsidenten noch einen besonderen polnischen Statthalter in der Person des Fürsten Anton Radziwill erhielt, ein überflüssiges Entgegenkommen, das nur zu geeignet war, bei den Polen die Vorstellung zu nähren, daß sie innerhalb des preußischen Staatswesens doch eine Sonderstellung einnähmen. Von 1815—33 hat der Fürst diese Stellung innegehabt. Die Persönlichkeit des ersten Oberpräsidenten Zerboni di Sposetti, der in der Provinz begütert war und zu polnischen Adligen in Beziehungen stand, dazu liberale Gesinnungen vertrat, war auch nicht eine solche, die polnischen Wünschen besondere Schwierigkeiten bereitet hätte. Dazu wurden die Landratsämter fast nur mit Landesadligen besetzt; von 27 Landräten der Provinz waren 23 Polen. Damit war die Polizei ihnen so gut wie vollständig ausgeliefert, zumal der Großgrundbesitzer auf seinen Gütern die Polizeigewalt kraft seines Besitzrechts in königlichem Auftrage ausübte. Auch in die Regimenter der Provinz, die zugleich in ihren Rekrutierungsbezirken lagen, wurden zahlreiche polnische Adlige als Offiziere aufgenommen. An den öffentlichen Ämtern und Vertrauensstellungen des Staates haben die Polen wahrlich ihren voll bemessenen Anteil erhalten, sind auch nicht auf das „Großherzogtum" beschränkt geblieben.

Und ebenso ist ihnen ihr volles Recht geworden in Berücksichtigung ihrer Sprache. Die Verfügungen der oberen Behörden sind sowohl polnisch wie deutsch erlassen, die Landräte angewiesen worden, nach Bedürfnis der Einwohner die eine oder die andere Sprache zu gebrauchen, was beim Überwiegen der Polen in dieser wichtigsten Beamtenstellung ihrer Sprache einen entschiedenen Vorsprung gab. Das Landrecht, die Gerichtsordnungen und andere bestehende Gesetze wurden ins Polnische übertragen; fürderhin sollten die Gesetze mit einer polnischen Übersetzung erscheinen. Diese sollte, was völlig neu war und eine Rückwirkung der neuen Erwerbung auf den alten Bestand des Staates darstellte, auch in West- und Ostpreußen und in Schlesien für die polnisch sprechende Bevölkerung benutzt werden. Vor Gericht war die polnische Sprache mit der deutschen völlig gleichberechtigt, ja bevorzugt, da die Sprache des Klägers maßgebend war. So konnte ein Pole einen Deutschen, auch wenn er nicht der Provinz angehörte, zu polnischer Gerichtsverhandlung nötigen. Natürlich überwogen die polnischen Richter weitaus; daß sie auch der deutschen Sprache kundig sein mußten, war für sie ein geringes Hindernis. Wenn festgesetzt wurde, daß das Erkenntnis stets in deutscher Sprache abzufassen sei, so hatte das keine weitere Bedeutung, als daß man der Notwendigkeit Rechnung trug, einen maßgebenden Text zu haben. Das konnte bei Gerichtssprüchen wie bei Gesetzen und Verordnungen nur der deutsche sein. Eine Ausfertigung in polnischer Sprache mußte jedem ausgehändigt werden, der sie verlangte.

Den gleichen Charakter trägt die preußische Schulpolitik dieser Jahre. Der Erlaß des Kultusministers Altenstein vom 22. Dezember 1822 kennzeichnet sie klar und deutlich: „Es ist nicht nötig, daß die Polen, um vollkommen gute Untertanen sein und an den Vorteilen der Staatseinrichtungen teilnehmen zu können, ihre Stammsprache aufgeben oder nur hintansetzen müssen. Religion und Sprache

Polen
vom
15. bis zum 18. Jahrhundert.
jetzt deutscher Besitz
" österreichischer Besitz (früher Altpolen)
" " " (früher Neupolen)
" russischer Besitz (früher Altpolen)
" " " (früher Neupolen)
KURLAND
SEMGALLEN
Polnisch-Livland
LITTHAUEN
MASOVIEN
CUJAVIEN
GROSS POLEN
KLEIN POLEN
Zu Polen gehörig 1618-1667.
Kosaken - Land
Peipus S.
Pleskau
Riga
Mitau
Libau
Memel
Polozk
Witebsk
Smolensk
Pillau
Königsberg
Kauen (Kowno)
Wilna
Danzig
Elbing
Marienburg
Kolberg
Stettin
Oder
Berlin
Küstrin
Frankfurt
Schwiebus
Posen
Gnesen
Bromberg
Culm
Thorn
Netze
Warthe
Weichsel
Grodno
Niemen
Minsk
Mohilew
Beresina
Dnjepr
Warschau
Kalisch
Bug
Pripjet
Breslau
Lublin
Wladimir
Kiew
Krakau
Lemberg
Halicz
Pultawa
Targowiz
Wien
Donau
Dnjestr

sind die höchsten Heiligtümer einer Nation, in denen ihre ganze Gesinnungsart und Begriffsweise begründet ist." Man kann kaum schöner und eindringlicher über den Wert der Muttersprache für menschliche Bildung reden, als es dieser Erlaß tut. Wahrlich, die preußische Regierung meinte es ehrlich mit ihrem Versprechen und ihren Bemühungen, die polnische Sprache und Nationalität nicht nur zu schonen und zu erhalten, sondern weiter zu entwickeln. Die neugebildete Provinz zählte 1815 104 Dorfschulen, darunter eine ganze Anzahl unter der Warschauer Regierung, die ja deutsche Schulen nicht duldete, polonisierter; im Jahre 1844 waren es 1142, der ganz überwiegenden Mehrzahl nach polnische. Das Polnische war zunächst ihre Schulsprache. Altenstein, der von 1817—1838 in seiner Stellung gewesen ist, war der Meinung: „Will man für die Bildung der polnischen Nation wirklich erfolgreich sorgen, dann wird dies immer am erfolgreichsten vermittelst ihrer eigenen Sprache geschehen." Und diese Auffassung war maßgebend, obgleich der niedrige Stand der einheimischen Landwirtschaft und der daraus sich ergebende niedrige Bodenpreis zahlreiche deutsche Ansiedler in die Provinz zogen, die so der Gefahr der Polonisierung ausgesetzt wurden und zu nicht geringem Teil erlegen sind.

Über die gegebenen Versprechungen hinaus hat sich die Regierung auch mit Umsicht und Nachdruck der wirtschaftlichen Entwicklung der Provinz angenommen. Es lag das ja in der herkömmlichen Auffassung und dem überlieferten Pflichtgefühl der preußischen Staatsbehörden. Trotz des brutalen Rechtsbruchs der Warschauer Regierung hat Preußen neuerdings begonnen, den adligen Grundbesitz zu stützen. Der 1821 begründete „Kreditverein für das Großherzogtum Posen" hätte ohne die Hilfe der Regierung nicht ins Leben treten können. Seine Leitung war polnisch; neben 67 Polen fanden nur 7 Deutsche in ihr Platz. Andrerseits hat man doch mit der überlieferten Alleinberücksichtigung der Begehren des Großgrundbesitzes gebrochen. Die preußische Bauernbefreiung ist auch in Posen durchgeführt worden, im Zusammenhang damit die Lastenablösung, die Regulierung, die Zusammenlegung und Vereinigung des bäuerlichen Besitzes. Welches Gebiet man auch ins Auge faßt, man wird nichts anderes entdecken, als daß das Beamtentum, dem der preußische Staat in der Zeit von den Befreiungskriegen bis zur Einführung einer Verfassung so ungeheuere Fortschritte verdankt, ehrlich und ernstlich bemüht war, seine gesunden und erprobten Verwaltungsgrundsätze, und zwar in bezug auf das geistige Leben in wahrhaft idealem Sinne, auch in der neuen, durch ihr Volkstum fremdartigen Provinz zur Anwendung zu bringen. General von Grolman hat 1831 das preußische Regiment seit 1815 mit den Worten charakterisiert: „Man ließ alles schlechte Polnische bestehen und setzte alles Deutsche, wenn es sich nicht unwürdig polonisiert hatte, zurück, sowohl im Amte wie im gesellschaftlichen Leben."

Einen Erfolg in dem Sinne, wie ihn der königliche Erlaß vom 15. Mai 1815 zum Ausdruck bringt mit den Worten: „Wichtige Erfahrungen haben euch gereift; ich hoffe auf eure Anerkennung rechnen zu dürfen," hat das nicht gehabt.

So oft der Posener Provinzial-Landtag zusammengetreten ist, hat er neuen Wünschen, hat er Beschwerden Ausdruck gegeben. Sie gingen unentwegt auf ein Ziel, das mit den Wiener Abmachungen und mit den darauf begründeten Zusagen des Königs in klarstem Widerspruch stand. Sie wollten den Staat im Staate. Kein Zweifel, daß die Stellung der russischen Polen im „Königreich" anreizend wirkte. Es ging in Erfüllung, was Zar Alexander vorausgesehen und gehofft hatte. Aber es war ja klar, daß der preußische Staat darauf nicht eingehen konnte in einer Provinz, die nicht geschlossen polnisch, sondern zu mehr als einem Drittel von Deutschen bewohnt war, die zudem nicht wie bei Rußland ein äußeres, allenfalls entbehrliches Anhängsel des Reiches war, sondern ein für den Bestand des Ganzen unentbehrlicher Besitz. Er konnte kein polnisches Armeekorps gestatten mit polnischen Offizieren und polnischer Kommandosprache, auch keine Landsmanns-Minister im Rate der Krone, noch einen ständigen Ausschuß zur Wahrung der polnischen Rechte und zur Leitung des Schulwesens, noch gar grundsätzliche Besetzung aller Beamtenstellungen mit Polen. Das hieß die Wiederherstellung der polnischen politischen Selbständigkeit von Staats wegen organisieren, wie sie im Geheimen durch Verbindungen angestrebt wurde.

d) 1831—1848.

Daß der eingeschlagene Weg nicht der richtige war, zu der gewünschten Verschmelzung nicht führen konnte, zeigte das Jahr 1831. An dem russischen Aufstand, der Ende November 1830 in Warschau ausbrach, haben auch die preußischen Polen nachdrücklich Anteil genommen. Die Zahl der aus der Provinz hinüber gezogenen Freiwilligen wird auf 12000 angegeben. Ihr Vornehmster war der frühere napoleonische Offizier Desiderius Chlapowski aus Kosten, der sich besonders durch sein litauisches Unternehmen einen Namen gemacht hat. Es mußten vier preußische Armeekorps aufgeboten werden, weiteren Zuzug über die Grenze einigermaßen zu hindern. Gneisenau, ihr Führer, gewann die Meinung: „Die Polen sind unfähig, durch eine sanfte und gerechte Regierung wie die unsrige sich leiten zu lassen." Er und sein Generalstabschef Clausewitz sind dort in der Erfüllung ihrer Aufgaben der Europa zum ersten Male heimsuchenden Cholera erlegen.

Alsbald nach Ausbruch des Warschauer Aufstandes, im Dezember 1830, ist Eduard Heinrich von Flottwell, ein Ostpreuße, zum Oberpräsidenten von Posen ernannt worden. Sein Name bedeutet noch heute ein Programm. Er vertrat bewußt die Tendenz, „die den polnischen Einwohnern eigentümlichen Einrichtungen, Gewohnheiten, Neigungen, die der innigen Verbindung der polnischen Landesteile mit dem preußischen Staate widerstreben, allmählich zu beseitigen, dagegen die Elemente des deutschen Lebens in seinen materiellen und geistigen Beziehungen immer mehr in ihnen zu verbreiten." Daß er dabei aber keineswegs mit der preußischen Regierungsweise des letzten Menschenalters schroff zu brechen gedachte, beweist seine Überzeugung, daß „schon die Klugheit die schonendste Berücksichtigung der Eigentümlichkeiten des polnischen Volksstammes gebiete, zumal derjenigen,

welche an sich achtenswert sind und sich daher auch bei fortschreitender Kultur geltend zu machen wissen, daß ein Rückblick auf die Geschichte Polens und die eigene diese Schonung auch zu einer höheren Pflicht mache."

Gelegentlich der Verabschiedung des ersten Posener Landtags, der nach dem Aufstande zusammentrat, hat der König unter dem 14. Februar 1832 noch einmal an seine Erklärungen vom 15. Mai 1815 erinnert. Er hat darauf hingewiesen, daß sie „genau und ohne alle Beeinträchtigung" erfüllt worden seien, daß er aber über diese Erklärungen hinaus den polnischen Bewohnern der Provinz Posen eine Sonderstellung in seinem Staate nicht einräumen könne. Indem er das letztere hervorhob, war ausgesprochen, daß weiterhin von Begünstigungen, wie sie das Polentum in der Zeit von 1815—1830 erfahren hatte, nicht die Rede sein könne. Wenn bis dahin unter „Bewohnern der Provinz" kaum etwas anderes als die Polen verstanden worden waren, so erinnerte man sich jetzt, daß es auch Deutsche in Posen gab, und daß ihre Förderung und Begünstigung ungleich ersprießlicher für den preußischen Gesamtstaat war als das Buhlen um die Gunst und Zufriedenheit der Polen.

Das „Regulativ über die Geschäftssprache der Administrationsbehörden in Posen" vom 14. April 1832 bestimmt, daß schriftlich die Behörden nur auf deutsch verkehren sollen, erforderlichenfalls unter Beigabe einer Übersetzung. Im Februar 1833 ist das Recht der Kreisstände, den Landrat zu wählen, suspendiert und ihre Ernennung auf Antrag der Verwaltungsbehörden, die dabei allerdings auf geeignete Grundbesitzer Rücksicht nehmen sollten, dem Könige vorbehalten worden. Damit waren die einflußreichsten Beamtenstellen der Provinz aus polnischen wieder preußische geworden. 1830 wurden die Woyts, „Vögte", beseitigt; an ihre Stelle traten in jedem Kreise zwei oder drei Distriktskommissare. Die Polizei und die wichtigsten Aufgaben der lokalen Verwaltung kamen so in die Hand der Regierung. Die neue Gerichtsorganisation vom 10. Juni 1834 führte zur Besetzung fast aller höheren Richterstellen mit Deutschen; die Stellung der polnischen Sprache vor Gericht hat aber auch damals eine wesentliche Einschränkung nicht erfahren. Das Vertrauen in die Rechtspflege ist erst recht nicht erschüttert worden.

Auch die erste deutsche höhere Lehranstalt in der Provinz verdankt Flottwell ihre Entstehung. Vom polnischen Gymnasium in Posen hatten nicht wenige Schüler der höheren Klassen am Aufstande teilgenommen. Das ist Anlaß geworden, daß die Schule 1833 in ein katholisches Marien- und ein evangelisches Friedrich-Wilhelms-Gymnasium gespalten wurde. Ihren ausschließlich polnischen Charakter hatte sie damit eingebüßt. Auch im niederen Schulwesen hat Flottwell planmäßig den deutschen Unterricht gefördert. Vor allem aber hat er zuerst und mit Erfolg versucht, die Geschlossenheit des polnischen Großgrundbesitzes zu durchbrechen. Der Aufstand bot auch dazu die Gelegenheit. Er hatte zerrüttend auf die ohnehin nicht glänzenden Vermögensverhältnisse der adligen Gutsbesitzer gewirkt. 1833 sind Flottwell auf seinen Antrag eine Million Taler bewilligt worden zum „Ankauf subhastierter größerer Besitzungen polnischer Gutsbesitzer und deren

Wiederveräußerung an Erwerber deutscher Abkunft". Es sind auf diese Weise ungefähr 30 „intelligente und in ihrer politischen Gesinnung zuverlässige Rittergutsbesitzer" in die Provinz gekommen. Grolman, der dem Oberpräsidenten seit 1832 als kommandierender General zur Seite stand, war der Meinung, daß der polnische Großbesitz planmäßig ausgekauft werden müsse. Das konnte bei der damaligen Finanzlage des Staates nur ein Gedanke bleiben.

Der Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. hat der Politik Flottwells rasch ein Ende bereitet. Die letzten Jahre des alten Königs waren bewegt durch den Kölner Kirchenstreit. Der Posener Erzbischof Martin von Dunin hatte geglaubt, seinen Kölner Amtsbruder Droste-Vischering im Kampf um die gemischten Ehen nicht allein lassen zu sollen. Er hatte im Februar 1838 auch seinerseits die Einsegnung einer Mischehe ohne das Versprechen katholischer Kindererziehung bei Strafe der Amtsentsetzung verboten. Die Folge war, wie beim Kölner, Enthebung vom Amte und Festungshaft, die, nach anfänglicher Schonung, auch wirklich zur Ausführung kam, als der Erzbischof sich trotz gegebener Zusage eigenmächtig von Berlin entfernte. Er mußte seinen Aufenthalt in Kolberg nehmen. Wenige Wochen nach dem Regierungsantritt des neuen Königs, im August 1840, durfte er dagegen in seine Diözese zurückkehren. Im Dezember hat Flottwell Posen mit Magdeburg vertauscht; sein Nachfolger ward Arnim-Boitzenburg.

Dem neuen Oberpräsidenten hat Friedrich Wilhelm IV. in ausgesprochenem Gegensatz zu Flottwells Auffassung die Weisung auf den Weg gegeben: „Jeder Anschein einer versuchten Verdrängung oder Beeinträchtigung der polnischen Bevölkerung durch Deutsche ist zu vermeiden." Allerdings hat auch der neue König nicht umhin können, gleich bei der Eröffnung des ersten Provinziallandtags im Februar 1841 die vorgebrachten Beschwerden nach „ernster Prüfung" für unberechtigt zu erklären und beim Schluß des Landtags zu mahnen, in dem Namen „Preußen" aufzugehen und den Gedanken einer „politischen Absonderung des polnischen Elements" aufzugeben; aber er hat doch auch zugleich der Zusagen von 1815 gedacht und ihre innere Berechtigung stark betont. So konnte es nicht anders kommen, als daß die Versöhnungspolitik der Jahre 1815—1830 trotz ihres Mißerfolges wieder die amtliche wurde.

Die „Instruktion für das Königliche Provinzial-Schulkollegium und die Königlichen Regierungen der Provinz Posen" vom 24. Mai 1842, die dann durch 40 Jahre in Geltung gewesen ist, macht die Anstellung zweisprachiger Lehrer zur Regel. Daß das eine Begünstigung der Polen bedeutete, liegt auf der Hand. Die Volksschulen und die unteren Klassen der Gymnasien wurden ihnen fast vollständig ausgeliefert. Am 14. Februar 1841 hatte Friedrich Wilhelm IV. die katholische Abteilung im Kultusministerium ins Leben gerufen. Die Schulinspektion in der Provinz ist dann durchweg in der Hand katholischer Geistlicher gewesen. Von der Regierung erworbenes Land sollte jetzt auch an Polen wieder veräußert werden. Zudem durfte der landwirtschaftliche Kreditverein 11 Millionen neuer Schuldbriefe unter staatlicher Bürgschaft ausgeben, was natürlich den Landankauf durch die

Regierung erschwerte. Den Offizieren, die am russischen Aufstand teilgenommen hatten, sind ihre verwirkten Pensionen auf Ansuchen des Landtages gezahlt worden.

Das Ergebnis ist das gleiche gewesen wie in der ersten Versöhnungsära, und es ist noch rascher zutage getreten.

Vom Aufstand von 1830/31 kann man sagen, daß er der polnischen Frage einen Platz in der europäischen öffentlichen Meinung verschafft hat. Die Flüchtlinge verbreiteten sich über den Erdteil, vor allem über Deutschland, Frankreich und die Schweiz. Der deutschen Dichtung wurden ihre Polenlieder beschert. Grober Schwindel hat abstoßend mitgearbeitet; aber die Stimmung war in ihrem Grundton so aufrichtig wie verständlich. „Freiheit" war das zündende Losungswort der Zeit. Gesundes Staatsgefühl war beim deutschen Volke eben erst im Entstehen begriffen, ist ja heute entfernt noch nicht so stark entwickelt, wie es sein sollte und für unseren Bestand als Reich notwendig ist. So sah man vor allem das „Unrecht", die „Vergewaltigung", den „Raub", die geschehen sein sollten. Daß es sich für Preußen und Deutschland um eine unumgängliche geschichtliche Notwendigkeit, um eine unerbittliche Zwangslage handelte, sah man nicht. Daß ein Aufgeben der polnischen Erwerbungen den eigenen Bestand in Frage stellte, dazu Hunderttausende, ja Millionen Deutsche schonungsloser fremder Herrschaft auslieferte, war in Deutschland wenigen klar. Man begeisterte sich für die „Märtyrer der Freiheit".

Unter den Flüchtigen waren manche, die den Witz, den Heine und Keller an ihnen geübt haben, voll berechtigt erscheinen lassen. Es fehlte auch nicht an Leuten, die sich zu berufsmäßigen Revolutionären entwickelten, überall auftauchten, wo es Putsche zu veranstalten und Barrikaden zu errichten gab. Aber unter den Polen, welche die Heimat meiden mußten, waren doch auch Männer, denen die Liebe zu ihrem Volke den Blick für seine Fehler und Schwächen nicht getrübt hatte. Sie fühlten die Notwendigkeit, nicht nur verneinend, sondern auch aufbauend zu arbeiten. Die überkommene Neigung zur Geheimbündelei war doch auch eine Vorschule zu gesunderer Vereinstätigkeit; die Zeit stand zudem unter dem Zeichen der Vereinsbildung. So widmeten sich ihr Auslandspolen mit besonderem Eifer und Erfolg; der geistige und politische Mittelpunkt polnischen Lebens ist zeitweise nach Paris verlegt worden. Für die preußischen Polen sind von besonderer Bedeutung geworden die Bestrebungen, die auf Hebung ihrer Bildung in den besseren Klassen gerichtet waren. Man öffnete sich der Einsicht, daß das preußisch-deutsche Unterrichtswesen dafür eine vortreffliche Handhabe biete, daß man es benutzen könne, ohne seinen Zusammenhang mit dem Staate irgendwie zu berücksichtigen. Der Posener Karl Marcinkowski ist in Paris dem 1832 gegründeten „Verein für Unterrichtshilfe" beigetreten. 1830 in die Provinz zurückgekehrt, hat er solchem Ziele weiter nachgestrebt, nach des alten Königs Tode den „Verein zur Unterstützung der lernenden Jugend" begründet, der als Marcinkowski-Verein noch heute im Mittelpunkt der polnischen Bildungsbestrebungen steht. Friedrich Wilhelm IV. hat ihn trotz dringender Gegenvorstellungen genehmigt.

Es versteht sich von selbst, daß die neu begründeten Vereine, unter welchem Namen sie sich immer der Öffentlichkeit vorstellen mochten, letzten Endes nur einem Zwecke dienten, der Stärkung polnisch-nationaler Gesinnung. Es war auch unvermeidlich, daß die neue Richtung der Regierungspolitik solche Gesinnung belebte. Die alte Erfahrung wiederholte sich; Nachgiebigkeit erweckte immer wieder Forderungen. Es trat kein Landtag zusammen, der nicht solche zu stellen hatte. Politische Sonderstellung der Provinz, volle Herrschaft des Polnischen in den Schulen bis hinauf zu einer akademischen Lehranstalt, die in Posen errichtet werden sollte, wurden verlangt. Als man auf entschiedene Ablehnung stieß, hat man geglaubt, durch Gewalt zum Ziele kommen zu können. Unter der Leitung des in Frankreich als Sohn eines polnischen Offiziers geborenen Ludwig von Mieroslawski hat sich eine Nationalregierung gebildet, die sich über alle drei Reiche verzweigte und einen Anschlag auf die Festung Posen vorbereitete. Die Regierung erhielt aber Kenntnis, konnte Mieroslawski am 12. Februar 1840 verhaften lassen und den in der Nacht zum 3. März in der Tat unternommenen Versuch auf Fort Winiary mühelos vereiteln, wobei einige der Verschwörer getötet, andere verwundet wurden. In dem Hochverratsprozeß, der folgte, wurden von 254 Angeklagten 8 zum Tode, 109 zu Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt. Von den Todesurteilen ist doch keins ausgeführt worden, auch das über Mieroslawski verhängte nicht.

Der Aufstandsversuch, der im russischen Polen und in Galizien noch weit umfassender ins Werk gesetzt worden war, führte zum Untergange der Republik Krakau. Sie wurde Österreich einverleibt. Schon 1835 hatten sich die drei Mächte über eine solche Maßregel geeinigt. Die Wiener Kongreß-Akte hat sie nicht abgehalten, diese Frage allein von sich aus zu ordnen.

e) Die Bewegung von 1848 und ihre Nachwirkungen.

Bei dieser Sachlage ist es natürlich, daß der „Völkerfrühling" des Jahres 1848 auch im preußischen Polen neue Hoffnungen weckte. Die Ereignisse, die sich im März und April des Jahres in der Provinz Posen abspielten, haben gezeigt, wohin das Trachten ihrer polnischen Bewohner ging und welches Schicksal die Deutschen der Provinz erwartete, wenn es Erfolg hatte.

Der 18. März hat der 48er Bewegung auch in Preußen Raum geschaffen. Es konnte nicht überraschen, daß er in Posen sofort seine Wirkung äußerte. Nicht wenige Polen hatten ja auf den Berliner Barrikaden mitgekämpft, und eine der Volksforderungen nach dem Abzuge der Truppen war die Freilassung der vom 46er Aufstande her in Moabit eingekerkerten Polen. Der König hatte sie am 20. März mit den anderen erfüllt.

Am 21. schon erschien in Berlin eine Deputation unter Führung des Posener Erzbischofs Leo von Przyluski, der seine Würde von 1844—1865 innegehabt hat. Sie kam mit der alten Forderung „nationaler Reorganisation des Großherzogtums"; alle Ämter sollten mit „Eingeborenen" besetzt, die Truppen der Provinz gesondert formiert werden. Der König genehmigte am 24. März die Bildung

einer Kommission aus beiden Nationalitäten, die mit dem Oberpräsidenten über die Reorganisation beraten solle. Das Zugeständnis ist sofort von den Deputierten als ungenügend erklärt worden; sie haben am 25. die Forderung wiederholt, daß die Kommission aus „Eingeborenen des Großherzogtums Posen" zusammengesetzt sein müsse. Wie sie das Wort „Eingeborene" verstanden wissen wollten, konnte keinem Zweifel unterliegen; es ist polnischerseits wieder und wieder angewandt worden, um über die wahren Absichten hinwegzutäuschen. Am 26. März hat, offenbar auch nicht ohne Hintergedanken, der Minister von Auerswald erwidert, daß „die Wahl der zur Nationalreorganisation des Großherzogtums Posen gewählten Kommission, dem Antrage gemäß, aus Eingeborenen des Großherzogtums Posen, ohne Rücksicht auf den Volksstamm, um so mehr stattfinden dürfe, als Se. Majestät vertrauen, daß dabei die Interessen der deutschen Bevölkerung nicht unbeachtet bleiben."

Als die Deputation nach Posen zurückgekehrt war, bildete sich sofort ein Nationalkomitee. Der Oberpräsident von Beurmann, der die Provinz seit 1842 leitete, trat an die Spitze, aber die Mitglieder waren ausschließlich Polen; einige zugezogene Deutsche sollten nur beratende Stimme haben. Von Berlin aus geschah noch ein weiterer Schritt, zu dem in keiner Weise eine Nötigung vorlag. Man entsandte den General von Willisen, der zeitweise Chef des Generalstabes im 5. Armeekorps gewesen und als polenfreundlich bekannt war, als Spezialkommissar.

Willisen hat durch sein Eintreten für die polnischen Forderungen ihnen erst größere Kraft gegeben. Er machte kein Hehl daraus, daß er für Posen polnische Regierung, polnisches Gerichtswesen, ein polnisches Heer einzurichten gedenke. Er gefiel sich in der Volkstümlichkeit, die ihm dadurch bei den Polen zuwuchs. Zeitweise lag alle Autorität in seinen Händen, und er zögerte nicht, sie zu gebrauchen. Da erhoben sich die Deutschen gegen sein Treiben. In nicht wenigen Teilen der Provinz, wo sie inmitten polnischer Bevölkerung wohnten, waren sie nicht nur leidenschaftlichem Hasse, sondern auch todbringender Verfolgung ausgesetzt. Sie haben vielfach mit ihren Familien in den Wäldern Zuflucht suchen müssen. Sie wandten sich in Petitionen an die Regierung. Aus dem Netzedistrikt kam die Erklärung, daß man „bei aller Treue für den König doch lieber das Leben verlieren wolle als sich Einrichtungen aufdrängen lassen, durch die das deutsche Volkstum vernichtet werden würde." Mehr als zwei Fünftel der Bewohner der Provinz redeten damals die deutsche Sprache! Als das polnische Komitee in Bromberg eine Versammlung abhalten wollte, wurde es empfangen mit dem Rufe: „Wir wollen Deutsche sein und Deutsche bleiben." Ähnliches wiederholte sich längs der ganzen West- und Südwestgrenze der Provinz. Am 9. April traten auf Einladung der Bromberger Tausende aus dem Netzedistrikt in der Stadt zusammen und erhoben flammenden Protest gegen die polnischen Ansprüche und die Haltung der Regierung. Auch in der Hauptstadt gewannen die Deutschen unter der mannhaften Führung des Freiherrn von Schreeb wieder Mut. Man kann den Posener Deutschen den Ruhm nicht versagen, in diesen Tagen treue Hüter der Grenzmark gewesen zu sein.

Trotzdem hat sich Willisen auf seinem Wege nicht beirren lassen. Die Polen hatten sich zu Tausenden bewaffnet; sie beherrschten den Südosten der Provinz, wo es den Deutschen übel erging; die Leitung hatte ihren Sitz in Schroda. Andererseits stand der kommandierende General des 5. Armeekorps von Colomb mit genügenden Streitkräften um Posen bereit, jeden Widerstand niederzuschlagen. Gleichwohl hat Willisen am 11. April zu Jaroslawitz bei Schroda mit den Führern der Aufständischen eine Konvention geschlossen, die so ziemlich alle Forderungen der Polen erfüllte. Mieroslawski, der alsbald von Berlin herbeigeeilt war, durfte an der Spitze seiner Revolutionsarmee im Felde bleiben; sie konnte den Stamm abgeben für das polnische Nationalheer, das in 4 Cadres errichtet werden sollte. Noch an demselben Tage erklärte aber v. Colomb, daß er „jetzt vollen Gebrauch machen werde von der Gewalt, die ihm anvertraut sei, zum Wohle des Ganzen". Zwei preußische Generäle im schärfsten Gegensatze zu einander!

In Berlin konnte man die Änderung der Lage nicht unbeachtet lassen, wenn man auch vorsichtig genug in eine neue Bahn einlenkte. Am 14. April erschien ein Erlaß, der, dem Drängen der Posener Deutschen nachgebend, den Netzedistrikt mit Ausnahme des südlichen Teiles des Kreises Hohensalza, sowie die Kreise Birnbaum, Meseritz, Bomst und Fraustadt von der Reorganisation ausschloß und ihnen die gewünschte Aufnahme in den Deutschen Bund in Aussicht stellte, wenig genug gegenüber der Tatsache, daß das Deutschtum auch außerhalb dieser Gebiete, besonders in der Hauptstadt selbst, weit verbreitet war. v. Colomb hat dann in den nächsten Wochen den Aufstand niedergeworfen, nicht ohne Mühe, in einem anstrengenden Kleinkriege. Erst am 9. Mai kapitulierte die letzte zusammenhängende Freischarentruppe in der Nähe von Wreschen.

Wenn so Ruhe und Sicherheit wieder hergestellt waren, so war damit die Frage der Neuordnung doch noch keineswegs entschieden. In Berlin und in Frankfurt tagten Volksvertretungen, und es kam nicht mehr allein auf den königlichen Willen an. Daß die öffentliche Meinung ein anderes Gewicht bekommen hatte, haben die Polen sofort erkannt und haben demgemäß gehandelt. Das polnische Nationalkomitee hat eines seiner Mitglieder, den Dr. Niegolewski, nach Frankfurt geschickt mit dem Auftrage, „bei den deutschen Völkern und den deutschen Regierungen die polnische Sache zu vertreten". Es hat von sich gesagt, daß es „die Initiative ergriffen habe, um das große Werk der Wiederherstellung Polens durch eine militärische und zivile Reorganisation des Großherzogtums Posen unter dem Schirme und der Oberhoheit Preußens anzubahnen, gestützt auf die Sympathien der deutschen Nation und die Hilfe, welche das freie Deutschland hoffentlich der polnischen Sache angedeihen lassen werde".

Es konnte hoffen, für seine Wünsche Gehör zu finden. Das Frankfurter Vorparlament hat es am 31. März für eine „heilige Pflicht des deutschen Volkes erklärt, mit allen Kräften die Wiederherstellung des Polenreiches zu bewirken, um das durch die Teilung Polens verübte Unrecht wieder gut zu machen". Es hat das getan, indem es gleichzeitig beschloß, die Einverleibung Schleswigs und der Provinz Preußen (Ost- und Westpreußen) in den Deutschen Bund zu

beantragen (nicht aber die von Posen!); auch ist beschlossen worden, den aus Frankreich zur Befreiung ihrer Heimat heranziehenden Polen den Durchzug durch Deutschland, allerdings ohne Waffen, zu gestatten. Man erklärte sich so bereit, dem neu zu begründenden Polenreiche mehr als eine halbe Million echt deutscher Leute ohne weiteres preiszugeben und es zwischen Pommern und Schlesien in die bedrohlichste Nähe von Berlin hinein zu schieben. Es hat sich aber bald herausgestellt, daß hier doch mehr Unwissenheit als Mangel an vaterländischem Gefühl im Spiele war.

Die preußische Regierung hat schon am 20. April 1848 weitere Teile Posens von der „Reorganisation" ausgenommen: Stadt und Festung Posen und die westlichen Teile der Kreise Posen und Obornik, dazu die Kreise Samter und Buk, die südlichen Teile der Kreise Kröben und Krotoschin und die Stadt Rempen. Wie für die früher ausgeschlossenen Landstriche hat sie auch für diese beim Deutschen Bunde den Antrag auf Einverleibung gestellt. Beide Anträge sind auch am 22. April bzw. 5. Mai genehmigt worden. Der jetzt noch für die Reorganisation verbleibende Teil zählte nur noch gut 300000 Einwohner, noch nicht ein Viertel der Provinzbevölkerung. Da in Frankfurt das Parlament den Bund ablöste, blieben dessen Beschlüsse allerdings wirkungslos; aber die Nationalversammlung zeigte sich der polnischen Auffassung doch weit weniger zugänglich als das bunt zusammengewürfelte Vorparlament. Im Auftrage der Reichsgewalt sind nach einander verschiedene Demarkationslinien durch die Provinz gezogen worden, die zwar die preußische Regierung verpflichteten, in einem kleinen Teil des Landes eine Sondergewalt aufrecht zu erhalten, den Ansprüchen der Polen aber in keiner Weise genügten. Ihre Bemühungen, Klauseln über Sonderrechte in die preußische Staats- und die deutsche Reichsverfassung zu bringen, mißglückten vollständig.

Der Verfassungsentwurf, den die konstituierende Versammlung Preußens zu beraten hatte, enthielt eine solche Klausel; in der oktroyierten Verfassung, die nach der Auflösung am 5. Dezember 1848 an die Stelle trat, fehlte sie aber. Alle späteren Versuche, sie hinein zu bringen, sind trotz der Unterstützung der „Propolen", besonders des Westfalen Osterrath und des in Königsberg als Sohn englischer Eltern geborenen, zum Katholizismus übergetretenen Phillips, ohne Erfolg geblieben, die Anträge gegen eine erdrückende Mehrheit abgelehnt worden. Sie haben zu den gewagtesten Behauptungen und zugleich zu den offensten Geständnissen von seiten der Polen geführt und deutlich bewiesen, daß diese von einem Aufgehen in das preußische Staatswesen auch unter Bewahrung ihrer Nationalität nichts wissen wollten, daß sie die verlorene staatliche Selbständigkeit wieder erstrebten. Manteuffel hat am 14. Dezember 1849 vom preußischen Landtage die Zustimmung zu einer Einverleibung von ganz Posen in den Deutschen Bund erlangt. Da die Reichsverfassung nicht zustande gekommen war, hatten die Beschlüsse des Frankfurter Parlaments und damit auch die Demarkationslinien keine Geltung mehr. Es war zu Ende mit der „Reorganisation".

Als die Verfassung vom 31. Januar 1850 zustande gekommen war, haben zwölf polnische Abgeordnete sich geweigert, sie zu beschwören und ihre Mandate

niedergelegt. Sie sind bei den Neuwahlen wieder gewählt worden und haben dann den Eid geleistet, doch mit der Erklärung, daß „damit keine Verzichtleistung auf die den Polen zustehenden Rechte ausgesprochen sei". In ähnlicher Weise haben die polnischen Abgeordneten am 16. April 1867 gegen die Einverleibung Posens in den Norddeutschen Bund protestiert und ihre Mandate zunächst niedergelegt.

Wenn so die Willfährigkeit der Regierung gegenüber den politischen Sonderwünschen der Polen eine kurze Episode darstellt, so hat man sich durch die gemachten Erfahrungen doch nicht bewogen gefühlt, mit den seit dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. befolgten Grundsätzen schroff zu brechen. Erst allmählich hat die durch den Frühling 1848 neuerdings gefestigte Einsicht, daß es in einst polnischen Gebieten vor allem darauf ankomme, deutsche Interessen zu vertreten, zu entsprechenden Handlungen geführt. Beurmann ist bis 1850 im Amte gewesen. An einer ausgesprochen deutschen Verwaltung hinderte auf dem Gebiete der Schulpolitik schon der reaktionäre Zug der 50er Jahre, der vor allem im Einfluß der Kirche eine unentbehrliche Stütze des Staates erblickte. Das hat die Landschulen völlig in die Hand der Geistlichkeit und damit der Polen gegeben. Die „Bamberger" um Posen sind damals erst polonisiert worden, polonisiert durch die Schule, gegen ihren Wunsch, trotz ihrer Eingaben an die Regierung. Der damalige Dezernent der katholischen Abteilung im Kultusministerium hatte eine Polin zur Gemahlin! Das gleiche Schicksal haben damals unter den Augen der Regierung wohl noch andere zerstreute deutsche Gemeinden im Posenschen gehabt. In Oberschlesien ist das Hochpolnische erst im Gefolge dieser Regierungspolitik in die Schulen eingezogen; die „Wasserpolacken" waren bisher deutsch unterrichtet worden. Aber andererseits ist 1858 das Deutsche für die Oberklassen der städtischen Volksschulen Unterrichtssprache geworden, und in den höheren Lehranstalten, auch in den „katholischen", hat es in dieser Zeit das Polnische fast vollständig verdrängt. Die wiederholten polnischen Anträge auf Errichtung einer Universität in Posen, eines neuen katholischen Gymnasiums und einer Realschule für die polnische Bevölkerung haben Erfolg nicht gehabt, ebensowenig eine von 20405 Einwohnern Westpreußens unterzeichnete Petition, welche die Einbürgerung des Polnischen in die dortigen höheren und niederen Schulen verlangte.

Förderung des Deutschen war auch die Tendenz, die im Gerichts- und Verwaltungswesen vorherrschte. Die Ausfertigung von Übersetzungen wurde eingeschränkt, der Gebrauch des Polnischen in den Verordnungsblättern aufgegeben, durch ein Reskript von 1850 das Polnische auch im Verkehr mit den Kleinstädten beseitigt. Eine entschiedene Abkehr von der Politik der 40er Jahre war es, daß 1857 der „Neue Kreditverein", jetzt „Posener Landschaft", begründet und ihm allein das Recht der Ausgabe neuer Pfandbriefe vorbehalten wurde. Sein Direktor aber wurde vom König, die Räte wurden vom Minister ernannt; das Institut war deutsch. Vorteil zogen die Polen aus Preußens neuem verfassungsmäßigen Leben. Es gab ihnen eine früher nicht vorhandene Möglichkeit, an weithin ver-

nehmbarer Stelle sich hören zu lassen. Die Verhältnisse haben das zeitweise sehr begünstigt. 1858 konnten die Polen 20 Vertreter in das Abgeordnetenhaus entsenden. Die politische Führung ist seitdem allmählich aus den Händen des Adels in die der Vertreter hinübergeglitten und vom Auslande her das Schwergewicht wieder in die Heimat verlegt worden. Den geistigen und geselligen Zusammenhang der leitenden Bevölkerungsklassen hat das zweifellos gefördert.

Eine neue Krisis trat ein, als im Januar 1863 unter Langiewicz, einem geborenen Krotoschiner, der auf preußischen Universitäten studiert und im preußischen Heere gedient hatte, im russischen Polen noch einmal eine bewaffnete Erhebung versucht wurde. Bismarck, der damals schon Preußens Geschicke leitete, nahm rasch Stellung. Er schloß am 8. Februar eine Konvention mit Rußland, die das Feuer auf seinen Herd beschränkte, den Zuzug preußischer Polen abschnitt. Es war in der Konfliktszeit und die Stimmung aller Liberalen Deutschlands gegen Rußland. So hat Bismarck heftigen, ja erbitterten Tadel hören müssen. Jetzt möchte sich schwerlich ein Besonnener finden, der ihm nicht Recht gäbe. Bismarck handelte aus jedem Gesichtspunkte, der in Frage kommen kann, richtig. Zudem hat seine rußlandfreundliche Politik Deutschland reiche Früchte gebracht.

Auch sonst hat der neue Minister-Präsident bald gezeigt, daß er nicht geneigt war, polnischen Aspirationen irgendwie entgegenzukommen. Das Gymnasium zu Tremessen, eins der drei, die noch aus der polnischen Zeit stammten, ist erst geschlossen, dann aufgehoben worden, weil eine große Anzahl von Schülern der oberen Klassen sich dem Aufstande angeschlossen hatte. 1864 ward angeordnet, daß Assessoren polnischer Herkunft in Posen und Westpreußen nicht mehr angestellt werden sollten. An der Einschränkung der polnischen Sprache im Unterricht ward festgehalten. Doch hat Bismarck in den Jahren, die der Begründung des Reiches dienten, diesen Dingen nur geringe Aufmerksamkeit zugewandt und zuwenden können.

Als der Bau fertig stand, bewies er bald, daß ihm klar war, wo er besonderer Stützen bedurfte. Der Kampf, in den er mit dem sich bildenden Zentrum verwickelt wurde, gestaltete sich in seiner Auffassung vor allem zu einem Kampfe mit dem Polentum. Die Brücke, die beide Gegner zu einander führte, war schon *vor* seiner Zeit geschlagen worden. Von dem Augenblicke an, wo Bismarck in Deutschland auf einen Feind stieß, der das Reich nicht so wollte, wie es nun einmal war und wie es anders nicht sein konnte, mußte ihm wieder zu vollem Bewußtsein kommen, daß es in Preußen ein Volkstum gab, das seine Zugehörigkeit zum preußischen Staate und damit zum Deutschen Reiche grundsätzlich verneinte. 1871/72 hat er mit der Politik eingesetzt, die, abgesehen von der unseligen Koscielski-Caprivi-Periode in den Jahren 1890—94, bis zur jüngsten Vergangenheit die maßgebende für die preußische Regierung geblieben ist und hoffentlich, trotz des gegenwärtigen Schwankens, auch in Zukunft bleiben wird. Nur unerschütterliches, folgerichtiges Festhalten an ihr kann die offene Wunde am Reichskörper, die unsere Ostmarken immer noch darstellen, zu völligem Verheilen bringen.

12. Rückblick und Schluß.

Nahezu ein Jahrtausend ist verflossen, seitdem die Geschichte von Berührungen zwischen Polen und Deutschen zu berichten weiß. Sie waren bald freundlich, bald feindlich, wie es unter Nachbarvölkern immer ist. Von einem besonderen Gegensatz kann nicht die Rede sein. Die Überlegenheit an Macht, die bis zum Ende des 12. Jahrhunderts das Deutsche Reich auszeichnete, hat sich kaum irgendwo weniger betätigt als gegenüber Polen. Erst als sie verschwunden war, hat die Einwanderung dort größeren Umfang angenommen. Sie ist erfolgt auf Wunsch der einheimischen Machthaber; nie und nirgends hat deutsche Gewalt sie gefördert oder gestützt.

Die Zugezogenen haben ihrer neuen Heimat, in Polen wie überall in den östlichen Reichen, den Vorteil, der von ihnen erwartet wurde, überreichlich gebracht. Es hat auch lange bei den Einheimischen, Herrschern wie Untertanen, keinen Anstoß erregt, daß sie ihr Volkstum zu bewahren trachteten. Erst im späteren Mittelalter hat die steigende Macht des Landesadels in der wirtschaftlichen Stellung, die sich die Deutschen in Stadt und Land errungen hatten, eine Beeinträchtigung der eigenen Ansprüche erblickt, hat nachhaltig ihre Beschränkung erstrebt. Zugleich mit dem Einfluß, der auf dem Wohlstand beruhte, hat man begonnen, Volkstum und Sprache der Eingewanderten zu bekämpfen.

Reformation und Gegenreformation haben diesen Bestrebungen verstärkte Kraft gegeben. Es hat zwar auch in diesen Jahrhunderten nicht an deutschem Zuzug gefehlt, weil die Verhältnisse im weiten Polenreiche zu verschiedenartig lagen, vor allem das Reich auch zu wenig einheitlich gelenkt wurde, um überall gleiches zu erreichen; im allgemeinen ist aber Feindschaft gegen den Protestantismus gleichbedeutend geworden mit Feindschaft gegen das Deutschtum.

So fand das 18. Jahrhundert die Deutschen in Polen wesentlich beschränkt gegenüber der Stellung, die sie ein halbes Jahrtausend früher inne gehabt hatten. Aber inzwischen war das Reich, das sie doch auch hatten bauen helfen, innerem Zerfall entgegen gereift. Es hatte, nicht ohne deutsche Parteigänger, den Orden überwinden und ihm umfassende Gebiete, darunter auch solche, auf die Polen nie einen Anspruch gehabt hatte, abnehmen können. Es hatte das litauische Reich mit einer polnischen Oberschicht überzogen und verbunden mit ihm weite russische Lande zu erobern vermocht. Aber sein Königtum erlag, anders als fast in allen anderen europäischen Staaten, dem zügellosen Machtstreben des Adels, unterlag nicht zuletzt, weil es mit der Befehdung des Deutschtums sich auch der Möglichkeit beraubt hatte, in einem brauchbaren bürgerlichen und bäuerlichen Mittelstand ein Gegengewicht zu finden. Das polnische Reich verlor seine Daseinsberechtigung in der europäischen Staatenwelt, weil es der ersten und obersten aller internationalen Pflichten, sich selbst zu beherrschen, nicht mehr zu genügen vermochte. Von den Grenzmächten hätte eine allein bei Kraft sein müssen, wenn Polen hätte erhalten bleiben sollen; da das nicht der Fall war, erfolgten die Teilungen.

Preußen hat aus ihnen nicht mehr davongetragen, als für seinen Bestand unentbehrlich war, keinen Fußbreit mehr. Es ist seinen polnischen Untertanen weit entgegengekommen, zeitweise weiter, als es mit der schuldigen Rücksicht auf die an Zahl wenig schwächeren deutschen Bewohner der erworbenen Gebiete vereinbar war. Es hat alle gegebenen Versprechungen gehalten, alle Erwartungen, die billigerweise gehegt werden konnten, erfüllt. Es hat durch sorgfältige und sachkundige Verwaltung Wohlstand und Lebenshaltung der ihm Angegliederten weit hinausgehoben über den Stand, der in den übrigen Teilen des alten polnischen Reiches erreicht worden ist; darüber kann kein Unbefangener im Zweifel sein, der außer Preußisch- auch Russisch-Polen und Galizien gesehen hat. Den erwünschten Erfolg hat das nicht gehabt. Preußen hat nicht vermocht, einen erheblichen oder gar den größeren Teil seiner polnisch sprechenden Untertanen zu guten Preußen zu machen. Ihre Grundstimmung ist fortgesetzt die der Verneinung des politischen Preußentums.

Die Erklärung ist nicht allzu schwierig. Geschichte ist eine Macht, die nicht leicht aus dem Felde zu schlagen ist. Ein Volk, das eine große Vergangenheit hat, wird nicht leicht den Gedanken aufgeben, die Gegenwart ihr anzugleichen. Den preußischen Polen haben das die Leistungen ihrer Regierung selbst erschwert. Es hat eine Zeit gegeben, wo die unteren Stände, besonders die bäuerliche Bevölkerung, mit einem gewissen Dankgefühl hinaufblickten zur preußischen Verwaltung. Ihre Lage hatte sich so unvergleichlich viel besser gestaltet, als sie früher gewesen war. Adel und Geistlichkeit, bis dahin die Hauptträger des nationalen Widerstandes, schienen an ihrem Einfluß auf die Menge einzubüßen. Das ist längst anders geworden und besonders dadurch anders geworden, daß die preußische Verwaltung Bildung und Wohlstand auch in den unteren Klassen heimisch gemacht hat. Sie hat den Polen geschaffen, was ihnen zu gesunder Entwicklung am meisten fehlte, einen leistungsfähigen Mittelstand. Und dieser Mittelstand hat naturgemäß mit seiner höheren Bildung die Ideale seines Volkstums aufgenommen, ist jetzt ihr stärkster Träger geworden. Vor allem auf preußischem Boden hat das polnische Volk an innerer Kraft gewonnen.

Die allgemeine Entwickelung des 19. Jahrhunderts, seine demokratische Richtung haben das besonders begünstigt. Die weitesten Kreise sind hineingezogen worden in das öffentliche Leben, haben die Fähigkeit zu selbständiger Betätigung in Staat und Gesellschaft gewonnen. Hundertfach sind die Organisationen, die solchem Streben dienen, und die noch der Beginn des Jahrhunderts nicht kannte. Die freiheitliche Ausgestaltung des preußischen und des deutschen öffentlichen Rechts hat ihnen die Bahn weit geöffnet. Und die nationale Betätigung der Polen gewinnt dadurch noch besondere Kraft, daß sie mit religiösen Überzeugungen eng verknüpft ist. Sie glauben, nicht nur für ihr Volkstum und ihr Reich, sondern auch für ihre Religion zu kämpfen. Diese Gedankenverbindung zu lösen, darf man in absehbarer Zukunft nicht hoffen, wenn deutscherseits auch noch so schlagende Beweise beigebracht werden, daß man nicht daran denkt, das katholische Bekenntnis irgendwie zu beeinträchtigen.

Was bei dieser schwierigen Lage deutsche Pflicht ist, ist klar. Man wird der ehrlichen Überzeugung des Polen die Anerkennung nicht versagen; man kann sie

geschichtlich verstehen, und gerade ein guter Deutscher kann zu der Auffassung kommen: „Wäre ich ein Pole, ich würde mich nicht anders stellen; auch ich würde den Traum einer Wiederherstellung des Reiches meiner Väter nicht aufgeben.“ Aber dem Deutschen ist der Deutsche der Nächste. Er kann dem Trachten der Polen nicht entgegenkommen, ohne seine Landsleute zu verraten. In den fraglichen Gebieten sind Polen und Deutsche so ineinander gemischt, daß eine politische Sonderung den einen oder den anderen Stamm schädigen muß. Die bestehende Staats- und Reichsgrenze ist für uns unverrückbar. An ihr hängen Preußens und Deutschlands Bestand. Wollen unsere Polen nicht mit uns in Staat und Reich auf Tod und Leben verbunden sein, wollen sie fortgesetzt von Ablösung und Losreißung träumen, so sind und bleiben sie für uns eine stetig drohende Gefahr, und wir müssen dieser Sachlage gemäß handeln. Nur wenn sie uns jeden Zweifel benehmen, daß ihnen solche Gesinnung fernliegt, können wir von den Bemühungen, unser Volkstum planmäßig auszubreiten, lassen.

Die Geschichte kennt keinen Polenhaß der Deutschen. Wir können in unserm Staatswesen Angehörige des Nachbarvolkes dulden, auch mit ihrer Sprache und in ihrer Volksart, wie es Zeiten gab, in denen unsere Landsleute, in beiden unbeeinträchtigt, unter polnischer Herrschaft lebten. Sie haben nie versucht, diese Herrschaft abzuschütteln, nie auch nur einen solchen Gedanken gefaßt. Wollen unsere polnischen Mitbürger ebenso handeln, so werden sie bei uns ihre Art nicht weniger gesichert finden als einst unsere Volksgenossen bei ihnen die Ihre. Bis dahin aber müssen wir uns erinnern, daß die Wacht an der Warthe nicht weniger notwendig ist als die am Rhein.

Man kann diese Lage beklagen, aber der Deutsche kann sie nicht ändern. Wer da glaubt, daß man sie durch Überlegenheit der „Kultur“ bessern könne, verkennt die Verhältnisse, verkennt geschichtliche Entwicklung überhaupt. Die „Kultur“, die hier, die im großen Gang der Geschichte in Frage kommt, findet sich zurzeit vielleicht mehr bei unsern Gegnern als bei uns. Sie wurzelt im Glauben an die eigenen Ideale, in der Hingebung an sie. Religion und Vaterlandsliebe sind stets die höchsten und mächtigsten gewesen, die menschliche Gemeinschaften beseelt haben. Durch Wissenschaft und Kunst oder gar durch die Lebensformen des täglichen Daseins kann man sie nicht ersetzen, auch durch den Gedanken der „Humanität“ nicht. Wehe uns, wenn wir in ihnen zu leicht erfunden werden! Wir brauchen uns in unserem Glauben nicht beirren zu lassen durch Sorge um unser Recht. Das steht uns zur Seite so stark, wie es der Gegner sich nur beimessen kann. Wie wir in diese Gebiete und zu diesen Gebieten gekommen sind, das ist vor Gott und Menschen gerechtfertigt, wie nur irgend etwas auf dem Gebiete irdischer Machtverteilung gerechtfertigt sein kann.

Klimatologie.

Von Wilhelm Könnemann.

In unserer Zeit stetig fortschreitender Kultur des Landes und der Nutzbarmachung technischer Errungenschaften und hygienischer Erkenntnisse ist der Einzelne nicht nur von der Scholle, auf der er wohnt, sondern auch von den Hemmungen, welche die Natur ihm in einem widrigen Klima entgegenstellt, mehr oder weniger unabhängig geworden. Schienenwege, Wasserstraßen, das weite Meer und bald vielleicht auch der Luftozean gleichen die Produkte aus, welche dem Lebensunterhalte dienen; nur gering noch ist wohl die Zahl der Orte in unserem deutschen Vaterlande, wo wir uns nicht ohne erheblich höhere Unkosten als anderswo ein behagliches Heim schaffen und auch am Geistesleben des Volkes teilnehmen können. Selbst aber eine weiter gesteigerte Technik und Industrie dürfte es vermögen, den Charakter einer Provinz und ihrer Bewohner ganz zu bestimmen und seine Ursprünglichkeit zu verwischen. Neben den Rohprodukten des Landes und der durch sie bedingten Beschäftigung eines großen Prozentsatzes seiner Bewohner, neben der physischen Beschaffenheit des Landes in seinem Reichtum an Bergen und Tälern, Wäldern und Heiden, Flüssen und Seen gibt das Klima jeder Örtlichkeit im engeren und weiteren Sinne eine Eigenart, ein besonderes Gepräge. Unter Klima wollen wir die vereinigte Wirkung aller jener Erscheinungen der Meteorologie verstehen, von denen es abhängt, wieweit gewisse Gegenden für die Erhaltung ihrer Fauna und Flora und das Wohlbefinden ihrer Bewohner geeignet sind. Es ist das Klima der am wenigsten vom Menschen beeinflußte Faktor der Eigenart eines Landes. Von ihm abhängig im körperlichen und seelischen Wohlergehen erwächst uns die Aufgabe, sein Wesen zu erkennen, um seine guten Gaben ausnutzen und seinen übeln Launen begegnen zu können.

Wiewohl somit die Erkenntnis vom Zustande der Atmosphäre und der Art seines Wechsels von der größten Bedeutung ist, hat die wissenschaftliche Wetterkunde bei den Laien wenig Freunde. Für unseren Osten trifft das wegen der wenig ausgesprochenen Eigenart meteorologischer Erscheinungen vielleicht noch mehr zu als für den Westen, die Gebirge und die Küsten. Woran liegt das?

Die Einsicht in die Gesetze der meteorologischen Wissenschaft ist nicht leicht. In der Natur zeigen sie sich selten in einer einfachen Form, meist durchdringen und überlagern sie einander, so daß die Erscheinung als das Gesamtresultat einer gesetzmäßigen Wirkung schwer zu erkennen und zu deuten ist. Es gilt das von dem jeweiligen gegenwärtigen Zustande des Wetters und in noch viel höherem Maße von der Erkenntnis des zukünftigen, der Wettervorhersage. Überall nun, wo die Gesetzmäßigkeit des Geschehens verschleiert oder gar unerkannt ist, schleicht sich der Aberglaube ein, der Glaube an eine Abhängigkeit von Wirkung und Ursache,

welche nicht besteht, ein Glaube, der sich über mühsam erworbene Resultate wissenschaftlicher Forschung hinwegsetzt. Gerade die Meteorologie ist für den Aberglauben aus den oben gestreiften Gründen ein fruchtbarer Boden. Auch in Posen schreibt man, um dafür ein Beispiel zu geben, dem Mondwechsel einen weitgehenden Einfluß auf das Wetter zu. In Wirklichkeit kann man bei Einschluß einiger Tage vor und nach dem Wechsel jede Änderung des Wetters, den Witterungsumschlag, zeitlich mit ihm in Zusammenhang bringen, und eine bedeutsame Änderung gerade während des Vollmondes wird durch Verdunkelung oder Aufhellung des Himmels besonders auffallend und deshalb mit ihm in Zusammenhang gebracht; umgekehrt finden wir an einer Wetterlage, welche um die Zeit des Vollmondes herum bestehen bleibt, nichts Verwunderliches, auch nicht an einer Änderung, bei welcher eine Beziehung zum Mondwechsel unmöglich ist.

Wesentlich anders als mit diesem in seiner Entstehung wohl erklärlichen und doch abzulehnenden Aberglauben liegt es mit Wetterregeln, welche der Landbewohner aus einer Fülle von Erfahrungen und Beobachtungen gewonnen hat. Erfahrung und Beobachtung ist das Fundament auch der wissenschaftlichen Meteorologie; für sie sind jene Wetterregeln des Laien nicht bedeutungslos, vielmehr decken sie sich im ganzen mit den auf messender Grundlage gewonnenen Erfahrungsergebnissen und mit Hilfe der physikalischen Gesetze erarbeiteten Schlußfolgerungen. Während aber der Beobachter auf der Scholle für seine Regeln wohl die Vertrautheit mit dem spezifischen Charakter der das Wetter oft nicht unbedeutend beeinflussenden Örtlichkeit in die Wagschale werfen kann, entbehrt er doch der Einsicht in die Grundelemente der Veränderung, wenn er die wissenschaftliche Meteorologie und ihre Gesetze, sowie die Wetterlage des gesamten Gebietes unberücksichtigt läßt. Ohne diese Faktoren sind seine Schlußfolgerungen schwankend und fehlerhaft.

Wohl wird nicht der Charakter, sondern nur die Intensität der allgemeinen Wetterlage durch die Örtlichkeit bedingt; aber diese Tatsache allein schon schafft ein eigenes Klima für jeden Ort; durch die Eigenart seiner Lage wird immer die Eigenart und Zufälligkeit der allgemeinen Wetterlage eines großen Gebietes bedingt, wenn der Charakter dieser allgemeinen Wetterlage schwach ist, und das kommt im Laufe eines Jahres recht häufig vor. Demgemäß muß die Klimatologie eines Gebietes selbst in der geringen Ausdehnung von Posen und Westpreußen die gemeinsamen Züge sowie die Abweichungen kleinerer Einzelgebiete berücksichtigen, sofern sie das Gesamtbild merklich beeinflussen.

Welches ist der hervorstechende Zug im Klima unseres Gebietes?

Siedelt Ende März der Westdeutsche in unsere Provinz über, so bietet ihm die Natur bei seinem Einzuge ein wesentlich anderes Bild als das, welches er beim Abschied schaute. Kaum wagen es die ersten Knospen, sich von ihren schützenden Deckhüllen zu befreien. Und doch erzählt ihm der Einheimische, daß schon um die Weihnachtszeit viele Kätzchenträger nicht übel Lust zeigten hervorzubrechen, daß an geschützten Orten, auf Wiesen und an Gräben unter dem Waldessaum manche Frühlingspflanze einen kühnen Anlauf zur Blüte nahm; daß

an manch einem Tage schon die Mücken spielten und ein frühgeborener Falter der wärmenden Sonne entgegenflog. Bald erfuhr der Fremde des Rätsels Lösung. An einem sonnigen, trockenen Frühlingstage strich er durch Wald und Flur. Bei Sonnenuntergang fröstelte ihn in der leichten Kleidung, und am Abend wehte ihn beim Glanz der Sterne ein kühler Nordostwind an. Im Morgenglanz der Sonne sah er den Reif schwinden, der sich nachts über die Natur gebreitet hatte. Bis tief in den Mai hinein konnte er noch oft Zeuge sein eines schroffen Wechsels in der Temperatur; ohne daß im großen Gebiete ein Wettersturz stattgefunden hätte, mußte er sich gegen einen rauhen Nordost durch wärmere Kleidung schützen, als er sonst gewohnt war, sie zur Frühlingszeit zu tragen.

Der Vorfrühling war vorüber, und vom Frühling da draußen hatte er noch nicht viel verspürt. Plötzlich, gegen Ende April, setzte sommerliche Hitze ein, und in der Flora drängte alles zur Entfaltung, die Anemone wetteiferte mit der Sumpfdotterblume, der Flieder mit dem Apfel- und Birnbaum. Freude erfüllt das Herz des Landmannes, wenn der Kälterückfall im Mai sich verzögert bis gegen Ende dieses Monats, wo das höhere Temperaturmittel nicht mehr so leicht unter den Nullpunkt herabgedrückt wird; und oft fällt in tieferen Lagen selbst im Juni noch die Roggenblüte und die junge Kartoffel dem Nachtfrost zum Opfer. Das Ende des Juni und der Juli, oft auch der August, sind tückisch in der Hitze- und Regenperiode, nicht wesentlich anders freilich als im großen mittel- und norddeutschen Gebiete. Den ungetrübtesten Naturgenuß bieten nur September und Oktober, wo ein im Osten oder Südosten lagerndes Hoch uns die gleichmäßigste, behaglichste Temperatur mit geringem Tages- und Nachtunterschiede beschert. Die Novemberstürme wehen mit ungehinderter Gewalt über die Ebene; eine zusammenhängende Reihe von Eistagen ist dann keine Seltenheit. Der Dezember hingegen zeigt sich meist milde, aber nebelig und naßkalt, so daß eintretender Frost gesundheitlich insbesondere vom Städter als Annehmlichkeit empfunden wird. Einer gegen Ende dieses Monats oder im Anfang Januar einsetzenden kurzen strengen Frostperiode mit Schneewehen pflegt alsbald eine zweite längere Frostperiode zu folgen, so daß der Eissport in manchem Jahre schon auf kurze Zeit im November einsetzt, selten zum Weihnachtsfest möglich ist, vom Beginn des Januar hingegen mit kleinen Unterbrechungen oft bis tief in den März hinein ausgeübt werden kann. Die Schneedecke läßt im Winter oft viel zu wünschen übrig; erheblichere, nicht gleich der Schmelze verfallende Mengen Schnee pflegt fast nur der scharfe, den warmen Südwestwind plötzlich ablösende Nord- und Nordostwind zu bringen in Wehen, welche ihn so unregelmäßig lagern, daß gute Schlittenbahnen selten sind. In einer solchem Wettersturz folgenden längeren kalten Trockenperiode mit klarem Himmel, heller Tagessonne und klar leuchtenden, still dahinwandelnden Sternen pflegt von dieser Schneedecke so viel zu verdunsten, daß sie ihre Schuldigkeit nur wenig als schützende Hülle, dürftiger noch als Spenderin von Wasser für das Erdreich bei der einsetzenden Schmelze erfüllt. Ihre unregelmäßige Lagerung verursacht oft Auswinterung in der Saat; viele Stellen leiden unter Entblößung, andere durch Erstickung oder wiederholtes Einfrieren von Naßschnee.

Der Leser wird sagen: oft habe ich das Jahr hindurch oder in einem seiner Teile auch gegensätzliche Erfahrungen gemacht, und einen Unterschied im Klima zu westlicher oder östlicher gelegenen Teilen des Vaterlandes finde ich aus dieser Charakteristik nicht heraus. Darauf antworten wir: Das Wetter hat seine Launen und macht zu allen Zeiten und an allen Orten Seitensprünge. Wir erinnern nur an die lange Hitze- und Trockenperiode im Juli, August und September 1911 und die nach schönen Lenzestagen auffallend kalte erste Aprilhälfte 1912 in ausgedehnten Gebieten Mitteleuropas. Solchen scharf ausgeprägten, allgemeinen Wetterlagen gegenüber ist der örtliche Einfluß machtlos, kaum daß er hier und dort schwach hindurchschimmert. Wollen wir aber, abgesehen von so allgemeinen Störungen des Gesamtbildes, für die obige besondere Charakteristik des Klimas den Beweis erbringen, so müssen wir für unser Gebiet die das Wetter ausmachenden einzelnen Faktoren auf der Grundlage der wissenschaftlichen Meteorologie und ihrer Erfahrungsergebnisse verfolgen.

Der unmittelbarste klimatische Einfluß kommt der Lufttemperatur und der Temperatur des Bodens zu. Die erste ist bedingt durch Sonnenstrahlung, Windstärke und Windrichtung, Bewölkung und Wassergehalt der Luft. Alle diese physischen Ursachen greifen ineinander, sich ausgleichend und ergänzend. Die Temperatur des Bodens wieder ist von der bei der Sonnenbestrahlung aufgenommenen und nachher ausgestrahlten Energie abhängig; für diese Größen ist Art und Zusammensetzung des Bodens und sein Wassergehalt nicht ohne Bedeutung; auch steht die Bodentemperatur in inniger Wechselbeziehung zur Lufttemperatur.

Zunächst beschäftige uns das Temperaturmittel ausgezeichneter Orte des Gebietes. Das Tagesmittel erhält man am genauesten, wenn man in möglichst vielen gleichen Zeitabschnitten Beobachtungen macht und die Summe der Temperaturen durch die Zahl der Beobachtungen dividiert. Das beste Resultat liefert eine Integration der Fläche, welche die Kurve eines Thermographen im Laufe des Tages beschrieben hat. Erfahrungsgemäß genügt aber das Mittel aus drei Tagesbeobachtungen, etwa um 6 Uhr morgens, 2 Uhr nachmittags und 10 Uhr abends, oder um 7 Uhr, 2 Uhr, 9 Uhr mit einer empirisch gewonnenen Korrektur. Aus den mittleren Tagestemperaturen erhält man arithmetisch die mittlere Monatstemperatur, aus den mittleren Monatstemperaturen in gleicher Weise die des Jahres. Langjährige Beobachtungsreihen engen die Fehlergrenze ein.

Die folgende Tabelle ist zum größten Teil dem „Oderstrom" entnommen; für die Orte Ostrowo, Fraustadt, Posen, Bromberg und Konitz haben wir in der Anordnung die geographische Breite φ maßgebend sein lassen; damit harmoniert, Konitz ausgenommen, die Ordnung nach der Höhe h über dem Meeresspiegel. Zum Vergleich ist Berlin hinzugestellt. Für Posen und Berlin haben wir in der zweiten Zeile eine Korrektur angebracht, welche die zu hoch abgelesenen Temperaturen dieser Innenstationen herabdrückt (Tabelle I).

Trotz der Enge des Gebietes sind die Differenzen, welche aus der geographischen Lage entspringen, bemerkenswert genug. Bei fast gleicher Amplitude, dem Unterschied zwischen niedrigster und höchster Temperatur im Monatsmittel, ist Ostrowo trotz seiner südlichsten Breite infolge seiner Höhenlage und Beeinflussung durch

Tabelle I.

Ort	Höhe h ü. d. Meere	Geogr. Länge λ	Geogr. Breite φ	Temperaturmittel in Celsiusgraden												Jahresmittel	Amplitude
				Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.		
Ostrowo	141 m	17°49′	51°39′	— 2,3	— 2	1,5	7,2	12,2	16,5	17,9	17,1	13,4	8,4	2,2	— 1,7	7,5	20,2
Fraustadt	103 m	16°19′	51°48′	— 1,8	— 1,1	1,9	7,3	12,5	16,8	18,2	17,4	13,7	8,4	2,5	— 1,2	7,9	20,0
Posen .	65 m	16°56′	52°25′	— 1,5	— 1,1	1,8	7,5	12,7	17,1	18,6	17,6	13,8	8,6	2,7	— 0,9	8,1	20,1
				— 1,7	— 1,3	1,5	7,2	12,4	16,8	18,3	17,3	13,5	8,3	2,5	— 1,1	7,9	20,0
Bromberg	42 m	18°0′	53°8′	— 2,1	— 1,7	1,1	6,8	12,0	16,7	18,3	17,1	13,2	7,9	2,3	— 1,3	7,5	20,4
Konitz .	163 m	17°34′	53°42′	— 2,8	— 2,4	0,2	5,8	11,1	15,8	17,3	16,3	12,6	7,2	1,4	— 1,9	6,7	20,1
Berlin .	48 m	13°23′	52°30′	0,1	0,7	3,3	8,5	13,3	17,5	19 0	18,2	14,8	9,5	3,8	0,8	9,1	18,9
				— 0,2	0,4	2,7	7,9	12,7	16,9	18,4	17,6	14,3	9,1	3,4	0,5	8,6	18,6

das russische Landgebiet im Jahresmittel tief und ausgezeichnet durch tiefe Wintertemperatur. Bromberg ist trotz seiner tiefen Lage schon stark beeinflußt durch seine höhere geographische Breite und seine östliche Länge, welche die von Ostrowo noch um ein Geringes übertrifft; auch zieht wohl das scharfe Knie, welches in seiner Höhe die Weichsel nach Westen macht, dieses Gebiet klimatisch nach dem Osten hinüber. Konitz verdankt sein tiefes Jahresmittel und seine harte Wintertemperatur der hohen Breite und bedeutenden Höhenlage, ein mildernder Einfluß durch die Ostsee ist nicht zu verspüren. Alle Orte haben ein wesentlich tieferes Jahresmittel als Berlin, das mit Posen in derselben geographischen Breite liegt, aber durch seine westlichere Lage stärker seeklimatisch beeinflußt ist und insonderheit wesentlich höhere Wintertemperaturen bis in den März hinein aufweist.

Allen Orten unseres Gebietes ist gemeinsam, daß die Temperaturen zum Frühling erst langsam, dann schnell im April und noch schneller im Mai ansteigen; umgekehrt haben wir zum Winter eine erst langsame, dann schnelle Abnahme; beide Erscheinungen sind die Hauptursache für die in der Einleitung geschilderte klimatische Grundstimmung im Vergleich mit der des westlichen Vaterlandes.

Daß nicht allein die Höhe über dem Meeresspiegel, sondern auch die geographische Breite und der Längenunterschied die mittleren Temperaturen beeinflußt, lehrt der Vergleich der auf das Meeresniveau für Posen, Bromberg und Konitz „reduzierten Temperaturen", der Temperaturen, welche diesen Orten nach den beobachteten Temperaturen zukommen würden, wenn sie an derselben Stelle in Meereshöhe lägen (Tabelle II).

Tabelle II.

Ort	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jahresmittel
Posen	— 1,3	— 0,8	2,2	7,9	13,1	17,5	19,0	18,0	14,2	9,0	3,0	— 0,6	8,4
Bromberg . .	— 2,0	— 1,5	1,3	7,1	12,3	17,0	18,6	17,3	13,4	8,1	2,5	— 1,1	7,7
Konitz	— 2,3	— 1,7	1,1	6,8	12,2	16,9	18,4	17,3	13,5	8,1	2,2	— 1,2	7,6

Selbst wenn wir für Posen die in der Tabelle I um 0,2° bis 0,3° herabgesetzten mittleren Monatstemperaturen zugrunde legen, bleiben die drei Orte immer noch mit ihren auf das Meeresniveau reduzierten Temperaturen im Parallelismus ihrer Anordnung nach der geographischen Lage, Posen mit dem größten Abstande.

Wir haben diese Zahlenreihen gebracht, um dem Leser zu zeigen, welche Deutungen sie zulassen; Zahlen haben besonderen Wert in ihrer gegenseitigen Beziehung, nicht in der absoluten Größe. Für das Klima ist in diesem Sinne auch bedeutungsvoll die tägliche Veränderlichkeit der Temperatur, für welche sich aus langen Beobachtungsreihen Mittel angeben lassen. Diese sind für Posen und Westpreußen recht groß, sie bewegen sich vom Sommer durch den Winter hindurch zwischen 1,6° und 2,2°. Dabei sind die Abkühlungen durchweg viel stärker als die Erwärmungen, der Zahl nach aber demzufolge geringer als jene. Dazu gesellen sich recht große Abweichungen vom Mittel, insbesondere im Winter, sogenannte Temperaturstürze.

Überaus lehrreich in ihren Schlußfolgerungen ist die Tabelle III, welche für die Stadt Posen die mittleren Monatstemperaturen und die Maxima und Minima der Temperatur innerhalb der einzelnen Monate für die Jahre von 1901 an bis 1912 ersichtlich macht. Das Material ist entnommen den Aufzeichnungen der bisherigen Leiterin der Posener meteorologischen Station, Frau Professor Dr. Magener, welche ihren im Jahre 1890 verstorbenen, durch das Werk „Das Klima von Posen" (die Jahre 1848 bis 1865 umfassend) verdienten Gemahl in der Arbeit auf der Station ablöste. Aus der Zusammenstellung geht hervor, daß die einzelnen Jahre bedeutende Abweichungen im Monatsmittel gegenüber dem langjährigen Mittel in Tabelle I ergeben. Das Jahr 1901 hat auffallend niedrige Januar- und Februartemperatur; trotzdem ist seine mittlere Jahrestemperatur 8,3°. Noch auffallender ist das ihm folgende Jahr 1902; der Januar ist ausgezeichnet durch das hohe Mittel 2,9°, der Dezember durch das tiefe Mittel —4,2°. Schon am 30. November hatte es ein Minimum von —14,4°; alle übrigen Monatsmittel stehen tief, so daß, für die fehlende Zahl im Mai das Mittel 12,7 (Tabelle I) gesetzt, die mittlere Jahrestemperatur sich auf nur 7,2° stellt. Jedes einzelne Jahr hat seine Eigenart; große Temperaturstürze, insbesondere im Winter, sind häufig; hohe Temperaturmaxima hat durchweg der Mai; oft finden wir sie gerade in den Tagen der sogenannten Eisheiligen, so am 14. Mai 1911 mit 26,4°, am 17. Mai 1910 mit 26,1°, am 15. Mai 1907 mit 28,3°, am 9. Mai 1906 mit 25°, besonders also in den letzten Jahren. Einen kalten Dezember haben außer 1902 auch 1906 und 1908. Starke Kälterückfälle zeigt noch der Juni, aber auch der Juli, wo die Minima fast immer der ersten Dekade angehören. Beachtenswert ist auch für Posen das Jahr 1911; hohe Maxima im Sommer und Herbst ergeben hier hohe Monatsmittel, so daß das Jahresmittel auf 9,3° hinaufgeht. Vom Dezember dieses letzten Jahres ist dann ein starker Temperaturabfall zum Januar 1912 mit dem tiefsten Mittel von —5,2° zu verzeichnen, und auch das letzte Frühjahr 1912 gab seinen extremsten Vorgängern an Launen wenig nach; innerhalb weniger Stunden erlebten wir schroffe Temperaturwechsel, und ein Ge-

Tabelle III. Posen.

	Jahr	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Mittl. Temp.	1901	— 4,6	— 6,1	1,4	8,3	15,1	17,6	20,7	18,3	13,6	10,7	3,5	1,0
Maximum .		6,1	6,0	11,4	21,6	29,4	33,3	30,0	30,0	23,7	22,8	10,5	10,0
Minimum .		— 18,1	— 20,4	— 11,8	— 0,2	1,5	6,1	11,0	8,2	4,1	0,6	— 2,5	— 9,5
Mittl. Temp.	1902	2,9	— 1,2	2,8	5,8	⸗	16,7	16,2	15,4	12,0	7,1	— 0,2	— 4,2
Maximum .		9,9	8,7	17,0	16,5	⸗	29,4	27,8	29,0	28,6	14,8	10,0	7,1
Minimum .		— 5,2	— 9,9	— 10,5	— 3,8	⸗	7,4	9,2	6,9	1,0	— 1,3	— 14,4	— 17,5
Mittl. Temp.	1903	— 0,9	1,0	5,9	6,1	⸗	⸗	⸗	16,7	14,1	9,2	4,3	— 1,1
Maximum .		9,4	14,7	20,6	19,5	27,3	⸗	29,2	27,6	28,5	21,3	10,7	3,4
Minimum .		— 15,5	— 9,0	— 1,9	— 4,4	4,2	⸗	7,7	8,2	5,0	— 0,5	— 2,4	— 9,5
Mittl. Temp.	1904	— 1,4	1,1	2,4	8,8	12,2	16,4	19,4	17,4	13,3	⸗	2,8	1,8
Maximum .		7,0	9,4	11,3	20,0	26,3	28,0	33,0	30,2	23,7	19,5	11,9	8,4
Minimum .		— 10,0	— 6,1	— 8,7	— 0,4	3,0	5,4	7,6	7,6	2,0	0,0	— 6,5	— 12,5
Mittl. Temp.	1905	— 2,7	1,0	3,6	5,7	14,1	19,0	19,1	17,9	13,4	5,6	4,0	1,2
Maximum .		5,5	6,7	15,2	21,0	26,4	30,0	32,1	32,9	25,0	13,3	15,2	9,5
Minimum .		— 17,8	— 7,9	— 1,8	— 4,0	4,9	6,6	11,6	9,0	4,5	— 1,7	— 4,5	— 8,9
Mittl. Temp.	1906	— 0,4	1,0	2,8	10,2	15,3	16,6	19,0	17,0	13,3	8,6	6,6	— 3,4
Maximum .		8,4	9,7	15,5	23,0	25,0	32,1	29,2	29,5	28,5	17,8	15,0	8,5
Minimum .		— 17,0	— 4,3	— 4,8	— 2,5	3,5	6,0	9,9	8,1	4,1	0,1	— 3,4	— 18,4
Mittl. Temp.	1907	— 1,9	— 2,6	2,6	6,7	14,8	17,1	16,8	16,3	13,0	13,2	1,5	— 0,6
Maximum .		6,5	8,0	14,0	16,5	28,3	29,5	29,4	30,1	23,0	22,7	10,7	8,2
Minimum .		— 18,5	— 17,6	— 5,0	— 1,7	5,0	8,9	8,4	8,8	1,0	2,8	— 7,6	— 13,5
Mittl. Temp.	1908	— 1,0	1,4	2,7	6,4	14,7	18,2	19,6	16,5	12,5	7,6	0,4	— 2,6
Maximum .		5,9	6,1	14,9	18,0	30,4	32,0	31,9	26,0	25,9	13,5	7,4	6,4
Minimum .		— 15,9	— 7,0	— 5,4	— 1,5	0,3	5,1	9,2	6,6	5,0	— 6,0	— 11,5	— 19,2
Mittl. Temp.	1909	— 2,4	— 4,2	0,9	7,2	11,4	17,1	17,2	17,8	14,7	10,8	1,9	1,1
Maximum .		4,5	4,7	14,4	24,2	23,9	28,6	25,0	28,4	24,3	18,5	10,0	8,7
Minimum .		— 20,1	— 16,3	— 10,7	— 3,8	— 0,9	7,0	8,5	9,6	5,9	— 2,8	— 7,4	— 7,0
Mittl. Temp.	1910	1,3	2,8	3,4	8,4	14,1	⸗	17,6	17,4	12,8	7,4	1,9	1,8
Maximum .		7,5	12,5	15,9	22,5	26,1	⸗	28,9	28,9	23,0	18,7	11,8	9,4
Minimum .		— 7,3	— 3,9	— 3,6	— 3,5	2,4	⸗	8,3	7,3	1,7	— 2,5	— 4,1	— 6
Mittl. Temp.	1911	— 0,1	— 0,3	3,8	8,1	14,5	16,5	19,5	20,2	15,2	8,5	4,6	1,2
Maximum .		7,2	9,8	19,0	24,3	26,4	27,5	31,9	30,8	30,8	17,3	13,4	6,4
Minimum .		— 9,7	— 6,1	— 4,5	— 6,1	2,4	1,8	8,7	7,9	3,4	— 3,7	— 3,1	— 6,2
Mittl. Temp.	1912	— 5,2	— 0,9	5,2									
Maximum .		6,9	9,5	17,9									
Minimum .		— 15,9	— 16,8	— 2,9									

witter in der Nacht vom 11. zum 12. Mai brachte uns am 12. Mai eine sommerliche Wärme von über 25° im Maximum, und mit einem Tagesmittel von über 18° hier den ersten Wärmetag. Wärmetage nämlich nennt man Tage mit einem Mittel über 18°. Posen hat solche Tage bis 40 an der Zahl im Jahre, während sie am Rhein bis auf 60, im Neckartal gar bis auf 80 steigt. Für Frankfurt pflegt der erste Wärmetag im Mittel auf den 12. Mai zu fallen, in Posen auf einen 14 Tage später gelegenen Termin, wie Krümmel angibt, die Ausnahmen aber sind nicht selten, und auch das Jahr 1912 gehört unter sie, wenigstens in seinen ersten fünf Monaten; auf den 12. Mai als Wärmetag folgte auch in der Nacht zum 13. ein starkes Gewitter, welches den ausgedörrten, seit langer Zeit hin und wieder nur leicht vom Regen gesprengten Fluren endlich einige Tränkung brachte und statt der gefürchteten Kalenderkälte der Eisheiligen Millionenwerte spendete.

Im Anschluß an diese das Klima bedingenden absonderlichen Temperaturmittel und Temperaturschwankungen gedenken wir in Kürze der Eistage, Frosttage und Nachtfröste. Das Gefrieren des Wassers bedeutet für die organische Natur, für das Leben der Pflanze insbesondere, im mindesten einen Stillstand, oft ein Absterben der Lebensfunktionen. Eistage sind Tage, an denen die Temperatur in der Nacht und am Tage unter 0° bleibt, Frosttage hingegen solche, an denen die Temperatur zu irgend einem Zeitpunkte unter 0° sinkt oder liegt, im Laufe des Tages also auch über 0° steigt. Frosttage können für die Vegetation verhängnisvoller werden als Eistage; durch oberflächliches Gefrieren der Ackerkrume und Auftauen in der Tagessonne werden mechanische Kräfte der Ausdehnung und Zusammenziehung ausgelöst, welche die Wurzelfasern zerreißen; andererseits leidet unter dem Wechsel der Temperatur um den Nullpunkt herum die junge Pflanzenzelle, insbesondere, wenn nach dem Nachtfrost ohne Reif starke Sonnenstrahlung einsetzt.

Krümmel gibt die Zahl der nachtfrostfreien Tage für Posen und Westpreußen mit 100 an, während sie im Odergebiet 193 beträgt und im Rheinland auf 210 steigt. Es sind die Zahlen so zu verstehen, daß diese Zeit als Ganzes frostfrei ist, als Zeit vom letzten Frost im Frühjahr zum ersten Frost im Herbst, so daß wir hier im Osten diese Zeit gegen den Westen bedeutend verkürzt sehen. Im „Oderstrom" werden für das Warthe- und Netzegebiet 170 Tage als frostfrei angegeben, auf alle Fälle aber bleibt eine große Differenz mit dem Westen bestehen. In der folgenden Tabelle IV ist für Posen und Bromberg die Zahl der Frosttage in der Periode 1880—1889 nach dem „Oderstrom" angegeben, für Bromberg in der zweiten Zeile im vieljährigen Mittel 1849—1890, im Vergleich dazu Berlin im Beobachtungszeitraum 1880/1889.

Die Zwischenzeit zwischen letztem und erstem Frost, die frostfreie Zeit im Jahr, betrug dabei im Mittel für Posen 190, Bromberg 170, Berlin 194 Tage; für Posen ist die Zahl im Vergleich zu der Angabe von Krümmel zu hoch, auch bedarf sie einer Korrektur wegen der Lage der Station, welche leichte Nachtfröste bei ihrer Innenlage nicht anzeigt.

Tabelle IV.

Zahl der Frosttage.

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jahr
Posen . . .	23,0	20,6	16,3	5,3	0,6	—	—	—	—	3,1	8,4	16,5	93,8
Bromberg .	23,2	21,9	20,4	8,2	0,6	—	—	—	0,5	4,3	11,6	20,3	111,0
Bromberg .	22,7	20,9	19,5	7,6	1,3	—	—	—	0,4	4,4	12,6	20,3	109,7
Berlin . . .	21,1	20,0	15,1	4,0	0,3	—	—	—	—	1,1	8,6	16,3	86,5

Wesentlich geringer ist die Zahl der Eistage, wie für dieselben Städte in der Periode 1880/1889 ersichtlich ist (Tabelle V).

In einzelnen Jahren ergeben sich nach derselben Quelle, aus welcher Tabelle III zusammengestellt ist, für Posen recht bedeutende Abweichungen; für andere Orte des Gebiets halten sich die Abweichungen wohl in annähernd gleichen Grenzen. Das Jahr 1901 hatte im Januar 27 Frost-, 19 Eistage, im Februar 27 und 14; das Jahr 1906 im Dezember 25 Frost-, 18 Eistage; das Jahr 1912 im Januar 28 Frost-, 18 Eistage. Es sind das große Abweichungen von den Mitteln im negativen Sinne. Viel zahlreicher noch sind die Abweichungen im positiven Sinne, wir wollen aber den Leser nicht durch zu viele Zahlen ermüden; er möge an diesen Beispielen erkennen, wie groß die Bedeutung langer Perioden der Beobachtung für die Beurteilung klimatischer Verhältnisse ist, und daß andererseits die Natur auf meteorologischem Gebiete durch Zahlen sich schwer bemeistern läßt.

Gleich bedeutsam für das Klima ist mit der Temperatur der Luft ihr Feuchtigkeitsgehalt und die Menge der Niederschläge, sowie ihre Verteilung auf das Jahr.

Die Luft enthält bei jeder Temperatur eine gewisse Menge Wasser in Form von Wasserdampf. Dieser Wasserdampf, Wasser in Gasform, welches die Luft durchdringt, ist vollkommen durchsichtig, ja es erhöht ihre Durchsichtigkeit; wenn aus dem Gemenge „feuchte Luft" der Wasserdampf sich in flüssiger Form niederschlägt, erscheint sie uns als Nebel oder Wolke infolge einer nach allen Richtungen hin stattfindenden Reflexion der in sie eintretenden Lichtstrahlen.

Tabelle V.

Zahl der Eistage.

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jahr
Posen . . .	12,0	7,6	5,9	—	—	—	—	—	—	—	1,7	5,6	32,8
Bromberg .	13,8	9,3	6,2	0,1	—	—	—	—	—	0,3	2,6	8,2	40,5
Berlin . . .	10,9	5,4	4,3	—	—	—	—	—	—	—	1,7	3,7	26,0

In einem Kubikmeter Luft kann ganz unabhängig von ihrer Dichte bei einer bestimmten Temperatur nur eine bestimmte Menge Wasserdampf vorhanden sein. Ist diese größte Menge erreicht, so nennt man die Luft mit Wasserdampf gesättigt. Die Sättigungsmenge wächst mit der Temperatur. Bei 20° beträgt sie 17,2 g im Kubikmeter, bei 10° 9,4 g, bei 0° 4,8 g, bei −10° 2,3 g. Unter der relativen Feuchtigkeit versteht man das Verhältnis der vorhandenen Dampfmenge zur höchsten Dampfmenge; sind beispielsweise bei 10° Lufttemperatur 4,6 g Wasserdampf in einem Kubikmeter Luft vorhanden, so ist die relative Feuchtigkeit $4{,}6 : 9{,}2 = 0{,}5 = 50\,\%$. In diesem Falle dürfte die Luft sich kaum unter 0° abkühlen, ohne daß aus ihr Wasserdampf in flüssiger oder fester Form sich niederschlüge. Wir sagen dann, die Luft hat ihren Taupunkt erreicht; der Taupunkt nämlich ist jene Temperatur, bei welcher die in der Luft vorhandene Wasserdampfmenge zur Sättigung gerade hinreicht. Bei einer Abkühlung der Luft unter den Taupunkt kommt es zur Nebelbildung, zu Regen- und Schneefall; findet die Abkühlung an der Oberfläche des Bodens allein durch starke Ausstrahlung statt, so bildet sich Tau oder Reif.

Der in der Luft befindliche Wasserdampf hat je nach der Temperatur und Menge einen bestimmten Druck; dieser Druck summiert sich zu dem Luftdrucke. Für gesättigten Wasserdampf, d. h. für „feuchte Luft", ist der Druck in Millimeter Quecksilber des Barometers nahezu gleich der Anzahl der Gramm Feuchtigkeit im Kubikzentimeter gemäß den experimentell gewonnenen Resultaten. Es ist beispielsweise bei 10° der Druck des gesättigten Wasserdampfes 9,2 mm, das Gewicht im Kubikzentimeter entsprechend 9,4 g; bei 20° sind die entsprechenden Zahlen 17,4 mm und 17,2 g, bei 30° 31,6 mm und 30,1 g. Der absolute Feuchtigkeitsgehalt der Luft fügt sich nahezu dem Gesetz, daß er ungefähr gleich ist der Spannkraft des Wasserdampfes ausgedrückt in Millimeter Quecksilberhöhe, so daß der Druck des Wasserdampfes für beide ein Maß ist. Für unser ganzes Gebiet sind die Schwankungen im Mittel des Jahres gering, so daß Posen für die Höhe des Dampfdrucks ein typisches Bild gibt. Im Beobachtungszeitraum 1850—1893 betrug der Dampfdruck in Millimeter für Posen:

Tabelle VI.

Dampfdruck in Millimeter Quecksilbersäule.

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jahr
Posen . . .	3,8	3,9	4,4	5,8	7,3	9,8	10,9	10,8	8,9	6,9	4,9	4	6,8

Er nimmt also von einem Minimum im Januar mit 3,8 bis zum Maximum im Juli mit 10,9 zu, um alsdann wieder abzunehmen. Aus diesem Dampfdruck, der ein Maß für die absolute Feuchtigkeit ist, ergibt sich durch Division mit der Sättigungsmenge bei der mittleren Temperatur die relative Feuchtigkeit; diese betrug in Prozenten für Posen im Mittel des gleichen Zeitraums von 1850—1893

nach dem „Oderstrom“ und darunterstehend nach Magener, „Klima von Posen“, für den Zeitraum 1850—1865:

Tabelle VII.

Relative Feuchtigkeit in Prozenten für Posen.

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jahr
„Oderstrom“	88	87	81	74	68	69	70	73	77	82	87	89	79
„Magener“ .	90	88	82	74	67	67	69	73	79	82	88	90	79

Beide Reihen zeigen eine gute Übereinstimmung. Die relative Feuchtigkeit ist im Dezember und Januar am größten, im Mai und Juni am kleinsten. Dabei aber ändert sie sich im Laufe des Tages sehr bedeutend. So setzt sich das Mittel der zweiten Reihe aus den Mitteln um 6 Uhr, 2 Uhr, 10 Uhr folgendermaßen zusammen:

Tabelle VIII.

Zusammensetzung des Mittels in Tabelle VII.

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jahr
6 Uhr . . .	93	93	90	85	77	77	78	85	90	92	92	92	87
2 Uhr . . .	86	81	71	58	51	50	52	56	61	68	82	87	67
10 Uhr . . .	92	90	85	79	74	74	76	80	84	87	90	91	83

Hiernach ist die relative Feuchtigkeit morgens, vor Sonnenaufgang, am größten. Trotzdem dann mit der zunehmenden Tageswärme die Verdunstung sich steigert, die absolute Feuchtigkeit also zunimmt, geht sie relativ im Verhältnis der möglichen Feuchtigkeit zurück und ist um 2 Uhr am kleinsten, um alsdann zum Abend wieder zu steigen, so daß man im allgemeinen morgens und abends auf Bewölkung und Niederschlag eher als um die Mittagszeit schließen kann, sofern nicht etwa ein kalter am Tage einbrechender Luftstrom die Lufttemperatur dem am Tage in Wirklichkeit höher liegenden Taupunkte nähert.

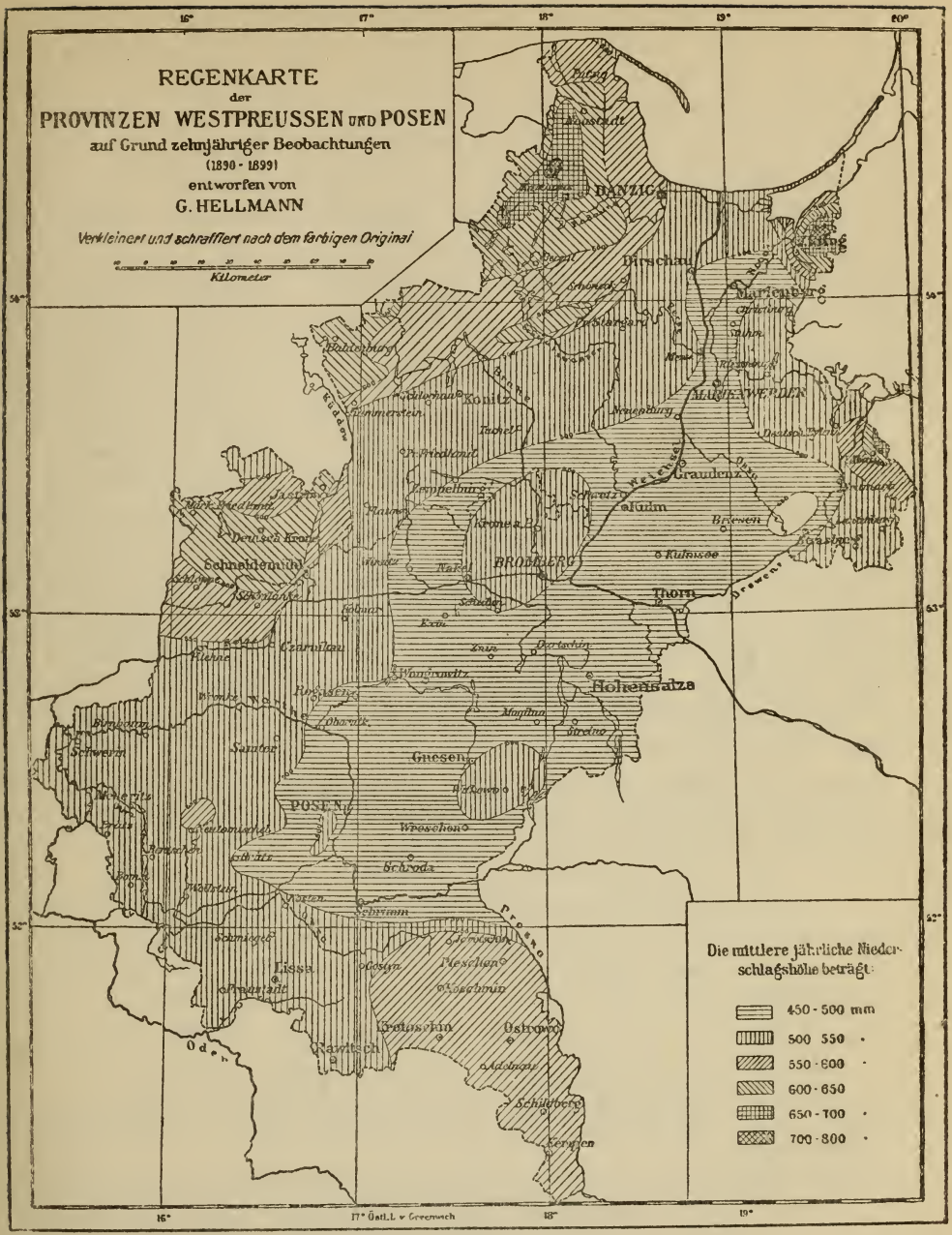
Die relative Feuchtigkeit der Luft ist ein wichtiger klimatischer Faktor. In relativ trockener Luft wird die Ausdünstung des Körpers durch die Haut und die Lunge des Menschen gefördert, ebenso die Verdunstung durch die Blätter der Pflanzen. Die häufigen, gerade im Frühjahr bei uns wehenden trockenen Ostwinde schaffen zeitweilig tief unter dem durch sie bedingten tiefen Mittel stehende Zahlen relativer Feuchtigkeit, so daß durch zu starke Verdunstung Erkältungszustände und bronchiale Störungen beim Menschen und Wachstumshemmungen bei den Pflanzen hervorgerufen werden. Wir begegnen den Gefahren durch Vorsicht in der Kleidung und Vermeidung von zu starken körperlichen Strapazen, die Flora schützt sich durch vorsichtiges Wachstum und ein Zurückhalten der Blattbildung. Weniger zu leiden haben wir unter dem die Ausdünstung

schädigenden Einfluß zu feuchter Luft, allenfalls im Winter mit seiner hohen relativen Feuchtigkeit, welche erschlaffend auf Muskeln und Nerven wirkt und rheumatische Leiden begünstigt. Erleichtert atmen wir auf, wenn in den November- und Dezembernebel ein frischer, leichten Frost bringender Ostwind hineinfegt und der Gesundheit günstigere Verhältnisse schafft.

Von der größten Bedeutung für die Vegetation und die Nutzwirkung fließenden Wassers zur Schiffahrt und mechanischen Arbeitsleistung ist die Menge der jährlichen Niederschläge und ihre Verteilung auf das Jahr und seine Wachstumsperioden. In allen Kulturländern hat man deshalb dieser Erscheinung die größte Aufmerksamkeit gewidmet, einerseits zum Zwecke einer ursprünglichen Auswertung, andererseits zur Abwehr der Gefahren einer zu großen oder zu geringen Niederschlagsmenge. In der „Regenkarte der Provinzen Westpreußen und Posen" von Hellmann liegt uns für diesen klimatischen Gegenstand das beste und zuverlässigste Material vor, und der Vergleich mit der „Regenkarte von Deutschland" desselben Verfassers klärt für unsre Provinzen dieses Bild.

Die jährliche Niederschlagsmenge, die Höhe, zu welcher das Regenwasser oder Schmelzwasser fester Niederschläge ohne Verdunstung oder Einsickern im Jahr anwachsen würde, nimmt in Deutschland „von Westen nach Osten" ab. Dies gilt sowohl für die Küste wie für das flache und das gebirgige Hügelland. „Die deutsche Flachküste ist regenärmer als das anstoßende Binnenland". Die Regenhöhe ist abhängig von der vertikalen Gliederung des Landes; deshalb ist „die Regenkarte von Deutschland in gewissem Grade ein Spiegelbild seiner Höhenschichtenkarte. Dabei kommt die absolute Höhe des Ortes weniger in Betracht als die relative; auch ist die besondere Lage des Ortes in bezug auf die regenbringenden Winde von entscheidender Bedeutung." Neben dieser allgemeinen Charakteristik des oben genannten Verfassers treffen auch feinere Züge des Einflusses unbedeutender Bodenerhebungen, langsam ansteigender Plateaus von mäßiger Höhe und von Flußläufen auf unser Gebiet zu. Im ganzen bildet der östliche Teil von Posen und der mittlere Teil von Westpreußen ein Trockengebiet, ein Gebiet, das unter 500 mm mittlerer jährlicher Niederschlagshöhe bleibt. Es ist der Ausdehnung nach das größte der vier Trockengebiete Norddeutschlands; ein zweites liegt an der unteren Oder in Brandenburg und Pommern, von Wriezen über Schwedt im Bogen Stettin umfassend, ein drittes östlich des Harzes von Merseburg bis über Magdeburg, im Osten von der Saale und Elbe begrenzt; ein viertes Trockengebiet größerer Ausdehnung ist das rheinhessische. Kleine Trockengebiete sind hierbei nicht berücksichtigt.

Aus zehnjährigen Beobachtungen (1890—1899) ergibt sich für Posen eine mittlere jährliche Niederschlagshöhe von 513 mm, für Westpreußen eine solche von 541 mm. Das trockenste Gebiet mit 450—500 mm umfaßt den größten Teil des Flachlandes beider Provinzen; es erstreckt sich von der mittleren Warthe über die obere Netze und das Weichselknie in gleicher Breite bis Marienwerder, dann als schmaler Streifen bis Dirschau der Weichsel folgend, von dort rechts abbiegend über Marienburg bis nahe vor Elbing, das im Stadtkreis schon 630 mm und im



Landkreis bei Trunz sogar 701 mm aufweist. Diesem Maximum liegt westlich von Danzig gegenüber ein ausgedehnteres Maximum, den Kreis Karthaus und große Teile der Kreise Neustadt und Berent umfassend. Von Marienburg mit der Regenhöhe 487 mm in einer Meereshöhe von wenigen Metern steigt das Gebiet kurz hinter Elbing bei Trunz mit seinem Maximum der Regenhöhe auf

über 200 m an. Dem Maximum bei Karthaus entspricht auch die bedeutende Höhenlage von über 200 m. An der Westgrenze unseres Gebietes liegen noch zwei Maxima: Der Kreis Schlochau (Baldenburg) mit Höhenlagen bis 175 m und Regenhöhen bis 655 mm in Groß-Peterkau, der Kreis Deutsch-Krone mit Höhen bis 180 m und Regenhöhen bis 625 mm. Der Südwesten und Süden von Posen seitlich von seinem Trockengebiet hat vielfach Höhenlagen von 100 m und dementsprechend Regenmengen, welche bedeutend über 500 mm hinausgehen und 600 mm vielfach nahekommen, so im Schildberger und Kempener Kreise, in welchem Höhen über dem Meeresspiegel bis über 200 m vorkommen. Aus all diesen Beispielen tritt die Tatsache klar hervor, daß im Flachlande selbst mäßige Bodenerhebungen auf die Niederschlagshöhe einen bemerkbaren Einfluß ausüben. Im Trockengebiet liegt als größere Oase der Landkreis Bromberg, wo die Regenhöhen bis 545 mm hinaufgehen, entsprechend den größeren Höhen der Orte über dem Meeresspiegel. Die Hauptregenwinde, welche im Westen von Bromberg im Maximum von Deutsch-Krone auf erster Stufe und im Bromberger Kreise in zweiter Stufe ihr Wasser erschöpft haben, geben dem östlich gelegenen Kulmer Land so wenig, daß dessen Kreise mit tiefer Lage das größte Trockengebiet bilden mit Regenhöhen selbst unter 450 mm; erst jenseits der Drewenz östlich von Löbau beim Anstieg auf nahezu 150 m Seehöhe kommt es wieder zu ergiebigen Niederschlägen mit einem Maximum über 600 mm. Diese im zehnjährigen Mittel 1890 bis 1899 angegebenen Niederschläge weichen vom 45jährigen Mittel 1855 bis 1899 nur wenig ab, für das Binnenland mit bis $+2\%$ und -4%, erheblicher bis über 7% nur in der Gegend von Danzig. Von Jahr zu Jahr aber sind die Schwankungen groß, zwischen 145% und 60% des Mittelwertes, so daß man von nassen und trocknen Jahren sprechen kann. Der Zahl nach überwiegen die trockenen Jahre; unter 100 Jahren sind für

Tabelle IX.

	sehr trocken	trocken	naß	sehr naß
Posen	8	50	32	10
Bromberg	7	50	33	10
Konitz	11	43	35	11

Die Zahlen zeigen, daß Konitz, bedingt durch seine Höhenlage, die größte Neigung zu Extremen zeigt.

Für das Klima ist neben der Niederschlagsmenge die Verteilung der Niederschläge auf die einzelnen Monate von großer Bedeutung. Trotz großer Schwankungen von Jahr zu Jahr — sind doch die 60—90 mm Regenhöhe des Juli an einzelnen Orten in einzelnen Jahren auf über 200 mm angewachsen — erweist sich der Februar als der trockenste Monat mit $4^1/_2$—5%, der Juli als der niederschlagreichste mit 13—14% der jährlichen Niederschlagsmenge; Fraustadt und Hela kommen gar auf 15% im Juli, während Danzig mit 12,4% am weitesten unter dem Mittel zurückbleibt.

Trotz der großen Bedeutung, welche die größten Niederschlagsmengen in kurzer Zeit und die größten Tagesmengen für die Technik, den Wasserbau und die Landwirtschaft besitzen, können an dieser Stelle nur einige Resultate aus Hellmann Platz finden. Wiewohl das mittlere Tagesmaximum nicht mehr als 30—35 mm beträgt, geht das absolute auch einmal auf 70—90 mm; auf mehr als 100 mm am Tage aber ist an demselben Orte kaum alle 50 Jahre zu rechnen. An starken Regenfällen von kurzer Dauer ist das Binnenland viel mehr beteiligt als der Küstenstrich, welchem starke Gewitterregen fehlen. Mit der Dauer solcher starker Regenfälle nimmt die Stärke in der Minute ab; die Abnahme erfolgt für Westpreußen viel allmählicher als für Posen; während die in der Minute gefallene Regenmenge für kurzwährende starke Regenfälle in beiden Gebieten etwa gleich ist, für Posen nur sehr hoch in ganz kurzfristigen, kommen auf einen einstündigen starken Regen in Westpreußen 0,95 mm, in Posen nur 0,59 mm, bei einem mehr als dreistündigen dort 0,41 mm, hier 0,18 mm in der Minute.

Zur Häufigkeit der Niederschläge sei erwähnt, daß die mittlere Zahl der Tage mit Niederschlag im Jahre für das ganze Gebiet wenig verschieden ist und zwischen 160—175 liegt; unter den Monaten steht hier mit 15—17 Tagen der Dezember obenan; im Binnenlande haben Februar und September, im Küstengebiet Mai und Juni am wenigsten Regentage. Die Zahl der Schneetage wächst mit der Höhenlage und der Entfernung von der Küste; auf Danzig kommen 44, auf das Plateau von Pommerellen über 60 Schneetage. Den Schneetagen werden auch die Tage zugerechnet, an welchen Regen untermischt mit Schnee fällt; nur die Monate Juni, Juli und August sind ganz frei von jedem Schneefall, allenfalls noch der September.

Überaus schwankend sind die Angaben über die Gewitter. Es entspricht das der großen Veränderlichkeit ihrer Zahl und ihres Auftretens je nach der Örtlichkeit. Nach dem Lande zu wachsen sie im allgemeinen in der Zahl. Posen zählt (Magener) für den Zeitraum von 1848—65 einen Jahresdurchschnitt von 18 Gewittertagen, nach Hellmann sind es für 1887—91 20 an der Zahl. Am gewitterreichsten ist hier der Juni, ihm folgen Juli, August, Mai. Die Durchschnittszahlen für Gewitter in meteorologischen Werken sind mit großer Vorsicht aufzunehmen. Während Wintergewitter fast nur an der See verzeichnet werden, hat es in Posen, wo die Zahlen 0 für November bis Februar oft angegeben werden, in den letzten Jahren beim Wettersturz vom warmen West zum kalten Nord und Nordost mit einem, dem Regen folgenden Schneetreiben oft Gewitterschläge gegeben, wie denn überhaupt in den letzten Jahrzehnten wahrscheinlich eine Zunahme der Gewitter stattgefunden hat; der regenreiche Juni 1912 wies eine weit über den Durchschnitt hinausgehende Zahl von Gewittern auf.

Die Bewölkung steht in engem ursächlichen Zusammenhange mit der Zu- und Abnahme der Temperatur, der Luftfeuchtigkeit und Windrichtung. Der Dezember mit seiner hohen relativen Luftfeuchtigkeit von 89 (Tab. VII) und seiner prozentual hohen Zahl der Süd- und Südwestwinde ist der trübste Monat, der November gibt ihm nicht viel nach. Der Januar wird mit zunehmender Zahl der

Ostwinde trotz hoher Luftfeuchtigkeit heller; heiterer ist der Mai infolge seiner zahlreichen Nord-, Nordost- und Ostwinde; der heiterste Monat ist der September, und heiter ist auch der Oktober in der ersten Hälfte, wo häufige Ost- und Südostströmung stattfindet und selbst mäßiger Südwest- und Westwind den Himmel wenig bewölkt. In der zweiten Hälfte des Oktober tritt schnell Trübung ein.

Der bei weitem wichtigste Faktor für jedes Klima ist der Wind nach Richtung und Stärke. Alle schon behandelten klimatischen Erscheinungen werden von ihm beeinflußt; er vermittelt den Wärmeaustausch der Gebiete, bringt Wärme und Kälte, Feuchtigkeit und Trockenheit, Bewölkung und Sonnenschein. Die Beobachtung des Barometerstandes und der Windfahne sowie des Zuges der Wolken in den verschiedenen Höhen und ihrer Formen geben uns die bedeutsamsten Fingerzeige für Wetter- und Wettervorhersage. Jede Meteorologie bringt die wichtigsten Gesetze der Luftdruckverteilung, der Bewegungen der Druckgebiete und der Winddrehung. Für unser Gebiet großer Gleichförmigkeit örtlicher Höhenlage und genügendem Abstandes von den Zugstraßen der Minima und der Mittelpunkte der Antizyklonen erfahren diese Gesetze verhältnismäßig wenig Störungen, und auch die Erhaltungstendenz des Wetters ist recht groß, besonders, wenn ein Gebiet hohen Luftdrucks im Osten oder Südosten liegt.

Nach Magener kommen im 18jährigen Mittel 1848—1865 unter den im Jahr wehenden Winden auf 1000 Winde jährlich 433, welche dem Polarstrom, 567, welche dem Äquatorialstrom angehören. Wie die Tabelle X zeigt, ist die Verteilung von insgesamt 19032 festgestellten Winden auf die einzelnen Monate im Verhältnis der beiden Strömungen eine sehr verschiedene.

Tabelle X.

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Polarstrom . . .	599	608	730	819	940	840	798	717	714	568	604	561
Äquatorialstrom .	1075	919	944	801	734	780	876	957	906	1013	1016	1113

Der Polarstrom ist prozentual am häufigsten im Mai, häufiger als der Äquatorialstrom überhaupt ist er im April, Mai und Juni; der Äquatorialstrom herrscht im Verhältnis am meisten im Dezember. Die vorherrschende Windrichtung ist in Posen im Dezember Süd-West, im Januar fast Süd. Im Februar und März ist sie West-Süd-West, im Mai, Juni und Juli geht sie, Nord-West bleibend, mehr nach Norden herum, geht dann im August und September fast nach West, im November bis nach Süd zurück. Der Wind weht also bei uns vorzugsweise von der Westseite; daß er im Mai und Juni am häufigsten nach Norden und Nordosten umspringt, dadurch im Mittel die Nordabweichung hervorrufend, erklärt die gerade für unser Gebiet bedeutsamen Kälterückfälle in diesen Monaten. Über sie sagt ganz allgemein in seiner „Wettervorhersage für jedermann" Professor Klein: „Die Volksanschauung, welche die Kälterückfälle des Mai auf die Tage

des Kalenderheiligen Mamertus (11.), Pankratius (12.) und Servatius (13.), die sogenannten Eismänner, beschränkt, ist irrig, vielmehr ergeben die Beobachtungen, daß während des ganzen Mai Tage mit Frost vorkommen können. Die alte Bauernregel ist also richtig: „Der Mai ist selten so gut, er setzt dem Zaunpfahl einen Hut", nämlich von Schnee. Die Kälterückfälle treten ausnahmslos mit nördlichen und nordöstlichen Winden ein. Die Luftdruckverteilung über Europa ist dann eine solche, daß hoher Barometerstand auf den britischen Inseln oder nordwestlich davon, tiefer Barometerstand über Skandinavien und dem südöstlichen Europa herrscht. Über Skandinavien bemerkt man dann gewöhnlich bald eine deutlich umgrenzte Depression, die sich gegen die Ostsee hin bewegt, diese überschreitet und durch Ostdeutschland oder Polen in der Richtung auf Ungarn zu verschwindet. Je deutlicher diese Depression erkennbar ist, und je lebhafter die Winde sind, welche sie umkreisen, um so stärker ist im allgemeinen der Kälterückfall, den sie bringt."

Wir haben diesen Gegenstand schon bei der Betrachtung der Temperatur von Posen berührt. Kälterückfälle gibt es hier auch im Juni, nur daß sie dann bei dem höheren Temperaturmittel für die Vegetation meist nicht mehr so verhängnisvoll werden; Kälterückfälle in anderen Monaten, wie sie sich in Posen und Westpreußen recht oft im März und April zeigen, sind für die Vegetation fast ganz bedeutungslos, sie halten ihre Entwicklung nur zurück. Auch Magener hat im Zeitraum 1848—1865 die Kälterückfälle im Mai untersucht, und da kommt auf die „Eisheiligen" kein das Normale übersteigender Wert.

Sehr schön ausgeprägt sind für unser Gebiet die Wetterregeln, welche sich aus der Drehung des Windes, der Änderung des Barometerstandes und der Bildung der Wolken ergeben. Der Wind geht bei uns meist in der Richtung des Uhrzeigers herum. Vorherrschend ist, wie schon oben erwähnt, der Südstrom; dieser beharrt am längsten in seiner Richtung bis Südwest ohne Wetteränderung. Lange pflegt der Wind auch aus Nordost zu wehen, kalt und trocken im Winter und Frühling, warm und trocken im Sommer und Herbst. Regenperioden bringt er im Juni und Juli, wenn er wochenlang aus Nordwest weht, während er zu anderen Zeiten rasch durch diese Richtung hindurchgeht; noch schneller pflegt er durch die Richtung Süd-Ost hindurchzugehen. Im Winter bringt der Südstrom als Süd-West Wärme mit Regen, im Sommer Regen mit Abkühlung; dabei fällt das Barometer im Winter vorher stark unter das Monatsmittel, im Sommer wenig, weil die hohe Dampfspannung die Quecksilbersäule hebt. Der Barometerstand äußert seinen Einfluß auf das Wetter mehr im Steigen und Fallen als in seiner Höhe. Herrscht der Polarstrom vor, geht also der Wind von Nord in Nord-Ost über, so steigt das Barometer, im Winter folgt auf Schneetreiben strenge Kälte, im Sommer auf bedeckten Himmel oder Regen Wärme, stets aber klarer Himmel. Bei fallendem Barometer und Nordostwind geht dieser nach Osten herum mit Trübung des Himmels und Niederschlag sowie Tauwetter im Winter bei weiterem Herumgehen nach Süden. Diese Witterungsänderung tritt in unserem Gebiete in der größten Schärfe auf. Bevor dann das Baro-

meter fällt, zeigen sich nur ganz vereinzelt schwache Zirruswolken am blauen Himmel. Sie bewegen sich unmerklich und verschwinden auch wohl wieder. Bald aber bilden sich bei fallendem Barometer gegen Westen hoch am Himmel Zirrusstreifen, in stetig wachsendem Bogen und Formenreichtum den Himmel überspannend. Sie sind die Begleiter des in der Höhe schon eingetretenen Äquatorialstromes bei der Annäherung der barometrischen Depression. Meist verschwinden diese Zirrusstreifen wieder, um nach mehreren Stunden durch eine oft dichte, neue Zirrus- und Zirro-Stratusdecke abgelöst zu werden; darunter erscheinen dunkele Wolken. Diese werden zahlreicher und dichter und bedecken bald als Nimbus den ganzen Himmel. Es fällt Regen, welcher mit dem Näherrücken des Depressionszentrums zunimmt. Danach tritt bei sprunghaftem Steigen des Barometers Wechsel von klarem Himmel mit Regenschauern ein; während am Horizont mächtige Kumulusmassen sich auftürmen, geht der Wind nach Nordwest um, das Barometer steigt stetiger, die Depression ist vorübergezogen. Hier im Osten spielt sich der erste Teil dieses Vorüberganges der Depression unter gleichzeitiger Bildung von Zirrokumulus und Zirrostratus mit verwaschenen Rändern so schnell ab, daß schon in wenigen Stunden nach Beginn der sichtbaren Witterungsänderung heftiger Regen einsetzt (Umschlag zur Regenperiode Mitte Mai 1912). Dagegen lassen hochstehende Zirrokumuli, sogenannte Schäfchenwolken, wenn sie allein vorkommen, bei feststehendem Barometer umgekehrt auf gutes Wetter schließen.

Ohne weiter auf die einzelnen Erscheinungen der Witterungsänderung einzugehen, wie sie für ganz Norddeutschland gültig sind, mag nur erwähnt werden, daß die durchgreifenden Witterungsänderungen insbesondere von der Westseite sich gegen Berlin um 12 bis 24 Stunden verspäten, entsprechend dem Verlauf des Depressionszentrums von West nach Ost, daß hingegen die Wirkungen des im Osten auftretenden barometrischen Maximums sich um noch größere Zeitbeträge verfrühen können.

Wir hatten in der Einleitung eine kurze Charakteristik des Klimas gegeben, wie es dem Westdeutschen bei seinem Übergang auf unser Gebiet sich aufdrängt. Auf der Grundlage der besprochenen klimatischen Witterungsverhältnisse mögen in Kürze noch ihre Einflüsse auf die Flora, die Fauna und den Menschen besprochen werden.

Der Frühlingsanfang, welcher durch die Blüte von Birne und Apfel definiert sein möge, wandert in Deutschland vom Südwesten nach dem Nordosten um je 100 km in etwa 0,9 Tagen; bei gleicher Meereshöhe zeigt jeder Grad Zunahme in der nördlichen Breite eine Verspätung um etwa 2,7 Tage, jeder Grad Zunahme in der östlichen Länge eine solche um 0,5 Tage. Ziehen wir zum Vergleich Gießen heran, welches unter 9° östlicher Länge und $50^1/_2$° nördlicher Breite gelegen ist, so würde sich für das etwa in gleicher Meereshöhe gelegene Kempen mit 18° östlicher Länge und 51° nördlicher Breite eine Verspätung des Frühlingsanfangs um nahezu 8 Tage ergeben. Für Pomerellen im Norden unseres Gebietes mit durchschnittlich 54° nördlicher Breite und gleicher östlicher Länge würden für eine gleiche Höhenlage über dem Meere noch 8 Tage hinzukommen, für Bromberg hingegen etwa 5 Tage, von welchen wegen der geringeren Meereshöhe ein Abzug von 3—4 Tagen zu machen wäre, so daß Bromberg gegen Gießen etwa 9 Tage,

Pomerellen um 10 Tage zurückbliebe. Phänologische Beobachtungen an Pflanzen, welche die Blütezeit einiger Pflanzen der Stadt Posen und ihrer nächsten Umgebung betreffen, hat Prof. Dr. Pfuhl in der Zeitschrift des naturwissenschaftlichen Vereins der Provinz Posen veröffentlicht (1894, 2. Heft). Für Posen unter 17° östlicher Länge und 52½° nördlicher Breite in der Höhenlage 66 m errechnet sich im Frühlingsanfang gegen Gießen eine Differenz von 7—8 Tagen. Für Zeiten nach Frühlingsanfang gleicht sich der Unterschied mehr und mehr aus. Bemerkenswert sind in dem Verzeichnis folgende positive (spätere) Daten im Vergleich mit Gießen:

Alnus glutin. (Erle)	+ 12 Tage	Fragaria vesca (Walderdbeere)	+ 3 Tage
Ulmus effusa (Flatterrüster)	+ 2 „	Lamium alb. (weiße Taubnessel)	+ 6 „
Gagea prat. (Wiesengoldstern)	+ 7 „	Cardamine prat. (Wiesenschaumkraut)	+ 12 „
Anemone ranunc. (gelbe Osterblume)	+ 5 „	Pirus communis. (Birne)	+ 7 „
Caltha palust. (Sumpfdotterblume)	+ 3 „	Prunus spinosa (Schlehdorn)	+ 12 „
Taraxacum off. (gelbe Kuhblume)	+ 17 „	Ribes aur. (goldgelbe Johannisbeere)	+ 12 „
Ribes Grossul. (Stachelbeere)	+ 11 „	Prunus Padus (Ahlkirsche)	+ 10 „
Oxalis Acet. (gem. Sauerklee)	+ 6 „	Pirus Malus (Apfel)	+ 5 „
Betula alba (gem. Birke)	+ 7 „	Cerastium arvense (Ackerhornkraut)	+ 11 „
Ribes rubr. (rote Johannisbeere)	+ 11 „	Geum rivale (Bach-Nelkenwurz)	+ 9 „
Acer plat. (Spitzahorn)	+ 12 „	Aesculus Hipp. (Kastanie)	+ 5 „
Pulsatilla prat. (Wiesen-Kuhschelle)	+ 13 „	Syringa vulg. (Flieder)	+ 6 „
Prunus avium (Süßkirsche)	+ 12 „	Cytisus Lab. (Goldregen)	+ 6 „
Alliaria off. (Lauchhederich)	+ 5 „	Pinus silv. (Kiefer)	+ 8 „
Fraxinus excelsior (Esche)	+ 5 „	Sorbus aucup. (Ebereesche)	+ 1 „
Secale cereale (Winterroggen)	+ 3 „	Mespilus Oxyacantha (Weißdorn)	+ 9 „
Sambucus nigra (Holunder)	+ 6 „	Tilia ulmifolia (Winterlinde)	+ 4 „

Negative (frühere) Daten haben nach demselben Verzeichnis:

Tussilago Farf. (Huflattich)	— 2 Tage	Prunus Cerasus (saure Kirsche)	± 0 Tage
Chrysospl. altern. (Milzkraut)	— 13 „	Prunus domest. (gem. Pflaume)	— 2 „
Glechoma hed. (Gundermann)	— 1 „	Rubus Idaeus (Himbeere)	— 1 „

Für die im Verzeichnis mit positiver Differenz beobachteten Pflanzen stellt sich eine durchschnittliche Verspätung von 7,4 Tagen heraus. Rechnet man die 6 Pflanzen mit negativer Differenz mit ein, so kommt auf die 40 Pflanzen eine durchschnittliche Verspätung von 5,8 Tagen. Huflattich, Milzkraut und Gundermann können wegen der Eigenart ihres Wachstums und der geschützten Lage kaum mit eingerechnet werden; dann stellt sich die Verspätung auf rund 7 Tage, ein Resultat, das mit dem errechneten fast vollkommen sich deckt.

Es scheint, als stimme die Verspätung recht schlecht, was die Ernte anbetrifft. Nach Frühlingsanfang aber holen viele Pflanzen wieder ein, was sie versäumt haben. Das Klima unseres Gebietes ist dem Ackerbau nicht ungünstig. Freilich dörren trockene Ost- und Nord-Ostwinde den Boden im Frühjahr häufig sehr stark aus. Dann mißraten die Futterkräuter und Sommerungen, weniger die Kartoffeln und Rüben, wenn noch rechtzeitig im Sommer Regenperioden einsetzen. Die Ernte von Roggen, Gerste, Hafer und Weizen beginnt infolge Verfrühung der Reife durch ein trockenes, kaltes Frühjahr und schnell einsetzender Hitze meist schon im ersten Drittel oder in der Mitte des Juli und ist Ende August beendet,

oft unter starken Störungen durch eine im Juli einsetzende Regenperiode; nur in dieser Hinsicht dürfte der Spruch der Landleute „Die nassen Jahre bringen Not, die trocknen bringen Brot", Geltung gewinnen.

Daß unter der Kultur mit der Abholzung und der Regulierung der Wasserverhältnisse im letzten Jahrhundert das Klima, insbesondere von Posen, eine nennenswerte, über Zufälligkeiten hinausgehende Änderung erfahren haben sollte, ist kaum nachweisbar; allenfalls hat früher der reichere Wald einzelnen Gebieten mehr Schutz gegen die starken und austrocknenden Winde verliehen; steht doch die Stadt Posen mit 5,6 m/sek mittlerer Windgeschwindigkeit und 12,6% der Sturmlage in Deutschland an erster Stelle da; das ganze Gebiet steht ihm in der mittleren Windgeschwindigkeit nicht viel nach. Aus der in früherer Zeit stellenweise geschützteren Lage erklärt es sich wohl auch, daß der Weinbau eine größere Verbreitung hatte als zu unserer Zeit, wo wir ihn noch in der an Brandenburg und Schlesien grenzenden Westecke der Provinz Posen bei Bomst vorfinden. Ob er in einer großen Zahl der früheren Jahre besser war als der Achtundachtziger, den Trojan im Scherzgedicht als „Ein saures Stück Arbeit" verherrlicht, ist fraglich, und auch Bomst hat seine guten Jahre ebenso wie die Pfalz ihre schlechten. Pfarrer a. D. und Schriftsteller W. Domansky in Danzig hat manche in dieser Beziehung für das Klima von Danzig und Westpreußen charakteristische Aufzeichnungen übermittelt; so schreibt er:

„Im Jahre 1635 weilte in Danzig im Gefolge des Parlamentspräsidenten Grafen d'Avaux, der zu den Stuhmsdorfer Friedensverhandlungen gekommen war, der Legationssekretär Charles Ozier. Der Gesandte und Ozier mit ihm begab sich auch zum Jesuitenkollegium nach Altschottland bei Danzig. In Oziers Tagebuch heißt es: ‚Wir sahen auch den mit unzähligen Fruchtbäumen besetzten Garten, der sich an dem Abhange eines Berges ausbreitet, von wo aus man ganz Danzig übersehen kann; auch hat man von hier aus eine viele Meilen weite Aussicht, die ich wohl nirgends schöner gefunden habe. An einer langen, mit Spalieren versehenen Mauer, die dem warmen Sonnenschein ausgesetzt ist, hat man Weinreben gepflanzt, deren Trauben sich gegen den Anfang des Novembers zu bräunen beginnen. Einige schienen das Aussehen der Muskatellertrauben zu haben, nimmt man sie aber in den Mund, so hat man nur Härlinge und Essig. Es schnitt Einer von uns von diesem Weinspaliere einige Trauben ab, die bei Tische mit Zucker genossen weder den Mund zusammenzogen noch von fadem Geschmacke gefunden wurden' (Löschin, Beiträge zur Geschichte Danzigs und seiner Umgebung)".

Daß der Weinbau in Westpreußen während des 14. und 15. Jahrhunderts in Blüte stand, entnehmen wir einer kulturhistorischen Skizze von Dr. Franz Schultz. Da heißt es: „Die Stadt Kulm verdankt ihre feste Lage nur zu einem Dritteile den steilen Abhängen zum Weichseltale; zu zwei Dritteilen hingegen einem engen Flußtale, welches der deutsche Orden bei seinem Eintreffen unter dem slawischen Namen Borowine (bewaldete Bergschlucht, heute Fribbe) vorfand. Deutscher Unternehmungsgeist nahm es für den Weinbau in Aussicht. In der Tat konnte schwerlich eine geeignetere Stelle hierfür gefunden werden. Man denke sich einen

nach Südost, Süden und Südwesten abfallenden Hügel, das Tal durchzogen von einem perennierenden Gewässer, dessen Nebel sich wie ein schützendes Tuch über die Vegetation legt; gegenüber eine fast noch steilere Anhöhe, welche den bösen Nordwind abwehrt, im Rücken endlich den Bergfried mit der steilen Feste, und zu allem den üppigen cujavischen Boden; mußte hier nicht die Rebe gedeihen, wenn anders sie überhaupt in unserem Lande eine Stätte finden konnte?" Der Verfasser der Skizze zieht aus dem Umfange des Weinbaues, der eine große Zahl von Verordnungen entstehen ließ, und aus der offenbar guten Qualität des Weines — sonst würde wohl der Hochmeister damit nicht seine vornehmsten Gäste beschenkt haben — den Schluß, „daß vormals ein glücklicherer Himmel über unseren jetzt unbeneideten Fluren gelächelt habe." Er schränkt ihn aber ein, indem er zum Schluß schreibt: „Ob nun auch der Erfolg der mühevollen Arbeit ein lohnender gewesen sein mag? und der Ertrag dem darauf verwendeten Fleiße wird entsprochen haben? Vielleicht mögen bei dem wechselvollen Klima unserer Zone der guten Weinjahre weniger genug gewesen sein — — —. Daß es selbst während der besten Zeit in manchen Jahren recht herzlich schlecht um ihn gestanden, dafür statt vieler Beweise nur einen. Es hat nämlich eine müßige Hand dem Deckblatte des Kulmer Gerichtsbuches die harmlose Klage anvertraut, die Kälte sei am Michaelistage (20. September) des Jahres 1392 schon so stark gewesen, daß die Weinernte gänzlich zerstört wurde und der Maulbeerbaum seine Blätter verlor."

Auch bei Posen gab es in Winiary Weinberge; dahinter fehlt jetzt der unmittelbare Schutz von Wald nach Norden und Nordosten. Ob der Wein brauchbar war, davon ist nichts bekannt, sicherlich war der Anbau ebensowenig lohnend wie anderswo in der norddeutschen Tiefebene. Zu unserer Zeit ist man vorsichtiger in der Anlage empfindlicher Kulturen.

Daß schon vor Jahrhunderten unser Klima rauh und wechselnd war, geht aus der folgenden Aufzeichnung hervor.

Von Duisburg schreibt in seinem „Versuch einer historisch-topographischen Beschreibung der freien Stadt Dantzig" 1809 unter „Witterung und Klima": „Die Witterung ist, der scharfen Nordwinde wegen, die vorzüglich herrschend sind, etwas rauh und dabei unbeständig, so daß man sich nicht darauf verlassen kann, daß der heitere, warme Tag, den der Morgen ankündigt, auch noch auf Mittag Statt haben werde, und daß die Hitze, welche in dieser Stunde unerträglich ist, es auch in der folgenden noch seyn werde. Der Frühling ist gewöhnlich kalt und unangenehm, wenngleich seine ersten Tage oft sehr lachend sind. Der Sommer wechselt unter Regen und schwüler Hitze ab. Der Herbst gehört in der Regel zu der angenehmsten Jahreszeit und pflegt auch ziemlich lange, oft bis in den November hinein, vorzuhalten. Der eigentliche Winter tritt mit anhaltendem Froste gewöhnlich um Advent ein und hält bis in die Mitte des Märzes an. Für die körperliche Gesundheit scheint das Klima in Danzig nicht nachtheilig zu seyn, denn man findet hier sehr häufig Personen aus allen Klassen, die in einem Alter zwischen 70 und 80 Jahren noch sehr munter und thätig sind, und es fehlt nicht an Beispielen solcher Personen, die ein viel höheres Alter erreicht haben."

„So wie Duisburg sie beschreibt", sagt Domansky, „sind die Jahreszeiten noch jetzt, der Winter war in meiner Jugend auch noch so, im letzten Jahrzehnt etwa setzte er jedoch meistens erst mit Anfang des Jahres ein."

Eigenartig ist die Auffassung, daß die Güte des Klimas nur nach dem hohen Alter einzelner Personen bemessen wird. Das späte Einsetzen des Winters gab es auch früher in Posen nicht.

Erwähnt seien noch verkürzte Mitteilungen über ungewöhnliche Winter und Nachwinter.

In einer alten Familienchronik Jacob Lubbes findet sich folgende Stelle: „Item so ist geschehen anno 76 (1476) jahr an s. Barbara (4/12) abentt, das es beguntte zu frieren und fror bis zu s. Adrianstag (4/3 1477), das man ersten die eisztapfenn sahe an den schauren, und fror bis auf denn gruenen donnerstag, das war an s. Ambrosius abent, do hette es in der nacht nicht gefroren unde fror bis auf den mittewoche nach s. Ambrosiustag anno 77 jahr und hette gefroren 18 wochen lang. . . . Item so hat es gefroren 8 tage vor s. Jorgenn (23/4) anno 77 jahr, und . . . ist in mannigem jahre nicht so kalt gewesen."

Löschin berichtet in seiner „Geschichte Danzigs" 1822: „Zwei strenge Winter, wo selbst die Wellen der Ostsee erstarrten und zur festen Brücke wurden, auf der man 1423 bis nach Lübeck und 1426 bis nach Dänemark fahren konnte, vernichteten fast alle Pflanzungen des felsenhart gewordenen Bodens."

„Bemerkenswerth sind für die Naturbeschaffenheit dieser Gegenden in jener Zeit auch die so auffallenden Extreme von Kälte und Wärme. Immer noch wird von frühen Weinerndten gesprochen; 1506 trug der Birnbaum zum zweiten Male Frucht (!), 1507 sah man den ganzen Winter hindurch kein Eis. Und doch fror in manchen anderen Wintern selbst die Ostsee bis hinter Hela zu, so daß man 1459 von dem Kirchthurme dieses Ortes nichts als Eis gewahr werden und auch 1496 zu Schlitten hieher fahren konnte."

An verschiedenen Stellen schon hatten wir die Bedeutung des Klimas in unserem Gebiete auch auf seine Bewohner gestreift. Angaben von Bedeutung über den Einfluß des Klimas auf die Tierwelt liegen nicht vor, wenigstens sind sie nicht charakteristisch für unser Gebiet, dessen Fauna bei seiner geringen Ausdehnung und Abgeschlossenheit auf alle Nachbargebiete übergreift und überhaupt wohl wenig durch sein Klima spezifisch beeinflußt wird. Auch ist die Literatur darüber spärlich und erst in der jüngsten Zeit erstanden, wie in „Studien über die Posener Wirbeltierfauna" von Prof. Karl Schulz, Beilage zum Programm der Berger-Oberrealschule in Posen 1912.

Übele Launen hat unser Klima; sie zu erkennen ist für unser Wohlergehn und unsere Gesundheit von der größten Bedeutung. Der Fremde ist erstaunt, vielfach bis in den Sommer hinein den polnischen Landmann im Schafspelz auf dem Wagen bei seiner Fahrt in die Stadt zu erblicken. Mit Bedacht handelt er nach dem ost-westpreußischen Provinzialreim:

„Ein goder Mann von rechter Art
Drächt sienen Pelz bet Himmelfahrt,
Un deiht emm donn de Buck noch weh,
Denn drächt he emm bet Bartholomä,*)
Un fängt emm denn to freere an,
Denn treckt he emm von väre**) an."

Nicht nur der schnelle Wechsel der Temperatur, der trockene, rauhe Ostwind ist den Atmungsorganen gefährlich; der Kranke meide ihn, den Gesunden mahne er zur Vorsicht; und was Domansky vom Kaschubschen Nebel in einem Gedichte sagt:

„Von all' den Wetterarten ist fürwahr
Die wenig schönste, die den Namen führt
Kaschubscher Nebel; undurchdringlich Grau
Bedeckt des unsichtbaren Himmels Rund,
Und ebendieses Grau beherrscht die Luft
Als dichter Nebel, für das Atmen schwer.
Dazu ein kalter Regen, sprühend fein,
Der unablässig auf uns niedertropft
Vom Himmel, Baumwerk, Strauch, wer weiß woher;
Ein feuchter Schleier legt sich vor's Gesicht,
Und es durchfröstelt Einen bis ins Mark —
Das ist's, was man Kaschubschen Nebel nennt, . . ."

das gilt wohl auch vom Nebel in Posen und der weiten Gebiete des von zahlreichen Seen durchsetzten Flachlandes. Aber die Nebel fallen einmal, und heller Sonnenschein gießt sich aus auch über dieses Stück schöner deutscher Erde; und wenn nach lieblichen Märztagen, die schon den Frühling weckten, nochmals rauhe Winde von Osten in das Land wehen oder die Fluren von Schnee bedeckt werden, wie er dem ganzen Gebiete in überreichem Maße in der zweiten Aprilhälfte des Jahres 1903 beschert wurde, so reichlich, daß die belaubten Bäume ächzten und stöhnten und niederbrach, was nicht festgefügt war: das stählt die Kraft der Bewohner und macht sie stark im Kampfe für die deutsche Scholle; und auch ihnen erblüht der Frühling, lacht der Sommer, bringt der Herbst reichlich Frucht und der Winter seine Freuden.

*) 24./8. **) von neuem.

Geologie.

1. Wie der Boden des Landes Posen entstand.

Von Fritz Pfuhl.

Der Boden der Provinz Posen, auf dem sich das Leben der Pflanzen, der Tiere und der Menschen abspielt, ist nicht auf einmal da gewesen, er hat sich allmählich gebildet im Laufe langer Zeiten. Wie die Jahresringe im Baumstamm sich übereinanderlegen, die jüngsten oben, die älteren weiter unten, so haben sich auch die Schichten übereinandergelegt, die die Erdfeste bilden. Von dem Zeitpunkt an, wo die unterste Schicht, die Spuren einstiger Lebewesen einschließt, entstand, teilt die Geologie bis zur Gegenwart diesen für menschliche Begriffe unendlich langen Zeitraum nach der Verschiedenheit der Ablagerungen und Einschlüsse in drei große Abschnitte: Altertum, Mittelalter und die Neuzeit.

Ein glückliches Ungefähr hat es gefügt, daß aus jedem dieser geologischen Zeitalter ursprüngliche Ablagerungen in der Provinz vorhanden sind. Das Altertum der Erde ist vertreten durch Steinsalz und durch Gips. Seit mindestens 200 Jahren wird der Gips von Wapno, im Kreise Wongrowitz, verwertet, zuerst zur Herstellung von Figuren und Heiligenbildern, seit 1835 auch als Düngemittel, denn er enthält Kalk und Schwefelsäure, wichtige Nahrungsstoffe der Pflanzen. Damals wurde der Gips im Tagbau gewonnen, da er dicht unter der Erdoberfläche ansteht (Abb. 1). Jetzt ist unterirdischer Betrieb eingeführt, und während des letzten Betriebsjahres sind 420000 Zentner = 2200 Eisenbahnwagen verschickt worden. Auch kristallisierter Gips, Marienglas, und grauer Gips, er wird Anhydrit genannt, der etwas härter ist, tritt in Wapno auf. Unter dem Gips liegt Steinsalz in mächtiger Schicht, auch Edelsalze sind darin vertreten, die Kali enthalten. Diese Ablagerungen erzählen, daß in jener Zeit des Altertums sich in diesem Teile Mitteleuropas eine weite, von Rußland her bis nach dem Niederrhein sich erstreckende Niederung befand, die ursprünglich vom Weltmeer her mit Salzwasser überflutet war. Das Wasser verdampfte im heißen Klima, und, besonders wohl in einzelnen Niederungen blieb das Salz und der Gips, der auch im Meerwasser aufgelöst war, zurück. Der Wind wehte den Sand der Wüste darüber — auf eine Wüste deutet die rote Farbe, die im Steinsalz öfter auftritt. Nun müßten doch diese Ablagerungen, die dem Altertum der Erde entstammen, tief unten lagern — wie kamen sie der Oberfläche so nahe? Die grauen Anhydritschichten, die dem Gips zwischengelagert sind, erzählen es uns. Als Absonderungen aus dem Wasser mußten sie ursprünglich horizontal liegen, jetzt aber sind sie, wie auch die Salzmassen, steil, streckenweise fast senkrecht gestellt — unterirdische Kräfte haben diese Ablagerungen später nach oben getrieben.

Was das Steinsalz anbetrifft, das durch den, wohl durch Auslaugen der obersten Schichten entstandenen Gipshut bedeckt ist, so ist das einzige Werk, das es bisher fördert, Hohensalza. Hier wurde schon im Jahre 1828 eine 3%ige Salzsole ermittelt, während das Salzlager selbst i. J. 1871 durch eine Bohrung bei 125 m angetroffen wurde. Neuerdings ist bei Schubin, das auch im Regierungsbezirk Bromberg liegt, vom Fiskus ein Bohrloch in die Erde getrieben, das eine Tiefe von 2149,5 m erreicht hat, und auf dessen Sole (i. J. 1910) eine Temperatur von 72° gemessen wurde. Es ist das zweittiefste Bohrloch der Welt. Das tiefste — bei Czuchow in Oberschlesien, zeigt 2239,72 m. Auch hier ist Steinsalz und Kali (Carnallit) in mächtiger Schicht gefunden worden.

Wie die Weltgeschichte der besseren Übersicht wegen ihre großen Epochen in kürzere Abschnitte zerlegt, so macht es auch die Geologie. Sie nennt den Abschnitt, dem jene Salz- und Gipslager angehören, die Permzeit, innerhalb der nun wieder zwischen dem Rotliegenden, dem älteren, und dem Zechstein unterschieden wird. Dem Zechstein entsprechen jene Ablagerungen.

Das geologische Mittelalter ist an verschiedenen Stellen der Provinz vertreten. Auch seine Hinterlassenschaften werden industriell verwertet. Es handelt sich dabei um einen ziemlich weißen Kalkstein, aus Kalk und Kohlensäure bestehend. Zuerst, im Jahre 1871, eröffnete Wapienno im Kreise Schubin den Betrieb, dann folgte 1883 das benachbarte Hansdorf (Abb. 2), endlich Bielawy. Diese beiden Gruben, sie arbeiten im Tagbaubetrieb, hatten während des letzten Betriebsjahres einen Umsatz von fast 4 Mill. Zentner Kalkstein, der zum Teil als Baustein verwertet, zum Teil an Zuckerfabriken und Eisengießereien geliefert wurde; die Hauptmenge wird als gebrannter Stückkalk in den Handel gebracht, der verschiedenen industriellen Betrieben dient. Auch dieses Mineral erscheint dort in Kristallen — in Skalenoedern wie in Rhomboedern. Vielfach sind auch Versteinerungen in diesem Kalkstein gefunden worden; z. B. Meeresschwämme, Lochmuscheln, Ammonshörner, Muscheln, Haifischzähne. Daraus folgt erstens, daß sich das jetzt so harte Gestein als weicher Schlamm auf dem Grunde eines damals hier flutenden Meeres abgelagert, während langer, langer Zeiten, und daß dann später wieder jene geheimnisvollen unterirdischen Kräfte zur Geltung kamen, die den einstigen Meeresgrund zu hochragendem Fels emporwölbten. Dann aber erzählen uns jene Tierreste, die „Leitfossilien", daß diese Bildung in der jüngsten Zeit der Juraperiode, während des Weißen Jura, Malm auch genannt, eintrat; Jurazeit deshalb, weil zu derselben Zeit das Material — gleichfalls als Schlamm auf dem Grunde eines ehemaligen Meeres — entstand, das das heutige Juragebirge bildet. Auch in der eben vorhergehenden Periode, während des Braunen Jura, den man auch Dogger nennt, griff das Meer tief ein in unsere Provinz. Bei Jarotschin z. B. ist die entsprechende Ablagerung bei 200 m Tiefe ermittelt worden, noch tiefer bei Ciszkowo im Kreise Czarnikau. Auch als Geschiebe, d. h. von den Gletschern des Diluviums hierher verschleppt, tritt brauner Jura vielfach in der Provinz auf. Meist sind diese Stücke gespickt mit Versteinerungen, unter denen die Ammoniten den irisierenden Glanz ihrer Schalen in prächtiger Weise bewahrt haben.

Als nächst jüngere geologische Formation folgt auf den Jura die Kreide, die anstehend, über die heutige Oberfläche hervorragend, in der Provinz nicht auftritt. Aber durch mehrere Bohrlöcher ist sie hie und da für den tieferen Untergrund nachgewiesen — also hat auch während der Kreidezeit das Meer dieses Gelände überflutet. Es handelt sich hierbei um die jüngere Kreide — in zeitlichem, nicht stofflichem Sinne, denn zuweilen deuten mergelige Schichten bzw. grünliche Sande ihr Vorhandensein an — wie sie auf Rügen, auf Wollin z. B. ihre Spuren hinterlassen hat.

Mit der Kreide schließt das Mittelalter der Erde ab — alle Haupttypen der Pflanzen und Tiere sind jetzt schon entwickelt. Die Ablagerungen, die sich also über den Trümmern dieser Kreideformation oder älterer Formationen befinden, charakterisieren die Neuzeit; durch ihre Verschiedenheit machen sie es erforderlich, zwei Abschnitte zu unterscheiden: das Tertiär für eine ältere Zeit, und das Quartär: die geologische Gegenwart. Es mögen hier in kurzer Übersicht die hauptsächlichsten geologischen Formationen aufgeführt werden, um die posener Ablagerungen eingliedern zu können. Die in der Provinz als ursprünglich nachgewiesenen Ablagerungen sind durch ! bezeichnet.

- Neuzeit
  - Quartär
    - Alluvium !
    - Diluvium !
  - Tertiär
    - Pliocän !
    - Miocän !
    - Oligocän !
    - Eocän
- Mittelalter
  - Kreide
    - Obere Kreide (Senon) !
    - Untere Kreide
  - Jura
    - Weißer Jura, Malm !
    - Brauner Jura, Dogger !
    - Schwarzer Jura, Lias
  - Trias !
- Altertum
  - Perm
    - Zechstein !
    - Rotliegendes
  - Steinkohlenformation
  - Devon
  - Silur
    - Oberes Silur
    - Unteres Silur
  - Kambrium

Überall in der Provinz sind die beiden Abschnitte, die die Neuzeit charakterisieren, vertreten, ihre Mächtigkeit allerdings ist starkem Wechsel unterworfen. Bei Fraustadt z. B. mußte 77 m tief gebohrt werden, um auf das Tertiär zu stoßen, bei Wronke nur etwa 6 m, und hier in Posen brauchen in der Gegend des Goetheparks nur einige Schippen Erde entfernt zu werden, und das Tertiär liegt zutage. Ebenso wechselnd ist die Mächtigkeit des Tertiärs. Bei Schroda beträgt sie 30 m, bei Hohensalza 142 m, und über dem alten Gebirge von Wapno und Hansdorf liegt überhaupt kein Tertiär, was ja leicht erklärlich ist.

Die Ablagerung, die das Tertiär charakterisiert, ist zunächst als obere Schicht ein sehr fetter Ton, von meist bläulichgrauer Farbe. Überall in der Provinz ist er vertreten und ziemlich mit ihren politischen Grenzen hört er auf, nur nach Osten hin scheint er erheblich weiter zu reichen: Posener Ton wird er genannt. Beimengungen von Eisenoxid bewirken manchmal prächtig rot gefärbte Flammen. Häufig sind darin harte Einschlüsse von verschiedener, zuweilen bedeutender Größe (über 1 m im Durchmesser), die aus kohlensaurem und schwefelsaurem Kalk hauptsächlich bestehen. Man nennt sie Septarien. Auch messingfarbiger Schwefelkies und Gipskristalle, von ziemlicher Größe und besonderer Schönheit, treten in dieser Schicht auf. Seit prähistorischer Zeit wird der posener Ton verwertet, früher zur Herstellung von Gefäßen, heute zur Fabrikation von Ziegeln,

wofür er sich vorzüglich eignet. Wie bedeutend die Industrie ist, die sich auf dem posener Ton entwickelt hat, zeigen zahlreiche Ziegeleien. Allein die Ziegeleien der Firma Perkiewicz beim Eichwald und bei Moschin haben im letzten Betriebsjahre 24 Millionen Stück Ziegelwaren hergestellt. Aber als Baugrund hat sich unser Ton schon manchmal als recht tückisch bewiesen. In trockenem Zustande ist das Material steinhart, wirkt aber Wasser darauf ein, das der Schneeschmelze oder das Regenwasser, so weicht es auf und schwimmt auseinander. So mancher Bahndamm hat das gezeigt.

Hie und da in der Provinz, im Kreise Fraustadt und Schildberg z. B., tritt dieser Ton in einer etwas abweichenden Eigenschaft auf, er ist dort besonders zart und zeigt auch eine etwas andere Färbung, grünlichgrau oder gelblich, manchmal beinahe weiß. Seit alter Zeit wandte man diese Tonsorte zum Walken und Entfetten der Tuche an, jetzt wird sie zum Klären des Honigs, fetter Öle benutzt und wird als Fullererde in den Handel gebracht. Im Kreise Schildberg, nicht weit von der schlesischen Grenze entfernt, zeigt sich im posener Ton eine Bildung, die sonst noch nicht in der Provinz ermittelt ist. Auf der nicht unbedeutenden Höhe einer Hügelgruppe, es ist die höchste Erhebung der Provinz (284 m), tritt ein felsartiger Süßwasserquarzit auf, von stark zerklüftetem Gefüge, ohne sonstige Einschlüsse. Er zieht sich unter der Erdoberfläche, nach SW. wie es scheint, eine Strecke weit hin, und es ist wohl Aussicht vorhanden, daß er industriell verwertet wird.

Versteinerungen konnten im tertiären Ton unserer Provinz noch niemals ermittelt werden. Daß im Gips von Wapno sich solche Reste nicht finden, ist selbstverständlich, da in dem stark salzhaltigen Gewässer Leben nicht existieren konnte. Aber aus der Beschaffenheit des posener Tones muß zweifellos geschlossen werden, daß er sich am Boden eines riesigen Süßwassersees, der die ganze heutige Provinz Posen erfüllte, abgesetzt hat. Pliocän nennt man die Zeit seiner Bildung. Dieser See war, woran nicht zu zweifeln ist, von Tieren und Pflanzen bevölkert, die in vielen, vielen Generationen sich folgten, da die Ablagerung des Tones so mächtig ist; sie kann auf durchschnittlich 50 m angesetzt werden, erreicht jedoch stellenweise auch eine Stärke von 80 m. Wo sind die Reste all dieser Pflanzen und Tiere geblieben? Es ist wohl anzunehmen, daß sie in den anorganischen Bestandteilen zu suchen sind, die der Ton einschließt, im Gips also und im Schwefelkies.

Mit diesem pliocänen Ton sind aber die Ablagerungen, die das Tertiär unserer Provinz gebracht, noch nicht erschöpft. Eine der Mächtigkeit nach viel bedeutendere Schicht läßt der Bohrer darunter auffinden. Sie besteht der großen Hauptmenge nach aus feinen Quarzsanden, die reich an hellem Glimmer sind und auf etwa 140 m Mächtigkeit anzusetzen sind. Sie haben sich wahrscheinlich im Süßwasser abgesetzt, durch das sie auch eine starke Auslaugung erfahren haben. Ihr Liegendes ist hier und da als ein dunkler Ton oder als eigenartiger Sand ermittelt worden — Ablagerungen, die auf eine Meeresbildung deuten und wohl dem Oligocän zuzurechnen sind.

Im oberen Teile dieser Glimmer enthaltenden Sandschicht lagern unermeßliche Massen von Braunkohlen, meist mehrere Flöze, zwei, auch drei Flöze übereinander. Der Aschengehalt dieser Kohlen kann im Durchschnitt auf 8% angenommen werden, der Gehalt an Kohlenstoff auf 50%. Daß diese Massen von Brennstoff im Boden unserer Provinz liegen, ist seit langer Zeit bekannt, und seit langer Zeit ist es das Bestreben der Industrie, diese Schätze zu heben. Mit sehr wenig Erfolg, trotzdem überall, wo nur gebohrt wird, die Auffindung von Braunkohlenflözen mit ziemlicher Sicherheit erwartet werden kann. Außer den leistungsfähigen Gruben bei Rainscht im Kreise Meseritz gibt es nur einige sehr wenige, die kaum in Betracht kommen. Und woran liegt dieser Mißerfolg? Der lockere Sand der Braunkohlenformation ist mit Wasser völlig durchtränkt, unerschöpfliche Wassermengen sind hier aufgespeichert, und diese stehen, was noch ganz besonders die Förderung hindert, unter starkem Drucke, so daß das Wasser oft oben aus dem Bohrloche hervorquillt; dann läuft es ohne Unterbrechung Tag und Nacht, jahraus, jahrein. Und worauf baut man denn bei den immer wieder erneuten Bohrungen die Hoffnung, doch zum Ziel zu gelangen? Es sind das diese geologischen Tatsachen: das oberste Flöz ist meist besonders mächtig und liegt ziemlich dicht unter dem posener Ton, vielleicht sogar in einer Mulde desselben, da seine untere Fläche nicht horizontal, sondern wellenförmig gebildet ist. Der posener Ton läßt aber kein Wasser durchdringen. Auch von untenher könnte das Flöz geschützt sein, da man vielfach als das Liegende der Braunkohlenflöze einen dunkel gefärbten, fetten Ton gefunden hat, der völlig wasserdicht ist. Wäre also das ermittelte Flöz mächtig genug, so würde man die unterste Schicht sorgfältig schonen — sie hält ja das Wasser ab, und der obere Teil des Flözes würde nun sicher abgebaut werden können.

Erfolgreicher ist das Resultat, das die Geologie aus den Braunkohlenflözen zieht. Sie erzählt, daß jenem großen Süßwassersee des posener Tons eine Zeit voranging, in der der Boden der Provinz im allgemeinen sumpfig war; wahrscheinlich von langsam fließenden Gewässern durchzogen. Dichte Wälder, die Bäume und Sträucher verschiedener Arten bargen, bekleideten das feuchte Gelände. Besonders häufig war eine der heutigen verwandte Haselnußart, die für ein außerordentlich weites Gebiet nachgewiesen ist, von der Schweiz bis nach Spitzbergen und bis Nordamerika; dann ist ein Ahorn ermittelt, eine Erle, eine Pflaumenart, zwei Arten Birke, ein Feigenbaum, der ein recht mildes Klima verlangte. Besonders häufig waren Nadelbäume: eine der heutigen Sequoia Nordamerikas, dem Mammutbaume, nah verwandte Art, aber vor allem die Sumpfzypresse, Taxódium dístichum, die heute noch in Nordamerika dichte Waldungen bildet, die Cypress-Swamps, die uns ein Bild geben, wie unsere Heimat zur Miocänzeit aussah — so nennt man nämlich diesen Abschnitt des Tertiärs, der etwa seine zeitliche Mitte repräsentiert.

Man denke nun: jedes der zu mehreren übereinanderliegenden Flöze kennzeichnet das lange Leben eines Waldes, in dem Generationen mächtiger, starker Bäume über- und durcheinander lagern. Zwischen jedem Flöz wieder Massen von Sand-

ablagerungen, die nur ganz allmählich und langsam sich dort haben ansammeln können. Das „allmählich“ geht schon daraus hervor, daß dieser miocäne Sand sich in einem völlig verwitterten Zustande befindet, lange Zeit also, und zwar schichtenweise, mit den zerstörenden Kräften der Atmosphäre in Berührung gewesen ist. Und 140 m ist diese Ablagerung manchmal in ihrer Gesamtheit mächtig — der posener Rathausturm ist wenig über 67 m hoch. Allerdings liegen die Flöze nur in der obersten Schicht. Nun treten, auch wieder ganz allmählich, andere Verhältnisse ein, ein großer Süßwassersee entsteht, auf dessen Boden sich langsam die Stäubchen absetzen, die das Wasser der Flüsse mit sich führt. Etwa 60 m Masse wird dadurch angehäuft. Und die Zeiten, die heute in diesen beiden Schichten sichtbar ausgedrückt werden, gehören doch nur einem Teile des Tertiärs an, das Tertiär nur einem Abschnitt der Neuzeit, und die geologische Neuzeit umfaßt nur einen Teil, und zwar den bei weitem kürzesten des Erdenalters — dessen Beginn das Auftreten der ersten Organismenreste für uns bestimmt. Welche Zeiten! Was ist dagegen das Leben des einzelnen Menschen. — Der Mensch ist ein Tröpfchen im Ozean der Ewigkeit, so kennzeichnet der Philosoph auf Preußens Königsthrone den flüchtigen Augenblick, den das Menschenleben dauert.

Auf diesem posener Ton lagert nun ein ganz fremdartiges Material, das sich auffallend von seinem Untergrunde unterscheidet: Kies und Sand, Mergel, große und kleine Steine. Diese Ablagerungen, die von sehr wechselnder Mächtigkeit sind, 80 m sogar manchmal überschreiten, kennzeichnen das Quartär. Woher ist dieses fremde Gestein gekommen, das über einen großen Teil des nördlichen Europas, bis weit nach Mitteldeutschland hinein, verbreitet ist, wie ist es zu uns gelangt, und wie erklärt sich seine Sonderung in Schichten von Kies, von Sand, von Mergel und Lehm?

Eine frühere Geologie, reicher an Phantasie als an Kritik, ließ die Erde sich öffnen und ließ Vulkane aus der Tiefe das Material herausschleudern. Noch starrt das Land von fremden Zentnermassen, wer gibt Erklärung solcher Schleudermacht? sagt Goethe im Faust. Bald erkannte man, daß das Gestein aus Skandinavien stammt, und nach Skandinavien wurden diese Phantasievulkane verlegt. Auch eine große Flut nahm man zu Hilfe, die Eisschollen, mit Felsentrümmern beladen, nach Süden trieb, wo sie schmolzen und ihr kostbares Gut fallen ließen, auf den Boden eines Meeres, zum Spiel der Wellen. Aber dieser Schutt, den wir jetzt Kies nennen, ist nicht abgerollt, wie die Steine an der Meeresküste das zeigen, sondern meist sind die Stücke kantig, von ebenen Flächen begrenzt. Auch diese Theorie versagte also. Diluvium nannte man jene große Phantasieflut und Diluvium wird heute noch von der Geologie die Zeit genannt, in der jene Ablagerungen entstanden. Also auch diese Theorie mußte aufgegeben werden, nachdem sie gerade ein Jahrhundert lang gelebt hatte.

Welche Kraft schuf nun aber diesen geologischen Wandel? In ihren Wirkungen zeigt sie sich dem Blicke: die kantig abgeschliffenen Kiesstücke, auf großen und kleinen Steinen gleichlaufende Schrammen — die Steine mußten also festgehalten und mußten dann in gleicher Richtung mit starkem Drucke auf rauher Unterlage

fortgeschoben worden sein. Besonders auf dem anstehenden Gestein machen sich solche „Schliffe" bemerkbar, wie z. B. die auf dem Kalkfelsen von Bielawy liegenden Trümmer es zeigen (Abb. 3). Von der Mächtigkeit dieser Kraft zeugen heute noch die starken Aufquetschungen des posener Tons (Abb. 4). Wo aber findet man auf Erden eine Kraft, die solche Wirkungen hervorzubringen imstande ist? Etwas vom Schauen des Dichters muß auch der Forscher haben, sagte Helmholtz, der berühmte Physiker des vorigen Jahrhunderts — und der Dichter offenbart es uns:

Schon war einst ein Winter, der endlos währte,
den lauere Lüfte niemals durchlenzten.
Wie von ewigem Eise die Alpen jetzt starren,
so lagen die Länder mit Gletschern belastet,
denn die Sonne war siech in vergangenen Sommern.

Der schwedische Geologe Torell schloß 1875 aus Erscheinungen an dem östlich von Berlin bei Rüdersdorf gelegenen Muschelkalkgebirge (Trias), daß ganz Nordeuropa bis tief nach Deutschland hinein einst vergletschert gewesen sein muß. So löste die Lehre von der Tätigkeit des Inlandeises, wie es jetzt noch in Grönland beobachtet werden kann, die Diluvialtheorie ab. Eine in sich geschlossene Eismasse, vollständig zusammenhängend, so daß alles Gelände völlig bedeckt wurde, rückte von Skandinaviens Gebirgen, dem Vergletscherungszentrum, allmählich vor. Alles Lebende ging zugrunde, nicht die winzigste Pflanze, nicht das bescheidenste Moos, die genügsamste Flechte hielt stand. Von Norden im allgemeinen also kamen die Gletscher und bewegten sich langsam fort, viel langsamer wahrscheinlich, als heute ihre Bewegung in den Gebirgen ist, wo der Untergrund doch ein starkes Gefälle besitzt. Ihre Fortbewegung geschah dadurch, daß im Norden ein starker Überdruck durch Anhäufung von gefrorenen Niederschlägen vorhanden war, das Eis also, das plastisch, nicht starr, gedacht werden muß, nach den Stellen des geringsten Druckes auswich, nämlich dorthin, wo es schmolz, im allgemeinen also in südlichen Gegenden. Die Eismasse muß ferner als ziemlich hoch angenommen werden, eine Höhe von mehreren hundert Metern muß ihr zugestanden werden, wenn sie den weiten Weg bis Mitteldeutschland zurücklegen sollte.

Aber wie beförderte das Eis diese Unmengen von Gestein, das jetzt über das ganze weite Gebiet, das der Herrschaft der Gletscher einst untertan war, ausgebreitet liegt? Zunächst ist es selbstverständlich, daß die Oberfläche des Inlandeises keine Trümmer transportierte, wie das die Alpengletscher tun können. Es ist auch nicht anzunehmen, daß eine starke Schicht der mitgeführten Stoffe als Grundmoräne, d. h. unter der Eismasse fortgeschoben wurde, wenn auch zwischen Untergrund und Eisfläche eine schlüpfrige Schicht von feingeriebenem Gestein sich befunden hat, auf der die Gletschermasse wie auf einer geölten Bahn leicht dahinglitt. Es geht das aus manchen der mitgewanderten Geschiebe hervor. Zahlreich z. B. sind in unsere Provinz von der Ostseeküste her Bernsteinstücke gekommen. So befindet sich im Kaiser Friedrich-Museum ein Bernsteinstück von 190 g Schwere, das bei Winiary gefunden ist, ein anderes von 200 g, das ein

See bei Mogilno ausgeworfen. Auf der weiten Reise wäre sicher dieser spröde Stoff, wenn er unter dem Gletscher hätte wandern sollen, völlig zerrieben worden; so auch die weichen Kreidestücke, die vereinzelt in den Ablagerungen gefunden werden. Es bleibt also nichts anderes übrig, als anzunehmen, daß der allergrößte Teil des mitgeschleppten Materials, das Geschiebe, im Innern des Eises gewandert ist, umgeben vom Eise, als Innenmoräne. Auch bei den heutigen grönländischen Gletschern sind die untersten Schichten, bis etwa zu einer Höhe von 30 m von der Sohle gemessen, ganz erfüllt mit allerlei erdigen Bestandteilen, Sand, Kies, starken Felsblöcken; alles das liegt durcheinander, dicht gedrängt, so daß das Eis völlig undurchsichtig ist. Natürlich kamen ab und zu auch Gesteine für eine Strecke an die Basis des Gletschers. Hier wurden sie durch andere Gesteine, über die der Gletscher hinwegglitt, geritzt und geschliffen, oder sie selbst wirkten in der Weise auf den Untergrund ein.

Solange der Gletscher lebenskräftig war, hielt er das Material, das er sich auf dem weiten Wege einverleibt hatte, im allgemeinen fest. Aber nun schmolz das Eis; schon durch den Druck, den die hochgetürmte Gletschermasse ausübte, schmolz es in seinen unteren Schichten, und Wasser sickerte am Grunde des Gletscherrandes hervor. Dieses Wasser war stark getrübt von zarten tonigen Teilchen. Die lagerten sich im Vorgelände des Gletschers ab und halfen dabei das Material zu bilden, das Geschiebemergel genannt wird; Mergel, denn es ist reich an Kalk. Da nun je nach der Jahreszeit mal mehr, mal weniger Tonteilchen zur Ablagerung gelangten, so entstanden Schichten. So spricht man denn, nach dem Aussehen des Profils, von Bändertonen. Rückte nun der Gletscher allmählich nach, so preßte er seine früheren Ablagerungen empor, wie das z. B. in der Tongrube von Strese bei Bentschen zu beobachten ist. Die ziemlich gradlinigen Konturen dieser Zickzacklinien lassen schließen, daß dieser Bänderton damals starr, d. h. gefroren war.

Als dann ein neuer Frühling in das Land zog, und der Gletscher Ernst machte mit dem Schmelzen, entwickelten sich stark strömende Gewässer, die — je nachdem dieser oder jener Teil des Gletschers besonders stark abtaute — in verschiedener Richtung den Sand übereinander schichteten. An dieser „Kreuzschichtung", wie man sie in so vielen Kies- und Sandgruben beobachten kann, erkennt man sofort die Glazialbildung. In ruhigerem Wasser lagerten sich diese Sande, oft mit mergeligen Teilen durchsetzt, mehr oder weniger horizontal ab. Die schwereren Massen, der Kies und die großen Gesteinsblöcke sanken aus dem morschgewordenen Eise abwärts, und man findet sie auf oder in dem Geschiebemergel abgelagert.

Diese Kiesschicht, die in der Provinz vielerorts sehr kräftig entwickelt ist und die häufig industriell verwertet wird, gibt also mit Sicherheit an, daß an dieser Stelle die Existenz des Gletschers vernichtet war. Und wie lohnend ist der Besuch solcher Kiesgrube — ein wirklich geologisches und paläontologisches Museum. Abgesehen davon, daß die Ablagerungen und die Schichten sich hier oft so deutlich in ihrer gegenseitigen Lage dem Blicke zeigen, beherbergt der Kies inter-

essante Gesteine in Menge und unzählige Versteinerungen, die die Gletscher auf dem weiten Wege aufgelesen und mitgebracht — vom uralten kambrischen Kalkstein, der die winzigen Olenus-Urkrebse einschließt, bis zu dem mit Versteinerungen gespickten „Stettiner Kuchen", der dem jüngstverflossenen Tertiär entstammt. Besonders zahlreich sind die Versteinerungen aus dem Silur und aus der Kreide, was seinen guten geologischen Grund hat. Wo jetzt nämlich Skandinavien sich befindet, flutete damals in der Silurzeit ein Meer, in dessen flacher Uferzone, bei dem damaligen sehr milden Klima, unzählige Tiere der verschiedensten systematischen Gruppen wimmelten: Korallen, Seelilien, Lochmuscheln, Muscheln, Schnecken, Gradhörner, Urkrebse, auch schon Fische. Die zartgebauten Pflanzen des Meeres haben keine sicheren Anzeichen hinterlassen. In hartem, hellgrauen Kalkstein sind jene Versteinerungen eingeschlossen; und diese silurischen Kalksteine sind es, die als „Lesekalk" seit alter Zeit in der Provinz zu Mörtel gebrannt wurden, wozu sie auch vorzüglich geeignet sind. Nicht selten findet man noch die Reste jener alten Brennöfen mit eigenartig glasierten Schlacken. Ein Mißgriff aber war es, wenn die Kalksteine später zum Chausseebau benutzt wurden, denn hierzu sind sie nicht hart genug — dafür liegt ja seit langer Zeit der Granit bereit in der Provinz.

Aus dem Ostseegebiete, dem Baltikum, haben die Gletscher von der dort anstehenden oberen Kreide massenhaft Gesteine und Versteinerungen mitgebracht, meist der Senonzeit entstammend. In Milliarden von Stücken ist der Feuerstein vorhanden, der in den abenteuerlichsten Gestaltungen auftritt, aus denen das Volk allerlei Versteinerungen herauserkennt: Menschenschädel und Menschenfüße, Vögel und Eidechsen, Mäuse und Seehunde. Dann sind die Belemniten zu nennen, Kalkgebilde von Zigarrengestalt, Reste ehemaliger Tintenfische, beim Volke als Donnerkeile und Teufelsfinger bekannt, häufig sind auch versteinerte Seeigel und Meeresschwämme, ferner Lochmuscheln, Muscheln und Schnecken, Haifischzähne, und vereinzelt auch Ammoniten und Korallen. Aber Gradhörner und Urkrebse sucht man vergebens in der Kreide — die waren damals schon ausgestorben.

Als eigentümliche Erscheinung im Kiese unserer Provinz machen sich milchweiße, hie und da auch schwarze Quarze bemerkbar, deren einstige Heimat im Süden sein muß, da sie, je weiter nach Süden, um so häufiger werden. Im Kreise Meseritz und im Kreise Schrimm sind sie schon ermittelt, ob sie auch bei Posen vorkommen, konnte noch nicht mit Sicherheit festgestellt werden. Sie stammen aus Schlesien und sind vor Beginn der Eiszeit — in präglazialer Zeit — über den tertiären Ton abgelagert und dann von den Gletschern wieder nach Süden zurückbefördert worden. Sie werden wohl durch ehemalige Flüsse als Geröll oder im Winter in Eisschollen eingefroren von Schlesien her — die Niveaudifferenzen waren damals jedenfalls bedeutender — in die Provinz gebracht worden sein.

Also zwei Schichten: Geschiebemergel und Diluvialsand mit oder ohne Kies charakterisieren das einstige Vorhandensein der mächtigen Gletscher. Nun findet man aber an vielen Stellen der Provinz, daß diese Ablagerungen sich wiederholen, daß also darüber nochmals Geschiebemergel, der größere oder kleinere Steine

einschließt, über diesem nochmals kreuzgeschichteter Sand liegt. So unterscheidet man zwischen einem unteren und einem oberen Geschiebemergel, dem unteren und dem oberen Diluvialsand. Man schließt aus diesen Lagerungen auf zwei Eiszeiten, auf eine letzte Eiszeit die unsere Provinz betraf, während man die erstere die große Eiszeit nennt, da sie die bei weitem meiste Menge Material abgelagert hat, woraus man auch auf eine längere Dauer schließt. Ein breiter Geländestreifen im Süden der Provinz wurde von der letzten Eiszeit jedoch nicht mehr betroffen.

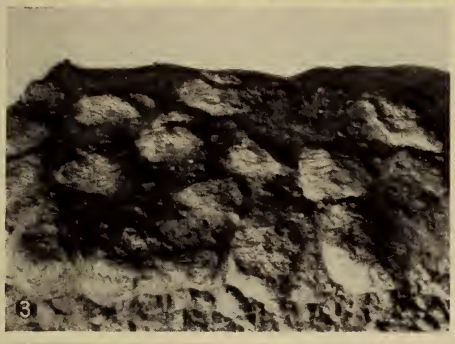
Dieser Lagerung der Schichten verdanken wir übrigens den großen Vorrat von Grundwasser, der überall als ausgedehnter unterirdischer See in der Provinz vertreten ist. Der obere Geschiebemergel, der meist zu Lehm verwittert ist, und die Sandschichten werden nämlich vom Regen- und Schneewasser leicht durchsickert, wobei das Wasser alle Unreinlichkeiten, auch etwaige Krankheitsbakterien vollständig verliert. Oberhalb des unteren Geschiebemergels, der völlig undurchlässig ist, sammelt es sich an und tritt gelegentlich als klares „Quellwasser" hervor, das zur Wasserversorgung der Ortschaften mit besonderer Vorliebe benutzt wird. Der Eisengehalt der Diluvialablagerungen macht sich allerdings manchmal störend fühlbar und verlangt eine besondere technische Behandlung; auch ist das Wasser meist reich an Kalk, der sich am Boden des Wasserkessels in der Küche als Kesselstein lästig bemerkbar macht.

Wie lang mag nun wohl die Zeit zwischen der großen und der letzten Eiszeit, das Interglazial, gewesen sein? Da ist denn zunächst zu erwähnen, daß manche Geologen eine Zwischeneiszeit überhaupt leugnen und die Verschiedenheit der Ablagerungen durch ein Fluktuieren des Gletscherrandes zu erklären suchen. Für unsere Provinz liegen jedoch zweierlei zwingende Beweise dafür vor, daß der Zeitabschnitt vom Ende der einen bis zum Anfang der andern Vergletscherung ein langer, nach menschlichen Maßen ein sehr langer gewesen ist. Vor etwa drei Jahren fand der Königl. Geologe Herr Dr. Behr in der Kiesgrube von Zalesie, im Kreise Jarotschin, 4 m unter den Ablagerungen der letzten Eiszeit, ein sogenanntes Steinpflaster von ziemlicher Ausdehnung: zahlreiche, in einer Horizontalebene, also auf der ehemaligen Erdoberfläche liegende Steine. Diese Steine zeigten nun auf ihrer oberen — einst also freiliegenden Seite — Windschliffe, d. h. gekrümmte Flächen, gekrümmte Kanten, sehr glatte Oberfläche. Demnach hatten diese Steine, die die ersten Gletscher dort abgelagert, lange Zeit frei gelegen, so lange, daß der scharfe, vom Winde herangeblasene Sand allmählich diese harten Steine in der Art umformen konnte.

Ein weiterer Beweis, der für eine lange Dauer des Interglazials spricht, bietet sich dicht vor den Toren Posens. In der Nähe des Schillings, westlich der Chaussee nach Naramowice, liegt eine Kiesgrube; es ist die geologisch interessanteste von allen Kiesgruben der Provinz. Etwa 15 m mächtig sind die Ablagerungen, die die letzten Gletscher herangeschleppt haben. Ganz unten in dieser Schicht sind mehrfach die Knochen großer Säugetiere (Mammut, Rhinozeros, Elch, Bär, Pferd, Riesenhirsch, Renntier usw.) gefunden worden, auch „interglaziale" Schnecken und Muscheln sind häufig. Von der Gattung Elefas, zu der das Mammut gehört, lebten damals zwei Arten in dieser Gegend, die sich leicht z. B. durch die Ge-

staltung ihrer Backenzähne unterscheiden lassen; von der Gattung Rhinoceros (Abb. 5) nur eine Art, die zwei Hörner auf dem Schädel trug. Sie wird das „mauernasige" genannt wegen der außerordentlich starken Nasenscheidewand, die die Last des vorderen, erheblich kräftigeren Hornes abfangen mußte. Die Körnelungen auf dem Schädel deuten auf die Befestigung der Hörner.

Im Mai 1910 wurde auf der Sohle dieser Kiesgrube, also unmittelbar unter der die Konchylien einschließenden Schicht, zu wissenschaftlichen Zwecken weiter gegraben. Da fand man, von horizontal geschichteten Sanden, die sich also in einem Wasserbecken abgelagert, überdeckt, eine dunkelbraune Masse — interglazialen Torf; der erste derartige Fund in der Provinz. Die weitere Untersuchung ergab nun folgendes. Es war damals, ehe die Gletscher der letzten Vereisung kamen, ehe sie ihre Sande, Kiesel, Mergel über das Gelände ausbreiteten, an dieser Stelle ein See. Dieser See bestand so lange Zeit, daß er alt und siech werden konnte, d. h. daß er verlandete und vertorfte. Als See mit freier Oberfläche hielt er sich wohl Hunderte von Jahren, so daß aus den Leichen der winzigen im Wasser schwebenden Tiere, aus dem Plankton, eine starke Schicht von Faulschlamm, deren volle Mächtigkeit noch nicht ermittelt ist, sich anhäufen konnte. Dieser Faulschlamm ist so reich an Tier- und Pflanzenresten, daß er schwelt, wenn er entzündet wird, daß er verkohlt und dabei brennbare Gase und ölartige Stoffe entwickelt. So wurde das Wasserbecken, in dem auch Fische, der Barsch z. B., lebten, allmählich angefüllt; feine tonige und sandige Teile, die Regen- und Schneeschmelzwasser aus dem umliegenden Gelände hinzuspülten, gesellten sich dazu. Jetzt war der Boden hinreichend aufgeschüttet, und nun konnten sich an dieser Stelle, wie ursprünglich schon in der Uferzone, Muscheln und Schnecken ansiedeln, z. B. die Entenmuschel, die Tellerschnecke, Schlammschnecke, Bithýnia tentaculáta, Valváta piscinális und andere Konchylien des Interglazials. Die Reste wurden allmählich eingehüllt und bedeckt von tonig-sandigen Sinkstoffen, die nicht annähernd mehr so viel Plankton enthalten, schon aus dem Grunde nicht, weil das Wasser nun flacher geworden war. Jetzt begann das Absterben des Sees. Schwimmende Pflanzen traten zuerst auf, die Krebsschere, — so wie heute —, dann stellten sich breitblättrige Gräser und Rietgräser ein, an denen metallisch schimmernde Schilfkäfer saßen — wie heute, so damals in der Interglazialzeit. Nach den vorliegenden Beobachtungen ging die Verlandung vom Ostufer des Sees aus, das wäre dann die Windschattenseite — was auf Vorherrschen des Ostwindes schließen ließe. Vielleicht siedelten sich auch schon auf dem austrocknenden Niedermoore einige Holzpflanzen an, der kleine Strauch der Moosbeere, vielleicht auch Bäume. Jedenfalls war der See von Wald umgeben, in dem die Hainbuche wuchs, auch wohl die Erle, reichlich die Kiefer, vielleicht die Espe. Der Wald hielt stand bis zur Ankunft der neuen Gletscher, denn Blütenstaub der Kiefer ist in der obersten Schicht des Torfes ermittelt worden. Sämtliche bisher im interglazialen Torfe aufgefundenen Organismen, vielleicht mit Ausnahme einiger weniger Diatomeen, sind auch heute noch in unserer Provinz vorhanden, woraus zu schließen ist, daß zu jener Interglazialzeit das Klima nicht bedeutend vom heutigen abwich.



1. Gipsbruch, Wapno.
2. Kalksteinbruch, Hansdorf.
3. Gletscherschliff, Bielawy.
4. Posener Ton, Posen.
5. Nashornschädel, Posen.
6. Polnische Schweiz, Zerkow.
7. Feuersteinwerkzeuge, Posen.
8. Hedwigstein, Goluchow.

Ein Fund, der im interglazialen Torf gemacht ist, verdient ganz besonders hervorgehoben zu werden: Holzkohle, von einem Nadelbaum herrührend, zwar nur ein paar kleine Stückchen. Wie ist das zu erklären? Wie ist das Kieferholz in Brand geraten? Hat der Blitz die Kiefer getroffen? Dann wären es wohl größere Kohlenstücke gewesen, die vom Wasser auf den Torf geschwemmt wurden — oder hat der Mensch schon am Ufer des Sees gewohnt? Hat er mit Absicht den harzreichen Baum den Laubbäumen vorgezogen? Gab es also damals schon Menschen in der jetzigen Provinz Posen? Ja, und den Beweis dafür bringt auch die Riesgrube am Schilling. Dort fand nämlich Dr. Maas 1896 im „Interglazial" die drei Feuersteine, die die Abb. 7 darstellt. Knochenreste des Menschen jener Zeit sind allerdings in der Provinz bisher noch nicht ermittelt worden.

Auch diese Gletscher der letzten Vereisung wichen nun einem milderen Klima und verließen allmählich das Gelände der Provinz — widerwillig: sie kämpften zähe um ihre Existenz; und die Spuren dieses Kampfes sind heute noch vielerorts zu bemerken. Denn, zogen sich die Gletscher in gleichem Tempo zurück, so mußten sie gleichmäßig abtauen und mußten das mitgeschleppte Material gleichmäßig auf ihrem Wege ausstreuen. So mußte sich ein ebenes Gelände entwickeln, das nur hier und da vielleicht sanfte Anschwellungen des Bodens zeigt. Ausgedehnte Gegenden der Provinz bieten dieses Bild auf weite Strecken. „Pole", d. i. das flache, ebene Feld, ist doch auch das Stammwort für Polen. Wenn aber das Klima wechselte, d. h. wieder kühler bez. feuchter wurde, so hörte das Zurückweichen auf, Abtauen und Nachschub hielten sich das Gleichgewicht, die Eiskante blieb stationär und häufte den Gletscherschutt auf einem in der Hauptsache von Osten nach Westen verlaufenden Streifen auf: es entstanden die Endmoränen, die eigentlich Hügelketten bilden sollten. Wenn aber durch die Menge der späteren Schmelzwasser das leichtere Material herausgespült wurde, blieben nur mächtige Steinhaufen zurück.

Noch in anderer Hinsicht mußten die Endmoränen das Gelände beeinflussen. Heute noch leidet die Landwirtschaft unter den Sandmassen, die an diesen Stellen zusammengehäuft und weitergeflutet wurden. Auch die Entstehung von Seen, von Stauseen im Hinterlande, von Rinnenseen im Vorlande, von Durchbruchsrinnen ungefähr in der Richtung der Gletscherbewegung wurde durch die Endmoränen verursacht.

Auch in den erratischen Blöcken haben sich die Gletscher an vielen Orten der Provinz Denkmäler errichtet. Der mächtigste dieser Steinriesen liegt im Kreise Pleschen nicht weit von Goluchow (Abb. 8). 22 m Umfang zeigt der Stein und an 5 m ist er hoch. Hedwigsstein wird er genannt, denn das Bild der heiligen Hedwig schmückt und schützt ihn vor weiterer Drangsalierung; an acht Stellen nämlich zeigt er die Spuren von Sprenglöchern. Das Material ist, wie bei fast allen großen Steinblöcken unsrer Provinz, roter skandinavischer Granit. Ähnlicher Gestalt, doch etwas geringeren Maßes ist der Ofeliastein bei Morgonin; ganz anders aber, von glatter Gestalt, erscheint der St. Adalbertstein, der auf weitem Wiesenplan bei Mietschisko im Kreise Wongrowitz liegt. Sorglich hat um ihn die fromme Sage

ihre schützenden Ranken geschlungen, denn im Jahre 996 verkündigte von diesem Stein herunter der heilige Adalbert den herbeigeströmten Scharen der Bekehrten das Evangelium. Zum Gedächtnis daran erbaute man auf dem benachbarten Hügel eine Kapelle, erst aus Holz, später aus Stein, die sich an jedem Adalberttage, am 24. April, zu frommer Andacht öffnet. Und durch Eintragung in die Grundakten auf dem damaligen Kreisgericht zu Wongrowitz ist dieser Stein i. J. 1840 geschützt worden — für ewige Zeiten, wie es in der Urkunde heißt. Auch die Pflanzen, denen die erratischen Blöcke unserer Provinz Heimat sind, Moose und Flechten, ziehen unsere Aufmerksamkeit auf sich, da manche von ihnen, wie das Moos Drýptodon hartmánni, für diesen Standort charakteristisch sind.

Die mächtigen Wallberge, auch Schwedenberge genannt, auch Osar mit einem skandinavischen Worte, die in ziemlicher Anzahl als lange schmale Hügel die Provinz durchziehen, führen ihre Entstehung auf die Zeit zurück, wo die Gletscher das Land verließen. Sie lehnen sich gern an die Endmoränen an. Zumeist bestehen sie aus Kies, schließen aber auch Mergel und Sande in Kreuzschichtung ein. Im allgemeinen nimmt man an, daß sie sich in einer Spalte des alternden, schon morschen, nach Norden zurückweichenden Gletschers gebildet haben, von einem subglazialen, d. h. im Gletscher fließenden, Wasserstrom abgelagert, oder auch durch den Druck der Eismasse in die Höhe gepreßt. Der schönst entwickelte Wallberg der Provinz ist jedenfalls der im Kreise Wreschen — Schiefe Berge nennt ihn die Bevölkerung. Streckenweise wie ein prähistorischer Eisenbahndamm zieht er schnurgerade durch die Ebene, hier und da von den sogenannten Osgräben begleitet — hier fehlt das aufgeschüttete Material. Tiefe Löcher auf dem Rücken nennt man Osgruben, infolge eines herabgestürzten Eisstückes wohl von der Aufschüttung nicht betroffen. Vielleicht haben sich auch die vielen kreisrunden Wasserlöcher auf den Hochebenen der Provinz, die Sölle, unter dem Eise gebildet; ausgestrudelt durch herabstürzende Gletscherbäche. Ferner werden die Drumlins, das sind Scharen länglichrunder, etwa in der Richtung der Eisbewegung liegender Hügel, durch subglaziale Entstehung erklärt. Zumeist bildet Mergel ihren Inhalt. Das gesegnetste Drumlingebiet der Provinz befindet sich im Kreise Schmiegel, dort, wo auch noch Spuren einer Endmoräne vorhanden sind. Die Holzkirche von Bucz steht am Ende eines Drums, auf einem andern thront fast 30 m über der Fläche eines Sees die Kirche von Harbelyn — ein stimmungsvolles Bild.

So also schwanden langsam, allmählich und widerstrebend die Gletscher zum zweiten Male aus unserer Provinz; nur noch im fernen Nordosten, jenseits der Weichsel, machten sie sich durch lange Wolkenstreifen bemerkbar — die geologische Epoche der Eiszeit war damit für unsere Heimat beendet. Ob für immer? Hat damit ein neues Interglazial begonnen? Werden die Gletscher wiederkehren, um unserer Heimat einst eine dritte Eiszeit zu bringen? Aber wir lassen die Gletscher nicht von dannen ziehen, ohne ihnen Dank zu sagen, daß sie hier gelebt und gewirkt, Dank ihnen für den Schutt, den sie hier ausgebreitet, für die Trümmer von zerriebenem Granit, Gneis- und Kalkgestein, mit denen sie den unfruchtbaren blaugrauen Ton des Tertiärs überlagert haben. Denn dadurch erst hat unsere

Heimat den Boden erhalten, der die wogenden Getreidefelder trägt, der des Waldes ragende Bäume ernährt und der Wiesen üppiges Grün hervorbringt. Auch die Schönheit der Gegend, die Anmut des Geländes — des Wanderers Ziel, des Naturfreundes Sehnsucht und Entzücken — verdanken wir den Gletschern. Eine posener oder polnische „Schweiz" (Gegend bei Zlokor, Abb. 6) hätten wir in der Provinz ohne die Eiszeit nicht, und auf die große Schar der Seen, die das Gelände zieren, müßten wir verzichten.

Nimmer aber ruht die Natur. Aus der diluvialen Erbschaft schuf sie und schafft sie noch immer bis auf den heutigen Tag neues. „Schwemmland" nennt die Geologie nicht gerade sehr bezeichnend die Gebilde, die neu entstehen, und Alluvium die Zeit, in der das geschieht, auch Postglazial — die Zeit des geologischen Augenblicks. Und um was für diluviale Erbschaften handelt es sich? Wasser und Sand, Eisen und Kalk sind die Stoffe, aus denen nun die Kräfte der Natur neue Bildungen schaffen.

Die mächtigen Wassermengen, die die tauenden Gletscher entfesselten, wurden an der Eiskante entlang abgeleitet, im allgemeinen nach NW, nach der Nordsee, denn die Ostsee wurde erst sehr spät frei vom Eise. So entstanden die Urströme, breite Talniederungen heutzutage, von denen sich drei in der Provinz unterscheiden lassen. Der südlichste, der zuerst in Tätigkeit trat, wird Glogau-Baruther Urstrom genannt, die Bartsch hat sich jetzt auf weite Strecken seine Niederung gewählt um ihre winzigen Wasser nach Westen zu befördern. Als das Eis nun weiter zurückgewichen war, wurde die Anlage eines neues Abflußlaufes nötig — man nennt seine Reste Warschau-Berliner Urstromtal. Ein Teil der heutigen Weichsel und der Warthe hat das Flußbett in diese Rinne verlegt, bis Moschin, im Kreise Schrimm; weiter westlich kennzeichnet der viel geschlungene Wasserfaden der Oder im breiten Oderbruch diesen einstigen Urstrom. Der für unsere Provinz nördlichste Urstrom wird der Thorn-Eberswalder genannt, der im Nordwesten der Provinz einen mächtigen See zwischen der heutigen Netze und Warthe bildete. Die Haupt- und Residenzstadt Posen war also bei der ursprünglichen Anlage des Flußsystems unberücksichtigt geblieben. Allerdings zog schon zur Zeit des Warschau-Berliner Urstroms eine Abflußrinne — wohl eine uralte Senke — von den nördlichen Gletschern her bei Posen vorbei, die das Wasser nach Süden hinleitete und es in der Gegend des heutigen Moschin dem Urstrom einverleibte. Da wurde nun verständigerweise an dieser Stelle dem Urstrom der Weg nach Westen verlegt — er war gezwungen nach Norden auszuweichen, benutzte die schon vorhandene Rinne — und seitdem liegt Posen an der Warthe; an dem Teil der Warthe, der das südliche Urstromtal mit dem nördlichen verbindet.

Ruckweise fiel das Wasser der Urströme; an den sog. Terrassen macht sich das bemerkbar; so läßt die Warthe bei Posen drei solcher Stufen am Uferabhange erkennen. Schließlich sanken dann die mächtigen Wasserfluten auf die schwachen Rinnsale herab, als die sie sich heute zeigen.

Der Sandmassen, die sich in den ehemaligen Flußbetten, manchmal mehrere Kilometer breit, abgelagert, nahm sich nun der Wind liebreich an. Er bildete daraus

Hügel, die man Dünen nennt, die auf der Windseite, der Westwind ist in der Provinz der herrschende, allmählich aufsteigen, auf der ruhigen, der Leeseite, steil abfallen. Der einstige mächtige See im Norden, zwischen Warthe und Netze, hat die Veranlassung zur Entwicklung des ausgedehntesten Dünengebietes gegeben, das Deutschland aufzuweisen hat. Und das Merkwürdige: diese ausgedehnten Dünen weisen hinsichtlich ihrer Anlage auf die Wirkung des Ostwindes hin, es sind nämlich Bogendünen, deren Bogen nach Westen hin offen ist, an ihrer weiteren Ausgestaltung aber hat hauptsächlich der Westwind gearbeitet, denn der steile Abfall ist nach Osten gerichtet. So scheint denn unmittelbar nach der Eiszeit der Ostwind hier der herrschende gewesen zu sein. Fossile Dünen werden diese Sandgebilde seltsamer Bauart genannt. Übrigens ist man eifrig bestrebt, diesen trockenen Dünensand, der stets zur Wanderung bereit ist, seßhaft zu machen. Durch Anpflanzung geeigneter Gräser, des Strandhafers, anspruchsloser Weidenarten (Salix daphnoides z. B.), auch von Kiefern sucht man das zu erreichen.

Die Diluvialablagerungen sind, wie oben erwähnt, reich an Eisen und reich an Kalk. Auch dieser Stoffe bemächtigte sich die Natur, um neues zu bilden. Auf Torfwiesen, sogar auf feuchtem Ackerlande, kann man öfters in kleinen kugeligen Körnchen die Bildung eines harten, braunen Gesteins, des Raseneisensteins in seinen Anfängen beobachten. Er ist schließlich so hart, daß er als Baustein verwertet wird, seit alters her, und so eisenhaltig, daß daraus Eisen gewonnen wurde — schon von den prähistorischen Völkerschaften, die früher unsere Heimat bewohnten. Reste ihrer primitiven Schmelzöfen sind mehrfach gefunden worden, und häufig sind riesige Haufen von Schlacken. Das schön blaue Mineral, das dem braunen Erz oft beigemischt ist, hat eine ähnliche Zusammensetzung; es wird Vivianit genannt. Erst in den allerletzten Jahren ist die Verarbeitung des Wiesenerzes, das in ungeheuren Massen in der Provinz lagert, wieder aufgenommen worden. Händler kaufen dem Besitzer den in seiner „sauren" Wiese lagernden Raseneisenstein ab — wenn der Besitzer vorsichtig ist, unter der Bedingung, daß ihm das Gelände nachher zur Anlage eines Ackers wieder geebnet wird, und — wo früher nur saures Gras wuchs, wird jetzt Roggen gezogen. Besonders geschätzt aber sind jetzt die Schlacken, die die Ingenieure jener alten Zeiten, deren technisches Vermögen noch so primitiv war, als wertlos zurückließen. So wird die Erbschaft aus alter Zeit neu erworben, zu neuem Besitz.

Endlich ist es auch der Kalk, den die Natur seit der Eiszeit in neue Formen zwingt. Kohlensäurehaltiges Wasser löst ihn und führt ihn den Seen und den Flüssen zu — somit auch den Wasserleitungen unserer Stadt, wo er sich dann in der Küche als Kesselstein lästig bemerkbar macht. Draußen im Freien scheidet ihn der Pflanzenwuchs aus der Lösung ab; gibt es doch Pflanzen, die sich mit einer so starken Kalkkruste überziehen, daß von ihrem Grün wenig noch zu sehen ist. Das gilt besonders von den algenartigen Armleuchtergewächsen. Sie sterben und sinken auf den Grund des Gewässers; das wiederholt sich jahraus, jahrein in vielen Generationen. Ein Lager von Kalk häuft sich auf, der See verlandet — wird ein Wiesenmoor, das Kalklager ist darin Wiesenkalk geworden. An vielen Stellen

der Provinz tritt er auf, besonders mächtig in der Netzeniederung. Bei Strelitz in der Nähe von Kolmar besitzt er stellenweise eine Stärke von 0 m, bei Mühlenhof im Kreise Wirsitz sogar von 12 m. Auf 50000 Zentner ist hier die Förderung für das Betriebsjahr angegeben, denn er wird industriell verwertet: als Mörtel z. B., als Düngemittel für den Ackerboden.

So entstand in stetem Wechsel im Laufe langer Zeiten endlich das Land, das vom Schicksal bestimmt war, der Schauplatz für eine so hoch bedeutsame Entwickelung unseres Vaterlandes zu werden — entstand

das Land Posen.

2. Der Boden Westpreußens.

Von Paul Sonntag.

I. Die Oberflächengestalt und die natürlichen Landschaften Westpreußens.

Betrachtet man unbefangen das Kartenbild der Provinz, so glaubt man zunächst ein durch politische Zufälligkeiten entstandenes Ganzes vor sich zu haben. Weit nach Westen reckt sich der Zipfel der Kreise Deutsch-Krone und Flatow bis zur Drage und Küddow, die beide schon dem Flußgebiet der Netze und damit der Warthe und Oder zugehören. Dieser Teil der Provinz hat in der Tat nur wenig natürliche Beziehungen zu dem Grundstock, der zur Weichsel entwässert. Auch das Gebiet nördlich von Danzig bis Rixhöft, das seine winzigen Wasseradern direkt zur Ostsee bzw. zur Danziger Bucht entsendet, bildet eine Einheit für sich, die sich an die fruchtbare Geschiebemergel-Ebene der pommerschen Küstenlandschaft anschließt.

Im allgemeinen aber stellt die Provinz seit der Eiszeit insofern ein einheitliches Ganzes dar, als ihr bei weitem größter Teil sich nach der Mitte hin zu der Nord-Südlinie des Weichseltales und der nördlich vorgelagerten Deltasenke vertieft und infolgedessen die Gewässer von beiden Seiten der mittleren flachen Mulde zustreben, in welche sich der Strom eingegraben hat. Man hat diese Vertiefung wohl als „Westpreußische Senke" bezeichnet.

Das eigentliche Weichseltal stellt eine ca. 1 Meile breite und bis 60 m tief eingeschnittene Erosionsfurche dar, deren steile Talränder die nagende Wucht des wasserreichen Stromes bezeugen. Aber schon zur Diluvialzeit, als der Weichselstrom seine Kraft an dem Durchbruch des Höhenrückens noch nicht erprobt hatte, muß hier eine Senke vorhanden gewesen sein, vielleicht auch schon während der nächst älteren Tertiärepoche.

Von Ost und West eilen noch heute die Flüsse und Flüßchen der alles beherrschenden Weichsel zu. Von dem im Nordwesten aufragenden Rücken des pommerschen Höhenzuges, der im Turmberge 331 m erreicht, kommen Brahe, Schwarzwasser, Ferse und Mottlau mit Radaune zum Hauptstrome herab; rechtsseitig vom preußischen Höhenzuge, der in der Kernsdorfer Höhe ganz nahe der

westpreußischen Grenze 313 m aufweist, eilen Drewenz, Ossa und Liebe dem gleichen Ziele, der Weichseltalsenke, zu. So liegt das ganze Entwässerungsnetz des Unterlaufes der Weichsel fast vollständig im Gebiete der Provinz, nur die Brahe gehört mit ihrem Mündungsgebiet und dem angrenzenden westlichen Weichselufer zu Posen.

In der Westpreußischen Senke sammelten sich schon zu jener Zeit die Gewässer, als das Inlandeis noch auf seinem Rückzuge den Norden der Provinz bedeckte. Der Weichseltalgletscher trat nach Südosten weit hervor. Dadurch war der Abfluß nach Norden versperrt, es bildete sich ein bedeutender, von den Schmelzwässern gespeister Nebenfluß, der bei Fordon in die Urweichsel mündete. Diese selbst strömte damals aus einem gewaltigen, von Thorn bis Fordon und weiter reichenden See, dem sogenannten Thorner Stausee, durch die Bromberger Kanalsenke nach Westen, das Thorn-Eberswalder Tal bildend. Nördlich davon bei Graudenz aber hatte sich ebenfalls ein mächtiger Stausee herausgebildet, aus welchem drei Inseln hervorragten, die Feste Courbière, die Hügel von Kallinken und Gruppe. Ebenso war bei Kulm und Unislaw anscheinend ein Staubecken vorhanden; der bei Fordon mündende Nebenfluß der Urweichsel entwässerte diese ganze Seenkette südwärts zur größten dieser Ansammlungen von Schmelzwasser, dem Thorner Stausee. Zur Zeit dieser Abflußverhältnisse gruben sich die kleineren Zuflüsse von rechts und links (Brahe, Schwarzwasser, Ossa, Liebe usw.) ihr Bett in nord-südlicher Richtung ein.

Gegen Ende der Eiszeit, als vom Norden und Westen freies Meer hereinflutete, gelang es dann der Weichsel unter Benutzung der schon vorhandenen Rinne über Graudenz nach Norden durchzubrechen und die große, mit Stauwasser erfüllte Senke der Danziger Bucht zu erreichen. Dadurch wurde eine völlige Umwälzung der Abflußverhältnisse bewirkt, eine Gefällsumkehrung.

Jetzt verweilten zwar Brahe, Schwarzwasser, Montau usw. immer noch in ihren schon tief eingegrabenen Betten, aber ihr Unterlauf erhielt innerhalb des neuen alluvialen Stromtales der Weichsel jene auffällige, hakenförmig-rückläufige Umbiegung nach Norden, die besonders bei der Montau am linken und bei der Liebe-Nogat am rechten Ufer so enorme Schlingen gezeitigt hat.

Das „Durchbruchstal der Weichsel“ bildet heutzutage eine natürliche Landschaft für sich und ist scharf gesondert von dem südlichsten Teil der Provinz, der großen, sandigen Mulde des ehemaligen „Thorner Stausees“, dessen größter Teil allerdings schon der Provinz Posen angehört und der andererseits bis nach Russisch-Polen herübergreift.

Eine weitere natürliche Landschaft bildet im Nordosten die „Elbinger Höhe“, die ohne Anschluß an den preußischen Höhenrücken bleibt und eine isolierte bis fast 200 m aufsteigende Erhebung bildet. Sie ist südlich durch eine Einsenkung abgesondert, die sich vom Drausensee zum unteren Passargetal und damit zum Frischen Haff herüberzieht.

Im Norden zwischen Elbinger Höhe und dem Hochlande von Pommerellen dehnt sich die weite Deltaebene der „Weichselniederung“, an ihren Seiten und am Nordrande kaum den Meeresspiegel überragend, z. T. darunter gelegen und

künstlicher Entwässerung bedürftig, und den Abschlußrahmen gegen die nördliche Wasserfläche der Danziger Bucht bildet der bis mehr als 30 m aufsteigende Dünenwall der Frischen Nehrung. Das Haff, einst weiter westlich sich ausdehnend, ist von den Sinkstoffen des Stromes hier verschüttet, so daß Deltaebene und Nehrungswall sich berühren. Weiter östlich breitet sich der Spiegel des flachen Haffgewässers bis zu den Abhängen des ostpreußischen Hochplateaus im SO. und des Samlandes im N. aus.

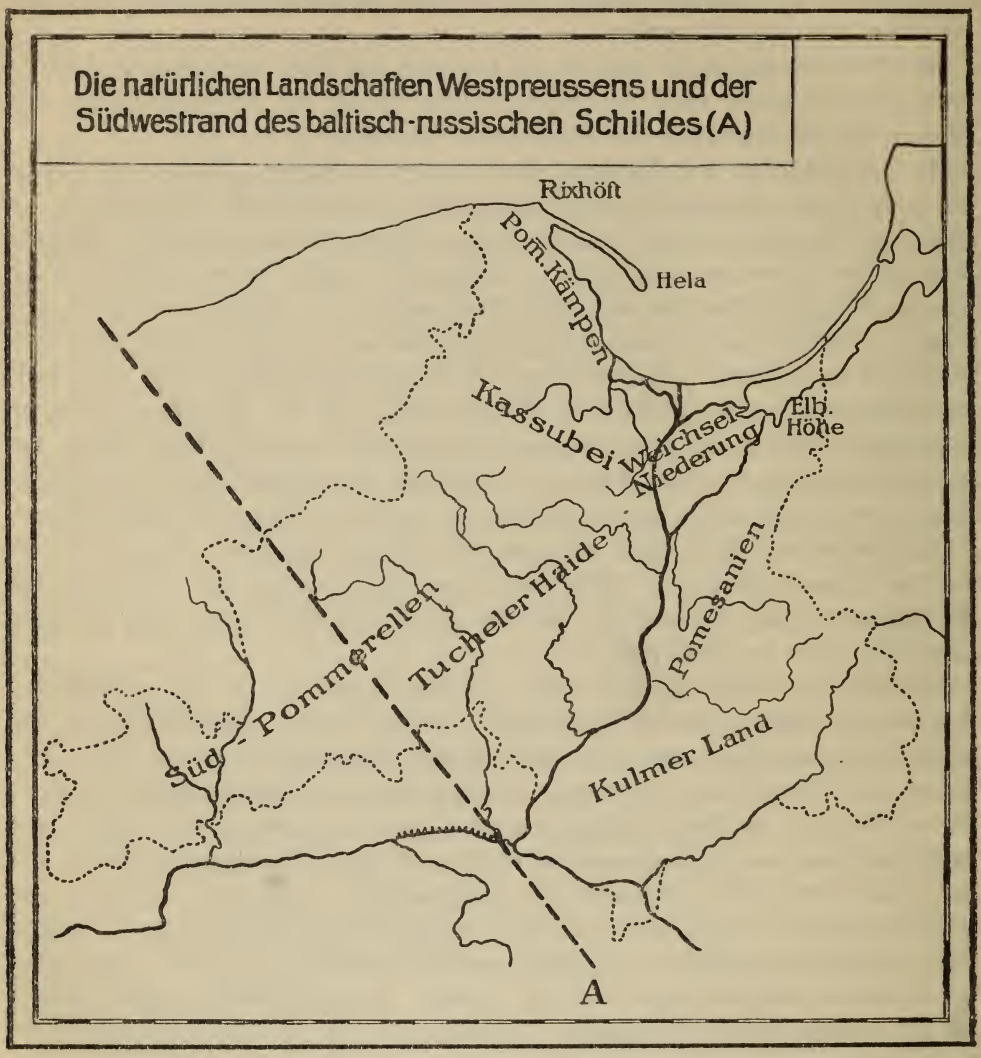
Wie die Nehrung, so ist auch die 35 km weit ins Meer vorspringende Hakenbildung von Hela durch die allzeit tätigen Kräfte der Meeresströmung entstanden, die den Transport der Sandmassen bewirken.

An der Westküste der Danziger Bucht folgen nun die „Pommerellischen Kämpen", jene ebenen Geschiebemergelgebiete zwischen Orhöft und Rixhöft, die durch eine Anzahl von moorerfüllten Urstromtälern inselartig von den südwestlichen Höhen abgetrennt sind. Hier im Südwesten erhebt sich das „Kassubische Hochland" und bildet die mächtigste Aufschüttung der Eiszeit im Westen von Danzig. Südlich schließt sich an dieses hohe Gebiet der unfruchtbare Heidesand der „Tucheler Heide" an, durchflossen von Schwarzwasser und Brahe und damit der Weichsel tributär. Westlich dieser Landschaft, doch von ähnlichem Charakter und gleicher Entstehung, liegt „Süd-Pommerellen" am südöstlichen Abfall des pommerschen Höhenrückens. Küddow und Drage, die Flüßchen dieser Landschaft, führen ihre Wasser bereits dem Odergebiet zu, da sie zur Netze und Warthe fließen.

Auf dem rechten Weichselufer folgt auf das südliche fruchtbare „Culmerland" das den Charakter einer Geschiebemergelebene trägt, nördlich von Graudenz bis Christburg und zum Weichseldelta die hügelige Moränenlandschaft, welche historisch „Pomesanien" genannt wird.

In allen diesen Landschaften treten die Wirkungen der jüngsten geologischen Epochen, der Eiszeit und der Nacheiszeit, deutlich hervor. Gewisse Züge in der Oberflächengestaltung deuten aber auch auf einen Zusammenhang mit den großen älteren tektonischen Linien hin, die im norddeutschen Flachlande beobachtet wurden. Es handelt sich hier um die Grenzlinie zwischen dem großen, weiten Gebiet der russischen Platte und des sogenannten baltischen Schildes (Finnland-Schweden), wo alle tieferen und älteren Schichten ihre ursprüngliche, horizontale Lagerung ungestört beibehalten haben, und dem durch energische Krustenbewegungen gefalteten und in Schollen zertrümmerten Areal der niederdeutschen Tiefebene, das später mit mächtigen Aufschüttungen überdeckt worden. Tornquist hat das letztere Gebiet als „Saronische Scholle" bezeichnet. In dieser hat man zwei Hauptrichtungen der Falten festgestellt, eine südwest-nordöstlich verlaufende, sogenannte erzgebirgische und eine andere nordwest-südöstliche, sogenannte herzynische (am Nordrande des Harzes, im Unterlauf der Elbe u. a. auftretend). Westlich der Provinz Ostpreußen, die noch ganz der russischen Platte angehört, treten zuerst bedeutende nordwest-südöstlich verlaufende Faltungen oder Verwerfungen in einer Linie auf, die von Schonen über Bornholm nach Cöslin und Bromberg durch die deutsche Ostmark bis zum Ostrande der Lysa Gora in Russisch-Polen verläuft. Dieser Linie nähert sich der

Lauf der Weichsel in Polen bis über Thorn hinaus nach Jordon, wo die plötzliche Abschwenkung des Stromlaufs nach NO. beginnt. Es ist das der „Südwestrand des baltisch-russischen Schildes". Östlich ist im Untergrunde überall gleichmäßig Kreide mit aufgelagertem Tertiär vorherrschend, westlich dagegen eine ungeheure Mannigfaltigkeit des Untergrundes vorhanden. Sehr auffällig ist das Zusammen-



treffen einer Linie der östlichsten Solquellen mit dieser Randlinie, es ist das die Linie Cöslin (Kolberg), Czernowitz bei Thorn, Podgorz, Ziechocinek, Lowicz bis Solec östlich der Lysa Gora. Solquellen sind östlich der Weichsel nicht angetroffen (vgl. die Karte).

Der Verlauf der hinterpommerschen und der anschließenden westpreußischen Küste bis Rixhöft dagegen entspricht dem andern Falten- und Bruchliniensystem, nämlich dem obengenannten erzgebirgischen.

II. Der tiefere Untergrund Westpreußens.

A. Kreide.

Im tieferen Untergrunde Westpreußens sind bisher unter den jüngsten Ablagerungen des Quartärs nur die zwei nächst älteren Formationen bekannt geworden, das Tertiär und die Kreide. Wir stehen in dieser Beziehung gewissermaßen gegen die Nachbarprovinzen zurück. Allerdings ist man dort auch durch Bohrungen bedeutend tiefer in die Erdrinde eingedrungen, in Ostpreußen erreichte die Tiefbohrung von Heilsberg 900 m, in Posen die bei Schubin sogar 2149,5 m, während die größte in Westpreußen erreichte Tiefe nur 290 m beträgt (Ziegelei Zigankenberg). Dazu kommt, daß in beiden Nachbarprovinzen ältere Gesteine näher an die Oberfläche herantreten, in Posen sogar wie bei Hohensalza aus einer dünnen diluvialen Decke fast hervorstoßen. Der Zechstein dort mit dem Salz und Gips gehört zu der ältesten Formationsgruppe (dem paläozoischen Zeitalter), und in Ostpreußen sind Schichten, die den Zechstein an Alter noch etwas übertreffen (Devon), gefunden.

Die tiefsten und ältesten Schichten, die in Westpreußen aufgedeckt wurden, gehören dem Mittelalter der Erde (dem mesozoischen Zeitalter) und zwar der obersten und jüngsten Abteilung der Kreideformation, dem Senon, an. Schichten der Kreide treten in der Provinz bei Kalwe unweit Marienburg zutage; jedoch sind diese Schichten hier wie sonst überall in unserem Gebiete offenbar wurzellose Schollen und nicht anstehend. Hier sind sie in einer kleinen Grube aufgeschlossen und hier findet man Gelegenheit, die sonst in der Tiefe verborgenen Ablagerungen bequem zu studieren. Lagen eines weichen, weißen Kreidemergels wechseln ab mit dünneren Schichten einer grauen, sehr harten, kieseligen Masse, der „harten Kreide". Sie werden durch eine Maschine getrennt, um in ihren weichen Bestandteilen als Düngekalk, in ihren harten Massen als Chausseeschotter Verwendung zu finden. Jentzsch, der diesen Fundort 1879 entdeckte, fand in der Nähe auch rote Quarzsande, und weiter östlich hinter Christburg stecken einige Hügelzüge noch in weiter Erstreckung voll von weißem glaukonitischem Kreidemergel mit Kieselknollen. Ein zweiter Aufschluß der Kreideformation ist 1905 ebenfalls von dem um die geologische Erforschung Westpreußens so verdienten A. Jentzsch gemacht worden. Es handelt sich in diesem Falle um etwas ältere Schichten, um Untersenon. Bei Braunsrode (an der Chaussee von Briesen nach Hohenkirch) liegt unter einer 0—0,8 m mächtigen Decke von meist entkalktem Geschiebemergel ein kalkhaltiger feiner Grünsand mit Glimmerblättchen, welcher petrographisch dem Senon von Königsberg, insbesondere dem sogenannten Emscher durchaus ähnlich ist und auch an das Untersenon von Bornholm erinnert. Auch dieses Vorkommen ist nur als große „Scholle" oder „Aufpressung" in der Moräne zu betrachten. Die anstehende Kreide wurde in der Nähe erst 60 m unter NN. (Normal-Null des Meeresspiegels) angetroffen.

Die Abtrennung und Hebung derartiger großer Schollen, wie sie hier vorliegen, kann nur während der Eiszeit durch den gewaltigen Druck und Schub des Inlandeises vor sich gegangen sein. Ausgedehnte Massen des in der Tiefe anstehenden

Gesteins wurden vom Eise losgerissen, fortgeschoben, gefaltet und emporgepreßt (vgl. Diluvium).

Im ganzen übrigen Gebiet ist die Kreide nur durch Bohrungen bekannt geworden, aber sie findet sich über den gesamten östlichen Teil der Provinz bis zur Weichsel verbreitet. Von der Halbinsel Hela bis zur russischen Grenze bei Thorn dehnt sich die Kreideplatte in der Tiefe, von Bischofswerder und Elbing nahe der Grenze Ostpreußens bis Graudenz und Schwetz an der Weichsel. Weiter westlich ist ein Vorkommen von Kreide nicht beobachtet worden, in der Provinz Posen und dem größten Teile Brandenburgs fehlt sie fast gänzlich. Dagegen ist sie in Pommern längs der Küste, ferner in Mecklenburg und Holstein überall aufgefunden. Die westpreußische Kreide gehört also in diesem Zusammenhange ebenso wie die ostpreußische der sogenannten „Baltischen Kreide" an, die wohl auch als nord-ostdeutsche bezeichnet und von andern Kreidegebieten gesondert wird.

In der Gegend von Danzig wurde die Kreide bei zahlreichen Bohrungen erreicht, man suchte das Wasser, das sich auf ihrer undurchlässigen Oberfläche sammelt, zu gewinnen. Ihre Oberfläche bildet nämlich einen ausgezeichneten Quellwasserhorizont, und man erhält meist artesisches, d. h. unter Druck aufsteigendes Wasser. Die Tiefe der Kreideschicht ist eine auffallend gleichmäßige, nämlich fast immer ca. 100 m unter NN. Im ganzen Weichseldelta, unter den angrenzenden Höhen, selbst noch auf der Spitze der Halbinsel Hela ist das der Fall, nach Süden zu tritt ein langsames Ansteigen ein, bei Schwetz bis — 65 m, erst bei Thorn + 12,5 m über NN.

Die petrographische Beschaffenheit dieser Ablagerungen ist eine verschiedenartige. Meist zeigt sich zuerst der schon erwähnte grauweiße Kreidemergel mit Glaukonitsand-(schwärzlich-grüne Körnchen)Beimischung und dünneren Lagen fester, verkieselter Massen, welche den „Feuersteinen" in anderen Kreidegebieten entsprechen. Diese sogenannte „harte Kreide" oder der „Tote Kalk" ist vom Inlandeise in gewaltiger Menge aus dem Untergrunde in die Grundmoräne aufgenommen worden und findet sich daher in den meisten Gebieten der Provinz massenhaft als Geschiebe über die Äcker ausgestreut. Der Landwirt sammelt die Steine von den Äckern ab und häuft sie an unbenutzten Plätzen an, wo man dann den grauen, von Glaukonitkörnchen schwarz gesprenkelten Stein in Massen findet. Er enthält soviel Kieselsäure, daß er, mit Salzsäure oder Essig betupft, oft garnicht aufbraust, ein Zeichen seines geringen Gehaltes an kohlensaurem Kalk. Er ist natürlich zum Kalkbrennen untauglich und hat so den Namen „Toter Kalk" erhalten.

Unter diesen Schichten fand man dunkle, Glaukonit führende Sande und zuletzt reine „Grünsandschichten" (Tiefbohrung Hartmanns Ziegelei — Zigankenberg). Etwas abweichend ist die Beschaffenheit der Thorner Schichten, wo u. a. echte Schreibkreide vorkommt.

Zur Charakterisierung einer Ablagerung sind die Reste von versteinerten Tieren und Pflanzen von größter Wichtigkeit. Besonders charakteristische Versteinerungen werden „Leitfossilien" genannt.

Die in dem oberen Kreidemergel gefundenen „Donnerkeile" erwiesen sich als Belemnitella mucronata, eine Art mit dornartiger Spitze, die überall in den

obersten Kreideschichten, dem Obersenon, gefunden wird. Die Muschelreste zeigten u. a. Austernschalen und Kammuscheln. Nach den oben erwähnten Donnerkeilen werden diese Schichten als „Mucronaten-Kreide" bezeichnet. Vielfach enthalten sie außerdem Korallen, verkieselte Schwämme und Seeigel.

In den Grünsandschichten findet sich eine andere Art von Donnerkeilen (Belemniten), es ist Actinocamax westfalicus, daneben andere Austernarten, Haifischzähne usw. Hieraus läßt sich feststellen, daß der Grünsand zum Untersenon (Emscher) gerechnet werden muß. Andere Stufen der Kreideformation sind bislang in unserm Gebiet nicht bekannt geworden.

B. Tertiär.

Alle jene Ablagerungen, die unmittelbar über der Kreide, aber unter den Schichten der Eiszeit, ausgebreitet sind, bildeten sich während der Tertiärzeit. Nur ausnahmsweise lagert das Diluvium direkt auf der Kreide, wie man es z. B. in der Weichselniederung beobachtet hat. Man nimmt an, daß die Tertiärablagerungen hier wohl ursprünglich auch überall vorhanden waren, jedoch später stellenweise einer tiefgehenden Ausnagung zum Opfer gefallen sind, die im letzten Abschnitte der Tertiärepoche und besonders während der Eiszeit (Diluvium) ihre Wirksamkeit entfaltete. Von den hier in Rede stehenden Schichten, die aus sandigen und tonigen Lagen abwechselnd zusammengesetzt sind, interessieren allgemein einmal die Bernstein führenden, andererseits die Braunkohle enthaltenden Ablagerungen. Die ersteren hat man mit dem Namen Oligozän, die letzteren als Miozän bezeichnet; die älteste Tertiärstufe des Eozäns ist bei uns nicht mit Sicherheit nachzuweisen, die jüngste, das Pliozän, ist nach den neuesten Untersuchungen von Jentzsch nur im südlichen Gebiete Westpreußens vertreten. Hier existierte ein pliozäner Binnensee, der mächtige Tonablagerungen bildete und eine gewaltige Ausdehnung besaß. Nach seinem in der Provinz Posen allgemein verbreiteten Vorkommen ist dieser 60—80 m Mächtigkeit erreichende Ton „Posener Ton" genannt worden. In Westpreußen kennt man ihn u. a. von Thorn, Ostrometzko, Gollub, Goßlershausen, Tuchel (Liskau) her. Jentzsch fand in diesen Schichten Zähne (bisher zwei Funde, davon einer bei Thorn und einer bei Obornik) von Mastodonten, jener Vorläufer der Elefanten, die außer den zwei großen Stoßzähnen zwei kleinere im Unterkiefer besaßen, dazu höckerige Backenzähne. Von weiteren Fossilien sind eine Schnecke (Paludina aff. Fuchsi Neum.) bei Goßlershausen und Abdrücke von Blättern (Moltkegrube, Ostrometzko) nachgewiesen. Die blaugrauen fetten Tone liefern ein gutes Material für die Ziegeleien, sie sind aufgeschlossen z. B. bei Ostrometzko, Fordon und Bromberg. Öfters sind sie mit sehr auffallenden roten Streifen und Flecken versehen, weshalb sie früher auch als „Posener Flammenton" bezeichnet wurden.

Oligozäne und miozäne Ablagerungen sind schon lange in unserer Provinz bekannt. Da sie dem Ansturm des Inlandeises in erster Linie ausgesetzt waren, erlitten sie eine starke Zerstückelung in einzelne Schollen, so daß ihr Zusammenhang fast überall aufgehoben ist. Die Sande dieser Schichten sind kalkfrei, mit

Salzsäure behandelt brausen sie nicht, wie die Diluvialsande es meist tun. Durch das Fehlen des „Glaukonit“ genannten, kleine grünschwarze Körner bildenden Minerals unterscheidet sich das Miozän vom Oligozän. Das Oligozän ist eine Meeres- und Strandbildung. Bezeichnend sind die grünen Sande, die Phosphorit-Knollen und Bernstein führen, sowie graue Letten und schwarze Tone. Mitunter wurde der Bernstein dieser Schichten gegraben, so waren Bernsteingräbereien früher auf den Höhen südwestlich von Danzig im Gange, und in der Tucheler Heide sollen noch jetzt Betriebe dieser Art bestehen.

Aus dem Oligozän ist der Bernstein später infolge der Zerstörung und Verschleppung durch das Inlandeis über alle diluvialen Ablagerungen verbreitet worden, und es kann uns daher nicht in Erstaunen setzen, wenn wir mitunter Berichte von Bernsteinfunden lesen, die weit hinten im Binnenlande, entfernt von der Küste, gemacht wurden. Diluvial verschleppter Bernstein reicht bis in die Provinz Posen und nach Russisch-Polen hinein und ist sogar in Schlesien und Westfalen beobachtet worden.

Als Auswurf des Meeres am Strande und im Dünensande kommt er überall an der westpreußischen Küste vor. Zwischen Heubude und Weichselmünde wurde in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts viel Bernstein gegraben. Jetzt ist die Gewinnung eingestellt infolge einer Abmachung zwischen dem preußischen Fiskus und der Stadt Danzig. Letztere hat ihre Gerechtsame der Bernsteingewinnung am Strande der Nehrung von Weichselmünde bis Polsk an den Staat verpachtet.

Im übrigen Westpreußen und den früher westpreußischen Teilen Hinterpommerns hat der Staat einen Anspruch auf den im Meere oder am Strande gefundenen Bernstein, während in Ostpreußen (auch im früher westpreußischen Ermland) das Bernsteinregal auch für das Binnenland besteht. Alle Funde an der westpreußischen Küste müssen gegen Fundgeld an die staatlichen Fundstellen der Küstendörfer abgeliefert werden.

Das fossile Harz des Bernsteins, das im Kulturleben der Ostseeländer seit den ältesten Zeiten eine so wichtige Rolle spielt, stammt von mehreren tertiären Nadelhölzern, insbesondere von der Bernsteinfichte ab. Als es noch flüssig war, bettete das Harz Pflanzenteile und Kerbtiere ein, deren Reste so in unübertrefflicher Vollkommenheit erhalten blieben.

Das Miozän, eine Festlandbildung, tritt an verschiedenen Punkten in der ganzen Provinz unter der diluvialen Decke hervor. Hervorragende natürliche Aufschlüsse liefern die Küsten nördlich von Zoppot, bei Orhöft und Rixhöft, wo das Meer durch Zerstörung und Abbruch schöne Profile geschaffen hat. Das häufige Auftreten von Braunkohlenflözen hat dieser Formation auch den Namen „miozäne Braunkohlenformation“ verschafft. Die Versuche jedoch, die Kohle bergmännisch zu gewinnen, sind bisher fast immer fehlgeschlagen, z. B. die früheren Betriebe bei Orhöft und Rixhöft-Chlapau. Bei Tarnowke (Kr. Flatow) an der Küddow und in der „Olgagrube“ südlich von Tuchel sind noch kleine Betriebe vorhanden. Gute Aufschlüsse des Miozäns bieten die Ziegelei Zigankenberg bei Danzig und

die sogenannte Braunkohlenschlucht bei Strieß (Langfuhr). In den Sanden der Ziegeleiaufschlüsse von Zigankenberg sind wiederholt versteinerte Holzstücke und ganze Stämme im Sande gefunden; der mächtigste Stamm von einem zypressenartigen Baum (Cupressinoxylon) herstammend, war 5 m lang und besaß einen Umfang von $\frac{1}{2}$ m. Ein Teil desselben hat im Westpreußischen Provinzialmuseum in Danzig Aufstellung gefunden.

Die Flora der Braunkohle ist uns durch O. Heers Untersuchungen bekannt geworden, der die Pflanzen der Braunkohle von Rixhöft-Chlapau in einer Monographie beschrieben hat. Diese Kohle entstammt einer Vegetation, die ein bedeutend milderes Klima zu ihrem Gedeihen voraussetzte, als wir es heute genießen. Eine mittlere Jahrestemperatur von ca. 17° C. (jetzt 7,6° C. in Danzig) muß geherrscht haben, als Lorbeer- und Zimtbäume hier gediehen. Eine große Menge von Sumpfpflanzen, wie Erlen, Birken, Seggen und Gräser wurden in den bis 3 m mächtigen Flözen gefunden. Besonders häufig findet man Holzreste der Sumpfzypresse (Taxodium distichum), die noch heute in Flußsümpfen Nordamerikas verbreitet ist. Eine Schilfrohrart (Phragmites oeningensis) bildete dichte Bestände am Ufer der Sümpfe, ihre Stengelreste fand ich als versteinerte Röhren in den feinsandigen Letten (Schidlitz und Rixhöft).

III. Die jüngsten Ablagerungen des Bodens.

A. Das Diluvium oder die Bildungen der Eiszeit.

Schon während des letzten Abschnittes der Tertiärepoche trat eine allmähliche Veränderung des Klimas ein, deren Ursachen noch der Aufklärung harren; das subtropische Klima der Oligozänzeit ging nach und nach in ein subtropisch gemäßigtes während der Miozänzeit über, um gegen Ende des Pliozäns jener Abkühlung und Feuchtigkeitsvermehrung Platz zu machen, die zur vollständigen Vereisung ganz Norddeutschlands durch das von den skandinavischen Gebirgen vordringende Inlandeis führte. Alle Ablagerungen, die der Eiszeit ihren Ursprung verdanken, werden als Diluvium bezeichnet. Sie bedecken den bei weitem größten Teil der Oberfläche unserer Provinz, ja abgesehen vom Alluvium verschwinden alle anderen Oberflächenbildungen fast ganz daneben.

Man nimmt meist an, daß in Norddeutschland ein dreimaliges Vordringen des Gletschereises stattfand, mit dem ein zweimaliger längerer Rückgang abwechselte, ehe der letzte Rückzug eintrat, der die jetzt herrschenden Verhältnisse der Alluvialzeit herbeiführte. Jene Zwischenzeiten sind Interglazialzeiten genannt worden. Sie haben ihre Spuren in Anhäufungen von Pflanzen- und Tierresten hinterlassen, einer Lebewelt, die sich auf dem vom Eise verlassenen Gebiete ansiedeln konnte.

Für unsere Provinz jedoch hat sich ebenso wie für Ostpreußen bisher die Frage einer mehrmaligen Vergletscherung nicht mit Sicherheit entscheiden lassen, da untrügliche Reste wirklich interglazialer Natur kaum nachweisbar sind. Es scheint sich bei den meisten Funden um spätglaziale Bildungen zu handeln, die durch vorübergehende kleine Vorstöße des Eises wieder verschüttet wurden. Die Mög-

lichkeit ist nicht ausgeschlossen, daß der Rückzug des Eises, der in südlicheren Gegenden Norddeutschlands nachgewiesen, nicht so weit nördlich reichte, daß unsere Gegenden eisfrei wurden. Aber das Fehlen interglazialer Ablagerungen könnte auch dadurch erklärt werden, daß ältere Interglazialreste der Zerstörung anheimgefallen sind, wenn das Eis wieder vorrückte. Auch in Skandinavien fehlt es, und man glaubt, daß die zerstörende Wirkung der Gletscher hier so stark war, daß es ihr zum Opfer fiel. Die Frage muß daher vorläufig unentschieden bleiben.

Manche früher als interglazial angesehene Muschelreste haben sich jetzt als präglazial herausgestellt. Das sind die Funde der sogenannten marinen Diluvialfauna der Weichselgegend. An der Grenze von Tertiär und Diluvium finden sich weit nach Süden bis Thorn, Bromberg und Nakel verbreitet Meeresmuscheln, ähnlich den heute die Nordsee bevölkernden, wie Austern, Herzmuscheln, eine zierliche Schnecke (Nassa reticulata) u. v. a. Es muß hier vor Beginn der ersten Vereisung eine Meeresbucht weit nach Süden hinauf gereicht haben. Dieses präglaziale Meer entsandte einen Arm ostwärts in die ostpreußische Senke (Heilsberg), wo sich ebenfalls Muschelreste finden.

Im letzten schon kälteren Abschnitt des Präglazials haben sich wahrscheinlich auch die grauen Tone im tiefen Wasser abgesetzt, die mit dem Namen „Yoldienone" bezeichnet wurden und die an den Steilhängen der Elbinger Höhe in den zahlreichen Haffziegeleien aufgeschlossen sind, denen sie ein vorzügliches Material für ihre Fabrikation liefern. Eine kleine Eismeermuschel (Yoldia arctica), die sich stellenweise in erheblicher Zahl darin findet, hat diesen Schichten ihren Namen gegeben, Blaueisenerde weist auf Zersetzungsprodukte von Organismen, und gelegentliches Auftreten von Gasquellen (Hohenhaff 1911), die reichlich Methan-(Sumpf-)gas abgeben, bestätigt das. In dem Yoldiaton hat man auch nicht selten Holzreste bemerkt, deren Untersuchung ihre Abstammung von verschiedenen Nadelhölzern (darunter eine Zirbelkiefer und auch die Sumpfzypresse?) und Laubhölzern ergeben hat.

Die Fossilreste diluvialer Säugetiere sind bei uns wohl ausschließlich in den Terrassenkiesablagerungen der Abschmelzperiode gefunden worden, sie können daher bei der Beurteilung der Interglazialfrage nicht in Betracht kommen und werden später erörtert werden.

Das Inlandeis war wie die Gletscher der Hochgebirge in Bewegung und bildete so bei seiner ungeheuren Masse ein Transportmittel, dessen Wirkungen im Laufe der gewaltigen Zeiträume, die es andauerte, ganz erstaunliche werden mußten. Unter der, wie manche annehmen, wohl bis 1000 m mächtigen Eisdecke und in die untersten Eisschichten eingeschlossen, bildete sich aus Trümmern zerriebener Gesteine, die auf dem ganzen Wege in das Eis aufgenommen, bei Schmelzen aber abgesetzt wurden, die „Grundmoräne". Die gewöhnliche Form der Grundmoräne ist der Geschiebemergel (kalkreich durch zerriebene Kreidegesteine), auch Geschiebelehm und Blocklehm genannt, eine ungeschichtete, lehmig-mergelige Grundmasse mit eingestreuten kleinen und großen, häufig gekritzten Steinen (Geschieben-Findlingen). Aus der Grundmoräne, die das Ausgangsprodukt darstellt, ist durch

Einwirkung von fließendem Wasser unter dem Eise oder vor dem Eisrande ein anderer Teil der diluvialen Ablagerungen entstanden, die geschichteten Sande und Grande und auch die schön gebänderten Tone, letztere in ruhigen Staubecken. Im allgemeinen wechseln bei uns Geschiebemergelschichten mit Sand ab und man unterscheidet die oberste Decke als „Oberen Geschiebemergel", unter dem dann „Unterer Sand" folgt, worauf noch tiefer der „Untere Geschiebemergel" einsetzt. Der obere Geschiebemergel kann wenig oder ganz sandig werden, im letzteren Falle heißt er Decksand. Lehm ist die oberste, entkalkte, durch Oxydation der Eisenverbindungen gebräunte Schicht des Geschiebemergels.

Unumstößliche Beweise für die Anwesenheit des Inlandeises in unsern Gegenden bilden die Stauchungen und Pressungen des Untergrundes, den es einst überschritten. Besonders häufig treten Faltungen ursprünglich horizontal gelagerter Schichten von Sand und Ton auf. Solche Aufrichtung, Zerreißung und Faltung von Schichten ist besonders in der Danziger Gegend häufig beschrieben worden, findet sich aber auch anderwärts. Vielfach beobachtet man auch die Abtrennung und Fortführung ganzer Schollen des tiefer liegenden Gebirges (Kreidescholle von Kalwe).

Andere wichtige Bildungen der Eiszeit sind die Endmoränen, die erst beim letzten Rückzuge des Eises entstanden sind, und zwar sobald der Eisrand eine Zeitlang stationär blieb (Stillstandslage).

Für Westpreußen kommt in erster Linie die große „baltische Endmoräne" in Betracht. Dieser große Moränenzug erstreckt sich von Schleswig-Holstein durch Mecklenburg, an der Oder weit südlich eingreifend und die Oderbucht bildend, durch die Neumark, dann wieder nördlich zurücktretend den höchsten Erhebungen des Höhenrückens in Hinterpommern folgend bis in die Gegend von Karthaus, wo die Steinpackungen vielfach abgebaut werden. Die baltische Endmoräne bildet drei große Bogen, die als Belt-, Oder- und Weichselbogen bekannt sind. Davon gehört der letztere ganz unserer Provinz an, und bei Karthaus (Mischischewitz-Sullenschin) entsteht durch das Zusammentreffen von Oder- und Weichselbogen ein Endmoränengebiet, das viele Quadratkilometer bedeckt. Hier bildet auch der Turmberg selber eine bis zu 331 m aufragende sandig-grandige Moränenaufschüttung. In ihrem weiteren Verlauf zieht sich der Moränenzug westlich von Pr.-Stargard zwischen Ferse und Schwarzwasser bis in die Gegend von Neuenburg hin. Auf dem rechten Weichselufer sind einzelne Züge in der Grundmoränenlandschaft von Pomesanien bekannt, die anscheinend hier die Fortsetzung der Hauptendmoräne bilden.

Außerhalb dieses großen Hauptzuges der baltischen Endmoräne ist noch eine Reihe von Nebenzügen bekannt geworden, von denen zunächst zu erwähnen sind die Endmoränen der Tucheler Heide zwischen Brahe und Schwarzwasser. Sie finden Anschluß an mehrere Züge südlich und nördlich von Briesen auf dem rechten Weichselufer. Weiter finden sich ganz im Norden bei Rixhöft und am Zarnowitzer See kleinere Endmoränengebiete. Alle sind in den letzten Jahren ein Gegenstand lebhafter Steingewinnung (Schotter für die Eisenbahnen und Chausseen) geworden.

Die Endmoränengebiete sind nun auch die Orte für die Denkmäler der Eiszeit, die Findlingsblöcke, Irrblöcke, erratischen Steine oder wie sie sonst genannt werden, die von jeher die Phantasie des Volkes gefangen genommen haben. Vor kurzem sind für den Regierungsbezirk Danzig alle größeren Findlinge genau aufgenommen worden, um sie soweit als möglich vor der immer mehr anwachsenden Nachfrage nach Steinmaterial für Bauzwecke zu retten. Auf Veranlassung unseres um die Naturdenkmalpflege so verdienten Landsmannes Professor Conwentz hat Dr. Hermann alle im Danziger Bezirk bekannt gewordenen großen Findlinge untersucht, photographiert und inventarisiert. Hier können nur einige der größten und bekanntesten hervorgehoben werden.

Auf der Jarnowitzer Moräne, am Abhange zum Moor, liegt der durch seine Größe und Geschichte als Grenzstein gleich hervorragende „Stoyc" = der „Stehende". Er ist der größte Block des Regierungsbezirks, 7 m lang, 4,5 m breit, 3,5 m hoch. Schon 1277 wird er in einer Urkunde des Pommerellenherzogs Mestwin als Grenzstein erwähnt, und noch heute bildet er die Grenze der Ortschaften Odargau und Krockow. „Von Süden blickt man über den Block hinweg auf das ebene, von Ackerflächen und rotdachigen Häusern angenehm unterbrochene Bruch, aus dem sich am Horizont westlich ein schmaler bewaldeter Saum, östlich die gelbweißen Dünen abheben. Und dahinter wogt, soweit das Auge reicht, die blaue See." (Hermann.)

An Größe dem „Stoyc" fast gleich kommt der „Große Stein" oder „Spaltestein" bei Mirchau (Karthaus) am Steinsee und der „Heilige Stein" am Haffufer, noch im Wasser liegend, bei Tolkemit.

Im Regierungsbezirk Marienwerder dürfte als größter unter den Riesen der „Teufelstein" bei Groddeck, der die Endmoränen der Tucheler Heide schmückt, anzusehen sein. Er übertrifft anscheinend mit 25 m Umfang noch den Stoyc und ist somit wohl der größte Block Westpreußens überhaupt. „Teufelstein" ist eine Haltestelle der Strecke Laskowitz—Konitz.

Die petrographische Zusammensetzung der Findlinge und kleineren Geschiebe läßt in vielen Fällen genau ihre Herkunft erkennen (Kalke von der Insel Gotland, Porphyre von den Ålandinseln, Rappakiwi-Granit von Finnland). Ihre Form ist nicht selten durch Eis, Wasser und Wind gemodelt worden, so entstanden Scheuersteine (Gletscherschliffe), Rollsteine und Kantengerölle.

Vor dem Hauptzuge der großen baltischen Endmoräne bildeten sich durch die intensive Tätigkeit der Schmelzwasser weite Sandlandschaften, die man nach ähnlichen, noch heute auf Island beobachteten Bildungen als „Sandr" bezeichnet. Die „Heidesandlandschaft" der Tucheler Heide entstand durch die großen Sandr des Schwarzwassers und der Brahe, während der Rüddowsandr durch die Sandflächen des Hammersteiner Schießplatzes charakterisiert wird.

Osar und Drumlins (vgl. Geologie v. Posen) sind auch in Westpreußen bekannt geworden, so hat Jentzsch einen langgestreckten Wallberg bei Borowke aufgefunden, während die haufenweise elliptische Kuppen bildenden Drumlins südlich von Dirschau am Rande der Moränenlandschaft auftreten.

Geologie.

2. Der Boden Westpreußens.

1. Kreidebruch Kalwe bei Marienburg.
2. Turmberg (331 m).
3. Vorgebirge Rixhöft.
4. Baumfriedhof in den Wanderdünen an der westpreußisch-pommerschen Grenze.

Eine besondere Beachtung verdienen in allen einst vergletscherten Gebieten die Seen. Es besteht heutzutage kein Zweifel mehr, daß die Entstehung aller jener Seenlandschaften, die wir in den Alpen, in Skandinavien, Finnland vor uns haben und auch unsere sogenannten Seenplatten auf der pommerellischen und preußischen Höhe auf das engste verknüpft sind mit der ehemaligen Eisbedeckung dieser Gebiete.

Wir können wie anderwärts in Norddeutschland nach Form und Entstehung Grundmoränenseen, Binnenseen, Stauseen, Eiserosionsseen und Sölle (Pfuhle) unterscheiden. Ihre Zahl ist nach Seligo in ganz Westpreußen auf 2000 angenommen, wobei die unter 2 ha Fläche besitzenden nicht mitgerechnet sind. Im pommerellischen Hochland hat die Entwicklung der Seen ihren Höhepunkt erreicht. Hier finden wir die Gruppe der Radauneseen, von denen der obere mit 40 m Tiefe zu den tiefsten Seen der Provinz gehört, der untere eine zwei Meilen lange, flußartige Rinne, ausgehöhlt durch die einstigen Schmelzwasser des Eises, bildet. Der Weitsee erreicht mit 55 m die größte Tiefe. Das Wasserbecken des Ottominer Sees bei Danzig füllt eine natürliche Vertiefung der Moränenlandschaft aus, er ist daher dem Typus der Grundmoränenseen zuzurechnen. Der größte aller völlig in Westpreußen liegenden Seen ist der stattliche Zarnowitzer See, nahe der Nordküste der Provinz gelegen. Er ist ein Eiserosionssee, ausgehobelt durch eine ihn einst völlig erfüllende Gletscherzunge (Zungenbecken) und war ursprünglich mit der See im Zusammenhang, d. h. nichts anderes als eine Föhrde (wie die Kieler Bucht). Während der Alluvialzeit ist seine Verbindung mit dem Meere durch wandernden Sand verschüttet worden. Der noch größere Drausensee (1790 ha) ist ein Niederungssee, der Geserich (3228 ha) eine Verbindung von Grundmoränen- und Binnensee; beide gehören z. T. schon zu Ostpreußen. Stauseen, z. T. ausgetrocknet bis auf kleinere Reste, treten in der Tucheler Heide auf, und die Zahl der kesselförmigen Pfuhle und Sölle ist eine Legion. Sie erinnern in ihrer Form an wassererfüllte (oft auch trockenliegende) Krater, die wahrscheinlich durch zeitweise herabstürzende Gletscherschmelzwasser ausgestrudelt wurden (Borkau bei Karthaus).

Die Wege, welche die Schmelzwasser des Eises sich bahnten, sobald sie zu größeren Mengen zusammentraten, sind z. T. auch die Bahnen für unser heutiges Flußsystem geworden; oft aber blieben die weiten und mehr oder weniger tiefen Täler jener Zeit, die „Urstromtäler", nach dem Verlaufen der Schmelzwässer unbenutzt oder sind nur von winzigen, bedeutungslosen Wasseradern durchzogen.

Von diesen Urstromtälern kommen für Westpreußen zwei Systeme in Betracht, ein südliches, das von Berendt als Thorn-Eberswalder Haupttal bezeichnet worden ist, und ein nördliches, bisher wenig beachtetes, das ich das „preußisch-pommerellische Längstal" nennen möchte (vgl. Geologie v. Posen, Urströme usw.).

Zur Zeit, als der nördliche Teil Westpreußens noch im Banne des Eises lag, sammelten sich alle Schmelzwasser und auch die Niederschläge der weiten Ebenen Polens zu einem Urstrom, der zwischen Thorn und Bromberg eine Aufstauung erfuhr und den sogenannten Thorn-Bromberger Stausee bildete. Der Spiegel dieses Sees war, wie man an den Strandbildungen (Terrassen) erkennt, 75 m hoch ge-

legen. Von Norden mündeten in jene Wasseransammlung der diluviale Brahefluß und ein zweiter bedeutender Nebenfluß, der die Gewässer des Graudenzer Staubeckens bei Fordon dem Hauptstrom zuführte. Über den Paß des Bromberger Kanals flossen die Wasser westlich zum Netze-Warthe-Odertal und über Eberswalde zur unteren Elbe, später, als das untere Odertal eisfrei wurde, dorthin zur Ostsee. Die Talsandbildungen des Gebietes zwischen Thorn und Bromberg sind die Hinterlassenschaft jenes Stausees.

Als das Inlandeis auf seinem weiteren Rückzuge von neuem rastete (es zog sich etappenweise zurück), lag der Eisrand in der Nähe der Küste der heutigen Danziger Bucht. Eine mehr als 40 m hoch reichende Wasseransammlung breitete sich über den südlichen Teil der Weichselniederung aus, und die abfließenden Wasser strömten am Eisrande entlang über Oliva nordwestlich und furchten hier das Neustadt-Lauenburger Längstal aus, um am Lebasee das freie Meer zu erreichen. Dann aber, als das Eis auch die Höhen von Kirhöft und Elbing verlassen, wurde ein näherer Weg zum Meere durch das Putziger Wiek frei. Der Wasserspiegel des vergrößerten Stausees sank auf ca. 17—20 m, und von Osten her um die Elbinger Höhe herum drang vom Pregelhaffgebiet Stauwasser ein. Deutlich ausgebildete Urstromtäler und Terrassen am Haffrande zeigen von Königsberg bis Cadinen ein Gefälle von 22 auf 17 m, und nördlich von Danzig bildeten die breiten Täler von Gdingen-Brück-Putzig die Ablaufrinne des Stausees. In dieser Zeit scheint auch die Weichsel unter Benutzung der schon vorhandenen Stromrinnen ihren Durchbruch nach Norden vollzogen zu haben, denn auch hier treten die alten Terrassen mit nördlichem Gefälle in 17 m Höhe in die Deltasenke ein. Der Zustrom vom Pregelgebiete hörte mit weiterem Zurücktreten des Eisrandes in dem Momente auf, als die samländische Küste eisfrei war.

So bildeten sich die heutigen Stromverhältnisse und das Durchbruchstal der Weichsel aus. Es begann eine neue Epoche für unsere Provinz, die Alluvialzeit.

Während der Herrschaft der diluvialen Eisdecke war natürlich für eine Pflanzen- und Tierwelt jede Existenzmöglichkeit ausgeschlossen. Auf den vom Eise verlassenen Gebieten siedelte sich bald eine kümmerliche Pflanzenwelt an und bereitete den Boden für eine kräftige Säugetierfauna. Die Reste derselben sind besonders in den Kiesablagerungen der Abschmelzperiode gefunden. Als reiche Fundstätten sind u. a. die Gruben von Gruppe und Rondsen bei Graudenz, Menthen und Waplitz bei Christburg, Schönwarling und Langenau bei Danzig bekannt. Zähne und Knochen vom Mammut, dem wollhaarigen Nashorn, dem Merckischen Nashorn sind wiederholt gefunden, ebenso Reste vom Diluvialpferd, dem Auerochsen, Bison, Riesenhirsch und Edelhirsch. Dazu kommen Elch und Renntier. Besonders bemerkenswert war die Entdeckung eines Schädelrestes vom Moschusochsen bei Schönau (Schwetz), ein Tier, das heute noch in Grönland und im äußersten Norden Kanadas lebt. Die beiden Funde von Schädelstücken der Saiga-Antilope unterstützen die Annahme Nehrings, daß nach dem Rückzuge des Eises zeitweise ein Steppenklima und eine Steppenvegetation vorhanden war, da die nahe verwandte Saiga tatarica noch heute in den Wolgasteppen lebt.

B. Alluvium.

Als das Eis vollständig das westpreußische Gebiet verlassen hatte, begann die Periode der Jetztzeit, das Alluvium. Moore, Kalkablagerungen, Anschwemmungen der Flüsse und des Meeres und endlich die unter dem Einflusse des Windes stehenden Dünenbildungen, das sind im wesentlichen die sehr verschiedenartigen Bestandteile dieser Formation.

Die Verbreitung der Moorflächen in der Provinz ist eine sehr weitgehende. Im Norden Pommerellens nahe der Küste dehnen sich meilenweite Moordistrikte aus, die die alten Urstromtäler erfüllen (Bilawabruch, Karwenbruch usw.). Auf dem Höhenrücken liegen die unzähligen vertorften größeren und kleineren Becken, die Moore der Grundmoränenlandschaft. Dort wo sich die große Ebene der Weichselniederung an den Höhenrand anlehnt, treten typische „Randmoore" auf, d. h. die Aufschüttung des Deltas ist wie immer in der Mitte am meisten erhöht und fällt nach dem Rande zu ab. Der Art nach sind die Moore der alten Flußtäler und die Randmoore als Flachmoore, teilweise auch als Zwischenmoore, die Grundmoränenlandschaft dagegen meist als Hochmoore anzusehen. So ist z. B. das als Naturdenkmal geschützte Moor von Neu-Linum (Kr. Culm) ein Hochmoor. Hier hat sich seit der Eiszeit her eine hochnordische Pflanze erhalten (als sogenanntes Relikt aus der Eiszeit), die arktische Zwergbirke, Betula nana, deren Blattreste sonst auch zuweilen in den untersten Schichten der Torfmoore zusammen mit andern nordischen Pflanzen (Dryas octopetala und Salix polaris) gefunden sind. In den ältesten Torfschichten treten auch noch Rentiergeweihe auf, jedoch hat sich dieses nordische Tier bald zurückgezogen, während Ur, Wisent, Elch, Pferd und Edelhirsch noch längere Zeit nach dem Rückzuge des Eises bei uns blieben, wie die Moorfunde beweisen. Die Anwesenheit des Menschen zu dieser Zeit geht hervor aus den Bauten, die er aufführte, das sind einige Reste von Pfahlbauten in einem Moor bei Worle (Kr. Neustadt) und kunstvolle Moorbrücken zu Verkehrszwecken im Tal der Sorge bei Christburg. Die Kultur und industrielle Verwertung der Moore ist erst zum geringen Teil durchgeführt (Karwenbruch, Bietowo bei Pr.-Stargard).

Wichtiger als das Vorkommen einer phosphorsaures Eisen enthaltenden Substanz, der Blaueisenerde (Vivianit), sind die Kalkablagerungen am Grunde der Moore. Ein mächtiges Wiesenkalklager bei Worle, wo auch die oben erwähnten Pfahlbauten vorkommen, liefert das Material für die Zementfabrik Bohlschau bei Neustadt. Eine ganze Reihe von Kalklagern wird abgebaut, um den als Meliorationsmittel von den Landwirten geschätzten pulverisierten Kalkmergel zu gewinnen (Ostdeutsche Kalkmergelwerke). Alle diese Abscheidungen beruhen darauf, daß mit Kohlensäure beladene Sickerwasser in den kalkreichen Diluvialschichten das Kalziumkarbonat auflösen, um es beim Austritt als Quellen an Gehängen, wo die Kohlensäure verloren geht, wieder auszuscheiden (Kalktuff) oder in Niederungen und Seebecken durch Vermittlung kalkabscheidender Pflanzen (Characeen) und Tiere abzusetzen (Wiesenkalk, Moormergel).

Sehr auffallend sind die Säulenbildungen, welche durch Einsickern kalkhaltiger Tageswässer in Sandschichten gebildet werden. Die Sandkörnchen werden an ein-

zelnen Stellen durch die eindringenden Lösungen zementiert und verkittet; es bildet sich „Diluvialsandstein“ in Säulen, die mitunter eine zusammenhängende feste Decke tragen. Das berühmteste Beispiel derartiger Bildungen ist die „Tropfsteinhöhle“ von Mechau (Kr. Putzig). Sie ist vom Kreise angekauft und als Naturdenkmal geschützt. Aber auch an anderen Orten der Provinz (Dirschau, a. d. Ossa, Neuenburg, Schidlitz) sind ähnliche Gebilde bekannt geworden.

Die umfangreichste Schöpfung der Alluvialzeit tritt uns in den Ablagerungen entgegen, die der mächtige Weichselstrom in seinem Mündungsgebiet aufschüttete. Es ist das weite, sich unabsehbar dehnende Gebiet der einförmigen, aber fruchtbaren Weichselniederung, das im Osten, Süden und Westen von diluvialen Höhen, im Norden von den Dünen des Meeres begrenzt wird.

Die ursprüngliche Anlage der 1501 qkm großen Deltasenke muß im Zusammenhange mit der Mulde der Danziger Bucht betrachtet werden. Da man bei Tiefbohrungen gefunden hat, daß die Kreideformation überall in der Deltafläche und auch in ihrer Umgebung bis zur Spitze der Halbinsel Hela in derselben Tiefe liegt (ca. 100 m), so scheint kein Einbruch von tieferen Erdschollen vorzuliegen. Man muß aber annehmen, daß während der Tertiärzeit eine Ausnagung durch fließende Gewässer stattfand, da die Tertiärschichten vielorts fehlen und das Diluvium dann direkt auf der Kreide liegt. Auch die Eiszeit hat hier schwächere Schichten als auf der Höhe zurückgelassen (ca. 60 m : 100 m).

Gegen Ende der Eiszeit war hier ein Stausee vorhanden (vgl. Diluvium S. 113), in welchen die Radaune mündete. Sie schüttete an ihrer Mündung die hochgelegenen Kies- und Geröllmassen der Prauster Umgebung aus. Der Stausee entwässerte zuerst nördlich von Danzig über Strieß, Oliva und Zoppot zum Neustadt—Lauenburger Urstromtal, später durch das Brückesche Moor zum Putziger Wiek, womit ein Fallen des Wasserspiegels auf ca. 17 m verbunden war. Auch von Osten strömten zeitweise Schmelzwässer zu.

Jetzt brach der Weichselstrom in die Senke ein und überschüttete den sandigen Boden des alten Staubeckens mit seinen Sedimenten. Dieser senkte sich allmählich, eine Senkung, die an der ganzen deutschen Ostseeküste beobachtet worden ist und die unter dem Namen Litorinasenkung*) bekannt ist. In gleichem Maße, wie das Gebiet sich senkte, füllte der Strom es mit seinen Absätzen wieder aus. Die Größe der Senkung kann 20 bis 30 m betragen haben. Zeitweise brach das Meer bis ca. 1 Meile landeinwärts der heutigen Küste vor, denn so weit reichen die Funde von Meeresmuscheln.

Wenn aber zu dieser Zeit das Meer seine heutige Grenze überschritt, so konnte

*) In der nacheiszeitlichen Entwicklung der Ostsee werden nach dem Vorbilde der Schweden 4 Perioden unterschieden: Yoldiazeit, Ancyluszeit, Litorinazeit und Myazeit. Während der Yoldiazeit stand die Ostsee mit der Nordsee in Verbindung, in der Ancyluszeit bildete sie einen ringsgeschlossenen Binnensee, während der Litorinazeit trat eine Senkung der deutschen Küsten ein und es bildeten sich Belte und Sunde, durch welche salzreiches Wasser eindrang und damit auch die Schnecke Litorina litorea (heute in der Nordsee und westlichen Ostsee lebend). Später nahm der Salzgehalt ab, Litorina zog sich nach Westen zurück, die Sandklaffmuschel (Mya arenaria) bevölkerte den Strand. Die Senkung kam zum Stillstand, für die Ostsee war die Jetztzeit angebrochen.

der jetzige Dünenwall der Nehrung noch nicht vorhanden gewesen sein, er wuchs erst aus den abgelagerten Flußsanden der Weichsel empor, als die Litorinasenkung sich ihrem Ende näherte. Es bildete sich nun auch das Urhaff, das ursprünglich weiter nach S. und W. reichte, aber im Süden die sog. Montanerspitze nicht erreichte. Dieser Teil des Deltas ist zur Alluvialzeit stets Festland geblieben, er liegt heute noch 9 m über NN. und bildet den höchsten Punkt des Deltakegels, der sich von hier aus nach den Rändern zu, wie bei allen typischen Deltabildungen, verflacht und dort Randmoore bildet.

Innerhalb des Deltagebietes hat sich die Weichsel in ein System von Mündungsarmen aufgelöst, das im Laufe der Zeit vielfachen Veränderungen ausgesetzt war. In historischer Zeit haben sich 3 Mündungsarme herausgebildet, nämlich Nogat, Elbinger Weichsel und Danziger Weichsel, von denen nur die letztere direkt das Meer erreicht. Am 1. Februar 1840 durchbrach die Danziger Weichsel infolge einer Eisstopfung den Dünenwall bei Neufähr und ergoß sich hier in die See. So entstand eine neue Mündung, die bis 1895 Strom führte. In diesem Jahre wurden die kostspieligen Stromregulierungsbauten zu Ende geführt, die den unruhigen Strom durch den künstlichen Durchstich bei Schiewenhorst—Nickelswalde in gerader Linie zum Meere führen. Zu gleicher Zeit wurde die Elbinger Weichsel, die seit 1840 völlig versandete, kanalisiert und zurzeit steht man davor, auch der Nogat ein gleiches Schicksal zu bereiten, so daß alsdann der ganze Strom ungeteilt sein Wasser direkt dem Meere zuführen wird.

Ausgedehnter Zuwachs an Sand durch die Stromabsätze ist noch in historischer Zeit an den Haffmündungen des Stromes eingetreten. Weniger groß ist der Landgewinn an den Mündungen, die unmittelbar zur See gehen. Hier haben sich vorgeschobene oder Außendeltas gebildet, deren Wachstum nur langsam fortschreitet wegen der größeren Tiefen, die auszufüllen sind, und des Verlustes an feinsten Sinkstoffen, die durch das bewegte Meer fortgeführt werden. Sobald die Mündungen stromlos werden, tritt Abnagung durch das Meer ein (Westerplatte).

Aus der Menge der jährlich vom Strom herabgeführten Sedimente hat Jentzsch ein Alter von 4 bis 6000 Jahren für die Bildung des Deltas herausgerechnet, andere Geologen nehmen 9000 Jahre an.

Ein breiter Streifen alluvialen Schwemmlandes von derselben wechselnden Zusammensetzung aus Schlick, Sand und Torf, wie sie die Deltaniederung zeigt, begleitet auch den Stromlauf aufwärts bis zur Landesgrenze.

Die Fähigkeit des Meeres, lose Massen fortzuführen und an anderer Stelle abzulagern, läßt sich an unsern Küsten ausgezeichnet beobachten. Die Sandmassen, die der Weichselstrom aus seiner Mündung in die offene See hinausträgt, gelangen nicht allzuweit. Sobald der Strom seine Geschwindigkeit in der weiten Flut verliert, schlagen sich die Sandmassen nieder und werden von der Brandung an das Ufer zurückgedrängt. Die unermüdlichen Wellen trennen die schweren Körnchen des Titaneisens, Granits, Augits und der Hornblende vom leichteren Quarz. Es scheidet sich der schön violette „Streusand" ab. Im flachen Wasser bilden sich Sandbänke und Inseln, die, sobald sie auftauchen, dem Spiel der Winde

unterliegen und bald Anfänge von Dünenbildung zeigen. Die Dünen der Frischen Nehrung sind so in der Hauptsache aus dem Flußsande der Weichsel entstanden.

Dagegen bezogen die Dünenbildungen des Hakens von Hela ihr Material aus östlich wandernden Sanden, die die Küstenströmung der pommerschen Küste und dem hohen Lande des Vorgebirges von Rixhöft entführte. Wo das Festland bei Großendorf nach Süden zurücktritt, setzt sich die Strömung in ihrer östlichen Richtung fort und bewirkt die Anschwemmung einer schmalen Landzunge, eines Hakens. Die 33 km lange Halbinsel Hela ist das typische Beispiel derartiger Bildungen an der ganzen deutschen Ostseeküste. Ursprünglich begann der Haken allerdings bei Heisternest, später tauchte der früher landfeste innere Teil des Putziger Wieks unter und der Haken verlängerte sich mit Hilfe der alten Düne nach Westen.

Besondere Beachtung verdienen an der Küste die Dünen. Es ist die Wirkung des Windes, die hier als bodengestaltende Kraft in die Erscheinung tritt. Allerdings ist die Dünenbildung nicht auf die Küste beschränkt, im Gebiete der Tucheler Heide und an den Abhängen der Weichselufer (Gehängedünen bei Marienwerder) treten ebenfalls Dünen auf. In der Hauptsache auf die Küstenregion beschränkt ist aber die großartigste Form der Düne, die Wanderdüne. Sie tritt in unserer Provinz an zwei Stellen auf, westlich von Rixhöft an der Piasnitzmündung und auf der Frischen Nehrung bei Kahlberg. Verschüttete Wälder, die später als „Baumkirchhöfe" wieder zum Vorschein kommen, sind an der Piasnitz, an der Grenze von Pommern, in typischer Form zu finden. In früheren Jahrhunderten waren auch die Dünen auf der Nehrung bei Danzig in Bewegung. Der Ruhm, zuerst Schritte getan zu haben, der fortschreitenden Verwüstung, die der wandernde Sand hier im 18. Jahrhundert erzeugte, Einhalt zu tun, gebührt der Naturforschenden Gesellschaft zu Danzig. Sie stellte (1768) die Preisaufgabe: „Welches sind die dienlichsten und am wenigsten kostbaren Mittel, der überhandnehmenden Versandung in der Danziger Nehrung vorzubeugen und dem weiteren Anwachs der Sanddünen abzuhelfen?" J. D. Titius, Professor an der damaligen Universität Wittenberg, früher in Danzig, löste die Preisaufgabe. Er empfahl die Anlage von Fangzäunen für den fliegenden Sand, aber auch die Anpflanzung von Kiefern, Sandgräsern und anderen Pflanzen. Jedoch erst dem geborenen Dänen Sören Björn, späteren Krahnmeister in Danzig, gelang es, die Vorschläge des Titius zu einer glücklichen Ausführung zu bringen (1795). Seine Dünenbauweise hat sich so bewährt, daß sie im großen und ganzen noch jetzt eingehalten wird.

Pflanzen und Tierwelt.

1. Das Pflanzenkleid, das den Boden des Posener Landes schmückt.

Von Fritz Pfuhl.

Als das Land frei wurde von der Last des letzten Eises, und die Sonne milder wieder schien, zogen Scharen von Pflanzen ein in dieses eben entstandene Gelände, denn die Natur haßt das Leere. Jahrhunderte und Jahrhunderte hatten sie gewartet, geduldig ausharrend an der Grenze des Gletschergebietes, bis ihre Zeit kam, nun war sie gekommen. Noch war das Gelände an Wasser überreich: feuchte Niederungen, große und kleine Seen, vielfach langgestreckt, zu Wasserläufen sich verbindend. Entsprechend war die Flora. Moose, in vielen Arten, Rietgräser, Simsen und Binsen, Schilf und Rohr, Schachtelhalme und Sumpffarne waren die ersten Ansiedler auf dem neuen Boden. Dazu kamen dann auch schon holzige Pflanzen: Erlen, Weidenarten, die Espe, dann auch dieser kleine Strauch, die niedrige Birke, die heute noch im breiten Netzetale waldbildend auftritt (Abb. 1). Wie denn überhaupt anzunehmen ist, daß die damalige Pflanzenwelt der jetzt in der Provinz lebenden im allgemeinen gleich war. In den Gewässern flutete das Laichkraut in mehreren Arten, und in den ruhigen Wasserbecken der Froschbiß und weißblühender Hahnenfuß.

Doch die Hügel, die in einzelnen Kuppen oder in langen Zügen die Gletscher einst gebildet, wie dieser Wallberg von Wierzebaum es zeigt (Abb. 2), und die lehmigen und sandigen Abhänge der Urstromtäler, die die neu erstarkte Sonne mit ihren austrocknenden Strahlen traf, konnten jene Pflanzen nicht besiedeln, so anmutig sie auch lockten, wie das schöne Brahetal bei Crone, eines der schönsten Flußtäler unserer Provinz.

Aber die Natur haßt das Leere. Den Westwind, der nun nach Vernichtung der mächtigen Eisdecke den Ostwind verdrängt, sandte sie aus nach dem fernen Südosten, die Pflanzen zu rufen, die dort neuer Zeiten entgegenharrten, dort in weiten regenarmen Steppen nördlich vom Kaukasus, nördlich vom Schwarzen Meer, das die klassischen Griechen in frohem Optimismus das Gastliche nannten: Pontus euxinus. Und sie hörten den Ruf, und sie machten sich auf, und sie wanderten nach Nordwesten, immer nach Nordwesten und nahmen Besitz von dem neuen Land. Auf hohem Weichselufer bei Getau und bei Fordon thront jetzt einer dieser Einwanderer, eine Beifußart ist es, Besenbeifuß genannt, Artemísia scopária, wegen seines struppigen Aussehens — doch das schützt gegen die trocknen Sonnenstrahlen, und die weithin kriechenden Wurzeln suchen den Erdboden nach letzten Resten von Feuchtigkeit ab. Bei der Kuhschelle, Pulsatílla

praténsis, sind die Blätter in schmale Zipfel geteilt, da scheint die heiße Sonne hindurch, und die untersten, die unmittelbar am Erdboden stehen, werden nicht abgeworfen, wenn sie ausgedient haben, sondern schützen nun als Schopf, Tunika nennt man das, den Standort gegen die austrocknenden Sonnenstrahlen. Doch wie konnte die schöne Pulsatilla den weiten Weg vom Pontus zurücklegen? Wenn sie fertig ist mit ihrer Pflicht, den Frühling überall auf den pontischen Hügeln unserer Provinz einzuläuten, dann zeigt sie uns das an ihren Früchtchen, die in großer Menge aus einer einzigen Blüte sich bilden. Den Wind nahm sie zu Hilfe. Das Früchtchen ist einsamig, daher leicht, es ist mit einem langen, befiederten Griffel versehen, der als Luftschiff dient.

Doch wie erklärt sich, daß auch die Königskerze (Verbáscum phlomoides) auf den pontischen Hügeln unserer Provinz der feindlichen Witterung trotzen kann? Sie hat ja nicht einen Schutz in fein zerteilten Blättern, sondern zeigt uns breite Blattspreiten. Aber gerade der Breite ihrer Blätter verdankt sie diese Zähigkeit. Sie bilden nämlich Mulden, in diesen fängt die Pflanze jedes Tröpfchen Tau, jeden Regentropfen sorglich auf. Dann — sie sind ja schräg zum Stengel gestellt — führen sie das kostbare Naß herunter am Stengel der Wurzel zu. Voll Verständnis geht diese darauf ein; sie unterläßt nun das Herumvagabundieren — sie ist die senkrechte Verlängerung des Stengels nach unten, wie ein Pfahl, Pfahlwurzel deshalb genannt. Aber das Wappen derer vom Pontus trägt die Skabiose (Scabiósa ochroleúca) deutlich zur Schau: die schmalgeteilten Blätter, und die untersten decken opferfreudig den Standort mit breiter Fläche gegen die austrocknende Sonne. Und fragen wir sie nun, wie sie den weiten Weg von ihrer fernen Heimat zurückgelegt, so weist sie uns auf ihre Frucht. Die fünf spitzen, nach außen gespreizten Borsten stoßen sich ein in den Pelz des vorüberlaufenden Hasen, in das Gefieder des körnersuchenden Rebhuhns, der aufsteigenden Lerche. Und wenn nun diese Transporttiere ihre Hoffnung trügen, was dann? Dann kommt der häutige Flugapparat zur Geltung, der an der leichten Frucht befestigt ist — der Wind hebt sie auf und trägt sie fort. Und soll sie dann dauernd das Spiel des Windes sein, immer wieder emporgewirbelt, ewig wandern? Da sind es nun auch die spitzen Borsten, die die ersehnte Rast bringen. Läßt das Wehen des Windes nach, fällt der wandernde Same herunter, so spießen die Borsten sich ein in den Erdboden und verankern die Frucht, der so ihr sicheres Keimbett bereitet ist.

So besiedelten auch die pontischen Pflanzen das neue Gebiet, und was nun noch an verfügbarem Raum übrig blieb, das füllten die Pflanzen, die aus dem Westen kamen.

Die schöne Pfingstnelke von herrlichem Dufte, die jetzt am Gorkasee bei Moschin den Hügelabhang schmückt, ist aus dem Süden oder Südwesten gekommen. Die „atlantischen" Pflanzen wanderten durch das Küstengebiet der Nordsee und der Ostsee ein. Der Besenginster, den auf dürrem Sande der Jagdfreund als Futter für das im Winter darbende Wild ansät, ist so gewandert, aber auch der Efeu, der den Schatten des Waldes sucht, meist am Boden entlangkriecht und selten jetzt noch Blüten entwickelt.

Später dann trat noch ein weiteres Moment hinzu, der Sehnsucht der wanderfrohen Pflanzen zu dienen, das waren die Wanderzüge der Völker, die Straßen menschlichen Verkehrs. Dem Siegeszuge des Pfluges folgte aus dem fernen Syrien und Kleinasien die Kornblume, wohl auch die Rade und der Feldrittersporn, und die Zigeunerhorden, die zur Zeit des Kostnitzer Konzils Europa überschwemmten, sollen den giftigen Stechapfel aus Asiens Steppen mitgebracht haben. An alte Siedelungen erinnern heute noch vereinzelte Horste der Pestwurz (Petasites officinális), das unfehlbare Heilmittel des Mittelalters gegen die Pest. Wer würde heute noch in der Nachtkerze, die durch ihre zahlreichen hohen Stauden unsere Sand- und Kiesfelder goldgelb färbt, eine Pflanze Nordamerikas erkennen? Auch das Berufskraut, Erigeron canadénsis, das durch sein massenhaftes Auftreten auf Acker- und Gartenland oft sehr lästig wird, stammt daher, auch daher stammt die Wasserpest, Helodéa canadénsis, die zierliche Blüten im Sommer entwickelt, aus denen Früchte aber niemals entstehen, weil die Blütenstaubpflanzen zufällig nicht mit herübergebracht wurden. Das zuletzt aus dem fernen Westen in unsere Provinz eingewanderte Unkraut stammt aus Peru, Knopfkraut nennt man es hier, Galinsóga parviflóra; gelbe Blüten entwickeln sich an knopfförmigen Blütenständen, von fünf weißen Strahlblüten umgeben. Auch der jetzt so vielfach kultivierte Akazienbaum, der eigentlich Robinie heißen müßte, Robínia pseudacácia, stammt aus Amerika. Das stärkste Exemplar der Provinz (Stammumfang etwa 3,5 m) steht in Storchnest, im Kreise Lissa. Die Heimat der Roßkastanie ist das nördliche Griechenland. Einer der ältesten dieser Bäume ist in der Provinz „der historische Kastanienbaum" zu Filehne, auf den sich die Sage von der Rache der Fürstin Sapieha bezieht. In einem 1848 entstandenen Gedichte ist diese Sage, die sich an den Besuch Friedrichs des Großen im Netzedistrikt knüpft, umfangreich und poetisch dargestellt.

So besiedelte sich also allmählich unsere Provinz mit den Pflanzenbeständen, die sie heute zeigt. Anders aber ist der Eindruck, den die Pflanzen des Sandfeldes auf uns machen, anders wirken die Wiesenpflanzen, anders die, die die Gewässer umrahmen, und der Wald mit seinen ragenden Bäumen und den niedrigen Gewächsen, die er in seinen schützenden Schatten aufgenommen, bildet wieder eine besondere Gemeinschaft von Pflanzen.

Ein schönes Vermächtnis der Eiszeit sind die zahlreichen Seen, die das Auge erfreuen; im Süden der Provinz, der erheblich eher vom Eise befreit wurde, sind sie spärlicher. Ein Kranz von freudig grünenden Sträuchern und Bäumen umgibt das Gewässer. Die Schwarzerle ist da, auch die Moorbirke mit ihren flaumig behaarten Blättern, auch Kiefern stehen dicht am Ufer, dann der Schneeball, der Weißdorn. Auf den Zweigen macht sich wohl auch das blauschimmernde Gefieder des Eisvogels bemerkbar, der hier auf Fische lauert, auf die er trotz seines sonst nicht gewandten Fluges, er hat ja verhältnismäßig sehr kurze Flügel, mit Erfolg herabstößt. Auch das Blaukehlchen könnten wir hier wohl bemerken, das Goldhähnchen vielleicht, den winzigsten der einheimischen Vögel, und sicher auch einige unserer Meisenarten, die geschäftig hin- und herfliegen, während in der Nähe des

Erdbodens der Zaunkönig an den Baumstämmen seine graubraune Färbung als Schutzfärbung verwertet.

Im Gebüsch zeigt sich manche Kletterpflanze: die Zaunwinde mit großer weißer Blüte, deren leuchtendes Weiß durch zwei breite grüne Vorblätter nur noch gehoben wird, dann das Bittersüß, eine Nachtschattenart, die violette Blüten trägt — der bittere Stoff des Stengels wird beim Kauen durch den Speichel bald zersetzt und bildet nun Zucker. Auch ein Nelkengewächs mit grünlicher Blüte ist hier zu finden, der „Hühnerbiß", auf dessen Eigenart der botanische Artname „baccifer" = beerentragend hinweist, das ist sonst nicht der Fall bei den Nelken. Aber alle diese Schlingpflanzen werden durch den Hopfen, die Liane des Nordens, weit übertroffen, der hoch in die Bäume emporklettert. Den scharfen Kletterhaaren, die reichlich an seinem Stengel sich befinden, hat er es zu verdanken, daß er trotz seiner Schwere an den Stämmen nicht herunterrutscht. Vorn, schon im seichten Wasser des Sees, stehen zu Gruppen vereinigt hohe Gewächse von üppigem Wachstum. Die Schwertlilie mit ihren langen, senkrecht gestellten Blättern und den großen gelben Blüten zieht den Blick auf sich. Aber sie hat auch alles daran gesetzt, die Insekten, die sie zur Bestäubung braucht, anzulocken. Selbst die Narben, auf die der Blütenstaub kommen muß, sonst winzig und unscheinbar, helfen hier mit, sie sind zu breiten blattartigen Gebilden geworden, die in der Mitte der Blüte leuchten. Dann sind es die Rohrkolben, zwei Arten, die sich durch ihren Blütenstand unterscheiden; oben stehen Blüten, die nur Staubbeutel besitzen, unten aber Blüten nur mit Fruchtknoten. Der Wind überträgt den Blütenstaub — dann erst bilden sich in den kleinen Früchten keimungsfähige Samen aus. Bei der schmalblättrigen Art sind jene beiden Abteilungen des Blütenkolbens voneinander getrennt, bei der breitblättrigen stoßen sie zusammen. Nicht weit entfernt machen sich die schlanken, glänzend grünen Stengel der Simse bemerkbar, die ihren aus einzelnen braunen knopfförmigen Gebilden bestehenden Blütenstand hoch über das Wasser erhebt. Dicht daneben steht wohl auch ein Horst des Schlammschachtelhalms, und das Schilf endlich vervollständigt diesen üppig grünen Pflanzengürtel, der den See umgibt.

Schilf — Arúndo phragmites, und Rohr — Calamagróstis epigeíos — werden vom Laien ja stets verwechselt, sind aber in biologischer und morphologischer Hinsicht leicht zu unterscheiden: biologisch, das Schilf liebt einen besonders nassen Standort, geht allerdings auch auf feuchtes Land über; während die botanische Bezeichnung unseres Rohres (epigeios) „auf dem Land" bedeutet. Nur das Blatt des Schilfes zeigt den „Christusbiß", eine etwa in der Mitte seiner Länge gelegene Marke, die wie ein durch die beiden Vorderzähne verursachter Eindruck aussieht und schon in der Knospenlage entstanden ist. Das Volk erzählt, daß an solch einem Schilfstengel, dem Ysop, Herrn Christus, als er am Kreuze hing, der Essigschwamm emporgereicht wurde, und daß der Herr in seiner Todesangst hineingebissen haben soll — so haben sich die Zahneindrücke erhalten bis auf den heutigen Tag. In Scharen besuchen im Herbst die Stare solche Schilfbestände, da ihnen die Samen ein beliebtes Futter bieten. An vielen Stellen der Provinz fühlen sie sich heimisch; die Stadt

Posen überraschenderweise meiden sie, so sehr man sie auch durch Anbringung von Nistkästen gastlich einladet. Und wieviel Vögel sonst noch beherbergen diese Schilfgebüsche: die Wasseramsel, die Rohrammer, der Rohrsperling, die Rohrdrossel, die Teich-, Sumpf- und Schilfrohrsänger halten sich hier oder im benachbarten Gesträuch zahlreich auf. So unscheinbar auch ihr Gefieder im allgemeinen ist, so ziehen sie unsere Aufmerksamkeit doch meist durch ihren schrillen ausdauernden Gesang auf sich. Auch die Nachtigall bewohnt gern feuchte Ufergebüsche, und neben ihr tritt hier und da der Sprosser in der Provinz auf, der sich durch den stärkeren, aber kürzeren Schlag unterscheidet. Dann unterscheidet das Federkleid diese beiden Arten: bei der Nachtigall ist es mehr rotbraun, graubraun ist es beim Sprosser. An warmen Abenden macht sich wohl auch am Ufer des Sees ein eigenartiges Pfeifen bemerkbar, es rührt von der Sumpfschildkröte her, die über die ganze Provinz verbreitet zu sein scheint, wenn sie auch nur immer in einzelnen Exemplaren auftritt.

Was wird nun die Folge sein, wenn diese kräftigen Uferpflanzen, die Simsen, das Schilf, das Rohr und die andern: der oft 2 m hohe Wasserampfer, der Wasserliesch, der die schönen rosablütigen Dolden trägt, und der Fieberklee mit seinen kräftigen, aus 3 Blättchen bestehenden Laubblättern, die gelbe und die weiße Seerose, der giftige Wasserschierling — wenn alle diese Pflanzen jahraus jahrein ihr üppiges Wachstum am Rande des Gewässers entwickeln? Es bildet sich Land, aus dem Wasser wächst es empor — das Wasser verschwindet. Es ist das Drama, das in unserer Provinz sich hundertfach und hundertfach abspielt: die Verlandung des Sees. Der See altert und stirbt. Aber jene Pflanzen sind es nicht, die zuerst auftreten, denn sie brauchen festen Untergrund zur Verankerung ihrer Wurzeln, es mußte ihnen vorgearbeitet werden durch andere, die im Wasser schwimmen und alle Mineralnahrung dem Wasser entnehmen. Zuerst ist es das Plankton, das schon im jugendfrischen See sich einfindet und ihn der Vergänglichkeit entgegenführt. Winzige Wesen sind es, Pflanzen und Tiere, die dem Blick des Menschen sich entziehen. Erst das Mikroskop offenbart uns ihre oft so wunderliche überraschende Körpergestalt. Die eigenartigsten wohl und die häufigsten sind die Diatomeen, mikroskopisch kleine Pflänzchen, die um den weichen Körper eine Schale aus Quarz, der dem Wasser entnommen wird, sorglich herumlegen. Die zierlichste Skulptur zeigt oft dieser Kieselpanzer. Nach kurzem Leben senkt sich das Plankton auf den Seegrund und dämmt den Boden höher und höher empor, langsam, sehr langsam — aber mit Ausdauer und Erfolg.

Jetzt stellen sich auch andere Pflanzen ein, manche Fadenalgen und dann besonders Armleuchtergewächse, wegen der quirlartig gestellten Zweige werden sie so genannt, sie fluten im Wasser. Sie besonders werden dem See gefährlich, denn es wohnt ihnen die Fähigkeit inne, den Kalk, den das Wasser durch Mitwirkung der atmosphärischen Kohlensäure aus den Erdschichten gelöst hat, abzusondern, und die Stellen, wo diese Pflanzen wuchern, machen sich bald durch einen hellfarbigen Untergrund bemerkbar. Nun erscheint eine neue Flora, die den Bestand des Gewässers bedroht.

Am auffallendsten ist die Krebsschere — nach der Gestalt der Knospe so genannt — auch Wasseraloe, nach den fleischigen, stachelig gezähnten Blättern — daher der botanische Name: Stratiótes, Soldat. In manchen verlandenden Seen der Provinz wuchert sie so massenhaft, daß von der Wasserfläche nichts zu sehen ist. Welch schöner Anblick, wenn diese schwimmende Wiese sich mit den großen weißen Blüten schmückt. Und doch bildet trotz reichlichen Blühens die Pflanze selten Samen aus, denn Staubbeutel und Fruchtknoten sind getrennt auf verschiedenen Pflanzen und die beiden Formen treten meist getrennt in den einzelnen Gewässern auf, daß sie demnach nicht aufeinander einzuwirken vermögen. So vermehrt sich denn die Krebsschere zumeist durch Ableger, und die Samen sind selten, so selten, daß sie von den Botanikern erst garnicht erkannt wurden, als man sie in alten Torfablagerungen fand. Man hielt diese unbekannten Samen für Überbleibsel einer ausgestorbenen Pflanze und nannte sie Paradoxocárpus carinátus. Auch eine andere jetzt in der Provinz Posen, soweit bekannt, völlig ausgestorbene Pflanze, die früher in wohl reichlicher Menge auf dem Wasser schwamm, beteiligte sich einst an der Verlandung — hie und da findet man noch ihre mit vier starken Stacheln besetzten Früchte im Torfmoor. Das ist die Wassernuß. Rautenförmige Blätter, deren Stiele blasenartig angeschwollen sind, ermöglichen das Schwimmen.

Bald erscheinen dann auch einige Laichkrautarten in dichtem Bestande. Wassertiere, Fische, Lurche, Schnecken und andere, sichern in diesem Pflanzengewirr ihren Laich; andere gehen dort der reichlich sich bietenden Nahrung nach. Der Gelbrand, dieser der Fischzucht schädliche Schwimmkäfer, jagt dort kleinen Fischen nach, die er mit Hilfe seiner spitzen zangenförmigen Oberkiefer sicher ergreift, auch seine langgestreckte Larve besitzt ähnliche Freßwerkzeuge, die sie in die Beute einschlägt und nun — sie sind röhrenförmig, im Innern hohl — sich von dem Körpersafte ernährt. Der viel kleinere Taumelkäfer macht sich durch seine schnelle, in Schraubenlinien verlaufende Fortbewegung bemerkbar, auch einige Schnabelkerfe fallen durch ihre Eigentümlichkeiten auf; der Wasserläufer bewegt sich sicher und schnell auf der Oberfläche umher, während der Rückenschwimmer mittels seiner langbewimperten, platten Hinterbeine im Wasser dahinschießt, und der Wasserskorpion ist infolge seiner in starke Fangwerkzeuge verwandelten Vorderbeine und der langen Atemröhre am Hinterteile ein sehr gefährlicher Räuber im flüssigen Elemente. Die Blüten des Laichkrautes sind zu dichten kolbenartigen Blütenständen, die sich nur wenig über das Wasser erheben, zusammengestellt. Am auffallendsten ist das „schwimmende" Laichkraut, dessen schön grünen, lederfarbigen Blattspreiten an langen Stielen auf dem Wasser schwimmen. Das durchwachsene Laichkraut, dessen Blattspreiten ohne Stiel den Stengel umgeben, so daß es aussieht, als wenn er durch das Blatt hindurchwächst, und das ebenso häufige „krause" Laichkraut leben unter der Wasserfläche. Dem haarförmigen Laichkraut, es ist erheblich seltener, würde man wegen seiner schmalen Blätter die Gattung „Laichkraut" zunächst gar nicht ansehen, doch deuten die Blütenkolben auf die Verwandtschaft hin.

Dann zeigt sich, auch im klaren Wasser des Sees, der schwimmende Hahnenfuß, der im Frühling so reichlich die zierlichen weißen Blüten entwickelt, in deren Mitte sich die vielen Staubbeutel mit ihrer gelben Farbe bemerkbar machen. Die Blätter sind in zahlreiche feine, borstenförmige Zipfel aufgelöst, so können sie leichter die nahrhafte Kohlensäure dem Wasser entziehen, sind sie doch nun entsprechend den Kiemen der Wassertiere gestaltet, die mit diesen zarten Fasern dem Wasser die andere Luftart, den Sauerstoff, nehmen. Wenn nun aber die Trockenheit des Sommers beginnt, dann geschieht es so manchmal, daß die Pflanze aufs Trockne gesetzt wird: jetzt sind für sie jene „Kiemenblätter" unbrauchbar, schleunigst bildet sie breite Blattspreiten aus, die aus der umgebenden Luft erfolgreich Kohlensäure aufnehmen können. So manche Pflanzen besitzen diese Amphibiennatur. In eigenartiger Weise macht sich der Blattwechsel an einer der häufigsten Sumpfpflanzen, dem Wasserkümmel, einem Doldengewächse, bemerkbar. Denn die ersten Blätter, die sich aus dem im Schlamm geborgenen Wurzelstock entwickeln, haben schmale Zipfel an der vielfach geteilten Blattspreite, dann folgt ein Blatt, wohl auch zwei, die nun schon etwas aus dem Wasser sich erheben, sie bilden den auffallend deutlichen Übergang zu den späteren Luftblättern, bei denen die Abschnitte des zusammengesetzten Blattes erheblich breiter sind.

Dies also sind die ersten Pflanzen, die die Verlandung des Sees einleiten. Unter diesem friedlichen Bilde der Eintracht, das dieser üppig grünende, reichlich blühende Kranz, der das Ufer umsäumt, uns zeigt, verbirgt sich der brutale Kampf der Pflanzen gegen das Gewässer, das sicher unterliegt, früher oder später, aus dem einstigen See wird ein Torfmoor, eine Wiese. Gewisse Pflanzen sind es, die das Ende dieser Katastrophe markieren. Der goldgelb blühende Löwenzahn stellt dann sich ein, die stachelige Sumpfdistel mit purpurner Blüte, die stark duftende Minze, erst die Wasserminze, dann die Ackerminze, auch die violett blühende Brunelle.

Kosmos, Schmuck, nannten die Griechen die Welt. Unsere Wiesen scheinen sich zu bemühen, die Berechtigung dieser Benennung beweisen zu wollen. Erst färben sie sich goldgelb von der Menge der Sumpfdotterblumen, in der zweiten Hälfte des Aprils ist dies in den meisten Jahren der Fall, dann überzieht das Wiesenschaumkraut das nasse Gelände mit seinem schwach rosa gefärbten Schleier, um bald dem goldigen Schimmer des scharfen Hahnenfuß Platz zu machen. Jetzt auch erscheint das gesättigte Rot des breitblättrigen Knabenkrauts, das von den Laien wegen der dunklen Flecke auf den breiten Blättern als das „gefleckte" angesprochen wird, doch dieses bevorzugt die Sumpfstellen in den Wäldern. Nun folgt gegen das Ende des Mai die Kuckucksblume in unzähliger Menge, deren Blüten fleischrote Farbe besitzen. Das Schaumhäufchen, der Kuckucksspeichel, am Stengel der Pflanzen ist die Schutzhülle, die eine Insektenlarve gegen alle möglichen Feinde um ihren blassen, weichen Körper legt. Mit ihrem „Schnabel" entnimmt sie dem Stengel dauernd Flüssigkeit zur Bildung dieses Schaumpanzers. Die ausgewachsene Schaumzirpe bedarf dieses Schutzes nicht, da sie bei Gefahr sich mit Hilfe ihrer bedornten Hinterbeine zu weitem Sprunge abstößt, den die 4 aus-

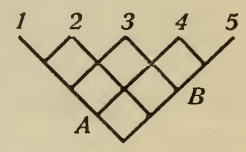
gespreizten Flügel noch erfolgreicher machen. Und wenn die Herrschaft der Kuckucksblume vorüber ist, dann hat das Wollgras, das mit seinen unscheinbaren auf Windbestäubung eingerichteten Blüten vordem keinen Eindruck hervorbringen konnte, seine Früchte gereift. Winzige Borsten der Blüten haben sich nun zu langen, weißen Wollschöpfen entwickelt, mit deren Hilfe die Samen wandern. Sind endlich diese einheitlichen Frühlingsfarben verschwunden, so treten nun verschiedene bunte Flecken auf: hier hat sich in einzelnen blauen Horsten der Gamander-Ehrenpreis entwickelt — „Männertreu" von böswilligen Frauen genannt, weil die Blüten so schnell abfallen; dort bildet der Augentrost farbige Haufen mit seinen hellen, gelb und lila gezierten lippenförmigen Blüten, und dort wieder zeigen sich die gelben Kolonien des Klappertopfes — die reifen Samen liegen locker in der Frucht und klappern beim Schütteln. Die bleichen Blätter, die oben am Stengel stehen, deuten auf das parasitäre Leben der Pflanze, die mit Hilfe ihrer Wurzeln den Wurzeln benachbarter Pflanzen räuberisch Nährstoffe entzieht, die andere Pflanzen mittels des Blattgrüns aus der Luft durch eigene Arbeit sich herstellen.

Die großen welken Flecke an den trockenen Stellen der Wiese werden aber nicht durch solche Räuberpflanzen hervorgebracht, sondern durch das schädliche Tun der Maulwurfsgrille, die die Wurzeln zerstört. Mit breiten, vielzackigen Schaufeln gräbt sie sich sicher und schnell weiter in der Erde, nur den Maulwurf hat sie zu fürchten, dessen Nähe ihr feines Ohr, das am Schenkel sitzt, verrät. Aber nur in warmen Nächten verläßt sie ihren Bau. Anders ist das bei ihren nahen Verwandten, der Feldgrille, die deshalb auch so manchesmal dem Naturfreunde auffällt. Auch durch ihren „Gesang" macht sie sich bemerkbar; dann reibt sie eine rauhe Flügelader gegen eine entsprechende des andern Flügels. Noch lauter singt das grüne Heupferd. Seine langen, mit muskulösen Schenkeln versehenen Hinterbeine ermöglichen mächtige Sätze, die 4 steifen, pergamentartigen Flügel werden dann ausgespannt und wirken als Fallschirm.

An den Stellen aber, wo das Wiesengelände moorig wird, erscheint eine besonders reizvolle Pflanzengemeinschaft. Da kriecht die Moosbeere am Boden entlang, niedliche rosa Blüten treten zwischen den eiförmigen Blättern hervor, und im Herbst reift sie rote Beeren, die zur Herstellung eines geschätzten Kompots auf den Markt gebracht werden. Aus einem ganz andern Grunde kommen die Zweige des stark duftenden Sumpfporsts auf die Märkte unserer kleinen Städte — als „Mottenkraut" werden sie seit alters dort feilgeboten. Die kleinen dunklen Beeren eines Strauches, der mit seiner Beblätterung sehr an das Heidekraut erinnert, werden versehentlich vielleicht manchmal als Blaubeeren gepflückt. Diese „Krähenbeeren" jedoch sind etwas kleiner und zeigen am unteren Ende Kelchreste; sie sollen giftig sein. Dann sind es kleine Weidenarten, die auf unsern torfigen Wiesen auftreten, kriechend — die „kriechende Weide" — und strauchartig. Wegen der breiten Nebenblätter, die auf jeder Seite des Blattstiels stehen, wird der Strauch „geöhrte" Weide genannt, nach der Farbe der Blätter ein anderer, die „bleiche" Weide, sie ist niedrig und tritt nur spärlich auf; noch

spärlicher ist die Heidelbeerweide, die wegen ihrer geographischen Verbreitung auch Gletscherweide genannt wird. Diese seltene Pflanze ist bei Bartschin vom Professor Spribille entdeckt worden, der sich um die Botanik unserer Provinz so sehr verdient gemacht hat, der manche Pflanzengruppen, wie z. B. die Brombeeren und die Rosen, um die sich niemand bis dahin eingehender gekümmert hatte, mit hingebendem Fleiße und umfassender Sachkenntnis bearbeitete. Eine nicht geringe Anzahl neuer Formen entdeckte er dabei, die nun Ortschaftsbezeichnungen unserer Provinz in ihrem Namen tragen und sie in die botanische Literatur einführten; um nur einige zu nennen: posnaniensis, ostroviensis, seebergensis, crotoschinensis, colmariensis, smiglensis usw. Seit Rischls Tod i. J. 1866, des ersten verdienstvollen Bearbeiters der Posener Flora, haben unsere einheimischen Blütenpflanzen keinen gefunden, der mit solchem Erfolge sie durchforscht hätte.

Die Weiden jedoch sind ein merkwürdiges Pflanzengeschlecht. Trotz reichlichen Blühens sind sie in den meisten Fällen gezwungen, sich aus der Wurzel zu vermehren, denn die winzigen Samen, die sich vermittels des Haarschopfes durch den Wind verbreiten, behalten nur für sehr kurze Zeit ihre Keimkraft. Und trotzdem bilden sie ganz besonders häufig Bastarde, durch gegenseitige Bestäubung zweier verschiedener Arten entstanden, die die Eigenschaften beider Eltern verbinden. Wieviel davon aus nur 5 Arten entstehen können, zeigt die nebenstehende Figur. Bei A würde es sich also um eine Mischform von Art 1 mit Art 4, bei B von 3 und 5 handeln. Die Anzahl der möglichen Bastarde wird nun aber noch vermehrt dadurch, daß verschiedene Pflanzen entstehen könnten, je nachdem bei A der Blütenstaub von 1 auf die Samenanlagen von 4, oder der Blütenstaub von 4 auf die werdenden Samen von 1 gewirkt hat, und dadurch, daß es „männliche“ und „weibliche“ Weiden, d. h. Blütenstaub bzw. Fruchtknoten tragende gibt. So sind denn die im Freien auftretenden Weidenformen oft schwer zu entziffern — botanicorum crux et scandalon: der Botaniker Last und Leid nannten die alten Pflanzenkundigen dies bösartige Geschlecht.



Sonnentau heißt das kleine Pflänzchen, das da fast verdeckt von Moosen und von den kriechenden Zweigen der Moosbeere die wenigen Sonnenstrahlen, die es treffen, glitzernd zurückwirft. Das liegt an den schleimigen Tröpfchen, die die gestielten Drüsenhaare, mit denen die Blattflächen reichlich besetzt sind, absondern. Setzt sich nun ein kleines Insekt, ein Käferchen, eine Mücke, eine winzige Fliege auf das Blatt, um von dem Schleim zu kosten, so bleibt es an der zähen Flüssigkeit kleben, die Drüsenhaare legen sich der Beute an, auch die Blattspreite biegt sich herum — das Insekt wird verdaut — es verschwindet bis auf wenige Reste: Flügel, Beine, Fühler. Nimmt man sich nun im Torfballen das Pflänzchen mit nach Hause, so kann man weitere Experimente anstellen, doch muß man es mit Regen- oder destilliertem Wasser begießen. Da findet man dann, daß die Pflanze Fleisch jeglicher Art verdaut, roh und gekocht, auch Eiweiß, auch Käse. Will Ran aber der Pflanze etwas Besonderes antun, und füttert sie mit Zucker und muchen, oder mit Semmel oder Brot, so ermittelt man, daß diese Stoffe auf

die Drüsenhaare nicht einwirken. Zwei Arten von Sonnentau leben in der Provinz: der rundblättrige und der langblättrige; beide bilden auch ab und zu Bastarde, deren Blätter eine Übergangsform zeigen.

Eine andere „insektenfressende" Pflanze, wie man unlogischerweise solche Gewächse nennt, findet sich auf diesen moorigen Wiesen: das Fettkraut. Die Blätter sind dick, fast fleischig, sie wickeln sich um die Beute herum. Die tiefblaue Blüte hat einen Sporn, sieht demnach dem Veilchen ziemlich ähnlich. In den Gräben des torfigen Geländes wächst eine Pflanze, die durch ihre leuchtend gelben und gespornten Blüten den Blick auf sich zieht; aber viel interessanter als die Blüten sind die im Wasser lebenden Blätter, eigentlich nur vielverzweigte Blattnerven. Daran sitzen nämlich reichlich eiförmige hohle Gebilde, die haben eine enge, mit steifen Haaren besetzte Eingangsöffnung, aber keine Pforte führt wieder heraus. Die winzigen Wesen, die da hineingeraten, wie z. B. kleine Krebschen, gehen bald zugrunde, sie werden verdaut und dienen dem Aufbau der Pflanze. Bis vor wenigen Jahren besaß die Provinz noch eine weitere insektenverdauende Wasserpflanze: Aldrovándia vesiculósa, die blasentragende Aldrovandia. In einem See, dicht bei der Stadt Tremessen war sie entdeckt. Seit einigen Jahren ist dort aber vergeblich nach dieser Seltenheit gesucht worden.

Unter den Moosen, die diese Wiesenmoore bewohnen, tut sich eine Form besonders hervor, es ist das Torfmoos par excellence, Sphagnum, in mehreren Arten. Aber wie vorzüglich ist es auch für diesen Standort geeignet organisiert. Das Gewebe seiner unzählig vielen kleinen Blättchen besteht — wie das Mikroskop offenbart — aus einem Netz schmaler, grüner, miteinander verwachsener Zellen, die Maschenöffnungen werden durch erheblich größere Zellen gebildet. Jene nehmen die Nahrung aus der Luft auf, diese aber sind Aufbewahrungsgefäße für Tau- und Regenwasser. An ihrer Wandung ist eine Spirale vorhanden als Versteifungsvorrichtung, und eine verhältnismäßig große Öffnung führt in diesen Vorratsraum, der gierig Feuchtigkeit aufschlürft. Deshalb braucht das Toorfmoos keine Wurzeln, die untere Partie vermodert, während die Pflanzen immer weiter nach oben wachsen. So sind die Bedingungen zur Entstehung von aufgewölbten Mooren, von Hochmooren gegeben. Es sind einige dieser botanisch-geologischen Bildungen in der Provinz vorhanden. Das ausgedehnteste Hochmoor ist das im Kreise Obornik bei Ludom. Selbstverständlich unterscheidet sich auffallend der Torf eines Hochmoores von dem eines Wiesenmoores, der fest ist und aus verflochtenen Wurzeln und Pflanzenstengeln besteht. Wegen der aus der Organisation des Torfmooses folgenden wasseraufsaugenden Eigenschaft wird dieser Torf als Streu in Ställen verwertet, auch als Verbandsmaterial soll er sich bewähren.

Die Pflanzenbestände der fließenden Gewässer haben zwar mancherlei Ähnlichkeit mit denen der Seen, aber doch auch manches Eigentümliche. Die Ufergebüsche sind auf weite Strecken manchmal aus angepflanzten Weidenarten gebildet, aus der Mandel- und Korbweide hauptsächlich, auch aus der Purpurweide. Gegen Ende des Sommers werden sie geschnitten, werden auch in der Provinz, z. B. in

I. Das Pflanzenkleid, das den Boden des Posener Landes schmückt.

1. Niedrige Birke, Nakel.
2. Wallberg, Wierzebaum.
3. Beutkiefer, Theerkante.
4. Wacholderbaum, Weißensee.
5. Eibe, Goray.
6. Eiche, Rogalin.
7. Alte Buche, Birnbaum.
8. Linde, Wischin.

Neutomischel, im großen zu Flechtarbeiten verarbeitet. Die einst ausgedehnten Hopfenkulturen in der näheren und weiteren Umgegend von Neutomischel werden jetzt mehr und mehr durch Weidenplantagen verdrängt. Aus den Ufergebüschen strecken sich die hohen blauen Blütenstände des langblättrigen Ehrenpreis hervor, der Gilbweiderich prangt mit großen gelben Blüten, und purpurn ist der dichte rispenartige Blütenstand des Blutweiderichs, der, wenn wir die Länge der Staubfäden, des Griffels und die Farbe der Staubbeutel beachten, drei Sorten von Blüten hervorbringt — zwei verschiedenartige muß das besuchende Insekt in Beziehung bringen, wenn keimungsfähige Samen entstehen sollen. Dann macht sich durch die Menge ihrer weißen, reich besetzten Blütenstände eine Garbenart bemerkbar, wegen der am Rande der lanzettlichen Blätter sitzenden knorpeligen Sägezähne: „knorpelige" Garbe genannt. Nach Westen hin, jenseits der Grenze der Provinz, wird sie durch eine sehr ähnliche Art, die Bertramsgarbe ersetzt, eine pflanzengeographische Erscheinung, die auch für andere Arten gilt: unsere pontische Kuhschelle, deren Blüte nickend ist, wird nahe der Westgrenze der Provinz durch die „gemeine" Kuhschelle — mit aufrechten Blüten — vertreten. Auch das tatarische Leimkraut — es hat schmale Blätter und weiße rispenartige Blütenstände — muß zu den Pflanzen der Flüsse gerechnet werden, obgleich es den trockenen Sand des Überschwemmungsgebietes bewohnt, aber das fließende Wasser ermöglichte dem Samen die Wanderung aus dem fernen Südosten.

Auf den trockenen Sandfeldern wetteifert erfolgreich mit dem Leimkraut der Feldbeifuß, denn die schmalen Blatteile werden nur wenig getroffen von den austrocknenden Sonnenstrahlen, und die weithin kriechenden Wurzeln entnehmen dem Erdreich den spärlichen Rest von Feuchtigkeit. Die bräunlich-grauen Blütenstände, die aus kleinen knopfförmigen Blütenkörben zusammengesetzt sind, locken kaum die Insekten an, aber für die Raupe des Beifußmönchs bilden sie einen sicheren Schlupfwinkel. In Zeichnung und Färbung ähnelt sie so sehr diesen Blütenstandrispen, daß sie sich in der gleichen Umgebung nicht bemerkbar macht — so ist sie geschützt gegen ihre Feinde. Demnach spricht man von einer Schutzfärbung oder Schutzzeichnung der lebenden Wesen. Auch die Schutzvorrichtung, die Mimikry, Nachahmung, genannt wird, läßt sich auf diesem Gelände nicht selten beobachten. Die Blattwanzen, die so häufig und so verbreitet sind, brauchen sich vor ihren Feinden, den Insekten, den Vögeln z. B., nicht zu fürchten; durch die scheußliche Flüssigkeit, die die Stinkdrüsen absondern, sind sie gefeit. Aber auch der Schildkäfer, obgleich ihm dieser widerliche Duft nicht anhaftet, ist geschützt, denn er hat äußerlich große Ähnlichkeit mit jenen Blattwanzen. Einen anderen Fall von Mimikry zeigt uns ein harmloser Schmetterling, der sonst weder Wehr noch Waffen hat. Allerdings müssen wir ihn in einer mit Bäumen bewachsenen Gegend aufsuchen. Da sitzt er, wohl an der Rinde eines Pappelbaumes, ruhig und sicher. Denn weder Mensch noch Tier wagt ihn zu berühren; jeder hält ihn wegen seines gelben Hinterleibes und wegen der häutigen, schuppenlosen Flügel für eine Hornisse, und Hornissenschwärmer, Trochilium apiforme, wird er genannt. Nicht weit davon entfernt bietet sich wohl die Gelegenheit, einen andern Fall von Nach-

ahmung zu beobachten. Da steht eine Staude der Braunwurz — Scrofulária, weil sie früher gegen die Skrofeln angewendet wurde — die schon reichlich Früchte, kleine, vielsamige Kapseln, entwickelt hat. Aber nicht wenige dieser vermeintlichen Früchte sind die Cocons eines kleinen Rüsselkäfers, Ciónus scrofuláriae, die die Larven bergen. Keiner von den den Insekten nachstellenden Feinden ahnt hier die fette Beute.

Im lockeren Sande, hauptsächlich dort, wo das Sandfeld an einen Kieferwald stößt, machen sich flache Trichter bemerkbar: die Larve des Ameisenlöwen lauert dort gierig auf Beute. Naht ein kleines Insekt dem Rande der Löwengrube, so wird ihm ein Sandwirbel entgegengeschleudert, und nun wird das überraschte Beutetier mit Hilfe der mächtigen, zangenartigen Freßwerkzeuge leicht überwältigt. Das ausgebildete Insekt, die Ameisenjungfer, ist von zierlicher Gestalt, mit ihren vier zarten, schmalen Flügeln vermag sie sich in elegantem Fluge durch die Luft zu schwingen.

Neben dem Feldbeifuß wuchern auf den trockenen Sand- und Kiesfeldern die dichten Polster des Mauerpfeffers, der im Juni durch seine vielen gelbleuchtenden Blütenstände eine Zierde des Geländes wird. In den zahlreichen fleischigen Laubblättern speichert er zur Zeit des Überflusses reichlich Wasser auf. Durch dichtes, geschlossenes Wachstum und tiefgehende ausgebreitete Wurzeln schützt sich das graue Fingerkraut, das im März manchmal schon seine gelben Blüten entwickelt, gegen die Trockenheit. Die graue Färbung seiner aus fünf Teilen bestehenden Blätter wird durch winzige Haare, die besonders dicht auf der Unterseite stehen, hervorgebracht, und die Lupe läßt erkennen, daß die Haare aus Verästelungen bestehen: es sind Sternhaare. Ein Sonnenschirm, meint man, müßte auf der oberen Fläche ausgespannt sein; auf der unteren aber befinden sich die überaus kleinen Spaltöffnungen, mit denen die Pflanze die Nahrung aus der Luft aufnimmt, durch die aber auch Feuchtigkeit ausgeatmet wird. Die dichte Schicht von Sternhaaren verringert nun ganz außerordentlich diese Verdunstung. Wie bei der Garbe und der Kuhschelle ist es auch mit diesem Fingerkraut: nach Westen hin wird es durch eine überaus ähnliche Art ersetzt, durch das Frühlings-Fingerkraut, das statt der Sternhaare einfache Haare besitzt, schon etwas westlich von Lissa ist es keine Seltenheit mehr.

Anders schützt sich die Grasnelke, die gleich daneben ihren schwach rosa gefärbten Blütenkopf zeigt, gegen den trockenen Untergrund. Sie besitzt schmale Blätter, die mit einem dichten Schopfe, der Tunika, den Fuß des schlanken Blütenschafts umgeben und den Standort vor vollständigem Austrocknen bewahren, und die senkrecht und tief eindringende Wurzel hält sich vorsichtig in dieser feuchten Sphäre. Ähnlich macht es der Mannsschild, Andrósace septentrionális, der eine aus breiten Blättern bestehende Rosette über seinen Standort deckt, so fest, daß die Blätter beim Herausziehen der langen senkrechten Wurzel stark sich nach unten biegen — so wird von der Pflanze die Feuchtigkeit in einem dicht abgeschlossenen Raum aufbewahrt. Die weiße Blütendolde wird auf hohem Schafte weithin sichtbar emporgehoben, so daß die Insekten zur Bestäubung herbeigerufen werden. Die

fehlen auch auf diesem Sandboden nicht. Bläulinge verschiedener Art und rotbraunschwarzgefleckte Scheckenfalter lieben solch sonnige Gegenden, und wenn dann die Dämmerung das Tageslicht ablöst, dann streichen eiligen Flugs die Schwärmer über das Feld, um mit Hilfe ihres langen Rüssels aus den leuchtend gelben Blüten der Nachtkerze, aus den blauen Blüten der Natterzunge und anderen, die röhrenförmig gebaut sind, Honig zu holen. So manche Seltenheit schwärmt unter ihnen in der Provinz herum. Der seltenste Schwärmer, der je hier gefangen, ist ein Unikum, anderswo hat man ihn noch nicht ermittelt. An dem etwas ins Violette leuchtenden Lichte einer elektrischen Bogenlampe ist er 1901 erbeutet worden. Nach langem Hinundherüberlegen wurde er dann schließlich als ein Schmetterlingsmischling aufgefaßt zwischen Deiléphila livórnica und D. zygophýlli, keine von beiden Arten ist eigentlich einheimisch in der Provinz — es sind verflogene Schmetterlinge, wenn auch D. livornica hier einige Male gefangen ist.

Auch das Heidekraut wagt sich zuweilen auf die trockenen Sand- und Kiesfelder; im allgemeinen bietet aber der Boden der Heide den Gewächsen schon günstigere Existenzbedingungen. Mehrere Arten der Glockenblume erfreuen dort das Auge: die ausgebreitete Glockenblume, nach ihrem weiten Blütenstande so genannt, sie zeigt rötlich-blaue Blüten; die seltene sibirische Glockenblume, an ihren zehn Kelchzipfeln leicht erkennbar; noch seltener wohl ist die Art, die man die bologneser nennt, die im hohen Blütenstande kleinere Blüten trägt. Häufig aber ist die rundblättrige Glockenblume, so genannt, weil die untersten Blätter eine ziemlich breite Spreite haben, mit der die Pflanze reichlich der Luft Nahrung entziehen kann; manchmal welken sie schon bei der Entwicklung der Blüten, so daß dann nur noch die schmalen oberen Blätter übrig sind, die infolge ihrer geeigneten Gestalt den Sonnenstrahlen Widerstand leisten können. Ist die Fruchtkapsel gereift, so öffnen sich ihre drei Fächer, doch nicht vollständig, sondern je in einem Loche, aus dem, wenn der Wind oder ein vorüberlaufendes Tier daranstößt, nur immer einzelne Samen herausfallen können, so daß dadurch für eine möglichste Verstreuung derselben gesorgt ist; blieben sie zusammen, so würden die vielen dichtstehenden Pflänzchen sich gegenseitig Nahrung und Licht nehmen; von der Menge der Samen würden schließlich nur ganz wenige aufwachsen. Hier und da macht sich auch auf knochentrockenem Standort eine Lattichart, Lactúca scariola, bemerkbar, eine Verwandte des Kopfsalats, der in Gärten gezogen wird. Sie schützt sich in ganz origineller Weise gegen die Trockenheit der Sonnenstrahlen; sie stellt ihre Blätter senkrecht: nur ein kleiner Teil der Strahlen trifft nun ihre Fläche. Doch die heißeste Sonne kommt von Süden, ihr auszuweichen muß die Pflanze besonders bemüht sein — so richtet sie denn ihre Blätter nach Süden und nach Norden; jetzt gleitet die Mittagssonne unschädlich daran vorbei, und Kompaßpflanzen nennt man solche Pflanzen. Doch ganz genau nach Norden zeigt die Magnetnadel ja nicht, sondern sie besitzt, hier bei uns, eine Abweichung nach Westen. Und eine Deklination nach Westen zeigt die Lattichpflanze ebenfalls, denn die heißeste Hitze am heißen Tage ist nicht um 12 Uhr, sondern nachher, und dieser heißesten Sonne, die sich schon etwas nach Westen gewendet,

will die Kompaßpflanze ausweichen. Noch eine andere Kompaßpflanze, die ebenfalls gelbe Blütenkörbe entwickelt, beherbergt unsre Provinz, den Krümling, Chondrilla júncea, bei der die Erscheinung allerdings nicht so auffallend ist. Sie braucht auch nicht so peinlich darauf zu achten, da die Blätter schon durch ihre sehr schmale Gestalt einen Schutz gegen die Sonne haben.

Auch Sträucher von knorrigem Wachstum treten auf den Heideflächen auf. Niedrige Kiefern, Wacholder, dann auch der Schlehdorn, der Dornenstrauch des Märchens und der Sage, der Schwarzdorn, der seine weißen Blüten Anfang Mai, kurz vor den Eisheiligen entwickelt. Gerade die Schlehen, die mit dichtem Gestrüpp oft die Abhänge der pontischen Hügel bedecken, gewähren so vielen Tieren einen sicheren Schlupfwinkel. Besonders die Eidechsen sind es, die vor ihren vielen Feinden sich da hinein flüchten. Die Zauneidechse und dann die seltenere Bergeidechse, die zierlicher gebaut ist. Der Zoologe nennt sie Lacérta vivípara, d. h. die lebendig gebärende, denn kaum sind die Eier gelegt, so platzt schon die zarte Schale, und die Jungen kommen heraus. Auch die große, lebhaft gefärbte Smaragdeidechse kommt vielleicht in der Provinz vor — sie ist für einige Gegenden von sonst zuverlässigen Beobachtern angegeben worden. Und wieviel Vögeln geben die Schlehen ein sicheres Versteck, im Herbst, wenn das Laub fällt, machen sich die verlassenen Nester bemerkbar. Da ist z. B. der Würger zu nennen, der den Dorn des Strauches benutzt seine Jagdbeute unterzubringen, soviel eben heraufgeht: Schmetterlinge, Käfer, kleine Vögel wohl auch, Eidechsen usw. So sucht er die Inkonsequenz der Natur auszugleichen, die ihm zwar den Schnabel eines Raubvogels, nicht aber die Fänge eines solchen gegeben. Mehrere Würgerarten sind heimisch in der Provinz, der häufigste ist der rotrückige Würger. Wo das trockene Heidegelände in das der pontischen Hügel übergeht, erscheint auch eine Rüster, die Feldrüster von niedrigem Wachstum, die ein dichtes Gestrüpp bildet. So tritt sie z. B. in der Nähe der Stadt Posen auf, auf hohem Wartheufer bei der Wolfsmühle. Die Zweige sind mit einer dicken Korkschicht versehen, wodurch die Pflanzen ein absonderliches Aussehen erhalten. Gerade dieser Standort ist seit mehr als 60 Jahren beobachtet, und noch nie haben diese Sträucher Blüten und Früchte entwickelt.

Bäume und Wälder.

Die Pflanzenarten, die waldbildend auftreten, bedecken von den rund 2900000 ha Oberfläche der Provinz etwa 573400 ha. Oder: auf je 100 ha Gesamtfläche kommen etwa 19 ha Wald, 60 ha Ackerland, 8 ha Wiesen, 4 ha Weidefläche und Hutung, 4 ha Wege und Gewässer, 1 ha Öd- und Unland, 0,9 ha für Gehöfte und Gebäude, 0,7 ha Gärten und Weinberge. Weinberge sind im Westen der Provinz, im Kreise Bomst, vorhanden; dort soll die Rebe durch fränkische Kolonisten im 13. Jahrhundert eingeführt sein. 1900 waren 150 ha mit Wein bebaut. Bei einer „ganzen Ernte" rechnet man 22 bis 26 Zentner Trauben auf den Morgen ($^1/_4$ ha); doch häufig ist solche Ernte nicht, und so wird denn der

Weinbau dort mehr und mehr durch die Himbeeren verdrängt, die mit etwa 25 Mk. für den Zentner Früchte sich nutzbar machen. Übrigens wurde selbst im Norden der Provinz, im Kreise Bromberg früher mal auf kurze Zeit Weinbau betrieben.

Unter den waldbildenden Bäumen steht die Kiefer obenan. Eine im Jahre 1904 vom hiesigen Naturwissenschaftlichen Verein veröffentlichte Zusammenstellung „Bäume und Wälder der Provinz Posen" gibt für 71 % des Waldareals, d. h. für 408400 ha an: 355080 ha Kieferwald, 53320 ha Laub- bez. gemischte Bestände. Somit ist es nicht zu verwundern, daß seit alters nach dem Nadelwalde — auf polnisch bór, spr. bur — zahlreiche Niederlassungen benannt sind: Borek, Borowo, Bowschin, Przybowro, Zaborowo, usw. Nach der Kiefer (sosna, chojca) im besonderen sind benannt z. B.: Sosnica, Sosnia, Sossnitz; Chojna, Chojnoblotte, Chojki. Für die einzelnen Kreise ist der Waldbestand, wie auch das Verhältnis zwischen Nadel- und Laubwald sehr verschieden. So zeigt z. B. der Kreis Bromberg 42335 ha Wald, Gnesen nur 1413 ha; Adelnau besitzt 13448 ha Kiefern und 7312 ha Laub- bez. gemischte Bestände; für Birnbaum jedoch ist das Verhältnis 17970 ha zu 401 ha.

Anders erscheint die Kiefer, wenn sie am Bestande sich befindet, anders wenn sie einzeln steht. Dort bildet sie den hohen schlanken Stamm mit vorschriftsmäßig entwickelter Krone, als Einzelbaum zeigt sie manchmal die abenteuerlichsten Gestaltungen, und sie neigt dann sehr zu individueller Ausbildung. So sind die Schirmkiefern, in der Provinz mit flach ausgebildeter Krone nicht selten und eine eigenartige Gestaltung zeigt auch die Napoleonskiefer bei Bobelwitz; unter ihr soll Napoleon auf dem Zuge nach Rußland mit seinem Stabe gerastet haben; ihr Alter wird auf 300 Jahre geschätzt, der Stammumfang beträgt 3,7 m. Im allgemeinen wird der Stammumfang der Kiefer nicht sehr bedeutend. Die stärksten Kiefern (bei Obornik und im Kreise Bromberg) haben einen Umfang von nur vier Metern. Das Maß ist in der Höhe von einem Meter genommen. Manchmal zeigt der Kieferstamm Drehwüchsigkeit, wie die Abbildung der Beutkiefer (Abb. 3) das erkennen läßt. In früheren Zeiten wurden nämlich die Stämme zu Bienenwohnungen eingerichtet; Bienen- oder Beutbäume nennt man sie; Bienenort heißt noch heute das dem Forstrevier Niekosken benachbarte Gelände (Kreis Czarnikau) und auf der nahen Turankaer Heide standen früher Beutkiefern in größerer Anzahl. Die Abbildung zeigt eine Beutkiefer aus den Theerkeuter Forsten. Das lange schmale Loch, 0,75 m lang, diente zum Ausbeuten des Honigs, es konnte durch eine Tür, für deren Befestigung noch Anzeichen vorhanden sind, verschlossen werden; mit Weidenruten wurde sie zugebunden. Das Loch daneben war das Flugloch für die Bienen. Das Loch darüber wurde aus irgend einem Grunde später hineingehackt und hat mit der Beute nichts zu tun. Früher gab es in den Theerkeuter Wäldern Bienenkiefern in großer Menge, noch vor etwa 70 Jahren brachte die Beute im Herbst dem Besitzer 3000 Taler ein. Auch andere Bäume, z. B. mehrfach Eichen, wurden in der Provinz früher als Beutbäume verwertet.

Als Unterholz des Kieferwaldes tritt der Wacholder besonders auf, dessen reife Beeren den Drosseln eine erwünschte Nahrung bieten. Es gilt ihnen aber nur das weiche Fleisch, den harten Samen tun sie nichts — so verbreiten sie den hübschen Strauch. Erst im zweiten Jahre werden die Beeren reif, und dann machen sie sich durch ihre dunkelviolette Färbung bemerkbar. Die unreifen Beeren sind grün und fallen den nahrungsuchenden Vögeln nicht auf, weil sie die Farbe ihrer Umgebung haben. Da beim Wacholder Staubbeutel und Samenanlagen auf verschiedene Sträucher verteilt sind, bringen nicht alle Wacholder — die meisten nicht — Beeren hervor. Auch baumartig, mit deutlich entwickeltem Stamm tritt der Wacholder in der Provinz auf. Der schönste Wacholderbaum (Abb. 4) steht im Höllengrunde bei Weißensee, er besitzt etwas über $\frac{1}{2}$ m Stammumfang, bei 2 m beginnt die Verzweigung, und 4 m Durchmesser besitzt die Krone.

Auch die Eibe, der Taxus, ist als Nadelbaum zu nennen, als ein ehemaliger Bestandteil unserer Wälder; aus dem etwas moorigen Waldboden bei Silehne sind vor einigen Jahren mehrere Fuhren Eibenstubben ausgegraben worden. Manche Ortsnamen mahnen noch an sein einstiges Vorhandensein: Ciswica, Iwenbusch z. B. Von ursprünglichen starken Eibenbäumen sind heute noch zwei bekannt; der eine steht in der Stadt Schmiegel, der andere (Abb. 5) dicht am Gutshause von Goray im Kreise Schwerin a. d. W. Sein Umfang beträgt 2 m, das Alter ist mit Berücksichtigung der Jahresringe auf 400 Jahre anzusetzen. Einige, sicher auch urwüchsige Bäumchen von geringer Stärke stehen in den Waldungen bei Grätz; das größte Exemplar zeigt aber schon eine Höhe von $4^1/_2$ m. Auch die Fichte tritt im Süden der Provinz sicher wohl ursprünglich auf. Die prächtigen Bäume im Tiergarten von Antonin bei Ostrowo, dem Reste eines ehemaligen Waldes, machen ganz den Eindruck der Selbständigkeit. Gern umkränzt die Birke den Kieferwald, die mit ihrem flatternden Laube und ihrem weißen Stamme ihm noch einen besonderen Schmuck gibt. Eine erhebliche Stärke erreicht sie nicht, der größte Umfang des Stammes, der in der Provinz gemessen ist, beträgt nur 2 m (Ludwigshöhe, Kr. Posen Ost). Der Baum erfreute sich aber von alters her einer besonderen Vorliebe seitens der Landbevölkerung. Man pflanzte ihn gern an, an Gehöften und an Wegen, und so mancher Ortschaft hat er (polnisch brzoza spr. bschosa) den Namen gegeben: Brzezina, Brzostownia, Brzozogaj, Briesen (Brzezno). Auch an den Altären, die zur Fronleichnamsprozession auf den Straßen errichtet werden, darf die Birke nicht fehlen.

Einzelne Zitterpappeln, ab und zu auch die weichhaarige Birke, Ebereschen, Brombeersträucher und hier und da Schlehen trifft man im Kieferwalde an. Der hohe Adlerfarn übertrifft mit seinem vielfach gefiederten Laube manchmal noch die Höhe dieser Sträucher; sein Wesen zeigt sich in der Wurzel: auf der Schnittfläche bilden die starken Gefäßbündel das Bild eines österreichischen Doppeladlers. Am Boden, dicht daneben, kriecht das Schlangenmoos, das an besonderen Stielen keulenförmige Gebilde emporsendet, in denen unglaubliche Mengen von winzigen Sporen abgesondert werden — die als Lycopodium, Bärlappsamen, Streupulver in den Handel kommen. Aber hier sind noch besondere Fortpflanzungskörper nötig,

denn diese Sporen geben nicht sogleich wieder ein Schlangenmoos, sondern erst den sogenannten Vorkeim, der nach Jahren die eigentliche Pflanze entstehen läßt; und die dazu nötige Nahrung kann er nur dann hervorbringen, wenn er mit einem gewissen, sehr winzigen Pilze des Waldes eine „Lebensgemeinschaft" eingegangen ist. Dann macht sich auch der hohe Winterschachtelhalm bemerkbar, der astlose Stengel, manchmal 1 1/4 m hoch, entwickelt. Die hügelige Wartheinsel bei Radzim im Kreise Obornik ist streckenweise dicht mit diesem Schachtelhalm bewachsen, und wenn der Wind nun darüberstreicht und die rauhen, hohlen Halme gegeneinanderreibt, dann ist es wieder zur Wirklichkeit geworden: es rauscht in den Schachtelhalmen. Auffallend ist eine hohe Grasart — das Schilfrohr — das im trockenen Kiefernwald in einzelnen sehr langblättrigen Stauden den Blick auf sich zieht. Die geknickten Grannen, die deutlich aus den Blüten hervorragen, sind außerordentlich „hygroskopisch", so daß sie beim Anhauchen sogleich sich um ihre Achse drehen, das nutzt ihnen beim Verankern der Frucht, die mittels des Windes wandert. Eine Schwingelart, die durch ihre sehr langen und sehr dünnen Blätter so recht die Pflanze trockener Gegenden andeutet, ist leicht zu „diagnostizieren" wie der Botaniker sagt, man braucht sie nur aus der Erde zu ziehen; die untersten Blattscheiden zeigen eine schöne hellviolette Farbe, daher Festúca amethýstina. In mehreren Kreisen unserer Provinz ist dieses Gras, das auch für Böhmen und Schlesien bekannt ist, ermittelt worden — bisher das nördlichste Vorkommen der Pflanze.

Auch andere Pflanzen des Kieferwaldes zeigen an ihrem unterirdischen Teil solch auffallende Färbung. Die nicht gerade häufige Bergsegge überrascht durch das prächtige, mit etwas Violett überhauchte Purpur ihrer Wurzeln — weshalb nur hat die Natur diese schönen Farbenschöpfungen dem Blicke des Menschen entzogen? Nun, er hat ja davon noch genug Oberirdisches zu bewundern; dort dicht daneben den Horst purpurblühender hoher Pflanzen, des schmalblättrigen Weidenröschens. Aber da muß auch jeder Teil mithelfen, die Farbenwirkung des Blütenstandes zu heben. Die gesättigt grünen Laubblätter geben den sehr geeigneten Hintergrund; nicht nur die vier Blumenblätter sind purpurn, auch der Kelch, sogar der lange Fruchtknoten ist rot überhaucht, und die acht weit hervorragenden Staubbeutel sind grün gefärbt und purpurn ihre Fäden. Daher denn auch die anlockende Wirkung, die die Blüten auf die zur Bestäubung nötigen Insekten ausüben, jetzt, wo das Jahr an der Vollkraft seines Lebens steht, wo die Konkurrenz unter den vielen bunten Blumen eine so große ist. Noch in historischer Hinsicht ist die Pflanze zu erwähnen; ganz besonders das Weidenröschen war eine von den Pflanzen, auf die Sprengel vor mehr als 100 Jahren — lange vor Darwin — seine Lehre von der Fremdbestäubung der Blüten stützte (1793). Aber, wie das bei so mancher der großen Entdeckungen gewesen ist: die Zeit war noch nicht reif dafür — damals, wo Linnés Anschauungen die Botanik noch in Fesseln hielten.

Und mit Bescheidenheit kommen auch die Pflanzen nicht weit. Dieser kleine zierliche Strauch, der dort am Boden entlangkriecht, bringt winzige schwach-

gefärbte Blüten hervor und selten ist es, daß daraus sich reife Samen entwickeln — sie werden wohl von den Insekten übersehen. Nach dem Altmeister der Botanik ist die liebliche Pflanze benannt: Linnaéa boreális, die nordische Linnäe; je weiter nach Norden, je kälter das Klima, um so wohler scheint sie sich zu fühlen.

Nicht zu vergessen bei der Flora des Kieferwaldes sind die zahlreichen Pilze, die ihn bewohnen, oft so überraschend in Färbung und Gestaltung. Auch in liebenswürdigen Scherzen gefallen sie sich so manchmal. Sie hemmen des Wanderers Schritt hie und da in Wald und Feld durch enge oder weite Ringe, wo Pilz an Pilz steht; Hexenringe nennt sie das Volk, Tanzplätze der Elfen für ihren nächtlichen Reihen. Wie sind sie entstanden, diese absonderlichen Figuren? Der eigentliche Pilz sitzt in der Erde, was nach oben kommt, das sind nur die Vermehrungskörper; in der Erde bildet er ein feines Geflecht von Fäden, das dem Boden gewisse als Nahrung notwendige Stoffe entzieht. Sind sie hier verbraucht, so wandert der Pilz von diesem Zentrum aus gleichmäßig nach allen Richtungen weiter und treibt an der — kreisförmigen — Grenze seines neuen Gebiets wieder „Pilze" aus dem Boden hervor, die demnach auf der Peripherie dieses Kreises stehen müssen — so geht es weiter von einer Vegetationsperiode zur andern. Allmählich wird der Kreis lückenhaft — schließlich verschwindet der Hexenspuk, um irgendwo anders zu erscheinen.

Schlimmer aber als die Hexen mit ihren harmlosen Spielen ist ihr Gevatter, der Teufel, der so manchen Pilz — den † Satanspilz, den † Speiteufel und manchen andern, der es uns im Namen garnicht mal sagt — mit schlimmem Gift besessen hat, das dem Menschen Tod und Verderben bringt, wie das ja immer ist, wenn der Mensch sich mit dem † Teufel, seinem Erbfeind, einläßt. In das Weiß der Unschuld kleidet sich der giftigste der giftigen, der † Knollenblätterschwamm — wie oft ist er schon mit dem Champignon verwechselt worden, denn auch er hat „Blätter" auf der Unterseite des Hutes, an denen sich die unendliche Menge der Sporen entwickelt, auch er hat einen Ring, die Manschette, am Stiel, die in der ersten Jugend, als noch der Pilz einem zugeklappten Schirme ähnelte, den Sporenraum sorglich abschloß. Aber beim Champignon geht die Farbe der Blätter aus schwach rosa bald, wenn das dunkle Sporenpulver heranreift, in ein violettes Braun über, bei seinem giftigen Ebenbild ändert sie sich nicht. Die weißlichen Flocken oben auf dem Hute dieses Giftpilzes, wie auf dem des Fliegenpilzes, rühren von einer Schutzhülle her, die den Pilz in seiner ersten Jugend ganz umhüllte. Aber trotz der Giftigkeit entnehmen doch manche Insekten jenen Pilzen ihre Nahrung: Larven von Käfern, besonders die Larven der Kurzflügler, deren Flügeldecken den Hinterleib nur zum geringsten Teile bedecken, machen den Pilz wurmstichig — sie dienen ihm aber dadurch, daß sie die Sporen verbreiten. Auch die † Täublinge, die rot, gelb, grün, braun, weiß gefärbt sind, können Gefahr dem Menschen bringen. Aber sie sind leicht zu erkennen. Denn während bei den sonstigen Blätterpilzen die benachbarten Blätter in der Länge wechseln, stehen hier mehrere gleichlange unmittelbar nebeneinander. Auch unter der Pilzgruppe, der der hochgeschätzte Steinpilz angehört, der auf der unteren Seite seines Hutes nicht Blätter,

sondern Röhren zeigt, gibt es stark giftige Pilze, den † Satanspilz z. B., dessen Röhren rotbraun sind. Er ist übrigens selten in der Provinz. Aber Vorsicht mit den Speisepilzen! Ist der Giftpilz erst in den Kochtopf geraten, dann geht das Verhängnis seinen Lauf, keine Zwiebel, kein silberner Löffel verrät das Gift im Pilzgericht.

Wie anders ist der Eindruck, den des Nadelwaldes lichte Hallen, wie anders der, den des Laubwaldes dichter Schatten auf des Menschen Gemüt hervorbringt. Auch das ist anders: während der Laubwald mit der ganzen Macht seines Zaubers unsere Seele erfüllt, ehe die Sonne am höchsten steht — kommt des Kieferwaldes eigenartiger Charakter völlig erst nach der Mitte des Tages zur Geltung. Welch herrlicher Kontrast, wenn die sinkende Sonne die roten Stämme zwischen dem Dunkelgrün des Nadelwaldes mit leuchtendem Schimmer überzieht. Wie der Nadelwald, so ist auch der Laubwald (poln. las) in einer Reihe von Ortsnamen vertreten: Laskowo, Leszno, Lesniewo, Laski, Zalasewo u. a. m.

Von allen Baumarten hauptsächlich die Eiche, des Waldes Stolz, ist es, die hier schaffend sich betätigt. Daher findet man denn auch ihren Namen (polnisch dąb, dębu, = domb, dembu) in so vielen Ortsbenennungen: Dembina, Dembe, Dembnica, Dembowo, Dombrowa, Dembiniec u. a. m. In zwei Arten — abgesehen von den neuerdings eingeführten nordamerikanischen — tritt die Eiche auf, die sich durch die Blätter voneinander unterscheiden lassen: bei der Stein- oder Wintereiche verschmälert sich keilförmig die Blattspreite in den ziemlich langen Blattstiel; kurz ist der Blattstiel, und der Grund der Blattspreite ist herzförmig ausgeschnitten bei der Sommer- oder Stieleiche. Dieses ist die bei weitem häufigere Art. Imponierend wirkt sie manchmal durch die Wucht ihres Stammes und ihrer Äste, Quercus robur von Linné genannt, robur heißt die urwüchsige Kraft. Die stärksten Bäume stehen im Kreise Schrimm, im Parke von Rogalin. $8^1/_2$ m Umfang zeigt der Stamm eines dieser Bäume, er ist kerngesund und wird wohl noch manches Geschlecht der Menschen an sich vorüberwandern sehen (Abb. 6). Nur wenig bleibt dahinter die Eiche zurück, die sich den Standort mit dem schwer auszusprechenden Ortsnamen gewählt hat: Mszczyczyn. Allerdings zeigt sie schon eine sehr bedeutende Höhlung im Stamme.

Nicht nur der Zahn der Zeit nagt an diesen Baumgewaltigen, da ist der Specht z. B., der Schaden bringt, weithin schallt im Walde sein Hämmern. Hauptsächlich ist der große Buntspecht dafür verantwortlich zu machen, auch der kleine Buntspecht und der mittlere sind für die Provinz erwiesen, ferner der Schwarzspecht, der Grün- und der Grauspecht. Abgesehen von vielen anderen Schädlingen ist es der große Borkenkäfer (Cerámbyx heros), auffallend durch seine sehr langen Fühler, der stark die Eichen schädigt. Auch der Hirschkäfer beteiligt sich daran, wenn auch der Schaden nur gering ist, da dieser Riese unter unsern Käfern nur sehr vereinzelt auftritt, wenn er auch über die ganze Provinz verbreitet ist. Und nun die vielen Insekten, die das Laubwerk der Eiche bewohnen. Mehrere Arten von Hautflüglern bringen durch ihre Eiablage die eigenartigen Wucherungen

hervor, die man Gallen nennt. Die kugeligen Gallen werden durch die häufige Cynips quercus fólii verursacht, die kleineren platten und kreisrunden durch Neuróterus numismatis, die größeren durch N. lenticuláris. Auch Pflanzenläuse, Fliegen, Milben, Käfer und Raupen verursachen Gallen, eine Raupe z. B. die Harzgallen an der Kiefer (Retínia resinélla), eine Mücke die rosenartigen Auswüchse an der Weide. Und wieviel Vögeln bietet die mächtige Eiche Unterschlupf und Nistgelegenheit. Im vermorschten Stamm der Eichen wohnen die Höhlenbrüter, die Meisen und Spechte, der Kleiber, der den Eingang zu seinem Neste mit Erde verklebt, der Baumläufer, der Wiedehopf, besonders wenn sich Viehtriften in der Nähe befinden, wo er seine Insektennahrung mit Hilfe des langen Schnabels sich leichter verschaffen kann. Da seine Zunge so überaus kurz ist, muß er die possierlichen Bewegungen machen, wenn er die Nahrung in die Kehle bringen will. Durch den eigenartigen Ruf up-up macht er sich schon aus der Ferne bemerkbar, ihm verdankt er seinen zoologischen Namen Úpupa epops, und der häufig zu hörende Ruf zeigt uns an, daß der Wiedehopf in unserer Provinz zu den seltenen Vögeln noch nicht zu rechnen ist. So mancher Raubvogel nistet im hohen Geäst der Eiche. Der Schreiadler und der Fischadler, vielleicht auch der Seeadler, von dem so manches starke Exemplar in der Provinz erlegt ist. Auch der majestätische Steinadler ist schon hier Jagdbeute eines glücklichen Schützen geworden; ob er sich aber herabläßt, in den Waldungen der Provinz seinen Horst anzulegen? Auch der Schlangenadler hat sich ein paarmal bis hierher verflogen. Nicht so selten ist der Wespenbussard, der Baum-, Merlin- und der schöne Wanderfalk, der hier auch horstet. Seltener und seltener wird der Uhu, der nur noch für wenige Kreise gemeldet ist, auch für den Kolkraben gilt dies, der übrigens trotz des Größenunterschiedes zäh mit der häufigen Saatkrähe verwechselt wird. Besonders an feuchten Waldstellen findet sich der Horst des Schwarzstorches, der uns durch frohes Klappern an sein Dasein mahnt.

Eine weitere Baumart, die sich waldbildend in der Provinz betätigt, ist die Buche, die schon durch ihr Laubblatt, das ganzrandig ist, von der Hainbuche, deren Blatt einen scharf gesägten Rand besitzt, sich unterscheiden läßt. Auch in geschlossenen Beständen tritt sie auf. Die stärkste Buche — auch jetzt noch, nachdem sie vor einigen Jahren einen argen Windbruch zu beklagen hatte — steht in der Oberförsterei Birnbaum (Abb. 7) und zeigt einen Stammumfang von 0,7 m. Auch die Esche bildet hier und da geschlossene Bestände — einige Riesenbäume sind noch übrig geblieben aus früherer Zeit: der Baum im Parke von Slawno (Kr. Czarnikau) zeigt 7 m Stammumfang. Mehrere Ahornarten, der Spitz-, der Berg- und der Feldahorn beteiligen sich an der Bildung des Waldes, doch kommen sie nur eingesprengt vor, so auch der wilde Birnbaum, die sich aber meist einzeln auf Feldern und an Waldrändern zeigt. Der schönste Baum der Art wächst bei Bierzow, im Kreise Schildberg; der Stamm zeigt einen Umfang von 3,7 m, und die Krone hat 10 m Durchmesser. Doch das mächtigste Exemplar steht im Dorfe Feuerstein, 4,5 m besitzt der Umfang des Stammes, und jeder seiner Äste würde einen ganz respektabeln Baum abgeben.

Auch die kleinblättrige Linde — seltener die großblättrige — ist ein Waldbaum der Provinz, der seit alter Zeit beim Volke in hoher Achtung steht, was aus der erheblichen Anzahl der entsprechenden Ortsbezeichnungen sich ergibt: Lipie, Lipowiec, Lipuwka usw. Auch wurde der Baum zur Anpflanzung an Wegen (von Margonin nach Margoninsdorf i. J. 1705), an Kirchen und auf Kirchhöfen mit Vorliebe benutzt. Auf dem evangelischen Kirchhof in Fraustadt steht die Herbergerlinde, die zwar weder durch besondere Stärke (3,3 m), noch durch Schönheit des Wachstums sich hervortut. Doch erzählt die Sage, daß der Baum (1627) auf das Grab des Valerius Herberger, der Pastor am protestantischen Kripplein Christi war, gepflanzt worden ist. Herberger ist der Verfasser des bekannten Kirchenliedes „Valet will ich dir geben, du arge, falsche Welt", das er 1613 zur Zeit einer schrecklichen Pestnot dichtete. Zu den historischen Bäumen der Provinz gehört auch die Gerichtslinde auf dem Dominialhofe von Przygodzice im Kreise Ostrowo. Es sollen einst unter ihr Gerichtstage, die Jagd- und Forstfrevel betrafen, abgehalten worden sein. Die stärkste Linde der Provinz (Abb. 8) aber steht in Wischin im Kreise Kolmar. Ihr Stamm, der hohl ist, besitzt einen Umfang von 7,5 m; die Höhlung ist so umfangreich, daß darin 20 ausgewachsene Personen Platz haben. Auch die Feldrüster kann ganz erstaunliche Mächtigkeit erreichen. Der Baum an der katholischen Kirche in Samter zeigt — mehrere knorrige Auswüchse mitgemessen — einen Umfang von fast 9 m, ein zweiter auffallend kräftiger Baum steht nur wenige Schritte davon entfernt. Ein Baum, der sich nur hier und da in den Wäldern zeigt, ist die mit der Birne verwandte Elsbeere, deren kahles Laubblatt spitze, tief eingeschnittene Zacken besitzt. Die stärkste Elsbeere, von besonders schönem Wachstum, steht im Kreise Gostyn, nicht weit vom Dorfe Dembina. Der Umfang des Stammes beträgt 2,0 m, die Höhe des Baumes 10 m.

Das Unterholz des Laubwaldes ist erheblich artenreicher als das des Nadelwaldes. Da findet man den Haselstrauch und den Kreuzdorn, den Schneeball und Spindelstrauch, dessen rote Früchte, in denen der gelbrote Mantel der Samen leuchtet, das Rotkehlchen anlocken, Holunder, Traubenkirsche und Kornelkirsche, deren Zweige im Herbst sich blutrot färben, das Geißblatt, dessen hellgelbe Blüten zu zweien stets zusammenstehen. Das dichte Gestrüpp dieses Unterholzes ermöglicht so manchem Getier ein erwünschtes Versteck. Die giftige Kreuzotter, besonders, wenn feuchte Stellen in der Nähe sind, hält sich hier auf, auch die ihr etwas ähnliche, doch unschädliche Glattnatter. Ihr Kopf zeigt nicht die Anschwellung an den Seiten, die auf die Giftdrüsen schließen lassen, auch ist das Zickzackband nicht ausgeprägt. Die Ringelnatter, die durch zwei gelbliche Flecke an den Seiten des Kopfes sich kenntlich macht, bevorzugt die Nähe der Gewässer, worauf schon ihr zoologischer Beiname natrix = die Schwimmerin, hindeutet. Auch die harmlose Blindschleiche, eine fußlose Eidechse, die von dem Laien stets für eine Schlange gehalten und dann natürlich totgeschlagen wird, lebt in dieser Umgebung. Dazu gesellt sich dann als Seltenheit wohl auch der gefleckte Salamander, der ein so prächtiges Kleid anhat — leuchtend gelbe

Flecke auf tiefschwarzem Untergrund. Zwar wird er häufig mit dem ganz anders gefärbten Molch verwechselt, doch scheinen einige Mitteilungen sicher den echten Salamander zu betreffen, der demnach zum Bestande unserer Provinz gehören würde.

Auch der Pflanzenteppich, den unser Fuß betritt, ist anders im Laubwalde als im Nadelwalde. Von der Beschaffenheit des Waldes hängt die Beschaffenheit seiner Flora ab. Das spärliche Licht, das durch das Laubwerk fällt, muß sorglichst aufgefangen werden — so sind denn die Blätter bei diesen Waldbewohnern breiter als bei denen im lichten Kieferwalde, und sie stehen mehr wagerecht, während sie dort mehr schräg aufrecht stehen, hier sind sie zarter, dort derber. Wie zart ist das fein verzweigte Grün des Wald-Schachtelhalms, keine andere Art ist ihm darin gleich, wie zierlich zusammengesetzt sind die Wedel des Frauenfarns, wie grob dagegen beim Wurmfarn, der unter Kiefern wächst. Und trotz des dämmernden Schattens, den das Laubdach gibt, zeigen die Blüten dieser Pflanzen oft herrliche Farben. Welch prächtiger Strauß wird hier bald gepflückt! Der kleine Seidelbaststrauch bietet uns im März manchmal schon seine Zweige, die dicht mit pfirsichfarbnen Glockenblüten besetzt sind, vielleicht ist auch das Schneeglöckchen bereits hervorgekommen. Auch das große Schneeglöckchen, Leucójum vernum, gehört zum Pflanzenbestande unserer Provinz. Anfang April leuchten weiße und gelbe Anemonen in Menge am Boden uns entgegen, auch das blaue Leberblümchen und der Wald-Goldstern; das schmalblättrige Lungenkraut zeigt einen Blütenstand von tief azurblauer Farbe, und der Lerchensporn hebt weiße und rosa Blütenstände zahlreich empor, die Frühlings-Platterbse schaukelt im Winde an langen Stielen große Blüten, die alle möglichen bunten Farben tragen, und das wunderbare Veilchen scheint wegen seiner so sehr schönen Blüte benannt zu sein. In Wirklichkeit jedoch, weil es später im Jahre nochmals blüht, nun aber kleine unscheinbare Blüten entwickelt, die Samen hervorbringen, während jene ersten samenlos verkümmern. Dann bemüht sich der wollige Hahnenfuß und die Trollblume mit den großen gelben Blüten die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, und die Akelei, deren blaue Blüte mit ihren fünf langen Spornen einen ganzen Blütenstand zu bilden scheint. Auch die Goldnessel und der Himmelsschlüssel sind schon da, und der dichte blaue Blütenstand des kriechenden Günsels, der Waldmeister wohl auch schon und das liebliche Maiglöckchen. Und dann noch eine der allerschönsten Waldblumen, der Frauenschuh, diese herrliche Orchidee, die der Botaniker nach der Göttin der Schönheit nennt „Cypripedilon“; auf hohem Stiele prangt die wohl 5 cm breite, rot, gelb und purpurn gefärbte Blume.

Dies der Strauß, den der Wald unserer Heimat im Frühling bietet. Die Blumen, die der Sommer bringt, die pflücke man sich aber selbst in unseren Wäldern, auf unsern Gefilden — man wird es nicht bereuen, denn für den, der Augen hat zu sehen, ist unsere ostmärkische Heimat nicht arm an Anmut, Schönheit und Reizen, wie die Natur sie schenkt.

2. Von der Pflanzen- und Tierwelt Westpreußens.

Von Hans Preuß.

Erst als der gewaltige Eispanzer der Glazialzeit sich endgültig nach Norden zurückzog, konnte sich unsere heutige Pflanzen- und Tierwelt ausbilden. Die Untersuchung verschiedener spätglazialer und alluvialer fossilführender Ablagerungen (in der Hauptsache handelte es sich um Süßwassertone, Wiesenkalke und Torfe) hat ergeben, daß sich auf dem vom Eise verlassenen Boden zunächst (d. h. am Eisrande) Vegetationsverhältnisse ausbildeten, die mit den Pflanzenformationen der sibirischen Tundra vergleichbar wären. Niedriges Zwerggesträuch, in dem die Zwergbirke (Betula nana), nordische Kleinweiden (z. B. Salix polaris, S. reticulata) und Silberstern (Dryas octopetala) dominierten, besetzte den noch im Untergrunde gefrorenen Boden. Vereinzelt zeigten sich schon großblättrige Birken und Zitterpappeln. Der Flora jener Zeiten entsprach auch die Tierwelt. Zwar werden jene eigenartigen Riesen der Diluvialzeit, das Mammut (Elephas primigenius), das wollhaarige Nashorn (Rhinoceros tichorrhinus) u. a., bereits verschwunden gewesen sein, aber noch immer streifte das Ren (Rangifer tarandus) durch die westpreußische Tundra.

Je weiter sich der Eisrand vom heimischen Boden entfernte, desto wärmer wurde das Klima. Der gefrorene Untergrund taute allmählich auf; dichte Birkenwälder breiteten sich aus und gewährleisteten das Fortkommen einer artenreichern Tierwelt, die wohl in erster Linie aus den weiten Ebenen Rußlands zu uns vordrang. In der Folge trat eine Mischung von Formen nördlicher, östlicher und vielleicht schon südöstlicher Herkunft ein. Aus dem Osten gelangte auch unser Hauptwaldbaum, die Kiefer (Pinus silvestris), zu uns. Erst später gesellte sich ihr die Eiche (Quercus pedunculata) bei, und noch später erstand beiden in der aus dem Westen vordringenden Rotbuche (Fagus silvatica) ein Mitbewerber um den Boden. Vor der Rotbuche ist sicher die Fichte (Picea excelsa) zu uns eingewandert, die sich später aus hier nicht weiter zu erörternden Gründen nach dem Osten zurückzog. Heute findet sie als urwüchsiger Baum unfern der westpreußischen Ostgrenze in den Kreisen Elbinger Höhe und Rosenberg eine relative Westgrenze ihrer mitteleuropäischen Verbreitung.

Mit der Zunahme der Temperatur scheint in Westpreußen ein lebhafter Zuzug neuer Pflanzen- und Tierarten aus den südosteuropäischen Steppen vor sich gegangen zu sein, die Urstromtäler und das Weichseltal als hauptsächlichste Wanderstraßen benutzend. Steppenähnliche Verhältnisse aber, wie sie der am Südrande des norddeutschen Flachlandes gelegene Lößstreifen nach Nehrings Forschungen gehabt haben kann, sind unserm Gebiete kaum jemals eigentümlich gewesen, wenngleich nicht bestritten werden soll, daß sich unter dem Einfluß günstiger klimatischer und Bodenverhältnisse zeitweilig räumlich begrenzte Steppenformationen ausgebildet hatten (z. B. bei Thorn). Anklänge an die südosteuropäischen Vegetationsverhältnisse und an das pontische Tierleben treten uns bekanntlich auch heute noch auf manchen sonnendurchglühten Steilhängen des Weichseltales entgegen.

Ausgangs der Eichen- und zu Beginn der Buchenzeit traten im Gebiete der Ostsee, die vorhin ein brackiges Binnenmeer, den Ancylussee, darstellte, große Senkungen ein, so daß nun bei der Tieferlegung der beiden Belte und des Bodens vom Sund ein Untermeeresstrom mit salzreichem Nordseewasser in die Ostsee eindringen konnte. Es entstand das nach einer damals zahlreich vorkommenden Schnecke, der Litorina litorea, benannte Litorinameer. Die veränderte Konfiguration der Ostsee verursachte ein mildes und feuchtes Klima, das sicher das gesamte nördliche Westpreußen beeinflußte und die Ausbreitung der Buche und jener Pflanzen und Tiere begünstigte, die wir nach ihrem Hauptverbreitungsgebiet zu den atlantischen Gruppen zusammenfassen. Nach der Litorinazeit setzte eine Hebung des Ostseegebietes ein und schuf schließlich die gegenwärtigen Verhältnisse.

Pflanzen- und Tierwanderungen haben nie aufgehört und reichen selbstverständlich auch in die Gegenwart hinein. Neue Glieder aus der Pflanzenwelt erhielt die Provinz durch den Strom, die Stromtalpflanzen, von denen zwei Arten, ein Ampfer (Rumex Ucranicus) und ein Beifuß (Artemisia scoparia) in Deutschland nur dem engeren Weichseltal angehören. Andere Pflanzen- und Tierarten wanderten in geschichtlicher Zeit ein, indem sie sich auf natürlichem Wege von benachbarten Gebieten aus verbreiteten oder der Mensch sich bewußt oder unbewußt in den Dienst ihrer Ausbreitung stellte. — Nur die Hauptzüge aus der Entwickelungsgeschichte des heimischen Pflanzen- und Tierlebens wurden hier berührt; aber sie muß man kennen, um die Mischflora und Mischfauna unseres Gebietes zu verstehen.

Bei der Betrachtung unserer heutigen Pflanzen- und Tierwelt müssen wir uns ferner vor Augen halten, daß sich das Bild von ehedem unter dem Einfluß des Menschen stark verändert hat. Und gerade in unseren Tagen macht sich dieser Einfluß mehr denn je geltend. Einige Pflanzenarten sind unserer Heimat unwiderbringlich verloren gegangen, andere sind sehr selten geworden. Das gleiche gilt von der Tierwelt. Im verflossenen Jahrhundert sind der Wolf, der Luchs, der Biber u. a. endgültig ausgerottet; Steinadler und Kolkrabe gehören seit langem nicht mehr zu unsern Brutvögeln; Uhu, Schwarzstorch und Kormoran sind als Brüter die größten Seltenheiten in der Provinz.

Unter allen Formationen tritt in Westpreußen

die Waldformation

in den Vordergrund. Zwar gehört unsere Provinz keineswegs zu den waldreichsten Gebieten Deutschlands; denn es steht mit einem Bewaldungsprozent von 19 für den Regierungsbezirk Danzig und 23 für den Regierungsbezirk Marienwerder gegen den Durchschnitt in Preußen mit 24 zurück. Immerhin bildet der Wald auch bei uns die geschlossenste und ausgedehnteste Formation, deren ursprüngliche Natur allerdings infolge der nach wirtschaftlichen Grundsätzen geregelten Forstkultur vielfach verloren gegangen ist.

Unter allen Waldbäumen steht die Kiefer an erster Stelle, und zwar auch dort, wo Boden und Klima den Mischwald begünstigen. Sie ist bekanntlich viel

schnellwüchsiger als die meisten Laubbäume und wirft deshalb höhere Erträge ab. Ihr treuester Begleiter ist der formenreiche Wacholder (Juniperus communis), der nur in den Küstenwaldungen westlich der Weichsel seltener wird (vgl. Abb. 3). Die Begleitflora geschlossener Nadelwaldungen ist meist wenig artenreich. Heidel- und Preißelbeeren überziehen den Boden, oft von Moosen aus den Gattungen Dicranum, Leucobryum, Tortula, Racomitrium, Webera, Scleropodium, Plagiothecium und Hypnum unterbrochen. In den meisten Kiefernwäldern ist die rotfrüchtige Bärentraube (Arctostaphylos uva ursi) keine seltene Erscheinung. Sie besiedelt ebenso wie das Heidekraut (Calluna vulgaris) die unfruchtbarsten Flächen. Sehr zerstreut und nur in Nähe der Küste häufiger rankt die zierliche Linnaea borealis zwischen Moosen. Nur in Kiefernbeständen auf Moorboden gedeihen der Sumpfporst (Ledum palustre) und die nicht giftige Rauschbeere (Vaccinium uliginosum), die beide nach N. zu häufiger werden. — Die Zahl der Blütenpflanzen, die als eigentliche Kiefernbegleiter anzusprechen wären, ist recht klein; außer den Genannten wären noch zu erwähnen: Aera flexuosa, (Corynephorus canescens), Goodyera repens (sehr zerstreut), Viscum album var. laxum (nur im S. der Provinz und auf der Frischen Nehrung), Chimophila umbellata, Ramischia secunda, Trientalis europaea, Melampyrum pratense. Alle andern zuweilen in Menge in Kiefernwäldern vorkommenden Arten entstammen entweder dem freien Gelände (pontische Hügel, Heiden usw.) oder Nieder- und Mischwäldern. Sie verraten sich durch ihr Auftreten auf verwundetem Boden, in jungen Schonungen, lichten Waldstellen, an Waldrändern, auf heideartigen Böschungen, in Waldmooren usw. Ganz allgemein kann man sagen, daß die Flora der Kiefernwälder mehr oder weniger von der Zusammensetzung der Pflanzenwelt ihrer weitern Umgebung abhängig ist, und so kommt es, daß wir an der Küste ganz andere Kiefernbegleiter antreffen als im Binnenlande.

Da auch die Fauna der Kiefernwälder im Gebiet durchaus nicht gleichbleibend ist, empfiehlt es sich, die Pflanzen- und Tierwelt einiger hieher gehöriger Einzelgebiete zu skizzieren: Besonders auffällig sind Flora und Fauna der Thorner Wälder. Ihnen verleihen zahlreiche südosteuropäische Elemente ein ganz eigenartiges Gepräge. Die Zwergkirsche (Prunus fruticosa), eine Charakterpflanze der pontischen und ungarischen Steppen, gedeiht an einigen Stellen in großen Beständen als Unterholz. Federgras (Stupa pennata), grünblütiges Leinkraut (Silene chlorantha), Fahnenwicke (Oxytropis pilosa), österreichischer Ehrenpreis (Veronica Austriaca), gelbliche Skabiose (Scabiosa ochroleuca), rotblütige Schwarzwurzel (Scorzonera purpurea) und borstiges Habichtskraut (Hieracium echioides), alles echte Steppenkinder, gedeihen zuweilen auf Waldblößen und an ähnlichen Orten in Menge. In den hohen Kiefernbestand geht der seltene Lupinenklee (Trifolium lupinaster) hinein. Dazu kommen unsere einheimischen Kühchenschellen, Pulsatilla vernalis, P. patens und P. pratensis. (Die letztere kommt in ganz Westpreußen mit Ausnahme der Niederungen, der Frischen Nehrung und der westlichsten Küstenstriche zerstreut vor; Pulsatilla patens besitzt ihre nördlichsten Standorte im Kreise Berent; P. vernalis erreicht in den

angrenzenden ostpreußischen Kreisen eine Ostgrenze.) Der Pflanzenwelt entspricht die Tierwelt. Hier wurden von v. Nowicki die Smaragd-Eidechse (Lacerta viridis) und die Sattelschrecke (Ephippigera vitium) entdeckt. Auf der den Kiefernwaldungen benachbarten Bazarkämpe ist die südosteuropäische Beutelmeise (Aegithalus pendulinus) als Brutvogel beobachtet worden. Der Triel (Oedicnemus crepitans) besitzt bei Thorn seine nördlichsten Brutplätze.

Den Thorner Kiefernwaldungen stehen diejenigen der Tuchler Heide am nächsten. Allerdings tritt hier die pontische Flora schon mehr zurück, und ihre hervorragendsten Glieder halten sich im allgemeinen an die Flußtäler. Aber noch immer sind einige, wie das grünblütige Leinkraut, das ebensträußige Gipskraut (Gypsophila fastigiata), die Zypressen-Wolfsmilch (Euphorbia cyparissias), die Wetterdistel (Carlina acaulis), typische Bestandteile der Kiefernwaldflora. — Ungemein arten- und individuenreich ist hier, wie auch in andern westpreußischen Wäldern, die Pilzflora. Der verstorbene Berliner Mykologe P. Hennings, der im Auftrage des „Westpr. Botanisch-Zoologischen Vereins" eine kryptogamische Sammelreise im Kreise Schwetz ausführte, schreibt über den Pilzreichtum der Heide: „Der Pilzreichtum war ungemein groß, besonders an eßbaren Arten. Der Steinpilz in wahrhaft riesigen Exemplaren, sowie auch der schmackhafte Reitzker waren in unglaublichen Mengen vertreten. An manchen Stellen hätten sich im Umkreise von wenigen Minuten ganze Wagenladungen dieser vortrefflichen Pilze sammeln lassen ..." Er führt in seiner systematischen Zusammenstellung allein 390 Basidiomyceten auf, darunter viele Seltenheiten und verschiedene für Deutschland neue Arten, wie Clitocybe subviscifera. — Aus der Umgegend von Elbing sind durch den Pilzforscher Kaufmann allein gegen 1200 größere Pilzarten bekannt geworden. Erfreulich ist es, daß es einigen heimischen Pilzkennern in neuerer Zeit zu gelingen scheint, die Pilze als Volksnahrungsmittel auch bei uns einzuführen.

Das weite Waldgebiet der Heide hat auch einigen von der Kultur bedrängten Tierarten Unterschlupf geboten. Hier wechselt noch das Wildschwein (Sus scrofa); hier brüten, wenn auch selten, noch Uhu (Bubo bubo), Natteradler (Circaetus Gallicus) und Schwarzstorch (Ciconia nigra). Der eigentliche Charaktervogel des Gebietes ist die Misteldrossel (Turdus viscivorus). Der Steinschmätzer (Saxicola oenanthe) wurde hier sogar unter Kiefernstubben brütend angetroffen. Nicht selten ist der auch in andern Teilen der Provinz noch häufige Schwarzspecht (Picus martius). Hier (und in den Karthäuser und Danziger Wäldern) ist die Kreuzotter (Vipera berus) am häufigsten in der Provinz. Neben Tieren mit normaler Zeichnung sind auch Kupfer- (var. chersea) und Höllenottern (var. prester) beobachtet worden. Die Haselnatter (Coronella austriaca), die sich sonst gern in Mischwäldern aufhält, wurde in der Tuchler Heide in trockenen Föhrenwaldungen verschiedentlich beobachtet. Das seltene Tier ist bislang aus den Kreisen Putzig (Hela), Neustadt, Pr. Stargard, Dt. Krone, Konitz, Tuchel, Schwetz, Thorn, Graudenz, Briesen und Straßburg bekannt geworden. Aus der reichen Insektenfauna des Gebietes wären zwei Tiere besonders hervorzuheben: die nordisch-alpine Renbremse (Therio-

1. Kaisereiche bei Cadinen.
2. Nordisch-alpine Quellbachformation im Kreise Neustadt.
3. Kiefernwaldformation mit Wacholder im Kreise Schwetz.
4. Eiben im Eisbusch.

plectes tarandinus) und eine Raupenfliege (Pareudora praeceps), eine spezifisch südliche Art.

In den Kiefernwaldungen der Kaschubei werden die pontischen Pflanzenarten äußerst selten und fehlen stellenweise infolge der Höhenlage und der Niederschlagsmenge des Gebietes ganz. Dagegen weist die Tierwelt neben nordischen und westlichen Elementen auch südliche und südosteuropäische auf. Speiser beobachtete beispielsweise im Kreise Karthaus zwei typische Steppenbienen (Halictus semitectus und Prosopis leptocephala) und einen winzigen, sonst im Mittelmeergebiet und in Südfrankreich gefundenen Blutsauger (Lyperosia titillans). Dagegen ist die in Karthäuser Forsten gefundene Befruchterin der Blaubeeren Andrena Lapponica ebenso wie die bei Schülzen im Kreise Karthaus konstatierte Renbremse ein nördliches Tier. — In den Forstrevieren Mirchau und Darslub (und in der Tuchler Heide) balzt noch der stolze Auerhahn; hier treibt auch das Birkhuhn sein Liebesspiel. Frühlings Einzug verkündet im einförmigen Föhrenwalde die großblütige Pulsatilla vernalis. Im Hochsommer entfalten sämtliche deutsche Wintergrünarten ihre zierlichen Blüten, von denen die wenig verbreitete Pirola media besonders bemerkenswert ist. Manchmal gedeiht auch der Pyramiden-Günsel (Ajuga pyramidalis), die Charakterpflanze der pommerellischen Buchen- und Mischwälder, unter Kiefern.

Am wenigsten bezeichnend sind Flora und Fauna der Pinus-Wälder in den Kreisen Stuhm und Marienwerder (östlich der Weichsel). Allerdings ist in diesem Gebiet der im benachbarten Ostpreußen noch des öfteren vorkommende nordöstliche Wechselhase (Lepus variabilis) einmal geschossen worden. Die Kiefernwaldungen des Südostens (Kr. Löbau und Strasburg) zeigen mannigfache Beziehungen zur masurischen Flora. Der Regensburger Geißklee (Cystisus Ratisbonensis var. biflorus) und die Arnika (Arnica montana), die im benachbarten Ostpreußen verschiedentlich auftauchen, besitzen hier ihre einzigen westpreußischen Standorte. Das gleiche gilt von dem gern unter Weißbuchen wachsenden Immenblatt (Melittis melissophyllum). Die pontische Scorzonera purpurea erreicht in einem Kiefernwalde bei Lautenburg ihre Nordostgrenze. Ebendortselbst befindet sich ein ganz isolierter Standort der atlantischen Glockenheide (Erica tetralix). — In den dem Fürsten Reuß gehörigen Raudnitzer Forsten (an der Löbau-Rosenberger Kreisgrenze gelegen) ist das zahlreiche Vorkommen des Rothirsches (Cervus elephas) sehr auffällig. Damhirsch und Fasan sind vom Menschen angesiedelt worden.

Nächst der Kiefer ist die Fichte oder Rottanne der wichtigste Nadelholzbaum unseres Ostens. Zwar erreicht sie, wie bereits erwähnt wurde, zwischen der Weichsel und der ostpreußischen Grenze ihre Westgrenze in Westpreußen, jedoch sind neuere Anpflanzungsversuche in fast allen Teilen der Provinz von Erfolg gekrönt worden. Die Cadiner Forsten besitzen in der „Trauerfichte" von Stellinen eine forstbotanische Merkwürdigkeit. Eine Sternmiere (Stellaria Friesiana), die in Ostpreußen eine typische Begleiterin der Fichte ist, kennen wir nur aus dem Kreise Rosenberg.

Der vierte einheimische Nadelbaum ist die Eibe (Taxus baccata). Sie war ehemals in Deutschland kein seltener Waldbaum; jetzt ist sie leider im Aussterben begriffen. In Westpreußen kennen wir sie aus den Kreisen Danziger Höhe, Karthaus, Berent, Pr. Stargard, Schwetz (vgl. Abb. 2), Schlochau, Rosenberg. In der Oberförsterei Hammerstein, Schutzbezirk Georgenhütte, gedeihen auf einer Gesamtfläche von 49,8 ha noch zirka 600 Eiben. Der reichste Standort in Deutschland überhaupt befindet sich in der Oberförsterei Lindenbusch, Schutzbezirk Lindenbusch, Jg. 61a, in dem sogenannten Ziesbusch (von slawisch cis = Eibe). Auf einer Fläche von 18,5 ha wurden 5533 Eiben gezählt. Hier lebt auch die im Osten seltene Gallmücke der Eibe (Oligotrophus taxi). Es ist Conwentz' Verdienst, daß dieser schöne Bestand den nachwachsenden Geschlechtern erhalten bleibt.

Zu den schönsten Gestalten des Laubwaldes gehört unstreitig die Rotbuche. Wegen ihres hohen Anspruches an den Feuchtigkeitsgehalt der Luft besitzt sie in unserer Heimat nur ein beschränktes Verbreitungsgebiet. Urwüchsig kommt die Rotbuche z. B. in den Kreisen Danzig, Neustadt, Karthaus, Tuchel, Flatow, Deutsch-Krone, Rosenberg, Graudenz, Marienwerder, Elbing vor. In der Tuchler Heide gab es früher stellenweise namhafte Bestände. Jetzt haben wir vereinzelte, immerhin beträchtliche Überbleibsel in der sogenannten „Chirkowa", in den „Zatocken" im Kreise Schwetz und anderwärts. Die schönsten Rotbuchenbestände treffen wir in der Nähe der Küste, in den Kreisen Karthaus, Neustadt und Elbing. — Die Flora der Buchenwälder ist im allgemeinen dürftig. Nur im Frühlinge, wenn die Sonnenstrahlen den noch weniger beschatteten Waldboden erwärmen, ist der Blütenreichtum größer. Goldnessel (Galeobdolon luteum), Sauerklee (Oxalis acetosella), Anemonen, Leberblümchen, Lungenkraut (Pulmonaria officinalis var. obscura) u. a. überziehen den Boden. Später erscheinen die bleiche Nestwurz (Neottia nidus avis), der Sanikel (Sanicula europaea), die Zahnwurz (Dentaria bulbifera), der Waldmeister, der seltene Bergehrenpreis (Veronica montana) u. a. Für die Buchenwälder an der Küste westlich der Weichsel sind der zierliche Hain-Friedlos (Lysimachia nemorum) und der schöne Bergfarn (Aspidium montanum) Charakterpflanzen; bei Neustadt gedeiht an einer versteckten Stelle der in Westpreußen nur hier vorkommende Schildfarn (Aspidium lobatum var. aculeatum). Luzula maxima erreicht in einem Buchenwald bei Karthaus ihre mitteleuropäische Ostgrenze. Unter Buchen wächst in den Kreisen Neustadt, Putzig und an einer Stelle im Kreise Marienwerder eine äußerst seltene Orchidee, das Humus bewohnende Ohnblatt (Epipogon aphyllus).*) Unter Buchen befindet sich auch im Kreise Putzig der einzige westpreußische Standort einer seltenen Brombeere, Rubus Koehleri. Im Kreise Elbing gehören u. a. der Buchenwaldflora an: Poa remota, Carex pilosa (westl. der Weichsel

*) Die Wälder des Radaunetals beherbergen Pflanzengemeinschaften, die sonst typische Erscheinungen in den montanen Quellbachformationen Mitteleuropas sind: den Eisenhut (Aconitum variegatum), einen Kälberkropf (Chaerophyllum hirsutum), den Rippensamen (Pleurospermum Austriacum), das Hasenohr (Bupleurum longifolium) u. a. Im Kreise Neustadt besiedelt ebenso wie bei Elbing die weiße Pestwurz (Petasites albus) ähnliche Standorte. Diese in der Ebene höchst auffälligen Pflanzengemeinschaften werden „Nordisch-alpine Quellbach-Assoziationen" genannt, eine Bezeichnung, die auch den Landschaftscharakter der Standorte treffend kennzeichnet (vgl. Abb. 4).

noch im Kreise Danziger Höhe), Gagea spathacea, Petasites albus. Die Höhenlage der Elbinger und Karthäuser Wälder und ihr Reichtum an erratischen Blöcken erklären das Vorkommen einer Anzahl subalpiner und borealalpiner Moose: Jungermannia riparia, Lophocia socia, Madotheca laevigata, Racomitrium Sudeticum, Schistostega osmundacea (nur bei Elbing), Brachythecium vagans u. a. — Dem Elbinger Gebiet gehört auch die dem Eichhörnchen verwandte seltene Haselmaus (Muscardinus avellanarius) an, die bislang nur dort in den sogenannten Grunauer Wüsten beobachtet ist. Häufiger ist der Siebenschläfer (Myoxus glis), der außer in den Elbinger und Karthäuser Höhenwäldern auch im Kreise Schwetz festgestellt wurde. Aus unsern Buchenwäldern wurde die biologisch interessante Keulhornwespe (Cimbex fagi) zuerst beschrieben. In den Danziger Laubwäldern ist auch der Girlitz (Serinus hortulanus) in den letzten Jahrzehnten heimisch geworden. An seinen westlichsten Fundorten befindet sich bei uns der prächtige Karmingimpel (Carpodacus erythrinus). Wenn wir zu ihnen noch die Wacholderdrossel (Turdus pilaris), die kein Tier des Buchenwaldes ist, stellen, so haben wir ein schönes Beispiel dafür, wie sich auf dem heimischen Boden westliche, östliche und nordische Arten begegnen. — Die genannten Tiere sind bis auf Cimbex fagi durchaus nicht an den Buchenwald gebunden. Vielmehr trifft man sie oftmals weit häufiger in Mischwäldern. Sie gehören bis auf Turdus pilaris aber Gebieten an, in denen die Buche Charakterbaum ist, und deshalb wurden sie hier genannt.

Der Mischwald, der vielfach bei uns die natürlichste Waldformation darstellt, zeichnet sich durch die bunte Mischung der in ihm auftretenden Pflanzenformen und den Wechsel der Laubfärbung vorteilhaft von andern Waldformationen aus. Kiefer, Weißbuche, Eiche (seltener Rotbuche) vereinigen sich in ihm zu einem das Gemüt heiter stimmenden Waldbilde. — Die Weißbuche (Carpinus betulus), die verschiedentlich auch in reinen Beständen auftritt, ist in unserm Osten sehr verbreitet. In Wäldern, in denen sie häufig vorkommt, hält sich der seltene Zwergfliegenfänger (Muscicapa parva) gern auf, der sich ebenso wie die Gebirgsstelze (Motacilla boarula) bei uns an seinen so ziemlich nordöstlichsten Brutplätzen befindet. — Zu den hervorragendsten Bäumen des Mischwaldes gehörten ehemals unsere einheimischen Eichen (Quercus pedunculata und Q. sessiliflora), worauf nicht nur alte Orts- und Flurnamen, sondern auch Funde von Eichenhölzern in Gegenden, wo beide Eichenarten jetzt fehlen, hinweisen. Heute ist besonders die Traubeneiche recht selten geworden, während die Stieleiche uns noch häufig in altersgrauen Stämmen entgegentritt. Das stärkste Exemplar dieser Art in Westpreußen und eins der stärksten überhaupt befindet sich im Gelände der dem Kaiser gehörigen Herrschaft Cadinen (vgl. Abb. 1). Der Stammumfang des gewaltigen Baumes beträgt, 1 m über der Erde gemessen, 8,75 m. Die Größe dieses Riesen erfährt durch die Tatsache, daß in dem hohlen Innern 11 Soldaten mit Gepäck Platz finden können, eine instruktive Beleuchtung.

An der Baumflora des Mischwaldes beteiligen sich außer den genannten Arten in absteigender Linie Linden (Tilia cordata), Ahorn (Acer platanoides, selten A. pseudoplatanus), Birken (Betula verrucosa, B. pubescens), Ulmen (Ulmus

scabra, U. pedunculata, U. campestris), Ebereſche (Sorbus aucuparia, auch oft in Nadelwäldern), Eſche (Fraxinus excelsior, beſonders in Auwäldern), Weiden (beſonders Salix caprea). In den Bruchwäldern iſt die Eller (Alnus glutinosa) Charakterbaum; die verwandte Weißerle (A. incana) ſcheint nur in den Küſtenwäldern ſpontan zu ſein. Den Miſchwäldern gehört auch in den meiſten Fällen die Eibe an. Zu den ſeltenſten Waldhölzern iſt die Elsbeere (Pirus torminalis) zu rechnen, die als urwüchſig aus den Kreiſen Briesen (ſüdlichſter Fundort), Roſenberg, Marienwerder, Stuhm, Pr. Stargard, Schwetz, Tuchel, Flatow und Konitz bekannt iſt. Noch ſeltener iſt die ſchwediſche Mehlbeere (Pirus Suecica), die ſich in Deutſchland nur auf wenige Standorte in den Kreiſen Putzig, Neuſtadt, Karthaus und den pommerſchen Kreiſen Lauenburg, Stolp und Kolberg beſchränkt. Der Masholder (Acer campestre), auf der Nonnenkämpe ein typiſcher Baum des Auwaldes, iſt ſicher ſpontan nur in den Kreiſen Konitz, Tuchel, Schwetz, Culm, Marienburg und befindet ſich bei uns an ſeiner Oſtgrenze. Schwarz- und Silberpappel ſind nur im Stromtal urwüchſig. — Von den zahlreichen Unterhölzern können der Kürze wegen nur einige pflanzengeographiſch wichtige namhaft gemacht werden. Das durch Schönheit der Blüte und Frucht gleich ausgezeichnete warzige Pfaffenhütchen (Euonymus verrucosa) überwiegt im Oſten der Provinz den gewöhnlichen europäiſchen Spindelbaum (Euonymus europaea), erreicht aber im Kreiſe Flatow ſein weſtliches urwüchſiges Vorkommen. Nur auf der Friſchen Nehrung und auf Hela gedeiht das Waldgeisblatt (Lonicera periclymenum). Auf der Nehrung rankt ſich auch der Efeu (Hedera helix), begünſtigt durch das milde Seeklima, bis 20 m an alten Kieferſtämmen empor, eine ſehr ſeltene Erſcheinung in unſerm Oſten. Der Nehrung gehört auch die ſeltene Brombeere Rubus macrophyllus an.

Unter allen Miſchwäldern des Gebietes ſteht der Münſterwalder Forſt (Kreis Marienwerder) bezüglich ſeines Reichtums an intereſſanten Pflanzen obenan. Ebenſo wie in den Thorner Kieferwäldern treten die pontiſchen Elemente in den Vordergrund des Vegetationsbildes. Zu den verbreiteten Laubhölzern geſellen ſich hier Bergahorn und Elsbeere. In der Reihe der Unterhölzer fällt das zahlreiche Vorkommen des zur pontiſchen Florengemeinſchaft gehörigen warzigen Pfaffenhütchens auf. Aus der äußerſt intereſſanten Bodenflora ſeien nur erwähnt: Allium fallax, Gladiolus paluster, Orchis ustulata, Silene chlorantha, Pulsatilla patens, Cimicifuga foetida, Lathyrus pisiformis (in Deutſchland außerdem nur noch im Kreiſe Neidenburg), Dracocephalum Ruyschiana, Adenophora liliifolia (einziger Standort in Weſtpreußen), Aster amellus, Scorzonera purpurea, Hieracium Zizianum. La Baume beobachtete hier auch zwei pontiſche Heuſchrecken (Ephippigera vitium und Barbitistes constrictus). Überhaupt ſind, wie ſchon erwähnt wurde, die ſüdoſteuropäiſchen Elemente aus der Tier- und Pflanzenwelt im Weichſelgebiet geradezu angehäuft, und es empfiehlt ſich, im Anſchluß an dieſen Abſchnitt

der pontiſchen Formation

kurz zu gedenken. Am ausgeprägteſten iſt ſie auf den ſonnenheißen Steilufern des alten Weichſeltales bei Culm, die landſchaftlich lebhaft an die Wolgaufer

erinnern. Die Steppengräser Stupa pennata und St. capillata bedecken mitunter zu Tausenden die Hänge. Mit ihnen zusammen gedeihen: Thesium intermedium, Silene chlorantha, Adonis vernalis, Oxytropis pilosa, Lavathera Thuringiaca, Libanotis Sibirica, Campanula Sibirica, Hieracium echioides, H. setigerum u. a. Alfkens Untersuchungen haben ergeben, daß auch hier wieder die Tierwelt der Vegetation entspricht. Er stellte auf den Kulmer Weichselanhöhen die Steppenbienen Andraena nasuta, Anthophora pubescens, Colletes nasutus, Eucera interrupta und die südlichen Apiden Biastes brevicornis und Ceratina cyanea fest. In den Schluchten (Parowen) bei Kulm hat die prächtigste der europäischen Wegwespen, Pompilius quadripunctatus, ihre Höhlen, die nach P. Speiser kaum jemals weiter nördlich gefunden worden ist.

Auch die Stromtalflora weist eine Anzahl pontischer Pflanzen auf: Silene Tatarica, Erysimum hieraciifolium b) strictum, Eryngium planum, E. campestre (nur bei Danzig), Falcaria sioides, Verbascum blattaria, Artemisia scoparia. (Auf Weiden schmarotzt nicht selten die große Seide Cuscuta lupuliformis.)

Erwähnt sei noch, daß Westpreußen im Bereiche des Stromtals seinen größten Reichtum an Rosen hat. Neben den verbreiteten Rosa tomentosa, R. canina, R. rubiginosa finden wir hier R. glauca, R. coriifolia, R. dumetorum, R. elliptica und die nordöstliche R. mollis.

Auch in tiergeographischer Beziehung ist das Weichseltal recht bemerkenswert. Nur bei Thorn findet sich die Nachtigall (Luscina luscina) vor, an deren Stelle sonst überall, sowohl nord- als auch ostwärts, der Sprosser (Luscina philomela) tritt. In den Kämpen des Gebietes brüten u. a. der Schlagschwirl (Locustella fluviatilis), der Buschheuschreckensänger (Locustella naevia), und das weißsternige Blaukehlchen (Erithacus cyaneculus). Aus dem Weichseltal sind auch drei Kolonien der Wacholderdrossel (Turdus pilaris) bekannt geworden. — Bei Dirschau ist die sonst dem Westen angehörige Heideschnecke (Helix ericetorum) beobachtet; der Fundort stellt einen ganz isolierten Vorposten im Osten dar. Die verwandte Weinbergschnecke (Helix pomatica), die ehedem durch die Ordensritter zu uns gebracht wurde, ist heute vielerorts völlig eingebürgert und befindet sich in besonders großer Zahl in der Nähe der Ordensburgen.

Nächst den Wäldern und den pontischen Formationen nehmen

die Moore

unser erhöhtes Interesse in Anspruch. Im Süden der Provinz besitzen die Flachmoore die größte Ausbreitung; im Nordwesten treten die hochmoorähnlichen Heidemoore an ihre Stelle, und überall sind Zwischenmoore, Übergangsformationen von den Flach- zu den Hochmooren, vorhanden. Echte Hochmoore, wie wir sie beispielsweise aus dem Nordosten Ostpreußens kennen, scheinen dem Gebiet völlig zu fehlen. Reich an nordischen Typen sind diejenigen Moore, die im Bereiche der südlichen Endmoräne liegen. Hier befindet sich der berühmte Standort der Zwergbirke (Betula nana), hier hat sich die Gletscherweide (Salix myrtilloides) im Wechsel der Jahrtausende erhalten können, und nur hier gedeiht die östliche Strauchbirke (Betula

humilis) noch in größerer Zahl. Besonders reich an boreal-alpinen Gliedern ist das Abrauer Moor (Kr. Tuchel), dessen Moosteppich zum größten Teil aus Hypnum-Arten gewebt wird. Das Gebiet erfüllt einen durch Endmoränen abgedämmten Stausee, dessen Umgebung nach Maas mehrere durch Endmoränenzüge charakterisierte Etappen im Rückzuge des Inlandeises erkennen läßt. Einige der sich in ihrem Bereich befindlichen vertorften Evorsionsseen bergen die Gletscherweide, andere weisen die nordischen Moose Cinclidium stygium und Hypnum trifarium auf. Auf dem Abrauer Moor bildet die Strauchbirke stellenweise noch ausgedehnte Bestände. Mit ihr zusammen gedeihen: Salix livida, Sweertia perennis, Tofieldia calyculata, Saxifraga hirculus, Pedicularis sceptrum Carolinum u. a., eine sehr bezeichnende Reliktenflora. Aus der ausgedehnten Moorlandschaft erheben sich zahlreiche Diluvialinseln mit sehr reicher Flora, von denen die Kgl. Ansiedlungskommission einige, z. B. die Fuchsberge bei Kensau, als Naturdenkmäler reserviert hat.*)

Ein Naturdenkmal allerersten Ranges ist das Zwergbirken-Moor bei Neulinum im Kreise Culm. Hier kommt die zierliche Zwergbirke, die im norddeutschen Flachlande nur noch einmal in der Lüneburger Heide beobachtet worden ist, recht zahlreich vor und stellt mit ihren kreisrunden Blättern und den niedlichen rötlichen Kätzchen eine liebliche Zierde des einsamen Moores dar. Mit ihr zusammen gedeiht die Gletscherweide. Auch die Tierwelt weist nordische Vertreter auf: Cinxia Lapponum, Andrena Lapponica, Serenthia tropidoptera, Celaena Haworthi u. a.

Eine ganz anders geartete Pflanzenwelt kennzeichnet die nordwestlichen Heidemoore der Provinz. Hier treten die atlantischen Pflanzen in den Vordergrund, von denen nur genannt seien: der Pillenfarn (Pilularia globulifera), die punktiertfrüchtige Segge (Carex punctata, einziges Vorkommen in Nordostdeutschland), der Rost-Kopfriet (Schoenus ferrugineus), die braune Moorsimse (Rhynchospora fusca, in Westpreußen noch einmal im Kreise Deutsch-Krone) und vor allen Dingen der Gagel (Myrica gale) und die Glockenheide (Erica tetralix). Die zuletzt Genannten bestimmen oftmals den Charakter des Vegetationsbildes. Die Tierwelt zeigt manche Anklänge an diejenige Nordeuropas. Enderlein sammelte hier z. B. 15 Ichneumonidenarten, die bisher nur aus Schweden bekannt waren.

Hier wäre der geeignete Ort, einige Tiere unserer Provinz aufzuzählen, deren zentrales Verbreitungsgebiet im Norden zu suchen ist. Abgesehen sei natürlich von solchen Arten, die sich als Wintergäste bei uns aufhalten, wie der Seidenschwanz (Bombycilla garrula), die Schneeammer (Passerina nivalis) die Schneeeule (Nyctea nyctea), der Rauhfußbussard (Archibuteo lagopus) u. a.**) Die Tiere der nachstehenden Liste sind natürlich nicht alle Moorbewohner, und nur die auffälligsten Arten seien genannt. Von Käfern, deren Verbreitung ausgesprochen

*) Einige Moore mit ähnlicher Flora im Kreise Strasburg bergen die einzigen westpreußischen Standorte des seltenen Sedum villosum. — Die Torfsegge (Carex heleonastes), eine mehr östliche Art, ist nur aus dem Kreise Rosenberg bekannt.

**) Zuweilen dringt auch das Steppenhuhn (Syrrhaptes paradoxus) aus dem fernen Südosten zu uns vor; 1848 wurde das erste Steppenhuhn in Europa beobachtet; 1863 erfolgte seine erste große Invasion in Deutschland und 1888 die zweite, die wohl die größte war.

nordisch ist, seien aufgeführt: Miscodera arctica (beobachtet bei Brösen, Neustadt, Putzig), Dytiscus Lapponicus (in den Karthäuser Seen), Dicerca acuminata (Frische Nehrung), Xylophilus cruentatus (Elbing), Symplocaria metallica (Putzig). Aus der Reihe der Schmetterlinge sind zu erwähnen: Celaena Haworthi (Neulinum), Anarta cordigera (Karthaus), Plusia microgamma (Karthaus), Anaïtes paludata (bei Danzig verschiedentlich). Von andern Wirbellosen seien die durch Lucks entdeckten drei Krebstiere, die in Deutschland bislang nur aus Westpreußen bekannt sind, genannt: Bunops serricaudata (Heubude bei Danzig), Ophryoxus gracilis (Barschsee, Kr. Flatow), Chydorus piger (ebenda).

Die Gewässer.

Westpreußen besitzt mehr denn 1900 größere und kleinere Seen. Ihre Fauna und Flora sind sehr wechselvoll und immer von den jeweiligen ökologischen Verhältnissen abhängig. In den Kreisen Pr.-Stargard, Berent, Karthaus, Neustadt, Löbau, Strasburg, Graudenz, Tuchel, Konitz, Schlochau und Dt. Krone lebt in zusammen 70 Seen von meist mehr denn 20 m Tiefe die schmackhafte Maräne (Coregonus albula). Aal und Bressen sind meist nicht selten; dagegen kennen wir den Zander, der ebenso wie der Aal auch in der Ostsee und in vielen Flüssen vorkommt, nur aus ca. 70 westpreußischen Seen. Zu den häufigsten Fischen der meisten Gewässer (auch der Flüsse) gehören Barsch, Kaulbarsch, Quappe, Karausche, Karpfen (in die Seen nur künstlich eingesetzt), Ukelei, Güster, Plötz, Rotauge, Elritze (seltener in Seen), Schleie und Hecht. Echte Flußfische sind Barbe (Weichsel, Drewenz und Rüddow), Zerte, Rapfen (Aspius rapax), Döbel, Weißfisch (Squalius leuciscus) und Äsche. Nicht häufig ist der Flüsse, Ströme und größere Seen bewohnende Wels. Lachs und Stör halten sich in der Ostsee auf und steigen nur zur Laichzeit in die Weichsel. Die Bachforelle (Trutta fario) lebt in raschströmenden Bächen und Flüssen vieler westpreußischer Kreise. — Sehr artenreich ist die Vogelwelt mancher Seen und Flüsse. An einigen kleinern, ganz versteckten Seen des westlichen Westpreußens nistet der Polartaucher (Colymbus arcticus). Der verlandende Drausensee birgt den westlichsten Brutplatz der Zwergmöve (Larus minutus). Hier nistet auch der seltene Nachtreiher (Nycticorax nycticorax), der sonst nicht in Westpreußen als Brüter angetroffen wird. Der Kormoran (Phalacrocorax carbo), der früher weit verbreitet war, ist infolge unablässiger Nachstellungen auch in Westpreußen sehr selten geworden; wir kennen seine Horste nur noch aus einer Staats- und einer Privatforst. Auch Fischreiher (Ardea cinerea) und Höckerschwan (Cygnus olor) sind im allgemeinen seltene Nistvögel im Gebiet. — Die Sumpfschildkröte (Emys orbicularis) lebt noch in 21 Kreisen und scheint am häufigsten in den Seen des südlichen Westpreußens vorhanden zu sein.

Sehr auffällige Vegetationsverhältnisse bietet der atlantische Florenbezirk der Provinz (Kr. Putzig und Neustadt). Hier sind Gewässer mit sandigem Grunde ebenso wie in den westlichen Heidegegenden nur dann relativ pflanzenreich, wenn sie auch sandige Ufer besitzen; Gewässer mit sandigem Grunde und moorigen

Ufern zeigen ebenso wie die moorigen Gewässer bräunliche bis schwarz getrübte, nährstoffarme Fluten mit geringem zoischen und vegetabilen Leben. Zu der ersten Gruppe gehören auch die in Nordpommerellen gelegenen Landseen mit ihrem Reichtum an den seltenen Pflanzenarten: Fontinalis Baltica (endemisch im Gebiet), F. Dalecarlica, F. microphylla, Dichelyma capillacea, Isoëtes lacustre, I. echinosporum, Myriophyllum alterniflorum, Litorella lacustris und Lobelia Dortmanna. Zuweilen gedeiht mit ihnen zusammen die nordische Zwergmummel (Nuphar pumilum), die ebenso wie Isoëtes lacustre und Lobelia auch dem SW. der Provinz eigentümlich ist. Überhaupt sind die nordisch-alpinen Elemente für manche Seen Westpreußens westlich der Weichsel geradezu bezeichnend. — Von den Wasserschlauchgewächsen ist Utricularia minor ebenso wie U. vulgaris allgemein verbreitet; sehr ungleich verteilt sind dagegen U. intermedia und U. neglecta. Die als hervorragende Kalkbildner bekannten Armleuchtergewächse und Laichkräuter sind durch viele Arten vertreten, von denen pflanzengeographisch sehr interessant das Vorkommen des atlantischen Potamogeton polygoniifolius im Kreise Putzig ist. Eine Charakterpflanze der moorigen Seen und Teiche des Südwestens ist Alisma natans, die die Weichsel nicht überschreitet. Die verwandte A. parnassifolium ist bis jetzt nur in den Kreisen Kulm und Schwetz gefunden worden. Die größte Seltenheit ist aber die tierfangende Aldrovandia vesiculosa, die von Caspary im Kreise Briesen in einem kleinen See des Zignielka-Moors entdeckt wurde. Ganz ausgestorben ist bereits die Wassernuß (Trapa natans), deren Früchte in subfossilem Zustande in Torfmooren der Provinz des öftern gefunden sind. — Zu den Leitpflanzen der an Nährstoffen reichen Gewässer gehört die Krebsschere (Stratiotes aloides), die nirgends selten ist und oft ausgedehnte wiesenartige Bestände bildet. Mit ihr zusammen gedeiht auf dem Drausensee Europas kleinste Samenpflanze, die Wasserlinse Wolffia arrhiza. — In der Uferflora beanspruchen der nordische Schwingel (Scolochloa festucacea) und die deutsche Schneide (Cladium mariscus) ein erhöhtes Interesse. Während der erste, eine exquisit östliche Art, in den Kreisen Schlochau, Graudenz und Danziger Niederung gefunden worden ist, besitzt die andere, eine westliche Pflanze, ihr Hauptverbreitungsgebiet westlich der Weichsel; östlich davon kommt sie nur längs der Drewenz an wenigen Fundstellen vor. — Aus der Uferflora der Weichsel seien nur die Stromtalpflanzen Calamagrostis litorea und Rumex ucranicus hervorgehoben. (Am Ufer der Weichsel lebt auch die kaum sonst irgendwo gefundene Fliege Lipsa Bohemica.) Das Frische Haff birgt in seinen ausgedehnten Rohrsumpfformationen zwei sehr seltene Binsen: Scirpus Kalmussii, nach dem verstorbenen Entdecker Rektor Kalmus aus Elbing so benannt, und S. americanus.

Die Meeresküste.

An der westpreußischen Meeresküste bildet die Weichsel eine Pflanzenscheide. Östlich von ihr charakterisieren Dünenbildungen mit reicher maritimer Psammophytenflora die Landschaft, westlich dagegen treten Heide- und Strandwiesen-

formationen in den Vordergrund des Vegetationsbildes. Unter den Dünenpflanzen der Frischen Nehrung erreichen der flockige Bocksbart (Tragopogon floccosus) und der mittlere Wanzensame (Corispermum intermedium) absolute Westgrenzen im Gebiet, während das ebenfalls östliche wohlriechende Leinkraut (Linaria odora) seine Westgrenze erst bei Rügenwalde in Pommern findet. Im westlichen Küstenstrich besitzen Ostgrenzen im deutschen Florenbezirk: Festuca maritima, Scirpus parvulus, Spergularia media, Ranunculus Baudotii, Samolus Valerandi, Odontites litoralis. — Charakterpflanzen der Dünen sind: Ammophila arenaria, A. Baltica, Elymus arenarius, Festuca arenaria, Carex arenaria, Epipactis rubiginosa, Salix repens var. argentea, S. daphnoides, Anthyllis vulneraria var. maritima, Lathyrus maritimus, Eryngium maritimum, Iasione montana var. litoralis, Hieracium umbellatum var. dunale u. a. Auf den meisten Strandwiesen finden sich vor: Festuca distans in mehreren Formen, Carex distans, Juncus Gerardi, Scirpus rufus, einige Melden (sehr selten Atriplex calotheca), Trifolium fragiferum, selten Melilotus dentatus, Plantago maritima (östlich der Weichsel sehr selten) Glaux maritima, Erythraea litoralis (östlich der Weichsel sehr selten), E. pulchella, Aster tripolium. Für den schmalen Vorstrand sind bezeichnend: Salsola kali, Atriplex hastatum var. salinum, Honckenya peploides, Cakile maritima.

Auf der frischen Nehrung fliegt der südliche Ameisenlöwe (Acanthaclisis occitanica), hier sein einziges Fundgebiet nördlich der Alpen besitzend.

Die Zusammensetzung der unterseeischen Flora hängt von den Tiefenverhältnissen ab: Grün- und Blaualgen sind bekanntlich am meisten lichtbedürftig und beherrschen deshalb die litorale Region, die bei 4 m Tiefe ihre absolute Grenze findet. Brauntange vermögen erheblich weiter in die Tiefe zu dringen; sie werden hierin von den Rottangen bezüglich der Artzahl übertroffen; diese gehören meist der sublitoralen Zone an, die in der Danziger Bucht bis 25 m reicht. Wenn nun auch in der 1. Zone sich Algen der 2. und umgekehrt einmischen, so ist im allgemeinen das Bild doch das gleiche: In der litoralen Zone bestimmen Grün- und Blaualgen das Vegetationsbild, in der sublitoralen die andern beiden Gruppen. Der ersten Zone gehören auch die marinen Blütenpflanzen an: Ruppia maritima (nur westlich der Weichsel), Potamogeton pectinatus, P. filiformis, Zannichellia pedicillata, Najas marina und das Seegras (Zostera marina). Das Seegras, das allerdings bis in die sublitorale Zone vordringt, stellt die weitaus geschlossenste Formation dar.

Charakterfische der Danziger Bucht sind das Petermännchen (Trachinus draco), der Knurrhahn (Cottus scorpius), der Steinpicker (Agonus cataphractus), die Aalquappe, das Butterfischchen (Centronotus gunellus), Meergrundeln (Gobius niger und G. minutus), der Seehase (Cyclopterus lumpus), der Pomuchel, der Steinbutt, die Scholle, die Flunder, Sandaale (Ammodytes lanceolatus und A. Tobianus), Lachsforelle (Trutta trutta), Hering, Sprott (Clupea sprattus), Maifisch (Alosa finta) und Seenadeln (Siphonostoma typhle und Nerophis ophidion). — Ein arger Fischräuber ist der Seehund (Phoca vi-

tulina, zuweilen auch Ph. annellata). Auch der Braunfisch (Delphinus delphis) und die Regelrobbe (Halichoerus grypus) gehören der Fauna der Danziger Bucht an. — Das Vogelleben wird im Winter besonders mannigfaltig, wenn nordische Arten bei uns Winterquartiere beziehen. Dann zeigen sich unter den zahlreichen Möwen Eis- und Trauerente, Zwergsäger und Schellente, der Tordalk, der Eistaucher, der Polartaucher, die Lumme und garnicht selten die Eidergans. Am Strande tummeln sich Wassertreter und Strandläufer. — Neuerdings ist auf der sogenannten Messinahalbinsel am Weichseldurchbruch von 1840, wo eine Anzahl bemerkenswerter Vögel brütet, eine Vogelschutzstätte geschaffen worden.

Die Kulturformationen.

Zwei Pflanzengruppen treten in diesen Formationen zu einem einheitlichen Vegetationsbilde zusammen: 1. die typischen Unkräuter, welche mit dem plötzlichen Aufhören des Ackerbaues aus unserer Heimat verschwinden würden, und 2. die Arten, welche spontanen Formationen entstammen und auf Acker- und Gartenland oder auf Ruderalstellen um so reichlicher erscheinen, je mehr die neuen Standorte den natürlichen entsprechen; d. h. je mehr Übereinstimmung in Bodenzusammensetzung, -belichtung, -feuchtigkeit usw. herrscht. Allerdings ist eine scharfe Trennung beider Gruppen nicht durchführbar, und die Zahl der Arten, über deren Herkunft man im Zweifel ist, ist nicht klein. Zur ersten Gruppe gehören beispielsweise bei uns Arten aus den Gattungen Galeopsis, Stachys, Sonchus, Crepis, Arnoseris u. a., zur zweiten der Mohn, die Kornrade, die Kornblume, der Taumelloch, der Ackerhahnenfuß. Durch fremdes Saatgut sind eine Anzahl fremder Arten eingeschleppt worden, so das in Kleefeldern oft zahlreich auftretende Gabelleimkraut (Silene dichotoma) aus Südosteuropa und das Unkraut mancher Kartoffelfelder, die peruanische Galinsoga parviflora. Das Frühlings-Kreuzkraut (Senecio vernalis) wanderte erst zu Beginn des vorigen Jahrhunderts bei uns ein. Seltenere Kulturbegleiter sind in unserm Gebiet: Juncus tenuis (in Wiesen), Melandryum noctiflorum (auf lehmigem Boden), Adonis aestivalis (nur im Weichselgebiet auf schweren, kalkreichen Böden), Ranunculus arvensis, Geranium dissectum, Euphorbia exigua, Caucalis daucoides (nur bei Kulm), Stachys arvensis, Linaria arvensis, Orobanche ramosa (nur bei Danzig), Sherardia arvensis, Crepis virens (auf Grasplätzen).

In der Fauna der Äcker macht sich die Abhängigkeit vieler Tiere von den Kulturpflanzen geltend. Hierzu gehören die vielen Schädlinge, der Getreideblasenfuß, die Halmwespe, die Halmfliege, die Fritfliege, Drahtwürmer, die Saateule und wie sie alle heißen mögen. Der Raps hat oftmals sehr stark unter dem Rapskäfer zu leiden, die Zuckerrüben unter manchen Aaskäfern und Würmern aus der Gattung Rhabclonema. — Aber die Tierwelt der Felder hat auch manche sympathische Gestalten; im dichten Getreide leben der Wachtelkönig und die schon so selten gewordene Wachtel. Noch zahlreich sind auf den bebauten Fluren der Kiebitz und das Rebhuhn. Mit der Vermehrung der Getreidefelder hat auch die Zahl der Ammern (besonders Emberiza hortulana) zugenommen.

Kurz wäre auch noch der Dorfstraßenflora zu gedenken, in der zahlreiche Heilpflanzen, oft vom Volke vergessen, ihr Dasein fristen: Pestwurz (Petasites officinalis), Eisenkraut (Verbena officinalis), Andorn (Marrubium vulgare), Osterluzei (Aristolochia clematites), Münzen (Mentha villosa, M. piperita, M. gentilis), Katzenmünze (Nepeta cataria), Alant (Inula helenium) u. a.

Pflanzen- und Tierwelt Westpreußens stellen eine Mischflora und eine Mischfauna dar, die beide Vertreter der verschiedensten postglazialen Entwicklungsstufen aufweisen. Allen diesen Assoziationen sind sehr seltene Glieder eigentümlich. Pflicht eines jeden Naturfreundes ist es, ihre Erhaltung zu fördern. „Schützet die seltenen Pflanzen und Tiere!" Dieser Ruf ergehe an alle unsere Landsleute.

Land und Leute in den Provinzen Posen und Westpreußen.

Von Fritz Braun.

Wenn wir auf der Karte unseres Vaterlandes die Berg- und Hügelländer Mitteldeutschlands gemustert haben und gleich darauf die Nordostmark des Reiches betrachten, so erscheint uns hier das Kartenbild viel einförmiger. Weite Ebenen wechseln in Posen wie in Preußen mit leicht gewelltem Hügellande, und nur die unregelmäßig geschlängelten Ströme und Flüsse, die zum Teil in gewaltigen, von den Riesenströmen der Eiszeit tief ausgehöhlten Betten dahinziehen, bringen charakteristische Linien und reichere Abwechselung in das Kartenbild.

Das Netz der Eisenbahnen ist noch heute im deutschen Nordosten viel weitmaschiger als in den übrigen Teilen des Reiches, und da die Industrie in der Grenzmark sich erst in unseren Tagen schüchtern regt, fehlen weiten Räumen so gut wie ganz ansehnliche Siedelungen, denn die unzähligen Zwergstädte der Provinz besitzen zumeist nicht allzuviel von der Eigenart städtischer Niederlassungen.

Vor wenig Jahrzehnten war es mit alledem noch viel schlimmer bestellt, so daß den Berliner eine Reise nach Paris unter Umständen weniger Zeit und geringere Mühen kostete, als sie der Posener und Danziger Bürger aufwenden mußte, um in ein abgelegenes Landstädtchen der eigenen Provinz zu gelangen. Da überdies noch ein großer Teil der Ostmark von einer sprach- und wesensfremden Rasse bewohnt wird, kann es uns nicht wundernehmen, daß die Deutschen im Reiche wenig Lust verspürten, die Unannehmlichkeiten einer langen Reise in Kauf zu nehmen, um Gebiete kennen zu lernen, in denen man nur wenig Sehenswürdiges zu finden erwartete, die sich der Reichsdeutsche erfüllt dachte von zerfallenen Hütten, Schmutz, Sand, Kiefern und Wölfen. So hatte denn der Königsberger Geograph Hahn ganz recht, wenn er noch im Jahre 1897 schrieb, man „konnte sich außerhalb der Provinz fast gar keine rechte Vorstellung davon machen, wie Grätz und Lissa, Gostyn oder Samter eigentlich aussehen." Zwar führte schon seit alters die große Heerstraße nach dem europäischen Nordosten, der Postweg von Berlin nach Petersburg, auch durch Westpreußen, doch zeigte er dem Reisenden in den Heidestrichen bei Konitz und an dem Dünenhange der Nehrung gerade solche Gebiete, die zu den unwirtlichsten und menschenleersten unserer Grenzmark gehören.

Ganz so schlecht wie zu den Tagen unserer Großeltern denkt man heute in dem Reiche wohl nicht mehr von Posen und Westpreußen. Man hörte dieses und jenes von den Wiederherstellungsarbeiten an der herrlichen Marienburg. Die illustrierten Zeitschriften brachten hübsche Bilder von den Ufern des früher so

weltentlegenen Frischen Haffs, an dem nunmehr Schichau seine pfeilgeschwinden Torpedoboote baute, wo die Kaiserliche Familie in Cadinen die Freuden des Landlebens kostet. Immer größere Kreise unseres Volkes haben sich endlich auch zu der Überzeugung durchgerungen, daß die Germanisierungsarbeit in der Ostmark den Bayer ebensogut wie den Brandenburger, den Hannoveraner nicht weniger wie den Pommer angeht. Die rasch erblühenden Badeorte und Sommerfrischen in dem Weichbilde der alten Hansastadt Danzig, deren technische Hochschule auch viele Studenten aus dem Westen und Süden anlockt, bewogen so manchen Berliner und Breslauer zu einer Fahrt an die preußische Meeresküste, auf welcher ihn der vorher so abgelegene Erdwinkel durch seine landschaftlichen Reize entzückte. Da sich allmählich auch ostmärkische Künstler fanden, welche die Eigenart ihrer Heimat im Bilde zu schildern versuchten, so bildeten sich die Deutschen im Reich mit der Zeit doch eine bessere Meinung von dem früher arg verlästerten „preußischen Sibirien", wenn auch der Beamte nach wie vor nur mit einem gelinden Grauen an eine Versetzung nach Westpreußen oder Posen zu denken vermag.

Und wirklich bergen diese Gegenden, die uns zuerst recht eintönig und langweilig erscheinen, eine Fülle wechselvoller Landschaften, so daß auch der Reisende noch auf jeder Wanderfahrt Neues findet, der sich seit Jahr und Tag bemüht hat, den deutschen Osten genauer kennen zu lernen. Allerdings liegen die schönsten Gegenden nicht immer dicht an der Heerstraße; viele mußten sogar von den Bewohnern der benachbarten Städte erst in unseren Tagen entdeckt werden, hatten doch z. B. die Bürger der Residenzstadt Posen noch vor 30 Jahren kaum eine Ahnung davon, welche prächtigen Seen- und Waldgebiete dicht bei ihrer Vaterstadt zu finden sind. Um zu zeigen, welche Fülle verschiedener Landschaftsbilder in der Ostmark auf einem kleinen Raume vereinigt sind, braucht man nur die mit Obstgärten und Weinpflanzungen bedeckten Hügel an der schlesischen Grenze, die unabsehbaren Weizen- und Rübenfelder Kujaviens, die endlosen Kiefernforsten zwischen der unteren Warthe und Netze, die bachdurchrieselten Buchenhaine des nördlichen Pommerellens, die bergumrahmten Binnenseen der Kassubei, die Wanderdünen der Nehrungen und die fetten Marschen der Weichselwerder, die breiten Urstromtäler der Weichsel, Warthe und Netze und die schmale Erosionsschlucht der kecken Bergestochter Radaune zu nennen. Es ist das schon eine recht lange Liste, und doch ist damit die Reihe der eigenartigen, für den Vergnügungsreisenden wie für den Erdkundigen gleich interessanten Landschaften, die sich in der Grenzmark finden, noch lange nicht erschöpft. Nur wenige Kilometer brauchen wir uns von den lebhaften Hauptstraßen Danzigs zu entfernen, damit wir im Südosten der Stadt die behäbigen, niederdeutschen Gehöfte der Werderbauern, im Nordwesten dagegen die schier urweltlichen Wohnstätten der Kassuben finden, um die in tiefer Einsamkeit und Weltverlassenheit die karge Heide ihren würzigen Duft verhaucht, kümmerlich genug und doch von herber, großzügiger Schönheit.

Und wenn der Deutsche es auch nur mit tiefem Bedauern zu hören vermag, wie breit sich gerade in den letzten Jahrzehnten der Slawe auf diesem Boden machte, der für die große Masse des Volkes erst durch deutsche Kulturarbeit in

eine menschenwürdige Wohnstätte verwandelt wurde, so wird durch das Neben- und Durcheinanderwohnen der beiden Völker die Mannigfaltigkeit der Bilder doch noch vermehrt. Nicht allzuweit von der Burg der deutschen Ordensritter versteckt sich der polnische Magnatensitz hinter schattigen Parkbäumen. Lassen wir uns vor der Tür des Kassubischen Dorfkruges nieder, so lugen in der Ferne die Türme der kerndeutschen Hansastadt Danzig über die Hügel, und um die polnische Kleinstadt mit ihrem mächtigen Dom und geräumigen Marktplatze ziehen sich im Kreise die deutschen Ansiedlungsdörfer. Ein paar hundert Schritt von dem stattlichen Ziegelneubau der Kgl. Preußischen Oberförsterei träumt am Ufer des grünumbuschten Landsees die Kate des slawischen Fischers, und wenn die Jugend des deutschen Werderdorfes am Hange des Weichseldammes mit Spiel und Lied den lauen Sommerabend feiert, gesellt sich zu dem Klange des deutschen Volksliedes wohl der zitternde Ton der Fiedel, der ein polnischer Flößer auf der mitten im silberglänzenden Strom verankerten Holztraft weiche, herzbewegende Weisen entlockt. Wie wir uns in Westpreußen an der wuchtigen Größe der Ordensburgen erfreuen, können wir uns in Posen am Fuße zerfallener Schlösser (z. B. Radlin bei Zerkow, Heinrichseck in Radojewo, der Mäuseturm bei Kruschwitz, der Schildberger Turm u. a. m.) im Geiste in die Zeiten der Polenherrschaft zurückversetzen.

Betrachten wir auf einer physikalischen Karte die Provinzen Westpreußen und Posen, um uns eine Vorstellung von ihrem Bodenrelief zu bilden, so dünkt uns Westpreußen in dieser Hinsicht viel interessanter, und zwar nicht nur deshalb, weil es an das Baltische Meer grenzt, das hier mit tiefen Buchten und geräumigen Haffs in das Land eindringt. Höher als die Landrücken der südlichen Nachbarprovinz wölben sich die Berge der Kassubei empor, scharf umgrenzt wie ein kleines Gebirge steigen die Erhebungen zwischen Elbing und Tolkemit von der Haffküste empor. Immer wieder lenkt das breite Tal des mächtigen Weichselstromes, dem die Warthe an Wassermenge und Breite lange nicht gleichkommt, unseren Blick auf sich. Mit seinen Uferhängen, Niederungen und Werdern bildet dieses gewaltige Stromtal in physischer Hinsicht ebensogut wie in wirtschaftlicher eine Welt für sich. Auch die klaren Augen des Landes, die blanken Seen, sind in Westpreußen noch viel zahlreicher wie im posnischen Lande, dessen größter Landsee, der von sumpfigen Wiesen umrahmte Goplosee, zum Teil schon zu dem russischen Nachbarreiche gehört. Außerdem betten sich die westpreußischen Seen zwischen viel ansehnlichere Höhen wie die der Nachbarprovinz. Nur 3 km von den Radauneseen, deren Spiegel etwa 100 m über dem der Ostsee liegt, erhebt sich der Turmberg zu 331 m Meereshöhe, so daß wir es hier mit einer relativen Höhe von 171 m zu tun haben, die sich in Norddeutschland nirgends wiederfindet.

Da die Grenzen der Provinzen mehr durch den Gang der politischen Geschichte als durch geographische, völkische und wirtschaftliche Gesichtspunkte bestimmt wurden, haben sie zum Teil nicht allzuviel Bedeutung für den Wanderer wie für den Landeskundigen, müßte dieser doch immer wieder gleichartige Gebiete willkürlich trennen und zerreißen, wenn er sich streng an die politische Einteilung halten wollte. Das gilt für die Grenzen zwischen Posen und Brandenburg ebenso-

gut wie für die zwischen Posen und Schlesien und nicht minder für die Linie, durch die man im Jahre 1878 das preußische Land in Ost- und Westpreußen teilte. Hinsichtlich der beiden großen Nachbarstaaten Preußen und Rußland verhält sich die Sache in physikalischer Hinsicht eigentlich ebenso, doch bewirkte hier die durch polizeiliche Maßnahmen erzielte Aufhebung der Freizügigkeit, daß die willkürlich gewählte politische Grenze für die Beziehungen der Grenzanwohner dieselbe Bedeutung erlangte wie sonst wohl eine stark ausgeprägte natürliche Grenzscheide, und daß viele Striche des russischen Polens dem deutschen Geographen durchaus als terra incognita, als dunkles, unerforschtes Land gelten müssen. Dazu kommt noch der starke Unterschied in der Zivilisation diesseits und jenseits der russischen Grenzpfähle. Wer jemals in der russischen Kleinstadt in schmutziger Schenke dem betäubenden Summen der Fliegen lauschte, die mit Heeresmacht über Schnapsreste und Zuckerwerk herfallen, und zwischen baufälligen Hütten durch den Schmutz einer russischen Dorfstraße watete, braucht nicht erst Gustav Freytags lebensvolle Schilderungen von dem Wirken des Großen Königs zu lesen, um sich ein Bild von den Segnungen zu machen, welche die deutsche Ostmark den „preußischen Tyrannen" verdankt, in deren Verunglimpfung sich die polnische Presse niemals genug tut.

Posen.

Will man der Übersichtlichkeit wegen die Provinz Posen in mehrere Teile zerlegen, so tut man am besten, sich an die großen Urstromtäler zu halten, welche die Provinz von Osten nach Westen durchziehen. Am Rande dieser Urstromtäler finden sich auch die größten Höhenunterschiede, so daß dort die Landschaft viel belebter und wechselvoller erscheint als in anderen Gegenden. Nicht nur der Fluß im Grunde, auch die Abhänge der Randhöhe bringen eindrucksvolle Linien in das Landschaftsbild, denen das Auge viele Meilen weit folgen kann. Das Glogauer Urstromtal, in dem heute die Bartsch der Oder zuströmt, schneidet einen kleinen Südzipfel von der Provinz ab, während das alte Eberswalder Stromtal, eine mächtige, von ansehnlichen Höhen begleitete Talfurche, den nördlichen Grenzstrich von dem Hauptteile sondert. Der Rest des Posener Landes wird dann von der oberen Warthe und Obra, die in dem sogenannten Berliner Urstromtal westwärts fließen, noch einmal in zwei Hälften zerschnitten. Andere, quer zu den Urströmen verlaufende Flußtäler, teilen diese Gebiete noch weiter in kleinere Landstriche, die aber den gewissenhaften Topographen mehr interessieren als uns, die wir uns nur eine allgemeine Vorstellung von der Eigenart des Landes und seiner Bewohner bilden wollen.

Wenn wir unsere Wanderung durch das Posener Land im Südwesten beginnen, so kommen wir zuerst in einen Gau, der wegen seiner Landschaftsform wie wegen seiner wirtschaftlichen Verhältnisse in gleicher Weise unsere Teilnahme verlangt. Wir erreichen dort das schlesisch-posnische Weingebiet, welches die nördlichsten Weingärten unseres Planeten enthält. Wer kennte nicht die launigen Scherz-

gedichte unseres Danziger Dichters Johannes Trojan, in denen der weinfrohe Zecher die Schreckniſſe des Grüneberger und Bomſter Rebenſaftes beſingt. Mit den Hochgewächſen der Rheinpfalz und des Moſelgaus hält der Bomſter, Chwalimer und Unruhſtädter allerdings keinen Vergleich aus, aber ſo arg, wie der ſchalkhafte Spötter es macht, iſt es darum doch nicht. Mit ſtiller Betrübnis ſieht der Landeskundige, daß in Schleſien wie in Poſen die dem Weinbau gewidmete Bodenfläche von Jahrzehnt zu Jahrzehnt weiter abnimmt, und daß ſelbſt ſo gute Weinjahre wie das von 1911 die Luſt am Weinbau nicht recht beleben können, weil ſie als gar zu ſeltene Ausnahmen erſcheinen. Peſſimiſtiſche Gemüter denken ſchon an die Oktoberwochen, wo man die letzte Weinleſe auf oſtmärkiſcher Erde feiern wird, wo des Winzers poetiſche Beſchäftigung, die von deutſchen Männern in das Land verpflanzt wurde, gerade ſo ein Ende finden ſoll wie die von unſeren Volksgenoſſen in der Grenzmark eingeführte Tuchweberei, die manches Menſchenalter hindurch viele Tauſende fleißiger Arbeiter ernährte, aber heute infolge der ruſſiſchen Zollmaßnahmen längſt verſchwunden oder auf ein ganz geringfügiges Maß zurückgegangen iſt.

Ich erinnere mich noch ſehr gut des Tages, an dem ich zum erſten Male den ſchleſiſch-poſniſchen Weinbezirk beſuchte und erwartungsvoll durch das Wagenfenſter ſpähte, um mir nur ja nicht den erſten Rebgarten entgehen zu laſſen. Während mich meine Einbildungskraft in die Weinberge am grünen Rhein, in die Rebenhänge an der hurtigen Saale verſetzte, ſauſte das Dampfroß durch den eintönigen, ſandigen Kiefernwald. Und dann erſchien auch endlich der erſte „Weinberg“.

Hinter einem Bahnwärterhäuschen ſind im Walde ein paar Quadratmeter Landes urbar gemacht, aber nicht Kartoffelſträucher grünen dort wie an den Wärterhäuſern in den weſtpreußiſchen Heiden, ſondern ſchwanke Weinreben klimmen an den ſtützenden Stäben empor. Nun laſſen auch größere Weingärten nicht mehr lange auf ſich warten. Umhegt von braunroten Kiefernſtämmen, entwachſen die Reben dem gelben Sande, der überall zwiſchen ihren grünen Blättern aufleuchtet, ſo daß das ganze Landſchaftsbild nur wenig der Vorſtellung entſpricht, die wir uns von einem Weingarten gebildet haben.

Während ſich bei der ſchleſiſchen Weinſtadt Grünberg die Rebenflur und die Obſtgärten als bunter, ſchmucker Gürtel um den laubreichen Ort legen und ſo eins der freundlichſten Städtebilder des deutſchen Oſtens ſchaffen, merkt man bei Bomſt und Unruhſtadt, den wichtigſten Weinorten Poſens, von dem Weinbau nicht allzuviel, und mancher Reiſende mag auf der Eiſenbahn an den Städtchen vorbeifahren, ohne zu ahnen, daß garnicht weit von dem Schienenſtrange die nördlichſten Weingärten der Erde grünen, gerade ſo wie bei dem benachbarten Grätz, der weitbekannten Brauereiſtadt der Oſtmark, von den Hopfenpflanzungen noch wenig zu ſehen iſt, da ſie erſt weiter nordwärts in den Holländereien von Neutomiſchel Leben und Abwechſlung in das Landſchaftsbild bringen.

Schlicht und ſchmucklos wie andere Kleinſtädte der Provinz liegt der alte Weinort Bomſt in der ebenen Ackerflur da, und während wir vergebens nach den Reben ausſpähen, drängt ſich unſerem Blicke umſomehr die hohe Eſſe der Spiritusbrennerei einer nahen Domäne auf. Luſtig brennt man dort den ſlawiſchen

1. Vier Schwiegermütter. 2. Reigen junger Mädchen. 3. Hochzeitsmusikanten. 4. Rathaus in Zduny. 5. Neumark Wpr. im Druvenztal. 6. Brahetal bei Krone. 7. Brand in den Graudenzer Verteidigungsspeichern. 8. Kanalisationsarbeiten auf dem Markte in Marienburg.

Fusel, während der deutsche Weinbau immer mehr zurückgeht. Erst wenn wir ein gutes Stück auf der einsamen Chaussee nach Unruhstadt ausgeschritten sind, erreichen wir am Rande des Kiefernwaldes die ersten Weinpflanzungen. Zwischen den Weinstöcken ziehen sich Reihen hochstämmiger Obstbäume dahin, aber nur allzu oft breiten sie, namentlich am Rande des Rebengeländes, ihre Äste jetzt nicht mehr über feinblätterige Weinstöcke, sondern über schwanke Getreidehalme und zeigen uns so, daß der Roggen die Rebe, die Landwirtschaft den Gartenbau langsam, aber sicher verdrängt.

Während Bomst heutzutage den größten Teil der Trauben auf den Obstmarkt bringt, wird in dem benachbarten Unruhstadt noch eine ganze Menge Wein gekeltert. Auch hier liegen die Rebgärten größtenteils erst in einiger Entfernung von der Stadt am Hange der sandigen Höhen, die sich nördlich von der Haltestelle Chwalim hinziehen. Hoffen wir nur, daß die nächsten Lesen im Posener Weingebiete einen ebenso reichen Ertrag liefern wie die des Herbstes 1911, damit die Winzer neuen Mut gewinnen und die Weingärten auch fürderhin grünen und gedeihen.

Wir würden uns darüber nicht nur aus dem Grunde freuen, weil so die Schöpfung deutscher Ahnen erhalten bliebe, sondern nicht minder deshalb, weil die blühenden Obsthaine, in denen die Reben reifen, und die oft trotz aller Einfachheit recht malerischen Winzerhäuschen den schönsten Schmuck dieser dürftigen, sandigen Landschaft bilden, in der selbst die Kiefern sich nicht überall zu voller Größe und Schönheit entwickeln wollen. Zudem reifen die Trauben, das edle Obst selbst dort noch, wo sonst der magere Boden nichts mehr hergeben will. Als ich einst einen Landeingesessenen bei Rackwitz fragte, warum er sich nicht mit Obstbau beschäftige, erhielt ich ganz entrüstet zur Antwort: „Nanu, so schlecht ist mein Land denn doch nicht.“ Fast allerorten steht hier der gelbe Sand zutage, den selbst in den hochstämmigen Kiefernwäldern bei Bomst und Unruhstadt die lückenhafte, vielfach zerrissene Moosdecke nicht überall unserem Blicke entzieht. Daß die Waldbäume es nicht leicht haben, hochzukommen, sehen wir an den jungen Schonungen, in denen sich die Reihen der jungen Bäumchen zumeist schon arg gelichtet haben. Nur den Kaninchen behagt es in diesem dürren, sandigen Gebiet. Überall stoßen wir auf die Mündungen ihrer Erdröhren, in denen alle Augenblicke eines der schreckhaften Tiere verschwindet, dem Wanderer seine helle Kehrseite weisend. Das leuchtende Gelb den Sandes, das dunkle Grün der Kiefernnadeln und das noch dunklere des sonnenverbrannten Moosteppichs sind die Hauptfarben der Landschaft, und doppelt freuen wir uns deshalb über jedes Birkenstämmchen, dessen Krone lichtgrün zwischen den dunklen Kiefern aufflammt.

Auch die Roggenfelder, die hier auf dem gerodeten Waldboden angelegt worden sind, führen nur ein kümmerliches Dasein, und ihre Halme stehen voneinander oft so weit entfernt, daß wir noch im Heumond den gelben Sand zwischen ihnen hindurchschimmern sehen. Da kann es uns nicht wundernehmen, daß auch die über die Waldblößen zerstreuten Bauernhöfe nicht gerade wohlhabend und behaglich sind. Am anmutigsten erscheint diese Landschaft dem Wanderer noch am sonnigen Wintertag, wenn sich der dunkle Kiefernwald wirkungsvoll von dem blendend

weißen Schneefeld abhebt und der klare Winterhimmel über die weite Ebene seine hohe Kuppel spannt, an der nachts tausend helle Lichter aufflammen. Auch die einheimischen Maler, wie ein Wierusz-Kowalski, haben das längst herausgefühlt und zeigen uns die von Kiefernwald umhegten Heiden am liebsten zur Winterszeit, wenn frohe Menschen im raschen Schlitten über die Fläche gleiten oder der hungernde Wolf vom verschneiten Feldhügel in die Ebene hinausäugt, ob sich denn nirgends eine Beute zeigen will.

Obgleich das posnische Weingebiet zu den wärmsten Teilen der deutschen Ostmark gehört, erhält die Landschaft hier doch erst verhältnismäßig spät ein sommerliches Aussehen, denn die stattlichsten Laubbäume, die wir finden, in deren Schatten der ansehnliche Gutshof daliegt, die sich im Wasser des Dorfteichs spiegeln, sind zumeist Pappeln und Akazien, die mitunter nicht vor der ersten Juniwoche ihren freundlichen Blätterschmuck anlegen.

Unter solchen Umständen muß man der Eisenbahnverwaltung doppelt dankbar sein, daß sie fast überall an den Haltestellen freundliche Gärtchen, blütenreiche Hecken angelegt hat, wo der Flieder seinen Duft verhaucht und die Nachtigall im Frühling ihre Lieder hören läßt.

Fruchtbarer ist das Land südöstlich von dem Weingelände, wo im Obrabruch heute wohlentwässerte Wiesen und üppige Getreidefelder die weiten Räume des Urstromtales einnehmen. Ursprünglich mag auch hier der Kiefernwald weite Strecken bedeckt haben, denn noch heute sendet er seine Vorposten bis an das Bruchgelände. Im Schatten der Kiefern finden wir dann wohl noch einen malerischen Krug, dessen verwittertes Strohdach, an das sich die lange Dachleiter lehnt, bis tief zur Erde hinabreicht, während uns der gewaltige Ziehbrunnen, der den Bewohnern Trinkwasser liefert, an Ungarns ferne Pußten erinnert.

Dr. Kremmer hat recht, wenn er in seiner trefflichen Landeskunde die Obra „den merkwürdigsten Fluß Posens" nennt. Gar manches Mal klingt ihr Name dem ostmärkischen Schüler ans Ohr, wenn er in der Erdkunde mit dem Cassequiare bekannt gemacht wird, jenem merkwürdigen Wasserlauf, dessen dunkle Flut sich, wie der Wind weht, bald zum Orinoco, bald zum Amazonas wendet. Hier bei der Obra haben wir es nicht wie dort nur mit einer Bifurkation, sondern sogar mit einer Trifurkation, einer dreifachen Gabelung zu tun, da sie ihr Wasser durch zwei Flußläufe in die Warthe, durch einen in die Oder sendet. Ja, wenn wir wollten, könnten wir sogar noch die bei Meseritz mündende Packlitz, die vermittels des Abflusses des großen Nieschlitzsees mit der Oder in Verbindung steht, als vierten Obralauf gelten lassen Heute ist jedoch vielfach schwer zu entscheiden, wie weit das verwickelte Bild der „Obragewässer" durch natürliche Kräfte gestaltet ist und wie weit der Mensch den trägen Fluten neue Bahnen gewiesen hat. Da alle diese Dinge auf der Landkarte besser wie im Gelände studiert werden können, da es auch für das Landschaftsbild ziemlich gleichgültig ist, ob die Flüßchen der Warthe oder der Oder zustreben, dürfen wir über diese Verhältnisse schneller hinweggehen, als es dem gestattet wäre, der das Flußnetz der Provinz vor den Lesern zu entwirren hätte.

Die deutschen Landschaften an der schlesischen Grenze, namentlich das Weichbild des gartenreichen Fraustadt, tragen schon ganz das Gepräge der Nachbarprovinz, mit der sie regen wirtschaftlichen Verkehr pflegen. Auch Lissa und Rawitsch sind durchaus Grenzstädte.

Die neueren Stadtteile dieser Orte bestehen zumeist aus langweiligen, modernen Straßenzeilen, die mitunter ohne jeden Übergang durch ländliche Bauten an das freie Feld grenzen, wie denn überhaupt den posnischen Land- und Mittelstädten eine charakteristische, gerade in ihnen zu findende Bauweise zumeist fehlt. Nur die stattlichen, alten Kirchen, wie etwa der Posener und Gnesener Dom, vermögen einen tieferen Eindruck auf den Reisenden hervorzubringen. Kommt man aus den volkreichen Gegenden Mitteldeutschlands, wo eine uralte Kultur dem Hause wie dem Hausgerät ihre Spuren aufgedrückt hat, in die östliche Grenzmark, so vermißt man schmerzlich diese verinnerlichte Bauweise, die das Haus nicht nur zu einem Obdach vor Wind und Wetter, sondern zu einem Gehäuse gemütreicher, sinniger Wesen macht. Wir brauchen in dieser Hinsicht nur etwa die Bischofsstadt Bamberg mit dem alten Erzbischofssitze Gnesen zu vergleichen. Wie schlecht schneidet dabei die polnische Gründung ab, selbst dann, wenn wir die Vorzüge, die der fränkischen Stadt durch ihre Lage und Umgebung geboten wurden, genügend in Rechnung bringen.

Nur die Kirchen sind selbst in den unscheinbarsten Orten oft groß und stattlich. Ihre pomphaft geschmückten Räume mußten dem Klein- und Ackerbürger, dessen geistige Bedürfnislosigkeit fast noch größer war als die körperliche, alle die Stätten ersetzen, an denen sich der deutsche Bürger zum Raten und Taten wie zu fröhlicher Kurzweil zusammenfand, und der auf seinen Einfluß eifersüchtige Klerus tat sein Bestes, die berückende Macht, die von solchen Dingen auszugehen pflegt, nach Kräften zu nützen.

Einen eigentümlichen Schmuck der Gegend um Lissa und Rawitsch bilden die unzähligen Windmühlen, die, oft zu Dutzenden aneinandergereiht, von dem Hügelrande ins Tal schauen und selbst dem eiligen Reisenden, der auf der Eisenbahn von Posen nach Breslau fährt, nicht entgehen können.

Ebenso abgelegen wie eigenartig ist der südlichste Zipfel der Provinz, wo südlich von der tief im Talkessel gelegenen Kreisstadt Schildberg die sandigen Berge erheblich ansteigen und im Haideberge die höchste Erhebung der ganzen Provinz bilden, die mit etwa 280 m nur um rund 50 m hinter dem höchsten Punkte Westpreußens, dem Turmberge bei Berent, zurückbleibt. An den Sandhügeln, die den ansehnlichen Höhenzug bilden, nagt der Wind und zerstört von Jahr zu Jahr immer mehr die Pflanzendecke. Dennoch bewirken die Waldparzellen, die unregelmäßig über die Hügel zerstreut sind, daß auch diese karge, ärmliche Landschaft ihre Reize behält.

Wie sich die Höhen des Haideberges an die Festenberger Hügel und das Trebnitzer Katzengebirge anschließen, das nordwestlich von Breslau das Ufer der Oder erreicht, so findet das nördlich davon gelegene Bruch der Bartsch seine Fortsetzung in dem Militscher und Trachenberger Teichrevier. Am anmutigsten erscheint uns diese Landschaft, wenn im Frühling das junge Gras zu wachsen beginnt und die

Weidenbüsche, welche die weiten Teiche umrahmen, im Schmucke ihrer gelbgrünen Frühlingsblättchen prangen, die in der Abendsonne goldig schimmern. Dann braucht man, um die Bartschwiesen interessant zu finden, nicht zu den Jägern oder Vogelkundigen zu gehören, die das feuchte Revier mit besonderer Vorliebe aufsuchen, weil in ihm manch seltener Vogel sein Nest baut und die scheue Graugans dort in solchen Scharen haust, daß die Treibjagden auf die mausernden Vögel reichen Abschluß zu liefern pflegen.

Ganz anders mutet uns wieder das Gebiet der Endmoräne an, die von Sobotka über Koschmin, Sandberg und Gostyn fast bis nach Fraustadt reicht, und durch ihre gewaltigen Steinpackungen dem Nachfahr verrät, daß die nordischen Gletscher dort dereinst ihre reiche Fracht an Geröll und Findlingsblöcken abgesetzt haben. Wie in manchen Teilen der Kassubei fällt es auch hier dem Bauern schwer, die Steinlager von seinen Äckern zu entfernen, und ähnlich wie auf den Kämpen an dem Putziger Wiek sind darum die Gärten und Gehöfte zumeist mit zyklopischen Mauern roh zusammengeschichteter Feldsteine umfriedet.

An Städten ist dieser südliche Teil der Provinz schier überreich, wenn auch nur wenige, wie das in Gartengrün gebettete Krotoschin und das auf eine lange Geschichte betriebsamer Bürger zurückschauende Lissa, sich in dem Übergang zu ansehnlicheren Mittelstädten befinden dürften. Den meisten städtischen Niederlassungen blieb eine fröhliche Entwicklung schon aus dem Grunde versagt, weil ihrer gar zu viele waren. Wegen der Einnahmen, die ihnen aus den Marktgeldern und dem Schnapsverkauf zuflossen, waren die polnischen Grundherrn nur allzugern bereit, alle möglichen Ansiedelungen mit Stadtrechten auszustatten, ohne daß die Bedingungen für städtisches Leben und bürgerliche Gewerbetätigkeit irgendwie gegeben waren. Während in deutschen Landen die Städte zu Brennpunkten der Kultur heranwuchsen und der Grundsatz „Stadtluft macht frei" ihre Einwohner zu einem bevorrechteten, in gewisser Hinsicht adligen Stande machte, blieben fast alle Städte im posnischen Lande traurige Nester, mehr bevormundete Gründungen des nächsten Magnaten als notwendige Stapelplätze des länderverbindenden Handels.

Die meisten dieser Siedelungen sind durchaus Ackerstädte geblieben, viele haben sich auch in jüngster Zeit auf das Drängen der preußischen Regierung hin wieder in Landgemeinden verwandeln lassen. Wohl in keiner Gegend des Reiches gibt es soviel Kleinstädte wie hier in Posen, zählen doch von den 129 Städten des Gebietes nur 34 mehr als 5000 Einwohner, während 49 es nicht einmal auf 2000 Seelen bringen.

Fast immer sieht man es solchen Städtchen nur zu gut an, daß ihre Bewohner nicht gerade reich mit Glücksgütern gesegnet sind. In derlei winzigen Orten, die vielleicht 1200—2000 Einwohner zählen, umgeben zumeist schlichte, einstöckige Häuser ohne jede bauliche Eigenart den oft riesengroßen Marktplatz und die mit der Längsseite an die Straße gestellten Gebäude der Nebengassen könnten mit ihren schrägen, tief herabreichenden Ziegeldächern ebensogut an einer Dorfstraße stehen. Jene Städte, welche zur Zeit der großen deutschen Einwanderungen im 13. und 17. Jahrhundert von Kolonisten gegründet wurden, unterschieden sich

von den durch irgendeinen Magnaten zur Stadt erhobenen slavischen Dörfern schon durch ihren schablonenhaften Bauplan. In ihrer Mitte pflegt der meist quadratische Marktplatz zu liegen, an dessen vier Seiten sich Straßen anschließen, die von parallel zu den Marktseiten verlaufenden Nebengassen geschnitten werden. Natürlich verlangte unter Umständen das Gelände individuelle Abweichungen von diesem Plan, der aber dennoch zumeist deutlich erkennbar bleibt.

Manche der posnischen Zwergstädte sind allerdings in neuerer Zeit durch günstigere Verkehrsverhältnisse, durch die Verleihung einer Garnison und ähnliche Gründe etwas gewachsen und haben es vielleicht auf 3500—5000 Einwohner gebracht. Dabei haben sie natürlich ihr Aussehen verändert. Auch in ihnen machen die schlichten Häuschen noch den Hauptbestandteil der städtischen Gebäude aus, aber zwischen sie drängen sich doch schon die geräumigen Bauten neuerer Hotels und neumodisch aufgeputzter Geschäftshäuser als recht fremdartige Nachbarn, und draußen am Saume der Felder hat sich der dicke, protzige Gasometer so dicht neben ein paar altmodische Windmühlen gestellt, daß sie ihn beinahe mit ihren rastlosen Flügeln streifen müssen. Wie in den Kleinstädten des Westens finden wir neuerdings auch hier in der Ostmark die marktschreierisch aufgeputzten Läden von Kaffeeröstereien, Schuhfabriken und den Vertriebsstellen sächsischer Manufakturwaren. Leider machten sich diese einer bodenständigen Eigenart entratenden Bestandteile allerorten breit, ehe die Städtchen Zeit hatten, sich selber ein etwas individuelleres Gepräge zu geben. Nur allzu oft hat das ganze noch den Charakter des Unfertigen. Dicht neben dem modernen Geschäftshause gönnt uns ein halbzerfallener Torweg einen Einblick auf den Wirtschaftshof des Stellmachers, wo allerlei Gerät unordentlich durcheinander liegt, und zwischen den Häusern der Hauptstraße reichen alte Friedhöfe noch bis an den Bürgersteig oder das, was dafür ausgegeben werden soll.

Früher waren die Läden, Schank- und Gastwirtschaften ganz überwiegend in den Händen von Israeliten. Allerdings hatten diese in der vorpreußischen Zeit manche Judenverfolgung auszuhalten, doch erschienen sie, wenn der Sturm sich gelegt hatte, immer wieder hinter dem Schank- und Ladentisch. In dem letzten Menschenalter hat sich die Zahl der Juden in der Provinz ganz auffällig vermindert, ohne daß wir uns doch über die Gründe ihrer Abwanderung völlig im klaren wären. Die einen glauben es als allgemeines Gesetz aussprechen zu dürfen, daß der Jude alle Gebiete mit einer kulturell rückständigen Bevölkerung verlasse, sobald diese wirtschaftlich gehoben und damit die Aussicht auf Übervorteilung durch den Handelsstand verringert werde, andere meinen, der gebildetere Nachwuchs der Israeliten fühle sich hier im Osten nicht mehr wohl und sei zu der Erkenntnis gekommen, daß er in den westlichen Großstädten, in Berlin vor allem, behaglicher leben und mehr verdienen könne.

An anderen Orten finden wir neben dem unscheinbaren alten Slavenstädtchen mit seinen einstöckigen Spielzeughäuschen einen neuen Stadtteil aus größeren Ziegelrohbauten, in dem ein mächtiges Schulgebäude, das Schlachthaus, Fabriken, Hospitäler und Beamtenwohnhäuser Platz fanden. Nicht selten liegt dieses neue

Viertel zwischen der Altstadt und dem Bahnhof. Als die Eisenbahnlinien gebaut wurden, konnte den Bürgern die Haltestelle gar nicht weit genug von der Stadt gelegt werden, weil sie fürchteten, ihre Kunden würden nun alle Waren in der nächsten größeren Stadt einkaufen. Als sie dann später einsahen, wie unklug ihre Eisenbahnscheu sei, suchten sie durch eine oft mehrere Kilometer lange, schmale Bahnhofsstraße besseren Anschluß an das moderne Verkehrsmittel zu gewinnen.

In vielen Fällen würde garnicht soviel dazu gehören, die Umgegend der Kleinstadt in ein anmutiges, parkartiges Lustrevier zu verwandeln, denn gar oft blinkt dicht neben ihr der Spiegel eines geräumigen Sees, in dessen blanker Flut goldig glänzendes Rohr Inseln und Halbinseln bildet, an dessen Ufern hier knorrige Kiefern, dort sperrästige Pappeln aufragen, während weiterhin dunkelgrüne Erlen einen grasigen Werder umgeben, zu dem uns eine schwanke Lattenbrücke hinüberführt. Fast immer geben ansehnliche Kirchen und große Dome, die wir selbst in bescheidenen Landstädtchen — ich erinnere nur an den mächtigen Dom in Tremessen — finden, den Siedelungen prächtige Silhouetten.

Aber recht oft hat es der Mensch an der nötigen Mühe fehlen lassen, um das Entgegenkommen der Natur recht zu nützen und in der Umgebung des Städtchens freundliche Spaziergänge oder eine Art von Stadtpark zu schaffen. Zumeist begannen die Verschönerungsvereine erst in unseren Tagen ihre Tätigkeit, die mitunter schon recht Anerkennenswertes leistete, vielfach aber doch nicht früh genug einsetzte, um die alten Mißstände zu beseitigen. So muß sich der Wanderer oft genug darüber ärgern, daß an dem freundlichsten Plätzchen am Seeufer, wo die alten Rüstern und Silberpappeln am dunkelsten schatten, stinkende Altwasser die Luft verpesten und daß kein gefestigter Pfad längs der Flut dahinführt, sondern der Fuß des Spaziergängers in abgründigem Moor versinkt.

Gebrach es den Bürgern der Kleinstadt früher infolge ihrer wirtschaftlichen und politischen Stellung zumeist an jenem Selbstbewußtsein, das eine schmuckere Ausgestaltung der eigenen Wohnstatt fordert, so hatten die Großgrundbesitzer des Landes davon mehr als genug. Wie sie sich selbst als Pairs ihres Königs fühlten, hätten sie auch ihr Gutshaus am liebsten in ein Königsschloß verwandelt, wenn nur die Mittel dazu vorhanden gewesen wären. Daher kam es denn, daß sich nicht nur der Hochadel so prächtige Jagdschlösser baute, wie es die Radziwill in Antonin am Abhange der Haideberge taten, wo ein Schinkel seiner blühenden, auf das Große und Raumesgewaltige gerichteten Einbildungskraft freien Spielraum lassen durfte, sondern daß auch viele Gutshäuser sich stattlich und weit ausladend zwischen die alten Bäume des Parkes stellten. Solche schmucken Herrensitze sind z. B. Rogalin und Owinsk, oberhalb und unterhalb von Posen an der hier recht anmutigen Warthe gelegen. Man merkt es dem Gutsparke von Owinsk an, daß er zu einer Zeit entstand, als der Boden noch recht billig war, denn nur dort, wo der Morgen Landes wenige Taler gilt, wird der Gutsherr Lust haben, so gewaltige Parkanlagen zu schaffen und so große Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung zu entziehen. Auch im Danziger Werder findet man heute neben den Höfen der Großbauern oft parkartige Gärten. Sie entstanden

gerade umgekehrt erst zu einer Zeit, da der steigende Bodenpreis den Wohlstand der Besitzer mächtig steigerte, so daß in den Besitzern die Überzeugung reifte, sich einen solchen Luxus gestatten zu können. Die Anlage jener posnischen Parkanlagen fällt in eine weit frühere Epoche.

Gern folgt in Owinsk der Wanderer in den glühenden Tagen des Sommers der endlosen Parkmauer, über die Schatten spendend uralte Rüstern, Eichen und Buchen hinwegschauen, in deren Kronen wie im freien Walde die Ringeltaube gurrt und der Fitislaubsänger seine helle Weise in die sonnenerhellte Luft rieseln läßt, während zahllose Sprosser das Unterholz mit ihren klangvollen Rufen beleben. Nicht weniger alt wie die Parkbäume sind die Akazien und Linden des Friedhofes und des grünen Baumringes, der den Dorfteich umhegt, so daß es gar nicht des Flusses im Grunde und der ansehnlichen, bewaldeten Berge bedürfte, die hinter der Warthe aufragen, um ein Dorfbild von hoher Schönheit zu schaffen.

Da kann es uns auch nicht wundernehmen, daß die polnischen Schriftsteller, ein Kraszewski vor allem, so gern bei der Schilderung dieser Edelsitze verweilen. Nur hier fanden sie selbstbewußte, lebensfrohe Menschen, die bemüht waren, ihr Dasein auch mit äußerem Schmuck zu umgeben. Aber während dazumal mit dem erstrebten Glanze oft Unordnung und Verfall Hand in Hand ging und von dem gewaltigen Palaste nicht selten nur ein Flügel bewohnbar war, in den man nicht durch das eingestürzte Portal, sondern durch ein schmales, am unsauberen, von Schweinen und Hühnern belebten Wirtschaftshof gelegenes Pförtchen gelangte, sind heutzutage die Magnatensitze zumeist viel besser imstande. Hat sich doch der Wohlstand ihrer Besitzer durch die Steigerung der Bodenpreise in damals noch ungeahnter Weise gehoben. Leider ist manch stattlicher Herrensitz in solchen Gutsbezirken, die von der Ansiedlungskommission gekauft sind, niedergerissen worden, weil er sich bei der Verwandlung des Gutes in Bauernstellen nicht recht verwenden ließ und nur eine Menge Platz fortnahm.

Überaus mannigfaltig sind die bäuerlichen Ansiedlungen und Dörfer der Provinz, wenn deren Besitzern auch nur der weitaus kleinere Teil des Bodens gehört, da in Posen noch immer der Großgrundbesitz vorherrscht, was schon deshalb bedauerlich ist, weil das in Bauerngüter aufgeteilte Land viel mehr Menschen ernährt und weit höhere Erträge liefert wie die zumeist nicht so sorgfältig bestellten Latifundien. Weit mehr Dörfer als man glauben möchte, sind wahrscheinlich deutsche Gründungen, da schon im 13. Jahrhundert von den Zisterziensern, die in Lekno (Kreis Wongrowitz), Priment, Olobok, Obra, Zehlen usw. Klöster gründeten, große Mengen deutscher Ansiedler in das Land gerufen wurden. Infolgedessen herrscht das slawische Straßendorf in der Provinz lange nicht in dem Maße vor wie man es in dem ursprünglich slawischen Lande doch erwarten sollte. Neben Reihendörfern, in denen sich die Gehöfte zwar an einem Wege aufreihen, aber des engen, straßenartigen Zusammenschlusses ermangeln, findet man auch eine große Zahl von Haufendörfern, die vielfach von den im 17. Jahrhundert eingewanderten Holländern oder Hauländern gegründet sind. Welche Form dieses Namens richtig sei, ist schwer zu entscheiden, denn wenn die einen sich darauf

berufen, daß unter diesen Ansiedlern Holländer gewesen seien, so können jene, die den Namen Hauländer verteidigen, sich darauf berufen, daß er der Tätigkeit dieser Einwanderer, die sich inmitten alter Waldgebiete niederließen und neues Ackerland rodeten, aufs beste entsprach. So kamen denn (z. B. bei Bromberg und in dem Hopfengebiete im Norden von Grätz) Ansiedelungen zustande, bei denen man sich unwillkürlich dessen erinnert, was Tacitus von unseren Altvordern erzählt. Wo ihnen ein Hain, ein Bach, eine Wiese gefiel, da ließen sie sich nieder, mochte man später zusehen, wie sich das Wegenetz den zerstreuten Gehöften anpassen ließ. Da diese Ansiedler die alte Vorliebe des Deutschen für den laubreichen Baum auch in der neuen Heimat nicht ablegten, machen ihre Ansiedlungen größtenteils einen sehr freundlichen Eindruck. Allerorten wiederholt sich die Erfahrung, daß größere Mannigfaltigkeit in der Benutzung des Bodens, bessere Obstpflege, Hopfen- und Weinbau auf deutsche Einflüsse zurückzuführen sind, der polnische Landwirt baut in erster Linie Roggen und Kartoffeln, Kartoffeln und Roggen.

Eine große Anzahl neuer Dörfer gesellte sich zu den älteren Gründungen in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, als die Ansiedlungskommission ihr segensreiches Werk begann. Was für eine Rolle die neuen Kolonisten in der Provinz spielen, wird uns klar, wenn wir hören, daß die Ansiedlungskommission seit 1886 rund 270000 ha erworben und auf ihnen mehr als 220 Dörfer gegründet und wohl 60000 Deutsche dort angesetzt hat. Aus allen Teilen Deutschlands, aus Schwaben nicht minder wie aus Pommern, aus Westfalen wie aus Sachsen strömten die Bauernsöhne in die ferne Ostmark, und auch mancher Deutsche, dessen Eltern nach Rußland, Rumänien oder in die Dobrudscha ausgewandert waren, hat wieder den Weg in die alte Heimat gefunden. Die meisten Ansiedlungsdörfer liegen in den Kreisen Posen, Gnesen, Mogilno, Wreschen, Wongrowitz und Znin, aber auch in den übrigen, vorwiegend polnischen Teilen der Provinz finden sich ihrer genug.

Überall war die Kommission bestrebt, möglichst große, zusammenhängende Flächen mit Kolonisten zu besetzen, damit nicht die Wogen des fremden Volkstums über den winzigen deutschen Inseln zusammenschlagen. Sind doch die Bamberger in den Dörfern bei der Provinzialhauptstadt in dieser Hinsicht ein warnendes Beispiel. Nur durch ihre fränkische Tracht und die fränkischen Namen verraten sie heute dem Wanderer, daß sie erst vor anderthalb Jahrhunderten den gesegneten Maingau mit der fernen Ostmark vertauschten. Wenn irgendmöglich, stattet man die Ansiedlerstellen mit soviel Land (meist 50—80 Morgen) aus, daß es dem Besitzer möglich ist, sich durch zähen Fleiß zu behaglichem Wohlstand durchzuringen. Nicht selten wurden Kleinstädte, in denen das Deutschtum zu erliegen drohte, wie etwa Mogilno, Janowitz u. a. m., mit einem Gürtel solcher Ansiedlungen umgeben, damit die Kolonisten die deutschen Händler und Gewerbetreibenden der Stadt vor dem Untergange retten und ihnen zu neuer Blüte verhelfen.

Die Bebauungspläne der neuen Kolonistendörfer sind recht verschieden, da man nicht nach freiem Ermessen handeln konnte, sondern in den meisten Fällen aus wirtschaftlichen Gründen genötigt war, die Baulichkeiten der alten Gutshöfe für

die neue Ansiedlung nutzbar zu machen. So finden wir denn in dem Ansiedlungsgebiet zerstreute Feldgehöfte nicht weniger wie Haufendörfer, Straßendörfer ebensogut wie Niederlassungen, in deren Mitte sich die Kirche befindet, welcher die Wege zustreben, wie die Strahlen eines Sternes ihrem Schnittpunkte. Dort, wo das Gelände die Arbeit der Baumeister unterstützte, wo ein schattiger Gutspark, das Ufer eines blitzenden Sees das Dorfbild verschönte und belebte, wo sich die Ansiedlungen an einem zwischen Waldbergen dahinströmenden Wiesenbache entlangziehen, nehmen sich die neuen Gründungen schon heute recht anmutig aus, während andere eine gewisse Unfertigkeit und Willkürlichkeit der Anlage deutlich zeigen, so daß es dem Wanderer in ihnen sogleich klar wird, er habe es hier nicht mit Niederlassungen zu tun, die sozusagen von selbst, wie der Waldbaum, der heimischen Erde entwuchsen. Ansiedlungen, die ein mächtiger Unternehmer von heute zu morgen entstehen läßt, behalten eben das Gepräge ihres Ursprungs nur allzuleicht noch lange Zeit bei. In vielen Fällen leidet das Dorfbild unter Baumarmut. Recht unähnlich den im 17. Jahrhundert eingewanderten Hauländern wissen unsere Kolonisten den Wert eines ihnen zufallenden Gehölzes nur selten zu schätzen. Fast immer lassen sie die Stämme eiligst in den Ofen wandern, unbekümmert darum, ob der sandige Boden, der nun wieder dem Winde preisgegeben wird, die benachbarten Äcker schädigt.

Durch die Lebenshaltung der deutschen Einwanderer aus dem Reiche dürfte allmählich auch die der polnischen Bauernbevölkerung gehoben werden, die schon heute nicht mehr den Vorstellungen entspricht, die man sich in dem vorigen Jahrhundert von polnischer Wirtschaft und polnischem Schmutz gebildet hatte. Mit der Zeit haben die Polen begriffen, daß die Arbeit die stärkste Waffe im Wettkampf der Völker ist, und wie manche ihrer Großgrundbesitzer (vgl. Kraszewski: Alte und neue Zeit) sich alle Errungenschaften der Technik zunutze machen, suchen heute auch die meisten Bauern dem Acker durch gewissenhaftere Bestellung, reichere Düngung und besser gewählte Fruchtfolgen wertvollere Ernten abzugewinnen, was ihnen um so leichter fällt, als bäuerliche Konsumvereine und Kreditbanken den Bezug von landwirtschaftlichen Maschinen, Kunstdünger, Zuchttieren u. a. m. zu erleichtern suchen. Gleichzeitig ermöglicht die ungeheuere Bedürfnislosigkeit dieses Menschenschlages es noch heute vielfach den ländlichen Arbeitern, sich allmählich zum Bauern emporzuarbeiten. Reichen die Ersparnisse, die er als Sachsengänger bei der Sommerarbeit in den deutschen Provinzen des Staates machen konnte, zum Ankauf eines Stückes Land aus, so läßt er es sich nicht verdrießen, die wirtschaftliche Unabhängigkeit lange Jahre hindurch mit den elendesten Wohnungsverhältnissen (in der Tucheler Heide finden wir die reinen Höhlenbewohner) zu erkaufen.

An einer geräumigen und gesunden Wohnung ist dem Polen überhaupt nicht allzuviel gelegen, und wenn wir die Eigentümlichkeit des polnischen Bauernhauses beschreiben wollen, müssen wir mehr Mängel als charakteristische Eigentümlichkeiten aufzählen. Wer aus Schwaben, Franken oder Thüringen, wo das Bauernhaus das Ergebnis uralter Stammeskultur ist und vielfach Art und Wesen der

Bewohner widerspiegelt, nach Posen und Westpreußen kommt, fühlt sich von der Charakterlosigkeit der polnischen Bauernhäuser, die oft nichts weiter sind als ein mit den einfachsten Mitteln hergestelltes Obdach vor Wind und Wetter, zuweilen geradezu abgestoßen.

Und ebenso wie die Häuser haben auch die Leute, die darin wohnen, mit deutscher Art wenig gemein. Grübelnde Bauernphilosophen, wie sie uns ein Rosegger, ein Hansjakob so naturgetreu abgezeichnet haben, sucht man hier vergebens. Der Verstand ist bei diesen Menschen von allen Geisteskräften wohl am wenigsten entwickelt, da Jahrhunderte lang nichts dafür getan wurde ihn zu schulen, während das Gemüt und die Einbildungskraft bei einem Gottesdienst, der sich ausschließlich an sie zu wenden pflegt, reichlichere Nahrung fanden. Da kann es uns auch nicht wundernehmen, daß die Religion ein starkes Band um diese Menschen schlang, eine Religion, deren Wesen für sie in dem Glauben gipfelt, daß nur der rechte Pole wahrer Katholik sei, daß dieses Volk sozusagen die bevorzugte Garde der Jungfrau Maria darstelle. Hetznotare und Hetzkapläne, die sich nicht ohne Absicht in die polnische Tracht kleiden, verstanden es denn auch in neuerer Zeit trefflich, sich diese dumpfen Triebe zur Erregung nationaler Leidenschaften und wilden Deutschenhasses dienstbar zu machen. Noch vor 30 Jahren konnte Dr. Burmann in einem Werke über Land und Leute der Provinz Posen schreiben: „So kommt es, daß der Bauer nicht das geringste Interesse für die Wiederherstellung seines Vaterlandes hat; es fällt ihm nicht ein, für die Losreißung der Provinz Posen von Preußen irgendwelche Opfer an Gut und Blut zu bringen; der Hinweis auf die glanzvolle Vergangenheit erinnert ihn höchstens an die Willkürherrschaft seines ehemaligen Grundherren, und von der Verheißung einer besseren Zukunft hält er nicht viel; er ist Pole und will Pole bleiben, aber der polnische Nationalstaat scheint ihm nur hoffnungsloses Elend zu bieten."

Wenn uns heute die Handlungsreisenden erzählen, wie der polnische Bauer sich bei dem Ankaufe eines Pfluges, einer Dreschmaschine ganz genau vergewissert, daß er nur ja ein belgisches oder englisches Erzeugnis erhält, damit er nicht die verhaßten Deutschen mit seinem Gelde bereichere, fällt es uns schwer, zu glauben, daß seit der Niederschrift jener Worte kaum ein Menschenalter verstrichen ist.

Sonst haben die Landleute in neuerer Zeit vielfach von althergebrachter Art gelassen. So auch in Sachen der Tracht. Namentlich in der Nähe der größeren Städte sind die bunten Röcke und Kopftücher der Frauen oft von städtischen Gewändern verdrängt worden, und auch die Männer haben sich vielfach zu Zugeständnissen an die alles ausgleichende Zivilisation unserer Tage herbeigelassen. Im allgemeinen aber erscheinen die Polen heute noch wie vordem in der polnischen Mütze oder dem großen Hut, dem schwarzen oder dunkelblauen Rock und den dunkeln, in die Schaftstiefel gesteckten Tuchhosen, einer Tracht, welche wir, wie schon erwähnt, in mehr städtischer Form bei den Geistlichen wiederfinden, die damit von vornherein ihre völkische Stellung nur allzu deutlich bekunden.

Ein soziales Leben im höheren Sinne haben diese Landleute, die früher in unwürdigster Abhängigkeit von den Großgrundbesitzern lebten, eigentlich erst in

neuerer Zeit unter der preußischen Herrschaft kennen gelernt, wo sie allmählich aus ihrer atomistischen Wirtschaftsform heraustraten und politische und wirtschaftliche Vereine und Genossenschaften gründeten. Früher bildeten die kirchlichen Feste und die einschneidenden Ereignisse im Familienleben, namentlich die Hochzeiten, welche zumeist mit großem Aufwande gefeiert wurden, die Höhepunkte ihres sonst recht vegetativen Daseins.

Die baumreichen Parkanlagen der Gutshöfe, denen das Alter und der prachtvolle Wuchs der Eichen und Buchen, Rüstern und Pappeln etwas Urwaldartiges geben, können wir in der Provinz um so besser brauchen, weil die Wälder sich hier nicht allzu oft zu höchster Schönheit entwickelt haben. Wenn wir auch in den meisten Landschaften alte Buchenwälder und Eichenhaine finden (z. B. im Kreise Krotoschin und dann bei Czeszewo und Rogalinek an der Warthe, in der Försterei Buchwald bei Obornik, an den Eichbergen bei Wirsitz usw.), so bilden diese Bestände doch im Vergleich zu den endlosen Kiefernwäldern nur seltene und darum doppelt willkommene Oasen. Während etwa 17 Proz. der Bodenfläche Posens mit Nadelwald bedeckt sind, nehmen die Laubwälder weniger als 3 Proz. des Landes ein.

Weil die geldbedürftigen Väter der Grundbesitzer weite Strecken kahltrieben, findet man in vielen Gebieten ganz überwiegend jüngere Schläge. Meilenweite Bestände von 20—25jährigen Kiefern, die im engen Schluß noch mehr Strauchbesen als wohlentwickelten Waldbäumen gleichen, können aber nicht schlechthin als Schmuck der Landschaft bezeichnet werden. Da fast überall im Posnischen der fruchtbare Lehm nur inselartig in dem leichten, oft allzu leichten Sandboden auftritt, hat man die lehmigen Gebiete zumeist in Ackerland verwandelt und nur die sandigen Strecken dem Walde überlassen. Darum sind denn auch prächtige Laubbestände in Posen nicht gerade häufig. Trotzdem findet der anspruchslosere Wanderer auch im Kiefernwalde Abwechselung genug, gibt es doch kaum eine Waldart, die in den einzelnen Altersstufen so grundverschieden aussieht. Anders erscheinen uns die 8—10jährigen Schonungen, deren Bäumchen zur Frühlingszeit, wenn jeder Ast seine graugrünen Maitriebe emporhält, kerzengeschmückten Weihnachtsbäumen gleichen, anders die vielleicht dreimal so alten Schläge, die sich meilenweit in ermüdendem Einerlei über Hügel und Täler dahinziehen, so daß wir erleichtert aufatmen, wenn der Blick einmal durch eine lange Schneise den Weg zu der fernen Wiesenflur findet, die ein einsames Baumgehöft umgibt, dessen rote Ziegeldächer im Abendschein leuchten. Wieder anders mutet uns der stolze Bestand schlagreifer Föhren an, in dem hier Heidelbeeren den Boden mit ihrem hellgrünen Blattwerk überziehen, dort wieder stattliche Wacholderpyramiden von dem moosigen Grunde aufsteigen und einen Wald im Walde bilden.

Wie schon erwähnt, finden wir in Posen die größten Höhenunterschiede an den Rändern der alten Urstromtäler, denen die norddeutsche Tiefebene auch in anderen Landesteilen — wir erinnern nur an die Oder bei Frankfurt, die Elbe bei Hamburg — manches reizvolle Landschaftsbild verdankt. Leider fehlt es den Flußlandschaften in Posen insofern an Abwechselung, als die Provinz einerseits

keinen wirklich großen Strom ihr eigen nennt — die Weichsel ist nur Grenzfluß — und ihr andererseits auch die rieselnden Bäche fehlen, die an dem Nordabhange Pommerellens und in den lauberfüllten Schluchten der Elbinger Höhe Auge und Ohr des Wanderers erfreuen.

Zu der gewaltigen Breite der Urstromtäler, die von den reißenden Strömen der Eiszeit herausgearbeitet sind, steht die Wasserführung der Flüsse und Flüßchen heute in einem argen Mißverhältnis, so daß die schmalen Wasserläufe in den breiten Talgründen die mannigfachsten und scheinbar willkürlichsten Serpentinen beschreiben können, die bei der Kanalisierung der Flüsse oft totgelegt und durch gradlinige Kanäle ersetzt wurden.

Mannigfach und wechselreich ist zumeist das Pflanzenkleid der Uferhöhen. Hier füllen die schwellenden Laubmassen eines Buchenhaines ein sanftes Tal aus, dort bekleiden dunkle Föhrenwälder den steilen Hang, und an einer dritten Stelle gleißt der gelbe Sand im Sonnenlicht, das er im Frühling und Herbste nicht selten verdunkeln hilft, wenn die Sandmassen vom Sturmwind hochaufgewirbelt werden. Dann können wir uns am besten eine Vorstellung davon machen, welchen gewaltigen Einfluß in manchen Gegenden, z. B. in dem Landstrich zwischen der unteren Warthe und Netze, der Wind auf die Gestaltung der Erdoberfläche hatte als sie noch nicht durch meilenweite Kiefernwälder vor seinen Angriffen geschützt war.

Wenn wir selber zu den Randhöhen emporsteigen, so schauen wir wohl, leider nur allzu selten, zu lichtgrünen Auwäldern hinab, durch die sich der Fluß und seine Altwasser hindurchwinden. An anderen Stellen des Talgrundes wogt das Korn, leuchtet das bunte Fell der Kühe, als wären sie selber riesige Wiesenblumen, aus dem tiefen Grase zu uns herüber. An manchen Punkten der Provinz, wie in dem breiten Netzebruch, ziehen sich wieder unabsehbare Torfmoore in dem Grunde dahin, deren schwarze Torfziegel, zu endlosen Mauern aufgeschichtet, sich scharf von dem helleren Grase abheben.

Wieder anders geartet ist das schmale Durchbruchstal der Warthe zwischen Moschin und Obornik, wo der Fluß stellenweise zwischen 4—6 m hohen, unregelmäßig zerklüfteten Sandufern dahinströmt und die Kiefern der Uferwälder mitunter bis zum Flusse hinabsteigen. Nicht selten, wie bei Owinsk, ragen dann hinter dem schmalen Waldstreifen am Flußufer so wuchtige Höhen auf, daß die Feldflur über den Kronen der Kiefern noch ein ganzes Ende emporklimmen muß, ehe sie den Rand des Waldes erreicht hat, der seine Vorposten bis an den Steilabfall des Hochlandes vorausgeschickt hat. Daneben fehlt es auch nicht an idyllischeren Flußbildern wo ein kleineres Flüßchen, wie etwa die Welna oder Mogilnitza, sich in laubreichen Gründen dahinschlängelt und saftige Wiesen die Flußterrassen in ein blumiges Kleid hüllen. Da klappern dann wohl geschäftige Wassermühlen, und kleine Waldparzellen, die über die blumige Flur zerstreut sind, helfen jene freundliche Landschaftsform bilden, in der sich das schlanke Reh wohl und heimisch fühlt.

Immerhin gibt es in anderen Teilen unseres Vaterlandes, im Süden und Südwesten noch viel anmutigere und romantischere Flußtäler. Die zahlreichen, blauen

Seen, die sich zwischen die Hügel und Triften gebettet haben, bilden dagegen einen Schmuck der Landschaft, den wir in den meisten Teilen Mitteldeutschlands vergeblich suchen, so daß unsere norddeutsche Heimat mit Recht auf ihn besonders stolz sein darf. Wie überall im deutschen Norden und Nordosten finden wir auch in Posen gerade an den Ufern der Landseen die köstlichsten Landschaftsbilder. Mögen wir ihrer auch noch so viele gesehen haben, wir erfreuen uns doch immer von neuem jedes Wasserbeckens, das in der Ferne vor uns aufblinkt, denn fast alle haben etwas Persönliches und Eigenartiges, was sie von den benachbarten Seen unterscheidet.

Um das zu erkennen, braucht man nicht die ganze Provinz kreuz und quer zu durchwandern, beinahe auf jeder Eisenbahnfahrt, selbst in der nächsten Nähe der Provinzialhauptstadt — ich erinnere nur an die Bahnstrecke Posen—Grätz — bekommt man eine ganze Reihe anmutiger Landseen zu Gesichte.

Hier umrahmen sanft gewellte, mit halbwüchsigen Fichten (Pinus abies L.) bestandene Hügel ein geräumiges Wasserbecken, von dem sie noch ein schmaler Wiesenstreifen trennt. Kein Haus ist zu erschauen, kein breiter Landweg belebt das Bild. Umsonst späh'n wir nach schlanken, weiß berindeten Birken, nach hochragenden Weiden und Pappeln, wir sehen nichts als Wasser, Gras und Fichten, die zusammen eine eigentümliche, schwermütige Landschaft bilden, wie wir sie auf der schwäbisch-bayrischen Hochebene finden.

Der nächste Landsee mutet uns wieder ganz anders an. An seinem Ufer drängen sich die roten Ziegeldächer eines ansehnlichen Dorfes um eine schlichte Kirche, deren Gemäuer schon nach wenigen Tagen hinter den Laubmassen der riesigen Pappeln verschwinden dürfte. Heute geben uns die erst halb entwickelten Blätter, deren geiles Gelbgrün scharf absticht von der satteren Farbe der Wiesen, den Blick noch frei auf das schwarzweiße Fachwerk und den altersgrauen Holzhelm des Kirchtums. Auch die breiten Landwege, die sich auf dem Platze vor der Kirche kreuzen, erfreuen sich des Schmuckes stattlicher Laubbäume, deren schwellenden Blattpolstern die ganze Landschaft ein wärmeres, freundlicheres Aussehen verdankt.

Nur wenige Kilometer weiter lernen wir noch einen anderen Seentyp kennen. Dicht an dem Schienenstrange träumt inmitten des Kiefernwaldes ein stiller Waldsee. Nur in der Mitte der Fläche blinkt seine Flut, die ein paar Seerosen schmücken, hell auf, sonst nahmen Binsen und speerschäftiges Rohr von ihr Besitz. Am Ufer reiht sich eine mächtige Erle an die andere, stattliche Bäume, aber doch nicht hoch genug, um den hinter ihnen emporstrebenden alten, knorrigen Föhren den Blick auf den Waldsee zu verwehren.

Ebenso verschieden wie diese kleineren, nur wenige Morgen großen Gewässer sind auch die größeren Landseen der Provinz, die viele, viele Hektar und Quadratkilometer bedecken, ist doch der Goplosee, der größte See unseres Gebietes, an dem allerdings auch das russische Nachbarreich Anteil hat, nicht weniger als 30 km lang.

Die landschaftliche Schönheit der Seen nimmt allerdings nicht mit der Größe ab und zu. So ist denn auch der Goplo, der von verhältnismäßig ebenem Ge-

lände umgeben ist, trotz der Romantik des alten Kruschwitzer Mäuseturms, lange nicht der schönste See des Landes. Am dichtesten drängen sich die klaren Wasserbecken auf der Gnesener Platte, doch gibt es auch anderswo, wie zwischen Warthe und Obra und zwischen Brahe und Netze, Landseen in Hülle und Fülle. Und in den meisten Fällen sind die Hügel, die das Wasserbecken umgeben, so anmutig geschweift, folgen sich Waldflecken, Getreidefluren und Wiesen an ihrem Ufer in so glücklichem Wechsel, daß es garnicht der freundlichen Siedelungen bedürfte, um eindrucksvolle Landschaftsbilder zu schaffen. Dennoch bringt an so manchem Landsee erst die hochgetürmte Stadt Leben und Wärme in das ganze Gemälde, und nur recht wenige Wasserflächen brauchen ja auf diesen Schmuck zu verzichten. An einem Landsee liegen im Osten der Provinz Kruschwitz, Pakosch, Tremessen, Znin, Wongrowitz, Rogasen und viele andere Städte, und im Westen erfreuen sich Wollstein, Bentschen, das reizende Storchnest, u. a. m. einer landschaftlich so bevorzugten Lage. Nicht selten finden wir an den Ufern der Landseen prächtige Laubwälder, doch herrschen im allgemeinen auch hier Kiefernbestände vor, so daß den meisten dieser Gemälde die schwellenden Laubmassen und die Üppigkeit des Pflanzenwuchses fehlen, durch die infolge des ozeanischen, um vieles feuchteren Klimas, die vielbesuchten Landseen der Holsteiner Schweiz den Wanderer erfreuen.

Alle diese landschaftlichen Reize, abwechslungsreiche Flußbilder, weite Wälder, blinkende Seen finden wir auch in der Umgebung der Hauptstadt Posen. Ich entsinne mich noch recht gut, daß Posener Verwandte, die meine Eltern in Danzig besuchten, sich nicht genug tun konnten, die Lage Posens gegenüber der von Danzig herabzusetzen. Es dürfte dem Posener Gau auch schwer fallen, mit dem Ufergelände der Danziger Bucht, wo sich steile Meeresküsten, herrliche Laubwälder, ansehnliche Erhöhungen und weite Niederungen, ein breiter Strom und liebliche Landseen beisammen finden, in dieser Hinsicht zu wetteifern, aber so reizlos, wie es nach den Klagen jener Gastfreunde erscheinen könnte, ist das Gelände in dem Weichbilde des Posener Domes doch noch lange nicht. Wenn es sich damals unverdienten Tadel gefallen lassen mußte, so lag das wohl einmal daran, daß Slawen und Slawengenossen nicht die Naturfreude und Wanderlust des Deutschen teilen und lieber am Marmortischchen des Kaffeehauses, hinter der Butzenscheibe der Weinstube sitzen, als daß sie von Hügel zu Hügel, von See zu See pilgern, zum anderen aber an dem Umstande, daß die schönsten Punkte der Posener Umgebung von der Hauptstadt ein paar Meilen entfernt sind, so daß sie ihr erst durch den Bau von Eisenbahnen recht nahe gerückt wurden. Heute vermag der Posener die waldumkränzten Seen zwischen Moschin und Stenschewo, das laubreiche Owinsk, die anmutigen Uferstrecken der Cybina, ja selbst die schmucken Holländereien und sauberen Hopfenplantagen von Neutomischel in so kurzer Zeit erreichen, daß er sich mit seiner Heimat auch in der Hinsicht ganz gut abfinden könnte, ist doch der Reisende, den sein Weg nach Posen führt, oft genug von den Reizen dieser ostmärkischen Landschaft geradezu überrascht.

Wenn sie nur häufiger der alten Stadt an der Warthe, in der das Deutschtum sich noch heute wie seit Jahrhunderten unverzagt seiner Haut wehrt, einen

Besuch abstatten wollten! Sie kämen dabei schon auf ihre Rechnung, namentlich dann, wenn sie zu jener Art von Reisenden gehören, die nicht beständig zu Sehenswürdigkeiten allerersten Ranges, Pyramiden und Niagarafällen, pilgern wollen, sondern auch ihre Freude daran haben, aus dem Leben auf den Straßen und in den Schenken, aus dem Treiben auf den Märkten und in den Herbergen auf den Kulturzustand und die geistige Eigenart der Bewohner Schlüsse zu ziehen. Diese werden immer wieder den Weg nach der Hauptstadt des Großherzogtums Posen finden, um heute ein paar Stunden offenen Auges durch die Straßen zu schlendern, morgen die Besucher des großen Kaffeehauses, den polnischen Geistlichen und Großgrundbesitzer, den heißspornigen, in Politik machenden Rechtsanwalt und den kavaliermäßig gekleideten Subalternbeamten zu beobachten, der trotz seines preußischen Staatsamtes nicht aufgehört hat, sich als Pole zu fühlen.

Obgleich das heutige Posen aus ganz verschiedenen Teilen zusammengewachsen ist, aus der deutschen Kolonistenstadt mit ihrem altehrwürdigen Rathause, den alten slawischen Quartieren östlich der Warthe, dem modernen Palastviertel am Bahnhof, wo sich die Kaiserliche Pfalz wuchtig gen Himmel hebt, und der Neustadt im Westen, bildet das Ganze doch eine recht eigenartige Siedelung.

Von dem gutpolnischen Schmutz — anno 1807 blieb der Wagen des Weimarer Kanzlers von Müller noch mitten in der Stadt im Schmutz stecken — welcher dereinst der Walischei und den ärmeren Stadtteilen ihr Gepräge gegeben haben soll, ist heute dank der energischen Stadtverwaltung wenig mehr zu spüren; auch dort, wo man es den Häusern ansieht, daß sie Angehörige der ärmeren Volksklassen beherbergen, unterscheiden sie sich nicht wesentlich von den Arbeitervierteln anderer Großstädte. Auf dem Marktplatze fühlen wir uns in vieler Hinsicht an die gleichen Stätten in Thorn und Breslau erinnert, und manche anderen Straßenzüge könnten ebensogut einer mitteldeutschen Stadt angehören. Im allgemeinen aber braucht man nicht lange zu suchen, um zu erkennen, wie sich die Bewohner bemühten, ihrer Vaterstadt ein bestimmtes, polnisches Gepräge zu geben.

Während man in den Nachbarorten Berlins, z. B. in der pommerschen Hauptstadt, in der Einrichtung der Läden, selbst der Kram- und Südfruchthandlungen, vielfach den Einfluß der Kaiserstadt wahrnimmt, trifft man hier in Posen immer wieder das Streben, sich anders zu geben als der Deutsche.

Wenn ich wieder einmal Gelegenheit hatte, ein paar Stunden das Posener Straßenleben zu studieren, fühle ich mich immer von neuem an Ofen-Pest erinnert. Wie man dort alles tat, um nicht ein Klein-Wien, sondern eine echt magyarische Stadt zu schaffen, so schwer und schier unmöglich dies auch bei der Dürftigkeit des Kulturlebens einer Nation war, in der Riesendörfer noch heute die deutsche Stadt ersetzen müssen, so gab man sich auch in Posen redliche Mühe, die preußische Provinzialhauptstadt zum Vororte des polnischen Großherzogtums zu machen.

Wie sich die geschniegelten Herrchen, die auf der Wilhelmstraße einherbummeln, und die eleganten, recht häufig auch schönen Damen, welche ihnen bei dieser verantwortungsvollen Beschäftigung Gesellschaft leisten, alle mögliche Mühe geben,

in Tracht und Haltung polnisch oder zum mindesten französisch, jedenfalls aber nicht deutsch auszusehen, so zeigt sich auch in der Ausstattung der Läden, in dem Wortlaut ihrer Schilder, dem Schmuck der Schaufenster allerorten das Bestreben, von dem deutschen Wesen möglichst weit abzurücken. Wo man sich bei den Firmenschildern und den der Anlockung von Käufern dienenden Auslagen nicht geradezu des Polnischen bedienen will, muß die französische Sprache herhalten und selbst die im Deutschen gebräuchlichen Fremdwörter finden in den Augen der Eiferer keine Gnade. So trifft man hier an Stelle der „Konditorei" die „confiserie", über dem Schaufenster des Zuckerwarenhändlers prangen die das Polenherz erhebenden Worte „Bonbons de Varsovie", und der slawische Lockenkräusler verheißt seinen Kunden in französischer Sprache die gleiche Behandlung, deren sich die Häupter der Warschauer Landsleute zu erfreuen haben. Wo der Name einer Gastwirtschaft möglichst neutral und international klingt, können wir sicher sein, daß dort Polen verkehren und ebenso auch in den Kaffeehäusern und Weinstuben, wo der lange Linnenrock den in Deutschland üblichen Kellnerfrack verdrängt hat.

Die Zeiten, da der Deutsche bei Gesprächen über die Ostmark und ihre Bewohner siegesgewiß den Trumpf ausspielen konnte, es fehle den Slawen an einem städtischen Mittelstande, sind längst vorüber. Wer es sich angelegen sein läßt, die Ausstattung der polnischen Ladengeschäfte und das Leben und Treiben in ihnen zu beobachten, wird bald einsehen, daß hier fleißig und geschickt gearbeitet wird, so daß es dem deutschen Kaufmann nicht leicht fallen dürfte, sich auf diesem Boden zu behaupten, zumal der deutsche Bürger in Handel und Wandel sich gemeinhin von nationalen Gesichtspunkten nur wenig beeinflussen läßt und die Waren dort nimmt, wo er sie am billigsten zu bekommen glaubt.

Nicht nur in der Hauptstadt, sondern in allen ansehnlicheren Siedelungen des posnischen Gebietes hat sich der polnische Bürgerstand in dem letzten Menschenalter sehr gehoben, an Bildung nicht minder wie an Fleiß und hinsichtlich der Teilnahme an nationalen Fragen. Mehr als alle anderen Stände schrieb er die Wiederherstellung des alten Reiches auf seine Fahne, unermüdlich arbeitet er an der Pflege des völkischen Gedankens, so daß die anderen Stände, Adel und Geistlichkeit voran, die nur allzu gut erkannten, daß hier der Schwerpunkt der nationalen Kraft liegt, gezwungen waren, ihn in diesem Bestreben womöglich noch zu übertrumpfen, sofern sie nicht allen Einfluß auf die Masse der Volksgenossen verlieren wollten.

Die wichtigsten städtischen Mittelpunkte des nordöstlichen Teiles der Provinz sind die Orte Gnesen, Hohensalza und Bromberg.

Als Sitz des polnischen Erzbischofs spielte Gnesen früher im Gedankenleben der Polen eine sehr wichtige Rolle, und noch heute gehört es zu den nationalen Heiligtümern dieses Volkes, das durch den Anblick des alten, spätgotischen Domes an den für uns Deutsche wenig erfreulichen Tag erinnert wird, an dem der Träumer Otto III. die Selbständigkeit der Slawen dadurch befestigen half, daß er ihr Gebiet von dem Erzbistum Magdeburg loslöste, so daß die Polen nunmehr im Verkehr mit dem Papste auf keinen deutschen Mittler mehr angewiesen waren.

Land und Leute in der Provinz Posen und Westpreußen.

1. Landschaft aus der Elbinger Höhe (phot. Johl, Elbing).
2. Tucheler Heide am Schwarzwasser bei Klinger (nach einem Bilde im Verlage von C. Büchner, Schwetz a. d. W.).
3. Schloß und Park Jablonowo bei Goßlershausen (phot. Kußmann, Briesen).
4. Dorf Rischowo an der Warthe (phot. Kußmann, Briesen).
5. Elbinger Giebelhäuser (phot. Johl, Elbing).
6. Jagdschloß Antonin bei Ostrowo (phot. Neumann, Krotoschin).

In wirtschaftlicher Beziehung wollte sich der Ort, der in welligem Gelände am Ufer eines Sees erbaut ist, lange nicht recht entwickeln, bis in neuester Zeit seine günstige Lage als Eisenbahnknotenpunkt die Bevölkerung rascher anwachsen ließ. Die Gnesener Platte, ein Hügelland, in dem sandige Strecken mit fruchtbarem Boden abwechseln, ist an Landseen überaus reich, was schon der flüchtige Reisende wahrnimmt, den der Schnellzug von Posen nach Thorn und dem Nordosten des Staates trägt.

Nach dieser Richtung grenzt die Gnesener Seenplatte an das alte Herzogtum Kujavien, das von der Netze bis zur Drewenz reichte, so daß bei den polnischen Teilungen der Westen des Gebietes an Preußen, der Osten an Rußland fiel. Der Süden des preußischen Stückes ist überaus fruchtbar, öfters als anderswo haben hier die Roggen- und Kartoffelfelder dem Weizen und der Zuckerrübe Platz gemacht. Fünf mächtige Zuckerfabriken — die ganze Provinz besitzt deren 20 — beschäftigen sich mit der Verarbeitung der Rüben, die, ein merkwürdiges Zusammentreffen, zum Teil über ungeheuren Steinsalzlagern wachsen, denen die Stadt Hohensalza (bis 1904 Inowrazlaw, vordem Jung Teslau; sie trägt also schon den dritten Namen), die auch als Solbad verdienten Ruf genießt, einen großen Teil ihrer Bedeutung verdankt. Als 1904 ungeheure Wassermengen in die Bergwerke einbrachen, meinte man schon den ganzen Betrieb einstellen zu müssen, doch erwies sich diese Befürchtung als unbegründet, da die Salzsole heraufgepumpt werden kann. In neuerer Zeit hatte Hohensalza wiederholt unter Bodeneinbrüchen zu leiden, denen auch eine stattliche Kirche zum Opfer fiel. Äußerlich macht der Ort, dessen mittelalterliche Baudenkmäler leider samt und sonders zugrunde gegangen sind, trotz seines hohen Alters einen durchaus modernen und teilweise sogar einen großstädtischen Eindruck.

Außer dem Steinsalz verfügt der Nordosten der Provinz noch über andere Mineralschätze, werden doch bei Wapno (nördlich von dem Bahnknoten Elsenau) jährlich mehr als 20000 Tonnen Gips und im Hansdorfer Bruch (im Netzeknie nördlich von Hohensalza) rund 50000 Tonnen Kalk gewonnen.

Ganz anders geartet als die fruchtbaren Fluren zwischen Hohensalza, Labischin und Argenau ist der sandreiche Nordwesten Kujawiens, der fast ganz von ungeheuren Kiefernwäldern bedeckt ist, die hier schon den Charakter der großen westpreußischen Heiden tragen, mit denen sie durch die Forsten längs der Weichsel und Brahe in Verbindung stehen.

Diese endlosen Kiefernbestände vermögen auf das Gemüt nicht jenen erheiternden Einfluß auszuüben, der sonst von dem Walde auszugehen pflegt. In ewigem Einerlei reiht sich Baum an Baum; höchstens hat der Förster längs der Wege und der Eisenbahngeleise ein paar Reihen weißrindiger Birken gepflanzt, damit es im dürren Sommer nicht so leicht zu Waldbränden komme. Treten wir auf eine Lichtung hinaus, so grünen dort nicht üppige Felder und Wiesen; unmutig müssen wir durch den tiefen Sand dahinstapfen, um den ärmlichen Waldweiler oder das stattlichere Forsthaus zu erreichen. Selbst an den Ufern des geräumigen Tümpels, der sich im Grunde eines abflußlosen Gebietes gebildet hat, fehlt der

Schmuck hochstämmiger Erlen, den wir in fruchtbarer Gegend an solchen Stätten zu finden pflegen. Nur halbwüchsiges Weidengesträuch trennt die Binsen und Wassergräser von dem gelben Sandufer.

Dort, wo man von dem Nordrande der weiten kujawischen Kiefernwälder zu dem hier recht schmalen Tale der unteren Brahe hinabschaut, liegt die zweitgrößte Stadt Posens, die wir als das festeste Bollwerk seines Deutschtums bezeichnen müssen, das lebhafte, volkreiche Bromberg.

Infolge der leidigen Sitte der meisten Hand- und Lehrbücher, bei der Angabe der Bevölkerungszahl nur die Ziffer der eigentlichen Städte, nicht die der ganzen Siedelungen zu nennen, zu denen doch auch die Vorstädte gehören, kann man sich von der Bedeutung Brombergs leicht eine falsche Vorstellung machen und diesen Ort etwa der Größenklasse von Thorn und Graudenz überweisen, obgleich Bromberg diese Städte dank seiner volkreichen Vorstädte an Einwohnerzahl weit übertrifft und recht bald die Zahl unserer Großstädte vermehren dürfte. Aus demselben Grunde galt die Stadt Thorn bis zur Eingemeindung ihrer Vororte für kleiner als Graudenz, obgleich die Siedelung Thorn viel mehr Menschen beherbergte als Groß-Graudenz.

Wenn wir heute über die schmucken Plätze Brombergs schreiten, können wir es uns nur schwer vergegenwärtigen, daß dieser Ort 1772 nur ein paar hundert Einwohner zählte, als er bei der ersten polnischen Teilung an das Königreich Preußen fiel.

Der große König machte sich sogleich ans Werk, die wirtschaftliche Bedeutung der Stadt zu erhöhen, indem er der preußischen Weichsel durch den Kanal zwischen der Netze und Brahe sozusagen einen zweiten Oberlauf schenkte, der von dem Mündungsgebiet des Stromes zu den Kernlanden des Staates führte. Heute verdankt dieser Kanal seine wirtschaftliche Bedeutung hauptsächlich dem russischen Holze, das auf ihm nach Westen geflößt wird, aber auch der Schiffsverkehr ist groß genug, wenn er auch keinen Vergleich mit dem der Rhein- und Elbhäfen zuläßt. Im Jahre 1905 gingen 1310 Kähne zur Netze und 799 zur Brahe-Weichsel. Jene beförderten hauptsächlich Holz, diese vor allem Zucker und Steine.

Aber nicht nur der Schiffsverkehr folgt der tiefen Furche des alten Urstromtales, das den Unterlauf der Weichsel mit dem der Oder verbindet. Wenn Bromberg heute zu den verkehrsreichsten und betriebsamsten Städten des Ostens gehört, so verdankt es das in erster Linie dem Umstande, daß von hier acht Chausseen und sieben Eisenbahnlinien ausstrahlen.

Während Graudenz und Groß-Danzig heute lange Häuserstreifen darstellen, deren Breite in gar keinem rechten Verhältnis zu ihrer Länge steht, konnte sich Bromberg, das an sanfter ansteigenden Sandhalden erbaut wurde, nach allen Richtungen gleichmäßig ausdehnen, so daß hier eine durchaus radiär gestaltete Siedelung entstand, die mit ihren Vorstädten auf dem Kartenbilde beinahe einem Seestern gleicht. Mit den Lungen unserer modernen Großstädte, freundlichen, baumreichen Anlagen, ist Bromberg reichlich versorgt, und wie seine Schwesterstadt Thorn besitzt es auch ein stattliches Theater, das man beispielsweise in Graudenz schmerzlich vermißt.

Trotz ihrer benachbarten Lage sind sonst Bromberg und Thorn aber recht verschieden. Während wir in Thorn auf Schritt und Tritt durch gewaltige Bauwerke an verrauschte Jahrhunderte, die Tage des Ritterordens und der deutschen Hansa erinnert werden, ist Bromberg, das manche amerikanische Städte an Schnellwüchsigkeit beinahe noch übertraf, ein durchaus moderner Ort, und von der Nähe der russischen Grenze, die in Thorn auf Handel und Wandel, ja selbst auf das Straßenleben einen so großen Einfluß ausübt, spüren wir in Bromberg so gut wie nichts mehr.

Aber hier wie anderswo hatte das rasche Wachstum der Stadt auch seine Schattenseiten. Die Zahl der Bürger nahm eigentlich viel schneller zu als die der geistigen Fäden, die sie miteinander verbanden. Freuen wir uns in Thorn und Danzig der alten wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Vereinigungen (ein H. Schurtz würde hier von Männerbünden sprechen), in denen sich die Bürger zu gemeinsamer Tätigkeit zusammenfanden, so suchen wir in Bromberg nach solchen Dingen vergebens. Lange Zeit hindurch bildeten die Beamten, die nur schwer mit dem Boden verwachsen, die heute kommen und morgen wieder wandern, den wichtigsten Bestandteil der Bromberger Bevölkerung. Wir dürfen uns deshalb nicht darüber wundern, daß diese Bevölkerung nicht in gleicher Weise wie die Einwohnerschaft mancher oberdeutschen Städte, die heute nach jahrhundertelanger Entwicklung in eine Art Gleichgewichtslage gekommen sind, geistig und wirtschaftlich zu einem einheitlichen Organismus zusammengewachsen ist. In Westpreußen werden wir bei der rasch erblühten Fabrikstadt Graudenz auf dieselben Fragen zurückkommen müssen.

Nördlich von Bromberg führt das Tal der Brahe, die zumeist in Kiefernwäldern, den Ausläufern der Tucheler Heide, dahinströmt, zu dem malerisch im Flußtal gelegenen Krone, das auch wegen seiner Braunkohlenförderung bemerkenswert ist.

Wie die breite Rinne der unteren Weichsel verdankt auch die der Netze ihre landschaftlichen Hauptreize den Uferbergen. Wer in einer weiten Ebene daheim ist, atmet erfrischt auf, wenn er längs der nördlichen Berglehne des Netzebruchs zwischen Nakel und Friedheim dahinwandert, wo die Eichberge zu beinahe 200 m Höhe emporwachsen. Hier liegt eine ländliche Wohnstatt hoch oben an dem Abhange, so daß man den steilen Pfad, der zu uns herabführt, teilweise in eine Holztreppe verwandeln mußte, dort ergriffen gelbblühende Ginsterbüsche Besitz von einer schmalen Schlucht, in der sich die Wildwasser der Gewitterregen immer tiefere Rinnen graben. Dann wechseln wieder schattige Buchenhaine, die uns einladen, im kühlen Grunde zur Höhe emporzusteigen, mit wogenden Getreidefeldern, in deren gelber Flut der blühende Mohn feuerrote Inseln bildet.

Stellenweise hat dieser Abhang große Ähnlichkeit mit den Randbergen der pommerellischen Höhe südlich von Danzig, bei Praust, St. Albrecht und Gute Herberge, nur daß hier nicht, wie dort am Weichseldelta, allerorten freundliche Siedelungen über die ebene Flur zerstreut sind, sondern unser suchender Blick oft nichts weiter findet als Wiesengrund und Torfbruch.

An dem südlichen Rande des Netzebruchs finden wir die größten Höhen bei Exin (Bismarckkopf 192 m) und Kolmar (192 m), wo das hügelige, wald- und

seenreiche Gelände sehr an manche Gegenden des nördlichen Pommerellen erinnert. Noch mehr wäre es der Fall, wenn wir an Stelle der Kiefer häufiger die lichtlaubige Rotbuche fänden.

Wie Bromberg verdankt auch Schneidemühl, das wir trotz seiner Lage an der Küddow wohl als die wichtigste Netzestadt bezeichnen können, sein rasches Wachstum der günstigen Verkehrslage, um deren willen es der Ausgangspunkt von sieben Eisenbahnlinien wurde. Daß auch der Waldreichtum der sandigen Umgegend auf die Beschäftigung der Städter nicht ohne Einfluß geblieben ist, wird ja schon durch den Namen des Ortes zur Genüge bezeugt.

Wie in dem westlichsten Teile der Provinz Westpreußen verschaffte auch in den angrenzenden Gebieten Posens die Tuchweberei früher einem großen Teil der städtischen Bevölkerung lohnende Arbeit. Heute ist sie in Schönlanke ebensogut wie in den Hauptorten des westlichsten Zipfels der Provinz Posen, in Schwerin und Meseritz, schon längst verschwunden.

Obgleich der Landstreifen zwischen der Warthe und der unteren Netze nur etwa 25 km breit ist, bildet er doch ein sehr schwer zu überwindendes Hindernis, da die endlosen, menschenleeren Dünenwälder das breite Netzetal, dessen trennende Wirkung in früheren Zeiten an sich schon stark genug war, wohl 80 km weit wie ein ungeheurer Grenzwall begleiten.

Daß zwischen der Gegend bei Schönlanke und Filehne im Norden und dem Gebiet von Schwerin und Meseritz im Süden nicht allzuviel Beziehungen vorhanden sind, lehrt uns schon die Tatsache, daß der langgestreckte Waldstreifen zwischen der unteren Netze und der Warthe nur von einem einzigen Eisenbahngeleise durchschnitten wird, das ohne Rücksicht auf die Waldweiler der geraden Linie folgt, die Stettin mit Posen verbindet. Daher muß man, um von Filehne nach dem nur etwa 35 km entfernten Birnbaum an der Warthe zu gelangen, eine wohl dreimal so lange Bahnstrecke zurücklegen.

Während Schwerin und Meseritz in rein deutschem Gebiet liegen, finden wir in der wald- und seenreichen Gegend bei Birnbaum schon wieder vorwiegend polnische Bevölkerung, wenn sich auch die Stadt selber ihren deutschen Charakter so ziemlich erhalten hat.

Wie arm die Gegend in der nach Südosten offenen Wartheschleife zwischen Schrimm und Schwerin an größeren Städten ist, geht schon daraus hervor, daß das bescheidene Samter mit kaum 7000 Einwohnern den volkreichsten Ort dieses wohl 5000 qkm großen Gebietes darstellt. Hier finden wir (zwischen Samter und Kosten) die größte Lücke in dem Kreise ansehnlicher Orte, welche die Provinzialhauptstadt in einem Abstande von etwa 45 km umgeben (Rogasen, Gnesen, Wreschen, Schroda, Schrimm, Kosten, Samter).

Wenn wir von dem freundlichen Birnbaum nach Südosten wandern, so gelangen wir bald zu den ersten Hopfenplantagen, die uns die Nähe der Stadt Neutomischel und der benachbarten Holländereien verraten. Damit haben wir unsern Rundgang durch die Provinz beendet, so daß wir uns nun ihrer nördlichen Nachbarprovinz zuwenden dürfen.

Westpreußen.

Die Provinz Westpreußen erregt die Teilnahme der Erdkundigen von vorneherein in weit höherem Grade als die südliche Nachbarprovinz. Während er sich bei der Betrachtung des Posener Landes erst lange darüber den Kopf zerbrechen muß, wie man die Provinz in physikalischer Hinsicht am besten einteilen könnte, ist in Westpreußen durch das gewaltige Weichseltal sogleich eine scharfe Teilungslinie gegeben; während dort Hügel und Niederungen ganz willkürlich miteinander zu wechseln scheinen, gibt hier das ansehnliche Hochland der Kassubei mit seinen hochaufragenden Hügeln und freien Berghalden einen guten Ausgangspunkt für die Besprechung der Bodengestaltung. Auch der Wirtschaftsgeograph kommt in Westpreußen besser auf seine Rechnung. Schon die Tatsache, daß die Provinz mit einer langen Küstenlinie an das baltische Meer grenzt, erregt in ihm die Hoffnung, hier jene mannigfachen Beziehungen, jene regere wirtschaftliche Tätigkeit zu finden, die Küstenländern zu eigen zu sein pflegen, und wenn er die volkreichen Siedelungen zu beiden Seiten der Weichsel ins Auge faßt, wo eine ganze Reihe von Städten ihr Dasein von dem Ende der Ordensherrschaft bis zu dem Tage gefristet haben, der sie dem preußischen Königreiche und damit wieder einem deutschen Staatswesen einverleibte, drängt sich ihm sofort die Überzeugung auf, daß diese Landschaft zu allen Zeiten eine der lebensvollsten und merkwürdigsten des deutschen Ostens gewesen sein muß. Auch bei dem Studium der räumlichen Verteilung der Deutschen und Polen finden wir übersichtlichere Verhältnisse als in Posen. Dort stellen die Gegenden mit rein oder ganz überwiegend deutscher Bevölkerung zumeist Grenzstriche von Nachbarprovinzen dar und gehören ihrem ganzen Gepräge nach mehr zu Schlesien oder der Mark als zur Provinz Posen. Hier finden wir im Weichseldelta und seinen Randgebieten — d. h. gerade um den wirtschaftlichen Schwerpunkt der Provinz herum — einen mächtigen Block rein deutscher Bevölkerung, und während dort in der Hauptstadt das Polentum gerade in letzter Zeit so große Fortschritte machte, daß man Posen kaum noch als deutsche Stadt bezeichnen kann und das seitab gelegene Bromberg als Vorort des Deutschtums genannt werden muß, erinnert uns in Danzig nur sehr wenig daran, daß der mächtige Strom, dem die Stadt ihre Handelsblüte verdankt, seine gelbbraunen Wogen durch das weite Polenland gewälzt hat, ehe er die Flut an den ragenden Ordensburgen vorüber der Ostsee zuführt. Dasselbe Polentum, das sich dort anspruchsvoll und mit herrischer Selbstverständlichkeit gebärdet, hält sich in Westpreußen doch zumeist vorsichtig zurück, um so mehr, als seine Angehörigen ganz überwiegend den unteren Volksschichten angehören, die nicht vergessen dürfen, daß der deutsche Industrielle, der deutsche Großgrundbesitzer ihr Arbeitgeber und Brotherr ist. Wer von Danzig nach Posen, von dem deutschen Großbauernhof in der Danziger Niederung auf einen polnischen Magnatensitz im alten Großherzogtum gereist ist, fühlt sich in einer ganz anderen Welt und erkennt dankbaren Sinnes, welche Riesenarbeit in unserm Weichselgau dereinst von den deutschen Ordensrittern und ihren Schutz-

befohlenen geleistet worden ist. Wohl zu allen Zeiten finden wir in Westpreußen regere wirtschaftliche Tätigkeit und emsigeres Schaffen auf dem Gebiete der Kunst und Wissenschaft. Um sich das in recht sinnlicher Weise klar zu machen, braucht man nur Danzig mit Posen und Marienburg oder Thorn mit Gnesen zu vergleichen. Wie unendlich viel reicher an gewaltigen Kirchen und schmucken Profanbauten sind nicht die westpreußischen Städte. Selbst wenn wir den Umstand, daß sie günstiger gelegen sind, genügend in Anschlag bringen, bleibt doch die Tatsache bestehen, daß in Westpreußen weit beträchtlichere Kulturwerte geschaffen wurden als in dem alten Großherzogtum, daß auch hier der deutsche Geist seine unausrottbare Eigenschaft, aus dem Dunklen ins Helle zu streben und die Erde mit sichtbaren Spuren seines Schönheitssinnes und Gedankenernstes zu schmücken, in herrlichster Weise betätigt hat. Und auch die Zukunft dürfte daran nicht allzuviel ändern, denn das, was zu unserer Zeit in polnischen Landen geschaffen worden ist, trägt mehr den Stempel einer gedankenarmen Zivilisation, die sich nur als dünne Rinde um den groben Knorren der Barbarei schmiegt, als das Gepräge einer tiefen, durchgeistigten Volkskultur.

Wie wir schon hervorhoben, ist das breite Weichseltal das rechte Herzland der Provinz Westpreußen. Der mächtige Strom trennt das Land nicht nur in eine kleinere östliche und größere westliche Hälfte, sondern die fruchtbaren Niederungen an seinem Lauf, die breiten Werder an seinem Delta, die alten, mit Burgen und Domen geschmückten Städte seiner ragenden Uferhöhen bilden gleichzeitig Westpreußens wichtigsten und volkreichsten Gau.

Auch in Posen gibt es ja ansehnliche Stromtäler, aber die vergleichsweise wasserarmen Flüsse, die in ihnen dahinziehen, waren niemals wichtige Richtlinien des Verkehrs. Erst in unseren Tagen, in der Zeit der preußischen Verwaltung, begann der Mensch die Netze und die Warthe in seine strenge Zucht zu nehmen, um sie wirtschaftlichen Zwecken dienstbar zu machen, und das rasche Erblühen von Bromberg zeigte, welcher Erfolg diesen Bestrebungen winkt. Als der deutsche Orden den unbändigen Weichselstrom mit hochaufragenden, unabsehbaren Dämmen in ein schmales Bett zurückdrängte und zum erstenmal friesische Ochsen den Pflug durch das tiefdunkle Schwemmland des Weichseldeltas zogen, störte im Netzebruch noch niemand das Geheck der Wölfin, waren die Sümpfe an der Obra und Bartsch noch das unbestrittene Reich der Bläßgans und der Wildente. Da kann es uns dann nicht wundernehmen, daß wir zu der Zeit, da an dem Rande des Weichseltales Thorn und Kulm, Schwetz und Graudenz, Marienwerder, Neuenburg, Marienburg und Dirschau, Danzig und Elbing längst zu ansehnlicher Bedeutung emporgeblüht waren, an der Warthe außer Posen nur bescheidene Landstädte finden. Als dann der Unterlauf der Weichsel dem politisch gewaltig erstarkten Polenreiche einverleibt wurde, zeigten die Slawen nur allzugut, daß auch für sie das Wort des Danziger Dichters Reinick gilt:

„Wenn's Glück ihm günstig sei — Denn regnet's Hirsebrei,
Was hilft's dem Töffel? Fehlt ihm der Löffel."

Nirgends entwickelte sich eine ansehnliche polnische Handelsstadt an den Ufern der rauschenden Weichsel, an der Küste des Baltischen Meeres. Dem Polen fehlte der kühn in die Ferne strebende Sinn des Germanen, der die Angeln und Sachsen über das stürmische Meer trieb und aus dem besten Teile des großen, westlichen Neulandes zwischen dem Großen und Atlantischen Ozean eine germanische Welt machte. Ihm behagte es viel besser in dem stillen Städtchen am einsamen Landsee, wo nur die Bauern des Weichbildes ihre geringen Bedürfnisse eintauschten und nichts als der leiernde Singsang der von Weihrauchduft umwehten Prozession an die höheren Regungen des menschlichen Geistes gemahnte.

Und nicht nur in geschichtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht ist das Weichseltal ein gar wichtiger Gau, es vermag auch die Mühe des schönheitsfrohen Wanderers, der in ihm von Burg zu Burg, von Stadt zu Stadt pilgert, reichlich zu lohnen.

Dort, wo der gewaltige Strom bei Ottlotschin über die preußische Grenze hinwegrauscht, grünen an seinem Ufer die eintönigen Kiefernwälder, die wir schon im nördlichen Kujavien fanden, welche wir am liebsten schon als die entferntesten Ausläufer der Tucheler Heide bezeichnen möchten. Aber nicht allzuweit haben wir zu wandern, um die alte Weichselkönigin Thorn zu erreichen, deren stattliche Dome vom rechten, hohen Weichselufer zu dem Strome herabschauen. Es ist das rechte Tor des Ordenslandes und die älteste von allen Ordensstädten, da sie schon im Jahre 1235 gegründet wurde.

Bromberg und Thorn, wie nahe liegen sie nicht beisammen und wie grundverschieden sind sie dennoch geartet! Dort ein Gemeinwesen, das im Laufe eines Jahrhunderts aus unscheinbarsten Anfängen zu ansehnlicher Größe emporblühte, nachdem der alte Glanz früherer Tage in den Zeiten polnischer Mißwirtschaft so ganz und gar verblichen war, daß kein nennenswertes Denkmal an ihn erinnert; hier eine hochgetürmte Stadt, deren gewaltige Backsteinbauten aus den Tagen der Ordensherrschaft noch heute ihren schönsten Schmuck bilden und zugleich Zeugnis dafür ablegen, daß sich hier das deutsche Bürgertum zu allen Zeiten erfolgreich seiner Haut wehrte, mochte auch zuweilen seine Bedrängnis so hart sein wie in den Unglückstagen des Thorner Blutgerichtes (1724), wo deutsche Bürgermeister und Ratmannen das Schafott besteigen mußten, weil sie zu stolz waren, um nach der Pfeife der Jesuiten zu tanzen. Heute sind die Jahre der Not verwunden, wenn auch nicht vergessen; mächtige Forts und versteckte Feldbefestigungen sind bereit, den slawischen Nachbar im Falle der Not mit deutschem Eisenhagel willkommen zu heißen. Zum ersten Male unterhalb von Warschau strömt hier die Weichsel unter dem Joch einer festen Brücke dahin, und wie die gewaltigen Holztraften auf dem Strome, der geräumige Hafen unterhalb der Stadt von dem Erwerbssinn der Bürger erzählen, so zeugt die prächtige, laubreiche Anlage der Bazarkämpe, wo die Wacholderdrossel auf den alten Pappeln nistet und der Karmingimpel im Weidengebüsch seinen flötenden Ruf hören läßt, von ihrem Schönheitssinn und ihrer Naturfreude.

Neben der alten Stadt, deren Marktplatz, in dessen Mitte das Rathaus trutzig emporragt, uns an die alten „Ringe“ der schlesischen und böhmischen Städte er-

innert, in der noch schmale Giebelhäuser von den Tagen der Hansa erzählen, sind schon längst moderne Viertel entstanden, wo sich villenartige Wohnhäuser in schattigen Gärten verstecken. Ebenso wie bei Danzig darf man daher auch bei Thorn von der Bildung einer City sprechen, die zwar tagsüber von regstem Leben widerhallt, aber doch nur von solchen bewohnt wird, denen ihr Beruf es verwehrt, sich in den freundlicheren, laubreicheren Vorstädten niederzulassen.

Unterhalb von Thorn rücken die Uferberge der Weichsel so dicht zusammen, daß ihr Tal hier bei Fordon und Ostrometzko beinahe den Eindruck eines schmalen Cañons macht. Es ist die Stelle, wo dereinst sandige Höhen das alte Stromtal zwischen Fordon und Usch, in dem damals die Wogen der Weichsel westwärts eilten, von dem nördlichen Küstenflüßchen trennten, dessen Bett ihnen später einen näheren Weg zur Ostsee weisen sollte. Kiefernwald krönt die steilen Höhen, die rechts und links von der Weichsel aufragen. Sie selber, wie der prächtige Park von Ostrometzko, bilden sehr oft das Ziel wanderfroher Naturfreunde aus den benachbarten Weichselstädten.

Unterhalb dieser Stromenge, wo die Weichsel, die vordem nach Nordwesten strömte, nunmehr nach Nordosten zu fließen beginnt, nimmt ihr Tal jene Eigenart an, die es bis zur Montauer Spitze im allgemeinen beibehält. Die Breite des mächtigen, von ansehnlichen Höhen begleiteten Flußtales schwankt zwischen 2 und 8 km, so daß außer dem eigentlichen Strombett noch überall Raum für breitere und schmalere Niederungen vorhanden ist, selbst dort, wo die Weichsel sich in mehrere Arme teilt und ansehnliche Inseln von ihren gelbbraunen Fluten bespült werden. Darum gebricht es dem Strome auch nirgends an Raum, weit ausholende Serpentinen zu beschreiben.

Ehe der deutsche Ritterorden das gigantische Werk der Eindeichung der Weichselniederungen begann, hinderte niemand den wasserreichen Strom, in unzähligen Flußschleifen dahinzuströmen, deren Krümmung immer stärker wurde, bis sich hier und da die beinahe kreisförmigen Windungen wieder schlossen und der Strom geraderen Wegs dahinziehen konnte, die alten Betten den geschuppten und gefiederten Bewohnern der Altwasser überlassend. In unseren Tagen hat man die Bemühungen der Väter, die Weichsel zum Besten der bäuerlichen Anwohner und des Stromhandels in ein schmaleres, wasserreicheres Bett zurückzudrängen, wieder von neuem aufgenommen. Allerdings blieb das Ergebnis dieser Arbeit vielfach hinter den Erwartungen zurück, da an dem Oberlauf der Weichsel für die Regulierung des Stromes — wie könnte man von den Russen mehr erwarten? — so gut wie nichts getan wird. Auf preußischem Boden sieht man dagegen auf Schritt und Tritt, daß der Staat keine Mühen und Kosten gescheut hat, die ungestüme Karpathentochter zur gesitteten Bürgerin eines Kulturstaates zu machen. In geringen Zwischenräumen voneinander springen mächtige Steindämme, die sogenannten Buhnen, in den Fluß vor, so daß er immer wieder seine Gewässer zusammenraffen muß.

Am schnellsten und leichtesten gewinnen wir eine Vorstellung von der Natur des Weichseltals, wenn wir von einer der hochgetürmten Städte an seinen Rändern,

von Kulm, Graudenz oder Neuenburg zu ihm hinabschauen. Da sehen wir denn, wie die Weichsel, in sanften Biegungen von einem Ufer des alten Flußtals zum andern strebend, in dem breiten Grunde dahinströmt, so daß sie hier die steilen Uferhänge benagt, dort einer breiten, durch Deiche gegen Überflutung gesicherten Niederung Raum gewährt. Da man mit dem Wasserschwall der lenzigen Schneeschmelze und des Junihochwassers rechnen mußte, hat man die Dämme nicht dicht an dem Ufer des Stromes aufgeschüttet, sondern einen breiteren Landstreifen, die sogenannten Außenkämpen, den Weichselwegen preisgegeben. Wo hier sanft gewölbte Bühel, die nicht selten alte Diluvialinseln darstellen, höher aufragen, wogen im Sommer wohl auch ein paar Kornfelder, sonst wechselt die grasige Trift mit Weidenbuschwerk, dessen Reiser die zu den Strombauten nötigen Faschinen liefern. Dazwischen leuchten überall klare Wasserflächen auf, Altwasser des Stroms, in die sich nur bei hohem Wasserstande die gelbbraunen Wogen hineinwühlen. Bald folgen sie flußähnlich kilometerweit dem Damm, bald bilden sie stille, weidenumhegte Weiher, an denen es garnicht des einschläfernden Gestammels der Rohrammern und des rieselnden Liedes der Fitissänger bedürfte, um den rastenden Wanderer in stille Träume zu versenken.

Auch hinter dem Damme findet sich noch hier und da ein Altwasser, eine Quellung, deren Wasserspiegel mit dem des Stromes steigt und fällt, sonst aber ist der weite Raum in Wiesen und Fruchtfelder verwandelt, durch die sich weidenbeschattete Wege und Gräben dahinziehen. Dicht hinter dem Damme reiht sich zumeist ein Hof an den andern, da hier der Boden höher liegt als weiter landeinwärts, wo oft ein schmales Flüßchen, der letzte Rest eines Weichselaltwassers, die Abwässer der Niederung sammelt, um sie weiter stromabwärts der Weichsel zurückzugeben, von der sie wohl größtenteils stammen mögen.

Den freundlichen Rahmen für diese Landschaft liefern überall die Abhänge der Seenplatte, durch die sich der Riesenstrom seinen Weg gewühlt hat. Mitunter überragen sie den Talgrund um 70 bis 80 m, so daß sie dem Beschauer ansehnlich genug vorkommen. Ihr wechselndes Pflanzenkleid verschafft ihnen erhöhten Reiz. Bald, wie bei Sartowitz, Böslershöhe, den Bingsbergen und Fiedlitz, steigt schattiger Laubwald bis zum Strom hinab, bald, wie bei Marsau, bekleiden Obstgärten, zwischen denen schmale, lauschige Holztreppen bergan führen, den steilen Hang. Dazwischen wechseln schwarzblaue Föhrenhaine mit gelben Sandstürzen, die im Sonnenlicht gleißen und funkeln wie eitel Gold. Fast immer türmt sich in unserer Sehweite auch eine altehrwürdige Stadt am Uferhange empor, führt eine Eisenbahnbrücke — gibt es doch zwischen Thorn und Dirschau ihrer fünf — über den Strom und die Außenkämpen hinweg. Bei aller Schlichtheit besitzen diese Brücken jene durchgeistigte Schönheit, die allem Menschenwerk eigen ist, das den erstrebten Zweck auf natürliche, unverkünstelte Art zu erreichen sucht. Wo der Mensch ein Weiteres tat, die Schönheit der Uferhänge zu erhöhen, wie in den Teufelsbergen bei Schwetz, in dem Sartowitzer Gutspark und den Gartenanlagen der Städte Kulm, Graudenz und Neuenburg, haben die Uferberge noch schmuckeres Aussehen gewonnen, aber dennoch finden wir die schönsten Strecken

dort, wo steile Uferberge, einsam und groß, zum Strome abfallen. Wie gut rastet's sich nicht an dem Abhang der Bingsberge zwischen Graudenz und Marienwerder, wo das Hochland an die 70 m steil zur Weichsel abfällt. Birken und Pappeln klimmen hier und da zur Höhe empor, und drunten am Fluß wuchern Haselstauden und Brombeergestrüpp, Schlehen und Heckenrosen, zwischen denen klare Quellen ihren Weg suchen. Hier muß am lauen Juniabend rasten, wer eine rechte Vorstellung von der Schönheit des nordischen Stromes mit sich fortnehmen will: die Sonne ging zur Küste, dunkelviolett leuchtet der Abendhimmel, der sich in der glatten Flut des Stromes spiegelt. In den Büschen, die uns umgeben und den eigentümlich herben Duft aushauchen, welcher der Sommernacht eigen ist, läßt ein Sprosser dann und wann seine klangvollen Rufe hören, die uns die Stille des Sommerabends doppelt fühlbar machen. Sie ist so tief, daß wir das Gekrächz der Schnarrwachtel, die hinter dem Weichseldamm auf Liebespfaden wandelt, über den breiten Strom hinweg deutlich zu erkennen vermögen. Und wenn dann die Schatten der Nacht tiefer herabsinken, der violette Schimmer am Himmel verblaßt und die Flut in bleichem Perlmutterglanz daliegt, lohen plötzlich helle Feuer auf. Flößer, die ein Stückchen stromauf mitten auf der Weichsel vor Anker liegen, kochen sich dort ihr einfaches Nachtmahl.

Einer der gepriesensten Aussichtspunkte an der deutschen Weichsel ist der Kapellenberg bei Sartowitz zwischen Schwetz und Graudenz, mit dem das westliche Hochland wie mit einem steilen Vorgebirge weit in den breiten Talgrund vorspringt. Wenn wir die ragende Höhe, die ein Kapellchen der heiligen Barbara krönt, erstiegen haben, so überschauen wir meilenweit den Abhang der preußischen Seenplatte, wo sich an die dunkelblauen Kiefernwälder bei Groß-Lunau die laubreichen Hänge von Böslershöhe anschließen, hinter denen die Türme von Graudenz zum Strom herabschauen. Weit, weit im Norden begrenzen die düsteren Bingsberge den Gesichtskreis, an deren Fuß der silberne Strom nordwärts eilt.

Ebenso wie diese stillen Uferhänge, verlohnen auch die regen Weichselstädte unseren Besuch, mag er dem hochragenden, kirchenreichen Kulm, dem sich an sanftere Uferhänge anlehnenden Schwetz, dem betriebsamen Graudenz, dem laubreichen Neuenburg oder dem von Obstgärten umhegten Marienwerder, der Hauptstadt des südlichen Regierungsbezirkes der Provinz, gelten. Wie Thorn, die Pfefferküchlerstadt, hat sich auch Kulm seine alten Türme und damit die Grundlinien des Stadtbildes bis auf unsere Tage erhalten. Schwetz dagegen, das von dem westlichen, sanfteren Hange des Weichseltales nach Kulm hinüberschaut, eine neue Stadt, eine Gründung aus dem 19. Jahrhundert. Um der ewigen Wassersnöte überhoben zu sein, siedelten die Schwetzer Bürger anno 1855 aus der Niederung an den nahen Höhenrand über, so daß die alte katholische Kirche mutterseelenallein in der Feldflur zurückblieb, wie eine Henne, der die Küchlein geraubt sind. Nur die Ruinen der alten Ordenskomturei, in der einst Heinrich von Plauen, der Retter der Marienburg nach dem Unglückstage von Tannenberg, residierte, leisten der vereinsamten Kirche in dem Flußtal Gesellschaft.

Bei Graudenz erinnern uns noch die mächtigen, fensterlosen Verteidigungs-

speicher, die von dem steilen Weichselufer zwischen der Eisenbahnbrücke und dem von Burgruinen gekrönten Schloßberge aufragen, an frühere Tage. Sonst hat die Stadt ihr Aussehen völlig geändert. Während sie vordem keine rechte Lebensfähigkeit zu haben schien, begann sie nach dem Bau der Eisenbahnbrücke infolge der günstigen Verkehrslage in der Mitte der Provinz mächtig emporzublühen, so daß sich ihre Einwohnerzahl (1910: 40000 Seelen) in einem Menschenalter verdreifachte. Eine Menge von Fabriken beschäftigt eine große Zahl von Arbeitern, und die Bedürfnisse der starken Garnison geben vielen Gewerbetreibenden lohnenden Verdienst.

Leider vermissen wir auch in Graudenz infolge dieser schier überschnellen Entwicklung eine alteingesessene Bürgerschaft. Der eingeborene Graudenzer wird im Weichbilde der alten Ordensburg bald ebenso selten sein, wie es der geborene Berliner in der Reichshauptstadt schon längst ist. Und da die starke Nachfrage nach Arbeitskräften eine Menge Zuzügler nach der Stadt lockte, ließ sich dort auch eine große Anzahl Polen nieder, so daß der deutsche Charakter von Graudenz heute schon wesentlich beeinträchtigt ist. Hier wie anderswo vollzog sich die Einwanderung in der gleichen Weise. Zuerst hielten sich die Polen, die zumeist als Erdarbeiter bei Festungs- und Wegebauten ihr Brot verdienten, bescheidentlich zurück, aber sehr bald fanden sie in polnischen Ärzten, Rechtsanwälten und Geistlichen ehrgeizige und geschickte Führer, die aus der dumpfen Masse eine politische Partei zu formen verstanden, die sich auch sozial und wirtschaftlich durch Gründung von Vereinshäusern, Konsumvereinen u. a. m. möglichst selbständig zu machen sucht.

Ihre schnelle Entwicklung ist der Stadt Graudenz überall anzusehen. Die landschaftliche Schönheit ihrer Umgebung, die Aussicht vom Schloßberge, das von schattigen Laubwäldern bedeckte Glacis der Feste Courbière, mit der noch heute ein Stückchen des Friderizianischen Jahrhunderts erhalten ist, werden mit Recht gelobt, aber die Stadt selbst entbehrt jeder charakteristischen Eigenart und kann es in dieser Hinsicht nicht einmal mit dem viel kleineren Marienwerder aufnehmen, dessen Stadtbild durch den prächtigen, aus der Ordenszeit stammenden Dom das Gepräge erhält.

Zwischen Graudenz und Marienwerder eilt die hurtige Ossa in gewundenem Lauf zwischen bewaldeten Hügeln der Weichsel zu. Ihr Flußtal ist eine der anmutigsten Gegenden der Provinz; namentlich in den Tälern bei der alten Ordensburg Roggenhausen fühlt sich der Wanderer oft an thüringische Landschaften erinnert. Unterhalb dieses Ortes wohnen auf dem Gelände des früheren Gutes Adl. Klodtken deutsche Ansiedler, deren schmucke Höfe in dem freundlichen Waldtale recht wohnlich und einladend aussehen.

Nördlich von Marienwerder, bei der Ortschaft Pieckel, zu der von Südwesten her das stattliche Ordensschloß Meve herüberschaut, teilt sich die Weichsel in zwei Mündungsarme, die Weichsel und die Nogat, zwischen denen die gesegneten Fluren der Niederung grünen, die weiter im Norden nach Westen wie nach Osten zu noch ein gut Stück über die beiden Stromarme hinwegreichen und erst an den Randbergen Pommerellens und den Ausläufern der Elbinger Höhe ihre Grenzen finden.

Hier bei Pieckel finden wir prächtige Auwälder, die von Passarge als der letzte Urwald Westpreußens verherrlicht wurden. Es sind ähnliche Bestände, wie wir sie auf der Nonnenkämpe bei Kulm finden. Pappeln, Weiden und Erlen bilden, von Hopfenranken durchflochten, ein schier undurchdringliches Dickicht, und an vielen Stellen sorgt auch der sumpfige Boden dafür, daß der Mensch das Geheimnis dieser grünen, von zahllosen Vögeln belebten Wildnis achtet. Hier können wir im Lenz den markigen Rufen des Sprossers lauschen. Bei Thorn leistete ihm noch die Nachtigall Gesellschaft. Ob sie weiter nordwärts vorkommt, ist noch unentschieden. Manche halten dafür, daß sie nur das alte Urstromtal der Weichsel bewohne, das von Fordon ab westwärts gerichtet ist, doch ist diese Lehrmeinung wohl mehr eine Idee, als wohlgegründete Erfahrung.

Seit alters her ist das Weichseldelta das Kernland der deutschen Siedelungen in der Provinz Westpreußen. Sein Hauptort, die alte Hansestadt Danzig, bewahrte sich selbst in den trübsten Zeiten, wenn auch nicht nach der Einwohnerzahl, so doch in ihrem ganzen Gepräge und hinsichtlich der wirtschaftlichen und geistigen Bedeutung ihrer Bürgerschaft die Geltung einer Großstadt, und die Bauern der fruchtbaren Weichselwerder waren dank der Ergiebigkeit ihrer Äcker, die kein Feind forttragen konnte, leicht imstande, über böse Jahre hinwegzukommen.

Die ebene Ackerflur der Weichselniederungen ist sehr mit Unrecht als durchaus eintönig und unschön verrufen. Schon die Eigenart ihrer Bevölkerung, die zumeist aus niederdeutschen Einwanderern besteht, sichert dieser Landschaft unsere Teilnahme. Der Reichtum der Großbauern, die hier ansehnliche, wenn auch nur selten völlig geschlossene Dörfer bewohnen, spricht sich schon in den geräumigen Laubenhäusern aus, die ihren Namen dem säulengetragenen Giebelvorbau verdanken.

Am schönsten ist es im Werder wohl im Heumond kurz vor dem ersten Wiesenschnitt, wenn die Getreideähren sich strecken, die schwarzweißen Kühe bis an den Bauch im blumigen Grase stehen und das Wasser der weidenbeschatteten Gräben längst unter den üppigen Polstern blühender Pflanzen verschwand. Wenn dann die Sonne hinter den Bäumen des nahen Dorfes zur Küste geht, das sich dicht um die alte Ordenskirche gelagert hat, deren stumpfer Turm fest in dem heimischen Grunde zu wurzeln scheint, so freuen wir uns der malerischen Wolkengebirge, die sich an dem hohen Himmelsgewölbe hier farbenreicher und wechselvoller aufbauen als anderswo. Behaglich atmen wir dann die feuchte, sommerwarme Luft, die mit den Wohlgerüchen der Wiesenblumen und dem strengen Dufte des frisch gemähten Heus geschwängert ist.

Leider bringt der Umstand, daß die Landwirtschaft unserer Tage immer mehr und mehr zum Großbetriebe neigt, dem Landschaftsbilde der Niederung manche Gefahren. Ungeheure Zuckerfabriken, die unvermittelt hoch über die gekappten Weiden hinausstreben, stören den idyllischen Charakter der benachbarten Triften. Die zu Vorwerken herabgewürdigten Bauernhöfe, welche die nächsten Besitzer zu ihrem Gütchen hinzuerworben haben, verlieren oft über kurz oder lang den freundlichen Schmuck der Gärten, und die Baumreihen, welche früher die kleineren

Schläge trennten, fallen der Art zum Opfer, damit sich in ermüdender Gleichmäßigkeit Hunderte von Metern weit eine Zuckerrübe an die andere reihen kann.

Den vielgestaltigen, beständig wechselnden Wolkengebilden und den alten, laubreichen Bäumen verdanken unsere Niederungen ihre wichtigsten Reize. An den Wolken erfreuen wir uns heute wie ehedem, aber von den stattlichen Bäumen, welche früher die Werderdörfer beschatteten, sind in mancher Gegend nur wenig mehr übrig. Was die alten Rüstern und Eichen, Pappeln und Weiden für das Landschaftsbild der Niederung bedeuten, sehen wir am besten an der Mottlau, dem ansehnlichsten Flüßchen des Werders, an deren Ufern wir uns stellenweise, wie bei Grebin, Sperlingsdorf und Hochzeit, beinahe in den Spreewald versetzt glauben.

Bedauerlicherweise hatte der Übergang zum Großbetriebe in den Weichselniederungen auch einen Rückgang der Bevölkerung zur Folge, da an die Stelle seßhafter, deutscher Bauern vielfach slawische Arbeiter traten, die im Frühling kommen und im Herbste wieder gehen. Hoffen wir, daß dieser Entwickelung bald gesteuert wird, denn wir können diesen mächtigen Block deutscher Landbevölkerung in Westpreußen kaum entbehren, ohne den überwiegend deutschen Charakter der Provinz zu gefährden.

Als echte, rechte Niederungsstadt verdient das alte Marienburg genannt zu werden. Allerdings liegt das Schloß und die Altstadt noch auf den letzten Ausläufern des Höhenlandes, aber dennoch macht die Eigenart seiner Bewohner den malerischen Ort zu einer typischen Werderstadt, und mit dem Werder, der Niederung verbinden ihn auch unzählige wirtschaftliche Fäden.

Daß man gerade die Marienburg dazu ausersah, den Hochmeister des Ordens aufzunehmen, hatte seine guten Gründe. Lag doch die Burg so recht in der Mitte des Ordenslandes, etwa gleichweit entfernt von den Schlössern des Samlandes und den Grenzburgen im Lande Dobrin oberhalb der Weichselkönigin Thorn. Da hier das Weichseldelta noch verhältnismäßig schmal ist, war auch die Verbindung mit den Gebieten westlich der Weichsel wenigstens erträglich zu nennen.

Die Schönheit der alten, wohlerneuerten Burg zu schildern, ist einer berufeneren Feder vorbehalten. Wir dürfen uns hier damit begnügen, die geographische Lage des Hochschlosses und die Landschaftsnatur seines Weichbildes zu kennzeichnen.

Ebenso oft wie man begeisterte Schilderungen der Marienburg zu hören bekommt, muß man auch mißgünstige Urteile über ihre Umgebung in Kauf nehmen. Wenn wir nun auch zugeben wollen, daß das ebene Gelände, welches die Burg selber am Nogatufer nur um ein paar Meter überragt, keine auffälligen Reize besitzt, so dürfen wir doch andererseits nicht übersehen, wie harmonisch sich das mächtige Bauwerk in die ganze Landschaft einfügt. Wo wir auch in der Niederung weilen mögen, überall lenkt der hochaufragende Backsteinbau unseren Blick auf sich, und doch erscheint der gewaltige nirgends plump und übergroß. Und wandern wir durch den hohen Säulensaal des Remters, folgen wir den malerischen Wehrgängen am lauberfüllten Burggraben, so nimmt das von einem Punkt aus kaum übersehbare Bauwerk unsere Sinne derart gefangen, daß wir für besonders

eigenartige Landschaftsbilder im Weichbilde der Burg kaum noch empfänglich wären, daß wir uns im Gegenteil freuen, wenn sich unser Blick auf dem grünen Teppich der Wiesen, auf der blanken Flut des durch die Niederung dahingleitenden Nogatstroms ein wenig ausruhen darf.

Außerdem ist die Umgebung des stolzen Schlosses lange nicht so unschön, wie der vermeinen möchte, der niemals Zeit fand, sich in ihr einzuleben. Wer jemals am sonnigen Maientag, wenn das Gras der Wiesen auf den Nogatkämpen unter den goldenen Blüten der Butterblume verschwand, das Spiegelbild der Marienburg in der Nogat bewunderte, oder sich am Winterabend nicht satt daran sehen konnte, wie die auflodernden, dann wieder beinahe erlöschenden Fackeln, die den Schlittschuhläufern auf dem Strom Licht spenden sollen, die ausdrucksvollen Umrisse des Schlosses bald klar hervortreten, bald wieder in der nächtlichen Finsternis verschwinden lassen, wird auch diesem Stückchen Erde manchen Reiz abgewonnen haben.

Und wie gut rastet's sich nicht am warmen, wohligen Sommerabend unter den Lauben am Markt, wenn die blühende Linde süße Düfte verhaucht, in den malerischen Wandelgängen vor den Häusern hier ein Licht aufglimmt, dort dunkle Schatten ihr gespenstisches Spiel treiben und in den lustigen Lärm der spielenden Kinder die hellen Rufe der Mauersegler hineintönen, die sich noch in der klaren Abendluft tummeln. Da gesellt man sich gern zu den Bürgern, die auf den Schrotbrettern vor den Lauben sitzen und im behaglichen Gespräch Erholung suchen von des Tages Last und Hitze. Hier merkt man noch nichts von dem Kampf zwischen Slawen und Germanen; dank der reichen Umgebung, die den Fleiß des Handwerkers, die Umsicht des Kaufmanns mit klingender Münze zu lohnen vermag, entstand hier eine Bürgerschaft, die bezüglich ihrer Bildung und wirtschaftlichen Lage viel gleichartiger ist als in anderen Städten Westpreußens und Posens, so daß auch der Offizier, der Akademiker gerne der Rede des einfacheren Bürgers lauscht, der Lebenserfahrung und klarer Menschenverstand Wert und Bedeutung verleihen. Auch das ansehnlichere Dirschau, das in ähnlicher Lage wie Marienburg am Westhange des Deltas gegründet wurde und heutzutage als einer der wichtigsten Eisenbahnknotenpunkte des nordöstlichen Deutschlands bezeichnet werden muß, kann sich, zwiesprachig wie es ist, in dieser Hinsicht mit dem kleineren Marienburg nicht messen. Erst als Marienburg in den letzten Jahren endlich eine Garnison erhielt, begann die Einwohnerzahl, die sich Jahrzehnte hindurch fast auf der gleichen Höhe gehalten hatte, schneller zu steigen. Doch schon früher mußte der Beamte, der in die alte Ordensstadt versetzt wurde, die geistige Regsamkeit ihrer Bürgerschaft dankbar anerkennen, ließen doch die Lehrkräfte der zahlreichen Schulen, Meister Steinbrecht und sein mit der Wiederherstellung der Marienburg beschäftigter Stab von Architekten es nie an sich fehlen, wenn es galt, die Länge der Winterabende durch anregende Vorträge zu kürzen, und manche berühmte Sängerin, die auf der Reise ins Ostland in Marienburg Halt machte, fand an seinen Bürgern begeisterte Zuhörer.

Während sich in der alten Ordensstadt und ihrer näheren Umgebung auch fränkische Ansiedler niederließen, überwiegen sonst in dem Weichseldelta Nach-

kommen der Holländer, Friesen und Sachsen. Sie sind ein merkwürdiges Geschlecht, diese Niederungsbauern, denen die Fruchtbarkeit ihrer Äcker längst die wirtschaftliche und gesellschaftliche Geltung von Gutsbesitzern gegeben hat. Nicht immer trifft der das Rechte, welcher ihre schwerfällige, langsame Art als Dummheit bezeichnen möchte. Wer die Bauernsöhne auf den Danziger, Elbinger und Marienburger Gymnasien unterrichtet, ist oft erstaunt über ihren klaren Verstand, der scharf in das Wesen der Dinge eindringt. Nicht selten empfindet der Lehrer etwas wie Unbehagen, wenn er später hört, der Jüngling solle nicht auf die Hochschule ziehen, sondern der väterlichen Hantierung treu bleiben. Sehr mit Unrecht! Wächst doch der Ewigkeitswert menschlicher Lebensverhältnisse nicht immer deshalb, weil sie komplizierter werden. Was kann es Sinnvolleres geben als das stille Schaffen des Landmannes und sein Wirken in Haus und Gemeinde! Freuen wir uns lieber, daß wir auch hier noch hin und wieder Menschen entdecken vom Schlage der Allmers und Frenssen, deren Blut auch in den Adern dieser Bauern rinnt. Und verdient der Umstand, daß der vierschrötige Sohn der Niederung sich so schwer an andere Menschen anschließt, nur überlegenen Spott? Gilt nicht der Gast, der das Vertrauen des Werderaners gewonnen hat, dafür auch als Mitglied der Familie, das teilnehmen darf an ihrer Lust und ihrem Leid?

Die Natur selbst hat dafür gesorgt, daß diese niederdeutschen Landbauern sich nicht allzusehr ihrem Phlegma hingeben, denn wenn der Eisgang auf der Weichsel beginnt und die gelbbraune Flut höher und höher steigt, bedarf es oft genug der Wachsamkeit und Tatkraft ganzer Männer, um die drohende Gefahr von der heimischen Flur abzuwenden. Heutzutage, wo eine Reihe von Eisbrechern schon lange vor dem Beginn des Frühlings die Eisdecke des Stromes von der Mündung aus zertrümmert und für den ungehinderten Abfluß der Schollen Sorge trägt, wo der Weichsel bei Schiewenhorst und Einlage ein gerader Weg ins Meer offen steht, haben sich die Gefahren des Eisganges wesentlich verringert, aber früher entstanden an Biegungen und Krümmungen der untersten Laufstrecke leicht gewaltige Eispackungen, die sich mitunter stärker erwiesen als die Dämme, so daß dann weite Strecken der Niederung unter Wasser gesetzt wurden. Noch heute ist bei den alten Werderanern das Schreckensjahr 1888, in dem die Überschwemmung beinahe bis an die Tore Danzigs reichte, in lebhafter Erinnerung.

Das Weichseldelta hat im Laufe der Zeit die mannigfachsten Veränderungen erfahren. Während man früher glaubte, die ganze Niederung bis nach Pieckel hinauf habe dereinst ein einziges großes Urhaff gebildet, will man diesem vorgeschichtlichen Strandsee heute nur einen viel geringeren Raum gönnen.

Nachdem sich die Weichsel bei Pieckel in die Nogat und in die geteilte Weichsel getrennt hat, strömt der östliche Mündungsarm, der heute in einen schmalen Kanal verwandelt werden soll, an der Marienburg vorüber ins Frische Haff, während die eigentliche Weichsel sich am Danziger Haupt wieder in die Elbinger und Danziger Weichsel teilt.

Ehe die gradlinige Mündung bei Schiewenhorst geschaffen worden war, erreichte die Danziger Weichsel bei Weichselmünde das Baltische Meer. Im Jahre 1840

wurde dann das unterste Stück des Stromes durch den Durchbruch bei Neufähr totgelegt, sehr zum Vorteil der Danziger Kaufmannschaft, welcher dadurch ein überaus geräumiger Hafen und Holzlagerplatz geschenkt wurde, der vor den Gefahren des Eisganges gesichert war.

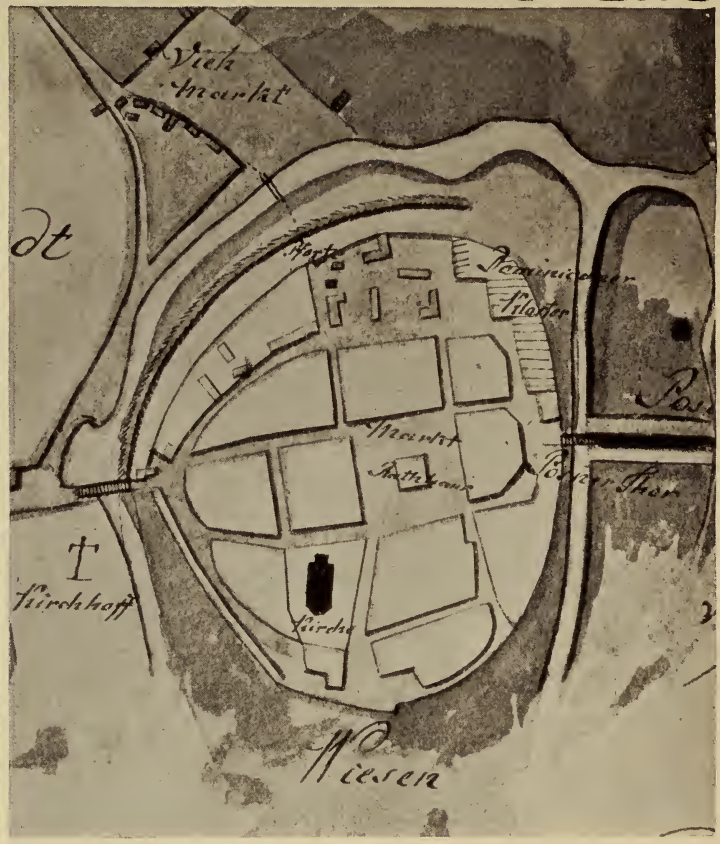
Ebenso wie Marienburg und Dirschau den schmaleren Süden, beherrschen Danzig und Elbing den breiteren Norden des Weichseldeltas, nur daß hier die geschichtlich wichtigere Siedelung im Westen, an der Mündung der wasserreichen Weichsel, am Gestade des offenen Meeres liegt, während Elbing immer unter der mangelnden Tiefe des Haffes und unter der wechselnden, oft überaus geringfügigen Wasserführung der Nogat zu leiden hatte.

Wenn der Name der Stadt Posen an unser Ohr klingt, denken wir mißmutig an das Andringen der Slawen, an den endlosen, in wenig günstiger Verteidigungsstellung geführten Kampf, zu dem das bedrängte Deutschtum hier verurteilt war. Tönt Danzigs Name an unser Ohr, so überkommt uns eine ganz andere Stimmung. Auch hier ist nicht jede Kunde, die uns aus der Vorzeit übermittelt wird, froh und tröstlich. Wehmütig gedenken wir des Tages, da die Häupter des Danziger Bürgermeisters Letzkau und seiner Ratmannen dem Zorn des Ritterordens zum Opfer fielen, und jener Stunde der Rache, da die ergrimmten Bürger das Danziger Ordenshaus samt seinen Grundmauern am liebsten aus der Erde gewühlt hätten. Aber gleichzeitig sehen wir doch die schimmernden Segel des Peters von Danzig, der dem Dänenkönige Schach gebot, lugen wir neben dem Danziger Bürger über den hohen Wall zu dem Lager des Polenkönigs hinüber, der den Trotz der Städter nicht zu brechen vermochte. Und wenn wir in Thorn des Astronomen Kopernik gedachten, so steigen hier die Gestalten der Hevelke, Forster, Reinick, Schopenhauer und Hildebrand vor uns auf, die uns zeigen, daß die Söhne der Hanseaten nicht nur irdische Güter in die Speicher führten.

Die westpreußische Provinzialhauptstadt hat sich in den letzten zwei Menschenaltern von Grund aus verändert. Heute wie ehedem streben die alten Kirchtürme über dem Gewirr enger Gassen und Gäßchen zu den Wolken empor, ebenso hell wie in den Tagen der Urältervåter funkelt der goldene Zierat des schlanken Ratsturmes in der Morgensonne, und immer noch spiegeln sich riesige Speicher in der stillen, trägen Flut der Mottlau. Aber dort, wo sich dereinst der enge Ring grüner Wälle um die dicht zusammengedrängten Häuser schmiegte, zieht sich heute eine prächtige Ringstraße hin, wo dazumal am weidenumbuschten Ufer des Stadtgrabens schlohweiße Schwäne ihr stolzes Gefieder blähten, saust der Schnellzug rasselnd in den geräumigen Bahnhof ein, und auf den sumpfigen Weichselwiesen bei Legan, wo ehedem verträumte Angler der Plötze und Krausche nachstellten, wachsen auf riesigen Hellings die gewaltigen Beherrscher des Ozeans wie hochgetürmte Paläste höher und höher empor.

Wie die Stadt, ist auch die Bürgerschaft eine andere geworden. Was will es heute besagen, daß Danzig 400 km von Berlin entfernt ist. Machst du dich in Berlin zeitig aus den Federn, so kannst du im Danziger Hof zu Mittag speisen. Die Entfernung allein hindert den Sohn des Erzgebirges, den unternehmenden

Posen.
Mittelalterliche Kolonialanlage mit graden Straßen.



Kosten.
Mittelalterliche Kolonialanlage mit gekrümmten Straßen.

Schwaben schon längst nicht mehr, ein paar Semester auf der Danziger Hochschule zu studieren, und der Offizier, der vor den lanzenbewehrten Totenkopfhusaren in das Langgasser Tor hineinreitet, preschte vielleicht vor wenig Wochen über ein Elsässer Blachfeld.

Noch vor ein paar Jahrzehnten war das anders, da lag das „Reich" weit, weit hinter den pommerellischen Höhen, und nur ein kleiner, sehr kleiner Teil der Männer und Frauen, die man auf den Danziger Friedhöfen zur Ruhe bestattete, hatten jemals zu den hohen Fenstern des Berliner Königsschlosses, zu den ragenden Graten eines Felsengebirges emporgeschaut. Heute müssen wir schon die im Danziger Dialekt geschriebenen Gedichte eines Domansky zur Hand nehmen, um uns mit der Eigenart des seltsam querköpfigen und beschränkten, aber auch wieder gutmütigen und launigen Danzigers von dazumal vertraut zu machen, den die Nachbarn gern als „Pomuchelskopp" verspotteten.

Sogar die Großkaufleute und Akademiker waren vordem ein recht bodenständiges Geschlecht. Wenn der Sohn des begüterten Hauses seine Schulzeit beendet hatte, so ging's wohl nach Freiburg im Breisgau oder nach Alt-Heidelberg der feinen, aber saß man erst in der Vaterstadt in Amt und Würden, so galt es von der Erinnerung an die Burschenzeit, an die Hochzeitsreise zu zehren. In schönen Sommerwochen bot der Strand des nahen Meeres, der waldige Abhang der pommerellischen Berge dem anspruchslosen Geschlecht Erholung und Kurzweil genug, so daß es sich von dem grimmen Winter gern in dem engen und doch behaglichen Gefängnis zwischen den hohen, grünen Stadtwällen verwahren ließ. Während heute alles in die weite Welt hinausstrebt und der kleinste Geist von dem Bestreben erfüllt ist, sein Licht den Leuten durch möglichst große Fenster leuchten zu lassen, herrschte damals ein weit bodenständigeres, in sich gekehrtes Wesen vor. Davon sprechen schon die Wohnstätten der alten Kaufmannsgeschlechter in der Langgasse und ihrer Parallelstraße, die dem altberühmten Jopenbier den Namen verdankt. So schlicht und schmucklos die hohen Giebelhäuser auch dastanden, man merkte es ihnen doch an, daß vornehme Menschen darin wohnten, daß Redlichkeit und selbstbewußter Familiensinn in ihnen lebten. Und die Männer, die dort hausten, suchten nicht nur Güter zu erwerben, sondern hatten auch Sinn für die höheren, edleren Schätze des Lebens. Wenn der frühe Winterabend in der stillen Frauengasse dämmerte, wo sich zwischen dem hohen Giebel der Marienkirche und dem niederen Frauentor ein schneebedeckter Beischlag an den anderen reiht, dann leuchteten in dem Versammlungssaal der „Naturforschenden Gesellschaft" freundliche Lichter, und der Astronom, der Arzt berichtete von seinen Forschungen einem Kreise von Zuhörern, die nicht nur die Mode, von Zeit zu Zeit in einem Raume zu sitzen, in dem irgendwer über irgendwas herumredet, an diesen Ort geführt hatte.

Mit der weltabgeschiedenen Lage Danzigs hing es wohl auch zusammen, daß seine Bürger mit rührender Liebe an ihrer Vaterstadt hingen, der Großkaufmann und Gelehrte nicht minder wie der Sackträger, der „Bowke", der selbstbewußt genug auf dem Bohlenwerk der langen Brücke lustwandelte. Schier ungläubig

hörte man den befahrenen Seemann von den Herrlichkeiten fremder Länder erzählen, um bald darauf zu der Überzeugung durchzudringen, es sei in Danzig eigentlich alles doch noch viel schöner. Da man wenig Lust hatte, dieses Paradies mit Fremden, Hergelaufenen zu teilen, verhielt sich der echte Danziger auch gegen die preußischen Offiziers- und Beamtenfamilien anfangs recht ablehnend. Erst vor den Kriegerdenkmälern aus den Freiheits- und Einigungskriegen söhnte er sich mit der veränderten politischen Stellung seiner Vaterstadt allmählich aus, und heute findet die rauschende Preußenhymne hier so begeisterten Widerhall wie nur irgendwo in dem weiten Königreich.

Wie wir schon früher betonten, hat sich in dem letzten Menschenalter das Leben und Treiben in der alten Hansestadt von Grund aus geändert. An die Stelle der Kornträger trat die sinnreiche Maschine; nicht mehr dickbäuchige Vollschiffe und Barken entstehen auf den Danziger Werften, sondern eiserne Ozeandampfer. Die Getreidevorräte, die man früher auf den Wiesen am Ganskruge lagern ließ, fanden in mächtigen Silospeichern sichere Unterkunft, und dort, wo noch vor 30 Jahren der Roggen wogte, lauschen wißbegierige Studenten den Worten des Hochschullehrers. Infolge der raschen Bevölkerungszunahme in Polen, wo sich in den letzten Jahrzehnten mächtige, volkreiche Fabrikstädte entwickelten, ließ die Getreideausfuhr aus Rußland mehr und mehr nach. Wenn dieser Ausfall auch durch die Steigerung der preußischen Ernteerträge ausgeglichen wurde, so ist doch Danzig heute schon längst aus einem Ausfuhr- zu einem Einfuhrhafen geworden, da die Hunderttausende polnischer Land- und Fabrikarbeiter großer Mengen von Kolonialwaren, Heringen u. a. m. benötigen.

Auch viele charakteristische Straßenbilder, an denen das frühere Geschlecht seine Freude hatte, sind längst verschwunden. Dort, wo früher die Radaune an dem malerischen Schuttberge vorbeirauschte, der aus den Trümmern des alten Dominikanerklosters bestand, erheben sich heute geräumige Markthallen, und so ungern man sich entschloß, die alten, bildgeschmückten Freitreppen nnd Terrassen vor den alten Giebelhäusern, die von Chodowieckis Meisterhand verherrlichten „Beischläge" zu opfern, so mußten sie doch in einer Straße nach der andern den Ansprüchen des modernen Verkehrs weichen. Die alten, schmalen Tore, welche die einzelnen Stadtquartiere voneinander trennten, und die Vorbauten und Verkaufshallen, die früher allerorten weit in die Gassen hinausragten, sucht man heute vergebens. Ein Zeuge der guten alten Zeit stahl sich nach dem andern unauffällig von seinem Platze, bis dann die größte bauliche Umwälzung kam, welche Danzig in Jahrhunderten erlebt hat, die Niederlegung der riesigen Bastionen und Wälle, welche die innere Stadt viele Jahrzehnte hindurch ungebührlich beengt hatten. Aber mochte der Volkswirt, der Hygieniker über den Entschluß der Stadtväter, den engen Gassen Licht und Luft zu schenken, mit Recht triumphieren, der Maler und Poet verfolgte mit stillem Bedauern die Arbeit der unerbittlichen Schaufeln und Spitzhacken, denn jenes grüne Gewand war doch auch ein gar schmuckes Kleid gewesen, an dem der Reisende wie der Einheimische immer wieder ihre Freude hatten, wenn die hohen Akazien auf den Wallgängen süßen Duft verhauchten oder

die alten Türme am sonnigen Wintermorgen freundlich über das weiße Gehege hinwegschauten.

Wir wollen uns dessen von Herzen freuen, daß in einem Menschenalter aus der schlichten, von der Erinnerung an vergangene Größe zehrenden Hansestadt eine mächtige Großstadt geworden ist, deren Häusermeer mit wenig Unterbrechungen von Praust im Süden bis an den Fuß der Zoppoter Waldberge reicht, daß auf dem toten Mündungsarm der Weichsel für alle Länder der Erde gewaltige Meerschiffe gebaut werden und Kaufmann wie Techniker sich unablässig bemühen, der wachsenden Menschenzahl neue Erwerbsquellen zu verschaffen. Hoffen wir nur, daß alle diese Kinder einer neuen Zeit miteinander zu einer einheitlichen Bürgerschaft der alten Stadt verwachsen, die sich eins weiß in Freud und Leid! Dann ragt hier an der Mündung der Karpathentochter ein deutsches Bollwerk empor, das dem Slawentum auf lange, lange Jahrhunderte hinaus Widerstand leisten und deutsche Art in dem ostmärkischen Lande wirksam schützen dürfte.

Die Umgebung der alten Hansestadt ist mit Recht wegen ihrer landschaftlichen Schönheit und wechselvollen Gestaltung berühmt. Während sich im Süden und Osten die Wiesen- und Getreidefelder der Niederung in schier endlose Weiten dehnen, bieten die Mündungsarme der Weichsel (seitdem der geradlinige Durchstich der Weichsel bei Schiewenhorst geschaffen worden ist, stellt auch die Strecke zwischen Neufähr und Einlage einen toten Flußarm dar) eine Menge malerischer Flußbilder. Nördlich des Stromes ziehen sich längs der Küste die hohen, kiefernbestandenen Dünen der Nehrung dahin, von deren Kamm wir hinüberschauen zu dem Abhange der pommerellischen Berge im Nordosten der Stadt, wo sich von Praust bis Zoppot eine ansehnliche, gartenreiche Siedelung an die andere reiht (Praust, St. Albrecht, Ohra, Altschottland, Petershagen, Schidlitz, Langfuhr, Strieß, Pelonken, Oliva, Carlikau, Zoppot). In einem Menschenalter haben Oliva und Zoppot ihre Einwohnerzahl verdreifacht, während Langfuhr heute mehr als fünfmal soviel Menschen beherbergt als beim Tode des Oberbürgermeisters Winter, mit dessen Amtsführung (1803) der rasche Aufschwung der Stadt begann. Wo früher schlichte Landhäuser von schattigen Gartenbäumen dem Blicke des Wanderers fast entzogen wurden, prunken heute vielstöckige Mietspaläste, und dort, wo der Städter dazumal im einstöckigen Fischerhause notdürftige Unterkunft fand, suchen anspruchsvolle Kurhäuser die vielfach übertriebenen Bedürfnisse verwöhnter Badegäste zu befriedigen. Natürlich veränderte das alles auch die Eigenart des Landschaftsbildes. Während früher die weißen Landhäuser hier (Langfuhr, Oliva, Zoppot) bescheidene Marktflecken, dort (Heiligenbrunn, Pelonken) lange Häuserreihen bildend, in dem grünen Tal, an der waldigen Berglehne beinahe verschwanden, bedecken sie heute breit hingelagert fast unabsehbare Räume und Kreise, an die der Wald nur bescheidentlich eine grüne Tangente zu ziehen wagt.

Aber dennoch findet auch heute noch der Wanderer, dem das geräuschvolle Treiben der Badegäste nicht zusagt, dem eine stille Waldwiese lieber ist als ein halb Dutzend staubiger Tennisplätze, in dem Danziger Gau noch immer seine

Rechnung, mag er die grünen Bergwälder bei Oliva und Zoppot durchstreifen, von den ragenden Vorgebirgen bei Adlershorst und Redlau auf die blaue Meerflut herniederschauen oder an dem Gestade der schmalen, nehrungsartigen Halbinsel Hela der erhabenen Melodie der Meereswellen lauschen.

Der Reichtum an alten Baumgängen und lichtdurchfluteten Buchenhainen, die große Zahl gartenreicher Siedelungen verleihen der Danziger Gegend ein überaus warmes, südliches Gepräge, wodurch sie sich, ebenso wie der ähnlich geartete Elbinger Gau, von den meisten Gebieten unseres deutschen Nordostens scharf unterscheidet. Als ich heuer auf der Rückkehr von einer Mittelmeerreise einige Zeit die Umgegend des laubreichen Görz — die Welschen nennen's Goryzia — durchstreifte, fühlte ich mich immer wieder an die waldigen Täler bei Pelonken, Oliva und Sagorsch erinnert, wo ebenso schattige Chausseen in den Talgründen dahinführen, ebenso freundliche Buchenwälder an den sanft geschweiften Höhenzügen emporsteigen. Auch nördlich von dem geräuschvollen Badeorte Zoppot, den wir noch zu der Siedelungsgruppe rechnen müssen, deren Kern die Danziger Altstadt bildet, behält die Landschaft ihren freundlichen Charakter bei. Zwischen den Abhängen der pommerellischen Höhe und einer Reihe diluvialer Horste im Osten, die wie Inseln aus dem moorigen Grunde aufragen und mit steilen Hängen zum Meere abfallen, den sogenannten Kämpen, führt ein breites, trocken gefallenes Stromtal von Kl. Katz in nördlicher Richtung bis nach Rheda, um dann ostwärts umzubiegen und den Wanderer über Neustadt und Lauenburg zu der pommerschen Küste zu geleiten. Wenn wir diesem Stromtal folgen, haben wir zur Linken fast überall prächtige Laubwälder, und jeder Bach, der unter der Chaussee dem Meere zueilt, weist uns einen Weg in prächtige Waldtäler, wo bald uralte Buchen weite Säulenhallen bilden, bald die Stämme rotborkiger Kiefern im Abendschein glühen. Das breiteste und malerischste dieser Täler ist vielleicht das der Sagorsch oberhalb von Rahmel, das den Danzigern unter dem Namen des Schmelztales bekannt ist. Auch auf den Bergen, die das freundliche Waldnest Neustadt umhegen, finden wir köstliche Waldbilder, da die Rotbuchen hier höher und mächtiger aufragen denn anderswo, und die weißgetünchten Wallfahrtskapellen, die wohl nach Dutzenden zählen, sich trefflich abheben von dem lichtgrünen Hintergrunde des sonnendurchfluteten Buchenlaubes.

Die Nordwestecke der Provinz zwischen dem Neustädter Stromtal und der Ostsee wird zum Teil von weiten Wäldern eingenommen, die einen malerischen Landsee, den Zarnowitzer See, umrahmen. Ihr Nordrand wird durch einsames Bruchgelände von den riesigen Wanderdünen getrennt, die sich auch weiter westwärts, soviel wir sehen können, in melancholischem Einerlei an der pommerschen Küste dahinziehen.

Elbing, die Schwesterstadt Danzigs, an dem Ostrande des Weichseldeltas, spielte zu allen Zeiten die Rolle einer bescheidenen Stiefschwester, da durch das für Seeschiffe nicht recht zugängliche Haff der Seehandel erschwert wurde und auch die Flußschiffahrt die breitere und tiefere Weichsel der Nogat vorzog. Erst in neuerer Zeit entwickelte sich Elbing zu einer lebhaften Fabrikstadt (Torpedoboote, Metall-

waren, Maschinen, Weberei, Tabaksmanufaktur, Bierbrauerei), aber noch in den jüngsten Tagen mußten die Elbinger die ungünstige Lage ihrer Vaterstadt bitter empfinden, denn als die Erben des genialen Gründers der Schichauschen Werften zu dem Bau großer Ozeandampfer und Panzerschiffe übergehen wollten, blieb ihnen nichts anderes übrig, als mit den dazu nötigen Werftanlagen nach Danzig überzusiedeln.

Auch die Elbinger rühmen sich mit Recht der landschaftlichen Schönheit ihres Heimatlandes, denn dicht an den Fluten des Frischen Haffes erreichen die sanft geschweiften Kuppen der Trunzer Berge rund 200 m Meereshöhe. Dank der rastlosen Tätigkeit des Wassers öffnen sich an dem Abhange dieses kleinen Gebirges eine Unzahl waldiger Täler, in denen klare Bäche rauschen und steile Lehmwände dem Wanderer kühne Felsgrate vortäuschen möchten. Wenn wir uns an der schwellenden Pracht des Laubwaldes, an den hohen Gewölben der stolzen Rotbuchen sattgesehen haben, so brauchen wir nur auf hurtigem Dampfer das Frische Haff zu durchqueren, um auf der schmalen Nehrung eine ganz andere Welt, einsame Fischerhütten, himmelhohe Sanddünen und windzerzauste Kiefern zu finden.

Nur allzugern vergleichen die Danziger Schriftsteller den tiefeingeschnittenen Meerbusen zwischen Rixhöft und Brüsterort mit dem Golf von Neapel, aber dieser oft gehörte Vergleich wird durch seine Kühnheit nicht besser. In landschaftlicher Hinsicht bildet dieses weite, tiefe Meeresbecken überhaupt keine Einheit, da die Hügel nördlich von Danzig, ebenso wie der steile Hang des Samlandes, nicht hoch genug sind, einen so weiten Raum zu beherrschen. Nicht ein Bild, sondern Dutzende finden wir hier, und die meisten sind voneinander gar verschieden. Wie wenig hat nicht die Aussicht von den Dünen bei Neufähr mit jener von Adlershorst gemeinsam! Dort beherrscht unser Blick die grünen Fruchtfelder der Niederung, die dunklen Dünenwälder und die melancholischen Sandinseln vor der durch den Durchbruch von 1840 geschaffenen Weichselmündung, hier schauen wir über schwellende Buchengipfel auf die tiefblaue Meerflut, die fast lotrecht unter uns an dem steilen Hange nagt und weiter südwärts zwischen sich und der hohen Kliffküste noch Raum läßt für ein immer breiter werdendes Vorland, auf dem die Villen Zoppots und seine weiten Gärten und Parkanlagen Platz fanden. Kaum 20 km sind diese beiden Punkte voneinander getrennt, und doch hat das Gelände, das uns an ihnen umgibt, so gut wie nichts miteinander gemeinsam. Wer immer an den Gestaden der Danziger Bucht lustwandeln mag, wird sicherlich eine Fülle lieblicher Landschaften finden, aber nach einem einzigen, großen, eindrucksvollen Gemälde der ganzen Bucht wird er vergebens suchen.

Von den beiden Teilen, in welche die Provinz Westpreußen durch die Weichsel zerlegt wird, ist der östliche zwar kleiner, aber volkreicher und wertvoller, wertvoller schon aus dem Grunde, weil wir in ihm nördlich der Ossa bei dt. Eylau, Riesenburg und Rosenberg weite Strecken mit vorwiegend oder rein deutscher Bevölkerung finden, während westlich der Weichsel der Slawe vorherrscht und unsere Landsleute erst jenseits der Brahe große, zusammenhängende Flächen be-

wohnen, die aber nur noch bedingungsweise zur eigentlichen Ostmark gerechnet werden können.

Besonders freundliche Gegenden treffen wir südlich des verschilften Drausensees in dem waldreichen Gebiete längs der ostpreußischen Grenze, wo die prächtigen Buchenwälder bei der alten Ordensstadt Christburg ein bevorzugtes Jagdrevier unseres Kaisers bilden. Überaus anmutig wechseln hier alte Laubbestände mit geräumigen Lichtungen, über die von uralten Linden beschattete Chausseen den Wanderer von einem wohlhabenden, gartenreichen Dorfe zum andern geleiten. In diesem Gau finden wir auch den größten Landsee der Provinz, den mächtigen über 3000 ha großen Geserichsee. Gerade so wie der Goplosee in Posen greift auch dieses ansehnliche Wasserbecken noch in das östliche Nachbargebiet der Provinz hinüber. Am südlichsten Ende des Geserich erblicken wir das freundliche Dt.-Eylau, das, ungleich seinen Schwesterstädten, trotz seines hohen Alters (es besitzt seit 1305 Stadtrecht) niemals eine bedeutende Ordensburg besessen hat. Da sich hier die Bahnlinien Marienburg-Warschau und Insterburg-Thorn kreuzen und der Holzreichtum der benachbarten Wälder die Gründung von Sägemühlen und anderen gewerblichen Unternehmungen veranlaßte, hat sich der anmutige Ort in neuerer Zeit sehr gehoben. Die weiten Forsten und prächtigen Waldseen, die zum Teil, wie der Karraschsee, auch wegen ihres Reichtums an Wasservögeln bemerkenswert sind, machen die Umgegend der Stadt zu einem der anmutigsten Gebiete unseres deutschen Ostens.

Im Südosten der Provinz, wo die Polen wieder die Mehrzahl der Bevölkerung bilden, steigen die Hügel, welche der Oberlauf der ansehnlichen Drewenz von dem flacheren Kulmerlande trennt, allmählich zu den 310 m hohen Erhebungen der Kernsdorfer Höhe an, deren höchster Punkt aber schon auf ostpreußischem Boden liegt. In den Städten dieser Gegend haben sich neben einer geringen Zahl deutscher Bürger, die aber den wohlhabenderen Teil der Bevölkerung ausmachen, auch viele Juden niedergelassen. Hier findet man an den Stammtischen der Wirtshäuser eine rechte bunte Gesellschaft; neben dem deutschen Gymnasiallehrer den reichen, jüdischen Getreidehändler, neben dem sehr oft aus dem Westen stammenden Amtsrichter und Oberförster den polnischen Dekan, der seine wahren Anschauungen über Volkstum und Staat in dieser Umgebung geschickt zu verbergen sucht. Die Runde scheint sich zwar ausgezeichnet zu vertragen, aber dennoch sind die meisten durch unüberbrückbare Gegensätze in ihrer Weltanschauung voneinander getrennt.

Der Wanderer, welcher in diesem Landstrich die Augen offen hält, wird gar bald die Überzeugung gewinnen, daß die Deutschen und Polen nicht gerade die freundlichsten Gefühle füreinander hegen, so oft man auch schon an den Namen — ich erinnere nur an die Familie von Marwicz (von Marwitz) — zu erkennen vermag, daß die Vorkämpfer hüben wie drüben nicht durch Bande des Blutes und der Abstammung an ihre Kampfgenossen gefesselt sind. Heute wird uns im Dorfkrug erzählt, der polnische Gutsbesitzer habe das Betreten seiner Wälder ein für allemal verboten, weil der heilige Grund in der jüngsten Woche durch das Sommer-

fest eines deutschen Turnvereins entweiht worden sei, und morgen überschreiten wir die rauschende Drewenz auf einer Brücke, deren Geländer nur bis zur Mitte des Stromes die preußischen Farben zeigt, während die andere Hälfte jeden Anstrichs entbehrt. Dort ist der Kreis, hier der slawische Großgrundbesitzer zum Unterhalt des Bauwerks verpflichtet.

In ihrem äußeren Ansehen haben die älteren Niederlassungen dieser Gaue, Orte wie Löbau, Neumark und Straßburg, in der letzten Zeit manche Fortschritte gemacht.

Gehen wir über den Markt, so treffen wir neben einem neumodischen Geschäftshause die Schreibstube eines Getreidehändlers, in dessen gewaltigen Speichern der größte Teil des Ernteseegens der benachbarten Fluren Aufnahme findet, ehe er in die weite Welt hinauswandert, und neben dem ersten Gasthofe des Ortes, dessen Besitzer früher oft ein Jude war, hat sich ein deutscher Buchhändler niedergelassen, der bestrebt ist, die künstlerischen, literarischen und papierenen Bedürfnisse der Einwohnerschaft zu befriedigen. In dem Weichbilde der Stadt fehlen nur selten eine oder mehrere Schneidemühlen, in denen die Stämme der weiten Kiefernwälder zu Dielen und Balken verarbeitet werden.

Das ansehnliche Tal der Drewenz, die das Gebiet durchströmt, ist auch in landschaftlicher Hinsicht nicht uninteressant, da der breite Talgrund und die ansehnlichen Höhen, die ihn begleiten (z. B. die Nawraberge bei Neumark) dem Bilde etwas Wuchtiges und Großzügiges geben.

Viel fruchtbarer, aber darum nicht reizvoller ist das ebenere Kulmer Land, dessen ertragreicher Lehmboden schon frühzeitig des Schmuckes schattiger Wälder beraubt worden ist. Hier fanden schon die Ordensritter eine dichte Bevölkerung polnischer Herkunft vor, die später große Mengen trefflichen Weizens nach Danzig lieferte. Heute werden hier namentlich Rüben gebaut, um den riesigen Bedarf der Zuckerfabriken (Kulmsee besitzt die größte des ganzen Reiches) befriedigen zu helfen. Die Städte des Kulmerlandes, Kulmsee und Briesen vor allem, sind neuerdings rasch gewachsen, machen aber auf die Reisenden keinen unbedingt erfreulichen Eindruck, da die bescheidenen, oft recht unwirtlichen Gäßchen der alten Stadtteile von den in unserer Zeit entstandenen öffentlichen Bauten doch gar zu sehr abstechen. Um die Stadt Briesen herum wurde ein großes Gebiet mit Ansiedlern besetzt (im ganzen Kreise erwarb die Ansiedlungskommission 18107 ha), unter denen wir viele Rückwanderer aus Südrußland und der Dobrudscha finden, so daß wir im schlichten Dorfkrug manch anregendes Gespräch über die Zustände in diesen fernen Erdstrichen führen können.

Ebenso wie die Gegenden im Südosten der Provinz, weisen auch die Gebiete westlich der Weichsel vorwiegend polnische Bevölkerung auf. Hier finden wir nordwestlich von der Provinzialhauptstadt den slawischen Stamm der Kassuben, dessen Eigenart in jüngster Zeit von solchen Gelehrten, die mit der selbstlosen Hingabe des Deutschen seine Sitten und Gebräuche zu erforschen strebten, vielfach allzusehr betont worden ist, weil sie den berechtigten Vorwurf fürchteten, durch die Pflege kassubischen Wesens dem Polentum Vorschub zu leisten.

Noch vor einem Menschenalter lebten die Kassuben in rechter Weltabgeschiedenheit dahin, und wenn der Danziger Bürger die mit langem, blauen Leibrock und slawischer Mütze bekleideten Männer, die in bunter Haube und grellfarbigem Umschlagtuch prangenden Frauen auf dem Wochenmarkte beobachtete, geschah es in der Überzeugung, daß diese Menschen noch im wesentlichen ein rein vegetatives Dasein führten und daß sie sich mit ihren unentwickelten Weltvorstellungen und ihrem desto besser entwickelten Aberglauben nicht allzusehr über manchen halbwilden Stamm der Fremde erhoben. Sicherlich wäre der Danziger deutschen Geblüts geradenwegs zum Kadi gelaufen, hätte es sich jemand beifallen lassen, ihn selber als Kassuben zu bezeichnen.

Heute ist es den rastlosen Bemühungen polnischer Ärzte und Rechtsanwälte, Zeitungsschreiber und Kapläne, die gern ins Parlament schlüpfen möchten, längst gelungen, diese ärmlichen Blaubeersucher und Ferkelhändler gegen ihre deutschen Nachbarn aufzureizen und in ihnen die Überzeugung zu wecken, daß ihnen das Heil nur von eben jenen Großpolen kommen könne, die früher auf den armen Kassuben wie auf einen halbidiotischen Stiefbruder mit unverhohlener Verachtung herabsahen. Verdankt doch der Kassube dem stolzen, polnischen Vetter nicht einmal den Bauplan seiner ärmlichen Behausung, die eine bescheidenere Nachbildung des niedersächsischen Bauernhauses darstellt.

Unter solchen Umständen kann es uns nicht wundernehmen, daß slawische Art und polnisches Wesen in dem von freundlichen Waldbergen umfriedeten Neustadt und in dem recht im Herzen der Kassubei gelegenen Berent immer größere Fortschritte machen. Gibt es doch abenteuerliche Geister, die in den polnischen Zeitungen davon faseln, es sei höchste Zeit, Danzig zur echten, rechten Hauptstadt der Kassubei zu machen. Gott sei Dank dürfen wir auf solche Phrasen heute noch mit hellem, deutschem Lachen antworten, aber hüten wir uns, auch hier wieder in den Fehler unserer Landsleute zu verfallen, alle solche Dinge so lange leicht zu nehmen, bis schlimme Erfahrungen die Leichtsinnigen zu spät Vorsicht lehren.

Daß die Kuppen und Hochebenen der Kassubei nicht zu den fruchtbarsten Teilen der Ostmark gehören, beweist uns schon das Sprichwort des Werderaners: „Lieber in der Niederung ersaufen, als auf der Höhe verhungern", mit dem er jenen zu antworten pflegte, die ihn auf die fast unabwendbaren Gefahren des Weichselhochwassers aufmerksam machten. Aber was die Natur diesem „blauen Ländchen" an Fruchtbarkeit vorenthalten hat, maß sie ihm überreich an landschaftlichen Reizen zu.

Als die Eiszeit ihrem Ende zuging, verteidigten sich die ungeheuren nordischen Gletscher hier auf den Höhen der Kassubei manches Jahrhundert hindurch gegen den warmen Hauch, der immer fühlbarer vom Südland herüberwehte und aus diesem hochragenden Nifflheim so gewaltige Schmelzwasserströme hervorbrechen ließ, daß hier rundliche Strudellöcher, dort schmale, tiefe Rinnen in den Boden gerissen wurden, in denen später klare Seen ihre Stätte fanden. Und höher und höher lagerten sich die Schuttmassen und Gesteinstrümmer, die das Eis aus dem Nordland über den seichten Graben der Ostsee geschleppt hatte, als Grundmoräne

unter dem Boden der Gletscher, als Endmoräne an dem Rande des Eislandes ab, so daß in der Nähe des heutigen Marktfleckens Karthaus, wo der Oder- und Weichselbogen des Endmoränenzuges zusammentrafen, die Hügel und Berge fast viertehalbhundert Meter in die Höhe wuchsen, während südlich davon die älteren, tertiären Schichten unter mächtigen, von den Schmelzwassern abgelagerten Sandmassen verschwanden, die sich später mit endlosen, dürftigen Kiefernheiden bedeckten.

Die prächtigen Täler, die sich an dem Nordosthange der Moränenberge zwischen St. Albrecht und Neustadt öffnen, haben wir schon bei der Besprechung der Provinzialhauptstadt kennen gelernt, weil Danzig seine reizvolle Umgebung in erster Linie diesen Tälern verdankt.

Wenn wir von dem Ostrand des Hochlandes westwärts wandern, so kommen wir von mageren Weiden in weite Wälder, von rotblühenden Heidestrichen in tiefeingeschnittene Flußtäler, in denen die Radaune, die Ferse wie echte Gebirgsflüsse wirbelnd dahinbrausen. Dann rasten wir wieder am waldumhegten Landsee oder schauen von freier Höhe weit hinweg über die Hochfläche, ihre Kuppen und Täler, Seen und Weiler.

Schier gewaltsam muß sich der Reisende, der vom Ufer des Ostritzsees zu dem von dunkelblauen Kiefernwäldern bedeckten Turmberge hinüberschaut, der von dem Wiesenufer der Radaune im Babental zu den steilen Wänden der schmalen Erosionsrinne emporblickt, daran erinnern, daß er in der Norddeutschen Ebene weilt. „Hier ist wirkliche Gebirgsnatur mit tiefen Schluchten und Tälern und doch nur aus Moränenschutt aufgebaut.“ Und wie vielgestaltig sind nicht die kassubischen Landseen! Hier füllt ein rundes Wasserbecken die tiefste Stelle eines waldigen Grundes, dort zieht sich eine schmale Wasserrinne zwischen steilen Lehmwänden dahin, und ein paar Kilometer weiter dehnt sich wieder ein blanker Spiegel inmitten ebenen, kahlen, eintönigen Weidelandes, wo uns jeder Maßstab für die Größe des Landsees fehlt.

Auch die kassubischen Dörfer verdienen oft die Teilnahme des schönheitsfrohen Wanderers. Hier lagern sie sich malerisch um tief eingeschnittene Buchten geräumiger Landseen, dort leuchtet vor den Strohdächern der niederen Hütten, die sich an der gelben Sandstraße dahinziehen, die überreiche Beerentracht windzerzauster Ebereschen, während der einsame Abbau in der Feldflur sich der goldenen Flut blühender Ginsterbüsche kaum zu erwehren vermag. Einen anderen Schmuck erhielt diese Landschaft in jüngster Zeit in den weiten Wasserbecken, die in dem Flußtal der Radaune durch Talsperren aufgestaut wurden, um die Kraft des Flusses den industriellen Betrieben der Umgegend dienstbar zu machen. Ebensogut wie die idyllischen Orte Thüringens vermöchte das liebliche Karthaus dem Danziger, dem Königsberger als Sommerfrische zu dienen, die bei der Rückkehr in die Großstadt dann noch das frohe Bewußtsein mitnehmen könnten, das Deutschtum an einem gefährdeten Orte der Heimat zu ihrem Teile geschützt zu haben.

Weiter südwärts kommen wir in das eintönige Gebiet der großen Kiefernwälder, wo die Tucheler Heide den weiten Raum von dem Weichbilde der Stadt

Konitz bis an den Abhang des Weichseltales mit schwarzblauen Nadelkronen bedeckt hat. Erst in neuerer Zeit liefert dieser riesige Wald Erträge, die seiner Größe einigermaßen entsprechen, da früher dem Staate die Mittel fehlten, die in dem weltfernen Gau erforderliche Zahl von Forstbeamten zu unterhalten. Heute teilen sich 27 Oberförster in die Aufgabe, die ungeheure Fläche zu bewirtschaften.

An landschaftlichen Reizen ist die Tucheler Heide weit ärmer als das Moränengebiet der Kassubei. Dafür, daß sie nicht gänzlich fehlen, sorgen erlenumbuschte Landseen, in schmalen Wiesentälern dahinströmende Waldflüsse und kleine Flecken üppigen Laubwaldes, die hier und da (z. B. die Chirkova bei Osche) den eintönigen Kiefernwald unterbrechen. Anderseits sind aber auch wieder manche Strecken des Heidewaldes, namentlich auf dem allerärmsten Sandboden, so unbeschreiblich gleichförmig und eintönig, daß wir jeden abenteuerlich geformten Wacholderbusch, jeden Eibenhorst, jede Brombeerhecke, jede halbwüchsige Eiche, die unter den Kiefernkronen ein kümmerliches Dasein fristet, wie ein unerwartetes Geschenk willkommen heißen.

An Städten ist dieser Teil der Provinz überaus arm. Auch Konitz, das in den Jahren von 1772—1793, bevor Danzig an Preußen fiel, sogar die Hauptstadt der neuerworbenen Gebiete darstellte, ist noch heute eine Siedelung, die eher den Namen einer Kleinstadt als den einer Mittelstadt verdient, obgleich sie naturgemäß der Sitz vieler Behörden werden mußte. Uns geht die Stadt hauptsächlich deshalb an, weil in ihrer Nähe, in der sogenannten Koschneiderei, deutsche Westfalen ihr Volkstum besser als die Bamberger bei Posen bis auf unsere Tage treu bewahrt haben. Die Stadt Pr. Stargard, der Rognakbrennereien und Schnupftabakfabriken einige Bedeutung gegeben haben, ist in der letzten Zeit an Einwohnerzahl sogar zurückgegangen.

Unter diesen Umständen ist es doppelt unerfreulich, daß gerade in unseren Tagen westlich von der Weichsel, in und an der Tucheler Heide, eine große Anzahl stattlicher Marktflecken von überwiegend polnischem Gepräge überraschend schnell anwächst. So dürfte hier in kurzem eine ganze Reihe von Städten entstehen, in denen nicht wie in den alten Orten an der Weichsel das Deutschtum von alters her einen fast unzerstörbaren Kern bildet, wo ganz im Gegenteil schon die Anfänge und Grundlagen durchaus polnischen Charakter haben. Zu diesen Siedelungen gehören Czersk mit seiner lebhaften Holzindustrie, Osche, Long, Bruß, Skurz, Hoch-Stüblau, Pelplin, der Sitz des Kulmer Bischofs, u. a. m.

Während hier die westpreußischen Polen sich ansehnliche Mittelpunkte für ihre wirtschaftliche und politische Tätigkeit schaffen, geht die Einwohnerzahl der Städte in den rein deutschen Strichen an der westlichen Grenze der Provinz leider immer mehr zurück. Neben anderen Gründen spricht dabei auch die Tatsache mit, daß hier die Tuchweberei, die früher vielen Tausenden fleißiger Hände lohnende Arbeit bot, infolge der russischen Grenzzölle und des immer mehr abnehmenden Umsatzes auf den städtischen Jahrmärkten so gut wie ganz verschwunden ist. Während Czersk in den letzten fünf Jahren um 10,54, Skurz um 15,37, Pelplin um 12,92 Proz. zugenommen haben, sind in der gleichen Zeit, um nur ein paar Bei-

spiele zu nennen, die deutschen Städte Baldenburg um 1,99, Landeck um 5,07, Tütz um 8,12 und Schloppe um 8,88 Proz. zurückgegangen. Selbst der ansehnlichste Ort des Westzipfels der Provinz, das zwischen waldumhegten Landseen malerisch daliegende Deutsch-Krone, weist nur die geringfügige Zunahme von 2,09 Proz. auf.

Da wir hier, in den wald-, heide- und seenreichen Gebieten an der pommerschen und brandenburgischen Grenze rein deutsche Landschaften erreicht haben, dürfen wir unsere Wanderung beenden. Was sie uns lehrte, genügt wohl zu der Erkenntnis, daß die deutsche Nordostmark durchaus nicht das eintönige, reizlose Land ist, als das sie bis in die neueste Zeit verschrien wurde. Während die Natur dem schaulustigen Wanderer blanke Landseen und schattige Wälder, ansehnliche Höhen und tief eingeschnittene Flußtäler zeigte, konnte er sich am Burggraben der Marienburg, zwischen den himmelhohen Giebelhäusern der alten Hansestadt Danzig in jene längst verrauschte Zeit zurückversetzen, da das deutsche Schwert und der deutsche Geist von diesem Boden Besitz ergriffen. Wo immer wir weilen mochten, in den Obsthainen an der schlesischen Grenze wie an den Schleusen des Bromberger Kanals, in den Hopfenpflanzungen bei Neutomischel wie auf dem ragenden Weichseldamme, überall wurden wir Zeuge dessen, was deutsche Arbeit hier geleistet hat. Aber fast allerorten spürten wir auch die immer drohender anwachsende Hochflut des Slawentums, das die Deutschen von dem Boden, auf dem ihnen jahrhundertelange Kulturarbeit Heimatsrechte gegeben hat, samt und sonders zu verdrängen sucht. Hoffen wir, daß diese Erkenntnis unsere Volksgenossen immer mehr und mehr zu dem Bewußtsein bringt, daß es sich im Kampf um die Ostmark nicht nur um wirtschaftliche Vorteile, sondern um unsere nationale Ehre handelt. Sollen wir uns von den Polen, die aus allen Teilen der Welt, vom Ufer der kanadischen Seen so gut wie von den Hängen der Karpathen, ihren Pfennig in die Kriegskassen der ostmärkischen Kämpfer senden, an völkischem Eifer und an Opfermut übertreffen lassen? — Ehrenpflicht ist es für uns, die Scholle festzuhalten, wo deutsche Hände das Posener Rathaus und die stolze Marienburg türmten, wo ein Ulrich von Jungingen in heldenmütigem Kampfe verblutete. Seien wir auf der Hut, damit nicht ein späteres Geschlecht bei Schillers Wort:

Nichtswürdig ist die Nation,
die nicht ihr alles setzt an ihre Ehre,

wehmütig dessen zu gedenken braucht, was deutscher Geist und deutsche Waffen in der Ostmark erworben und — verloren haben.

Städtewesen.

1. Provinz Posen.

Von Adolf Warschauer.

In dem Lobeshymnus, den der Chronist Martinus Gallus im 12. Jahrhundert auf Polen, sein zweites Vaterland, anstimmte, rühmte er seine Wälder, seinen Metallreichtum, die Gesundheit seiner Luft, die Fruchtbarkeit seiner Äcker, den Fischreichtum seiner Seen, den Mut der Ritter, den Fleiß der Bauern, die Vorzüge seiner Haustiere. Von den Städten, dem Handel und Gewerbe aber schweigt er. Tatsächlich war zu jener Zeit Polen und mit ihm auch die heutige Provinz Posen im wirtschaftlichen Leben noch rein agrarisch gerichtet. Es gab zwar schon Städte im Lande, als solche werden aber von den gleichzeitigen Quellen im wesentlichen nur die alten Landesmittelpunkte und Residenzen der Fürsten: Posen, Gnesen und Kruschwitz genannt. Aber auch sie entbehrten jeder selbständigen Verwaltung, jeder Spur kommunalen Lebens, dessen Grundsätze auszubilden dem polnischen Rechtsleben völlig fern gelegen hatte. Es ist auch später zu einer solchen Ausbildung nicht gekommen, da die Entstehung der Städte und die Ausprägung ihrer wirtschaftlichen und rechtlichen Stellung lediglich der Einwirkung aus der Fremde, der deutschen Kolonisation zuzuschreiben ist.

Die große mittelalterliche Wanderung deutschen Volkstums aus dem Westen nach dem noch dünn bevölkerten und neuer Arbeitskräfte bedürftigen Osten erreichte etwa um das Jahr 1200 die deutsche Reichsgrenze. Bis dahin war die Kolonisation noch gewissermaßen unter dem Schutz des deutschen Reichspaniers vor sich gegangen. Man hatte zwar auch schon slawische Länder kolonisiert, aber doch nur solche, die schon dem Deutschen Reich gewonnen worden waren und deutsche oder germanisierte Landesherren besaßen. Für das Überströmen der Kolonisation in die Länder, die noch unter slawischer Verfassung und unter slawischen Fürsten standen, war die Schaffung einer neuen Rechtsgrundlage nötig, auf der die deutschen Einwanderer ihr Leben in dem fremden Staatswesen aufbauen konnten. Diese wurde in der Verleihung des „deutschen Rechts" gefunden, d. h. die slawischen Fürsten, die nach den deutschen Kolonisten sehr begierig waren, sicherten ihnen formell und privilegienmäßig zu, daß es ihnen erlaubt sein sollte, in ihren slawischen Ländern nach ihrem heimischen Recht zu leben und von den Verpflichtungen der slawischen Landesverfassung, ihren Lasten und der Gerichtsbarkeit ihrer Beamten frei zu sein. Nachdem in den ersten Jahrzehnten des 13. Jahrhunderts ausschließlich bäuerliche Ansiedlungen meist unter dem Schutze der im Lande bereits bestehenden Klöster erfolgt waren, wurde als älteste Stadt in den nördlichen Slawenländern Neumarkt in Schlesien gegründet und mit dem

Spezialrechte der Stadt Magdeburg nach einer Kodifikation versehen, die dann wieder andern Städten zum Muster diente. Andere schlesische Städte, Löwenberg, Goldberg und endlich auch Breslau folgten. In Preußen hatte der Deutsche Orden gleich nach der Besetzung des Kulmer Landes dicht an der großpolnischen Grenze die Städte Thorn und Kulm gegründet. Die ältesten Städte in Pommern waren Stettin und Stralsund (1234).

In unserer Provinz begannen die Städtegründungen erst, nachdem der große Mongoleneinfall im Jahre 1241 vorübergebraust war. Die älteste Gründung, von der wir Kunde haben, ist Gnesen (vor 1243). Es kann wohl angenommen werden, daß man der alten Hauptstadt Gnesen durch Ansiedlung deutscher Bürger wieder zu neuer Blüte verhelfen wollte. Im Jahre 1243 wurde Powidz gegründet. Zu den ältesten Ansiedlungen gehörte auch Meseritz (um 1248), Hohensalza (um 1250) Rostschin (1251) und Fraustadt. Es war also schon eine ganze Anzahl deutscher Kolonialstädte vorhanden, als man sich entschloß, ein besonders großartiges Unternehmen durch die Anlage einer Kolonialstadt bei Posen ins Werk zu setzen. Mit der Stadt zugleich wurde die Anlage von 17 deutschen Dörfern in ihrem Umkreise geplant, und es wurde von vorneherein angenommen, daß alle andern deutschen Ansiedlungen im Gebiete des großpolnischen Herzogs Przemisl I. sich in zweifelhaften Rechtsfragen hier Auskunft holen sollten. Diese Gründung erfolgte im Jahre 1253. Im gleichen Jahr wurde auch die Stadt Schrimm von deutschen Kolonisten angelegt, später folgten Wronke (1279), Rogasen (1280), Schwerin a. W. (um 1296), Nakel (1299). Im Anfang des 14. Jahrhunderts zogen kriegerische Zeiten über das Land herauf und die Einwanderung und Kolonisation stockten. Als aber unter dem polnischen König Kasimir dem Großen (1333—70), den seine Zeitgenossen den Bürger- und Bauernkönig nannten, friedlichere Zeiten eintraten, begann die Anlage der Kolonialstädte wieder. Außer einer Anzahl kleinerer Gründungen, wie Mogilno, Pakosch, Zirke, entstand als die bedeutendste Kolonialgründung dieser Zeit im Jahre 1340 Bromberg. In der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts schloß die deutsche Einwanderung ab und mit ihr die erste Periode der Städtegründungen in der Provinz Posen.

Für das Vorgehen bei solchen Städtegründungen war es bereits früher zu festen Formen und Bedingungen gekommen. Zunächst setzte sich der Landesherr für jeden einzelnen Fall mit einem deutschen Unternehmer in Verbindung, der die Ansiedler herbeiführen und die Gründung der Stadt leiten sollte (Lokator). So hieß der Gründer von Powidz Balduin, der von Rostschin Hermann, der Gründer von Posen Thomas von Guben. Mit diesen Lokatoren wurde von dem Landesherrn der Vertrag über die Verpflichtungen und Rechte der Ansiedler festgesetzt. Diese Urkunde hieß die Gründungsurkunde der Stadt, und manche Städte besitzen sie noch heute entweder im Original oder in späterer Ausfertigung, so ist z. B. die Gründungsurkunde von Schrimm aus dem Jahre 1253 in allerdings vielfach durchlöchertem und zerrissenem Zustand noch jetzt erhalten. Meist schloß sich die Neugründung an bereits bestehende polnische Ortschaften an, die Kolonialstadt bestand aber niemals aus einer bloßen Vergrößerung oder Erweiterung der alten

Ortschaft, vielmehr ließen die Kolonisten bei dem Bau ihrer Stadt die alte Ansiedlung ganz außer Spiel und bauten die neue Stadt neben die alte, manchmal sogar in einer beträchtlichen Entfernung von derselben. Die alte Ansiedlung verlor dann sofort ihre Bedeutung und sank zur Vor- oder Nebenstadt, manchmal zum Dorf herunter. Vielfach ist sogar zu beobachten, daß sie ihren alten Namen an die Kolonialstadt abgab; so erhielt bei der Errichtung der Kolonialstadt Rostschin die polnische alte Ansiedlung die Bezeichnung: das polnische Dorf. In Posen ging der alte Name ohne weiteres auf die Kolonialstadt über, wohin auch der Landesherr seine Burg verlegte.

Freilich erging es den alten slawischen Ortsnamen im Munde der deutschen Kolonisten manchmal recht schlecht: viele erhielen Nebenformen, die sich wenigstens lautlich an die polnische Form anschlossen, wie Międzyrzecz: Meseritz, Messerts; Schrimm wurde von den Deutschen der Stryme genannt, Inowrazlaw, das jetzige Hohensalza, lautete im deutschen Mund Jung-Teslau, Poznań erhielt die deutsche Form Pozenaw.

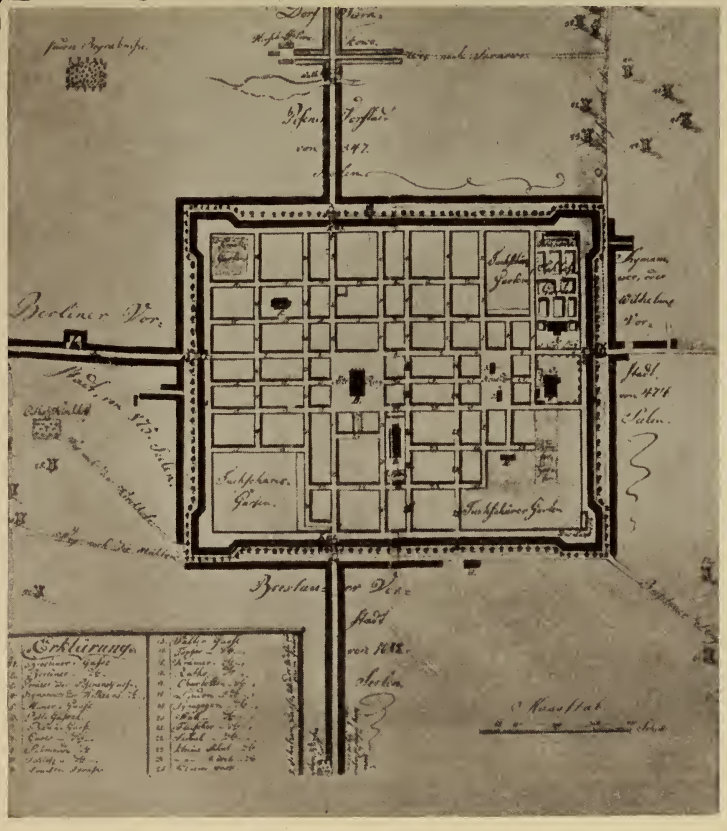
Überall erhalten hat sich der Grundriß, nach dem die Kolonisten ihre Städte bauten, jener charakteristische Lageplan, der in ganz Osteuropa die deutsche Kolonialstadt auf den ersten Blick erkennen und sich auch bei später stark vergrößerten Städten noch unschwer aus dem erweiterten Stadtplan herausschälen läßt. Als Mitte der Anlage wurde ein verhältnismäßig recht weiträumiger viereckiger Marktplatz abgesteckt, in dessen Mitte das Rathaus und eine Anzahl gewerblicher Bauten, wie die Stadtwage, Krambuden, Tuchkammern, Fleisch- und Brotbänke zu stehen kamen; von den vier Ecken des Marktes und bei größerer Anlage auch von den Mitten der Seiten gingen die gradlinigen Straßen aus, welche durch Quergassen miteinander in Verbindung gesetzt waren. In Posen war die Anlage so regelmäßig, daß auf jeder Marktseite gleichmäßig 10 Grundstücke abgesteckt wurden und die Hauptstraßen immer vor dem 1., hinter dem 8. und 10. Haus in den Markt einmündeten. In dem Netze der sich kreuzenden Straßen wurde an einer Seite gewöhnlich ein kleiner Platz für die Pfarrkirche und den Friedhof aufgespart. Diesem Kirchplatz entsprach dann vielfach an der gegenüberliegenden Seite der Stadt noch ein aufgesparter Platz für ein Bettelordenkloster. Wenn die neu zu begründende Stadt an einem Strom lag, so vermied man es bei der Schwierigkeit und Kostspieligkeit größerer Brückenbauten, sie sich an beiden Ufern ausbreiten zu lassen, sondern legte sie ganz auf das eine Ufer. Wenn es anging, wählte man den Winkel, in dem zwei Flußläufe zusammentrafen, zur Ansiedlungsstelle, so bei Posen den Treffpunkt der Bogdanka und Warthe, bei Meseritz den der Obra und Paklitz. So hatte man bequem Gelegenheit zur Anlegung des Festungsgrabens. Denn fast überall wurde die neue Stadtanlage durch Plankenwerk und einen vorgelegten Wassergraben befestigt. Größere Städte, wie Posen, kamen dann auch bald zu gemauerten Befestigungswerken. Wo die Landesherren ihre Burg in die Kolonialstadt verlegten, erhielt diese gewöhnlich eine eigene Umwallung, so daß sie auch gesondert verteidigt werden konnte. In Posen ist diese Umwallung der Burg noch heute fast vollständig erhalten. Die Stadtumwallung

wurde von Toren durchbrochen, die mit ansehnlichen Tortürmen gekrönt waren. Die Hauptstraßen der Stadt führten vom Markt auf diese Tore zu, während die anderen vom Markt ausgehenden Straßen als Sackgassen an der Mauer endeten. Wo man wünschte, möglichst viele Straßen auf Tore auslaufen zu lassen, führte man je zwei Straßen durch Krümmungen an ihrem Ende zusammen, wie in Kosten, Fraustadt, Schwerin usw. Leider ist von solchen Torbauten, die im Innern Deutschlands als malerische Reste der Stadtumwallung an die alten Zeiten bürgerlicher Wehrhaftigkeit erinnern, in unserer Provinz nur noch wenig mehr erhalten. Für unsere Begriffe auffällig ist der geringe Umfang dieser von Mauerringen umschlossenen Kolonialstädte. Der Umfang der Kolonialstadt Posen betrug von Westen nach Osten 420 m, von Norden nach Süden 580 m; größer war übrigens auch Breslau nicht. Die anderen Städte unserer Provinz waren noch kleiner. Meseritz hatte 400 und 300 m, Fraustadt 300 m Durchmesser. Dieser Raum reichte eben aus, um die Kolonistenfamilien, die diese Städte erbauten, aufzunehmen. Neben dem regelmäßigen Kolonistenschema der Stadtanlage kam schon im 13. Jahrhundert ein zweites vereinfachtes vor, das als Mitte einen langgestreckten Markt zeigte, in dessen breite Schmalseiten je eine, auch wohl zwei Straßen mündeten und der auch in seinen Langseiten durch Straßen recht- oder spitzwinkelig geschnitten wurde. Die Form der Anlagen war, wie es scheint, besonders beliebt im Preußenland, kommt aber auch in der Provinz Posen z. B. schon in der um 1202 gegründeten Stadt Exin vor, wo ein langgestreckter dreieckiger Marktplatz den Mittelpunkt des Grundrisses bildet.

Was die Bedingungen für die Niederlassung betrifft, so wurde ein Kaufpreis für den Grund und Boden nirgends gezahlt, wohl aber ein Grundzins vereinbart, der für die ersten Jahre, bis die neue Stadt aufgebaut war, erlassen wurde. Da der Fortgang des ganzen Unternehmens von der Tätigkeit und Tüchtigkeit des Lokators abhing, so wurde er regelmäßig mit seinem eigenen materiellen Nutzen an der Gründung beteiligt. Von der Grundfläche nämlich, die er an die Kolonisten austat, konnte er immer je nach Vereinbarung den 6. 7. oder 8. Teil für sich behalten, sowie auch den Zins einiger gewerblichen Bauten und einen gewissen Anteil der Gerichtsgefälle. Inbezug auf die Staatsstellung und die innere Verfassung hatte die Verleihung des deutschen Rechtes an die Kolonialstädte eine negative und eine positive Seite. Die negative bestand in der Befreiung von den Lasten des polnischen Rechts und der Gerichtsbarkeit der polnischen Beamten. Doch finden sich schon in den Gründungsurkunden der ältesten Städte gewisse Vorbehalte: so Kriegsdienst für den Fall eines feindlichen Einbruchs und gewisse Warenzölle für die Staatskasse. Die positive Seite der Verleihung des deutschen Rechts aber bestand in der Einführung einer kommunalen Verfassung und der materiellen Rechtsgrundsätze nach deutschem Muster, und hier begnügte man sich nicht mehr mit dem unbestimmten und unklaren Begriff des deutschen Rechts allein, sondern man begann ihn gleich bei den ersten Städtegründungen zu spezialisieren, indem man bestimmte deutsche Städte in den Gründungsurkunden als Muster nannte. Hier spielte die erste Rolle Magdeburg, dessen Bedeutung, benachbarte Lage

und alte Beziehungen zu den slawischen Ländern es besonders geeignet machten, den dort gegründeten Kolonialstädten als Vorbild zu dienen. So erhielten Posen und Gnesen Magdeburgisches Recht. Kleinere Städte aber wurden auf bereits gegründete inländische Städte als Muster hingewiesen. So erhielt Powidz das Recht von Gnesen, Rogasen das Recht von Posen, Rostschin aber wieder das Recht von Rogasen, Kalisch das auch sonst vielfach als Muster gewählte Recht von Neumarkt in Schlesien. Irgend ein wesentlicher Unterschied in der Verfassung ergab sich durch diese abwechselnden Begabungen übrigens nicht, denn im Grunde genommen handelte es sich überall doch um das Magdeburgische Recht. Man hat denn auch schon gegen Ende des 13. Jahrhunderts, als der Begriff fester und bekannter geworden war, den Städten immer nur das Magdeburger oder Neumarkter Recht verliehen. Etwas anders lagen die Dinge in den kujawischen Städten, die ebenso wie die Städte im Ordensland Preußen vielfach mit dem Kulmer Recht bewidmet wurden. Dieses Recht war dadurch entstanden, daß der Deutsche Orden im Jahre 1233 für seine beiden ältesten Städte Thorn und Kulm besondere Rechtsgrundsätze hatte zusammenstellen lassen, die sogenannte Kulmer Handfeste. Freilich hatte hierbei auch die Stadt Magdeburg als Muster gedient, sodaß das Kulmer Recht auch nur eine Abart des Magdeburgischen Rechts war. In dem ganzen Gebiet des Magdeburger Rechts und aller seiner Ableitungen aber lag die Leitung der städtischen Angelegenheiten in der Hand dreier aus dem Schoße der Bürgerschaft durch Wahl hervorgegangener, gewöhnlich alljährlich wechselnder Körperschaften, nämlich des Rats mit dem Bürgermeister, des Schöffenkollegiums und der Ältesten der Innungen, in die sich die Bürgerschaft gliederte. Nur das Amt des Vogtes, des obersten Richters, hing nicht von der Wahl der Bürgerschaft ab, sondern blieb in den Händen des Gründers der Stadt und seiner Erben. Bei allen wichtigen Beschlüssen sollten alle drei Behörden zusammenwirken. Bei besonders folgenschweren Entscheidungen aber genügte auch dies nicht immer, sondern es mußten die Ältesten der Zünfte, bevor sie ihr Votum auf dem Rathaus abgaben, noch mit ihren Innungsmeistern in den Zunftstuben beraten und sich ihrer Anschauungen versichern. So nahm jeder einzelne Bürger in gewissem Sinne an der städtischen Verwaltung teil. Wenn sich bei der Handhabung der Rechtspflege Schwierigkeiten ergaben, so stand es jeder Stadt frei, sich an das Schöffenkollegium derjenigen Stadt um Belehrung zu wenden, auf deren Recht sie gegründet war.

Sehr bedeutend war der Gewinn, den das Land in wirtschaftlicher Beziehung aus diesen Städtegründungen zog. Erst mit dieser Zeit gewann Handel und Handwerk festen Boden im Lande. In manchen Gründungsurkunden, wie z. B. in der von Posen, wurde die Abhaltung eines Jahrmarktes bewilligt. Auch die Zollvorschriften in den Gründungsurkunden der größeren Städte zeugen von dem Handelsverkehr, der von ihnen ausgehen sollte, und von dem auch die Staatskasse Einnahmen erhoffte. Die Organisation der Zünfte und das Wandern der Gesellen von Land zu Land erhielt ebenso wie der Handelsverkehr eine ständige Verbindung der Kolonialstädte mit dem Mutterland aufrecht. Auch die An-



Rawitſch.
Regelmäßige Kolonialanlage aus dem 17. Jahrhundert.

Graetz.
Verdoppeltes Kolonialſchema: Altſtadt (Süden) gegründet um 1300, Neuſtadt (Norden) um 1000.

fänge des später so blühenden Tuchgewerbes mögen schon damals ins Land getragen worden sein. Den christlichen Einwanderern aus den deutschen Landen schlossen sich vielfach die Juden an, die mit Bewilligung des Landesherrn in die Kolonialstadt mit aufgenommen wurden und gewöhnlich eine besondere Straße zugewiesen erhielten. Sie wurden wie die Christen in ihrer Rechtsstellung von den slawischen Landesgesetzen befreit und erhielten eine selbständige Verfassung unter eigener jüdischer Obrigkeit. Ihre Beziehungen zu den Christen aber wurden durch ein besonders für sie im Jahre 1269 erlassenes Gesetz geregelt, das besonders freisinnig ausgestaltet war, erlassen aber zu dem Zwecke, die Juden, von denen man eine Förderung des Handels und Geldverkehrs erwartete, in möglichst großer Menge in das Land zu ziehen.

Der große Kampf zwischen Polentum und Deutschtum, der gegen Ende des Mittelalters im östlichen Europa ausbrach, und sich zuletzt in den lang andauernden Kriegen zwischen den Polen und dem Deutschen Orden entlud, hat auf den deutschen Charakter der Kolonialstädte zerstörend gewirkt. Es ist den Bürgern dieser Städte damals wiederholt vorgeworfen worden, daß sie mit den Gefühlen ihres Herzens auf der deutschen und nicht auf der polnischen Seite gestanden hätten. Ihre polnischen Mitbürger, besonders der Adel, haben ihnen eine verräterische Handlungsweise zugetraut, und es ist eine argwöhnische Gesinnung aufgestiegen, die die gegenseitigen Beziehungen der früher in friedlicher Arbeit geeinten Nationalitäten verderben und verbittern mußte. Tatsächlich hat schon im Jahre 1312 in einem Thronstreit zwischen dem deutschen Herzog Heinrich von Glogau und dem polnischen Herzog Wladislaus Lokietek die Stadt Posen sich für den Glogauer Bewerber erklärt und mußte durch eine Belagerung von seiten des polnischen Adels zum Gehorsam gezwungen werden. Während des letzten Preußenkrieges hat der Adel die Stadt Posen vor dem König verklagt, daß sie sich mit dem Deutschen Orden in Verbindung gesetzt und von ihm eine Summe Geldes als Bestechung angenommen habe, um ihm in vier aufeinanderfolgenden Nächten die Stadttore offen zu lassen. Obwohl die Beschuldigung nicht erwiesen werden konnte, wurde doch der Rat abgesetzt. Auch die ganze Rechtsstellung der Städte, das deutsche Magdeburgische Recht, auf das sie privilegienmäßig gegründet waren, die Verwendung der deutschen Sprache besonders bei der Predigt in der Kirche, die Berufungen an den Schöffenstuhl zu Magdeburg waren dem polnischen Adel ein Gegenstand fortgesetzten Ärgers, und sein nationaler Stolz nahm daran schweren Anstoß, während ihre Väter und Großväter den Vätern dieser Kolonisten diese Vorrechte und diese Sonderstellung freiwillig und ohne jede Voreingenommenheit eingeräumt hatten. Eine Staatsschrift des Posener Wojwoden Johannes von Ostrorog, das Monumentum, geschrieben um die Mitte des 15. Jahrhunderts, hat diesem Ingrimm am klarsten Ausdruck verliehen. Von dem deutschen Recht in den Städten, meint diese Schrift, es solle überhaupt abgeschafft werden, oder, wenn man es erhalten wolle, so solle man es wenigstens nicht deutsches, sondern bürgerliches Recht nennen, denn die Bezeichnung als deutsches Recht sei für die Polen gehässig, als ob die Deutschen allein kluge und

rechtskundige Leute seien. Die Berufung nach Magdeburg nennt diese Schrift eine Schmach und eine Schande, eine Verachtung für den König und den Senat. Die charakteristischste Äußerung aber steht in dem Abschnitt über die Predigt in deutscher Sprache: „O über diese unwürdige und allen Polen schmachvolle Sache! In unseren Kirchen wird an vielen Orten deutsch gepredigt, und was noch unbilliger ist, an erster Stelle und auf der würdigeren Kanzel, wo kaum ein oder zwei alte Frauen zuhören, während sehr viele Polen in einem Winkel um ihren Prediger sich drängen. Zwischen diesen beiden Sprachen hat die Natur gleichsam eine ewige Zwietracht und Haß gelegt, und so ermahne ich, daß in Polen in dieser Sprache nicht gepredigt werde. Es soll polnisch reden lernen, wer in Polen leben will."

Die Auffassungen dieser Schrift sind nicht nur Theorie geblieben, sondern das Deutschtum in Lande ist vor den ständigen Angriffen und dem wohlüberlegten planmäßigen Vorgehen gegen seinen Bestand Schritt für Schritt zurückgewichen und hat seine einflußreiche und unabhängige Stellung im Lande verloren. Entscheidend dafür war auch, daß mit dem Aufflammen des nationalen Gegensatzes und seit dem Beginne der Preußenkriege die deutsche Einwanderung in die slawischen Länder immer mehr stockte und allmählich ganz aufhörte. Nur in den Grenzdistrikten der Provinz Posen nach Schlesien und Brandenburg haben die Wanderungen hin und her noch fortgedauert, und die alten Kolonialstädte Fraustadt, Meseritz, Schwerin an der Warthe haben den deutschen Charakter ihrer Bevölkerung auch in dieser national gespannten Zeit noch erhalten. In den andern Städten aber hat die Polonisierung im 15. Jahrhundert reißende Fortschritte gemacht. Die alten deutschen Familien starben teilweise aus, und es kam kein neuer Zuzug, um den Verlust zu ersetzen. Diejenigen, die sich erhielten, polonisierten sich, sie legten ihre deutschen Namen ab und nahmen polnische dafür an, so nannten sich in Posen die Falkenhan Ponyecki, die Brummhases Konczag, die Feierabends Odwieczoramadz. Zu gleicher Zeit ist das Zurückweichen der deutschen Sprache in den Amtsstuben und in den Kirchen der Städte deutlich erkennbar, man bediente sich erst der lateinischen Sprache und dann seit der Mitte des 16. Jahrhunderts der polnischen. Auch in bezug auf das deutsche Recht und die selbständige Stellung im Staate verlief die Entwicklung in dem Geiste der Schrift des Johannes von Ostrorog. Die Städte verloren das Recht, ihre Ratsherren selbst zu wählen, es bürgerte sich der Brauch ein, anstatt nach Magdeburg an die polnischen Hofgerichte zu appellieren, und auch die Sonderstellung in bezug auf den Kriegsdienst und die Steuerfreiheit ging in dieser Zeit verloren. Nur die äußeren Formen des deutschen Magdeburgischen Rechts blieben bestehen, und als Privatrecht galt es in den Städten der Provinz Posen bis zur Erwerbung des Landes durch den preußischen Staat.

Nun lag es freilich im Gange der allgemeinen Entwicklung, daß die Städte im Laufe der Jahrhunderte, in dem Maße, als sie aus fremden Kolonialstädten zu einheimischen Mitgliedern des Staatsganzen wurden, auch auf ihre politische und rechtliche Sonderstellung verzichteten. Es hätten sich dann Verhältnisse her-

ausbilden müssen, wie in anderen Staaten, in denen von vorneherein kein nationaler Unterschied zwischen dem Bürger- und dem Ritterstande vorhanden war. Zum Unheil für die ganze spätere Entwicklung aber geschah dies nicht. Die Städte verloren ihr Sonderrecht und ihre Sonderstellung, erhielten aber dafür nicht als Ersatz eine mit den andern Städten gleichberechtigte Stellung im Leben des Staates. Gerade im 15. Jahrhundert entwickelten sich die Rechtsgrundlagen des polnischen Staatswesens und entstand als der leitende Faktor des ganzen Staates der polnische Reichstag. In diesem Reichstag hatte nur der Adel und die hohe Geistlichkeit Sitz und Stimme. Der polnische Reichstag war die einzige repräsentative Körperschaft in Europa, in der das Bürgertum überhaupt nicht mitzusprechen hatte. Erklärlich aber ist dies durch den nationalen Zwiespalt, der die Zeit seiner Entstehung beherrschte. Man identifizierte immer wieder Bürgertum und Deutschtum und mochte ebensowenig dem einen wie dem andern Einblick und Einfluß in die öffentlichen Dinge verleihen. So konnte der polnische Reichstag, der sich lediglich aus Gutsbesitzern zusammensetzte, kein irgendwie geartetes Verständnis für die Bedürfnisse der andern Stände, für Handel, Industrie und Handwerk entwickeln. Die Gesetzgebung, die ohne Mitwirkung des Bürgertums zu stande kam, hat sich denn auch in der Folge gegen seine Interessen gewendet und schließlich seinen materiellen Wohlstand zu grunde gerichtet.

Diese unheilvollen Folgen aber sind im 15. und 16. Jahrhundert, solange das Geschlecht der Jagellonen auf dem polnischen Throne saß (bis 1572), noch nicht eingetreten: denn die Ungunst der staatsrechtlichen Stellung der Städte und der scharfe und gehässige Gegensatz zwischen Adel und Bürgertum wurde in jener Zeit dadurch wettgemacht, daß die Könige große Gönner der Städte waren, deren Wohlstand ihnen die Mittel gewähren konnte, die der Adel versagte. Noch war die Hand dieser Könige stark genug, die drohenden Mächte der Zukunft niederzuhalten und auch gegen den Willen des Adels eine städtefördernde Politik zu treiben. In erster Reihe entwickelte sich in den größeren Städten unserer Provinz damals ein einträglicher und ausgebreiteter Handel. Die Handelsbeziehungen der Posener Kaufleute reichten nicht nur über ganz Deutschland, sondern auch bis nach Italien und nach Osten tief in das russische Reich hinein. Da noch keine Zollschranken das Land von seinem östlichen Hinterland trennten, so bildete es naturgemäß handelspolitisch die Verbindung zwischen den kultivierten Ländern des Westens und dem unkultivierteren Osten, dem die Erzeugnisse jener höheren Kultur zuzuführen waren.

Auch im Lande selbst hatte sich wenigstens e i n e Industrie zu einer höheren Blüte entfaltet: die Tuchmacherei. Graues Tuch aus der Provinz Posen war in aller Welt berühmt und wurde über Danzig sogar in den Welthandel gebracht. Kosten, nach Posen die größte Stadt der Provinz, rühmte sich, die feinsten Tuche im Osten zu weben und erhielt von dem König Kasimir IV. eine Fabrikmarke, damit nicht unterwertige Fälschungen als Kostener Fabrikate vertrieben würden, ähnlich Fraustadt und Schrimm. Der Mittelpunkt des Tuchhandels aber war Posen. Hierher wurden die Tuche von überallher zum Verkaufe geführt, und

die Innung der Tuchweber (Gewandschneider) war die vornehmste und reichste der Stadt. In einem Briefe, den der Magistrat der Stadt Posen 1530 an den König Sigismund August schrieb, hat er mit stolzem, allerdings wohl etwas übertriebenem Selbstgefühl gesagt, seine Stadt könne sich an Glanz und Reichtum nicht nur mit den Städten Deutschland, sondern sogar Italiens messen.

Auch das schönste und liebste Kind des Wohlstandes, die Kunst, ist erst in dieser Zeit in den Städten unserer Provinz geboren worden. Aus dieser Periode stammen die schönsten Kunstwerke, die die Städte unseres Landes heute noch besitzen, meist sind sie allerdings von auswärts, aus den deutschen oder italienischen Kunststätten eingeführt worden, oder sie wurden von fremden Künstlern in unserem Lande geschaffen. So haben Italiener unter der Führung des Luganesen Giovanni Battista di Quadro aus dem kleinen, ursprünglich in gotischen Formen errichteten Posener Rathaus durch Erweiterung und Vorlegung einer Loggienfront den prachtvollen Renaissancebau errichtet, der zu den interessantesten Bürgerbauten Ostdeutschlands gerechnet werden kann. Ein Beispiel von der Höhe, die das Kunstgewerbe im 16. Jahrhundert erreicht hatte, sind die Musterzeichnungen für Goldschmiede, die der Posener Goldschmied Erasmus Ramyn im Jahre 1552 in erster Auflage herausgab, und die eine Nürnberger Schulung verraten.

In der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts wurden dem Bürgertum des Landes wiederum aus den deutschen Nachbarländern neue Kräfte zugeführt. Es war die trübste und schwerste Zeit des Deutschen Reiches, in der diese Wanderungen begannen: die des 30jährigen Krieges. Am furchtbarsten wurde Schlesien heimsucht, wo zwanzig Jahre hindurch die kaiserlichen und schwedischen Heere einander in der Aussaugung des Landes ablösten und die katholische Reaktion so heftig wütete, daß man Dragoner zur Zwangsbekehrung abkommandierte. Wer von den Evangelischen seinen Glauben nicht abschwören wollte, mußte fliehen und zog mit Weib und Kindern über die nahe polnische Grenze, denn es herrschte damals im polnischen Reich noch Frieden, und der polnische König Wadislaus IV. galt für einen der duldsamsten Fürsten seiner Zeit. Auf Hunderttausende von Menschen wurde der Verlust Schlesiens beziffert. Im Posener Lande nahm man die Flüchtlinge nicht bloß aus Gründen der Menschenfreundlichkeit und Duldung auf, vielmehr sahen die Grundherren und Starosten in dem Zuzug der betriebsamen neuen Ankömmlinge ebenso ein Mittel, sich neue Einnahmen zu verschaffen, wie es ihre Vorfahren vor 4 Jahrhunderten in der ersten deutschen Einwanderung getan hatten. Man erkennt das aus dem Eifer, mit dem sie die Flüchtlinge nicht nur aufnahmen, sondern daß sie einen förmlichen Wetteifer entfalteten, sie heranzuziehen, indem sie gedruckte Blätter in deutscher Sprache verbreiteten, worin sie diese Einwanderer auf ihre Güter einluden und besonders den Protestanten freie Religionsausübung zusicherten. Vielfach wanderten die Zuzügler in die alten, schon bestehenden Städte ein und ließen sich dort unter den andern Bürgern nieder, wie in Posen, Moschin, Schocken, Kobylin, Wollstein, Bomst, Krotoschin. Besonders an der schlesisch-polnischen Grenze blieb wohl kaum eine Stadt ohne Zuzug. In Fraustadt wurde z. B. die Einwanderung so ergiebig, daß in der Zeit von 1630

bis 35 nicht weniger als 102 neue Wohnhäuser gebaut wurden. In vielen Städten war der Zuzug so stark, daß neue Stadtteile, manchmal mit besonderer Verwaltung gegründet wurden. So entstanden neue Städte neben den alten in Rogasen, Jutroschin, Labischin, Lobsenz, Samter, Grätz, Tirschtiegel, Koschmin. An die Stadt Zduny, unmittelbar an der schlesischen Grenze, lehnten sich sogar zwei neue Städte an, das 1630 gegründete Deutsch-Zduny und das nach dem evangelischen Grundherrn Christoph Siemuta genannte Sienutowo, wohl 1647 gegründet. Am deutlichsten aber zeigte sich die Mächtigkeit der deutschen Einwanderung darin, daß es ihr gelang, eine große Anzahl ganz neuer Städte zu erbauen. Die älteste dieser Städte gewissermaßen der Vorbote dieser später zahlreichen Gründungen, war Lissa, das für Deutsche und Böhmen evangelischen Glaubens von dem kalvinistischen Grundherrn Raphael Leszczynski im Jahre 1547 gegründet worden ist und das auch im 17. Jahrhundert die beliebteste Zufluchtsstätte für Protestanten aus Böhmen und Schlesien wurde. So fanden hier die Böhmen und Mähren ein Unterkommen, die nach der Schlacht am Weißen Berge aus ihrem Vaterland flüchten mußten. Mit ihnen wanderte im Jahre 1628 der Pädagoge Johann Amos Comenius ein, der als Bürger von Lissa einige seiner berühmtesten Werke geschrieben hat. Im Jahre 1638 wurden drei Städte für flüchtige Protestanten aus Schlesien gegründet. Rawitsch, Schwersenz und Bojanowo, 1644 Schlichtingsheim und Zaborowo, 1660 Kempen, 1661 Unruhstadt, 1662 Rackwitz, um dieselbe Zeit Schönlanke. Dieses Streben, neue Städte für eingewanderte Deutsche zu gründen, dauerte bis tief in das 18. Jahrhundert hinein fort, und die jüngsten Städte der Provinz Posen verdanken den letzten Regungen jener Kolonisationsbewegung ihre Entstehung: so wurde 1714 Ostrowo gegründet, 1752 Rothenburg a. O., 1777 Mieszkow und 1780 als die jüngste Stadt der Provinz Neutomischel.

Der Grundriß, nach dem diese Städte erbaut wurden, war vollkommen der aus dem Mittelalter bekannte: der viereckige Marktplatz und die von ihm ausgehenden Straßen. Der Grundherr von Rawitsch sagte in der Gründungsurkunde seiner Stadt ausdrücklich, die Deutschen sollten ihm die Stadt 'gerade so bauen, wie sie früher die Städte Posen, Krakau und Lemberg gebaut hätten. Nur wurde bei diesen neuen Städten auf die Mitte des Marktes gewöhnlich nicht das Rathaus, sondern die evangelische Kirche gebaut. Wo mittelalterliche Städte durch Einwanderungen erweitert wurden, glichen die neuen Stadtteile in ihrer Anlage meist vollkommen den alten, sodaß der ganze Stadtplan eine meist noch jetzt deutlich wahrnehmbare Wiederholung desselben Schemas aufweist. Auch in der Anordnung der Rechtsverhältnisse war das mittelalterliche Beispiel maßgebend. In den Gründungsurkunden wurde, wie ehemals, die Befreiung vom polnischen Recht und die Verleihung des Deutschen Magdeburgischen Rechtes ausgesprochen, in besonderen Privilegien wurden die Rechte und Pflichten der Grundherren und Kolonisten genau angegeben. In manchen Städten bauten die Grundherren auf eigene Kosten einen Teil der Häuser, Fleischscharren, Brotbänke usw. auf und vergaben sie für Mietszinsen. Außer dem Grundzins behielten sie sich gewöhnlich noch mancherlei Einnahmen für das Schankrecht, das Marktrecht, ge-

werbliche Betriebe vor, wie denn im allgemeinen die Bedingungen, die die Grundherren den Ansiedlern stellten, in dieser Periode viel drückender waren als im Mittelalter.

Die Wirkung auch dieser zweiten Einwanderung auf die Kultur des Landes und die Hebung des städtischen Gewerbefleißes ist kaum hoch genug anzuschlagen. Besonders zahlreich waren die eingewanderten Tuchmacher aus Schlesien, welche ihre Industrie in der Provinz Posen zu neuer Blüte brachten. So ließen sich z. B. fast alle Tuchmacher aus Freystadt in Schlesien seit dem Jahre 1644 in der Stadt Posen nieder. In Schwersenz wurden bald nach der Gründung 70 Tuchmacher-Werkstätten gezählt. Besonders Rawitsch, Schönlanke, Lissa, Meseritz und Fraustadt entwickelten sich seit jener Zeit zu Mittelpunkten der Tuchmacherei nicht nur für die Provinz, sondern für den ganzen Osten. Sie überdauerte die Ungunst der Verhältnisse, die in den nächsten $1^1/_2$ Jahrhunderten Industrie, Handel und Bürgertum in Polen bedrohten, und wurde noch, als die Provinz an Preußen fiel, für den einzigen lebensfähigen Zweig ihrer gewerblichen Tätigkeit angesehen.

Während es in der geschilderten Weise in unserem Lande im Anfang des 17. Jahrhunderts noch zu einem Aufschwung des städtischen Lebens kam, war der Ausgang des 17. und das ganze 18. Jahrhundert die traurigste Zeit für die Städte der Provinz, eine Periode, die dazu bestimmt zu sein schien, zu zerstören, was die früheren Jahrhunderte geschaffen hatten. Es war die Zeit der Schweden- und Russenkriege und die der inneren Zerrüttung des polnischen Staatswesens, die dem Untergang und der Teilung des Reiches voranging. Die Chroniken der Städte während dieser Zeit zeigen eine ununterbrochene Reihe von kriegerischen Überfällen, Heimsuchungen durch Pestepidemien, Mordbrennereien und unendliche Brandschatzungen auf. Schlimm war es auch, daß die protestantischen Bewohner der neu gegründeten Städte vielfach von den Polen beschuldigt wurden, mit den protestantischen Schweden, den Landesfeinden, gemeinsame Sache zu machen. So wurde Lissa im ersten Schwedenkrieg 1650 von den Polen selbst niedergebrannt und kaum, daß es wieder aufgebaut war, 1707 von den Russen, die kurz vorher Rawitsch angezündet hatten.

Die polnische Staatsverwaltung war in keiner Weise in der Lage, das Unheil wieder gut zu machen, das diese Heimsuchungen während der Kriege den Städten des Landes zugefügt hatten. Für bürgerliche Wohlfahrt, Handel und Industrie fehlte dem polnischen Reichstag nicht nur jedes Wohlwollen, sondern auch jegliches Verständnis. Für den Adel gab es nur den einen Wunsch, die industriellen Erzeugnisse möglichst billig zu bekommen. Die Gesetze erschwerten daher die Ausfuhr und versuchten auf die Preisbildung einen Einfluß zu gewinnen, der ganze Industrien vernichtete oder im Keim erstickte. Als z. B. durch die Entdeckung der peruanischen Silberminen die Preise in Europa überall stiegen, suchte sich der polnische Reichstag durch ein Gesetz zu helfen, das den Verdienst des einheimischen Kaufmanns auf 7 Proz., das des fremden auf 5 Proz. und des Juden auf 3 Proz. festsetzte, ohne zu bedenken, daß bei Befolgung dieses Gesetzes das

kaufende Publikum dem einheimischen Kaufmann entzogen werden mußte. Dazu kam, daß der Adel sich nach und nach eine durch die Staatsgewalt vollkommen unbeschränkte Herrschaft über seine bürgerlichen Hintersassen aneignete und kein Bürger seinen Grundherrn wegen irgend einer Unterdrückung oder Gewalttätigkeit vor irgend einem Gericht belangen konnte. Ohne jede Rücksicht wurden die Bürger durch immer neue Steuern von seiten ihrer Grundherren belastet und durch ausgeklügelte Monopole ausgesogen. So setzte der Grundherr von Schwersenz fest, daß ihm seine Schweine durch die Bürger für den doppelten Marktpreis abgenommen werden mußten. Noch einfacher ging der Grundherr von Rawitsch vor, der seinen Bürgern befahl, ihm 83000 Dukaten leihweise zu beschaffen, die er niemals zurückgezahlt hat. Als die Bürgerschaft von Mogilno 1750 wagte, sich gegen ihre Grundherrschaft zu beklagen, ließ diese den Bürgermeister und einige Ratsherren, sowie den Stadtschreiber einfach durchprügeln.

Schwer wie die Schuld, die das polnische Staatswesen auf sich geladen hatte, war bekanntlich auch die Sühne. In den Jahren 1772—75 nahm Friedrich der Große den Netzedistrikt in Besitz. Damit kamen die Städte Bromberg, Filehne, Fordon, Hohensalza, Labischin, Mogilno, Nakel usw. unter preußische Herrschaft. Im Jahre 1793 besetzte Friedrich Wilhelm II. den Rest der heutigen Provinz Posen.

In der Zwischenzeit hat das polnische Staatswesen den Versuch gemacht, wenigstens an einigen Stellen die schweren Schäden zu heilen, die die vergangenen Jahrhunderte dem Bürgertum des Landes und seiner wirtschaftlichen Entwicklung zugefügt hatten. Im Jahre 1775 wurde eine Sektion des damals eingesetzten „ewigen Rates", das sogenannte Polizeidepartement als eine Aufsichtsbehörde über die Immediatstädte organisiert. Unter den Maßregeln dieser Behörde ist besondes die Einsetzung von „Kommissionen der guten Ordnung" für einige der bedeutendsten Städte, wie Posen, Fraustadt, Gnesen zu erwähnen. Diese Kommissionen, aus Edelleuten bestehend, ließen sich überall die Privilegien vorlegen, stellten genaue Inventare des städtischen Besitztums auf, entschieden alle Streitigkeiten, stellten den Magistraten das ihnen früher Entrissene wieder zu und erließen eine große Anzahl verständiger Polizeivorschriften. Als ein Denkmal ihrer Tätigkeit wurden in Fraustadt die Protokolle ihrer Sitzungen in voller Ausdehnung gedruckt und für Posen wurde wenigstens ein Auszug veröffentlicht. Die Erfolge blieben auch nicht aus, besonders da, wo energische Persönlichkeiten in den Städten selbst die dem Bürgertum günstige Strömung in der Staatsleitung für die heimischen Interessen auszunutzen verstanden. Dies war z. B. in Posen der Fall, wo der Generalstarost Kasimir Raczynski, der Präsident der Posener Kommission der guten Ordnung, ein großer Wohltäter der Bürgerschaft wurde. Er verschaffte ihr die Mittel zu einem allgemeinen Rathausumbau (1783), errichtete die jetzt noch stehende Hauptwache, baute fast ganz auf eigene Kosten das völlig verfallene Schloß wieder auf und erneuerte die städtischen Befestigungen. Ähnliches geschah in Gnesen unter der Einwirkung eines besonders eifrigen Bürgers, des Ratsherrn Anton Lewandowski. Kurz vor der Auflösung des polnischen Staatswesens führte die bessere

Erkenntnis von der Bedeutung des Bürgertums für das Gedeihen des staatlichen Gesamtorganismus dann noch zu der berühmten Gesetzgebung von 1791, wodurch die Immediatstädte eine neue freiheitliche Verfassung erhielten, von dem verderblichen Einfluß der Starosten völlig unabhängig gemacht und nur der Aufsicht einer neueingerichteten Zentralbehörde, der Polizeikommission, unterstellt wurden. Diese Verfassung räumte den Städten auch eine Vertretung auf den Reichstagen ein, wo ihren Abgeordneten freilich nur bei städtischen und Handelssachen eine entscheidende Stimme zuerkannt wurde. Allerdings haben alle diese Versuche, dem gesunkenen Bürgertum des Landes wieder aufzuhelfen, nur die Immediatstädte, also die von der Krone direkt abhängigen Kommunen betroffen. Die Mediatstädte, also diejenigen, welche unter der Grundherrschaft der Edelleute und der Geistlichkeit standen, und das war die bei weitem überwiegende Mehrzahl, blieben nach wie vor der schrankenlosen Willkür ihrer Grundherren unterworfen. Selbst die Gesetzgebung von 1791 wagte hier noch keine Eingriffe, sondern beschränkte sich darauf, den Grundherren zu erlauben, ihre Städte für frei zu erklären und der Polizeikommission das Recht einzuräumen, den Mediatstädten durch Warnungen und Ratschläge beizustehen. Aber sogar das durch die Gesetzgebung von 1791 schon Erreichte konnte im Sturm der Parteikämpfe, die das wankende Reich in seinen letzten Jahren erschütterten, nicht aufrecht erhalten werden. Kurz vor der zweiten Teilung Polens hob die Konföderation von Targowice diese Verfassung wieder auf und wies auch den Immediatstädten die unfreie Stellung wieder an, die sie vor jener Gesetzgebung gehabt hatten.

Das Schicksal hatte eine andere Hand als diejenige, welche dem Lande die Wunden geschlagen hatte, dazu bestimmt, sie zu heilen. Mit der preußischen Besitznahme der Städte in der ersten und zweiten Teilung Polens (1772 und 1793) trat eine neue, bis in unsere Tage dauernde Periode ihrer Entwicklung ein, die Periode der preußischen Kulturarbeit, die nur kurze Zeit, während der Napoleonischen Kriegsjahre, als die Städte dem Herzogtum Warschau angehörten, unterbrochen wurde.

Zunächst hat sich unter dem Einfluß dieser Kulturarbeit das Äußere dieser Städte vollkommen geändert. Um ein Wort des Tacitus auf diese Verhältnisse anzuwenden, kann man sagen, daß die preußische Regierung diese Städte als hölzerne übernommen und sie zu steinernen gemacht habe. Aus den städtischen Inventaren, die sogleich nach der Besitznahme aufgestellt wurden, ergibt sich, daß in bezug auf die Bauart der Häuser die Städte der Provinz Posen gegen die der benachbarten preußischen Provinzen mindestens um ein Jahrhundert zurückstanden. Außer in der Provinzialhauptstadt, wo doch etwas mehr als ein Drittel der Häuser massiv gebaut war, herrschte in den Städten der Holzbau noch durchaus vor, selbst das Strohdach war durch Schindelbedachung noch nicht überall verdrängt. So besaß, um einige Beispiele anzuführen, Rogasen unter 315 Häusern nur zwei massive, in der sonst sehr ansehnlichen Stadt Rawitsch waren unter 974 Häusern nur 30 massiv gebaut, 219 hatten noch Strohdächer. Selbst die alte Landeshauptstadt Gnesen hatte unter 485 Gebäuden nur 18 massive, und von den nicht

massiven waren nur 11 mit Ziegeln oder Schiefer, 353 mit Schindeln und die übrigen mit Stroh gedeckt.

Auffällig war auch die große Anzahl wüster Stellen. So wurden im Netzedistrikt 1372 wüste Stellen auf 5028 städtische Häuser gezählt, in Bromberg allein 151, in Inowrazlaw 252. Die Retablissementstätigkeit der preußischen Organisatoren setzte im Netzedistrikt mit großer Kraft ein und hat auch in Südpreußen Bedeutendes geleistet. Es handelte sich sowohl um Besetzung der wüsten Stellen als auch um Ersatz der feuergefährlichen Bauten durch massive oder doch wenigstens um Herstellung massiver Bedachung und Schornsteinanlage. Friedrich der Große verausgabte allein für Bromberg, das man nicht mit Unrecht als eine Neuschöpfung des großen Königs betrachten kann, mehr als 172000 Taler. Schon anderthalb Jahrzehnte nach der Besitznahme waren dort 153 neue Häuser errichtet worden. Große Summen flossen auch nach Südpreußen als Bauhilfsgelder. Eine Verfügung vom Jahre 1799 billigte jedem Südpreußen beim Bau eines massiven Hauses 30 Proz. Bauhilfsgelder und für massive Bedachungen bei Fachwerkbauten 15 Proz. zu. Ganz besonders großartige Dimensionen nahm diese Tätigkeit der Regierung nach großen Bränden an, von denen die Städte bei der Feuergefährlichkeit ihrer Bauten vielfach heimgesucht wurden. Da wurden umfassende Retablissementspläne entworfen, durch deren Ausführung die Straßen erweitert, neue Kommunikationen, ja ganze Stadtteile neu angelegt, den Anforderungen der Gesundheitspflege Rechnung getragen und der Massivbau durch reichlich gespendete Bauunterstützungen gefördert wurde. Dies geschah z. B. in der Provinzialhauptstadt, wo am 15. April 1803 in wenigen Stunden 270 Wohnhäuser durch einen Brand zerstört wurden. Beim Retablissement ließ die Regierung auf den alten Plätzen nur die Hälfte der Häuser wieder aufbauen und schaffte so Luft und Licht in die winkligen und verbauten Gassen der Altstadt, den andern Abgebrannten wurden Plätze im Westen der Stadt angewiesen, womit die energisch emporsteigende Entwicklung der Neustadt Posen begann, deren Mittelpunkt der Wilhelmplatz bildete. Für jeden Neubau, der nach den Anordnungen der Regierung errichtet wurde, bewilligte sie 50 Proz. Baugelder. Schon im Oktober 1803 hatte sie für dieses Retablissement etwa 275000 Taler verausgabt. Ähnliches geschah für Gnesen, das in der Nacht vom 27. zum 28. Mai 1819 durch eine Feuersbrunst fast völlig zerstört wurde und nach einem durchaus veränderten und durch eine Neustadt erweiterten Lageplan aus der Asche wieder erstand. Hier wurden für Massivbauten 30 bis 40 Proz. Bauhilfsgelder, für Fachwerkbauten die Hälfte dieser Sätze bewilligt. Auch kleinere, sogar Mediatstädte, hatten sich bei Feuersbrünsten solcher Unterstützung zu erfreuen. So erhielten nach einem Brande in Fraustadt die Abgebrannten 40 Proz. Bauhilfsgelder, der adligen Stadt Schubin, die am 5. März 1797 abbrannte, zahlte die Regierung für jeden massiven Schornstein eine Unterstützung von 50 Talern.

Eine ähnlich vollkommene Änderung hat die preußische Regierung in bezug auf die Verfassung der Städte vorgenommen. Die in ihren Grundzügen noch überall erhaltene Verfassung nach Magdeburger Recht wurde abgeschafft und die

in Preußen übliche Form der Städteverfassung eingeführt. Hiermit verschwanden allerdings die noch stehengebliebenen Reste kommunaler Selbständigkeit, die freilich für die wirtschaftlich und geistig heruntergekommenen Bürgerschaften keine rechte Existenzberechtigung mehr hatte, und machten dem preußischen System, das die kommunale Verwaltung durchaus der Bevormundung durch den Staat unterstellte und besonders der Beaufsichtigung der Steuerräte anvertraute, Platz. Die Leitung der Kommunen durch alljährlich wechselnde Bürgermeister ohne Besoldung im Ehrenamte hörte damit auf, und es wurden überall besoldete Bürgermeister und Kämmerer auf Lebenszeit angestellt und die Mitwirkung der Bürgerschaftsvertreter auf das geringste Maß herabgesetzt. Alle willkürlichen Eingriffe der Starosten in den königlichen und der Grundherren in den Mediatstädten fanden hierdurch ihr Ende, da die Gerichte Klagen gegen dieselben annahmen und gewöhnlich zugunsten der Bürgerschaft entschieden. Die grundherrlichen Rechte der Starosten und geistlichen Grundherren wurden übrigens bald nach der Besitznahme der Städte kassiert und die von ihnen früher geleiteten Städte den Domänenämtern unterstellt. Auch die grundherrlichen Rechte in den Städten der Edelleute und deren Einkünfte wurden, soweit sie obrigkeitlicher Natur waren, gleich nach der Besitznahme aufgehoben, alle anderen auf ihre Berechtigung hin untersucht und nur da, wo der Rechtsgrund nachgewiesen werden konnte, beibehalten. Aber auch diese Leistungen gelang es im 19. Jahrhundert durch das Ablösungsverfahren allmählich zu tilgen. Dieser Prozeß umfaßte den Zeitraum von 1815—50, so daß in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts keine Stadt der Provinz mehr in irgendeiner Abhängigkeit von den Grundherrschaften stand. Mit der Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus in den Städten, durch den Schulzwang und die Organisation der Bildungsanstalten ergab sich auch die Möglichkeit, die Städte der Provinz Posen an den Segnungen der in den alten preußischen Provinzen eingeführten Städteordnungen teilnehmen zu lassen. Das Bürgertum wurde dadurch mit der freiheitlichen Selbstbestimmung ausgestattet, die ihm die erste preußische Organisation hatte nehmen müssen und die auch die Großherzoglich Warschauische Periode durch Einführung der Munizipalverfassung nach französischem Muster nicht wieder hergestellt hatte. Freilich wurde die unter dem Einfluß der Steinschen Gesetzgebung in den alten Provinzen eingeführte Städteordnung vom 19. November 1808 bei der Wiederbesitznahme der Provinz Posen nach den Freiheitskriegen in ihr nicht eingeführt, nur die Stadt Bromberg, die der Mittelpunkt der friederizianischen Organisationsarbeit im Netzedistrikt gewesen war, erhielt sie schon im Jahre 1818. Erst nach dem Erlaß der Revidierten Städteordnung vom 17. März 1831 wurde die Landeshauptstadt durch die Kabinetsordre vom 29. November 1831 für befähigt erachtet, in ihren Genuß zu treten. Es war dies ausgesprochenermaßen eine Art von Belohnung für die besonnene Haltung, welche die Bürgerschaft dem Aufstande in Russisch-Polen und der Cholera gegenüber eingenommen hatte. Mit großer Vorsicht wurde dieses Gesetz in den beiden folgenden Jahrzehnten noch in andern Städten der Provinz, aber durchaus nicht allgemein eingeführt. Erst die Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen vom Jahre 1853 wurde allgemein auch

in der Provinz Posen publiziert und bildete die Brücke, auf der das kommunale Selbstbestimmungsrecht der anderen preußischen Provinzen auch der unsrigen zugeführt wurde.

Mit ähnlicher Vorsicht einer von Stufe zu Stufe vorschreitenden Entwicklung wurde auch die zahlreiche jüdische Bevölkerung in den Städten der Provinz Posen einem förmlichen Erziehungssystem durch die preußische Verwaltung unterworfen. Schon das Judenreglement für Süd- und Neuostpreußen vom 17. April 1797 verfolgte trotz aller einengenden und beschränkenden Bestimmungen diese Tendenz, die dann unter dem Regime des Oberpräsidenten Flottwell (1830—41) durch die Verordnung für das Judenwesen im Großherzogtum Posen vom 1. Juni 1833 mit einer Folgerichtigkeit und Energie durchgeführt wurde, der es in einem halben Menschenalter gelang, die früher polnischen und jeder modernen Geistesrichtung fremd gebliebenen Juden des Landes in den Lichtbereich deutscher Bildung zu erheben. Die Ereignisse des Jahres 1848 fanden die Juden der Provinz Posen schon in einem geistigen und gesellschaftlichen Zustand, der ihre abweichende Behandlung von ihren Glaubensgenossen in den anderen Provinzen des preußischen Staates nicht mehr angängig machte.

In wirtschaftlicher Beziehung hat die preußische Regierung ihre Anstrengungen für die Städte nicht überall belohnt gesehen. Besonders gelang es trotz aller Bemühungen nicht, die Tuchindustrie in der Provinz Posen zu erhalten. Es lag dies daran, daß ihr durch die russische Grenzsperre in den Jahren 1830—40 ihr früheres Hauptabsatzgebiet verschlossen wurde. Sich neue Absatzgebiete im Westen zu schaffen aber war sie nicht imstande, da sie mit den schlesischen und Lausitzer Fabrikaten nicht konkurrieren konnte. Viele der Tuchmacher aus unserer Provinz wanderten damals nach Russisch-Polen aus, wo noch heute Lodz den Mittelpunkt dieser fast ganz in deutschen Händen befindlichen Industrie bildet. In der Provinz Posen aber ging sie nach und nach vollkommen ein, obwohl die Regierung aus öffentlichen Mitteln Wollager errichtete, Maschinen einführte und den Absatz durch Militärlieferungen unterstützen wollte, und es ist ihr bekanntlich bisher nicht gelungen, trotz der neuesten Bemühungen für die Industrialisierung des Ostens, eine gleich kräftige Industrie an ihre Stelle zu setzen.

Sehr eigentümlich und viel besprochen ist auch die Bevölkerungsbewegung in den Städten während der Zeit der preußischen Herrschaft gewesen. Zu allen Zeiten strengte sich die Regierung an, das noch vorhandene Deutschtum durch Einführung neuer Kräfte zu stärken. Was aber Friedrich dem Großen in dem kleinen Netzedistrikt gelungen ist, das Deutschtum in ihm dauernd zu befestigen, hat im 19. Jahrhundert in der ganzen Provinz Posen nicht zu dem gleichen Ergebnis geführt. Getragen durch die in ganz Europa wieder aufflammende nationale Idee ist von polnischer Seite ein energischer nationaler Widerstand organisiert worden, dem das Deutschtum nicht in vollem Maße den Widerpart halten konnte, da es mit einem fortgesetzten Abstrom christlicher und jüdischer Elemente nach Westen zu tun hatte. Die Einwohnerzahl der Städte in der Provinz ist zwar im 19. Jahrhundert fast überall außerordentlich gewachsen, hat sich in manchen

Städten sogar verfünffacht, aber man kann nicht sagen, daß das prozentuale Verhältnis der Nationalitäten bei dieser Bevölkerungssteigerung dem Deutschtum zugute gekommen ist. Besonders die starke Abwanderung der Juden hat das Deutschtum zahlenmäßig geschwächt. Erst in den letzten Jahrzehnten ist als eine mittelbare Folge der Tätigkeit der Ansiedlungskommission in den Städten, die diese mit deutschen Ansiedlungen umkreist hat, ein langsamer Umschwung hierin angebahnt worden. Besonders aber sind der städtischen Bevölkerung die großartigen Maßnahmen der Regierung zur Hebung des geistigen und wissenschaftlichen Lebens zugute gekommen, die durch die Schaffung großer Institute und Vereine, wie der Kaiser Wilhelm-Bibliothek, des Kaiser Friedrich-Museums, der Akademie der Deutschen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft, unsere Provinz reicher wie bisher mit den Kulturelementen deutscher Bildung befruchten sollten, und besonders die Landeshauptstadt in eine neue, energisch auftretende Periode ihrer Entwicklung geführt haben.

2. Provinz Westpreußen.

Von Walther Stephan.

In den Tagen der Staufischen Kaiser erlag das einst so kraftvolle deutsche Königtum im Kampfe um die italienische Vormachtstellung, fortan siechte es durch Jahrhunderte dahin in kraftloser Schwäche. Etwa gleichzeitig aber mit dem beginnenden politischen Auseinanderfalle des Reiches setzte um die Mitte des 12. Jahrhunderts im Nordosten jene gewaltige Kulturbewegung ein, die in der kurzen Zeit von etwa $2^1/_2$ Jahrhunderten das dünnbevölkerte Preußen- und Slawenland zwischen Memel und Elbestrom in blühende deutsche Kolonien umwandelte und den Grund legte zur Machtstellung des brandenburgisch-preußischen Staates, der dereinst berufen sein sollte, nach dem Untergang des Reiches die zersplitterten Kräfte der Nation von neuem zu politischem Wirken zusammenzufassen.

Waren es anfangs vorwiegend religiöse Gründe, die die deutschen Pilgerscharen zur Heidenfahrt gen Osten führten, so wirkten doch bereits früh daneben politische und vor allem wirtschaftliche Antriebe mit, mehr und mehr gewannen letztere das Übergewicht. Sie sind es vor allem gewesen, die die staunenswert rasche und gründliche Germanisation des Landes bewirkt haben.

Erscheint die Kolonisation des Ostens auch in erster Linie als ein Werk des deutschen Bauern, so vereinigte sich mit der agrarischen doch bereits bald eine städtische Bewegung, denn auch dem deutschen Handwerker und Kaufmann bot der weite städtelose Osten reiche, glückverheißende Aussichten und Raum zu wagemutigem Schaffen. In den mehr westlich gelegenen, zuerst von der Kolonisation ergriffenen Gebieten folgen die Städtegründungen der ländlichen Besiedelung im allgemeinen noch in einem Abstand von mehreren Jahrzehnten. Je weiter nach Osten, um so mehr gleicht sich jedoch dieser Unterschied aus und schließlich greifen die deutschen Stadtgründungen weit hinaus über das eigentliche Siedelungsgebiet bis tief hinein nach Polen, Ungarn und Rußland. Haben diese äußersten Posten der gewaltigen

Bewegung auch nicht vermocht, sich auf die Dauer in ihrem nationalen Charakter zu behaupten, so ist ihre Bedeutung als Kulturträger für die Slawenländer doch eine um so größere geworden.

Die im Laufe der Kolonisation immer mehr hervortretende Bedeutung des städtischen Elementes findet ihre Erklärung in der Gestaltung der volkswirtschaftlichen Verhältnisse des deutschen Mutterlandes, das im 13. Jahrhundert den Übergang von der bisherigen Naturalwirtschaft zur überwiegenden Geldwirtschaft vollzogen hatte, deren Träger die rasch empor geblühten Städte waren. Je mehr so die deutschen Städte zum Brennpunkt des intereuropäischen Handelsverkehrs wurden, um so stärker wurde ihre Rückwirkung auf das östliche Kolonialgebiet, und um so rascher wuchsen auch dort die deutschen Stadtgründungen empor.

Von ganz besonderer Bedeutung ist die städtische Entwickelung für die Kolonisation und die Geschichte Preußens geworden, das als letzte der ostdeutschen Kolonien in den Wirbel der großen Bewegung hineingezogen wurde.

Durch seine geographische Lage an der Ostsee und Weichselmündung bot Preußen für die Entwicklung einer Handelskolonie die günstigsten Aussichten. Seit Jahrhunderten bereits bestanden uralte Handelsbeziehungen nach Süden und Westen. Sicher sind auch bereits vor der Ankunft des Ordens deutsche Kaufleute um des Bernstein- und Fischhandels willen in Verbindung mit Preußen getreten.

Im Jahre 1230 erschienen dann, dem Hilferuf des Herzogs Konrad von Masowien nachkommend, die ersten Ordensritter an der Weichsel, um in mühevollem, jahrzehntelangem Ringen auch dies letzte Bollwerk des Heidentums christlicher Kultur zu gewinnen. Da war es denn von um so größerer Bedeutung, daß Hermann von Salza, der seinem Orden diese neue Lebensaufgabe stellte, und seine Nachfolger, die noch bis 1309 in Venedig residierenden Hochmeister, aufs engste vertraut waren mit den wirtschaftlich fortgeschrittenen Verhältnissen Italiens und der hohen Bedeutung der auf Handel und Geldreichtum gegründeten politischen Machtstellung der dortigen Städte. Die Übertragung der in dieser Umgebung gewonnenen Anschauungen auf das neue Kolonialgebiet mußte bei der begünstigten Lage Preußens um so leichter stattfinden.

Und in der Tat zeigt sich der ausgesprochen städtisch-geldwirtschaftliche Charakter der Kolonialpolitik des Ordens sofort in den ersten Regierungshandlungen, von denen wir Kunde haben. 1231, kaum ein Jahr nach der Ankunft des Ordens in Preußen, erfolgte die Gründung von Thorn, 1232 die von Kulm, 1233 wurde beiden Städten die nachmals hoch berühmte Kulmer Handfeste verliehen. Schon in dieser Urkunde, deren allgemeine Bestimmungen später als Grundgesetz auf ganz Preußen ausgedehnt worden sind, behielt sich der Orden u. a. die Gewinnung von Edelmetallen und Salz als Regal vor, bei Silberfunden sollte das Freiberger, bei Goldfunden das schlesische Bergrecht gelten. Haben diese Bestimmungen später auch infolge des Fehlens von Salz und Edelmetallen in Preußen keine Bedeutung gewonnen, so zeigt doch gerade der Umstand, daß man diesen Punkt bereits zu einer Zeit berücksichtigte, als man von der Beschaffenheit des Landes selbst noch sehr unzureichende Kenntnis besaß, welchen hohen Wert der Orden von vorn-

herein auf die Erschließung der finanziellen Quellen der neuen Kolonie legte. Davon zeugt auch die ebenfalls bereits in der Kulmer Handfeste enthaltene, praktisch ungleich wichtigere Monopolisierung des Bernsteinhandels und die Regelung des Geldverkehrs durch eine einheitliche Münzordnung.

Auch mit Lübeck, dem Vorort der Hansa, trat der Orden bereits 1242 in Verhandlung wegen Anlage einer Stadt an der Samländischen Küste.

Man hat die Städtegründungen des Ordens inmitten einer naturalwirtschaftlichen Welt nicht unzutreffend mit den Städtegründungen des 19. Jahrhunderts in Nordamerika verglichen. „Gleich letzteren waren sie bestimmt, die Knotenpunkte eines Verkehrs zu bilden, den sie in der Hauptsache erst schaffen sollten."

Aufs engste verknüpft war freilich auch diese Städte- und Verkehrspolitik mit den militärischen Aufgaben des Ordens. Bei der stets nur geringen Anzahl der Ordensritter und dem immer wieder aufflammenden Widerstand der preußischen Bevölkerung war das Land dauernd nur von festen Plätzen aus zu beherrschen, um so mehr als eine Ansetzung deutscher Bauern, durch die man den Zusammenhalt der einheimischen Bevölkerung hätte lockern können, hier ebensosehr durch die Unsicherheit der Zustände wie durch den Mangel an Bewerbern vorerst ausgeschlossen war; denn noch hatte die große Auswanderungswelle diese Randgebiete nicht erreicht, erst seit den 70er Jahren des 13. Jahrhunderts beginnt auch in Preußen eine nun allerdings um so intensivere deutsche Bauernpolitik. Fast alle Städte waren daher als militärische Stützpunkte befestigt, viele entstanden in Verbindung mit Ordensburgen. Auf die beiden ältesten Stadtgründungen Thorn und Kulm folgte 1233 Marienwerder, damals noch an der Weichsel gelegen, und 1237 Elbing. Hiermit war die Beherrschung der Weichselstraße als Operationsbasis und die überseeische Verbindung mit Deutschland gesichert. An eine wirkliche Erschließung des Landes konnte der Orden aber doch erst nach dem letzten, großen Preußenaufstand von 1273 gehen. Schachbrettartig wurde nun von Westen nach Osten vordringend ein Bezirk des Landes nach dem andern in Angriff genommen. Dabei war wiederum das erste die Gründung einer Stadt, meist in Verbindung mit einer Burg, erst dann erfolgte die Austuung von Dienstgütern und endlich die Ansetzung deutscher Bauern. Anders als die Handelszentren an der Weichsel waren diese zahlreichen, kleinen Landstädte bestimmt, in Handel und Wandel den Mittelpunkt ihrer ländlichen Umgebung auf 5—6 Quadratmeilen zu bilden. Das war diejenige Entfernung, die es bei den äußerst mangelhaften Wegen der zum Austausch ihrer Produkte zu Markt kommenden ländlichen Bevölkerung ermöglichte, Hin- und Rückfahrt zur nächsten Stadt meist an einem Tage auszuführen.

In dem auf dem rechten Weichselufer gelegenen Gebiet der heutigen Provinz Westpreußen wurden bis etwa 1330, abgesehen von den schon genannten 3 Weichselstädten, nicht weniger als 23 Orte mit deutschem Stadtrecht bewidmet, es sind Strasburg, Briesen (damals Fredeck genannt), Schönsee, Gurzno, Gollub, Löbau, Neumark, Rauernick, Lautenburg, Bischofswerder, Dt. Eylau, Rosenberg, Graudenz, Rehden, Lessen, Kulmsee, Riesenburg, Freistadt, Stuhm, Christburg, Tolkemit, Marienburg und Neuteich.

Abweichend war die städtische Entwickelung vielfach in dem westlichen, auf dem linken Weichselufer gelegenen Teil von Westpreußen. In diesen Gebieten, die, abgesehen von dem bereits 1297 erworbenen Mewe, erst 1309 nach dem Aussterben der ostpommerschen Herzöge mit dem Ordensstaat verbunden wurden, hatten wenigstens die Anfänge deutschen Städtewesens damals bereits Eingang gefunden. Dirschau und Danzig waren bereits seit ca. 1200 im Besitz deutschen Stadtrechtes, anscheinend auch Neuenburg, seit Anfang des 14. Jahrhunderts aber hat auch hier der Orden, namentlich in den Jahrzehnten bis ca. 1350, die städtische Entwicklung mächtig gefördert. Schwetz, Putzig, Hela, Konitz, Schlochau, Tuchel, Baldenburg, Hammerstein, Landeck, Pr. Stargard, Pr. Friedland wurden mit deutschem Rechte bewidmet.

Ihrer Entstehung nach kann man zwei Gruppen unter den preußischen Städten unterscheiden, solche bei denen die Verleihung des Stadtrechtes an bereits bestehende Orte erfolgte, und andere, die erst auf Grund eines im voraus verliehenen Privilegs erbaut wurden, die letzteren, sogenannten locierten Städte, sind weitaus überwiegend. Die Städte der ersten Gruppe übernahmen von ihren Vorgängern meist den Namen, aber auch bei ihnen wurde für die deutsche Stadt eine völlig neue, regelmäßige Stadtanlage geschaffen, die in der Regel sich neben dem alten Ort (z. B. in Danzig) befand und die alte Siedelung meist aufgesogen hat. Das Verfahren bei den durch Lokation gegründeteu Städten war ein ganz ähnliches wie bei der Austuung von Dörfern zu deutschem Recht. Die gesamte für die anzulegende Stadt bestimmte Gemarkung wurde einem Unternehmer überwiesen, der dann für den Zuzug und die Ansetzung der Bewohner innerhalb des zuvor aufgestellten regelmäßigen Bebauungsplanes Sorge trug, er erhielt für seine Mühewaltung gewisse Vorrechte, namentlich einige zinsfreie Hufen und Gehöfte, das Erbschulzenamt und einen Anteil an den Gerichtsgefällen.

In ihrer äußeren Gestalt zeigen die preußischen Städte den typischen Grundriß der ostdeutschen Kolonialstadt. In der Mitte liegt der Markt, auf ihm oder an einer Seite das Rathaus, in der Nähe befindet sich die Hauptkirche. Vom Markt aus verlaufen geradlinige parallele Straßen, die von weiteren Straßen senkrecht gekreuzt werden, zur Peripherie; die Gestalt des Ganzen ist annähernd ein Kreis oder eine Ellipse. So entstehen regelmäßige quadratische oder rechteckige Bauvierecke. Die einzelnen nach Ruten vermessenen Hausgrundstücke besitzen große Tiefe bei schmaler Straßenfront, die Größe ist nicht immer ganz gleich, am Markt meist schmäler als in den anstoßenden Straßen. In den äußeren Stadtteilen wurden weniger bemittelte Bewerber auf halben Hofstätten angesetzt. Wuchs die Stadt rasch, so wurde neben die erste eine zweite gleichartige Anlage gesetzt. Alle Städte wurden mit einer umfangreichen Feldmark ausgestattet, innerhalb deren jedem Bürgerhaus ein gewisser Anteil an Acker, Wald und Weide zukam. Die rasche Entwickelung von Handel und Gewerbe in den Städten führte jedoch bald dazu, daß die Bürgeräcker nicht mehr selbst von den Bürgern bewirtschaftet, sondern den auf der Feldmark angelegten Stadtdörfern pachtweise überlassen wurden. Erst viel später sind infolge der Abnahme von Handel und Gewerbe die meisten kleinen und abgelegenen Städte wieder zu Ackerstädten geworden.

Das eigentlich Bedeutungsvolle aller Bewidmungen zu deutschem Recht liegt in der Befreiung der Stadt aus dem bisherigen ländlichen Rechtsverbande zu selbständiger rechtlicher Entwickelung, die auch den größeren slawischen Siedelungen fremd war; sie ist auch das gemeinsame Merkmal der in den preußischen Städten vorkommenden beiden deutschen Rechtsnormen, des Kulmischen und Lübischen Rechtes.

Das letztere verbreitete sich nur in dem von Niedersachsen über See besiedelten Küstengebiet. In Westpreußen galt es zur Ordenszeit nur in Alt- und Neustadt Elbing und in Hela, während Danzig und Dirschau, die ebenfalls im 13. Jahrhundert mit Lübischem Recht von den pommerellischen Herzögen bewidmet gewesen waren, gleich den übrigen westpreußischen Städten vom Orden Kulmisches Recht erhielten. Beide Städtegruppen unterschieden sich in der Hauptsache darin in bezug auf ihre innere Einrichtung, daß in den Städten Lübischen Rechtes das Stadtregiment allein in den Händen des Rates lag, dessen Wahl sich anscheinend unabhängiger von der Landesherrschaft vollzog, als dies bei den Städten Kulmisch-Magdeburgischen Rechtes der Fall war, in denen der Eintritt in den Rat von der Zustimmung der Landesherrschaft abhängig war. Außerdem treten in den Städten Kulmisch-Magdeburgischen Rechtes neben den Rat die Schöffen als ein zweites Kollegium mit hauptsächlich richterlichen Funktionen, ohne daß hierdurch jedoch eine scharfe Trennung zwischen Rechtsprechung und Verwaltung gegeben war, vielmehr übte auch der Rat vielfach jurisdiktionelle Befugnisse aus.

Seine vielseitige Wirksamkeit griff leitend und vermittelnd ein in alle Beziehungen der äußeren und inneren Lebensverhältnisse des Gemeinwesens. Nach außen lag ihm in erster Linie die Vertretung der städtischen Interessen gegenüber der Landesherrschaft, namentlich in rechtlicher Beziehung, sowie in Gewerbe- und Handelsangelegenheiten ob. Über das engere Gebiet rein städtischer Angelegenheiten hinausgreifend haben besonders die letzteren schon sehr früh zu den Anfängen ständischer Vertretung geführt, die sich anfangs durchaus im Einverständnis mit der Landesherrschaft entwickelte. Bereits in der Erneuerung der Kulmer Handfeste von 1250 wird eines Beirates der Stadtbürger gedacht. Als dann in engem Zusammenhang mit dieser Entwickelung die preußischen Handelsstädte, und zwar am frühesten noch gegen Ende des 13. Jahrhunderts Thorn, Kulm und Elbing in Verbindung mit dem „gemeinen deutschen Kaufmann", der späteren Hansa, traten, übernahm der Rat dieser Städte auch auf den Hansatagen die Vertretung der preußischen Interessen. Später war allerdings nur noch Danzig allein, das seit den sechziger Jahren des 14. Jahrhunderts neben den genannten drei Städten hervortritt, in der Lage, die Kosten hierfür aufzubringen.

In den inneren Angelegenheiten der Städte überwachte der Rat die von ihm mit Zustimmung der Landesherrschaft, meist nach vorheriger Beratung auf den Städtetagen erlassenen städtischen Ordnungen und Willküren und zog die von den städtischen Grundstücken und Gewerbebetrieben zu leistenden landesherrlichen Zinse ein, er sorgte selbständig für die Bebauung des zur Stadtanlage bestimmten Areals, verwaltete die städtischen Außenländereien und das städtische Finanzwesen und errichtete den Zwecken der städtischen Verwaltung und Handel und Gewerbe

1. Graudenz vom Schloßberg. 2. Konitz (Weſtpr.).
3. Danzig, Blick auf die Marienkirche. 4. Danzig im 17. Jahrhundert.

dienende Gebäude und Anlagen. Zur Erbauung von Befestigungen bedurfte er allerdings der Genehmigung der Landesherrschaft.

Den regierenden Behörden des Rates und der Schöffen gegenüber schied sich in den Handelsstädten die Bürgerschaft in zwei Klassen, in die Werke, d. h. die Handwerker, und die gemeine Bürgerschaft, d. h. die Kaufmannschaft. Beide waren nach mittelalterlicher Weise genossenschaftlich organisiert. Die Kaufmannschaft im weitesten Sinne bildete eine einzige Körperschaft, die Artusbrüderschaft, während die Handwerker in eine große Zahl von Zünften zerfielen, die neben ihrer gewerblichen Hauptaufgabe, der Regelung von Produktion und Absatz auf genossenschaftlicher Grundlage, auch gesellige und religiöse Ziele verfolgten. Nach den Bestimmungen der Kulmischen Handfeste war zwar die Gesamtheit der Bürgerschaft zur Teilnahme am Stadtregiment berechtigt; mehr und mehr beschränkte sich jedoch diese Teilnahme darauf, daß nur noch bei besonders wichtigen Angelegenheiten Vertreter der Gemeinde hinzugezogen wurden, während Rat und Schöffen sich selbst aus einem beschränkten Kreis der wohlhabendsten Familien ergänzten. Die so geschaffene enge Verbindung der Kaufmannschaft mit der Regierung brachte es mit sich, daß die Leitung der Handelsangelegenheiten vollständig in den Händen des Rates lag, so daß die Artusbrüderschaften im Gegensatz zu den Zünften überwiegend nur die Pflegestätten vornehmen geselligen Lebens und ritterlicher Übung bildeten, während die gewerblichen Interessen nur nebenher in ihnen Berücksichtigung fanden. Wie alle mittelalterlichen Genossenschaften, so standen aber auch sie gleich den Zünften als Gebetsbrüderschaften, die für das Seelenheil ihrer Mitglieder durch fromme Stiftungen und Unterhaltung von Altären Sorge trugen, in engen Beziehungen zum kirchlichen Leben. Als Mitglieder des Artushofes galten die Großhändler, Tuchhändler, Krämer, Seeschiffer und Brauer.

In den kleinen Landstädten, die hauptsächlich auf den beschränkten Verkehr mit ihrer ländlichen Umgebung angewiesen waren, trat naturgemäß das kaufmännische Element gegenüber der Bedeutung der Gewerke zurück, hier lag das Stadtregiment in den Händen der vielfach mit Braugerechtigkeit ausgestatteten Großbürger. In Kulm, das sich infolge seiner wenig günstigen Lage als Handelsplatz in dem Wettstreit mit Danzig, Elbing und Thorn nicht zu behaupten vermochte und bereits seit dem Ende des 14. Jahrhunderts in die Zahl der Landstädte zurücksank, ging die Kumpanei der Großhändler allmählich ebenfalls in die der Brauer über. Außerdem blühte hier die Tuchmacherei und Tuchhandel. Ähnlich war es in Konitz, das als Pforte des Ordenslandes nach Deutschland, im 13. Jahrhundert die bedeutendste unter den kleinen Städten Pommerellens war, und wo ebenfalls eine lebhafte Tuchmacherei bestand.

Ihrer Nationalität nach war die Bevölkerung der Städte durchaus deutsch. In den Rollen der Zünfte war die Aufnahme Nichtdeutscher streng untersagt. Immerhin dürfte ein Einströmen germanisierter slawischer und preußischer Elemente, zum Teil vielleicht auch hier wie in Brandenburg durch den Kanal gewisser wenig geachteter Gewerbe, die den Ausschluß der Fremden nicht kannten, allmählich erfolgt sein. An einigen Orten, z. B. Kulm und Danzig, scheinen die Fischer-

innungen als die germanisierten Reste der älteren slawischen Siedelungen in dieser Beziehung in Betracht zu kommen.

Das ausgehende 14. und die ersten Jahre des 15. Jahrhunderts waren für das gesamte Ordensland eine Zeit glücklichen Gedeihens. Unter der kraftvollen Regierung des großen Hochmeisters Winrich von Kniprode (1351—1382) erholte sich das Land rasch von den furchtbaren Verlusten des Pestjahres 1348, in dem der schwarze Tod ganz Europa durchzog und auch in Preußen, besonders in den Städten, ungezählte Opfer dahinraffte. Gingen die Kämpfe mit den Litauern auch noch weiter, so herrschte in dieser Zeit doch im Innern Ruhe und Ordnung, und nach 100jähriger mühevoller Kulturarbeit brachte das jungfräuliche Land seinen Bezwingern reiche Erträge, so daß sich der Wohlstand außerordentlich hob. In diese glücklichen Jahre fällt auch die Blütezeit der großen und kleinen preußischen Städte in ihrer Gesamtheit. Der Verkehr der Handelsstädte, unter denen Danzig mehr und mehr hervortrat, gewann immer weitere Ausdehnung. An den hanseatischen Angelegenheiten nahmen die preußischen Städte, von der Ordensregierung auf das kräftigste unterstützt und gefördert, lebhaftesten Anteil. Sie trugen wesentlich bei zu dem glänzenden Erfolg, den die Hanseaten in den nordischen Wirren gegen König Waldemar Atterdag von Dänemark durch den Stralsunder Frieden von 1370 errangen. Und wie sie im Bunde mit den Hanseaten hier ihre kommerziellen Vorteile erweiterten, so sicherte ihnen nicht minder in England das tatkräftige Eingreifen des Hochmeisters die Wahrung ihrer Handelsinteressen. Einen ungefähren Begriff von der Bedeutung der preußischen Städte und ihres Handels gewinnt man aus der Höhe des in den Jahren 1368/69 und 1398—1402 in den Hansastädten erhobenen Pfundgeldes, eines Zolles, der von allen ausgehenden und eingehenden Waren in Höhe von anfangs $^1/_{360}$, später etwa von $^1/_{144}$ des Wertes erhoben wurde. Er betrug im Jahre 1368 in den preußischen Städten 1494 M. Lüb., 1369 gar 1671 M. Lübisch. In den Jahren 1398—1402 belief sich der Pfundzoll für die preußischen Städte durchschnittlich auf 4254 M., wovon 2836 M. auf Danzig fielen. Der Gesamtwert der Ein- und Ausfuhr in Preußen würde somit betragen,

im Jahre 1368: 537840 M. Lüb.
„ „ 1369: 601560 „ „
1398—1402 jährlich: 612576 „ „

Setzt man die Lübische Mark 1368/69 auf 10,8 Reichsmark und 1398/1402 auf 13,5 Reichsmark, so ergäbe das nach gegenwärtigem Wert annähernd

1368: 5802612 M.
1369: 6496848 „
1398—1402 jährlich: 8269776 „

Der Bedeutung dieses Handels entspricht es, daß 1392 mehr als 300 Schiffe aus England im Danziger Hafen lagen, um Getreide zu laden.

Die Ausdehnung des Großhandels der preußischen Städte erstreckte sich auf alle Länder des Hanseatischen Seeverkehrs; neben den Ostseehäfen waren besonders die Niederlande und Frankreich sowie England und Schottland daran beteiligt. Zu Lande reichte er weit hinein nach Litauen, Polen und Ungarn.

Ausgeführt wurde bereits damals namentlich Getreide und Holz, vor allem Mastbäume und Bogenholz für England, ferner Asche, Wachs, Teer, Fische, rohe Lederwaren, Pelzwerk, Hanf, Garn. Die Einfuhr bestand in Tuchen aus England und Flandern, Spezereien, Seidenwaren, Zucker, schwedischem Eisen, Salz aus Frankreich u. a. m.

Hand in Hand mit der Zunahme des Handels ging das Aufblühen der Gewerke. Schon 1340 macht ein Ordensprokurator die Bemerkung, daß Preußen sich vor allem durch den Handel und Gewerbefleiß seiner Bewohner erhalte. Dem entspricht es, daß in Danzig zwischen 1330—1360 Mitglieder von nicht weniger als 31 Gewerken genannt werden. Freilich fehlte es auch in den preußischen Städten schon im 14. Jahrhundert nicht an Spannung und Gegensatz zwischen den Handwerkern und dem aristokratischen Stadtregiment. Schon 1378 kam es zu einem allerdings ergebnislos verlaufenden Aufruhr der Brauer in Danzig, ähnliche auch nur vorübergehend von Erfolg begleitete Bewegungen fanden dann in den Zeiten des Niederganges des Ordens in Danzig 1410 und 1456 statt.

In enger Wechselwirkung mit dem Gedeihen der Handelsstädte und der zunehmenden Bodenkultur des Landes stand auch der wachsende Wohlstand der kleinen Städte in diesen glücklichen Jahren. Sie vermittelten die Überführung der Landeserzeugnisse an die seewärts Handel treibenden Städte und versorgten ihre Umgebung mit deren Einfuhrprodukten und den Erzeugnissen ihrer Handwerker. Als Hauptlandesprodukt kam bei diesem Binnenhandel vor allem in zunehmendem Maße Getreide in Betracht, besonders aus den Weichselstädten Schwetz, Neuenburg, Graudenz, aber auch aus Konitz, ferner Hopfen, Flachs, Leinwand, Honig, Pech, Teer und Holz, letzteres besonders aus Strasburg.

Dem zunehmenden Wohlstand und der erstarkenden Macht der Städte entsprach ihre äußere Erscheinung. Überall regte sich eine später nie wieder auch nur annähernd erreichte Bautätigkeit. Damals erstanden die ältesten Artushöfe und stattliche Rathausbauten, und aus dem Gedränge der schmalgiebligen Bürgerhäuser wuchsen jene wuchtigen Kirchenbauten empor, die die Stadtbilder der preußischen Städte noch heute so eindrucksvoll beherrschen. Auch für das Schulwesen trugen die Städte neben Kirche und Landesherrschaft bereits während dieser Epoche Sorge. Schon 1300 wird die Ratsschule in Elbing erwähnt, ähnliche Anstalten bestanden in Thorn und anderen Orten.

Literarisch-künstlerischen Bestrebungen stand freilich das handfeste Bürgertum dieser Zeiten noch fern. Das geistige Leben beherrschte die Kirche noch ausschließlich, und in Familie und Zunft ging das Leben des Einzelnen auf. —

Nicht auf die Dauer vermochte es jedoch das Ordensland, sich in seiner glänzenden Machtstellung zu behaupten.

Das städtisch-handelspolitische Element, auf dem diese in erster Linie beruhte, ist es, abgesehen von dem innern Widerspruch dieses Staates, auch gewesen, das

seinen schnellen Niedergang herbeigeführt hat. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, wie sehr der Orden bei der Begründung seines Staates sich von vornherein von handelspolitischen Gesichtspunkten leiten ließ. In den schweren, jahrzehntelangen Kämpfen der Eroberungsperiode traten diese allerdings dann mehr zurück, sobald der Orden jedoch Herr der Lage geworden war, griff er alsbald auf seine anfänglichen Pläne zurück und begann einen äußerst ertragreichen Eigenhandel, namentlich mit Bernstein und Getreide zu treiben, das ihm bei dem zunehmenden Anbau des Landes in immer größeren Massen aus seinen Zinsdörfern zuströmte. Der reiche Gewinn dieses Handels wurde von den Handelsbeamten des Ordens dann vielfach weiter zu sehr lohnenden reinen Geldgeschäften verwendet. Alles dies schuf eine glänzende Finanzlage und ermöglichte es, die Steuerkräfte der Untertanen zu schonen. Solange die Ordensregierung hierbei mit den ebenfalls Handel treibenden eigenen Städten Hand in Hand ging und auch deren Interessen nach außen und innen förderte, blieb das Verhältnis zwischen beiden Teilen trotz gelegentlicher Reibungen ein gutes. Der unglückliche Feldzug des Jahres 1410 gegen Polen aber führte den Wendepunkt herbei. Der Krieg hatte die Kassen geleert, und die Einkünfte aus dem verwüsteten Lande waren gering. Die Bezahlung der polnischen Kriegskontribution aber erforderte gleichwohl gewaltige Summen. Alsbald wuchs sich nun der Eigenhandel des Ordens zu einer immer unerträglicheren Konkurrenz gegen die eigenen Handel treibenden Städte aus, der die letzteren um so machtloser gegenüberstanden, da die Großschäffer und Beamten des Ordens nicht nur bei Schuldforderungen für sich den Vorzug vor allen anderen Forderungen in Anspruch nahmen, sondern sich auch sonst rücksichtslos über allen Handelsbrauch hinwegsetzten. Namentlich ließen sie zu Zeiten, wo die Städte durch Ausfuhrverbote gebunden waren, Getreideschiffe auslaufen oder erteilten Privatleuten die Genehmigung hierzu, um so die zur Zeit hohen Preise auf dem großen Markt in Brügge für sich auszunutzen zum Schaden der Städte. Diese immer ärger werdenden Mißstände führten 1440 zur Gründung des preußischen Bundes, dem sich bald auch der unzufriedene Adel anschloß. 1454 sagte sich der Bund vom Orden los und huldigte dem Polenkönig. Der für den Orden schließlich unglückliche Ausgang des nun entbrennenden 13jährigen Krieges wurde vor allem durch die unerschöpflichen finanziellen Kräfte Danzigs entschieden, das allein im Laufe des Krieges nach unserem Gelde die für die damaligen Verhältnisse gewaltige Summe von etwa 4000000 Mark aufbrachte. So wurde Westpreußen denn 1466 durch den Frieden von Thorn mit dem polnischen Reich vereinigt, nur Ostpreußen behauptete der Orden als polnisches Lehen.

Die Folgen der Vereinigung mit dem polnischen Reiche machten sich für die westpreußischen Städte alsbald in recht verschiedenartiger Weise bemerkbar. Die Lage der Handelsstädte, der eigentlich treibenden Elemente in dem Kampf gegen den Orden, gestaltete sich allerdings zunächst vorwiegend günstig; sie hatten erreicht, was sie erstrebten. Durch umfangreiche Landgebiete mit zahlreichen Dörfern vergrößert, begünstigt durch freigebig gewährte königliche Privilegien, konnten sie sich unbehindert dem Ausbau ihrer Handelsbeziehungen widmen.

Die größten Vorteile von dem Anschluß an Polen hatte zweifellos von vornherein Danzig, dessen Seehandel von der lästigen Konkurrenz des Ordens befreit, sich bereits während des 13jährigen Krieges sehr günstig entwickelte, so daß die Stadt trotz der großen Opfer, die sie bringen mußte, wenig gelitten zu haben scheint. Nach Abschluß des Friedens blühten Handel und Wandel nur um so mehr empor. Danzig hatte jetzt die alten Rivalen Thorn und Elbing weit überflügelt. Zwar die während der Ordenszeit so blühende Ausfuhr von Getreide und Holz aus Preußen lag durch die Verwüstungen des langen Krieges gänzlich danieder. Aber das weite polnische Hinterland bot für Jahrhunderte mehr als hinreichenden Ersatz. Ihren Höhepunkt erreichte die Stellung der Stadt im 15. Jahrhundert während und nach dem ruhmvollen hanseatischen Seekrieg gegen England (1469—1474). Der kühne Danziger Auslieger Paul Beneke führte damals manch reiches englisches Handelsschiff dem heimischen Hafen als gute Prise zu. Als köstlichstes Beutestück dieser glanzvollen Tage birgt die Hauptpfarrkirche zu St. Marien noch heute Hans Memlings „Jüngstes Gericht". Auch der Lord-Mayor von London weilte damals als Gefangener in Danzigs Mauern. Nach dem glücklichen Abschluß des englischen Krieges entfalteten Handel und Gewerbe sich weiter zu glänzender Blüte. 1476 liefen 634 Schiffe und 1490 gar 720 Schiffe im Danziger Hafen ein, 1492 betrug die Getreideausfuhr über 25000 Tonnen. Um die Wende des 16. Jahrhunderts trat dann allerdings ein Rückschlag ein, namentlich durch die schweren Schädigungen, die die Stadt erlitt in dem langjährigen Streit mit den Gebrüdern Matern, 2 Patriziern, die wegen Gewalttätigkeiten ausgewiesen, sich mit Hilfe ihrer „Stallbrüder" nach Weise eines Michael Kohlhas an der Heimatstadt furchtbar durch Mord, Brand und Wegelagerei rächten, bis sie endlich 1510 unschädlich gemacht wurden. Auch der Hochmeisterkrieg (1519—1521), in dem der letzte Hochmeister Albrecht von Brandenburg nochmals vergebens versuchte, seinem Orden die alte Stellung zurückzugewinnen, sowie der Krieg der Hanseaten gegen König Christian II. von Dänemark (1522/23) stellten an die Stadt bedeutende Anforderungen und schädigten ihren Handel. Später wurde eine gedeihliche Entwicklung nicht minder gehemmt durch die anläßlich der eindringenden Reformationsbewegung ausbrechenden inneren Wirren, die 1526 zu einer Änderung der städtischen Verfassung durch Einführung einer 3. Ordnung führten, dann auch durch schwere Konflikte, in die die Stadt 1570 mit König Sigismund August und 1577 mit Stephan Bathori geriet. Auch die in den Niederlanden ausbrechenden Freiheitskriege gegen Spanien beeinträchtigten die alten dorthin gehenden Handelsbeziehungen Danzigs.

Erst gegen Ende des 16. Jahrhunderts wurde die Krise allmählich überwunden, und nun setzte eine neue Glanzzeit für den Danziger Handel ein, die ihre reichste Entfaltung zwischen 1612—1625 erreichte; es ist die Zeit der höchsten Blüte der Stadt, die weder vorher noch später je wieder erreicht wurde. Danzig wurde in diesen Jahren zu einer der ersten Städte Europas, deren Ansehen, Größe und Schönheit den Vergleich mit den reichen oberdeutschen Kulturzentren Augsburg und Nürnberg nicht zu scheuen brauchte. Es ist die Zeit, da jene Fülle reicher

Renaissancebauten entstand, die noch heute die wesentlichen Züge jenes Stadtbildes ausmachen, dessen Eigenart in Deutschland nur weniges an die Seite gestellt werden kann. Der Handel hatte sich jetzt besonders den südeuropäischen Ländern Portugal, Spanien und Italien zugewendet, denen er vor allem seine alten Produkte Holz und Getreide zuführte. Neben diesen neuen aber blieben auch die alten englischen, polnischen und hanseatischen Verbindungen rege, wenn auch der Hansabund als solcher seine einstige meerbeherrschende Stellung eingebüßt hatte.

Der mangelnde Rückhalt an einer kraftvollen Staatsgewalt, der seit langem den Zerfall des Bundes herbeigeführt hatte, war auch die Ursache für das Herabsinken Danzigs von seiner glänzenden Stellung, als seit der Mitte der zwanziger Jahre des 17. Jahrhunderts auch Polnisch-Preußen in die großen europäischen Machtkämpfe hineingezogen wurde. Namentlich waren es die mit Unterbrechungen über 100 Jahre sich hinziehenden Kriege um die polnisch-schwedische Erbfolge, die das Land kaum weniger heimsuchten als der dreißigjährige Krieg die übrigen Teile Deutschlands. Auch Danzigs Blüte schwand rasch dahin in dieser wilden Zeit. 1626—1629 erreichte der Krieg zuerst das Weichselgebiet. König Gustav Adolf von Schweden hatte sich in den Besitz von Elbing gesetzt, und wenn es ihm auch nicht gelang, den energischen Widerstand Danzigs zu brechen, so sperrte er doch den Handel und schädigte die Stadt schwer, in deren Einwohnerzahl bereits 1620 die Pest tiefe Lücken gerissen hatte; auch später wüteten verheerende Seuchen im 17. Jahrhundert häufig in Danzig. Schon 20 Jahre danach führte erneut der Krieg Schweden und Brandenburger ins Land. Nach dem Abschluß des Oliwaer Friedens (1660) war der einstige Wohlstand bereits sehr geschwunden. Das Landgebiet lag verwüstet, der Krieg hatte der Stadt 5000000 Gulden gekostet, ihre Schulden waren auf 2000000 Gulden angewachsen. Die Getreideausfuhr war von 11572 Last Getreide im Jahre 1618 auf 11361 Last im Jahre 1655 zurückgegangen.

Auch nach dem Frieden vermochte es die Stadt nicht mehr, sich wieder zu erholen. Das 18. Jahrhundert brachte neue, schwere Bedrängnisse. Wenn auch der nordische Krieg Danzig nicht unmittelbar berührte, so brachte er der Stadt doch bedeutende finanzielle Opfer. Um so schwerer wurde diese im polnischen Erbfolgekrieg als letzter Stützpunkt König Stanislaus Leszczynskis 1734 durch eine dreimonatige, russische Belagerung heimgesucht. Nach äußerst hartnäckigem Widerstand erfolgte schließlich die Kapitulation. An 7000000 Gulden kostete der Stadt die treue Anhänglichkeit, mit der sie bis zuletzt zu dem von ihr anerkannten Könige gestanden hatte. Je mehr Polen in Anarchie versank, um so unaufhaltsamer ging Handel und Wandel zurück. Am Ende der polnischen Zeit war auch Danzig eine versinkende Größe, wenn es auch noch immer unter den Ostseehäfen an erster Stelle stand.

Wie für Danzig war auch für Thorn die erste Zeit nach dem Übertritt in das polnische Reich eine glückverheißende. Die Stadt wurde mit einem umfangreichen Landgebiete ausgestattet, und ihre Privilegien, darunter vor allem das wichtige Stapelrecht, bestätigt und erweitert. Der Handel der Stadt hob sich außerordentlich.

Zwar trat der frühere Verkehr nach den entfernteren Gebieten Galizien und Ungarn jetzt zurück. Dafür nahm jedoch der Holz- und Getreidehandel mit Polen, namentlich mit den benachbarten Herzogtümern Masovien und Kujawien einen um so großartigeren Aufschwung. Thorn hatte diesen Binnenhandel durch sein für alle stromauf- und stromabgehenden Güter verbindliches Stapelrecht völlig in der Hand, um so mehr, da jede Umgehung der Weichselstraße auf dem Landweg verboten war. Gegen die Handhabung des Stapels erhoben sich jedoch bald heftige Klagen, namentlich von seiten Danzigs und der Masowier, die beim König auf Aufhebung der Thorner Niederlage drangen.

In dem sich Jahrzehnte hinziehenden Streit unterlag schließlich Thorn. Es war einer der ersten Schritte zur Beseitigung der den Preußen gewährten Sonderrechte. Seit 1537 kann der Thorner Stapel als beseitigt gelten. Die Bedeutung von Thorns Handel schwand mit dem Stapel dahin, wenngleich derselbe niemals ganz aufgehört hat. Im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts brachten die unaufhörlichen Kriegsnöte und die immer zunehmenden inneren Streitigkeiten des polnischen Reiches das wirtschaftliche Gedeihen der Stadt immer mehr herab. Nach mehrfachen Belagerungen im 2. und 3. schwedischen Kriege, die 1703 sogar zur Schleifung der Befestigungen durch die Schweden führte, war die Stadt kaum noch imstande, die unerschwinglichen Opfer, die bald von russischen, bald von sächsischen und polnischen Truppen gefordert wurden, aufzubringen. Mehrfach war der Rat nicht einmal in der Lage, die Zinsen für die aufgenommenen Schulden zu bezahlen.

Im Gegensatz zu Danzig und Thorn erholte Elbing sich nur schwer und langsam von den Leiden, die der dreizehnjährige Krieg über die Stadt gebracht hatte. Erst nach und nach besserten sich die Verhältnisse, namentlich durch Beihilfe der bedeutenden Einkünfte aus dem Landgebiet der Stadt, das sie zum größeren Teil ebenfalls durch eine Verleihung König Kasimirs erhalten hatte. Der Handel vermochte aber doch den Vorsprung, den Danzig inzwischen gewonnen hatte, nicht mehr einzuholen und blieb unbedeutend; vergebens suchte König Sigismund I. und Sigismund August ihm durch Verleihung von Stapelrechten aufzuhelfen.

Eine Wendung zum Besseren trat erst ein, als Danzig 1577 in Konflikt mit König Stephan Bathori geriet und dieser den Verkehr Danzigs nach Elbing zu übertragen versuchte. Wie sehr es der Stadt jedoch bereits damals an Unternehmungsgeist und wohl auch an Geldmitteln gebrach, zeigt sich darin, daß nicht die Elbinger Kaufmannschaft selbst die Gunst der Lage ausnutzte. Der Rat begnügte sich, einer sich anbietenden englischen Handelsgesellschaft eine Konzession zu erteilen, die dann von 1580 ab durch mehrere Jahrzehnte bestanden hat. Der Elbinger Handel, namentlich in englischen Tuchen und in Getreide, blühte nun in der Tat rasch auf und der Wohlstand der Stadt stieg. Den unausgesetzten Bemühungen Danzigs, das sich durch den Elbinger Handel stark beeinträchtigt fühlte, gelang es jedoch, 1628 bei dem Reichstag die Aufhebung der englischen Kompanie durchzusetzen. Mit ihrem Fortgang sank auch die Bedeutung des Elbinger Handels wieder in sich zusammen. Für die Stadt waren die Einkünfte aus dem städtischen

Territorium unter diesen Umständen natürlich um so wichtiger. Aber auch diese Einnahmequelle ging ihr im 18. Jahrhundert größtenteils verloren. Elbing war nämlich durch den Bromberger Vertrag 1660 dem großen Kurfürsten zugefallen, dieser hatte dann aber gegen eine Geldsumme auf seine Ansprüche verzichtet; aber auch diese war von Polen nicht zu erlangen. Nachdem deshalb bereits 1698 Friedrich I. vorübergehend Elbing selbst besetzt hatte, schritt dieser endlich 1703 zur pfandweisen Besitznahme des städtischen Territoriums, das zum größten Teil dauernd in preußischem Besitz blieb, da Polen nicht die Pfandsumme zurückzuzahlen vermochte. Seiner letzten Haupteinnahmequelle beraubt, geriet so auch Elbing, gleich Thorn, im 18. Jahrhundert in eine immer dürftiger und trauriger werdende Lage.

Machten sich bei den drei großen Städten Danzig, Elbing und Thorn die wirtschaftlichen Nachteile der Vereinigung mit dem polnischen Reiche erst später und nach anfänglichem mehr oder minder bedeutendem Aufschwunge bemerkbar, so haben die kleinen westpreußischen Städte durchweg von vornherein schwer unter dem Wechsel der Herrschaft zu leiden gehabt. Drückender als auf den wehrhaften großen Städten hatte auf ihnen die Last des dreizehnjährigen Krieges gelegen. Konitz, der treueste Stützpunkt des Ordens, hatte drei schwere Belagerungen zu bestehen. Als die Stadt endlich 1466 kapitulierte, war der vierte Teil niedergebrannt, aller Wohlstand vernichtet. Nicht anders sah es überall im Lande aus. Das Schlimmste war, daß die grauenvolle Verwüstung des Landes, über dessen Elend König Kasimir selbst in die Worte ausbrach: „O, lieber Gott, ist doch das Land so viel nicht wert, als es christlich Blut und großes Geld gekostet hat", den kleinen Städten, die von dem Verkehr mit der Nachbarschaft lebten, die Möglichkeit nahm, die Folgen zu überwinden.

Denn der Zuzug deutscher Siedler stockte, und Polen war nicht imstande, aus eigener Kraft den vernichteten Anbau zu beleben. Der karge Erwerb aber, der den kleinen Städten geblieben war, wurde ihnen durch den Eigennutz und die brutale Willkür der an die Stelle der Ordensbeamten getretenen polnischen Starosten mehr und mehr beschränkt. Einen der Haupterwerbszweige der kleinen Städte bildete die ihnen ausschließlich zustehende Bier- und Branntweinbrennerei; den Starosten stand nur eine Brau- und Brennereigerechtigkeit für den eigenen Bedarf zu, nicht für den Verkauf. Sie kehrten sich jedoch nicht an diese Beschränkung, trieben Bier- und Branntweinschank in von ihnen verlegten Krügen und entzogen den Städten den Krugverlag. Die Starostei Graudenz verschänkte in einem Jahre für 13500 Gulden Bier und Branntwein. Aus allen Orten ertönen dieselben Klagen über den Verfall dieses städtischen Hauptnahrungszweiges. Auch der freie Marktverkehr wurde durch von den Starosten errichtete Krambuden, durch hausierende Juden und Vor- und Aufkauf in den Dörfern unterbunden. Selbst zunftfreie Handwerker wurden vielfach zum Schaden der städtischen Gewerke außerhalb der Stadt auf starosteilichem Grund angesetzt.

Nicht anders als die Starosten trieben es Adel und Geistlichkeit auf ihren Gütern. Schon 1593 war es soweit gekommen, daß König Sigismund III. sich

genötigt sah, ein besonderes Privileg zum Schutz der kleinen Städte zu erlassen, das selbst als die Ursache des städtischen Niederganges die angeführten Mißstände angibt. Irgend eine Besserung ist durch das Privileg nicht eingetreten, vielmehr schritt der Verfall im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts nur immer weiter fort. Viele Orte sanken wieder zu reinen Ackerstädten herab, in denen nicht mehr die eigentlichen städtischen Berufe, Brauwesen, Handel und Gewerbe von den Bürgern betrieben wurde, sondern Ackerbau auf den städtischen Ländereien, soweit diese nicht ebenfalls den Städten entzogen worden waren. Überall gab es als traurige Zeichen des Verfalls und der zurückgehenden Einwohnerzahl zahlreiche wüste Hofstätten; bei der preußischen Besitzergreifung wurden deren in Polnisch-Preußen, ausschließlich Netzedistrikt und Ermland, fast 1300 gezählt, in 35 Städten durchschnittlich je 37!

In vielfacher Wechselwirkung mit den wirtschaftlichen Schicksalen steht die Gestaltung der inneren Verhältnisse der westpreußischen Städte unter der polnischen Herrschaft. Ihre Verfassung blieb zunächst unverändert, nur daß an Stelle der bisher die Oberaufsicht führenden Ordenskomture, die oft genug auch in die inneren städtischen Angelegenheiten herrisch eingegriffen hatten, jetzt in den großen Städten ein königlicher Burggraf trat, der aber dadurch, daß er aus einer Anzahl dem König präsentierter Ratsmitglieder ausgewählt wurde, die innere Bewegungsfreiheit kaum beeinträchtigte. Weitere vom Polenkönig den Handelsstädten gewährte Sonderrechte waren das Münzrecht, das Recht des Rates, selbständig städtische Steuern auszuschreiben, Truppen zu werben und Willküren, d. h. städtische Gesetze zu erlassen. Eine Weiterbildung der städtischen Verfassung brachte für die drei Handelsstädte Danzig, Elbing und Thorn und die namhafteren Landstädte Konitz, Dirschau, Graudenz, Marienburg erst das 16. Jahrhundert, dadurch, daß, zum Teil in Zusammenhang mit der eindringenden Reformationsbewegung, neben die beiden bisher das Stadtregiment allein innehabenden Rats- und Schöffenkollegien eine Vertretung der breiteren Schichten der Bürgerschaft trat, die als dritte Ordnung, in Elbing, wo es ein Schöffenkollegium nicht gab, als zweite Ordnung bezeichnet wurde. Die Befugnisse der dritten Ordnung sind dann später noch mehrfach in Elbing und Danzig durch persönliches Eingreifen der polnischen Könige anläßlich innerer Unruhen in den Städten auf Kosten des Rates erweitert worden. Trotzdem behielt letzterer auch in diesen Städten bis ans Ende der polnischen Zeit im ganzen das Regiment durchaus in der Hand.

Die politische Opposition gegen das ausschließliche Ratsregiment, die im 16. Jahrhundert zu den berührten Änderungen der städtischen Verfassung führte, ging vielfach Hand in Hand mit der immer weiter greifenden Reformationsbewegung, die sich auch in den westpreußischen Städten, vor allem zunächst unter den niederen Schichten der Bevölkerung verbreitete. Allmählich aber drang sie auch unaufhaltsam ein in die leitenden Kreise. Um die Mitte des 16. Jahrhunderts hatte der Protestantismus bereits allenthalben in der städtischen Bevölkerung das Übergewicht gewonnen. Dann aber setzte noch im 16. Jahrhundert auch in Westpreußen die katholische Gegenbewegung ein, die Hand in Hand ging mit dem seit dem Lubliner Staatsstreich von 1567 immer rücksichtsloser hervortretenden Bestreben Polens, die

deutsche Eigenart des Landes völlig zu vernichten. Auf dem Lande polonisierte sich in der Tat die Mehrzahl des Adels, verlockt durch die Libertät des polnischen Standesgenossen und trat zum Katholizismus zurück. Die Städte aber hielten trotz schweren Druckes und ihrer immer ungünstiger werdenden materiellen Lage mit äußerster Zähigkeit fest an ihrem Volkstum und an ihrem Bekenntnis. Selbst in den kleinen Städten hielten sich die evangelischen Gemeinden, obgleich ihnen vielfach die Pfarrkirchen wieder entzogen, evangelischer Gottesdienst und die Anstellung von Predigern und Lehrern verboten wurde. In den drei großen Städten Elbing, Danzig und Thorn vollends blieb die evangelische Kirche die herrschende. Freilich fehlte es auch hier nicht an Vorstößen katholischer Glaubenseiferer. Der Zusammenstoß zwischen Jesuitenzöglingen und der gereizten Bevölkerung Thorns führte 1724 zu jenem unerhörten Bluturteil, das den wackeren Bürgermeister Rösner und neun Thorner Bürger auf das Schafott brachte.

Indem das städtische Bürgertum aber trotz allem, besonders in Danzig, Elbing und Thorn, unerschütterlich den Polonisierungs- und Katholisierungsbestrebungen standhielt, schuf es die Möglichkeit, auf den alten Grundmauern, die zur Ordenszeit gelegt waren, dereinst fortbauen zu können. Das ist das große kulturelle Verdienst dieses hart bedrängten Geschlechtes, dessen Blicke sonst nur selten hinausreichen über den engen Kreislauf des Alltäglichen.

Mit der im Jahre 1772 erfolgenden Besitzergreifung Westpreußens durch Friedrich den Großen und seiner Wiedervereinigung mit dem preußischen Staate zog endlich auch in die verödeten westpreußischen Städte neues Leben. Mit unermüdlichem Eifer widmete der König sich alsbald dem „Retablissement" des heruntergekommenen Landes. Dabei ist es von hohem Interesse, wie er, geleitet von dem Bestreben, das Land als ein nutzbringendes Glied in seinen von merkantilistischen Ideen getragenen absoluten Staat einzufügen, in vielem wiederum dieselben Bahnen beschritt, die einst der Deutsche Orden gewandelt war, dessen wirtschaftliches Wesen man wohl geradezu nicht unzutreffend als einen seiner Zeit weit vorauseilenden Vorläufer des Merkantilismus bezeichnet hat. Ein Unterschied tritt allerdings stark hervor. Während der Orden neben dem Anbau des Landes und der Förderung städtischen Gewerbes vor allem handelspolitische Ziele verfolgte, wie sie sich später ähnlich in dem Bestreben des großen Kurfürsten nach dem dominium maris Baltici bemerkbar machen, tritt in dem nach französischem Vorbild gebildeten Friederizianischen Wirtschaftssystem das handelspolitische Element mehr zurück, an erster Stelle steht die Förderung städtischen Gewerbefleißes, daneben die Sorge für eine leistungsfähige Landwirtschaft. Beides verfolgte als Ziel, die Bedürfnisse des Landes nach Möglichkeit durch eigene Produktion im Inlande zu decken und darüber hinaus, durch die Schaffung einer in minder entwickelte Länder exportierenden, blühenden Industrie möglichst viel Geld in das Land zu ziehen. Diese Industrialisierungspläne kamen besonders der Förderung des städtischen Erwerbslebens entgegen.

Auch die westpreußischen Städte erfuhren bald die Fürsorge des neuen, straffen Regiments. Ihre noch aus der Ordenszeit stammenden Einrichtungen, die sie in

Verfassung, Verwaltung und Rechtsleben nur lose mit den übrigen Gliedern des Landes verbanden, mußten sich jetzt nach dem Vorbilde der übrigen preußischen Provinzen eine gründliche Umgestaltung und die Einordnung in den straff organisierten Beamtenstaat gefallen lassen. Zwar die Wählbarkeit der Magistrate blieb, abgesehen von der erstmaligen Besetzung der Ämter, bestehen, aber die Wahl erfolgte nicht durch die Bürgerschaft, sondern durch den Magistrat selbst und bedurfte der königlichen Genehmigung. Grundsätzlich sollte in jeder Stadt ein Polizeibürgermeister, ein Justizbürgermeister, ein Kämmerer, ein Ratsverwandter und Stadtschreiber vorhanden sein. Doch wurden die Ämter eines Justiz- und Polizeibürgermeisters anfangs aus Mangel an ausreichenden Mitteln in vielen kleinen Städten zusammengelegt. Die Amtsdauer der städtischen Beamten wurde jetzt lebenslänglich; außerdem erhielten sie feste Besoldung. Die einschneidendste Veränderung aber war, daß jetzt die gesamte städtische Verwaltung unter die Oberaufsicht der Kriegs- und Domänenkammer gestellt wurde. Zu diesem Zweck wurden die Städte von 1—2 Landratskreisen je einem Steuerrat unterstellt, der die Kontrolle über die städtische Kämmereiverwaltung, die Gewerbe-, Polizei und Militärangelegenheiten, und solange eine eigene Regieverwaltung für die in den Städten erhobene Verbrauchssteuer, die Akzise, in Westpreußen noch nicht bestand, auch die Aufsicht über diese innerhalb seines Steuerkreises ausübte.

Mit Hilfe der neuen Organe begann nun der wirtschaftliche Wiederaufbau der heruntergekommenen Gemeinwesen, die der König selbst bis ins kleinste hinein mit rastlosem, unermüdlichem Eifer überwachte und förderte; er, der sonst so Sparsame, hat in den 14 Jahren seiner Regierung für diese Zwecke die im Verhältnis zu den Mitteln seines Staates große Summe von 900000 Talern aufgewendet. Es war in Wirklichkeit ein Wiederaufbau, denn die alte wirtschaftliche Trennung städtischer und ländlicher Produktionsweise wurde, so viel es nur anging, wiederhergestellt. Immer wieder hat der König in seinen Kabinettsordres die Forderung ausgesprochen, Handel und Gewerbebetrieb seien grundsätzlich auf die Städte zu beschränken; auf dem Lande sollte Ackerbau getrieben werden, denn „sonsten sei das eine verkehrte Wirtschaft".

Vor allem wurde der Brauereibetrieb außerhalb der Städte, der am meisten zu deren Verfall beigetragen hatte, so weit irgend möglich zurückgedrängt. Konnte auch die Brau- und Brenngerechtigkeit des Adels nicht völlig beseitigt werden, so sollten doch ferner keine neuen Brennereien in der Nähe der Städte angelegt werden. Das Wichtigste war, daß die von den Staroſten zum Nachteil der Städte betriebene unberechtigte Ausübung des Brauwesens und Ausschankes auf den Königlichen Domänen fortan aufhörte. Ebenso wurde gegen das den städtischen Marktverkauf beeinträchtigende Hausierunwesen vorgegangen. Bis 1786 wurden aus dem Netzedistrikt und Westpreußen zusammen nach und nach über 7000 Betteljuden nach Polen abgeschoben.

Aber weit hinaus über die Einschränkung dieser eingerissenen Mißstände griff die Wohlfahrtspflege des Staates anregend, helfend und fördernd überall ein in die innern Verhältnisse des städtischen Erwerbslebens.

Allen voran mußte hier die Neuordnung des arg verrotteten Zunftwesens gehen. Sie wurde nach dem Vorbild der für die übrigen preußischen Provinzen 1733 erlassenen Handwerksordnung bereits 1774 durch die Generalhandwerksordnung für Westpreußen geregelt, auf Grund deren dann in den nächsten Jahren die Verleihung der einzelnen Zunftprivilegien erfolgte. Fortan sollten die Handwerker, mit Ausnahme der auf dem Lande geduldeten Hufschmiede, Zimmerleute, Stell- und Radmacher, Schuhflicker, Leineweber und Schneider in den Städten leben. Die vielen seit polnischer Zeit auf dem Lande wohnenden anderen Handwerker durften zwar gegen Erlegung des Nahrungsgeldes auf Lebenszeit wohnen bleiben, nach ihrem Absterben jedoch wurden keine neuen angesetzt. Über diese Maßnahme hinaus aber wurde eifrig in den Städten unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse, namentlich des Absatzes nach Polen, die Neuansetzung deutscher Handwerker, besonders aus Polen, Sachsen und Thüringen betrieben. Bis 1786 wurden in den westpreußischen Städten 1330 Handwerkerfamilien angesetzt. Vergegenwärtigt man sich, daß die Gesamteinwohnerschaft in Westpreußen und Netzedistrikt bei der preußischen Besitzergreifung nur etwa 585000 Seelen einschließlich der Juden betrug, so ist das innerhalb der kurzen Zeit in der Tat eine sehr beachtenswerte Leistung.

Seit 1779 trat zu der Fürsorge für das zunftmäßige städtische Handwerk auch die Anlegung und Förderung von Manufakturen. Man verstand darunter damals den besonders für den Export arbeitenden Großbetrieb kapitalkräftiger Unternehmer; er wurde teils noch in den hergebrachten Formen der Hausarbeit und des Verlagssystems betrieben, teils aber auch bereits in den Räumen und mit den dem Fabrikherrn gehörigen Werkzeugen. Westpreußen war seiner Lage nach für die Entwickelung einer Exportindustrie nach dem industriell wenig entwickelten Polen besonders geeignet. Vor allem erschien die in Pommerellen und im Netzedistrikt vorhandene Tuchmacherei nach dieser Richtung hin besonders entwicklungsfähig. Um sie zu fördern, wurden mit staatlicher Unterstützung Walkmühlen und Färbereien in Stolzenberg bei Danzig, ferner in Bromberg, Elbing, Gollub, Jastrow und Konitz angelegt. Namentlich letzteres entwickelte sich zu einem Mittelpunkt der Tuchmanufaktur. 1786 betrug der jährliche Absatz hier 15000—20000 Stück im Werte von 2—300000 Talern. In Kulm wurden für die Einrichtung einer Fabrik für feine englische Tuche im ganzen 14300 Taler bewilligt. Die Tücher, die ebenfalls für den Export nach Polen bestimmt waren, sollten nicht nur genau wie die englischen angefertigt werden, sondern der König trug im Interesse seiner Staatsräson auch kein Bedenken, sie mit den selben Zeichen und Stempeln wie die englischen versehen zu lassen. Besonders lebhaft entfalteten sich gewerbliche Betriebe in dem schon genannten Stolzenberg bei Danzig, wo unter anderem eine Fabrik für in Polen viel getragene seidene Schärpen eingerichtet wurde. Weiter entstanden Topffabriken, Leinwanddruckereien und Lederfabriken in Schwetz, Konitz, Christburg, Dirschau, Schneidemühl. Überall regte sich in den lange vernachlässigten kleinen Städten ein neues Leben.

Beim Tode des Königs 1786 waren bereits allein in dem Marienwerderer Kammerbezirk 3540 Arbeiter in den verschiedenen Manufakturen tätig, der Wert

der Erzeugnisse betrug 540612 Taler, für 183757 Taler wurden hiervon in das Ausland verkauft. Ihren Höhepunkt erreichte die Entwickelung aber erst in den beiden folgenden Jahrzehnten, bereits im Jahre 1792 war die Zahl der Arbeiter auf 3522, der Wert der Waren auf 640429 Taler gestiegen, wovon für 231759 Taler nach dem Auslande gingen.

Ausgeschlossen von dieser allgemeinen günstigen Entwickelung der Städte waren allerdings zunächst Danzig und Thorn. Beide waren nach der ersten polnischen Teilung noch bei Polen geblieben, da infolge der Eifersucht Rußlands eine Vereinigung mit Preußen zurzeit noch nicht zu erreichen war. Sie bildeten jetzt mit ihrem ländlichen Territorium rings vom preußischen Gebiet umschlossene Enklaven. Namentlich Danzig hatte schwer unter dieser Maßregel zu leiden. Da der Hafen in Neufahrwasser in Händen Preußens war und die Stadt rings von den Preußischen Zollschranken eingeschlossen wurde, lag der Handel völlig darnieder, um so mehr, da Friedrich der Große eifrig und erfolgreich bemüht war, ihn nach Elbing abzuleiten, dessen Verkehr sich während dieser Zeit beträchtlich hob. Nicht minder schädlich für Danzig war die aus mehreren, mit Preußen vereinigten Danziger Vorstädten neu gebildete sogenannte Stadt Stolzenberg, deren Einrichtung ebenfalls vor allem erfolgte, um mit dem Handel und Gewerbe Danzigs in Wettbewerb zu treten. So war das letzte Jahrzehnt der polnischen Zugehörigkeit für Danzig wohl eines der traurigsten, das die Stadt in ihrer langen Geschichte durchzumachen hatte.

Mit dem Jahre 1793, das endlich auch Thorn und Danzig infolge der 2. Teilung Polens die Vereinigung mit dem preußischen Staate brachte, begann indessen auch für die beiden alten Weichselstädte wiederum ein Jahrzehnt glücklichen Gedeihens. Preußen war durch die 2. polnische Teilung in den Besitz des weiten polnischen Hinterlandes mit Warschau gekommen, der Weichselhandel nahm infolgedessen in diesen Jahren einen neuen lebhaften Aufschwung.

Dann aber brach 1806 das Verhängnis über den preußischen Staat herein. Durch den Tilsiter Frieden wurde Thorn mit dem neugebildeten Herzogtum Warschau vereinigt, während aus Danzig mit einem Gebiet von 2 Meilen im Umkreis ein sogenannter Freistaat gebildet wurde, der aber durch seine französische Garnison sich in völliger Abhängigkeit von Frankreich befand. Als die Stadt nach 7 Jahren unerträglichen Druckes wieder an Preußen zurückfiel, war ihr Wohlstand vernichtet, 14000000 Taler waren erpreßt worden und etwa 12000000 Taler Schulden waren zu tilgen. Aber auch die bei Preußen verbleibenden westpreußischen Städte litten schwer unter der Not der Zeit. Wohl brachte auch ihnen das Jahr 1808 die neue freiheitliche Städteordnung, aber alles wirtschaftliche Leben lag in ihnen darnieder unter den verhängnisvollen Wirkungen der Kontinentalsperre und unerschwinglicher militärischer Leistungen. Von den viel verheißenden Anfängen einer industriellen Entwickelung in den westpreußischen Städten hat nichts diese schwere Zeit überdauert, jahrzehntelanger Arbeit bedurfte es, um nur einigermaßen die Folgen zu überwinden. Im ganzen führten die kleinen westpreußischen Städte bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts

ein Binnenleben nach alter Weise. Auch als um die Mitte des 19. Jahrhunderts der großartige Ausbau des modernen Verkehrswesens einsetzte, der im Westen und Süden Deutschlands zu schneller glänzender Entwickelung des Städtewesens führte, ist für die westpreußischen Städte vielfach eine Wendung zum Besseren nicht in dem Maße eingetreten. Selbst Danzig hat lange schwer unter der ungünstigen Führung der Bahnlinien, die ihm sein Hinterland entzogen, zu leiden gehabt. Erst die Eröffnung der Bahnlinie Marienburg—Mlawa—Warschau im Jahre 1877 hat hierin Wandel geschaffen. In den kleinen Städten vollends gewöhnte sich die Kundschaft vielfach daran, die verbesserten Verbindungen, Eisenbahn, Telephon und Telegraph zu benutzen, um sich mit Versandgeschäften statt mit den einheimischen Gewerbetreibenden in Verbindung zu setzen. In seinem Erwerb beeinträchtigt, wandte dieser sich vielfach dem Ausland oder dem lohnenderen Verdienst versprechenden industriellen Westen zu. Die Bewegung war und ist um so bedenklicher, als mit ihr auch in vielen westpreußischen Städten die Bildung eines früher nicht bestehenden gewerbetreibenden polnischen Mittelstandes Hand in Hand geht.

So ist denn heute auch in vielen kleinen Städten Westpreußens der alte nationale Kampf neu entbrannt. Es liegt außerhalb des Rahmens des hier behandelten Kapitels, zu untersuchen, mit welchen Mitteln heute die Lösung dieser Lebensfrage des preußischen Staates anzustreben ist. Nur darauf mag hingewiesen werden, daß die großen Erfolge der mittelalterlichen, wie nicht minder der Friederizianischen Ostmarkenpolitik nur erreicht wurden durch das innige Ineinandergreifen einer großzügigen Siedelungs- und Städtepolitik. Beide bedingten und förderten einander in der Vergangenheit.

Die Bau- und Kunstdenkmäler der Ostmarken.

Von Christian Krollmann.

Die deutschen Ostmarken, Posen sowohl wie Preußen, sind altes deutsches Kolonialland. In der merkwürdigsten Weise offenbart sich diese Tatsache bei einem historischen Überblicke über die Entwicklung der Künste, insbesondere der Baukunst in den zugehörigen Landesteilen. In beiden Gebieten, sowohl in den von den ritterlichen Eroberern und Kolonisatoren des Deutschen Ordens mit gewappneter Hand in Besitz genommenen Landschaften an der unteren Weichsel, Pommerellen, Kulmerland und Pomesanien, die das heutige Westpreußen ausmachen, als auch in den zur Provinz Posen vereinigten Teilen Großpolens und Kujaviens, in denen das ganze Mittelalter hindurch deutsche Geistliche und bürgerliche Kolonisten unter fremden Herrschern einen Abglanz ihrer heimischen Kultur erweckten, ist es im wesentlichen deutscher Geist, der sich in den Bau- und Kunstdenkmälern widerspiegelt. Allerdings in sehr verschiedener Weise.

Bei weitem früher als die eigentlich preußischen Lande, die abgesehen von Gelegenheitsbesuchen des seefahrenden Kaufmanns erst mit dem Beginn der Eroberung durch den Deutschen Orden überhaupt mit dem Deutschtum in unmittelbare Berührung kamen, ist Großpolen, Kujavien und auch Pommerellen von deutscher Kultur beeinflußt worden. Im 12. und 13. Jahrhundert haben die in Großpolen herrschenden Piasten wie ihre Stammesgenossen in Schlesien und wie die slawischen Fürsten in den Ostseeküstenländern mit Hilfe der Kirche die religiösen und wirtschaftlichen Zustände ihrer Länder zu heben gesucht, sie haben dafür gesorgt, daß Großpolen an dem großen deutschen Auswandererstrome, der sich in jenen Zeiten in die weiten Gebiete östlich der Elbe ergoß, seinen vollen Anteil erhielt. Hier, wie im übrigen Kolonisationsgebiete, waren es die Mönchs- und Ritterorden, in erster Linie der jugendkräftig wirkende Orden der Zisterzienser, die sich den Fürsten als Förderer geistiger und wirtschaftlicher Kultur zur Verfügung stellten. Vom Rhein zunächst, dann aus Thüringen, aus Schlesien und aus der Mark Brandenburg kamen die wackeren Mönche in Scharen, gründeten neue Klöster und zogen zur Bewirtschaftung der ihnen überwiesenen Ländereien zahlreiche Bauern in das polnische Land. Indem ihre Tätigkeit das religiöse Bedürfnis steigerte und gleichzeitig die wirtschaftlichen Grundlagen für das kirchliche Leben in ungeahnter Weise hob, gab sie auch den Anlaß zu zahlreichen neuen Kirchenbauten, und zwar im Gegensatz zu dem bis dahin allein in Polen üblichen Holzbau, zu steinernen Kirchenbauten, die allein einer monumentalen Gestaltung fähig sind. Zwar schreibt die Überlieferung schon dem mächtigen und reichen Günstlinge des Herzogs Boleslaus III., dem Grafen Peter Wlast, der um das Jahr 1153 starb, die Errichtung vieler steinerner Kirchen zu. Aber

wenngleich der Ruhm Peters als Kirchengründer nicht zu bezweifeln ist und unter anderm selbst durch ein altes romanisches Steindenkmal an der Klosterkirche zu Strelno beglaubigt wird, so lassen sich doch tatsächlich unter den erhaltenen steinernen Kirchen in Posen keine nachweisen, deren Alter über das letzte Drittel des 12. Jahrhunderts hinausgeht. Die älteste bekannte ist die des Johanniter-Hospitals bei Posen aus dem Jahre 1187.

Indem nun der Schwung, den die aus Deutschland einwandernden Orden in das kirchliche Leben brachten, auch die Weltgeistlichkeit mitriß, entstand im Laufe von etwa zwei Menschenaltern eine ganz stattliche Anzahl steinerner Kirchenbauten, so die Dome zu Gnesen und Posen, die freilich beide in späterer Zeit gründlich umgebaut sind, die stattliche Kollegiatkirche zu Kruschwitz (s. Abbildung), die Klosterkirchen zu Strelno, Mogilno, Tremessen usw., ferner die neuerdings in ihrer alten wuchtigen Gestalt wiederhergestellte Marienkirche in Hohensalza, dem alten Inowrazlaw oder Jung-Leslau, das als Salzort und Residenz der Herzöge von Kujavien schon früh bedeutend war, und noch manches andere Kirchlein von geringerer Bedeutung hie und da im Lande zerstreut. Nach Anlage, Bauweise und künstlerischem Schmucke gehörten sie alle dem voll entfalteten romanischen Stile an und zwar in einer Ausbildung, die unzweifelhaft als Herkunftsländer ihrer Baumeister Niedersachsen, insbesondere Brandenburg, und Schlesien erweist. Unmittelbarer Import aus Niedersachsen ist z. B. die prächtige Erztür am Dom zu Gnesen (s. Abbildung), die durch alle Umbauten bis in die Gegenwart gerettet ist. Wie in Brandenburg, das so ähnliche natürliche Gestaltung aufweist, baute man auch in Posen in Ermangelung eines gefügigeren Materials zunächst mit Granitfindlingen, und ebendorther übernahm man dann auch die Kunst des deutschen Ziegelbaues. Aber es handelt sich hier bei diesen romanischen Bauten nur um manchmal recht gute, immer aber rein handwerksmäßige Übertragung erlernter Formen, geradezu dürftig ist fast überall der architektonische Zierat und der bildnerische Schmuck. Das liegt zum Teil an den natürlichen Verhältnissen, am gegebenen Material, in der Hauptsache aber doch daran, daß der selbstschaffende künstlerische Geist fehlt. Deshalb ermangelt die Baukunst im Posener Lande auch gänzlich jeder landschaftlichen Entwicklung, geschweige denn, daß sie irgend eine Spur von national-polnischem Charakter aufwiese. Und das trifft nicht nur für die bis etwa 1230 währende romanische Epoche zu, sondern auch für alle späteren.

Weist die romanische auf das deutlichste den lebhaften Anteil nach, den Großpolen und Kujavien an dem großen geistigen Aufschwunge hatte, der die Vorwärtsbewegung des Deutschtums nach dem Osten begleitete, so läßt die frühgotische Zeit einen merklichen Rückgang erkennen, trotz der nunmehr in steigendem Maße von den Landesfürsten betriebenen Städtegründungen durch deutsche bürgerliche Einwanderer. Es ist als ob das um diese Zeit begonnene Riesenunternehmen des Deutschen Ordens, die Eroberung und Besiedelung Preußens, den ganzen vorhandenen Überschuß an geistigen Kräften und auch an Anlagekapital, ohne das nun einmal eine Kulturverpflanzung im höheren

Oben: Rathaus zu Posen. Phot. Dr. F. Stoedtner, Berlin.
Unten: Kaiserliches Residenzschloß zu Posen. Phot. Udo Mertens, Posen.

1. Zeughaus zu Danzig, Ostfront. Phot. R. Th. Kuhn, Danzig. 2. Kapitelsschloß und Dom zu Marienwerder. Ansicht von Westen. Phot. Dr. F. Stoedtner, Berlin. 3. Kollegiatkirche zu Kruschwitz, nach Aufnahme im Kaiser-Friedrich-Museum, Posen.

Sinne nicht möglich ist, allein an sich gerissen habe. Erst das Zeitalter der spätgotischen Kunst, das zusammenfällt mit der Epoche des Niederganges des Ordensstaates einerseits und eines gewaltigen politischen und wirtschaftlichen Aufschwunges des polnischen Reiches andererseits, bringt in Posen eine bedeutende Steigerung der Zahl der kirchlichen Bauten und zugleich eine gewisse Blüte der Architektur hervor. Freilich entbehrt sie auch jetzt der Selbständigkeit und erscheint als ein Ableger der glänzend entwickelten märkischen Backsteinbaukunst, so daß z. B. eine der besten Leistungen im Gebiete der Provinz, die Marienkirche in Posen, geradezu als eine unvollkommene Nachahmung der prächtigen Katharinenkirche in Brandenburg anzusehen ist. Demselben Zeitalter gehört auch an, was im Lande an steinernen Profanbauten aus dem Mittelalter erhalten ist. Die von den deutschen Kolonisten nach Art der schlesischen und preußischen angelegten Städte haben, mit Ausnahme vielleicht von Posen, unter der polnischen Herrschaft keine bedeutende Entwicklung gewinnen können. Nur die wenigsten waren in der Lage, sich mit einem steinernen Mauerkranze zu umgeben; und von dem Wenigen, was an städtischen Befestigungswerken vorhanden war, sind nur dürftige Reste auf unsere Zeit gekommen. Ebenso steht es mit den bürgerlichen öffentlichen Gebäuden und Wohnhäusern. Nur in Posen und Fraustadt sind Reste der mittelalterlichen Rathäuser in späteren Umbauten erhalten. Der sarmatische Adel Großpolens im Mittelalter war nicht, wie der deutsche, Burgenbewohner. Erst sehr spät und nur vereinzelt hat er sich bequemt, die Art der Deutschen nachzuahmen und seinen Wohnsitz in steinernen wehrhaften Schlössern zu nehmen. Daher finden wir in Posen noch weniger als im übrigen norddeutschen Flachlande stolze Schlösser, ragende Burgen und malerische Ruinen. Immerhin fehlt es nicht ganz daran. In Gollantsch steht noch ein wehrhaftes Haus im starken Mauerringe, in Schildberg und Boleslawice ragen noch die stolzen Bergfriede zerstörter Schlösser, und in Kruschwitz am Goplosee der sagenumwobene hohe Mäuseturm. Ihrer Bauweise und Anlage nach weisen die Burgruinen Posens auf das Vorbild der deutschen Ordensschlösser.

Auffallend lange hat Posen an der spätgotischen Bauweise festgehalten. Bis tief in das 16. Jahrhundert hinein wurden zahlreiche Kirchen im spätgotischen Stile neu erbaut oder auch umgebaut. Es macht sich darin aber nur das Beharrungsvermögen einer heimisch gewordenen handwerksmäßigen Überlieferung geltend, im Gegensatze zu einer immer neuen Zielen nachstrebenden schöpferischen Kunst. Der Einfluß jener merkwürdigen Nachblüte der spätgotischen Architektur in Sachsen hat sich keineswegs bis Posen erstreckt. Dagegen hat es seinen vollen Anteil davongetragen an den Erzeugnissen einer andern Kunst, die um die Wende des 15. Jahrhunderts in Deutschland ihre schönste Blüte zeitigte, an den Werken der Bildhauerei der Nürnberger Schule. Das polnische Reich stand auf der Höhe seiner Macht. Das Prunkbedürfnis des königlichen Hofes, der Kirchenfürsten und mächtiger Magnaten, die über reiche Mittel geboten, zog zahlreiche deutsche Künstler ins Land oder gab ihrer Kunst in der Heimat Nahrung. So hat Veit Stoß zwanzig Jahre lang in Krakau gelebt und gewirkt und die Werkstatt der Vischer in Nürnberg hat

fast zwei Menschenalter hindurch ihre kostbaren Erzeugnisse auch nach Polen geliefert. In der Provinz Posen findet sich von Veit Stoß das prächtige Marmorgrabmal des Erzbischofs Sbigneus Olesnicki im Adalbertsdom zu Gnesen, von Peter Vischer eine ganze Reihe von hervorragenden Messinggrabplatten im Dom zu Posen, darunter die herrliche Reliefplatte für den Domherrn Bernhard Lubranski (s. Abbildung), andere Platten in der Dominikanerkirche daselbst, in Samter das Denkmal des Woywoden Andreas Szamotulski und in Tomice das des Nikolaus Tomicki. Der Einfluß der beiden großen Meister läßt sich auch an einer Reihe von plastischen Erzeugnissen unbekannter Herkunft erkennen. Aber auch schlesische und niederdeutsche Künstler haben auf diesem Gebiete ihren Tribut nach Posen geliefert.

Bei den jüngeren unter den genannten Werken Peter Vischers machen sich schon mehr und mehr die Einflüsse und schließlich, in dem Grabmal des Tomicki von 1524, der volle Sieg der Renaissance bemerkbar, so daß Posen sich rühmen kann, einige der ältesten auf deutschem Boden entstandenen Werke des neuen Stiles zu besitzen. Und mit diesen gleichzeitig und konkurrierend tritt auch schon die italienische Renaissancekunst in der Provinz auf. Von einem Florentiner Künstler rühren die feinen Grabplatten her, welche der Erzbischof Johannes Laski im Jahre 1510 für sich und mehrere ihm nahestehende Personen im Gnesener Dome anbringen ließ. Während dieses Beispiel im allgemeinen keine Nachahmung fand, haben die geistlichen und weltlichen Aristokraten Großpolens während des ganzen 16. Jahrhunderts eine besondere Vorliebe gezeigt für jene dekorative Art der Wandgrabmäler, wie sie in Italien um die Wende des 15. Jahrhunderts üblich war: der Verstorbene in einer Nische auf einem Prunksarge aufgebahrt, oder auf Kissen friedlich schlummernd, wobei zuerst das Hauptgewicht auf die plastische Darstellung, später mehr auf die architektonische Umrahmung gelegt wurde. Derartige Denkmäler fanden eine außerordentliche Verbreitung in der Provinz und über ihre Grenzen hinaus nach Preußen. Hergestellt wurden sie anfangs ausschließlich und auch später noch häufig von italienischen Künstlern, unter denen der in Krakau lebende Meister Hieronymus Canavesi hervorragte, aber ihre Zahl ist so groß und die handwerksmäßige Wiederholung nimmt schließlich so überhand, daß man eine ausgedehnte Einschulung einheimischer Handwerker auf die italienische Art annehmen muß. Bis in die Zeit der Spätrenaissance, noch in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts läßt sich, wenn auch in wechselnden Typen, der italienische Einfluß nachweisen, ohne daß er freilich jemals die deutsche Renaissancekunst auf diesem Gebiete gänzlich ausgeschlossen hätte.

Merkwürdiger Weise blieb die eigentliche kirchliche Architektur, abgesehen von ein paar kleinen Grabkapellen, von italienischen Einflüssen während des 16. Jahrhunderts so gut wie gänzlich unberührt, bewegte sich vielmehr, wie bereits erwähnt, noch durchaus in den Bahnen der heimischen Spätgotik. Dagegen hat die Stadt Posen den Ruhm, in ihrem Rathause ein Werk der Profanbaukunst zu besitzen, das sich der Reihe jener hervorragenden Munizipalpaläste, die das Zeitalter der Renaissance auf deutschem Boden geschaffen hat, würdig anschließt. Das ursprüngliche Rathaus, um die

Wende des 13. Jahrhunderts von den deutschen Einwanderern erbaut, und zweihundert Jahre später einem spätgotischen Umbau unterworfen, brannte im Jahre 1536 aus. Nach einer notdürftigen vorläufigen Wiederherstellung entschloß sich der Rat im Jahre 1550 zu einem durchgreifenden Um- und Erweiterungsbau. Er übertrug das Werk dem Architekten Giovanni Battista di Quadro aus Lugano. Seine Hauptaufgaben waren dieselben, wie sie sich bei den vielen andern Umbauten deutscher Rathäuser ergaben, die durch den Wechsel des Geschmackes und das Anwachsen der Bedürfnisse für den öffentlichen Verkehr damals hervorgerufen wurden, die Anlage einer offenen Halle in der Front des Gebäudes und die Schaffung eines geräumigen und prunkenden Saales für die Sitzungen des Rates und die Feste der wohlhabenden Bürgerschaft. Für die erstere Aufgabe fand der Künstler eine wahrhaft monumentale Lösung, indem er die Hauptfront in eine offene Bogenhalle von drei Geschossen ausgestaltete, von denen das oberste, um dem Ganzen eine größere Leichtigkeit zu geben, die doppelte Anzahl halb so breiter Bogen hat, wie die beiden unteren. Über dem dritten Arkadengeschoß steigt, etwas zurückgesetzt, noch eine hohe, in einem Palmettenkranz endigende Blendmauer auf, welche das Dach verbirgt. Sie trägt in der Mitte ein etwas vorgekragtes Türmchen und ist auf beiden Seiten von kleinen, auf der dritten Bogenreihe aufsitzenden Türmen flankiert. Dieser Turmschmuck ist malerisch wirksam, aber nicht italienisch gedacht, er ist daher wohl als das Ergebnis einer Erinnerung an Ecktürme des gotischen Baues anzusehen, die dieser gleich ähnlichen Rathäusern in Danzig, Thorn usw. gehabt haben wird. Auch in kleinen Einzelheiten der Arkadenführung, so daß die Bögen nicht als Halbkreise nach italienischer Art, sondern als Stichbogen ausgebildet sind, verrät sich ein gewisses Streben nach Anpassung an die deutsche Auffassung (s. Abbildung). Dagegen erscheint der große Prunksaal als ausgeprägtes Beispiel italienischer Hochrenaissance. Es ist ein schön abgemessener Raum, der die ganze Breite des Gebäudes einnimmt, in der Mitte geteilt durch zwei steinerne Pfeiler, die das busige Spiegelgewölbe tragen. Das Gewölbe ist in Felder verschiedener Gestalt gegliedert, die mit Reliefdarstellungen und Ornamenten prächtig geschmückt sind. Der stattliche Turm, welcher die Front so malerisch überhöht, ist in seinen unteren Geschossen gotisch, wieviel an dem oberen Aufbau noch dem Giovanni Battista di Quadro zuzuschreiben ist, läßt sich nicht sagen, da er mehrfachen späteren Umbauten ausgesetzt war. Trotzdem der Künstler Stadtbaumeister von Posen wurde und lange Jahre dort gelebt hat, ist sein Werk ohne Einfluß auf die lokale Entwicklung geblieben, ebenso wie die anderen versprengten Schöpfungen italienischer Meister auf deutschem Boden. Das Rathaus ist im Jahre 1911 im Inneren und Äußeren durchgreifend und sachgemäß wiederhergestellt worden.

Es war aber unmöglich, daß eine Landschaft wie Posen, die sich auf dem Gebiete der Kunst immer nur empfangend, nicht selbständig schaffend und entwickelnd bewährte, sich auf die Dauer den Einflüssen der in den Nachbarländern herrschenden Stilrichtungen hätte entziehen können. So sehen wir denn gegen Ende des 16. Jahrhunderts und in der ersten Hälfte des 17. auch in dem so lange

gotisch gebliebenen Kirchenbau immer mehr die Formensprache der deutschen Renaissance, hauptsächlich in der westpreußischen, d. h. im wesentlichen Danziger Art, Platz greifen. Schließlich gehen die Dinge denselben Gang wie im westlichen Deutschland, von der Hoch- zur Spätrenaissance, weiter zum Barock und Rokoko, und schließlich zum Klassizismus. Und wie in den katholischen Ländern des heiligen römischen Reiches nach dem westfälischen Frieden die siegreich gebliebene Gegenreformation ihrer Zusammengehörigkeit mit Rom auch dadurch entschlossenen Ausdruck gab, daß sie sich bei ihren zahlreichen und gewaltigen Kirchenbauten eng an die Vorbilder der italienischen Hochrenaissance und des römischen Barocks anschloß, so hat es auch in Posen um dieselbe Zeit an einer ähnlichen Bewegung, die in der Hauptsache von den geistlichen Orden getragen wurde, nicht gefehlt. Ihr verdankt der prächtige, 1651 begonnene Neubau der Kirche des Zisterzienserklosters Priment ihre Entstehung, der wegen seiner stattlichen und vornehmen Anlage und des einheitlich zum Ausdruck gebrachten Stilcharakters nicht mit Unrecht als die schönste Kirche der Provinz angesehen wird. Wenngleich noch eine Reihe anderer Kirchen, so die katholische Pfarrkirche zu Lissa, die Jesuitenkirche in Posen u. a. m. teils unmittelbar auf italienische Architektur, teils auf bestimmte Vorbilder in Italien zurückgehen, so haben doch die jammervollen Zustände in der Zeit des Niederganges des polnischen Reiches Entwicklung und Ausleben dieser spezifisch katholischen Richtung verhindert. Die protestantische Kirche, viel bedrückt wie sie in Posen war, ist im allgemeinen überhaupt nicht in der Lage gewesen, Gotteshäuser von künstlerischer Gestaltung zu schaffen, die wenigen Ausnahmen, wie die Kreuzkirche in Lissa und die späte Kreuzkirche in Posen, weisen auf deutsche Vorbilder westlich der Oder. An den Luxusbauten der großen Magnaten des polnischen Reiches hat die Provinz keinen Teil gehabt, man sucht hier vergeblich nach einem Herrensitze, der sich mit den Palästen Warschaus, mit Sofijowka oder Pulawy vergleichen ließe. Das stattlichste Schloß Posens, Reisen, ist von sächsischen Baumeistern erbaut, Pawlowitz nach ostpreußischen Vorbildern. Seit dem Beginne der preußischen Herrschaft hat die Provinz auch auf dem Gebiete der Kunst in jeder Hinsicht die Entwicklung im Gesamtstaate geteilt. Ein hervorragendes Beispiel moderner Baukunst der jüngsten Zeit ist das Kaiserliche Residenzschloß in Posen (s. Abbildung).

Den wundersamsten Gegensatz zu dem Gange der Dinge in Posen bildet die Entwicklung der Kunstgeschichte in der altpreußischen Ostmark, dem ehemaligen Ordenslande. Während dort allezeit ein lediglich aufnehmender, konsumierender, bestenfalls reproduzierender, nie ein selbständiger, produzierender, schöpferischer Geist herrscht, pulsiert hier im Anbeginn lebendigstes Leben, schöpferische Kraft, selbständige Tat und fortschreitende Erfindung. Im Enthusiasmus großer Taten wurde aus westlichen Gedanken eine autochthone Kunst gezeugt, deren Werke noch heute, soviel ihrer auch schon durch der Zeiten Ungunst in Ruinen zerfallen sind, eine welthistorische Idee widerspiegeln und neuen Enthusiasmus zu zeugen im stande sind. Neuland war es, das die an die Weichsel vorrückenden deutschen Ritter durch die Eroberung Preußens dem Deutschtume und der mitteleuropäischen

Kultur erschlossen. Neuland hatte dort auch die deutsche Kunst zu pflügen. Nur wenige Jahre bevor er die Eroberung Preußens begann, hatte der Deutsche Orden im Morgenlande seine gewaltige Burg Starkenberg (Montfort) in deutschem gotischen Stile erbaut, „ein Schloß von den Ufern des Rheins nach Syrien verpflanzt". Aber wie man an den Ufern des Rheins baute, wie man auch in Syrien bauen konnte, ging es nicht in Preußen. Hier gab es nicht wie dort hohe Bergkuppen und steile Felskegel, auf denen man in stolzer Sicherheit gewaltige Mauern türmen konnte, hier gab es kein gewachsenes Gestein, woraus man eisenfeste Quadern für den Bau der Mauern und Gewölbe gewinnen mochte. In Preußen gab es nur Lehm und Sand und ungefüge Granitfindlinge. Wollte man bauen, so mußte es mit Backsteinziegeln geschehen. Die junge deutsche Gotik aber, in Hausteinländern groß geworden, hatte sich mit der Backsteintechnik noch nicht abgefunden, sie wurde also in Preußen vor ganz neue Aufgaben gestellt.

Da der Orden sozusagen eine fertige Staatsidee mitbrachte, die Ausbreitung der christlichen Religion durch Eroberung und Kolonisation des Landes vermittelst Ansiedlung deutscher Ritter und Bauern und bürgerlicher Gemeinwesen in nach deutscher Art verwalteten und befestigten Städten, so hatten seine Baumeister von vornherein dreierlei Bedürfnisse zu befriedigen, das des religiösen Kultus durch Kirchen, das der Wehrhaftigkeit durch Burgen und Stadtbefestigungen und die des bürgerlichen Lebens durch Rathäuser, Kaufhäuser usw. Die wunderbare innere Verfassung des Ordens aber, jene seltsame Verquickung mönchischen Lebens mit den Aufgaben ritterlicher Kämpfer bedingte für seine eigenen Niederlassungen, die Konventshäuser, eine nicht weniger merkwürdige Verbindung der dem gemeinsamen religiösen Leben gewidmeten klosterähnlichen Anlage mit dem zu Schutz und Trutz dienenden Wehrbau. Die Lösung dieser schwierigen Aufgabe wurde schließlich gefunden in der typischen Ordensburg, mit der die gotische Baukunst in Preußen nicht nur, sondern im ganzen Gebiete des Backsteinbaues schließlich ihren Gipfelpunkt erreichte.

Selbstverständlich hat sich der Orden in den ersten Jahren des Eroberungskampfes um ein fernes Land, das keinen Steinbau kannte, mit Holz- und Erdwerken behelfen müssen, aber dank dem wunderbaren Organisationstalent seiner Führer hat er doch früher als man in Anbetracht seiner schwierigen Lage und der Hindernisse, die in der mühseligen Beschaffung des Baumaterials begründet waren, vermuten sollte, mit der Aufführung steinerner Kirchen- und Befestigungsbauten begonnen. Schon um 1244 wurde in Preußen mit Ziegeln gebaut. Die Befestigung der Städte und die Errichtung der Ordensburgen folgte dem Zuge der Eroberung, die sich ihrerseits an die Wasserstraßen hielt, also von Thorn beginnend die Weichsel abwärts: Birgelau, Kulm, Graudenz, an der Nogat Marienburg, Elbing am Elbingflusse, am Haff Balga, Brandenburg, Königsberg, Lochstedt. Von diesen Punkten aus drangen die Eroberer dann weiter in das Innere des Landes ein, und wie in Schwaben und im Elsaß die Staufer ihre Gewalt mit planmäßigen Burgenbauten über das ganze Land hin stützten, so

daß man Barbarossas Vater nachsagte, er schleife am Schweife seines Rosses stets eine Burg nach sich, so schienen auch die Streitrosse der deutschen Ritter in Preußen die Burgen und Städte aus dem Boden zu stampfen. 25 Burgen und ebensoviel Städte entstanden im 13. Jahrhundert, etwa 50 Städte und 40 Burgen kamen im nächsten noch hinzu. Der Planmäßigkeit der Begründung entsprach die planmäßige Ausführung der Bauwerke. Der Orden betrachtete sich überall als Bauherrn, er schrieb den Städten vor, wie sie bauen sollten, und unter seinem Einflusse standen auch die Kathedralen und Schlösser in den Bistümern. Daher zeigt die Baukunst in Preußen bis zum Sturze des Ordens, rund zwei Jahrhunderte hindurch, eine gleichmäßige, durchaus geschlossene Entwicklung, in der sich überall und dauernd ein bestimmender Wille kundgibt, eine in ähnlicher Art wohl nur im antiken Orient wiederkehrende Erscheinung.

Die Reste der ältesten steinernen Ordensburgen — Thorn, Balga, Brandenburg — lassen deutlich erkennen, daß man in zwei wesentlichen Punkten zunächst eng an die bautechnische Überlieferung des Mutterlandes anknüpfte: in der Grundrißbildung und in der Anwendung gewisser Prinzipien des Hausteinbaues auf Konstruktion und Ornament. Der deutsche Burgenbau pflegte sich in der Grundrißgestaltung sorgsam dem Gelände anzupassen, so daß die Unregelmäßigkeit des Grundrisses sozusagen zum Prinzip erhoben zu sein schien. Dementsprechend erhielten auch die ersten Ordensburgen durchaus unregelmäßige Grundrisse. Daraus ergaben sich aber nicht nur technische Schwierigkeiten bei der Bauausführung mit Backsteinziegeln, sondern es erwies sich auch als sehr störend in Hinsicht auf die Anordnung der Räume, die nach den Vorschriften des klösterlichen Zusammenlebens erforderlich waren. So ging man denn sehr bald zur regelmäßigen Grundrißanlage der Konventshäuser über, indem man nach Art der Zisterzienserklöster rechteckige Baulichkeiten um einen viereckigen, meist fast quadratischen Hof zu einer geschlossenen Baumasse gruppierte und mehr oder weniger auf die Vorteile des Geländes verzichtend die Festigkeit mehr in der Geschlossenheit des Gesamtbaues, in der Tiefe und Breite der gemauerten Gräben und in der Dicke und Höhe der Außenmauern suchte. So entstanden jene gewaltigen Schlösser, die zwar nicht den malerischen Reiz der unregelmäßig auf unebenem Gelände sich aufbauenden altdeutschen Burgen haben, aber doch durch die gewaltige Wucht ihrer die Landschaft weithin beherrschenden regelmäßigen Masse einen überwältigenden Eindruck machen.

In konstruktiver Hinsicht machte sich das Vorbild des Hausteinbaues zuerst noch geltend in den schweren Kreuzgewölben mit starkprofilierten Rippen. Dazu brauchte man aber Anfängerblöcke aus Haustein von beträchtlichen Abmessungen, Haustein aber war in Preußen nicht zu haben; griff man in dieser Verlegenheit zum Surrogat und verwandte man Tonblöcke, wie es auch in Posen bei den romanischen und frühgotischen Bauwerken manchmal geschah, so ergaben sich neue technische Schwierigkeiten bei deren Herstellung. Man kam daher auf den Ausweg, die großen Kappen der Kreuzgewölbe in mehrere kleinere Felder zu zerlegen, die sich ohne schwere Gurten ausführen ließen, und erfand so das figurierte Gewölbe, das Sterngewölbe. Diese Erfindung ist ein natürliches Ergebnis in fortschreitender Backstein-

bautechnik und ist zweifellos im Ordenslande, wo zuerst sozusagen grundsätzlich und systematisch in Backstein gebaut wurde, gemacht worden. Schon eines der ältesten Bauwerke Preußens, der gegen 1250 erbaute Chor der altstädtischen Pfarrkirche St. Johannis in Thorn, weist im Mitteljoch ein einfaches Sterngewölbe auf; sehr bezeichnend für die schrittweise Ausbildung der Erfindung ist der Chorschluß der Schloßkapelle in Lochstedt, dem der der Marienburger Schloßkirche in ihrer ursprünglichen Gestalt entsprach (1200—1270). Eine reichere Entwicklung zeigen dann schon die Sterngewölbe in Kapelle und Kapitelsaal des Schlosses Reden (um 1295) und die des Kapitelsaals des Zisterzienserklosters Pelplin, der etwa gleichzeitig mit Reden erbaut, ursprünglich wohl als Kapelle gedient hat. Es ist bezeichnend für die Kraft, mit der der Einfluß der Ordensbaukunst um sich griff, daß das in Pommerellen gelegene Kloster nicht etwa nach dem Vorbilde seines Mutterklosters Doberan oder anderer Zisterzienserklöster der norddeutschen Backsteinländer gebaut wurde, sondern im engsten Anschlusse an die Technik und Formengebung der Bauten des Deutschen Ordens in Preußen. Aus dem Sterngewölbe entwickelte sich schließlich ebenso autochthon das elegante Palmgewölbe, bei dem die feinen Rippen wie ranke Zweige eines Palmbaues aus schlanken und doch kraftvollen Mittelpfeilern emporzusprießen scheinen. Diese reizvolle Abart des Sterngewölbes erreicht seine schönste Blüte in dem 1310 erneuerten Kapitelsaal des Hochschlosses zu Marienburg und seinen Gipfelpunkt, über den hinaus eine weitere Entwicklung nicht mehr möglich scheint, im feierlichen Großen Remter des Mittelschlosses, der seine Ausgestaltung um 1330 erfuhr. Eine besondere preußische Eigentümlichkeit ergibt sich aus der merkwürdigen Verwendung des Sterngewölbes beim Chorschluß kirchlicher Bauwerke. In überwiegender Zahl weisen die Kirchen und Kapellen des Ordenslandes einen rechteckigen, geraden Chorschluß auf, der der Backsteintechnik besser angepaßt war als polygone oder halbrunde, und die beste Gelegenheit gab zur Entwicklung hochstrebender Ziergiebel, wie sie z. B. die Marienkirche und die herrliche St. Jakobskirche in Thorn haben. Hinsichtlich des inneren Raumabschlusses wirkt aber die gerade Ostwand ohne Zweifel nüchterner und weniger weihevoll als eine polygone Gestaltung des Chores, durch welchen vor allen Dingen eine feinere Tiefenwirkung erzielt wird. Da fanden die Ordensbaumeister den Ausweg, in den rechteckigen Raum ein polygones Sterngewölbe so geschickt hineinzukomponieren, daß der Eindruck einer schöneren vieleckigen Raumendigung hervorgerufen wurde, so in der Kapelle zu Lochstedt, in der St. Jakobskirche in Thorn und im Kapitelsaale zu Pelplin. Wie in diesem Falle, so wurde je länger je mehr das aus konstruktiven Gründen erfundene figurierte Gewölbe zu einem wundervollen Mittel, ästhetische Wirkung zu erzielen. Die Glanzleistungen der Ordensbaukunst, der Kapitelsaal des Hochschlosses, der Große Remter und schließlich Meisters Sommerremter und Meisters Winterremter im Hochmeisterpalast haben ihren schönsten und den Gesamteindruck durchaus beherrschenden Schmuck in ihren köstlichen Gewölbesternen, deren zartes und doch kraftvoll wirkendes Gespinst, aus eisenschlanken Granitpfeilern hervorquellend, die Räume mit ebenso erhabener wie heiterer Pracht überzieht.

Dem schöpferischen Geiste, der während der Blütezeit der Ordensbaukunst sich so in Erfindung und Entwicklung grundlegender Ideen kundgab, entsprach eine hervorragende Sorgfalt aller handwerklichen Leistungen, sowohl hinsichtlich der Mauertechnik, welche auch die für die Backsteinländer charakteristische, schmückende Flächengliederung durch Blenden und Nischen einschließt, als auch in bezug auf die Ornamentik des Details. Letztere lehnt sich in ihren Formen fast unmittelbar an die Kunst der Hausteinländer, insbesondere des Rheinlandes an. Man beschränkte sich daher auch keineswegs auf Verwendung gebrannter Formsteine, wozu beim Ziegelbau die Versuchung stets nahe liegt, sondern benutzte zu Zierstücken für die Gewände der Türen, für das Maßwerk der Fenster und Zierblenden, für die Kapitelle der Pfeiler und die Kragsteine der Gewölbedienste einen Kalkstein, der mit großen Kosten aus Estland und Gotland bezogen wurde, oder man half sich mit Surrogaten, Ton oder Stuck, ohne daß indessen der künstlerische Charakter der Ornamente darunter gelitten hätte. Denn das ist das Wesentliche der Blütezeit, daß man jeder Zwangslage gewachsen war, erfinderisch scheinbar unzulänglichen Mitteln das Beste abgewann, daß alles, was man anfaßte, wahre Kunst wurde. Man lernte den rohen Ton derartig zu behandeln, daß es möglich wurde, ihn in trockenen Blöcken mit Schnitzmesser und Meißel in der Weise des Holzschnitzers zu skulpieren und dann ohne Einbuße zu brennen, so daß das fertige Werk feinste künstlerische Durchbildung mit unbegrenzter Dauerhaftigkeit vereinte. Ebenso verstand man einen vorzüglichen Stuck zu bereiten, der frisch schneidbar war und eine feine Bearbeitung vertrug, mit der Zeit aber eine außerordentliche Stärke und Haltbarkeit erhielt. An den prächtigsten Dekorationsstücken, die sich in den Ordensbauten finden, wie z. B. an der goldenen Pforte der Schloßkirche zu Marienburg und am ursprünglichen Portal der Lochstedter Kapelle, sehen wir alle genannten Materialien, Haustein, Ton und Stuck in Verbindung mit glasierten farbigen Formsteinen zugleich angewandt, wodurch die prächtigsten Farbenwirkungen erzielt werden, ohne daß die Verschiedenheit der Stoffe bei der meisterhaften Behandlung die Harmonie des Ganzen zu stören vermöchte.

Überhaupt spielt die Farbe bei den Ordensbauten innen und außen eine große Rolle. Man liebt es, die tiefroten, von weißen Putzblenden unterbrochenen Mauerflächen durch den Einschuß anders gefärbter Ziegel zu schmücken, sie mit einem Rautenmuster schwarzglasierter Steine zu überziehen, Portale und Fenster mit lebhaft grün- und gelbglasierten Ziegeln zu betonen und mit dunkelbraunen Tonfriesen Horizontalgliederung zu schaffen. Ein dem Ordenslande besonders eigentümlicher Schmuck sind die Inschriftenfriese aus farbig glasierten Buchstabensteinen, die einen frommen Spruch oder Angaben über die Erbauung des betreffenden Gebäudes enthalten. Beispiele davon sind noch erhalten an der St. Jakobskirche in Thorn, an Portalen und Fenstern in Lochstedt, am Tor der Ruine des Schlosses Birgelau, in Pelplin usw. Man will in diesen Friesen orientalische Einflüsse wiedererkennen, aber nötig ist es nicht, solche anzunehmen, da es bei der sonst so vielfach erwiesenen künstlerischen Leistungsfähigkeit und Erfindungsgabe der Ordensbaumeister gewiß keiner äußeren Einwirkung bedurfte, einen so nahe liegenden Gedanken in die Tat umzusetzen.

Für das Deutschtum in der Ostmark ist es eine besondere Gunst des Schicksals gewesen, daß die hervorragendste Schöpfung der Ordensbaukunst, die Marienburg, die schon dem Deutschen Orden selbst als ein köstlichstes Kleinod und Palladium galt, unter der Ungunst der Zeiten weniger gelitten hat, als so viele andere schöne Werke jener großen Epoche, und in einem solchen Zustande auf uns gekommen ist, daß eine Wiederherstellung in alter Pracht und Herrlichkeit möglich war. So sehen wir denn das gewaltige Schloß, das an Größe und Schönheit in ganz Europa seinesgleichen sucht, heute fast ganz so wieder vor uns prangen, wie es vor mehr als einem halben Jahrhundert von den Helden des Ordens mit unvergleichlicher Kraft und Kunst emporgetürmt wurde. Im ersten Wehen der Romantik wurde die Idee der Wiederherstellung der Marienburg gefaßt, die nationale Begeisterung nach den Befreiungskriegen trieb das preußische Volk zur Tat, und schließlich hat ganz Deutschland mit einhelligem Eifer und unermüdlicher Hingebung zusammengewirkt, um seiner Pflicht der Dankbarkeit gegen seine großen Vorfahren, die wahren Mehrer des Reichs, in diesem einzig dastehenden Werke ein Denkmal zu setzen. Wenngleich die Marienburg durch ihre Größe und Pracht unter den Bauwerken des ehemaligen Ordenslandes ohne Zweifel eine Ausnahme bildet, so ist sie doch, da ihre Baugeschichte fast die ganze Zeit lebendiger Bautätigkeit der Deutschen Ritter umfaßt, mehr als alle anderen geeignet, um an ihrem Werdegange ein gedrängtes Bild der Kunstgeschichte des Ordens zu entwickeln.

Nicht von vornherein war die Marienburg bestimmt, eine Ausnahmestellung unter den Burgen Preußens einzunehmen. Als man um das Jahr 1270 sich anschickte, die schon etwa 10 Jahre früher zur Sicherung der Verbindung zwischen dem Kulmerlande und den Haffgauen am Ufer der Nogat begründete Feste in Stein aufzuführen, waltete dabei keine andere Absicht ob, als ein neues Konventshaus zu schaffen, in dem ein Komtur an der Spitze eines Konventes von 12 Brüdern walten sollte. Schon mehrere derartige steinerne Komtursitze bestanden damals in den eroberten preußischen Landschaften oder waren wenigstens schon im Bau begriffen, so daß bereits genügende Erfahrung über die zweckmäßigste Anlage gesammelt war. Wie die anderen Konventshäuser bestand die Marienburg aus Haupthaus oder Hochschloß und Vorburg. Das Hochschloß bildete ein Gebäudeviereck von bedeutenden Dimensionen (rund 55:60 m Seitenlänge), dessen Außenmauern, oben von einem Wehrgange gekrönt, nach allen Seiten in trotziger Geschlossenheit gleichmäßig hoch emporragten. Die Ecken waren mit Giebeln und Türmchen geziert. Ringsherum ging ein breiter ummauerter Zwinger, in der Ordenssprache der Parcham genannt, vor diesem lag ein breiter und tiefer, ausgemauerter, aber trockener Graben, davor wieder ein Graben mit fließendem Wasser, der nur auf der Nordseite fehlte. Hier deckte die Vorburg das Hochschloß, im Westen die Nogat und im Süden die sehr bald nach der Begründung der Burg entstandene Stadt Marienburg.

In das so vielfach geschützte Schloß führte ein einziger Zugang von der Vorburg aus über Hausgraben und Parcham vermittelst einer hölzernen Brücke.

Das niedrige Tor lag in der westlichen Ecke der Nordwand in einer hohen, bis zum Wehrgang hinaufreichenden Nische, durch die mannigfaltigsten Verteidigungseinrichtungen wohl verwahrt; von ihm führte zwischen Wachtstuben hindurch ein gewölbter Gang schräg auf die nordwestliche Ecke des inneren Hofes. Diesen umgab auf allen Seiten ein Kreuzgang in zwei Geschossen, zum Teil gemauert und gewölbt, zum Teil aus Holz gezimmert, welcher die Verbindung mit und unter den Innenräumen der vier Flügel herstellte. Im Erdgeschoß befanden sich außer den Wachtstuben und einem Gefängnisse nur Wirtschaftsräume, die Konventsküche, Speicherkeller usw., dazwischen Eingänge zu den tiefer liegenden Lagerkellern. Alle diese Räume waren mit einfachen oder gekreuzten Tonnengewölben eingedeckt, die zumeist auf stämmigen Granitpfeilern ruhten. Sämtliche dem gemeinsamen klösterlichen Leben der Ordensbrüder dienenden Gemächer lagen im Hauptgeschoß, zu dem die Treppe im Kreuzgange emporführte, getrennt vom Lärm und Leben der Außenwelt: in dem durch die Vorburg geschützten Nordflügel die Kapelle und der Kapitelsaal, im Westflügel Wohnräume für den Komtur und vielleicht auch noch für einen anderen hohen Beamten, den Landmeister oder den Ordensmarschall, Absteigequartiere, wie sich solche auch auf anderen Burgen fanden, im Südflügel der Konventsremter und im Ostflügel der gemeinsame Schlafsaal, das Dormitorium. Über den Räumen des nördlichen und westlichen Flügels befanden sich noch Speicher und Wehrgänge, die von dem hohen Satteldache mit bedeckt wurden, der Süd- und der Ostflügel waren nicht zu voller Höhe angebaut, ihr Pultdach lehnte innen an der Außenmauer, auf der der Wehrgang unter eigener Bedachung umlief. Der Vierflügelbau ermöglichte es, einzelne Flügel einstweilen unausgebaut zu lassen, um sie nach Bedarf in späterer Zeit zu vollenden. Bei manchen Schlössern, wie z. B. Soldau, Allenstein, Rössel u. a. m. sind überhaupt nur zwei oder drei Flügel zur Vollendung gelangt. In der Südwestecke des Hauptgeschosses führte ein langer Gang auf mächtigen, hohen Bogen über den Parcham und den inneren Graben hinweg zu einem starken Außenturme, dem sogenannten Danzker, der aber nicht, wie andere Türme, Verteidigungszwecken diente, sondern lediglich als Kloake; er stand im äußeren Graben, und durch ihn hindurch ging ein die Spülung besorgendes schnellfließendes Mühlengerinne.

Die Vorburg, nach außen durch turmbewehrte Mauern und Wassergräben geschützt, enthielt Ställe, Speicher, Werkstätten und andere Wirtschaftsgebäude, denn ein Konventshaus, als Sitz einer Komtur, war nicht nur eine wichtige Festung, sondern auch der Mittelpunkt eines großen Verwaltungsbezirkes, wo die Abgaben der Untertanen zusammenströmten, gespeichert und verwertet, und von wo aus bedeutende Domiantländereien mit eigenem Betriebe bewirtschaftet werden mußten.

In Anlage und Ausdehnung stimmt die ursprüngliche Marienburg mit den anderen gleichzeitig oder wenig später errichteten Konventshäusern wie Lochstedt, Tapiau, Reden usw. wesentlich überein, ebenso aber auch in der künstlerischen Ausgestaltung der einzelnen Bauteile, so daß man versucht ist, sie alle

auf einen Meister zurückzuführen. Namentlich die Schloßkapellen zeigen in Anlage und Schmuck weitgehende Übereinstimmung, überall den gleichen Geist künstlerischer Sorgfalt und Sinnigkeit, dessen feines Empfinden trotz eines achtunggebietenden Reichtums in den Einzelheiten doch immer jenen Spruch widerklingen läßt, der als Inschriftfries den Remtereingang zu Lochstedt ziert: „Maze ist zu allen Dingen gut." Weniger im einzelnen bildnerischen Schmuck, bei dem das Spiel der Phantasie zu lebendig ist, als in der ganzen Komposition der Gewände verrät die Goldene Pforte zu Marienburg die innigste Verwandtschaft mit dem Kapellenportal zu Lochstedt, hier wie dort findet sich die eigenartige Gliederung der westlichen Innenwand mit der Empore, hier wie dort dieselbe Erfindung in der Gewölbebildung. Die Goldene Pforte, ein tiefer Portalbau mit Gewölbe vor dem Hauptbogen, hat ihren Namen von dem reichen und würdigen Schmuck, der von ihren Gewänden den Eintretenden begrüßt. Die Seitenwände sind mit farbigen Kacheln belegt, darüber erheben sich zwischen Maßwerk plastische Gruppen (Darstellung Christi im Tempel). Den Hauptbogen tragen schlanke Kalksteinpfeiler, die mit phantastischen Figuren und schönen Blattwerkornamenten abschließen, in den Bogenläufen stehen unter kleinen Baldachinen die Figuren der klugen und törichten Jungfrauen, der Kirche und Synagoge, im Schlußstein die Gestalt Christi.

Selbstverständlich ist auch eine weitgehende Übereinstimmung der Ordensschlösser untereinander in ihrer ganzen äußeren Erscheinung: die wuchtige Masse des viereckigen Hochschlosses mit den kräftig betonten Ecken, der weit ausgebaute Danzker mit dem Bogengange, die langen geraden Linien der mit Türmen gegliederten Vorburgmauern finden sich überall wieder. Einen besonderen Reiz erhielt die kraftvolle Silhouette der meisten Burgen noch durch den mächtigen Hauptturm oder Bergfried, der mit seiner gewaltigen Höhe noch die hohen Dächer des Hochschlosses weit überragte. Er stand entweder in einer der Ecken des Hauses, doch von Grund aus sich selbst entwickelnd, wie in Strasburg, Reden und Graudenz, oder außerhalb desselben an der dem Angriffe am meisten ausgesetzten Seite, wie in Gollub, und diente als letzte Zuflucht, wohin man sich in der Not zurückzog, wenn der Feind etwa schon in die Burg eingedrungen sein sollte, und als Wartturm zur Beobachtung der Umgegend. An der Marienburg läßt sich ein solcher Bergfried nicht nachweisen, sei es, daß sie niemals einen gehabt hat, sei es, daß er bei den Umbauten des 14. Jahrhunderts gänzlich verschwunden ist. Der schlanke Turm, der heute noch neben der Schloßkirche emporragt, ist kein Bergfried, da er nicht verteidigungsfähig ist, und stammt auch nicht aus der ersten Bauperiode des Schlosses.

Weniger leicht als die äußere Gesamterscheinung läßt sich die dekorative Ausgestaltung der Außenseiten der Baukörper bei den einzelnen Schlössern vergleichen, da die meisten in Ruinen liegen oder zum mindesten weitgehende Einbußen an ihrer Zier erlitten haben. Nur die Nordfassade des Hochschlosses Marienburg läßt heute noch im wesentlichen ihre ursprüngliche Gestaltung sicher erkennen. Einfachheit und Ruhe spricht sich in ihr aus, wie es der Zweck

des Wehrbaues erforderte. Die hochgelegenen spitzbogigen Fenster spiegeln die Teilung der Innenräume wider, ein kräftiger Tonplattenfries unterhalb der Wehrgangluken hebt ihren Abschluß nach oben hervor, der Eingang wird durch die ebenso malerische, wie wehrhafte Tornische, an der ein einfacher Schmuck durch verschiedenartige, die Spitzbogen der Nische und des eigentlichen Tores umziehende Friese nicht gespart ist, wirkungsvoll betont, und schließlich erheben sich die Flanken in feingegliederten, turmähnlichen Giebeln zierend zu beiden Seiten des schweren Daches, dessen Wucht gemildert erscheint durch die dicht unter ihm herstreichende Reihe der offenen Wehrgangluken. Die Ruinen der übrigen Schlösser aus der Landmeisterzeit lassen ohne Bedenken auf eine gleichartige Gestaltung schließen.

Wenngleich die große und tatenreiche Zeit des Kampfes und der Eroberung naturgemäß in den Burgen des Ordens ihre augenfälligsten Baudenkmäler hinterlassen hat, so fehlt es ihr doch auch durchaus nicht an anderweitigen kirchlichen und bürgerlichen Bauten, die wie jene in schlichter Schönheit den gehobenen Sinn widerspiegeln, der alle Lebensäußerungen der deutschen Eroberer Preußens erfüllte. Zu den ersten massiven Kirchenbauten östlich der Weichsel gehören die der just damals in die Höhe kommenden eifrigen Bettelmönche, der Franziskaner und Dominikaner, die den Ritterorden auf seinem Eroberungszuge gleichsam als Feldprediger begleiteten und die eigentliche Missionsarbeit unter den Heiden betrieben. Ihre Niederlassungen in Thorn, Kulm, Elbing und Danzig wurden schon in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts begründet, ihre Kirchenbauten wenig später begonnen. Elbing verdankt den Dominikanern die malerische Marienkirche, deren Chor mit seinen schlichten, aber wohlabgemessenen Kreuzgewölben eins der ältesten guterhaltenen Zeugnisse des Ziegelbaues in Preußen überhaupt ist. Von den wohl ebenso alten Klosterkirchen beider Orden in Kulm sind nur noch die Umfassungsmauern ursprünglich, frühzeitige Umbauten haben alles übrige stark verändert.

Dem Dominikanerorden gehörte auch der Bischof Heidenreich von Kulm an, der im Jahre 1251 die Kathedralkirche des Bistums, St. Trinitatis in Kulmsee stiftete. Hier hat sich die erste Anlage des 13. Jahrhunderts im wesentlichen erhalten; sie war von vornherein, wie es sich für eine Domkirche geziemte, sehr stattlich geplant, als dreischiffige Basilika mit zwei Haupttürmen im Westen und zwei schlanken Nebentürmen an den Ostecken des Querschiffes, erfuhr aber sehr früh einen Umbau zur Hallenkirche. Von den Westtürmen wurde nur der nördliche ganz ausgebaut, während der südliche in seiner jetzigen halben Höhe blieb, doch gehört die Ausführung beider wohl erst der zweiten Bauperiode an. Was aus der ersten erhalten ist, namentlich die beiden Ecktürme am Querschiff und der Giebel des Altarhauses, läßt in den Einzelheiten trotz vielfacher Beschädigungen deutlich erkennen, daß den Erbauern dieselbe Sorgfalt und derselbe maßvolle und feinempfindende Geschmack zu eigen war, mit dem die Ordensschloßbauten dieser Zeit ausgeführt und geschmückt sind. Der Chorgiebel, dessen bunte Fialenbekrönung einer spätmittelalterlichen Wiederherstellung entstammt, zeichnet sich durch eine elegante Flächengliederung aus, mit zierlich eingefaßten und umrahmten Blenden, welche

über einem feingezeichneten Tonplattenfriese emporstreben. Eine augenfällige Verwandtschaft mit der Kathedrale von Kulmsee zeigt die Stadtpfarrkirche in Kulm, sowohl in der Anlage mit zwei Westtürmen, als auch in vielen Details. In letzteren aber läßt sich bereits ein fortschreitender Reichtum erkennen, namentlich im Stuckmaßwerk der Fenster und in den Fialenendigungen der Strebepfeiler, die hier in der Backsteinarchitektur Preußens überhaupt zum ersten Male vorkommen. Ebenso finden wir im Innern der Kirche, an den Pfeilern des Mittelschiffes, zum ersten Male selbständige große plastische Figuren, die 12 Apostel. Sie sind aus Stuck, sorgfältig hergestellt, erscheinen aber, z. T. auch infolge der Übertünchung und zerstörender Einflüsse der Zeit, mit ihrer überschlanken Gestalt und konventionellen Gewandung nicht gerade bedeutend, woran jedoch mehr dem ungünstigen Materiale als dem Können des Meisters die Schuld zuzuschreiben ist. Die Anwendung des Stucks zu selbständiger Plastik hat denn auch wenig Nachahmung gefunden. Die Kulmer Pfarrkirche, an sich schon sehr einheitlich und plangerecht durchgeführt, hat den großen Vorzug, auch am besten in ihrer ursprünglichen Gestalt erhalten zu sein, so daß sie von allen Kirchengebäuden Preußens am klarsten die Kunst der Landmeisterzeit widerspiegelt. Neben ihr sind an größeren Stadtkirchen dieser Zeit noch zu nennen die Nicolai-Kirche zu Elbing, die sich durch den bei aller Nüchternheit gewaltig wirkenden Eindruck des Innenraumes auszeichnet, und die schon erwähnte Johanniskirche in Thorn, deren alte Gewölbe einen Markstein in der Geschichte der Backsteinbaukunst bilden, während sie in der Außenerscheinung sehr großen Veränderungen unterworfen gewesen ist. Im Gegensatz zu den Ordensschlössern, die im allgemeinen aus einem Gusse und in verhältnismäßig kurzer Zeit, wie es der Zwang ihrer Bestimmung erforderte, hergestellt erscheinen, ist bei den größeren Kirchenbauten Preußens ebenso wie bei den meisten bedeutenderen kirchlichen Bauwerken des Westens, eine sehr lange Bauzeit die Regel, was fast immer bedeutende Abweichungen vom Grundplane herbeiführte, so daß ganz einheitlich entwickelte und erhaltene Bauten, wie die Pfarrkirche in Kulm, zu den größten Seltenheiten gehören.

Unter den Dorfkirchen der Frühzeit, die meistens von Privatpersonen mit geringeren Mitteln und mit größerer Eile errichtet wurden und daher im allgemeinen sehr einfach sind, ist bemerkenswert die allerdings unzweifelhaft von einem Ordensbaumeister geschaffene kleine Kirche von Balga, die sehr alte, mit denen der Burg (um 1245 erbaut) übereinstimmende Detailformen aufweist, darunter die merkwürdige viereckige Schmuckeinrahmung des spitzbogigen Portals mit einem Friese von trocken modellierten und gebrannten Vierpässen, ein bescheidener Vorläufer jener prächtigen viereckigen Portalumrahmungen von plastischem Gitterwerk, die für die Blüte des märkischen Backsteinbaues so charakteristisch sind.

Von bürgerlichen Profanbauten sind es in erster Linie die Stadtbefestigungen, die schon eine große Rolle im Bauwesen des Ordenslandes spielen, und zwar entstehen die ersten, von Thorn und Kulm — von der Elbingischen ist nichts Ursprüngliches übrig geblieben — durchaus unter Leitung und unmittelbarer Beteiligung der Deutschherren im engsten Anschluß an die gleichzeitig im Bau befindlichen Ordens-

häuser (ca. 1255). Sie gehören also zu den ältesten steinernen Stadtbefestigungen des baltischen Tieflandes überhaupt. Wehrtechnisch vollkommen auf der Höhe ihrer Zeit, ausgebildet mit Graben, Zwinger, Wehrmauer, stattlichen, wenig vorspringenden, meist hinten offenen, viereckigen Mauertürmen und oblongen Tortürmen, denen an wichtigen Punkten umfängliche Torburgen mit Vortürmen jenseits des Grabens und geräumigen Barbakanen vorgelagert waren, tragen sie, im Gegensatz zu der prangenden Architektur der städtischen Wehrbauten des Karolischen Zeitalters in der Mark und in Mecklenburg, eine große Schlichtheit zur Schau; bei gewaltigen Abmessungen imponieren sie aber dennoch ohne das Gefühl der Plumpheit zu erwecken, durch geschickte Gliederung und gefällige Anwendung des spärlichen architektonischen Schmuckes. So kann man noch heute angesichts des mächtigen zinnengekrönten Brücktors neben den Resten der zerstörten Ordensburg und des wohlproportionierten Nonnentors in Thorn sich der Bewunderung der Leistungen der Frühzeit nicht erwehren. Thorn hat auch den einzigen, aber um so bedeutenderen Rest eines städtischen Rathauses aus der Landmeisterzeit bewahrt. Es ist der prächtige Turm, der noch heute das im Mittelpunkte der alten Kolonialstadt liegende Rathaus ziert. Dieses verdankt seine jetzige äußere Gestalt, abgesehen von einigen noch späteren Zutaten, im wesentlichen einem gegen Ende des 14. Jahrhunderts erfolgten Umbau und Erweiterungsbau des alten Rathauses von 1259, wobei der Turm seine ursprüngliche Gestalt behielt, aber mit den unteren Geschossen im Hausdache stecken blieb. Er verrät in der vortrefflichen Ausführung und der originellen architektonischen Gliederung den Geist seiner Entstehungszeit. Die schlanken Blendnischen sind in verschiedenen Höhen durch kleine gekuppelte Fensteröffnungen unterbrochen, als horizontale Gliederung dienen helle, mit einer Stromschicht eingefaßte Putzfriese. Oben wachsen auf schön gearbeiteten Überkragungen aus Kalkstein vier achteckige Ecktürmchen aus dem Turmkörper heraus, der dazwischen wieder durch gekuppelte Blenden und ein feines Spitzbogengesims geschmückt ist. Die ursprüngliche Bedachung ist seit Jahrhunderten durch ein Notdach ersetzt. Mit Recht nennt Steinbrecht diesen Turm ein Prachtstück der Profanbaukunst des Mittelalters.

Aber auch über die Weichsel hinaus nach Westen, in Pommerellen, machte sich der Einfluß der Ordensbaukunst bereits im 13. Jahrhundert geltend. In Mewe baute er selbst das Schloß, das in seiner Substanz vollständig erhalten, noch heute sich mächtig über den niedrigen Häusern des kleinen Städtchens erhebt, in Dirschau entstanden die ersten Steinbauten Herzog Sambors unter Mitwirkung der deutschen Ritter, wovon noch die ältesten Teile der hochragenden Pfarrkirche zeugen, und in Danzig erkennt man an dem Turme der Dominikaner-Kirche St. Nicolai, des ältesten Steinbaues der Stadt, deutlich den deutschen Einfluß.

Das Jahr 1309 eröffnet einen neuen Abschnitt in der Geschichte des Deutschen Ordens. Das preußische Land war unterworfen und dauernd befriedet, das benachbarte pommerellische Herzogtum ihm nach langem Ringen angegliedert, und damit die Verbindungsbrücke zum deutschen Westen geschlagen. So konnte der Orden in Preußen neue Wurzeln treiben, dorthin die ungebrochene Fülle seiner

Kraft konzentrieren, nachdem ihm im Orient der Boden unter den Füßen dahingeschwunden war, und seine angezweifelte Daseinsberechtigung durch neues gedeihliches Wirken erweisen. Da verstand es sich von selbst, daß auch sein erwähltes Oberhaupt, der Hochmeister, seinen Sitz nach Preußen verlegte. Der Hochmeister Siegfried von Feuchtwangen erwählte die Marienburg zu seiner Residenz, zum Haupthause des Ordens. So stattlich sie schon war, den neuen Anforderungen, Mittelpunkt der Regierung eines mächtig emporblühenden Staates, Sitz eines vornehmen Fürsten zu sein, hohen Beamten und zahlreichen Gästen Unterkunft zu gewähren und zugleich doch nach wie vor einen sogar wesentlich vergrößerten Konvent aufzunehmen, konnte die Burg nicht genügen. Noch waren freilich die vier Flügel des Hochschlosses nicht gleichmäßig ausgebaut. Das geschah zunächst. Im Südflügel wurde der Konventsremter als Dormitorium eingerichtet, darüber ein neues Geschoß gesetzt, mit zwei schönen Sälen, dem auf sieben Pfeilern eingewölbten Refektorium und daneben der Konvents- oder Herrenstube mit schönem, von zwei Pfeilern getragenem Gewölbe und einer zierlichen Kunstpfeiferempore an der Innenwand. Im Ostflügel wurde das alte Dormitorium eingewölbt und ein Speicher daraufgesetzt. Dementsprechend erhielten die beiden Flügel auch neue Dächer, die mit denen der beiden anderen zusammengingen. Der Westflügel erfuhr einen bedeutenden Umbau durch die Anlage einer neuen großen Küche im Erdgeschoß, deren schwere Gewölbe auf drei mächtigen dicken Granitsäulen ruhen. Zwei derselben tragen gleichzeitig den Schlot über dem Herde. Im Hauptgeschoß wurden die Einzelwohnräume vermehrt, um auch den Treßler, den Schatzmeister des Ordens, aufnehmen zu können. Vor allen Dingen aber wurde der alte Kapitelsaal im Nordflügel durch Hinzunahme eines Nebenraumes vergrößert und höher eingewölbt, mit jenen prächtigen Sterngewölben, die wir als Erfindung der Ordensbaukünstler kennen gelernt haben, so daß er nun auch für die größesten Kapiteltage und die feierlichen Hochmeisterküren ausreichte. Aus dieser Veränderung der Innenräume ergab sich auch die Notwendigkeit, den Kreuzgang in beiden Geschossen massiv auszuführen und vor dem Südflügel noch um ein Geschoß zu erhöhen. (S. Abbildung.)

Ungefähr gleichzeitig mit diesen Umbauten des Hochschlosses wurde die Vorburg weiter nach Norden verlegt und ganz bedeutend vergrößert; an ihrer ursprünglichen Stelle erstand das Mittelschloß mit dem Palaste des Hochmeisters und weitläuftigen Remtern und Gemächern in drei Flügeln um einen nach dem Hochschlosse zu offenen, ausgedehnten Hof.

Aber die steigende politische Macht des Ordensstaates, der durch die glückliche innere Kolonisation und geschickte Verwaltung rasch wachsende Reichtum von Herrscher und Untertan steigerte auch andauernd die Bedürfnisse des hochmeisterlichen Hofstaats nach Raum und nach würdigem Prunk in geistlichen und weltlichen Dingen. Nachdem der große Kolonisator aus dem Welfenhause, Herzog Luther von Braunschweig den Hochmeisterstuhl bestiegen hatte (1331), unternahm er eine Erweiterung der Schloßkapelle um das Doppelte. Zu diesem Zwecke mußte die Ostwand des Nordflügels durchbrochen und der neuangebaute Chor über den umlaufenden Parcham in

den Schloßgraben hinausgeschoben werden. Es ergab sich daraus die Notwendigkeit, ihm ein starkes Untergeschoß zu geben. Dies wurde als Gruftkirche für die verstorbenen Hochmeister eingerichtet. (St. Annenkapelle.) Mit den in romanischen Burgen des Westens vorkommenden Doppelkapellen (Goslar) hat diese Gruftkirche nichts zu tun, sie ist nach oben gegen die Schloßkapelle durch ein festes dreijochiges Sterngewölbe völlig abgeschlossen und ist zugänglich durch ein südliches und ein nördliches Portal vom Parcham aus. Beide Portale sind an ihren feingezeichneten Gewänden mit figürlichem Schmuck versehen, Darstellungen des jüngsten Gerichts, des Marienlebens und der Kreuzfindung in Stuck geschnitten. Der Umbau der Schloßkapelle nahm geraume Zeit in Anspruch, weder Luther von Braunschweig noch sein Nachfolger Dietrich von Altenburg erlebte ihre Vollendung, die erst unter Ludolf König am 1. Mai 1344 festlich begangen werden konnte.

Die lebhafteste Bautätigkeit herrschte aber unter Dietrich von Altenburg, und ihm dürfte die äußere Gestalt der Kirche im wesentlichen ihr Gepräge verdanken: den schlanken Glockenturm, der sich im Zuge des westlichen Flügels unmittelbar südlich an die Kirche anschließt und ihr hohes Dach weit überragt. War er auch nicht wehrhaft, so konnte man doch von ihm weite Ausschau halten in das umliegende Gelände. Der mächtig über die Ostfront des Hochschlosses vorspringende Chor ist dreiseitig geschlossen und eindrucksvoll gegliedert durch acht fialengekrönte Strebepfeiler und neun hohe spitzbogige Fensternischen, über denen sich ebensoviel das Dach umkränzende Ziergiebel erheben (s. Abbildung). Die mittlere Nische des Chorschlusses enthält kein Fenster, sondern ist geschlossen und gewährt einem kolossalem, über acht Meter hohen Madonnenbilde Raum; von Stuck gebildet und mit einem Mosaik von farbigen Glaspasten in Gold, Rot und Blau überzogen, glänzt es weit im Strahl der Morgensonne dem von Osten kommenden Wanderer entgegen, um ihn an die himmlische Macht der Schutzpatronin des Ordens zu gemahnen. Es ist in seinen riesigen Dimensionen durchaus auf die Fernwirkung berechnet. Dies Bildwerk wurde erst unter dem ruhmreichen Hochmeister Winrich von Kniprode errichtet, der für die Mosaikarbeit italienische Meister, wahrscheinlich über Böhmen, heranzog. Das Innere der Kapelle ist einschiffig, mit fünf Joch Sterngewölben; verhältnismäßig schmal bei bedeutender Länge und Höhe erhält es fast die ganze Beleuchtung durch die acht mächtigen Fenster des Chors, das Schiff hat nur zwei geringe Fenster nach Norden und eins an der Südwand. Die Ausstattung ist reich. An der Westwand befindet sich eine Emporenanlage mit laubenartigem Vorbau, der die Orgelbühne trägt, das Ganze in zierlichster Maßwerkarchitektur aus Kalkstein. An den Wänden zieht sich ringsum unter dem Gurtgesims ein Bilderfries, der die Geschichte der christlichen Kirche darstellt, an der Pforte beginnend mit den Vorfahren Christi, vor dem Lettner die Propheten und Apostel, im Chor Märtyrer und Bekenner, schließlich auf der Brüstung der Empore die „letzten Dinge". Diese Bilder sind besonders bemerkenswert als ein seltenes Denkmal der Malerei in der Blütezeit der Ordenskunst, da sie verhältnismäßig wohl erhalten überliefert sind. Sie verraten rheinische Einflüsse, bei aller Selbständigkeit der Entwicklung

1. Ansicht von Nordwesten.
3. Der große Remter.

Schloß Marienburg in Westpreußen.

Aufgenommen von C. Kuhnd, Marienburg.

2. Ansicht von Osten.
4. Hof des Hochschlosses.

Die
Bau- und Kunstdenkmäler
der Ostmark.

Links:
Erztür am Dom zu Gnesen.
Phot. Dr. F. Stoedtner, Berlin.

Rechts:
Grabplatte des Bernhard Lubranski im Dom zu Posen, von Peter Vischer.
Phot. Dr. F. Stoedtner, Berlin.

blieb die preußische Kunst stets in lebendiger Beziehung zum Mutterlande. Zu den Werken des Hochmeisters Dietrich von Altenburg gehört auch ein Umbau des Mittelschlosses und der Neubau von „Meisters großem Remter". Es ist das der gewaltige Festsaal im Westflügel des Mittelschlosses. Er ist 28 m lang und 14 m breit, seine mächtigen Palmgewölbe ruhen auf drei schlanken achteckigen Granitpfeilern mit schön verzierten Basen und Kapitellen. Der Raum erhält eine Fülle von Licht durch 14 große spitzbogige Fenster, acht auf der Westseite, sechs auf der Ostseite. Er war heizbar durch einen gewaltigen Erdofen im Keller — es finden sich deren mehrere im Schloß — mit einer eigenen großen Küche und zweigeschossigen Vorratskellern versehen, die bereite Stätte für glänzende Feste und Schmausereien. Nach Norden schließt sich hinter der Küche die Herrenfirmarie an, das wohleingerichtete Hospital für kranke und schwache Ritterbrüder. Hier gibt ein mächtiger Nordgiebel dem westlichen Flügel den Abschluß nach der Vorburg. Seine Blendenarchitektur ist mit reichem Stuckmaßwerk geziert und verrät Verwandtschaft mit der rheinischen Hochrenaissance. Kleine Unregelmäßigkeiten in den Verhältnissen lassen erkennen, daß beim Umbau der Flügel eine Verschiebung nach Westen erfahren hat. Der Nordflügel enthält im übrigen einen stattlichen Torbau und die Wohnung des Großkomturs, der als Stellvertreter des Hochmeisters und Verwalter der Komturei Marienburg, die bei weitem die reichste war, besonders großer Amtsräume bedurfte. Den Ostflügel des Mittelschlosses nehmen zwei langgestreckte Säle ein, der eine auf sieben, der andere auf sechs Pfeilern überwölbt; es waren die „Gastkammern", die für den Gebrauch, zur Beherbergung von Gästen und Pilgern durch eingezogene Zwischenwände in eine Reihe von Gemächern geteilt werden konnten. Vor ihnen her streicht ein langer gewölbter Gang, gleichsam ein nach innen gezogener Kreuzgang; er erinnert etwas an die Galerie du Conclave in Avignon, die ungefähr derselben Zeit angehört, ein Beispiel, nicht der Übertragung, sondern wie sich in verschiedenen Gegenden unter ähnlichen Bedingungen ähnliche Baugestaltungen gleichzeitig ergeben.

Von den zahlreichen Baulichkeiten der ausgedehnten Vorburg ist das meiste verschwunden, nur noch die Lorenzkapelle gegenüber der Firmerie und der Karwan sind noch erhalten. Unter Dietrich von Altenburg wurde auch die Ringmauer und Grabenbefestigung der Vorburg in ihrem weit nach Norden ausgreifenden Umfange vollendet. Das Schnitztor, der Pulverturm und der Sechseckturm und schließlich in der äußersten Nordwestecke der jetzt zwischen zwei Eisenbahnkörpern liegende sagenberühmte Buttermilchsturm kennzeichnen noch ihren Verlauf.

Ebenfalls von Dietrich angelegt war eine feste Brücke über die Nogat an der Westseite des Schlosses. Sie war geschirmt durch ein starkes Bollwerk am anderen Ufer und erhielt ihren Abschluß durch das von zwei mächtigen Rundtürmen flankierte Brücktor, dessen besonderen Schmuck ein ausgekragtes, mit Zinnen gekröntes Mitteltürmchen bildet.

Der Hochmeister Winrich von Kniprode, unter dessen glorreicher Regierung der Staat des Deutschen Ordens den Gipfel der Macht und des Glanzes erreichte,

unternahm einen Umbau und Neubau des Hochmeister-Palastes im südlichen Teile des Westflügels des Mittelschlosses. Wie seine Vorfahren die Kirche des Hochschlosses über die östliche Front hinausgeschoben hatten, so durchbrach er die Umgürtung des Mittelschlosses nach Westen, nach der Nogat zu, durch den über Parcham und Graben emporgetürmten Palast; und wie im Osten der Chor der Kirche mit seiner schimmernden Madonna über alle Mauern und Gräben hinweg, weither den Blick auf die heilige Stätte lenkt, so entwickelt im Westen des Hochmeisters Palast, fern über den Fluß sichtbar, seine mächtige Hauptfassade als ein Kennzeichen fürstlicher Macht und Würde. Der Baumeister war ein Rheinländer, aber sein Werk ist ganz selbständig, ganz preußisch erdacht und steht in seiner Art als bedeutendstes Beispiel gotischer Profanarchitektur einzig da. Mit ungeheurer Wucht bringen rein struktive Mittel, die Anordnung der Fenster, die mächtige Zinnenkrönung, zum Ausdruck, daß wir einen Saalbau vor uns haben, der hinausgehoben über das gemeine Leben feierlichem Prunke, wie er dem Meister des machtvollen Ritterordens ziemt, zu dienen hat, kaum mehr selbst ein Wehrbau, aber doch eingegliedert in die weite wehrhafte Burg. Über einem Kellergeschoß und zwei Untergeschossen liegt der hohe Saal, des Meisters Sommerremter, bereit Fluten von Licht aufzunehmen durch die doppelte Reihe seiner unten dreiteiligen, oben zweiteiligen, grade geschlossenen Fenster, die die ganze Wand aufzulösen scheinen. Aber der Zinnenkranz, mit seinen vorgekragten Rundungen an den Ecken, stellt die Geschlossenheit machtvoll wieder her. Weniger glücklich zusammengefaßt erscheint die lange Südfront, wo neben der Fensterreihe des Sommerremters auch die des Winterremters sich hinzieht, und am wenigsten die nicht sehr glücklich restaurierte westliche Hoffront, die wegen des Höhenunterschiedes des Bodens nur ein Untergeschoß aufweist und daher, noch dazu durch den Kapellengiebel überhöht, einen etwas gedrückten Eindruck macht. Im Inneren gliedert sich der eigentliche Saalbau — die übrigen Teile der Hochmeisterwohnung, die vielfach modern verbaut und noch nicht richtig wiederhergestellt sind, können übergangen werden — in den Sommerremter, den Winterremter und den zu beiden gehörigen Flur. Der letztere schiebt sich nördlich zwischen der alten Flucht des Mittelschlosses und dem Saalbau ein, mit seinen hohen Gewölben und seiner würdevollen Ausstattung bereitet er feierlich auf den festlichen Remter vor, seine Beleuchtung durch Fenster nach Art derer im Remter selbst, von Norden und Westen, konzentriert sich auf das Remterportal, das wiederum rein struktiv, unter Verzicht auf alle Ornamentik, in kraftvoller Schlichtheit mit seinen harten Pfeilern und den wie Gebälk wirkenden graden Stürzen äußerst eindrucksvoll ist. Überraschend wirkt auf den Eintretenden das Innere des Remters: ein quadratischer Raum von 14 m Seitenlänge, in der Mitte ein schlanker Granitpfeiler, von dem mit 16 Rippen das hohe Palmgewölbe ausstrahlt. Von drei Seiten strömt das Tageslicht herein durch die schlichten viereckigen Fenster, deren doppelte Reihe die Höhe des Raumes hervorhebt. Schmuckformen sind fast ganz verschmäht, nur die schönen Abmessungen und die Kraft und Kühnheit der Struktur sollen wirken. Hinter dem Sommerremter nach Süden liegt der Winterremter, ähnlich schön,

nur von etwas geringeren Ausmaßen in Grundriß und Höhe, und nur einseitig von Süden her beleuchtet durch eine Reihe dafür um so größerer Fenster. Der ganze Saalbau ist das Werk einer sublimen Kunst, der Gipfel der Gotik, nur durch den Bau selbst wirkend als Verkörperung einer struktiven Idee. Er ist aber nicht nur der Gipfel, sondern auch der Schluß einer einheitlichen Entwicklung der Ordensbaukunst. Was der Orden später noch baulich geschaffen hat, an der Marienburg selbst die zweite Umwallung, die von den Hochmeistern Heinrich von Plauen und Michael Küchmeister nach der Katastrophe und Belagerung von 1410 angelegt wurde, hat keine kunstgeschichtliche Bedeutung mehr.

Die stolze Reihe hervorragender Bauten an der Marienburg seit dem Ende der Landmeisterzeit bis zur Blüte der Regierung Winrichs von Kniprode bildet aber, wenn auch das bedeutsamste, so doch nur ein Beispiel aus der Fülle gleichzeitiger Schöpfungen einer allgemeinen unternehmungslustigen Bautätigkeit, wie sie Preußen in späteren Zeiten nie wieder gesehen hat. Die mit so viel Eifer und frommer Begeisterung aufgeführten Bauten der Landmeisterzeit hatten einen Stamm von Künstlern und Handwerkern groß gezogen, die in der Lage waren, den vervielfachten Ansprüchen zu genügen, welche sich beim Wachsen der inneren Kolonisation aus der Anlage neuer Burgen und Städte, aus den Kirchengründungen der endlich zum geruhigen Genuß ihrer Besitzungen kommenden Domkapitel und Klöster ergaben. Es liegt aber in der Natur der Dinge, daß wirkliche Meister immer spärlich gesäet sind. Auch gute Schulung erzieht mehr Handwerker als Künstler. Deshalb darf man nicht erwarten, daß alle die zahlreichen Bauwerke dieser Epoche in Stadt und Land von gleicher künstlerischer Qualität sind. Namentlich bei den kirchlichen Bauten von geringerer Bedeutung macht sich sehr bald eine gewisse handwerksmäßige Schablone in verschiedenen landschaftlich begrenzte Typen geltend, aber selbst bei den späteren Schloßbauten in den vom Mittelpunkte an der Weichsel ferner liegenden jüngeren Kolonisationsgebieten geht zwar nicht der große Zug im ganzen verloren, aber es verflacht doch das künstlerische Empfinden für die architektonische Formensprache, im Ornamentalen tritt der handwerksmäßig hergestellte Formstein seine Herrschaft an: es wird nicht mehr gestaltet, wie es der künstlerische Entwurf eines Portal- oder Fenstergewändes etwa verlangt, sondern das Gewände wird gegliedert nach Maßgabe der vorhandenen Formsteine.

Zu den besten Werken der Ordensbaukunst aber zählt noch die Jakobskirche in der Neustadt Thorn, zu der im Jahre 1309 der Bischof Hermann von Kulm den Grundstein legte. Bauherr aber war der Deutsche Orden, dem die Kirche bis 1345 gehörte. So lange ist auch wohl daran gebaut worden. Der älteste und beste Teil ist der Chor. Seine sorgfältige und feine Ausbildung läßt ihn als einen Höhepunkt künstlerischen und technischen Könnens erscheinen. Langhaus und Turm bekunden ihm gegenüber ein gewisses Nachlassen der künstlerischen Empfindung, wenngleich das Strebesystem des Langhauses sich andererseits durch besondere konstruktive Kühnheit auszeichnet. Den Chor charakterisiert ein temperamentvoller Vertikalismus, zahlreiche spitzbogige Fenster, an den Langseiten je

fünf, an der graden Ostwand drei, dazwischen die eleganten Strebepfeiler, die durch schlanke Blenden gegliedert sind und in zierliche, freistehende Fialen auslaufen; das Giebeldreieck der Ostwand tritt etwas zurück, so daß sich vor ihm die Fialen der mittleren Pfeiler frei entwickeln können, und nimmt das Pfeilermotiv überhöhend wieder auf, eine prächtige Steigerung des vertikalen Eindrucks. Im übrigen sind die Giebelfelder mit schönem Backsteinmaßwerk, die Schrägen mit Krabben geziert. An den Fenstern sind die Pfosten aus Ziegel, die feinen Stränge des reichen Maßwerks aus Stuck. Auf der Südseite wiederholt ein zierlicher Treppenturm in zweimal gestuftem achteckigen Aufbau mit Blenden, Giebeln und Fialen in reizvollster Weise wieder die Schmuckmotive des Giebels. Das Langhaus hat von seiner ursprünglichen Erscheinung durch später vorgelegte Kapellen viel verloren. Auch der aus der einfach gehaltenen Westfront emporwachsende Turm hat nicht mehr ganz seine ursprüngliche Form. Von seinen drei durch wohlabgemessenen Blendenschmuck gegliederten Freigeschossen hat das oberste Eckvorkragungen, die ursprünglich mit einem Zinnenkranze versehen waren, jetzt unter die beiden nach einem Brande aufgesetzten Pyramidendächer mit eingezogen sind. Die Raumverhältnisse im Inneren zeigen dasselbe Streben nach Vertikalismus wie das Äußere. Die Anlage des Langhauses ist basilikal und nimmt eine Ausnahmestellung unter allen Ordensbauten ein, durch je zwei ungewöhnlich fein ausgebildete Pfeiler wird es in drei Schiffe zerlegt. Das Mittelschiff erhält seine eigene Beleuchtung durch je drei kleine ungeteilte Fenster, die in hochstrebenden Blenden über den Tragebögen liegen. Es entsteht hierdurch ein ähnlicher Gegensatz zwischen Schiff und Chor, wie in der Schloßkapelle der Marienburg, indem die zahlreichen großen Fenster des Chors eine so viel größere Fülle des Lichtes aufnehmen. Von den bedeutungsvollen Sterngewölben der Jakobskirche ist schon oben die Rede gewesen. Bei keinem anderen Bauwerke Preußens kommt die Polychromie des Ziegelbaues so zur Geltung wie bei dieser Kirche. Mit einem ungewöhnlich tiefen Rot der musterhaften Ziegel kontrastieren die weißgeputzten Blenden, tiefgrün schillert das Gurtgesims, an allen Kanten wechseln mit dem roten Steine gelbe und grüne Glasuren, in seltener Fülle sind die Inschriften von braunen Majuskeln auf gelbem Grunde verwandt, als Friese und Archivolten, sowohl am Chor als auch am Langhause. Auch das Innere der Kirche hatte denselben farbigen Steinschmuck, der jetzt leider bis auf das Portal der Sakristei unter den Tünchеschichten mehrerer Jahrhunderte verborgen ist.

Im ersten Drittel des 14. Jahrhunderts begannen nun auch die großen Kathedralbauten der preußischen Bistümer; der Dom von Kulmsee, der, wie wir sahen, schon in der Frühzeit der Ordensbaukunst begründet war, erfuhr einen durchgreifenden Um- und Erweiterungsbau. Alle diese großen Kirchen erfordern eine langjährige Bauzeit, auch wenn sie nach verhältnismäßig einheitlichem Plane angelegt waren, ihre Vollendung fällt in die Regierungszeit Winrichs von Kniprode; dafür haben sie aber auch gewaltige Dimensionen, bei keiner von ihnen beträgt die innere Längenausdehnung unter 80 m.

Die Kathedrale des Bistums Pomesanien in Marienwerder ist in eigentümlicher Weise mit dem Kapitelsschloß verbunden, an die Ostseite desselben angebaut, so daß sie zusammen einen gewaltigen Baukörper von mehr als 130 m Länge bilden. Das Schloß liegt mit der Westfront unmittelbar am Abhange des breiten Weichseltales. Aus der Tiefe ragt der mächtige Danzker empor, der durch eine hohe gedeckte Brücke von 55 m Länge auf vier hohen Pfeilern mit dem Haupthause verbunden ist. Ein zweiter, kleinerer, ausgebauter Turm, welcher einen Brunnen enthält, liegt, gleichfalls durch eine Brücke verbunden, vor der Nordfront. Diese ist auf beiden Ecken mit starken vorspringenden Ecktürmen versehen. Am Südende des leider abgerissenen Ostflügels, unmittelbar an die Kirche anstoßend, steht ein hoher und starker zinnengekrönter Turm von oblongem Grundriß, gleichzeitig Bergfried und Glockenturm. So entsteht, indem Dach über Dach, Turm über Turm in die Höhe wächst, eine prachtvolle Baugruppe von höchster Monumentalität, in seiner Gesamtheit eines der eindrucksvollsten Denkmale der Ordenszeit, trotz der traurigen Verstümmlung des Kapitelsschlosses, das ganz wie eine Ordensburg im quadratischen Grundriß angelegt war, leider aber in verständnisloser Zeit zweier Flügel, des östlichen und südlichen, beraubt wurde (s. Abbildung). Die Kirche ist als Basilika geplant, aber als Hallenkirche mit drei Schiffen ausgeführt, der Eindruck der bedeutenden Abmessungen in Höhe und Länge wird etwas beeinträchtigt dadurch, daß in den dreiseitig geschlossenen Chor im Niveau des Langhauses eine Gruftkirche eingebaut ist, so daß der eigentliche Chor mehr als 5 m höher liegt als das Langhaus. Die ganze Kirche war inwendig ausgemalt, es ist aber zweifelhaft, ob die restaurierten Gemälde ganz ihren ursprünglichen Charakter behalten haben.

Wie der Dom zu Marienwerder in unmittelbarem Zusammenhange mit dem starkbefestigten Kapitelsschlosse steht, so ist die Kathedrale des Bistums Ermland zu Frauenburg Mittelpunkt einer dem Domkapitel gehörigen Festungsanlage, sie liegt ganz frei mitten in einem weiten, mit Türmen und Toren bewehrten Mauerringe, an den sich die Domherren-Kurien einzeln anlehnen, da die Kapitelsmitglieder der Diözese Ermland nicht dem Orden angehörten und keiner Regel eines gemeinsamen Lebens unterworfen waren. Die Kirche selbst zeichnet sich im Äußeren durch eine stark ausgeprägte Selbständigkeit der Erfindung aus. Es fehlen ihr eigentliche Türme, dafür ist das Langhaus an den 4 Ecken mit schlanken achteckigen Ziertürmchen besetzt, zwischen denen die Giebel aufsteigen. Die Westfassade ist besonders eigenartig gestaltet. Das Hauptgeschoß, ursprünglich sehr schlicht gehalten, wird durch eine Vorhalle mit fünfteiliger schlanker Giebelarchitektur belebt, die erst nach Vollendung der Fassade, 1388, angebaut ist. Über einem breiten Fries setzt zwischen den Türmchen der reiche Hauptgiebel ein, die Dachschrägen begleitet eine elegante aufsteigende Arkatur, die dem Ordenslande sonst fremd ist, das darunter liegende Dreieck ist mit drei Blenden kräftig gegliedert. Der Ostgiebel des Langhauses und der Chorgiebel haben eine einfache Blendengliederung. Bemerkenswert ist auch das Innere der Vorhalle, die mit einem schönen Sterngewölbe eingedeckt ist. Die Schildbögen der Wände sind über einem feinen Maßwerkfries mit einem

flachen Netzmuster in flachem Relief überzogen. Das innere Portal hat ein Kalksteingewände, dessen sieben Bogenläufe mit Statuetten besetzt sind. Das Innere der Kirche zeigt eine gewisse Nüchternheit, die nicht ganz den Erwartungen entspricht, die durch die aparte Eingangsfront erweckt werden. Ein Spätling unter den großen Bauten der Ordenszeit gehört der Frauenburger Dom nichtsdestoweniger zu ihren hervorragendsten Leistungen.

Den genannten Kathedralen schließt sich die samländische, der Dom zu Königsberg würdig an. Er sollte als Festungskirche erbaut werden, aber dieser Plan scheiterte am Einspruch des Deutschen Ordens, nur ein Wehrgang über der Ostwand des Chors erinnert noch daran. Die festen Schlösser der Bischöfe und Kapitel wurden ganz nach dem Vorbilde der Ordensburgen angelegt, nur daß die innere Raumeinteilung nicht wie bei diesen an die Regeln des Gemeinschaftslebens gebunden und daher flüssiger war. In Pomesanien ist noch das allerdings vielfach umgestaltete Kapitelsschloß Schönberg bei Deutsch-Eylau als eins der malerischesten Bauwerke Westpreußens zu nennen, im Ermland zeichnen sich Heilsberg durch seinen stimmungsvollen Innenhof mit wohlerhaltenem Kreuzgange, Allenstein und Rössel durch gute Erhaltung der malerischen Umrisse und vieler Einzelheiten aus.

Im Ordenslande westlich der Weichsel, das kirchlich zu auswärtigen Bistümern gehörte, haben die Bischöfe und Kapitel keine Bauwerke von Bedeutung geschaffen, dafür aber finden wir hier die mit den Kathedralen östlich der Weichsel wetteifernden großen Klosterkirchen der Zisterzienser, die schon vor der Angliederung an den Ordensstaat im Lande ansässig waren, aber erst durch die nach derselben einsetzende wirtschaftliche Blüte in die Lage kamen, ihre vorhandenen Bauten großzügig auszugestalten wie Oliva oder ganz Neues zu schaffen, wie Pelplin. Beide zeigen sowohl in der Kirche, wie in der Klausur die übliche Anlage der Zisterzienser, lassen aber in den Einzelheiten, wie den bereits erwähnten Gewölbekonstruktionen, den Einfluß der preußischen Ordensbaukunst deutlich erkennen. Von den übrigen Klosterbauten Westpreußens ist noch besonders erwähnenswert die schöne Minoritenkirche zu Neuenburg a. d. Weichsel, die unter ihrem langgestreckten Chor ungewöhnlicher Weise eine Krypta enthält, deren Sterngewölbe von einer dünnen Granitsäule getragen werden.

Unter den Städten des Ordenslandes vollzieht sich im Laufe des 14. Jahrhunderts eine Scheidung, die auch politisch zum Ausdrucke kommt, je nach dem Umfange ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. Während die große Mehrzahl derselben sich mit der Rolle als Mittelpunkt eines beschränkten landschaftlichen Bezirkes begnügen muß und nicht viel über den ursprünglichen Gründungsplan hinauswächst, heben sich einzelne, begünstigt durch eine für den Großhandel geeignete Lage als „die großen Städte" von den übrigen ab, insbesondere Kulm, Thorn, Elbing, Danzig, Braunsberg und Königsberg. Ihr rapides wirtschaftliches Wachstum kennzeichnet sich durch Anlage von Neustädten, durch Stadterweiterungen mit Ausdehnung der Umwallung im ganzen und durch die Vermehrung und Vergrößerung der kirchlichen und kommunalen Bauten. Die große Mehrzahl der Kirchen Danzigs ist in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts erbaut, das

Rathaus der Rechtsstadt 1379, in Thorn fand 1393 der Erweiterungsbau des alten Rathauses statt, der ihm im wesentlichen seine heutige Gestalt gab. Es ist ein in hohem Maße imposantes Bauwerk, mehr einer Ordensburg als einem Rathause ähnlich, quadratisch angelegt und außen wie im Hofe mit durchlaufenden, kräftig profilierten Blendnischen gegliedert, etwa wie die Gastkammern im Mittelschlosse der Marienburg, aber doch ungleich auffälliger wirkend, so daß man an das Schloß der Päpste in Avignon erinnert wird, dessen Front ähnliche kolossale Blendnischen aufweist. Wenngleich bei diesem Bau die Zustimmung des Ordens noch ausdrücklich eingeholt werden mußte, so hat man doch schon das Empfinden, daß sich hier ein anderer Geist ausspricht, ein trotziges Bürgertum, das in seinen Bauten seine Kraft und seinen Wohlstand durch kolossale Mittel zeigen will. Ähnlich ist der Eindruck der Erweiterungsbauten an der St. Johanniskirche.

Ähnliche Erscheinungen finden sich aber auch in den anderen „großen" Städten. Nur in Marienburg, der Stadt, die sozusagen als Residenz des Ordens auch politisch stets eine Sonderrolle gespielt hat, zeigt sich das Vorbild des Ordens auch geistig maßgebend, wie seine Befestigungen, die stattlichen Tortürme, eine besondere künstlerische Durchbildung verraten, so erkennt man in der Fassade seines feinen Rathauses den Künstler der Saalbaufassade im Hochmeisterpalaste wieder.

In dem Maße nun, als gegen Ende des 14. und Anfang des 15. Jahrhunderts der Einfluß des Ordens auf das innere Leben der übrigen großen Städte abnahm, in demselben Maße entfernten sich auch die städtischen Bauwerke, zu denen sich jetzt auch die Artushöfe und ähnliche der zünftigen Geselligkeit dienende Gebäude und die steinernen Bürgerhäuser mit ihren schmalen Fronten und hohen Giebeln gesellten, von den Richtlinien, die die alte Ordensbaukunst gegeben hatte, und unterlagen mehr und mehr den Einflüssen der in den wesensverwandten Hansestädten der Ostseeländer und Niederdeutschlands üblichen Bauweise. Nach der Niederlage bei Tannenberg (1410) trat eine dauernd steigende politische und gleichzeitig auch geistige Entfremdung zwischen dem Orden und seinen großen Städten ein. Während der erstere aber je länger je mehr an Macht und Ansehen verlor, vermochten die Städte, namentlich Danzig und Thorn, nicht nur zu behaupten, was sie durch die Hilfe des Ordens bis dahin erreicht hatten, sondern wuchsen auch weiter an Reichtum und Kraft. Die Entfremdung führte zu offenbarem Gegensatz und schließlich zum Kampf. Die Städte und der mit ihnen verbündete Adel des Kulmerlandes und Pommerellens schüttelten mit Hilfe Polens die Ordensherrschaft ab. Damit wollten sie keineswegs ihr Deutschtum aufgeben, sie verfolgten nur den eigenen Nutzen und glaubten ihre Selbständigkeit unter dem polnischen Könige leichter behaupten zu können als unter dem festeren Regimente des Ordens. Sie waren und blieben deutsche Städte. Ihre Kultur blieb mit der deutschen, dank ihren lebhaften Handelsbeziehungen zum Mutterlande, insbesondere den damals kulturell so hoch stehenden Niederlanden, in lebendigstem Zusammenhange, ihre Kunstübung fand immer neue Nahrung durch die innigen Verbindungen mit wesensverwandten Kulturzentren. Und sie waren kräftig genug, diese auswärtigen Anregungen geistig zu verarbeiten und

den heimischen Schöpfungen einen eigenen Stempel aufzudrücken. Aber zwischen dieser neuen und der alten Kultur der Ordenszeit war doch ein wesentlicher Unterschied; letztere hatte eine allgemeine Gültigkeit gehabt, bedeutete die Kultur eines ganzen Landes, die neue, in den Städten groß werdend, behielt immer einen spezifisch städtischen Charakter. Man kann von der Ordensbaukunst in Preußen sprechen, aber nicht von einer westpreußischen oder ostpreußischen Kunst der späteren Periode, sondern nur von Danziger Kunst.

Denn Danzig drängte sehr bald die übrigen Städte in die zweite Linie, wirtschaftlich und kulturell, so daß dieselben schließlich überhaupt keine Bedeutung mehr hatten, oder wie Thorn und Elbing nur die Phasen der Entwicklung in Danzig im kleinen widerspiegelten. Das Land aber und die kleinen Städte gerieten trotz des nicht geringen Einflusses Danzigs auf das geistige Leben durch die polnische Herrschaft in einen Zustand der Stagnation und Passivität, der mit dem früher geschilderten in Posen große Ähnlichkeit hat. Die besondere Kunstgeschichte Danzigs beginnt noch im 15. Jahrhundert. Schon die am meisten erhaltenen Teile der Stadtbefestigungen, die unmittelbar nach der Schlacht bei Tannenberg neu geschaffen wurden, der Sage nach im politischen Gegensatz zum Orden, tragen tatsächlich einen eigenen, von der Ordensbaukunst abweichenden Charakter. Einzelne Stücke derselben, wie das mächtige Krahntor und der Schwanturm, sind noch heute bestimmend für das Stadtbild. Vor allem aber Danzigs größtes und berühmtestes Bauwerk, die Marienkirche, ist im wesentlichen eine Schöpfung des 15. Jahrhunderts. Begründet wurde sie zwar schon im Jahre 1343 vom Hochmeister Ludolf König, aber von dem ursprünglichen Bau sind nur noch die Mittelschiffspfeiler und teilweise die Fundamente der Außenmauern. Im Anfang des 15. Jahrhunderts wurde ein mächtiger Erweiterungsbau in Angriff genommen, der mit einigen Unterbrechungen, namentlich während der Zeit des Kampfes mit dem Orden (1454 bis 1466), während voller hundert Jahre fortgeführt wurde. Dem mächtigen Bauwerk — seine gesamte Länge beträgt 105 m, die Breite am Querschiff 66 m, die Höhe der Kirche 30 m, die des stämmigen Westturmes 76 m — fehlt im Äußeren durchaus die feine Abgewogenheit der Ordensbaukunst, die „maze“. Im Verhältnis zu den ungeheuren Wänden mit ihren mächtigen Fenstern sind sowohl die Giebel des Querschiffes und des graden Chorschlusses als auch die Dächer — jedes Schiff des Langhauses, des dreiteiligen Querhauses und des Chors hat sein eigenes Dach — zu klein geraten und auch die acht überspitzen Ecktürmchen an den Ecken der Ost- und Westfronten und des Querhauses wirken mehr durch ihre Zahl als durch wohlabgewogene Proportion zum Ganzen. Trotzdem aber kann sich so leicht niemand dem monumentalen Eindrucke verschließen, den dieser überall das Stadtbild beherrschende Riesenbau auf den Beschauer ausübt. Überhaupt ist es ja mit solchen historischen Monumentalbauten wie mit wahrhaft bedeutenden Persönlichkeiten, sie bedürfen keines Schönheitskanons, um Eindruck zu machen. Auch im Inneren wirkt die Marienkirche vor allem durch ihre Dimensionen. Als Hallenkirche wird sie durch schlanke Pfeiler, welche sehr hoch ansetzende spätgotische

Netz- und Zellengewölbe tragen, in drei Schiffe geteilt, an die sich auf beiden Seiten noch gleichhohe Kapellenreihen zwischen den nach innen gezogenen Strebepfeilern anschließen; hinter einem gleichfalls dreischiffigen Querhause wiederholt sich das System des Langhauses, wodurch die kolossale Raumwirkung sich noch wesentlich steigert. Über die ausgezeichneten Lichtwirkungen der großen farbigen Fenster in allen Himmelsrichtungen und den für Norddeutschland ungewöhnlich reichen Schmuck an hervorragenden Kunstschätzen, die im Schiff, an Pfeilern und Wänden und in den zahlreichen Kapellen verteilt sind, vergißt man völlig, daß die Einzelformen der Architektur im Grunde recht dürftig sind.

Ebenso wie die Marienkirche haben auch die anderen bedeutenderen unter den vielen mittelalterlichen Kirchen Danzigs ihre entscheidende Ausgestaltung erst im 15. Jahrhundert erhalten, so die Pfarrkirchen von St. Katharinen, St. Johannis, St. Peter und Paul. Die Baugeschichte von St. Johannis erzählt zum letztenmal vom Eingreifen des Ordens, der im Jahre 1454 die Höherführung des Turmes inhibierte. Er wurde erst nach dem Kriege vollendet, die Sterngewölbe des Langhauses 1405. Ungemein charaktervoll ist der stämmige Turm von St. Peter und Paul, dessen Süd- und Nordwand zwei unmittelbar aus dem Kirchendache herauswachsende Giebel bilden, zwischen denen sich das hohe Satteldach erhebt. Mit Unrecht vergleicht man ihn mit den gegiebelten Kirchtürmen der Ordenszeit, mit denen er nichts anderes gemein hat, als daß er eben auch Giebel trägt. Er ist ein Werk der allerletzten, absterbenden Gotik, vom Jahre 1521.

Von Profanbauten Danzigs aus dem ersten halben Jahrhundert nach der Loslösung von der Ordensherrschaft sind noch zu nennen der Artushof, der, nachdem der ursprüngliche Bau der Georgenbrüderschaft abgebrannt war, von 1477—1481 auf Kosten der Stadt neu erbaut wurde, und die Schießhalle der Georgenbrüderschaft am Langgassertor von 1490, die kürzlich in ihrer ursprünglichen zierlichen Gestalt wiederhergestellt wurde. Der alte Bau des Artushofes hat sich im Kern erhalten, namentlich der herrliche Saal, dessen Sterngewölbe auf vier schlanken Granitpfeilern ruhen. Die Fassade mit ihren hohen gotischen Fenstern hat sich im Anfange des 17. Jahrhunderts eine Rustikamaske gefallen lassen müssen, auf der eine mit wagerechter Balustrade abgeschlossene Dekorationswand italienisierenden Charakters statt des ehemaligen Giebels das Dach verdeckt.

Das letzte gotische Bauwerk Danzigs von Bedeutung war, wie wir sahen, der Turm von St. Peter und Paul. Seine Vollendung fällt bereits in die Zeit des Überganges zu der neuen, von Italien nach Deutschland um den Anfang des 16. Jahrhunderts übergreifenden Stilrichtung der Renaissance. Schon der 1510 gemalte Hochaltar in der Marienkirche verrät die Kenntnis der Formen der Renaissance. Ausgesprochen machen diese sich geltend bei der inneren bildnerischen Ausschmückung des Artushofes durch das Gestühl der Wandbekleidung aus den Jahren 1551—1554. In der Architektur dagegen begegnet uns der neue Stil erst von 1547 an (Giebel des Elisabethhospitals), um dann allmählich immer kräftiger um sich zu greifen und sich seit den sechziger Jahren in höchstem Glanze zu entwickeln. Seine Herrschaft währte fast drei Menschenalter, bis er allmählich

in fast unmerklichem Übergange von seinem kräftigen Sprößling, dem Barockstil, abgelöst wurde, der sich dann bis weit in das 18. Jahrhundert hinein behauptete. Die schöne Kunstblüte dieses Zeitalters hatte ihre Grundlage in der wirtschaftlichen Blüte der Stadt, die dank ihrer seltsamen Stellung im polnischen Reiche und der stolzen Selbständigkeit und Kriegsbereitschaft der Bürger viel länger als die Mehrzahl der anderen deutschen Städte ihren bürgerlichen Wohlstand und lebendige Kultur bewahrte. Der Reichtum und die geistige Regsamkeit der Danziger, die immer neue Anregung aus den lebhaften Beziehungen zu den bedeutendsten Kulturländern Europas, zu Nord- und Mitteldeutschland, den Niederlanden, Spanien und Italien schöpfen konnte, lockte die fremden Künstler in Menge an. Es ist aber bezeichnend, daß unter den Zuzöglingen keine Italiener waren. Es handelte sich nur um Deutsche, Mitteldeutsche, Westfalen, Lübecker, Niederländer und Flamländer. Das niederländische Element überwog schließlich, aber weder bei ihm noch bei den andern findet sich eine bloße Übertragung erlernter Richtungen und Formen, sondern alle wurden sie sozusagen in Danzig bodenständig und schufen ihre Werke, den östlichen Verhältnissen und Bedingungen angepaßt, mit selbstschöpferischer Kraft, so daß man mit vollem Recht von einer eigenen Danziger Renaissance- und Barockkunst reden kann, wenn auch noch so viele stilistische Einzelheiten hier mehr italienischen, dort deutschen, dort niederländischen Einfluß erkennen lassen. Es kam noch hinzu, daß es den bedeutendsten unter den zuwandernden Künstlern gelang, in Danzig Schule zu machen, sei es, daß sie ihre Familien nach gutem alten Brauch zu gleicher Kunst heranzogen, sei es, daß sie in den wichtigsten amtlichen Stellen, die die Stadt an Baukünstler zu vergeben hatte, Gelegenheit fanden, einen Stamm tüchtiger Berufsgenossen um sich zu versammeln. So wurde im Zeitalter der Renaissance und des Barock in Danzig eine Fülle von öffentlichen und Privatbauten geschaffen, die einzig dasteht in ihrer Menge und Art; noch heute besteht das Innere der Stadt, abgesehen von den Kirchen und wenigen öffentlichen Gebäuden des Mittelalters, welch letztere aber auch fast ausnahmslos in der Renaissance umgestaltet sind, fast nur aus wenngleich leider vielfach veränderten Bauten jener Zeit.

Unter den Baukünstlern des 16. und beginnenden 17. Jahrhunderts ragen zwei Persönlichkeiten von besonderer Bedeutung hervor: Hans Kramer aus Dresden und Antonius von Obbergen aus Mecheln. Kramer entstammte der sächsischen Schule der deutschen Renaissance, die sich allein in ununterbrochenem Zuge bodenständig aus der spätgotischen Übergangsperiode entwickelt hat. Er hatte sich schon vor seiner 1565 erfolgten Anstellung in Danzig als tüchtiger Baukünstler und Bildhauer im Dienste des Kurfürsten von Sachsen ausgezeichnet. Seiner Kunst verdankt Danzig den bedeutendsten Privatbau der Renaissance, das Englische Haus. Es fällt aus dem gewöhnlichen Typus des Danziger Bürgerhauses schon durch seine Größe heraus. Im allgemeinen hielt man ängstlich an der aus dem Mittelalter überkommenen Größe und Gestalt der „Erbe“ (Privatgrundstücke) fest, die hier wie in allen Kolonialstädten des Ostens bei verhältnismäßig bedeutender Tiefe an der Straße nur sehr schmal sind, so daß die Wohnhäuser in der Regel nicht mehr

als 3, höchstens 4 Fenster Front haben können. Daher behielten sie auch das gotische Streben nach Höhenentwicklung und die für die deutsche Renaissance so bezeichnende Vorliebe für den Giebel. Das Englische Haus ist doppelt so breit als seine Nachbarn und überragt dieselben um ein Beträchtliches. Deshalb wird es auch von einem vierseitigen Giebelbau mit schlankem Dachreiter auf der Firstkreuzung gekrönt. Für die Front ist die Anlage des Dreifensterhauses festgehalten, aber die doppelte Breite verlangte auch die Verdopplung der architektonischen Ausdrucksmittel. Je drei Fensterpaare sind in den vier Hauptgeschossen zwischen Doppelpilastern angeordnet, darüber erheben sich noch drei Giebelgeschosse. Da aber die einzelnen Geschosse verhältnismäßig niedrig sind, so würde ihre Menge einen gedrückten Eindruck hervorrufen, wenn nicht die vierseitige Giebelanlage das Ganze so wirksam aus der Umgebung heraushöbe. Das schöne Portal, die Gesimse der einzelnen Geschosse, der lebhafte und doch feine Giebelschmuck, alles in müheloser Erfindung, geben den Einzelschmuck zu der eleganten Gliederung des Baues. Die ursprüngliche vornehme Farbenstimmung, der aus Sachsen übertragene Sgraffittoschmuck der Fensterfelder ist leider bis auf wenige Reste zerstört. Von anderen Privatbauten Kramers sei nur noch das sogenannte Löwenschloß in der Langgasse erwähnt, das seinen Namen den ruhenden Löwen auf dem Säulenportal und vielfach dekorativ verwerteten Löwenmasken verdankt.

Von öffentlichen Gebäuden ist zu der Zeit, da Kramer die Oberleitung des städtischen Bauwesens hatte, das Grüne Tor entstanden. Ohne jede fortifikatorische Bedeutung, wurde es unter dem Vorwande erbaut, dem Könige von Polen ein Absteigequartier zu bieten, wozu es sich in keiner Weise eignete. Seine Hauptaufgabe war vielmehr, zum erstenmal hier im Norden, eine rein dekorative, dem stattlichen Langenmarkte einen stattlichen Abschluß zu geben und von der verkehrsreichen Mottlaubrücke her den Eintritt in die eigentliche Stadt prunkhaft zu betonen. Dazu war es besonders geeignet durch reine wohlabgemessene Gliederung, im Untergeschoß die schwere Rustika um die drei (jetzt vier) Durchlässe, im Hauptgeschoß die luftige Flucht der zahlreichen Fenster und darüber die drei eleganten Giebel, das Ganze lebhaft farbig in Ziegelrohbau mit Sandsteingliederung, die durch eine grüne Abtönung und diskrete Vergoldung gehoben wurde.

Antonius von Obbergen hatte, ehe er 1586 nach Danzig kam, seine künstlerische Begabung erwiesen am dänischen Königsschlosse Kronborg. Den Spuren seiner Wirksamkeit in Danzig begegnen wir noch heute auf Schritt und Tritt. Ihre erste Schöpfung ist das Altstädtische Rathaus, ein Bau, bei dem gezeigt ist, wie mit einfachen Mitteln durch harmonische Gliederung ein wirksamer Eindruck erzielt wird. Sein Pyramidendach trägt einen Dachreiter von äußerst graziösen Formen, die vorbildlich geworden sind für die Turmgestaltungen der folgenden Zeit. Von Antonius von Obbergen ist auch das Haus der naturforschenden Gesellschaft. Von gewaltiger Höhe, ragt es weit über die Nachbarhäuser empor und trägt seinen Hauptschmuck, abgesehen von dem durch fünf Stockwerke gehenden gegiebelten Erker, in dem kielförmigen, mit schönen Giebeln seitlich verkleideten Dache. Die luftige Laterne des daneben aufragenden seitlichen Treppenturmes hat leider

in neuester Zeit einer halbkugelförmigen Bedachung Raum geben müssen. Obbergens größtes selbständiges Werk ist das Zeughaus (1602—1605), in dem die Renaissancekunst Danzigs ihre höchste Blüte erreicht (s. Abbildung). Es ist ein zweigeschossiger Saalbau, dessen beide freiliegende Langfronten eine verschiedene Ausbildung erfahren haben. Die schlichtere Westfront weist im Erdgeschoß als einzigen Schmuck zwei kräftige Sandsteinportale auf und in der Mitte eine Kriegerstatue. Das Obergeschoß betont die Mitte lediglich durch die Verschiebung der zwölf Fenster nach außen. Den oberen Abschluß bilden vier gleichartig ausgebildete, untereinander verkettete Giebel. Die Ostfront ist weit reicher gegliedert und geschmückt. An Stelle der beiden äußeren Giebel sind zwei elegante Treppentürme getreten, die die in der Mitte beibehaltenen Giebel mit ihren kräftig gegliederten Dächern weit überragen. Zwei Portale entsprechen denen der Westfront, die Mitte aber erhält im Erdgeschoß besonderen Schmuck durch ein reizendes Brunnenhäuschen und im Obergeschoß durch eine Nische mit der Statue der Minerva. Die Massenverteilung ist wohlabgewogen und von großer Geschlossenheit. Die Einzelheiten, namentlich in der Ausbildung und Dekorierung der Giebel, nähern sich bereits den Formen des Barocks, bekunden aber die reiche Erfindungsgabe und Grazie des auf der Höhe seiner Zeit stehenden Meisters. Neben seinen selbständigen Bauten — außer den genannten öffentlichen muß ihm auch noch manches Privathaus zugeschrieben werden — hat Obbergen in mustergültiger Weise eine Reihe von bedeutenden Umbauten älterer Bauwerke ausgeführt und dabei die ganze Beweglichkeit der Renaissancekunst in der Anpassung an das Vorhandene zur Geltung gebracht. Die markante Baugruppe des Stockturms und der Peinkammer verdankt ihm ihre jetzige Gestalt, der erstere das Dachgeschoß mit dem flotten Dachreiter, welches sich den spätgotischen Obergeschossen so vortrefflich anpaßt, die letztere ihre hervorragend feinen flandrischen Giebel. Vor allem aber der Umbau des rechtsstädtischen Rathauses ist sein Werk, wobei ihm namhafte Künstler wie die Maler Anton Möller, der Künstler des Jüngsten Gerichts im Artushofe, Vredemann de Vries und Isaak v. d. Blocke, der Bildhauer Wilhelm Bart und andere zur Seite standen. Hier feiert die Innenkunst ihre Triumphe, namentlich in der Sommerratsstube, dem „roten Saal“ mit seiner Holztäfelung, der prächtigen, durch reiche Hängezapfen dekorierten Decke, deren Felder durch Isaaks' Gemälde geschmückt sind, und dem prächtigen Kamin von Wilhelm Bart. Antonius von Obbergens Tätigkeit beschränkte sich nicht auf Danzig, er hat u. a. auch den Umbau des Thorner Rathauses geleitet, im Inneren wieder zusammen mit Anton Möller.

Der Reichtum bildnerischen Schmuckes an den Bauwerken des Hans Kramer, des Antonius von Obbergen und ihrer mitstrebenden Zeitgenossen hat mit der Ausbildung tüchtiger Bildhauer und Steinmetzen die Lust am Steinbildwerk in Danzig auf einen sonst nirgends wieder erreichten Grad gesteigert; nicht ohne Grund hat man daher die Bildhauer als Träger der architektonischen Entwicklung im 17. Jahrhundert hingestellt. Unter ihnen tritt namentlich eine aus den Niederlanden eingewanderte Künstlerfamilie hervor, die v. d.

Blocke, deren Werke für die künstlerische Physiognomie der Stadt von Wichtigkeit sind. Wilhelm v. d. Blocke, ein vielbeschäftigter Bildhauer, dessen Arbeiten auch außerhalb Danzigs, in Ostpreußen, Dänemark usw. verbreitet sind, ist der Schöpfer des Hohen Tores, sein Sohn Abraham, der unter Antonius von Obbergen die Bildhauerarbeit am Zeughause ausführte und später die noch erhaltene Fassade des Artushofs entwarf, der des Langgasser Tores. Beide Torbauten sind hervorragende Zeugnisse künstlerischer Selbständigkeit, denn wiewohl sie, jedes in seiner Art, das Hohe Tor, welches bis vor wenigen Jahren im Zuge der Wallbefestigung lag, als Bollwerk gedacht, das Langgasser Tor dagegen gleich dem Grünen Tore als Schmuckbau, in Aufbau und Gliederung die Kenntnis und Beherrschung der italienischen Hochrenaissance verraten, trägt doch bei beiden das klassische Gewand seinen harmonisch angepaßten Schmuck der Einzelheiten nach nordischem Geschmack.

Unter den Künstlern des Barocks finden sich nicht so prononcierte Persönlichkeiten, wie die genannten, zu erwähnen wäre vielleicht der Rostocker Bildhauer Hans Voigt, der um 1617 die Fassade des sogenannten Steffen'schen Hauses am Langenmarkt ausführte mit ihrem überreichen Schmuck kunstvoller Werkstein- und Bildhauerarbeiten. Das Rokoko schließlich erscheint in Danzig nur wie das Ausklingen großer Zeiten; die Verbindung mit Polen zog die Stadt mit in das Unglück des Landes, seit dem polnischen Erbfolgekriege und den schweren Leiden, welche die Belagerung Danzigs mit sich brachten, war es mit seiner Blüte vorbei. Der wirtschaftliche Niedergang entzog dem Kunstleben den nährenden Boden. Deshalb hat das Straßenbild Danzigs mit seinen Giebelhäusern auch bis in die neueste Zeit, die mit vielem Erfolge dabei ist, es umzuwälzen, den Charakter der Renaissance- und Barockperiode festgehalten. Es wäre nicht richtig, wollte man Danzigs Kultur und künstlerische Leistungen der Vergangenheit allein nach den Werken der Baukunst beurteilen. Wie an der inneren Ausschmückung der Kirchen, insbesondere St. Marien, und der öffentlichen Gebäude, des Rathauses und des Artushofes, Architekten, Bildhauer, Maler und Holzschnitzer zusammenwirkten, so fanden auch in den schönen Giebelhäusern der Bürger diese Künste ihre Heimstätte. Das blühende Kunsthandwerk Danzigs hat zur Zeit seiner Blüte weithin befruchtend gewirkt und seine Erzeugnisse ausgesandt, und noch heute ist sein Geschmack und seine Formensprache in vieler Hinsicht lebendig wirksam.

Die Ordenskunst in Preußen und die bürgerliche Kunst Danzigs, welche sie im späten Mittelalter ablöste, beanspruchen jedes für sich ein Kapitel in der allgemeinen Geschichte deutscher Kultur und Kunst, die zu den reizvollsten und dankbarsten gehören, welche ihre Fülle aufzuweisen hat.

Die Land- und Forstwirtschaft.

Von Hermann Wagner.

Posen.

Soweit in den übrigen Abschnitten dieser Abhandlung, insbesondere in den Kapiteln Klima, Geologie, Pflanzen- und Tierwelt, die Landwirtschaft nicht erwähnt wurde, soll in diesem Kapitel eine kurze Schilderung der Land- und Forstwirtschaft gegeben werden. Der zur Verfügung stehende Raum erlaubt es nicht, eine umfassende Schilderung der Landwirtschaft und eine Darstellung des rapiden Aufschwunges, den diese in den letzten drei Jahrzehnten in Posen und Westpreußen genommen hat, zu bringen. Es können daher nur die wichtigsten Zweige der Landwirtschaft besprochen werden. Im übrigen verweisen wir auf die umfassenden Jahres- und Fünfjahrsberichte der Landwirtschaftskammer Posen und Westpreußen, die auch für die vorliegende Abhandlung benutzt wurden.

Besitzverteilung.

Die Provinz Posen ist typisch für das Land des Großgrundbesitzes. Aber die Verhältnisse haben sich im Laufe der Jahre doch wesentlich geändert. Aus der untenstehenden Statistik kann alles Nähere ersehen werden.

Die Abnahme der Zahl der Großbetriebe und der von den Großbetrieben bewirtschafteten Fläche ist auf die Tätigkeit der Ansiedlungskommission, sowie darauf zurückzuführen, daß Private und Genossenschaften, teilweise mit staatlicher Unter-

Die Landwirtschaftsbetriebe nach Größenklassen in der Provinz Posen nach der Zählung im Jahre 1895 und 1907.

	Betriebe		Zu- oder Abnahme ha	Gesamte Wirtschaftsfläche = ha		Zu- oder Abnahme ha	Anbaufläche ha		Zu- oder Abnahme ha
	1895	1907		1895	1907		1895	1907	
1. Parzellenbetriebe unter 2 ha . .	125963	112956	— 13007	66748	69414	+ 2666	58898	55915	— 2983
2. Kleinbäuerliche Betriebe 2—5 ha .	23678	25888	+ 2210	87933	103812	+ 15879	76687	85347	+ 8660
3. Mittelbäuerliche Betriebe 5—20 ha	41125	51065	+ 9940	488132	656721	+ 168589	434883	562721	+ 127838
4. Großbäuerliche Betriebe 20—100 ha	12638	12738	+ 100	530633	550167	+ 19534	427829	439838	+ 12009
5. Großbetriebe 100 und mehr ha . .	2605	2305	— 300	1429610	1175364	— 254246	1089452	901027	— 188425
Summa	206009	204952	— 1057	2603056	2555478	— 47578	2087749	2044848	— 42901

stützung, große Besitzungen aufteilten. So hat die Ansiedlungskommission in der Provinz Posen von 1886 bis 1910 408 Güter und 435 Bauernwirtschaften mit einer Gesamtgröße von 263921 ha angekauft. Es sei noch erwähnt, daß zu den größten Besitzern in der Provinz Posen eine Reihe deutscher Fürsten zählen. So sind in Posen begütert Se. Majestät der Kaiser, ferner Prinz Heinrich von Preußen, der Großherzog von Sachsen-Weimar, die Herzöge von Anhalt, Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Altenburg, die Prinzen Hermann und Wilhelm von Stolberg-Wernigerode usw. Der größte Besitzer der Provinz Posen ist der Preußische Staat. Durch ein besonderes Gesetz wurde der preußische Domänen- und Forstfiskus instand gesetzt, neue Domänen und Forsten anzukaufen. Von 1901 bis 1909 wurden im ganzen 29119 ha von der Domänenverwaltung erworben und 0541 ha abgegeben. Von 1900 bis 1909 wurden 45712 ha Forsten erworben und 1022 ha Forsten abgegeben. Die für den Ankauf dieser Flächen aufgewandte Summe betrug ca. 43 Millionen Mark. Im Jahre 1862 betrug die staatliche Forstfläche 172129 ha, im Jahre 1910 251981 ha. Die Domänenfläche betrug 1910 50245 ha, die einen Ertrag von 1023121 M. brachten.

Bodenbenutzung.

Die folgende Tabelle gibt uns die Benutzung des Grund und Bodens nach der letzten (1900) Erhebung an.

			Hektar	
Ackerland	1808276	landwirtschaftlich benutzte Fläche	2151493	Summe 2896984 Hektar
Gartenland	17343			
Wiesen	229472			
Weiden	96255			
Weinberge	147			
Forsten			572854	
Haus- und Hofräume	20611	Weder land- noch forstwirtschaftlich benutzte Fläche	172030	
Öd- und Unland	34907			
Wege, Park, Gewässer	111058			

In der nachstehenden Tabelle geben wir diejenigen Früchte an, für die in jedem Jahre eine genaue Feststellung der angebauten Flächen erfolgt.

In der Provinz Posen waren von der landwirtschaftlich genutzten Fläche, bestanden mit:	im Jahre 1911 ha	im Jahre 1912 ha	Zu- (+) oder Abnahme (—) des Jahres 1912 gegenüber 1911 in ha
Winterweizen	80108	68524	— 11584
Sommerweizen	7910	11143	+ 3233
Winterroggen	655429	670269	+ 14840
Sommerroggen	3312	3435	+ 123
Sommergerste	111947	123233	+ 11286
Hafer	152210	161423	+ 9213

In der Provinz Posen waren von der landwirtschaftlich genutzten Fläche, bestanden mit:	im Jahre 1911 ha	im Jahre 1912 ha	Zu- (+) oder Abnahme (—) des Jahres 1912 gegenüber 1911 in ha
Erbsen	7 995	9 716	+ 1 721
Acker-(Sau-)bohnen	494	342	— 152
Wicken	9 158	13 580	+ 4 422
Kartoffeln	292 755	293 056	+ 301
Futterrüben	—	8 198	
Zuckerrüben	53 735	—*	
Winterraps und -Rübsen	929	546	— 483
Lein (Flachs)	221	300	+ 79
Hopfen	707	624	— 83
Rebland im Ertrage	156	140	— 16
Rebland nicht im Ertrage	13	15	+ 2
Klee	101 535	76 233	— 25 302
Luzerne	5 150	5 707	+ 557
Rieselwiesen	4 525	2 612	— 1 913
Andere Wiesen	219 621	218 335	— 1 286
Dauerweiden	5 636	7 294	+ 1 658
Ackerweiden	5 967	7 936	+ 1 969

* Noch nicht festgestellt.

Wir haben das Jahr 1911 eingefügt. Zu diesen Zahlen möchten wir noch folgendes bemerken:

Die Hauptfrucht in der Provinz Posen ist Winterroggen. Der Anbau dieser Frucht nimmt von Jahr zu Jahr etwas zu. Roggen ist die sicherste Frucht, die wir in der Provinz Posen anbauen können. Angebaut wird fast ausschließlich Petkuser Roggen. Der Anbau des Winterweizens war in den letzten Jahren äußerst schwankend, da strenge, schneelose Winter große Flächen dieser Frucht vernichteten. Der Anbau sank von rund 91 208 ha im Jahre 1900 auf 35 580 ha 1901. Der Weizenbau ist jetzt wesentlich sicherer dadurch geworden, daß neuerdings mehr Sorten angebaut werden, die sich hier im Osten bewährt haben, insbesondere die Zimbalschen Weizenzüchtungen. Der Anbau von Wintergerste und Sommerroggen nimmt nur eine ganz untergeordnete Bedeutung ein. Es sei aber bemerkt, daß auch Wintergerste hier gut gedeiht und schöne Erträge bringt. Sommerweizen wird besonders an Stelle von ausgewintertem Winterweizen gebaut, oder wenn ungünstiges Erntewetter die Bestellung des Winterweizens, wie z. B. im Herbst 1911, unmöglich macht. Sommergerste wird in verhältnismäßig großem Umfange angebaut. Die Posener Braugerste wird mehr und mehr geschätzt und werden große Mengen auf dem Wasserwege nach dem Rheinlande verfrachtet.

Der Haferbau ist in den letzten Jahren sicherer geworden durch Anbau solcher Sorten, die weniger Feuchtigkeit brauchen und weniger von Pflanzenkrankheiten befallen werden.

1. Versuchsgut Penkowo. Feldversuche. 2. Versuchsgut Penkowo. Getreideernte. 3. Neutomischler Hopfenernte. 4. Tabakernte in Posen. 5. Posener Weinberge. 6. Obstanlage in Retsch. 7. Schneiden der Korbweiden in Tirschtiegel. 8. Antreiben der Korbweiden.

Neben dem Roggen ist die Kartoffel die in Posen am meisten angebaute Frucht. Die Kartoffelbestellung wird auch in Posen mustergültig durchgeführt. Auf dem umfangreichen Anbau der Kartoffeln beruhen unsere wichtigen, in hoher Blüte stehenden Kartoffelverwertungsindustrien. Außerdem werden in jedem Jahre große Mengen von Kartoffeln als Saat-, Speise- und Futterkartoffeln nach Mittel- und häufig auch nach Westdeutschland verschickt. Voraussichtlich wird die Provinz Posen auf diesem Gebiete noch eine weitgehende Rolle spielen.

In bezug auf den Zuckerrübenbau steht Posen in Preußen an dritter Stelle. Der Rübenbau war von ausschlaggebender Bedeutung für die Intensivierung der Landwirtschaft in Posen. Enge Beziehungen verknüpfen den Zuckerrübenbau mit anderen Gegenden Deutschlands, besonders mit der Provinz Sachsen, weil fast sämtlicher Zuckerrübensamen von dort bezogen und nicht in Posen gezüchtet wird.

Von den übrigen Früchten sei noch erwähnt, daß Posen den stärksten Lupinenanbau in Preußen hat und daß sehr große Flächen Mengegetreide angebaut werden. Die Hauptfutterpflanze ist Rotklee; während alle übrigen hier nicht genannten Feldfrüchte von geringerer Bedeutung sind. In jedem Jahre wird in ausgedehnte Flächen Roggen im Frühjahr Seradella eingesät, die sich nach der Aberntung des Roggens entwickelt und ein vorzügliches Herbstfutter bzw. eine vorzügliche Gründüngung gibt.

Betriebseinrichtung und Produktionsrichtung.

Die Produktion der Landwirtschaft der Provinz Posen, die nicht nur ihre eigene Bevölkerung vollständig mit allen landwirtschaftlichen Produkten versorgt, sondern auch sehr bedeutende Mengen ihrer Erzeugnisse an andere Gegenden Deutschlands abgibt, ist darauf gerichtet, möglichst viel Produkte in Form tierischer Erzeugnisse hervorzubringen, um die Ackerbauprodukte und die Abfälle der technischen Nebengewerbe möglichst hoch zu verwerten. Schweinemast, Rindviehmast, Milchviehhaltung zur Butterproduktion, Aufzucht von Jungvieh und Remontezucht charakterisieren die Produktionsrichtung in der Tierzucht, während Roggen-, Kartoffel- und Zuckerrübenbau neben umfangreichem Futterbau für den Ackerbau typisch sind.

Die alte Dreifelderwirtschaft hat ganz aufgehört. Die Brachehaltung wird von Jahr zu Jahr mehr eingeschränkt. Überall ist man mehr und mehr bestrebt, wo es irgend angängig ist, zur Fruchtwechselwirtschaft überzugehen und Halmfrucht mit Blattfrucht zu wechseln.

Der Anbau von Kleegras, Hackfrüchten und anderen Futterpflanzen nimmt an Bedeutung zu, insbesondere da, wo wenig Wiesen und Weiden vorhanden sind, so daß der Viehstand allmählich vergrößert und produktionsfähigere Tiere gehalten werden können.

Dabei ist man bestrebt, möglichst viel Stickstoffsammler als Haupt- oder als Zwischenfrüchte in die Fruchtfolge einzuschieben. Die Grundlage der angewendeten Fruchtfolge ist: 1. Wintergetreide, 2. Hackfrucht, 3. Sommergetreide, 4. Klee.

Vielfach kann ein so starker Hackfrucht- und Kleebau nicht durchgeführt werden und schiebt man dafür zwischen der dritten und vierten Frucht Stoppelroggen ein.

Es muß aber hervorgehoben werden, daß diese Fruchtfolgen nur einen Anhalt für den tatsächlichen Anbau bieten, da die meisten Landwirte „freie Wirtschaft“ betreiben, also in freier Fruchtfolge arbeiten, da durch klimatische Einflüsse usw. nur zu oft ein Abweichen von der festgesetzten Fruchtfolge notwendig ist. Die Möglichkeit einer freien Fruchtfolge ist auch immer mehr gegeben. Man ist nicht mehr gezwungen, die Bestellung auf Frühjahr und Herbst gleichmäßig zu verteilen, man ist nicht mehr von der Menge des vorhandenen Stalldüngers abhängig, man baut daher diejenige Frucht im möglichst großen Maßstabe an, die nach Lage der Verhältnisse die größte Rente verspricht, und man kann hierbei ohne Bedenken öfters Halmfrucht oder Hackfrucht auf Hackfrucht folgen lassen. Durch Einführung des Zwischenfruchtbaues wird vielfach in nutzbringender Weise wieder ein Wechsel zwischen den Halmfrüchten bewirkt.

Wer genügend Betriebskapital besitzt, um sich die notwendige menschliche, tierische und maschinelle Arbeitskraft zu beschaffen, kann auch in Posen, gute Verhältnisse vorausgesetzt, jede seinen Boden- und Klimaverhältnissen angemessene Produktionsrichtung ausgiebigst verfolgen und ist an keine bestimmte Fruchtfolge gebunden. Die meisten Betriebe, so verschieden in den Betriebsarten und Produktionsrichtungen sie auch sind, zeigen im allgemeinen eine jährlich steigende Intensität.

Der Hackfruchtbau ist von allergrößtem Einfluß auf eine intensivere Betriebsweise gewesen. Die Errichtung aufnahmefähiger Zucker- und Stärkefabriken, die bessere Absatzmöglichkeit der Kartoffeln usw. durch Verbesserung des Bahnnetzes, bewirkten mehr und mehr den Anbau der den Boden von Unkraut reinigenden Hackfrüchte. Bald zeigte sich der ausgedehnte Hackfruchtbau höchst bedenklich auf drainagebedürftigen, nicht drainierten Böden, aber unter sicheren Verhältnissen doch so gewinnbringend, daß man, wo es möglich war, zur Drainierung des Ackers schritt.

Mit der Drainierung und Ausdehnung des Hackfruchtbaues wuchs rapid die Anwendung der künstlichen Düngemittel.

Sowohl Brache als auch ausgedehnte Schafhaltung mußten unter diesen Verhältnissen stark eingeschränkt oder ganz aufgegeben werden. An Stelle der Schafhaltung trat Schweinehaltung und Milchviehhaltung mit Aufzucht und eine, je nach den Verhältnissen vermehrte Ochsenhaltung zur Bewältigung der bedeutend vermehrten Ackerarbeit. Vielfach wurde auch eine auf Zukauf der Bestände eingerichtete Mastviehwirtschaft eingeführt, um die Abfälle der technischen Nebenbetriebe entsprechend vermehren zu können.

Eine weitere Folge des Anbaues der Hackfrüchte und der ausgedehnten Mast- und Zuchtviehhaltung war eine stark vermehrte Produktion an Dünger, die zu stets intensiverer Wirtschaftsweise reizte und die notgedrungen immer größere Zufuhren an künstlichen Düngemitteln zur Folge hatte. Selbstverständlich stiegen auch die Erträge der Halmfrüchte recht bedeutend. Die Ernten wurden sicherer und die Qualität der Körner besser.

Es ist selbstverständlich, daß in allen auf so hoher Stufe stehenden Wirtschaften die Drillkultur überall durchgeführt ist. Aber dies ist in den meisten anderen Wirtschaften ebenso der Fall. Selbst den kleinsten Betrieben, die die Anschaffung

einer Drillmaschine nicht zulassen, kommen durch gemeinsame Anschaffung einer Drillmaschine für mehrere Besitzer die Vorteile der Drillkultur zugute. Leider finden sich aber immer noch nicht unbedeutende Strecken Landes, in denen Breitsaat vorgezogen wird und wo die Einführung der Drillkultur bis jetzt an dem Widerstand der Besitzer scheiterte.

Die Hackkultur hat bei Getreide weniger Eingang gefunden. Man ist in der Regel zufrieden, wenn man genügend Arbeiter hat, um die eigentlichen Hackfrüchte bearbeiten zu können. Dagegen wird in solchen Wirtschaften, die regelmäßig Getreide zu Saatzwecken produzieren, die meisten oder alle Getreidefelder regelmäßig mit der Hand und Hackmaschine bearbeitet. Die ausgedehntere Anwendung der Hackmaschinen, sowie die Erkenntnis, daß in dem niederschlagarmen Osten die Verdunstung der Bodenfeuchtigkeit durch Lockerung des Bodens möglichst vermieden werden muß, wird wohl noch manche Landwirte künftig zum Hacken des Getreides veranlassen.

Landwirtschaftliches Maschinenwesen.

Die Verwendung landwirtschaftlicher Maschinen hat in der Provinz Posen in den letzten Jahrzehnten rapide Fortschritte gemacht. Ein genauer zahlenmäßiger Aufschluß kann nicht gegeben werden, denn wir konnten feststellen, daß bei der Betriebszählung im Jahre 1907 vielfach verkehrte Angaben gemacht sein müssen. Bei dieser Betriebszählung wurde z. B. angegeben, daß die Zahl der breitwürfigen Säemaschinen 10052, die Zahl der Drillmaschinen 9089 betrug. Diese Zahlen können unmöglich richtig sein, denn fast allgemein werden in Posen Drillmaschinen verwandt und höchst selten breitwürfige Säemaschinen. Die Drillkultur hat die weiteste Verbreitung in der Provinz gefunden. Die genossenschaftliche Benutzung der Maschinen, soweit sie sich hierzu eignen, wie die Benutzung der Milchzentrifugen, Viehwaagen, Schrotmühlen, Getreidereinigungs- und Sortiermaschinen und Dreschmaschinen hat sich ebenfalls eingebürgert. Die Anwendung von Eisenvitriol zur Bekämpfung des Hederichs und Ackersenfs mittels fahrbarer Spritzen nimmt von Jahr zu Jahr zu. Im allgemeinen ist man bestrebt, möglichst viele arbeiterspärende Maschinen zu verwenden. So wurde denn auch die Frage der Einführung der Elektrizität in allen Kreisen der Provinz geprüft; doch kam es nur zur Gründung zweier Überlandzentralen in den Kreisen Wirsitz und Schwerin a. d. W. Da der Bedarf an Licht und Kraft in der Landwirtschaft äußerst ungleich ist, bedürfen die Überlandzentralen der ausgleichenden Abnahme von Industrie und Gewerbe, die in Posen nicht genügend vertreten ist. Von besonderem Interesse dürfte es sein, daß in der Provinz Posen am meisten Dampfpflüge im Betriebe sind. Seit dem Jahre 1904 wird in Preußen die Zahl der Dampfpflüge amtlich festgestellt, und steht Posen mit 167 Dampfpflügen im Jahre 1911 an der Spitze, ein Beweis, mit welch' großer Intensivität man in Posen die Felder bearbeitet. Gerade die Dampfpflüge haben die Landwirtschaft unendlich viel vorwärts gebracht. Seit ca. 2 Jahren kommen nun auch brauchbare Motorpflüge in den Handel und haben auch diese wieder die weiteste Verbreitung in der Provinz ge-

funden. Die Zahl dieser Pflüge, die in Posen arbeiten, beträgt ca. 80. Große Strecken flachen Feldes in der Provinz Posen sind für die Motorpflüge ein sehr geeignetes Arbeitsfeld. Dagegen können sie in Gegenden mit unebenem Terrain dem Dampfpflug anscheinend noch keine Konkurrenz bereiten. Ein weiterer Vorzug der Motorpflüge ist, daß weniger Betriebskapital zur Anschaffung notwendig ist, daß das zeitraubende Wasser- und Kohlenfahren wegfällt und daß eine größere Anzahl Tiere zu Mastzwecken auf den betreffenden Besitzungen gehalten werden können. Das starke Auftreten der Maul- und Klauenseuche mit den hiermit verbundenen Sperrmaßregeln für Zugochsen hat ferner den Motorpflügen viele Freunde verschafft. Die Zahl der elektrischen Pflüge beträgt in Posen 13.

Von seiten der Posener landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft sind ebenso wie von den übrigen deutschen Berufsgenossenschaften Vorschriften erlassen worden, nach denen die Land- und Forstwirte der Provinz Posen verpflichtet sind, alle nur erdenklichen Einrichtungen an Häusern, Ställen und Scheunen zu treffen und die Maschinen so zu verkleiden, daß Unfälle möglichst vermieden werden. Die Vorschriften haben auch einen äußerst segensreichen Einfluß ausgeübt, nur bringen bedauerlicherweise Maschinenfabrikanten und Händler häufig Maschinen in den Handel, die nicht genügend geschützt sind und die nicht den Anforderungen der Posenschen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft entsprechen.

Saatgutbau.

Während in anderen Gegenden des Deutschen Reiches man mit der planmäßigen Verbesserung unserer landwirtschaftlichen Kulturpflanzen schon seit Jahrzehnten vorgegangen ist, war man in der Provinz Posen bisher beim Bezug ertragreicheren Saatgutes ausschließlich auf andere Gegenden angewiesen. Es wurden daher auch nicht unbeträchtliche Mengen Saatgut, insbesondere aus Mitteldeutschland nach Posen importiert und mancher nicht unwesentliche Fortschritt erzielt. Andrerseits machte man aber auch die Erfahrung, daß die unter anderen Boden- und klimatischen Verhältnissen gezüchteten Sorten für unsere Verhältnisse teilweise wenig brauchbar waren. Man ging daher in Verbindung mit der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft dazu über, in Posen geeignete Sorten zu vermehren, bis dann im Jahre 1906 der Saatbauverein für die Provinz Posen gegründet wurde. Die Aufgabe dieses Vereins ist, den Saatgutbau und die Saatzucht zu fördern. Dies geschieht in erster Linie dadurch, daß in jedem Jahre eine „Anerkennung" von Saatgutfeldern in den Wirtschaften der Vereinsmitglieder stattfindet. Die Anerkennung besteht darin, daß durch eine sachverständige Kommission im Laufe des Sommers und Herbstes eine genaue Besichtigung der zu Saatgutgewinnung bestimmten Felder, sowie aller notwendigen Einrichtungen wie Scheunen, Speicher, Reinigungsanlagen usw. vorgenommen wird. Die Beschäftigung mit Vermehrung guter Saaten führte unwillkürlich dazu, auch Züchtungsmaßnahmen zu treffen, und so sind denn auch bereits 12 Posener Zuchten entstanden, wie Hildebrands Zeeländer Roggen und Hildebrands Fürst Hatzfeld-Weizen, Futterrübe „Substanzia", Gernheimer Folgererbse, die Kartoffel „Gertrud" und folgende v. Stiegler-

sche Zuchten: Squarehead Winterweizen, Großherzog von Sachsen Weizen, braunspelziger Weizen, roter Sommerweizen, Kaiser-Gerste, Duppauer Hafer, Fahnenhafer. Einige namhafte Züchter, wir nennen nur den bekannten Züchter v. Lochow, Petkus, haben Anbaustationen in Posen errichtet und liefern von da Saatgut nicht nur nach Posen und nach anderen Provinzen, sondern auch nach dem Auslande. Der Nachfolger des bedeutendsten Kartoffelzüchters Deutschlands, Wilhelm Richter-Zwickau, hat seinen Betrieb nach Posen verlegt. Wir glauben, daß die Provinz auf diesem Gebiete berufen ist, noch eine größere Rolle zu spielen, da die unter ungünstigen klimatischen Verhältnissen gezüchteten und angebauten Kulturpflanzen in anderen Gegenden unter günstigeren Verhältnissen sich besonders bewährten. Die anerkannte Saatgutfläche ist von 3283 Morgen im Jahre 1900 auf 10909 Morgen im Jahre 1912 gestiegen. Es sei noch erwähnt, daß die Saatgutwirtschaften mit zu den am intensivsten bewirtschafteten Gütern gehören, in die nicht unerhebliche Kapitalien durch Bau von Speichern, Saatgutreinigungsanlagen, Scheunen, Aufwendungen für Verbesserungen der Felder usw. gesteckt sind.

Anwendung der künstlichen Düngemittel.

Die Höhe des Verbrauchs an künstlichen Düngemitteln eines Landes oder eines Gutes gibt einen gewissen Maßstab ab für den Grad der Intensivität, mit der gewirtschaftet wird. Leider sind nur für einen Teil der Düngemittel genaue Angaben über die Höhe des Verbrauchs bekannt. Da aber die Provinz Posen verhältnismäßig große Mengen künstlicher Düngemittel verbraucht, so möchten wir nicht unterlassen, hier einige Zahlenangaben zu machen.

Im Jahre 1908 wurden 190 000 Zentner, 1909 204 000 Zentner schwefelsaures Ammoniak in Posen verbraucht. An Superphoshat und Ammoniaksuperphosphat wurde der Verbrauch 1909 auf 2,2 Millionen Zentner und 1910 2,5 Millionen Zentner geschätzt. Der Verbrauch an Kalkstickstoff betrug 1911 140 000 Zentner, auch brachte man dem Norgesalpeter weitgehende Beachtung entgegen. Der Verbrauch an Thomasmehl ist in den letzten Jahren nicht unerheblich gestiegen. Er betrug 1909 20—30 kg, 1911 40—50 kg pro Hektar landwirtschaftlich benutzte Fläche. Wie steigerungsfähig aber hier noch der Verbrauch ist, dürfte daraus hervorgehen, daß in einzelnen Kreisen nur 10—20 kg, in anderen wieder über 70 kg pro Hektar verbraucht wurden.

Am interessantesten ist aber der Verbrauch an Kali in Posen. Einerseits stehen uns hierfür ganz genaue Zahlenangaben zur Verfügung, andererseits muß aber hervorgehoben werden, daß die Provinz Posen auf diesem Gebiete seit sechs Jahren an erster Stelle in Preußen steht.

Wenn wir zuerst einen Blick auf den Verbrauch in Deutschland werfen, so sehen wir, daß der Verbrauch in jedem Jahre nicht unbedeutend zunimmt. In einzelnen Jahren sind erhebliche Steigerungen zu verzeichnen. Der Verbrauch*) betrug:

*) Diese und die folgenden Angaben beziehen sich stets auf 1 qkm landwirtschaftlich benutzte Anbaufläche in Kilogramm Kali.

1900	334	Kilogramm	1910	1020	Kilogramm
1905	576	„	1911	1205	„
1909	873	„			

Für die einzelnen Bundesstaaten möchten wir nur die fünf angeben, die den höchsten Verbrauch und die sechs, die den niedrigsten Verbrauch hatten.

	1910	1911		1910	1911
Anhalt	2267	2058	Bremen	438	391
Oldenburg	2079	2405	Sachsen-Coburg-Gotha	328	336
Mecklenburg-Schwerin	1304	1627	Württemberg	226	257
Preußen	1235	1455	Waldeck	217	265
Hamburg	921	1315	Elsaß-Lothringen	161	204
Bayern	372	431			

Es ist erklärlich, daß Anhalt, das an der Quelle der Kalisalzlager liegt und ausgedehnten Rübenbau treibt, und Oldenburg, das infolge seiner weiten Moorflächen wie kein anderer Bundesstaat auf die Anwendung von Kalisalzen angewiesen ist, an der Spitze stehen und diese Stelle seit Jahren behaupten. Auffallend ist der geringe Verbrauch an Kalisalzen in Süddeutschland, besonders in Elsaß-Lothringen. Von Interesse ist auch vor allen Dingen nachstehende Tabelle, die den Verbrauch in den einzelnen preußischen Provinzen in Kilogramm angibt:

	1910	1911		1910	1911
Posen	1973	2298	Schleswig-Holstein	971	1093
Brandenburg	1774	2074	Rheinprovinz	771	930
Hannover	1643	1852	Westpreußen	757	909
Sachsen	1570	1840	Ostpreußen	545	682
Pommern	1323	1573	Hessen-Nassau	415	500
Westfalen	1132	1277	Hohenzollern	133	141

Wir sehen, Posen steht an der Spitze. Eine Tatsache, deren Kenntnis Verbreitung verdient, sowohl in landwirtschaftlichen, als auch in nicht landwirtschaftlichen Kreisen, die von Posen und seiner Leistungsfähigkeit oft in Unkenntnis der Dinge geringschätzig sprechen. Die Tatsache des starken Verbrauchs an Kali ist für uns ein Beweis, daß die Landwirte in Posen intensiv wirtschaften, daß sie vor allem ihren Boden nicht ausrauben, sondern die durch die Ernten entzogenen Nährstoffe wieder ersetzen und somit ihr Feld auf der Höhe der Leistungsfähigkeit erhalten und diese von Jahr zu Jahr steigern. Während im Jahre 1905 Posen von Brandenburg und Hannover übertroffen wurde, also an dritter Stelle stand, steht Posen seit 1906 an erster Stelle. Der Verbrauch in Posen gestaltete sich in der genannten Zeit wie folgt:

1905	983	Kilogramm	1909	1667	Kilogramm
1906	1185	„	1910	1973	„
1907	1261	„	1911	2298	„
1908	1413	„			

Die einzelnen Kreise der Provinz weisen, wie nachstehend zu sehen ist, einen recht verschiedenen Verbrauch auf.

Kreis	Verbrauch auf 1 qkm Anbaufläche Kali kg		Kreis	Verbrauch auf 1 qkm Anbaufläche Kali kg		Kreis	Verbrauch auf 1 qkm Anbaufläche Kali kg	
	1910	1911		1910	1911		1910	1911
Ostrowo . . .	3341	3834	Wongrowitz . .	1975	2543	Schwerin a. W. .	1659	1748
Strelno	2916	3644	Kempen . . .	2501	2528	Schmiegel . . .	1607	1692
Posen-West . .	2939	3617	Bomst	1899	2496	Filehne	1818	1660
Grätz	3357	3567	Krotoschin . . .	1755	2373	Koschmin . . .	1247	1645
Fraustadt . . .	3009	3526	Kosten	1806	2311	Czarnikau . . .	1445	1638
Wreschen . . .	2860	3516	Schrimm . . .	1864	2307	Mogilno . . .	1354	1514
Schroda	2386	3089	Znin	1748	2276	Wittkowo . . .	1324	1505
Jarotschin . . .	2526	2938	Gnesen	1795	2199	Bromberg-Stadt u.		
Samter	2287	2895	Wirsitz	2137	2142	-Land . . .	950	1221
Lissa	2405	2688	Obornik	2028	2022	Schubin	1150	958
Birnbaum . . .	2307	2671	Meseritz	1673	2008	Adelnau . . .	832	934
Rawitsch . . .	2094	2635	Kolmar i. P. . .	1987	1998	Provinz Posen		
Gostyn	2156	2568	Posen-Ost . . .	1829	1968	im Mittel . .	1973	2298
Pleschen . . .	2446	2555	Schildberg . . .	1237	1888			
Neutomischel . .	2040	2544	Hohensalza . . .	1753	1868			

Der große Unterschied in dem Verbrauch der einzelnen Kreise (934—3834 kg) zeigt uns aber, wie steigerungsfähig der Verbrauch noch ist. Bei der unbegrenzten Leistungsfähigkeit unserer deutschen Kaliwerke steht einer Verbrauchssteigerung in dieser Beziehung kein Hindernis entgegen, und im Interesse der Erhöhung der Ernten ist die Steigerung mit allen Mitteln anzustreben. Die verschiedensten landwirtschaftlichen Korporationen sehen es daher auch als eine wichtige und dankbare Aufgabe an, den Düngemittelverbrauch durch Wort, Schrift und Beispielskultur zu heben, damit mehr produziert wird und damit gleichzeitig die Einnahmen der Düngemittelverbraucher, also der Landwirte, gesteigert werden.

Moorkultur.

Deutschland hat große Flächen Moor, die noch der Kultivierung harren. So haben wir denn auch in Posen ausgedehnte Moorflächen, die, wenn richtig kultiviert, nicht unbeträchtliche Mengen Heu produzieren können, wodurch unser Viehstand bedeutend vermehrt und besser ernährt werden kann. Ganz genaue Angaben über die Ausdehnung der Moore in Posen lassen sich schwer machen. Von sachverständiger Seite wird die Moorfläche auf ca. 56 Quadratmeilen geschätzt, gleich 10 Proz. der Gesamtfläche. Die Moore haben in Posen ihre hauptsächlichste Verbreitung in den Flußtälern, insbesondere in Netze-, Obra- und Bartschbruch. Außerdem kommen in fast allen Talsenken an Flußläufen und Seen zahlreiche kleine Moorflächen vor. Fast alle Posener Moore gehören dem Grünlands- oder

Niederungsmoore an. Nur selten finden wir Flächen, die den Hochmoorcharakter tragen bzw. dem Hochmoor ähneln. Nur ein einziges Hochmoor besitzt die Provinz in der Bagna bei Ludom, Kreis Obornik. Es ist 1200 Morgen groß und an seinem starken Heidekrautbestand und dem hellen, recht aufsaugefähigen Moostorf kenntlich. Nach drei Richtungen hin werden die Moore genutzt. Einmal liefern sie Torf zu Brennzwecken. Mit Rücksicht darauf, daß, nachdem der Torf gestochen ist, die Fläche nutzlos ist, wird die Torfgewinnung mit Recht jetzt bekämpft. Leider ist der Erfolg bisher gering. Anders verhält es sich mit der Gewinnung der Rasenerze, die im Moore vorkommen. Diese sind früher vielfach zu Bauzwecken benutzt worden. Jetzt werden sie zur Verhüttung nach Oberschlesien verschickt, wo sie wegen ihres hohen Phosphorsäuregehaltes besonders geschätzt werden, denn das bei der Verhüttung entstehende die Phosphorsäure des Eisens enthaltende Thomasmehl ist ein wertvolles Abfallprodukt und findet als künstliches Düngemittel eine willige Aufnahme in der Landwirtschaft. Die Flächen, von denen die Rasenerze gewonnen werden, können anstandslos zu landwirtschaftlichen Zwecken wieder benutzt werden. Die dritte und wichtigste Nutzungsart ist die Gewinnung von Gras bzw. Heu und anderen landwirtschaftlichen Produkten. Friedrich der Große hat bereits den großen Wert der Moorflächen erkannt und hat die im Netzebruch noch heute in schönster Blüte stehenden Kolonien angelegt. Jeder Kolonist erhielt dort etwas Bruchland zugeteilt, wodurch die langgestreckte Form der einzelnen Höfe und Ländereien bzw. der Dörfer entstand, die sich für die dortigen Verhältnisse sehr bewährt hat. Schon bei einer Fahrt mit der Ostbahn durchs Netzebruch kann man dies ohne Mühe beobachten. Man war im letzten Jahrzehnt ferner bestrebt, durch Gründung zahlreicher Meliorationsgenossenschaften die Moorflächen zu kultivieren. Da aber vielfach die Moore nur bewässert wurden, ohne daß sie gleichzeitig entwässert wurden, so blieb der erhoffte Erfolg aus. Leider wurde aber nicht auch für eine Zufuhr der fehlenden Nährstoffe in Form von Kalisalzen und Thomasmehl gesorgt; auch wurde versäumt, einen geeigneten Pflanzenbestand durch Neuansaat der Moore hervorzurufen. Erst später holte man das Versäumte nach. Auf diesem Gebiet hat die 1900 errichtete Provinzial-Moorkommission der Landwirtschaftskammer für die Provinz Posen vorbildlich und bahnbrechend gewirkt. Durch Wort und Schrift wurden die Erfahrungen der Moorwissenschaft verbreitet. Wissenschaftliche Versuche und eine große Anzahl über die ganze Provinz zerstreuter Beispielsversuche führte dem Praktiker auf eigenem Grund und Boden vor Augen, wie er seine ertragsarmen Moorflächen in fruchtbare Wiesen umwandelt und sich damit eine ergiebige Einnahmequelle schafft. Die Kultivierung der Moore in Posen ist von größter volkswirtschaftlicher Bedeutung, wie aus nachstehenden Erfahrungszahlen hervorgeht. Nehmen wir den Ertrag der Moorwiesen auf ca. 15 Zentner pro Morgen im Durchschnitt an und vergegenwärtigen wir uns, daß durch zweckmäßige Düngung und Neuansaat der Ertrag auf 30—40 Zentner pro Morgen gesteigert werden kann, so wird man ermessen können, welchen Aufschwung unsere Viehzucht noch erleben kann. Der ca. 900000 Stück betragende Rindviehbestand könnte im Laufe der Jahre auf 1½ Millionen vermehrt werden.

Um nun ein rascheres Tempo in der Kultivierung der Moore zu erreichen, ist die Tätigkeit der Provinzial-Moorkommission wesentlich erweitert worden. Seit Oktober 1911 übernimmt sie folgende Arbeiten: Einmalige und dauernde Beratung unter Erteilung eines schriftlichen, ausführlichen Gutachtens, Anfertigung von Flächen- und Längennivellements nebst Projekten und Kostenanschlag, Zusammenstellung und Lieferung von Grassamenmischungen, sowie ständige Kontrolle der Moorflächen. Diese Neueinrichtung hat sich vorzüglich bewährt und die über alle Erwartung große Inanspruchnahme dieser Einrichtung zeigt, daß ein Bedürfnis für sie vorhanden war.

Es wäre der Sache sehr förderlich, wenn nicht nur der Staat und die Kammern, sondern auch alle übrigen auf diesem Gebiete arbeitenden Korporationen die Moorkultivierung finanziell bzw. durch Inanspruchnahme der Moorkommission unterstützten.

Obstbau.

In Posen waren vielfach Obstbaumbestände vorhanden, die aus der Zeit der ausgedehnten Gutsherrschaften stammten, aus einer Zeit, in der noch viel Luxusgärtnerei und Zwerg- und Spalierobstzucht unter Anleitung französischer und italienischer Fachmänner getrieben wurde. Teils wurden diese Anlagen später aus Mangel an Verständnis oder Mitteln vernachlässigt, teils verschwanden diese bei Auflösung der Großbetriebe. Der landwirtschaftliche Provinzialverein war daher bestrebt, Interesse für den Obstbau durch Verteilung von Schriften und Abhaltung von Vorträgen zu wecken. Seit ca. 15 Jahren kann man überall wachsendes Interesse und verständnisvolle Arbeit auf dem Gebiete des Obstbaues feststellen, dank der aneifernden Tätigkeit der Landwirtschaftskammer, Ansiedlungskommission und anderer Behörden. Posen wird einmal eine beachtenswerte Rolle in der Versorgung des deutschen Volkes mit Obst spielen.

Über den Umfang des Obstbaues gibt die Obstbaumzählung vom 1. Dezember 1900 Auskunft. Dieselbe hatte folgendes Ergebnis:

	Gemeindeeinheiten	Ortsanwesende Besitzer	Mit Obstbäumen bestandene Gehöfte, Grundstücke, Wege usw.	Apfelbäume
a) Städte	131	616 093	23 220	133 070
b) Landgemeinden . .	3121	892 275	94 153	444 944
c) Gutsbezirke . . .	1886	378 907	8 718	359 003
	5138	1 887 275	126 091	937 017 = 19,52%

	Birnbäume	Pflaumen- und Zwetschenbäume	Kirschbäume	Obstbäume überhaupt
a) Städte	106 795	239 484	104 618	583 967
b) Landgemeinden . .	439 733	1 468 176	656 114	3 008 967
c) Gutsbezirke . . .	185 317	303 723	359 268	1 207 311
	731 845 = 15,23%	2 011 383 = 41,90%	1 120 000 = 23 33%	4 800 245

Leider stehen neuere Zahlen nicht zur Verfügung. Posen steht mit 4800245 Obstbäumen in Preußen an achter Stelle. An erster Stelle steht die Provinz Sachsen mit 14784272 Bäumen, während Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Schleswig-Holstein und Hohenzollern weniger Obstbäume wie Posen (1900) hat. Seit dieser Obstbaumzählung wurden aber in Posen sehr viel Bäume angepflanzt, entsprechend der von allen Seiten gekommenen Anregung.

Die Ansiedlungskommission hat von 1886 bis April 1909 418808 Obstbäume gepflanzt. Die Ansiedler bekamen in zwei aufeinander folgenden Jahren je 20 Obstbäume, wofür sie pro Baum 40 Pfennige zu bezahlen hatten. Die Ansiedlungskommission schrieb vor, eine Pflanzweite von 8 m und überließ dem Ansiedler alles übrige. Um eine intensivere Förderung des Obstbaues zu erreichen, wurde seit April 1909 ein neues Verfahren eingeführt, nachdem ein besonderer Beamter für Förderung des Obstbaues im Ansiedlungsgebiet von der Landwirtschaftskammer angestellt worden war.

Nach dem neuen Verfahren erhält jeder Ansiedler, sofern dieses seine Geschäftslage erlaubt, eine Obstbaumfeldpflanzung von 21 Bäumen für den Einzelpreis von 80 Pfennigen. Geliefert werden in der Regel 9 Apfelbäume, 2 Birnen-, 6 Pflaumen- und Zwetschen-, 3 Sauerkirschen- und 1 Süßkirschenbaum. Außerdem kann er noch für einen kleineren Preis 2 Nußbäume und 4 Wildbäume erhalten. Es ist möglich, daß von vornherein bei vielen interessierten Ansiedlern größere Pflanzungen angelegt werden, nur ist für die überzähligen Bäume ein höherer Preis zu zahlen (1,25 Mark pro Baum). Es werden außer den Bäumen auch Pfähle, Drahtschutzgeflechte, je 2 Baumbänder und Kunstdünger geliefert; die Bäume werden von den liefernden Baumschulen mit Anwachs- und Sortengarantie gepflanzt.

Arbeiterstellen erhalten nur 10—12 Obstbäume zum Stückpreise von 50 Pfennigen.

Bei älteren Ansiedlern, die besonderes Interesse für den Obstbau gezeigt haben, können sogenannte Musterobstpflanzungen oder Handelsobstgärten angelegt werden. Hierfür kommen nur Apfelbäume in Frage. Der Stückpreis beträgt in diesem Falle 1 Mark.

Außer den Pflanzungen bei Ansiedlern werden auch Wegepflanzungen ausgeführt.

Nach diesem Verfahren wurden vom Herbst 1909 bis Frühjahr 1912 83291 Obstbäume, 3035 Nußbäume, 1897 Wildbäume gepflanzt.

Als Beispiel, wie der Obstbau durch alle diese Maßnahmen an Umfang zugenommen hat, sei der Kreis Gnesen erwähnt, da uns für diesen Kreis genaue Zahlen zur Verfügung stehen. Im Jahre 1900 wurden in diesem Kreise 63415 und im Jahre 1910 139014 Obstbäume gezählt. Die Zahl hat sich also in diesem Jahrzehnt mehr als verdoppelt.

Zur Förderung des Obstbaues sind folgende Einrichtungen getroffen. Der bei der Landwirtschaftskammer tätige Obstbauinspektor hat in erster Linie in den landwirtschaftlichen und Obstbauvereinen Vorträge zu halten und zwei bis dreitägige mit praktischen Übungen verbundene Obstbaukurse abzuhalten. Die Kurse, die auch von Frauen und den erwachsenen Töchtern besucht werden, fanden z. B.

in den Jahren 1906—1912 an 30—40 Orten teils wiederholt statt. Es nahmen an ihnen 4387 Personen, darunter 1412 Lehrer, teil.

Zahlreiche Baumwärter sind von der Landwirtschaftskammer ausgebildet und stehen gegen mäßige Vergütung zur Ausführung wichtiger Pflegearbeiten den Obstbaumbesitzern zur Verfügung. Auf besonderen Antrag entsendet die Landwirtschaftskammer ihre Obstbauinspektoren, um an Ort und Stelle Gutachten über bestehende oder zu errichtende Obstplantagen zu geben. Während die landwirtschaftlichen Vereine und zwei Hausfrauenvereine sich auch mit der Förderung des Obstbaues beschäftigen, bestehen ferner 18 Obstbauvereine, die ausschließlich den Obst- und Gartenbau zu fördern bestrebt sind. Sie haben sich zu einem Provinzialverband vereinigt. Es haben ferner zahlreiche kleinere und größere Obst- und Gartenbauausstellungen anregend auf diesem Gebiete gewirkt, besonders die im Jahre 1908 in Posen abgehaltene große Obst- und Gartenbauausstellung. Zur besseren Verwertung des Obstes wurden Obstmärkte eingerichtet, die jedoch zugunsten der Genossenschaft zur Verwertung landwirtschaftlicher Produkte aufgehoben wurden. Letztere unterhält in Posen einen Laden, in dem Obst, Gemüse, Butter, Eier, Honig, Kartoffeln usw. zu haben sind.

Gemüsebau.

Der Gemüsebau ist in Posen nicht von so großer Bedeutung wie in anderen Provinzen. Nur in der Nähe größerer Städte, wie z. B. Posen, hat er an Ausdehnung gewonnen. So treiben z. B. aus Franken stammende Ansiedler in Schönherrnhausen bei Posen einen intensiven Gemüsebau, besonders werden Gurken und Zwiebeln angebaut. Es sei noch erwähnt, daß die Zuckerfabrik Kosten als Nebenbetrieb eine Gemüsetrocknungsanlage betreibt, in der große Mengen Gemüse aller Art in jedem Jahre getrocknet werden.

Korbweidenbau.

In Posen, insbesondere in der Tirschtiegeler Gegend, werden nicht unbedeutende Flächen feuchten Sand- und Moorbodens durch Korbweidenkultur ausgenutzt. Der Anbau der Korbweiden hat in der dortigen Gegend hauptsächlich einen Aufschwung durch die Einführung einer für feine Korbflechtwaren besonders geeigneten amerikanischen Korbweide gefunden. Diese Weide ist zart und schlank, blendend weiß und biegsam und doch außerordentlich fest. Der Anbau dieser Weide hat in der Tirschtiegeler Gegend einen Umfang von ca. 1500 Morgen angenommen. Es gehen jährlich 100—120 Waggons geschälter Weiden und ca. 40 Waggons grüner, ungeschälter Weiden nach den verschiedensten Gegenden Deutschlands, besonders nach Bayern, Württemberg, Sachsen nnd Elsaß-Lothringen. Auch das Ausland zählt zu den Abnehmern der Tirschtiegeler Weiden. Auf den Ausstellungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft holten sich Korbweidenbauer aus Posen wiederholt erste Preise. Die Landwirtschaftskammer hat eine größere Anzahl von Düngungsversuchen mit Korbweiden ausgeführt, um zur Verwendung der künstlichen Düngemittel zu Korbweiden anzuregen und um an der Frage der

Düngung der Korbweiden, die noch wenig geklärt ist, mitzuarbeiten. Der Landwirtschaftliche Verein Tirschtiegel stellte auf der Ostdeutschen Ausstellung 1911 Weiden und Korbwaren der verschiedensten Art, sowie Kulturgeräte und Werkzeuge für die Korbwarenindustrie aus.

Hopfenbau.

Eine weitere Spezialkultur der Provinz Posen ist der Anbau des Hopfens. Die Anbaufläche ist verhältnismäßig stark zurückgegangen, bedingt durch die äußerst schwankenden und teilweise sehr niedrigen Preise (30 bis 240 Mark pro Zentner). Auch treten Schwierigkeiten in der Beschaffung der Arbeitskräfte, besonders während der Ernte, und eine gewisse Überproduktion in Deutschland zeitweise ein. So ist denn die Anbaufläche 1905 von 1188 auf 950 Hektar zurückgegangen. Der Hopfenbau gibt der Neutomischeler Gegend einen eigenartigen Charakter, wozu noch die an den Bächen und Feldrainen stehenden Büsche und Bäume, besonders Erlen, treten. Um Fortschritte auf dem Gebiete des Hopfenbaues zu erzielen und den Hopfen besser zu verwerten, sind die Hopfenbauer zu einem Hopfenbauverein zusammengetreten, der größere Ausstellungen beschickt, Märkte veranstaltet, Hopfensechsen einführt und Preisnotierungen herausgibt. Seit zwei Jahren ist man mit der Anlage von Hopfendarren in Neutomischel vorgegangen, um sich bei der Ernte unabhängig von der Witterung zu machen. Diese Maßnahme hat sich außerordentlich bewährt.

Weinbau.

Der Posener Weinbau steht ebenso, wie der zum Ostdeutschen Weinbaugebiet gehörende Schlesische und Brandenburgische Weinbau, in keinem besonders guten Rufe. Es sei hierbei nur an Trojans Gedichte über den Ostdeutschen Weinbau erinnert. Trotzdem muß gesagt werden, daß das Produkt in seiner Qualität durchaus nicht zu verachten ist. Im übrigen werden nicht unerhebliche Mengen Trauben zu Rognak und zu Sekt von zwei Grüneberger Sektfabriken verarbeitet. Auch findet ein nicht unerheblicher Versand von Trauben in Postpaketen nach Berlin statt. Leider ist aber die Kultur der Rebe in Posen sehr vernachlässigt worden, indem Anbaumethoden, Pflegearbeiten und besonders Bekämpfung der Rebkrankheiten und Anwendung der künstlichen Düngemittel sehr zu wünschen übrig lassen. Auch auf diesem Gebiete sucht die Landwirtschaftskammer und der Ostdeutsche Weinbauverein anregend und fördernd zu wirken. So hat die Landwirtschaftskammer Versuche mit der Anwendung von Kunstdüngemitteln zu Reben ausgeführt, die sehr gute Ertragssteigerungen brachten.

Tabakbau.

Eine wenig bekannte Spezialkultur wird in Posen noch getrieben; dieses ist Tabakbau. Es sind nur einige wenige Gemeinden (Rogsen, Gollmütz, Ruschten, Klastawe), in denen sich der Tabakbau in nicht unbeträchtlichem Umfange erhalten hat und wohl auch künftighin in gleicher Ausdehnung betrieben werden wird.

Aber diese Gemeinden haben recht daran getan. Durch den am Tabakbau bestehenden allgemein üblichen „Teilbau" sind die Arbeiter am Roh- und Reinertrag interessiert und sind in der betreffenden Gegend seßhaft geblieben. Während 1897 noch 2449 Landwirte Tabakbau trieben, waren es 1911 nur noch 283. Die Anbaufläche ist von 61,5 ha auf 29,19 ha zurückgegangen. Neuerdings hat die Landwirtschaftskammer in Verbindung mit der Ansiedlungskommission bei Ansiedlern aus Süddeutschland, insbesondere der Pfalz, die den Tabakbau aus ihrer Heimat kannten, Tabakkulturversuche ausgeführt, die trotz ungünstiger Verhältnisse (Spätfröste und große Dürre) sehr günstig ausfielen und zu weiteren Arbeiten auf diesem Gebiete Anregung gegeben haben. Der Tabakbau hat den Vorteil, daß von kleiner Fläche ein verhältnismäßig hoher Roh- und Reinertrag erzielt werden kann; allerdings müssen genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Aus diesem Grunde ist der Tabakbau für Ansiedler und Kleinsiedler mit großer Familie besonders geeignet.

Landwirtschaftliche Versuchsstation.

Eines der ältesten, wichtigsten und erfolgreichsten landwirtschaftlichen Institute der Provinz Posen ist die in Kosten bei Schmiegel gegründete Landwirtschaftliche Versuchsstation, die 1877 nach Posen verlegt wurde. Von 1873—77 bestand auch in Bromberg eine Versuchsstation, die später mit der Posener vereinigt wurde. Die Aufgabe der Versuchsstation ist in erster Linie, die landwirtschaftlichen Gebrauchsstoffe, die durch den Handel bezogen werden, auf ihren Wert durch die Analyse zu prüfen. Es sind dieses die künstlichen Düngemittel, die Futtermittel, das Saatgut usw. Die Zahl der Proben, die in jedem Jahre eingesandt werden, wächst von Jahr zu Jahr. Sie betrug 1893 4071 Proben, 1902/03 8003 Proben, 1911/12 21 074 Proben. Hoffentlich wird sich die Erkenntnis in den Kreisen der Landwirte, insbesondere der bäuerlichen Besitzer, immer mehr Bahn brechen, daß zu einer geordneten Wirtschaftsweise nicht nur der Ankauf von Kraftfuttermitteln und von künstlichen Düngemitteln gehört, sondern auch die Prüfung ihres Wertes auf der Versuchsstation. Neben dieser eigentlichen Kontrolltätigkeit haben die Beamten der Versuchsstation noch die Aufgabe, durch Wort und Schrift belehrend auf die Landwirte einzuwirken. Außerdem wurde längere Jahre hindurch eine umfassende Forschungstätigkeit ausgeübt, und die Ergebnisse der zahlreichen angestellten Versuche haben zu weiterem Ausbau der Agrikulturchemie wesentlich beigetragen. Nach Errichtung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Landwirtschaft zu Bromberg wurde die Versuchstätigkeit auf der Versuchsstation zu Posen eingestellt, um dieses Arbeitsgebiet ganz dem genannten Institute zu überlassen. Dagegen werden die Versuche in Pentkowo nach wie vor von der Versuchsstation in Posen geleitet.

Versuchsgut Pentkowo.

Bald nach Übernahme der Versuchsstation auf die Landwirtschaftskammer wurde der Plan gefaßt, eine Versuchswirtschaft der Versuchsstation anzugliedern, da die Ausführung von Versuchen auf einer Versuchswirtschaft als hervorragendes

Mittel zur Förderung der Landwirtschaft erkannt wurde. 1900 gelang es denn, in der Nähe von Schroda ein geeignetes Gut zu erwerben, auf welchem dann eine große Anzahl äußerst wertvoller und interessanter Versuche ausgeführt wurde. Es wird hier die Wirkung der einzelnen künstlichen Düngemittel festgestellt, zahlreiche Sorten, die sowohl in der Provinz Posen gezüchtet sind, als auch Sorten aus anderen Gegenden werden angebaut, um ihren praktischen Wert für Posen festzustellen. Das Versuchsgut Pentkowo erfreut sich lebhaften Besuches der beteiligten Kreise. Die Ergebnisse der angestellten Versuche werden mit besonderem Interesse von der Praxis und der Wissenschaft verfolgt, da sie von großer Bedeutung für die Provinz sind.

Kaiser Wilhelm-Institut für Landwirtschaft zu Bromberg.

Die Landwirtschaft hat trotz der Bestrebungen, auch den Osten zu industrialisieren, noch die größte Bedeutung für die östlichen Provinzen. Fast alle Berufsarten sind mehr oder weniger eng verknüpft mit der Landwirtschaft des Ostens und daher auch an ihrem Wohlergehen interessiert. Um nun die Landwirtschaft des Ostens noch mehr zu fördern, wurde in Bromberg vom Preußischen Staate das Kaiser Wilhelm-Institut für Landwirtschaft gegründet und im Jahre 1906 eröffnet. Das Institut hat die Aufgabe, durch wissenschaftliche Forschungen und praktische Versuchstätigkeit die Bedingungen zu ermitteln, nach denen unter den besonderen klimatischen, Boden- und Wasserverhältnissen der östlichen Provinzen die Landwirtschaft in ihren verschiedenen Zweigen am wirksamsten gefördert werden kann. Durch Anregung, Anstellung und Überwachung von Versuchen in den Wirtschaften der Landwirte soll das Institut gleichzeitig praktischen Nutzen bringen. Auch eine Lehrtätigkeit ist mit dem Institute verbunden. Das Institut gliedert sich in nachstehende Abteilungen: 1. Agrikulturchemie, Bakteriologie und Saatzucht, 2. Meliorationswesen, 3. Pflanzenkrankheiten, 4. Tierhygiene.

Zurzeit sind folgende wissenschaftliche Beamte an dem Institut tätig: Ein Direktor, Abteilungsvorsteher, ein Vorsteher-Stellvertreter, ein Saatzuchtleiter, 17 Assistenten. Ferner gehören zu dem Institut ein Gutsverwalter, ein Meliorationsbaurat, ein Obergärtner, zahlreiches Bureaupersonal, Boten, Diener und Gutsarbeiter.

Die Abteilung für Agrikulturchemie, Bakteriologie und Saatzucht hat in erster Linie umfangreiche Düngungs- und Sortenanbauversuche auf den Versuchsfeldern des Instituts und auf dem Versuchsgute Mocheln auszuführen, desgleichen aber auch auf Gütern in den Provinzen Posen und Westpreußen. Das Versuchsgut Mocheln, das dem Institute angegliedert ist, hat die gleiche Aufgabe wie das schon erwähnte Versuchsgut der Landwirtschaftskammer zu Pentkowo. Während letzteres größtenteils schwereren Boden hat, hat ersteres leichteren Boden, wodurch sich beide Güter vorteilhaft gegenseitig ergänzen. Auf diesem Versuchsgute werden auch Fütterungsversuche ausgeführt, um die praktisch zweckmäßigsten Fütterungsarten festzustellen. Seit April d. J. ist auch ein Saatzuchtleiter tätig; ihm liegt die Aufgabe ob, diejenigen Landwirte des Ostens, die auf dem Gebiete der Pflanzenzucht tätig sind, zu beraten und selbst forschend tätig zu sein. Ihm ist

eine für den Osten sehr wichtige Aufgabe gestellt, da er in der Lage ist, die Pflanzenzucht des Ostens nicht unwesentlich fördern zu können. Hierdurch können der Landwirtschaft recht bedeutende Vorteile zugeführt werden.

Die Abteilung für Agrikulturchemie arbeitet Hand in Hand mit der Abteilung für Meliorationswesen. Deren wichtigste Aufgabe ist es, sowohl die Frage der Entwässerung, als auch die der Bewässerung der Felder zu bearbeiten. Die Frage, ob, in welchem Umfange und durch welche Systeme die Felder künstlich bewässert werden können, ist für den Osten äußerst wichtig, da der Osten gerade in der Zeit, in der die landwirtschaftlichen Kulturpflanzen am meisten Wasser bedürfen, in der Regel am niederschlagärmsten ist. Die ganze Frage ist erfreulicherweise bereits aus dem Versuchsstadium herausgetreten. Es sind zurzeit 10 große Bewässerungsanlagen in Posen im Betriebe, von denen einzelne bis 700 Morgen Ackerfläche mit künstlichem Regen versehen können. In absehbarer Zeit wird man daher ein Urteil abgeben können, ob und wie weit Beregnungsanlagen auf größeren Gütern oder auf genossenschaftlichem Wege mit Erfolg ausgeführt werden können.

Die Abteilung für Tierhygiene hat die Aufgabe der Erforschung und Bekämpfung der Tierkrankheiten aller Art. Sie hat die Methoden auszuarbeiten, um schnell und sicher die Krankheiten festzustellen und geeignete Heilmethoden zu erproben. Daneben laufen die Arbeiten, um durch geeignete Vorbeugungsmaßregeln die Erkrankungen unserer landwirtschaftlichen Nutztiere zu verhindern. Die Abteilung arbeitet unter anderm Hand in Hand mit den Herdbüchern der Landwirtschaftskammer, die das Tuberkulose-Tilgungsverfahren obligatorisch eingeführt haben.

Die gleiche Aufgabe, die die obengenannte Abteilung auf dem Gebiete der Tierzucht hat, hat auf dem Gebiete des Pflanzenbaues die Abteilung für Pflanzenkrankheiten. Auch hier gilt es in erster Linie, möglichst den Erkrankungen der Pflanzen vorzubeugen durch Feststellen derjenigen Kulturmethoden, die ein Erkranken der Pflanzen verhindern. Schließlich sind die wichtigsten Pflanzenkrankheiten der einzelnen Sorten zu ermitteln. Die Bekämpfung der tierischen Schädlinge, sowie die Bekämpfung des Unkrauts sind weiter äußerst wichtige und dankbare Arbeitsgebiete, auf denen noch viel geleistet werden kann. Angegliedert an die genannte Abteilung sind ein großes, über beide Provinzen sich erstreckendes Netz von Sammelstellen (Winterschulen) und Sammlern, die in Verbindung mit der Landwirtschaftskammer die Anstalt als Auskunftsstelle benutzen und zahlreiche erkrankte Pflanzen zu weiteren Forschungsarbeiten der Abteilung in jedem Jahre zusenden. Die Zahl der Untersuchungen betrug im Jahre 1910 1321 und die Zahl der Anfragen und Meldungen 2938 Stück. Zahlreiche populäre Flugblätter werden in jedem Jahre verbreitet, um aufklärend auf diesem Gebiete zu wirken.

Milchwirtschaftliche Versuchsstation.

In Wreschen wurde von seiten der Landwirtschaftskammer im Jahre 1898 eine milchwirtschaftliche Versuchsstation und Lehranstalt für Molkereiwesen gegründet. Sie soll die Milchwirtschaft in der Provinz Posen durch wissenschaftliche und praktische Tätigkeit fördern. Zu diesem Zweck werden milchwirtschaftliche

Geräte und Untersuchungsmethoden in jedem Jahre geprüft und Forschungen auf dem Gebiete der Milchwirtschaft und Käserei ausgeführt. Die große Anzahl der Molkereigenossenschaften in der Provinz Posen, sowie zahlreiche private Molkereien lassen die Milch regelmäßig auf der Versuchsstation auf Fettgehalt untersuchen, während die Käsereien Kulturen zum Ansäuern der Milch und zur Herstellung bestimmter Käsesorten beziehen. Ferner hat der Direktor der milchwirtschaftlichen Versuchsstation zahlreiche Gutachten an Behörden und Gerichte zu erstatten und die Molkereigenossenschaften an Ort und Stelle zu beraten. Mit der Versuchsstation ist eine Molkereilehranstalt verbunden. Auch hat die Versuchsstation den Vertrieb von Mäusetyphuskulturen, die in Magermilch gezüchtet sind, übernommen, ein Mittel, das sich in der Provinz Posen sehr gut bewährt hat. Ferner ist mit der Versuchsstation eine meteorologische Station verbunden.

Pferdezucht.

Die Pferdezucht steht in der Provinz Posen in großer Blüte und macht erfreulicherweise gute Fortschritte. Der Staat läßt ihr seine ganz besondere Fürsorge angedeihen. Auch die Landwirte bringen keinem anderen Betriebszweige solches Interesse entgegen, wie der Pferdezucht. Insbesondere ist es die polnische Bevölkerung. In Posen wird durchweg Halbblut gezogen. Die Aufzucht der Tiere liegt größtenteils in Händen der mittleren und größeren Besitzer, während die kleineren Besitzer ihre Füllen im Alter von 1—5 Monaten an die größeren Besitzer verkaufen. Diese sind auch in der Lage, durch Errichtung besonderer Pferdekoppeln die Pferde am sachgemäßesten aufziehen zu können. Der Staat hat in der Provinz Posen ein Gestüt in Gnesen und eins in Zirke, Kreis Birnbaum, errichtet. In Gnesen befinden sich 220 Hengste und in Zirke 192, die von Januar bis Juni auf den staatlichen Hengststationen verteilt sind. Der Verkauf der Pferde geschieht auf Remontemärkten. Die Remonten werden 3jährig angekauft, kommen dann nach dem Remontegestüt Wirsitz und werden 4jährig an die Truppen abgegeben. Im letzten Jahre wurden in der Provinz Posen 54 Remontemärkte abgehalten, auf denen die Militärverwaltung von 1961 vorgestellten Remonten 848 ankaufte. Posen steht mit dieser Zahl an dritter Stelle in Preußen. An erster Stelle steht Ostpreußen, das bekanntlich unsere wichtigste Remonteprovinz ist, mit 6385 und Hannover an zweiter Stelle mit 1242 Remonten. Die Zahl derjenigen Hengste, die von den beiden genannten Gestüten in der Provinz Posen angekauft werden, wächst von Jahr zu Jahr. In der Zeit von 1906—1910 wurden im ganzen 92 Hengste angekauft. Ferner wurden im Jahre 1910 94 Hengste im Privatbesitz angekört, von denen 66 dem Warmblutschlage und 28 dem Kaltblutschlage angehören.

Zur Förderung der Pferdezucht dienen ferner Wettrennen und Leistungsprüfungen, die von den Posener, Gnesener und Bromberger Rennvereinen an diesen Orten, sowie in Schneidemühl abgehalten werden. Diese Veranstaltungen werden erfreulicherweise sowohl von Landwirten, als auch vom städtischen Publikum recht zahlreich besucht.

1. Brennerei der Domäne Georgenhof. 2. Saatgutspeicher in Nagradowitz. 3. Feldscheune bei Posen. 4. Pflanzenzuchtgarten in Kleschewo. 5. Rindviehherde in Sliwno. 6. Schweineherde in Sliwno. 7. Getreidedreschapparat mit Saatreinigungsmaschine in Kleschewo. 8. Gleisanschluß in Gurschno.

In Bentschen besteht der Tattersall (Genossenschaft zur Abrichtung und zum Verkauf edler Pferde). Diese Genossenschaft bezweckt, den Züchtern der Provinz Posen das für den eigenen Verbrauch zu wertvolle Pferdematerial abzunehmen und zu Reit- und Wagenpferden auszubilden. Offiziere der verschiedensten Garnisonen sowie andere Interessenten zählen zu ständigen Abnehmern des Tattersalls. Die Einrichtung großer Pferdemärkte in Bentschen ist 1912 zum ersten Male durchgeführt, während in Schneidemühl seit längerer Zeit Pferdemärkte bestehen. In Gnesen besteht ferner ein Verein zur Hebung der Pferdezucht in der Provinz Posen, der große Luruspferdemärkte abhält. Berühmt sind ferner in ganz Deutschland die Ende April in jedem Jahre in Gnesen stattfindenden St. Adalberts-Pferdemärkte. Der Umsatz auf diesen Märkten beträgt mehr als eine Million Mark. Der Auftrieb betrug auf einem der letzten Märkte 2339 Stück. Insbesondere werden auch viel russische Pferde auf diesen Märkten aufgetrieben. Zur Unterstützung der Pferdemärkte werden Pferdelotterien, deren Lose in ganz Preußen vertrieben werden, abgehalten.

Die Posener Züchter sind in der Posenschen Stutbuchgesellschaft vereinigt, die 1900 den ersten und 1911 den zweiten Band des Posenschen Stutbuches für edles Halbblut herausgab. Die Landwirtschaftskammer fördert die Pferdezucht, indem sie in jedem Jahre Pferdeprämiierungen abhält, auf denen hauptsächlich die vom Staate zur Verfügung gestellten Mittel verteilt werden. Im Jahre 1910 wurden im ganzen 29 252,50 Mark an Prämien verteilt. An diesen Prämiierungen können nur kleinere Besitzer teilnehmen. Schließlich sei noch erwähnt, daß in einzelnen Gegenden der Provinz, insbesondere dort, wo Rübenbau getrieben wird, kaltblütige Pferde bevorzugt werden. Solange eine reine Kaltblutzucht stattfindet, wird man hiergegen nichts einwenden. Zu verwerfen ist aber das Kreuzen zwischen Kalt- und Warmblut. Es bestehen einige Kaltblut-Zuchtgenossenschaften und ein Verband der Kaltblutzüchter, der von der Landwirtschaftskammer geleitet und finanziell unterstützt wird. Dieser Verband hat wiederholt Stutfohlen des rheinisch-belgischen Schlages aus der Rheinprovinz importiert.

Daß man in der Provinz Posen bestrebt ist, alle Fortschritte in der Landwirtschaft sich nutzbar zu machen, bzw. daß sich Landwirte finden, die auch nicht unerhebliche Geldmittel aufwenden, um Erfahrungen zu sammeln. dürfte wohl daraus hervorgehen, daß man an einzelnen Stellen Versuche mit Maultierzucht treibt. Einzelne Landwirte haben sich wertvolle Eselhengste (Ankaufspreis bis 4000 Mark) zur Begründung einer Maultierzucht angeschafft.

Rindviehzucht.

Die klimatischen Verhältnisse sind für die Rindviehzucht nicht besonders günstig, da für eine Weidewirtschaft die Voraussetzungen: feuchtes Klima und graswüchsiger Boden, fehlen. In der Erkenntnis aber, daß freie Bewegung in frischer Luft den Zuchttieren, insbesondere dem Jungvieh, dringend notwendig ist, werden von Jahr zu Jahr mehr Weidekoppeln angelegt. In diesen Koppeln haben die Tiere Gelegenheit, sich zu tummeln. Im übrigen wird in ausgedehnten Flächen Roggen

Seradella als Unterfrucht eingesät. Sobald die Seradella genügend gewachsen ist, wird das Vieh auf die Stoppeln getrieben, um auf diese Weise Weidegang zu schaffen. Die Provinz Posen hat ausgedehnte Moorflächen, deren Kultivierung mehr und mehr in die Hand genommen wird. Die Aufzucht und Ernährungsverhältnisse für das Rindvieh verbessern sich daher auch von Jahr zu Jahr. Wenn die Verhältnisse also nicht so sehr günstig für Rindviehzucht sind, so hat Quantität und Qualität bei den großen Fortschritten, die die Landwirtschaft gemacht hat, in Posen trotzdem erheblich zugenommen. Die Zahl der Rinder betrug 1867 499 831 Stück, 1892 752 740 Stück, 1900 869 488 Stück, 1904 901 000 Stück. Die Landwirtschaftskammer sowie auch die Kreisverwaltungen sind bemüht, die Rindviehzucht zu fördern. Der Landwirtschaftskammer stehen für diesen Zweck nicht unbedeutende staatliche Mittel zur Verfügung, während die Kreisverwaltungen ebenfalls Geldmittel bewilligen und nach den gleichen Grundsätzen verwenden wie die Landwirtschaftskammer. Für die einzelnen Kreise sind Polizeiverordnungen erlassen, die bis auf einige durch lokale Verhältnisse bedingte Abweichungen im wesentlichen übereinstimmen. Die Landwirtschaftskammer gibt Beihilfen zur Errichtung von Bullenstationen, die unter Aufsicht der Direktoren der Landwirtschaftlichen Winterschulen und der Tierzuchtinspektoren stehen.

Zur Errichtung von Bullenstationen werden Beihilfen zum Ankauf von Zuchtstieren in halber Höhe der Anschaffungskosten bis zum Höchstbetrage von 200 Mark an bäuerliche Besitzer mit einem Grundsteuerreinertrage bis 600 Mark vergeben. Die Stierhalter übernehmen die Verpflichtung, den Stier vom Tage des Ankaufs ab drei Jahre lang gegen ein bestimmtes Deckgeld zum Bedecken fremder, gesunder Kühe zuzulassen, den Stier gut und zweckmäßig zu füttern, zu pflegen und zu halten und denselben alljährlich zu den regelmäßigen Körterminen der Körkommission vorzustellen. Der Stierhalter verpflichtet sich, falls er den genannten Bestimmungen nicht pünktlich nachkommt oder den Stier vor Ablauf der drei Jahre ohne Genehmigung der betreffenden Kreiskommission verkauft, die erhaltene Beihilfe im vollen Betrage bar zurückzuzahlen.

Die Provinz Posen ist in Zuchtgebiete eingeteilt, in denen eine bestimmte Zuchtrichtung vorgeschrieben ist. Eine Sicherheit, daß diese Zuchtrichtung innegehalten wird, ist dadurch gewährleistet, daß in den betreffenden Gegenden von seiten der Landwirtschaftskammer Landwirte Unterstützungen zum Ankauf von Bullen nur dann erhalten, wenn sie Tiere der vorgeschriebenen Rasse erwerben. Auch werden nur solche Bullen prämiiert. Der überwiegende Teil der Provinz hat als Zuchtziel die Züchtung des schwarzbunten Niederungsviehes. Nur einige wenige geschlossene Gegenden haben als Zuchtziel das Simmenthaler Vieh, während im Süden der Provinz für sechs Kreise und einige Kreisteile das schlesische Rotvieh vorgeschrieben ist. In Posen bestehen nachstehende Züchtervereinigungen, die sämtlich von der Landwirtschaftskammer geleitet werden:

1. Die Simmenthaler Herdbuchgesellschaft. Sie wurde 1890 begründet, hat aber dadurch, daß die Simmenthaler Zuchtrichtung in einzelnen Kreisen aufgegeben wurde und aus anderen Gründen an Mitgliederzahl und Zahl der eingetragenen

Tiere verloren. 1912 gehören nur noch 4 Mitglieder mit 22 Bullen, Kühen und Färsen dieser Gesellschaft an.

2. Die Herdbuchgesellschaft für Züchtung des schwarzbunten Niederungsviehes wurde 1909 durch Vereinigung der 1890 errichteten Holländer und Oldenburger Herdbuchgesellschaften gegründet. Gleichzeitig wurden die Bezirkszuchtvereine für Birnbaum, Filehne, Posen-Ost, Gnesen und Bromberg der genannten Gesellschaft angegliedert. Der Gesellschaft gehören zurzeit 63 Mitglieder mit 2948 eingetragenen Bullen bzw. Kühen und Färsen an, während in den Bezirkszuchtvereinen 214 Landwirte angeschlossen sind mit 1605 Bullen, Kühen und Färsen. Dem Bezirkszuchtverein gehören hauptsächlich mittlere und kleinere Landwirte an. Eine wichtige Neuerung, die die genannte Gesellschaft eingeführt hat, sind die Zuchtviehauktionen in Posen, die wesentlich zur Hebung der Gesellschaft und Ausbreitung der Zuchtviehbestrebungen beitragen. Die Gesellschaft hat nach ihren Satzungen folgendes Zuchtziel: Sie erstrebt eine einheitliche und ausgeglichene Zucht des schwarzbunten Niederungsviehes in möglichst vollkommener Ausbildung und guter Milchergiebigkeit, verbunden mit Formenschönheit, kräftigem Körperbau und Mastfähigkeit. Neben den Körungen findet seit dem Jahre 1903 eine Tuberkulose-Immunisierung nach den verschiedensten Verfahren statt. Seit dem Jahre 1909 ist die Tuberkulosetilgung nach dem Ostertagschen Verfahren obligatorisch eingeführt worden. Auch ist man bestrebt, in den Herdbuchgesellschaften sowie in besonderen Milchkontrollvereinen das Milchkontrollvereinswesen zu fördern. Leider hat sich dieses in Posen nicht besonders einführen können. Es ist aber zu erwarten, daß man sich in erster Linie in den Herdbuchgesellschaften mehr und mehr von der Nützlichkeit und Notwendigkeit der genauen Milchkontrolle überzeugen wird, so daß auch in diesen Gesellschaften die Milchkontrolle obligatorisch wird.

3. In Rawitsch besteht eine Vereinigung der Rotviehzüchter, aus der später voraussichtlich eine Herdbuchgesellschaft hervorgehen wird.

Im Jahre 1910 wurden von der Landwirtschaftskammer 171 Zuchtbullenstationen mit Hilfe zinsfreier Staatsdarlehne errichtet. Im ganzen wurden 28257,20 Mark für diesen Zweck ausgegeben. Auf den Rindviehprämiierungen, die bisher an 39 Orten veranstaltet wurden, auf denen sowohl männliches als auch weibliches Rindvieh prämiiert wurde, wurden 1910 18575,75 Mark verteilt. Vom Jahre 1912 ab ist hierin insofern eine Änderung eingetreten, als nur noch Bullen prämiiert werden. Man hofft, hierdurch eine wesentlich raschere Förderung der Rindviehzucht zu erreichen. Soweit bisher Erfahrungen vorliegen, scheint diese Maßnahme sehr zweckmäßig zu sein. Insbesondere ist aber die Bestimmung sehr nützlich, daß diejenigen Bullen, die vorgeritten oder angespannt vorgeführt werden, einen Zuschlagspreis in der Höhe von 25 Proz. erhalten. Hierdurch soll erreicht werden, daß die Bullen nicht im Stalle stehen bleiben und sehr selten Bewegung haben, sondern daß sie naturgemäß gehalten und bewegt werden.

Eine reine Abmelkwirtschaft findet in der Provinz Posen sehr selten statt. In der Regel ist mit der Rindviehhaltung auch Aufzucht verbunden. Da jedoch die Landwirte der Provinz Posen in der Milchverwertung auf Butterbereitung an-

gewiesen sind, und vielfach hierbei eine Rechnung nicht gefunden wurde, so ist man auch in einer Reihe von Wirtschaften zu viehschwachen Betrieben oder Mastwirtschaften übergegangen. Insbesondere haben diejenigen Betriebe Mastwirtschaft, die mit landwirtschaftlichen Nebenbetrieben (Brennereien und Stärkefabriken) verbunden und die in der Lage sind, die Abfälle der Zuckerfabriken auszunutzen. Mastochsen vorzüglichster Qualität werden nach den großen Städten, insbesondere Berlin, Hamburg, Köln, von Posen aus geliefert. Die Mastviehausstellungen, die in Berlin stattfinden, zeigen uns, daß Posen in bezug auf Mastwirtschaft mit an erster Stelle steht.

Leider sind die Fortschritte in der Viehzucht wiederholt durch Krankheit, insbesondere die Maul- und Klauenseuche, sowie durch Futtermangel, bedingt durch große Dürre und schneelose Winter wesentlich vermindert worden. So sank der Rindviehbestand von 809488 Stück im Jahre 1900 auf 774800 Stück im Jahre 1902. In bezug auf Maul- und Klauenseuche besteht fast ständig die Gefahr der Einschleppung aus Rußland. Die Erforschung eines wirksamen Bekämpfungsmittels dieser Seuche würde auch Posen unendlich viel Vorteile bringen.

Schafzucht.

Die Schafzucht ist in Posen ebenso wie im übrigen Deutschland sehr zurückgegangen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß bei hochintensiver Wirtschaftsweise die Schafhaltung erschwert wird. Andrerseits waren die langjährigen schlechten Preise für Fleisch und Wolle von größtem Einfluß. In der Provinz Posen besteht aber noch eine Reihe hervorragender Stammherden auf einzelnen größeren Gütern, die durch freihändigen Verkauf oder auf Bockauktionen ihre Produkte verkaufen. Die Posener Schafe gehören dem Tuch- und Kammwolltypus an. Der Posener Wollmarkt ist seit dem Jahre 1911 infolge zu geringer Beschickung eingegangen. Die Landwirtschaftskammer unterstützt die Schafzucht durch Zahlung eines jährlichen Beitrages an das Wollagerhaus in Berlin.

Schweinezucht.

In der Provinz Posen überwiegt das weiße Edelschwein in seiner Kreuzung mit dem polnischen Landschwein, wobei der Landschweintypus fast völlig verwischt ist. Die Schweinezucht gewinnt von Jahr zu Jahr in Posen an Bedeutung, da einerseits die größeren Besitzer ihren Schweinestand nicht unerheblich vermehren, vor allen Dingen aber die kleineren Besitzer eine intensive Zucht und Mast treiben. Jedoch ist die Schweinezucht stets nicht unbedeutenden Schwankungen unterworfen. Von Einfluß sind die äußerst schwankenden Preise und der durch die Mißernten bedingte Ausfall an geeigneten Futtermitteln, insbesondere an Kartoffeln. Von einschneidendster Bedeutung war wiederholt das Auftreten der Maul- und Klauenseuche und die mit dieser verbundenen Sperrmaßregeln, die den Absatz der Schweine wesentlich erschwerten. Einen nicht unbedeutenden Aufschwung hat die Schweinezucht durch die Gründung von Viehverwertungsgenossenschaften erfahren, die in erster Linie die Verwertung der schlachtreifen Schweine an großen Märkten, insbesondere in Berlin, betreiben. Auch trägt zum Aufschwung der Schweinezucht

die Erkenntnis bei, daß eine naturgemäße Haltung des Zuchtschweines in freier Luft verbunden mit Bewegung auf der Weide das beste Mittel ist, um Tiere gesund aufzuziehen und den verheerenden Seuchen vorzubeugen. Die Landwirtschaftskammer unterstützt die Schweinezucht durch Gewährung von Beihilfen zum Ankauf geeigneter Zuchteber. Im Jahre 1910 wurden mit Hilfe der Kammer 99 Eber beschafft, von denen 48 der deutschen Edelschweinrasse und 51 der veredelten Landschweinrasse angehörten. Ein Betrag von 5485 Mark wurde hierfür aufgewandt. Auch ist die Kammer bestrebt, die notwendigen Eber ausschließlich aus Stammzuchten der Provinz Posen zu liefern. Zur Bekämpfung der Schweineseuchen hat die Landwirtschaftskammer den Vertrieb von Serum eingerichtet.

Ziegenzucht.

Die Ziegenzucht nimmt in der Provinz Posen von Jahr zu Jahr erheblich zu. Doch ist die Posener Ziege, der eine landesübliche Schlagbezeichnung fehlt, von geringer Leistungsfähigkeit. Die Ziegen sind ohne bestimmte Formen und zeigen eine sehr verschiedene Farbe und Leistung. Durch Inzucht ist die Ziege vielfach sehr degeneriert. In größeren Betrieben findet man sehr selten Ziegen. Die Ziegenzucht liegt hauptsächlich in der Hand der städtischen und ländlichen Arbeiter, der kleinen Handwerker und Bauern. Die Ziege ist aber gesund, da nur im Winter Stallhaltung stattfindet und das Tier im Sommer regelmäßig auf die Weide getrieben wird. In den letzten Jahren hat die Ziegenzucht dank der Fürsorge, die die Landwirtschaftskammer und Ansiedlungskommission ihr zuwendet, Fortschritte gemacht. Es ist zu hoffen, daß diese Anregungen noch auf fruchtbaren Boden fallen werden, denn die klimatischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sind durchaus geeignet, um Ziegenzucht zu treiben. Die Landwirtschaftskammer hat in ihrem Etat zur Förderung der Ziegenzucht 1000 Mark eingestellt, die dazu benutzt werden, den Ziegenhaltern bzw. Ziegenzuchtvereinen den Ankauf reinrassiger Böcke zu ermöglichen. Die durch Kreuzung der einheimischen Landziege mit den importierten reinrassigen Böcken erzielten Tiere zeichnen sich bei rationeller Haltung und Pflege durch Rassebeständigkeit und Milchreichtum aus. Die Erfahrungen mit der Einfuhr von Ziegen aus anderen Gegenden haben aber gezeigt, daß nur dann eine dauernde Hebung der Ziegenzucht zu erwarten ist, wenn hier eigene Stammzüchtereien gegründet werden, die unter genauer Beobachtung der in der Ziegenzucht gemachten Erfahrungen und unter Berücksichtigung unserer klimatischen Verhältnisse reinrassige Tiere aufziehen, welche dann als Zuchtmaterial in der Provinz Verwendung finden. Den Anregungen der Kammer entsprechend sind die Interessenten für Ziegenzucht in Kleintierzucht- bzw. Ziegenzuchtvereine zusammengetreten, so in Schwersenz, Zabikowo, Hohensalza, Schneidemühl, Kempen, Rogasen, Strelno, Schmiegel usw.

Geflügelzucht.

Die Geflügelzucht zeigt in Posen nicht das erfreuliche Bild des Fortschritts, wie die übrigen Zweige der Tierzucht. Ein Teil der Landwirte hat sich mit

Eifer und mit Aufwendung von nicht unerheblichen Geldmitteln der Geflügelzucht gewidmet, aber leider haben Mißerfolge die Tatkraft und Unternehmungsluft gehemmt. Infolge des billig produzierenden Auslandes, insbesondere Rußlands, ist die Rentabilität recht gering, dazu kamen unentwickelte Absatzverhältnisse und vor allem die Gefahr der Einschleppung der Geflügelkrankheiten. Bei der Grenzlage unserer Provinz ist diese Gefahr besonders groß. Trotz dieser ungünstigen Verhältnisse haben wieder andere Landwirte und Geflügelzüchter mehr Erfolg gehabt, so daß besonders in den letzten Jahren die Geflügelzucht in Posen rechte Fortschritte gemacht hat. Insbesondere hat die Landwirtschaftskammer recht erhebliche Mittel aufgewendet und dadurch auch die Geflügelzucht nachhaltig gefördert. Im Jahre 1892 wurden die in der Provinz Posen bestehenden Geflügel-, Vogelschutz- und Tierschutzvereine in einen Verband vereinigt, der seitdem eine segensreiche Tätigkeit entwickelt. Seine Aufgabe sucht er u. a. durch Veranstaltung von Vorträgen, Verteilung von Schriften und Abhaltung von Ausstellungen zu erfüllen. Bis jetzt fanden 10 derartige Ausstellungen statt. Außerdem wurden kleine Lokalvereinsausstellungen und Junggeflügelschauen veranstaltet. Die Ausstellungen, auf denen Preise des Landwirtschaftsministeriums und der Landwirtschaftskammer usw. verteilt wurden, sollten anregend wirken, das Bild tadelloſen Zuchtgeflügels verbreiten, dem Züchter Gelegenheit zum Absatz edlen Zuchtmaterials und dem Geflügelhalter Gelegenheit zum Ankauf erstklassiger Tiere geben. Neuerdings sind die Aufgaben dieses Verbandes durch Angliederung der Kaninchenzüchtervereine erweitert worden. Seit einigen Jahren ist bei der Landwirtschaftskammer ein besonderer Geflügelzuchtinstruktor tätig, der in den genannten Geflügelzuchtvereinen und landwirtschaftlichen Vereinen und Genossenschaften Vorträge hält und an Ort und Stelle Unterweisungen der Interessenten, insbesondere auch der bäuerlichen Hausfrauen vornimmt. Außerdem werden besonders geeigneten Landwirten, Landlehrern und Förstern zum herabgesetzten Preise oder kostenfrei Zuchttiere und Bruteier überlassen. Hierdurch bezweckt man die rasche Verbreitung anerkannt guter Rassetiere und die gleichzeitige Verdrängung ungeeigneter Tiere. Da vor allem auf Ausstellungen nur einige wenige Rassen prämiiert werden und die Zuchtstationen auch nur auf wenig Rassen beschränkt sind, so wird durch diese Maßnahmen der Verbreitung wahllos eingeführter Rassen entgegengearbeitet. In solchen Gegenden, in welchen mehrere Zuchtstämme von Hühnern von der von der Kammer empfohlenen weißen Wyandottes-Rasse stationiert waren, ist ein merkliches Vordringen dieser Hühnerart zu konstatieren. Auch die anderen heimischen Hühnerrassen haben durch starken Einschlag der weißen Wyandottes in der Eierleistung sowohl, als auch im Fleischansatz sich sehr gehoben, so daß eine große Vorliebe für diese Kreuzungsprodukte besteht.

Wie bereits erwähnt, war der Absatz der Geflügelprodukte in Posen nicht besonders lohnend. Die in anderen Gegenden so erfolgreich arbeitenden lokalen Geflügel- und Eierverwertungs-Genossenschaften fanden wenig Anklang oder verfielen einer baldigen Auflösung. Nicht selten wurden für 15 Eier 30 bis 50 Pfennig bezahlt. Auch wurde Tauschhandel betrieben, indem herumziehende Händler Eier

gegen Waren für den Hausgebrauch eintauschten. Diese Verhältnisse wirkten natürlich nicht fördernd auf eine bessere Geflügelhaltung und gesteigerte Eierproduktion ein. Um diesem Mißstande abzuhelfen, wurde von der Landwirtschaftskammer die Genossenschaft zur Verwertung landwirtschaftlicher Erzeugnisse gegründet. Die Aufgabe der Genossenschaft ist die, die Geflügelprodukte bestmöglichst zu verwerten. Dies geschieht durch Verkauf im eigenen Laden in Posen und durch Lieferung an Großhändler nach Berlin. Außer Eiern und Geflügel hat die genannte Genossenschaft den Vertrieb von Butter, Obst aller Art, Konserven, Gemüse, Kartoffeln, Mehl usw. aufgenommen und hiermit bereits nicht unbeträchtliche Umsätze und Erfolge erzielt.

Bienenzucht.

Die Bienenzucht wird in der Provinz Posen hauptsächlich von kleineren Landwirten, Lehrern und Eisenbahnarbeitern betrieben. Sie wird gefördert durch den Bienenwirtschaftlichen Provinzialverein, der die Provinz in 6 Gaubezirke eingeteilt hat. Die einzelnen Gaue werden durch Lokalbienenzuchtvereine gebildet. Der Bienenwirtschaftliche Verein gibt eine Fachzeitschrift „Posener Bienenwirt" heraus und sucht die Bienenzucht außer durch zahlreiche Vereinssitzungen und Demonstrationen an Bienenständen, durch Veranstaltungen von Ausstellungen, Kursen und Honigmärkten, Verteilung von Königinnen, Schutz der Bienenprodukte usw. zu fördern.

Fischzucht.

Die Fischzucht nimmt in der Provinz Posen eine nicht unbedeutende Rolle ein. Genaue Angaben über den Flächeninhalt der Teiche, Seen und fließenden Gewässer können nicht gemacht werden, da diese in der Statistik mit anderen Flächen (Wege, Parks usw.) zusammengefaßt sind. Doch lehrt bereits ein Blick auf die Karte der Provinz Posen, daß Teiche und Seen eine ansehnliche Fläche einnehmen. Von den wichtigsten 47 Fischarten, die in den Gewässern der Provinz Posen leben, seien Karpfen, Lachs, Zander, Barsche, Hechte, Aale, ferner Krebse erwähnt. Die vom Staate, der Provinz und der Landwirtschaftskammer zur Förderung der Fischerei bewilligten Mittel werden durch den Fischereiverein für die Provinz Posen in Bromberg verwandt. Dieser Verein besitzt in Bromberg auch eine Fischbrutanstalt, der nebst einigen privaten Brutanstalten die Aufgabe hat, die Seenbesitzer mit geeigneter Fischbrut zu versorgen. Näheres über die Fischzucht in der Provinz Posen ist in den Jahresberichten des Fischereivereins, sowie in der von diesem Verein herausgegebenen Fischereikarte für die Provinz Posen zu ersehen.

Landwirtschaftliches Vereinswesen.

Der erste landwirtschaftliche Verein wurde in der Provinz Posen im Jahre 1829 für den Kreis Meseritz gegründet. Ihm folgten nach und nach weitere landwirtschaftliche Kreisvereine. Es fehlte auch bald nicht an Bemühungen, die

landwirtschaftlichen Kreisvereine in einen oder mehrere größere Vereine zu zentralisieren. Dieses gelang jedoch erst im Jahre 1865, indem ein landwirtschaftlicher Hauptverein für den Regierungsbezirk Posen gegründet wurde. Ihm gehörten die im Regierungsbezirk Posen bestehenden landwirtschaftlichen Vereine an mit Ausnahme des im Süden der Provinz Posen heute noch bestehenden landwirtschaftlichen Hauptvereins der Kreise Lissa, Fraustadt, Kosten, Schmiegel, Rawitsch und Gostyn. Dieser wurde im Jahre 1855 gegründet und hat bis zum heutigen Tage seine Stellung bewahrt, wenn auch ein Teil seiner Aufgaben auf die Landwirtschaftskammer übergegangen ist. Im Regierungsbezirk Bromberg wurde, soweit sich feststellen ließ, der erste landwirtschaftliche Verein zu Hohensalza 1844 gegründet. In den fünfziger Jahren machte sich schon damals das Bedürfnis geltend, die landwirtschaftlichen Vereine zu zentralisieren. Im Jahre 1852 gelang es denn, die landwirtschaftlichen Vereine des genannten Bezirkes zu dem landwirtschaftlichen Zentralverein für den Netze-Distrikt zu vereinigen. Den genannten drei landwirtschaftlichen Vereinigungen lag es nunmehr ob, die Landwirtschaft in ihren Bezirken zu fördern. Mittel standen hierfür, soweit die Vereine sie nicht selbst aufbrachten, vom Staate zur Verfügung, der in diesen Vereinen die korporative Vertretung der gesamten Landwirtschaft sah. Es trat aber auch bald das Bedürfnis hervor, das landwirtschaftliche Vereinswesen in der Provinz immer mehr zu zentralisieren. Im Jahre 1873 wurde dieser Plan verwirklicht. Es wurde ein landwirtschaftlicher Provinzialverein für die Provinz Posen durch Zusammenschluß der genannten 3 Vereine gegründet, vorläufig unter Wahrung der Selbständigkeit der Vereine. Nach und nach zeigte sich aber auch das Bedürfnis, den Provinzialverein immer mehr zu stärken. Es wurden daher die einzelnen Geschäftsstellen aufgelöst und die meisten Einrichtungen, sowie das Vermögen gingen auf den landwirtschaftlichen Provinzialverein für Posen über. Der Provinzialverein gliederte sich dann in landwirtschaftliche Kreis-, Lokal- und zweckverwandte Vereine. Als Kreisvereine gelten diejenigen Vereine, deren Mitglieder in einem oder mehreren politischen Kreisen wohnen. Es liegt ihnen die Wahrnehmung der gesamten landwirtschaftlichen Interessen ihres Vereinsbezirkes ob. Als Lokalvereine gelten diejenigen Vereine, deren Vereinsbezirk sich auf einen lokalen Umkreis beschränkt. Als zweckverwandte Vereine und Verbände gelten diejenigen Vereinigungen, die sich die Förderung eines Teiles der Landwirtschaft, wie Obst- und Gartenbau, Forstwirtschaft, Bienenzucht, Geflügelzucht, Genossenschaftswesen usw. zur Aufgabe gestellt haben, Diese Organisation ist bis zum heutigen Tage beibehalten worden. Die Aufgaben des landwirtschaftlichen Provinzialvereins gingen mit allen Rechten und Pflichten auf die im Jahre 1896 auf Grund des Preuß. Landwirtschaftskammergesetzes gegründete Landwirtschaftskammer über. Der landwirtschaftliche Provinzialverein löste sich in demselben Jahre auf. Die Landwirtschaftskammer hat es für ihre Aufgabe angesehen, nicht nur die vorhandenen Vereine zu fördern und zu stärken, sondern auch neue Vereine zu gründen. In den landwirtschaftlichen Kreisvereinen sind (abgesehen von den Kreisen mit ausschließlich bäuerlicher

Bevölkerung) hauptsächlich Großgrundbesitzer vertreten, sowie diejenigen Kreise und Beamten, die der Landwirtschaft nahe stehen. Die Lokalvereine zählen neben den Großgrundbesitzern zahlreiche mittlere und kleinere Besitzer, landwirtschaftliche Beamte usw. zu ihren Mitgliedern. Zurzeit bestehen in Posen 210 landwirtschaftliche Lokal- und Kreisvereine mit ca. 12000 Mitgliedern. Die Zahl der zweckverwandten Vereine beträgt 105 mit ebenfalls ca. 12000 Mitgliedern. Seit Bestehen der Landwirtschaftskammer hat sich sowohl die Zahl der Vereine als auch die Mitgliederzahl verdoppelt. Die Aufgabe der landwirtschaftlichen Vereine besteht in erster Linie darin, belehrend auf die Mitglieder einzuwirken. Zu diesem Zwecke werden landwirtschaftliche Versammlungen abgehalten, in denen Beamte der Landwirtschaftskammer und anderer Behörden, sowie praktische Landwirte Vorträge halten, an die sich eine Aussprache anschließt. Durch die Anstellung der Direktoren der Landwirtschaftlichen Winterschulen wurde die Kammer in die Lage versetzt, das landwirtschaftliche Vereinswesen besonders intensiv zu fördern. Neben den Vorträgen finden Ausflüge zu den Versuchsgütern, nach Musterwirtschaften, Maschinenfabriken usw. statt. Einige Vereine haben Maschinen angeschafft, die von den Vereinsmitgliedern gemeinsam benutzt werden. Ebenso besitzen die meisten Vereine Bibliotheken. Wenn also die Aufgaben der Vereine sehr mannigfach sind, so sei doch hervorgehoben, daß der gemeinsame Bezug von Düngemitteln und Futtermitteln, Saatgut und andern landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln, den einzelne landwirtschaftliche Vereine pflegten, mehr von den landwirtschaftlichen Genossenschaften übernommen ist, was aus juristischen Gründen und auch wegen Beschaffung des Kredits notwendig war. Da sich aber der Kreis der Mitglieder der landwirtschaftlichen Vereine mit denen der Genossenschaften vielfach deckt, so haben neuerdings auf unsere Anregungen hin verschiedene Genossenschaften sich unter dem Namen eines landwirtschaftlichen Lokalvereins und unter Anerkennung der Normalvereins-Statuten der Landwirtschaftskammer angeschlossen. Hierdurch wird eine Zersplitterung der Kräfte vermieden, die betreffenden Landwirte arbeiten sowohl mit der Landwirtschaftskammer als auch mit den genossenschaftlichen Zentralen. Die Förderung des landwirtschaftlichen Vereinswesens wird nach wie vor eine der wichtigsten Aufgaben der Landwirtschaftskammer sein.

Eine der ersten Aufgaben, die der oben genannte Verein für den Netze-Distrikt und der Lissaer Hauptverein traf, war die Herausgabe landwirtschaftlicher Zeitungen für die Mitglieder. Mit der Zentralisierung des landwirtschaftlichen Vereinswesens im Jahre 1872 wurde denn auch das landwirtschaftliche Zeitungswesen in Posen zentralisiert, indem die genannten Blätter eingingen und das „Landwirtschaftliche Zentralblatt für die Provinz Posen" vom Jahre 1873 ab als Vereinsblatt sämtlicher angeschlossener Vereine erschien. Das Blatt ging ebenso wie die übrigen Einrichtungen auf die Landwirtschaftskammer über und wird noch heute unter dem genannten Titel als Amtsblatt der Kammer herausgegeben. Seit Januar 1912 erscheint es in Heftform. Das Blatt ist gleichzeitig Organ der der Kammer angeschlossenen Vereine und Verbände und Organ zahlreicher anderer Korporationen und Behörden. Die Auflage des Blattes hat sich in den letzten zehn Jahren versiebenfacht.

Die Landwirtschaftskammer.

In Vorstehendem wurde bereits der Übernahme der Aufgaben, Rechte und Pflichten des Deutschen landwirtschaftlichen Provinzialvereins durch die Landwirtschaftskammer gedacht; in allen Kapiteln haben wir erwähnt, welch erheblichen Anteil die Landwirtschaftskammer an der Förderung der betreffenden landwirtschaftlichen Betriebszweige hat und welche Einrichtungen und Maßnahmen sie hierzu getroffen hat. Es sollen daher hier nur noch einige Angaben über die Organisation der Landwirtschaftskammer selbst folgen. Die Landwirtschaftskammer beruht auf dem Gesetz vom 30. Juni 1894, der Königlichen Verordnung vom 3. August 1895, sowie auf Grund der Satzungen und der Geschäftsordnung. Sie hat die Bestimmung, die Gesamtinteressen der Land- und Forstwirtschaft der Provinz Posen zu wahren und hierzu geeignete Einrichtungen zu treffen. Sie soll ferner die Verwaltungsbehörden bei allen die Landwirtschaft berührenden Fragen unterstützen, ferner das landwirtschaftliche Vereins-, Genossenschafts-, Kredit- und Preisnotierungswesen fördern. — Diese Aufgaben sind im genannten Gesetz vorgesehen; aber da der Kammer die allgemeine Förderung der Landwirtschaft zur Pflicht gemacht wurde, so wurden zahlreiche andere Gebiete, dem Bedürfnis entsprechend, in das Tätigkeitsgebiet der Landwirtschaftskammer aufgenommen und diesbezügliche Einrichtungen getroffen.

Das wichtigste Recht der Landwirtschaftskammer ist das Besteuerungsrecht, durch das sie in der Lage ist, von den Land- und Forstwirten der Provinz eine bestimmte Umlage zur Deckung der Unkosten nach Maßgabe des Grundsteuerreinertrags zu erheben. Diese Umlage ist den „gemeinen öffentlichen Lasten" gleichzuachten; zurzeit zahlen in Posen nur die Landwirte Beiträge zur Landwirtschaftskammer, deren Grundbesitz zu einem Grundsteuerreinertrage von 120 Mark und mehr, bzw. bei Forsten von 150 Mark veranlagt sind. Durch diese Umlage, die $^3/_4$ Proz. des Grundsteuerreinertrags beträgt, erhält die Landwirtschaftskammer eine Einnahme von ca. 135 000 Mark, während der Etat der Kammer in Einnahmen und Ausgaben ca. 1,2 Millionen Mark aufweist.

In die Kammer können alle zur Kammer veranlagten Landwirte gewählt werden. Zur Kammer gehören 70 Mitglieder, die durch die Kreistage gewählt werden, ferner können noch 7 beratende Mitglieder von der Landwirtschaftskammer selbst hinzu gewählt werden. Die Kammer tritt in der Regel jährlich zu einer Tagung zusammen und wählt einen Vorsitzenden, stellvertretenden Vorsitzenden, den Vorstand und zahlreiche Ausschüsse und Kommissionen.

Landwirtschaftliches Schul- und Unterrichtswesen.

In der Erkenntnis, daß die Landwirtschaft insbesondere durch landwirtschaftlichen Unterricht jeder Art gefördert werden kann, sind in der Provinz Posen eine Reihe landwirtschaftlicher Unterrichtsanstalten errichtet worden. So bestehen in Samter seit dem Jahre 1877 und in Bojanowo seit 1907 Landwirtschaftsschulen, die nach einem ähnlichen Lehrplan wie die Realschulen unterrichten.

Diese Schulen haben das Recht zur Erteilung der Berechtigung für den Einjährig-freiwilligen Heeresdienst. Beide Schulen werden gut besucht. Zur Ausbildung der Bauernsöhne dienen in erster Linie die Landwirtschaftlichen Winterschulen, in denen theoretischer Unterricht in der Zeit von Anfang November bis Ende März von akademisch gebildeten Landwirten, die ihre Studien durch ein entsprechendes Staatsexamen abgeschlossen haben, erteilt wird. Ferner erteilen Lehrer von anderen Schulen Unterricht in den Hilfswissenschaften, während Spezialunterricht, wie z. B. Tierheilkunde, von Tierärzten, Verwaltungslehre von Rechtsanwälten, Bürgermeistern oder anderen Beamten erteilt wird. Die erste Landwirtschaftliche Winterschule wurde 1890 von der Provinzialverwaltung zu Fraustadt gegründet. Es folgten 1893 die Schule Hohensalza und 1895 die Wiesenbauschule zu Bromberg. Im Jahre 1903 wurden diese genannten drei Anstalten, ebenso die vom Kreise begründete Schule zu Schönlanke, auf die Verwaltung der Landwirtschaftskammer übernommen, die dann 1904 in Neutomischel, 1905 in Birnbaum und 1907 in Kolmar weitere Schulen errichtete. Ferner wurden vom „Deutschen Verein für Landwirtschaftliche Schulen in der Provinz Posen" die 1899 begründeten Schulen zu Janowitz und Witkowo von der Ansiedelungskommission übernommen und neue Schulen in Koschmin 1908, Schwersenz 1909, Rempen und Schmiegel 1910 gegründet. Es bestehen demnach 13 einheitlich geleitete Winterschulen, die im Jahre 1911 von 520 Schülern und im ganzen seit Gründung der Schulen von 3978 Schülern besucht wurden. Die Schulbezirke erstrecken sich auf 2—3 Kreise. Mit den bisher durch die Unterrichtstätigkeit erzielten Erfolgen ist man zufrieden. Erwünscht wäre allerdings, daß die bäuerliche Bevölkerung die Notwendigkeit der Ausbildung ihrer Söhne in derartigen Schulen noch mehr einsehen und die Schulen noch wesentlich besser besucht würden, denn nur ein kleiner Teil von Bauern schickt seine Söhne auf die Schulen.

Außer der Erteilung des Unterrichts üben die Direktoren der genannten Anstalten eine sehr segensreiche und wirksame Tätigkeit aus, indem sie im wahrsten Sinne des Wortes Berater und Vertrauensleute der bäuerlichen Bevölkerung ihres Bezirkes werden. Sie haben in den landwirtschaftlichen Vereinen und Genossenschaften Vorträge zu halten, die Anbau-, Düngungs- und Moorkulturversuche der Landwirtschaftskammer auszuführen und zu überwachen, bei Prämiierungen mitzuwirken, Bullen-, Eber-, Geflügelzuchtstationen auszuwählen, sowie zahlreiche Berichte über alles, was in ihrem Bezirke vorgeht, der Landwirtschaftskammer einzusenden. 100—150 Reisetage haben diese Herren zur Erledigung ihrer Arbeiten notwendig, was wohl ein Beweis für ihre vielseitige Inanspruchnahme ist.

Mit der Landwirtschaftlichen Winterschule in Bromberg ist eine Wiesenbauschule verbunden, die Wiesenbaumeister in 3 Wintersemestern ausbildet. Von den übrigen Anstalten zur Ausbildung der Landwirte Posens sei erwähnt die Molkerei-Lehranstalt zu Wreschen. In dieser Anstalt erhalten Meier und Meierinnen, sowie Milchkontrollvereinsassistenten ihre Ausbildung.

In Koschmin besteht eine Gärtner-Lehranstalt, die im Jahre 1850 gegründet wurde und von der Landwirtschaftskammer verwaltet wird. Sie hat die Aufgabe, Gutsgärtner auszubilden. Der Gartenbauverein in Bromberg unterhält eine Gärtnerschule, in der die Gartengehilfen Unterricht erhalten. Es seien ferner die Hufbeschlaglehrschmieden zu Posen, Lissa, Gnesen, Hohensalza und Schneidemühl und die Königliche Forstlehrlingsschule Margonin erwähnt. In letzterer erhält das für die Königlichen Forsten notwendige Personal eine umfassende und gründliche theoretische und praktische Ausbildung. Die Forstlehrlinge besuchen vom 14.—18. Jahre die Anstalt und finden dann im Staatsdienst Verwendung. Wie überall, so hat auch in der Provinz Posen das ländliche Fortbildungsschulwesen dank der Fürsorge des Staates erhebliche Fortschritte gemacht. Im Winter 1910/11 waren 457 ländliche Fortbildungsschulen im Gange. Die Volksschullehrer, die diesen Unterricht erteilen, erhalten ihre Ausbildung jedes Jahr in Hohensalza und Bojanowo unter Mitwirkung der Landwirtschaftskammer. Für die Ausbildung der Töchter unserer Landwirte ist ebenfalls gesorgt. So hat in Maidburg bei Kempen der Verein zur Errichtung wirtschaftlicher Frauenschulen auf dem Lande eine wirtschaftliche Frauenschule errichtet, um Mädchen, die höhere Töchterschulbildung haben, sowohl in der Koch- und Hauswirtschaft, als auch mit der Gewinnung der im Haushalte nötigen Erzeugnisse (Geflügelzucht, Obstbau usw.) vertraut zu machen. Diese Schule hat vom Landwirtschaftsminister die Berechtigung zur Ausbildung von Lehrerinnen der landwirtschaftlichen Haushaltungskunde verliehen bekommen.

Landwirtschaftliche Haushaltungsschulen zu Janowitz und Volkingen haben die Aufgabe, den Töchtern unserer Bauern in Vierteljahrskursen eine zweckentsprechende Ausbildung zuteil werden zu lassen. Da diese Anstalten natürlich nicht genügen, so hat der Vaterländische Frauenverein zu Posen im letzten Winter eine große Anzahl von Wanderkochkursen, die 14 Tage dauern, in allen Kreisen der Provinz Posen eingerichtet. Diese Kurse erfreuen sich des lebhaften Interesses der beteiligten Kreise, so daß ihre dauernde Einrichtung einem Bedürfnis entspricht.

Zum Schlusse weisen wir noch auf die Vortragskurse hin, die in Posen und Bromberg abgehalten werden. Diese Kurse haben die Aufgabe, namentlich die zurzeit wirtschaftenden Landwirte aus Groß- und Mittelbesitz durch anerkannte Autoritäten über die einschlägigen Tagesfragen zu informieren und neue Errungenschaften der Wissenschaft der Praxis zu übermitteln. In Posen finden diese Vortragskurse seit ca. 10 Jahren mit stets steigender Beteiligung statt. Durch Veranstaltungen von Versammlungen der verschiedensten Vereinigungen, die die Aufgabe haben, einzelne Zweige der Landwirtschaft zu fördern, haben sich diese Vortragskurse in Posen zu einer „Posener Landwirtschaftlichen Woche“ ausgebildet.

Die Bromberger Vortragskurse werden von dem Kaiser Wilhelm-Institut für Landwirtschaft veranstaltet. Sie dienen zu dem gleichen Zwecke. Als Vortragende kommen in erster Linie die Abteilungsleiter des Kaiser Wilhelm-Instituts in Betracht. Außer den Kursen für praktische Landwirte finden am Kaiser Wilhelm-Institut noch Spezialkurse für Tierärzte, Forstleute und Landwirte,

die sich speziell mit Pflanzenkrankheiten beschäftigen, statt. Die Kurse haben in der Regel eine Dauer von 3—8 Tagen und sind mit Übungen und Demonstrationen verbunden.

Landwirtschaftliches Kreditwesen.

Das landwirtschaftliche Kreditwesen, besonders der Personalkredit wird in dem Abschnitt Genossenschaftswesen besprochen. Hier sei daher nur über die Verschuldung und den Hypothekenkredit einiges mitgeteilt.

Nach amtlichen Erhebungen betrugen die Schulden des gesamten landwirtschaftlichen Privatgrundbesitzes in der Provinz Posen im Jahre 1902 1004,42 Millionen Mark. Der Anteil der verschiedenen Kreditinstitute an dieser Verschuldung, nebst dem unorganisierten Kredit geht aus folgender Zusammenstellung hervor:

Landschaften und provinzielle Grundkreditinstitute	328,29	Mill. Mark	= 32,7 Proz.
Öffentliche Sparkassen	25,07	„ „	= 2,5 „
Hypothekenbanken	74,13	„ „	= 7,4 „
Ländliche Kreditgenossenschaften	16,28	„ „	= 1,6 „
Organisierter Kredit	444,37	Mill. Mark	= 44,2 Proz.
Unorganisierter Kredit	560,05	„ „	= 55,8 „

An der Umwandlung des unorganisierten, privaten Kredits in organisierten Kredit, d. h. solchen, der niedrig verzinslich, unkündbar und mit Tilgungszwang verbunden ist, arbeiten zahlreiche Kreditinstitute. In erster Linie sei die Posener Kgl. Landschaft erwähnt. Die Zahl der beliehenen Güter stieg von 344 im Jahre 1861 auf 800 im Jahre 1910, die beliehene Fläche von 133339 Hektar auf 101710 Hektar, die Darlehnssumme von 20109870 Mark auf 376381700 Mark. (Von 151,2 Mark pro Hektar auf 370,2 Mark pro Hektar.) Die Provinzialhilfskasse hatte 1909 12290 landwirtschaftliche Besitzungen mit 3,33060 Mark, die Westpreußische Landschaft, die im Netze-Distrikt noch Rittergüter beleihen darf, hatte 123 Güter mit 92961 Hektar Fläche mit 28,414750 Mark beliehen. Seit 6 Jahren macht die Entschuldung der Landwirte in der Provinz Posen große Fortschritte durch die Tätigkeit der Mittelstandskasse, auf deren segensreiche Tätigkeit im Abschnitt „Genossenschaftswesen" hingewiesen wird.

Die landwirtschaftlichen Arbeiter.

Die landwirtschaftlichen Arbeiterverhältnisse lassen leider zu wünschen übrig, indem der Zug vom Lande zur Klein- und Großstadt und der Zug vom Osten nach dem Westen Deutschlands auch in Posen, wie überall, zu konstatieren ist. Durch „Sachsengängerei" haben unsere Arbeiter genügend Gelegenheit, die Verhältnisse anderer Provinzen kennen zu lernen. Viele junge männliche Arbeiter warten oft nicht mehr bis nach der Militärzeit, ehe sie auswandern, sondern suchen jetzt schon meist mit 18 Jahren Stellung im westlichen Deutschland, um dann überhaupt nicht mehr nach Posen zurückzukehren, oder höchstens nur vorübergehend,

um sich eine Landsmännin als Frau in die neue Heimat zu holen. Viele einheimische Arbeiter, die früher auf Gütern der Provinz Posen als Deputanten gearbeitet hatten, mieten oder kaufen für sich und ihre Familie kleine Wohnungen, wenn möglich mit etwas Garten und Feld in den Dörfern und Städten und suchen als landwirtschaftliche Saisonarbeiter oder als industrielle Arbeiter außerhalb der Provinz Arbeit, während Frau und Kinder daheim das Feld bearbeiten. Die aus solchen Familien heranwachsenden Kinder sind der Landwirtschaft Posens so gut wie verloren; sie gehen ebenfalls nach außerhalb in Arbeit und sind selbst durch hohe Löhne hier nicht zu halten.

Die Folge dieser Verhältnisse ist, daß die Löhne aller Arbeiter in die Höhe gehen. Vor allem aber ist auch die Leistungsfähigkeit derjenigen Arbeiter, die in der Provinz zurückbleiben, viel geringer wie früher oder wie in anderen Provinzen. Denn die besten Leute wandern aus und die, die zurückbleiben, sind wenig leistungsfähig, bedingt durch geringere körperliche Kräfte und geistige Fähigkeiten. Ganz besonders wird der Mangel an unverheirateten Knechten und Mägden empfunden. Weibliches Dienstpersonal ist besonders schwer zu bekommen, dieses zieht die Beschäftigung in Stadt und Fabrik vor. Die Frauen haben oft so große Abneigung gegen die Arbeit und den Aufenthalt auf dem Lande, daß sie ihre Männer zwingen, in der Stadt Arbeit zu suchen. Die mittleren und kleineren Landwirte, besonders auch die Ansiedler haben unter den ungünstigen Arbeiterverhältnissen noch mehr zu leiden, wie die Großgrundbesitzer.

Die durch die Abwanderung nach anderen Gegenden entstehenden Lücken muß die Landwirtschaft notgedrungen durch ausländische Saisonarbeiter ausfüllen. Dieser Ersatz wird bezogen aus dem nahen Rußland, aus Galizien und aus Ungarn. Doch haben sich in dem letzten Jahre dem Bezuge der Ausländer insofern Schwierigkeiten in den Weg gelegt, als jetzt auch andere Länder, wie Böhmen, Mähren, Frankreich, Dänemark Arbeitskräfte aus Galizien und Ungarn heranholen, während Deutschland früher Alleinabnehmer dieser im Ausland überschüssigen Leute gewesen ist. Diese Verschlechterung des ausländischen Arbeitsmarktes kommt auch in der jetzt eingetretenen Erhöhung der Löhne für die Ausländer zum Ausdruck.

Sobald aber aus Rußland und Österreich-Ungarn nicht mehr genügend Arbeitskräfte beschafft werden können, wird über die Landwirtschaft der Provinz Posen und die des übrigen Deutschlands eine schwere Krisis ausbrechen, die zu einer Katastrophe nicht allein für die Landwirtschaft werden kann.

Bei der Beschäftigung ausländischer Arbeiter wird darüber geklagt, daß diese Arbeiter von Jahr zu Jahr anspruchsvoller und unzuverlässiger werden. Insbesondere werden sie sehr oft während der Ernte kontraktbrüchig. Andererseits ist hervorzuheben, daß die ausländischen Arbeiter mit der Zeit etwas geschickter werden, insbesondere diejenigen Arbeiter, die bereits längere Jahre in Deutschland gearbeitet haben.

Fast überall in der Provinz Posen findet noch Naturallöhnung statt. Die Leute erhalten freie Wohnung, freien Arzt und Apotheke, Garten- und Kartoffel-

land, Roggen, Gerste, Weizen, Erbsen, Brennholz, Streustroh, Benutzungsrecht von Geräte und Zugvieh für Bestellung und Ernte, freie Fuhren, Futter für eine Kuh und für Geflügel. Gerade diese Naturallöhnung wird neuerdings immer mehr von den Arbeitern geschätzt, da die Preise für die meisten Naturalien stark gestiegen sind. Leider berechnen aber auch oft die Arbeiter die ihnen zufließenden Einnahmen aus der Naturallöhnung viel zu gering und lassen sich durch die höheren Barlöhne in der Industrie zur Abwanderung verleiten, ohne die wesentlich teureren Lebensverhältnisse in der Stadt richtig zu bewerten. Ungünstig wirkte auf die Arbeiterverhältnisse unter anderem ein, daß die Arbeiter durch die vielen Verluste, die sie durch Seuchen an ihren Viehbeständen hatten, um ihre hauptsächlichsten und gewohnten baren Einnahmen, ihre Spargroschen, gekommen sind. Diese Arbeiter sind an der Gesunderhaltung unserer Viehbestände und an der Durchführung der hierauf abzielenden Maßnahmen ebenso interessiert, wie alle Landwirte.

Der Arbeiterwohnungsfrage bringt man überall das allergrößte Interesse entgegen. Von seiten der Besitzer ist sehr viel getan worden, um die Wohnungen zu verbessern und um den diesbezüglichen Wünschen der Arbeiter, wenn irgend möglich, Rechnung zu tragen. Die Arbeiter legen auf das Vorhandensein möglichst großer Ställe für Schweine, sowie auf Garten- und Ackerland bedeutend größeres Gewicht als auf die Beschaffenheit der Wohnung selbst. Die zahlreichen in der Provinz Posen gegründeten Kleinsiedelungs- und Wohnungsbaugenossenschaften haben in erster Linie ihre Tätigkeit in den Städten begonnen und dort kleinere Beamte und Arbeiter angesiedelt, aber sie haben auch schon land- und forstwirtschaftliche Arbeiter seßhaft gemacht, und wir zweifeln nicht, daß später diese Genossenschaften durch Ausdehnung ihrer Tätigkeit auf das platte Land, auch für die Landwirtschaft Erfolge erzielen können.

Die Lage der ländlichen Arbeiter hat sich wesentlich gehoben. Es haben hierbei mitgewirkt die bedeutende Erhöhung der Barlöhne, die Wertsteigerung der Naturallöhnung, die sehr bedeutende Steigerung der Löhne für Akkordarbeit und die weitgehende Fürsorge durch die sozialen Fürsorgegesetze. Für Akkordarbeit werden immer höhere Löhne verlangt und sind besonders die kleinen Landwirte und Ansiedler gezwungen, fast jede Forderung zu bewilligen, um nur Leute zu bekommen. Mit dem Übergang zur intensiveren Betriebsweise hat sich die Einnahme der Arbeiter insofern auch wesentlich vermehrt, als bei weniger beliebten, sowie bei denjenigen Arbeiten, die mehr Anstrengung und Achtsamkeit erfordern, ferner auch bei Maschinenarbeit nicht unerhebliche Zulagen bewilligt werden. Dies hat die erfreuliche Folge, daß die Arbeiter nicht nur mit mehr Achtsamkeit und Sorgfalt die Arbeit ausführen, sondern sich Mühe geben, um bei solchen besonders einträglichen Arbeiten beschäftigt zu werden. Auf vielen Gütern wird durch Akkorddrusch den Arbeitern Anteil am Rohertrag gewährt.

Um Arbeiter aller Art, die lange Jahre auf ein und derselben Stelle tätig waren, auszuzeichnen, verleiht die Landwirtschaftskammer Medaillen, Kreuze, Broschen und Diplome.

Ferner hat die Landwirtschaftskammer 1898 ein Arbeitsamt errichtet, durch das landwirtschaftliche Beamten, einheimisches Personal und ausländische Wanderarbeiter vermittelt werden. Die Zahl der im letzten Jahre vermittelten Arbeitskräfte betrug 8571, während 3453 ausländische Saisonarbeiter im Dezember in Sammeltransporten nach der Grenze zurückbefördert wurden. Es sei noch erwähnt, daß nach amtlichen Erwittelungen 1911 aus Posen 445 Personen nach dem Ausland auswanderten und 28455 einheimische Personen durch Sachsengängerei der Provinz Posen verloren gingen. Der Zuzug von ausländischen Arbeitern betrug 21419 Personen.

Die landwirtschaftlichen Beamten.

Zur Bewirtschaftung des Groß- und Mittelbetriebes, sowie zur Leitung der zahlreichen technischen Nebenbetriebe ist ein verhältnismäßig großer landwirtschaftlicher Beamtenstand notwendig. Wir finden daher in Posen neben selbständigen Administratoren zahlreiche Inspektoren, Verwalter, Rechnungsführer usw. Die Lage dieser Beamten hat sich in den letzten Jahren wesentlich gebessert, da die Landwirte den großen Nutzen von gut ausgebildeten und leistungsfähigen Beamten zu schätzen wissen. Die Beamten haben sich in landwirtschaftliche Beamtenvereine, Privatforstbeamten-, Brennereiverwalter- und Molkereiverwaltervereine zur besseren Erreichung ihrer Ziele zusammengeschlossen. Sie streben in erster Linie eine bessere Fachbildung an und empfehlen zu diesem Zwecke auch den Besuch der landwirtschaftlichen Seminare bezw. Forstlehrlingsschulen. Die Landwirtschaftskammer unterstützt das Bestreben dieser Beamten durch Rat und Tat, unter anderm hat sie auch Lehrlingsprüfungen eingerichtet. Mit dem Arbeitsamt der Kammer ist ein Stellennachweis für Güterbeamte aller Art verbunden. Während Administratoren und Brennereiverwalter fast regelmäßig Anteil am Reinertrag haben, sind die übrigen Beamten seltener am Rein- oder Rohertrag beteiligt.

Landwirtschaftliche Nebengewerbe.

Von jeher war die Zahl der landwirtschaftlichen Nebenbetriebe in Posen sehr bedeutend. Sie waren von weitgehendstem Einfluß auf die Entwicklung der Posener Landwirtschaft. Insbesondere bewirkte die Zuckerindustrie den großen Aufschwung in der Landwirtschaft. Bis 1875 gab es in Posen nur kleine Zuckerfabriken, die als Nebenbetriebe auf Gütern betrieben wurden. Seit 1875 werden in Posen große, vollkommen modern eingerichtete Fabriken (größtenteils Aktiengesellschaften) errichtet. 1896/97 wurde die zwanzigste (letzte) Fabrik eingerichtet. Diese Fabriken verarbeiten nicht nur die in Posen geernteten Zuckerrüben, sondern kaufen aus Schlesien und Rußland noch Rüben hinzu.

Die Spiritusbrennerei stand von jeher in Posen in großer Blüte. Im Jahre 1809 wurden z. B. 1713 Brennereien in Posen gezählt. 1911 waren 503 Brennereien der Posener Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft angeschlossen, wozu noch Betriebe, die der gewerblichen Berufsgenossenschaft angehören, kommen. Bei dem

1. Kaiser-Wilhelm-Institut für Landwirtschaft in Bromberg. 2. Schloß Pempowo. 3. Landwirtschaftliche Winterschule Koschmin. 4. Königliche Landschaft Posen. 5. Park zu Seeheim. 6. Partie aus dem Park zu Georgenhof. 7. Schloß Seeheim. 8. Pferde in Pempowo.

stark ausgedehnten Kartoffelbau und den infolge intensiven Betriebes steigenden Ernten mußte man auf Entlastung des Brennereigewerbes bedacht sein. Hierzu dienten große gewerbliche Stärkefabriken, die sich z. B. in Bentschen, Wronke, Schneidemühl und Luban befinden, während in Blesen, Brätz und Schneidemühl genossenschaftliche Stärkebetriebe bestehen. Außer diesen Fabriken wird die Herstellung nasser Stärke auf größeren Gütern betrieben. Hierbei wird Pülpe, ein wertvolles Futtermittel, als Abfallprodukt gewonnen. Seit ca. zehn Jahren, besonders seit 1905, hat eine vielversprechende Industrie im Osten, insbesondere auch in Posen Verbreitung gefunden. Man trocknet Kartoffeln, um sie vor dem Verderben zu schützen und um sie in ein unbegrenzt haltbares Futtermittel umzuwandeln. Im Jahre 1905 bestanden in Posen 6 Anlagen, während jetzt 70 Trocknereien bestehen, von denen 63 Kartoffelflocken, 5 Schnitzel und 2 zur menschlichen Ernährung dienende Präservekartoffeln herstellen. Die Trocknereien sind größtenteils an Brennereien angeschlossen, aber auch mit Stärkefabriken, Molkereien, Zuckerfabriken usw. verbunden, oder bestehen als selbständige Anlagen. Die Kartoffeltrocknungsindustrie bedeutet einen großen Fortschritt in der Landwirtschaft. Wenn große Mengen billiger Kartoffeln die Preise sehr drücken, werden die Trocknereien durch Aufnahme des Überschusses ausgleichend auf die Preise wirken. Die Kartoffelflocken und -Schnitzel haben sich als vorzügliches Futtermittel bei allen landwirtschaftlichen Tiergattungen gut bewährt. Es sei noch erwähnt, daß in Posen eine Zichoriendarre und zwei Rübenblättertrocknungsanlagen bestehen.

Abgesehen von einer Anzahl sehr großer industrieller Dampfmühlenbetriebe, unter denen in erster Linie die der Kgl. Seehandlung in Berlin gehörenden Mühlen in Bromberg zu erwähnen sind, sind in Posen noch eine recht beträchtliche Anzahl Windmühlen und auch Wassermühlen vorhanden. Sie haben sich noch verhältnismäßig regen Zuspruchs zu erfreuen und dienen hauptsächlich zum sofortigen Umtausch von Roggen gegen Mehl und Kleie. Ihre Zahl geht jedoch ständig zurück, da sie mit den großen, billig arbeitenden Industriemühlen nicht konkurrieren können. Die zu größeren Gütern gehörenden Windmühlen sind in der Regel verpachtet oder arbeiten nur für den eigenen Bedarf. Einige mit Bäckereien verbundene Genossenschaftsmühlen arbeiten besonders gut. Das gewonnene Mehl wird teilweise zum Betriebe der eigenen Bäckerei gebraucht, teilweise an die eigenen Genossen abgegeben.

Der Posener Sektion der Müllereiberufsgenossenschaft gehören 1120 Betriebe mit 1782 Vollarbeitern an. Die Betriebe verteilen sich auf 54 Ölmühlen, 3 Häckselschneidereien; die übrigen sind Getreidemühlen, von denen 41 mit Dampf- und Wasser-, 100 mit Dampf-, 193 mit Wasser- und 729 mit Windkraft betrieben werden. Der Posener Sektion der Ziegeleiberufsgenossenschaft gehören 430 Betriebe mit 9804 Arbeitern an.

Die zahlreichen Ziegeleien haben dank der lebhaften Bautätigkeit in Stadt und Land sehr guten Absatz an Mauersteinen. Da weite Strecken drainagebedürftig sind, so ist der Absatz an Drainageröhren sehr lohnend. Stellenweise suchte man auch

bei diesem Gewerbe durch den Zusammenschluß der Besitzer höhere Preise zu erzielen. Die Verbesserung der Verkehrswege ist auf die Lage dieses Gewerbes von größtem Einfluß geworden. In einzelnen Gegenden sind auch Kalksandsteinfabriken entstanden.

In nachstehender Tabelle geben wir die wichtigsten landwirtschaftlichen Nebenbetriebe, die der Posener landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft angeschlossen sind, an:

50 Brennereien, 12 Molkereien, 47 Stärkefabriken, 2 Kartoffeltrocknungsanlagen, 343 Ziegeleien, 67 Torfgewinnungsbetriebe, 110 Mahlmühlen, 24 Ölmühlen, 45 Schneidemühlen, 1942 Lohnfuhrwerksbetriebe, 61 Lohndampfdreschmaschinenbetriebe, 11 Lohndampfpflugbetriebe, 1 Kalkbrennerei- und Kalkofenbetrieb, 37 Feldbahn- und Anschlußgleisbetriebe, 1 Zichoriendarre, 1 Melassemischbetrieb, 2 Rübenblättertrocknungsanlagen, 3 Strohhülsenverfertigungsanlagen.

Der gewerblichen Berufsgenossenschaft sind folgende 362 technische Betriebe aus der Provinz Posen angeschlossen: 200 Molkereien und Käsereien, 71 Brennereien, 5 Spritfabriken, 51 Likörfabriken, 13 Stärke- und Stärkezuckerfabriken, 7 Kartoffeltrocknereien, 2 Melassefutterfabriken und 7 Essigfabriken. Der Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft gehören 112 Betriebe, der Holzberufsgenossenschaft 1150 Betriebe aus Posen an.

Ferner bestehen in Posen ca. 250 landwirtschaftliche Maschinenhandlungen und -Fabriken, sowie 2 große Düngemittelfabriken. Aus diesen Zahlen ersehen wir die große Bedeutung der landwirtschaftlichen Industrie für die Provinz Posen.

Forstwirtschaft.

Die Forstfläche der Provinz Posen betrug nach der Zählung von 1900 572 854 ha. Die Forsten sind entweder im Besitz des preußischen Staates oder hauptsächlich im Besitze von Großgrundbesitzern. Zu erwähnen sind hier die umfangreichen Forsten, die zu dem Thurn und Taxisschen Fürstentum (Thronmannslehen) Krotoschin gehören. In bäuerlichem Besitze, sowie im Besitz von Städten und Gemeinden ist in der Provinz Posen verhältnismäßig wenig Wald. Nach der Statistik von 1907 bestanden im ganzen 73 Gemeindeforstbetriebe mit einer Fläche von 9471 ha Wald.

Im Regierungsbezirk Posen betrug Ende 1867 die staatliche Forstfläche 69 035 ha; der Zugang bis März 1911 betrug 48 670 ha (nach Abzug der Verkäufe). Es beträgt demnach die staatliche Forstfläche 107 705 ha.

Im Regierungsbezirk Bromberg betrug die Fläche 1867 103 094 ha. Es wurden 36 329 ha (nach Abzug der Verkäufe usw.) neu erworben, so daß jetzt die Gesamtforstfläche in Bromberg 139 423 ha beträgt.

Für die Provinz Posen stellen sich die Zahlen demnach wie folgt: 172 129 ha Bestand 1867, Zukauf 84 999 ha, Bestand Ende März 1911 247 128 ha.

Die mustergültige Bewirtschaftung der preußischen Staatsforsten ist bekannt. Einen guten Einblick in die Bewirtschaftung konnte die umfangreiche, äußerst sorgfältig bearbeitete und sehr sehenswerte Ausstellung der Staatsforstverwaltung auf der Ostdeutschen Ausstellung in Posen 1911 gewähren.

Um den Privatwaldbesitzern eine sachverständige Beratungsstelle zu verschaffen, gründete die Landwirtschaftskammer im Jahre 1903 in Posen eine Forststelle, die sich glänzend entwickelt hat. Die Forstabteilung der Landwirtschaftskammer hat die Aufgabe, mit Rat und Tat in allen forstlichen Angelegenheiten die Waldbesitzer gegen mäßige Gebühren zu unterstützen. Die Verwaltungstätigkeit der Forststelle erstreckt sich zurzeit auf 197 Reviere mit 58 170,43 ha Fläche (21 Proz. der mittleren und größeren Forsten der Provinz). In jedem Jahre erfolgt durch die Forstbeamten der Landwirtschaftskammer eine Bereisung der Forsten, um an Ort und Stelle Ratschläge zu erteilen. Hierbei werden auf Grund des Forstbetriebsplanes die auszuführenden Hauungen, Pflegearbeiten, Aufforstungen usw. besprochen und durch schriftliche Gutachten sowie durch Pläne ergänzt. Die notwendigen Forstpflanzen werden vermittelt. Seit Gründung der Abteilung wurden 70 Millionen Forstpflanzen und 10 000 kg Forstsämereien beschafft, desgleichen alle forstlichen Geräte, Karten, sowie Material zur Bekämpfung von Forstkrankheiten usw. Eine wichtige Tätigkeit der Abteilung ist ferner die Verwertung des Holzes durch freihändigen Verkauf oder Auktion, sowie die Beschaffung tüchtigen Forstpersonals, die Vermittlung von unkündbaren Darlehen durch die Landschaft und Mittelstandskasse. Eine besonders umfangreiche und für andere Gegenden vorbildliche Tätigkeit entwickelt die Forststelle auf dem Gebiete der bäuerlichen Aufforstungen. Es sind zurzeit 14 bäuerliche Aufforstungsvereine mit 324 Mitgliedern und einer Aufforstungsfläche von 1373½ Morgen der Landwirtschaftskammer angeschlossen.

Westpreußen.

Bodenbenutzung und Wirtschaftsweise.

Die Benutzung des Grund und Bodens ist bedingt durch die Boden- und Absatzverhältnisse, sowie durch das Klima. Eine Änderung in der Benutzung tritt auch nur langsam ein, indem eine Frucht, die sich weniger gut rentiert, erst nach und nach an Anbaufläche verliert und indem eine neue Frucht erst nach und nach an Beachtung und Anbaufläche gewinnt. Nur ausnahmsweise, durch vorübergehende klimatische Einflüsse bedingt, treten größere Änderungen ein; so wird z. B. die Fläche des Wintergetreides einerseits durch ungünstiges Bestellungswetter oder durch Erfrieren der bestellten Pflanzen öfters wesentlich eingeschränkt. Dies geschah in Westpreußen z. B. im Jahre 1901 und 1905. An Stelle des vernichteten Wintergetreides wird dann das Feld mit Sommergetreide oder Hackfrüchten bestellt. Dasselbe gilt für Rotklee, der ebenfalls unter Auswintern und Mäuseschaden oft stark zu leiden hat. Umfassende Erhebungen über den Anbau aller landwirtschaftlichen Kulturpflanzen finden in Preußen seltener statt, da, wie gesagt, der Anbau sich nicht so erheblich ändert; für die wichtigsten landwirtschaftlichen Kulturpflanzen findet dagegen in jedem Jahre eine Anbauflächenfeststellung statt. Die vier letzten umfassenden Erhebungen fanden in Preußen 1878,

1883, 1893 und 1900 statt. Im Jahre 1878 und 1900 wurde der westpreußische Boden wie folgt benutzt:

	Acker u. Garten	Wiesen	Weiden u. Unland
1878:	1382000 ha	177980 ha	297315 ha
1900:	1418807 ha	102380 ha	208140 ha

	Forsten und Holzungen	Hofräume und Häuser	Wege, Parks und Gewässer	
1878:	539757 ha	19192 ha	132322 ha	Summa: 2548506 ha
1900:	554048 ha	20433 ha	128809 ha	Summa: 2553277 ha

Uber die Anbaufläche der wichtigsten landwirtschaftlichen Früchte lassen wir nachstehende Angaben aus dem Jahre 1911/12 folgen:

	1911	1912		1911	1912
Winterroggen . .	389951	395402	Flachs	97	115
Winterweizen . .	75941	72111	Klee	130042	122352
Sommerweizen . .	4213	4837	Luzerne	2949	3044
Sommerroggen . .	9007	8558	Bewässerungswiesen	4201	4020
Gerste	71950	74214	Andere Wiesen . .	103900	102883
Hafer	100396	102523	Futterrüben		9199
Kartoffeln	194286	195596	Erbsen		17980
Zuckerrüben*) . .	20787	33130	Ackerbohnen		2097
Raps und Rübsen .	3080	2930	Wicken		10552

Winterweizen wird verhältnismäßig viel angebaut. Die größte Anbaufläche in der letzten Zeit war 1906 mit 76055, während sie 1907 auf 52222 ha zurückgegangen war. Die Weizenanbaufläche ist der Posener ungefähr gleich. Die Winterroggenanbaufläche ist im Zunehmen begriffen, 1912 war die größte Ausdehnung zu verzeichnen. Sommerweizen nimmt keine bedeutende Stellung ein, nur in Jahren mit strengem Winter nimmt die Anbaufläche für diese Frucht zu. Dagegen ist der Anbau des Sommerroggens schon bedeutender, aber er verliert auch schon an Anbaufläche. Die Größe der Anbaufläche der Gerste entspricht in der Regel in Westpreußen der des Winterweizens, doch wird an Stelle des Winterweizens nach strengem Winter vielfach als Ersatz Sommergerste gebaut und steigt die Anbaufläche dementsprechend. Die Haferanbaufläche ist über doppelt so groß, wie die der Gerste und ziemlich gleichbleibend. Von den übrigen Früchten möchten wir noch besonders die Zuckerrüben erwähnen, da der Zuckerrübenbau auf den Fortschritt in Westpreußen, ebenso wie in Posen von ausschlaggebender Bedeutung war, denn selbst da, wo Zuckerrüben nur in geringem Umfange gebaut werden, wirkt doch das durch die intensivere Zuckerrübenkultur gegebene Beispiel aneifernd auch bei anderen Kulturen ein. Auffallend ist dabei aber der Rückgang, den zeitweise der Zuckerrübenbau aufzuweisen hat. Auch sind zwei Zuckerrübenfabriken in Westpreußen eingegangen. Den Rückgang in

*) Die Zuckerrübenanbaufläche in Posen beträgt 64075 ha.

der Anbaufläche führte man unter anderem auf die Abneigung der Ansiedler (besonders Rückwanderer) gegen den Anbau der Zuckerrüben zurück, teilweise auch auf Arbeitermangel. Von Einfluß war vor allem, daß zeitweise aus Kartoffelbau und Viehzucht höhere Einnahmen erzielt wurden. Schließlich sei hervorgehoben, daß bei dem feuchten Seeklima der Zuckergehalt der Rüben oft nicht befriedigte, dazu kam ein verhältnismäßig frühzeitiger Eintritt des Herbstes, der eine frühere Ernte bedingte. Der Anbau hat sich wie folgt entwickelt:

1878	1883	1893	1900	1907
1201,1 ha	15558,1 ha	22080,8 ha	28401,8 ha	24497 ha

1908	1909	1910	1911	1912
20813 ha	22388 ha	24031 ha	26787 ha	33130 ha

Wir sehen, daß nach der raschen Entwicklung bis 1900 ein Rückgang folgte, der 1908 seinen Tiefstand erreichte; seitdem ist wieder ein Aufschwung festzustellen. Näheres über den Anbau der übrigen Früchte, ist aus obiger Tabelle zu entnehmen.

Auf die Anbauverhältnisse in den einzelnen Kreisen können wir leider hier nicht näher eingehen. Über die wirtschaftlichen Verhältnisse entnehmen wir einer Abhandlung von Burmeister nachstehende Schilderung:

„Die Grundsteuerreinerträge zeigen uns eine außerordentliche Verschiedenheit und schwanken im Durchschnitt der einzelnen Kreise zwischen 2,8 und 28 Mark pro ha. Die Böden niedrigster Klasse sind Sandböden und lehmiger Sand, diejenigen mittlerer Bonität sandiger Lehm, die guten Böden Lehm und humoser Lehm.

Wir können somit in bezug auf die Bodenverhältnisse, Reinerträge und Betriebsweise drei wirtschaftliche Gruppen unterscheiden, welche den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen, und zwar Niederungs-, Übergangs- und Höhenkreise.

Zu den Niederungskreisen gehören der Kreis Danzig Niederung mit 18 und der Kreis Marienburg mit 28 Mark. (Durchschnitt 23 Mark Grundsteuerertrag pro ha.)

Zu den Übergangskreisen gehören die Kreise: Elbing mit 17, Dirschau mit 14, Stuhm mit 14, Kulm mit 13,70 Graudenz mit 13,70 und Marienwerder mit 20 Mark Grundsteuerreinertrag. (Durchschnitt 14 Mark Grundsteuerreinertrag pro ha.)

Zu den Höhenkreisen gehören die Kreise: Danzig Höhe mit 11, Putzig mit 5,40, Stargard mit 4, Berent mit 3,80, Neustadt mit 3,50, Karthaus mit 3,20, Briesen mit 10, Thorn mit 8,80, Rosenberg mit 7,70, Schwetz mit 6, Strasburg mit 5,50, Flatow mit 5,40, Dt. Krone mit 4,30, Löbau mit 4,40, Tuchel mit 3,90, Konitz mit 3,30 und Schlochau mit 2,80 Mark Grundsteuerreinertrag. (Durchschnitt 4,4 Mark Grundsteuerreinertrag pro ha.)

Es ist nun selbstverständlich nicht ausgeschlossen, daß einige Striche in den einzelnen Gruppen aus dem Rahmen herausfallen, d. h. besser bzw. schlechter sind, im großen und ganzen trifft die Charakteristik jedoch zu.

Maßgebend ist die Bodenbeschaffenheit zunächst für die Anbauverhältnisse, und so ergibt sich für die einzelnen Gruppen folgende Bebauung:

1. Niederungskreise.

Sommerung 28, Zuckerrüben, Rundgetreide und Diverses 20, Futtergewächse 18, Weizen 17, Roggen 6, Handelsgewächse 4, Brache 4, Kartoffeln 3%.

2. Übergangskreise.

Zuckerrüben, Rundgetreide usw. 21, Sommerung 20, Roggen 17, Futtergewächse 16,3, Weizen 12, Kartoffeln 10, Brache 3, Handelsgewächse 0,7%.

3. Höhenkreise.

Roggen 30, Rundgetreide 22, Kartoffeln 15, Sommerung 14, Futtergewächse 11, Brache 5, Weizen 3 Proz.

Auf 100 ha Ackerland kommen in den Niederungskreisen 26 ha Wiesen und Weiden, in den Übergangs- bzw. Höhenkreisen je 22 ha Wiesen und Weiden."

Wir sehen also in den Niederungskreisen ausgedehnte Wiesen- und Weideflächen und vorherrschend Zuckerrüben, Sommerung und Weizenbau, während Roggen und Kartoffeln nur ganz verschwindend zu finden sind. In den Übergangskreisen hält sich der Anbau der Zuckerrübe, von Hafer und Gerste im Vordergrunde, ihm folgt der Roggen und um 5 Proz. zurück der Weizen, welcher mit dem Anbau der Kartoffeln ziemlich auf gleicher Stufe steht. Die Höhenkreise zeigen ganz überwiegend Roggen- und Kartoffelbau.

An einigen wenigen Stellen der Provinz findet sich auch Hopfenbau vor. Der feldmäßige Bau von Lein, Mohn und Zichorie ist fast ganz verschwunden.

In engem Zusammenhange mit den Anbauverhältnissen steht auch die Viehhaltung.

In den Niederungskreisen kommen auf 100 ha Ackerland: Rindvieh 63, Pferde 28, Schweine 60, Schafe 0,8 Stück.

In den Übergangskreisen: Rindvieh 40, Pferde 18, Schweine 62, Schafe 30 Stück.

In den Höhenkreisen: Rindvieh 35, Pferde 11, Schweine 49, Schafe 30 Stück.

Während also in den Niederungskreisen das Großvieh 60 Proz. des Viehstandes ausmacht, entfallen in den Übergangskreisen nur 41 Proz. und in den Höhenkreisen nur 35 Proz. auf dasselbe, dagegen ist das Kleinvieh entsprechend mit 40 Proz. in den Niederungskreisen, mit 59 Proz. in den Übergangskreisen und mit 64 Proz. in den Höhenkreisen vertreten. Dementsprechend stellt sich der Wert des lebenden Inventars in der ersten Gruppe auf 208, in der zweiten auf 183 und in der dritten auf 144 Mark pro ha.

Betrachten wir nun gleich das tote Inventar, so finden wir in verschiedenem Umfange Maschinen, wie Drillmaschinen, Motore usw., ferner Ackergeräte und Wagen, wie Pflüge, Eggen, Walzen, Kasten- und Leiterwagen, schließlich andere Geräte, wie Speicher-, Stall- und sonstige Hofgeräte vor. Der Wert derselben ist auf Grund der Unterlagen bei der Buchstelle der Landwirtschaftskammer wie folgt festgestellt:

	Niederungsgruppe	Übergangsgruppe	Höhengruppe
Maschinen	28	51	45
Ackergeräte, Wagen	70	29	17
Andere Geräte	31	12	8
Summe einschl. lebenden Inventars	397	261	214

Für die Provinz ergibt dieses einen Durchschnitt von 294 Mark pro ha oder in Summe ca. eine halbe Milliarde.

Besitzverteilung.

In den Besitzverhältnissen ist in den letzten beiden Jahrzehnten eine wesentliche Veränderung eingetreten, indem sowohl der Staat als auch Private und Genossenschaften (gemeinnützige und Erwerbsgenossenschaften) große Flächen Land aufkauften und teilweise parzellierten.

In erster Linie sei der Domänen- und Forstfiskus erwähnt.

Seit April 1900 bis April 1911 hat der Domänenfiskus im Königreich Preußen 303 Domänen angekauft. Hierbei sind die wiederverkauften oder selbstbewirtschafteten Domänen nicht berücksichtigt. Die Ankaufsergebnisse für Westpreußen sind folgende:

	Domänen	Hektar	Kaufpreis und Einrichtungskosten Mark	Pachtzins einschl. Jagdpacht u. Zinsen für Bau- u. andere Kapitalien Mark	Verwaltungskosten Mark	Verzinsung Proz.
Regbez. Danzig . .	53	21257	19856166	673326	26500	3,26
„ Marienwerder	75	28826	31597021,57	1062682,58	37500	3,24
Prov. Westpreußen .	128	50083	51453187,57	1736008,58	64000	3,25

Im Jahre 1911 betrug die Domänenfläche 69898 ha. Keine andere Provinz hat eine so große Domänenfläche aufzuweisen. Der Pachterlös bezifferte sich auf 2220177 Mark. (Über die staatlichen Forstkäufe siehe Kapitel Forstwirtschaft Seite 56.) Die Kgl. Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen kaufte von 1886 bis 1910 213 Güter und 87 Bauernwirtschaften. Die Gesamtfläche betrug 121538 ha; der Kaufpreis 104504820 Mark. Schließlich hat noch die Generalkommission große Flächen aufgeteilt, ferner hat die Landbank Grundstücke in einer Gesamtgröße von 40094 ha angekauft. Die Besitzverteilung gestaltet sich nach der Zählung von 1907 wie folgt:

		Anzahl	Fläche	
Zwergbetriebe	(unter $^1/_2$ ha)	51962	12066 ha =	0,56 Proz.
Parzellenbetriebe . . .	($^1/_2$ bis 2 „)	34089	39059 „ =	1,82 „
Kleinbäuerliche Betriebe .	(2 „ 5 „)	21033	84987 „ =	3,96 „
Mittelbäuerliche „ .	(5 „ 20 „)	35910	508040 „ =	23,70 „
Großbäuerliche „ .	(20 „ 100 „)	13431	710950 „ =	33,12 „
Großbetriebe	(über 100 „)	2012	790910 „ =	36,84 „
	Summe	158437	2140018 ha.	

Von den Besitzern, die in Westpreußen ansässig sind, seien erwähnt: S. M. der Deutsche Kaiser, ferner Prinz Friedrich Leopold von Preußen, Herzog Ernst von Sachsen-Altenburg und Fürst Reuß XIV. j. L.

Landwirtschaftliches Vereinswesen.

Das landwirtschaftliche Vereinswesen hat sich in Westpreußen, besonders seit Errichtung der Landwirtschaftskammer, glänzend entwickelt. Ein im Jahre 1822 zu Graudenz gegründeter landwirtschaftlicher Verein entwickelte sich im Laufe der Zeit zum „Verein westpreußischer Landwirte". Der Sitz des Vereins wurde später Marienwerder. Ähnlich entstand aus einem 1827 gegründeten landwirtschaftlichen Verein zu Danzig die „Landwirtschaftliche Zentralstelle, Danzig"; dem Verein wurde 1833 Portofreiheit bewilligt und 1860 die behördliche Anerkennung durch das Landwirtschaftsministerium zuteil. Seit 1862 wurden die Vereine der Provinz in dem „Hauptverein Westpreußischer Landwirte" mit dem Sitz in Danzig vereinigt, bis dieser Verein sich zugunsten der 1896 gegründeten Landwirtschaftskammer auflöste. Nachstehende Zahlen zeigen die Entwicklung der landwirtschaftlichen Vereine:

1875	48	Vereine	mit 1979	Mitgliedern
1881	65	„	„ 2436	„
1892	87	„	„ 4360	„
1896	127	„	„ 6000	„
1906	246	„	„ 12500	„
1908	281	„	„ 14000	„
1910	312	„	„ 15700	„
1911	319	„	„ 16000	„

Der satzungsgemäße Beitrag schwankt zwischen 0,50 und 9,— Mark pro Mitglied. Die landwirtschaftlichen Vereine haben die Aufgabe, die landwirtschaftlichen Interessen ihres Bezirks im allgemeinen und die ihrer Mitglieder im besonderen zu vertreten. Zur Erreichung dieses Zweckes werden Versammlungen besonders im Winter veranstaltet und zahlreiche Vorträge gehalten. Zur Haltung der Vorträge stehen jetzt eine große Anzahl Referenten den Vereinen zur Verfügung, indem die Instruktoren für Pferde-, Rindvieh-, Schweine-, Geflügelzucht, der Saatzuchtinspektor, die Direktoren der einzelnen Institute, wie der landwirtschaftlichen Versuchsstation, der Fischereisachverständige usw. Vorträge aus ihrem speziellen Arbeitsgebiete und die zuständigen Direktoren und Landwirtschaftslehrer der neun landwirtschaftlichen Winterschulen über allgemeine landwirtschaftliche Fragen sprechen. Von Landwirtschaftslehrern wurden z. B. im Jahre 1909/10 374 Vorträge gehalten.

Als Organ der landwirtschaftlichen Vereine gibt die Landwirtschaftskammer, zugleich als ihr Amtsblatt, die im 17. Jahrgang erscheinenden „Westpreußischen landwirtschaftlichen Mitteilungen" heraus. Durch wertvolle Aufsätze und Wiedergabe wissenschaftlicher Forschungen, sowie durch den übrigen auf Westpreußen

zugeschnittenen Inhalt der Zeitung ist diese ein unentbehrlicher Ratgeber der westpreußischen Landwirte geworden; es ist nur zu bedauern, daß noch viele westpreußische Landwirte aus falsch angebrachter Sparsamkeit nicht Leser dieses Blattes sind.

Kreditwesen.

Die 1902 in Preußen festgestellte Verschuldung des gesamten Privatgrundbesitzes ergab für Westpreußen eine Summe von 948,0 Millionen Mark, an der die einzelnen Kreditinstitute wie folgt beteiligt waren:

Landschaft	237,40 Mill.	= 25	Proz.
Sparkassen	30,30 „	= 2,8	„
Hypothekenbanken .	55,5 „	= 5,9	„
Kreditgenossenschaften	13,4 „	= 1,4	„
Summa	332,00 Mill.	= 35,1 Proz.	organisierter Kredit
gegen	615,94 „	= 64,9 „	unorganisierter Kredit.

Wir sehen aus diesen Zahlen die große Abhängigkeit der westpreußischen Landwirte von dem Privatgeldgeber, was wohl daraus hervorgeht, daß die 64,9 Proz. der Gesamtdarlehen von Privaten gegeben sind, die in der Regel nach kurzer Frist von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch machen können und hohe Zinsen fordern, ohne daß die Schuld getilgt wird. Es ist daher sehr zu wünschen, wenn die westpreußischen Kreditinstitute noch mehr wie bisher an Stelle des Privatkredits in Anspruch genommen werden. Hier sei an erster Stelle die schon 1787 gegründete „Westpreußische Landschaft" erwähnt, die von alters her nur „adlige" Güter beleihen darf. Die Generaldirektion der Landschaft hat ihren Sitz in Marienwerder, während in Marienwerder, Danzig, Bromberg und Schneidemühl Departementsdirektionen bestehen. Im Jahre 1801 wurde die „Neue Westpreußische Landschaft" gegründet, die die Aufgabe hat, alle von der vorgenannten Landschaft nicht beleihbaren Güter zu beleihen. Die Verwaltung der neuen Landschaft geschieht durch die alte. Als Tochterinstitut besteht die „Landschaftliche Bank", sowie die „Westpreußische landschaftliche Feuersozietät". Bei dieser müssen alle von beiden Landschaften bepfandbrieften Grundstücke versichert sein, während in Posen die Provinzial-Feuersozietät obligatorisch ist. Es sei noch erwähnt, daß die Ostpreußische Landschaft noch das Recht hat, im ehemaligen Erb-Haupt-Amt Schönberg und Deutsch-Eylau (Kreis Rosenberg) Güter zu beleihen. Eine wesentliche und tief eingreifende Änderung der Kreditverhältnisse ist in Westpreußen durch die Tätigkeit der vom Staate errichteten Bauernbank (siehe Genossenschaftswesen) zu verzeichnen. Wenn der Staat wieder einmal eine Verschuldungsstatistik erhebt, so werden wohl wesentlich günstigere Zahlen, als die eingangs Genannten dank der Tätigkeit der Bauernbank zu verzeichnen sein. Bei dieser Gelegenheit sei noch erwähnt, daß außer für Ostpreußen, in Westpreußen und Posen das Entschuldungsgesetz vom 20. August 1906 in Kraft gesetzt ist. In Westpreußen ist bei 20 Gütern, in Posen bei 19 Gütern und in Ostpreußen bei 89 Gütern die Verschuldungsgrenze eingetragen.

Schließlich sei noch erwähnt, daß die beiden Landschaften, gemeinsam mit der Provinzialverwaltung eine Westpreußische Lebensversicherungsanstalt gegründet haben, die durch Verwendung der Amortisationsbeiträge der Landschaftsschuldner zum Abschluß von Lebensversicherungen die Entschuldung der Landwirte anstrebt.

Landwirtschaftliches Unterrichts- und Schulwesen.

Um die praktischen Landwirte über die wichtigsten landwirtschaftlichen Tagesfragen auf dem Laufenden zu halten, werden von der Landwirtschaftskammer Vortragskurse veranstaltet, die in der Regel im Januar jeden Jahres stattfinden. Als Vortragende werden Professoren der Danziger technischen Hochschule, des landwirtschaftlichen Instituts in Königsberg, des Kaiser-Wilhelm-Instituts in Bromberg, sowie andere tüchtige Sachverständige aus Theorie nnd Praxis gewonnen. Die Teilnehmerzahl betrug 1907: 227; 1908: 634; 1909: 700.

Ferner dienen Studienreisen ähnlichen Zwecken. Das Besichtigen mustergültiger Betriebe, landwirtschaftlicher industrieller Anlagen und das Durchfahren weiter verschiedenartiger Strecken wirkt äußerst lehrreich.

In Marienburg besteht eine Landwirtschaftsschule mit Einjährig Freiwilligen-Berechtigung. Diese Anstalt wurde 1875 eröffnet und hat bis 1910 708 Schüler mit dem Reifezeugnis entlassen; 1910 wurde sie von 200 Schülern besucht. Während diese Schule städtisches Unternehmen ist, sind die neun westpreußischen landwirtschaftlichen Schulen Einrichtungen der Landwirtschaftskammer. Es bestehen Schulen in Marienburg (1880), Schlochau (1885), Zoppot (1887), Straßburg (früher Tomken) (1903), Schwetz (1904), Krojanke (1906), Berent (1906), Freystadt (1906), Schönsee (1908).

Die Aufgaben dieser Schulen sind die gleichen wie die der Posener Schulen, auch sind sie ähnlich organisiert. Der Schulbesuch wird durch Stipendien für bedürftige Schüler gefördert. Zu diesem Zweck stehen jährlich außer Kreismitteln noch 7500 Mk. Staatsgelder zur Verfügung. Für die meisten Schulen wurden neue gut und zweckmäßig eingerichtete Dienstgebäude errichtet und teilweise mit Versuchsfeldern ausgestattet.

Seit Bestehen der Anstalten wurden bis 1910 3218 Schüler ausgebildet. Ebenso wie in Posen haben die Direktoren der Anstalten eine weitgehende belehrende Tätigkeit in der bäuerlichen Bevölkerung auszuüben und alle in ihrem Schulbezirk (3 landrätliche Kreise) vorkommenden Arbeiten der Landwirtschaftskammer auszuführen, bezw. zu überwachen. Welch hohe Anforderungen an die Leistungsfähigkeit dieser Beamten gestellt werden, dürfte daraus hervorgehen, daß von den in 9 Bezirken tätigen Lehrern an landwirtschaftlichen Winterschulen 1909/10 1120 Einzellandwirte besucht wurden, während 1087 Reisetage mit 34 634 km Eisenbahn und 12 253 km Landweg erforderlich waren.

Mit der Schule in Marienburg ist seit 1910 eine landwirtschaftliche Fortbildungsschule verbunden. Sie nimmt Schüler auf, die das dreizehnte Lebensjahr vollendet haben und hat die Aufgabe, Landwirtssöhnen, für die die Er-

langung der Berechtigung zum Einjährigen-Dienst zwecklos ist, eine bessere Ausbildung zu teil werden zu lassen, als dies in der Volksschule möglich ist. In dem einjährigen Lehrgang erhalten die Schüler eine gute Grundlage für den späteren Besuch der landwirtschaftlichen Winterschule. Die Gründung dieser Schule ist auf diesbezügliche Bestrebungen mennonitischer Landwirte zurückzuführen.

Von Spezialschulen seien folgende erwähnt: In Praust besteht eine Lehranstalt für Molkereiwesen zur Ausbildung von männlichem Personal für Molkereien und Käsereien. Die Schule ist gut besucht. Die Lehrlinge erhalten in der Regel vor Besuch der Schule eine ½ bis 1½ jährige praktische Ausbildung in anerkannt guten Molkereien der Provinz. Mit der Schule ist ein Stellennachweis für Molkereiverwalter usw. verbunden. Die gleiche Aufgabe wie die Anstalt in Praust hat die Meierinnenschule in Freystadt.

Ferner bestehen in Westpreußen 147 (1910) ländliche Fortbildungsschulen, die die Aufgabe haben, die in der Volksschule erworbenen Kenntnisse in der Landwirtschaft, im Obst- und Gartenbau zu vermitteln. Selbstverständlich sollen diese Schulen nicht etwa die landwirtschaftlichen Winterschulen ersetzen. Die Ausbildung der Lehrer der ländlichen Fortbildungsschulen findet in Marienburg statt; an dem Kurse nehmen 30 Lehrer teil.

Der wirtschaftliche Frauenverein hat in Scherpingen eine Frauenschule für Töchter gebildeter Landwirte errichtet. Diese Anstalt hat die gleiche Aufgabe wie die Maidburger Schule in Posen. Die 1906 errichtete Haushaltungsschule Osterbitz steht seit 1911 unter Leitung der Landwirtschaftskammer; sie hat die Aufgabe, die Töchter der Ansiedler in fünfmonatlichen Kursen in allen im bäuerlichen Haushalte vorkommenden Arbeiten zu unterrichten.

Die Ackerschule zu Zelenin, gegründet 1889, hatte in den letzten Jahren leider keinen Besuch aufzuweisen.

Acker- und Pflanzenbau.

Der Acker- und Pflanzenbau hat sich in Westpreußen gut entwickelt. Man wirtschaftet immer intensiver, da man sieht, daß hierdurch eine größere Rente erzielt wird. Von Einfluß war hier in erster Linie der Zuckerrüben- und der Kartoffelbau neben dem vermehrten Futterbau. Einschränkung der Brachehaltung, Tiefkultur, Hackkultur und Verwendung größerer Mengen künstlicher Düngemittel gehen mit der Einführung des Zuckerrübenbaues und teilweise auch des Kartoffelbaues Hand in Hand. Vermehrung der Viehhaltung und gesteigerte Düngerproduktion sind die Folgen hiervon, um die Abfallprodukte (Blätter, Schnitzel, Pülpe) der auf dieser Kultur beruhenden Industrien auszunutzen. Bei den zahlreichen Mitteln, die die Landwirtschaftskammer zur Förderung des Ackerbaues anwendet, wird die Produktionssteigerung noch wesentliche Fortschritte machen. Die Landwirtschaftskammer gibt z. B. Beihilfe zur Anlage von Düngerstätten und prämiiert mustergültige Anlagen, um die zweckentsprechende Behandlung des Naturdunges zu erreichen. Sie hat ferner Prämiierungen von Bauernwirtschaften,

die vorbildlich geleitet werden, eingerichtet. Die Bekämpfung der Pflanzenkrankheiten und des Unkrautes geschieht, wie bereits erwähnt, in gemeinsamer Arbeit mit dem Kaiser-Wilhelm-Institut zu Bromberg. Die Vernichtung von Ackersenf und Hederich durch Bespritzen mit Eisenvitriollösungen hat auch in weiten Kreisen Eingang gefunden. Die neu auf den Markt kommenden Sorten unserer landwirtschaftlichen Kulturpflanzen werden gemeinsam mit älteren Sorten auf einem in dankenswerter Weise von dem Preußischen Gesandten in Stuttgart, in Oslanin (Krs. Putzig) zur Verfügung gestellten großen Versuchsfelde geprüft. Dank den von Reich und Staat zur Verfügung gestellten erheblichen Mitteln kann die Landwirtschaftskammer eine ausgedehnte Aufklärungsarbeit auf dem Gebiete der Anwendung künstlicher Düngemittel ausüben. Man ist auch in fast allen Kreisen der Überzeugung, daß unsere heutige Ackerwirtschaft dieses modernen Hilfsmittels nicht nur unbedingt bedarf, sondern eine Voraussetzung rentabler Wirtschaftsweise ist.

Über den Verbrauch der Kalisalze seien nachstehende Angaben gemacht:

Verbrauch auf 1 qkm landwirtschaftliche Anbaufläche in kg Kali.

	1890	1900	1910	1911
Kreis Danzig Höhe und Niederg. . . .	48	229	952	951
„ Pr.-Stargard	75	241	722	776
„ Berent	19	182	425	510
„ Karthaus	7	89	408	450
„ Neustadt i. Westpr.	23	291	1613	1646
„ Elbing (St. u. L.)	—	83	486	687
„ Marienburg i. Westpr.	—	27	540	846
„ Dirschau	—	281	958	1084
„ Putzig	—	92	559	626
Reg.-Bez. Danzig	20	161	701	800
Kreis Stuhm	5	96	558	510
„ Marienwerder	32	204	440	547
„ Rosenberg i. Westpr.	47	229	813	838
„ Löbau	20	212	414	541
„ Straßburg i. Westpr.	12	168	650	736
„ Thorn (St. u. L.)	25	375	1037	1553
„ Kulm	4	324	860	1195
„ Graudenz (St. u. L.)	4	92	489	515
„ Schwetz	17	192	796	974
„ Tuchel	11	132	568	676
„ Konitz	44	356	768	835
„ Schlochau	87	312	1094	1461
„ Flatow	33	289	861	997
„ Deutsch-Krone	97	377	1145	1410
„ Briesen	—	278	586	742
Reg.-Bez. Marienwerder	37	256	783	959
Sa. Provinz Westpreußen	31	226	757	909

Für andere Düngemittel lassen sich schwer Angaben machen. Es stehen uns zufällig Angaben über die Produktion und den Absatz von Superphosphat und Thomasmehl, der im Eisenbahndirektionsbezirk Danzig vorhandenen Düngerfabriken zur Verfügung. Die Zahlen dürften von Interesse sein.

1902	Superphosphat	338240	Zentner	Inland	700	Zentner	Ausland
1903	„	351420	„	„	2000	„	„
1902	Thomasmehl	243800	„	„	18900	„	„
1903	„	301200	„	„	43400	„	„

In Westpreußen befindet sich eine Düngemittelfabrik (Danzig), die von der in Posen-Cuban bestehenden großen Düngemittelfabrik von Moritz Milch u. Co. aufgekauft ist.

Eine zweite Fabrik wurde vor einigen Jahren in Danzig gebaut, während eine dritte sich im Bau befindet.

Über die Steigerung des Superphosphat- und Ammoniaksuperphosphatverbrauches in Westpreußen erhalten wir nachstehende Angaben:

1908	war gegen	1907	ein	Rückgang	von ca.	10	Proz.
1909	„ „	1908	„	Zuwachs	„ „	10	„
1910	„ „	1909	„	„	„ „	25	„
1911	„ „	1910	„	„	„ „	10	„
1912	„ „	1911	„	„	„ „	$5^1/_2$	„

im Verbrauche zu verzeichnen.

Für den Verbrauch an Thomasmehl können nur ganz allgemeine, auf Schätzungen beruhende Angaben gemacht werden. Von sachverständiger Seite wird uns hierüber folgendes berichtet: Im Durchschnitt dürfte der Thomasmehlverbrauch in der Provinz Westpreußen im vergangenem Jahre 30—40 kg Thomasmehl pro ha landwirtschaftlich benutzter Fläche betragen haben, und auch für den Durchschnittsverbrauch in jeden der beiden Regierungsbezirke (Danzig und Marienwerder) können etwa dieselben Zahlen angenommen werden. Innerhalb der letzten 5—6 Jahre ist eine auffallende Zunahme des Thomasmehlverbrauchs vorwiegend nur im Regierungsbezirk Marienwerder zu konstatieren. Den stärksten Thomasmehlverbrauch dürfte gegenwärtig in diesem Regierungsbezirk der Kreis Schlochau mit etwa 80—90 kg Thomasmehl pro ha haben. Etwas weniger Thomasmehl (40—60 kg Thomasmehl pro ha) wird in den Kreisen Deutsch-Krone, Flatow und Schwetz verbraucht. Unter dem Durchschnitt der Provinz mit etwa 10—20 kg Thomasmehl pro ha sind vorläufig noch die Kreise Briesen, Graudenz, Marienwerder und Straßburg i. Westpr.

Im Regierungsbezirke Danzig ist im allgemeinen in den letzten Jahren der Thomasmehlverbrauch mit 30—40 kg pro ha stabil geblieben. Auffallendere Verbrauchszunahmen waren nur in der näheren und weiteren Umgebung von Danzig und dem Kreise Karthaus zu beobachten. Für die Kreise Danziger Höhe und Danziger Niederung und Neustadt i. Westpr. kann man einen Thomas-

mehlverbrauch von etwa 70—80 kg annehmen und im Kreise Karthaus etwa 50—60 kg. Am wenigsten Thomasmehl verbraucht vorläufig noch der Kreis Marienburg mit etwa 0—10 kg Thomasmehl. Auch die Kreise Berent, Elbing, Dirschau und Putzig befinden sich noch unter 30 kg Thomasmehl pro ha.

Der Anwendung von Kalk und Kalkmergel bringt man steigendes Interesse entgegen.

Eine neue, bisher wenig angewandte Form der Förderung der Landwirtschaft hat die Landwirtschaftskammer seit kurzem durchgeführt. Es wurden sogenannte „Beispielswirtschaften" eingerichtet, indem bäuerliche Besitzer veranlaßt wurden, alle Wirtschaftsmaßnahmen mit einem Direktor einer landwirtschaftlichen Winterschule bzw. einem Beamten der Kammer zu besprechen und genaue Aufzeichnungen zu machen. Die Ratschläge erstrecken sich in erster Linie auf Fütterungsmaßnahmen, Aufstellung eines genauen Düngungs- und Fruchtfolgeplanes usw. Die bisher erzielten Erfolge haben jetzt Veranlassung gegeben, auch in anderen Provinzen Versuche in gleicher Richtung einzuleiten.

Saatgutbau.

Saatgutbau und Saatzüchtung sind in Westpreußen durch den im Jahre 1903 gegründeten Saatbauverein organisiert. Diejenigen Landwirte, die sich mit Züchtung beschäftigen, finden in dem Saatbausachverständigen der Landwirtschaftskammer Rat und Unterstützung. Ihre Zuchten werden in zahlreichen von der Landwirtschaftskammer und dem Saatbauverein in der ganzen Provinz angestellten Anbauversuchen geprüft. Bis jetzt kamen nachstehende westpreußische Zuchten in den Handel: Modows Preußenweizen, Rittnauer Eppweizen, Rittnauer Wechselweizen, Modows Altpaleschkauer Roggen, Rittnauer Sommerweizen, Damerauer Gelbhafer, Modows Industrie- und Augusta-Viktoria-Kartoffel, Rittnauer Zuckerrübe, Modows Viktoriaerbse, Wichmanns Futterrübe.

Die Mitglieder des Vereins bauen ferner eine große Anzahl solcher Sorten, die sich bewährt haben und auf der Sortenliste des Saatbauvereins stehen. Letzterer besorgt die Beschaffung der Originalsaaten und wirkt durch Wort und Schrift für den Absatz der durch Feldbesichtigung geprüften und anerkannten Saaten. Beteiligung an Ausstellungen, sowie Verträge mit der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft und der Großhandelsgesellschaft Danzig tragen ferner zur Verbreitung dieser Saaten bei, die auf der Eisenbahn zum ermäßigten Frachtsatz verschickt werden.

Obstbau.

Der Obstbau ist im Osten nicht so verbreitet wie in Mittel- und Süddeutschland. Aber das Interesse ist hier im Osten lebhaft im Wachsen begriffen und die Qualität des Obstes ist anerkannt besser als im Westen und Süden. Bei der Obstbaumzählung 1900 wurden in Westpreußen gezählt:

Apfelbäume	614223 =	18.82 Proz.	des Bestandes
Birnbäume	398785 =	12.22 „	„ „
Pflaumen- und Zwetschenbäume	1359390 =	41.64 „	„ „
Kirschbäume	891893 =	27.32 „	„ „
Summa:	3264291 =	100.00 Proz.	

Westpreußen steht mit dieser Anzahl an zweitletzter Stelle in Preußen, wobei von Hohenzollern abgesehen ist. Aber seit 1900 hat sich die Obstbaumzahl wesentlich vermehrt, besonders infolge der anregenden Tätigkeit der Landwirtschaftskammer, die zum ermäßigten Preise große Mengen Obstbäume — in einem Jahre bis über 9000 Stück — abgab.

Der Obstbaulehrer der Landwirtschaftskammer hält in den landwirtschaftlichen Vereinen und Gartenbauvereinen Vorträge über Obst- und Gemüsebau, bildet Obstbaumwärter in Kursen aus, besucht bestehende Obstanlagen und erteilt Privaten, Gemeinden, Kreisverwaltungen usw. schriftliche und mündliche Gutachten über Ausführung und Behandlung der Obstanlagen. Ferner ist seine Aufgabe, die Landwirtschaftskammer in allen Obstbauangelegenheiten in der Provinz und bei Veranstaltungen im Reiche zu vertreten. Die Kammer hat ein Normalobstbausortiment aufgestellt, um zum Anbau einiger weniger besonders geeigneter Sorten anzuregen. Fortschritte im Obstbau ließen sich wesentlich rascher erreichen, wenn die Verwertung eine bessere wäre. Während der Obsternte hat der Landwirt so viel andere unaufschiebbare Arbeit vorzunehmen, so daß vielfach ein Verpachten des Ertrages der Obstgärten notwendig ist. Dies geschieht ferner mit Rücksicht auf den schwer zu bekämpfenden Obstdiebstahl. Der Nachteil dieser Art von Nutzung liegt in dem geringen Erlöse und der sehr wenig schonenden Behandlung der Gärten durch die Obstpächter.

Die Bestrebungen der Landwirtschaftskammer finden verständnisvolle Unterstützung und Förderung durch den westpreußischen Provinzial-Obstbauverein, der z. Zt. aus 190 Mitgliedern und 54 Korporationen besteht und 1899 gegründet wurde. Die Mitglieder erhalten die „Deutsche Obstbauzeitung" und die „Marktberichte des Pomologenvereins". Er veranstaltet Obstverpackungskurse, Obstbauausstellungen in Westpreußen, beschickte größere Ausstellungen, richtete eine Verkaufsvermittelungsstelle und Obstmärkte ein. Im Anschluß an die Versammlungen des Vereins fanden Besichtigungen z. B. nach den mustergültigen Anlagen des Herrn Dr. Schliemann in Linde statt. Dies Hand in Handarbeiten des Vereins und der Landwirtschaftskammer, unterstützt durch die Hausfrauenvereine, die auch eine bessere Verwertung des Obstes anstreben, wird weiter zu einer gedeihlichen Entwicklung und größeren Rentabilität des Obstbaues beitragen.

Tabakbau.

Tabak wird in Westpreußen noch in der Marienwerder Oderniederung und im Elbinger Kreise gebaut. Im Jahre 1910 wurden 840 Tabakpflanzer gezählt, die 510,82 ha mit Tabak bepflanzt hatten und hiervon 13605,31 Dz. Tabak (ge-

trocknet) im Werte von 802 272 Mark ernteten. Zur besseren Verwertung haben sich Tabakbauern zu einer Tabakverkaufsgenossenschaft zusammengeschlossen.

Korbweidenbau.

Der Weidenbau ist in Westpreußen recht bedeutend. Die innerhalb der Buhnen an der Weichsel sich bildenden Ansandungen sind auf weite Strecken mit Weiden bepflanzt. Ferner werden viele tiefliegende Stellen, die sehr schwer und nur mit unverhältnismäßig hohen Kosten in Feld und Wiese verwandelt werden können, mit Weiden bebaut. Die Landwirtschaftskammer hat Neuanpflanzungen anlegen lassen und ältere Anlagen durch ihren Weidenbaulehrer kontrolliert. Dieser wurde ferner zu Vorträgen und zur Abgabe von Gutachten bei Verkäufen von Weiden und Stöcken herangezogen. Die Landwirtschaftskammer hat seit Jahren mit erheblichen Mitteln den Weidenbau durch Lieferung von Korbweidenstecklingen gefördert und hierdurch anregend auf die Kultivierung von Ödland gewirkt. Die westpreußische Weidenverwertungs-Genossenschaft hat die Aufgabe, eine angemessene Verwertung der Weiden zu ermöglichen. Die Weichselweiden sind mehr zu Bandstöcken wie zu Korbweiden geeignet.

Landwirtschaftliche Versuchs- und Samenkontrollstation.

Die landwirtschaftliche Versuchsstation, die 1876 gegründet wurde, hat die Aufgabe, die wichtigsten landwirtschaftlichen Bedarfsartikel, wie Düngemittel, Futtermittel, Sämereien auf ihren Wert durch chemische bzw. botanische Untersuchungen zu prüfen. Sie untersucht ferner Milch, Wasser- und Bodenproben usw. Neben dieser Kontrolltätigkeit wird eine wissenschaftliche und belehrende Tätigkeit durch die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen und das Halten von Vorträgen, sowie durch die Anstellung von Versuchen in dem Versuchsgarten Zoppot und in der Praxis ausgeübt. Es werden sowohl Fütterungsversuche, wie Düngungsversuche mit verschiedenen Düngemitteln und Anbauversuche mit einer größeren Anzahl landwirtschaftlicher Kulturpflanzen, teilweise in Verbindung mit der deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft durchgeführt. Die Zahl der zur Untersuchung eingesandten Proben nimmt von Jahr zu Jahr erheblich zu. Während 1911 14870 Proben untersucht wurden, wurden 1906: 8366, 1902: 6892 und 1899: 4182 Proben eingesandt.

Nahrungsmitteluntersuchungsamt.

Am 1. April 1907 errichtete die Landwirtschaftskammer in Danzig ein Nahrungsmitteluntersuchungsamt, dem durch Ministerialerlaß der Charakter als öffentliche Anstalt verliehen wurde. Die Anstalt hat die Aufgabe, die ihr von den Polizeiverwaltungen zugehenden Proben von Nahrungs- und Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen zu untersuchen und zu begutachten; sie hat die chemische Untersuchung des bei der Danziger Beschaustelle eingehenden Auslandsfleisches und die Prüfung der aus dem Auslande eingeführten Weine auf Einfuhrfähigkeit auszuführen, schließlich wurde ihr die Weinkellerkontrolle sowohl für West- als auch

für Ostpreußen übertragen. Die Zahl der untersuchten Proben ist von 1820 im Jahre 1907 auf 4998 im Jahre 1911 gestiegen. Zur Herbeiführung sachgemäßer Probenahmen wurden Untersuchungskurse abgehalten, an denen 66 Beamte teilnahmen.

Bakteriologisches Institut.

Das bakteriologische Institut wurde am 1. Januar 1905 in Pr. Stargard gegründet. Die rege Inanspruchnahme erforderte bereits 1 1/4 Jahr später die Verlegung nach Danzig, wo sich das Institut von Jahr zu Jahr weiter entwickelte und sehr in Anspruch genommen wird. Folgende Aufgaben erfüllt dieses Institut der Landwirtschaftskammer: Bakteriologische Untersuchungen werden in großer Anzahl ausgeführt; es werden zahlreiche Milchproben im Interesse der Tuberkulosebekämpfung untersucht, worauf dann klinische Untersuchungen folgen. An eingesandten Tierkadavern werden die Krankheitsursachen festgestellt. Sodann gelangen durch das Institut Impfstoffe aller Art zum Versand, insbesondere zur Bekämpfung der Schweineseuchen und der Tuberkulose. Ferner besteht eine Auskunftsstelle zur Bekämpfung tierischer Schädlinge, die u. a. die Bekämpfung der Ratten mit Ratin und der Mäuse mit Mäusetyphusmilchkulturen erfolgreich durchführte. Schließlich werden noch durch die Tierseuchenstelle zahlreiche wissenschaftliche und praktische Arbeiten zur Bekämpfung der Tierseuchen ausgeführt. Hierbei werden vor allen Dingen die Zuchtherden berücksichtigt, um möglichst gesundes Vieh heranzuzüchten.

Versuchsanstalt für Molkereiwesen.

Mit der Molkereilehranstalt in Pr. Stargard ist eine milchwirtschaftliche Versuchsstation verbunden, deren Aufgabe die Förderung der Milchwirtschaft durch wissenschaftliche und praktische Arbeit ist. Dies Ziel wird durch Prüfung von Untersuchungsmethoden, von milchwirtschaftlichen Geräten, durch Revision der Molkereien, durch Abhaltung von Vorträgen, Erstattung von Gutachten usw. erreicht.

Ferner übernimmt die Anstalt die Untersuchung von Milch und Molkereiprodukten aller Art, sowie von Molkereibedarfsartikeln.

Molkereiwesen.

Das Molkereiwesen steht in Westpreußen in hoher Blüte; durch Benutzung der Erfahrungen in Wissenschaft und Praxis werden von Jahr zu Jahr Fortschritte erzielt. Die Fortschritte im Molkereiwesen zeigen uns folgende Zahlen, 1891 gab es 43, 1904: 142, 1905: 153 Genossenschaftsmolkereien. Die Produktion und Rentabilität der Molkereien ist natürlich schwankend. In Jahren, in denen Maul- und Klauenseuche, Rotlauf und Schweineseuche besonders stark auftreten, werden die Ergebnisse ebenso beeinträchtigt, wie bei Rückgang der Milchproduktion infolge ungünstigen Ausfalles der Futterernte in Quantität und Qualität. Außer Genossenschaftsmolkereien bestehen noch eine große Anzahl Gutsmolkereien und privater Sammelmolkereien. Die von den Genossenschaftsmolkereien bezahlten Preise bewegten sich zwischen 7 und 9 Pfg, außer der frei zurückgegebenen Magermilch

oder zwischen 10 und 11,5 Pfg., ohne Rückgabe der Magermilch. In den Molkereigenossenschaften wird die Milch ausschließlich nach Gewicht und Fettgehalt bezahlt. Die Ansichten über Zweckmäßigkeit der Rahmstationen gehen noch recht auseinander; in Westpreußen hat man aber gute Erfahrungen mit ihnen gemacht. Der Milchverkauf in den Städten hat sich auch bei vermehrter Beobachtung milchhygienischer Grundsätze wesentlich gehoben. Die Produktion von Käse ist in Westpreußen recht bedeutend, doch überwiegt die Produktion von Butter die Herstellung von Käse, es wird in erster Linie Tilsiter und Emmentaler Käse hergestellt, selten Käse französischer Art und Bauernkäse. Mit den Käsereien sind Schweinemästereien verbunden, die guten Gewinn abwerfen. In dem Instruktor für Milchwirtschaft, der von der Landwirtschaftskammer angestellt ist, finden die Molkereien und Käsereien einen sachverständigen Berater, während Butterprüfungen der Landwirtschaftskammer einen Wettstreit der Molkereien in Lieferung bester, haltbarster Butter hervorrufen. Die Verwertung der Butter geschieht teilweise, besonders bei Gutsmolkereien, durch Postkistenversand, teilweise durch den Westpreußischen Butterverkaufsverband. Dieser wurde 1893 mit 8 Mitgliedern gegründet und umfaßte 1911 80 Mitglieder.

Baustelle.

Die Baustelle wurde 1908 errichtet. Sie hat die Aufgabe, die Landwirte in allen landwirtschaftlichen Bausachen zu beraten und auf Antrag Baupläne, Kostenanschläge anzufertigen, die Bauarbeiten an Bauhandwerker oder Unternehmer auf Grund zweckentsprechender Verträge zu vergeben, die Lieferung der Materialien zu besorgen und zu überwachen, sowie die gesamte Bauausführung, Bauabnahme und Rechnungslegung zu übernehmen.

Buchstelle.

Während die Landwirtschafskammer Posen am 1. Juli d. J. eine Buchstelle errichtet hat, besteht bei der westpreußischen Landwirtschaftskammer seit Oktober 1907 eine Buchstelle, die die Aufgabe hat, laufende Bücher für Güter auf Grund von Wochenberichten zu führen. Die Buchstelle hat für 53 Güter mit einer Fläche von 23 597 ha die Buchführung übernommen, ferner Bücherrevisionen von landwirtschaftlichen Betrieben, Molkereien, Drainagegenossenschaften usw. vorgenommen, Gutachten und Taxen abgegeben, sowie Buchführungskurse veranstaltet.

Arbeiterverhältnisse.

Die Arbeiterverhältnisse in Westpreußen sind ähnlich denen in Posen und sei daher auf das dort Gesagte hiermit verwiesen. Auch die westpreußischen Landwirte leiden viel unter dem häufigen Kontraktbruch und dem starken Wandertrieb der ländl. Arbeiter. In der Zeit von 1900 bis 1910 verlieh die Landwirtschaftskammer an Arbeiter, die 20 und mehr Jahre an ein und derselben Stelle treu gedient hatten: 400 Diplome, 525 bronzene und 999 silberne Medaillen. Der 1907 von der Landwirtschaftskammer gegründete Stellennachweis hat die Auf-

gabe, sowohl einheimisches Personal, wie auch die unbedingt notwendigen Wanderarbeiter zu vermitteln. Die an und für sich nicht leichte Arbeit des Stellennachweises ist durch die Lage der Provinz noch besonders erschwert.

Pferdezucht.

Der Bestand an Pferden in Westpreußen beträgt 205398 Stück gegen 297626 Stück in Posen. Der Staat hat 2 Gestüte, eins in Pr. Stargard und eins in Marienwerder errichtet, in denen 154 bzw. 102 Hengste aufgestellt sind. Auch in Westpreußen zeigen sich Bestrebungen, Kaltblutzucht zu treiben, doch wird in erster Linie, da Westpreußen Remonte-Provinz ist, die Zucht des edlen, warmblütigen Pferdes getrieben und gefördert. Diese Zucht hat in den letzten 2 Jahrzehnten gute Fortschritte gemacht, dank der planmäßigen Förderung durch die Landwirtschaftskammer. Diese führte aus Ungarn und besonders dem benachbarten Ostpreußen Stutfohlen ein. Abgesehen davon, daß der Import aus der erstgenannten Gegend sich weniger gut bewährte, entstanden Importhindernisse, indem Ostpreußen gutes Material durch Verteilung von Zuchtprämien im eigenen Lande behielt. Jetzt ist der Ankauf von Zuchtstuten aus den Remontedepots gestattet und machte die Landwirtschaftskammer von 1906 bis 1910 in 137 Fällen hiervon Gebrauch. Um brauchbare Nachzucht in Westpreußen zu halten, wurden Zuchtstuten und Stutfüllen prämiiert. Die Landwirtschaftskammer hat einen Pferdezuchtinstruktor angestellt, dessen Aufgabe ist, die Pferdezucht durch Beratung der Züchter, Vorträge in landwirtschaftlichen Vereinen, durch Teilnahme an den Prämiierungen zu fördern. Dieser ist Mitglied der Hufbeschlagprüfungskommission und Vorsitzender der Pferdekörkommission. Die Landwirtschaftskammer hat ferner einen Wanderhufschmied angestellt, der Landwirte und Landschmiede in der Hufpflege belehren soll. Die Prüfung der Leistungsfähigkeit der Pferde liegt in den Händen des Danziger, Graudenzer und Thorner Rennvereins, während die Züchter sich in der 1896 gegründeten westpreußischen Stutbuchgesellschaft zusammengeschlossen haben. Auch bestehen mehrere Pferdezuchtvereine bzw. Genossenschaften. Die Zahl der in Westpreußen angekauften Remonten ist leider noch gering, sie betrug 1910: 475. Dagegen erzielte auf der Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft 1906 die Westpreußische Stutbuchgesellschaft einen glänzenden Erfolg gegen stärkste Konkurrenz.

Rindviehzucht.

Die Rindviehzucht steht seit langen Jahren in Westpreußen in hoher Blüte. Es wird ein einheitlicher Schlag, die „Westpreußischen Holländer" gezüchtet. Die Landwirtschaftskammer hat seit ihrem Bestehen die Rindviehzucht durch Errichtung von Bullenstationen bei den Mitgliedern landwirtschaftlicher Vereine gefördert und damit bewirkt, daß sich auch die Viehzucht in den Kreisen des Kleingrundbesitzes vorzüglich entwickelt hat. Die Landwirtschaftskammer kauft diese Bullen von den Mitgliedern der Westpreußischen Herdbuchgesellschaft und zahlt einen Zuschuß bis zu 400 Mark pro Bulle. Doch sind die Preise für die Stationsbullen wesentlich

höher, so daß die Stationshalter Zuschüsse bis zu 600 Mark pro Bullen leisten, um gute Vatertiere zu bekommen. Diese Preissteigerung ist durch die wesentliche Verbesserung der Zuchttiere, die mit erheblichen Aufwendungen verknüpft ist, gerechtfertigt. Die Zahl der Zuchtbullen betrug am 31. März 1911 349 Stück, die einen Wert von 100250 Mark repräsentierten. Um aber die Viehzucht noch mehr zu fördern, wurden der Landwirtschaftskammer vom Ministerium wiederholt 8000 Mark zum Ankauf von Elitebullen zur Verfügung gestellt. Hierfür wurden 13 ostfriesische Bullen zum Durchschnittspreis von 3000 Mark beschafft.

Die westpreußischen Züchter traten 1889 zu der bereits erwähnten „westpreußischen Herdbuchgesellschaft" zusammen, der z. Zt. 265 Mitglieder angehören. Zehn Bände des westpreußischen Herdbuches geben Aufschluß über die erfolgreiche Tätigkeit der Gesellschaft. Sie veranstaltet jährlich in Danzig und Marienwerder Auktionen von Herdbuchtieren und beteiligte sich wiederholt mit großem Erfolge an Ausstellungen, z. B. auf den Ausstellungen der D. L. G. in Danzig, Hamburg, Berlin, Halle usw., wodurch die westpreußischen Zuchten wesentlich bekannter wurden und der Export an Zuchtvieh aus der Provinz zunahm.

Schafzucht.

Die Schafzucht war auch in Westpreußen, wie überall infolge der geringen Preise sehr zurückgegangen, doch kann jetzt ein größeres Interesse für Schafzucht festgestellt werden. Die westpreußische Schafzucht, die hauptsächlich in den Händen des Großgrundbesitzes liegt, hat eine Reihe hervorragender und bekannter Zuchten aufzuweisen, die auf den Ausstellungen der D. L. G. vorzüglich abschnitten und hervorragende Zuchttiere nach anderen Gegenden, u. a. auch nach Südamerika und Afrika lieferten. Die Landwirtschaftskammer tritt für die Beibehaltung bzw. Vermehrung der Schafhaltung ein, da die Schafe ausgezeichnete Futterverwerter sind. Die Zahl der Schafe betrug am 1. Dezember 1911 417012 Stück.

Schweinezucht.

Die Schweinezucht hat in Westpreußen sehr große Fortschritte gemacht, wie aus folgenden Ergebnissen der Viehzählung hervorgeht: 1897 = 534373 Schweine, 1902 = 732702 Stück, 1910 = 1340048 Stück und 1911 = 1480163 Stück. Die Schweinezucht und Mast liegt hauptsächlich in den Händen der kleinen Landwirte. Von entscheidender Bedeutung auf die Fortschritte in der Schweinezucht war die Errichtung zahlreicher Eberzuchtstationen bei Mitgliedern landwirtschaftlicher Vereine durch die Landwirtschaftskammer ähnlich, wie dies in der Rinderzucht geschieht. So wurden in der Zeit von 1906 bis 1910 für 39480 Mark Zuchteber angekauft. In erster Linie wird das deutsche Edelschwein gehalten, das mit dem alten Landschwein gekreuzt wurde. Aber auch andere gute Rassen haben in Westpreußen Verbreitung gefunden. Ende 1910 bestanden 289 Eberstationen des veredelten Landschweines. Die Fortschritte in der Schweinezucht wären noch viel größer, wenn nicht durch wiederholtes Öffnen der russischen Grenze einerseits die Preise stark fielen, andererseits vernichtende Seuchen ein-

geschleppt wurden. Hierdurch sahen sich leider kleine Züchter und Arbeiter zur Einschränkung bzw. Aufgabe der Zucht veranlaßt. Um die Schweinehaltung zu verbilligen und um eine gesundheitsgemäße Aufzucht und Haltung durchzuführen, wird vielfach der Weidebetrieb vom Frühjahr bis Herbst durchgeführt. Die Käsereien in der Weichsel-, Nogat- und Elbinger Niederung betreiben ebenfalls in steigendem Maße Schweinemast. In Westpreußen besteht eine Vereinigung westpreußischer Schweinezüchter.

Ziegenzucht.

Wie überall im Osten, so liegt auch in Westpreußen die Ziegenzucht in den Händen der Arbeiter und kleinen Besitzer. Dagegen wird auf dem Stadtgut Zoppot eine Zucht in größtem Maßstabe betrieben. Entsprechend der großen Bedeutung der Ziegenzucht für den kleinen Mann war die Landwirtschaftskammer seit Jahren bestrebt, die Ziegenzucht durch Errichtung von Ziegenbockstationen zu heben. Es standen ihr bis 1904 jährlich 500 Mark, später 1000 Mark zur Verfügung, die dazu verwandt wurden, um für Interessenten Böcke, event. auch Ziegen der weißen hornlosen Saanenrasse anzukaufen. Infolge der hohen Beschaffungs- und Transportkosten konnte nur eine geringe Anzahl Tiere angekauft werden, da aber jetzt der Bedarf im überwiegenden Teil in Westpreußen selbst gedeckt wird und die Ziegenhalter auch je 15 Mark zu den Anschaffungskosten hinzuzahlen, so ist es möglich mehr Anträge wie früher zu bewilligen. Trotzdem können nicht alle Wünsche befriedigt werden. Bis jetzt sind 44 Böcke und 43 Ziegen stationiert. Seit 1906 besteht eine von der Landwirtschaftskammer gegründete Westpreußische Ziegenzucht-Gesellschaft. Die Zahl der Ziegen in Westpreußen betrug nach der letzten Zählung 106175.

Geflügelzucht.

Die letzte Geflügelzählung ergab, daß der Bestand an Geflügel in Westpreußen von 1900 auf 1907 um 470210 Stück = 22,39 % gestiegen war. Der Bestand betrug 2570287 Stück. Dies zeigt uns, daß die vielseitigen Anregungen zur Förderung der Geflügelzucht auf fruchtbaren Boden fielen. Diese gingen ebenfalls wieder von Geflügelzüchtervereinen und von der Landwirtschaftskammer aus. Letztere hat einen Geflügelzuchtinstruktor angestellt, der durch Vorträge und Belehrung an Ort und Stelle das Interesse und Verständnis für rationelle Geflügelzucht zu wecken hat. Der Verbreitung zahlreicher verschiedenartiger Rassen wird dadurch entgegengearbeitet, daß nur einige wenige bestimmte Rassen auf Ausstellungen prämiiert werden und auch nur Zuchtstationen mit Zuchtgeflügel und Bruteiern der anerkannten Rassen unterstützt werden. Die ungenügende Verwertung der Geflügelprodukte wirkte hemmend auf die Geflügelzucht ein. Durch Gründung von Eierverkaufsvereinigungen und Hausfrauenvereinen, die Verkaufsstellen unterhalten, wurde der Absatz wesentlich lohnender.

Im Frühjahr 1910 wurde von der Landwirtschaftskammer die Geflügelzucht- und Lehranstalt Tomkan errichtet. Diese Anstalt hat die Aufgabe, Lehrkurse

für Geflügelinteressenten, insbesondere auch für Frauen und Volksschullehrer zu veranstalten. Letztere sind besonders in der Lage, sowohl in landwirtschaftlichen Vereinen, Genossenschaften und Fortbildungsschulen, als auch im eigenen Geflügelhofe vorbildlich zu wirken. Ferner soll die Anstalt Geflügelzucht-Geräte und -Apparate, z. B. Brutapparate prüfen und Zuchtgeflügel aufziehen. Das bisher der Anstalt entgegengebrachte Interesse und der rege Besuch läßt erwarten, daß mit dieser neuen Einrichtung ein dauernder und erfolgreicher Einfluß auf die westpreußische Geflügelzucht ausgeübt werden wird.

Nach einem 1909 erschienenen Adreßbuch bestanden in Westpreußen 29 Geflügelzuchtvereine.

Fischzucht.

Die Förderung der Fischzucht liegt in Westpreußen in den Händen des Westpreußischen Fischereivereins, der finanziell von der Landwirtschaftskammer unterstützt wird. Der Verein setzt in jedem Jahre große Fischmengen und Fischbrut aus. Von dem Geschäftsführer des Vereins werden in landwirtschaftlichen Vereinen Vorträge gehalten, auch sind Lehrkurse in der Versuchsanstalt des Vereins eingerichtet. Auf dem Gebiete der Seenbewirtschaftung ist man bestrebt, die Fischbestände durch Satzfische zu bessern, im Sommer möglichst zu schonen und im Herbst stark zu befischen. Die Pachtpreise für Seen sind im Steigen begriffen. Die Stromfischerei in der Weichsel und Nogat ist immer mehr auf die aus der See aufsteigenden Wanderfische angewiesen, bedingt durch die zunehmende Verbauung und Versandung der Buchten. Eine größere Anzahl Beamte der Strom- und Forstverwaltung sind nebenamtlich mit der Beaufsichtigung einzelner Gewässerstrecken und Seen betraut.

Bienenzucht.

Die Bienenzucht wird vornehmlich von kleinen Landwirten, Lehrern und Eisenbahnarbeitern betrieben. Die Interessenten haben sich zu einem Westpreußischen Provinzialverein für Bienenzucht vereinigt, der aus zwei Gauverbänden rechts und links der Weichsel mit 133 Einzelvereinen und 2912 Mitgliedern besteht. Durch Vorträge und Kurse sachverständiger Bienenwirte, besonders von Lehrern, vermittelt der Verein Erfahrungen und Kenntnisse in der Bienenzucht. Hierzu dient ferner noch die Vereinszeitschrift „Westpreußische Bienenzeitung". Daneben veranstaltet der Verein Ausstellungen, unterhält Honigverkaufsstellen, gibt Beihilfen zur Anschaffung von Bienengeräten und stellt Versuche mit dem Anbau von Honigpflanzen an.

Landwirtschaftliche Nebengewerbe.

Außer dem bereits besprochenen Molkereiwesen spielen zahlreiche landwirtschaftliche technische Betriebe eine große Rolle in Westpreußen, so vor allem die Brennereien, von denen 289 der landwirtschaftlichen und 49 der gewerblichen Berufsgenossenschaft angeschlossen sind. Es verwerten ca. 80 Brennereien durch

die Westpreußische Spiritus-Verwertungs-Genossenschaft in Verbindung mit der Spirituszentrale den Spiritus.

Die Anregungen, Kartoffeln durch Trocknen in ein haltbares Futter umzuwandeln, um die großen Verluste, die durch Faulen der Knollen entstehen, zu verhindern, fanden auch hier Anklang. Es waren Anlagen vorhanden:

1907	1908	1909	1910	1911	1912
9	15	19	20	34	33

Von diesen 33 Anlagen waren 21 Flocken- und 12 Schnitzel- oder Scheibenanlagen.

In der Provinz bestehen 17 Zuckerfabriken, deren großer Einfluß bereits erwähnt wurde. Die Zahl der Ziegeleien beträgt 477. Die Lage dieses Gewerbes ist je nach Absatz-, Verkehrs- und Arbeiterverhältnissen sehr wechselnd. Die Lage des Geldmarktes übt natürlich auf dieses Gewerbe einen besonders großen Einfluß aus. Die Kalksandsteinfabriken beginnen den Ziegeleien steigende Konkurrenz zu machen.

Der Umfang der landwirtschaftlichen Nebenbetriebe geht aus den Zahlen der westpreußischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft angeschlossenen Nebenbetriebe hervor:

215 Ziegeleibetriebe, 329 Torfgewinnungsbetriebe, 119 Mühlenbetriebe, 280 Brennereibetriebe, 71 Molkereibetriebe, 28 Stärkebereitungsbetriebe, 1 Brauereibetrieb, 11 Schneidemühlenbetriebe, 180 Dampfdreschmaschinenbetriebe, 68 Kies- und Sandgewinnungsbetriebe, 793 Fuhrwerksbetriebe, 32 Gärtnereibetriebe, 11 Bäckereibetriebe, 4 Kalkbrennereibetriebe, 5 Steinbruchsbetriebe, 8 Dampfpflugbetriebe, 1 Stellmachereibetrieb, 4 Holzbearbeitungsbetriebe, 1 Schmiedebetrieb, 3 Kartoffeltrocknungsanlagen, 1 Getreidehandlung, 1 Zementdachpfannenfabrikationsbetrieb, 2 Kohlenschwälereibetriebe, 1 Zementwarenfabrik, 1 Sauerkohlfabrik, 1 Blättertrocknungsanlage, 1 Grasmähmaschinenbetrieb, 1 Mineralwassergewinnungsbetrieb, zusammen 2174 Betriebe.

Der gewerblichen Berufsgenossenschaft sind angeschlossen: 348 Molkereien, 48 Käsereien, 49 Brennereien, 11 Spritfabriken, 41 Likörfabriken, 13 Essigfabriken, 3 Stärkefabriken, 9 Kartoffeltrocknereien, 2 Melassefutterfabriken. Der Ziegeleiberufsgenossenschaft gehören 202, der Holzberufsgenossenschaft 742, der Brauerei- und Mälzereiberufsgenossenschaft 89 Betriebe an. Der Müllereiberufsgenossenschaft gehören 741 Betriebe mit 1790 Vollarbeitern an; diese Betriebe verteilen sich auf 1 Häckselschneiderei, 1 Graupen- und Schälmühle, 1 Ölmühle und 738 Getreidemühlen, hiervon 342 getrieben mit Windkraft, 307 mit Wasserkraft, 49 mit Dampfkraft, 40 mit Dampf- und Wasserkraft. Der Ziegeleiberufsgenossenschaft gehören 202, der Holzberufsgenossenschaft 742 und der Brauerei- und Mälzereiberufsgenossenschaft 89 Betriebe an.

Forstwirtschaft.

Seit 1904 hat die Landwirtschaftskammer einen Forstsachverständigen angestellt; seine Aufgabe ist sowohl den Großgrundbesitz als auch den Kleingrundbesitz in allen forstlichen Angelegenheiten zu beraten. Er hat zahlreiche forstliche Gutachten

und Taxen abzugeben, Holzbestände zu bewerten, sowie Hauungs- und Bestandspläne aufzustellen. Durch die der Landwirtschaftskammer zur Verfügung stehenden Mittel für Aufforstungszwecke übt dieser einen äußerst segensreichen Einfluß auf die Anschonung großer Strecken Ödlandes aus. Die Besichtigung der betreffenden Flächen, die Besorgnng des Pflanzenmaterials und Geräte und die Anleitung in den diesbezüglichen Arbeiten lag dem Forstsachverständigen ob. Am 21. Januar 1910 wurde der Westpreußische Provinzial-Forstwirtschaftsverein gegründet, der sich die Förderung der Waldwirtschaft zur Aufgabe gemacht hat. Die staatliche Forstfläche hat sich wie folgt in Westpreußen durch Zukauf, Tausch und Zusammenlegungen vermehrt, wobei gleichzeitig die durch Verkauf usw. abgegebene Fläche berücksichtigt ist.

	Besitzstand 1867	Zugang	Flächeninhalt Mai 1911
Regierungsbezirk Danzig	43528 ha	97547 ha	141075 ha
„ Marienwerder	105406 „	183788 „	289194 „
Provinz Westpreußen	148934 ha	281335 ha	430269 ha

Bei der Zählung 1907 wurden in Westpreußen 13069 Forstbetriebe mit einer Forstfläche von 571729 ha gezählt. Die Betriebe zerfielen in 104 Staats- und Kronforsten mit 354159 ha, 58 Gemeindeforsten mit 17271 ha und 12907 Privat- und Stiftungsforsten mit 200299 ha Forstfläche.

Schlußwort.

Wir haben versucht, in dieser Abhandlung eine kurze Darstellung der Landwirtschaft zu geben, die dem Leser, der Posen und Westpreußen nicht kennt, in Verbindung mit den übrigen Kapiteln dieses Werkes ein Bild des wichtigsten aller Berufszweige geben soll. Die von uns ausgewählten Abbildungen sollen den Text erläutern und vervollständigen. Wir waren zugleich bestrebt, möglichst alle Einrichtungen, die zur Förderung der Landwirtschaft geschaffen sind, zu erwähnen, um hierdurch den Bewohnern der beiden Provinzen vielleicht hie und da einen Fingerzeig geben zu können. Die Schilderung trägt hoffentlich dazu bei, daß sich Landwirte und Angehörige anderer Berufe aus Mittel-, West- und Süddeutschland entschließen, zu versuchen, den Osten kennen zu lernen. Das Vorurteil, das vielfach gegen die ostdeutsche Landwirtschaft herrscht, dürfte hierdurch mit am besten und raschesten beseitigt werden.

Die Provinzen Posen und Westpreußen haben wie keine anderen Provinzen und Staaten in den letzten Jahrzehnten große Fortschritte gemacht, so daß der Vorsprung, den der Westen hatte, auf vielen Gebieten nicht nur eingeholt, sondern sogar noch übertroffen wurde.

Die Lage der Landwirtschaft des Ostens kann als günstig bezeichnet werden. Sie wäre noch günstiger, und es könnte noch viel mehr produziert werden, wenn nicht durch abnorme Trockenheit oder andauernde Nässe, durch Vernichtung der Winterfrüchte, durch Hagel-, Blitz- und Feuerschäden, sowie durch Überschwemmungen und Tierseuchen der Landwirtschaft erheblicher Schaden zugefügt worden wäre.

Die großen Fortschritte und den hohen Stand der Kultur haben wir in erster Linie der Arbeit der Landwirte selbst, ihrem Streben, ihrem Unternehmungsgeist und Fleiß zu verdanken. Sie sind sich bewußt, daß Stillstand Rückschritt bedeutet. Der überwiegend größte Teil der Landwirte ist nach Kräften bemüht, den Boden immer mehr zu kultivieren und ihm bei gehöriger Pflege und Düngung das abzuringen, was er nur irgend hergeben will. Den Fortschritt verdanken wir ferner der Staatsregierung und den übrigen zur Förderung der Landwirtschaft berufenen Korporationen, die unablässig bemüht sind, den ältesten und wichtigsten aller Erwerbszweige zu schützen und zu fördern. Um Fortschritte zu erreichen und um höhere Erträge im Ackerbau und der Viehzucht zu erzielen, sind höhere Aufwendungen notwendig, die wieder der Allgemeinheit zugute kommen. Insbesondere sind an dem Aufblühen der Landwirtschaft auf das lebhafteste die zahlreichen Industrien verknüpft, die Bedarfsartikel für die Landwirtschaft liefern und deren Produkte weiter verarbeiten. Auch die Interessen der Arbeiter dieser Industrien, sowie die Interessen der ländlichen Arbeiter überhaupt sind auf das engste mit den Interessen der Landwirtschaft verknüpft, wie auch der Staat durch direkte und indirekte Steuern an dem Aufschwung der Landwirtschaft teilnimmt. Dank der rastlosen Energie der Landwirte des Ostens war es möglich, die Ernährung des deutschen Volkes immer sicherer zu stellen und den Westen Deutschlands unabhängiger vom Auslande zu machen. Die Landwirte werden auch in kommenden Zeiten dieser Aufgabe in gesteigertem Maße gerecht werden können, wenn ihr, wie bisher, die Förderung aller hierzu berufenen Stellen, insbesondere der gesetzgebenden Körperschaften zuteil werden wird.

Industrie und Handel.

1. Handel und Industrie in Posen und Westpreußen.

Von Wilhelm John.

A. Handel.

Wie allerwärts, so übt der Handel auch in den Provinzen Posen und Westpreußen auf die Volkswirtschaft einen schwerwiegenden Einfluß aus. Dank dem Unternehmungsgeiste, der Rührigkeit und Tüchtigkeit eines zum Teil seit Generationen tätigen Kaufmannsstandes erfüllt er seine wichtige Aufgabe, den Warenaustausch zu vermitteln und die Güter in nutzbringender Weise zu verteilen, mit großem Geschick und Erfolg, ungeachtet mannigfacher Schwierigkeiten, die sich ihm entgegenstellen, und die teils allgemeiner Natur sind, teils in der Eigenart der östlichen Verhältnisse liegen.

Der ostmärkische Handel zerfällt in Großhandel und Kleinhandel (Detailhandel), seßhaften und Wanderhandel, Binnen- und Außenhandel, der letztere wieder in Einfuhr-, Ausfuhr- und Zwischenhandel. Dazu treten als nicht zu unterschätzende Faktoren die Hilfsgewerbe des Handels: dem Speditionsgewerbe, der Tätigkeit der Agenten, Makler usw. ist in der Ostmark eine wichtige Rolle zugewiesen.

Das Gebiet des Handels wird nicht durch die politischen Grenzen bestimmt. Die kaufmännische Tätigkeit greift weit darüber hinaus, zunächst auf die benachbarten Provinzen Ostpreußen, Pommern und Schlesien, dann aber auch auf die übrigen Teile des Vaterlandes. Jene Handelsbeziehungen lassen sich nicht fest umgrenzen, noch weniger kann man alle Richtungen verfolgen, in denen sie sich bewegen. Aber es soll der Versuch gemacht werden, wenigstens die charakteristischen Eigentümlichkeiten des östlichen Handels zu beleuchten.

Naturgemäß ist die geographische Lage der Ostmark für ihren Handel von höchster Bedeutung. Er wird einerseits durch die Ostsee, anderseits durch die russische Grenze stark beeinflußt. Seit alters findet teils über die Landgrenze, teils auf dem Seewege ein reger Güteraustausch mit dem Auslande statt, der zwar im Laufe der Zeit mancherlei Verschiebungen und Veränderungen erfahren hat, in gewissen Waren und Kaufmannsgütern aber derselbe geblieben ist bis auf den heutigen Tag.

Benutzte Quellen: Jahresberichte des Vorsteheramts der Kaufmannschaft zu Danzig, insbesondere Mitteilungen des Syndikus, Herrn Dr. Seyrmann. — Jahresberichte der Handelskammern zu Graudenz, Thorn, Posen und Bromberg. — Akten, Jahresberichte und sonstige Veröffentlichungen des Verbandes Ostdeutscher Industrieller, darunter mehrere Abhandlungen des Verfassers. — Vortrag des Geheimen Baurats Brandt-Berlin in der 10. ordentlichen Mitgliederversammlung des Verbandes Ostdeutscher Industrieller über: „Die Wasserstraßen zwischen Oder und Weichsel." — Verkehrsstatistiken der Königlichen Eisenbahndirektionen Bromberg, Danzig und Posen. — Otto Münsterberg-Danzig: „Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Ostens". Usw.

Handel und Verkehr sind in der volkswirtschaftlichen Praxis unzertrennliche Dinge. Die Verkehrsmittel ermöglichen überhaupt erst den Handel über das rein örtliche Gebiet hinaus; je besser die Verkehrswege, umso entwicklungsfähiger sind die Handelsbeziehungen. In erster Linie kommen für die Beförderung der Waren und Güter die Eisenbahnen in Betracht. Ihnen obliegt vor allem die Zufuhr und Abfuhr der tausendfältigen Gegenstände des Handels. Aber auch der im Geschäftsleben so wichtige Personenverkehr ist ihnen vorwiegend anvertraut. Zwei große internationale Eisenbahnlinien, die vielfach parallel laufen, durchschneiden die Ostmark in der Richtung von Südwesten nach Nordosten: die Linie Berlin—Schneidemühl—Dirschau—Königsberg (Pr.)—Insterburg—Eydtkuhnen und die Linie Berlin—Bentschen—Posen—Hohensalza—Thorn—Insterburg—Eydtkuhnen. Sie sind es hauptsächlich, die dem östlichen Handel die Waren aus dem Reiche zuführen und die Erzeugnisse des Ostens sowie die die Ostmark als Durchgangsgebiet berührenden Waren nach Berlin und darüber hinaus befördern. Sodann kommen als wichtige Strecken für den Handel in Betracht: die Linie Posen—Breslau, die Strecke Lissa—Krotoschin—Ostrowo—Skalmierschütz, die nach Kalisch in Rußland führt, ferner die Linien Hohensalza—Bromberg—Dirschau, Thorn—Bromberg—Schneidemühl, Thorn—Alexandrowo, Thorn—Graudenz—Marienburg (Westpr.), Illowo—Deutsch-Eylau—Marienburg, Dirschau—Danzig—Stolp—Stettin—Berlin. Selbstverständlich tragen auch die zahlreichen sonstigen Eisenbahnlinien der Ostmark, nicht zu vergessen die vielen Kleinbahnen, in mehr oder weniger hohem Maße zum Handelsverkehr bei.

Das Eisenbahnwesen in den Provinzen Posen und Westpreußen läßt noch viel zu wünschen übrig. Weite Gebiete harren auf ihre Erschließung durch Eisenbahnen. Sodann sind die Zugverbindungen mitunter recht ungünstig. Das schlimmste aber ist, daß die meisten Eisenbahnstrecken sogenannte Nebenbahnen sind, auf denen die Züge mit einer die Geduld der Reisenden oft auf die Probe stellenden Langsamkeit fahren. Hierdurch verliert der Kaufmann, der mit seiner Zeit geizen muß, manche kostbare Stunde, und es wird die Erledigung von Geschäften sehr erschwert.

Dankenswerterweise hat das östliche Eisenbahnwesen im letzten Jahrzehnt beträchtliche Fortschritte gemacht, so durch die Erbauung neuer Eisenbahnlinien, durch den Umbau von Nebenbahnen in Hauptbahnen, durch die Verlegung von zweiten Gleisen auf Strecken, die bis dahin nur eingleisig waren (auf der Strecke Dirschau—Marienburg haben wir sogar den nicht häufigen Fall, daß vier Gleise nebeneinanderlaufen) ferner durch Verbesserungen der Fahrpläne im Personenverkehr, durch Einrichtung von Eilzügen und Schnellzügen usw. und durch die Beschleunigung vieler Züge. Desgleichen hat der Güterverkehr zahlreiche Verbesserungen erfahren. Es ist daher zu hoffen, daß auch die noch bestehenden mannigfachen und berechtigten Wünsche der Handel- und Gewerbetreibenden bezüglich des Eisenbahnverkehrs mit der Zeit erfüllt werden. Gerade in der Hebung und Ausgestaltung des Verkehrswesens bietet sich der praktischen Ostmarkenpolitik ein ausgedehntes, dankbares Arbeitsfeld dar.

Die Hauptschiffahrtstraße der Provinz Westpreußen und der Ostmark überhaupt ist seit uralten Zeiten die Weichsel. Zwar ist ihre frühere Bedeutung als Verkehrsweg durch die Eisenbahnen erheblich vermindert worden; immerhin sind es aber noch gewaltige Gütermengen, die stromaufwärts und abwärts befördert werden. Leider hat die Weichselschiffahrt mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Für die Weichselregulierung hat der Preußische Staat in den letzten 70 Jahren über 90 Millionen M. ausgegeben, davon allein 47 Millionen M. in der Zeit von 1884 bis 1907. Trotzdem wollen die Klagen, die von vielen Seiten über die Mangelhaftigkeit der Wasserstraße erhoben werden, nicht verstummen. Namentlich bei niedrigem Wasserstande ergeben sich schwere Mißstände für den Schiffsverkehr und die Flößerei. Von dem insgesamt 1068 km betragenden Stromlaufe der Weichsel gehört nur der untere Lauf mit 222 km Länge zu Preußen. Durch die Strömung der Weichsel werden nun fortwährend ungeheure Sandmengen aus Rußland nach Deutschland hineingeschleppt, die sich ständig vorwärts bewegen und bewirken, daß oft in wenigen Tagen große und unpassierbare Sandbänke an Stellen sich bilden, wo vorher noch freies Fahrwasser war. Besonders unangenehm und gefährlich für die Weichselschiffahrt sind auch die vielen Steinriffe zwischen der deutsch-russischen Grenze und Warschau. Seit Jahr und Tag sind von den berufenen Stellen an unsere Staatsregierung ausführlich begründete Eingaben des Inhalts gerichtet worden, daß auf die Regulierung der russischen Weichsel hingearbeitet werden möchte. So hat das Vorsteheramt der Kaufmannschaft zu Danzig seinerzeit betont, daß es notwendig sei, den Lauf der Weichsel wenigstens von Warschau abwärts bis zur deutsch-russischen Grenze durch Beseitigung der Steinriffe derart herzustellen, daß man den Strom dort ebenso befahren könne, wie auf deutscher Seite. Die Frachten würden sich dann so verbilligen, daß große Mengen von Gütern, die heute mit der Eisenbahn nach Warschau und von Polen nach Danzig befördert werden, auf dem Wasserwege hin- und hergeschafft werden könnten. Selbstverständlich hat sich die preußische Regierung jenen Anträgen nicht verschlossen und das Menschenmögliche getan, um Rußland zu einer umfassenden Weichselregulierung zu veranlassen. Aber alle Bemühungen in dieser Richtung haben bisher keinen durchgreifenden Erfolg gezeitigt. Es muß deshalb mit Nachdruck darauf hingearbeitet werden, daß die Weichsel eine allen billigen Ansprüchen genügende Handels- und Schiffahrtsstraße wird, zum Nutzen der beiden beteiligten Staaten und nicht zum geringsten auch im Interesse der östlichen Volkswirtschaft.

Die hauptsächlichen Waren, die auf der Weichsel befördert werden, sind: Getreide, Mehl, Kleie, Zucker, Spiritus, Wein, Heringe, Salz, Petroleum und andere Öle, Kolonialwaren, Drogen, Chemikalien, Quebrachoholz, Futtermittel, Düngemittel, Kohle, Erze, Metalle und Metallwaren. Stromabwärts ziehen besonders viele Holzflöße (Traften), die aus Rußland kommen, ihre Bahn. Wie erheblich die Holzmengen sind, die auf der Weichsel verflößt werden, mag daraus hervorgehen, daß beispielsweise im Jahre 1910, und zwar von Anfang April bis Anfang November, die deutsch-russische Grenze bei Schillno 1362 Traften passierten. Sie

umfaßten: 623303 Stück Rundkiefern, 71351 Stück Rundtannen, 617337 Stück Rantkiefern, 61275 Riegelhölzer, 240207 Sleeper, 129570 Rundelsen, 7022 Rundeschen, 10950 eichene Plançons, 28537 Rundeichen, 145575 eichene Rundklötze, 97034 eichene Bahnschwellen, 1152 eichene Weichenschwellen, 537488 kieferne Bahnschwellen, endlich 24870 Stück eichene Tramway-Schwellen. Dazu kommen noch geringere Mengen von Birken, Espen, Rüstern, Weißbuchen und Linden.

Von den genannten Traften wurden allein in den Holzhafen von Brahemünde bei Bromberg 807867 laufende Meter von 4 m Tafelbreite eingeschleust, d. h. 800 laufende Meter für die Traft gerechnet, 74% der Gesamteinfuhr, während die übrigen 26% nach Thorn, Schulitz, Fordon, Graudenz, Elbing, Danzig usw. gingen. Der genannte Holzhafen an der Mündung der Brahe in die Weichsel dient hauptsächlich als Lagerstätte für die aus Rußland stammenden riesigen Holzmengen, die mit Schleppdampfern die Brahe aufwärts geschleppt werden, um entweder in einem der dortigen Sägewerke bearbeitet oder durch den Bromberger Kanal zur Netze, Warthe und Oder befördert zu werden.

Ein zweiter Holzhafen ist auf Betreiben der rührigen Handelskammer zu Thorn in der Nähe dieser Stadt erbaut und im Herbst 1909 eröffnet worden. Die nutzbare Fläche beträgt 450000 qm; für spätere Erweiterungen steht noch eine Fläche von 320000 qm zur Verfügung. Zunächst bietet der Thorner Holzhafen den Traften Schutz vor der Hochwasser- und Überwinterungsgefahr. Sodann werden den Eigentümern Notverkäufe erspart, wozu sie beim Stehen auf der freien Weichsel unter gewissen Umständen früher oft genug getrieben wurden. Ferner wird den Großhändlern durch Lagerung der Hölzer im Hafen die Möglichkeit geboten, ihre Ware zu lombardieren. Schließlich ist die Entstehung von Holzschneidemühlen am Hafen als sicher anzunehmen, was den Holzhändlern eine Erleichterung des Absatzes und eine Belebung des Thorner Handels bringen wird. Für die Errichtung derartiger Betriebe ist Gelände ganz in der Nähe des Hafens reichlich vorhanden; auch ist es möglich, das fertige Material unmittelbar entweder im Kahn oder mit der Eisenbahn zu versenden.

Doch zurück zum Holzhafen von Brahemünde. Wenn wir, die Weichsel abwärts kommend, in den Brahemünder Außenhafen eingelaufen sind, ersteigen wir mittelst einer Schleuse, die in moderner Weise mit elektrischen Betriebseinrichtungen versehen ist, den etwa 4 m höher liegenden Spiegel des fast 100 ha umfassenden Holzhafens. Mit Staunen schweift unser Blick über die gewaltige Wasserfläche, auf der Hölzer im Werte von mehreren Millionen Mark lagern, und wir freuen uns der weitgehenden Fürsorge, welche die Staatsregierung durch diese Anlage dem Handel und Verkehr zuteil werden läßt. Fahren wir dann die Brahe etwa 12 km hinauf, an zahlreichen Betrieben der Holzbearbeitung vorbei, bis Bromberg, so ersteigen wir mittelst der sogenannten Bromberger Stadtschleuse die Oberbrahe und gelangen in den von Friedrich dem Großen erbauten Bromberger Kanal.

Der Verkehr im Bromberger Kanal umfaßt vor allem die Flößerei des vorhin erwähnten russischen Holzes, während die in Schiffen beförderten Güter erheblich

zurücktreten. Auch unter diesen nimmt wieder Holz, und zwar in bearbeitetem Zustande, eine hervorragende Stelle ein. Sodann sind zu nennen landwirtschaftliche Erzeugnisse und landwirtschaftliche Bedarfsstoffe, Steine und Kaufmannsgüter, namentlich von Stettin kommend; östlich von Bromberg ist besonders die Ein- und Ausfuhr über Danzig von Belang.

Dicht bei Nakel mündet der Bromberger Kanal in die Netze; der Weg von Bromberg bis dorthin beträgt rund 26 km. Auf der Netze fahren wir bis Zantoch, wo der Fluß in die Warthe mündet. Nachdem wir eine Strecke von 69 km auf der Warthe zurückgelegt haben, gelangen wir in der Nähe von Küstrin in die Oder. Wir haben so die Verbindungsstraße zwischen Weichsel und Oder, jenes wichtige Glied im vaterländischen Wasserstraßennetz, kennen gelernt. Es ist ein mannigfach gestalteter, mit vielen Schwierigkeiten verknüpfter Weg, den die Schiffe und Flöße zurücklegen müssen, um von der Weichsel in die Oder und umgekehrt von der Oder in die Weichsel zu gelangen. Die insgesamt 292 km lange Wasserstraße ist bald frei fließender, bald kanalisierter Fluß, bald eigentlicher Kanal. Die nutzbaren Maße, besonders die der Schleusen, sind sehr verschieden. Für den durchgehenden Verkehr sind stets die kleinsten Maße, und zwar die der Schleusen bestimmend. Diese sind zum Teil so klein, daß nur sogenannte Finnowkähne, d. h. Fahrzeuge, die bei etwa 40,5 m Länge nicht mehr als 4,00 m Breite und nur höchstens 150 bis höchstens 200 t Ladefähigkeit besitzen, die Wasserstraße benutzen können. Dieser Schiffstyp läßt bei verhältnismäßig hohen Selbstkosten zu wenig Nutzen, er ist erheblich kleiner, als die auf den beiden anschließenden natürlichen Wasserstraßen, besonders auf der Oder, immer mehr in Aufnahme kommenden Fahrzeuge. Eine Beseitigung jenes Übelstandes erschien daher zugunsten der wirtschaftlichen Hebung des Ostens dringend geboten.

Nachdem frühere Regierungsvorlagen, zuletzt die vom Jahre 1901, durch die neben dem großzügigen Bau eines neuen Kanals zwischen Rhein und Elbe auch Verbesserungen an den östlichen Wasserstraßen vorgeschlagen waren, die Zustimmung des preußischen Landtages nicht gefunden hatten, kam endlich am 1. April 1905 ein Gesetz zustande, das zwar im Westen die Kanalstrecke zwischen Hannover und der Elbe und damit die durchgehende Wasserverbindung zwischen Rhein und Weichsel fallen ließ, aber die früher für die Oder—Weichsel-Straße und für die Warthe von Posen abwärts vorgesehenen Mittel, etwa 21 Millionen M., unverändert beibehielt. Nach diesem Gesetz sollen zwischen Oder und Weichsel die technischen Einrichtungen, insbesondere das der Schiffahrt dienende Profil, die Schleusen und Wehre, soweit ausgebaut werden, daß der sogenannte Oderkahn, wie er auf dem Oder—Spree-Kanal und der Oder verkehrt, der bei 55 m Länge und 8 m Breite eine Ladung von 400 t bei 1,40 m Tauchung faßt, mit dieser Tauchtiefe bis zur Weichsel und mit zeitweilig beschränkter Tiefe bis nach Posen hinauf gelangen kann.

Die wichtigste Zubringerin der von Westen nach Osten durchgehenden Wasserstraße ist die Warthe von ihrer Vereinigung mit der Netze aufwärts bis zur

russischen Grenze. Trotz ihrer erheblichen Länge von 280 km ist sie nicht als selbständige Hauptwasserstraße anzusehen, da auf ihr ein nennenswerter Verkehr über die Grenze hinaus nicht besteht. Zurzeit ist auf der ganzen Warthe zwischen der Netzemündung und der russischen Grenze ein einheitlicher, wenn auch vielfach noch scharf gewundener Flußschlauch ausgebaut, und das angestrebte Ziel, nämlich die Herstellung von mindestens 1,0 m Wassertiefe bei mittlerem Niedrigwasser, ist meistens erreicht.

Ungeachtet dieser bedeutenden Erfolge, die bis zur Stadt Posen hinauf sogar den Verkehr von größeren als finowmäßigen Fahrzeugen gestatten, vollzog sich die Entwickelung der Wartheschiffahrt lange Zeit nur langsam. Ein Durchgangsverkehr von Rußland fehlte fast gänzlich (nur etwas Floßholz überschreitet die Grenze zu Tal), und sowohl die Provinzialhauptstadt wie die kleineren Warthe-Städte (z. B. Schrimm, Birnbaum, Schwerin) konnten mangels geeigneter Umschlagseinrichtungen einen größeren örtlichen Ladeverkehr nicht entwickeln. Neuerdings ist nun der Umschlagsverkehr in Posen, dank den neugeschaffenen städtischen Kaianlagen mit Anschlußgleis, schnell gestiegen; er umfaßt jährlich etwa 200000 t, hauptsächlich landwirtschaftliche Erzeugnisse und Einfuhrgüter, besonders über Stettin. Im Durchschnitt ist der Verkehr für die ganze Warthestrecke zwischen der Netzemündung bei Zantoch und Posen zurzeit auf etwa 250000 t zu schätzen, d. i. etwa auf ein Viertel desjenigen der Oder—Weichsel-Wasserstraße.

Besondere Erschwerungen des zu Berg vorwiegend mit Schleppdampfern ausgeübten Schiffsverkehrs liegen in einigen sehr scharfen Krümmungen und engen Brückendurchfahrten. Unter letzteren ist besonders der Engpaß der sogenannten großen Festungsschleuse unmittelbar unterhalb Posens zu erwähnen. Dieses brückenartige massive Bauwerk ist im Jahre 1837 gelegentlich der Neubefestigung Posens mit nur 5,0 m weiten Lichtöffnungen angelegt worden und liefert den Beweis, wie wenig früher an eine Entwickelung der Wartheschiffahrt gedacht wurde.

Wie die Weichselschiffahrt, so wird auch der Verkehr auf der Warthe durch niedrigen Wasserstand oft sehr beeinträchtigt. So erfuhren beispielsweise im Jahre 1911, wo die Schiffahrt allgemein unter der Trockenheit des Sommers sehr litt, und wo der Wartheverkehr sogar vorübergehend in den Monaten September und Oktober völlig ins Stocken geriet, von Posen zu Tal nur 500 Kähne mit rund 90000 t Ladung, gegen 813 Kähne im Vorjahre und 780 Kähne im Jahre 1909. Im Bergverkehr kamen nach Posen nur 378 Kähne mit einer Gesamtladung von 35000 t, gegen 578 Kähne im Jahre 1910 und 550 Kähne im Jahre 1909.

Die hauptsächlichen Güter im Bergverkehr zwischen Berlin und Posen, Hamburg und Posen, Stettin und Posen sind: Schwefelkies, Futterartikel, Getreide, Heringe, Stabeisen, Schmalz, Pflastersteine, Reis, Mehl, englische Kohle und sogenannte Kaufmannsgüter. Der Verkehr von Stettin nach Posen geht mehr und mehr zurück. Im Talverkehr sind zu nennen: Rohzucker, Mehl, Stärke, Stärkemehl, Getreide, Sämereien. So wurden im Jahre 1909 beispielsweise in

der Zeit von Mitte April, wo die Schiffahrt eröffnet wurde, bis Anfang Juli etwa 800000 Ztr. Rohzucker von Posen aus verladen.

Zur Förderung der Wartheschiffahrt hat die Stadt Posen, die unter der Leitung von klugen und tatkräftigen Männern eine weitschauende Verkehrspolitik treibt, und die vor noch so großen Ausgaben nicht zurückschreckt, wenn es gilt, ihren Handel zu beleben und zu steigern, die Errichtung eines eigenen Warthehafens beschlossen. Nach dem vorliegenden Projekt wird die jetzige Warthe bei Posen oberhalb der Wallischei kupiert und dadurch ein Hafenbecken geschaffen. Was die Wartheregulierung bei Posen betrifft, so soll von der kupierten Stelle ab ein neuer Wasserlauf durch Vertiefung und Verbreiterung eines jetzigen Vorflutgrabens geschaffen werden. Ein zweiter Vorflutgraben wird soweit verbreitert, als zur Abführung des höchsten Hochwassers erforderlich ist. Dabei werden die der Schiffahrt hinderlichen Krümmungen des alten Flußbettes beseitigt.

Das Interesse der Provinz Posen und der Städte Bromberg und Posen an dem vom Staate auszuführenden Ausbau der Oder—Weichsel-Wasserstraße, dessen Kosten einschließlich der Aufwendungen für die Verbesserung der Warthe von der Mündung der Netze bis Posen 21 175000 M. betragen, betätigt sich in der Weise, daß sie für etwa ein Drittel der Baukosten die Gewährleistung einer sich allmählich auf 3% steigernden Verzinsung und einer $^1/_2$% betragenden Tilgung übernommen haben. Hiervon entfallen wiederum 60% auf die vom Ausbau der Oder—Weichsel-Straße den größten Vorteil erwartende Stadt Bromberg, der Rest mit 30% auf die Provinz und mit 10% auf die Stadt Posen. Es sind also erhebliche Opfer, welche die Körperschaften der Selbstverwaltung in der Provinz Posen für die Hebung der Schiffahrt und damit zur Förderung von Handel, Industrie und Landwirtschaft bringen.

Durch die Vergrößerung der Tragfähigkeit der Schiffsgefäße von etwa 175 t auf etwa 400 t wird ohne Zweifel eine erhebliche Herabsetzung der Schiffsfrachten eintreten. Die steigenden allgemeinen Betriebskosten der Schiffahrt belasten in höherem Maße die Kleinbetriebe als die größeren Fahrzeuge und verzehren einen erheblichen Teil des Unternehmergewinns; dazu kommt, daß für den 400 t-Kahn eine Besatzung von drei Mann ausreicht, während für das nicht die Hälfte tragende finowmäßige Fahrzeug zwei Mann erforderlich sind. Unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse darf man bei demnächstiger Verwendung von 400 t-Kähnen trotz der unvermeidlichen Abgabenerhöhung eine Frachtersparnis von 25% in sichere Aussicht stellen, also für die Strecke Bromberg—Berlin eine Ersparnis von etwa $2^1/_2$ M. für die Tonne. Hierdurch werden nicht nur manche bisher brach liegende Rohstoffe der Gewinnung und der Benutzung außerhalb ihres Gewinnungsortes erschlossen, sondern es wird vor allem das jetzt nur schmale Verkehrsgebiet der Oder—Weichsel-Straße erweitert; dem billigeren Wasserwege werden Güter zugeführt, die bisher dem Schienenwege zufielen. Die Eisenbahnverwaltung hat die ihr entgehenden Gütermengen auf jährlich 100000—250000 t geschätzt, obwohl nach ihrer Annahme die Beförderung der oberschlesischen Kohle dem Schienenwege verbleiben wird.

1. Schiffswerft in Danzig. 2. Stahlgießerei in Elbing. 3. Schiffswerft in Elbing. 4. Lokomotivfabrik in Elbing. 5. S. M. Linienschiff „Schlesien" für die Kaiserlich Deutsche Marine. 6. Post- und Passagierdampfer „Cincinnati" für die Hamburg-Amerika-Linie. 7. Torpedokreuzer „Cordoba" und „La Plata" für die argentinische Marine. 8. S. M. Linienschiff „Oldenburg" für die Kaiserlich Deutsche Marine.

Um die wichtigsten Waren des Handelsverkehrs der Ostmark im Zusammenhange aufzuzählen, so sind es zunächst landwirtschaftliche Erzeugnisse und Futtermittel. Wenn irgendwo, so bestehen in der deutschen Ostmark enge Beziehungen zwischen Handel und Landwirtschaft. Von der Kaufkraft und Kauflust der Landwirte hängt für den Handel in den östlichen Provinzen ungemein viel ab, und zwar für den Großhandel sowohl als auch für den Kleinhandel, der in zahlreichen Städten auf die Kundschaft der in der Umgegend wohnenden landwirtschaftlichen Bevölkerung in hohem Maße angewiesen ist. Daher üben Mißernten, Viehseuchen und andere Übelstände, von denen die Landwirtschaft betroffen wird, einen sehr ungünstigen Rückschlag auf den Handel aus. Die Erzeugnisse, die den Landwirten von den Kaufleuten der Ostmark abgekauft werden, um dann weiterverkauft zu werden, sind Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Stroh, Kartoffeln, Tabak usw., während an die Landwirte vornehmlich Kleie, Ölkuchen und sonstige Futtermittel, ferner künstliche Düngemittel (Chilesalpeter, schwefelsaures Ammoniak, Thomasmehl usw.), endlich Maschinen, Geräte und Apparate für die verschiedensten landwirtschaftlichen Zwecke und zahlreiche sonstige Dinge abgesetzt werden. Viele landwirtschaftliche Maschinen werden bereits in der Ostmark hergestellt, ein großer Teil wird aber aus dem Auslande, besonders aus England und Amerika bezogen. Ein bedeutender Stapelplatz für Futtermittel ist die Stadt Thorn, wo die jährliche Einfuhr von Kleie, Ölkuchen u. dergl. einen Wert von 15 bis 20 Millionen M. erreicht. Die verarbeiteten landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die im Handel der Ostmark eine große Rolle spielen, sind Mehl, Zucker, Spiritus, Stärke, Hefe und Speiseöle. Am Zuckerhandel sind zahlreiche Großkaufleute, Agenten und Speditionsgeschäfte beteiligt. Dasselbe gilt vom Holzhandel, dessen wiederholt gedacht worden ist. Die Landwirtschaft liefert noch mancherlei tierische Erzeugnisse, die entweder roh oder in verarbeitetem Zustande gehandelt werden, so Häute, Felle, Wolle, Hörner, Roßhaare. Aus den Häuten und Fellen wird Leder und aus diesem werden Schuhwaren hergestellt, die zum großen Teile wieder an die Landwirte abgesetzt werden.

Naturgemäß ist auch die Industrie eine ständige und wichtige Abnehmerin für zahlreiche Rohstoffe, soweit sie nicht durch die Fabriken von den Ursprungsstätten bezogen werden. Hierher gehören Steinkohlen, Braunkohlen, Eisen, Stahl und andere Metalle, Metallwaren, chemische Erzeugnisse usw. Anderseits werden viele Industrieerzeugnisse des Ostens von den Fabriken unmittelbar oder durch Händler und Agenten vertrieben. Die Industriellen sind so in mancher Hinsicht als Kaufleute tätig, wie ja eigentlich jeder Industrielle zugleich Kaufmann sein muß. Dem Baugewerbe liefert der Handel Ziegel, Dachpfannen, Mörtel, Zement und Zementwaren, Dachpfannen und Asphaltfabrikate. Aus Rußland, Galizien, Rumänien und Amerika wird Petroleum in riesigen Mengen bezogen; als verwandte Erzeugnisse seien noch Benzin und Naphtha erwähnt. Ungemein vielseitig ist das Gebiet der Nahrungs- und Genußmittel: außer Mehl, das bereits oben genannt wurde, Kolonialwaren der verschiedensten Art, Heringe, Konserven, Zigarren, Zigaretten, Wein, Bier, Branntwein, Liköre usw. Interessant ist, daß

die Provinz Posen früher Kirschsaft in Mengen bis zu 1 Million Liter jährlich nach Amerika ausführte. Dieser Handel hat aber infolge der hohen Zölle in den Vereinigten Staaten völlig aufgehört. Im Regierungsbezirk Bromberg ist der Salzgroßhandel von Bedeutung, was mit dem fiskalischen Steinsalzbergwerk in Hohensalza zusammenhängt. Wichtige Handelsartikel bilden endlich noch Seifen, Drogen, Konfektionswaren, Papier und Papierwaren, Haus- und Küchengeräte, sowie die mannigfachen sonstigen Gegenstände des täglichen Bedarfs.

Naturgemäß sind die großen Städte und die Verkehrsmittelpunkte die Hauptsitze des Handels, aber auch in manchen kleineren Städten der Ostmark trifft man Großkaufleute an, die weitreichende Handelsbeziehungen pflegen. Es ist unmöglich, auf die einzelnen Handelsstädte der Ostmark einzugehen, die, wenn sie auch im großen ganzen dasselbe Bild bieten, doch manche Besonderheiten aufweisen. Nur den wichtigsten Handelsplatz, die Stadt Danzig, über welche die Ein- und Ausfuhr der Ostmark zur See größtenteils ihren Weg nimmt, wollen wir etwas näher betrachten.

Danzigs Handel, der, hauptsächlich auf der Lage der Stadt an der Ostsee und an der Mündung der Weichsel beruhend, sich seit alten Zeiten bis tief nach Rußland, Galizien und Ungarn hinein erstreckte, erlitt durch die Entwickelung des Eisenbahnwesens seit der Mitte des 19. Jahrhunderts starke Beeinträchtigungen und Verschiebungen. Vor allem war für ihn der Umstand nachteilig, daß die neuen Eisenbahnlinien nicht dem Laufe der Weichsel folgten, sondern ihn sogar mehrfach kreuzten. Sehr mißlich ist, daß die große Eisenbahnlinie Berlin—Königsberg (Pr.)—Eydtkuhnen nicht über Danzig führt, daß vielmehr in Dirschau die Strecke nach Danzig abzweigt.

Es mußte daher die alte Handelsstadt, die geradezu in ihren Lebensinteressen bedroht war, sich nach besseren Verkehrswegen umsehen und die ihr ungünstige Entwickelung der Dinge wett zu machen suchen. Eine der wichtigsten Maßnahmen in dieser Richtung war die Eröffnung der Marienburg—Mlawkaer Eisenbahn im Jahre 1877, die nach Überwindung großer Schwierigkeiten und Hindernisse erbaut worden war. Dieser Linie, die als Privatbahn errichtet, im Jahre 1903 verstaatlicht wurde, ist es vor allem zuzuschreiben, daß Danzig mit Polen und dem übrigen Rußland nach wie vor einen regen Handelsverkehr unterhält.

Sodann wurde im Herbst 1903 der mit großen Kosten angelegte Kaiserhafen bei Danzig, der eine Länge von 2200 m, eine Breite von 140 bis 200 m und eine Tiefe von 8 m hat, dem Verkehr übergeben. Hierdurch wurde der Wasserweg nach Neufahrwasser um 1200 m verkürzt und neue Handels-, Lade- und Löschgelegenheiten geschaffen. Durch die Errichtung von mächtigen Kaianlagen, Kränen, Lagerhäusern u. dergl. und die Herstellung eines Eisenbahnanschlusses ist den Ansprüchen des modernen Handels in weitem Umfange Rechnung getragen.

Zurzeit wird der Hafenkanal in Danzig-Neufahrwasser, der sich als zu eng und unbequem erwiesen hat, erheblich verbreitert. Diese und andere Verkehrserleichterungen und Verbesserungen, die größtenteils der Initiative und Tatkraft

des Vorsteheramtes der Kaufmannschaft zu Danzig sowie des Danziger Magistrats ihre Entstehung verdanken, werden ohne Zweifel sehr zum Aufschwunge des Handels beitragen und vieles wieder gut machen, was durch eine die Danziger Interessen schädigende Eisenbahnpolitik früherer Zeiten gesündigt worden ist.

Es sind drei verschiedene Arten von Zufuhr- und Abfuhrwegen, deren sich der Danziger Handel bedient: der Seeweg, die Weichsel und die Eisenbahn. Danzig ist mit zahlreichen Plätzen an der deutschen Ost- und Nordseeküste sowie mit einer Reihe ausländischer Häfen durch regelmäßige Dampferlinien verbunden, so mit Stettin, Lübeck, Kiel, Flensburg, Hamburg, Bremen, Leer und Emden. Ferner mit Rotterdam und den deutschen Rheinhäfen, mit Antwerpen, Kopenhagen, Hull, Leith, Cardiff und mit Norwegen. Die Danziger Reederei besteht gegenwärtig aus 20 überseeischen Dampfern mit 19710 Registertonnen brutto, zu denen als Küstenschiffe noch 3 Segler und 4 Motorkutter hinzukommen; außerdem gehören zur Reederei noch 74 Personenschiffe, die sich auf Reeder in Danzig, Zoppot, Königsberg und Berlin verteilen.

Im Danziger Eisenbahnverkehr sei außer der Strecke Danzig—Dirschau noch die Linie Danzig—Stolp (Pomm.)—Stettin—Berlin erwähnt, ferner die wichtige Verbindung Danzig—Neufahrwasser; besonders die sogenannte Weichseluferbahn zwischen Danzig und dem Hafen von Neufahrwasser.

Auf der Weichsel fahren Danziger Flußdampfer und Kähne nach Elbing (unter Benutzung des Weichsel-Haffkanals), nach Graudenz, Bromberg (unter Benutzung der Brahe von Brahemünde aufwärts), nach Thorn und nach Rußland. Im übrigen ist über die Weichselschiffahrt schon oben berichtet worden.

Beim Danziger Handel haben wir zwischen Einfuhrhandel, Ausfuhrhandel und Speditionshandel zu unterscheiden. Die Einfuhr umfaßt hauptsächlich Güter des täglichen Verbrauchs in der Stadt und in ihrem Hinterlande, wie Kohlen, Salz, Heringe, Kaffee, Reis, Soda, Petroleum, Harz, Chemikalien, künstliche Düngemittel usw. Die erste Stelle in der Seeeinfuhr nimmt die Steinkohle ein, die vorwiegend aus Großbritannien stammt. Hierzu kommt noch westfälische Kohle, die aber nur etwa den zehnten Teil der englischen Kohle ausmacht. Etwas mehr als die Hälfte der Steinkohlenzufuhr wird in Danzig und der nächsten Umgebung verbraucht, der Rest wird nach der Provinz Westpreußen und den umliegenden Provinzen sowie nach Rußland versandt.

Sodann werden große Mengen Eisen und Stahl, Eisenbahnschienen und eiserne Schwellen, Achsen, Röhren, Säulen und sonstige Eisen- und Stahlwaren zu Schiffe nach Danzig gebracht, von denen etwa neun Zehntel aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet und ein Zehntel aus Großbritannien stammt. Diese Zufuhr begreift in großem Umfange Speditionsgut nach Rußland in sich, wie denn überhaupt in der Danziger Seeeinfuhr der Speditionshandel eine große Bedeutung hat. Erstaunliche Mengen von Heringen, etwa 300000 Tonnen (von je 150 kg) im Durchschnitt der letzten Jahre, treffen im Danziger Hafen aus Großbritannien, Holland, Schweden usw. ein. Sie werden größtenteils nach Polen und dem übrigen Rußland, nach Galizien, zur kleineren Hälfte nach der Provinz

versandt, und zwar hauptsächlich mit der Eisenbahn; jedoch geht auch eine beträchtliche Menge die Weichsel hinauf. Recht bedeutend ist die Einfuhr von Kolonialwaren, die in der Hauptsache über See von Hamburg kommen, aber auch über Bremen, London, Kopenhagen und Rotterdam. Einen hohen Ruf genießt Danzigs Weinhandel. Die fast ausschließlich auf dem Seewege eingehenden, vom Rhein und von der Mosel sowie aus Frankreich stammenden Weine werden hauptsächlich in Westpreußen, Ostpreußen, aber auch im übrigen Deutschland, sogar in großen Mengen in Polen und anderen Teilen Rußlands abgesetzt.

Danzig ist ein wichtiger Stapelplatz für Petroleum, größtenteils amerikanisches, daneben auch russisches. Im Speditionsverkehr wird viel russisches Salz befördert, das vom Schwarzen Meer stammt, ferner Rindshäute aus Südamerika für die polnischen Lederfabriken, rohes Kupfer, englisches Roheisen, Zement, Steine sowie Eisenerz, das von Schweden kommt und in Oberschlesien verhüttet wird, sodann Porzellanerde, Farbenerde, Fichtenharz, Gewürze, Zichorien usw.

In der Ausfuhr Danzigs spielen Getreide und Mühlenerzeugnisse, Holz und Zucker die Hauptrolle. Die Zufuhr von Getreide nach Danzig betrug im Jahre 1911: inländisches Getreide (Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Hülsenfrüchte und Mais, Ölsaaten usw.) 470801 t, ausländisches Getreide 128415 t, insgesamt 599270 t. Diese beträchtlichen Getreidemengen wurden früher hauptsächlich nach Polen und Südrußland und erst in zweiter Linie nach dem Inlande verfrachtet; neuerdings verschiebt sich dieses Verhältnis immer mehr zu gunsten des Inlandes. Der Anteil Danzigs an der russischen Getreideausfuhr ist namentlich infolge der günstigeren Lage Königsbergs und wegen des scharfen Wettbewerbs der russischen Ostseehäfen verhältnismäßig gering; nur bei sehr guter Ernte erhält Danzig aus Polen in nennenswertem Umfange Weizen und Roggen. Dagegen liefert die sich immer mehr entwickelnde Mühlenindustrie Polens dem Danziger Handel große Mengen von Kleie, die mit der Marienburg—Mlawkaer Bahn eintreffen. Auch aus inländischen Mühlen kommt Kleie auf den Danziger Markt, um von hier aus an die Landwirtschaft als Viehfutter verkauft zu werden. Die Seeausfuhr von Mühlenerzeugnissen erstreckt sich zum größten Teil auf Mehl, namentlich Roggenmehl; dazu kommt der Versand von Ölsaaten, Rüböl und Ölkuchen.

Im östlichen Zuckerhandel nimmt Danzig die erste Stelle ein. Der Rohzucker entstammt vornehmlich den Zuckerfabriken von Westpreußen, Ostpreußen und Posen. Auch russischer Zucker gelangt, freilich großenteils als Speditionsgut, über Danzig auf den Weltmarkt. Der inländische Rohzucker wird zum Teil in den beiden Raffinerien in Danzig und Danzig-Neufahrwasser verarbeitet, der größte Teil aber wird in unverändertem Zustande nach Großbritannien, den skandinavischen Ländern und über Rotterdam und Antwerpen nach den westdeutschen Raffinerien versandt. Aus inländischen wie aus polnischen Fabriken wird das Nebenerzeugnis des Zuckers, die Melasse, nach Danzig gebracht. Die inländische Ware wird hauptsächlich in den dortigen Melassefutterfabriken verarbeitet oder in Westdeutschland entzuckert. Die polnische Melasse dagegen wird

als Speditionsgut nach Großbritannien, Schweden, Norwegen, Holland, Belgien und Frankreich ausgeführt.

Die Bedeutung des ostdeutschen Holzhandels ist schon hervorgehoben worden. Auch die Stadt Danzig und ihre Umgebung hat daran einen hervorragenden Anteil. Die billigeren Holzsorten werden auf der Weichsel nach Danzig geflößt, während die wertvolleren Hölzer mit der Eisenbahn ankommen. Die Holzzufuhr stammt vorwiegend aus Rußland, zum Teil aus Galizien; kleinere Mengen Holz werden von Ostpreußen, und zwar auf dem Umwege über Polen, bezogen. Die Holzeinfuhr Danzigs belief sich im Durchschnitt der Jahre 1901—1910 auf ungefähr 400000 cbm, die Ausfuhr auf 343000 cbm. Etwa die Hälfte der Danziger Holzausfuhr geht nach Großbritannien; dann folgen die Niederlande, Belgien, Dänemark, die deutschen Nordseehäfen, namentlich Hamburg, das Rheingebiet, Schleswig-Holstein usw.

Einige Zahlen mögen noch den Danziger Schiffsverkehr im Jahre 1911 beleuchten. Es kamen seewärts im Danziger Hafen ein: 2043 Schiffe von zusammen 723937 t mit einer Ladung von zusammen 1039701 t. Es liefen aus: 2037 Schiffe von zusammen 688500 t mit einer Ladung von 1203795 t. Demnach betrug der gesamte Seeschiffsverkehr Danzigs im Jahre 1911: 4080 Schiffe von zusammen 1412437 t mit einer Gesamtladung von 2243490 t. Möge der Handelsverkehr der alten Gedania, die als stolzes Bollwerk des Deutschtums am Ostseestrande emporragt, sich immer reicher gestalten und entwickeln!

Ich möchte diese kurze Betrachtung des Handels in der Ostmark nicht schließen, ohne der gesetzlich berufenen Körperschaften zu gedenken, welche zur Förderung von Handel und Industrie eine sehr ersprießliche Tätigkeit entfalten. In der Provinz Posen sind es die Handelskammer für den Regierungsbezirk Posen und die Handelskammer für den Regierungsbezirk Bromberg. In der Provinz Westpreußen ist bereits das Vorsteheramt der Kaufmannschaft zu Danzig genannt worden. Seine Wirksamkeit erstreckt sich auf die Stadt Danzig und die Kreise Danziger Höhe und Danziger Niederung (mit Ausnahme des Amtsbezirks Pröbbernau). Sodann nenne ich die Handelskammer zu Thorn, umfassend die Kreise Thorn-Stadt, Thorn-Land, Culm, Briesen, Löbau und Strasburg (Westpr.), die Handelskammer zu Graudenz, umfassend die Kreise Graudenz-Stadt, Graudenz-Land, Marienwerder, Rosenberg, Stuhm, Schwetz, Tuchel, Konitz, Schlochau, Flatow und Deutsch-Krone, endlich die Handelskammer zu Elbing für die Kreise Elbing-Stadt, Elbing-Land, Marienburg, Heiligenbeil, Pr.-Holland und Mohrungen, sowie den Amtsbezirk Pröbbernau des Kreises Danziger Niederung. Der Wirkungskreis dieser Kammer greift also in die Provinz Ostpreußen über. Sechs Kreise der Provinz Westpreußen, und zwar im Regierungsbezirk Danzig, sind noch nicht in die Handelskammerorganisation einbezogen: Neustadt, Putzig, Dirschau, Karthaus, Berent und Pr.-Stargard. Es ist deshalb dringend zu wünschen, daß auch den Handel- und Gewerbetreibenden dieser Kreise bald eine amtliche Interessenvertretung gewährt wird.

Vor einigen Jahren haben die amtlichen Handelsvertretungen Posens und Westpreußens sich zu einem Verbande zusammengeschlossen, um gemeinsame Angelegen-

heiten zu erörtern, sich gegenseitig Anregungen zu geben und mit vereinten Kräften zum Besten der östlichen Volkswirtschaft zu schaffen. Ohne Zweifel wird aus dieser gemeinschaftlichen Wirksamkeit von berufenen Männern reicher Nutzen für die Ostmark hervorgehen, wie auch der neuerdings in der Provinzialhauptstadt Posen gegründete Ostdeutsche Verkehrsverband, der alle Verkehrsvereine des Ostens und zahlreiche Behörden, sowie Körperschaften des Handels und der Industrie umschließen soll, sicherlich zur Förderung von Handel und Wandel erheblich beitragen wird.

B. Industrie.

An dem geradezu beispiellosen Aufschwunge der deutschen Industrie ist die Ostmark nur in verhältnismäßig geringem Maße beteiligt. Nichtsdestoweniger weist die östliche Industrie schon zahlreiche achtunggebietende Betriebe auf, darunter eine Reihe von Großbetrieben, die den Vergleich mit den Fabriken in den eigentlichen Industriegebieten nicht zu scheuen brauchen.

Daß der Osten, genauer gesagt, der Nordosten, in seiner industriellen Entwicklung zurückgeblieben ist, hat mannigfache Gründe. In erster Linie ist der Mangel an Bodenschätzen daran schuld, vor allem an Kohle und Eisen, den beiden Hauptfaktoren der industriellen Tätigkeit. Was die Betriebe des Westens in unmittelbarer Nähe haben, das müssen wir im Osten von weither beziehen, so das Eisen aus Rheinland und Westfalen oder aus Schlesien, und die Kohle ebenfalls von dort oder aus England. Auch die übrigen hauptsächlichen Rohstoffe, deren unsere Metall- und Maschinenindustrie bedarf, z. B. Kupfer, Blei, Zinn, Zink, und die Rohstoffe vieler anderer Industriezweige müssen einen weiten Weg zu uns zurücklegen.

Ein ferneres Hemmnis für die Entwicklung der östlichen Industrie war früher die Abgeschlossenheit der Ostmark vom großen Verkehre. Allzu lange hat der Osten sich in einer gewissen Beschaulichkeit, einer Art agrarischen Stillebens gefallen. Wagemut und Unternehmungsgeist, die unerschrockenen Pfadsucher auf dem Gebiete des Erwerbslebens, wurden oft vermißt. Indes sind manche rühmliche Ausnahmen zu verzeichnen. Glücklicherweise haben wir heute im Osten manche Männer, die als Wegweiser der industriellen Entwicklung zu dienen berufen sind. Was den Mangel an Unternehmungsgeist betrifft, so muß zu seiner Entschuldigung auf die Kapitalarmut des Ostens verwiesen werden. Wie schwer es hier hält, Geld für industrielle Anlagen zu beschaffen, das hat schon mancher Unternehmer zu seinem Leid erfahren müssen.

Erhebliche Schwierigkeiten für die östliche Industrie birgt auch die Arbeiterfrage. Von vielen Seiten wird über Mangel an brauchbaren Arbeitern geklagt, namentlich in denjenigen Industriezweigen, wo eine größere Geschicklichkeit und Zuverlässigkeit verlangt wird. Überdies steckt im Arbeiter des Ostens mehr Nomadentum als im westlichen Arbeiter. Er wechselt viel häufiger die Arbeitsstätte als jener, und zwar nur aus Liebe zur Abwechslung. Hin und wieder kommt auch die Neigung zum süßen Nichtstun bei ihm zum Durchbruch, besonders

wenn er, was leider häufig der Fall, dem Alkohol ergeben ist. Auch seine Wohnung pflegt der östliche Arbeiter innerhalb desselben Ortes öfter zu verändern als der westliche Arbeiter. Da ist es denn kein Wunder, daß er, wenn er von seiner Leistungsfähigkeit überzeugt ist, sich leicht verleiten läßt, nach dem Westen mit seinen höheren Löhnen abzuwandern. Ersatz für die Abgewanderten findet der östliche Industrielle nur in den heimischen, minder tüchtigen Kräften. Diese muß er mit großer Mühe für seine Zwecke heranbilden, um später diejenigen von ihnen, die etwas Ordentliches gelernt haben, nach dem Westen abziehen zu sehen.

Ein schwerer Nachteil für die östliche Industrie liegt in der Beschränkung des Absatzgebietes. Der Bedarf der östlichen Provinzen an industriellen Erzeugnissen genügt, vorläufig wenigstens, nicht für eine Produktion großen Stiles. Die geringe Dichte der Bevölkerung, die Anspruchslosigkeit, vor allem auch die geringe Kaufkraft weiter Kreise, eine gewisse Scheu vor Neuanschaffungen und Neueinrichtungen, das sind alles Dinge, die den Verbrauch von Industrieerzeugnissen merklich abschwächen. Sodann kommt für manche Betriebe der Umstand sehr in Betracht, daß diejenigen Industriezweige, die für sie gute und ständige Abnehmer sein würden, nicht in hinreichender Zahl vorhanden sind; denn Industrie erzeugt wieder Industrie. Ein bedeutendes Absatzgebiet war früher für die östliche Industrie das benachbarte Rußland, vor allem Russisch-Polen. Seitdem sich aber hier eine rege industrielle Tätigkeit entwickelt und besonders, nachdem das Zarenreich sich einer Zollpolitik zugewandt hat, die geradezu einer Absperrung gleichkommt, nicht zum kleinsten Teil auch infolge der ungünstigen russischen Kreditverhältnisse, hat die ehedem so lebhafte Ausfuhr von industriellen Erzeugnissen unseres Ostens nach Rußland sehr nachgelassen, ja in einzelnen Industrien ganz aufgehört. Endlich hat sich lange Jahre hindurch die Rückständigkeit des Verkehrswesens recht störend bemerkbar gemacht.

Die östliche Industrie hat es also keineswegs leicht, sie muß sich doppelt anstrengen, um dem unter viel günstigeren Verhältnissen arbeitenden Wettbewerb anderer Gegenden, besonders des Westens, zu begegnen. Wir können es daher wohl verstehen, wenn es vielfach im Osten an Wagemut gebricht, und müssen umsomehr jenen Industriellen des Ostens Bewunderung und Anerkennung zollen, die, allen Schwierigkeiten trotzend, ihre Betriebe aus kleinen Anfängen zu hoher Bedeutung emporgehoben haben. Sie liefern den Beweis, daß durch Tatkraft und Ausdauer, mit technischem Wissen und kaufmännischem Geschick gepaart, auch im Osten, dem vielgeschmähten, noch manches geschaffen werden kann.

Überschauen wir die östliche Industrie in ihrer Gesamtheit, so gewahren wir, wie sie nach Maßgabe der Fabrikationsart, des beteiligten Kapitals und der als Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Betracht kommenden Personen in zwei verschiedene Gruppen zerfällt. Die erste, im allgemeinen ältere, weil aus den natürlichen Verhältnissen des Ostens entwickelte Gruppe umfaßt die Industriezweige, welche die Verwertung der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnisse zum Gegenstande haben, also vor allem die Müllerei, die Zuckerfabrikation, die Spiritusgewinnung, die Holzindustrie, die Industrie der Steine und Erden und andere

Gewerbe, die zum Teil unmittelbar oder mittelbar mit landwirtschaftlichen Betrieben zusammenhängen. Zur zweiten Gruppe dagegen gehören die selbständigen Industriezweige, namentlich die Metallindustrie, der Schiffbau, die Maschinenfabrikation, der Waggonbau, die Papierfabrikation, die chemische Industrie, Zündholzfabrikation, Lederindustrie usw.

Die Verteilung der Industrie über die Ostmark ist sehr ungleich, je nach den Gewinnungsstätten der Rohstoffe, den Verkehrsverhältnissen, der Dichte der Bevölkerung usw. Während wir in manchen Gegenden kaum einen einzigen Fabrikschornstein erblicken, treffen wir hier und da Ortschaften mit einem ziemlich ausgeprägten industriellen Charakter an. Solche Industriemittelpunkte sind in Westpreußen die Städte Danzig, Elbing, Graudenz, Thorn, in der Provinz Posen die Städte Posen, Bromberg, Lissa, Rawitsch, Schönlanke usw. Aber auch in manchen anderen Städten des Ostens herrscht ein regeres industrielles Leben, als man von vornherein vermutet.

Was die Zahl der Arbeiter betrifft, so sind die meisten Fabriken des Ostens als Kleinbetriebe oder mittlere Betriebe anzusehen. Es gibt aber im Osten auch viele Großbetriebe mit einer beträchtlichen Arbeiterzahl. In den meisten Fabriken werden nur erwachsene männliche Arbeiter beschäftigt. Die Industriezweige, in denen weibliche Arbeitskräfte in größerem Umfange verwandt werden, sind die Ziegeleien, die Betriebe der Textilindustrie, der Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe, vor allem die Anlagen der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, und hier besonders die Zigarren- und Zigarettenfabriken. Diese haben sogar zum weitaus größten Teile Arbeiterinnen.

Die Mehrzahl der Fabriken in der Ostmark stammt aus den letzten vier Jahrzehnten, besonders aus den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Wie die ostmärkische Industrie sich in dieser Zeit entwickelt hat, kann man aus der nebenstehenden Zahlentafel ersehen, welche für die einzelnen Industriegruppen die Zahl der Arbeiter in den Jahren 1882, 1895 und 1907 auf Grund der Berufszählungen jener Jahre angibt. Bei der Zusammenstellung ist die Reihenfolge der amtlichen Statistik beibehalten worden.

Für die Papier- und die Lederindustrie können die Ziffern der Berufszählung von 1882 nicht einzeln angegeben werden, da in dieser die beiden Industrien zu einer Gruppe verbunden sind. Wie unsere Übersicht deutlich bekundet, hat die Zahl der in der Industrie der Ostmark beschäftigten Personen in der Zeit von 1882 bis 1907 bei fast allen Gruppen zugenommen, zum Teil recht erheblich. Die größte Zunahme weist das Baugewerbe auf; doch können wir es, wiewohl es zahlreiche Großbetriebe umfaßt, nicht zur eigentlichen Industrie rechnen. In dieser haben also hauptsächlich die Betriebe der Steine und Erden, die Maschinenindustrie, zu welcher auch der Schiffbau gehört, die Holzindustrie und die Industrie der Nahrungs- und Genußmittel sich wesentlich vermehrt. Eine Abnahme hat nur in der Gruppe Bergbau usw. und vor allem in der Textilindustrie stattgefunden.

Wenn wir nunmehr die einzelnen Industriezweige des Ostens nach ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung betrachten, müssen wir an erster Stelle die Holz-

Die gewerblich tätigen Personen in den Gewerbebetrieben der Provinzen Posen und Westpreußen.

Gewerbegruppen		Posen	Westpreußen	Summe
Bergbau, Hütten, Salinen, Torfgräberei	1882	1238	639	1877
	1895	1166	417	1583
	1907	1381	1188	2569
Industrie der Steine und Erden	1882	7127	5685	12812
	1895	10419	7054	17473
	1907	15343	10812	26155
Metallverarbeitung	1882	6864	6847	13711
	1895	8955	8629	17584
	1907	9420	11042	20462
Industrie der Maschinen, Instrumente, Apparate	1882	4543	9101	13644
	1895	5869	11203	17072
	1907	10442	17622	28064
Chemische Industrie	1882	592	629	1221
	1895	1004	873	1877
	1907	1338	1360	2698
Industrie der Leuchtstoffe, Fette, Öle, Firnisse	1882	528	658	1186
	1895	690	685	1375
	1907	932	1131	2063
Textilindustrie	1882	1884	1768	3652
	1895	1534	1301	2835
	1907	809	1032	1841
Papierindustrie	1882	?	?	?
	1895	777	681	1458
	1907	957	1134	2091
Lederindustrie	1882	?	?	?
	1895	2222	1611	3833
	1907	2171	1610	3781
Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	1882	8508	7743	16251
	1895	11148	10539	21687
	1907	14961	15397	30358
Industrie der Nahrungs- und Genußmittel	1882	21658	14691	36349
	1895	30691	23523	54214
	1907	30690	26237	56927
Baugewerbe	1882	13122	11035	24157
	1895	24825	17926	42751
	1907	41427	31266	72693
Polygraphische Gewerbe	1882	662	725	1387
	1895	1273	1414	2687
	1907	2063	2138	4201

industrie nennen. Sie ist eine bodenständige Industrie im vollen Sinne des Wortes, d. h. in den natürlichen Verhältnissen des Ostens begründet, indem sie die umfangreichen Bestände der heimischen Forsten verwertet. Aber unsere heimischen Waldungen genügen nicht mehr dem riesig gesteigerten Bedarfe der Neuzeit. Es werden daher gewaltige Mengen Holz aus Rußland und Galizien bezogen und hauptsächlich auf der Weichsel und dem Memelstrom herangeflößt. An den östlichen Wasserstraßen, so an der Weichsel, der Memel, der Netze und Brahe und in ihrer Umgegend, z. B. in der Nähe von Bromberg, sind zahlreiche Betriebe der Holzindustrie entstanden, die größtenteils ausländisches Material verarbeiten. In der östlichen Holzindustrie sind alle Formen vom primitiven Kleinbetriebe bis zum modernen Großbetriebe vertreten. Die meisten Betriebe sind Kleinbetriebe, Sägewerke mit nur einem oder zwei Gattern und demgemäß einer geringen Arbeiterzahl. Es entspricht dies der allgemein geltenden Tatsache, daß die Sägeindustrie in Deutschland vorwiegend Kleinindustrie ist. Vielfach nutzen die Schneidemühlen eine vorhandene Wasserkraft aus, die zugleich für den Betrieb einer Getreidemühle verwandt wird. Anderseits haben wir im Osten zahlreiche Anlagen der Holzindustrie mit Hunderten von Arbeitern. Sie sind in der überwiegenden Mehrheit Sägewerke, die Bretter, Bohlen, Dielen, Balken, Stäbe, Eisenbahnschwellen, Grubenhölzer usw. herstellen. Oft sind sie mit dem Baugewerbe verbunden; häufig betreibt ihr Besitzer auch noch die Ziegel- oder Kunststeinfabrikation, um so seinen Bedarf an Baustoffen möglichst selber zu decken.

Sodann gibt es im Osten noch eine Anzahl Fabriken, die Bau- und Möbelleisten, Türen und Fenster und als Spezialität z. B. Jalousien, Bilderrahmen, Kisten, Fässer, Faßreifen, Holzwolle u. dgl. erzeugen. Ferner treffen wir in den östlichen Provinzen recht leistungsfähige Möbelfabriken und Kunsttischlereien an. Ist auch das Absatzgebiet der östlichen Holzindustrie im allgemeinen beschränkt, so versenden doch einige Fabriken ihre Waren in bedeutendem Umfange durch ganz Deutschland, ja bis ins ferne Ausland.

Unter den bodenständigen Industrien nenne ich ferner die Industrie der Nahrungs- und Genußmittel. In zahlreichen Getreidemühlen, die zum weitaus größten Teile Kleinbetriebe sind, wird das inländische und auch eine Menge ausländisches Getreide vermahlen. Die Mühlen, die über das ganze Land zerstreut sind, werden meistens durch Wind getrieben oder entlehnen ihre Betriebskraft einem der zahlreichen Bäche und Flüßchen des Ostens. Aber die Ostmark besitzt auch eine Anzahl bedeutender, modern eingerichteter Dampfmühlen, z. B. in Danzig, Pr.-Stargard, Graudenz, Marienwerder, Schönau (Kr. Schwetz), Thorn, Bromberg, Posen, Lissa i. P., Ostrowo, die ihr Rohmaterial großenteils aus dem Auslande, namentlich aus Rußland beziehen. Die Erzeugnisse dieser Mühlenbetriebe werden in den östlichen Provinzen, ferner in Pommern, Schlesien, Brandenburg und in Westdeutschland abgesetzt. Einige haben auch im Ausland ihre Abnehmer. So liefern die Posener Müller große Mengen Mehl nach den skandinavischen Ländern.

In der Industrie der Nahrungs- und Genußmittel spielen seit alters her die Bierbrauereien, Malzfabriken und Likörfabriken eine hervorragende Rolle.

Im Zusammenhange hiermit seien die zahlreichen Spiritusbrennereien erwähnt Sie verarbeiten entweder Kartoffeln oder Getreide. Die östlichen Brennereien, die Kartoffeln verarbeiten (ihre Zahl beträgt weit über 1000), sind ausschließlich landwirtschaftliche Betriebe; die wenigen Getreidebrennereien sind vorzugsweise gewerbliche Betriebe. In den Spritfabriken, deren wir ebenfalls eine Menge zählen, wird der Spiritus gereinigt, um dann in den Handel gebracht und besonders von den Likörfabriken weiterverarbeitet zu werden.

Zu hoher Blüte gelangt ist die östliche Zuckerindustrie. Gegenwärtig arbeiten in der Ostmark nicht weniger als 37 Zuckerfabriken, nämlich 20 in der Provinz Posen und 17 in Westpreußen. Hierzu kommen noch zwei Zuckerraffinerien in Danzig und Danzig-Neufahrwasser. Die Rohzuckerfabriken der Provinz Posen befinden sich in Amsee, Fraustadt, Gnesen, Görchen, Gostyn, Großendorf, Kosten, Kruschwitz, Niezychowo, Opalenitza, Pakosch, Rudtke (Nakel), Samter, Schroda, Szymborze (Montwy), Tuczno, Witaschütz (Jarotschin), Wreschen, Zduny und Znin. Die westpreußischen Zuckerfabriken sind in Altfelde, Culmsee, Dirschau, Groß-Zünder, Liessau, Marienburg, Marienwerder, Melno, Schönsee, Neuteich, Pelplin, Praust, Riesenburg, Schwetz, Sobbowitz, Tiegenhof und Unislaw. An den Zuckerfabriken sind entweder ausschließlich oder vorzugsweise die Landwirte sowohl als Rübenlieferanten wie mit Kapital beteiligt. Große Mengen von Rohzucker und raffiniertem Zucker werden teils nach dem Rheingebiete, teils nach dem Auslande, besonders nach Großbritannien, den Niederlanden, nach Amerika und den nordischen Staaten versandt. In engem Zusammenhange mit der Zuckerindustrie steht die Bonbon- und Schokoladenindustrie. Weltberühmt sind die Erzeugnisse der Thorner Honigkuchenfabriken, die nicht nur in ganz Deutschland beliebt, sondern auch in Rußland, Frankreich, England, Amerika, Afrika und sogar in China begehrt sind.

Auch die Tabakindustrie ist für die Ostmark von hohem Werte. In zahlreichen Fabriken werden Rauchtabak, Schnupftabak, Kautabak und vor allem Zigarren und Zigaretten hergestellt. Besonders sind es die Städte Elbing, Danzig, Pr.-Stargard, Graudenz, Jastrow, Neustadt (Westpr.), Bromberg, Posen und Schönlanke, in denen die Tabakindustrie blüht. Diese Industrie, in der, wie bereits erwähnt, vorwiegend weibliche Personen beschäftigt werden, verarbeitet zum Teil den in den Provinzen Ostpreußen und Westpreußen gewonnenen Tabak; den größten Teil ihres Rohstoffes bezieht sie aber aus anderen Gegenden Deutschlands, namentlich aus der Pfalz, vor allem aber aus dem Auslande, so aus Ostindien, Westindien und Amerika. Die Zigarettentabake stammen hauptsächlich aus der Türkei und aus Griechenland. Die fertigen Erzeugnisse verteilen sich auf die östlichen Provinzen und auf andere Gegenden Deutschlands. Eine große Firma, die hauptsächlich ihre Berliner Zweiggeschäfte versorgt, hat auch noch einen umfangreichen Absatz in England, der Schweiz, in Schweden, Norwegen, Rußland, Japan, Ägypten, Südafrika und Australien.

Weiter kommt in Betracht die Fabrikation von Preßhefe und von Kartoffelstärke, Stärkezucker u. dgl. In mehreren Fabriken des Ostens werden Konserven,

und zwar Fleischkonserven und Präparate aus Gemüse und Hülsenfrüchten erzeugt. Auch die Herstellung von Sirup, Apfelgelee und ähnlichen Erzeugnissen ist im Osten, wenn auch leider noch in bescheidenem Umfange, vertreten. Es wäre ernstlich zu erwägen, ob nicht die Jams- und Marmeladenfabrikation aufgenommen werden könnte. Sodann seien aus der Nahrungs- und Genußmittelindustrie noch die Zichorienfabriken und die Fabriken für Futtermittel, namentlich Melassefutter, erwähnt. Daß der Osten eine große Zahl von Meiereien, Molkereien u. dgl. aufweist, ist bei seinem vorwiegend landwirtschaftlichen Charakter selbstverständlich.

Wenden wir uns nunmehr der Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate sowie der Metallverarbeitung zu. Sie hat sich, obwohl fast alle Rohstoffe von außerhalb bezogen werden müssen, zu einer gewissen Bedeutung entwickelt. Ihre vornehmlichen Sitze sind in der eigentlichen Ostmark die Städte Danzig, Elbing, Graudenz, Thorn, Bromberg und Posen. In diesen und anderen Städten schauen wir manch erfreuliches Bild industriellen Schaffens. Zunächst nenne ich den Schiffbau, der seinen Hauptsitz in Danzig hat. An zweiter Stelle steht der Elbinger Schiffbau; Flußschiffe werden auch noch in Bromberg hergestellt. In der Entwickelung der Danziger Schiffbauindustrie lassen sich deutlich vier Perioden unterscheiden: die erste Periode ist die Zeit bis etwa 1870, in der fast ausschließlich Holzschiffbau betrieben wird; die zweite Periode umfaßt die Zeit von 1870 bis 1880, in der sich der Übergang vom Holzschiffbau zum Bau von eisernen Schiffen vollzieht; die dritte Periode reicht von 1880 bis 1892, es werden während dieser Zeit nur eiserne Schiffe gebaut; die vierte Periode, welche seit 1892 rechnet, unterscheidet sich von der vorigen durch den Bau großer Kriegsschiffe und transatlantischer Dampfer.

Den Schiffbau im deutschen Osten zur höchsten Blüte gebracht und seinen Ruf durch alle Welt verbreitet zu haben, ist das Verdienst der Firma F. Schichau in Elbing und Danzig. Da diese Firma nicht nur das weitaus größte industrielle Unternehmen in der Ostmark besitzt, sondern auch in der gesamten deutschen Industrie eine hervorragende Stelle einnimmt, sei ihrer mit einigen Worten gedacht. Im Herbst 1837 eröffnete Ferdinand Schichau, am 31. Januar 1814 in Elbing als Sohn eines Gelbgießermeisters geboren, in seiner Vaterstadt eine kleine Maschinenbauwerkstätte mit zunächst 8 Arbeitern. Das umfangreiche Programm, das der mit genialem Scharfblick und eisernem Fleiße begabte jugendliche Ingenieur sich gesetzt hatte, nämlich die Herstellung von Dampfmaschinen, eisernen Wasserrädern, Pferdegöpeln, hydraulischen Pressen, Walzwerken, Apparaten zum Abdampfen des Zuckers, sowie die Errichtung von ganzen Anlagen, als Ölmühlen, Sägemühlen, Rübenzuckerfabriken, führte er in zäher Energie durch. Infolge der Vorzüglichkeit ihrer Erzeugnisse, trotz erschwerender Umstände, entwickelte sich die Werkstätte immer mehr zu einer angesehenen Fabrik und später zu einem weltberühmten Großbetriebe.

Im Jahre 1840 baute Schichau die erste Dampfmaschine von vier Pferdekräften. Im folgenden Jahre stellte er den ersten Dampfbagger her, dem bald weitere Bagger in verschiedener Größe und Konstruktion folgten. Später wurde ihm die

Lieferung von Maschinen und Kesseln für Fahrzeuge der Kriegsmarine übertragen, die er zur größten Zufriedenheit seiner Abnehmer erledigte. Von Jahr zu Jahr wuchs die Anerkennung, deren sich namentlich die Dampfmaschinen von F. Schichau erfreuten, und immer zahlreicher liefen die Aufträge ein, insbesondere seit die aufblühende Elektrizitätsindustrie Maschinen mit einem möglichst ruhigen und gleichmäßigen Gang erforderte.

Im Juli 1855 war das erste eiserne Dampfschiff aus dem Elbinger Werke hervorgegangen. Im Jahre 1860 lieferte Schichau die erste Lokomotive ab, nachdem er diesen Fabrikationszweig aufgenommen hatte. Auch auf diesem Gebiete zeichnete sich die Firma F. Schichau durch vortreffliche Leistungen aus.

Nachdem Schichau erst mit dem Bau von Schiffsmaschinen begonnen hatte, lag es für ihn nahe, sich auch der Herstellung von eigentlichen Schiffen zuzuwenden. Damit betrat der kühn vorwärtsstrebende Mann dasjenige Feld seiner reichen Tätigkeit, auf dem ihm die herrlichsten Erfolge beschieden sein sollten. Besonders im Bau von Torpedobooten erreichte die Firma Schichau eine ungeahnte Höhe. Es würde den Rahmen dieser Darstellung weit überschreiten, wollten wir auf Einzelheiten eingehen. Heute künden die verschiedenartigsten Fahrzeuge der Reichsmarine und der deutschen Handelsflotte und zahlreiche auswärtige Kriegs- und Handelsschiffe, Dampffähren, Bagger usw. den Ruhm der Firma F. Schichau.

Die Danziger Schiffswerft der Firma Schichau wurde anfangs der neunziger Jahre errichtet. Dank den günstigen Wasserverhältnissen der Weichsel ist hier der Bau von Schiffen in den größten Maßverhältnissen und mit unbeschränktem Tiefgange ermöglicht.

Am 23. Januar 1896 segnete Ferdinand Schichau, der „Krupp des Ostens", wie ich ihn nennen möchte, das Zeitliche. Aber sein Unternehmen wird von tüchtigen Männern im Geiste des Begründers fortgeführt. Von den Erweiterungen, welche die Schichau-Werke in den letzten Jahren erfahren haben, sei nur die Stahlgießerei in Elbing erwähnt, ein mit allen technischen Hilfsmitteln der Neuzeit aufs beste ausgerüsteter Betrieb.

Heute ist die Schiffswerft von F. Schichau die größte Werft in Deutschland, die sich nicht im Besitze einer Aktiengesellschaft, sondern im Privatbesitz befindet. Der jetzige Inhaber der Firma ist der Schwiegersohn Ferdinand Schichaus, der Geheime Kommerzienrat Dr.-Ing. Karl H. Ziese, der die Schichau-Werke nach dem Tode seines Schwiegervaters übernahm. Um es noch einmal zusammenzufassen, so besteht der Riesenbetrieb von Schichau aus der Maschinenfabrik, Schiffswerft, Lokomotivfabrik und Stahlgießerei in Elbing, der Schiffswerft in Danzig und einer Reparaturwerkstätte nebst mehreren Docks in Pillau. Die Werft in Elbing hat nicht weniger als 19 Hellinge und zwei Docks, während die Danziger Werft die größten und stärksten Hellinge Deutschlands, im ganzen sieben, zählt, von denen vier für die gewaltigsten Linienschiffe bzw. transatlantischen Dampfer gebaut sind. Die Hellinge sind mit den neuesten Einrichtungen sowie elektrischen Kränen versehen und alle Werke mit den modernsten Vorkehrungen für den Großschiffbau ausgestattet. Die Anlagen der Firma Schichau bedecken einen Flächenraum von mehr als 87 ha, die Arbeiterzahl beläuft sich auf etwa 8000.

Die östliche Metallindustrie umfaßt noch eine Anzahl Großbetriebe mit vielen Hunderten von Arbeitern, darunter angesehene Maschinenfabriken und Apparatebauanstalten in Posen, Bromberg, Hohensalza, Danzig, Dirschau, Elbing, Graudenz, Thorn und an anderen Orten. Einen ausgezeichneten Ruf genießen die Fabriken landwirtschaftlicher Maschinen, die aus kleinen Anfängen zu hoher Bedeutung emporgestiegen sind. Ihre Erzeugnisse (Maschinen, Geräte und Apparate) finden in der östlichen Landwirtschaft guten Absatz. Aber es ist ihnen gelungen, ihren Kundenkreis weit über den Osten hinaus zu erweitern und einen Platz auf dem Weltmarkte zu erobern. Mehrere leistungsfähige Gießereien, besonders in Graudenz und Elbing, dürfen nicht vergessen werden. Eine Musteranlage sowohl in technischer Beziehung wie hinsichtlich ihrer Wohlfahrtseinrichtungen ist die von der Norddeutschen Wagenbauvereinigung gegen Ende des vorigen Jahrhunderts gegründete Waggonfabrik Danzig, welche Personen- und Güterwagen für die preußische Staatseisenbahnverwaltung liefert. Weiter sind zu erwähnen eine Schrauben-, Muttern- und Nietenfabrik in Schellmühl bei Danzig, Feld- und Industriebahnwerke, Kesselschmieden an mehreren Orten, eine Automobilfabrik in Elbing usw. Außer diesen in den größeren Städten oder in ihrer nächsten Umgebung befindlichen Fabriken ist eine Menge von kleinen Betrieben, die meistens mit Reparaturwerkstätten verbunden sind, über das platte Land verstreut. Ich verweise ferner auf die Fabriken von Haus- und Küchengeräten und auf die Betriebe, welche Apparate für Brauereien, Brennereien und Molkereien herstellen, auf die Werkstätten für Eisenkonstruktionen, Brückenbauanstalten, Kupferschmieden, eine Eisenbahnsignalbauanstalt u. dgl., endlich eine Anlage in Elbing, in der Bleche und Drähte aus Kupfer, Tombak, Neusilber, Bronze, Nickel und andere Gegenstände, als Spezialität Münzplättchen und Patronenhülsen hergestellt werden.

Wenn auch nach anderen Gesichtspunkten zu beurteilen, so doch in volkswirtschaftlicher und sozialpolitischer Hinsicht bedeutungsvoll sind die großen Industriebetriebe des Deutschen Reiches und des Preußischen Staates in der Stadt Danzig: die Kaiserliche Werft, die Königliche Gewehrfabrik und die Königliche Artilleriewerkstatt.

Wir kommen zur Industrie der Steine und Erden. Zunächst wollen wir die wenigen bergbaulichen Betriebe betrachten, welche die Ostmark aufweist. Bedeutende Anlagen sind die Steinsalzbergwerke bei Hohensalza in der Provinz Posen, von denen das eine fiskalisch, das andere im Privatbesitz ist. Das letztgenannte, in dem Salz und Gips gewonnen wird, ist im Sommer 1907 infolge eines Wassereinbruches aus dem benachbarten fiskalischen Schacht ersoffen. Hierdurch hat die ostdeutsche Industrie, die wiederholt von schweren Schicksalsschlägen heimgesucht wurde, abermals einen sehr empfindlichen Schaden erlitten. In dem ersoffenen Steinsalzbergwerk wird zurzeit die Solehebung auf die Menge beschränkt, die für die derselben Gesellschaft gehörige Sodafabrik in Montwy nötig ist; im übrigen ist jener Betrieb zum Erliegen gekommen. Die maßgebenden Männer verzagten jedoch nicht; sie haben mit frischem Mute von neuem begonnen und an einer anderen Stelle der Provinz Posen, nämlich bei Wapno, einen neuen Salz-

schacht angelegt. Der Posener Boden birgt auch mächtige Kalklager, unter denen der Kalkbruch Wapienno bei Bartschin hervorragt. Er setzt seine Erzeugung, die im Tagebau gewonnen wird, hauptsächlich an die Landwirtschaft und an die Zuckerfabriken ab. Große Erwartungen hat man seinerzeit an die Erschließung der umfangreichen Braunkohlenlager der Provinz Posen geknüpft. Ohne Zweifel ist ihre Mächtigkeit an manchen Stellen so stark, daß die Ausbeutung lohnend erscheint. Aber immer und immer wieder hat sich gezeigt, daß der Wasserzufluß in die angelegten Schächte eine Gefahr bedeutet, der man nur mit unsäglicher Mühe und mit ungeheurem Aufwande von Geldmitteln Herr werden kann. So muß man sich mit der Tatsache abfinden, daß jene Schwierigkeiten vorläufig kaum zu überwinden sind, und daß die Braunkohlengewinnung in der Provinz Posen so lange unlohnend sein wird, als in der benachbarten Lausitz die Braunkohle im Tagebau ohne große Mühe gefördert wird. Jedoch wollen wir die Hoffnung auf einen dereinstigen Erfolg keineswegs aufgeben; denn die Technik bietet von Tag zu Tag neue Hilfsmittel, um Schwierigkeiten und Gefahren zu bekämpfen.

An vielen Stellen der östlichen Provinzen treffen wir Ton-, Kies- und Lehmgräbereien sowie Kalkmergelwerke an. Diese letztgenannten entwickeln sich immer mehr, da sie der Landwirtschaft ein wertvolles Düngemittel liefern. Überaus zahlreich sind die Ziegeleien des Ostens, die uns großenteils als landwirtschaftliche Nebenbetriebe, aber auch vielfach als selbständige Unternehmungen begegnen; dazu kommen die Kalksandsteinfabriken, deren Zahl stets wächst. Die Ziegelindustrie, welche die verschiedensten Sorten Mauersteine und Dachpfannen herstellt, ist häufig mit dem Baugewerbe oder mit einer Holzbearbeitungsanstalt verbunden. Die meisten Ziegeleien des Ostens beschäftigen nur eine geringe Arbeiterzahl; aber es gibt auch Großbetriebe mit Hunderten von Arbeitern, insbesondere haben die langgestreckten Tonlager längs der Haffküste bis zum Samlande seit Jahrhunderten der betriebsamen Bevölkerung das Material für die Ziegelindustrie geboten, die dort namentlich in den letzten beiden Jahrzehnten einen bedeutenden Umfang gewann. Hier hat auch Kaiser Wilhelm II. als Gutsherr von Cadinen sein allezeit reges Interesse für die Industrie dadurch bekundet, daß er in der zum kaiserlichen Gute gehörigen Ziegelei einen Musterbetrieb einführte und im Anschluß an die Ziegelei im Jahre 1902 eine Majolikafabrik erstehen ließ, deren Kunsterzeugnisse die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf sich gelenkt haben.

Die keramische Industrie umfaßt u. a. noch eine große Porzellanfabrik in Kolmar i. P. Sie beschäftigt etwa 500 Arbeiter, ungefähr zur Hälfte männliche, zur Hälfte weibliche. Ihr Absatzgebiet erstreckt sich bis ins ferne Ausland. Sodann gibt es in der Ostmark eine Anzahl Betriebe, die Ofenkacheln herstellen.

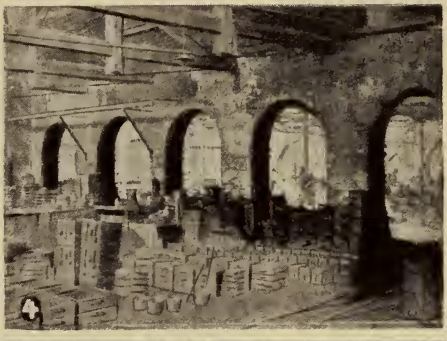
Die Glasindustrie gehört zu den ältesten Industriezweigen des Ostens. Sie ist durch mehrere Fabriken vertreten. Ursprünglich waren diese auf dem Holzbestand der Wälder begründet; heutzutage sind sie aber hinsichtlich des Brennstoffes nicht mehr auf die Wälder angewiesen. Sie erzeugen ausschließlich Gläser und Flaschen. Bisher haben sie mit dem Wettbewerb der auswärtigen, namentlich der sächsischen Fabriken schwer zu ringen.

Während in der Provinz Pommern in der Stettiner Gegend eine blühende Zementindustrie entstanden ist, zählt die eigentliche Ostmark vorläufig nur eine einzige derartige Anlage, nämlich bei Neustadt (Westpr.). Dagegen treffen wir zahlreiche Betriebe an, die Zementwaren der verschiedensten Art, wie Kanalisationsröhren, Treppenstufen, Kunststeine, Fliesen, Trottoirplatten u. dgl. herstellen. Auch der Betonbau hat in der Ostmark seinen Einzug gehalten; es gibt bereits mehrere Firmen, welche Beton- und Eisenbetonbauten als Spezialität betreiben.

Hinsichtlich der Ausnutzung der mächtigen Torflager des Ostens ist im Laufe der Jahre mancherlei unternommen worden; aber von der Gewinnung von Torfmull und Torfstreu, die vielfach recht einträglich ist, abgesehen, kann von nennenswerten Erfolgen nicht berichtet werden. Und doch stecken in den östlichen Mooren riesige Werte, die gehoben werden können und auch gehoben werden müssen. In erster Linie kommt hierbei das sogenannte Frank-Caroſche Verfahren in Betracht, wonach der trockene Torf in Generatoren vergast und das gewonnene Gas zum Antrieb von Gaskraftmaschinen und weiter zur Erzeugung von Elektrizität verwendet wird, gleichzeitig als Nebenerzeugnisse schwefelsaures Ammoniak und Teer gewonnen werden.

Die Papierindustrie, die früher im deutschen Osten viele Betriebe aufwies, ist bis auf einige wenige Fabriken zusammengeschrumpft, in denen Zeitungspapier und Rohpappen hergestellt werden. Allerdings gibt es im benachbarten Pommern mehrere große Papierfabriken. Aus den erwähnten Rohpappen werden in anderen Betrieben Dachpappen angefertigt, die zum Teil auf größere Entfernungen versandt werden. Zu erwähnen sind hier noch die Holzschleifereien, die den Holzschliff, den Rohstoff für die gewöhnlichen Papiersorten erzeugen. Der Schwerpunkt der östlichen Papierindustrie liegt außerhalb des Gebietes, mit dem wir uns beschäftigen, nämlich in Ostpreußen, wo die gegen Schluß des vorigen Jahrhunderts ins Leben gerufene Zellstoffindustrie eine die kühnsten Erwartungen übersteigende Entwicklung genommen hat. Endlich gehören zur Papierindustrie noch die Betriebe, in denen Papierwaren, wie Kartonnagen, Düten usw. hergestellt werden.

Die chemische Industrie der östlichen Provinzen zählt nur wenige Großbetriebe. In erster Linie kommen einige Fabriken in Betracht, die Schwefelsäure, Salpetersäure, Superphosphat u. dgl. erzeugen; namentlich als Lieferer von Düngemitteln für die Landwirtschaft haben sie eine hohe Bedeutung. Eine sehr bemerkenswerte Anlage ist die Sodafabrik in Montwy bei Hohensalza in der Provinz Posen. Sie verwertet die Sole des obenerwähnten Steinsalzbergwerks für die Erzeugung von kalzinierter und kaustischer Soda sowie von Kristallsoda. Ihr Absatzgebiet sind die östlichen Provinzen. In der chemischen Industrie erwähne ich noch Holzimprägnieranstalten, Fabriken für Gelatinewaren und pharmazeutische Artikel, Kohlensäurefabriken usw. In großen Mengen werden im Osten Teerprodukte, Holzzement, Karbolineum und andere vom Baugewerbe gebrauchte Dinge hergestellt. Der chemischen Industrie verwandt sind die Ölraffination, die Lack- und Firnisfabrikation und die Seifenfabrikation, die in einigen größeren und zahlreichen kleineren, zum Teil seit langen Jahren bestehenden Anlagen betrieben wird.



1. Zigarrenfabriken Loeser & Wolff, Elbing (Gesamtansicht). 2. Zigarrenfabriken Loeser & Wolff, Elbing (Arbeitssaal). 3. Herzfeld & Victorius, Mischke-Werk, Graudenz. 4. Herzfeld & Victorius (ältester Teil der Eisengießerei). 5. F. Komnick, Elbing (Kesselschmiede). 6. Maschinenfabrik und Eisengießerei C. Paulus, Posen (Montageraum). 7. Honigkuchenfabrik Gustav Weese, Thorn (Backofen). 8. Maschinenfabrik und Eisengießerei C. Paulus, Posen (Hobelei u. Fräserei).

1. Blumenkübel. Terrakotta.
2. Professor Manzel, Mädchen mit Urne. Terrakotta.
3. Vogel, Blumenkübel. Terrakotta.
4. Professor Manzel, Sitzendes Mädchen. Terrakotta.
5. Amberg, Schreibzeug, farbig glasiert.
6. Westphal, Blumenkübel, farbig glasiert.
7. Professor Manzel, Mädchen mit Krug. Terrakotta.

Ein ganz neuer Industriezweig des Ostens ist die Herstellung von Kalziumkarbid in Mühlthal bei Bromberg. Dieser Karbidfabrik ist eine Anlage angegliedert worden, in welcher nach dem Verfahren von Frank und Caro das Karbid in Kalkstickstoff verwandelt wird. Dieser ist als Ersatz für Chilesalpeter zu Düngezwecken in der Landwirtschaft bereits bestens eingeführt.

Einen Beweis für die großen Verschiebungen und Umwälzungen auf gewerblichem Gebiete, welche durch die technischen Fortschritte der Neuzeit bewirkt wurden, liefert die Textilindustrie. Ehedem gab es in Posen und Westpreußen eine blühende Tuchfabrikation, vornehmlich als Hausindustrie, welche mit ihren Erzeugnissen nicht nur den deutschen Osten versorgte, sondern sie auch in ferne Gegenden versandte. So hatte die Provinz Posen früher eine lebhafte Ausfuhr von Tuchen nach Polen und Rußland, ja bis nach Asien hin. Heute sind in der Ostmark nur noch einige kleinere Wollspinnereien, Webereien und Färbereien; dazu kommen mehrere Seildrehereien und Schiffstaufabriken. Außerdem gehört hierher eine Roßhaarspinnerei und Polstergurtefabrik in Rawitsch. Mehrere Fabriken verfertigen die hauptsächlich für die Getreide- und Zuckertransporte erforderlichen Säcke. Segeltuchwaren- und Flaggenfabriken liefern vornehmlich an die Militärverwaltung, die Marine, die Eisenbahn- und Postbehörden Zelte, Waggon- und Wagendecken und Flaggen aller Art.

Auch die Lederindustrie ist im Osten verhältnismäßig schwach vertreten, jedoch gibt es auch hier mehrere größere Betriebe, so in Bromberg, Gnesen, Danzig und Thorn. Dazu kommen einige lederverarbeitende Betriebe, namentlich Schuhfabriken in Posen, Bromberg, Preußisch-Stargard, Graudenz, Thorn und Jastrow. Auch eine große Ledertreibriemenfabrik in Elbing möge hier Erwähnung finden.

Die polygraphischen Gewerbe sind in den östlichen Provinzen recht wohl bestellt. Wir finden hier eine Anzahl sehr leistungsfähiger, zum Teil auf ein hohes Alter blickender Buchdruckereien und verschiedene Zeitungsunternehmungen großen Stiles.

Um zum Schlusse noch einige Betriebe anzuführen, die in den bisherigen Abteilungen nicht unterzubringen waren, nenne ich noch mehrere Orgelbauanstalten, Pianofortefabriken, eine Fabrik zur Herstellung von Gasglühkörpern, Zündholzfabriken, Pinselfabriken, endlich Unternehmungen für Kanalisations- und Wasserwerksanlagen, Bohrunternehmungen und Brunnenbaugeschäfte, die eine umfangreiche Tätigkeit über die östlichen Provinzen hinaus entfalten.

Soviel über die derzeitige Industrie in den östlichen Provinzen. Es war nur eine Skizze, die ich entworfen habe, eine Darstellung, die auf Vollständigkeit keinen Anspruch macht. Immerhin dürfte sie geeignet sein, zu beweisen, daß der Osten durchaus nicht so arm an Industrie ist, wie man anderwärts vielfach glaubt. Wer an der Leistungsfähigkeit unserer Ostmark auf industriellem Gebiete noch zweifelte, der wurde durch die Ostdeutsche Ausstellung Posen 1911 eines Besseren belehrt, die ein großartiges Bild von dem gewerblichen Schaffen des Ostens bot und für den östlichen Wagemut und Unternehmungsgeist ein glänzendes Zeugnis ablegte. Bei dem bisherigen Stande der östlichen

Industrie darf es jedoch nicht sein Bewenden haben; wir müssen auch im Osten vorwärts streben, vorwärts ohne Unterlaß, und die östliche Industrie zu höherer Entwickelung zu bringen suchen. Das ist eine wirtschaftliche und politische Notwendigkeit: eine wirtschaftliche, um dem unverkennbaren Niedergange des Erwerbslebens im Osten Einhalt zu gebieten, eine politische, um das Deutschtum zu stärken.

Schon im Jahre 1879 bei der Beratung des Zolltarifs im Reichstage erklärte die Regierung, daß in den östlichen Provinzen mehr Industrie geschaffen werden müsse; es sei dies eine Daseinsfrage für jene Gegenden. Seitdem hat sich immer mehr die Überzeugung Bahn gebrochen, daß die industrielle Tätigkeit in den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen und Posen gesteigert werden muß. Vor allem war es der verstorbene Oberpräsident der Provinz Westpreußen, Staatsminister D. Dr. v. Goßler, der während seiner segensreichen Wirksamkeit von 1891 bis 1902 nachdrücklich jene Idee vertrat und seine ganze Kraft für die „Industrialisierung der Ostmark" einsetzte.

Ist nun die Entwicklung der östlichen Industrie wesentlich über den jetzigen Rahmen hinaus möglich? Wenn man diese Frage aufwirft, stößt man oft genug auf ungläubiges Kopfschütteln. Und doch möchte ich allen Bedenken zum Trotz und, unbeirrt durch mancherlei Mißerfolge, diese Frage entschieden bejahen. Die Förderung der Industrie in der Ostmark kann und muß geschehen, und zwar in zwei Richtungen: einmal müssen die bereits bestehenden Industriebetriebe nach Möglichkeit gehoben werden; anderseits müssen neue Fabriken im Osten ins Leben gerufen werden, natürlich frei von allen phantastischen Auswüchsen, mit maßvollem, klugem Bedacht und nach sorgfältiger Prüfung aller im Einzelfalle in Betracht kommenden Umstände.

Die Behauptung, daß zur Entwicklung von industrieller Tätigkeit die Nähe der nötigen Rohstoffe eine unerläßliche Vorbedingung sei, ist, wie häufig man sie auch hört, sowohl unlogisch als auch durch die praktischen Verhältnisse widerlegt. In früheren Zeiten, wo das Verkehrswesen noch sehr im argen lag, war allerdings die Industrie, soweit von ihr überhaupt im heutigen Sinne die Rede sein konnte, an die Gewinnungsstätten der Rohstoffe mehr oder weniger gebunden; im Zeitalter des Verkehrs aber trifft das nicht mehr zu. Zwar spielen die Frachten bei den Herstellungskosten der Erzeugnisse eine wichtige Rolle, doch sind sie durch die modernen Verkehrsmittel in ihrer Bedeutung sehr zurückgedrängt worden. Die englische Baumwollindustrie versorgt die entferntesten Gegenden mit ihren Waren; sie hat zwar daheim die Kohle, aber nicht die Baumwolle. Die Marmeladenindustrie Schottlands bereitet ihre Erzeugnisse für den Weltmarkt aus Orangen, die nicht in England gewachsen sind, und aus Zucker, den sie vom Auslande bezieht. Die oberschlesische Eisenindustrie muß die Hälfte ihrer Erze aus dem Auslande und einen erheblichen Teil ihrer Rohstoffe für den Siemens-Martin-Prozeß aus weiter Ferne herbeischaffen. Die englische und die rheinische Eisenindustrie lassen große Mengen Erze zur Beschickung ihrer Hochöfen aus Schweden und Spanien kommen. Eine der ausgedehntesten Ausfuhrindustrien

Deutschlands, die Textilindustrie, bezieht einen sehr beträchtlichen Teil ihrer Rohstoffe aus fernen Weltgegenden. Jedenfalls ergibt sich, daß sich Industrie auch in Gegenden begründen und zu hoher Blüte bringen läßt, die nach landläufiger Meinung — und diese stützt sich häufig mehr auf bloßes Hörensagen als auf genaue Kenntnis der Dinge — von vornherein nicht für industrielle Tätigkeit bestimmt sind. Freilich ist hierbei, um es nochmals zu betonen, mit großer Vorsicht zu verfahren.

Auch in der deutschen Ostmark gibt es eine große Zahl von Fabriken, die ihre Rohstoffe entweder ausschließlich oder zum größten Teile aus anderen Gegenden, sogar aus dem fernen Ausland erhalten. Es handelt sich dabei wohlgemerkt um Betriebe, die gut oder sogar glänzend gedeihen. Allerdings würde ihr Gewinn noch bedeutender sein, wenn sie die Rohstoffe in der Nähe hätten. Jene Fabriken haben ohne Zweifel sehr mit dem Wettbewerb der günstiger gestellten Fabriken anderer Gegenden zu kämpfen, und ihre Geschäftsunkosten sind höher als anderwärts, aber sie werfen noch immer einen nennenswerten Nutzen ab und liefern schlagende Beweise dafür, daß die Nähe der Rohstoffe durchaus nicht unbedingt erforderlich ist.

Wie gesagt, kann die industrielle Tätigkeit der östlichen Provinzen *wesentlich gesteigert* werden. Es liegen hier, wie es in der Denkschrift der Staatsregierung über die Errichtung der Technischen Hochschule zu Danzig heißt, noch viele Kräfte brach, und es sind durch die natürlichen Verhältnisse Aufgaben gegeben, die bei entwickelter Unternehmungslust gelöst werden können. Man bedenke, daß nach den Untersuchungen, die Professor Holz von der Technischen Hochschule zu Aachen im Auftrage der Staatsregierung im Jahre 1910 angestellt hat, in den Flußgebieten westlich und östlich der Weichsel Wasserkräfte von nahezu 55000 Pferdestärken vorhanden sind, von denen bisher nur ein verhältnismäßig kleiner Teil ausgenutzt wird. Für die Provinz Posen hat der genannte Gelehrte eine ausbauwürdige Wasserkraftmenge von etwa 29000 Pferdestärken herausgerechnet. Ferner sei an die Braunkohlenlager in Posen und Westpreußen erinnert, an die Salz-, Kali- und Kalklager in der Provinz Posen, an die riesigen Torflager des Ostens, endlich an die reichen Holzbestände der östlichen Waldungen. Ohne Zweifel könnte z. B. die Maschinenindustrie, namentlich die Herstellung von Maschinen und Geräten für unsere Landwirtschaft, die Möbelindustrie, die Industrie der Steine und Erden und die chemische Industrie erheblich ausgedehnt werden.

Ich sagte vorhin, die Förderung der östlichen Industrie sei eine *politische Notwendigkeit*. Wie Professor Dr. Hintze von der Universität Berlin in einem Vortrage: „Die Industrialisierungspolitik Friedrichs des Großen (verglichen mit den Plänen v. Goßlers für Westpreußen)" in der sechsten ordentlichen Mitgliederversammlung des Verbandes Ostdeutscher Industrieller im Jahre 1903 betonte, kommen wir in der Polenfrage mit jener Mittelstandspolitik, die nur das Alte konservieren will, nicht vorwärts. Es muß ein größerer Stil in das ganze Wirtschaftsleben kommen. Wir müssen heraus aus der wirtschaftlichen Defensive, wir müssen selbst aggressiv vordringen, und dazu ist eben das geeignetste Mittel

eine große Industrie. Im Handwerk, in der Landwirtschaft, im Kleinhandel kann der Pole mit uns erfolgreich und sogar überlegen in Wettbewerb treten, in der großen Industrie kann er es noch nicht, und wahrscheinlich auf lange Zeit hinaus nicht. Wir müssen von unserer geschäftlichen Intelligenz, von unserm Kapital, von unserer Arbeitsenergie in den Osten werfen, soviel wir nur anderswo entbehren können, um hier einen größeren Zug, einen modernen Geist in das Wirtschaftsleben zu bringen, der uns die Ueberlegenheit über den polnischen Wettbewerb sichert. Die Industrie schafft eine wirtschaftliche Atmosphäre, in welcher der deutsche Mittelstand dem polnischen überlegen ist.

Leider herrscht an manchen Stellen eine ausgesprochene Abneigung gegen die Industrialisierung des Ostens. Insbesondere befürchtet die östliche Landwirtschaft von der weiteren Entwickelung der Industrie eine Schädigung der eigenen Interessen. Im Gegenteil würde der industrielle Aufschwung des Ostens auch den übrigen Erwerbsständen, nicht zuletzt der Landwirtschaft, zum Vorteil gereichen. Der Widerstreit der Interessen zwischen Industrie und Landwirtschaft ist häufig nur scheinbar und hält vorurteilsfreier Erwägung in den wenigsten Fällen Stand. Die beiden Gebiete Landwirtschaft und Industrie berühren sich in manchen Punkten und gehen vielfach ineinander über. Ein engerer Zusammenhang zwischen beiden besteht in erster Linie bei der Verwertung landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch die Industrie, also auf dem Gebiete der Herstellung von Nahrungsmitteln. Wie sehr an diesen Industriezweigen Kapital und Intelligenz aus den Kreisen der Landwirtschaft beteiligt sind, braucht wohl nicht ausgeführt zu werden. Eine engere Interessengemeinschaft besteht auch zwischen anderen Industriezweigen und der Landwirtschaft, so beim Bau der landwirtschaftlichen Maschinen und in der Holzindustrie, die oft Forstbestände, die brach liegen oder nur zu unlohnenden Preisen ausgebeutet werden können, mit einem Schlage wertvoll macht; sodann bei der Verwertung des Spiritus für gewerbliche Zwecke, bei der Ausbeutung der Torflager usw. Der Vorwurf, daß die Industrie der Landwirtschaft die Arbeiter entziehe, ist nur in gewissem Umfange begründet. Der unleugbare und sicher beklagenswerte Arbeitermangel, der hauptsächlich der sogenannten Sachsengängerei zuzuschreiben ist, würde wesentlich gemildert, und manche Familie dadurch der Landwirtschaft im Osten erhalten werden, wenn man einem Teile der Familienangehörigen Arbeitsgelegenheit zu guten Lohnsätzen in industriellen Betrieben und den anderen Mitgliedern die Möglichkeit bieten würde, durch häusliche Tätigkeit im Dienste der Industrie ihr Einkommen zu steigern, kurzum, wenn man ihnen die Möglichkeit der Lebenshaltung verschaffen würde, die sie im Westen suchen. Jene landflüchtigen Elemente, die sich der östlichen Industrie zuwenden, sind der Landwirtschaft unter allen Umständen verloren; sie kehren dem Lande den Rücken, ob sie im Osten oder im Westen Arbeit finden. Für sie bietet die östliche Industrie nur die ersehnte Möglichkeit, passende Arbeitsgelegenheit in der Nähe statt im Westen zu finden. Wenn sie im Osten bleiben, verzehren sie wenigstens den Arbeitsverdienst in der Heimat, während sie bisher die Volkszahl und damit den Wohlstand des Ostens durch

Auswanderung vermindern. Insbesondere aber sollte vom Standpunkte der Landwirtschaft aus erwogen werden, daß die Industrie die Kaufkraft der Gesamtbevölkerung hebt und hierdurch der Landwirtschaft den ihr vielfach fehlenden Markt unmittelbar vor der eigenen Türe schafft. Diese Anschauung ist von den berufensten Männern der Volkswirtschaft wiederholt ausgesprochen und ihre Richtigkeit durch die praktischen Erfahrungen in den industriell entwickelten Gegenden unseres Vaterlandes hinlänglich bestätigt worden. Übrigens wird sie auch von hervorragenden Vertretern der Landwirtschaft geteilt.

Wenn man in gewissen Kreisen, namentlich in denen der westlichen Industrie, nicht an die Möglichkeit glaubt, die östliche Industrie zu höherer Entwicklung zu bringen, so ist hier oft der Wunsch der Vater des Gedankens. Man befürchtet nämlich, daß sich dadurch der Absatz der westlichen Erzeugnisse nach dem Osten, der ja sehr bedeutend ist, vermindern werde. Dies würde zweifellos bei gewissen Erzeugnissen der Fall sein. Im großen ganzen würde aber die westliche Industrie durch die erhöhte Lieferung der im Osten nötigen Maschinen, Rohstoffe und Halbfabrikate eine wesentliche Steigerung ihres Absatzes erfahren.

Gewiß ist die Entwickelung der östlichen Industrie eine Aufgabe, die an das technische Können und die kaufmännische Intelligenz, an den Wagemut und Unternehmungsgeist, an die Ausdauer, nicht zum wenigsten auch an die Kapitalkraft des Ostens hohe Anforderungen stellt. Es müssen daher sämtliche beteiligten Faktoren das ihrige dazu beitragen, also die Industriellen einerseits und die Staats- und Kommunalbehörden anderseits. An die Stelle vereinzelter und nur gelegentlicher Maßnahmen muß eine planmäßige und zielbewußte Industriepolitik treten. Dieser harrt eine Fülle von Aufgaben, die alle zu erörtern, über den Rahmen dieser Darstellung hinausgehen würde. Aber die wichtigsten Mittel zur Hebung der östlichen Industrie möchte ich wenigstens kurz behandeln.

Zunächst müssen die Industriellen des Ostens selber unablässig bestrebt sein, ihre Kenntnisse in technischer, kaufmännischer und volkswirtschaftlicher Hinsicht zu mehren und ihre Betriebe nach Möglichkeit zu vervollkommnen. Sie müssen ihren Stolz darein setzen, die Abnehmer durch tadellose und pünktliche Leistungen und Lieferungen zu befriedigen. Besonders haben sie ihr Augenmerk auf die Erweiterung ihres Kundenkreises über die östlichen Provinzen hinaus zu richten. Die jeweilige Konjunktur muß geschickt ausgenutzt, überhaupt jede Gelegenheit, den Absatz zu steigern, wahrgenommen werden.

Auf die Schaffung eines leistungsfähigen Arbeiterstammes ist unter allen Umständen Bedacht zu nehmen. Eine sorgfältige Unterweisung der Arbeiter in den ihnen obliegenden Verrichtungen ist geboten. Nur so läßt sich aus dem vielfach spröden Menschenmaterial etwas Tüchtiges erzielen. Selbst auf die Gefahr hin, bittere Enttäuschungen zu erleben, dürfen die östlichen Industriellen kein Mittel unversucht lassen, um ihre Arbeiterschaft an sich zu fesseln, vor allem durch angemessene Löhne, durch gerechte Behandlung und durch Wohlfahrtseinrichtungen, so den Bau von Arbeiterwohnungen, Bekämpfung des Alkoholismus, Förderung des Sparsinnes und durch Hebung des Bildungsstandes der Arbeiter.

Ungemein wichtig ist die Sorge für einen brauchbaren Nachwuchs in der Arbeiterschaft, insbesondere durch gründliche Ausbildung von Fabriklehrlingen.

Soviel über die Pflichten, die den Industriellen selber erwachsen. Aber diese Arbeit der Industriellen allein genügt nicht, es müssen auch die staatlichen und kommunalen Behörden alles aufbieten, um der Industrie des Ostens, die mit so großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, ihre ungünstige Lage zu erleichtern. Von den staatlicherseits zu treffenden Maßnahmen nenne ich folgende: Die Verkehrsverhältnisse des Ostens, namentlich auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens, müssen unablässig verbessert werden. Auch der Ausbau der östlichen Wasserstraßen ist von hoher Wichtigkeit. Hierher gehört vor allem die Herstellung des Masurischen Kanals, mit dem inzwischen begonnen worden ist, die ebenfalls in der Ausführung begriffene Nogatregulierung, endlich die Verbesserung der Wasserstraßen in der Provinz Posen. Dringend nötig ist die Ermäßigung der Bahnfrachten für den Bezug der von der östlichen Industrie benötigten Rohstoffe, besonders der schlesischen Steinkohlen. Anderseits müssen billigere Tarife für den Versand der fertigen Erzeugnisse der Holzindustrie, der Metallindustrie, der Nahrungs- und Genußmittelindustrie und der Industrie der Steine und Erden geschaffen werden. Hierdurch würde die Erweiterung des Absatzgebietes für die östliche Industrie begünstigt.

Von außerordentlicher Bedeutung für die östliche Industrie ist ihre Berücksichtigung bei der Vergebung von öffentlichen Aufträgen. Es ist eine lebhafte Klage der östlichen Industriellen, daß soviele Leistungen und Lieferungen sowohl von staatlichen wie von kommunalen Behörden ohne weiteres nach außerhalb, namentlich nach dem Westen unseres Vaterlandes vergeben werden, während sie im Osten recht wohl ausgeführt werden könnten. Die östliche Industrie sieht gleich den übrigen Erwerbsständen dauernd Arbeitskräfte, die sie vorher ausgebildet hat, in den besten und leistungsfähigsten Jahren nach dem Westen abziehen, während ihr die Lasten der Erhaltung der minder leistungsfähigen Jahresklassen zufallen. Schon allein in diesem Umstande liegt eine so erhebliche Benachteiligung des Ostens gegenüber dem Westen, daß eine Begünstigung der östlichen Industrie bei der Erteilung von staatlichen Aufträgen als ein Akt der ausgleichenden Gerechtigkeit anzusehen sein dürfte.

Das technische Unterrichtswesen, das ja erfreulicherweise in den letzten Jahren durch die Errichtung der Technischen Hochschule zu Danzig, der Königlichen höheren Maschinenbauschule in Posen und der Königlichen Maschinenbauschule in Graudenz wesentlich gefördert worden ist, muß immer mehr ausgestaltet werden. Die Bedeutung der genannten Schulen in Posen und Graudenz würde sehr gesteigert werden, wenn aus öffentlichen Mitteln eine Anzahl Stipendien für unbemittelte Schüler geschaffen würden. Besonders aber erscheinen derartige Zuwendungen aus dem Kreise der Industriellen angebracht. Auch dürfte es sich beispielsweise empfehlen, daß die Fabriken solchen befähigten und strebsamen Angestellten und Arbeitern, welche jene Schulen besuchen wollen, eine angemessene Beihilfe zu ihrem Unterhalt gewähren.

Den Industriellen und Kaufleuten des Ostens ist ausgiebige Gelegenheit zur Erweiterung und Vertiefung ihres Wissens zu geben, vor allem durch die Einrichtung von Hochschulkursen. Für das Fortbildungsschulwesen muß noch viel getan werden, namentlich seitens der Stadtverwaltungen. Nach Ansicht der industriellen Kreise sind im Interesse der Lehrlingsausbildung durchgreifende Änderungen des Fortbildungsschulunterrichts geboten. Namentlich ist die Abhaltung des Fortbildungsschulunterrichts in den Abendstunden den Lehrlingen wenig förderlich, da diese meistens von der Tagesarbeit ermüdet und angestrengter Aufmerksamkeit nicht mehr fähig sind. Allerdings müssen auch die Industriellen ihrerseits dem Fortbildungsunterricht ein größeres Interesse entgegenbringen, als es heute geschieht.

Sehr wichtig erscheint eine sachgemäße Beratung der kleineren Industriellen des Ostens. Es steht fest, daß manche industrielle Betriebe sich nicht in wünschenswerter Weise entwickeln, weil ihre Inhaber, obgleich an und für sich fleißige und strebsame Leute, doch der nötigen technischen und kaufmännischen Kenntnisse ermangeln. Dies liegt vielfach daran, daß jene Betriebe sich aus rein handwerksmäßigen zu industriellen entwickelt haben, ohne daß die Besitzer oder Betriebsleiter entsprechend den höheren technischen und sonstigen Anforderungen der heutigen Zeit fortgeschritten sind. Deshalb bedarf es einer planmäßigen, wohlorganisierten Einwirkung auf die kleineren und mittleren Gewerbetreibenden, einer Belehrung und Anleitung im großen und ganzen wie im einzelnen.

Sodann erscheint der Wunsch gewiß angebracht, daß die Behörden den berechtigten Ansprüchen der östlichen Industrie nach bester Möglichkeit Rechnung tragen und in dieser Beziehung dem klassischen Vorbilde nacheifern möchten, das der große Preußenkönig in seiner Industrialisierungspolitik gegeben hat. Guter Wille und rechtes Verständnis für das, was nottut, vor allem warmes Interesse für den östlichen Gewerbfleiß, werden in vielen Fällen Rat und Hilfe wissen, wo kühle Korrektheit der behördlichen Organe versagt. Es darf den Behörden nicht als etwas Ungeheuerliches erscheinen, wenn zugunsten unseres in so schwieriger Lage befindlichen, aber nichtsdestoweniger um den Staat hochverdienten Ostens Ausnahmen von der althergebrachten Regel gemacht werden.

Soviel über die Mittel, die dazu dienen können, die östliche Industrie zu entwickeln. Es werden unter Umständen noch manche andere Maßnahmen am Platze sein. Um aber die Notwendigkeit jener Industriepolitik immer aufs neue zu betonen und die Möglichkeit ihrer praktischen Betätigung zu erhöhen, ist ein geschlossenes, einmütiges Zusammengehen sämtlicher Industriellen des Ostens notwendig, wie es vom Verband Ostdeutscher Industrieller angestrebt wird. Dieser Verband, der im Jahre 1898 auf Anregung des Herrn Oberpräsidenten v. Goßler in Danzig begründet worden ist, hat auf den verschiedensten Gebieten der Gewerbepolitik, der Handelspolitik, der Sozialpolitik, des Verkehrswesens, des Zoll- und Steuerwesens, des technischen Unterrichtswesens usw. eine ersprießliche Tätigkeit entfaltet. Den Behörden hat er durch zahlreiche gutachtliche Äußerungen Material für Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung geliefert, seinen Mitgliedern hat er durch mannigfache Auskünfte und Ratschläge, vor allem aber

durch seine Vermittelung im Verkehre mit den Behörden sehr schätzenswerte Dienste geleistet. Den Bemühungen des Verbandes Ostdeutscher Industrieller sind viele Fortschritte auf dem Gebiete des östlichen Wirtschaftslebens während der letzten Jahre zu verdanken, und seiner Tätigkeit wird sowohl seitens der Verbandsmitglieder als auch von den Behörden stets wachsende Anerkennung gezollt.

So ist zu hoffen, daß die Industrie in unserer Ostmark einen immer höheren Aufschwung nehmen und den Wohlstand der Bevölkerung mehren und kräftigen wird, wofern es ihr nicht an den richtigen Männern gebricht, die technisches und kaufmännisches Wissen mit Tatkraft, Zähigkeit und Ausdauer vereinigen. Die rechten Männer waren es, die aus Wüsteneien fruchtbares Ackerland geschaffen, sie waren es auch, die mächtige und blühende Industriebetriebe sozusagen aus der Erde gestampft haben, anfangs verspottet und verlacht, später geehrt und bewundert. Vor allem richtet sich der Blick des Ostens auf die Männer der Technik, die Ingenieure. Betonte doch Se. Majestät der Kaiser in seiner Weiherede bei der Eröffnung der Technischen Hochschule zu Danzig am 6. Oktober 1904: „Mögen immer die Ostprovinzen nach Lage und Naturverhältnissen für eine industrielle Entwickelung weniger günstige Bedingungen darbieten als andere Landesteile, das technische Wissen verleiht ja gerade vielfach die Macht, zu ergänzen, was die Natur versagt."

2. Das Berg- und Hüttenwesen des oberschlesischen Industriebezirks.

Von Paul Geisenheimer.

Als Friedrich der Große Schlesien für die Preußische Krone gewann, da war zweifellos Oberschlesien der armseligste und wertloseste Teil des neu erworbenen Besitzes. Zwischen endlosen Kiefernwäldern lagen wenige dünn bevölkerte Ortschaften, deren Bewohner kaum das Notwendigste zur Fristung ihres Lebens besaßen; Hungertyphus und andere Epidemien erloschen unter ihnen niemals. Über die Verwahrlosung des Landes geben Schilderungen aus jener Zeit ein anschauliches Bild. Welchen Eindruck Oberschlesien noch einige Jahrzehnte später machte, ersieht man aus dem nachmals oft zitierten Vers, den Goethe in das Fremdenbuch der Knappschaft zu Tarnowitz schrieb, als er im Jahre 1790 Oberschlesien besuchte:

„Fern von gebildeten Menschen, am Ende des Reiches, wer hilft Euch
Schätze finden und sie glücklich zu bringen ans Licht? —
Nur Verstand und Redlichkeit helfen; es führen die beiden
Schlüssel zu jeglichem Schatz, welchen die Erde bewahrt."

Wie völlig und durchgreifend haben sich seitdem die Verhältnisse geändert! Heute wird Oberschlesien von einer großen Zahl eng aneinander gereihter blühender Landgemeinden und Städte bedeckt, in denen eine dichte Bevölkerung reich-

lichen Lebensunterhalt findet. Überall begegnet man fruchtbarer Arbeit. Dieses Wunder, aus einer öden Wildnis eine Musterstätte deutscher Kultur geworden zu sein, verdankt Oberschlesien einzig und allein seinen Bodenschätzen und seiner Montanindustrie. Welche Bedeutung diese Industrie besitzt, ersieht man daraus, daß in ihr Kapitalien von mindestens 2 Milliarden Mark investiert sind. Die Jahresproduktion der verschiedenen Werke dürfte einen Wert von 500—600 Millionen Mark aufweisen. In den oberschlesischen Berg- und Hüttenwerken sind etwa 200 000 Arbeiter beschäftigt. Mit dem Ergehen dieser Industrie ist das Wohl und Wehe einer Bevölkerung von etwa einer Million Seelen eng verknüpft. Auf ihr in der Hauptsache beruht die weitere kulturelle Entwickelung, insbesondere auch die Deutscherhaltung des Landes.

An mineralischen Stoffen sind in Oberschlesien vorhanden: Steinkohlen, Zink-, Blei- und Eisenerze. Das oberschlesische Steinkohlenbecken gehört zu den flözreichsten der Erde, auch sein Zinkerzvorkommen ist gewaltig. Den mineralischen Vorkommen entsprechend finden sich ferner in Oberschlesien Eisenhütten, Zink- und Bleihütten, Koks- und Brikettanstalten. Hieran schließen sich andere industrielle Unternehmungen, die zwar nicht der eigentlichen Montanindustrie zugezählt werden können, aber doch eng mit ihr verbunden sind; es gehören hierher chemische Fabriken, Schwefelsäureanstalten, Steinbrüche, Kalkbrennereien, Ziegeleien, Schneidemühlen und andere Betriebe, die ihrerseits wieder Tausenden von Arbeitern Lohn und Brot gewähren.

Geographisches und Geologisches.

Der oberschlesische Industriebezirk umfaßt die Landkreise Beuthen, Kattowitz und Zabrze, ferner Teile der Landkreise Tarnowitz, Pleß, Rybnik und Ratibor, sowie die kreisfreien Städte Beuthen, Kattowitz, Königshütte und Gleiwitz.

In geographischer Hinsicht stellt der oberschlesische Industriebezirk eine Hochebene dar, die nur von einzelnen flachen Höhenzügen unterbrochen und von wenigen unbedeutenden Wasserläufen durchschnitten wird.

Diese Hochebene wird in der Hauptsache gebildet von den Schichten des Steinkohlengebirges, über welche sich nach Norden zu diejenigen der Trias und des Jura auflagern. Im Süden wird das Steinkohlengebirge von tertiären Schichten bedeckt. Die Bedeutung Oberschlesiens gründet sich in der Hauptsache auf das flözführende Steinkohlengebirge. Dieses mag sich etwa über einen Flächenraum von 5000—6000 qkm erstrecken. Geographisch ist sein Vorkommen nicht auf das Gebiet von Preußisch-Oberschlesien beschränkt. Es greift vielmehr nach Mähren, Österreich-Schlesien, Galizien und Russisch-Polen über. Bei weitem der größte Teil, etwa 3025 qkm oder 53 v. H. entfallen auf Preußen, 2225 qkm oder 39 v. H. auf Österreich und etwa 440 qkm oder 8 v. H. auf Rußland. Durch den Bergbau ist bisher nur ein kleiner Teil dieses großen Flächenraumes, etwa 800 qkm, erschlossen worden.

Die Grenzen des flözführenden Gebietes stehen nur im Westen und Osten fest. Als Westgrenze bezeichnet man gewöhnlich eine Linie, welche die Stadt Tost in

Oberschlesien mit dem Städtchen Königsberg in Österreich-Schlesien verbindet; die Grenze wird hier durch das Auftreten untercarbonischer Grauwackengesteine bezeichnet. Nach Norden senkt sich das Steinkohlengebirge unter die erwähnten jüngeren Formationen ein; wie weit es sich hier erstreckt ist noch unbekannt. Als nördlichen Rand pflegt man meist eine Linie anzugeben, die nördlich der Stadt Tarnowitz von Westen nach Osten verläuft.

Am zuverlässigsten ist die Grenze im Osten bekannt, wo sie durch die in Russisch-Polen und Galizien auftretenden devonischen Gesteine gebildet wird. Wie weit sich dagegen das Karbon nach Süden hinzieht, ist noch völlig unbestimmt, da es hier durch jüngere Schichten von großer Mächtigkeit bedeckt wird.

Über den Aufbau des Steinkohlengebirges, die Gliederung seiner Schichten und seinen Kohlenreichtum haben neuere Tiefbohrungen zahlreiche Aufschlüsse geliefert. Besonders interessant sind die Bohrlöcher bei Czuchow und Paruschowitz, welche bis zu Tiefen von 2239,72 m und 2003,34 m niedergebracht wurden und die tiefsten Bohrlöcher der Welt darstellen.

Oberschlesien wird besonders charakterisiert durch die Menge und die Mächtigkeit der übereinander auftretenden Steinkohlenflöze, wie sie nach den bisherigen Erfahrungen der Geologie und des Bergbaus sonst nirgends auf der Welt vorkommen. Die gewaltige Ausdehnung des Steinkohlengebirges in vertikaler Richtung wird dadurch besonders bedeutsam, daß in ihr nirgends bauwürdige Flöze fehlen. Insgesamt werden für das westliche Oberschlesien 120—130 abbauwürdige Flöze mit einer Kohlenmächtigkeit von über 170 m angenommen.

Den Kohlenreichtum des preußischen Beckenanteils schätzt man auf Grund der bekannten Aufschlüsse bis 1000 m Tiefe auf ungefähr 58 Milliarden Tonnen. Selbst wenn die Kohlenförderung Oberschlesiens im Laufe der Jahre künftig auf das zwei- bis dreifache ihrer heutigen Menge gesteigert wird, dürfte dieser Kohlenschatz für ungefähr 800 Jahre ausreichen. In einer Tiefe von 1000 m baut zurzeit allerdings noch keine oberschlesische Grube, doch steht es nach den in anderen Bergbaurevieren erreichten Tiefen außer Frage, daß auch der oberschlesische Bergbau in Zukunft die 1000 m-Sohle überschreiten und sich sogar in Teufen von 1500—2000 m wagen wird. Dehnt man die Schätzung des Kohleninhaltes zu dieser, also bis 2000 m Tiefe, aus, so erhält man einen Kohlenvorrat von 80—90 Milliarden Tonnen. Man gelangt alsdann zu einer ein Jahrtausend erheblich übersteigenden Abbaudauer.

Die wichtigste Schichtengruppe des oberschlesischen Karbons ist die Sattelflözgruppe. Sie ist ausgezeichnet durch verschiedene Flöze von einzig dastehender Mächtigkeit, die sich auf weite Entfernungen hin verfolgen lassen. Im Durchschnitt beträgt die Mächtigkeit der einzelnen Sattelflöze 4—6 m; doch steigt sie in einzelnen Fällen auf 12 m und darüber. Nach Osten zu vereinigen sich die Sattelflöze zu zwei, stellenweise zu einem einzigen Flöz, welches in Russisch-Polen eine Mächtigkeit bis zu 20 m aufweist. Die Sattelflöze sind infolge ihres Kohlenreichtums überall in erster Linie das Ziel des Bergmanns; ihr Vorhandensein und ihr Verhalten ist bestimmend für den Wert eines Bergwerkes. Zuerst wurden

die Sattelflöze aufgeschlossen auf dem sogenannten Gleiwitz-Myslowitzer Rücken, der sich von Gleiwitz aus in westöstlicher Richtung über Zabrze, Königshütte, Laurahütte, Rosdzin nach Russisch-Polen hinzieht. Dieser langgestreckte Rücken ist für den Bergbau von besonderer Wichtigkeit. Infolge der Auffaltung und der darauf folgenden Abrasion der hangenderen Schichten liegen nämlich die Sattelflöze hier nahe an der Tagesoberfläche, während sie sich in den anderen Teilen der Ablagerung, soweit sie überhaupt vorhanden sind, in bedeutender Tiefe befinden. Hier hat daher der oberschlesische Steinkohlenbergbau seinen Anfang genommen, und noch heute liegt hier der Schwerpunkt der gesamten oberschlesischen Industrie.

Nach Norden zu fallen die Schichten vom Hauptflözzuge steil ab und bilden die sogenannte nördliche Randmulde oder Beuthener Mulde. Nach Süden ist gleichfalls eine große Mulde vorhanden, die sogenannte oberschlesische Hauptmulde oder Binnenmulde. In diesen Mulden lagern jüngere Schichten des Karbons, welche daher als Muldenschichten bezeichnet werden. Die unter den Sattelflözen auftretenden Schichten des Steinkohlengebirges werden dagegen Rundschichten genannt, weil sie hauptsächlich am Rande der Steinkohlenablagerung aufgeschlossen sind.

Nächst der Steinkohlenformation hat namentlich das Auftreten der Trias Bedeutung, weil an sie die reichen Blei-, Zink- und Eisenerzlagerstätten Oberschlesiens gebunden sind. Die Trias ist der oberschlesischen Steinkohlenformation unmittelbar aufgelagert. Sie bildet einen mehrfach unterbrochenen Zug, der sich von Krappitz an der Oder nach Osten zu bis nach Olkusz in Russisch-Polen hinzieht. Bei Tarnowitz zweigt sich ein nördlicher Seitenflügel nach Georgenberg und Bibiella zu ab. Die Erze finden sich hauptsächlich in der Gegend zwischen Tarnowitz, Miechowitz, Beuthen, Scharley, Groß-Dombrowka und weiter nördlich bei Bibiella. Für die Erzführung kommt lediglich der untere Muschelkalk in Frage, der zum Teil kalkig und zum Teil dolomitisch ausgebildet ist. Die obere Abteilung des unteren Muschelkalkes ist in der Beuthen-Tarnowitzer Mulde dolomitisch entwickelt. Die Dolomite werden unterlagert von einem Kalkstein, der durch Farbe und Versteinerungen besonders gut charakterisiert ist und vielfach als blauer Sohlenstein bezeichnet wird. Lediglich im Dolomit treten die Erze auf. Sie bilden häufig zwei übereinander liegende Lager, deren erstes sich unmittelbar über dem blauen Sohlenstein befindet. Das zweite Erzlager liegt mitten im Dolomit in wechselnder Höhe über dem ersten Lager. Im wesentlichen bestehen die Erzmassen aus Bleiglanz, Zinkblende, Galmei und Markasit. In der Tarnowitzer Mulde herrschen die Bleierze, in der Beuthener Mulde dagegen die zinkischen Erze vor. An den Rändern der Mulde und in den Gebieten, wo eine besonders starke Grundwasserzirkulation stattfindet, sind die schwefligen Zinkerze durch Oxydation in Zinkkarbonate und Zinksilikate, sogenannten roten und weißen Galmei, umgewandelt. Da der Bergbau sich naturgemäß im Anfang hauptsächlich auf die Erze in den höher gelegenen Teilen der Mulde und an ihren Rändern erstreckte, so traf er zunächst auf Galmei. Als er dann in die Tiefe vordrang, hatte er es hauptsächlich mit dem sulfidischen Zinkerz, mit Zinkblende, zu tun.

An die Trias ist auch das Auftreten der oberschlesischen Eisenerze gebunden. Es sind dies erdige Brauneisensteine, die häufig mit Ton, Kalk und Dolomit verunreinigt sind und vielfach auch Galmei, Bleiglanz und Weißbleierz enthalten. Die Brauneisenerze bilden Lager von wechselnder Mächtigkeit und finden sich namentlich in den Tälern der karstartig erodierten Oberfläche der Muschelkalkformation.

Historisches.

Über die ersten Anfänge des oberschlesischen Bergbaues herrscht Dunkel. Der Sage nach sollen im 12. Jahrhundert in der Umgegend von Beuthen Blei- und Silbererze gewonnen worden sein. Sichere Nachrichten über diese Betriebe hat man erst vom Ende des 12. Jahrhunderts. Eingewanderte deutsche Bergleute sollen diesen Bergbau zu hoher Blüte gebracht haben. Politische und kirchliche Wirren und die Unmöglichkeit, mit den damaligen technischen Hilfsmitteln die starken zusitzenden Wasser zu halten, brachten aber den Bergbau nach etwa 100jährigem Bestehen zum Erliegen. Die Stadt Beuthen, welche während dieser Zeit sich ansehnlich entwickelt hatte, sank zu ihrer früheren Bedeutungslosigkeit zurück, und die Erinnerung an die im Boden verborgenen Mineralschätze ging wieder verloren.

Einen neuen Aufschwung nahm dann der Bergbau zu Anfang des 16. Jahrhunderts, als auf den Höhen östlich von dem Dorfe Tarnowitz nahe an der Oberfläche ausgedehnte Bleierzablagerungen gefunden wurden. Der damalige Landesherr, Markgraf Georg von Hohenzollern, erkannte die Bedeutung dieses Fundes. Er zog Bergbaulustige heran, erhob im Jahre 1526 Tarnowitz zur freien Bergstadt und gab ihr eine Bergordnung. Auch sonst suchte dieser weitblickende Fürst dem Bergbau jegliche Freiheit angedeihen zu lassen. Nach der Vertreibung des Hohenzollernschen Fürstenhauses durch Kaiser Ferdinand II. zu Beginn des 17. Jahrhunderts und durch die nachfolgenden Wirren des 30jährigen Krieges kam auch dieser Bergbau zum Erliegen. Nach Wiederherstellung des Friedens konnten nur wenige Gruben ihren Betrieb wieder aufnehmen, besonders da die Krone Böhmens, an die Oberschlesien gefallen war, nichts tat, um den Bergbau wieder in die Höhe zu bringen.

Unter der einsichtigen Herrschaft der Markgrafen von Brandenburg hatte sich im 16. Jahrhundert neben dem Bergbau auf Blei- und Silbererze bei Tarnowitz ein nicht unbedeutender Galmeibergbau in der Umgegend von Beuthen entwickelt. Der Galmei wurde damals lediglich bei der Herstellung von Messing verwandt. Er wurde nicht nur im Lande verarbeitet, sondern auch auf der Oder und auf der Weichsel zum Export gebracht. Auch dieser Bergbau hörte im Laufe des 30jährigen Krieges vollständig auf. Zu Anfang des 18. Jahrhunderts fand dann der Kaufherr Georg von Giesche aus Breslau den Galmei auf den alten Berghalden bei Tarnowitz und Beuthen wieder auf. Bei dem kaiserlichen Hofe zu Wien kam er um ein Privilegium zur ausschließlichen Gewinnung des aufgefundenen Minerals ein und erhielt auch am 22. November 1704 vom Kaiser

Leopold auf 20 Jahre das Recht, in ganz Schlesien für sich allein Galmei zu graben. Von Giesche errichtete hierauf in Scharley, bei Deutsch-Piekar, in Bobrek und bei Wieschowa Galmeigräbereien und verwendete hierauf für die damaligen Zeiten große Summen. Der geförderte und zum Teil schon roh kalzinierte Galmei wurde von Giesche auf der Oder in alle Welt versandt, namentlich nach Schweden, wo anscheinend im Anschluß an den dortigen Kupferhüttenbetrieb eine bedeutende Messingfabrikation blühte. Das Giesche erteilte Privileg wurde ihm und seinen Erben mehrfach erneuert. Aus ihm entwickelte sich die noch heute bestehende Bergwerksgesellschaft Georg von Giesche's Erben, eine der größten bergbautreibenden Unternehmungen Oberschlesiens.

Der bedeutendste Moment für den oberschlesischen Bergbau war die Besitzergreifung Schlesiens durch Preußen. Friedrich der Große erkannte, daß ein wichtiges Mittel, um die von ihm gewonnene, aber durch inneren Druck und lange Kriegswirren zerrüttete und verwüstete Provinz zu heben, die Nutzbarmachung ihrer Mineralschätze wäre. Ein besonderes Verdienst des großen Königs war es, daß er an die Spitze des schlesischen Bergbaues zwei Männer stellte, die in äußerst erfolgreicher Weise den Bergbau von neuem ins Leben riefen und förderten. Es waren dies der Oberberghauptmann und spätere Minister Freiherr von Heinitz und der Berghauptmann Freiherr, spätere Graf von Reden. Noch heute erinnern zwei der wichtigsten Steinkohlenflöze an diese bedeutenden Männer. Heinitz und Reden richteten zunächst ihr Augenmerk darauf, den zum Erliegen gekommenen Tarnowitzer Bleierzbergbau wieder ins Leben zu rufen. Nachdem von ihnen vergeblich versucht worden war, die private Unternehmungslust rege zu machen, nahm die Regierung die Sache selbst in die Hand. Zu diesem Zwecke erwarb der Staat von der Neudecker Linie der Grafen Henckel von Donnersmarck, welche ein Bleierzprivileg besaß, das Recht, Bergbau auf Bleierze zu betreiben, wogegen dem Grafen Henckel der Zwanzigste zugesichert wurde. Am 16. Juli 1784 wurde im Rudolphinenschachte südlich von Tarnowitz der erste Fund gemacht, welcher so edle Beschaffenheit zeigte, daß der Bestand des neuen Unternehmens sofort gesichert erschien. Die allgemeine Freude fand Ausdruck in einem Dankgottesdienst, welcher für alle folgenden Zeiten beibehalten wurde und noch heute begangen wird. Aus der damaligen Bleierzförderung entwickelte sich die staatliche Friedrichsgrube. Als die Wasserzuflüsse sich mehrten und das junge Unternehmen zum Erliegen zu bringen drohten, ließ Reden im Jahre 1788 die erste Dampfmaschine des Kontinents (damals Feuermaschine genannt), welche von dem englischen Maschinenbauer Samuel Homfrey zu Penydarran in Süd-Wales erbaut war, auf dem für sie eigens abgeteuften Kunstschachte aufstellen. Durch die Aufstellung dieser Dampfmaschine wurde das kleine Tarnowitz zu einem berühmten Orte, nach dem Techniker, Gelehrte und Staatsmänner wanderten; unter ihnen befand sich, wie eingangs erwähnt, auch Goethe. Die auf der Friedrichsgrube gewonnenen Erze wurden auf der gleichfalls unter Reden entstandenen Friedrichshütte zugute gemacht. Eine weitere Sorge Redens galt der Eisenindustrie, welcher die Aufgabe zufiel, die schlesischen Festungen mit Munition zu versorgen.

Da man bis dahin Eisenhütten lediglich mit Wasserkraft betrieb und zur Verhüttung sich der Holzkohlen bediente, so errichtete man die ersten Eisenhütten in den Wäldern, welche von der Malapane und der Stober durchzogen wurden. Hier baute man im Jahre 1754 die Hütte zu Malapane; im gleichen Jahre folgte alsdann die Inangriffnahme des Baues der Creutzburgerhütte und 1768 der Bau einer Hütte zu Krascheow. Bei der Verhüttung verwandte man damals die oberflächlichen, leicht gewinnbaren Raseneisenerze. Da jedoch die Holzvorräte Oberschlesiens zum Hüttenbetrieb nicht ausreichten, begann man aus oberschlesischer Steinkohle Koks herzustellen. Hierdurch wurde der Steinkohlenbergbau Oberschlesiens eigentlich erst ins Leben gerufen. Zwar soll bereits im Jahre 1750, vielleicht auch noch früher, auf der Brandenburggrube bei Ruda, welche noch heute im Betriebe ist, Bergbau auf Steinkohle stattgefunden haben, doch war die Förderung nur gering. Im Jahre 1790 wurde die Königin Luisegrube bei Zabrze in Angriff genommen und im Jahre 1791 auf der heutigen staatlichen Königsgrube zwischen den Orten Chorzow, Lagiewnik und Ober-Heiduck der Steinkohlenbergbau eröffnet. Im Jahre 1791 wurde der Bau des ersten großen Kokshochofens von einem englischen Hütteningenieur Baildon, dem Bauinspektor Wedding und dem Assessor Bogatsch in Gleiwitz begonnen. Aus diesen Arbeiten entwickelte sich die Königliche Hütte zu Gleiwitz, der im Jahre 1802 die fiskalische Königshütte folgte, welche sich heute im Besitze der Vereinigten Königs- und Laurahütte, Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb in Berlin, befindet. Die Gebläsemaschinen dieser Hütten wurden zum ersten Male durch Dampfkraft angetrieben. Für die Wahl der Punkte für die Gleiwitzer und die Königshütte war namentlich die enge räumliche Vereinigung der Kohlen mit den Brauneisenerzen der Trias und den für den Hochofenbetrieb ebenso wichtigen Kalksteinen und Dolomiten der Muschelkalkformation maßgebend. Der Bedarf der oberschlesischen Erze und Steinkohlenbergwerke an Dampfmaschinen bewirkte bald, daß man diese nicht mehr aus England bezog, sondern im Lande selbst herzustellen suchte. Zu diesem Zwecke wurde im Jahre 1800 der Gleiwitzer Hütte eine Maschinenfabrik angegliedert, welche dem Maschinenmeister Holtzhausen unterstellt wurde. Seiner segensreichen Tätigkeit ist es zu danken, daß mehr als 50 Dampfmaschinen von dort dem schlesischen Bergbau zugeführt werden konnten.

Auch der Zinkerzbergbau Oberschlesiens gelangte um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts zu neuer Blüte, als es gelang, den Galmei nicht nur in Verbindung mit Kupfer zur Messingfabrikation zu verwenden, sondern aus ihm metallisches Zink herzustellen. Das Verdienst, das erste Zink in Oberschlesien gewonnen zu haben, gebührt Johann Christian Ruhberg, einem Sohne des Harzes, der im Jahre 1798 zu Wessola bei Myslowitz den ersten mit Holzkohlen geheizten Zinkofen Schlesiens in Betrieb setzte; er stellte darin Zink aus zinkischen Ofenbrüchen her. Im Jahre 1809 erbaute dann Karl Johann Bernhard Karsten die Lidogniahütte bei Königshütte, die erste große Zinkhütte in Oberschlesien.

Ein besonderes Verdienst Friedrich des Großen um die Förderung des schlesischen Berg- und Hüttenwesens war es, daß er für dieses einheitliche rechtliche Grund-

lagen schuf. An Stelle der bis dahin geltenden Spezialbergordnungen wurde die Revidierte Bergordnung für das Souveräne Herzogtum Schlesien und für die Grafschaft Glatz vom 5. Juni 1769 erlassen. Diese Bergordnung schlug insofern eine von den früheren Bergordnungen völlig neue Richtung ein, als sie die Bergwerksbesitzer von der Verwaltung ihres Bergwerkseigentums fast völlig ausschloß und den Betrieb und den Haushalt der Gruben unter spezieller Leitung des Königlichen Bergamtes den von diesem angestellten und ihm allein verantwortlichen Beamten übertrug. Den privaten Besitzern der Bergwerke blieb eigentlich nur vorbehalten, die zum Betrieb erforderlichen Zubußen zu bezahlen oder die Erträge des Bergwerks in Empfang zu nehmen. Eine solche weitgehende Fürsorge des Staates hielt man damals für notwendig, da den Privatleuten im allgemeinen Kenntnisse auf dem Gebiete der Technik und des Verwaltungswesens zumeist noch abgingen. Die Bergordnung führte ferner die Regalität der Steinkohle ein; die Eisenerze blieben jedoch weiterhin dem Verfügungsrechte des Grundeigentümers vorbehalten. Der Grundbesitzer erhielt hinsichtlich des Bergbaues auf Steinkohle ein Vorbaurecht, welches aber bereits am 4. August 1770 in ein Mitbaurecht zur Hälfte umgewandelt wurde. Nach der Bergordnung war am Ertrage des Bergwerks beteiligt die Gewerkschaft mit 122 Kuxen und ferner der Grundeigentümer, Kirche und Schule sowie Knappschafts- und Armenkasse mit je 2 Kuxen. Als Bergbehörde wurde durch die Bergordnung ein Oberbergamt geschaffen, dem Bergämter unterstellt wurden. Das Oberbergamt hatte Verleihungen zu erteilen, den Betrieb und den Haushalt der Bergwerke — wie schon erwähnt, auch der privaten — zu regeln, die Grubenbeamten anzustellen, die Bergwerkssteuern einzuziehen, Zubußen auszuschreiben, Ausbeuten zu verteilen sowie die Berggerichtsbarkeit auszuüben.

Zum Betriebe der Gruben waren vor allem geübte Bergleute notwendig. Da es an diesen in Oberschlesien mangelte, suchte der große König solche aus anderen Bergbaubezirken heranzuziehen. Zu diesem Zwecke erließ er mehrere Verordnungen, durch welche die Bergleute bei Krankheit und Erwerbsunfähigkeit sichergestellt, ferner vom Militärdienst und von persönlichen Leistungen wie Steuern befreit und einer besonderen Bergrechtspflege unterstellt wurden.

Als zu Anfang des 19. Jahrhunderts die Napoleonischen Kriegsstürme über Preußen hereinbrachen, da war die oberschlesische Montanindustrie dank der unermüdlichen Tätigkeit Redens bereits derartig gekräftigt, daß sie diese schwere Erschütterung überstehen konnte. Dem fruchtbaren Wirken Redens wurde allerdings durch den unglücklichen Krieg von 1806 und 1807 ein Ziel gesetzt; nach dem Friedenschluß wurde er mit Rücksicht auf die nach dem Kriege nötige größtmögliche Sparsamkeit zur Disposition gestellt. Er starb am 3. Juli 1815 auf seinem Landsitze Buchwald bei Schmiedeberg. Das dankbare Oberschlesien hat ihm auf einer Anhöhe bei Königshütte angesichts seiner Werke im Jahre 1853 ein ehrendes Standbild gesetzt.

Das große Werk Redens wurde nach dem glücklichen Verlaufe der Befreiungskriege fortgesetzt. Insbesondere trat für die Eisenhütten eine lebhafte Tätigkeit

ein, da es galt, das während der Feldzüge verminderte Kriegsmaterial zu ergänzen. Auch der Betrieb der Steinkohlenbergwerke wurde nach Möglichkeit gefördert, namentlich suchte man durch ein nach einem weit ausschauenden Plane angelegtes System von Stollen der Wasserschwierigkeiten Herr zu werden. Allerdings konnten sich die Steinkohlengruben nur langsam entwickeln. Es lag dies daran, daß der Verbrauch der oberschlesischen Steinkohle damals beschränkt war. Bei dem großen Holzreichtum des Landes einerseits und der dünnen Bevölkerung andererseits wurde in Haushaltungen Kohle fast garnicht verwendet. Da ferner die geförderte Kohle mit der Achse fortgeschafft werden mußte und daher auf weitere Entfernungen nicht versandt werden konnte, so waren ihre hauptsächlichsten Abnehmer die oberschlesischen Eisen- und Zinkhütten. Für jede Steinkohlengrube war daher das Vorhandensein einer solchen in der Nähe gelegenen Hütte eine Lebensfrage. Ein neues Zeitalter für den oberschlesischen Bergbau brach an, als im Jahre 1845 die oberschlesische Eisenbahn in den Industriebezirk geführt wurde. Die Bedeutung des Baues von Eisenbahnen für den oberschlesischen Steinkohlenbergbau bestand einmal darin, daß die kohleverbrauchende Eisenindustrie infolge der Herstellung der Eisenbahnmaterialien lebhaft aufblühte. Ferner verbrauchten die Eisenbahnen selbst für ihren Betrieb bedeutende Mengen an Kohle. Vor allem aber wurde nunmehr die Steinkohle von örtlichen Schranken befreit; sie konnte auf weite Entfernungen versandt werden und sich auf diese Weise einen Platz am Weltmarkt sichern. Insofern bildet der Bau der oberschlesischen Eisenbahn das wichtigste Ereignis in der Geschichte der oberschlesischen Montanindustrie.

Als sich nach dem Anschluß Oberschlesiens an das Netz der Schienenwege alle Zweige des Bergbaus stark entwickelten, regte sich vor allem auch die private Unternehmungslust. Infolge des herrschenden Direktionsprinzips konnte sich diese jedoch nicht in wünschenswerter Weise betätigen. Es zeigte sich daher als erforderlich, das Direktionsprinzip, welches sich überlebt hatte, zu beseitigen und den Privatbergbau aus den Fesseln des Bureaukratismus zu befreien. Dies geschah durch die neuere Gesetzgebung, namentlich durch das Gesetz über die Verhältnisse der Miteigentümer eines Bergwerks vom 12. Mai 1851 und vor allem durch den Erlaß des Allgemeinen Berggesetzes für die Preußischen Staaten vom 24. Juni 1865, welches noch heute in Kraft ist, wenn es auch im Wege der Novellengesetzgebung zu verschiedenen Malen abgeändert worden ist.

Der Bau der Eisenbahnen sowie der Erlaß der neueren Berggesetze ermöglichte die gewaltige Entwickelung der oberschlesischen Montanindustrie, welche wir seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts beobachten können. Begünstigt wurde diese auch dadurch, daß in Oberschlesien im Gegensatz zu anderen Bergbaurevieren der Montanbesitz sich in verhältnismäßig wenigen Händen befindet. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß sich der Staat weite Flächen für den Steinkohlen- und den Erzbergbau reserviert hat. In neuerer Zeit wurde dieser Besitz durch umfangreiche Mutungen noch vergrößert. Infolgedessen ist der Staat der größte Grubenbesitzer in Oberschlesien. Von den geförderten Kohlen stammen etwa 17 v. H. aus seinen Gruben.

1.* Arbeiterkolonie Dubenskogrube der Vereinigten Königs- und Laurahütte A.-G. 2.* Die Korberstraße in der Arbeiterkolonie Gieschewald der Bergwerksgesellschaft Georg von Giesche's Erben. 3.* Das Eugenienheim (Erholungsanstalt für Arbeiterkinder) der Vereinigten Königs- und Laurahütte A.-G. 4.* Das Arbeiterhallenschwimmbad in Laurahütte der Vereinigten Königs- und Laurahütte A.-G. 5. Krankengebäude des Oberschlesischen Knappschaftsvereins zu Rudahammer (300 Betten). 6. Die Oberschlesische Zentralstelle für Grubenrettungswesen zu Beuthen O.-S. 7. Rettungskolonne der Oberschlesischen Zentralstelle für Grubenrettungswesen. 8. Übungen mit Rettungsapparaten und Feuerlöschgeräten auf der Oberschlesischen Zentralstelle für Grubenrettungswesen.

* Aus dem Verlage von Gebr. Böhm, Kattowitz.

Das Berg- und Hüttenwesen des oberschlesischen Industriebezirks.

1. Kohlenpfeiler-Sattelflöz. Gräfin Lauragrube der Vereinigten Königs- und Laurahütte A.-G.
2. Streckenaufhieb in einem Steinkohlenflöz.
3. Verspülen eines Pfeilerabschnittes auf der Cleophasgrube der Bergwerksgesellschaft Georg von Giesche's Erben.
4. Elektrische Lokomotivförderung unter Tage auf der kons. Florentinegrube der Kattowitzer Aktiengesellschaft (Phot. M. Steckel, Kattowitz).

Ein weiterer großer Bergwerksbesitz ist in den Händen einzelner oberschlesischer Magnaten vereinigt. Dies rührt daher, daß in früheren Jahrhunderten von den damaligen Landesfürsten an mehrere oberschlesische Standesherren Bergbauprivilegien verliehen worden waren, welche im 19. Jahrhundert teils durch gerichtliche Erkenntnisse, teils durch besondere Verträge mit der Staatsregierung (Rezesse) bestätigt und näher festgelegt wurden. Diesen oberschlesischen Magnaten gebührt nun das Verdienst, die industrielle Entwickelung des Landes außerordentlich gefördert zu haben. Ihrem weiten Blick und ihrer Tatkraft ist der Aufschluß eines großen Teils der oberschlesischen Mineralschätze zu danken. Der größte, wenn auch heute noch am wenigsten aufgeschlossene Bergwerksbesitz ruht in den Händen des Fürsten von Pleß. Sehr bedeutend ist ferner derjenige des Fürsten von Donnersmarck, der Grafen Henckel von Donnersmarck, des Grafen von Tiele-Winckler und des Grafen von Ballestrem. In neuerer Zeit hat auch das Großkapital in Form von Aktien- und anderen Gesellschaften in der oberschlesischen Industrie Eingang gefunden. Ein großer Teil des Montanbesitzes der Magnaten ist auf derartige Gesellschaften übergegangen. Auf diese Weise sind die Vereinigte Königs- und Laurahütte, Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb, die Kattowitzer Aktiengesellschaft für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb zu Kattowitz, die Schlesische Aktiengesellschaft für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb zu Lipine, die Donnersmarckhütte, Oberschlesische Eisen- und Kohlenwerke, Aktiengesellschaft zu Zabrze und in neuester Zeit die Hohenlohewerke, Aktiengesellschaft zu Hohenlohehütte sowie die Gräflich Schaffgotsch'schen Werke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, entstanden.

Der Steinkohlenbergbau.

Nach diesen allgemeinen historischen Betrachtungen wenden wir uns den einzelnen Zweigen der oberschlesischen Montanindustrie zu. Die größte Bedeutung unter ihnen besitzt noch heute der Steinkohlenbergbau. Er bildet die Grundlage für alle übrigen Industriezweige.

Seit altersher unterscheidet man vier Steinkohlenreviere: 1) das kleine Hultschiner Revier, welches im Süden Oberschlesiens gelegen ist und geologisch zu dem Ostrau-Karwiner Bezirk gehört, 2) das Rybniker Revier, 3) das Revier von Nicolai und Orzesche und 4) das oberschlesische Zentralrevier. Die Gruben dieses letzteren bauen auf dem schon erwähnten Gleiwitz-Myslowitzer Rücken.

Günstig für den oberschlesischen Steinkohlenbergbau ist außer der großen Mächtigkeit der Flöze das, wenigstens im Zentralrevier, meist flache Einfallen der Flöze von durchschnittlich nur 10° bis 20°. Auch die Teufenverhältnisse können heute noch als gute bezeichnet werden. Die durchschnittliche Teufe, in welcher die oberschlesischen Steinkohlengruben bauen, beträgt 300—350 m. Allerdings schreitet der Bergbau in immer größere Tiefen fort. Schon heute sind einzelne Schächte 500—600 m tief. Mit der zunehmenden Tiefe der Gruben wird naturgemäß sowohl die Schwierigkeit des Abbaues als auch die Höhe der Selbstkosten eine

Steigerung erfahren, was umso mehr ins Gewicht fällt, als nach der Teufe zu die Mächtigkeit der oberschlesischen Flöze abzunehmen pflegt. Ebenso werden in der Tiefe sich möglicherweise schlagende Wetter, dieser gefürchtete Feind des Bergbaues, einfinden. Bis vor wenigen Jahren waren diese in Oberschlesien — wenn man von einzelnen südlich gelegenen Gruben absieht — noch unbekannt. In neuerer Zeit haben sie sich wiederholt auf den tieferen Gruben gezeigt. Immerhin ist ihre Menge noch so gering und ihr Vorkommen so selten, daß sie keine wesentliche Erschwernis des oberschlesischen Bergbaues bilden.

Alle diese günstigen Verhältnisse, namentlich aber die große Mächtigkeit und das flache Einfallen der Flöze, haben zur Folge, daß der Kohlenfall, also die Ausbeute an Kohlen an den einzelnen unterirdischen Gewinnungspunkten auf den oberschlesischen Gruben wesentlich höher ist, als in anderen Bergbaurevieren. Die Jahresleistung, berechnet auf den Kopf der Gesamtbelegschaft, betrug in Oberschlesien im Jahre 1911 311 t gegen 259 t im rheinisch-westfälischen Revier.

Der Abbau der mächtigen oberschlesischen Flöze ist allerdings auch mit verschiedenen bedeutenden Nachteilen verbunden. Zunächst zieht er die Tagesoberfläche in viel stärkerem Maße in Mitleidenschaft, als dies bei Gewinnung schwächerer Flöze, wie sie in Niederschlesien und in Rheinland-Westfalen auftreten, der Fall ist. Die Gruben müssen daher umfangreiche Flächen über Tage ankaufen, für die sie an sich nur eine geringe Verwendungsmöglichkeit haben. Ferner kann unter wichtigen Tagesgegenständen, wie unter Eisenbahnen, Chausseen und Ortschaften überhaupt kein Abbau getrieben werden, oder die Gruben müssen darunter den kostspieligen Versatzbau anwenden. Die Schwierigkeit des Abbaues der mächtigen Flöze bewirkt ferner, daß es häufig nicht möglich ist, alle Kohlen aus den abgebauten Räumen zu entfernen. Diese zurückgebliebenen Kohlenreste, ebenso wie die unter Tagesgegenständen stehen gelassenen Sicherheitspfeiler entzünden sich alsdann häufig von selbst. Um den Brand zn ersticken, sind die Gruben in solchen Fällen genötigt, die Brandfelder gegen die Luftzufuhr abzudämmen und auf diese Weise große Flözteile zu opfern. Aus diesen Gründen ist der Abbauverlust in Oberschlesien größer als in anderen Bergbaurevieren. Schließlich erfordert der Abbau der mächtigen Flöze einen großen Verbrauch an Grubenholz, was namentlich infolge der im letzten Jahrzehnt stark gestiegenen Holzpreise die Abbaukosten wesentlich erhöht.

Zum Teil werden die ungünstigen Verhältnisse aufgehoben durch die gute Beschaffenheit der oberschlesischen Kohle, welche den Vergleich mit den besten Kohlen anderer Reviere aushält, und sich namentlich durch ihren geringen Gehalt an Asche auszeichnet. Eine Eigenschaft allerdings geht ihr ab, welche in der Hauptsache jedoch nur für den Eisenhüttenbetrieb von Bedeutung ist, nämlich die gute Backfähigkeit bei der Herstellung von Koks. Bei der Mehrzahl der oberschlesischen Kohlen ist es schwer, einen großstückigen und festen Koks herzustellen, was auf den starken Gasgehalt zurückzuführen ist. Im Westen des Industriebezirks, in der Zabrzer Gegend, liefern jedoch die tieferen Flöze eine gute Backkohle. Auch

an anderen Punkten des oberschlesischen Steinkohlenreviers, so namentlich in der Rybniker Gegend, sind im letzten Jahrzehnt gute Kokskohlen aufgeschlossen worden. Voraussichtlich wird die Backfähigkeit der Kohle nach der Teufe zunehmen, wodurch die Nachteile, die mit dem Eindringen des Bergbaues in größere Tiefen verbunden sind, zum Teil aufgehoben werden dürften.

Bei Erörterung der Produktionsbedingungen, unter denen der oberschlesische Steinkohlenbergbau arbeitet, muß auch der öffentlichen Lasten gedacht werden. Was die Belastung der oberschlesischen Industrie durch Reichs- und Landessteuern, durch Gemeinde-, Kreis- und Provinzialabgaben, durch Aufwendungen auf Grund der staatlichen Arbeiterversicherung usw. anbetrifft, so ist diese in den letzten Jahrzehnten außerordentlich gestiegen und hat heute eine Höhe erreicht, die zu ernsten Besorgnissen nötigt. Nach einer kürzlich veröffentlichten Statistik betrugen die öffentlichen Lasten des privaten oberschlesischen Steinkohlenbergbaues im Jahre 1892 noch rund 0500000 M., im Jahre 1909 sind sie dagegen auf rund 28000000 M. gestiegen. Berechnet auf die Tonne Förderung beträgt die Belastung heute 1 M. und berechnet auf den Kopf der Gesamtbelegschaft 287 M. Angesichts einer derartigen Höhe der öffentlichen Lasten muß darauf hingewiesen werden, daß bei einer weiteren Steigerung die Fortentwickelung und der Fortbestand, namentlich aber die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der oberschlesischen Werke gegenüber dem Auslande, in Frage gestellt würde. Hierdurch würde nicht nur die oberschlesische Industrie, sondern der gesamte Osten unseres Vaterlandes aufs schwerste erschüttert werden. Es ist daher dringend zu wünschen, daß die neuere Gesetzgebung der Industrie nicht immer neue Lasten auferlegen möchte. Unter den öffentlichen Lasten, die den Bergbau treffen, ist eine, die heute als besonders schwer empfunden wird. Es ist dies die Freikurpflicht, welche auf der Bestimmung der von Friedrich dem Großen erlassenen Bergordnung beruht, daß am Ertrage des Bergwerks, wie schon erwähnt, Kirche und Schule mit je 2 Kuxen beteiligt sein sollen. Hieraus hat sich der noch heute bestehende Freikurgelderfonds entwickelt. Es ist zweifellos, daß dieser für die Unterhaltung der Kirchen und Schulen Schlesiens, und damit auch im Interesse des Deutschtums große Bedeutung gehabt hat. Heute ist jedoch sein Vorhandensein als eine ungerechtfertigte Belastung der davon betroffenen Bergwerke zu betrachten, da er nur auf dem schlesischen Bergbau ruht und diesen auch nicht gleichmäßig belastet; nur diejenigen Gruben nämlich, die vor Erlaß des jetzt in Geltung befindlichen preußischen Berggesetzes verliehen wurden, sind freikurpflichtig, während alle jüngeren Gruben von der Freikurpflicht befreit sind.

Trotz mancher dunklen Punkte sind jedoch die Produktionsbedingungen, unter denen die oberschlesischen Steinkohlenbergwerke arbeiten, als durchaus günstig und gesund zu bezeichnen. In vieler Hinsicht sind sie günstiger wie in anderen Bergbaurevieren. Weit weniger ist dies bezüglich der wirtschaftlichen Verhältnisse der Fall.

Allerdings waren im Jahre 1911 in Oberschlesien 58 Steinkohlengruben im Betrieb, die eine sehr bedeutende Förderung aufwiesen. Namentlich in den letzten

50 Jahren ist die Kohlenförderung außerordentlich in die Höhe gegangen. Während sie im Jahre 1800 nur 2534000 t betrug, stieg sie im Jahre 1880 auf 10010721 t, im Jahre 1900 auf 24815041 t, im Jahre 1905 auf 27003420 t und erreichte im Jahre 1911 die bedeutende Höhe von 30022909 t. In ähnlicher Weise hat der Gesamtwert der geförderten Kohlen zugenommen. Dieser betrug im Jahre 1800 nur 9208248 M. und ist im Jahre 1911 auf 305912035 M. gestiegen. Man ersieht aus diesen Zahlen, welche Bedeutung der oberschlesische Steinkohlenbergbau für die gesamte Volkswirtschaft des Osten erlangt hat. Immerhin ist nicht zu verkennen, daß seine Entwicklung nicht in dem Maße vorwärts gegangen ist, wie in einzelnen anderen deutschen Bergbaurevieren. So ist in den letzten 20 Jahren die Kohlenförderung in Oberschlesien um 18892607 t oder um rund 108 v. H. gestiegen, während zu der gleichen Zeit die Förderung des rheinisch-westfälischen Steinkohlenreviers sich um rund 53500000 t, oder um 142 v. H. vermehrt hat. Infolgedessen ist der Anteil des oberschlesischen Bezirks an der gesamten deutschen Steinkohlenförderung in dem gleichen Zeitraum von 25,2 auf 22,8 v. H. gesunken, derjenige des Ruhrreviers von 50,5 auf 56,8 v. H. gestiegen. Dieses Zurückbleiben Oberschlesiens in der Entwicklung ist einmal auf seine ungünstige Lage im äußersten Südosten Preußens zurückzuführen und ferner darauf, daß die Staatsregierung es bisher unterlassen hat, die Nachteile, unter denen Oberschlesien infolge seiner Lage leidet, durch geeignete Maßnahmen in genügender Weise auszugleichen. In der Nähe von Oberschlesien liegen keine größeren Städte und industriereichen Gegenden, welche als größere Kohlenabnehmer in Betracht kämen. Es ist ferner weit entfernt von schiffbaren Flüssen und Meeren, auf denen es seine Erzeugnisse versenden könnte. Die nächste größere Wasserstraße ist die Oder, welche jedoch noch so weit entfernt liegt, daß die Verschiffungen auf ihr durch bedeutende Bahnvorfrachten und hohe Umschlagskosten verteuert werden. Hierzu kommt, daß die Oder infolge ihres wechselnden Wasserstandes für die Schiffahrt überhaupt nicht günstig ist. Während nun andere größere Flüsse in Deutschland, wie der Rhein, die Elbe und die Weser schon längst zu leistungsfähigen Schiffahrtsstraßen ausgebaut sind, ist die Staatsregierung erst jetzt darangegangen, auch den Oderstrom in seinem ganzen Laufe zu regulieren und für größere Kahnladungeu leistungsfähig zu machen.

Dies ist aber um so notwendiger, als von der oberschlesischen Kohlenförderung nur ein verhältnismäßig geringer Teil durch die oberschlesische Industrie selbst verbraucht werden kann. Die überwiegende Menge der Kohle muß in weite Gegenden versandt werden. Große Mengen oberschlesischer Kohlen gehen nach Brandenburg und nach Berlin, ferner nach dem Königreich und der Provinz Sachsen, nach Westpreußen, Ostpreußen, Pommern und Mecklenburg. Kleinere Mengen werden auch in Hannover, Hessen-Nassau, Westfalen, Württemberg und Bayern abgesetzt. Bei der Versendung in diese Gegenden ist die oberschlesische Industrie heute fast ausschließlich auf die teuren Bahnwege angewiesen. Durch die zurzeit in Geltung befindlichen Eisenbahntarife wird nun die oberschlesische Kohle mit Frachten in einer derartigen Höhe belastet, daß diese zu ihrem wirk-

lichen Werte in gar keinem Verhältnisse stehen. Dies wäre nun nicht besonders schwerwiegend, wenn die oberschlesische Kohle keinen oder nur einen geringen Wettbewerb zu bestehen hätte. Aber schon in Mittel- und Niederschlesien trifft sie mit der niederschlesischen Kohle zusammen. Das gleiche ist in Brandenburg und in Berlin der Fall, wo ihr außerdem noch die westfälische Kohle Konkurrenz macht. Am meisten wird jedoch die oberschlesische Kohle durch die englische Kohleneinfuhr geschädigt, da diese unter Benutzung des Seeweges an die deutsche Küste und von da aus auf den Wasserstraßen bis tief in das Innere des Landes gelangt. Auf diese Weise ist es ihr möglich, nicht nur in den Küstengebieten, sondern auch in Ost- und Westpreußen, in Posen und Brandenburg erfolgreich mit der oberschlesischen Kohle in Wettbewerb zu treten. Die Fracht für die oberschlesische Kohle nach den Küstenseehäfen und nach den Binnenstationen in den genannten Provinzen, vor allem nach Berlin, ist nämlich um 3—5 M. geringer, als die Bahnfracht für oberschlesische Kohle nach denselben Plätzen. Nach allen diesen Orten hat daher die englische Kohle einen bedeutenden Frachtvorsprung, sodaß es trotz großer Preisopfer, die Oberschlesien zur Bekämpfung der englischen Konkurrenz aufwendet, doch nicht möglich ist, die englische Kohle zu verdrängen. Noch ungünstiger werden diese Verhältnisse aber werden, wenn der Großschiffahrtsweg Stettin-Berlin eröffnet ist. Nicht nur Berlin, sondern erhebliche Teile der deutschen Ostmark stützen sich heute ganz oder teilweise auf den Bezug englischer Kohle. Dies ist umso bedenklicher, als die Kohlenversorgung aus England durchaus unsicher ist. Schon während des großen englischen Kohlenbergarbeiterstreiks im Frühjahr 1912 hat sich dies gezeigt. Geradezu unheilvoll kann aber dieser Zustand für die deutsche Ostmark werden, wenn im Falle von kriegerischen Verwickelungen die Kohlenzufuhren aus England für längere Zeit überhaupt ausblieben, da es dem deutschen Steinkohlenbergbau alsdann nicht möglich sein würde, von heute auf morgen den Ausfall dieser Kohleneinfuhr von fast 10 Millionen zu decken, denn hierzu sind längere Vorbereitungen erforderlich. Dazu kommt noch, daß das für englische Kohlen ausgegebene Geld von rund 100 Millionen M. in jedem Jahre einen Tribut an die englischen Kohlenbesitzer und Reeder bedeutet, der den Arbeitern und dem Bergbau Oberschlesiens zugute kommen könnte. Ein Wandel in diesen Verhältnissen würde nur eintreten, wenn sich die Staatsregierung entschlösse, die inländischen Eisenbahntarife für die oberschlesische Kohle erheblich zu verbilligen, damit diese in der Lage ist, die englische Kohle aus den inländischen Verbrauchsgebieten zurückzudrängen. Leider hat sich trotz aller Bemühungen der oberschlesischen Industrie die Eisenbahnverwaltung bisher hierzu nicht bereit finden lassen.

Die Absatzverhältnisse der oberschlesischen Kohle wären wahrscheinlich noch weit ungünstiger, wenn nicht erhebliche Mengen von ihr im Auslande Absatz finden würden. Namentlich Österreich-Ungarn nimmt größere Mengen oberschlesischer Kohle auf, da die Industrie daselbst einen starken Kohlenbedarf zeigt, und die dortigen Gruben bisher nicht in der Lage waren, diesen zu decken. Bemerkenswert ist, daß die Stadt Wien im Jahre 1911 um über 500000 t oberschlesischer

Kohle mehr bezog, als Berlin. Es ist dies ein Zeichen dafür, wie unnatürlich sich die Absatzverhältnisse für die oberschlesische Kohle infolge der Tarifpolitik der Staatsbahnverwaltung auf dem inländischen Markte gestaltet haben. Leider sucht die österreich-ungarische Staatsregierung die Einfuhr der oberschlesischen Kohle neuerdings durch eisenbahntarifarische Maßnahmen zu erschweren, sodaß zu besorgen ist, daß auch dieses bisher so günstige Absatzgebiet der oberschlesischen Industrie wenigstens teilweise verloren gehen wird. Auch das andere Nachbarland Oberschlesiens, Rußland, nimmt oberschlesische Kohle auf. Allerdings gestaltet sich die Ausfuhr dahin wesentlich geringer als nach Österreich-Ungarn, da einmal die russisch-polnischen Gruben selbst eine bedeutende Leistungsfähigkeit haben, und da ferner die russische Regierung die Einfuhr durch einen bedeutenden Kohleneinfuhrzoll, der 2,^{00} M/t beträgt, zu erschweren sucht.

Angesichts der außerordentlichen Schwierigkeiten, mit denen die oberschlesische Kohlenindustrie zu kämpfen hat, wäre ihre Lage voraussichtlich noch weit ungünstiger, wenn sich die einzelnen Werke nicht zu Verbänden zusammengeschlossen hätten, die ihre Interessen nachdrücklich vertreten. Der Oberschlesische Berg- und Hüttenmännische Verein hat die Aufgabe, namentlich der Staatsregierung gegenüber, die Interessen der oberschlesischen Industrie wahrzunehmen. Er wurde am 19. Juni 1861 gegründet und hat seit dieser Zeit seine Stimme häufig laut erheben müssen, um den zahlreichen Wünschen der oberschlesischen Industrie in der weit entfernten Reichshauptstadt Gehör zu verschaffen.

Ein anderer wichtiger Verband ist die oberschlesische Kohlen-Konvention, der die Aufgabe zufällt, den Wettbewerb der Werke untereinander in mehr oder minder weitgehender Weise zu beschränken. Ihr gehören mit Ausnahme einzelner kleiner Werke sämtliche oberschlesische Gruben einschließlich derjenigen des Staates an. Da dieser, wie bereits erwähnt, über den größten Grubenbesitz verfügt, so besitzt er sowohl in der Oberschlesischen Kohlen-Konvention wie auch auf dem oberschlesischen Kohlenmarkte ausschlaggebenden Einfluß. Die Oberschlesische Kohlen-Konvention wurde am 1. April 1890 gegründet und führte im Anfange ihres Bestehens den Namen „Vereinigung der oberschlesischen Kohlen-Produzenten“. Zur Zeit der Gründung dieser Vereinigung lagen die Verhältnisse auf dem oberschlesischen Kohlenmarkte geradezu trostlos. Um für ihre Produkte Absatz zu erhalten, waren die Gruben vielfach gezwungen, sich gegenseitig Konkurrenz zu machen und sich zu unterbieten. Infolgedessen waren die erzielten Verkaufspreise häufig derart niedrig, daß durch sie nicht einmal die Selbstkosten der Werke gedeckt wurden. Die bittere Not, in der sich damals die Mehrzahl der oberschlesischen Gruben befand, zwang sie dazu, den gegenseitigen Unterbietungswettbewerb auf dem Wege der Verbandsbildung zu beschränken. Diese Einschränkung wird durch die Oberschlesische Kohlen-Konvention allerdings nur in verhältnismäßig geringem Maße vorgenommen. Während nämlich in den meisten anderen deutschen Stein- und Braunkohlenrevieren die Werke zu Syndikaten vereinigt sind, welche ihren Mitgliedern den Verkauf völlig aus der Hand genommen haben, überläßt die Oberschlesische Kohlen-Konvention den Gruben den Verkauf ihrer Produkte nach wie vor selbständig;

die Mitglieder der Konvention haben lediglich die Verpflichtung, bei ihren Verkäufen einen Mindestpreis, der in der Hauptversammlung beschlossen wird, nicht zu unterschreiten. Ferner sind sie einer Beschränkung im Hauptbahnabsatz unterworfen, indem sie ihn in denjenigen Grenzen halten müssen, die von der Hauptversammlung für jedes Vierteljahr festgesetzt werden. Der Einfluß der Konvention war für die oberschlesische Kohlenindustrie außerordentlich segensreich. Das frühere sprunghafte Auf- und Niedergehen der Preise, unter dem auch die Kohlenkonsumenten zu leiden hatten, ist völlig beseitigt und dafür selbst zu den Zeiten der Hochkonjunktur eine Stetigkeit der Preise erzielt worden, die nicht nur für die Gruben selbst, sondern auch für die kohlenverbrauchenden Industrien und für die Landwirtschaft von ganz besonderer Wichtigkeit ist.

Auf den Einfluß der Oberschlesischen Kohlen-Konvention ist es zum Teil zurückzuführen, daß die Zeiten beseitigt sind, wo die erzielten Erlöse des oberschlesischen Steinkohlenbergbaues unter den Selbstkosten der Gruben blieben. Der Durchschnittserlös für die Tonne betrug im Jahre 1891 5,08 M., im Jahre 1901 8,45 M. und ist bis zum Jahre 1910 auf 9,11 M. gestiegen, im Jahre 1911 allerdings wieder auf 8,78 M. gefallen. In Kreisen, welche mit den Verhältnissen der Kohlenindustrie nicht vertraut sind, wird die Steigerung, die in den vorstehenden Zahlen zum Ausdruck kommt, häufig als ungerechtfertigt hoch bezeichnet. Daß diese Ansicht völlig unrichtig ist, geht jedoch daraus hervor, daß in der gleichen Zeit die Selbstkosten der Gruben wesentlich gestiegen sind. Durch die hohen Zölle auf alle landwirtschaftlichen Produkte und die damit verbundene Verteuerung unseres gesamten Wirtschaftslebens sind insbesondere die Arbeitslöhne stark in die Höhe gegangen. Ebenso haben die Preise der im Bergwerksbetriebe gebrauchten Materialien, insbesondere die Holzpreise, eine starke Steigerung erfahren. Die hierdurch bewirkte Erhöhung der Selbstkosten mußte naturgemäß einen Ausgleich in höheren Erlösen finden. Daß diese Steigerung sich in maßvollen Grenzen gehalten hat, ersieht man insbesondere daraus, daß sie weit geringer ist, als die Erhöhung der Selbstkosten in der gleichen Zeit; dies zeigt z. B. ein Vergleich der Selbstkosten der staatlichen Gruben in den letzten 20 Jahren. Die übermäßig hohen Gewinne, welche die oberschlesischen Kohlenproduzenten seit Bestehen der Konvention erzielt haben sollen, sind also ohne weiteres in das Gebiet der Fabel zu verweisen.

Die oberschlesische Kohlenindustrie hat hiernach vielfach erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden, wenn ihre Grundlagen auch durchaus gesund sind. Um so mehr waren die oberschlesischen Werke genötigt, ihre Einrichtungen auf einen hohen Stand technischer Vollkommenheit zu bringen. Alle Neuerungen auf dem Gebiete der Bergbautechnik wurden auch in Oberschlesien eingeführt und hier den besonderen örtlichen Verhältnissen angepaßt. Auf einzelnen Gebieten, so zum Beispiel in bezug auf die Einführung des Sandspülversatz-Verfahrens, wirkte Oberschlesien bahnbrechend. Bei der weit über Oberschlesien hinausgehenden Bedeutung dieses Verfahrens seien hier einige kurze Bemerkungen darüber gemacht. Wie schon erwähnt, wird durch den Abbau der mächtigen oberschlesischen Flöze die Tagesoberfläche sehr stark in Mitleidenschaft gezogen, so daß zum Schutze von

Gebäuden, Wasserleitungen und anderen Tagesgegenständen große Sicherheitspfeiler stehen bleiben müssen. Auch hat die Gewinnung der mächtigen Flöze noch andere schwerwiegende Nachteile im Betriebe der Gruben, wie z. B. Flözbrände zur Folge. Von jeher suchte man diesen Übelständen durch Einführung von sogenanntem Versatz zu begegnen, d. h. man verfüllte die abgebauten Räume mit irgendwelchem Material, vorwiegend mit den beim Betriebe gewonnenen Steinen, welche der Bergmann als „Berge" bezeichnet. Die Wirkung dieses Versatzverfahrens, welches mit der Hand ausgeführt werden mußte, war naturgemäß sehr unvollkommen. Es war daher eine epochemachende Neuerung, als es dem Generaldirektor, Bergrat Dr.-Ing. Williger der Kattowitzer Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb gelang, durch ein besonderes Verfahren die abgebauten Räume so dicht zu versetzen, daß wesentliche Senkungen der Tagesoberfläche nicht mehr eintreten können. Das Verfahren wurde zunächst auf der Myslowitzgrube eingeführt und fand hier seine Ausbildung. Infolgedessen ist diese Grube zu einer besonderen Berühmtheit gelangt. Ebenso wie seinerzeit die Techniker Europas sich die erste auf dem Kontinent aufgestellte Feuermaschine bei Tarnowitz ansahen, so pilgern heut Bergbautreibende und Bergingenieure aller Länder und Erdteile nach der Myslowitzgrube, um das Sandspülversatzverfahren daselbst kennen zu lernen. Das Verfahren besteht darin, daß man Sand und ähnliche Stoffe, welche sich durch Wasser fortbewegen lassen, in die abgebauten Räume hineinspült. Das Wasser fließt alsdann schnell ab, während die eingespülten Massen an Stelle der Kohle den abgebauten Raum völlig dicht ausfüllen. Außer reinem Sand benutzt man für den Sandspülversatz auch Lehm und Ton sowie die fortlaufend erzeugten Abgänge des Bergbaubetriebes selbst, wie Gruben- und Waschberge, Kesselasche, Staubkohlen, Bauschutt usw. Hierzu kommen die Abfallprodukte der Hütten, wie Schlacken, Zinkräumasche usw. Die Gewinnung der anstehenden Sandmassen über Tage geschieht nur noch selten von Hand, sondern meist mit Baggerbetrieb oder durch andere Verfahren. Die Versatzmassen werden entweder an der Gewinnungsstelle über Tage bereits mit Wasser gemischt und alsdann in offenen Geflutern nach dem Schachte geleitet, oder sie werden in Eisenbahnwagen nach dem Schachte transportiert und hier in einem Trichter, an dessen unterem Ende sich ein Rost befindet, um zu große Stücke zurückzuhalten, mit Wasser vermischt. Alsdann gelangen sie durch eine Rohrleitung von etwa 200 mm Weite in den Schacht hinab und hierauf durch die Grubenbaue in die zu versetzenden Räume. Damit die festen Massen zurückgehalten werden, ist es nötig, Dämme aus Holz oder Leinwand zu errichten, welche lediglich dem Wasser den Abfluß gestatten. Der Versatz setzt sich schnell und lagert sich bis dicht unter die Firste ab. Das abfließende Wasser wird zutage gehoben und alsdann dem Versatz von neuem zugeführt. Die Vorteile des Sandspülversatzes sind außerordentlich groß. Es wird durch ihn nicht nur eine weitgehende Sicherung der Tagesoberfläche erreicht, sondern auch große Mineralmengen, welche sonst in Form von Sicherheitspfeilern der Gewinnung und damit dem Nationalvermögen verloren gehen würden, können abgebaut werden. Aber auch Betriebsvorteile sind mit dem Verfahren verbunden.

Zunächst ist es eine anerkannte Tatsache, daß durch den Sandspülversatz die Schwierigkeit der Hereingewinnung der Kohle vermindert und infolgedessen die Unfallgefahr verringert wird. Infolgedessen wird auch die Leistung der Arbeiter wesentlich erhöht. Ebenso wird der Holzverbrauch verringert. Da ein reiner Abbau möglich ist, werden Grubenbrände vermieden. Schwierigkeiten bereitet allerdings in vielen Fällen die Beschaffung des Versatzmaterials. Nur wenige Gruben sind in der glücklichen Lage, in ihrer Nähe ausgedehnte Sandfelder zu besitzen. In allen anderen Fällen muß der Sand aus großer Entfernung herbeigeschafft werden. So hat z. B. die staatliche Königin-Luise-Grube eine 13 km lange vollspurige Bahn angelegt, welche lediglich dem Sandtransport dient. Eine zweite ähnliche Bahn ist zurzeit im Bau, andere werden voraussichtlich folgen. Die durch das Sandspülversatzverfahren verursachten Mehrkosten sind im allgemeinen allerdings beträchtlich; sie betragen bis zu 1 Mark auf die Tonne Förderung. Doch werden sie durch die mit dem Verfahren verbundenen Vorteile ausgeglichen. Jedenfalls bedeutet das Sandspülverfahren den wichtigsten Fortschritt in der Bergbautechnik der letzten Jahrzehnte.

Die Eisenindustrie.

Der ehemals blühende oberschlesische Eisenerzbergbau besitzt heute keine besondere Bedeutung mehr. Im Jahre 1911 standen nur noch 12 Eisenerzförderungen im Betriebe. Wie an anderer Stelle mitgeteilt, sind die in Oberschlesien geförderten Eisenerze Brauneisensteine, die sich hauptsächlich auf der Oberfläche der Muschelkalkformation finden. Ihr Metallgehalt ist meist gering; nur bei den besseren Sorten überschreitet er 30 v. H. Der oberschlesische Eisenerzbergbau bewegt sich im allgemeinen in geringen Tiefen und ist daher nicht mit Schwierigkeiten verknüpft, besonders da die Lagerstätten in vielen Fällen durch die tiefer liegenden Blei- und Zinkerzgruben entwässert sind. Dort allerdings, wo dies nicht der Fall ist, wie bei den Eisenerzvorkommen von Georgenberg und Bibiella, hat dieser Bergbau mit bedeutenden Wasserschwierigkeiten zu kämpfen.

Im Gegensatz zu dem Eisenerzbergbau ist das oberschlesische Eisenhüttenwesen eine sehr umfangreiche Industrie, welche fast alle Zweige der Eisenherstellung und der Eisenverarbeitung umfaßt. Im Jahre 1911 waren 30 Kokshochöfen im Betriebe, welche 963382 t Roheisen lieferten. 24 Eisen- und Stahlgießereien produzierten an Gußwaren zweiter Schmelzung 80992 t. Ferner waren eine große Anzahl Stahlwerke und Puddelwerke vorhanden, welche 1234058 t Flußeisen und 85834 t Schweißeisen erzeugten. Hieran schlossen sich 13 Walzwerke, die rund 806000 t Fertigerzeugnisse herstellten. Dazu kamen noch Verfeinerungsbetriebe, wie Preß- und Hammerwerke, Rohrpreßwerke, Rohrschweißereien, Konstruktionswerkstätten, Maschinenbauanstalten, Drahtwerke, Eisenblechwarenfabriken usw., die gleichfalls eine bedeutende Produktion aufwiesen. Die oberschlesische Eisenindustrie beschäftigte im Jahre 1911 rund 43000 Arbeiter, die eine Jahreslohnsumme von fast 45 Millionen Mark erhielten. Über ihre Bedeutung können hiernach Zweifel nicht bestehen.

In technischer Hinsicht steht die oberschlesische Eisenindustrie durchaus auf der Höhe. Sie hat sich stets alle Fortschritte der Technik ungesäumt zu eigen gemacht, so daß ihre Anlagen in jeder Hinsicht durchaus modern eingerichtet sind. Bei den großen Werken herrscht die Form der gemischten Betriebe vor. Alle diese Hütten haben eigene Hochöfen und, sofern sie Walzwerke besitzen, auch eigene Stahlwerke. Bis auf ein Eisenhüttenwerk sind sie im Besitz eigener Steinkohlengruben und Kokereien. Die oberschlesischen Eisenhütten liegen heute fast durchweg in enger Verbindung mit den Steinkohlengruben.

Trotz ihrer Größe befindet sich die oberschlesische Eisenindustrie in keiner günstigen Lage. Es läßt sich dies insbesondere daraus erkennen, daß die von ihr erzielten Erträge so gering sind, daß sie größtenteils kaum die Selbstkosten decken. Der Grund hierfür liegt einmal in den wenig günstigen Produktionsbedingungen und den hiermit zusammenhängenden unverhältnismäßig hohen Selbstkosten der oberschlesischen Eisenindustrie und ferner in der Ungunst ihrer Absatzverhältnisse.

Die ungünstigen Produktionsbedingungen sind in der Hauptsache auf die schwierige Lage zurückzuführen, in welcher sich das oberschlesische Revier bezüglich seiner Versorgung mit den für die Eisenerzeugung wichtigsten Rohmaterialien, nämlich mit Eisenerzen und mit Koks, befindet. Da die einheimischen Eisenerze zur Versorgung der Hütten nicht ausreichen, so ist die oberschlesische Eisenindustrie auf den Bezug fremder Erze angewiesen. Derartige Erze wurden ursprünglich bezogen, um sie den minderwertigen einheimischen Erzen zuzusetzen und auf diese Weise die Möllerung der Hochöfen zu verbessern. In demselben Maße, wie dann die Förderung der einheimischen Erze abnahm, vergrößerte sich der Bezug der fremden Erze. Im Jahre 1900 hielt die einheimische Eisenerzförderung der Erzzufuhr aus dem Auslande ungefähr die Wage, seitdem hat die Zufuhr der fremden Erze noch weiter zugenommen. Im Jahre 1910 konnten die oberschlesischen Erzförderungen nur noch 302357 t oder etwa 27 Proz. des gesamten Bedarfs an Eisenerzen decken. Da nun der oberschlesischen Eisenindustrie infolge ihrer geographischen Lage andere deutsche Erzquellen nur in geringem Umfange zur Verfügung stehen, so ist sie gezwungen, große Erzmengen aus dem Auslande zu beziehen. Im Jahre 1910 stammten 647473 t aus fremden Ländern, und zwar waren hierbei in erster Linie beteiligt

Schweden und Norwegen mit	240514 t
Rußland mit	253541 t
Österreich-Ungarn mit . . .	151752 t.

Hierzu kamen noch Eisenerze aus dem übrigen Deutschland in einer Menge von 121729 t.

Der Umstand, daß die oberschlesischen Eisenhütten in der Hauptsache auf ausländisches Schmelzmaterial angewiesen sind, hat in mehrfacher Hinsicht schwerwiegende Nachteile; denn da Oberschlesien von den ausländischen Erzbezugsquellen sehr weit entfernt liegt, und da diese Erze ferner für ihren Transport zumeist lediglich die teuren Bahnwege benutzen können, so wird der Bezug der fremden

Erze außerordentlich kostspielig. So haben die schwedischen Erze außer dem Seeweg von Schweden nach den Ostseehäfen noch einen Bahnweg von 500—600 km zurückzulegen. Die Eisenerze aus Österreich-Ungarn sind gleichfalls mit einer Bahnfracht von mehreren Hundert Kilometern und die aus Südrußland bezogenen Erze sogar mit einer solchen von etwa 1300 km belastet. Die Folge dieser Verhältnisse ist, daß die oberschlesischen Eisenhütten für die ausländischen Erze Frachten bezahlen müssen, welche zu dem Werte dieser Erze in einem direkt ungesunden Verhältnis stehen. Hierzu kommt, daß die Abhängigkeit der oberschlesischen Eisenwerke vom Auslande in hohem Maße die Sicherheit seiner Erzversorgung überhaupt beeinträchtigt. Denn gerade diejenigen Länder, aus denen Oberschlesien seine Erze bezieht, haben in den letzten Jahren Maßnahmen getroffen, um die Ausfuhr von Erzen im Interesse ihrer eigenen Industrien zu vermindern. So hat Ungarn die Erzausfuhrtarife wesentlich erhöht. Die schwedische Regierung hat die Erzausfuhr mit einer Förderabgabe belegt und gleichfalls die Bahnfrachten von den Erzfeldern nach den Ausfuhrhäfen höher gestellt. Auch Rußland hat seine Erztarife erhöht und gestattet außerdem die Ausfuhr über die für Oberschlesien allein in Betracht kommende westliche Grenze nur auf Grund besonderer Lizenzen, welche aber in neuerer Zeit nicht mehr erteilt werden.

Höchst ungünstig sind für Oberschlesien auch die Verhältnisse bezüglich der Versorgung mit Koks. Der in Oberschlesien selbst gewonnene Koks ist für die Zwecke der Eisenindustrie nur schwer zu verwenden. Zunächst ist er viel weniger tragfähig, wie der Koks aus anderen Revieren. Dies hat den Nachteil, daß in Oberschlesien mit Hochöfen von geringeren Abmessungen gearbeitet werden muß, als dies in den westdeutschen Revieren und in England der Fall ist. Infolgedessen ist auch die Leistung eines Hochofens an Roheisen in Oberschlesien wesentlich geringer als in den genannten Konkurrenzrevieren. Dies bewirkt selbstverständlich eine Erhöhung der Selbstkosten in vieler Hinsicht, so namentlich bezüglich der Arbeitslöhne, der Generalunkosten usw.

Außer den Preisen für Erze und Koks sind für die Höhe der Produktionskosten einer Eisenindustrie noch von besonderem Einfluß die Arbeiterverhältnisse. Früher besaß Oberschlesien einen wesentlichen Vorteil dadurch, daß die Arbeiter- und Lohnverhältnisse gegenüber denjenigen in den anderen Revieren günstiger waren. Dieser Vorteil ist aber im Laufe der Jahre nahezu völlig in Fortfall gekommen, da die von der oberschlesischen Eisenindustrie gezahlten Arbeiterlöhne in den letzten beiden Jahrzehnten ganz außerordentlich gestiegen sind; sie haben sich in dieser Zeit beinahe verdoppelt; infolgedessen sind sie nur noch wenig geringer als in den Konkurrenzrevieren. Hierzu kommt, daß in den letzten Jahren durch Verwendung von Maschinen die Eisenindustrie möglichst an Arbeitern zu sparen sucht.

Alle diese Verhältnisse haben zur Folge, daß in Oberschlesien die Selbstkosten für Roheisen ganz erheblich höher sind, als in den anderen Revieren. Dies bewirkt wiederum, daß auch die Produktionsverhältnisse für die Stahl- und Walzwerke in Oberschlesien ungünstig beeinflußt werden, da diese ja auf die Verarbeitung

des Roheisens angewiesen sind. Nächstdem ist allerdings für diese Betriebe viel mehr als bei den Hochofenwerken die Höhe der Arbeitslöhne und der Preise für den Brennstoff, also für die Kohle, von Wichtigkeit. Da namentlich die letztere in Oberschlesien billiger ist, als in Westdeutschland, so hat die oberschlesische Eisenindustrie diesen Vorteil nach Möglichkeit ausgenutzt. Sie verarbeitet, soweit angängig, das von ihr hergestellte Roheisen in eigenen Betrieben weiter und bringt hauptsächlich Fertigerzeugnisse auf den Markt. Trotzdem sind auch die Selbstkosten für diese Produkte zum Teil wesentlich höher, als bei den mit Oberschlesien in Konkurrenz stehenden Revieren.

Auch die Absatzverhältnisse sind für die oberschlesische Eisenindustrie nur wenig günstig. Wie bereits gesagt, werden aus Oberschlesien hauptsächlich Fertigerzeugnisse abgesetzt. Da nun Ostdeutschland keine andere Großeisenindustrie besitzt, so müßte man meinen, daß die ganze Ostmark einschließlich Pommern und Brandenburg zum Absatzgebiet der oberschlesischen Eisenhüttenwerke gehöre. In Wirklichkeit liegen aber die Verhältnisse wesentlich anders. Die oberschlesischen Eisenerzeugnisse müssen nämlich, um Absatz zu finden, ebenso wie die Erze, aus denen sie hergestellt sind, mehrere hundert Kilometer lange Bahnwege zurücklegen. Dies wirkt derart verteuernd, daß es den westdeutschen und sogar den südwestdeutschen Eisenhüttenwerken möglich ist, unter Ausnutzung ihres großen Selbstkostenvorsprunges sowie der ihnen zur Verfügung stehenden billigen Wasserwege den oberschlesischen Erzeugnissen in dem ganzen genannten Gebiete Konkurrenz zu machen. Nach den Plätzen der Ostseeküste und der angrenzenden Küstengebiete gelangt das westdeutsche Eisen sogar erheblich billiger als das oberschlesische, da es in der Lage ist, ausschließlich Wasserstraßen, nämlich den Rhein und dann den Seeweg zu benutzen. Der Frachtvorsprung der westdeutschen Eisenindustrie vor Oberschlesien kann nach Stettin, Elbing, Danzig und den angrenzenden Gebieten auf durchschnittlich 3—4 Mark für die Tonne und nach Königsberg und den benachbarten Gebieten sogar auf rund 6 Mark für die Tonne angesetzt werden. Diese Verhältnisse waren nun nicht von jeher vorhanden. Sie haben sich vielmehr erst in den letzten Jahrzehnten infolge der außerordentlichen Fortschritte auf dem Gebiete des Wassertransportwesens und der hierdurch eingetretenen Verbilligung der Wasserfrachten nach und nach herausgebildet. Heute liegen die Verhältnisse für die oberschlesische Eisenindustrie derart, daß sie auf ihren inländischen Absatzgebieten entweder der westdeutschen Konkurrenz weichen oder in deren niedrigere Preise eintreten muß; dies hat in vielen Fällen nicht nur einen Verzicht auf jeden Gewinn, sondern sogar einen Verlust zur Folge. Die Preise werden also in den inländischen Absatzgebieten der oberschlesischen Eisenindustrie von den westdeutschen Werken diktiert. Infolgedessen hat es nur geringe Wirkung, daß die oberschlesischen Eisenhüttenwerke sowohl bezüglich des Verkaufs ihrer Roherzeugnisse und Halbfabrikate als auch bezüglich des Absatzes ihrer Fertigerzeugnisse stets Hand in Hand miteinander gehen. Erwähnt sei hier noch, daß die Interessen der gesamten oberschlesischen Eisenindustrie, namentlich der Staatsregierung gegenüber, von dem Verein Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller, Östliche Gruppe, zu Kattowitz,

deren Vorsitzender der Generaldirektor der Vereinigten Königs- und Laurahütte, Geheimer Bergrat Hilger, ist, wahrgenommen werden.

Nicht besonders günstig sind für die oberschlesische Eisenindustrie auch die Exportverhältnisse. An sich müßten zwar die beiden Nachbarländer, Österreich-Ungarn und Rußland, die in unmittelbarer Nähe des oberschlesischen Industriereviers liegen, auch seine natürlichen Absatzgebiete darstellen. Beide Länder haben sich jedoch mit hohen Zollschranken umgeben und auf diese Weise die Einfuhr aus Oberschlesien nach und nach immer mehr zurückgedrängt. Die Schwankungen der Zollverhältnisse sind daher für die oberschlesische Eisenindustrie von ganz besonderer Bedeutung, und man müßte meinen, daß hierauf bei jeder Änderung der Wechselbeziehungen Deutschlands zu den benachbarten Handelsgebieten seitens unserer Staatsregierung besondere Rücksicht genommen würde. Aber noch in den letzten Handelsverträgen ist es Österreich gelungen, seinen Eingangszoll für einige wichtige Eisenerzeugnisse weiter heraufzusetzen.

Unter diesen Umständen kommen für Oberschlesien heute in der Hauptsache nur als ausländische Absatzgebiete Rumänien und die unteren Donauländer sowie Dänemark und Skandinavien in Betracht. Aber auch im Export nach diesen Ländern sind im Laufe der letzten Jahre erhebliche Frachtverteuerungen eingetreten, welche den Absatz wesentlich beeinträchtigen.

Wie aus dem Vorstehenden hervorgeht, ist die Lage der oberschlesischen Eisenindustrie sehr ungünstig. Bezeichnend hierfür ist auch die Tatsache, daß, während in Rheinland-Westfalen und namentlich in Südwestdeutschland in den letzten Jahren zahlreiche neue Eisenhüttenwerke entstanden sind, in Oberschlesien in den letzten 30 Jahren kein einziges neues Eisenhüttenwerk errichtet worden ist, wohl aber ist der Betrieb verschiedener oberschlesischer Eisenwerke eingestellt worden. Die heutige Notlage der oberschlesischen Eisenindustrie beruht nun wohl zu einem Teil auf der natürlichen Entwicklung ihrer Produktions- und Absatzbedingungen, zu einem anderen und zwar sehr erheblichen Teil ist sie jedoch zweifellos auf rein staatliche Maßnahmen bzw. Unterlassungen zurückzuführen. Diese sind keineswegs immer durch eine zwingende Notwendigkeit hervorgerufen worden. Infolgedessen ist in vielen Fällen der Staat in der Lage, zugunsten der oberschlesischen Eisenindustrie seinen Einfluß geltend zu machen. In erster Linie ist hierbei an Maßnahmen zur Erleichterung und Verbilligung des Absatzes zu denken. Durch Herabsetzung der ab Oberschlesien geltenden Frachtsätze für Fertigeisen müssen die oberschlesischen Werke in die Lage versetzt werden mit den westdeutschen Revieren erfolgreich zu konkurrieren. Für den Absatz nach dem Ausland kommt in Frage, gleichfalls die Frachtsätze nach allen den Orten zu ermäßigen, von denen aus ein Eisenexport stattfindet, namentlich aber im Verkehr mit den Nachbarländern Österreich-Ungarn und Rußland beim Abschluß der neuen Handelsverträge möglichst niedrige Zollsätze für Eisen und Eisenfabrikate durchzusetzen. Alsdann kommen Maßnahmen in Betracht, zur Verbilligung der Selbstkosten durch Erstellung möglichst niedriger Tarife für oberschlesische Erzbezüge.

Erfreulicherweise hat die Regierung unter Anerkennung der Notlage der oberschlesischen Eisenindustrie begonnen, dieser zu Hilfe zu kommen. Die Frachten

für den oberschlesischen Fertigeisenversand nach den Ostseehäfen für die überseeische Ausfuhr nach außerdeutschen Ländern sind erheblich ermäßigt worden. Ferner sind für die Bezüge der oberschlesischen Eisenhütten an Schmelzmaterial höchst erfreuliche Tarifermäßigungen gewährt worden. Einmal wurden die Frachtsätze für Eisenerze usw. von den Seehäfen und Oderumschlagsplätzen nach Oberschlesien herabgesetzt, und ferner wurde ein besonders niedriger Ausnahmetarif für Erze von dem Siegerland sowie von dem Lahn- und Dillgebiet nach Oberschlesien erstellt. Durch die letztere Maßnahme ist es den oberschlesischen Eisenhütten möglich geworden, Erze aus ganz neuen, bisher wirtschaftlich unerreichbaren einheimischen Erzversorgungsgebieten zu beziehen. Daß der Staat zugunsten der notleidenden oberschlesischen Eisenindustrie eintritt, ist wirtschaftspolitisch durchaus nichts Neues. Abgesehen davon, daß der Staat schon wiederholt anderen notleidenden Erwerbszweigen, wie z. B. der Landwirtschaft, und auch anderen Industrien geholfen hat, so vereint sich die Unterstützung der oberschlesischen Eisenindustrie schon um deswillen mit der bisher vom Staate verfolgten Wirtschaftspolitik, weil es sich bei ihr um eine Großindustrie in der Ostmark handelt. Nachdem alle bisherigen Versuche im deutschen Osten neue Industrien künstlich ins Leben zu rufen, mißlungen sind, erscheint es nur selbstverständlich, daß der Staat einer alten, ehemals blühenden Industrie, deren Gründer kein anderer als Friedrich der Große war, seine Hilfe angedeihen läßt. Die Erhaltung der oberschlesischen Eisenindustrie erscheint aber notwendig einmal mit Rücksicht auf das in derselben investierte, auf rund 200 Millionen Mark zu schätzende Kapital, von dem sich ein großer Teil in den Händen auch kleiner Sparer befindet. Sie ist ferner geboten mit Rücksicht auf die in ihr beschäftigten Arbeitermassen und die von diesen ernährten Familienangehörigen. Besonders schwerwiegend würde aber ein Niedergang der oberschlesischen Eisenindustrie für diejenigen oberschlesischen Gemeinden sein, in denen sich ein Eisenhüttenwerk befindet; diese würden nicht nur ihren größten Steuerzahler, sondern auch einen großen Teil ihrer Bürgerschaft verlieren, welcher heut in der Hauptsache von den Lebensbedürfnissen der in den Eisenhüttenwerken beschäftigten Beamten und Arbeiter lebt. Vor allem aber muß auch die oberschlesische Eisenindustrie aus nationalen und politischen Gründen erhalten werden; denn es handelt sich bei ihr um eine rein deutsche Industrie, welche ein starkes Bollwerk gegen das Polentum in der gefährdeten Ostmark darstellt.

Die Zinkindustrie.

Ein wesentlich günstigeres Bild als die Eisenindustrie bietet die oberschlesische Zinkindustrie. Diese ist die größte Europas. Sie erzeugte im Jahre 1911 etwa 150 000 t Zink im Werte von rund 74 Millionen Mark. Auf sie entfielen etwa zwei Drittel der gesamten Zinkproduktion Deutschlands. Von den oberschlesischen Zinkhütten wurden fast ausschließlich Erze verarbeitet, welche in Oberschlesien selbst gewonnen werden. Wie an anderer Stelle bemerkt, finden sich diese Erze hauptsächlich im oberschlesischen Muschelkalk.

Der älteste Zinkerzbergbau Oberschlesiens ging am nördlichen Rande der Beuthener Muschelkalkmulde um. Hier baute die alte Scharleygrube der Bergwerksgesellschaft Georg von Giesche's Erben viele Jahrzehnte lang die reichen und mächtigen Galmeierze des steil aufgerichteten nördlichen Muldenrandes in Tagebauen. Späterhin war man allerdings genötigt, die Erze nach der Tiefe zu verfolgen. Dies bereitete insofern besondere Schwierigkeiten, als man mit großen Wasserzuflüssen zu kämpfen hatte. Zur Bewältigung der Wasser wurde auf der Scharleygrube im Jahre 1814 eine Dampfmaschine, und zwar eine Niederdruckmaschine aufgestellt. Die Scharleygrube wurde auf diese Weise die erste private Grube, welche sich der Dampfkraft zur Wasserhebung bediente, nachdem, wie bereits erwähnt, im Jahre 1788 die staatliche Friedrichsgrube mit der Aufstellung einer solchen Maschine vorangegangen war. In der Folgezeit hatten auch die umliegenden Gruben unter großen Wasserschwierigkeiten zu leiden. Dies zwang im Jahre 1855 die Besitzer der Gruben Scharley, Wilhelmine, Cäcilie und Neue Helene, sich zu der sogenannten Scharleyer Tiefbausozietät zu vereinigen, um der Wasserschwierigkeiten Herr zu werden. Die Scharleyer Tiefbausozietät schuf für die vier Gruben zusammen eine gemeinschaftliche Wasserhaltung in einer 80 m tiefen Sohle; jeder tiefer bauenden Grube wurde gestattet, ihre Wasser auf diese 80 m tiefe Sohle auszugießen. In den ersten Jahren ihres Bestehens hatte die Sozietät außerordentlich große Mengen an Wasser zu heben, welche zeitweise bis zu 45 cbm/Minute betrugen. Um diese großen unterirdischen Wasserzuflüsse zu vermindern, wurden später die obertägigen Wasserläufe reguliert und ihr Überschwemmungsgebiet eingedämmt. Diese Maßnahmen hatten den gewünschten Erfolg. Auch die Ausbreitung des Betriebes der umliegenden Gruben bewirkte eine allmähliche Abnahme der Wasser. Heute werden daher von der Sozietät im Durchschnitt nur noch etwa 15 cbm/Minute gehoben. Im übrigen gestaltet sich der unterirdische Betrieb der oberschlesischen Zinkerzgruben verhältnismäßig einfach. Dagegen macht die Aufbereitung der gewonnenen Erze Schwierigkeiten. Die geförderten Erze sind nämlich zum Teil miteinander sowie mit dem tauben Nebengestein innig verwachsen und müssen in besonderen Aufbereitungsanstalten geschieden und von Beimengungen befreit werden. Solange lediglich Galmei mit Bleierz gefördert wurde, handelte es sich im wesentlichen nur darum, den Galmei von lettigen Beimengungen zu trennen und den spezifisch schwereren Bleiglanz abzuschneiden. Als man dann zum Abbau der Zinkblendelagerstätten überging, wurde man vor wesentlich schwierigere Aufgaben gestellt, da die Blende in vielen Fällen mit Bleiglanz, Schwefelkies und Dolomit innig verwachsen und außerdem zum Teil in sehr zähen Letten, den sogenannten Vitriolletten, eingebettet ist. Die Trennung der Zinkblende von diesen Stoffen gestaltet sich insofern nicht einfach, als einzelne von ihnen nur geringe Unterschiede der spezifischen Gewichte zeigen. Die zurzeit auf den oberschlesischen Zinkerzgruben bestehenden Erzaufbereitungsanstalten müssen durchweg als in jeder Hinsicht mustergültig angesprochen werden. Namentlich die neuesten Aufbereitungen gestatten eine sehr hohe Leistung und zeichnen sich durch eine weitgehende Erzscheidung aus. Die größte und modernste

Wäsche ist zurzeit diejenige der der Bergwerksgesellschaft Georg von Giesche's Erben gehörigen Bleischarleygrube.

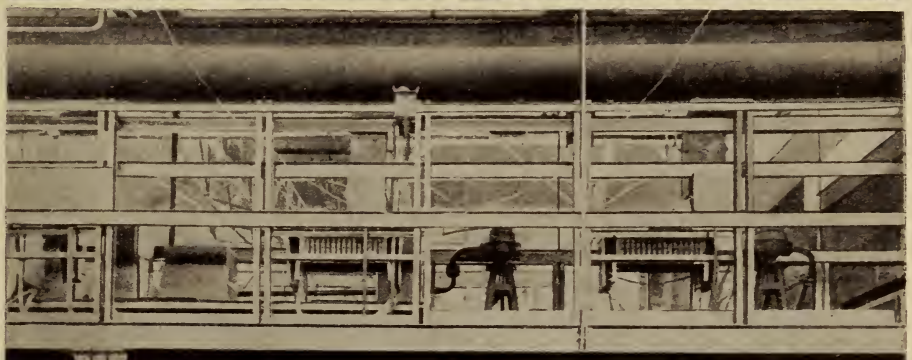
Im Jahre 1911 waren 22 Zink- und Bleierzgruben vorhanden, welche 118900 t Galmei, 375210 t Zinkblende, 47722 t Bleierze, 8045 t Eisenerz und 10557 t Schwefelkies förderten. Der Gesamtwert der Produktion betrug 30620745 M.

Die Lebensdauer der oberschlesischen Erzlagerstätten ist auf noch etwa 80 Jahre zu schätzen.

Die in Oberschlesien gewonnenen Zinkerze werden durchweg auf den oberschlesischen Zinkhütten verarbeitet. Bis auf eine kleinere Gesellschaft besitzen alle oberschlesischen Zinkhütten eigene Zinkerzbergwerke, von denen fast der gesamte Erzbedarf gedeckt wird; fremde Erze werden nur in geringen Mengen eingeführt. Die meisten Zinkhütten besitzen auch eigene Steinkohlengruben. Dies ist für die Zinkindustrie von besonderer Wichtigkeit, da zur Erzeugung einer Tonne Rohzink etwa 9 t Kohle und Zinder erforderlich sind. Der starke Brennstoffverbrauch hat zur Folge gehabt, daß man die Zinkhütten nicht in der Nähe der Zinkerzgruben, sondern der Steinkohlengruben angelegt hat, da es unter diesen Umständen vorteilhafter ist, die Erze zu den Kohlengruben zu transportieren, als die Kohle nach den Erzbergwerken.

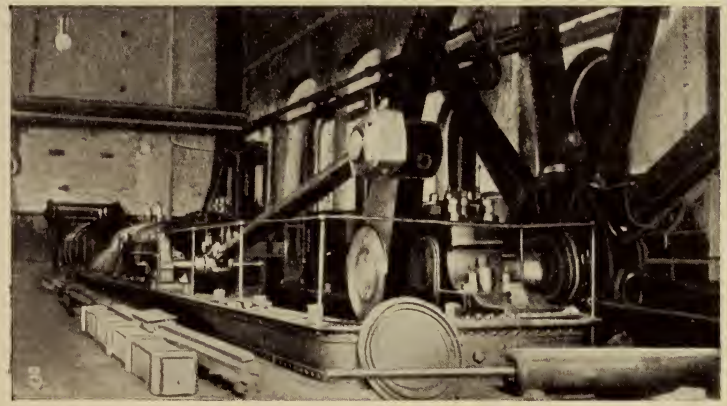
Schon aus dem Vorstehenden geht hervor, daß die Produktionsverhältnisse der oberschlesischen Zinkindustrie zurzeit im allgemeinen nicht ungünstig sind. Allerdings ist auch sie von Schmerzen nicht frei. Eine ihrer Hauptsorgen ist die Schwefelsäure. Solange die oberschlesischen Zinkhütten lediglich Galmei verarbeiteten, wurde Schwefelsäure von ihnen nicht hergestellt. Später lernte man es auch, das schweflige Zinkerz, die Zinkblende, zu verhütten. Hierzu war es erforderlich, die Blende zunächst zu rösten, um sie vom Schwefel zu befreien; die hierbei entstandene schweflige Säure ließ man in die Luft entweichen. Da die schweflige Säure für das Pflanzenwachstum jedoch schädlich ist, wird sie nunmehr in Schwefelsäurefabriken zu Schwefelsäure verarbeitet. Die Herstellung von Schwefelsäure bedeutet aber für die oberschlesischen Werke zurzeit keinen wirtschaftlichen Vorteil, sondern große Nachteile. Die gewonnene Schwefelsäure, die im Jahre 1911 über 170000 t betrug, kann nämlich im Revier selbst nur zu einem kleinen Teil verbraucht werden. Um sie unterzubringen, muß man sie nach außerhalb verkaufen. Dies verursacht den Werken sehr erhebliche Verluste, da die Fracht für Schwefelsäure zurzeit ganz außergewöhnlich hoch ist. Schwefelsäure, die heute nur einen geringen Wert besitzt, wird nämlich nach dem teuersten Spezialtarife, welcher in Geltung ist, dem Spezialtarif I, verfrachtet, der nur für teure Güter erstellt ist. Diese Tarifierung wurde in einer Zeit vorgenommen, als Schwefelsäure noch sehr teuer war, und ist bis heute nicht geändert worden. Die oberschlesischen Zinkwerke haben sich zwar bemüht, eine zeit- und sachgemäßere Tarifierung der Schwefelsäure durchzusetzen, doch haben sie bisher hierbei infolge des Widerspruchs einzelner auswärts gelegener Schwefelsäurefabriken keinerlei Erfolg gehabt.

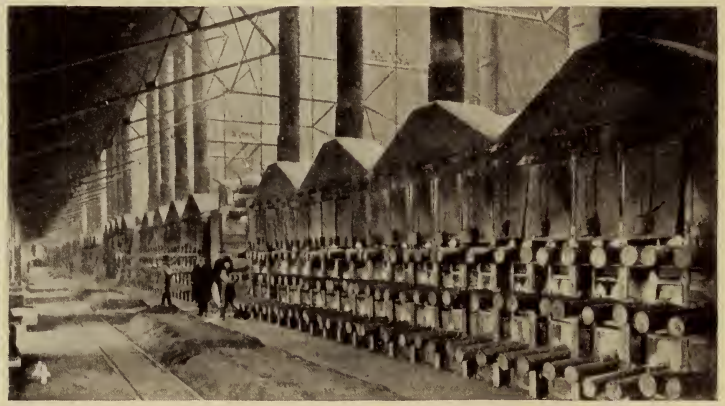
Für die Absatzverhältnisse der oberschlesischen Zinkindustrie ist naturgemäß die geographische Lage Oberschlesiens gleichfalls nicht vorteilhaft; namentlich beeinflußt



1.* Eisenhüttenwerk Laurahütte der Vereinigten Königs- und Laurahütte A.-G. 2. Zinkhüttenanlagen zu Rosdzin der Bergwerksgesellschaft Georg von Giesche's Erben (Phot. M. Steckel, Kattowitz). 3.* Hochofenanlage Königshütte der Vereinigten Königs- und Laurahütte A.-G. 4.* Schienen- und Trägerwalzwerk Königshütte der Vereinigten Königs- und Laurahütte A.-G.

* Aus dem Verlage von Gebr. Böhm, Kattowitz.





1. Das Wasserhebewerk Rosaliegrube des Landkreises Kattowitz. 2. Anlagen des dem Sandspülverfahren dienenden Glückaufschachtes des Königl. Steinkohlenbergwerkes Königin Luise (Phot. M. Steckel, Kattowitz). 3. Die ältere Wasserhebemaschine des Wasserhebewerkes Rosaliegrube. 4. Inneres der Bernhardizinkhütte der Bergwerksgesellschaft Georg von Giesche's Erben zu Rosdzin (Phot. M. Steckel, Kattowitz).

diese den Absatz nach überseeischen Ländern infolge der hohen Eisenbahnfrachten bis zu den Ausfuhrhäfen.

Früher hatte der Absatz der Produkte der oberschlesischen Zinkindustrie unter starken Preisschwankungen zu leiden. Maßgebend für die Preise auf dem Zinkmarkte ist die Londoner Börse. Diese wurde namentlich durch die amerikanische Produktion beeinflußt. Ferner wirkten auf die Preisgestaltung häufig wiederkehrende Spekulationsmanöver ein. Um diesen Auswüchsen zu begegnen, haben sich die deutschen Zinkhütten im Jahre 1909 zu einem Verbande zusammengeschlossen, der die Produktionsmengen und die Verkaufspreise regelt. Es ist gelungen, zwischen diesem Verbande und den englischen, französischen und belgischen Zinkhütten Vereinbarungen zu treffen, welche eine Überspekulation und Überproduktion in Europa verhindern.

Mit den Zinkhütten sind in Oberschlesien zum Teil Zinkwalzwerke verbunden. Diese hatten im Jahre 1911 eine Produktion von 61 972 t im Werte von 31 692 407 M. Auch der Verkauf der Fabrikate der Zinkwalzwerke ist in Deutschland durch eine Organisation geregelt.

Die Bleiindustrie.

Wie in dem geologischen Kapitel bereits erwähnt, treten die Bleierze in der Beuthener Triasmulde gemeinschaftlich mit den Zinkerzen auf; im westlichen Teil der Mulde, der sogenannten Tarnowitzer Mulde, herrschen jedoch die Bleierze vor. Hier lagen die Baue der staatlichen Friedrichsgrube. Für den fiskalischen Bleierzbergbau wurde im Jahre 1835 ein großes Grubenfeld reserviert, welches fast die ganze südliche Hälfte des Tarnowitzer Kreises und vom Kreise Beuthen einen Teil umfaßt, der sich nördlich einer von Biskupitz über Beuthen und Kamin nach der Landesgrenze verlaufenden Linie befindet. Diejenigen Zinkerzgruben, die in diesem reservierten Felde der Friedrichsgrube liegen, sind verpflichtet, die von ihnen geförderten Bleierze an die Friedrichsgrube abzugeben, doch werden ihnen von dieser die Selbstkosten einschließlich der Aufbereitungskosten ersetzt. Sämtliche Erze der Friedrichsgrube werden auf der staatlichen Friedrichshütte bei Tarnowitz verarbeitet. Einzelne Zinkerzbergwerke liegen außerhalb des reservierten Feldes der Friedrichsgrube; die Verhüttung der von diesen Gruben gewonnenen Erze geschieht auf der der Bergwerksgesellschaft Georg von Giesche's Erben gehörenden Walter-Croneckhütte bei Rosdzin. Der Betrieb der Friedrichsgrube ist nach mehr als 100jährigem Bestehen zum Erliegen gekommen, da die Bleierzlagerstätten in der Tarnowitzer Mulde heute erschöpft sind. Infolgedessen wurde auch die im Jahre 1835 erbaute Zentralerzwäsche eingestellt. Ein kleines, nördlich von Tarnowitz gelegenes Bleierzvorkommen bei Bibiella ist heute gleichfalls abgebaut.

Die beiden Bleihütten, die staatliche Friedrichshütte und die Walter-Croneckhütte produzierten im Jahre 1911 einschließlich Glätte 45 252 t. Außerdem wurden 10 021 kg Silber hergestellt. Der Wert der Produktion betrug etwa 13½ Millionen

Mark. Die Produktions- und Absatzverhältnisse der beiden Bleihütten sind zurzeit im allgemeinen als nicht ungünstig zu bezeichnen. Wenig angenehm wird jedoch auch von ihnen empfunden, daß sie gezwungen sind, die beim Rösten des Bleiglanzes erzeugte schweflige Säure zu Schwefelsäure zu verarbeiten, da der Absatz der Schwefelsäure ihnen gleichfalls erhebliche Verluste infolge des hohen für sie bestehenden Eisenbahntarifs verursacht. Hierzu kommt, daß die schwefligen Röstgase der Bleihütten viel weniger konzentriert sind, als auf den Zinkhütten, und daher die Herstellung der Schwefelsäure auf den Bleihütten größere Kosten verursacht.

Die Wasserversorgung des oberschlesischen Industriebezirks.

In enger Beziehung zu der oberschlesischen Montanindustrie steht die Wasserversorgung des oberschlesischen Industriebezirks, welcher aus diesem Grunde hier einige kurze Bemerkungen gewidmet werden sollen.

Im oberschlesischen Industriebezirk sind, abgesehen von kleinen Bächen, Wasserläufe nicht vorhanden; infolgedessen bereitet die Versorgung mit Trink- und Gebrauchswasser erhebliche Schwierigkeiten. Hierzu kommt, daß die Entwicklung des Landes große Menschenmassen zusammengeführt hat. Für diese große Zahl von Einwohnern reichen die früher vorhanden gewesenen Brunnen bei weitem nicht aus; auch hat sich das Brunnenwasser infolge der zunehmenden Dichte der Bevölkerung meist derart verschlechtert, daß es aus gesundheitlichen Gründen an vielen Orten nicht mehr zum Trinken benutzt werden kann. Man war daher gezwungen, sich nach anderen Wasserquellen umzusehen. Hier griff nun die Bergwerksindustrie helfend ein. Die auf den Bergwerken gehobenen Zuflüsse wurden einzelnen Städten und Landgemeinden bereitwilligst zur Wasserversorgung zur Verfügung gestellt. Ferner sind auf Veranlassung und unter Mitwirkung der staatlichen und der privaten Industrie zwei große Wasserversorgungsanstalten geschaffen worden: die staatliche Wasserversorgungsanlage im Westen und das Wasserhebewerk Rosaliegrube des Landkreises Kattowitz im Osten des Industriebezirks. Es sind dies großartige Anlagen, welche ganz besonders deutlich zeigen, wie sich die oberschlesische Montanindustrie stets die kulturelle Hebung des Landes hat angelegen sein lassen; diese Wasserwerke sollen hier wenigstens kurz berührt werden.

Zu Beginn der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts hatte sich in der Gegend zwischen Myslowitz und Zabrze ein großer Mangel an Wirtschaftswasser bemerkbar gemacht. Infolgedessen beauftragte der Herr Minister für Handel und Gewerbe im Jahre 1873 das Königliche Oberbergamt zu Breslau mit der Untersuchung der Frage, auf welche Weise am besten Wasser für den oberschlesischen Industriebezirk beschafft werden könnte. Ähnliche Erhebungen wurden von der Königlichen Regierung in Oppeln vorgenommen. Im Jahre 1878 wurde für die Ausarbeitung eines Projekts für die Wasserversorgung des oberschlesischen Industriebezirks der Baurat Salbach in Dresden gewonnen, der eine große Erfahrung in der Ausführung von Wasserversorgungsanlagen besaß. Salbach wies auf die großen Wassermengen hin, welche in den Schichten des Muschelkalks zirkulieren.

Hier ist Wasser in fast unerschöpflicher Menge vorhanden, Wasser, das von vorzüglicher Reinheit ist und eine kühle Temperatur besitzt, so daß es sich ausgezeichnet zum menschlichen Genuß eignet. Bei Herstellung von Bohrlöchern in den Jahren 1873—1875 nördlich von Gleiwitz war man in den Muschelkalkschichten auf große Wassermengen gestoßen, die aus den Bohrlöchern wie bei artesischen Brunnen bis zutage emporschossen und daselbst ausflossen. Baurat Salbach schlug daher vor, den Industriebezirk durch einen tiefen Brunnen bei Zawada mit Wasser zu versorgen. Zu diesem Zwecke wurde in den Jahren 1880 bis 1882 bei Zawada ein Bohrloch niedergebracht, welches eine Tiefe von 215 m erreichte und in der Minute über 10½ cbm klares, in jeder Hinsicht brauchbares Wasser lieferte. Im Jahre 1894 wurde dann von dem Bohrloch eine Leitung nach Zabrze gelegt und später auch die Stadt Gleiwitz durch einen besonderen Rohrstrang von Zawada her mit Wasser versorgt. Schon vorher war durch die staatliche Bergverwaltung in den Jahren 1884 und 1885 in dem neben dem Adolfschacht der staatlichen Friedrichsgrube gelegenen Maschinenschacht ein Bohrloch für Wasserversorgungszwecke gestoßen und damit eine vom Adolfschacht nach Königshütte gelegte Leitung gespeist worden; an diese Leitung wurden auch benachbarte Ortschaften angeschlossen. Im Jahre 1900 wurde dann gleichfalls durch die staatliche Bergverwaltung eine weitere Leitung vom Adolfschacht über Schlesiengrube nach Königshütte gelegt, welche hauptsächlich die auf diesem Wege gelegenen Ortschaften mit Wasser versorgen sollte. Seit dem Jahre 1905 bezieht der Bergfiskus auch Wasser von dem der Donnersmarckhütte gehörigen Steinkohlenbergwerk Neue Abwehr bei Mikultschütz im Kreise Tarnowitz.

Während der westliche Teil des Industriebezirks durch die staatliche Bergwerksverwaltung mit Wasser versorgt wird, geschieht dies im Osten durch den Landkreis Kattowitz aus dem Wasserhebewerk Rosaliegrube. Dieses liegt im Landkreise Beuthen etwa 1 km südlich von der Brinitza, welche hier die Grenze zwischen Preußen und Rußland bildet. Die Wasser; welche von der Rosaliegrube gehoben werden, stammen ebenso wie diejenigen der fiskalischen Anlagen aus Dolomit- und Kalksteinschichten. Das Wasserhebewerk liegt, wie schon sein Name sagt, im Felde einer alten Zinkerzgrube. Diese wurde im Jahre 1885 in Betrieb gesetzt. Man hatte jedoch ständig mit sehr erheblichen Wasserzuflüssen zu kämpfen, die schließlich eine Menge von 20 cbm in der Minute erreichten und bewirkten, daß der Betrieb im Jahre 1893 wieder eingestellt wurde. Die Verwaltung bot nun die Anlage des Bergwerks dem Kreise Kattowitz für Wasserversorgungszwecke zum Kauf an. Der Kreisausschuß ließ daraufhin die Rosaliegrube durch seine beiden Mitglieder, den Geheimen Bergrat Bernhardi, den damaligen Generaldirektor der Bergwerksgesellschaft Georg von Giesche's Erben, und Bergrat Williger, den heute noch im Amt befindlichen bereits erwähnten Generaldirektor der Kattowitzer Aktiengesellschaft für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb, besichtigen. Beide Herren fanden, daß sich die Grube in hervorragender Weise zur Schaffung einer Wasserversorgungsanlage eigne und empfahlen ihren Ankauf. Der Kreis Kattowitz beschloß daraufhin, die Rosaliegrube zu erwerben. Zunächst wurde auf der

Bittkower Höhe ein Hochbehälter errichtet. Von dort aus wurden Leitungen über Hohenlohehütte nach Kattowitz und über Laurahütte, Rosdzin und Schoppinitz nach Myslowitz gebaut. Durch Zweigleitungen wurden dann noch andere Gemeinden und im Kreise gelegene industrielle Werke angeschlossen. Im Laufe der Jahre hat die Kattowitzer Kreisleitung wesentliche Erweiterungen erfahren und versorgt heute nicht nur den östlichen Teil des Industriebezirks, sondern liefert auch Wasser an die Stadt Beuthen und den Landkreis Beuthen.

Im übrigen wird, wie schon erwähnt, von den Bergwerken das von ihnen erschlossene Wasser bereitwilligst für die Wasserversorgung zur Verfügung gestellt. So liefert die der Schlesischen Aktiengesellschaft für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb in Lipine gehörige Karsten Zentrum-Grube bei Beuthen der Stadt und dem Kreise Beuthen Trink- und Gebrauchswasser und versorgt mit letzterem außerdem noch verschiedene industrielle Werke. In ähnlicher Weise werden die Wasser der Gottessegengrube bei Antonienhütte und der Radzionkaugrube bei Tarnowitz von der Graf Henckel von Donnersmarckschen Verwaltung den umliegenden Gemeinden geliefert. Diese verschiedenen, hauptsächlich von der Industrie geschaffenen Wasserversorgungsanlagen haben sich als eine Wohltat für den oberschlesischen Industriebezirk erwiesen. Auch an den Arbeiten, welche zurzeit stattfinden, um für die Zukunft die Wasserversorgung des Bezirks sicherzustellen, ist die Industrie in hervorragendem Maße beteiligt.

Die Arbeiterverhältnisse.

Die Berg- und Hüttenarbeiter des oberschlesischen Industriebezirkes sind in der Hauptsache aus der früheren ländlichen Bevölkerung des Landes hervorgegangen. Diese wurde gebildet von slawischen Volksstämmen. Die Muttersprache des Hauptteils der oberschlesischen Bevölkerung ist daher jetzt noch die polnische, allerdings untermischt mit zahlreichen Germanismen und besonderen dialektischen Ausdrücken.

Für die industrielle Arbeit ist der oberschlesische Arbeiter ausgezeichnet geeignet, denn er ist kräftig, gelehrig und willig. Er dürfte inbezug auf Geschicklichkeit und Leistungsfähigkeit den Vergleich mit Arbeitern aus anderen Industriebezirken ohne weiteres aushalten. Mit dem Emporblühen der Industrie hat die Zahl der beschäftigten Arbeiter naturgemäß außerordentlich zugenommen. So betrug z. B. beim Steinkohlenbergbau die Zahl der Arbeiter

im Jahre	1860	12759	Köpfe	
„ „	1880	32517	„	
„ „	1900	69147	„	
„ „	1905	80660	„	und
„ „	1911	117791	„	

Auch bei den übrigen Industriezweigen ist die Zahl der Arbeiter im Laufe der Jahre stark gestiegen. Es entsteht die Frage, auf welche Weise dieser außerordentliche Bedarf an Arbeitskräften gedeckt wird. Im oberschlesischen Montanrevier

findet eine Einwanderung von Arbeitern aus dem Inlande nur in geringem Umfange statt, da Oberschlesien infolge seiner geographischen Lage nur nach einer Seite hin ein Gebiet hat, aus dem es einheimische Arbeiter heranziehen kann. Aber auch hier hat es mit der Konkurrenz der westlichen Bergbaureviere zu kämpfen, die sogar so weit geht, daß aus Oberschlesien selbst jährlich viele Arbeiter nach dem Ruhrrevier auswandern. Unter diesen Umständen ist die Vermehrung der oberschlesischen Arbeiter in der Hauptsache auf die eigene Kraft der Bevölkerung zurückzuführen, bei welcher die Geburten die Sterbefälle weit überwiegen. Diese große Fruchtbarkeit der oberschlesischen Arbeiterbevölkerung beruht in der Hauptsache darauf, daß sich bei den günstigen ökonomischen Verhältnissen, die die Industrie geschaffen hat, die Bevölkerung uneingeschränkt entwickeln kann. Wenn in früheren Jahrzehnten Oberschlesien nur eine dünne Bevölkerung aufwies, so kam dies daher, daß das Land arm und unfruchtbar war und daher eine größere Zahl von Bewohnern nicht ernähren konnte. Außerdem pflegte jede Mißernte eine Hungersnot und damit verbunden Volksseuchen im Gefolge zu haben, welche unter der Bevölkerung starke Verheerungen anrichteten. Die heutigen Lebensverhältnisse ermöglichen dagegen dem oberschlesischen Arbeiter, früh in den Ehestand zu treten. Er bezieht nicht nur reichlichen Lohn, sondern es sind auch infolge der privaten und industriellen Bauluft genügend Wohnungen vorhanden, die ihn in den Stand setzen, einen eigenen Hausstand zu gründen.

Als Beispiel dafür, wie gewaltig sich mit dem Emporblühen der Montanindustrie die Arbeitslöhne entwickelt haben, seien hier die Jahressummen der von den oberschlesischen Steinkohlengruben an ihre Arbeiter gezahlten Löhne mitgeteilt; diese betrugen:

im Jahre	1880	17082051 M.
„ „	1890	30584591 „
„ „	1900	66470710 „
„ „	1905	85030766 „
„ „	1911	130830020 „

In den letzten 21 Jahren sind hiernach die Löhne um über 250 v. H. in die Höhe gegangen. Diese günstigen Lohnverhältnisse haben zur Folge gehabt, daß die Lebenshaltung der Arbeiter gegen früher ganz wesentlich gestiegen ist. Wie diese noch vor 50 Jahren war, schildert der damalige Landrat des Kreises Beuthen, Hugo Solger*) folgendermaßen:

„Die größte Masse des Volkes, der Arbeiterstand, ist arm, bei seiner Armut aber aufs äußerste genügsam. Er ist zufrieden, wenn er sich einigermaßen sättigen kann, und nährt sich jahraus jahrein von Żur (einem aus halbgegorenem Sauerteig bestehendes Nationalgericht, welches als Luxus auch vermischt mit allerhand Speiseresten genossen wird) mit Kartoffeln. Erst in neuerer Zeit gehört das Brot zu den gewöhnlichen Nahrungsmitteln."

Im Gegensatz hierzu genießt heute der Arbeiter im allgemeinen täglich Fleisch, Brot mit Speck, Kaffee und Milch, sowie vielfach Gemüse. Zudem sind die

*) Solger, Der Kreis Beuthen in Oberschlesien. Breslau. Verlag von Wilh. Gottl. Korn, 1800.

Gruben unablässig bemüht, die Lebenshaltung ihrer Arbeiter zu verbessern. Fast überall sind von den Verwaltungen Konsumvereine ins Leben gerufen worden, welche die Arbeiter mit billigen und guten Waren versorgen und außerdem die Aufgabe haben, sie zum Bareinkaufe zu erziehen. Um den Arbeitern den Bezug der hauptsächlichen Lebensmittel zu verbilligen, werden ferner Fleisch, Seefische, Kartoffeln und Kraut von den Grubenverwaltungen im großen eingekauft und zu Selbstkostenpreisen an die Arbeiter abgegeben. Schließlich erhalten die Arbeiter der Steinkohlenbergwerke freie Feuerung.

Es wurde bereits angedeutet, daß die Verwaltungen auch auf das Wohnungswesen der Arbeiter ihr Augenmerk richten. Die meisten Werke stellen ihren Arbeitern gesunde und geräumige Wohnungen zur Verfügung und zwar zu Preisen, die im allgemeinen weit unter den ortsüblichen Mieten bleiben und niedriger sind, wie in allen übrigen Industrierevieren. Von vielen Verwaltungen werden zur Unterbringung der verheirateten Arbeiter besondere Arbeiterwohnhäuser errichtet. Auf diese Weise sind an vielen Punkten des Industriebezirks ausgedehnte Arbeiterkolonien entstanden. Vielleicht die großartigste derartige Schöpfung ist die von dem Geheimen Bergrat Uthemann, dem Generaldirektor der Bergwerksgesellschaft Georg von Giesche's Erben, in den letzten Jahren im Kreis Kattowitz errichtete Arbeiterkolonie Gieschewald. Bei dieser mitten im Walde in gesündester Lage gelegenen Kolonie hat man sich für den Bau der Arbeiterhäuser die äußere Form der alten oberschlesischen Bauernhäuser zum Muster genommen. Auch die anderen großen Montanverwaltungen haben durchweg erstklassige Arbeiterkolonien geschaffen. In diesen sind meist nicht nur Konsumvereine vorhanden, sondern auch Schulen, Badeanstalten für die Arbeiter, Parks, in denen in der günstigen Jahreszeit Konzerte veranstaltet werden, Spielplätze für die Jugend usw. Damit die Arbeiterfrauen die Wäsche nicht in der Wohnung zu waschen brauchen, hat man sogenannte Waschanstalten mit Wäschetrockenvorrichtungen und Mangelstuben angelegt. Während der Waschzeit werden die kleinen Kinder meist in besonderen Räumen unter der Aufsicht hierzu angestellter weiblicher Personen untergebracht.

Für die unverheirateten Arbeiter wird gleichfalls in umfassender Weise gesorgt. Zu ihrer Unterbringung dienen sogenannte Schlafhäuser, in denen ihnen gegen einen außerordentlich geringen Preis ein sauberes Bett, ein Schrank und ein Schemel zur Verfügung gestellt und gutes billiges Essen verabreicht wird. Die meisten Werke sind ferner mit Kantinen versehen, welche den von und zur Schicht gehenden Arbeitern Bier, Kaffee, Milch und Mineralwasser verabfolgen.

Auch sonst sind von den Verwaltungen für die Arbeiter ausgezeichnete Einrichtungen geschaffen worden, die man mit dem Ausdruck „Wohlfahrtseinrichtungen" zusammenfaßt. An Güte dürften diese von denen keines anderen Bergbaubezirks übertroffen werden. Sie sind derartig mannigfach, daß hier nur ein kleiner Teil von ihnen kurz erwähnt werden kann. In Spiel-, Handfertigkeits-, Näh- und Haushaltungsschulen wird für die Heranbildung der männlichen und weiblichen Arbeiterkinder gesorgt. Um unter den Arbeitern die Kenntnis des Gartenbaues zu verbreiten, hat man vielfach Gartenbauschulen eingerichtet.

Auch wird den Arbeitern unentgeltlich oder gegen einen geringen Mietzins Land zur Garten- oder Feldbestellung zur Verfügung gestellt. Bei einzelnen Verwaltungen bestehen Ziegenzuchtanstalten. Andere Einrichtungen der Werke haben einen erzieherischen Wert. Hierher gehören die zahlreichen Büchereien, die Veranstaltung von unentgeltlichen Volkstheatervorstellungen und Volksunterhaltungsabenden für die Arbeiter, welche namentlich im Interesse der Förderung des Deutschtums von Bedeutung sind. Da man dem oberschlesischen Arbeiter — vielfach mit Unrecht — nachsagt, daß er nicht ökonomisch zu wirtschaften versteht, so sind von vielen Verwaltungen Arbeitersparkassen geschaffen worden, um den Sparsinn anzuregen; in diesen werden die Einlagen mit 5% verzinst. Die meisten Verwaltungen gewähren ferner ihren Arbeitern bei 25jähriger Dienstzeit Geld und andere Geschenke.

Nicht unerwähnt darf hier auch der oberschlesische Knappschaftsverein bleiben, dem die Erfüllung der durch das Krankenversicherungsgesetz begründeten Leistungen obliegt. Jedoch gehen die Leistungen des Vereins erheblich über das gesetzliche Maß hinaus, was ihm die hohen, von den Werksbesitzern gezahlten Beiträge ermöglichen. Der Verein hat zurzeit 15 mit den modernsten Einrichtungen versehene Krankenhäuser, eine Augen- und eine Ohrenklinik in Kattowitz, sowie je eine Kuranstalt in den Soolbädern Goczalkowitz und Jastrzemb.

Zu den Wohlfahrtseinrichtungen ist schließlich auch die oberschlesische Zentrale für Grubenrettungswesen zu rechnen. Es ist dies eine Einrichtung der Knappschaftsberufsgenossenschaft, welche die einheitliche Ausbildung und Ausrüstung der zur Errettung von verunglückten Kameraden bestimmten Bergleute bezweckt. Die Zentrale hat alsdann die Aufgabe, alle Neuheiten auf dem Gebiete des Grubenrettungswesens und der Unfallverhütung im Bergbau zu erproben und dadurch, daß sie die Rettungslager auf den einzelnen Gruben revidiert, für deren stete Schlagfertigkeit zu sorgen. Im Falle eines großen Grubenunglücks ist es schließlich möglich, das Rettungslager der Zentrale selbst zur Hilfe heranzuziehen. Mit der Zentrale ist eine Versuchsstrecke verbunden, in welcher Sprengstoffe auf ihr Verhalten gegen Kohlenstaub und Schlagwetter geprüft werden.

Man ersieht aus diesen kurzen Mitteilungen, daß die industriellen Verwaltungen unablässig in der mannigfachsten Weise bemüht sind, für die Sicherheit ihrer Arbeiter zu sorgen und deren kulturellen Zustand zu heben.

Handwerk und Gewerbe.

1. Wirtschaftsgeschichtliche Entwickelung.

Von Georg Poetschke.

Man hat sich im allgemeinen daran gewöhnt, daß vom Handwerk mehr als früher in günstigem Sinne gesprochen wird, und man kann darauf rechnen, bei Besprechung von Handwerkerfragen einem größeren Verständnis zu begegnen, als es vor noch nicht langer Zeit der Fall war. Diese Erscheinung erklärt sich weniger aus einem allgemeinen Wachsen des Verständnisses für das Handwerk an sich, als vielmehr daraus, daß Handwerkerfragen neuerdings stark in den Kreis parteipolitischer Erörterungen hineingezogen werden, daß die Handwerkerstimmen für die Wahlen wertvoll geworden sind. Politische Fragen haben augenblicklich einen guten Kurs, und davon hat auch das Handwerk einen gewissen Nutzen. Die Tatsache, daß das Handwerk in der Parteipolitik eine Rolle zu spielen beginnt, ist in der Hauptsache der außerordentlichen Tätigkeit der durch die Handwerkernovelle von 1897 geschaffenen kraftvolleren Organisation des Handwerks, besonders der Handwerkskammern, zu danken, die es mit großem politischen Geschick verstanden hat, sich die Parteipolitik zunutze zu machen. Man kann am Handwerk nicht mehr achtlos vorübergehen, wie man es vor noch nicht allzulanger Zeit fast allgemein tat. Das Schlagwort von dem Handwerk, das unrettbar dem Untergange geweiht sei, hatte sich sehr weite Kreise erobert, und gerade bei den Gebildeten, besonders auch in allen Kreisen der Beamtenschaft hatte sich wesentlich unter dem Einfluß der Hochschulen und einer sehr verbreiteten Presse gewisser Richtung die Überzeugung festgesetzt, daß dem Handwerk nicht mehr zu helfen sei. Gerade diese Kreise haben denn auch wesentlich dazu beigetragen, daß die modernen Warenhäuser, diese Vernichter des Kleinbetriebes, sich so ungeheuerlich entwickeln konnten, diese Kreise haben sie von Anfang an gestützt, weil sie glaubten, sie müßten mithelfen, an die Stelle des Überlebten, dem Untergang Geweihten, etwas Neues, Zeitgemäßes, Gewaltiges zu setzen. Man fühlte sich stolz als Pionier einer neuen Zeit, wenn man ins Warenhaus lief, und das haben die Warenhäuser weidlich zu ihrem Vorteil ausgenützt. Dieselben Kreise haben weiter auch die Konsumvereinsbewegung, besonders die Beamtenkonsumvereine gestützt. Das Handwerk wurde über die Achsel angesehen, und es gibt noch genug Leute, die sich unter einem Handwerksbetrieb einen Betrieb vorstellen, der im Keller gelegen ist und dessen Inhaber der rückständigste Mensch unter der Sonne ist. Auch in amtlichen Kreisen ist diese Anschauung gar nicht selten zu finden, die Handwerkskammern können davon ein Lied singen.

Für das ostmärkische Handwerk waren und sind noch jetzt diese Anschauungen von ganz besonderem Nachteil. Sie haben es bewirkt, daß dem Handwerk in der Ostmark der kaufkräftigste Kundenkreis fast ganz verloren gegangen ist in einer Zeit, wo es infolge der durch die Gewerbefreiheit und das Aufheben der Einzugsgelder in die Städte entstandenen Konkurrenz minderwertiger Pfuscher schwer zu ringen hatte, in einer Zeit, wo weiter auch der beginnende Nationalitätenhader die Lebensbedingungen insbesondere des deutschen Handwerkers ganz außerordentlich erschwerte. Es ist nicht zuviel gesagt, und es wird von allen Kennern der Verhältnisse bestätigt werden müssen, daß die Kosten des Nationalitätenhaders in der Ostmark zunächst das Handwerk getragen hat und noch trägt. Den Bauer trifft der Streit kaum, Großbetriebe in Industrie und Handel sind wenige vorhanden, die Beamtenschaft wird wirtschaftlich nicht berührt, bliebe noch der Kleinhandel übrig. Dieser ist zwar wirtschaftlich zweifellos gleichfalls erheblich geschädigt worden, doch hat das Handwerk darüber hinaus noch schwerwiegende Verluste durch teilweise Zerstörung seiner Tradition, seiner festen Organisation mit ihren sozialen und wirtschaftlichen Vorteilen, seiner technischen Fertigkeiten erlitten. Viele der tüchtigsten deutschen Handwerker, die den Ruf des Handwerks in der Ostmark repräsentierten, sind abgewandert, an ihre Stelle sind zum Teil weniger tüchtige deutsche, meist aber polnische Handwerker getreten, die eine alte Handwerkertradition nicht kannten und um deren handwerkerliche Fertigkeiten es fast durchweg recht schlecht stand. Es muß allerdings anerkannt werden, daß diese letzteren sich ganz außerordentlich bemühen, tüchtige Handwerker zu werden, daß sie alle Gelegenheiten, die zu diesem Ziele führen können, eifrigst, jedenfalls viel eifriger als die deutschen, ausnützen. Erst in neuester Zeit sind wieder deutsche Handwerker mit tüchtigem Können mehrfach in die Ostmark gekommen, doch ist ihre Zahl nicht sehr beträchtlich, jedenfalls sind die Verluste, die das deutsche Handwerk in der Ostmark erlitten hat, noch längst nicht wettgemacht. Bis in die neueste Zeit hinein stehen das große kaufkräftige Publikum, insbesondere die Beamtenschaft den Nöten des Handwerks, soweit nicht bloß politisches Räsonnement, sondern praktische Mitarbeit in Frage kommt, fast durchweg verständnislos gegenüber, zum Teil wird das Handwerk durch sie geradezu direkt geschädigt. Man braucht z. B. nur an den Bau des Residenzschlosses in Posen, den Akademiebau, vor allem an die Tätigkeit der Beamtenvereinigungen in der Richtung des gemeinsamen Bezuges von Lebensbedarf, insbesondere an die unheilvolle Tätigkeit der deutschen Vereinsbäckerei in Posen, auch einer Beamtengründung, zu erinnern. Die Tätigkeit der letzteren ist geradezu ein Schulbeispiel für die Verständnislosigkeit, mit der weite Kreise dem Handwerke gegenüberstehen. Die Vereinigung vermag infolge billigen Anlage- und Betriebskapitals und infolge der zum Teil ehrenamtlichen Tätigkeit der Mitglieder eine billigere Backware als die Bäcker herzustellen, die sie unter geschickter Benutzung der Reklame usw. nicht nur an ihre Mitglieder, sondern auch in weitem Umfange an Detailgeschäfte, besonders polnische, und Privatkundschaft vertreibt. Gerade den deutschen Bäckern geht damit ein sehr großer Kundenkreis verloren,

und sie befinden sich meist in schwieriger Lage. Handelskammer und Handwerkskammer haben sich vergebens bemüht, hier Wandel zum Besten des bedrohten Kleingewerbes zu schaffen.

Seit einigen Jahren wird ja nun vom Staat Handwerksförderung betrieben, man hat in den Ministerien eingesehen, daß das Handwerk ein zu wichtiger Teil des gesamten Staatsorganismus ist, als daß man tatenlos zusehen dürfe, wie es aufgerieben wird. Es sind genaue Anweisungen an die unteren Behörden erlassen worden, wie sie dem Handwerk helfen sollen und können. Leider ist diese handwerkerfreundliche Gesinnung der höchsten Stellen noch längst nicht überall in die Kreise der nachgeordneten Beamtenschaft eingedrungen, und vielfach hört man das Handwerk klagen, daß es wenig Verständnis bei den Kreis- und Provinzialbehörden findet, ganz abgesehen von den Gemeinden, wo der Grundsatz des laisser faire, laisser aller in bezug auf das Handwerk noch überall in voller Geltung ist. Bureaukratisches Haften am Hergebrachten läßt noch außerordentlich vieles von dem, was weiterer und freierer Blick an den Zentralstellen als richtig erkannt hat, nicht zur Durchführung gelangen.

Und doch hilft, wer das Handwerk fördert, einem großen und bedeutenden Stande, der in der Volkswirtschaft mit recht erheblichen Zahlen aufzuwarten vermag. Auch wer die Bedeutung eines Standes nur nach rein ziffernmäßigen Werten einzuschätzen gewohnt ist, dürfte wohl durch folgende Zahlen zum Nachdenken geführt werden.

Im Deutschen Reich sind nach der letzten Zählung von rund 15 Millionen gewerblich Tätigen etwa 4 Millionen Personen, also mehr als ein Viertel, im Handwerk beschäftigt. Berücksichtigt man noch die Familienangehörigen der verheirateten im Handwerk tätigen Personen, so ergibt sich, daß etwa 14 Proz. der Einwohner des Deutschen Reiches im Handwerk ihre wirtschaftliche Stütze finden. In den ostmärkischen Provinzen Posen und Westpreußen sind etwa 130000 selbständige Handwerker, Gesellen und Lehrlinge vorhanden, nimmt man dazu die Angehörigen, so kommt man auf mindestens 300000 Köpfe, etwa 8 Proz. der Gesamteinwohnerzahl der beiden Provinzen, und man erkennt, daß auch in der Ostmark ein sehr erheblicher Teil der Bevölkerung von handwerksmäßiger Arbeit lebt. Wenn dieser Anteil auch nicht ganz so groß ist wie in der Gesamtmonarchie, so ist er doch groß genug, um die Forderung zu rechtfertigen, daß der Handwerkerstand bei allen Maßnahmen für die weitere Entwicklung der Ostmark ernstlich in Betracht gezogen wird.

In den übrigen Provinzen ist die Zahl der Handwerker, sowohl die absolute wie die relative, größer, das Handwerk tritt also in der Ostmark etwas zurück. Man könnte sagen, daß dies Verhältnis für die Existenzbedingungen des Handwerks günstig sei, wenigstens soweit die selbständigen Handwerker in Frage kommen. Das ist aber hier nicht der Fall, dazu fehlen in der Ostmark, wie eingangs bemerkt, die Bedingungen (kaufkräftige Kundschaft und lebhafte Unterstützung durch diese). Beweis dafür ist, daß, obwohl das Verhältnis der selbständigen Handwerker zur Gesamtbevölkerung ein günstiges ist, dem einzelnen Handwerker also

ein größerer Kundenkreis zufallen müßte, mehr als die Hälfte aller Handwerksbetriebe Alleinbetriebe sind, in denen die Inhaber ohne Gesellen und Lehrlinge arbeiten, also nicht Arbeit genug haben, um Personal beschäftigen zu können. Zu ähnlichen Schlüssen gelangt man, wenn man die Gewerbesteuer in Betracht zieht. Mehr als drei Viertel aller Handwerksbetriebe der beiden Provinzen sind gewerbesteuerfrei!

Zum Teil wird diese Erscheinung auch durch den landwirtschaftlichen Charakter der beiden Provinzen erklärt, ferner spielt die Nationalitätenfrage eine sehr bedeutende Rolle.

Das Wirtschaftsleben der Provinzen beruht durchaus auf der Landwirtschaft. Etwa zwei Drittel der Bewohner der beiden Provinzen wohnt auf dem Lande, der übrigbleibende Teil ist in zahllose kleinere Städte zersplittert. Es gibt in Posen und Westpreußen verhältnismäßig mehr Städte als in jeder anderen Provinz, aber diese Städte sind zum größten Teil Landstädte mit weniger als 5000 Einwohnern, größere Städte sind in nur verschwindender Zahl vorhanden, und nur eine Großstadt mit mehr als 100 000 Einwohnern findet sich vor. An das Vorhandensein größerer Städte ist aber das Gedeihen des Handwerks geknüpft; nur die großen Städte mit ihren mannigfachen Bedürfnissen vermögen ein leistungsfähiges und wirtschaftlich gesundes Handwerk hervorzubringen. In der Provinz Posen befinden sich 65 Proz. aller Handwerksbetriebe in Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern, ein Umstand, der die Entwicklung des Handwerks zweifellos nicht begünstigt. Ähnlich ist es in Westpreußen. Es kann daher auch nicht überraschen, daß eine sehr große Zahl von selbständigen Handwerkern genötigt ist, neben ihrem Handwerk noch einen Nebenberuf auszuüben. Im Regierungsbezirk Posen sind dies nach einer Aufstellung der Handwerkskammer zu Posen mehr als 5000 (27 Proz.), bei 2500 ist der Nebenberuf die Landwirtschaft.

Alle diese Umstände bewirken, daß die Mehrzahl der Handwerksbetriebe der Ostmark sich in recht primitiven Bahnen bewegen. Es hat dies einen recht erheblichen Einfluß auf die Personalfrage. Wie von der Leutenot in der Landwirtschaft kann man auch von einer Leutenot im Handwerk sprechen. Es ist in Posen und Westpreußen außerordentlich schwer, überhaupt Gesellen zu bekommen, tüchtige schon gar nicht. Was von Gesellen dorthin kommt, ist meist minderwertig. Die jungen Leute aus der Provinz gehen, sowie sie ausgelernt haben, meist in andere Landesteile. Auf der anderen Seite ist die Lehrlingshaltung noch recht erheblich, größer als in der Mehrzahl der übrigen Provinzen. Diese Lehrlinge werden im allgemeinen gut ausgebildet und werden überall nach vollendeter Lehrzeit gern genommen. Die einfachen Verhältnisse in der Mehrzahl der Betriebe, insbesondere auch der Gesellenmangel, bringen es mit sich, daß die Lehrlinge sämtliche Handgriffe und Arbeiten ihres Handwerks von Grund auf kennen lernen. In größeren Betrieben ist das wegen der mehr oder weniger durchgeführten Arbeitsteilung nicht möglich. Auch der Umstand, daß die Lehrlinge in der großen Mehrzahl beim Meister in Kost und Wohnung sind, ist für ihre Ausbildung und Entwicklung zu tüchtigen Gesellen von großem Nutzen.

Sehr mißlich und auch wieder in dem landwirtschaftlichen Charakter begründet ist das Fehlen ausreichender Unterrichtsanstalten für die fachliche und theoretische Ausbildung der Lehrlinge und Gesellen. Schon die Vorbildung der Lehrlinge ist oft recht mangelhaft, eine Schuld der Volksschulverhältnisse der Ostmark, die noch recht im argen liegen und vor zwei Jahren auch im preußischen Abgeordnetenhause zu lebhaften Klagen Anlaß gegeben haben. Auch die Fortbildungsschulen lassen noch sehr zu wünschen übrig. Schon ihre Zahl ist völlig unzureichend, was natürlich nicht Schuld der amtlichen Stellen ist, sondern in den ländlichen Verhältnissen begründet ist, die es wegen der Zersplittertheit der Ortschaften mit sich bringen, daß häufig nicht Lehrlinge genug vorhanden sind, um in einem enger begrenzten Kreise eine Fortbildungsschule errichten zu können. Aber auch die bestehenden Schulen erfüllen ihre Aufgaben keineswegs ausreichend. Es geht das aus den Ergebnissen des theoretischen Teils der Gesellenprüfungen hervor, die oft geradezu kläglich sind, was meist nicht an den Schülern, sondern an der Schule liegt. Verfasser hat Gelegenheit gehabt, an sehr vielen Gesellenprüfungen teilzunehmen und dabei auch mit den Fortbildungsschullehrern, die neuerdings häufiger solchen Prüfungen beiwohnen, eingehend zu sprechen. Es hat sich dabei herausgestellt, daß die Forderung, die jetzt allgemein gestellt wird, die Fortbildungsschulen sollen Berufsunterricht erteilen, recht häufig nicht erfüllt wird. Die Lehrlinge werden vielfach in den gleichen Fächern und in der gleichen Art wie in der Volksschule unterrichtet, was natürlich ihr Interesse am Unterricht bald erlahmen läßt und zu unregelmäßigem Besuch führt Die Lehrmittel sind häufig ganz unzureichend — eine Klage, die man von Lehrern im Regierungsbezirk Posen besonders häufig hört — die unbedingt nötige Fühlung zwischen Werkstatt und Schule ist meist noch gar nicht vorhanden, wo es der Fall ist, nur in den ersten Anfängen. Es ist dabei anzuerkennen, daß die Lehrerschaft sich bestrebt, Hand in Hand mit den Handwerkskammern und den Innungen hier Wandel zu schaffen. Auch die Regierungen sind am Werke, durch Kurse für Fortbildungsschullehrer, durch einen neuen Lehrplan eine Besserung herbeizuführen. Nur müssen sehr viel mehr Mittel aufgewandt werden, um insbesondere auch Handwerksmeister für den Unterricht in den Schulen auszubilden, vor allem aber ist der Ausstattung der Fortbildungsschulen mit Lehrmitteln die größte Sorgfalt zuzuwenden. Man wird dann auch nicht mehr über Widerstände unter den Meistern und Lehrlingen klagen können, die jetzt sehr verständlich sind, wenn man berücksichtigt, daß dem Meister der Lehrling wöchentlich an zwei bis drei Nachmittagen entzogen wird, ohne daß der Erfolg dieser großen Einbuße an Arbeitszeit entspräche.

Die Ausbildungsmöglichkeiten für Gesellen sind recht gering. Neuerdings ist ja eine Handwerkerschule in Bromberg neuerrichtet worden, im Regierungsbezirk Posen ist jedoch eine solche Schule nicht vorhanden, und doch wäre sie eine dringende Notwendigkeit. Tüchtige Gesellen wird man nicht in der Ostmark halten können oder sie nach der Ostmark ziehen, wenn ihnen keine Möglichkeiten, sich, insbesondere in künstlerischer Richtung in bequemen Abendkursen weiter zu bilden,

geboten werden. Ansätze sind ja vorhanden (vgl. die nachfolgende Übersicht), sie genügen aber bei weitem nicht; die meisten Handwerke fallen immer noch gänzlich aus.

Auch die vom Staat und den Handwerkskammern eingerichteten Meisterkurse, an denen auch Gesellen teilnehmen dürfen, die fast durchweg die Mehrzahl der Teilnehmer stellen, können den beklagten Mangel nicht ersetzen, da sie sich einmal, wenigstens die staatlichen Kurse, nur an den kleineren Teil der Handwerker wenden — es werden bei den staatlichen Kursen nur Deutsche zugelassen — dann aber auch bisher nur für einige Handwerke in Frage kommen. Zudem ist die ganze Veranstaltung noch zu jungen Datums, um schon einen deutlichen merkbaren Einfluß haben ausüben zu können. Vor allem sind die Kurse für Gesellen zu kurz, für Meister zu lang. Sie dauern meist vier Wochen; so lange kann der Meister im Geschäft nicht entbehrt werden, und der Geselle kann in dieser verhältnismäßig kurzen Zeit eine auch nur einigermaßen tiefgehende Ausbildung nicht erhalten. Der Erfolg ist vielfach der, daß Halbbildung gefördert wird, und daß die Gesellen zu der Meinung verleitet werden, sie seien, da sie den staatlichen Kursus mitgemacht haben, ganz besonders erstklassige Handwerker, auf die nun besondere Rücksicht genommen werden müsse. Für die jüngeren Meister, die noch nicht mit dem reichen Schatz von Erfahrungen und Kenntnissen in die Kurse gehen wie die älteren, gilt dasselbe. Landratsämter und Gemeinden können bestätigen, daß gerade diese staatlichen Kursisten ihnen mancherlei Arbeit und Schwierigkeiten machen. Das beste wäre zweifellos eine gute Handwerkerschule, die einen mehrjährigen Lehrplan hat und die Möglichkeit bietet, diesen in bequemen Abendkursen zu absolvieren. Dadurch wird der Überschätzung vorgebeugt, denn je tiefer man in ein Gebiet eingeführt wird, um so mehr erkennt man die Grenzen des eigenen Könnens gegenüber dem Umfange des Stoffs.

Das Vorgehen der Handwerkskammern ist hier zweifellos das Richtigere. Diese beschränken sich darauf, aus großen Gebieten einen ganz engbegrenzten Teil herauszugreifen z. B. einfache Buchführung, Gesetzeskunde, Genossenschaftswesen, oder wo sie Kurse zur Förderung der handwerklichen Geschicklichkeit veranstalten, ein einzelnes Gebiet behandeln, einzelne Handgriffe lehren, z. B. Reparatur von Automobilen, Anfertigung ganz bestimmter moderner Gebrauchsgegenstände usw. In der Ostmark könnte gerade auf diesem Gebiet noch sehr vieles geschehen, man sollte es völlig den Handwerkskammern und den Innungen überlassen, die bisher wegen Mangels an Mitteln hier verhältnismäßig wenig geleistet haben. Wenn der Staat ihnen große Mittel zur Verfügung stellte, so würden dank ihrer Arbeit ganz andere Erfolge zu erzielen sein.

Wenn vorstehend gezeigt worden ist, wie das Handwerk als Produktionsfaktor zu den konsumierenden Schichten der Bevölkerung, insbesondere zur Beamtenschaft steht, was ferner auf dem speziellen Gebiet des Unterrichts zu leisten ist zur Erzielung eines tüchtigen und leistungsfähigen Handwerkerstandes in der Ostmark, so sind damit die Hauptpunkte für die Beurteilung des ostmärkischen

Handwerks gegeben. Es geht daraus jedenfalls hervor, daß die wirtschaftliche Lage des ostmärkischen Handwerks eine solche ist, daß es ohne Hilfe von außen sich auf die Dauer nicht halten kann. Diese Hilfe kann nach Lage der Dinge nur vom Staat kommen. Gewiß ist, daß durch die eben gestreifte staatliche Aktion auf dem Gebiet des Unterrichtswesens ein Aufschwung vorbereitet werden kann, wirklich helfen kann man aber nur durch eine Aktion, die der gegenwärtig mitten im selbständigen Schaffen stehenden Handwerker-Generation den Kampf erleichtert. Und ein solches Eingreifen des Staates ist in der Ostmark noch sehr wenig zu spüren. Gefordert wird eine solche Unterstützung durch den Staat vor allem nach der Richtung, daß bei Vergebung von staatlichen Arbeiten die Kleinbetriebe, die Handwerksbetriebe viel stärker als bisher berücksichtigt werden. Während in Österreich dem Handwerk ein sehr großer Anteil — er ist gesetzlich festgelegt und soll demnächst in einzelnen Zweigen auf 45 Proz. des Gesamtbedarfs steigen — an den staatlichen Arbeiten und Lieferungen zugestanden wird, entschließt man sich in Deutschland nur sehr zögernd zu einem ähnlichen Vorgehen. Und doch liegt auf der Hand, daß man durch nichts eine Produktion mehr fördert als durch möglichst reichliche Zuwendung von Aufträgen. Die Gewißheit, auf gut- und baldbezahlte Arbeit dauernd rechnen zu können, ist ein sehr viel stärkerer Ansporn zu guten Leistungen, zu immer weiterem Fortschreiten in der eigenen handwerkerlichen Geschicklichkeit als Kurse, Reisestipendien und ähnliche Kleinigkeiten, mit denen man das Handwerk staatlicherseits so gern abspeist. Theoretisch hat man das eingesehen, und am 23. Dezember 1905 hat das Ministerium der öffentlichen Arbeiten einen denkwürdigen Erlaß herausgegeben, dem sich dann die Reichsämter angeschlossen haben, in welchem in vorzüglicher Weise die Heranziehung des Handwerks zu staatlichen Arbeiten und Lieferungen geregelt wird, in welchem vor allem dem Handwerk ein Anspruch auf weitgehendste Berücksichtigung bei Vergebung solcher zugestanden wird. Aber welches ist der Erfolg in der Ostmark? Gleich Null. Erlaß über Erlaß ergeht in dieser Sache, die nachgeordneten Behörden richten sich einfach nicht danach und in den Akten der Handwerkskammern häufen sich die Beschwerden darüber, daß das Handwerk bei der Vergebung staatlicher Arbeiten keineswegs so berücksichtigt wird, wie es nach dem Erlasse geschehen sollte. Es ist dies eines der traurigsten Kapitel für den Handwerker, und es dürfte nicht zu viel behauptet sein, wenn gesagt wird, daß die Erbitterung in ostmärkischen Handwerkerkreisen über die Zurücksetzung des Handwerks bei staatlichen Lieferungen ganz außerordentlich ist. Noch viel schlimmer ist es mit den Arbeiten und Lieferungen für die Gemeinden. Hier ist für eine Aktion zur Förderung des Handwerks — und hierbei könnten auch Vereine und sonstige Körperschaften manches Gute leisten — noch ein weites Feld, dessen Bearbeitung unbedingt baldigst in Angriff genommen werden muß, wenn nicht der schaffende Mittelstand in seiner Lebensfähigkeit außerordentlich beeinträchtigt werden soll. Man darf nicht an der Tatsache vorübergehen, daß für die Ostmark nur eine gesunde Mittelstands- und Handwerkerpolitik eine Förderung bringen kann. Der Fürsorge für die Bauern muß die Fürsorge für die Hand-

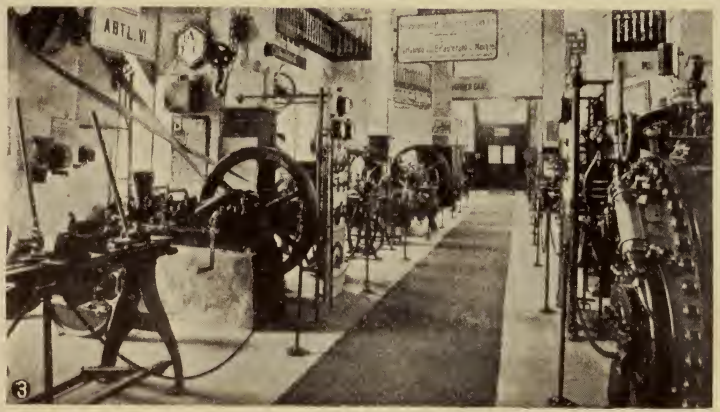
werker, und zwar eine durchgreifende, nunmehr baldigst und konsequent ohne Schwanken folgen, sie hätte zu gleicher Zeit in Angriff genommen werden müssen, es wären dann viele Fehlschläge sicher nicht eingetreten.

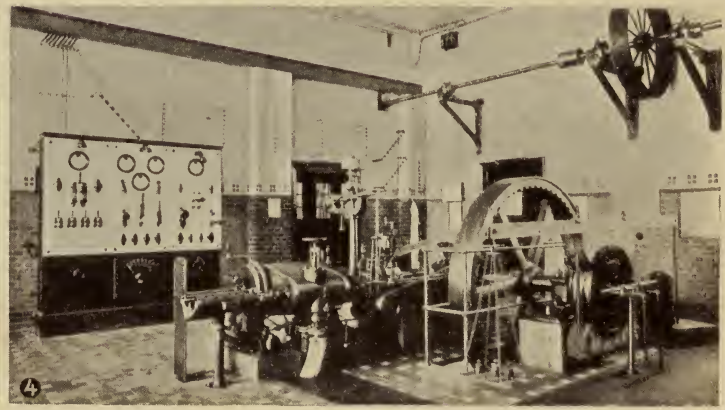
Neben dieser rein praktischen Politik müßte einhergehen eine Aktion des Staates zwecks Aufklärung des großen Publikums über die wirtschaftlichen Fragen in der Ostmark. So würde eine öffentliche Vorlesung über Mittelstands- und Handwerkerpolitik an der Kgl. Akademie in Posen, und zwar möglichst durch einen praktischen Wirtschaftspolitiker, zweifellos viel Gutes wirken können, insbesondere wenn auch der Gesichtspunkt scharf hervorgehoben wird: wie läßt sich durch Zusammenwirken aller Bevölkerungsschichten eine praktische Förderung des produktiven Mittelstandes erreichen?

Nach der gleichen Richtung hin würde auch durch ein Zusammenarbeiten des Staates mit den bestehenden großen Vereinigungen zur Förderung des Deutschtums manches zu erreichen sein (Ostmarkenverein, Deutscher Verein für Kunst und Wissenschaft, Genossenschaftliche Organisationen). Auch durch ein selbständiges Vorgehen in der bezeichneten Richtung können diese Organisationen sehr viel Gutes wirken. Voraussetzung ist dabei aber immer, daß der Staat zunächst den Anstoß durch ausgedehnte Vergebung seiner Arbeiten an Handwerker gibt.

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß durch die geschilderte Aktion des Staates, der Gemeinden und der erwähnten Vereinigungen auch das große kaufkräftige Publikum, das wie eingangs gesagt, soweit es als Käufer in Frage kommt, dem Handwerk noch teilnahmlos gegenübersteht, bald dazu veranlaßt werden wird, sich dem Handwerk zuzuwenden. Daß ein solches Eingreifen des Staates möglich und von günstigen Folgen ist, ersieht man in der Großindustrie. Die Automobilindustrie, die Flugzeugindustrie, viele Industrien der Metallbearbeitung sind emporgekommen nur durch laufende Staatsaufträge, viele leben geradezu davon. Was hier möglich gewesen ist, muß auch für das Handwerk versucht werden. Und es kann gar kein Zweifel sein, daß ein Erfolg erzielt werden wird. Man halte sich in der Ostmark zunächst nicht mit dem Gedanken auf, eine Großindustrie entwickeln zu wollen. Wie der Großbetrieb in der Landwirtschaft wird auch sie die Schwierigkeiten nur vermehren, indem sie noch den stark organisierten polnischen Industriearbeiter den übrigen polnischen Organisationen hinzufügen wird. Man fasse lieber einmal den vielen vielleicht ungeheuerlich vorkommenden Gedanken ins Auge, dem deutschen Handwerk in Posen und Westpreußen Staatsaufträge, und zwar auf allen Gebieten, zunächst überhaupt, dann aber auch im Verhältnis zu anderen Provinzen sehr viel reichlicher zuzuwenden, und vielleicht diejenigen Handwerkerarbeiten, die jetzt in Gefängnissen und Zuchthäusern hergestellt werden, ausschließlich für das ostmärkische Handwerk zu reservieren. Die Summen, die ein solcher Entschluß den Staat vielleicht kosten würde, wären zweifellos eben so gut angelegt, als die Hunderte von Millionen, die das Ansiedelungswerk bisher erfordert hat.

Die Wirkungen einer solchen Politik der Handwerksförderung würden nicht nur im rein wirtschaftlichen Aufschwunge des Handwerks erkennbar werden, sondern sich auch in einer erheblichen Stärkung der Handwerkorganisation bemerkbar machen, und damit würde eine solche Politik nicht nur materiellen, sondern auch ideellen sozialen Zwecken dienstbar. Denn das Handwerk in seiner Organisation stellt sich erheblich anders dar, als es der Fall ist, wenn man den Handwerker als Einzelexistenz betrachtet. In der Handwerkerorganisation haben sich die alten guten Handwerkertraditionen am besten und reinsten erhalten, und von diesen Organisationen aus gehen viele Quellen sozialer Arbeit und wertvoller ethischer Wirkungen. Gemeingefühl und Standesehre, Wohlfahrtseinrichtungen aller Art, wie Sterbekassen, Unterstützungskassen, Witwen- und Waisenkassen, Lehrlings- und Gesellenheime finden ihre eifrige Pflege in den Handwerksorganisationen. Und auch an den öffentlichen Fragen, an der Verwaltung nehmen sie ihren reichlichen Anteil. In der Hauptsache kommen als solche Handwerkskorporationen die Innungen in Frage, daneben aber auch Innungsausschüsse und Handwerkskammern. Machtvoll genug ist diese Organisation. Es bestehen im Reiche mehr als 11 000 Innungen mit mehr als $^1/_2$ Million Mitgliedern (selbständigen Handwerkern). Diese 11 000 Innungen haben eine jährliche Einnahme von mehr als 5 Millionen, eine jährliche Ausgabe von mehr als $3^1/_2$ Millionen, sie haben ein Vermögen von über 20 Millionen. Sowohl von den laufenden Ausgaben wie von den Zinsen des Vermögens werden sehr erhebliche Summen für die oben erwähnten sozialen Zwecke ausgegeben. Auch in den Provinzen Posen und Westpreußen besteht eine recht ansehnliche Innungsorganisation; es gibt in den beiden Provinzen etwa 1000 Innungen mit mehr als 30000 Mitgliedern, sie haben eine jährliche Einnahme von etwa 300000 M. und eine jährliche Ausgabe von etwa 200000 M. Ihr Vermögen beträgt fast eine Million Mark. Auch die drei Handwerkskammern zu Posen, Bromberg und Danzig stellen mit ihren Etats von zusammen mehr als 100 000 M. recht stattliche Zahlen vor, denen eine große Menge tüchtiger sozialer und ethischer Arbeit entspricht. Es liegt nun auf der Hand, daß, indem man die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Handwerks hebt, man auch die soziale und ethische Tätigkeit der Handwerksorganisation fördert, die schon unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen so bedeutende Leistungen vollbringt. Gerade die Betrachtung dieser Tatsache, daß die ostmärkische Handwerksorganisation ein so zähes Leben trotz aller Stürme bewiesen hat, daß sie so stattliche Zahlen an Mitgliedern und Geldsummen aufweisen kann, sollte eine Bürgschaft dafür sein, daß diejenigen Eigenschaften, die für eine Höherentwicklung die Voraussetzung bilden, im ostmärkischen Handwerk vorhanden sind. Auch denjenigen, welche sich nicht entschließen können, ihr Auge auf den Einzelhandwerker mit seinen Nöten und Klagen einzustellen, dürfte aus der Betrachtung des ostmärkischen Handwerks als Gesamtorganismus, wie er in der Innungs- usw. Organisation in die Erscheinung tritt, die Erkenntnis aufgehen, daß es sich hier tatsächlich um Werte handelt, deren Erhaltung und Weiterbildung eine lohnende Aufgabe für die Entwicklung der Ostmark ist.





1. Metallarbeiterwerkstatt der staatl. Lehrwerkstätten Posen.
2. Holzarbeiterwerkstatt der staatl. Lehrwerkstätten Posen.
3. Vorderer Ausstellungssaal der Gewerbehalle in Danzig.
4. Maschinenbaulaboratorium der Kgl. Maschinenbauschule Posen.

2. Staatliche Förderung.

Von Oskar Spetzler†*).

Handwerk und Gewerbe in den Provinzen Posen und Westpreußen, namentlich in den mittleren und kleineren Städten, sowie auf dem Lande waren gegenüber dem Handwerk und Gewerbe in den westlichen Provinzen infolge der nationalen und wirtschaftlichen Verhältnisse und wegen des Fehlens gewerblicher Unterrichtsanstalten sowie besonderer Gewerbeförderungseinrichtungen im Rückstand geblieben. Erst in den letzten Jahrzehnten erfolgte hierin eine Änderung durch energische staatliche Maßnahmen zur Hebung des Handwerks und Gewerbes der beiden Provinzen auf den Gebieten des Unterrichts und der Gewerbeförderung.

Diese Maßnahmen sollen der Übersicht halber in folgender Reihenfolge vorgeführt werden:

I. Vorbemerkungen, II. Gewerblicher Unterricht, III. Jugendpflege, IV. Gewerbeförderung.

I. Vorbemerkungen.

Durch Allerhöchsten Erlaß Sr. Majestät Kaiser und König Wilhelm I. vom 3. September 1884 wurden die Veranstaltungen der Gewerbeförderung, insbesondere die Verwaltung des gewerblichen Unterrichtswesens dem Minister für Handel und Gewerbe übertragen, während diese Verwaltung bis dahin Sache des Kultusministers gewesen war. Die Übernahme durch den Handelsminister erfolgte am 1. April 1885. Handelsminister war damals der Reichskanzler Fürst Bismarck.

Während heute das gewerbliche Unterrichtswesen und die Gewerbeförderung durch eine große Zahl von höheren Beamten im Handelsministerium vertreten werden, lag 1885 die gesamte Verwaltung allein in der Hand des Geheimen Oberregierungsrats Lüders. Hieraus ist zu erkennen, wie diese Verwaltung sich entwickelt hat, welch gewaltigen Aufschwung gewerbliches Unterrichtswesen und Gewerbeförderung seit dieser Zeit genommen haben.

Mit dem Übergang dieser Veranstaltungen an das Handelsministerium war die Richtschnur für ihre weitere Entwicklung gegeben. Sie erfolgte nach folgenden Gesichtspunkten: Ausbau der gewerblichen Fortbildungs- und Fachschulen zum Nutzen des Handwerks, des Gewerbes, der Industrie und des Handels, Pflege dieses Unterrichts- und Erziehungswesens als eines unentbehrlichen Teiles der nationalen Wirtschaftspolitik.

Die folgenden Mitteilungen werden zeigen, in welch hervorragender Weise es dem Ministerium für Handel und Gewerbe gelungen ist, dieses Ziel durch fleißige Arbeit während der letzten Jahrzehnte auch in den Provinzen Posen und Westpreußen und damit eine Stärkung des Deutschtums zu erreichen.

*) Während der Drucklegung verstarb am 3. Juli 1912 der um das Deutschtum, insbesondere um das deutsche Handwerk und Gewerbe verdiente Verfasser dieses Berichts nach einem langen, arbeitsschweren, von großen Erfolgen reich gesegneten Leben. Sein Verlust wurde in weiten Kreisen mit tiefer Trauer empfunden. Das Kapitel wurde von Baugewerkschullehrer Edmund Raabe (durchgearbeitet und) vollendet.

II. Gewerbliches Unterrichtswesen.

A. Gewerbliche Fachschulen.

1. Königliche Baugewerkschulen.

Die Vorschriften über Einrichtung und Betrieb der Preußischen Baugewerkschulen bestimmen über Zweck und Ziel dieser Schulen:

Die Baugewerkschulen sind Fachschulen, die

a) Baugewerbetreibenden, die sich zu Baugewerksmeistern oder Bauunternehmern ausbilden wollen, insbesondere Maurern, Zimmerern und Steinmetzen, Gelegenheit zur Aneignung derjenigen theoretischen Kenntnisse und Fertigkeiten im Zeichnen und Entwerfen geben, die zur selbständigen Ausübung ihres Berufs notwendig sind;

b) hoch- und tiefbautechnische Hilfskräfte für das Bureau und den Bauplatz (Bauzeichner und Bauführer) heranbilden;

c) zu den mittleren technischen Laufbahnen bei den Regierungs-, Militär-, Eisenbahn- und Kommunal- (Provinz-, Kreis-, Gemeinde-)behörden vorbereiten.

Es kommen hier in Frage die Laufbahnen der Bausekretäre, Wasserbauwarte, Bahnmeister, der Regierungsbausekretäre und der technischen Eisenbahnsekretäre, der Eisenbahnbetriebsingenieure, der Militärbausekretäre und der technischen Sekretäre der Kaiserlichen Marine. Auch die meisten Kommunalverwaltungen verlangen von den bei ihnen beschäftigten und anzustellenden mittleren Technikern das Reifezeugnis einer Baugewerkschule.

Die Aufnahmebedingungen für die Baugewerkschulen fordern den erfolgreichen Besuch einer mehrklassigen Volksschule und eine praktische Tätigkeit von zwei Bausommern. Solchen jungen Leuten, deren Vorbildung für die Aufnahme in die unterste Klasse nicht genügt, ist Gelegenheit gegeben, durch Besuch einer nach Bedarf einzurichtenden Vorklasse die in ihrer Vorbildung sich zeigenden Lücken auszufüllen.

Jede Baugewerkschulklasse umfaßt eine Unterrichtszeit von etwa einem halben Jahr. Am Schluß jeden Semesters findet für die Schüler der ersten Klassen eine Reifeprüfung statt. Das Bestehen dieser ersetzt die theoretische Prüfung beim Ablegen der Baugewerksmeisterprüfung; ferner berechtigt es zum Eintritt in den Staatsdienst für die vorher angeführten Stellungen.

Die Hauptaufgabe der Baugewerkschulen besteht darin, tüchtige Praktiker für das Baugewerbe — Hochbau oder Tiefbau — auszubilden, gleichgültig ob die Schüler später Baugewerksmeister oder Techniker werden. Deshalb sollen die Baugewerkschüler die verschiedenen Baukonstruktionen unter Berücksichtigung der verwandten Baustoffe gründlich erlernen und beim Verlassen der Schule nach jeder Richtung hin beherrschen. Sie sollen daraus auch erkennen lernen, daß die jeweilige Bauform und die äußere Gestaltung der Bauten nicht willkürlich zu wählen sind, sondern daß sich aus dem zur Verwendung gelangenden Baustoff und der dadurch bedingten Baukonstruktion die Bauart ergibt. Daneben muß der Baugewerkschüler

die zweckmäßige Grundrißgestaltung der Wohngebäude, Geschäftshäuser u. dgl. sowie die Aufstellung brauchbarer Kostenanschläge und anderes mehr erlernen.

Da die Erbauung guter, bürgerlicher Wohnhäuser, mögen es Einfamilienhäuser, Villen oder Miethäuser oder Geschäftshäuser sein, fast ausschließlich Sache der Baugewerksmeister oder anderer erfahrener Praktiker ist, die eine Baugewerkschule besucht haben, so muß der Baugewerkschüler auch in der Lage sein, alle Einzelheiten der Bauten — Maurer-, Zimmerer-, Dachdecker-, Tischler-, Schlosser- usw. Arbeiten — sachgemäß und musterhaft auszuführen oder ausführen zu lassen, damit die leider bei Bauausführungen noch oft vorkommenden Fehler infolge mangelhafter Arbeiten vermieden werden.

Wenn die Baugewerkschüler auch eine angemessene Gestaltung der Bauten, besonders der Wohngebäude erlernen, so kann es doch nicht Aufgabe der Baugewerkschulen sein, Architekten zur künstlerischen Ausführung von Monumental- und ähnlichen Bauten auszubilden; dies ist vielmehr Sache der Technischen Hochschulen, die freilich die Ausbildung nach der praktischen Seite hin nicht vernachlässigen sollten.

Die hohe Bedeutung der beiden Baugewerkschulen in Posen und Deutsch-Krone für die Ostmark beweist die Tatsache, daß sich eine große Zahl deutscher Schüler als Baugewerksmeister, Bauunternehmer, Techniker u. dgl. in verschiedenen Städten der beiden Provinzen niedergelassen hat, ebenso daß eine erhebliche Zahl von Baugewerkschülern im Staats- oder Kommunaldienst Anstellung fand.

Die Königliche Baugewerkschule Posen.

Die Schule wurde 1891 als erste Königliche Baugewerkschule in Preußen, abgesehen von der aus alt-hannoverischer Zeit stammenden Baugewerkschule in Nienburg a. W., errichtet, und zwar mit vier aufsteigenden Klassen. Die Schülerzahl betrug sofort 100 —. Der Hochbauabteilung wurde 1899 eine Tiefbauabteilung hinzugefügt. Im Winterhalbjahr 1899/1900 besuchten bereits 240 Schüler die Anstalt; das ist ein sicherer Beweis für die Notwendigkeit und die sich daraus ergebende sehr gute Entwicklung der Schule. 1908/1909 wurden die vier aufsteigenden Klassen auf fünf erhöht; von diesen werden die unteren 3 Stufen (Klassen) von allen Schülern besucht, von der zweiten Klasse ab trennen sich die Hochbauer von den Tiefbauern. 1895 beteiligte sich die Schule mit Erfolg an der Gewerbeausstellung in Posen, 1911 ebenso wie die Schule in Deutsch-Krone an der Ostdeutschen Industrieausstellung in Posen. Der erste Direktor der Schule war von 1891—1901 der Verfasser dieses Berichtes.

Die Königliche Baugewerkschule Deutsch-Krone.

Die Schule wurde 1877 als städtische Anstalt gegründet und ging 1896 in staatliche Verwaltung über. Bis 1901 bestand nur eine Hochbauabteilung, dann wurde auch hier eine Tiefbauabteilung eingerichtet.

2. Königliche Maschinenbauschulen.

Die Maschinenbauschulen werden eingeteilt in höhere Maschinenbauschulen und Maschinenbauschulen. Eine höhere Maschinenbauschule besteht in Posen, eine Maschinenbauschule in Graudenz.

Die Königliche höhere Maschinenbauschule Posen.

Zur Aufnahme in die höhere Maschinenbauschule ist die Berechtigung für den einjährig-freiwilligen Militärdienst und der Nachweis einer mindestens zweijährigen Werkstattstätigkeit oder der erfolgreiche Besuch einer Vorschule bzw. das Bestehen einer Aufnahmeprüfung und in den beiden letzten Fällen der Nachweis einer mindestens dreijährigen Werkstattstätigkeit erforderlich.

Die höhere Maschinenbauschule hat den Zweck, mittlere technische Bureaubeamte und mittlere Betriebsbeamte für die Maschineninduſtrie und die verwandten Induſtriezweige (Elektrotechnik, Hüttenbetrieb usw.) heranzubilden sowie auch künftigen Besitzern und Leitern induſtrieller Anlagen Gelegenheit zu geben, die für eine richtige fachmännische Betriebsleitung erforderlichen technischen Kenntnisse zu erwerben. Der Unterricht wird in fünf aufeinander folgenden Halbjahresklassen von je 19 bis 21 wöchiger Dauer erteilt.

Die höhere Maschinenbauschule in Posen wurde im Winterhalbjahr 1901/1902 mit 8 Schülern eröffnet und zählte im Sommerhalbjahr 1912 80 Schüler in den vier aufsteigenden Klassen und 14 Schüler in der Vorklasse. Vom Sommerhalbjahr 1913 ab werden fünf aufsteigende Klassen betrieben. Am Schluß jeden Unterrichtshalbjahres findet für die Schüler der ersten Klasse eine Reifeprüfung statt.

An der Posener Schule werden auch Kurse zur Ausbildung niederen technischen Personals, bestehend aus Unter- und Oberkursus von je 12 Wochen Dauer, und für Lokomotivpersonal, Dauer 1 Jahr, abgehalten.

Im Jahre 1906 bezog die Anstalt ihren schönen großen Neubau. Die beigefügte Abbildung zeigt einen Teil des Maschinenbaulaboratoriums, das den praktischen Übungen der Schüler dient.

Die Königliche Maschinenbauschule Graudenz.

Die Maschinenbauschule in Graudenz wurde am 1. April 1907 als städtische Anstalt errichtet, jetzt ist sie staatlich geworden. Sie hat die Aufgabe, ihren Schülern eine fachliche Ausbildung zu gewähren, die für künftige Leiter einer Werkstätte, für künftige Besitzer kleinerer Betriebe oder für technische Hilfskräfte in Konstruktionsbureaus (Techniker) erforderlich ist. Die Schule nimmt solche junge Leute als Schüler auf, die eine gute Volksschulbildung und eine vierjährige (ausnahmsweise auch dreijährige) praktische Werkstattstätigkeit nachweisen können.

Der Lehrgang dauert vier Halbjahre und wird durch eine Reifeprüfung abgeschlossen. Das Reifezeugnis berechtigt zum Eintritt in den Werkmeisterdienst bei der Staatseisenbahn, zur Ablegung der Eichmeisterprüfung u. dgl.

Frühere Schüler der beiden Maschinenbauschulen haben sich gleichfalls in den östlichen Provinzen niedergelassen oder bekleiden Stellungen im Staats- oder Kommunaldienst. Die meisten Schüler sind ebenso wie die der Baugewerkschulen Deutsche.

3. Königliche Handwerker- und Kunstgewerbeschule Bromberg.

Die Schule ist Anfang Oktober 1911 mit 130 Schülern, von denen 20 die Tagesklassen besuchen, eröffnet worden. Aus dieser verhältnismäßig großen Schüler-

zahl ist ersichtlich, daß die Gründung der Schule einem vorhandenen Bedürfnis entsprach.

Die Anstalt bezweckt die künstlerische und technische Hebung des Gewerbes und besteht aus einer Kunstgewerbeschule, einer Handwerkerschule, Studienklassen, Vorlesungen und der Klasse für Geschmacksbildung.

Die Kunstgewerbeschule ist eine Tagesschule, in der in Fachklassen und Werkstätten unterrichtet wird. Sie hat vorläufig eine Fachklasse für architektonisches Zeichnen, für Innenausbau, sowie für Tischler, Schlosser, Goldschmiede und andere Kunsthandwerker; eine Fachklasse nebst Werkstatt für Stein-, Holz-, Stuck- und Metallbildhauer, in der sich auch Angehörige anderer Gewerbe im Modellieren ausbilden können; eine Fachklasse nebst Werkstatt für Dekorationsmaler, Graphiker, Musterzeichner und Glasmaler, und ferner eine Werkstatt, in der Weben, Kunststicken mit der Hand und Maschine, Kurbeln, Spitzennähen und andere Techniken gelehrt werden. Während der Monate Juli, August, September sind die Schüler der Kunstgewerbeschule verpflichtet, sich in der Praxis zu beschäftigen, damit das in der Schule Erlernte durch die Arbeitsweise in der Praxis ergänzt wird und sie im folgenden Schuljahr an die in der Schule gestellten Aufgaben mit größerem praktischen Verständnis herantreten können.

Die Handwerkerschule hat nur Abendfachklassen, in denen männliche und weibliche Gewerbetreibende, die tagsüber in den Betrieben oder Werkstätten beschäftigt sind, fortgebildet werden, besonders in künstlerisch-theoretischer Beziehung.

Die Studienklassen ergänzen den Unterricht der Fachklassen. Es bestehen mehrere Studienklassen für Figuren-, Porträt- und Kostümzeichnen, für Schriftzeichnen u. dgl.

Die Vorlesungen werden mit der Vorführung von Lichtbildern aus der Kunst-, Kultur- und Stilgeschichte verbunden.

Die Klasse für Geschmacksbildung besuchen Knaben und Mädchen im Alter von über 12 Jahren. Sie erhalten in ihr Zeichen-, Mal-, Modellier- und Handfertigkeitsunterricht. Dem Kunstinteresse des Publikums wird durch einschlägige Ausstellungen Rechnung getragen.

B. Haushaltungs-, Handels- und Gewerbeschulen für Mädchen.

Die Königliche Handels- und Gewerbeschule für Mädchen mit Pensionat, Haushaltungsschule und Lehrerinnenseminar in Posen.

Die Anstalt, welche als private Haushaltungs- und Gewerbeschule errichtet wurde, ist am 1. Oktober 1897 vom Staate übernommen worden. In ihr erhalten Mädchen, die nicht mehr schulpflichtig sind, Gelegenheit, sich für den Haushalt, einen gewerblichen oder kaufmännischen Beruf oder als technische Lehrerin auszubilden.

Die Anstalt umfaßt je eine Haushaltungsschule, Gewerbeschule, Handels- und höhere Handelsschule sowie ein Seminar zur Ausbildung als Lehrerin der Hauswirtschaftskunde, der weiblichen Handarbeiten und als Gewerbeschullehrerin mit der Lehrbefähigung für die Fächer Rechnen und Hauswirtschaft, einfache und

feine Handarbeiten, sowie Maschinennähen, Wäscheanfertigung, Schneidern, Putz und Kunsthandarbeiten. Ferner besteht eine Abteilung für allgemein bildenden Unterricht in deutscher Literatur, vaterländischer Geschichte, Volkswirtschaftslehre Gesetzeskunde, Turnen und Gesang. Mit der Schule ist ein Pensionat verbunden.

In der Haushaltungsschule werden junge Mädchen in den zur Führung eines guten Hauswesens erforderlichen Fähigkeiten und Kenntnissen unterwiesen.

In der Gewerbeschule werden die Schülerinnen in einfacher Handarbeit, Maschinennähen und Wäscheanfertigung, Schneidern, Putz, Kunsthandarbeit, Zeichnen und Malen, sowie im Waschen Plätten und Rechnen unterrichtet.

In die Handelsschule, Unterrichtsdauer ein Jahr, werden Mädchen mit guter Volksschulbildung und einem Alter von mindestens 15 Jahren aufgenommen. Unterrichtet wird in den notwendigen Handelsfächern.

In die höhere Handelsschule mit einer Unterrichtsdauer von ebenfalls einem Jahre werden Mädchen, die eine höhere Töchterschule mit Erfolg besucht haben und mindestens 16 Jahre alt sind, aufgenommen. Die Unterrichtsfächer sind die gleichen, wie in der Handelsschule, doch kommt Unterricht in der englischen und französischen Handelskorrespondenz und Konversation hinzu.

Die Anstalt hat sich sehr gut entwickelt und ist für die deutsche weibliche Jugend der Ostmark von der größten Bedeutung. Ihre Einrichtung ist für alle ähnlichen Anstalten vorbildlich geworden.

Auch die nachfolgend aufgeführten Schulen sind für nicht mehr schulpflichtige Mädchen bestimmt, der Schulbesuch ist freiwillig. Der Unterricht wird an den Wochentagen erteilt, die Dauer desselben ist verschieden nach den einzelnen Fächern, durchschnittlich ein halbes bis ein Jahr, je nachdem die Schülerinnen sich für den Haushalt oder einen gewerblichen Beruf ausbilden wollen.

Städtische Haushaltungs- und Gewerbeschule in Gnesen.

Die Schule hat ihre eigenen, gut eingerichteten Räume in dem im Jahre 1900 bezogenen Neubau der Gewerbeschule. Sie umfaßt 8 Kurse für den Haushalt oder für einen gewerblichen Beruf. Die meisten Schülerinnen sind deutscher Nationalität.

Städtische Haushaltungs- und Gewerbeschule in Schneidemühl.

Die im Jahre 1909 eröffnete Schule befindet sich vorab noch in den Kellerräumen eines Volksschulgebäudes, jedoch ist ein Schulhausneubau in Aussicht genommen. Sie umfaßt ungefähr dieselben Kurse wie die Gnesener Schule. Neben Haushaltungs- und gewerblichen Kursen werden solche für Deutsch und Gesundheitslehre abgehalten. Auch hier sind die Schülerinnen fast nur Deutsche. Die meisten früheren Schülerinnen verwerten das Erlernte im eigenen Haushalt oder in dem der Eltern.

Haushaltungsschule in Kolmar i. P.

Die Schule hat ihre gut eingerichteten Räume in dem im Jahre 1905 bezogenen Neubau der Fortbildungsschule. Es bestehen drei Kurse für Kochen und Haus-

haltungsarbeiten, Handarbeiten, Wäschenähen und Schneidern. Außer den vorgenannten Kursen sind Abendkurse für Fabrikarbeiterinnen eingerichtet, sie erstrecken sich auf die einfache Hauswirtschaft des Arbeiters, insbesondere auf Kochen, Backen, Flicken und Stopfen. — Diese Kurse sind in jeder Hinsicht von größter Bedeutung, weil die Fabrikmädchen sonst von der Hauswirtschaft nichts erlernen und, wenn sie sich verheiraten, es nicht verstehen, ihren Haushalt sparsam und doch zweckmäßig zu gestalten. Die Mädchen sind fast alle in den beiden großen Steingutfabriken in Kolmar beschäftigt, die Kurse werden deshalb auch von den Fabriken, namentlich von der Porzellanfabrik, mit Geld unterstützt.

Gewerbe-, Handels- und Haushaltungsschule in Hohensalza.

Die Schule ist eine Privatanstalt mit staatlicher und städtischer Unterstützung, sie wurde 1890 errichtet und umfaßt drei Hauptabteilungen, und zwar Haushaltungsunterricht mit Kochen, Backen usw., ferner Handarbeit, Wäschenähen und Schneidern, sowie allseitige Ausbildung als Buchhalterin. Die Zahl der Schülerinnen betrug seit dem Bestehen der Anstalt 1450, davon waren etwa zwei Drittel Deutsche. Oktober 1912 übernimmt die Stadt Hohensalza die Schule, die dann ein eigenes Schulhaus erhält, während sie jetzt noch in einem Miethause untergebracht ist.

Gewerbe- und Haushaltungsschule in Danzig-Langfuhr.

Die Schule ist 1908 vom Vaterländischen Frauenverein errichtet und erhält vom Staat und der Stadt Beihilfen. Sie umfaßt drei Abteilungen, und zwar eine Gewerbeabteilung, eine Haushaltungsabteilung und ein Seminar. In der Gewerbeabteilung wird Unterricht in Handarbeit, Wäscheanfertigung, Schneidern, Kunststicken und Zeichnen erteilt. Die Haushaltungsabteilung unterrichtet im Kochen einschl. Einmachen, Waschen und Plätten, sowie in Haushaltsarbeiten.

Das Seminar bildet in einjährigen Kursen entweder Lehrerinnen der Hauswirtschaftskunde für den Unterricht an Volksschulen oder Lehrerinnen der weiblichen Handarbeiten für Volks-, mittlere und höhere Mädchenschulen aus.

Außer diesen Schulen sind in Westpreußen noch vorhanden die Haushaltungs- und Gewerbeschule für Mädchen in Thorn als Abteilung der dortigen Königlichen Gewerbeschule, die Haushaltungsschule „Marienheim" in Elbing, die städtische gewerbliche Fortbildungs- und Haushaltungsschule für Mädchen in Marienburg sowie die gewerblichen und Haushaltungsschulen in Briesen, Culm und Graudenz.

C. Gewerbe- und Fortbildungsschulen.

Auf Grund des Gesetzes vom 4. Mai 1880, „Die Einrichtung und Unterhaltung von Fortbildungsschulen in den Provinzen Posen und Westpreußen", wurden in richtiger Erkenntnis der hohen Bedeutung dieser Anstalten für die Förderung von Handwerk und Gewerbe in einer Reihe ostmärkischer Städte gewerbliche Fortbildungsschulen errichtet. Die größere Zahl derselben ging jedoch wegen

unzureichender Bestimmungen der Ortsstatute zufolge Entscheidung des Kammergerichts wieder ein. Erst nach entsprechender Änderung der Ortsstatute konnten die Fortbildungsschulen Anfang der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts wieder eröffnet werden. 1897 wurde das Gesetz von 1880 angemessen abgeändert.

Der Charakter der Anstalten als gewerblicher Schulen trat, den nach und nach gesammelten Erfahrungen gemäß, immer mehr in den Vordergrund. Für den Zeichenunterricht sind heute die „Grundsätze für die Erteilung des Zeichenunterrichts an gewerblichen Fortbildungsschulen" vom 28. Januar 1897 maßgebend. Die Bedeutung des Fachzeichnens wird hier besonders betont. Für den übrigen Unterricht bilden jetzt die „Bestimmungen über Einrichtung und Lehrpläne gewerblicher Fortbildungsschulen" vom 1. Juli 1911 die Grundlage.

Die Fortbildungsschule hat die Aufgabe, die berufliche Ausbildung der jungen Leute zwischen 14 und 18 Jahren zu fördern und an ihrer Erziehung zu tüchtigen Staatsbürgern und Menschen mitzuwirken.

Mit den Fortbildungs- und Fachschülern werden ganz besonders die sozialen Gesetze im Unterricht eingehend behandelt; es wird ihnen gezeigt, welche Wohltaten dem Arbeiter, dem Handwerker u. a. durch die Arbeiterschutzgesetze, die Kranken-, Alters-, Invaliden- und Unfallversicherung erwiesen werden, indem den Schülern vorgeführt wird, wie früher vor dem Bestehen dieser Gesetze der kranke Arbeiter oft zugrunde ging, weil ihm die Mittel für Arzt, Pflege und Arznei fehlten und wie der alte, nicht mehr arbeitsfähige Handwerker oder Arbeiter, wenn er nichts erspart hatte, von seinen Kindern unterhalten werden oder in das Armenhaus wandern oder gar durch Betteln sich den notdürftigen Unterhalt verschaffen mußte, während er heute durch die Altersrente gegen Not und Elend geschützt ist. Die Schüler lernen hier klar und deutlich erkennen, wie undurchführbar die von gewissenlosen Hetzern erhobene Forderung nach einer Erhöhung der der deutschen Arbeiterschaft aus der sozialpolitischen Gesetzgebung entspringenden Vorteile ist, da die Durchführung der Arbeiterversicherung allein dem deutschen Gewerbe jetzt schon Lasten in Höhe von jährlich einer Milliarde Mark auferlegt; die Schüler lernen deutlich erkennen, daß jede Erhöhung der Leistungen notwendig eine Erhöhung der Lasten und diese wieder einen Rückgang des deutschen Gewerbes und damit eine Verminderung der Arbeitsgelegenheit nach sich ziehen muß, daß daher eine Erhöhung der Leistungen zurzeit für die deutsche Arbeiterschaft keinen Vorteil, sondern eher einen Nachteil bedeutet.

Hierbei wird den Schülern gezeigt, daß insbesondere die Arbeiter und Handwerker diese Errungenschaften unserm Kaiserhause, den Hohenzollern, zu verdanken haben, daß Deutschland heute in der Sozialreform an der Spitze aller Kulturstaaten marschiert, daß durch die soziale Gesetzgebung der Verelendung der Arbeitermassen, wie diese in manchen anderen Staaten noch besteht, vorgebeugt wird und daß in erster Linie Kaiser Wilhelm II. durch seine kraftvolle Aufrechterhaltung des Friedens Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbe außerordentlich förderte. — Notwendig sind diese Belehrungen auch deshalb, weil die an den sozialen Gesetzen Beteiligten das Empfangene vielfach als etwas Selbstverständliches hinnehmen, ohne zu be-

denken, daß sie hierfür durch strenge Erfüllung ihrer Pflichten als zuverlässige Staatsbürger und Menschen dem Kaiser gegenüber ihren Dank zum Ausdruck bringen sollen. Für die Fortbildungsschulen in der Ostmark ist diese Aufgabe der Schulen von der allergrößten Bedeutung. Die ostmärkischen Fortbildungsschulen haben daher seit ihrem Bestehen diese hochwichtige Aufgabe im Interesse des Deutschtums dieser Provinzen nach Möglichkeit und mit recht schönem Erfolge zu erfüllen gesucht. Die Fortbildungsschulen üben durch die staatsbürgerliche Erziehung auf ihre Schüler den segensreichsten Einfluß aus, besonders auch durch die mit diesen Schulen verbundene Jugendpflege, welche später noch besonders besprochen werden wird. Den Fortbildungsschulen folgen in ihrer erzieherischen Tätigkeit auch die vorher besprochenen Fachschulen.

Während die polnischen Schüler infolge ihrer mangelhafteren Vorbildung in größerer Zahl die unteren Klassen füllen, kommt die berufliche Ausbildung zumeist den besser vorgebildeten deutschen Schülern der oberen Klassen zugute, obgleich sich auch noch viele deutsche Schüler mit mangelhafter Vorbildung in den unteren Klassen befinden. Namentlich zeigt sich dies bei den Schülern solcher Eltern, die als Rückwanderer aus dem Auslande (Rußland, Galizien usw.) gekommen sind, oder die durch ständige Veränderung des Wohnortes die Erziehung ihrer Kinder sehr beeinträchtigten.

Die besondere Art der Berufsbildung durch unser gewerbliches Unterrichtswesen, — Fachschulen, Lehrwerkstätten, Fortbildungsschulen — besteht darin, daß durch die Lehrziele die unmittelbare Verwendbarkeit des in den Schulen erworbenen Wissens und Könnens von den Schülern in ihrem späteren Berufsleben erreicht werden soll.

Nur eine kleinere Zahl von Fortbildungsschulen hat eigene Schulgebäude oder eigene Schulräume. Der Unterricht wird meistens in Volksschulklassen erteilt, was für den Zeichenunterricht nicht günstig ist. Sehr erwünscht wäre es, wenn hierin in der nächsten Zeit eine Besserung eintreten könnte.

Die Unterrichtserteilung lag bis vor Kurzem fast ausschließlich in den Händen von Volksschullehrern. In neuerer Zeit werden in steigendem Maße Fachleute — Techniker, Handwerksmeister u. a. — zur Erteilung des Unterrichtes herangezogen. Diese Einrichtung hat sich, wo sie bisher durchgeführt werden konnte, sehr gut bewährt. Zur Ausbildung der Lehrer finden alljährlich Zeichen- und gewerbliche Kurse statt. Von besonderer Wichtigkeit für die ostmärkischen Verhältnisse mit ihren vielen kleinen Schulen, in denen in einer Zeichenklasse häufig alle möglichen Gewerbe vereinigt werden müssen, sind die sogenannten gemischten Fachkurse, in denen die Lehrer an Fortbildungsschulen in den mittleren und kleineren Städten so ausgebildet werden, daß sie in verschiedenen Berufen gleichzeitig unterrichten können.

Staatliche Fortbildungs- und Gewerkschule in Posen.

Die Posener Fortbildungs- und Gewerkschule wurde im Jahre 1892 gleichzeitig mit den Vorortsschulen Jersitz, Wilda und St. Lazarus errichtet. Die Leitung

dieser Schulen lag in der Hand des Verfassers dieses Berichtes. Mit der Eingemeindung der Vororte wurden auch die Vorortsschulen mit der Posener Schule verbunden.

Es besteht zurzeit in Posen eine Schulabteilung für Berufs- und Bürgerkunde, Rechnen und Buchführung in dem Schulgebäude der Bürgerschule für Schüler, welche ihres Berufes halber am Zeichenunterricht teilnehmen, ferner eine Schulabteilung für Nichtzeichner in einem Stadtschulgebäude, sodann eine Schulabteilung in dem früheren Vorort Jersitz. Den neuen Bestimmungen entsprechend sind soweit möglich Berufsklassen mit drei aufsteigenden Stufen gebildet.

Die Unterrichtszeit war bei Errichtung der Schule in die Abendstunden von $7^1/_2$—$9^1/_2$ Uhr in der Woche und auf den Sonntag-Vor- und -Nachmittag gelegt. Im Jahre 1896 ist es dem Verfasser dieses Berichtes durch Verhandlungen mit den Innungen gelungen, die jetzige Unterrichtszeit zu erreichen. Es erhalten alle Schüler, die des Zeichnens bedürfen, wöchentlich an zwei Nachmittagen von 3—7 Uhr 8 Stunden Unterricht. Die Nichtzeichner erhalten wöchentlich 6 Stunden Unterricht, und zwar die Bäcker dreimal von 11—1 Uhr vormittags, alle übrigen Schüler zweimal von 3—6 oder von 5—8 Uhr nachmittags. Die Lehrherrn sind mit dieser Einrichtung zufrieden, weil die Lehrlinge noch nach dem Besuch der Fortbildungsschule beim Aufräumen in der Werkstatt helfen können. Die Schüler kommen jetzt nicht ermüdet, sondern frischer in den Unterricht, wodurch der Unterrichtserfolg ein guter ist. Auch von großer erzieherischer Bedeutung ist diese Einrichtung, weil durch sie verhindert wird, daß die jungen Leute gezwungen werden, zu später Abendstunde sich auf den Straßen aufzuhalten. Die Malerlehrlinge werden nach einem Abkommen mit den Meistern im Sommer beurlaubt und müssen dafür die Fortbildungsschule im Winterhalbjahr wöchentlich 10 Stunden besuchen. Hierdurch hat sich die Möglichkeit ergeben, eine besondere Abteilung für Dekorationsmaler zu bilden. Viele dieser Schüler besuchen dann den Unterricht anstatt während 10 Stunden, während 24—30 Stunden wöchentlich und noch länger. Eine ähnliche Vergünstigung genießen auch die Töpferlehrlinge. Diese sind im Sommer vom Zeichenunterricht befreit, wenn sie im Winter wöchentlich 8 Stunden zeichnen.

Die Schülerzahl der Posener Schule betrug 1892 737 und beträgt jetzt rund 1500. Zurzeit bestehen 10 Berufsgruppen außer den Vorstufen und Hilfsklassen. Durchschnittlich gehört $^1/_3$ der Schüler der deutschen, $^2/_3$ der polnischen Nationalität an. An der Schule wirken neben einem Fachlehrer im Hauptamt 95 Lehrer im Nebenamt, nämlich 2 Fachschuloberlehrer, 2 Baugewerkschullehrer, 2 Werkmeister, 3 Techniker, 8 Handwerksmeister, 1 Zeichenlehrer, 2 Rektoren, 7 Mittelschullehrer und 68 Volksschullehrer

Staatliche Gewerbliche Fortbildungsschule in Bromberg.

Auch hier wird der Unterricht wie in Posen in verschiedenen Volksschulgebäuden erteilt, um den Schülern weite Schulwege zu ersparen. Die Einrichtung der Schule entspricht auch hier den neueren Bestimmungen, wonach Berufsgruppen gebildet sind.

Die Unterrichtszeit war bis jetzt noch in der Woche von 7—9 Uhr abends, für die Bäcker wie in Posen vormittags. Für den Zeichenunterricht bestehen außer den Vorbereitungsklassen ebenfalls Fachklassen. Die Schülerzahl beträgt zurzeit 813, davon sind 605 Schüler deutscher Nationalität. Auch in Bromberg werden verschiedene Lehrlinge — Maler, Bauhandwerker — im Sommer beurlaubt und besuchen dann im Winter während der doppelten Stundenzahl in der Woche den Unterricht.

Städtische Handels- und Gewerbeschule in Gnesen.

Die Schule wurde im Jahre 1900 in einem für dieselbe errichteten Neubau eröffnet. Sie besteht aus folgenden Abteilungen: Handelsschule für Knaben und Mädchen, obligatorische kaufmännische und gewerbliche Fortbildungsschule, sowie freiwillige Abendkurse. Etwa 50% der Schüler sind Deutsche. Die Fortbildungsschule wird von 380 Schülern besucht, davon sind reichlich $^2/_3$ polnischer Nationalität. Der Unterricht findet am Tage in der Woche statt.

Die staatliche kaufmännische und gewerbliche Fortbildungsschule in Schneidemühl.

Die kaufmännischen Fortbildungsschulen sind Pflichtschulen für die männliche und weibliche Jugend, zum Besuch der gewerblichen Fortbildungsschulen ist dagegen nur die männliche Jugend verpflichtet.

Mit diesen Schulen sind fachwissenschaftliche Abendkurse für den kaufmännischen und den gewerblichen Beruf verbunden, die Dauer derselben beträgt ein halbes Jahr mit wöchentlich 2—10 Stunden, je nach Art der Kurse. Für Lokomotivpersonal, Elektromonteure u. a. werden Sonntagskurse abgehalten. Der Besuch der Kurse ist freiwillig.

Gewerbliche Fortbildungsschule in Kolmar i. P.

Die Fortbildungsschule wurde, nachdem sie vorher geschlossen war, im November 1900 mit 100 Schülern wieder eröffnet, von diesen gehörten 82 der keramischen Industrie, 28 dem Holzbearbeitungs-, dem Bau- und Metallgewerbe an. Während die Zahl der Keramiker durch Beschäftigung von Arbeiterinnen abnahm, hat die Zahl der Schüler aus den Holzbearbeitungsgewerben wesentlich zugenommen. Mit der Schule sind zwei Werkstätten, für Tonmodellieren und Holzbearbeitung verbunden und hierfür auch zwei Fachzeichnenklassen eingerichtet. Der Besuch dieser Klassen und der Werkstätten ist freiwillig. Außerdem bestehen an der Schule auch Klassen für den kaufmännischen Unterricht. Im Juli 1905 wurde das für die Schule neuerbaute, mit allen modernen Einrichtungen ausgestattete Fortbildungs- und Haushaltungsschulgebäude bezogen.

Im ganzen sind vorhanden im Regierungsbezirk Posen 57 gewerbliche und 9 kaufmännische Fortbildungsschulen, im Regierungsbezirk Bromberg 27 gewerb-

liche und 6 kaufmännische Fortbildungsschulen. Teilweise sind mit den gewerblichen Fortbildungsschulen kaufmännische Klassen verbunden, so in Lissa i. P. u. a.

In der Provinz Westpreußen befinden sich folgende Gewerbe- und Fortbildungsschulen.

Städtische Handels- und Gewerbeschule in Danzig.

Die Schule hat ein eigenes großes Schulgebäude, in dem besonders Unterricht im Zeichnen und Modellieren erteilt wird, der übrige Unterricht findet zumeist in 13 anderen städtischen Schulgebäuden statt.

Die Anstalt ist eine gewerbliche Fortbildungsschule mit Pflichtbesuch und beruflicher Gliederung. Die Lehrpläne berücksichtigen: 1. Berufsklassen für Kaufmannslehrlinge und für Handwerkslehrlinge, 2. Berufsgruppenklassen für verschiedene Berufe, 3. allgemeine Fortbildungsklassen für ungelernte Arbeiter. Die Stundenzahl beträgt für Schüler, welche ihres Berufes halber des Zeichnens bedürfen, wöchentlich 8, für Nichtzeichner 4. Bauhandwerker, Maler, Klempner, Töpfer, Steinmetze, Steinsetzer haben nur im Winter Unterricht, und zwar 8 Stunden Berufs- und Bürgerkunde nebst Rechnen und Buchführung sowie 8 Stunden Zeichnen. Die Unterrichtszeit liegt meist in den Nachmittagen der Wochentage.

Außer den genannten bestehen Kurse für freiwilligen Unterricht im kunstgewerblichen und figürlichen Zeichnen, im Fachzeichnen, in der Elektrotechnik, der Mathematik, der Mechanik, der Buchführung, in den Handelsfächern usw.

Städtische Gewerbeschule in Elbing.

Die Schule besteht aus einer gewerblichen und einer kaufmännischen Abteilung. Handwerkslehrlinge erhalten 8 Stunden Unterricht, sofern sie wegen ihres Berufes des Zeichnens nicht bedürfen, können sie von diesem Unterricht befreit werden. Die Pflichtstundenzahl für Handelslehrlinge beträgt wöchentlich 6. Der Unterricht findet vormittags von 11 bis 1 Uhr und nachmittags von 1 bis 9 Uhr, am Mittwoch und Sonnabend von 1 bis 4 und von 7 bis 9 Uhr statt. — Der Unterricht ist auch hier beruflich gegliedert. Fachunterricht wird erteilt für Tischler, Klempner, Schlosser, Wagenbauer, Bauhandwerker, Maler, Tapezierer usw.

Königliche Gewerbeschule in Thorn.

Die Königliche Gewerbeschule, welche ein großes neuerbautes Schulgebäude besitzt, umfaßt außer der bereits erwähnten Haushaltungs- und Gewerbeschule für Mädchen noch eine gewerbliche und eine kaufmännische Fortbildungsschule, ferner eine Handelsschule und eine Bauschule. Da die Fortbildungsschulen den übrigen Fortbildungsschulen gleich gestaltet sind, wären nur noch die Handelsschule und Bauschule zu erläutern. Die Handelsschule besteht aus drei Kursen von je einem Jahr Dauer. Kursus A ist für junge Mädchen, welche eine höhere Mädchenschule mit Erfolg besuchten, bestimmt; in Kursus B werden junge Mädchen aufgenommen, die mindestens eine sechsklassige Volksschule erfolgreich besuchten; Kursus C ist für junge Leute eingerichtet, die ebenfalls eine sechsklassige Volksschule erfolgreich

besuchten. Die Bauschule besteht aus drei Klassen, welche den drei unteren Klassen der Königlichen Baugewerkschulen gleich gestaltet sind. Durch den erfolgreichen Besuch dieser drei Klassen erhalten die Schüler die Berechtigung zum Eintritt in die 2. Klasse einer Königlichen Baugewerkschule.

Im ganzen sind im Regierungsbezirk Danzig 14 gewerbliche und 1 kaufmännische im Regierungsbezirk Marienwerder 43 gewerbliche und 8 kaufmännische Fortbildungsschulen vorhanden. Auch hier sind teilweise kaufmännische Klassen mit den gewerblichen Schulen verbunden.

D. Lehrwerkstätten.

Der Posener Fortbildungs- und Gewerkschule sind die im Jahre 1908 errichteten beiden Lehrwerkstätten für Metall- und Holzarbeiter angegliedert. Bereits im Jahre 1897 begannen die Verhandlungen wegen Errichtung dieser Werkstätten. — Die Lehrwerkstätten sollen die Meisterlehre nicht ersetzen, sondern vorbereiten. Ihre Aufgabe besteht darin, jungen, befähigten Leuten, die Schlosser, Schmiede, Maschinenbauer, Installateure oder Bau- und Möbeltischler, Drechsler und Zimmerleute werden wollen, eine gründliche, praktische und theoretische Vorbildung zu geben. Die Dauer des Unterrichts in der Lehrwerkstatt umfaßt ein Jahr und tritt an die Stelle des ersten Lehrjahres beim Meister. Nach beendeter Meisterlehre ist es erwünscht, wenn der Schüler die Lehrwerkstatt nochmals ein halbes Jahr besucht, um eine gute abgeschlossene Ausbildung zu erlangen.

Am Schlusse des ersten Lehrwerkstättenjahres werden den Schülern nach Möglichkeit durch den Direktor oder die Handwerkskammer Lehrstellen bei tüchtigen Meistern vermittelt, bei denen sie die weitere Lehrzeit zurücklegen können. Bis zum 18. Lebensjahr sind die Schüler zum Besuch der gewerblichen Fortbildungsschule verpflichtet.

Bei der Aufnahme wird von dem Eintretenden der Nachweis des erfolgreichen Besuchs einer mehrklassigen Volksschule oder der durch eine Aufnahmeprüfung zu liefernde Nachweis einer entsprechenden Bildung und die körperliche Tauglichkeit für seinen zukünftigen Beruf verlangt.

Im letzten Jahre sind in beide Werkstätten solche Schüler zurückgekehrt, die die Meisterlehre beendet haben und sich, wie vorher erwähnt, in ihren Gewerben noch vervollkommnen wollen. Ihrem praktischen Können entsprechend werden diese Schüler weiter gefördert und ihren Wünschen gemäß in Spezialtechniken, wie Polieren, Beizen, Intarsienschneiden, oder in der Metallarbeiterwerkstatt in Drehbank- und Treibarbeiten u. dgl. ausgebildet.

Sämtliche Lehrwerkstattschüler sind deutscher Nationalität. Sie finden, soweit sie nicht bei ihren Eltern oder Verwandten wohnen, in dem vom evangelischen Erziehungsverein errichteten deutschen Lehrlingsheim für monatlich 30 Mark gute Unterkunft.

In den letzten Jahren konnte bei den Anmeldungen die Wahrnehmung gemacht werden, daß vielfach Söhne von Beamten, Kaufleuten usw. sich jetzt dem Handwerk

wieder zuwenden wollen, wodurch zu erhoffen steht, daß durch die Zuführung gut vorgebildeter Kräfte eine bedeutende Förderung des deutschen Handwerkerstandes in der Ostmark zu erwarten ist. Lehrwerkstättenschüler mit guter Realschul- und Gymnasialbildung, selbst solche mit der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst sind nicht selten.

Die Lehrwerkstätten wurden bis Ostern 1912 von im ganzen 107 Schülern besucht. Die beigefügten Bilder zeigen die innere Einrichtung der beiden Werkstätten.

E. Handelsschulen.

Wenn die Handelsschulen auch nicht direkt zum gewerblichen Unterrichtswesen gehören, so sind sie doch nicht ohne Bedeutung für dasselbe und sollen deshalb hier kurz erwähnt werden.

Städtische Handelsschule in Posen.

Die Handelsschule ist eine Vereinigung mehrerer kaufmännischer Bildungsabteilungen. Der Unterricht findet hauptsächlich in den Tagesstunden, für einige Abteilungen auch abends statt. Der Schulbesuch ist freiwillig.

Die Handelsschule gliedert sich in: eine Handelsfachschule mit Ober- und Unterstufe, in eine kaufmännische Fortbildungsschule mit einem dreijährigen, zweijährigen und einjährigen Kursus, in handelswissenschaftliche und handelstechnische Kurse mit Nachmittags- und Abendkursus und in Sprachvorbereitungskurse für Schüler. Eine höhere Handelsschule wird noch geplant.

Die Handelsfachschule (Handelsvorschule) hat die Aufgabe, jungen Leuten, die sich dem kaufmännischen Berufe widmen wollen, vor dem Eintritt in die Lehre eine gründliche kaufmännische Ausbildung zu gewähren. Die Oberstufe nimmt solche Schüler auf, die die Mittelschule mit Erfolg besucht haben. Die Schüler sollen für bevorzugte Stellungen in Handels- und Industriekontoren herangebildet werden. Die Aufnahme in die Unterstufe setzt eine gute Volksschulbildung voraus. Die Unterstufe soll ein Ersatz für die dreijährige Fortbildungsschule sein.

Die kaufmännische Fortbildungsschule soll die Schüler fachlich ausbilden und an ihrer sittlichen und staatsbürgerlichen Erziehung mitarbeiten. Sie besteht aus drei Abteilungen: a) Dreijähriger Kursus (Schüler mit Volksschulbildung) mit drei aufsteigenden Klassen und einer Vorstufe mit je 8 wöchentlichen Pflichtstunden. Sprachen, Stenographie, Maschinenschreiben, Turnen und Spiel sind wahlfrei. b) Zweijähriger Kursus (Schüler mit Mittelschulbildung), mit 9 wöchentlichen Pflichtstunden. Wahlfrei sind die gleichen Fächer wie bei a. c) Einjähriger Kursus; er nimmt Schüler auf, welche die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst besitzen; diese werden in 10 wöchentlichen Pflichtstunden unterrichtet. Wahlfrei sind dieselben Fächer wie bei a.

Die handelswissenschaftlichen und handelstechnischen Kurse haben die Aufgabe, selbständigen Kaufleuten, Gehilfen und Gehilfinnen Gelegenheit zur kaufmännischen Weiterbildung zu geben.

Die Städtischen Handelsschulen in Bromberg und Schneidemühl.

Zweck und Ziel sind die gleichen wie bei der Handelsschule in Posen. Der erfolgreiche Besuch dieser Handelsschulen befreit von der Verpflichtung zum Besuch der staatlichen kaufmännischen Fortbildungsschule. Unterrichtsfächer sind: Deutsch mit Bürgerkunde, Handelskorrespondenz und Kontorarbeiten, Buchführung, kaufmännisches Rechnen, Wirtschaftsgeographie mit Warenkunde, Handelskunde, Stenographie, Maschinenschreiben, Schönschreiben, Turnen. Wahlfächer sind: Englisch und Französisch. Die Dauer des Kursus beträgt ein Jahr. Die obligatorischen kaufmännischen Fortbildungsschulen für die männliche und die weibliche Jugend sind diesen Handelsschulen angegliedert.

In Westpreußen sind vorhanden: eine Handelsschule für Frauen und Mädchen in Danzig, eine Allgemeine gewerbliche Mädchen-Fortbildungsschule in Danzig, eine Handels- und Gewerbeschule für Mädchen in Elbing und eine Handelsschule für Mädchen in Thorn, die bereits unter Abschnitt C aufgeführt ist.

Die Handelsschulen für die männliche Jugend, welche mit den gewerblichen Schulen verbunden sind, wurden bei diesen Schulen unter Absatz C erwähnt.

III. Jugendpflege.

Die hohe Bedeutung der Jugendpflege nicht nur für die schulpflichtigen Knaben und Mädchen, sondern ganz besonders auch für die schulentlassene Jugend, wird neuerdings allgemein immer mehr erkannt. Der Erlaß des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten vom 18. Januar 1911 sagt hierüber:

„Die in den letzten Jahrzehnten erfolgte Veränderung der Erwerbsverhältnisse mit ihren nachteiligen Einflüssen auf das Leben in Familie und Gesellschaft hat einen großen Teil unserer heranwachsenden Jugend in eine Lage gebracht, die ihr leibliches und noch mehr ihr sittliches Gedeihen aufs schwerste gefährdet. Immer ernster wird daher die allgemeine Durchführung von Maßnahmen gefordert, welche dem heranwachsenden Geschlecht ein fröhliches Heranreifen zu körperlicher und sittlicher Kraft ermöglichen. Diese Forderung wird besonders dringend gerade auch von solchen erhoben, welche selbst seit geraumer Zeit sich um die Pflege der Jugend verdient gemacht und eigene Erfahrungen auf diesem Gebiete gesammelt haben."

Eine bekannte Tatsache ist es, daß die Militärtüchtigkeit unserer Großstadtjugend in den letzten Jahrzehnten leider vielfach zurückgegangen ist. Dies trifft namentlich auch bei den Handwerkerlehrlingen zu, weil viele derselben von morgens früh bis spät abends in engen, ungenügend gelüfteten Werkstatträumen arbeiten müssen und nach der Arbeitszeit in den zumeist unzureichenden Wohnungen der Eltern keine Erholung und Stärkung finden. Deshalb ist die Jugendpflege mit ihren Veranstaltungen Turnen, Wandern, Baden usw. ganz besonders für die Handwerkerlehrlinge von der allergrößten Wichtigkeit; ebenso notwendig sind diese Ver-

anstaltungen für die Jugendlichen, da sie in sittlicher, geistiger und sozialer Hinsicht erziehlich auf sie einwirken und ihren Frohsinn beleben. Zu ihnen gehören die Lehrlingsheime mit Schülerbüchereien, Leseabenden, Vorträgen, Unterhaltungsabenden, Gesang u. dgl. m.

Gerade in unserer Ostmark wurde die Notwendigkeit dieser Einrichtungen für die gewerbliche Jugend deutscher und auch polnischer Nationalität schon bei der Errichtung der vorher besprochenen gewerblichen Unterrichtsanstalten für die männliche wie für die weibliche Jugend erkannt. Demgemäß sind durch die betreffenden Schulen Lehrlingsheime in vorgedachter Weise nach und nach in großer Zahl errichtet. Zur Unterstützung der Bestrebungen stellte der Herr Handelsminister Geldmittel zur Verfügung; besonders muß aber auch hier anerkannt werden, daß die Durchführung dieser Einrichtungen und die damit schon erreichte Jugendpflege der tatkräftigen und selbstlosen Arbeit der Lehrkräfte der gewerblichen Unterrichtsanstalten für die männliche und weibliche Jugend zu verdanken ist.

Außer den Fachschulen haben von den Fortbildungsschulen beider Provinzen reichlich zwei Drittel jetzt Lehrlingsheime verschiedener Art. Fast alle Schulen haben Turnen, Wandern, Jugendspiele, Gesang usw. eingeführt und wirken hierbei Schüler und Schülerinnen als leitende Kräfte mit.

Von welch segensreichem Einfluß die Lehrlingsheime, Unterhaltungsabende u. dgl. besonders auch bei uns in der Ostmark sind, zeigt die Tatsache, daß auch polnische Lehrlinge sich oft und gern an den Deklamationen patriotischer Gedichte und dem Gesang vaterländischer Lieder beteiligen. Die Bemühungen zur Bildung polnischer oder sozialdemokratischer Jugendvereinigungen zeigten ebenfalls, daß der hohe Wert der Jugendpflegebestrebungen unserer deutschen Mitbürger auch von den Gegnern erkannt und gewürdigt wird.

IV. Gewerbeförderung.

A. Meisterkurse.

Die Meisterkurse sollen Handwerkern, welche bereits selbständig sind oder solchen, die beabsichtigen, demnächst selbständig zu werden, Gelegenheit bieten, die Anforderungen, welche in der Jetztzeit an ihr Gewerbe gestellt werden, kennen zu lernen und sich, soweit erforderlich, mit allen Neuerungen und Sondertechniken desselben bekannt zu machen.

Die Kurse zerfallen in Vollkurse, welche das Gesamtgebiet des betreffenden Handwerks umfassen, und in Sonderkurse, welche sich nur auf Einzeltechniken des betreffenden Handwerks erstrecken.

Nach zehnjährigem Bestehen der Meisterkurse kann gesagt werden, daß die Erfolge im allgemeinen günstige sind. Nicht nur verschiedene Meister, welche an den Kursen teilnahmen, sind durch diese gewerblich und geschäftlich gefördert worden sondern auch eine größere Zahl älterer Gesellen, deren Zahl von Jahr zu Jahr wächst, hatte in den Kursen Gelegenheit, sich manche ihnen noch fehlende Hand-

fertigkeiten anzueignen. Durch diese Gesellen, die vielfach nach Beendigung der Kurse die Meisterprüfung ablegen, wird dem deutschen Handwerk in der Provinz ein tüchtiger, brauchbarer Nachwuchs zugeführt.

Für Schuhmacher und Schneider wurden Vollkurse von je vierwöchiger Dauer in Posen und Bromberg, sowie von sechswöchiger Dauer in Zduny und Schneidemühl abgehalten. Sonderkurse fanden für Tischler im Beizen und Polieren, außerdem für Maler, Sattler und Installateure in Posen und Bromberg statt, die Dauer betrug je nach Art der Kurse 1—4 Wochen.

In den zehn Jahren nahmen an den Kursen in der Provinz Posen 550 deutsche Meister und 402 deutsche Gesellen teil. Ein Beweis für die Erkenntnis des Nutzens der Kurse ist, daß 4 Schuhmacher und 1 Schneider an je 4 Kursen, 3 Schuhmacher und 5 Schneider, 2 Maler und 1 Sattler an je 3 Kursen, 34 Schuhmacher und 27 Schneider, 9 Installateure, 1 Tischler, 11 Maler, 4 Sattler an je 2 Kursen teilnahmen.

Die Kurse werden in Posen in den Lehrwerkstätten, in Bromberg und den anderen Städten in Schulräumen, in Werkstätten der Gasanstalt u. dgl. abgehalten.

In Posen wurden auch Abendkurse zur praktischen und theoretischen Ausbildung von Meistern und Gesellen, namentlich auf den verschiedenen Gebieten der Metalltechnik in der staatlichen Fortbildungs- und Gewerkschule veranstaltet.

In Danzig besteht eine besondere Westpreußische Gewerbehalle, zu welcher die frühere St. Jacobskirche umgebaut wurde. Hier werden die Danziger Meisterkurse abgehalten, die die Handwerkskammer für Westpreußen veranstaltet. Im Jahre 1911 fanden acht Fachkurse für Schneider, Schuhmacher, Installateure, Schlosser, Tischler, Bäcker und Friseure statt. Die Dauer der Kurse war verschieden, sämtliche Teilnehmer waren deutsche Handwerker, die zumeist in der Provinz geblieben sind.

Auch von der Meisterschule in Gumbinnen sind während der Jahre 1906 bis 1908 in verschiedenen Städten Westpreußens Meisterkurse für Schuhmacher, Schneider und Tischler veranstaltet werden.

B. Ausstellungen u. dgl.

Außer den großen öffentlichen Ausstellungen, wie der Gewerbeausstellung 1895 in Posen und der Ostdeutschen Ausstellung 1911 ebendaselbst, sowie den verschiedenen Schülerausstellungen, finden in der Westpreußischen Gewerbehalle in Danzig ständige und vorübergehende Ausstellungen statt, die neuere Maschinen, Rohstoffe, Fabrikate usw. vorführen und für die Besucher belehrend und anregend sind. In der Gewerbehalle werden auch Vorträge gehalten, ebenso befindet sich daselbst eine Auskunftsstelle.

Das beigefügte Bild zeigt das Innere der Gewerbehalle.

C. Gewerbebücherei.

Zum Zwecke der Gewerbeförderung besteht in Posen eine Königliche Gewerbebücherei, welche die wichtigsten fachlichen Werke und Zeitschriften in großer Zahl enthält. Die Gewerbebücherei, die für die Schüler der verschiedenen gewerblichen Schulen Posens bestimmt ist, ist aber außerdem allen Handwerkern und Gewerbetreibenden zugänglich. Im Winterhalbjahr ist die Bücherei an mehreren Wochentagen abends geöffnet und mit einem Lese- und Zeichenraum verbunden. Handwerker können sich dann bei dem betreffenden Fachlehrer, der die Aufsicht hat, Rat und Auskunft holen. Außerdem ist die Gewerbebücherei auch eine Wanderbücherei, aus welcher auswärtigen Schulen und Innungen der Provinz Posen leihweise Werke gesandt werden. Außer dieser Gewerbebücherei haben die meisten Schulen besondere Lehrer- und namentlich auch Schülerbüchereien.

D. Genossenschaftswesen.

Die Handwerkskammern, die seit ihrem Bestehen auch in den östlichen Provinzen nach verschiedenen Richtungen für die Förderung des Handwerks gesorgt haben, sind besonders bestrebt, Genossenschaften zu gründen, um dadurch dem Handwerker freiere und unabhängigere Bahnen zu schaffen. Wenn der genossenschaftliche Gedanke, wie die Bromberger Handwerkerzeitung sagt, auch noch immer auf zahlreiche Gegner stößt, so kommt er allmählich bei vorsichtigem Vorgehen zur Durchführung. Es sind in beiden Provinzen verschiedene Kredit-, Rohstoff- und Werkgenossenschaften gegründet, von denen einzelne Genossenschaften, z. B. die Schuhmacher-, Rohstoff- und Werkgenossenschaft in Posen gute Ergebnisse erzielt haben. Im Kammerbezirk Danzig bestehen jetzt neun verschiedene Genossenschaften.

Schlußbemerkung.

Wenn hiermit das Wesentlichste vorgeführt ist, was während der letzten Jahrzehnte zur Förderung des Handwerks und Gewerbes in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht geschehen ist, so kann nur wiederholt werden, daß auch hieraus zu erkennen ist, was die deutsche Ostmark ihrer Zugehörigkeit zum preußischen Staate und zum Deutschen Reich verdankt. Es darf erhofft werden, daß in gleicher Weise ruhig und still weiter gearbeitet werde zum Wohle unseres deutschen Vaterlandes.

Die sehr günstige Entwickelung unseres gewerblichen Unterrichtswesens ist der fleißigen und sachgemäßen Arbeit der Leiter und Lehrerschaft der gewerblichen Schulen, Fach- und Fortbildungsschulen, zu danken. Die letzten Jahrzehnte bedeuten eine glänzende Zeit der Entwickelung für Handwerk und Gewerbe ebenso wie für Handel und Industrie; diese Entwickelung ist zum großen Teil auf die Mitarbeit unserer gewerblichen Schulen zurückzuführen. Durch die mannigfache Fürsorge für unsere gewerbliche Jugend werden aber auch der religiöse Sinn, die Gottesfurcht, die Liebe zu unserem schönen, großen deutschen Vater-

lande und die Treue zu unserm Kaiser und König gefestigt und erhalten.

Es muß jedoch hervorgehoben werden, daß noch längst nicht alles, was zur Befestigung und Seßhaftmachung der deutschen Handwerker in der Ostmark erforderlich ist, erreicht wurde, daß es vielmehr weiterer ernster und mühevoller Arbeit in dieser Richtung bedarf, da das deutsche Handwerk noch vielfach mit Sorge der Zukunft entgegensieht. —

Gerade der Mittelstand ist unentbehrlich für die Förderung des Deutschtums in der Ostmark. Diese Erkenntnis hat sich in den letzten Jahrzehnten mühsam durchgerungen, sie hat in immer weiteren Kreisen Wurzel gefaßt, sie muß aber Gemeingut des gesamten deutschen Volkes werden. Jeder Deutsche, insbesondere aber jeder Ostmärker muß es als seine heiligste Pflicht betrachten, zur Förderung des gewerblichen Mittelstandes nach Kräften beizutragen, dann wird das begonnene Werk auch weiter wachsen, blühen und gedeihen, dann wird es goldene Früchte tragen zum Wohle von Handwerk und Gewerbe, zum Besten unserer schönen deutschen Ostmark.

Das Ansiedlungswerk.

Von Heinrich von Both.

„Zur Stärkung und Vermehrung des deutschen Elements gegen polonisierende Bestrebungen sollen deutsche Bauern und Arbeiter angesiedelt werden", so schreibt das Gesetz vom 26. April 1886 der Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen ihre Aufgabe vor. Der Kampfzustand zwischen den beiden Volksgesamtheiten ist damit zum erstenmal gesetzlich anerkannt worden, festgestellt das Ringen zwischen dem Polentum und dem Deutschtum, das doch schon Jahrhunderte alt ist, fast so alt wie das Nebeneinanderwohnen der beiden Nationalitäten auf diesem Boden. Um Städte zu gründen, um Sümpfe zu entwässern und Urwald zu roden, um das Land für Handelswege zu erschließen und dem Boden Erträge abzugewinnen, riefen die polnischen Könige, Klöster und Großen einst die deutschen Bürger und Bauern in das Land, Träger deutschen Rechts, deutscher Unternehmungslust, deutscher Kultur. Aber wenige Menschenalter im Lande muß schon das Deutschtum sich des seiner Eigenart bewußt werdenden Polentums erwehren: in den Städten wird allmählich das deutsche Recht verdrängt, werden deutsche Schöffen durch polnische ersetzt, muß die deutsche Amtssprache der lateinischen und dann der polnischen weichen; auf dem Lande werden die ersten deutschen Einwanderer allmählich polonisiert, von der polnischen Umgebung aufgesogen. In Westpreußen bricht der deutsche Orden dem Christentum die Bahn, baut in den Wäldern und an den Flüssen seine starken Burgen, und seinen Spuren folgen die deutschen Bauern, die in fruchtbarer Niederung ihre Dörfer gründen. Aber er unterliegt den polnischen Heeren und wird, in bescheidene Grenzen zurückgedrängt, zum Vasallen des polnischen Königs, während Kassuben, Litauer und Polen seine Schlösser in Brand stecken und, wenn auch oft vergeblich, die Spuren deutschen Wesens auf dem Lande allmählich zu vernichten suchen, während in den Städten gegen die herrschenden deutschen Geschlechter gewühlt wird. Die zweite große Einwanderung deutscher Bauern nach Polen im 17. und 18. Jahrhundert hat zwar einzelne Grenzstriche nachhaltig verdeutscht und dem Kampfgebiete entzogen, aber zahlreiche Ortschaften, weithin zersprengt in das polnische Land, wurden zu gefährdeten Inseln im polnischen Meere und bröckelten allmählich ab; die Polen drangen ein, die Deutschen wanderten wieder ab oder nahmen die fremde Sprache und Gesinnung an. Die Bambergerdörfer um die Stadt Posen fielen als bekanntestes Beispiel den Polen zum Opfer. Im 18. Jahrhundert versucht Friedrichs des Großen Kolonisation an der Netze und Weichsel ein starkes Deutschtum aufzurichten, aber auch von seinen Kolonisten räumten viele allmählich polnischen Käufern das Feld.

Solange das Königreich Polen bestand, hatte das Aufgehen der deutschen Einwanderer im Polentume keine besondere Bedeutung für Deutschland. Seitdem West-

preußen und der Hauptteil des Großherzogtums Polen endgültig Teile Preußens geworden sind, handelt es sich um wichtige staatliche Interessen; denn in preußischen Provinzen muß das Deutschtum herrschen, darf nicht eine Bevölkerung die Übermacht haben, die im Grunde ihres Herzens alles Deutsche, vor allem das sich im Preußentum verkörpernde Deutschtum haßt, und es hinwiederum meisterhaft versteht, deutsche Eigenart zu vernichten und in sich aufzunehmen. Es leben im polnischen Volke staunenswerte Kräfte, die ihm selbst erst allmählich zum Bewußtsein gekommen sind, die erst unter der preußischen Herrschaft infolge der Bauernbefreiung, der allgemeinen Volksschulbildung, der Ordnung des Staatswesens erweckt wurden. Daß die preußische Staatskunst immer richtig gearbeitet hat, mag man bezweifeln angesichts der Tatsache, daß es ihr nicht gelungen ist, den polnischen Bauern, der anerkanntermaßen in elendester Abhängigkeit von dem Schlachtzitzen sein Leben fristete, und der erst durch Preußen zu menschenwürdigem Dasein kam, zum überzeugten treuen Preußen zu machen. Die Versuche, den Adel zu gewinnen und die Geistlichkeit zur nationalen Haltung zu zwingen, sind vergeblich gewesen; in den Städten ist ein Mittelstand emporgewachsen, den es zu polnischen Zeiten überhaupt nicht gab und der die in Handel und Gewerbe noch herrschende Stellung des städtischen Deutschtums immer mehr untergräbt. Die deutschen Bewohner Posens und der gemischtsprachigen Kreise Westpreußens, die der Staat bei den Teilungen Polens übernahm und nach den Freiheitskriegen sich endgültig einverleibte, und die wenigen späteren deutschen Einwanderer haben sich nicht als stark und zahlreich genug erwiesen, um dem polnischen Bevölkerungsteil das notwendige Gegengewicht zu halten und dem Andrange der polnischen Umgebung genügend zu widerstehen. Darum gebot es eine Staatsnotwendigkeit, sie stärker und zahlreicher zu machen. Die Herrschaft über den Grund und Boden ist in so landwirtschaftlichen Provinzen, wie Posen und Westpreußen, für die nationale Bedeutung eines Volksstammes mitentscheidend; der Wettbewerb um den Boden ist zum hervorstechendsten Ausdruck für den Kampf zwischen Polen und Deutschen geworden. Aber das Eigentum an dem Grund und Boden allein bewirkt noch nicht das völkische Übergewicht; es gehört dazu die Mehrzahl der Volksgenossen. Nach den verschiedenen Teilungen Polens und vor allem in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, war sehr viel Großbesitz in deutsche Hand übergegangen. Mitte der 80er Jahre übertraf der deutsche Großgrundbesitz den polnischen nicht unbeträchtlich; aber zu einer Ausbreitung des Deutschtums, zu einer Verdeutschung des platten Landes, wie sie einst die Einwanderung deutscher Bauern zur Folge gehabt, hatte das nicht geführt. Der Einfluß des deutschen Besitzers auf seine polnischen Arbeiter ist von Jahrzehnt zu Jahrzehnt geringer geworden und ist, was die politische Betätigung der Arbeiter betrifft, auf den meisten Gütern seit Jahren überhaupt geschwunden; nur durch den Probst vermag der Gutsherr auf seine Leute zu wirken. Die deutschen Gutsarbeiter, deren es noch in den 70er Jahren auf vielen Gütern gab, sind entweder abgewandert oder, trotz der deutschen Herrschaft, von den polnischen Mitarbeitern polnisch gemacht worden. Außer deutschen Vögten und Gutshand-

werkern hat sich selten eine Familie rein deutsch erhalten. Kräftiger war und ist der Einfluß des bäuerlichen Besitzes; deutschen Einschlag zeigen nur die Gegenden, in denen der deutsche Bauernbesitz herrscht, wie die Kreise Schwerin und Meseritz, Fraustadt, Marienburg, Danzig-Land und Deutsch-Krone, wenn auch an vielen Stellen vereinzelte Polen sich eingedrängt haben. Deutsche Städte haben es nicht vermocht, auf ihre Umgebung verdeutschend zu wirken, vielmehr werden sie vom polnischen Land um sie her verpolt. Die Stärkung und Vermehrung des deutschen Elements setzt daher an der Stelle ein, wo sich das Deutschtum bisher verhältnismäßig am widerstandsfähigsten gezeigt hat, auf dem Lande und bei den Bauern. Wie das Land, das polnische Bauern und Arbeiter besitzen, auf immerdar polnisch bleibt, so wird das Land mit Sicherheit erst dann dauernd deutsch, wenn es von zahlreichen kleinen deutschen Leuten erworben wird. In dieser Erwägung bestimmte das Gesetz den deutschen Bauern und Arbeiter als Verstärkung und Vermehrung für das gefährdete Deutschtum.

Zwar beschränken sich die auf die Stärkung des Deutschtums gerichteten Staatsmaßnahmen nicht auf diesen einen Weg; noch auf vielen anderen sucht man den deutschen Einfluß zu vermehren, aber die staatliche Ansiedlung ist doch das bedeutendste Mittel geblieben, und in ihrer weiteren Ausgestaltung ist sie zu der Maßregel geworden, die von den Polen am heftigsten bekämpft und am meisten gefürchtet wird. Es ist nicht daran gedacht, die Polen zu vertreiben. Fürst Bismarck gab der Ansiedlungskommission nur die Aufgabe, die Verhältniszahl der deutschen zu der polnischen Bevölkerung zu verbessern und neue Deutsche in das Land zu ziehen.

Die Bedeutung der Ansiedlung erschöpft sich aber nicht in dieser ihrer völkischen Aufgabe, und sie wird über die Eigenschaft einer reinen Kampfmaßnahme dadurch hinausgehoben, daß sie zugleich einem großen wirtschaftlichen Zwecke dient, der inneren Kolonisation, der Vermehrung der bäuerlichen Bevölkerung überhaupt und der Seßhaftmachung der Arbeiterbevölkerung. Die Aufteilung des zu vielen Großbesitzes in Mittel- und Kleinbesitz ist zu einer der wichtigsten Aufgaben des heutigen Staates geworden. Als Gegengewicht gegen das ungesunde Wachstum der großen Städte, gegen die Abwanderung vom Lande und die Ansammlung großer Mengen von unruhigen Arbeitern in den Industriegegenden, gegen den dadurch geförderten Einfluß der Sozialdemokratie, als Mittel zur Förderung der Volksgesundheit, zur Erhaltung einer Bevölkerungsschicht, die dem Deutschen Reiche viel kräftige Kinder und Soldaten schenkt, und aus zahlreichen anderen Gründen muß der heutige Staat die innere Kolonisation fördern. Preußen hat mit der Ansiedlungskommission darin den Anfang gemacht, sie ist die erste und einzigste Behörde, durch die der Staat selbst innere Kolonisation treibt. Im allgemeinen ist die innere Kolonisation privaten oder gemeinnützigen Unternehmungen überlassen, bei denen sich in einzelnen Fällen der Staat mit Geld beteiligt und dadurch eine Mitwirkung gesichert hat. Die im übrigen für die innere Kolonisation berufenen Staatsbehörden, die Generalkommissionen, beraten und beaufsichtigen nur die Aufteilung privater Güter und vermitteln die Beleihung durch die Renten-

banken. Ähnliche Notwendigkeiten, wie in Preußen, drängten in vielen anderen Staaten ebenfalls zur inneren Kolonisation. In Ungarn und Rumänien, in England und Japan wird die Ansiedlung von Bauern mit großer Anstrengung betrieben; vor allem aber hat Deutschlands östlicher Nachbar, Rußland, sie mit außerordentlicher Tatkraft in Angriff genommen. Bei den ungeheuren Landflächen, die ihm zu Gebote stehen, legt er durch die Schaffung massenhafter neuer, freier Bauernstellen den Grund für eine Entwicklung der landwirtschaftlichen Gütererzeugung und der Vermehrung seiner besten Bevölkerungsschicht, die auch für Deutschland von gefährlicher Bedeutung sein kann. Alle diese Staaten haben erst an dem Beispiel Preußens gelernt.

In Posen und Westpreußen handelt es sich darum, die innere Kolonisation national einseitig zu betreiben und nicht nur deutsche Bauern und Arbeiter in das Land zu bringen, sondern ihnen Bedingungen zu gewähren, unter denen sie gegenüber den landeingesessenen Polen die wirtschaftlich Stärkeren werden; nur die wirtschaftliche Stärke sichert dem Deutschtum die herrschende Stellung. Da, wo der Deutsche in die wirtschaftlich schwächere Schicht gedrängt ist, ist er der Gefahr der Polonisierung ausgesetzt. Es handelt sich ferner darum, Gemeinwesen zu schaffen, die äußerlich und innerlich den alten in jahrhundertelanger Entwicklung gewachsenen Dörfern nicht nachstehen und die, wohl ausgestattet und geordnet, dauernd lebenskräftig sind.

Die vom Landtage der Staatsregierung für diese Zwecke zur Verfügung gestellte Summe betrug 1886 100 Millionen Mark und ist im Laufe der Jahre auf 600 Millionen Mark erhöht worden. Als die Ansiedlungskommission ihre Tätigkeit begann, mußte sie sich die Grundsätze für ihre Arbeit erst suchen, denn seit Friedrichs des Großen Zeiten war in Preußen nicht mehr kolonisiert worden, und was unter Friedrich dem Großen schließlich zum Erfolge geführt hatte, paßte nicht mehr für das Ende des 19. Jahrhunderts. Die Leitung der Ansiedlungskommission lag aber in guten Händen. Der Oberpräsident Graf v. Zedlitz-Trützschler und Dr. v. Wittenburg, die beiden ersten Präsidenten der Ansiedlungskommission, Beamte und Volkswirte von höchster Begabung, Männer mit großen Gesichtspunkten und unermüdlicher Arbeitskraft, voll Überzeugung von der völkischen und wirtschaftlichen Bedeutung des deutschen Bauern, haben die Wege gefunden, auf denen die Ansiedlungskommission im großen und ganzen noch heute wandelt und auf denen die Ziele des Gesetzes im vollen Maße erreicht worden sind.

Das Tätigkeitsgebiet, die beiden Provinzen Posen und Westpreußen, umfaßt etwa $5^1/_2$ Millionen Hektar mit 3,8 Millionen Einwohnern, davon in Posen ein Drittel deutsch und zwei Drittel polnisch, in Westpreußen zwei Drittel deutsch und ein Drittel polnisch. Deutschtum und Polentum verteilen sich derart, daß manche Kreise ganz oder ganz überwiegend deutsch oder polnisch sind, in vielen eine schwache deutsche Minderheit, vereinsamte deutsche Niederlassungen, einer polnischen Mehrheit gegenübersteht, in wenigen Kreisen sich Deutsche und Polen annähernd die Wage halten. Von einer Siedlungstätigkeit kann unter solchen Verhältnissen der beste Erfolg in Kreisen mit nennenswerter deutscher Minderheit, größeren deutschen

Siedlungen, oder schwacher deutscher Mehrheit erreicht werden. In der Nähe der Sprachgrenze, wo sich den neuen Ansiedlern Anschluß an vorhandenes Deutschtum bietet, das seinerseits aus dem Zuzug Stärkung und Auffrischung gewinnen wird, muß die Siedlungstätigkeit in erster Linie einsetzen. In solchen Kreisen wird gleichzeitig das deutsche Element gegenüber den Polen entweder zur achtunggebietenden Minderheit oder gar zur zur Mehrheit gebracht oder in seiner Überlegenheit dauernd gesichert. Die Nähe einer Stadt mit Deutschtum gewährt erwünschte wirtschaftliche Vorteile für die Ansiedler. Siedlungen in ganz polnischen Gegenden versprechen nur dann Erfolg, wenn sie von vornherein ein großes Gebiet umfassen oder mit baldiger Vergrößerung rechnen dürfen; in ganz deutschen Kreisen erscheint eine Vermehrung des Deutschtums durch Staatshilfe unnötig. Von diesen Gesichtspunkten aus hat sich die Ansiedlungskommission von jeher gewissen Beschränkungen hinsichtlich ihres Tätigkeitsgebiets unterworfen. Bei dem Erwerbe des für die Besiedlung notwendigen Landes ist sie in der Hauptsache auf den freihändigen Ankauf angewiesen. Erwerb in der Zwangsversteigerung kam in der ersten Zeit häufig vor, jetzt nur mehr ganz selten. Die Überlassung von Staatsdomänen zur Aufteilung, im Gesetze vorgesehen, ist mehrfach erfolgt. Durch das Gesetz von 1908 hat die Ansiedlungskommission auch die Befugnis erhalten, in solchen Bezirken, in denen die Sicherung des deutschen Elements nicht anders als durch Abrundung und Verstärkung von deutschen Niederlassungen erfolgen kann, das erforderliche Land bis zum Höchstumfange von 70000 ha zu enteignen.

Es entspricht der Absicht des Gesetzes, daß in erster Linie Land aus polnischer Hand erworben wird, und bis 1891 wurden fast nur polnische Güter erstanden. Seitdem ist der polnische Ankauf immer schwerer und fast unmöglich geworden. Die polnische öffentliche Meinung brandmarkt jeden Verkäufer als Vaterlandsverräter, und es zwingt beinahe zur Bewunderung, wie alle polnischen Besitzer, kleine und große, den Verlockungen, zu teuren Preisen an einen Deutschen oder gar an die Ansiedlungskommission zu verkaufen, widerstehen. Von dem Gesamterwerbe von 407000 ha stammen etwa 29 Proz. aus polnischer Hand, 71 Proz. aus deutscher Hand. Im ganzen sind bis Mitte 1912 erworben rund 720 Güter und 500 bäuerliche Grundstücke. Güter von 2—3000 Morgen mittleren Bodens mit gutem Wiesenverhältnis sind für die Besiedlung am erwünschtesten, da sich aus ihnen genügend große und leistungsfähige Gemeinden gründen lassen. Bäuerliche Grundstücke, vereinzelt in alten Gemeinden, bieten der Bewirtschaftung, Besiedlung und kommunalen Regelung Schwierigkeiten.

Die Bewirtschaftung der Ansiedlungsgüter ist darauf gerichtet, sie für die Besiedlung vorzubereiten. Wie Friedrich der Große es als Teil seines Kolonisationswerkes betrachtet hat, das unwirtliche Land zur Kultur zu bringen, so hat auch die Ansiedlungskommission ihre Aufgabe dahin verstanden, daß Kolonisieren verbunden sein müsse mit Meliorieren. Es gilt nicht nur große Güter aufzuteilen und dadurch allein die Bevölkerungszahl zu erhöhen, es gilt auch, die nutzbringenden Flächen zu vergrößern, verborgene Kräfte zu heben und zu lösen, daß sie Nahrung und Wohnsitz für Menschen hergeben, neues Land für neue Menschen. Es gilt, den

Zustand von Acker und Grünland zu bessern, die Erträge zu steigern, dauernd höhere Ertragsfähigkeit zu sichern, damit dieselben Flächen mehr Menschen ernähren als bisher. Was für private Mittel oft unerschwinglich war, das auszuführen ist Pflicht des Staates. So sind viele Hundert Morgen Bruchländereien, Sümpfe, auf den Ansiedlungsgütern entwässert, umgebrochen, gedüngt und besät worden und zeigen sich heute als ertragsfähige Äcker oder Wiesen. An 20000 Morgen Meliorationen für fast 3 Millionen Mark sind ausgeführt, die umfangreichsten in den Kreisen Strasburg, Briesen und Schwetz, Schubin, Wirsitz, Schmiegel, Wreschen und Lissa. In umfassendstem Maße sind die zu nassen Äcker entwässer- worden, über 250000 Morgen Drainagen für $9^1/_4$ Millionen Mark. Auch in Wege- bauten sind viele Millionen gesteckt worden. Abgesehen von solchen großen Boden- verbesserungsarbeiten wird überall die Zeit des fiskalischen Großbetriebes dazu benutzt, den Düngungszustand des Gutes zu heben, gute Ernten zu erzielen, um den Ansiedlern ertragsicheres, gut bewirtschaftetes Land übergeben zu können.

Bevor ein Gut aufgeteilt und eine neue Gemeinde gegründet werden kann, muß der Grundriß für das künftige Dorf und die neuen Stellen festgelegt werden. Das ist eine reizvolle Aufgabe, die von dem Bewußtsein getragen wird, daß der Grundplan für alle Zeiten bestehen und den äußeren Anblick sowie die innere Entwicklung der Gemeinde bestimmen wird. Wer durch Westpreußen reist, dem fallen in vielen Gegenden die düsteren Einzelgehöfte auf, die vor Jahrzehnten eine wilde Parzellierung, das ungeordnete Bedürfnis der Stellenerwerber weithin regel- und planlos über das Land zerstreut hat, kaum jemals sieht er das Bild eines zusammenhängenden Dorfes, wie es die alten Niederungsgemeinden und wie es vor allem die westdeutschen Dörfer bieten. Solche Kolonien suchte die Ansiedlungskommission von vornherein zu vermeiden. Zwar hat sie in ihren Anfangsjahren, den Wünschen der Ansiedler Rechnung tragend, auch öfters den Einzelhof ihrer Aufteilung zugrunde gelegt. Der Bauer liebt es, seine Wirtschaft geschlossen um seinen Hof zu haben, denkt nicht an die Nachbarschaft und an den weiten Schulweg der Kinder; aber schon die Notwendigkeit, den guten und schlechten Boden gleichmäßig zu verteilen, führt bei einer vernünftigen Gutsaufteilung dazu, daß viele Stellen in zwei oder mehr Plänen ausgewiesen werden. Muß sich aber auch unter Umständen ein Ansiedler mit vier oder fünf Plänen abfinden, so bedeutet das doch eine erhebliche Verbesserung gegenüber den Verhältnissen, die die west- und süddeutschen Ansiedler in ihrer Heimat gewohnt waren, wo oft die Besitzungen aus 50 und mehr kleinen handtuchschmalen Grundstücken bestehen. Es liegt in der Geschicklichkeit des Vermessungsbeamten, die wirtschaftlichen Bedürfnisse mit dem Wunsche, die Ansiedler nachbarlich nahe zu bringen, die Dorfgemeinschaft schon äußerlich in dem Zusammenschluß der Gehöfte auszudrücken, zu vereinigen. Einen natürlichen Mittelpunkt für die Aufteilung bildet das alte Gutsgehöft mit seinen großen geschlossenen Gebäuden, die, soweit sie erhaltungswert sind, für Ansiedlerstellen benutzt werden. Was in schlechtem Bauzustande ist, fällt, aus großen Scheunen und Ställen werden Teile herausgerissen; ein Viertel eines Guts- stalles reicht oft, um dem kleinen Manne Wohnung, Stall und Scheune zu geben.

Die Ansiedler sind geschickt und praktisch im Ausbau alter Gehöfte. Für die neu zu erbauenden Gehöfte werden die Plätze genau bestimmt; gern ordnet man sie an die befestigten Wege, die vom Gutsgehöft ausgehen, so daß das Dorf sich sternförmig aufbaut, oder man legt die Gehöfte an die Chaussee, die das Gut längs durchschneidet, rechts und links in langer Reihe als Reihendorf mit dem Versuch, an einer Wegekreuzung durch Schule und Gasthaus, Schmiede und einige Bauerngehöfte einen Dorfkern zu schaffen. Ganz geschlossene Dörfer gibt es nur wenige.

Wie in alten Dörfern sind auch in den Ansiedlungen die verschiedenen Besitzgrößen vertreten. Das Rückgrat der Ansiedlung bildet die zweispännige Vollbauernstelle, d. h. die Besitzgröße, die von der Familie allein ohne fremde Arbeitskräfte mit zwei Pferden bewirtschaftet werden kann und die groß genug ist, eine Familie zu ernähren. Durch die Größenbemessung, durch das natürliche Bedürfnis der Stelle soll der polnische Arbeiter ausgeschaltet werden. Der beabsichtigte Erfolg der Ansetzung einer deutschen Bauernfamilie wird vereitelt, wenn auf der Stelle eine polnische Arbeiterfamilie gehalten wird, und deutsche Arbeiter für Ansiedler gibt es kaum. Die Durchschnittsgröße der spannfähigen Stelle war früher 17½ ha, ist jetzt auf 15 ha = 60 Morgen zurückgegangen, auf ganz guten Böden genügen schon 50 Morgen. Größere Stellen von 80 bis 100 Morgen werden nur selten gebildet, entweder um große Gutsgebäude auszunutzen oder weil der Boden leicht ist. Großbauerstellen über 100 Morgen bilden eine seltene Ausnahme. Die Halbbauerstellen von 25 bis 40 Morgen sind meist Übergangsstellen für Leute mit geringerem Vermögen und ohne Arbeitskräfte in der Familie. Sie haben den Nachteil, daß ein Pferd oft nicht stark genug ist, die Bestellung auszuführen und daß zwei Pferde den Ertrag aufzehren. Die Versuche, die Ansiedler zur Bewirtschaftung mit Kühen anzuhalten, haben sich als undurchführbar erwiesen, auch bei solchen, die in der Heimat mit Kühen gewirtschaftet haben. Nur wo eine Stadt die Ansetzung von Gemüsezüchtern ermöglicht oder wo große Waldungen die Ausnutzung des zweiten Pferdes auch im Winter gestatten, sind Halbbauerstellen dauernd lebensfähig. Handwerkerstellen und Krugstellen werden etwa bis 25 Morgen ausgelegt, Arbeiterstellen von 2 bis 6 Morgen.

Die Bedingungen, unter denen die Ansiedlerstellen vergeben werden, sind der Ansiedlungskommission eigentümlich. Entweder zu Eigentum gegen Rente oder zu Pacht mit der Aussicht auf späteren Eigentumserwerb. Verkauf zu freiem Eigentum ist gesetzlich auch zugelassen, erfolgt aber höchst selten. Das Rentengut ist durch das Gesetz vom 26. April 1886 erst eingeführt worden und ist seitdem die grundsätzliche Vergebungsart für die ganze innere Kolonisation geworden. Der Erwerber zahlt auf den Grund und Boden nichts an, sondern verpflichtet sich, eine jährliche Abgabe (Rente) zu zahlen. Bei den von der Generalkommission gebildeten Rentengütern wird die Rente durch die jährlichen Zahlungen getilgt; sie beträgt da 4 und 4½ Proz. vom Landwert, darin ½ bis 1 Proz. Tilgung. Bei den Ansiedlerstellen der Ansiedlungskommission beträgt die Rente nur 3 Proz. des Landwerts, wird aber durch die jährlichen Zahlungen nicht getilgt; Tilgung tritt nur

bei freiwilliger Erhöhung der Rente ein. Seitens des Staates ist die Rente 50 Jahre lang unkündbar; dann kann er die Ablösung zu seinem Schaden nur mit dem 25fachen Betrage verlangen. Zum Beispiel zahlt der Ansiedler von einer Stelle mit 10000 Mark Landwert jährlich 300 Mark Rente; fordert der Staat Ablösung des Rentenkapitals, so erhält er nur 7500 Mark. Der Staat büßt also ein Viertel ein. Der Ansiedler kann die Rente einseitig nur bis ein Zehntel ablösen. Der Anrechnungswert für das Land wird nach dem Ertragswert durch besondere, höchst sorgfältige Schätzung (Bonitierung) festgestellt, unabhängig vom Ankaufspreise und den Aufwendungen für Meliorationen und Wirtschaftszuschüsse, und nach gleichmäßigen Grundsätzen für alle Güter. Es sollen alle Ansiedler gleichgestellt werden, nicht einzelne darunter leiden, daß aus irgendwelchen Gründen ein Gut besonders teuer hat erworben werden müssen, nicht andere bevorzugt werden, weil ein Gut besonders billig war. In dem Rentengutsvertrage (Kaufvertrage) wird für den Staat das Veräußerungsverbot und ein Wiederkaufsrecht vereinbart, falls der Ansiedler die Stelle ohne Genehmigung des Staates veräußert. Das Wiederkaufsrecht hat nur Kraft, solange eine Rente auf der Stelle ruht. Daher ein Zehntel unablösbar; es sichert aber die Stellen vor dem Übergang in polnische Hand. Es greift Platz, auch wenn die Stelle im Wege des Erbganges oder der Subhastation den Besitzer wechselt. Im Rentengutsvertrage übernimmt der Ansiedler ferner eine ganze Reihe von Verpflichtungen und Bindungen, z. B. gegen Feuer und Hagel zu versichern, binnen einem Jahre die Stelle aufzubauen, auf ihr zu wohnen, keine Schankwirtschaft zu treiben und ähnliche. Auch diese Verpflichtungen sind durch das Wiederkaufsrecht geschützt. Um den Staat davor zu bewahren, daß er im Falle des Wiederkaufes zu hohe Preise zahlen muß, ist bestimmt, daß die Generalkommission den gemeinen Wert des Grundstücks festsetzt und daß der Wiederkaufspreis 75 Proz. dieses Wertes beträgt. Die Ansiedlerstellen stehen unter dem Anerbenrecht; sie müssen als selbständige Wirtschaften bestehen bleiben, können durch Abverkäufe nicht unwirtschaftlich verkleinert und nicht durch Bauernlegen aufgesogen werden. Sie vererben sich, falls nichts anderes bestimmt wird, unter Vorzugsbedingungen ungeteilt auf den ältesten Sohn weiter.

Etwa 80 Proz. aller Ansiedler sind zu Eigentum gegen Rente angesetzt, die Verpachtung ist Ausnahme. Grundsätzlich verpachtet werden die Krugstellen; auch Schmiede- und Stellmacherstellen werden häufig nur zu Pacht vergeben, um Einfluß auf diese notwendigen Handwerker zu haben. Im übrigen dienen die Pachtstellen dazu, geringer bemittelte Bewerber, vorzüglich Arbeiter, die lange auf Ansiedlungsgütern gearbeitet und sich etwas Geld erspart haben, anzusiedeln. Pächter zahlen 3 Proz. vom Landwerte und 2 bis 3 Proz. von den Kosten der Gebäude, die der Staat aufbaut. Pachtstellen sollen zum Eigentum überleiten, und tatsächlich haben tüchtige Pächter nach 6 bis 7jähriger Pachtzeit so viel erspart, daß sie die zum Kaufe erforderliche Anzahlung auf die Gebäude leisten können.

Auf den Eigentums(Renten)-Stellen haben die Erwerber ihre Gebäude auf eigene Kosten aufzubauen; alte Gebäude müssen sie bar bezahlen. Darum wird vom Ansiedler der Nachweis eines Ausrüstungsvermögens gefordert, das ungefähr

ausreicht, um die nötigen Wohn- und Wirtschaftsgebäude aufzuführen und das erforderliche lebende und tote Inventar anzuschaffen; auf den Morgen etwa 120 bis 150 Mark, für eine 50-Morgenstelle also 6000 bis 7500 Mark. Im allgemeinen würde der Ansiedler mit solchem Kapital aber doch nicht imstande sein, die Wirtschaft auf dem grünen Rasen auch bei der niedrigen Rente einzurichten; darum hilft der Staat ihm in weitgehender Weise. Der Ansiedler erhält die Stelle nach den Grundsätzen des Kleinbetriebes bewirtschaftet und mit der darauf stehenden Ernte. Ferner werden ihm Baufuhren geleistet, Baumaterialien zum Selbstkostenpreise abgegeben, Darlehne bewilligt, Hilfen bei der Bestellung gewährt; als größten Vorteil erkennt der Ansiedler aber die Freijahre an, d. h. die Freiheit von der Rentenzahlung während der ersten zwei bis drei Jahre. Pächter erhalten nur ein Freijahr, da ihnen die Beschwerlichkeiten des Aufbaues abgenommen werden. Während der Freijahre soll der Ansiedler sich in den neuen Verhältnissen, die wirtschaftlich und klimatisch von denen seiner Heimat oft sehr verschieden sind, einleben, Verkehr und Absatz kennen lernen, auch den Übergang vom Großbetrieb in den Kleinbetrieb überwinden. Werden die Ansiedler auf diese Weise sehr günstig und jedenfalls günstiger als von irgendeinem Privatunternehmen eingesetzt, so verlangt der Staat als Entgelt Seßhaftigkeit und sucht auf alle Weise den Spekulationsverkäufen, bei denen die staatlichen Geschenke in klingende Münze umgesetzt werden, vorzubeugen.

In den ersten Jahrzehnten der Ansiedlungskommission versuchten die Ansiedler, ihre heimatlichen Baustile und Gewohnheiten hierher zu verpflanzen. Oft entstanden charakteristische und schöne Gehöfte, öfters unansehnliche, überaus nüchterne Bauten, Ziegelrohbauten, ungefugt, unter schwarzem Pappdach. Glücklicherweise haben inzwischen die Obstbäume mitleidig und verbergend ihre Äste vor diese Häuser gebreitet, und wilder Wein und Spalierobst ranken sich verschönend an ihnen empor. Allmählich hat sich ein Ansiedlerbaustil herausgebildet, vor allem gefördert durch die fiskalischen Pachtbauten, die den Geschmack der Bauunternehmer günstig beeinflußt haben. Die weißen Putzbauten und roten Ziegeldächer, die bunten Fensterladen und Giebelbalken sind heute das Kennzeichen der Ansiedlungsdörfer, und wer Schönherrnhausen und Dalki, Mönchsee und Widau mit den polnischen Nachbardörfern vergleicht, dem wird es bewußt, welchen Kulturfortschritt die Ansiedlungsbauten im Gegensatz zu der bisher landesüblichen Bauweise darstellen. In der Nähe von Posen ist ein Dorf ganz vom Staate aufgebaut, Golenhofen, wo sich die verschiedensten Gehöftarten vereinigt finden und wo der Baumeister versucht hat, Vorbilder für einen zweckmäßigen und gefälligen Bauernstil zu schaffen. Es ist das Ziel zahlreicher Besichtigungsreisen und wird von Künstlern, wie Professor Schultze-Naumburg und Professor Jessen als in seiner Art vollendet anerkannt.

Die Ansiedlungsdörfer sind von den verschiedensten deutschen Stämmen bevölkert. Aus allen Teilen Deutschlands und aus fast allen Gegenden der sonstigen Welt, wo deutsche Bauern sitzen, kommt der Zuzug. Das erprobte Werbemittel sind die günstigen Berichte der Ansiedler in ihre Heimat. Damit ziehen sie Verwandte

und Freunde nach, und eine einmal angeschnittene Ortschaft liefert manchmal Jahre hintereinander Zuzug. Für zweite Söhne, die auf dem väterlichen Hofe sonst Knechte bleiben müßten, für Pächter, Käthner und Häusler, die daheim keine Gelegenheit haben, sich anzukaufen oder zu vergrößern, für Arbeiter, die sich etwas erspart haben, aber noch nicht soviel, um eine Ackernahrung damit zu erwerben, bietet sich in Posen und Westpreußen die beste Gelegenheit zur Seßhaftmachung. Etwa 10000 westdeutsche Familien sind bisher angesiedelt, und mit ihnen ist viel gebildetes Bauerntum in die Ansiedlungsprovinzen gekommen. Manche haben mit ihren alten Trachten ein charakteristisches Stück ihrer Heimat mitgebracht. Groß ist auch der Zuzug von deutschen Rückwanderern aus Galizien und Rußland. Abkömmlinge deutscher Bauern, teils solcher, die vor über hundert Jahren unter Josef II. und Katharina II. an Don und Dnjester und nach Galizien aus Schwaben und der Pfalz ausgewandert sind, zum andern Teil von Auswanderern aus Westpreußen und Pommern haben sich diese Deutschen ihre Sprache, ihre Religion und ihr deutsches Stammesbewußtsein erhalten. Mit ihrem Fleiß und ihrer Ordnung überragten sie die Russen und Slawen, unter denen sie hundert Jahre lang gelebt, und ihre Dörfer gelten im Ausland als Musterdörfer. Ihre Wirtschaftsweise ist aber hundert Jahre alt, die angestrengte und überlegte Arbeit, die erst dem hiesigen Boden die höchsten und notwendigen Erträge abgewinnt, ist ihnen fremd. So kommen sie oftmals den hiesigen deutschen und polnischen Bauern als rückständig vor und finden sich zu Anfang unter den hiesigen Verhältnissen schwer zurecht. Wenn in den ersten Jahren die wenigen unbrauchbaren Leute erst abgestoßen sind, erweisen sich die meisten als gelehrige Schüler und arbeiten sich mit Erfolg ein. Die Vereinsamung in der russischen Steppe, der Mangel ausreichender kirchlicher Versorgung hat ihren nach religiöser Erbauung dürstenden Sinn manchmal auf sektiererische Abwege geleitet und erschwert ihnen das Einleben in der hiesigen kirchlichen Ordnung. Aber in diesen deutschen Bauern lebt eine unendliche Sehnsucht nach dem deutschen Vaterland, und der preußische Staat erfüllt an ihnen eine große völkische Aufgabe, indem er diese Kinder der deutschen Mutter vor dem sichern Untergang im fremden Volkstum bewahrt. Sie danken ihm die Wiederaufnahme dadurch, daß sie die deutsche Bevölkerung vermehren mit einer ursprünglichen Fruchtbarkeit, die der der Polen gleichkommt. In den blonden Rückwandererkindern, die das deutsche Blut unverkennbar in sich haben, besteht der Wert und die ganze Hoffnung der Wiederaufnahme. Und ferner helfen sie dazu, ein deutsches Proletariat zu schaffen, deutsche Arbeiterfamilien, deutsche Knechte und Mägde den Ansiedlungen zuzuführen. Während in den älteren Ansiedlungen sich zahlreiche polnische Arbeiter befinden, ist in den neueren die Menge der deutschen ledigen Arbeiter und Familien dauernd im Steigen. An 5000 Rückwandererfamilien sind bisher angesiedelt, und damit sind auch dem deutschen Heere gewiß schon ebensoviel Rekruten zugeführt worden, die ohne die Ansiedlung in ausländischen Heeren gedient hätten.

Es ist das natürliche Bestreben eines jeden, sich in der Nähe seiner Landsleute anzusiedeln, möglichst in dieselbe Ansiedlung mit seiner Verwandtschaft zu kommen.

Die Ansiedlungen bieten aber auch die beste Gelegenheit zur Vermischung der verschiedenen deutschen Stämme und zur Bildung eines neuen ostmärkischen Bauernschlages. Die Vermischung mit anderem deutschen Blut ist vor allem für die Rückwanderer, die ein Jahrhundert lang abgeschlossen von dem großen Deutschtum gelebt haben, wichtig, und erfreulicherweise mehren sich die Ehen zwischen Rückwanderern und Westdeutschen. Als Bewerber um Ansiedlerstellen treten allmählich auch die Söhne der Ansiedler in steigendem Maße auf; sie an der Scholle bei der Landwirtschaft zu halten, betrachtet die Ansiedlungskommission als ihre Pflicht. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß in späteren Jahren der Ansiedlerbedarf zum großen Teile durch die Ansiedlersöhne gedeckt werden kann. Neben Westdeutschen und Rückwanderern befinden sich unter den Ansiedlungslustigen zahlreiche Einheimische aus Posen und Westpreußen. Die zweiten Söhne alteingesessener Bauern werden gern als Ansiedler genommen, wenn der väterliche Besitz für das Deutschtum gesichert wird. Im übrigen fehlt der Ansetzung Einheimischer der Vorteil der Vermehrung des vorhandenen Deutschtums; höchstens bedeutet sie die Verhütung des Verlustes durch Abwanderung.

Besonderen Wert legt der Staat darauf, das vorhandene Deutschtum nicht zu lockern, im Gegenteil es im Lande festzuhalten. Die Neueinführung von auswärtigen Bauern bedeutet ja auch nur dann eine wirkliche Vermehrung und Stärkung, wenn die alte deutsche Bevölkerung in ihrem Bestande erhalten wird. Als Begleitung der eigentlichen Ansiedlungstätigkeit geht daher eine besondere Staatsmaßregel, durch die die vorhandenen deutschen Bauern und die deutschen Großbesitzer an ihre Scholle gefesselt werden. Das geschieht durch die Besitzfestigungsbanken in Posen und Danzig. Nebenstellen der Ansiedlungskommission, für deren besondere Aufgaben 125 Millionen Mark aus dem Ansiedlungsfonds vorbehalten sind. Diese Banken ordnen die Hypothekenverhältnisse der deutschen Besitzungen, vermitteln die Abstoßung der zahlreichen hochverzinslichen und kündbaren Hypotheken, die so oft auf dem kleinen Grundbesitz haften, und ersetzen sie durch unkündbare Tilgungshypotheken mit geringerem Zinsfuß und einem Rentenkapital aus dem Ansiedlungsfonds. Als Entgelt dafür werden die Grundstücke dem Wiederkaufsrecht des Staates, wie es bei den Ansiedlerstellen besteht, unterworfen. Auf diese Weise sind die regulierten Grundstücke für die deutsche Hand gesichert und dem Zugriff der Polen entzogen.

Eine der schwersten, aber für das Deutschtum der Ostmarken notwendigsten Aufgaben der Ansiedlungskommission ist die Ansässigmachung von deutschen Arbeitern, Arbeitern für die Ansiedler und für deutsche Großgrundbesitzer, für deutsche gewerbliche Unternehmen und staatliche Betriebe. Für deutsche Arbeiter waren und sind die Arbeitsbedingungen infolge des Wettbewerbs mit dem tüchtigen und im allgemeinen anspruchsloseren polnischen Arbeiter ungünstig. Bis vor acht bis zehn Jahren schien es überhaupt unmöglich, deutsche Landarbeiter aus dem Westen hierher zu ziehen. Wer daheim Arbeiter war, wollte hier selbst Besitzer werden. Erst durch die Rückwanderer aus Rußland, die viel unbemittelte Leute mitbrachten, ist die Arbeiteransiedlung in Fluß gekommen. Die mannigfaltigsten Ver-

suche wurden gemacht, vermögenslose Familien auf kleinen Stellen anzusiedeln; nicht alle mit gutem Erfolge, denn das Gedeihen eines Arbeiters hängt von dem Einflusse der der Ansiedlungskommission entrückten anderen Bedingungen ab, als das eines Ansiedlers auf 60 Morgen. Arbeitsgelegenheit, Höhe des Lohnes, Tüchtigkeit des einzelnen, Baukosten, Schul- und Kirchenverhältnisse bestimmen die Seßhaftigkeit der Arbeiter in ganz verschiedener Weise. Heute verfährt man folgendermaßen: In allen Ansiedlungen, die Arbeitsgelegenheit mehrfacher Art, landwirtschaftliche oder gewerbliche, aufweisen, werden Stellen von 2 bis 6 Morgen ausgelegt, groß genug, Ziege oder Kuh zu halten und einige Schweine zu mästen. Wohnhaus und kleine Wirtschaftsgebäude errichtet der Staat. Der Erwerber zahlt höchstens 500 Mark an und hat den Rest der etwa 5000 Mark betragenden Baukosten mit $3^1/_2$ Proz. zu verzinsen und in 35 Jahren zu tilgen. Je mehr solcher Stellen die Ansiedlungskommission an passenden Orten bildete, um so mehr stieg die Nachfrage. Es stellte sich heraus, daß nicht nur Rückwanderer, sondern auch Einheimische in bedeutender Zahl eine kleine Eigentumsstelle zu erwerben wünschten, ja auch westdeutsche Maurer, Zimmerleute und ähnliche Leute fanden sich ein. Etwa 300 Arbeiterstellen werden jährlich in den Ansiedlungen geschaffen. Sind das auch etwa ein Viertel aller jährlich vergebenen Ansiedlerstellen, so erscheint ihre Zahl für das Gebiet zweier Provinzen verschwindend klein und noch geringer im Vergleich zu der Masse polnischer Arbeiter. Gerade außerhalb der Ansiedlungsdörfer sind die Stellen zu suchen, wo deutsche Arbeiter lohnende und dauernde Beschäftigung bei deutschen Arbeitgebern finden können. Diese Stellen ausfindig zu machen, die Arbeitsmöglichkeiten zu beurteilen, die Arbeitgeber für die Seßhaftmachung und Beschäftigung deutscher Arbeiter zu gewinnen, zur richtigen Zeit und am richtigen Flecke den Grund und Boden zu erwerben, den Aufbau möglichst billig zu gestalten, die Arbeiter heranzuziehen und ihre Entwicklung zu beobachten, das erschien vorzüglich Aufgabe örtlicher Genossenschaften, ebenso wie die Aufbringung der erforderlichen Mittel. Kleinarbeit an Ort und Stelle kann erfolgreicher wirken, als die große in Posen seßhafte Ansiedlungsbehörde. So ist die Hauptarbeit der Seßhaftmachung deutscher Arbeiter auf sogenannte Kleinsiedlungsgenossenschaften oder Gesellschaften übergegangen, die teils auf Anregung der Verwaltungsbehörden, teils aus eigenem Antriebe sich in Posen fast für jeden Kreis gebildet haben und durch die Ansiedlungskommission und die Besitzfestigungsbanken beraten und unterstützt werden. Für jede Arbeiterstelle gewährt die Ansiedlungskommission den Genossenschaften eine Prämie von 1000 Mark. Besonderer Erwähnung wert ist die von Pastor Rosenberg gegründete Kleinsiedlungsgenossenschaft Ostrowo, die es sich vor allem zur Aufgabe gemacht hatte, Rückwanderer aus Rußland, die als Rübenarbeiter nach Deutschland zu gehen pflegten, in Posen anzusiedeln, etwa nach dem Vorbilde der polnischen Arbeiter, die hier eine Häuslerstelle besitzen, jahraus jahrein nach Sachsen oder in die Industriegegenden wandern und mit ihren Ersparnissen den polnischen Kassen die Mittel verschaffen, mit denen sie das Deutschtum bedrängen. Eine ebenso anspruchslose, arbeitsame und zähe Bevölkerungsschicht wollte Pastor Rosenberg auf deutscher Seite heranziehen.

Auf alle mögliche Weise ist die Ansiedlungskommission bedacht, den Ansiedlern bald zu einer ordnungsmäßigen Wirtschaft zu verhelfen. Durch Abgabe von Kühen und Pferden aus den Gutsbeständen wird ihnen billiges und gutes Inventar geliefert, die Beschaffung von Zuchtbullen und Zuchtebern wird durch Geldbeihilfen erleichtert; im Kreise Samter ist eine rassereine Herde, die Bullen und Färsen lediglich für Ansiedler züchtet. Die Aufzucht guten Geflügels wird durch Abgabe von Bruteiern, Überlassung rassereiner Hähne oder Hühner unterstützt. Im umfangreichsten Maße wird der Obstbau gefördert, für den die Ansiedlungsprovinzen sehr geeignet sind. Jeder Ansiedler erhält zu billigem Preise Obstbäume; nur die besten und jeweils brauchbarsten Sorten werden gewählt, gleichmäßige Arten in geringer Auswahl, so daß gemeinschaftliche Obstverwertung nach außerhalb möglich ist. Die Pflanzung wird beaufsichtigt. In jeder Ansiedlung wird ein Mann als Obstbaumwärter ausgebildet und verpflichtet, die Bäume an den öffentlichen Wegen zu pflegen und den Ansiedlern mit Rat und Tat beizustehen. Etwa 600000 Obstbäume sind in den Ansiedlungen neu gepflanzt. An den Obstgärten um die Gehöfte erkennt man das Alter der Ansiedlung, an der Pflege lassen sich die Landsmannschaften voneinander unterscheiden. Die süddeutschen Ansiedler sind die besten Obstzüchter; sie erweitern und vermehren den Baumbestand, pflanzen auch viel Beerensträucher, und keltern, wie in der Heimat, Apfel- und Johannisbeerwein. Die nicht seltenen Versuche, richtigen Wein zu bauen, sind bei unserem rauhen Klima mißlungen. In Janowitz hat die Ansiedlungskommission eine umfangreiche Obstbaumschule angelegt, aus der jährlich Tausende von guten Bäumchen abgegeben werden, aus der die Ansiedler auch Ziersträucher und Bäume (Linden, Eschen, Kastanien) zur Umpflanzung ihrer Gehöfte beziehen können; ein kleiner Versuch, das häufig so nüchterne Bild, das eine im Posener Flachlande sich zerstreuende Ansiedlung bietet, in der Zukunft zu verschönen.

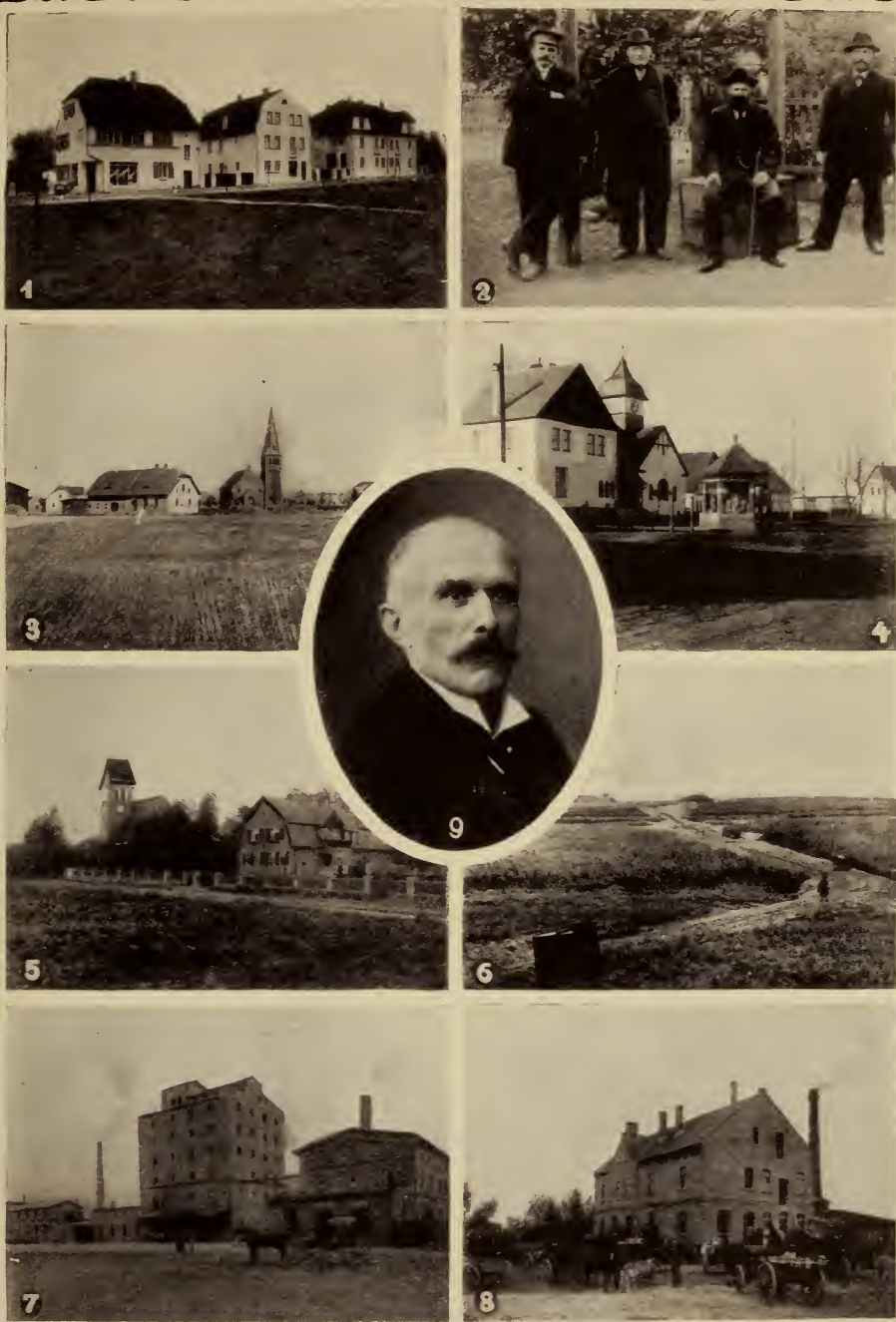
Wer tüchtig ist, von der Landwirtschaft etwas versteht, den mäßigen Vermögensanforderungen der Ansiedlungskommission entspricht und beim Aufbau nicht zu viel Schulden macht, kommt gut vorwärts. Die Ansiedlungsbedingungen, insbesondere die dreiprozentige Rente, gelten als so günstig, daß nicht nur die Bewerberzahl von Jahr zu Jahr steigt, sondern daß auch die angesetzten Ansiedler viel von Kauflustigen umworben und durch hohe Angebote zur Veräußerung mit Gewinn verlockt werden. Beim Verkauf älterer Stellen mit niedriger Rente bleibt diese fast unbeachtet. Längere Rückstände an Rente sind verhältnismäßig selten, während kurze Stundungen bedürftigen Ansiedlern nicht abgeschlagen werden. Wer als Ansiedler nicht vorwärts kommt, ist fast immer selbst daran schuld.

Der einzelne deutsche Bauer aber, noch so tüchtig, bedeutet völkisch nichts, wenn er nicht in der Gemeinde, in der Genossenschaft, im Zusammenarbeiten mit anderen Deutschen Teil eines größeren Ganzen wird. Er ist Gefahren ausgesetzt, wenn nicht Schule und Kirche seine Kräfte bilden und schützen. Die Ansiedlungskommission ist bemüht, ihren Ansiedlern möglichst vollkommene Verhältnisse auf diesen Gebieten zu schaffen. Die Regel bildet es, daß das fertig besiedelte Gut in eine selbständige Landgemeinde umgewandelt wird. Hierbei wird der polnische

1. Ansiedlergehöft im Bau. 2. Beim Aufbau einer Ansiedlung. 3. Älteres Ansiedlergehöft. 4. Ansiedlergehöft neuerer Art. 5. Gehöft eines westfälischen Ansiedlers. 6. Ansiedlergehöft (Pachtstelle). 7. Alte Instkathen. 8. Altes Bauernhaus in Westpreußen.

1. u. 2. Einbau der Ansiedlergehöfte in alte Gutsgebäude 3. Arbeitergehöfte 4. Arbeiteransiedelung Pudewitz. 5. Früherer Gutshof in Gr.-Reichenau. 6. Ansiedelung mit geschlossener Dorfanlage (Gruneberg). 7. Schmiedegehöft. 8. Kruggehöft.

1. Katholische Fürsorge-Erziehungsanstalt Marienbronn (früheres Gutshaus). 2. Evangelische Kirche in Teichrode. 3. Konfirmandenanstalt in Wolfskirch (früheres Gutshaus). 4. Schule und Landpflegestation in Volkingen (früheres Gutshaus). 5. Prediger-Seminar in Wittenburg (früheres Schloß). 6. Landwirtschaftliche Winterschule in Neu-Schönsee. 7. Schule in Rombschin (früheres Gutshaus). 8. Neue zweiklassige Schule.

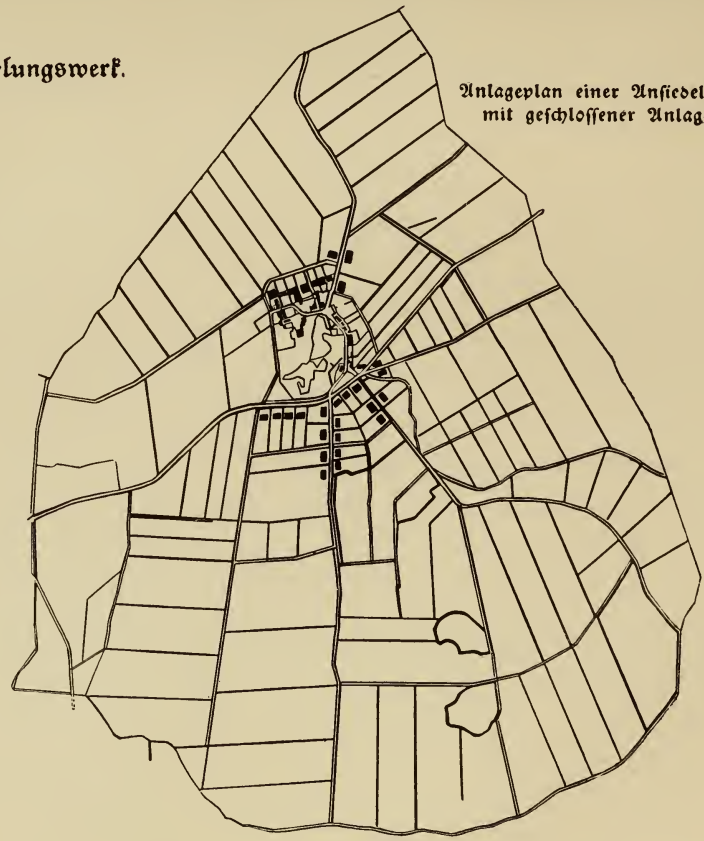


1. Handwerkerhäuser in Schönsee. 2. Ansiedlertypen. 3. Katholische Kirche in Strielau. 4. Marktplatz mit Schule und Betsaal in Golenhofen. 5. Kirche und Pfarrhaus in Zinsdorf. 6. Moormelioration in Kl.-Summe. 7. Genossenschaftsanlagen in Janowitz. 8. Genossenschaftsmolkerei in Libau. 9. Der erste Präsident der Ansiedlungskommission Dr. v. Wittenburg, Wirkl. Geh. Ober-Reg.-Rat.

Das Ansiedelungswerk.

Anlageplan
eines Reihendorfes.

Anlageplan einer Ansiedelung
mit geschlossener Anlage.



Name in einen deutschen geändert, oft anklingend an Namen aus der Heimat der Mehrzahl der Ansiedler. Wie ein Vater seine Töchter bei der Gründung des eigenen Hausstandes ausstattet, so die Ansiedlungskommission ihre Ansiedler. Was eine Gemeindeverwaltung zur ersten Einrichtung gebraucht, wird ihr mitgegeben: Feuerspritze und Wasserwagen, Armenhaus, Sandgrube und Lehmgrube, Brunnen und Tränken. Der Gemeindevorsteher erhält einen Schulzenstab als Zeichen seiner Würde, einen Aktenschrank für seine Schriftstücke und eine Dorfchronik, in der er und seine Nachfolger die Geschichte der Gemeinde aufzeichnen sollen. Die Hauptsache aber ist die Landdotation, Acker und Wiese, auch wohl eine gemeinschaftliche Weide, Wald und See, im Werte bis zu 5 Proz. des Wertes der aufgeteilten Flächen, oft 100 und mehr Morgen Land, die Allmende. Die Erträge der Dotation, Pachtgelder von vielen hundert Mark, fließen in die Gemeindekasse und dienen zur Ersparung von Steuern. Manch eine Ansiedlung bestreitet sämtliche Gemeindebedürfnisse aus den Pachtgeldern, sehr wenige alte Gemeinden können sich in dieser Beziehung den Ansiedlungen an die Seite stellen. Wenn Ansiedler in eine bestehende Gemeinde mit polnischen Bauern zusammengemeindet werden, so wird die Ausstattung als Gemeindegliedervermögen allein für die Ansiedler ausgewiesen.

Ebensolche Sorge gilt den Kirchenverhältnissen, dem kirchlichen Leben. Die meisten Ansiedler legen Wert darauf, Kirche und Pfarre möglichst nahe zu haben, und das Einleben in dem fremden Lande wird durch die vollkommenste Befriedigung des religiösen Bedürfnisses unterstützt. So hat die kirchliche und geistliche Versorgung sehr erhebliche Aufwendungen des Staates veranlaßt. Die Ansiedler werden konfessionell getrennt angesetzt. Katholiken erscheinen leichter der Gefahr ausgesetzt, in der zweiten oder dritten Generation ihre nationale Widerstandskraft gegenüber den katholischen Polen zu verlieren, als Evangelische; das lehren Beispiele aus alter und neuerer Zeit. Die erste kleine Katholikenansiedlung im Kreise Gnesen hat aufgehoben und die Ansiedler verpflanzt werden müssen, weil sie vereinsamt und ohne deutschen Geistlichen der Polonisierung zu verfallen drohten. Darum werden katholische Ansiedlungen nur dann gegründet, wenn die Schaffung eines besonderen Ansiedlerkirchspieles gesichert oder jedenfalls die Versorgung der Ansiedler durch deutsche Geistliche, wenn angängig, aus der Heimat der Ansiedler, möglich ist. In den Kreisen Wreschen, Pleschen und Jarotschin sind große zusammenhängende Katholikenansiedlungen entstanden, zwei Kirchspiele und zwei Kapellengemeinden mit vier deutschen Pfarrern. Diese Gebiete sind so groß und stark, daß die Ansiedler Verkehr und Heiratsmöglichkeit unter sich genügend finden, nicht auf den Verkehr mit Polen angewiesen sind und sich dauernd deutsch erhalten können. In Westpreußen bietet die Koschneiderei, von der weiter unten die Rede ist, günstige Bedingungen. Die Mehrzahl der Ansiedler ist evangelisch, und es ist eine stattliche Anzahl neuer evangelischer Kirchspiele gegründet worden; auf etwa 350 Familien kann man eine Kirchengemeinde rechnen. Im ganzen hat die Ansiedlungskommission 50 Kirchen und 30 Bethäuser gebaut. In dem früheren Gutspark, zwischen Linden und Kastanien gestellt, der bäuerlichen Umgebung und der Landschaft angepaßt, auch wohl an die deutschen Ordenskirchen erinnernd,

dienen die Kirchen dem Lande zur dauernden Zierde. Zu Pfarrhäusern sind oftmals guterhaltene Herrenhäuser umgebaut worden und die Pfarrstellen, mit Garten und Acker wohl ausgestattet, gelten als besonders begehrenswert. Fast jede Ansiedlung erhält eine besondere Schule, mehrfach unter Benutzung des vorhandenen Gutshauses, mit Landausstattung und reichlicher Aussteuer an Lehr- und Lernmitteln und Bücherei. Im ganzen sind etwa 450 neue Schulen errichtet worden; man rechnet auf zwei Ansiedlerfamilien immer drei Schulkinder. Bei den neueren Schulen wird ein Schulversuchsgarten angelegt, wo die Kinder Gemüsekultur und Baumpflanzung erlernen und ihre kleinen Lehrbeete einrichten. Für die Mädchen des ältesten Jahrganges kommt noch oft eine Lehrküche im Schulhause dazu.

Um die deutsche Jugend für den Kampf des Lebens und den Wettbewerb mit den Polen befähigter zu machen, bleibt die Fürsorge der Ansiedlungskommission nicht bei der Volksschule stehen; überall werden Fortbildungsschulen für die schulentlassenen Kinder eingerichtet und aus dem Ansiedlungsfonds unterstützt. Vereinzelt ist der Versuch gemacht, auch die Mädchen zu dem Fortbildungsunterrichte heranzuziehen. Der Ausbildung der Ansiedlertöchter gilt die besondere Sorge des Staates. Drei Haushaltungsschulen mit Winter- und Sommerlehrzeit, deren eine allerdings nicht durch die Ansiedlungskommission unmittelbar gegründet ist, wirken mit gutem Erfolge. Anfangs wurde den Schülerinnen Verpflegung und Unterricht umsonst gegeben, um die Ansiedler, vor allem die Rückwanderer, heranzuziehen; trotzdem war es schwer, die Vorurteile gegen den Besuch zu überwinden. Die Leute glaubten mißtrauisch, der Staat wollte sie durch die Unentgeltlichkeit verleiten, Anstalten zu übernehmen, die ihnen später große Kosten verursachen würden. Außerdem meinten sie, daß die beste Lehrmeisterin der Töchter die Mutter sei und daß die Schule die Kinder nur verwöhnte. Erst allmählich ist diese Abneigung gewichen. Die Eltern haben in der häuslichen Wirtschaft die Früchte des Ordnungs- und Reinlichkeitssinnes, der Kochkunst und Handfertigkeit in Zuschneiden und Nähen der Tochter angenehm empfunden. War's zuerst auch nur der blitzblank geputzte Fuß der alten Messinglampe, der dem Hausvater plötzlich entgegenstrahlte, oder das übersichtlich geführte Wirtschaftsbuch, das das Mißtrauen besiegte; heute können die Schulen auch bei hohem Schulgeld längst nicht mehr alle Anmeldungen berücksichtigen. Neben diesen Haushaltungsschulen sind in den Ansiedlungen der Provinz Posen zahlreiche Wanderhaushaltungsschulen eingerichtet worden; sie sind Unternehmungen des Vaterländischen Frauenvereins, der die Lehrerinnen ausbilden läßt, mit den erforderlichen Unterrichtsgegenständen ausstattet und den Betrieb beaufsichtigt, während die Kreise und die Ansiedlungskommission Beihilfen zu den einzelnen Kursen geben. Die Lehrerin zieht mit Kochherd und Geschirr von Ansiedlung zu Ansiedlung; jeder Kursus dauert acht Wochen. Die Schülerinnen bringen mit, was gekocht werden soll, wenn es nicht sonst freiwillig von den Ansiedlern oder den Gemeinden geliefert wird. Hier erhalten die Mädchen die einfachsten Begriffe von Ordnung und Reinlichkeit, gesunder einfacher Nahrung und sparsamer Haushaltung. Mit den Haushaltungsschulen in Osterbitz und Volkingen sind Landpflegestationen verbunden als deren Aufgabe

die allgemeine Wohlfahrtspflege der weiblichen Ansiedlerbevölkerung bestimmt ist. Von den Kleinsten anfangend, die im Kindergarten beschäftigt werden, die Schulmädels zu den Flick- und Nähstunden der Haushaltungsschülerinnen heranziehend, sammelt die Landpflegerin die Hausfrauen zu Mütterabenden, besucht sie die Wöchnerinnen, unterrichtet in ersten Hilfeleistungen bei Krankheiten, tröstet in der Trauer, schlichtet auch wohl eheliche Zerwürfnisse und waltet als hilfreicher, schützender Engel in ihrem Bezirke. Für die eigentliche Krankenpflege sind ebenfalls durch den Vaterländischen Frauenverein in einzelnen Ansiedlungen Landkrankenpflegerinnen angestellt, die aus Ansiedlungsfonds Beihilfen erhalten.

Für die Weiterbildung der männlichen Jugend sorgen die ländlichen Winterschulen. Zwar haben Winterschulen schon vor der Ansiedlungskommission bestanden und bestehen unter Leitung der Landwirtschaftskammern auch außer ihr; die Ansiedlungskommission hat aber die ersten Winterschulen rein deutschen Wesens gegründet, bestimmt zunächst für Ansiedlersöhne, dann auch für Söhne alter deutscher Bauern, Janowitz, Neuzedlitz und Tomken. Neuerdings sind in Posen die Schulen auf einen besonderen Verein übergegangen, der mit Unterstützung des Staates nach Bedarf rein deutsche Winterschulen gründet und erhält. So sind entstanden die Schulen in Lipowiec, Schwersenz, Schmiegel, Kempen.

Es muß betont werden, daß die Kommission im allgemeinen nur anregend wirken und die erste Einrichtung solcher Wohlfahrtsanstalten unterstützen kann. Sie sind nicht lediglich Verdienst der Ansiedlungskommission; aber schon dadurch, daß sie große deutsche Dörfer gründet, schafft sie Tätigkeitsgebiete und Mittelpunkte für solche Unternehmungen ländlicher Wohlfahrtspflege, und hebt und fördert auch die Kultur der übrigen deutschen Landbevölkerung. Die Aufteilung von Gütern hat oft schon dadurch allein Anlaß zur Gründung von Wohlfahrtsanstalten gegeben, daß ein geräumiges Gutshaus mit Park billig zur Verfügung gestellt werden konnte. Solch günstige Gelegenheit benutzten die mit ländlicher Wohlfahrtspflege befaßten Vereine und Personen gern. Der frühere Generalsuperintendent in Posen hat mit bewundernswertem Erfolge in dieser Art gearbeitet. Die Konfirmandenanstalt in Wolfskirch, die Siechenhäuser in Tonndorf und Wolfshagen, ein Erziehungshaus für Rückwanderersöhne in Langenolingen u. a. verdanken ihm die Entstehung. Besondere Beachtung beansprucht das Waisenhaus in Neuzedlitz im Kreise Witkowo, eine Schöpfung des Geheimrats Hugenberg, eines der bedeutendsten Mitarbeiter am Ansiedlungswerk. Evangelische Waisenkinder aus den Großstädten werden in Neuzedlitz gepflegt und erzogen, teils in der Anstalt, teils bei den umwohnenden Ansiedlern, von den kleinsten kaum 6 Wochen alten Schreihälsen bis zu 14- und 15jährigen Konfirmanden. Hunderte von elternlosen Knaben und Mädchen wachsen so in der gesunden, kräftigenden Umgebung des Landes auf und werden aus kränklichen Großstadtpflanzen zu starken Landbewohnern, die später als Ansiedler oder Arbeiter, als Frauen oder Dienstboten von Ansiedlern dazu helfen, die Landbevölkerung und das Deutschtum im Osten zu vermehren. Ähnlich wirkt auf katholischer Seite in der Ansiedlung Marienbronn eine von Franziskanern geleitete Fürsorge-Erziehungsanstalt, die

deutsche Zöglinge mit Landarbeit zu ordentlichen Menschen macht und für die Ansiedlung als Arbeiter oder Ansiedler heranzieht. An Anstalten größerer Art sind sonst noch in Ansiedlungen entstanden: das Predigerseminar in Wittenburg, die Wirtschaftlichen Frauenschulen in Naidburg und Scherpingen, das Erholungsheim für Eisenbahnangestellte in Bomblin und die Trinkerheilstätte in Gastfelde. So werden mannigfache Kulturwerke der Hilfe der Ansiedlungskommission verdankt.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Ansiedler bietet ein lehrreiches und überzeugendes Bild von den Ergebnissen der inneren Kolonisation. Der Zerschlagung des Großgrundbesitzes wird von vielen Seiten entgegengehalten, daß sie landwirtschaftlich einen Rückschritt bedeutet. Die großen Güter, so sagt man, sind die Kornkammern für das Vaterland. Nur sie erzeugen das Verkaufsgetreide, das zur Ernährung des nicht Landwirtschaft treibenden Volkes notwendig ist, sie züchten die edlen Pferde und Viehrassen, nur sie arbeiten mit Maschinen und bahnen der landwirtschaftlichen Wissenschaft den Weg. Der Bauer dagegen erntet nur wenig mehr Getreide, als er für die eigene Wirtschaft braucht, und für die Unabhängigkeit der Volksernährung vom Auslande ist es höchst bedenklich, wenn der Großgrundbesitz in zu weitem Maße durch kleine Betriebe ersetzt wird. Diese Einwendungen werden durch die in den Ansiedlungen geernteten Erfahrungen widerlegt. Die Ernteergebnisse der älteren Ansiedlerwirtschaften stehen im allgemeinen denen des staatlichen Großbetriebes nicht nach, sie sind oft sogar besser. Gewiß bleibt nicht soviel zum Verkauf übrig wie beim Großgrundbesitz überhaupt. Dafür ernährt die bäuerliche Wirtschaft an sich schon mehr Menschen, als der Großbetrieb auf derselben Fläche es früher tat; die Vermehrung beträgt etwa 75 Proz. Zum Verkauf gelangen aber auch sehr erhebliche Mengen von Wintergetreide, während die Sommerung meist verfüttert wird. Der Kartoffelbau für die Brennereien geht allerdings zurück; im Rübenbau für die Zuckerfabriken stehen die Ansiedler den Großgütern aber weder an Fläche noch an Erträgen nach. Was aber den Kleinbetrieb für die Volksernährung wertvoller macht als den Großbetrieb, ist die Viehwirtschaft. An Rindvieh- und Schweinezucht übertreffen ihn die bäuerlichen Wirtschaften ganz bedeutend. Im Vergleich zu dem Zustand vor dem Ankauf durch die Ansiedlungskommission hat sich infolge der Aufteilung die Zahl der Kühe verfünffacht, die der Schweine versiebenfacht. Nach Erhebungen, die in einem größeren Bezirk über Menge und Wert der von Ansiedlergemeinden und benachbarten Großgütern zum Verkauf gelangten Erzeugnisse an Körnern und tierischen Erzeugnissen gemacht sind, haben die Ansiedler vom Hektar etwa für 100 Mark mehr auf den Markt gebracht als die großen Güter. In der Landwirtschaft spielt sich in gewisser Beziehung eine umgekehrte Entwicklung ab wie in der Industrie. Die größte Steigerung der Erträge und die höchste Ausnutzung der Arbeitskraft wird nicht immer in den großen, sondern oft in den kleinen Betrieben erreicht. Aber erst der Zusammenschluß zur größeren Vereinigung befähigt die kleinen Betriebe, die besten Preise für ihre Erzeugnisse zu erzielen, sich die Kapitalskraft zuzulegen, die notwendig ist, an den Fortschritten der Wissenschaft und Erfindungen zur Erhöhung der Erträge teilzunehmen. Die Stärke des Großbetriebes liegt an

anderen Stellen wie beim Kleinbetrieb; beide machen sich nicht Konkurrenz, wie Fabrik und Handwerk. Von genossenschaftlichen Einrichtungen haben beide gleichmäßig Vorteil und finden sich dabei auch in den Ansiedlungen zusammen. Die Ansiedlungskommission hat die genossenschaftliche Vereinigung unter den Ansiedlern von jeher mit Nachdruck gefördert. Wie in den westlichen Landesteilen mit höchster Kultur, Rheinland, Nassau, Westfalen, der Pfalz, das Genossenschaftswesen jede Gemeinde und jeden Erwerbsstand umfaßt, so gehört eine Genossenschaft zur notwendigen Einrichtung jeder Ansiedlergemeinde. Spar- und Darlehnskassen, Ein- und Verkaufsvereine, Molkereigenossenschaften, Brennereigenossenschaften, Dreschereigenossenschaften, Pferdezuchtgenossenschaften, Viehverwertungsgenossenschaften sind fast überall in den Ansiedlungen zu finden. Gewiß bestanden und bestehen Genossenschaften auch außerhalb der Ansiedlungskommission, aber die hauptsächlichste Förderung des deutschen Genossenschaftswesens ist durch sie erfolgt. Die Genossenschaften hinwiederum pflegen nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die sittlichen Werte unter den Ansiedlern. Gegenseitiges Helfen und Stützen, Aufeinanderachten und Erziehen, unentgeltliches Arbeiten für das gemeinschaftliche Wohl, das ist der sittliche Gewinn, den das Genossenschaftswesen bringen soll. Wer bedarf solcher Förderung mehr, als eine Ansiedlergemeinde, zusammengesetzt aus Familien, die von allen Himmelsrichtungen, aus den verschiedensten Verhältnissen, Wirtschafts- und Lebensanschauungen kommen, und die im fremden Lande inmitten einer andersprachigen Bevölkerung eine Einheit, einen Hort deutschen Lebens und Wesens bilden, die auf neuem Boden festwurzeln sollen? Es ist schwer, auf dem grünen Rasen sein Heim zu errichten. Da erlahmen oft die Kräfte, da glaubt der Einzelne oft, die Schwierigkeiten nicht überwinden zu können; als helfender, stützender Freund begrüßt ihn dann die Genossenschaft. So fremd ihm der einzelne Nachbar noch ist, so vertraut fühlt er sich gleich mit der Gesamtheit der Nachbarn, alle für einen, einer für alle. Welche erzieherische Kraft und wirtschaftliche Stärke einem verbreiteten Genossenschaftswesen innewohnt, das zeigt vor allem das Genossenschaftswesen auf polnischer Seite. Daß in den deutschen Ansiedlungen bald ein mannigfaltiges Vereinswesen blüht, bedarf kaum der Erwähnung. Der Pastor sorgt für Posaunenchor und Jünglingsverein, der Lehrer für den Gesangverein, der Distriktskommissar für Krieger- und Schützenverein, der Landrat für den landwirtschaftlichen Verein, der Gastwirt wirbt für den Kegelverein, das Deutschtumsbewußtsein stärkt sich im Ostmarkenverein; auch Jungdeutschland ist schon vertreten; geistige und körperliche Ausbildung wie geselliges Bedürfnis kommen zu ihrem Rechte und bringen Abwechselung in die harte Arbeit der Woche.

Die 26jährige Arbeit der Ansiedlungskommission hat in das Antlitz der Provinzen tiefe und dauernde Zeichen gegraben und viele Landstriche so verändert, daß, wer sie vor einem Vierteljahrhundert zuletzt gesehen, sie kaum wiedererkennen kann. In weitem Halbkreis legt sich ein Band von Siedlungen vom Westen zum Nordosten um die Provinzialhauptstadt Posen. Die älteste davon ist Schlehen (früher Tarnowo), ein 60 Ansiedlerfamilien und einige polnische Bauern umfassendes Kirchdorf, Mittelpunkt für eine Anzahl weiterer Ansiedlungsgemeinden, Gurten,

Runkeln, Stutendorf u. a. Hier sitzen Niedersachsen und Hannoveraner, Sachsen und Württemberger auf gutem Boden bei steigendem Wohlstande, der dem vielseitigen und gut geleiteten Genossenschaftswesen mitverdankt wird. Westlich von Schlehen ist eine große Ansiedlung, Lussowo, im Entstehen; östlich führt der Weg über die hübschgelegene Ansiedlung Ketsch zu dem bekannten Golenhofen, wo Rückwanderer aus Slawonien und Bosnien mit Badenern und Schlesiern zusammensitzen, dann zu den Westfalendörfern Treskowhof und Chludowo. Sie waren Teil von dem großen Besitz einer im Posenschen bekannten und um das Vaterland verdienten Familie. Wie eines deren Mitglieder den Park von Chludowo zu einer Sehenswürdigkeit der Gartenkunst gemacht hat, so ist der Baumeister der Ansiedlungskommission bemüht, um die neu zu errichtende Kirche in Chludowo ein Dorf zu bauen, das Vorbild sein will für landschaftlich wirkungsvolle Siedlungen. Die Dörfer Glinnow, Nordheim mit seiner schmucken Kirche und Ulmenhof, wo Pommern, Brandenburger und Hannoveraner neben Rückwanderern und Pfälzern sich angesiedelt haben, schließen den Halbkreis bis zur Warthe. An sie südlich anschließend reichen die schmucken Gehöfte der fränkischen, pfälzischen und hessischen Ansiedler von Schönherrnhausen bis an die Vororte von Posen, und einige noch nicht aufgeteilte Güter berühren das Weichbild der Stadt. Auf dem östlichen Wartheufer unter der weithin sichtbaren Höhe des Annaberges schauen die Ansiedler von Ricin auf die Stadt Posen und auf die zahlreichen kleinen Gehöfte mit den roten Ziegeldächern, die sich längs der Bahnstrecke Posen—Gnesen in mehrfach unterbrochener dünner Linie aufreihen. Bei dem Städtchen Pudewitz fallen die eigenartigen scheunenlosen Gehöfte der aus Bosnien stammenden Ansiedler auf und dicht am Bahnhof eine große Arbeiterkolonie, freundliche Häuschen mit grünen Fensterladen und weißen Zäunen. Mehr nach Gnesen zu wird das Band der Ansiedlungen breiter, noch am fernsten Horizonte verlieren sich die roten Dächer in den Obstgärten, und die schlanken Kirchtürme deuten die Mittelpunkte dicht zusammensitzenden Deutschtums an. Bei Gnesen begrüßt den Fremden eine zweite Kolonie zahlreicher kleiner Arbeiterhäuser, Dalki. Um diese große und an Arbeitsgelegenheit reiche Stadt legen sich noch mehrere Arbeiterkolonien, deren Insassen gut vorwärtskommen. Gnesen ist tatsächlich eine eingekreiste Stadt, und wenn auch die Ansiedlungen um sie her verhältnismäßig zu jung sind, als daß der verdeutschende Einfluß der Ansiedlung schon überall durchgedrungen wäre, so hat doch Herr Voßberg nachgewiesen, wie sehr sich Gnesen in deutscher Richtung entwickelt hat. Hier beginnt das älteste und ausgedehnteste Ansiedlungsfeld. In einem westlich gerichteten Bogen anfangend, mit den alten Siedlungen Libau, Segenshof und Owieschön, über Torsfelde, Groß-Rybno und Langenolingen drängen sich zwischen Kletzko und Janowitz die Ansiedlungsdörfer zu dichter Masse zusammen und laufen in breiten Strahlen aus über Wongrowitz nach Gollantsch, nach Znin und nach Exin. Dies zusammenhängende Ansiedlungsgebiet umfaßt neben 30 Siedlungen in alten Dörfern etwa 70 neue Dörfer mit 200000 Morgen und nahezu 3000 Ansiedlerfamilien. Über 600 westfälische und hannoversche Bauern, fast 400 Sachsen und Thüringer, über 200 Pommern, Brandenburger

und Schlesier, 100 Württemberger, dazwischen eingestreut etwa 600 Rückwandererfamilien, sitzen hier zusammen. Den Mittelpunkt bildet die kleine Stadt Janowitz, von der aus ein großartiges Genossenschaftswesen seine Fäden spannt. Vor Einsetzen der Ansiedlungstätigkeit war Janowitz nichts als einer der unbedeutenden toten Flecken, der wie so manche andere in der Provinz Posen den Namen einer Stadt nicht verdiente. Seit 1880 bis 1910 ist die Einwohnerzahl von 801 auf 2200 gestiegen. Ein großes Kornhaus mit Silo und Mühle, eine Dampfbäckerei, eine Molkerei und eine Flockenfabrik zeigen schon am Bahnhofe dem Fremden, daß rege Tätigkeit eingezogen ist. Diese großen Unternehmungen verdanken dem genossenschaftlichen Zusammenarbeiten der Ansiedler ihre Entstehung und ihr Gedeihen. In den Straßen zeugen viele Neubauten und Läden von Verkehr und wohlhabendem neuem Leben. Ein großer Neubau am Markte, die Geschäftsräume der Kaufhausgenossenschaft, bietet den Ansiedlern ein reiches Lager aller Wirtschaftsbedürfnisse und Versammlungsraum für die Genossenschaften. Eine landwirtschaftliche Winterschule, eine Haushaltungsschule, eine Obstbaumschule sind Bildungsstätten für die Ansiedlerjugend. Um die von der Ansiedlungskommission erbaute Kirche an der Grenze zwischen Stadt und altem Gut, ist ein ansprechend aufgebautes Wohnviertel entstanden, wo Arzt und Pastor, Distriktskommissar und Postbeamte mit Gewerbetreibenden und Handwerkern angesiedelt worden sind. Die elektrische Straßenbeleuchtung, neue breite Bürgersteige und ein schmuckes Rathaus beweisen die Fortschritte der städtischen Verwaltung. Die Kornhausgenossenschaft, die 400 Mitglieder, meist Ansiedler, zählt, hat einen Jahresumsatz von ca. 125000 Zentnern Getreide; in der Dampfbäckerei werden täglich an 1400 Brote hergestellt, in der benachbarten Molkerei täglich über 11000 Liter Milch verarbeitet. Bei Gewährung guter Preise und erheblicher Nachzahlungen an die Genossen sind infolge des ständig wachsenden Umsatzes so erhebliche Gewinne erzielt worden, daß auf die etwa 200000 M. betragenden Anlagekosten von Kornhaus, Mühle und Bäckerei in den 14 Jahren des Bestehens über 140000 M., auf die 80000 M., die in die Molkerei gesteckt sind, schon 63000 M. abgezahlt werden konnten. In der Kaufhausgenossenschaft sind mehr als 500 Mitglieder vereinigt, die Viehverwertungsgenossenschaft umfaßt deren sogar 1000. Dieser im Jahre 1907 begonnene Versuch, die Viehzüchter unabhängig vom Zwischenhandel zu machen, hat sich über Erwarten bewährt; alle Woche werden etwa 500 Stück Schlachtvieh verwertet, so daß der Jahresumsatz schon auf über $2^1/_2$ Million Mark gestiegen ist. Auf dem Wege bis zur heutigen Entwicklung waren zahlreiche Schwierigkeiten zu überwinden, und Verluste, Enttäuschungen, Streitigkeiten bedrohten oftmals den Bestand des einen oder andern Unternehmens. Allmählich erst hat der genossenschaftliche Gedanke sich so durchgerungen und durch die erzielten Erfolge dem Segen seiner Wirksamkeit Anerkennung verschafft. Wie kein anderer Ort in den Ansiedlungsprovinzen beweist Janowitz, wie das Genossenschaftswesen imstande ist, die schwachen Kräfte der kleinen Landwirte auf allen Wirtschaftsgebieten zu machtvollen Gebilden zusammenzufassen.

Die Bahnstrecke Gnesen—Hohensalza ist von etwa 15 Ansiedlungen begleitet, die sich um Altraden und Schetzingen zu zwei Kirchspielen verdichten, Kolonien mit

zahlreichen Rückwanderern aus Galizien. Eine lose Kette von etwa 50 Ansiedlungen, oft unterbrochen von polnischem Großbesitz oder größeren Wäldern, an einzelnen Stellen verstärkt durch alte deutsche Dörfer, legt sich längs der russischen Grenze, im Süden mit Ostfelde, Kreis Wreschen, beginnend, über Witkowo, über die großen Galizierdörfer um Orchheim, über Frohenau, Raschleben und Ruschingen nach Ostwehr, Reichsmark und Neugrabia bis an die Weichsel. Die deutschen Vorposten gegen Osten kann man diese Ansiedlungen nennen. In den Kreisen Strelno und Hohensalza ist die Wacht meist den Sachsen anvertraut, die auf dem fruchtbaren kujawischen Boden bei Zuckerrüben und Weizenbau stellenweise mustergültige Wirtschaften gegründet haben. Die Ausstellung der landwirtschaftlichen Kreisvereine legen Zeugnis davon ab. Zwischen den Sachsen sind Rückwanderer aus Südrußland eingesprengt, von dem fruchtbaren Schwarzboden bei Odessa stammend, die dort Besitzer vieler Hunderte von Morgen waren, hier auf 80- und 100-Morgenstellen sich wohl fühlen. Eine geschlossene Siedlung von Hessen sichert als Feldwache den Übergang am Bachorze-Kanal. An der Weichsel haben die Siedlungen altes Deutschtum wieder erreicht, die Stadt Thorn und die stattlichen Dörfer der Weichselniederung, die seit der deutschen Ordenszeit blühen. Sobald man aber die Höhe des breiten Weichseltales erklimmt, trifft man auf geschlossenes Polentum, dessen Durchsetzung mit Ansiedlungen notwendig war. Hier hat sich östlich des Flusses vor allem die Stadt Schönsee zum Mittelpunkte eines großen Ansiedlungsbezirkes entwickelt und an Einwohnerzahl, Handel und Verkehr und Verschönerung des Stadtbildes ebenso gewonnen wie Janowitz: nördlich liegen die Siedlungen auf der früheren Herrschaft Rynsk, einer der ersten Erwerbungen der Ansiedlungskommission, fast 4000 ha, heute die Dörfer Rheinsberg, Nußdorf, Leutsdorf und Schönbrod; hier ist eine der großen Kulturtaten des Staates geschaffen; 1500 Morgen Bruchland sind urbar gemacht worden. Östlich von Schönsee nach der Grenze bei Gollub erstrecken sich neuere Dörfer, von denen Gruneberg, ein geschlossenes Dorf, um einen Teich anmutig aufgebaut, Osterbitz mit neuer schöner Kirche neben dem ehrwürdigen Bau der katholischen Ordenskirche, und Schloßgolau besondere Erwähnung verdienen. Überall stößt man hier auf die Denkmale aus der Ordenszeit. In Golau ragt neben dem alten Gutspark eine Schloßruine, deren gotisch angelegte Türme die Polen mit orientalischen Zwiebelspitzen entdeutscht haben. Weit reicht von hier aus der Blick in das russische Reich auf die Schlangenlinien des Grenzflusses Drewenz und die Kosakenpatrouillen am Ufer, auf das kleine deutsche Städtchen Gollub und auf den russischen Flecken Dobrzhin mit seinem eigenartigen jüdischen Leben. Die den Verkehr zwischen Deutschland und Rußland vermittelnde Brücke ist mittags mit einer Schranke versperrt; nur gegen Erlegung eines unerlaubten Rubels wird sie zurückgezogen zur Freude der Besucher, die gerade um diese Zeit gern einen Blick in das heilige russische Reich tun. Nördlich an der Grenze der Kreise Briesen und Strasburg liegt eine der größten und schönsten Ansiedlungen, die zu Ehren des ersten Präsidenten „Wittenburg“ getauft worden ist. Mit ihr ist wieder die südliche Linie der Sprachgrenze erreicht, an der entlang bis zur Stadt Löbau hin sich große und kleine Ansied-

lungen südwärts und südostwärts in das polnische Sprachgebiet vorschieben. Rückwanderer aus Rußland drängten sehr in diese Ansiedlungen. Die notwendige Vermischung mit Westdeutschen erwies sich sehr schwer, da über Wittenburg hinaus auf die rauhe Höhe des Löbauer Kreises kein Sachse oder Westfale wollte. Nur gegen Erstattung der Reisekosten ließen sich endlich einige Westfalen herbei, die Güter zu besichtigen — und ihr Erstaunen über den guten Boden und die reiche Ernte war so groß, daß mit einem Schlage das Eis gebrochen war und für die Löbauer Stellen die Nachfrage seitdem nicht nachläßt. Leichter schon ließen sich Westdeutsche in die fruchtbaren Kreise Culm und Graudenz bringen, obgleich immer wieder das Vorurteil gegen das rauhere Westpreußen zu überwinden ist. Wenn die deutschen Ordensritter wieder erständen, würden sie im Culmer Lande vor allem ihre Genugtuung finden und die neuen deutschen Bauern dankbar begrüßen, die die ehemals deutschen Ortschaften, die im Laufe der Jahrhunderte polnisch geworden waren und ihren schönen deutschen Namen verloren hatten mit diesem deutschen Namen wieder auferstehen ließen, wie Blandau und Plangenau, Reichenau und Pfeilsdorf, Rebkau, Eiselau, Seglein und Rieslingswalde.

In den Kreisen Culm und Graudenz zerstreuen sich die Ansiedlungen, aber überall im Zusammenhange mit altem Deutschtum bleibend; nur um die Stadt Lessen legt sich ein ziemlich geschlossener Kranz, auch an die Tore der Städte Culmsee und Culm rücken größere Siedlungen heran. Von Culm trifft der westwärts gerichtete Blick auf ein zusammenhängendes Ansiedlungsgebiet von 15 größeren Dörfern, die am anderen Ufer der Weichsel, im Süden des Schwetzer Kreises bis in den Bromberger Kreis hinübergreifend sich über die Bromberger Bahn hinaus erstrecken und an der Station Prust ihren Mittelpunkt haben. In welcher Weise die Aufteilung großer Güter auch ohne Anlehnung an eine Stadt wie Janowitz und Schönsee den Verkehr heben, die Bevölkerung vermehren und auch auf die Gewerbe anreizend wirken kann, zeigt sich hier. Noch vor 12 Jahren war Prust eine ganz kleine Haltestelle ohne Personen- und mit geringem Frachtverkehr. Heute sind um den Bahnhof verschiedene große Kaufläden, eine Mühle, eine große Arbeiter- und Handwerkerkolonie entstanden, und der Bahnhof genügt dem Verkehre längst nicht mehr. Ähnlich hat sich der etwas nördlicher gelegene Ansiedlungsbezirk um Bukowitz entwickelt. Schwetz ist einer der umstrittensten Kreise, wo das Deutschtum mit ebensoviel Macht strebt, die Mehrheit zu erlangen, wie die Polen sie verteidigen. In den Nachbarkreisen Bromberg und Wirsitz gehen die Sprachgrenzen sehr durcheinander. Durch größere Ansiedlungen bei Crone, Wilsche, Gogolin und Hohenfelde, bei Nakel, Lobsens und Wissek ist versucht, das zurückweichende Deutschtum zu stärken und den Reichstagswahlkreis Wirsitz-Schubin zu erobern. Im Wirsitzer Kreise haben sich am zahlreichsten Hessen aus dem Regierungsbezirk Kassel angesiedelt. Die nördlichsten Ansiedlungen des Kreises Bromberg stoßen an die Siedlungen im Kreise Tuchel, die sich von Kleinklonia bis zur Kreisstadt hinziehen, Großklonia, Kensau, Sehlen, Neutuchel, und sich in die Kreise Flatow und Konitz fortsetzen. Hier berühren sie eines der bemerkenswertesten Gebiete Westpreußens, die sogenannte „Koschneiderei“. Sieben wohl-

habende Dörfer katholischer Westfalen, die in der Ordenszeit eingewandert sind, haben sich trotz der polnischen Umgebung unter deutschen Geistlichen rein deutsch erhalten. Manche der Koschneidereifamilien lassen sich bis ins 15. Jahrhundert zurück verfolgen. An den Grenzen dieser deutschkatholischen Insel hat die Ansiedlungskommission große katholische Ansiedlungen gegründet, Zwangsbruch, Sternau, Lottyn, Neuhof Melanenhof, und die zahlreichen kleineren Erwerbungen innerhalb der Koschneiderdörfer ebenfalls mit Katholiken besiedelt, da sich nirgends geeignetere Vorbedingungen, die deutschen Katholiken deutsch zu erhalten, boten.

Ganz getrennt von den bisher geschilderten, ziemlich zusammenhängenden Ansiedlungsgebieten liegen die Siedlungen der Kreise Dirschau, Pr.-Stargard, Berent und Karthaus, zwei lose Ketten deutscher Dörfer, die aus der deutschen Niederung sich in die polnische Höhe von Pr.-Stargard nach Berent und von Dirschau nach Sobbowitz hineinziehen. Besser als ihr Ruf haben sich diese rauhen Höhenlagen als Ansiedlungsboden bewährt, und wenn auch einzelne Ansiedlungen es kaum zu besonderem Wohlstand bringen werden, so verspricht eine größere Zahl ebensolches Gedeihen, wie die besten Dörfer auf der Gnesener Gegend. Hierhin haben sich viele Rückwanderer gezogen, aber auch Sachsen, Lipper und vor allem Bauernsöhne aus der Grafschaft Schaumburg gründeten sich eine neue Heimat.

Ein großer Sprung nach Süden muß uns wieder zu den Ansiedlungen im Regierungsbezirk Posen bringen. Weniger als im Bromberger und im Marienwerderschen Bezirk sind hier große Ketten von Siedlungen zu finden, häufiger abgerundete große Inseln, wie bei Kempen, um Raschkow, um Krotoschin, um Schmiegel, oder ganz kleine, der Stärkung sehr bedürftige, wie im Kreise Kosten, Koschmin, Schrimm, Grätz. An der Sprachgrenze der Kreise Bomst und Lissa lehnen sich vereinzelte vorgeschobene Posten an das alte Deutschtum. Nur im Kreise Samter zwischen Kazmierz und Buk ist eine stattliche Reihe zusammenhängender Ansiedlungen entstanden oder im Werden begriffen. Im Kreise Obornik berühren sich die zahlreichen einzelnen Siedlungen meist mit alten deutschen Haulándereien, die sich nördlich in die Kreise Kolmar und Czarnikau fortsetzen und den wenigen neuen Ansiedlungen dort Anschluß und Rückhalt geben.

Wenn man so auf der Nationalitätenkarte der Provinzen Westpreußen und Posen die Wege der Ansiedlung verfolgt, wird man den Eindruck mitnehmen, daß der Zusammenhang zwischen altem und neuem Deutschtum und zwischen den Ansiedlungen selbst enger ist, als es auf den ersten Blick scheint, und daß, wenn auch die Ankaufstätigkeit im einzelnen Falle oft von der Zufälligkeit des Angebotes abhängig war, im großen und ganzen etwas Planmäßiges erreicht ist.

Viel Wert wird der Frage beigelegt, welchen Einfluß das Ansiedlungswerk auf die Städte ausübt. Es lassen sich Beispiele dafür anführen, daß ein Strom deutschen Lebens von den Ansiedlungen in die von ihnen umringte Stadt flutet. Die deutschen Gewerbetreibenden erstarken und vermehren sich infolge der vermehrten deutschen Kundschaft; lebhafterer Marktverkehr, gesteigerte Bautätigkeit geben den Städtchen in kurzer Zeit ein verändertes Aussehen. Die vielerorts beobachtete Abnahme der deutschen Bevölkerung verwandelt sich in Zunahme, die

Steuerkraft wächst. Viele Eingaben an die Ansiedlungskommission zeugen davon, wie das Stadtoberhaupt die einzigste Rettung für das dahinsiechende Gemeinwesen in dem Eingreifen der Ansiedlungskommission, der Aufteilung der die Stadt einschnürenden großen Güter sah. Die günstige Entwicklung der Stadt nach der Ansetzung deutscher Bauern hat ihm Recht gegeben.

Aber andere Beispiele lassen sich anführen dafür, daß das Polentum zugenommen hat, daß die Vorteile der Ansiedlerkundschaft den polnischen Geschäften mehr als den deutschen zugute kommen. Deutsche Handelsleute klagen, daß die Genossenschaften ihnen den Verdienst wegnehmen. Die Ansiedlungskommission gibt zwar jedem Ansiedler ein Verzeichnis der deutschen Gewerbetreibenden der nächsten Städte in die Hand und läßt ihn durch den Gutsverwalter immer wieder darauf hinweisen, daß er bei deutschen Geschäften einkaufen, deutsche Handwerker in Nahrung setzen soll. Die polnischen Kaufleute sind aber nicht selten so geschickt in der Anlockung der Ansiedler und so zuvorkommend in der Bedienung, daß die Hinweise auf deutsche Geschäfte manche Ansiedler nicht hindern können, zu den Polen zu gehen.

Im allgemeinen wird man heute noch die Wirkung der Ansiedlungen auf die Vermehrung des Deutschtums in den Städten nicht überschätzen dürfen. Die Ansiedlungen sind meist noch jung, haben mit sich selbst zu tun; die Söhne und Töchter werden noch in der Landwirtschaft gebraucht und können nur selten als Lehrlinge oder Dienstboten in die Städte gehen. Erst in späten Jahrzehnten wird, wie heute die Verpolung der kleinen Städte vom Lande aus vor sich geht, eine Verdeutschung von den Ansiedlungen her möglich sein. Aber das viele Geld, das die Ansiedler mitbringen und umsetzen — jede Ansiedlerfamilie bringt mindestens 5000 Mark mit, jedes Gehöft kostet 8—10000 Mark — die großen Summen, die, abgesehen vom Ankauf, der Großwirtschaftsbetrieb der Ansiedlungskommission, die Hoch- und Tiefbauverwaltung in Fluß setzen, sie rinnen in Tausenden von Kanälen durch die Ansiedlungsprovinzen und kommen in der Hauptsache deutschen Gewerbetreibenden in den Städten zugute.

Von einer auf Einkreisung von Städten zielbewußt gerichteten Tätigkeit wird meist mit Unrecht gesprochen. Die Nähe einer Stadt wird als vorteilhaft für neue Ansiedlungen empfunden und wirkt insofern manchmal mitbestimmend beim Ankauf eines Gutes; nur selten aber wird besiedelt zu dem unmittelbaren Zwecke, das Deutschtum in der Stadt zu vermehren und Einfluß auf die Zusammensetzung der städtischen Körperschaften zu gewinnen. Im Gegenteil bestehen nicht wenige Bedenken, bäuerliche Ansiedler auf einer Stadtfeldmark anzusetzen, da ihre verhältnismäßig geringe Zahl unter der Stadtbevölkerung einflußlos verschwindet, ihnen gegenüber den städtischen Honoratioren die Vollwertigkeit, die der Bauer in der Ansiedlungsgemeinde genießt, abgeht und trotz der meist recht hohen städtischen Steuern die Vorteile städtischer Einrichtungen, wie Straßenbeleuchtung, Wasserleitung usw., zu den ausgebauten Ansiedlerstellen nicht hinausreichen. Für die bäuerlichen Ansiedler paßt darum besser die Ansetzung in selbständiger Landgemeinde vor den Toren der Stadt. Günstiger liegen die Bedingungen für die

Ansiedlung von Arbeitern und Handwerkern im städtischen Weichbilde; sie ist darum an vielen Stellen erfolgt. Dieser Art Ansiedler fügen sich dem Stadtleben besser ein, sind mehr als der Bauer auf die städtische Kundschaft und Arbeitsgelegenheit angewiesen. Bei dem geringeren Anspruch an Land lassen sich ihrer verhältnismäßig viel auf kleiner Fläche ansiedeln, und ihre Eigenschaft als Eigentümer eines kleinen Anwesens sichert ihnen bei städtischen Wahlen meist dieselbe Bedeutung wie den größeren Ackerbürgern. Häufig hat die Ansiedlungskommission zur Vergrößerung von Städten durch die Auslegung von Bauplätzen für die eigentliche städtische Bebauung beitragen können und auch wohl durch Überlassung eines Gutsparkes oder eines Stücks Wald den Bürgern Vorteile geboten. In ganz besonderer Weise wird die Entwicklung der Stadt Posen beeinflußt. Von einem die Grenzen der Stadt berührenden Gute ist eine Fläche in die Stadt eingemeindet und für villenmäßige Bebauung erschlossen worden. Die Stadtverwaltung hat auf dem ihr unentgeltlich überlassenen Teile ausgedehnte Gartenanlagen hergestellt und wird in den nächsten Jahren daran anschließend einen großen Gutspark sowie eine Waldfläche zur öffentlichen Benutzung erhalten. Das staatliche Villengelände wird zu Erbbaurecht vergeben gegen nur 3prozentige Verzinsung der staatlichen Selbstkosten. Hierdurch soll auch den minderwohlhabenden Bevölkerungsklassen die Möglichkeit geboten werden, sich ein eigenes Häuschen zu errichten, es wird aber auch die Spekulation mit dem Grund und Boden ausgeschlossen und der Übergang in polnische Hand verhindert. Als Darlehnsgeberin sind, da die Beleihung der auf Erbbaurecht errichteten Häuser Schwierigkeiten bereitete, mit Staatsbeihilfen zwei besondere Banken gegründet worden, die Tilgungshypotheken bis zu einer weitgehenden Beleihungsgrenze geben. Es ist der erste größere Versuch des Erbbaurechts in Preußen.

Die eigentliche verdeutschende Wirkung der Ansiedlungskommission macht sich nur auf dem platten Lande bemerkbar. Um sie richtig zu beurteilen, wird man nicht die nackten Zahlen des bisherigen Besiedlungsergebnisses allein betrachten dürfen. Die bis Ende 1911 besiedelte und sonst verwertete Fläche umfaßt 300000 ha, etwa 450 Dörfer sind neu gegründet und in 300 die Deutschen vermehrt worden. Alljährlich werden etwa 25000 ha besiedelt, auf denen 35 bis 40 Dörfer entstehen. Wenn in den Ansiedlungen und auf den Ansiedlungsgütern heute mindestens 150000 deutsche Seelen gezählt werden, von denen vier Fünftel neu zugewandert sind, so erscheint das im Vergleich zu den 3,8 Millionen Einwohnern der beiden Provinzen unbedeutend. Betrachtet man dagegen die Kreise, in denen die Ansiedlungskommission gearbeitet hat und setzt sie in Vergleich mit solchen, in denen bisher eine Siedlungstätigkeit nicht entfaltet wurde, so springt der Unterschied in der Entwicklung überzeugend in die Augen. Es sei hier das Beispiel von vier Kreisen angeführt, deren Namen nichts zur Sache tun und die A, B, C und D genannt werden. A und B sind Ansiedlungskreise, C und D nicht Ansiedlungskreise. In A hat die Ansiedlungskommission rund 13 Proz. der Kreisfläche, in B 40 Proz. der Kreisfläche erworben, also hier sehr stark, dort stark besiedelt. Im Kreise C hat die Ansiedlungskommission überhaupt nicht gearbeitet, im

Kreise D nur wenig über 4 Proz. der Kreisfläche besiedelt. Vor dem Einsetzen der Ansiedlungskommission, nach der Zählung vom Jahre 1885, befanden sich in den Landgemeinden und Gutsbezirken im Kreise A 12470 Evangelische und 25189 Katholiken, im Kreise B 3083 Evangelische und 19143 Katholiken, im Kreise C 13089 Evangelische und 14903 Katholiken*) und im Kreise D 2418 Evangelische und 30945 Katholiken. Die Städte sind hierbei außer acht gelassen.

1910 ergeben sich nun folgende Verschiebungen in Landgemeinden und Gutsbezirken:

Kreis A (stark besiedelt)		Kreis B (sehr stark besiedelt)	
Evangelische	14085 = + 18%	Evangelische	10444 = + 185%
Katholiken	28359 = + 12%	Katholiken	18425 = — 4%
Kreis C (nicht besiedelt)		**Kreis D (wenig besiedelt)**	
Evangelische	11535 = — 12%	Evangelische	2189 = — 9%
Katholiken	17953 = + 10%	Katholiken	33252 = + 9%.

Im Kreise D entfallen 1910 dazu 600 Seelen auf die Ansiedlerbevölkerung. Durch eine kräftige Siedlungsarbeit hat sich also in A und B das vom Fürsten Bismarck gesteckte Ziel, die Verhältniszahl der Deutschen zu den Polen zu bessern, erreichen lassen, und die Beispiele C und D zeigen, wohin die Ostprovinzen steuerten, wenn keine Ansiedlungskommission bestünde oder die Ansiedlungsarbeit bedeutend eingeschränkt würde. Als unerwünschte Folgen der Ansiedlungspolitik sind oft hervorgehoben die Steigerung der Güterpreise, die Zertrümmerung des deutschen Großgrundbesitzes, die Stärkung der Polen durch Zahlung übertriebener Kaufpreise. Letzterer Vorwurf erscheint schon deshalb verfehlt, weil die Ankäufe aus polnischer Hand sehr gering sind. Nachgewiesenermaßen ist auch von dem für polnische Güter gezahlten Kaufpreise nur etwa ein Viertel an die Vorbesitzer ausgezahlt worden, während drei Viertel an ihre Gläubiger und davon zwei Drittel an deutsche Gläubiger gefallen sind. Es ist auch nur in seltenen Fällen beobachtet worden, daß sich ausgekaufte Polen außerhalb der Ansiedlungsprovinzen wieder seßhaft gemacht hätten. Die in den letzten Jahren gezahlten Kaufpreise übertreffen allerdings die der Anfangsjahre um mehr als das Doppelte; unberechtigt aber ist es, diese Steigerung lediglich der Ansiedlungskommission und dem Kampf um den Grund und Boden zwischen dem Staat und den polnischen Banken zuzuschieben. In den letzten 25 Jahren haben die Verkehrs- und Absatzverhältnisse in den Ostprovinzen ungemeine Verbesserungen erfahren. Die Bodenkultur ist durch umfangreiche Meliorationen und bessere Düngung gehoben und, gefördert durch die guten Preise und günstigen Ernten, sind die Erträge der Landwirtschaft außerordentlich gestiegen. Dem sind natürlich die Bodenpreise gefolgt. Vor 1880 standen sie weit unter dem tatsächlichen Werte, und das läßt das Steigen auffallender erscheinen als in anderen Gegenden. Im ganzen Reiche sind in dieser Zeit die

*) Die Volkszählung von 1885 unterscheidet nur nach dem Bekenntnisse, nicht nach Nationalitäten, doch kann man auf dem platten Lande in den gewählten Kreisen unbedenklich Evangelisch=Deutsch, Katholiken=Polen setzen.

Güterpreise in die Höhe gegangen, und überall, wo die innere Kolonisation eingesetzt hat, wo der Landbegehr des kleinen Mannes auftrat, ist die Steigerung sprunghaft geworden. Auf dem großen Gütermarkte der Ansiedlungsprovinzen haben gerade in den letzten Jahren die Erwerbungen der Ansiedlungskommission keine Rolle gespielt und die Preisgestaltung ist ohne Rücksicht auf das Landbedürfnis des Staates erfolgt. Nicht unbedenklich erscheint die Befürchtung, daß die weitere Siedlungstätigkeit, wenn sie lediglich auf Kosten des deutschen Großgrundbesitzes geht, diesen wichtigen Stand zum Vorteil des Polentums zu sehr aufzehren wird. Für die kommunale Verwaltung von Kreis und Provinz ist die Erhaltung des deutschen Großgrundbesitzes unbedingt erforderlich, wie er auch für die landwirtschaftliche Fortentwicklung nicht entbehrt werden kann. Die Ansiedlungskommission hat daher in Kreisen, wo die unbedingte Notwendigkeit der Erhaltung des deutschen Großgrundbesitzes vorlag, Restgüter gebildet, die in der Provinz Posen über 1000 Morgen mit mindestens 500 Morgen landwirtschaftlich genutzter Fläche umfassen und in Westpreußen mehr als 225 Mark an Grund- und Gebäudesteuer haben. Solche Güter geben dem Eigentümer die Zugehörigkeit zum Kreistage, die Kreisstandschaft, oder in Westpreußen die Mitgliedschaft im Wahlverbande des Großgrundbesitzes. Dem eigentlichen Zwecke der Ansiedlungskommission, der Bauernansiedlung, wird dadurch viel Land entzogen; auch haben die Restgüter infolge der meist polnischen Arbeiterschaft alle die völkischen Nachteile, die dem Großgrundbesitz überhaupt anhaften und die sich doppelt fühlbar machen, wenn die Ansiedlerkinder in dieselbe Schule mit den Arbeiterkindern gewiesen sind. Je gewichtiger aber die Rücksichten auf die Erhaltung des deutschen Großgrundbesitzes in die Wagschale fallen, um so schwieriger gestaltet sich für die Ansiedlungskommission die Beschaffung des notwendigen Landes, falls nicht von der Befugnis des Gesetzes von 1908 Gebrauch gemacht wird. Wenn die Polen in ihrer Gesamtheit den Verkauf des Grund und Bodens an den Staat als Verrat an dem polnischen Volke bezeichnen und durch den Widerstand, den die gesamte polnische öffentliche Meinung den staatlichen Maßnahmen entgegensetzt, bekunden, daß die Sache des polnischen Volkes dem Staatswillen widerstrebt, so können sie sich kaum darüber beklagen, wenn der Staat alle ihm zu Gebote stehenden Machtmittel zur Durchführung des zum Staatswohle erlassenen Gesetzes ergreift. Rücksichtnahme auf Familien- und Besitzverhältnisse ist zugesagt. Bei dem großen Besitzwechsel und dem steigenden Güterangebote auch von polnischer Seite gibt es viele Fälle, wo die Enteignung gegen angemessene Entschädigung als keine besonders harte Maßregel erscheint.

Das Genossenschaftswesen.

Von Leo Wegener.

Die Genossenschaften der Provinzen Posen und Westpreußen unterscheiden sich von denen der anderen Provinzen, indem sie durch ihre wirtschaftlichen Zwecke bestimmte nationale Nebenerscheinungen zeitigen. Sie sind es, die den aus den verschiedensten Gegenden in einem Dorf zusammengesetzten Ansiedlern das wirtschaftliche Fortkommen sichern und sie zu einer Gemeinschaft verbinden. Und sie sind es, die den Mittelstand der Polen von den Deutschen abgesondert und zur nationalen Unabhängigkeit erzogen haben.

Die Beteiligung bei einer Genossenschaft besteht darin, daß man ihr schriftlich beitritt, mindestens einen Geschäftsanteil zeichnet und sich verpflichtet, im Falle des Konkurses den Gläubigern mit seinem Vermögen zu haften: und zwar entweder mit seinem ganzen Vermögen (Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht) oder mit einem bestimmten mehrfachen Teil der gezeichneten Geschäftsanteile (Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht). Ob man nun mehrere oder einen Geschäftsanteil gezeichnet hat, ob man reich oder arm ist, ist einerlei für das Stimmrecht in der Generalversammlung; da hat jeder nur eine Stimme, im Gegensatz zur Aktiengesellschaft, wo gewöhnlich auf jede 1000 M. Aktie eine Stimme entfällt. Die Höhe der Geschäftsanteile kann beliebig klein sein, so daß jeder einer Genossenschaft beizutreten vermag.

Auch in anderer Weise ist der Unterschied zwischen Genossenschaft und Aktiengesellschaft groß. Bei dieser ist das Kapital fest begrenzt und kann nur durch einen Beschluß der Generalversammlung verändert werden. Das einzelne Mitglied kann deshalb nur durch Verkauf der Aktie ausscheiden. Das Kapital der Gesellschaft bleibt also beständig zusammen. Bei der Genossenschaft wechselt das eingezahlte Kapital, das Geschäftsguthaben, ständig, da jederzeit neue Mitglieder aufgenommen werden können. Andrerseits scheiden die meisten Genossen nicht durch Verkauf ihres Anteils, sondern durch Kündigung aus. Alsdann ist das Geschäftsguthaben nach dem Ergebnis der letzten Bilanz auszuzahlen. Diese Kündigung ist nötig, damit der Genosse, der doch mindestens mit einem Teil seines Vermögens für die Verluste haftet, ausscheiden kann, wenn ihm die Verwaltung nicht gefällt. Aus diesen Verhältnissen heraus sind auch die Ursachen der Vereinigung verschieden. Bei einem Aktienunternehmen wünscht der Aktionär eine möglichst hohe Dividende. Bei der Genossenschaft will das Mitglied durch seinen Beitritt gewöhnlich einem Bedürfnis abhelfen oder es befriedigen, d. h. seine Wirtschaft verbessern. Wo das nicht vorhanden und aus anderen Gründen heraus Genossenschaften entstehen, pflegt der Zusammenhalt und das Interesse locker zu werden und der Betrieb zurückzugehen.

Das Stimmrecht nach Köpfen, die damit zusammenhängende meist geringe Höhe der Kapitalbeteiligung des Einzelnen und der leichte Ein- und Austritt der Mitglieder hat die Genossenschaft zur Unternehmungsform der breiten Masse des Mittelstandes und der Arbeiter gemacht, sowohl für die Beschaffung von Kapital als auch für gemeinsamen Bezug oder Absatz von Waren. Wir können darnach unterscheiden Genossenschaften:

1. die das Kreditbedürfnis befriedigen (Spar- und Darlehnskasse, Vorschußverein, Bank ludowy),

2. die die Produkte besser verwerten (Molkereien, Brennereien, Kartoffeltrocknungsanlagen, Viehverwertungsgenossenschaften, Absatzvereine),

3. die bessere Waren beschaffen (Ein- und Verkaufsvereine, Kolniks, Konsumvereine, Kaufhäuser, Handwerkereinkaufsgenossenschaften, Baugenossenschaften, Parzellierungsgenossenschaften).

Die wichtigste und verbreitetste Art ist die Kreditgenossenschaft, denn Geld ist die Ware, die in jeder Wirtschaft verwendet werden kann. Diese Genossenschaft hat denn auch in Posen und Westpreußen im frühesten und weitesten Verbreitung gefunden, zumal in diesen geldarmen Provinzen das Bedürfnis nach einer Organisation des Betriebskredits besonders groß war. Um das geborgte Geld (Spareinlagen) möglichst sicher zu stellen, sind die meisten Kreditgenossenschaften mit unbeschränkter Haftpflicht gegründet. Bei solchen darf jedes Mitglied nur einen Anteil zeichnen, dessen Höhe zwischen 5 und 1000 M. schwankt.

Die höheren Geschäftsanteile wählten von Anfang an die Vorschußvereine, da ihr Schöpfer Schulze-Delitzsch gelehrt hatte, die Genossenschaften sollen tunlichst ihr Betriebskapital selbst aufbringen. Um nun recht viel Mitglieder zu gewinnen, zumal da man für die höheren Geschäftsanteile eine ordentliche Dividende verlangte, dehnte sich die Genossenschaft oft über einen ganzen Landkreis aus. Obwohl die Vorschußvereine Deutsche und Polen aufnahmen, mitunter anfangs auch polnisch in der Generalversammlung verhandelten, wurde doch schon im Jahre 1860 eine Genossenschaft mit rein polnischer Tendenz nach denselben Grundsätzen gegründet, die Bank Przemyslowcow, die bald Nachahmung fand. Den 65 Vorschußvereinen stehen jetzt 185 polnische Kreditgenossenschaften (meist bank ludowy = Volksbank genannt) in Posen und Westpreußen gegenüber. Diese hatten am 31. Dezember 1910 20609706 M. Geschäftsguthaben, 9232317 M. Reservefonds, 192145421 M. Spareinlagen. Es gehörten ihnen 107707 Mitglieder an, davon waren 63767 Landwirte und 11550 Handwerker mit Grundbesitz, 6320 ohne solchen. Demgegenüber hatten die Vorschußvereine in Posen und Westpreußen, die auch heute noch eine Scheidung zwischen Deutschen und Polen nicht vorzunehmen pflegen, 33073 Mitglieder mit 10199799 M. Geschäftsguthaben und 3900689 M. Reserven.

Da die Genossenschaften bei Schulze-Delitzsch große Geschäftsanteile verlangten und ihre Darlehne nur gegen Wechsel ausgaben, wozu die bäuerliche Bevölkerung wegen geringer Geldeinnahmen oft nicht geneigt war, auch von der Stadt aus infolge der mangelnden Übersicht und oft auch aus Mangel an Mitteln den ländlichen Betriebskredit nicht befriedigten, kamen in den neunziger Jahren, besonders

1. Getreidespeicher „Westpreußen" der Großhandelsgesellschaft in Danzig. Gesamtansicht. (Der Speicher faßt 11 000 Tonnen, die beiden Schuppen 10 000 Tonnen.)
2. Kartoffelflockentrockenanstalt Janowitz (trocknet 100 000 Ztr. in 150 Tagen).
3. Getreidespeicher „Westpreußen" der Großhandelsgesellschaft in Danzig (Teilansicht).
4. Waisenhaus Neuzedlitz.
5. Molkerei Schroda (die nach den modernsten Grundsätzen erbaute Molkerei kann täglich 14000 l verarbeiten).

nach der Gründung der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse, die ländlichen Genossenschaften nach dem Grundsatz Raiffeisens auf: kleine Bezirke, geringere Geschäftsanteile, mehr ehrenamtliche Verwaltung. Diese Genossenschaften waren besonders sehr wichtig für die Bauern der Ansiedelungskommission, da diese ihr Geld doch ganz in Land angelegt hatten und ohne jedes Betriebskapital waren. Hätten sie den Rückhalt an den Genossenschaften nicht gefunden, wären sie leicht in Wucherhände gefallen oder untergegangen. Mit Ausnahme der Ansiedlerkassen finden sich auch in den ländlichen Kassen sehr häufig Polen, oft haben sie sogar die Mehrheit. Solange sie von den Deutschen das Geld ebenso billig, meistens billiger als bei der polnischen Genossenschaft, erhalten, werden sie das Bedürfnis nicht empfinden, dem polnischen Verbande die Genossenschaft zuzuführen, zumal da ihre nationale Betätigung die Deutschen für selbstverständlich halten.

Der einzelnen Genossenschaft fehlt es anfangs sehr oft an dem nötigen Betriebskapital, da nur selten Sparer ihr gleich Geld anvertrauen wollten. Aus dem Grunde fanden sie sich größtenteils zu besonderen Genossenschaftsbanken zusammen, die ihnen sowohl das Geld borgen, als auch überflüssiges Geld gewinnbringend anlegen sollten. Die polnischen Genossenschaften wählten für ihr Zentralinstitut nicht die Form der Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, sondern gründeten eine Aktiengesellschaft, die Bank związku spolek zarobkowych. Desgleichen haben die Darlehnskassenvereine von Westpreußen als Geldausgleichstelle nicht die Provinzialgenossenschaftsbank der Betriebsgenossenschaften, sondern die Berliner Aktiengesellschaft Landw. Zentraldarlehnskasse für Deutschland. Die Vorschußvereine suchen ihr Geldbedürfnis in sich selber zu decken oder bei benachbarten Banken und wenden sich nur in außergewöhnlichen Fällen an die Dresdener Bank in Berlin. Die Genossenschaften des Verbandes deutscher Genossenschaften haben ihren Mittelpunkt in der Posenschen Landesgenossenschaftsbank und die des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften in der Provinzialgenossenschaftskasse in Posen.

Die Banken und Sparer wiederum waren interessiert, zu wissen, ob das Geld bei den Genossenschaften auch sicher steht, und so erstrebten sie schon frühzeitig, daß die Genossenschaften revidiert werden. Seit dem Genossenschaftsgesetz von 1889 müssen sie sich alle zwei Jahre entweder von einem gerichtlich vereidigten oder einem Verbandsrevisor revidieren lassen. Die Genossenschaften zogen diesen vor und schlossen sich in Verbänden zusammen, die gewöhnlich über eine Provinz nicht hinausgehen. Der Revisionsverband hat die Aufgabe, die Genossenschaften zu revidieren, ihnen mit Rat und Tat beizustehen und wo sich das Bedürfnis zeigt, neue Genossenschaften zu gründen. Der polnische Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften erstreckt sich auf Posen und Westpreußen. Die Vorschußvereine für Westpreußen sind dem ostpreußischen Verbande angeschlossen.*)

Die Verbände gründeten bald Genossenschaften, die die Produktion ihrer Mitglieder erleichterten, d. h. die Einnahmen vergrößerten, um schneller die Schulden bei der Darlehnskasse zu tilgen. Auf dem Lande butterte früher jede Bäuerin selbst und brachte ein- oder zweimal in der Woche ihre Butter zum Markt. Ge-

*) Vgl. die Zahlen S. 456.

wöhnlich war diese dann nicht mehr erstklassig. Die Frau verbrauchte dabei für eine geringe Einnahme den halben Tag. Da so die Ausbeute der Milch gering war, wurde sie durch eine Molkereigenossenschaft weit besser. Es wurde jetzt mehr und schmackhaftere Butter gewonnen, die im Westen gute Preise finden konnte. Durch die Molkereigenossenschaften stiegen die Erträgnisse der bäuerlichen Wirtschaft und damit mehrte man die Kuhhaltung. In manchen Dörfern ist das Milchvieh um 20 bis 40 Proz. gestiegen. Aber es wurde nicht nur die Zahl vermehrt, sondern man war auch darauf bedacht, ertragreicheres Vieh einzustellen. Das findet auch darin seinen Ausdruck, daß die Preise, die man für Vieh, insbesondere Bullen, anlegt, von Jahr zu Jahr steigen. Die Molkereigenossenschaften sind durchweg deutsche Gründungen. In vielen freilich sind schon Polen in beträchtlicher Zahl aufgenommen worden. Das Bedürfnis nach eigenen Genossenschaften scheint sich bei den Polen noch nicht recht bemerkbar gemacht zu haben, zumal sie sich mehr für das Pferd als für das Rindvieh interessieren. Immerhin gibt es in größerer Zahl kleine polnische Privatmolkereien.

Da die meisten Molkereien in Posen die Magermilch zurückgeben, die alle Bestandteile der Milch mit Ausnahme des Fettes enthält, so ist diese ein vorzügliches Mittel, um Jungvieh aufzuziehen, besonders Ferkel. Die Schweinemast war freilich für die bäuerliche Bevölkerung insofern etwas erschwert, als bei fallenden Preisen der Händler ungern Vieh abnahm, und es der Bauer womöglich 4—6 Wochen weiter füttern mußte, ohne daß es entsprechend an Gewicht zunahm, also die schönste Zeit verlor, um neues Vieh einzustellen; andererseits bei steigenden Preisen die Händler ungefragt in die Ställe eindrangen und hin und wieder unbewußt dazu beitrugen, die Seuchen zu verschleppen. Auch hier ist in den letzten Jahren durch die Gründung von Viehverwertungsgenossenschaften etwas Wandel geschaffen.

Um nun mehr Milch oder Fleisch an den Markt bringen zu können, war es nötig, daß der Landwirt in die Lage versetzt wurde, gute, gesunde und preiswerte Futtermittel zu kaufen. Die Futtermittel sind Abfallprodukte und sind leicht der Verfälschung ausgesetzt, sobald sie im Preise steigen. Dies festzustellen, ist nur auf chemischem Wege möglich. Die Analyse würde aber für den einzelnen Bauern, der nur wenige Zentner kauft, zu teuer werden, und aus dem Grunde kam es von selbst, daß man oft sich zusammenschloß, um waggonweise Futtermittel zu beziehen und untersuchen zu lassen. Es nahmen deshalb die Spar- und Darlehnskassen, mitunter auch die Molkereien den Bezug der Futtermittel in die Hand oder es bildeten sich ganz besondere Einkaufsgenossenschaften dafür. Dieselben Genossenschaften kaufen auch die Düngemittel, wo ebenfalls bei waggonweisem Bezug sich die Preise ermäßigten und eine chemische Analyse wenig Kosten verursachte. Erst durch die Genossenschaften steigerte sich der Verbrauch der Düngemittel in den kleinen bäuerlichen Kreisen, und heute steht die Provinz Posen z. B. im Kaliverbrauch mit an der Spitze von Deutschland.

Durch die künstlichen Düngemittel und die besseren Geräte und Maschinen stiegen die Erträge in der Landwirtschaft. Sie preiswert zu verwerten, ist natürlich der Wunsch jedes Produzenten, insbesondere wenn er damit gleich die bezogenen

Futter- und Düngemittel bezahlen will. Es nahm deshalb entweder manche Spar- und Darlehnskasse den Verkauf des Getreides in die Hand, oder es wurden besondere Genossenschaften, die Bezugsvereine, dafür verwendet: daher „Ein- und Verkaufsgenossenschaft". Einmal wurde dadurch erreicht, daß auch der Bauer waggonweise verkaufen konnte, ganz besonders aber wurde durch das Mischen und Trocknen eine bessere marktfähige Ware geschaffen. Da nun der Getreidehandel immer mehr infolge der Großmühlen und anderer Umstände in wenigen Händen vereinigt wurde, war es für die örtlichen Genossenschaften erwünscht, einen Großkaufmann zu haben, der ihr Interesse vertreten konnte. Aus dem Grunde haben die deutschen ländlichen Verbände Zentral-Ein- und Verkaufsvereine ins Leben gerufen, die für die örtlichen Genossenschaften als Großkaufmann das Getreide zu verhandeln und Futter- und Düngemittel einzukaufen versuchen. Die Zentralstelle des Verbandes deutscher Genossenschaften in Posen ist dafür das deutsche Lagerhaus Posen, Gesellschaft m. b. H., mit einem Stammkapital von 600 000 M. Durch das Lagerhaus wurde nicht nur eine einheitliche Ware für die Großmühlen hergestellt — denn erst nach seiner Gründung begann der Aufschwung der Großmühlen in Posen — sondern es wurde damit auch der Gerstenhandel verbessert, da nun kahnweise eine gleichmäßige Ware den westlichen Malzfabriken zugeführt werden konnte. Die Landwirtschaftliche Großhandelsgesellschaft, Ges. m. b. H. des Verbandes ländlicher Genossenschaften in Danzig mit einem Stammkapital von 1 500 000 M. hat vor zwei Jahren aus denselben Gründen für den Export ins Ausland ein großes Silo errichtet. (Siehe Abbildung.) Es vermag 15 000 t zu fassen, und seine Speicher- und Schiffselevatoren heben stündlich je 100 t. Durch diesen Wettbewerb im Getreideausfuhr hat sich das Preisniveau an der Danziger Börse gegenüber andern Konkurrenzplätzen gehoben.

So weit sind die Polen noch nicht. Sie haben erst in den letzten zehn Jahren ihre Kolniks gegründet. Bei allen 50 beträgt der Geschäftsanteil 200 Mark und die Haftsumme 1000 Mark. Durch diese einheitliche Durchführung erreichen der Verband und die Bank eine klare Übersicht in der Kreditbewertung. Sie werden von den örtlichen Genossenschaftsbanken größtenteils finanziert, während die deutschen von ihrer Zentralbank das Geld erhalten. Dadurch, daß die Bank ludowy den Kredit gibt, soll wohl erreicht werden, daß die Kunden nur eine Kreditquelle finden können. Der polnische Verband hat für die Kolniks selbst aber erst eine Zentralstelle für die gemeinsame Vermittelung syndierter Waren und auch für den Verkauf von Getreide geschaffen. Der Grundsatz, nur die besten Waren für die Mitglieder einzukaufen, ist bei ihnen noch nicht durchgedrungen.

Desgleichen verwerten die Polen auch die Kartoffeln noch nicht genossenschaftlich, während die Deutschen, insbesondere die Ansiedler viel auf den aufgeteilten Gütern die Brennereien von der Ansiedlungskommission erwerben und als Genossenschaft oder Gesellschaft mit beschränkter Haftung betreiben. Sehr viele der Ansiedler sträubten sich anfangs einer Brennerei beizutreten, aber bald lernten sie erkennen, daß sie so die Kartoffeln gut verwerteten und in der Schlempe ein gutes Milchfutter hatten. Der Kartoffelbau erschien ihnen bald auch deshalb wertvoll, weil

so die Felder am bequemsten von Unkraut gereinigt werden konnten. Infolge der Produktionsbeschränkung im Spiritusgewerbe konnten nicht alle Kartoffeln, die wegen des vielen Sandbodens angebaut werden müssen, gut verwertet werden. Da die Stärkefabriken auf genossenschaftliche Weise sich schlecht betreiben ließen, kam die Erfindung, die Kartoffeln auf heißen Walzen zu trocknen und so ein vorzügliches Futter zu gewinnen, dem Landwirt zu Hilfe. Anfangs baute man diese Kartoffeltrocknungsanlage an Brennereien an; jetzt geht man dazu über, eigene Fabriken genossenschaftlich zu errichten. (Siehe das Bild Kartoffelflockenanlage in Janowitz, die täglich 600 Zentner Kartoffeln verarbeitet.)

Weniger entwickelt haben sich die Konsumvereine. In den kleinen Städten mit starkem ländlichen Verkehr ist die Barzahlung, die Voraussetzung des Gedeihens, schwer durchzuführen. Die Deutschen haben zwei Kaufhäuser, die Polen deren vier. In den größeren Städten sind sie wegen der Gegensätze der Nationalität ebenfalls schwer einzuführen. In Posen gibt es einen polnischen Konsumverein und die deutsche Posener Beamtenvereinigung, die den Aufschwung des ersten erschwert. In letzterer lernen die Beamten nicht nur die Barzahlung schätzen, sondern auch kaufmännischen Sinn zu pflegen.

Da die wohlhabend gewordenen Deutschen sehr gern nach dem Westen abwandern, fehlt es oft an Unternehmungsgeist, das hat sich u. a. im Wohnungsbau gezeigt. Wegen Mangel an billigen Mietshäusern sind mehrere Beamtenbaugenossenschaften entstanden, die durch ihre hellen Wohnungen die Gesundheit und das Wohl der Mitglieder fördern. Die Polen haben einige Häuser genossenschaftlich erbaut. Ein gemeinnütziger Bauverein in Posen gibt beiden Nationalitäten Wohnungen.

Da es dem Osten aber am meisten an der notwendigen deutschen Unterschicht fehlt, begann man Einfamilienhäuser mit einem halben oder mehreren Morgen Landes auf genossenschaftliche Weise zu errichten, um dem deutschen Arbeiter die Freude an der Heimat zu erhalten. Fast in jedem Kreise befindet sich jetzt eine solche Kleinsiedlungsgenossenschaft. Sie werden kreisweise errichtet, damit die örtliche Gesellschaft ein Interesse an dem Wohlergehen und dem Verdienst der Arbeiter hat. Da die Polen einen Überfluß an Arbeitern haben, legen sie weniger Wert darauf, reine Arbeiterbaugenossenschaften ins Leben zu rufen, sondern mehr durch Parzellierungen größerer Bauern kleine Bauern anzusetzen. Während die polnischen Parzellierungsgenossenschaften es am kaufmännischen Geschäftssinn und -gewinn nicht fehlen lassen, arbeiten umgekehrt die deutschen Arbeiterbaugenossenschaften in uneigennütziger Weise. Die Polen pflegen ohne Zusammenhang miteinander zu arbeiten, obwohl schon vor Jahren mit der Gründung der Ansiedlungskommission eine besondere Parzellierungsbank, die Bank Ziemski, ins Leben gerufen war, die sich zur Aufgabe setzte, Großgrundbesitz aufzuteilen. Da es ihr durch Aufkauf von stark verschuldeten Besitzen oft nicht glückte, den Verkauf an die Ansiedlungskommission zu verhindern, so wurde eine besondere Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet, związek ziemian, die von verschuldeten Landwirten den Auftrag erhielt, für ihre Rechnung und Gefahr den Besitz zu verwalten. Den polnischen Bauern besseren Realkredit zu verschaffen, ist Aufgabe der Bank Wloscianski.

Die verschiedenen Aufgaben dieser polnischen Genossenschaften übernahm auf deutscher Seite die Deutsche Mittelstandskasse in Posen und die Deutsche Bauernbank in Danzig. Sie erstreben in engster Fühlung mit den Darlehnskassen den Besitzern drückende Hypotheken zu kündigen, das Grundbuch zu bereinigen und berichtigen und neue unkündbare Hypotheken zu verschaffen. An erster Stelle kommt gewöhnlich ein tilgbares Darlehn der Landschaft oder einer anderen Hypothekenbank, an zweiter Stelle ein Rentendarlehn der Ansiedlungskommission, — damit wird das Wiederkaufsrecht eingetragen, das nur zur Anwendung kommen darf, wenn der Besitzer an einen Polen verkauft.

Durch die beiden Banken sind bis 31. Dezember 1911 111 größere Güter mit 55584 ha befestigt. Diese Besitzer ersparen dadurch 204491 M. Zinsen. An bäuerlichen Grundstücken wurden 6200 mit 12793 ha befestigt, wodurch die Besitzer an reinen Zinsen jährlich 1134937 ersparen. Beide Banken haben auch die Aufgabe, die ländlichen Arbeiterhäuser der Siedlungsgenossenschaften zu finanzieren, wozu der Staat für jeden Arbeiter der Siedelungsgenossenschaft eine Prämie von 1000 M. für die erste Einrichtung und öffentlichen Lasten zahlt.

Auf genossenschaftliche Weise den Hausbesitzern in den Städten zu helfen, erstrebt die Deutsche Pfandbriefanstalt für Posen und Westpreußen. Bei ihr kommt der genossenschaftliche Gedanke insofern zum Ausdruck, als jeder Hypothekenschuldner Mitglied der Anstalt werden muß. Sein Geschäftsanteil (Hypothekenreservefonds) beläuft sich auf 10% seiner Hypothek. Die Hälfte davon zahlt er durch seinen Tilgungsbeitrag allmählich ein, die andere Hälfte wird durch den Gewinn aufgefüllt und zwar kann der Schuldner jährlich das zweifache seines Tilgungsbeitrages als Gewinn erhalten. Sind diese 5% aufgefüllt, so wird sein Gewinnanteil verbraucht, um seine Hypothek zu tilgen; dadurch wird sie schneller abgetragen als bei den anderen Hypothekenbanken, wo der Gewinn als Dividende den Aktionären zugute kommt. Verkauft ein beliehener Hausbesitzer an einen Polen, dann ist nicht nur seine Hypothek fällig, sondern sein Hypothekenreservefonds verfällt der Anstalt.

Das Grundkapital der Anstalt beträgt bis jetzt 1½ Millionen. Sie kann das Zehnfache des eigenen Kapitals an Pfandbriefen ausgeben, die mündelsicher sind. Die Anstalt darf deshalb nur 50% des Wertes beleihen. Trotzdem hat die Anstalt in der kurzen Zeit ihrer Tätigkeit einen großen Zulauf gehabt. Bis zum 31. Dezember 1911 waren 227 Häuser mit 0593850 M. beliehen, darunter 52 Einfamilienhäuser. Ungeachtet der Erschwernisse kamen die Hausbesitzer der Kleinstadt zur Pfandbriefanstalt, weil die Hypothekenbanken nur ungern Geld in die kleinen Städte geben. Es blieb den Hausbesitzern meistens nur die Sparkasse übrig, die ihnen keine unkündbaren und oft auch nicht allmählich tilgbaren Hypotheken geben konnte. Dann beleihen auch die Hypothekenbanken am liebsten Mietskasernen und fördern damit überall ihren Bau, weil sie aus den Mieten den Wert berechnen können, während bei dem Einfamilienhaus in der Kleinstadt die Schätzung ungewiß ist. Da die Pfandbriefanstalt Häuser im Werte von 1000 M. und Erbbaurechte beleihen kann, hat sie hierfür eine große Zukunft.

Um den Handwerkern und Gewerbetreibenden in den durch den polnischen Boykott schwierigen Verhältnissen das Fortkommen zu erleichtern, ist vom Ostmarkenverein die Ostdeutsche Grundstückserwerbsgenossenschaft gegründet, die deutschen Gewerbetreibenden eine zweite Hypothek zu verschaffen hilft.

Fragen wir nun: Welche besondere Bedeutung hat die Genossenschaft für die Ostmark? so sind zwei Wirkungen da, die sie besonders beachtenswert macht, einmal nach der wirtschaftlichen und zweitens nach der ethischen Seite.

Mit dem Aufschwung des Deutschen Reiches und der immer höheren Zollmauer nach Rußland nahm die wirtschaftliche Entwickelung westlich der Oder einen weit rascheren Verlauf. Nicht nur die tüchtigsten Arbeiter, sondern auch die im Osten wohlhabend gewordenen Deutschen wanderten sehr leicht westwärts, immer mehr begannen Unternehmungsgeist und Anlage suchendes Kapital zu fehlen. Aus dem Grunde fanden die Genossenschaften als Kreditquelle und wirtschaftliches Unternehmen immer mehr Eingang, oft auch in Fällen, wo eine rein kapitalistische Form wie Aktiengesellschaft oder Gesellschaft mit beschränkter Haftung besser am Platze gewesen wäre. Das früher so teure Geld paßte sich dem Geldmarkt an. Der Wucher verlor seinen würgenden Schrecken, so daß selbst so schlechte Jahre wie das Jahr 1911 ohne große Krisen überstanden werden konnten. Durch die bessere Organisation war es nun auch dem kleinsten Landwirt und Gewerbetreibenden möglich, Geld zu erhalten, bei einem zuverlässigen Kaufmann die besten Futter- und Düngmittel zu den billigsten Preisen zu kaufen und damit die Erträge zu steigern. Die Getreide-, besonders die Roggenerzeugung, stieg in den letzten 10—15 Jahren um 30—50%; ähnlich verhielt es sich mit den Kartoffeln, und noch größer war die Zunahme des Viehs, die größtenteils auf die Molkereien und den verbesserten Absatz zurückzuführen ist. Durch den genossenschaftlichen Kredit stieg weiter der Bedarf an Maschinen. Oft wurde erst durch die Genossenschaft das Vertrauen für die Maschinen gewonnen, gemeinsame Maschinen, wie Viehwage usw. wurden angeschafft.

Die Behauptung, daß die genossenschaftliche Organisation den Mittelstand in den Städten schädige, ist nirgends bewiesen worden, denn es sind nicht die Genossenschaften, sondern die allgemeinen volkswirtschaftlichen Änderungen, die auch in der Ostmark in die Erscheinung traten und das alte zünftige Handwerk bedrängten. Industriewaren, Verkürzung der Entfernung durch Eisenbahn, Automobil, Telephon und vor allem der Grundsatz: Großer Umsatz, kleiner Nutzen, der alle Tradition in den Kleinstädten erschütterte. Also nicht die Genossenschaften, die den jungen Bauernstand wirtschaftlich kräftigten, sind für den Rückgang einzelner Handwerke und Handelszweige in den kleinen Städten verantwortlich. Weit eher läßt sich aber beweisen, daß durch eine kaufkräftige bäuerliche Bevölkerung größeres wirtschaftliches Leben in die kleinen oft dorfartigen Städte hineingekommen ist. Selbst den Konsumvereinen und insbesondere den Beamten-Konsumvereinen läßt sich nicht nachsagen, daß sie den Mittelstand schädigen. Denn kein Geschäft läßt sich mit so wenigen eigenen Mitteln einrichten, wie ein Kolonialwarengeschäft. Hier tritt oft eine übergroße Konkurrenz durch zu leichte Kreditierung der Waren

durch die Großkaufleute ein, und zum zweiten droht das Brotbäckergewerbe durch die maschinellen Fortschritte der letzten Jahre in den größeren Städten immer mehr industriell zu werden. Und da ist es weit besser, daß dieser Backbetrieb in den Händen der Konsumenten bleibt, die kein Interesse an so hohen Brotpreisen haben und denen der Gewinn als Rabatt kurz vor Weihnachten zugute kommt, wo er gewöhnlich restlos für Weihnachtsgeschenke bei anderen Gewerbetreibenden angelegt wird. Nicht zu unterschätzen ist, daß durch die Konsumvereine mancher Beamte eine ganz andere Beurteilung kaufmännischer Verhältnisse gewinnt und selbst eine mehr kaufmännische Ader bekommt. Andererseits haben die Genossenschaften durch ihren Wettbewerb vielfach bessere Grundsätze im Warenhandel herbeigeführt. Wichtig ist ferner, daß in den Genossenschaften durch ihre Rechtsform dauerhafte leistungsfähige Betriebe entstehen, deren Kapitalkraft regelmäßig immer mehr wächst, während der leistungsfähige Privatbetrieb im Osten immer wieder durch die Abwanderung zerstört wird.

Ganz allgemein ist nun die Erscheinung, daß die Genossenschaften, wie keine andere wirtschaftliche Form ethischen und sittlichen Werten Geltung schaffen. Schon Schulze-Delitzsch pflegte zu sagen: sie erzieht zur Selbsthilfe, zur Selbstverantwortung und zur Selbstverwaltung. Sie erzieht nicht nur allein zur Ordnung, sie lehrt auch den kleinen Mann Interesse an der Buchführung zu gewinnen. Fast alle Verbände pflegen auch jährlich einen Buchführungskursus abzuhalten. Durch die Buchführung lernt ein jeder Rechenschaft über seine Ausgaben zu geben, alsdann zu beurteilen, welche Ausgaben wirtschaftlich richtig waren. Und nur ein kleiner Schritt weiter ist es, die Freude am Sparen zu wecken. Lernen erst die Eltern sparen, so ist es leicht, es auch den Kindern beizubringen, zumal da die Genossenschaften bei ihnen durch Heimsparkassen und andere Einrichtungen den Sparsinn zu wecken versuchen. Und auch dadurch erleichtert es die Genossenschaft, den Sparsinn zu pflegen, daß sie in nächster Nähe ist. Je mehr Spargelegenheit, desto schneller steigt die Spartätigkeit, desto mehr sinkt das Verlangen, in der Fremde das Glück zu suchen. Steigt der Sparsinn, fällt der Neid. Ein jeder freut sich am andern, daß er wirtschaftlich vorwärts kommt. Und mit dem Verschwinden des Neides und der Freude am Nächsten mildert sich die Streitlust. Der Sparsinn ist ein Feind der Trunksucht. Es schwindet das alte Erbübel der Bauern, das Mißtrauen. Man freut sich, als Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglied für die anderen tätig zu sein, hierin wächst der Eifer und Ehrgeiz, und damit wird die Genossenschaft eine vorzügliche Schule für spätere kommunale oder staatliche Ehrenämter.

Die Genossenschaft ist aber auch für jeden Einzelnen eine Schule für den Staatssinn, denn durch die Genossenschaft lernt der Einzelne seinen Vorteil nur durch das Ganze zu suchen, eigene Interessen und Eigennutz zurückzustellen. Er muß Rücksicht auf den Nächsten nehmen, er muß es lernen, eigene Vorteile zu opfern. Und was ist Vaterlandsliebe anderes als bereit sein, Opfer zu bringen, entweder durch Blut oder Steuern? Ersteres hat der Deutsche freilich immer lieber als letzteres getan, hat er doch schon im Mittelalter durch Steuerverweigerung das Deutsche Reich oft in Gefahr gebracht.

Art der Genossenschaft	Verband deutscher Genossenschaften in der Prov. Posen	Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Posen	Handwerker-Verband	Verband d. deutsch. Erwerbs- und Wirtschafts-Gen. der Prov. Posen	Verband ländl. Genossensch. der Prov. Westpreußen	Vorschußvereine in Westpreußen	Verband der Erwerbs- u. Wirtsch.-Genossensch. der Provinzen Posen und Westpreußen
1. Kreditvereine	189	305	13	36	274	29	185
2. Ein- und Verkaufsvereine und Mühlen	13	18	—	—	3	—	50
3. Viehverwertungs- und Viehzucht-Genossenschaft	9	11	—	—	6	—	—
4. Konsumvereine . . .	1	—	—	—	—	1	4
5. Handwerker-Genossensch.	—	—	13	—	—	—	—
6. Molkereien	31	49	—	—	59	—	—
7. Brennereien u. Kartoffeltrocknungs-Genossensch. .	35	34	—	—	34	—	—
8. Bau- und Parzellierungs-Genossenschaften . . .	9	14	11	—	1	1	19
9. Drescherei- und Dampfpflug-Genossenschaften .	9	—	—	—	9	—	—
10. Verschiedene	7	19	—	—	11	1	7
	303	450	37	36	397	32	265

Verbandsbanken	Posensche Landesgenossenschaftsbank G. m. b. H.*	Provinzial-Genossenschaftskasse in Posen*	Handwerkerbank Posen	Westpreußische Provinzial-Genossenschaftsbank Danzig*	Bank Związku spolek zarobkowych A.-G. Posen
Geschäftsanteile oder Aktienkapital	1 781 184	1 943 450	44 412	306 076	6 000 000
Reserven	342 475	224 236	2 868	147 295	1 345 877
Haftsumme	17 846 000	18 988 000	444 120	3 132 000	—
Depositen und Spargelder .	7 357 138	9 295 760	9 368	5 970 943	32 862 839

* Zahlen des Geschäftsjahres 1911.

Kreditgenossenschaften	Mitglieder	Geschäftsanteile	Reserven	Depositen und Spargelder
des Verbandes deutscher Genossenschaften .	12 249	105 586	400 091	9 021 910
„ „ der landwirtschaftlichen Genossenschaften	30 287	1 883 762	864 838	30 916 015
„ „ der deutschen Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften .	20 156	5 242 601	1 905 737	25 326 112
„ „ ländlicher Genossenschaften .	27 030	279 091	1 524 560	40 224 264
Vorschußvereine Westpreußens	14 917	4 957 198	1 994 952	22 976 176
Verband der Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften (polnisch)	107 707	20 669 766	9 232 317	192 145 421

Aber nicht nur den Einzelnen erzieht die Genossenschaft zum Gemeinsinn, sondern sie wird auch selbst gemeinnützig tätig. Wohlfahrtsaufgaben, für die der Einzelne kein Geld hergeben würde, ist die Genossenschaft bereit, aus ihrem Gewinn zu unterstützen. Genossenschaften mit größerem eigenen Kapital und Reserven gehen daran, Wohlfahrtseinrichtungen, die in der Stadt die Kommune trägt, ins Leben zu rufen oder zu unterstützen, wie Kleinkinder- und Fortbildungsschulen, Krankenschwesterstationen, die sich bei der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit sehr bewährt haben. Auch Kochschulen werden eingerichtet, die bei dem Stande der bäuerlichen Kochkunst überaus nötig sind. Geht doch durch das schlecht zubereitete Essen die Gesundheit des Volkes auf dem Lande eher zurück als durch den angeblichen Verkauf der ganzen Milch an die Molkereigenossenschaften, wie von manchen Städtern behauptet wird. Hier im Osten werden selbst Einrichtungen von Genossenschaften unterstützt, die man in anderen Provinzen wohltätigen Reichen überläßt. So besonders das Waisenhaus Neuzedlitz, das sich die Aufgabe stellt, Waisenkinder aus den Großstädten wieder aufs flache Land und in die kleinen Städte zu verpflanzen, um so hier einen brauchbaren deutschen Nachwuchs für das Handwerk, den Landwirt und für die Arbeiter zu beschaffen.

Alle diese ethischen Wirkungen vermögen kapitalistische Banken und wirtschaftliche Unternehmungen nicht zu erzielen, weil es bei ihnen nur auf den Gewinn ankommt. Bei ihnen tritt die Wertschätzung der Persönlichkeit in den Hintergrund, und immer mehr wird nur die Sicherheit der Kreditunterlagen geprüft und beachtet. Das Tun und Denken des Schuldners ist ihnen gleichgültig. Aus dem Grunde war es natürlich, daß zuerst die Polen die Wirkungen der Genossenschaft nach jeder Richtung hin erstrebten. Sie erkannten, daß sie ein polnisches Nationalbewußtsein in die breiten Massen der Bevölkerung nur hineintragen konnten, wenn sie es verstanden den Nationalstolz zu wecken, und dieser wiederum könnte nur gedeihen, wenn die Polen zu einem gewissen Wohlstand kamen und wirtschaftlich unabhängiger wurden. Das konnten sie durch die Genossenschaften erreichen. Der Mittelstand, insbesondere Geistliche, Ärzte, Rechtsanwälte, begann sich der Führung der Genossenschaften zu bemächtigen. In der gemeinsamen Arbeit, im Zusammenfinden der verschiedensten Berufe in der Genossenschaft bekamen die Polen immer mehr Achtung vor dem, der arbeitet. So kam in die Polen ein einheitlicher Zug, der um so einheitlicher wurde, als der polnische Verband sich über Posen und Westpreußen erstreckt. Dagegen arbeiten bei den Deutschen in den beiden Provinzen sechs Verbände, und außerdem versuchen noch außerhalb der Provinz bestehende Verbände Genossenschaften an sich zu ziehen. Um diese Schranken gegeneinander aufrecht zu erhalten, verbrauchen die Deutschen viel Arbeit und Mühe, die sie weit besser im engen Zusammenschluß zum Segen der Ostmark verwenden könnten. Das zu erreichen, muß jeder Deutsche wünschen, der es ernst mit der Ostmark meint.

Verkehrswesen.

Von Albert Ruge.

Als die heutigen Provinzen Westpreußen und Posen dem Königreich Preußen einverleibt wurden, waren sie besonders in bezug auf ihre Verkehrsverhältnisse arg im Rückstande. Friedrich der Große und seine Nachfolger waren sich bewußt, daß zur Hebung der Kultur in den neuen Landesteilen, zur Vergrößerung der Einkünfte aus ihnen und zum festen Zusammenschluß mit den alten Provinzen, der als gleichbedeutend mit der Germanisierung anzusehen war, vor allem mit einer Verbesserung der Verkehrswege zu Lande und zu Wasser und einer Verbesserung der Verkehrsmittel, damals in erster Linie der Post, vorgegangen werden mußte.

In den letzten Septembertagen 1772 hatte die offizielle Einverleibung von Westpreußen durch die Huldigung und die Abwickelung der damit zusammenhängenden Geschäfte in Marienburg stattgefunden, und bereits am 1. Oktober rollten die preußischen Postwagen durch das Land, öffneten sich an allen bedeutenderen Orten die Schalterfenster der neu eingerichteten Postämter.

Der Hauptkurs der Post von Berlin nach Königsberg ging über Küstrin, Landsberg a. W., Friedeberg, Driesen, Schneidemühl, Nakel, Bromberg, Culm, Graudenz, Marienwerder, Dirschau, Marienburg, Elbing, Frauenburg, Braunsberg, Heiligenbeil und Brandenburg und nahm demnach die Richtung der späteren Ostbahn. Mit diesem Kurs vereinigte sich in Dirschau der zweite große Postzug, der Pommersche, der von Stolp über Lupow und Wutzkow über Stolzenberg, unter absichtlicher Umgehung der bei der ersten Einverleibung Westpreußens von ihr ausgeschlossenen Stadt Danzig, geleitet wurde. Von Stolzenberg aus erstreckte sich über Mewe, Neuenburg, Graudenz und Culmsee der Postkurs nach Thorn und Warschau, während von Marienwerder ab eine Postlinie nach Königsberg über Riesenburg, Preußisch-Mark und Preußisch-Holland angelegt und mit einem zweiten pommerschen Kurse über Konitz, Neustettin, Dramburg, Stargard und Stettin in Verbindung gesetzt war. Auf diesen fünf Linien wurde die Post wöchentlich zweimal hin und zurück fahrend und zweimal hin und zurück reitend eingerichtet. Briefe, Pakete, Gelder und Personen wurden auf den Posten unter Gewähr des Ersatzes für Verluste befördert.

Nach der Einverleibung Posens wurden in ähnlicher Weise Postkurse eingerichtet. In allen bedeutenderen Orten wurden Postämter eröffnet und durch Kabinettsordre vom 1. Juni 1793 die Preußische Postgesetzgebung eingeführt.

Die Hauptpostrouten waren Warschau—Posen—Berlin, Warschau—Breslau, Warschau—Königsberg, Warschau—Danzig, Thorn—Posen, Posen—Stettin, Posen—Breslau. Die weitere Entwicklung der Post in Westpreußen und Posen

erfolgte von nun an im Zusammenhang mit der Post im übrigen Preußen. Welche Verbesserungen im Personenpostverkehr im Jahre 1840 auch im Osten erreicht waren, läßt sich daraus erkennen, daß damals von Berlin nach Königsberg, $76^3/_4$ Meilen, täglich eine Personenpost und eine Briefpost mit Abzweigungen nach Bromberg und Danzig ging und außerdem fünfmal in der Woche eine Kurierpost, erstere in 64 Stunden für 12 Tlr. 24 Sgr., letztere in 40 Stunden für 25 Tlr. $17^1/_2$ Sgr. Gleichzeitig verkehrte über Küstrin und weiter über Posen nach Warschau, $74^1/_2$ Meilen, täglich, in 63 Stunden, eine Personenpost für 10 Tlr. 18 Sgr.

Diese Posten waren in damaliger Zeit nicht die einzigen Fahrgelegenheiten. Außer ihnen verkehrten auf den Landstraßen eine große Zahl von Hauderern, die teils feste Fahrten ausführten, teils je nach Belieben der Reisenden verkehrten. Sie fuhren indessen viel langsamer als die Posten, da ihnen wegen des entgegenstehenden Postregals untersagt war, einen Pferdewechsel vorzunehmen. Dafür waren aber auch ihre Taxen erheblich niedriger.

Die Schnelligkeit der Beförderung war bei den Posten genau geregelt und wurde im wesentlichen auch innegehalten. Die Meile wurde gefahren auf chaussierter und nicht chaussierter Straße von den Estafettenposten in 30 und 40 Minuten, von den Schnellposten in 35 und 45 Minuten und von den Personenposten in 40 und 50 Minuten. Bei den Fahrten auf weite Entfernungen war für die leibliche Verpflegung der Reisenden durch Einschiebung auskömmlicher Pausen für Frühstück, Mittags- und Abendmahlzeit Sorge getragen. Die verhältnismäßig große Geschwindigkeit der Posten war selbstverständlich nur durch eine genaue Regelung des Vorspanndienstes zu ermöglichen, wie denn überhaupt zu jenen Zeiten der Posthalter, namentlich in den kleineren Orten, eine ganz hervorragende Rolle spielte. Von Interesse dürfte noch sein, daß vor der Eröffnung der Ostbahn 1851 z. B. durch die Stadt Nakel täglich die neunsitzige Personenpost zwischen Berlin und Bromberg, die viersitzige Schnellpost von Berlin nach Bromberg, die neunsitzige Personenpost von Dirschau nach Breslau kamen und außerdem von dort täglich eine dreisitzige Personenpost zwischen Nakel und Konitz und eine viersitzige Personenpost zwischen Nakel und Gnesen ausgingen. Die Posthalterei unterhielt damals 13 Postillione und etwa 50 Pferde.

Während die Post das allgemeine Beförderungsmittel zu Lande für Personen war, wurde der Güterverkehr zu Lande durch Frachtwagen vermittelt, von denen in der Regel mehrere zusammenreisten. Es waren das mit vier oder mehr Pferden bespannte große, hochaufgestapelte, mit Leinwand überzogene Wagen, in denen die Güter in Stroh verpackt lagen. Tagsüber wurden 6 bis 8 Wegstunden zurückgelegt.

Bei dieser sehr kostspieligen und langsamen Art der Beförderung konnte es sich nur um wertvollere Güter handeln; minderwertige Massengüter kamen dabei nicht in Frage.

Sowohl für die Personenbeförderung mit der Post, wie für die Güterbeförderung auf Lastfuhrwerken war der trostlose Zustand der Wege und die gänzliche

Verwahrlosung ihrer Unterhaltung unter der Krone Polens im höchsten Maße hinderlich. Die neue Regierung erließ infolgedessen schon in den ersten Jahren nach der Übernahme der Provinzen eine Anzahl strenger Vorschriften über die Besserung der Wege und Dämme an die Wegeunterhaltungspflichtigen. Da aber die zur gründlichen Verbesserung dieser Verhältnisse erforderlichen, sehr erheblichen Geldmittel zunächst nicht vorhanden waren, so mußte man sich vorerst mit den allernötigsten Wiederherstellungsarbeiten begnügen. Ein wirklicher Fortschritt trat erst wesentlich später ein, nämlich nach den Freiheitskriegen. Noch im Jahre 1810 betrug der Bestand der Chausseen in Westpreußen und Posen nur 11,8 Meilen, die Linie Elbing—Trunz. Erst nach dieser Zeit ging der Staat in verstärktem Maße mit ihrem Bau vor. Er sorgte zunächst für die Verbindung der Hauptstadt Berlin mit den einzelnen Teilen des Landes nach einem systematisch angelegten Plan. Seit dieser Zeit sind, erst vom Staate, später auch von den Kommunalverbänden oder mit ihrer Unterstützung, eine Reihe besonders wichtiger durchgehender Chausseeverbindungen geschaffen worden.

Die große Chaussee von Berlin über Küstrin, Landsberg a. W., Friedeberg, Woldenberg, Ruschendorf, Deutsch-Krone, Landeck, Schlochau, Konitz, Dirschau, Marienburg, Elbing, Frauenburg, Braunsberg, Königsberg bildet mit ihrer Fortsetzung über Tapiau, Insterburg, Gumbinnen zur russischen Grenze bei Eydtkuhnen, und, bei Taplacken abzweigend, über Skaisgirren, Tilsit zur russischen Grenze bei Tauroggen, einen direkten Weg von Berlin bis ins russische Reich. Von ihr zweigt sich in Ruschendorf die Straße nach Bromberg über Schneidemühl, Wirsitz, Nakel, in Dirschau die Straße nach Danzig über Hohenstein und nach Bromberg über Mewe, Neuenburg, Schwetz, in Elbing nach Preußisch-Holland ab. Von Küstrin führt über Sonnenburg, Schwerin a. W., Pinne die Chaussee nach Posen, Hohensalza, Bromberg und Thorn. Eine weitere Chaussee von Posen nach Glogau stellte die Verbindung nach Schlesien her, während durch die Chaussee Posen, Wreschen, Stralkowo, Landesgrenze der Zugang nach Polen gewonnen wird.

Die Chausseen von Danzig über Berent nach Bütow, über Neustadt, Stolp, Köslin, Gollnow nach Stettin und über Karthaus, Sierakowitz, Damerkow nach Stolp eröffnen gute Verkehrswege nach Pommern.

Diese Hauptverkehrsstraßen sind mit der Zeit verbunden worden durch eine große Zahl von Chausseen, die mehr örtliche Bedeutung haben. Der Umfang aller dieser Kunststraßen, die bis in die neueste Zeit noch immer weiter ausgebaut worden sind, beträgt für die Provinz Westpreußen 5038 km und für Posen 4300 km, zusammen also fast 10000 km, d. h. etwa $^1/_4$ der Gesamtlänge der preußischen Staatsbahnen, die im Jahre 1910 37750 km betrug. Es kommen hiernach an Chausseen in der Provinz Westpreußen auf 100 qkm 22,09 km und auf 10000 Einwohner 33,15 km, in Posen 14,84 km auf 100 qkm und 20,57 km auf 10000 Einwohner.

Diese Kunststraßen, die bereits vor dem Ausbau der Eisenbahnen in erheblichem Umfange hergestellt waren, waren bis zu deren Ausbau von außerordent-

licher Bedeutung für die Schnelligkeit und Sicherheit des Personenverkehrs und für die Fortbewegung von wertvollen Lasten. Aber auch heute noch darf ihr Wert nicht unterschätzt werden, da sie als Verbindungswege von Gegenden ohne Bahnverbindung zu den nächsten Eisenbahnstationen, namentlich im Winter und nach starkem und anhaltendem Regen, außerordentlich wichtig sind und auch für den Personenverkehr neuerdings durch die Automobile wieder erhöhte Bedeutung gewonnen haben.

Für den Verkehr von Massengütern kamen vor dem Bau der Eisenbahnen nur die Wasserwege in Frage, nämlich der Seeweg zwischen Danzig, Elbing, Königsberg, Stettin und den westlichen Häfen und die Binnenwasserstraßen. Der bedeutendste schiffbare Strom Westpreußens, die Weichsel, tritt, aus Rußland kommend, bei Ottlotschin in das preußische Gebiet mit annähernd nach Nordwesten gerichtetem Lauf ein, beschreibt sehr bald aber einen etwas weiter nach Norden ausholenden, südwestwärts geöffneten Bogen und nimmt dann erst etwa 5 km unterhalb Thorn eine westnordwestliche Richtung an, die sie bis kurz oberhalb der Brahemündung beibehält. Hier macht sie eine kurze, scharfe Biegung und durchfließt dann mit mehrfachen schlanken Windungen, im großen und ganzen nordnordöstlich, das Durchbruchtal zwischen dem preußischen und pommerschen Landrücken bis Pieckel, wo eine Teilung des Stromes eintritt. Der linke Arm, der in nahezu nördlicher Richtung zur Ostsee fließt, behält den Namen Weichsel bei, wird aber zum Unterschiede von dem ungeteilten Strom meist „geteilte Weichsel" genannt, während der rechte, im allgemeinen in nordöstlicher Richtung zum Frischen Haff fließende Arm „Nogat" heißt. An der Weichsel liegen an bedeutenderen Städten Thorn, Kulm, Schwetz, Graudenz, Marienwerder, Dirschau und Danzig, an der Nogat Marienburg und in deren Mündungsgebiet Elbing, das durch den Elbingfluß und den Kraffohlkanal mit der Nogat und dem Frischen Haff in schiffbarer Verbindung steht. An einem Nebenfluß der Weichsel, der schiffbaren Brahe, liegt die Stadt Bromberg.

Ohne Verbindung mit dem Stromgebiet der Weichsel floß die Warthe durch die Provinz Posen. Aus Polen kommend, ist ihr Lauf zunächst nach Westen gerichtet bis Schrimm, biegt dann nach Norden um, fließt an Posen vorbei und wendet sich oberhalb Obornik wieder nach Westen und nimmt, an Wronke, Birnbaum und Schwerin vorüberfließend, bei Landsberg die Netze auf, um dann bei Küstrin in die Oder zu münden. Am Lauf der Netze liegen Nakel, Filehne und Driesen. Alle diese Wasserläufe waren unter der Herrschaft Polens gänzlich verwildert.

Unmittelbar nach der Einverleibung der beiden Provinzen in die preußische Monarchie setzte eine großartige und zielbewußte Tätigkeit ein, um eine Schiffbarmachung der Flüsse oder ihre Schiffbarerhaltung und Vertiefung zu erreichen. Friedrich der Große erkannte mit scharfem Blick, welche günstigen Vorbedingungen in der von Netze und Warthe durchflossenen, jetzt ganz in seinem Staatsgebiet liegenden Geländesenke für seine in gleicher Weise auf Hebung der Landeskultur wie auf Schaffung einer Schiffahrtsverbindung mit West- und Ostpreußen ge-

richteten Bestrebungen gegeben waren. Es waren hier auf eine Länge von fast 300 km nicht nur ausgedehnte Sumpfflächen durch Begradigung der gänzlich verwilderten Wasserläufe zu entwässern und der Ansiedlung und landwirtschaftlichen Bebauung zu erschließen, sondern es ließ sich vor allem durch diese Begradigung in Verbindung mit dem Bau einer kurzen Kanalstrecke über die versumpfte Wasserscheide zwischen Netze und Brahe bei Bromberg eine schiffbare Verbindung zwischen Oder und Weichsel gewinnen.

Dieser Plan wurde so kräftig in Ausführung genommen, daß, trotz der besonders am Bromberger Kanal wegen der zahlreich notwendigen Schiffsschleusen und wegen des ungünstigen Baugrundes sich ergebenden Schwierigkeiten, der neue Schiffahrtsweg zwischen Oder und Weichsel bereits im Jahre 1774 benutzt werden konnte.

Gleichzeitig war die Netze von Nakel abwärts und die Küddow von Schneidemühl an schiffbar gemacht worden. Ende des Jahres 1775 hatten bereits 222 Schiffe und 1151 Holzflöße den neuen Wasserweg befahren.

Ebenso wurde der Lauf der Warthe unmittelbar nach der Einverleibung Posens wesentlich verbessert.

Den auch in der Folgezeit zur Verbesserung der Wasserstraßen dauernd fortgesetzten Arbeiten geboten die krigerischen Ereignisse des Jahres 1806 Einhalt. Umfangreiche Arbeiten zum Ausbau der Schleusen des Bromberger Kanals und zur weiteren Begradigung des Schiffahrtsweges fanden dann erst wieder seit den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts statt; dazu kam 1879 die Kanalisierung der unteren Brahe von Bromberg bis zur Weichsel und die Anlage des Flößereihafens bei Brahemünde. Um die gleiche Zeit ist auf der ganzen Warthe zwischen der Netzemündung und der russischen Grenze ein einheitlicher Flußschlauch ausgebaut worden.

Durch die bedeutenden Arbeiten an der Weichsel-Oder-Wasserstraße ist erreicht worden, daß Kähne mit einer Ladung von 150 bis 200 t von der Weichsel durch den Brahemünder Außenhafen die Brahe hinauf bis Bromberg, von dort durch den Bromberger Kanal bis zur Netze oberhalb Nakel, durch die Netze bis zur Küddow- und Brahemündung, bei Kreuz vorbei in den Unterlauf der Warthe gelangen können, von wo sie bei Küstrin, mittels eines langen und schlanken, noch unter Friedrich dem Großen begonnenen Durchstichs, in die Oder eintreten. Die Kähne werden durch Kettendampfer, Treideln durch Menschen oder Pferde, Segel oder nur die Strömung befördert.

Die Hauptbedeutung dieser Wasserstraße liegt nicht im Schiffsverkehr, sondern in der Beförderung von verbundenen Holzflößen, die fast ausschließlich von Ost nach West verkehren und das von Rußland nach den mittleren Gebieten Deutschlands bestimmte Holz befördern. Die von der oberen Weichsel her in die Brahe eingehende Holzmenge, in den 70er Jahren etwa 400 000 t jährlich betragend, hat sich seitdem mehr als verdoppelt. Im Jahre 1911 ging von dem über die russische Weichselgrenze hereingekommenen 1 164 000 t Floßholz 900 000 t durch die Brahemünder Schleuse in den dortigen Kanal. In dieser, einen großen Teil

des inneren deutschen Marktes, besonders Berlins, versorgenden Einfuhr russischen Holzes und in der von ihr genährten Industrie liegt die Hauptbedeutung dieser Wasserstraße.

Gegen den Floßholzverkehr treten die in Schiffen beförderten Güter erheblich zurück, sie betrugen für den eigentlichen Bromberger Kanal im Jahre 1911 rund 100 000 t von West nach Ost und etwa das Doppelte von Ost nach West. Unter den Schiffsgütern befinden sich außer Holz in bearbeitetem Zustande vor allem landwirtschaftliche Erzeugnisse und landwirtschaftliche Bedarfsstoffe, Steine und Güter der kaufmännischen Einfuhr, besonders über Stettin, die die Wasserstraße westlich von Bromberg benutzen; östlich von Bromberg ist besonders die Ein- und Ausfuhr über Danzig von Bedeutung. Es sind auf der Weichsel nach Danzig gekommen:

Im Jahre	An Getreide	An Holz
1910	71 000 t	197 000 t
1911	48 000 t	104 418 t

Von Danzig auf der Weichsel versandt worden sind:

Im Jahre	Petroleum	Steinkohle	Heringe
1911	24 548 t	82 353 t	8823 t
1910	21 075 t	84 896 t	8843 t

Die im Jahre 1911 über die ganze 292 km lange Oder-Weichsel-Straße bewegte Gütermenge hat etwa 1 000 000 t betragen.

Als kleinere Wasserstraßen, die der Hauptwasserstraße zwischen Oder und Weichsel einen gewissen Verkehr bringen, sind noch zu erwähnen der in die Scheitelhaltung des Bromberger Kanals von Süden her mündende schiffbare Speisekanal mit der oberen in den 80er Jahren kanalisierten Netze bis zu dem nach Rußland hineinreichenden Goplosee und mit zwei schiffbaren Abzweigungen, nach dem Bronislaw- und nach dem Sollusch-See, zusammen etwa 130 km lang, ferner die untere Strecke der Brahe und der Drage. Auch sie bringen in erster Linie landwirtschaftlichen und Holzverkehr.

Nur als wichtigster Zubringer der von West nach Ost durchgehenden Wasserstraße, nicht als selbständige Verkehrsstraße, ist die Warthe von ihrer Vereinigung mit der Netze aufwärts bis zur russischen Grenze trotz ihrer erheblichen Länge von 280 km anzusehen, da auf ihr ein nennenswerter Verkehr über die Grenze hinaus nicht besteht. Auch nach dem Ausbau des Warthelaufs in den 70er Jahren ist der Schiffsverkehr nur langsam zur Entwicklung gekommen, da nur ein geringer Übergangsverkehr von Rußland besteht und weder Posen noch die kleineren Warthestädte, wie Schrimm, Birnbaum, Schwerin, mangels geeigneter Umschlagseinrichtungen einen größeren örtlichen Ladeverkehr entwickeln konnten. Erst in neuerer Zeit ist in Posen der Umschlagsverkehr infolge der neugeschaffenen städtischen

Kaianlagen mit Anschlußgleisen schneller gewachsen und umfaßt jetzt jährlich etwa 200 000 t, hauptsächlich landwirtschaftliche Erzeugnisse und Einfuhrgüter, besonders über Stettin. Im Durchschnitt beträgt der Verkehr für die ganze Wartheſtrecke zwischen der Netzemündung bei Zantoch und Posen zurzeit etwa 250 000 t.

Außer dem Verkehr dieser Binnenwasserstraßen ist von erheblicher Bedeutung noch der Seeverkehr der beiden westpreußischen Häfen, insbesondere Danzigs.

In Danzig sind seewärts eingekommen:

Jahr	Schiffe	von zusammen R. T.	mit zusammen t Ladung
1900	1368	542857	800670
1906	1866	651766	1041618
1911	2043	723937	1039701

Ausgegangen:

Jahr	Schiffe	von zusammen R. T.	mit zusammen t Ladung
1900	1322	490200	709932
1906	1685	519890	769953
1911	2073	723937	1039701

Es betrug danach die gesamte Schiffs- und Güterbewegung seewärts im Danziger Hafen:

Jahr	Schiffe	von zusammen R. T.	mit zusammen t Ladung
1900	2690	1033057	1510602
1906	3551	1171656	1811621
1911	4080	1412437	2243496

Es sind unter anderm seewärts versandt worden:

Im Jahre	Getreide	Mehl- u. Mühlenfabrikate	Inländischer Rohzucker	Ruff. Roh- u. Kristallzucker	Holz
1911	424241 t	41501 t	96210 t	192329 t	214244 t
1910	353170 t	33718 t	68318 t	42507 t	241726 t

Dagegen sind seewärts eingegangen:

Im Jahre	Petroleum	Heringe	Steinkohlen	Zement	Steine
1911	43652 t	41175 t	222010 t	25880 t	43228 t
1910	28679 t	43309 t	284300 t	15226 t	12686 t

Elbing hat es trotz seiner günstigen Lage und seiner Verbindung mit Westpreußen durch die Nogat und Weichsel und mit Ostpreußen durch den Oberländer Kanal zu einer wirklichen Bedeutung als Handelsplatz nicht gebracht. Die Kähne, die

1. Links, alte Dirschauer Eisenbahnbrücke, in Benutzung genommen 1857, seit 1891 nur für Wagen und Fußgänger-Verkehr; rechts, neue Eisenbahnbrücke. 2. Portal der neuen Eisenbahn- und Fußgängerbrücke bei Münsterwalde. 3. Neue Eisenbahnbrücke bei Münsterwalde.

den Verkehr auf dem Oberländer Kanal besorgen, haben eine Ladefähigkeit von 50 t. Durchschnittlich werden jährlich etwa 19000 bis 20000 t Floßholz befördert, während der gesamte Schiffsverkehr eine Frachtmenge von 70000 bis 75000 t aufweist.

So bedeutsam nun auch der Massengüterverkehr auf der Weichsel, der Oder-Weichsel-Wasserstraße mit ihren Zubringern, auf der Warthe und auf dem Oberländer Kanal war, so haftet ihm doch ein großer Nachteil an, daß er einen großen Teil des Jahres wegen der Eisverhältnisse nicht benutzbar ist. Die Weichsel ist durchschnittlich vom 25./27. November bis 13./17. März, d. h. 108 bis 111 Tage jedes Jahr durch Eis für die Schiffahrt gesperrt, und der Schiffahrtsbetrieb kann in vollem Umfange nur 230 Tage ausgeübt werden. Auf dem Oberländer Kanal ruht die Schiffahrt während des Monats Dezember bis Ende März, ebenso auf dem Bromberger Kanal und der Warthe.

Einen ganz neuen Aufschwung nahm daher der Verkehr, und zwar sowohl der Personen- als auch der Güterverkehr, als das neue Verkehrsmittel, die Eisenbahn, seinen alles überwältigenden Einzug auch in die Provinzen Posen und Westpreußen hielt. Die Notwendigkeit einer Verbindung von der Oder nach dem fernen Osten bis zur russischen Grenze war von der preußischen Regierung bereits im Jahre 1842 erkannt und betont worden, also sehr bald, nachdem die erste Lokomotivbahn in Preußen zwischen Berlin und Potsdam am 29. Oktober 1838 eröffnet worden war.

Um diese Verbindung zu schaffen, wurde im Jahre 1848 mit dem Bau einer Bahn von Kreuz nach Bromberg—Dirschau—Danzig begonnen. Die Arbeiten zur erstmaligen Überbrückung der Weichsel bei Dirschau und der Nogat bei Marienburg waren bereits im Jahre 1845 in Angriff genommen worden. Die erste Teilstrecke Kreuz—Schneidemühl—Bromberg wurde 1851 eröffnet, die Strecke von Bromberg über Dirschau nach Danzig 1852 und von Dirschau nach Königsberg 1853 weitergeführt, allerdings ohne daß die Weichselbrücken im Betriebe waren.

Die Verbindung von Dirschau und Marienburg und damit auch der beiden Ostbahn-Teilstrecken während des Brückenbaues war äußerst mangelhaft, besonders im Winter. Für die Beförderung der Güter zwischen beiden Städten war die Eilfuhrgesellschaft in Königsberg, die früher fast den ganzen Frachtverkehr zwischen Preußen, Pommern und Brandenburg besorgt hatte, verpflichtet worden. Sie hatte der Ostbahn gegenüber bestimmte Lieferzeiten übernommen, konnte sie aber bei schlechtem Wetter und Eisgang nicht einhalten. Im Winter blieben die Güter oft wochenlang liegen, während die Post und die Reisenden wenigstens bei Tage, so lange es irgend anging, auf über das Eis gelegten Brettern hinüberbefördert wurden.

Erst am 12. Oktober 1857 sind diese langwierigen, großartigen Brückenbauten, für die damalige Zeit bahnbrechende Leistungen ersten Ranges, vollendet und ist damit die durchgehende Verbindung von Berlin nach Königsberg geschaffen worden. Mit diesem Tage konnte auch die bisherige Beförderung, die von Kreuz bis Berlin über Stettin durch die Stargard—Posener und Berlin—Stettin—Stargarder Bahnen, die bereits seit 1840 und 1843 im Betriebe waren, geleitet worden war, aufgegeben werden, da gleichzeitig die 1850 von Kreuz über Küstrin nach Frank-

furt a. Oder in Bau genommene Linie dem Verkehr übergeben werden konnte. Von Frankfurt ging es auf der Niederschlesisch-Märkischen Bahn nach Berlin.

Durch die neue Bahnstrecke Kreuz—Cüstrin—Frankfurt wurden die fruchtbaren Täler der Netze, Warthe und Oder mit den Städten Driesen, Landsberg und Cüstrin für Frankfurt a. O. und Berlin aufgeschlossen, beide Städte mit den östlichen Provinzen und ihren Seeplätzen in unmittelbare Verbindung gesetzt und der Verkehr des ganzen Bahnunternehmens gesteigert. Durch den Bau der Strecke wurde eine Abkürzung des bestehenden Umweges um 45 km erreicht.

Eine weitere Ausdehnung mit Anschluß an die russische Bahn nach Petersburg erhielt die Ostbahn durch den Ausbau der Strecken Königsberg-Stallupönen, eröffnet am 6. Juni, und Stallupönen-Eydtkuhnen-Landesgrenze, eröffnet am 15. August 1860, dem sich der Bau der Strecke von Bromberg über Thorn gleichfalls bis zur russischen Grenze alsbald anschloß. Damit war eine durchgehende Eisenbahnlinie durch den gesamten Osten der Monarchie mit doppeltem Anschluß nach Rußland fertiggestellt worden.

Bald darauf, im Jahre 1861, wurde der Plan einer direkten Bahn von Küstrin nach Berlin aufgenommen. Der starke Verkehr, der sich seit dem Jahre 1861 auf der Niederschlesisch-Märkischen und der Ostbahn entwickelt hatte, und der durch die Eröffnung der Bahn nach St. Petersburg im Jahre 1862, wie die Inbetriebnahme der Strecke von Thorn nach Warschau am 4. Dezember 1862, weitere Ausdehnung erfuhr, ließ sich auf der Strecke Berlin-Frankfurt a./O. auf die Dauer nicht mehr bewältigen. Am 1. Oktober 1867 konnte die Strecke Berlin-Küstrin, die von vornherein doppelgleisig ausgebaut worden war, mit dem Berliner Empfangsgebäude dem Verkehr übergeben werden. Hiermit war die direkte, durchgehende Linie Berlin—Küstrin—Bromberg—Königsberg—Eydtkuhnen—Petersburg vollendet, während durch gleichzeitigen Bau der Linie Danzig—Neufahrwasser die unmittelbare Verbindung von Berlin mit der Ostsee hergestellt wurde. Die Ostbahn vermittelt seitdem nicht nur den Verkehr zwischen großen Provinzen des Staates, sondern dient auch dem Durchgangsverkehr zwischen Frankreich, Belgien, Holland, dem nördlichen und mittleren Deutschland einerseits und Rußland und Polen andererseits.

Der Verkehr entwickelte sich in ungeahnter Weise, so daß vom Jahre 1867 bis 1872 der Bau des zweiten Gleises von Berlin bis Schneidemühl durchgeführt wurde, und die Durchführung bis Eydtkuhnen bis zum Schluß des Jahres 1870 erfolgte. Um die eingleisigen Unterbrechungen durch die Brücken bei Dirschau und Marienburg zu beseitigen, wurden vom Jahre 1888 bis 1891 neue große Brücken für den Eisenbahnverkehr erbaut und die bisherigen Eisenbahnbrücken ausschließlich dem Fußgänger- und Wagenverkehr überwiesen.

Beim Bau der Ostbahn hatte man die Strecke zwischen Schneidemühl und Dirschau mit Rücksicht auf die Anschlüsse nach Thorn und Warschau möglichst nahe an Bromberg herangeführt. Die gesteigerte Bedeutung des internationalen Verkehrs von Eydtkuhnen nach Berlin machte Ende der sechziger Jahre eine Abkürzungslinie nötig. Sie wurde von 1868 bis 1873 über Konitz gebaut.

Gleichzeitig erhielt die Ostbahn durch Vollendung der großen Parallelbahn Berlin über Frankfurt—Bentschen—Posen—Gnesen—Hohensalza—Thorn—Goßlershausen—Dt. Eylau—Osterode—Allenstein und Korschen nach Insterburg eine weitere wesentliche Ausdehnung ihres Netzes, die hauptsächlich zur Aufschließung von Posen und des südlichen Teiles der Provinz Westpreußen diente und sich im Jahre 1875 über die Bahn Insterburg—Tilsit bis nach Memel fortsetzte. Mit der Inbetriebnahme der Strecke Hohensalza—Thorn im Jahre 1873, der die Strecke Frankfurt—Bentschen—Posen im Jahre 1870 und Posen—Gnesen—Hohensalza im Jahre 1872 vorangegangen war, war auch die zweite feste Brücke über die Weichsel, und zwar bei Thorn, fertiggestellt worden. Sie war für die Aufnahme von zwei Gleisen eingerichtet, jedoch wurde nur ein Gleis verlegt und die Bahn des anderen Gleises für Fußgänger- und Wagenverkehr eingerichtet. In der Zeit von 1870 bis 1879 erfolgte mit dem Bau der Linie Goßlershausen—Graudenz—Laskowitz dicht bei der Festung Graudenz die dritte Überbrückung der Weichsel, die in gleicher Weise wie die Thorner Weichselbrücke zur Aufnahme von zwei Gleisen eingerichtet war, zunächst aber nur ein Gleis erhielt, während das andere als Straßenfahrbahn verwendet wurde. Jetzt ist die Linie zweigleisig ausgebaut worden, während der Verkehr über die Brücke eingleisig geblieben ist.

Außer der Ostbahn wurde durch den Ausbau der Bahn Berlin—Stettin bis Danzig, der im Jahre 1870 vollendet war, eine weitere Verbindung von West nach Ost geschaffen.

Neben diesen Hauptlinien, die die Verbindung von Berlin mit Westpreußen und Posen und weiter nach Rußland und Polen vermitteln, sind sehr wichtige Verkehrsvermittler die Hauptbahnen von Schlesien nach Posen, von denen die Bahn Cottbus—Guben—Bentschen—Posen eine direkte Verbindung nach Leipzig und damit nach Mittel- und Süddeutschland herstellt, in gleicher Weise wie die Bahn Sorau—Glogau—Bentschen—Wollstein—Lissa—Krotoschin—Ostrowo—Skalmierzyce—Landesgrenze, die mit ihrer letzten Strecke im Jahre 1896 in Betrieb genommen worden ist, während die Strecken Bentschen—Wollstein 1880, Wollstein—Lissa 1895 und Lissa—Krotoschin—Ostrowo 1888 eröffnet worden sind.

Die beiden anderen Hauptverkehrslinien nach Schlesien schaffen dagegen die Verbindung nach Breslau und vor allem dem Oberschlesischen Kohlen- und Industrierevier, nämlich die 1850 in Betrieb genommene Bahn Breslau—Lissa—Posen und die Bahn Beuthen—Kreuzburg—Ostrowo—Jarotschin—Posen, die 1875 dem Verkehr übergeben worden ist. Die Hauptverkehrsader nach dem Ostseehafen Stettin bildet die Bahn Stettin—Stargard—Kreuz—Posen, eine der ältesten Bahnen, die schon in den Jahren 1840 bis 1848 dem Betriebe übergeben worden ist und eine besondere Bedeutung in den ersten Jahren des Bestehens der Ostbahn gehabt hat, da über ihre Strecken der Verkehr der Ostbahn von 1851 bis 1857 von Kreuz nach Berlin geleitet worden ist, bevor die Weiterführung der Ostbahn über Frankfurt a. O. erfolgt war.

Diese Hauptbahnen haben durch eine große Zahl von Nebenbahnen, die dem geringeren Verkehr des Ostens mehr angepaßt sind und hauptsächlich als Mittel

zur Schaffung eines größeren Verkehrs sehr nützlich sind, seit dem Jahre 1878 zahlreiche Querverbindungen erhalten.

In Westpreußen sind da vor allem die Linien zu nennen, die, in Pommern entstehend, die Hinterpommersche Bahn Berlin—Stettin—Danzig mit der Ostbahn verbinden und dadurch die zwischen ihnen liegenden, namentlich der Land- und Forstwirtschaft dienenden Landesteile erschließen. Es sind das die Bahnen Belgard—Neustettin—Schneidemühl—Posen, Stolp—Zollbrück—Rummelsburg—Schlochau—Konitz, Schlawe—Zollbrück—Bütow—Lippusch—Berent—Konitz, Lauenburg—Karthaus—Berent—Schöneck—Preußisch Stargard.

Zu diesen Querverbindungen treten weitere Nebenbahnen, die die Ostbahn mit der Bahn Berlin—Frankfurt a. O.—Posen—Thorn verbinden. Es sind hauptsächlich Landsberg—Schwerin—Meseritz—Bentschen, Schneidemühl—Rogasen—Posen, Bromberg—Elsenau—Gnesen—Wreschen—Jarotschin—Krotoschin—Oels, Flatow—Vandsburg—Terespol, Konitz—Vandsburg—Bromberg, Goßlershausen—Straßburg—Soldau. Dazu kommt die als wichtiger direkter Verkehrsweg von Danzig nach Warschau zweigleisig ausgebaute Hauptbahn Marienburg—Riesenburg—Dt. Eylau—Illowo mit Fortsetzung nach der russischen Grenze und die in jüngster Zeit von 1906 bis 1909 als Nebenbahn erbaute Strecke Schmentau—Marienwerder—Riesenburg. Hier ist durch eine weitere Überbrückung der Weichsel zwischen den Ortschaften Münsterwalde und Klein Grabau eine Verbindung geschaffen etwa in halber Entfernung zwischen den bei Graudenz und Dirschau vorhandenen festen Eisenbahnbrücken. Diese neue Brücke ist eingerichtet für zwei Gleise und eine Fahrbahn.

Es befinden sich jetzt in Westpreußen 918 km Hauptbahnen, 1313 km Nebenbahnen, zusammen 2231 km Vollspurbahnen, von denen etwa 661 km zweigleisig ausgebaut sind. Zu ihnen kommen als Verkehrszubringer noch 636 km Kleinbahnen hinzu. Es beträgt danach die Gesamtlänge der Bahnen in Westpreußen 2868 km, es kommen auf 100 qkm Flächeninhalt 11,23 km und auf 10000 Einwohner 16,80 km Bahnlänge.

In Posen sind 1198 km Hauptbahnen, 1517 km Nebenbahnen, zusammen 2710 km Vollspurbahnen vorhanden, von denen 427 km ein zweites Gleis haben. Hierzu kommen 792 km Kleinbahnen von rein örtlicher Bedeutung. Die Gesamtlänge der Bahnen beträgt danach 3509 km, und es kommen 12,10 km auf 100 qkm Flächeninhalt und 16,78 km auf 10000 Einwohner.

Eine im Verhältnis zu der Flächengröße der Provinz größere Bahnlänge als Westpreußen und Posen haben sämtliche übrigen Provinzen Preußens außer Ostpreußen und Hannover, von denen die erstere mit 9,09 km die geringste Bahnlänge in Preußen besitzt, während die Rheinprovinz mit 23,53 km die größte Länge hat und 13,98 km den Durchschnitt darstellt.

Wesentlich günstiger ist das Verhältnis, bezogen auf die Zahl der Einwohner. Während Westpreußen und Posen 16,88 und 16,78 km auf je 10000 Einwohner besitzen, kommen in Brandenburg und der Rheinprovinz nur 8,85 und 8,95 km auf die gleiche Einwohnerzahl. Hier hat Pommern mit 22,23 km die größte

Länge, während 12,22 km den Durchschnitt bildet, der von Westpreußen und Posen weit überholt wird.

Auf den Hauptverkehrslinien, die als Hauptbahnen ausgebaut sind, ist für den Personenverkehr allmählich ein sehr günstiger, auch den weitestgehenden Ansprüchen vollgenügender Fahrplan ausgebildet worden.

Auf der Linie Berlin-Stettin-Stolp-Danzig verkehren täglich zwei Schnellzugpaare mit außerordentlich günstigen Abfahrzeiten von Berlin, Danzig und den Zwischenstationen; sie legen die ganze Strecke von 503 km in $8^1/_2$ Stunden zurück, während 1871 zu dieser Strecke noch $11^1/_2$ Stunden gebraucht wurden. Außerdem fährt noch nachts ein Personenzug mit Schlafwagen.

Auf der großen durchgehenden Linie Berlin-Danzig verkehren drei Tagesschnellzugpaare, von denen der eine, mit sehr bequemer Abfahrtszeit von Danzig und Elbing um 8 Uhr morgens und einer Ankunftszeit in Berlin um 2 Uhr 23 Min. nachmittags, es den Reisenden ermöglicht, noch am Reisetage in Berlin Geschäfte zu erledigen, oder gegebenenfalls die Schnellzüge nach Braunschweig, Bremen, Kassel, Köln, Dortmund, Dresden, Elberfeld, Essen, Frankfurt a. Main und Münster zu erreichen. Dieser Zug entspricht mit seiner Fahrzeit von noch nicht $6^1/_2$ Stunden, in der er die Entfernung von 459,6 km zurücklegt, den höchsten an einen durchgehenden Schnellzug zu stellenden Anforderungen. Der Gegenzug ist bis Wirballen durchgeführt und hat Anschluß nach Petersburg erhalten. Die beiden andern Tagesschnellzüge mit $7^1/_2$ Stunden Fahrzeit ermöglichen ein bequemes Ankommen in Berlin und Danzig, während ein Nachteilzug und ein Nachtschnellzug mit Schlafwagen allen weiteren Bedürfnissen entspricht.

Zur Bewältigung des Personenverkehrs Berlin-Schneidemühl-Bromberg-Thorn dienen außer den vorbeschriebenen Zügen, die zum großen Teil in Schneidemühl guten Anschluß nach Bromberg haben, noch zwei weitere durchgehende Schnellzugpaare, die mit ihren bequemen Abfahrts- und Ankunftszeiten für eine außerordentlich günstige Verbindung sorgen und zum Teil mit durchlaufenden Wagen von und bis Warschau versehen sind. Der schnellste dieser Züge, der 7 Uhr 33 Min. abends Berlin verläßt und 12 Uhr 15 Min. nachts in Bromberg eintrifft, während der Gegenzug 6 Uhr 17 Min. vormittags Bromberg verläßt und 11 Uhr 10 Min. in Berlin eintrifft, legt die Entfernung von 337,6 km in $4^3/_4$ Stunden zurück.

Auf der dritten großen durchgehenden Hauptbahnlinie nach dem Osten, Berlin-Frankfurt a. O.—Posen—Thorn, laufen täglich drei Schnellzugpaare und ein Eilzugpaar, die mit ihren günstigen Abfahrts- und Ankunftszeiten für die größeren Städte Posens, die sie berühren, vortreffliche Verbindungen von und nach Berlin gewähren. Der schnellste der Züge legt die Entfernung von Berlin bis Posen von 258 km in $3^3/_4$ Stunden zurück.

Neben diesen ausgezeichneten Schnellzugsverbindungen, die für den Verkehr des Ostens mit der Hauptstadt Berlin ihre ganz hervorragende Bedeutung haben, diesen aber auch in einer allen billigen Anforderungen entsprechenden Weise versorgen, ist noch eine sehr gute Schnellzugsverbindung zu erwähnen, welche den

ebenfalls sehr wichtigen Verkehrsbeziehungen von dem Ostseehafen Stettin nach Posen und von Posen nach der Provinzialhauptstadt Schlesiens, Breslau, und damit dem Oberschlesischen Industrierevier dienen soll. Für diesen Verkehr sind von Stettin nach Posen zwei sehr günstig liegende Eilzugpaare und von Posen nach Breslau ein Schnellzug und drei Eilzugpaare vorgesehen, von denen das Schnellzugspaar durchlaufende Wagen über Thorn und Bromberg nach Danzig und Königsberg führt, während das eine Eilzugpaar eine zweite gute Tagesverbindung von Breslau über Posen—Bromberg nach Danzig herstellt. Für den Verkehr Thorn—Danzig sind zwei Eilzüge vorgesehen, während für den umgekehrten Weg nur ein solcher vorhanden ist.

Endlich verkehrt auf der Strecke Berlin—Sagan—Glogau—Lissa—Krotoschin—Ostrowo ein Schnellzugspaar, das den wichtigen Reiseverkehr nach Warschau bedient. Außer diesen Schnell- und Eilzügen verkehren auf den Hauptbahnlinien noch zahlreiche Personenzüge.

Recht gut sind auch die Verbindungen der Provinzialhauptstädte untereinander. So kann man von Danzig Königsberg am Vormittag einmal, am Nachmittag viermal erreichen; man hat eine zweimalige gute Tagesverbindung von Danzig nach Bromberg und Posen und zurück, ebenso ist, wie oben bereits erwähnt, die Verbindung von Danzig nach Stettin und zurück und von Posen nach Stettin und Breslau vortrefflich.

Sehr gut ist auch der Durchgangsverkehr von Königsberg—Danzig—Stettin—Lübeck—Hamburg geregelt. Auf dieser Strecke ist an den Schnellzug von und nach Danzig ein guter Schnellzugsanschluß nach Lübeck und Hamburg vorhanden.

Die Verbindung der übrigen nur durch Nebenbahnlinien mit dem Hauptbahnnetz nach Berlin und den Provinzialhauptstädten verbundenen Orte wird durch möglichst günstig an die Schnellzüge und Eilzüge anschließende Personenzüge erreicht, deren Fahrgeschwindigkeit in immer steigendem Maße erhöht worden ist und vielfach bis zu 50 km in der Stunde beträgt. Es ist auf diese Weise erreicht worden, daß man z. B. von dem hart an der russischen Grenze an einer Nebenbahn liegenden Ort Stralkowo, den man erst kurz vor ½12 Uhr mittags zu verlassen braucht, bereits um ½10 Uhr 20 Min. abends in Berlin eintreffen kann. Ebenso kann man von Prust—Bagnitz, einem besonders ungünstig liegenden Ort Westpreußens, Berlin um ½11 Uhr 49 Min. abends erreichen, wenn man Prust um $4^1/_2$ Uhr nachmittags verläßt. Ähnlich günstig liegen die Verbindungen nach den Provinzialhauptstädten, während allerdings die Reisen nach den Kreis- und Landgerichtsstädten vielfach verhältnismäßig viel Zeit beanspruchen, da die Zahl der Züge auf den Nebenbahnen, dem vielfach recht geringen Verkehr entsprechend, nicht zahlreich sein kann. Aber auch hier bringen die Fahrpläne alljährlich erhebliche Verbesserungen.

In welchem Umfange sich der Personenverkehr infolge dieser andauernd verbesserten Verkehrsverbindungen und Fahrpläne gehoben hat, ergibt sich aus folgenden Zahlen.

Es hat die Zahl der beförderten Personen betragen:

	1892	1901	1910
In Graudenz mit 39 500 Einwohnern	176 000	267 000	485 000
„ Thorn „ 46 230 „	282 000	546 000	490 000
„ Bromberg „ 55 067 „	344 000	522 000	745 000
„ Elbing „ 57 000 „	125 000	234 000	310 000
„ Posen „ 150 000 „	626 000	970 000	1 725 000
„ Danzig „ 170 500 „	771 000	2 914 000	3 971 000

Außer dem Personenverkehr, der sich in vorstehenden Zahlen widerspiegelt, hat aber vor allem der Güterverkehr einen ganz ungeahnten Aufschwung genommen. Es werden aus den Provinzen Westpreußen und Posen nach dem Westen vor allem landwirtschaftliche Erzeugnisse, wie Zucker, Kartoffeln, Getreide, Spiritus und vor allem Vieh und Produkte der Milch versandt. Zu diesen Versandartikeln treten noch in erheblicher Menge die durch den Hafen Danzig eingeführten Güter, wie Düngemittel, Eisenerze, Holz, Petroleum und Pflastersteine. Dafür werden von den Provinzen Westpreußen und Posen in großen Mengen Kohlen, Obst, Gemüse, Düngemittel und Eisenwaren bezogen.

Um sich einen Begriff von den in Frage kommenden Mengen zu machen, seien folgende Zahlen aufgeführt.

Der Gesamtversand der Provinz Westpreußen hat betragen im Jahre 1911: 2 761 105 t. Darunter befanden sich: 275 349 t Düngemittel, 105 011 t Eisenerz, 90 148 t Eisenwaren, 387 430 t Getreide, 293 741 t Holz, 215 128 t Kartoffeln, 213 340 t Kleie, 142 947 t Steine, 118 502 t Zucker.

Außerdem sind an Tieren zum Versand gekommen: 23 103 Pferde, 119 155 Stück Rindvieh, 84 042 Schafe, 730 407 Schweine, 929 255 Stück Geflügel.

Der Gesamtversand der Provinz Posen hat im Jahre 1911 betragen: 2 488 889 t. Darunter befanden sich: 121 985 t Eisenwaren, 303 403 t Getreide, 354 055 t Holz, 340 892 t Kartoffeln, 123 555 t Mehl, 128 230 t Kleie, 77 550 t Zucker.

Außerdem sind an Tieren versandt worden: 26 015 Pferde, 172 340 Stück Rindvieh, 79 092 Schafe, 855 508 Schweine, 3 398 011 Stück Geflügel.

Im Empfang hat die Provinz Westpreußen im Jahre 1911 im ganzen 4 393 803 t Güter, und Posen im Jahre 1911 im ganzen 5 280 355 t Güter gehabt.

Es stehen da in beiden Provinzen die Steinkohlen an erster Stelle mit 1 330 271 t und 2 147 715 t. Sehr große Mengen werden noch an folgenden Gütern bezogen: in Westpreußen 598 103 t Getreide, 280 392 t Kleie, 206 090 t Holz; in Posen 650 875 t Düngemittel, 457 944 t Steine, 354 055 t Holz.

Um diesen gewaltigen Güterverkehr zu bewältigen, bedarf es einer großen Anzahl von Güterzügen; es verkehren auf der Strecke Schneidemühl-Dirschau täglich regelmäßig 6 Zugpaare, die während des starken Herbstverkehrs durch zahlreiche Bedarfszüge vermehrt werden, auf der Strecke Osterode-Thorn 13 Züge in der Richtung nach Thorn und 11 Züge in der Richtung nach Osterode, und für den

Bedarfsfall sind weitere Züge in großer Zahl vorgesehen. Sodann erfordert der Güterverkehr umfangreiche und große Rangierbahnhöfe, die in immer steigendem Umfange auch in Westpreußen und Posen ausgebaut werden.

Zur Veranschaulichung der Streckenbelastung überhaupt sei darauf hingewiesen, daß auf der Strecke Elbing-Marienburg täglich bei normalem Verkehr in jeder Richtung 21 Züge verkehren, nämlich: 7 Güterzüge, 9 Personenzüge, 4 D-Züge, 1 Luxuszug; auf der Strecke Dirschau-Schneidemühl täglich bei normalem Verkehr in jeder Richtung 17 Züge, nämlich: 6 Güterzüge, ein gemischter Zug, 5 Personenzüge, 1 Eilzug, 3 D-Züge, 1 Luxuszug. Auf den Nebenbahnen verkehren durchschnittlich in jeder Richtung 5 bis 10 Züge.

Betrachtet man nun die Entwicklung des Verkehrswesens in den beiden Provinzen Westpreußen und Posen seit ihrer Zugehörigkeit zu Preußen und den gewaltigen Aufschwung, den sie seit ihrer Erschließung durch die zum großen Teil den Verkehr erst schaffenden Eisenbahnen genommen haben, so darf man bei weiterem vorsorglichen Ausbau der Bahnen und weiterer zweckmäßiger Ausgestaltung der Fahrpläne erwarten, daß sich diese Entwicklung auch in Zukunft in aufsteigender Linie bewegen wird.

Der rege Verkehr auf geistigem und wirtschaftlichem Gebiet, der die östlichen Provinzen schon jetzt mit den anderen Teilen Preußens und des Deutschen Reiches verbindet, wird stetig wachsen, das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit den übrigen Teilen des deutschen Vaterlandes sich vertiefen und so die hohe nationale und Kulturarbeit geleistet werden, die sich das Verkehrswesen als seine Aufgabe gestellt hat.

Unterrichtswesen.

Von Wilhelm Bock.

Der frühere Regierungspräsident von Bromberg, v. Tiedemann, hat als Landtagsabgeordneter am 14. März 1883 bei der Beratung eines Antrages des Dr. v. Stablewski betr. die Anwendung der Muttersprache als Unterrichtssprache sich wie folgt geäußert: „Ich bin geborener Schleswig-Holsteiner, und aufgewachsen zu einer Zeit, wo der Druck der dänischen Herrschaft schwer auf den Herzogtümern lastete. Ich habe damals empfunden, wie es tut, wenn rücksichtslos in die Sprachverhältnisse der Kirche, der Schule und der Familie eingegriffen wird. Sie dürfen mir daher zutrauen, daß ich die lebhafteste Sympathie für jeden Volksstamm empfinde, welcher sich seiner Haut auf diesem Gebiete der Sprache wehrt. Als ich vor anderthalb Jahren in die Provinz Posen versetzt wurde, nahm ich mir vor, genau und gewissenhaft zu prüfen, ob wirklich die Verwaltung, wie sie bis dahin geführt worden ist, und wie ich sie nach meiner Instruktion zu führen hatte, in manchen Beziehungen nicht zu rigoros sei und ob sie nicht des Guten zu viel tue in bezug auf Germanisierung. Meine Herren, ich will Ihnen eine Konzession machen und Sie können daraus ersehen, wie objektiv ich die Sache behandle. Ich glaube in der Tat, daß in einigen Fragen die Verwaltung zu weit gegangen ist, z. B. in der Umtaufung polnischer Ortsnamen. Aber, meine Herren, *auf dem Gebiete der Schule, da behaupte ich, ist nicht das geringste geschehen, was nicht absolut notwendig war.*“

Dieses Urteil bezieht sich zwar nur auf die bis 1883 von der Staatsregierung auf dem Gebiete des Schulwesens in Posen und Westpreußen ergangenen Anordnungen. Es trifft aber auch zweifellos auf die späteren Maßnahmen zu, da letztere sich mit innerer Notwendigkeit aus jenen grundlegenden Gesetzen und Erlassen insbesondere aus dem Schulaufsichtsgesetz vom 11. März 1872 und den Oberpräsidial-Erlassen vom 24. Juli 1873 — für Westpreußen — und vom 27. Oktober 1873 — für die Provinz Posen — ergaben.

Die immer noch weit verbreitete Auffassung, als ob wenigstens durch einzelne der auf dem Gebiete des Schulwesens in den Provinzen Posen und Westpreußen getroffenen Maßnahmen gegen die polnische Bevölkerung offensiv vorgegangen wäre, steht, wie von Tiedemann mit Recht hervorhebt, *mit allen Tatsachen im Widerspruch.* Es war Pflicht der Preußischen Unterrichtsverwaltung, der sie sich aus staatlichen und pädagogischen Gründen von entscheidender Bedeutung nicht entziehen durfte,

erstens die Schule und ihre Lehrer von dem nationalpolnischen Einfluß völlig zu befreien,

zweitens die deutsche Sprache als alleinige Unterrichtssprache in Westpreußen und mit Einschränkung auch in der Provinz Posen einzuführen.

I. Unter den Maßnahmen, durch die die Schule und ihre Lehrer allen unberechtigten Einflüssen entzogen werden sollten, steht die Einführung der staatlichen Schulaufsicht in erster Linie.

Schon 1827 hatte die Bromberger Regierung den Wechsel der geistlichen Schulaufsichtsbehörde als zweckmäßig bezeichnet, weil Lehrer durch die polnische Geistlichkeit, die entweder der deutschen Sprache völlig unkundig wäre, oder es ungern sähe, wenn der Unterricht in der fremden Sprache erteilt würde, genötigt würden, bei der polnischen Sprache ausschließlich zu verbleiben. Es wurde aber dieser Anregung damals keine Folge gegeben.

Aber auch nach dem Jahre 1830, als die preußische Staatsregierung aus ihrer Vertrauensseligkeit durch den Aufstand in Warschau und durch das Auftauchen einer polnischen Frage im europäischen Sinne unter Beteiligung und Mitwirkung anderer Nationen plötzlich aufgeschreckt war, als dem Oberpräsidenten v. Flottwell (1830—1841) die schwierige Aufgabe zufiel, „in der meuterischen Provinz mit dem alten System der Nachsicht und der Zugeständnisse zu brechen", trat keine grundsätzliche Änderung in der Schulaufsicht ein. Zwar war v. Flottwell nach seiner Denkschrift vom 15. März 1841 überzeugt, „daß der größere Teil des katholischen Klerus der Regierung entschieden feindselig entgegenstehe, daß er entblößt von jedem höheren Interesse seinen Haß gegen das Gouvernement richte, von dem die Bildung des Volkes ausgehe, und von dem seine eigene Bildung gefordert werde, daß er innerlich zu träge und von außen zu wenig angeregt, sich selten bemühe, durch wahrhaft treue Pflichterfüllung als Seelsorger und Aufseher der Schulen die Achtung der Gemeinden zu gewinnen." Trotzdem sah v. Flottwell von einer so einschneidenden Maßregel, wie es die Aufhebung der geistlichen Schulaufsichtsbehörde gewesen wäre, ab und richtete seine Aufmerksamkeit lediglich darauf, dieser Richtung und Gesinnung des Klerus durch eine gründliche Reform des trostlosen und fast unglaublichen Zustandes der Bildungsanstalten für die katholische Geistlichkeit entgegenzuwirken. Zu dem Zwecke richtete er zwei Alumnate für 60 bezw. 30 katholische Theologen in Verbindung mit Gymnasien und ein katholisches Priesterseminar ein und bemühte sich acht Jahre lang, wenn auch vergeblich, die teilweise Ausbildung der polnischen Geistlichen an der deutschen Universität Breslau durchzusetzen.

Unter Friedrich Wilhelm IV. jedoch mißbrauchte der polnische Klerus die ihm übertragene Schulaufsicht in einer geradezu unerhörten Weise: die Kinder polnischer Muttersprache wurden nicht nur im Gebrauch der deutschen Sprache nicht gefördert, sondern Tausende von deutschen Kindern wurden in der Schule polonisiert.

Mit welchem beispiellosen Erfolge die Minierarbeit gegen das Deutschtum seitens der polnischen Geistlichkeit in ihrer Eigenschaft als Schulaufseher betrieben wurde, dafür sind die deutschen sogenannten Bamberger Dörfer bei Posen — Ratai, Demsen, Luban, Wilda, Jersitz, Winiary, Gurtschin, Czazurek und Winorek — typische Beispiele. Diese Dörfer, von denen die ersten der Stadt Posen, die beiden letzteren der katholischen Geistlichkeit gehörten, waren im Anfang des 18. Jahr-

hunderts infolge des schwedischen Krieges und der Pest entvölkert und verödet; infolge Bekanntmachung der Stadt waren sie dann von katholischen Ansiedlern vornehmlich aus Süddeutschland und zwar zunächst aus der Gegend von Bamberg neubesiedelt.

Obgleich sie von den Bauern der Umgegend nicht gerade gern gesehen waren, behaupteten sie ihre Stellung, brachten ihre Wirtschaften in blühenden Zustand und wahrten ihre Nationalität und ihre Eigenart fast 1½ Jahrhunderte hindurch. Diese Gemeinden sind durch die polnischen Priester, die Organe der örtlichen Schulaufsicht, im Laufe von etwa einem Menschenalter dem Deutschtum völlig entfremdet. Doch lassen wir einen Augenzeugen, den Generalleutnant v. Boguslawski, seine Erfahrung über die Polonisierung jener Dörfer selbst mitteilen.

„1855 kam ich zum ersten Male nach Posen. Die Sprache der angesessenen Bauern in jenen Dörfern war durchgängig deutsch und zwar sprachen sie sowohl ein gutes Hochdeutsch als auch den süddeutschen Dialekt ihrer Väter. 1860 von Posen versetzt, kam ich im Herbst 1866 zum zweiten Male dorthin. Ich fand, daß die älteren Leute fast alle noch deutsch, die Jugend jedoch vielfach polnisch sprach. 1870 beim Ausbruch des Krieges verließ ich Posen, um von 1875—1885 abermals dort Aufenthalt zu nehmen. Zu meinem Erstaunen antwortete auf deutsche Anrede fast alles in jenen Dörfern polnisch, nur die ältesten Leute sprachen deutsch. Jetzt beim Schluß des Jahrhunderts ist die Polonisierung längst vollzogen, und kein Mensch spricht in jenen Dörfern mehr ein deutsches Wort. Die Polonisierung mehrerer tausend Deutscher geschah also vor den Toren der Hauptstadt der Provinz, der Festung Posen, unter den Augen der höchsten Staatsbeamten und Schulbehörden und zwar durch die Schule und durch die Kirche.“ (v. Boguslawski, 85 Jahre Preußischer Regierungspolitik in Posen und Westpreußen von 1815—1900, Berlin 1901.)

Auf die Frage, wie ging das zu? gibt die kleine Schrift „Die Bamberger bei Posen, zugleich ein Beitrag zur Geschichte der Polonisierungsbestrebungen in der Provinz Posen von Dr. Max Bär“, Posen 1882 urkundlichen Aufschluß. Die Sache ist aber von so weitreichender Bedeutung, daß wir es gerade in diesem Buche für erforderlich halten, an einem Beispiel an der Hand jener Schrift zu schildern, wie durch den Einfluß der Geistlichkeit auf die Schule und ihre Lehrer in 25 Jahren aus kerndeutschen Leuten Stockpolen gemacht wurden.

1833 wurde das Schulsystem in Ratai begründet. Die Bewohner fühlten sich als deutsche. Bei den Verhandlungen über die Besetzung der Lehrerstelle berichtete der Propst von Skt. Johann in polnischer Sprache „das Dorf ist vollständig deutsch, deshalb verlangen die Bewohner einen deutschen Lehrer.“ Im April berichtet der Landrat, die Gemeinde Ratai will den empfohlenen Lehrer nicht annehmen, weil er der deutschen Sprache nicht vollkommen mächtig sein soll. 1835 und 40 zeigt der Schulinspektor Propst Pawlowski an, daß ein Bericht über die deutsche Sprache nicht beigefügt sei, weil die Schule durchweg von deutschen Kindern besucht werde. In den folgenden 10 Jahren wiederholen drei geistliche Schulinspektoren übereinstimmend die Angabe, daß die Schule völlig deutsch sei.

Diese bei der Inspektion der Rataier Schule gewonnene Überzeugung hielt aber den Propst Pluszczewski nicht ab, dem Lehrer Kaliski den Auftrag zu erteilen, mehr Gewicht auf den polnischen Unterricht zu legen und den Kindern die Gebete in polnischer Sprache beizubringen, überhaupt den Religionsunterricht nach Möglichkeit polnisch zu erteilen. Der Lehrer gehorchte diesem Auftrage des geistlichen Ortsschulinspektors, unterrichtete polnisch, ließ die Gebete polnisch lernen und verbot den Kindern sogar im Schulhause deutsch miteinander zu sprechen. Dagegen raffte sich 1850 die Schulgemeinde zu folgendem Proteste auf:

„Einer Kgl. Hochlöbl. Regierung wagen wir allerunterthänigst anzuzeigen, wie unser Lehrer Franz Kaliski seit mehreren Jahren dahin arbeitet, die polnische Sprache in unserer Gemeinde vorherrschend zu machen und so unsere Muttersprache, die deutsche, zu verdrängen.

Ein großer Teil unserer Kinder versteht beim ersten Schulbesuch nicht einmal polnisch; nichtsdestoweniger wird vom Lehrer ausschließlich nur in polnischer Sprache, sogar der Religionsunterricht, erteilt; auch Gebete, die wir, um den religiösen Sinn zu wecken, unsern Kindern in der frühesten Jugend lehren, dürfen in der Schule nicht deutsch gesprochen werden.

In der Gemeinde sind seit kürzerer Zeit zwar 3 Wirthe, eine Wirthin und 3 Häusler polnisch und durch Verheiratung mit Deutschen hier ansässig geworden, alle übrigen Eigentümer aber sind Nachkommen jener friedliebenden, braven Deutschen, die fast seit Jahrhunderten in allen Stürmen der Zeiten ihrer Nationalität treu geblieben sind und die gleich Jenen an ihrer Sprache, Sitten und Gebräuchen festhalten wollen.

Wir sind sehr damit einverstanden, wenn unseren Kindern in der Schule in der polnischen Sprache Unterricht erteilt wird, können aber nie zugeben, daß unser Lehrer, der selbst nicht das beste Deutsch spricht, aus Sonder-Interesse auch noch unsere Kinder poloniſiert.

Hochdieselbe wollen dem Lehrer pp. mit aller Strenge aufgeben, unsere Kinder in allen Lehrgegenständen nur in unserer Muttersprache zu unterrichten ꝛc."

Erst zwei Jahre nach dieser dringlichen Eingabe wurde die Schule von dem katholischen Gymnasialdirektor Dr. Brettner, der im Nebenamte Regierungs- und Schulrat war, revidiert und festgestellt, daß die deutschen Kinder in der Religion besser polnisch als deutsch antworteten. Es verflossen abermals zwei Jahre, bis eine Verfügung erging, die den Lehrer anwies, sich beider Sprachen in gleicher Weise zu bedienen. Propst und Lehrer „wohl wissend, daß sie in dem katholischen Schulrat einen milden Beurteiler ihres Vorgehens finden würden," fuhren fort, die polnische Sprache zu bevorzugen und den deutschen Kindern den Religionsunterricht ausschließlich polnisch zu erteilen. Die Frucht dieses Vorgehens blieb nicht aus: 1867 berichtet der Kreisschulinspektor Dekan Keßler über die Revision der Schule: „Trotzdem der größte Teil der die Schule besuchenden Kinder von deutschen Müttern abstammt, wird im Deutschen nichts geleistet. Der Propst Migdalski fand zufolge seines Berichts von demselben Jahre in der Rataier Schule alles „gut". Ein amtlicher Revisionsbericht von 1872 spricht die feste Über-

zeugung aus, daß der Einfluß des Schulinspektors Propst . . . nicht nur auf den Lehrer, sondern sogar auf die ganze Gemeinde ein sehr nachteiliger sei. Die meisten Kinder hörten schon im elterlichen Hause deutsche Sprache, wenn auch im fremden Dialekt, nur heimlich sprechen; in der Schule sind dieselben im wahren Sinne des Wortes poloniſiert worden.

Man würde aber völlig fehlgehen, wenn man glauben wollte, daß es ſich etwa hier nur um vereinzelte Fälle handele, die bei der Beurteilung des Ganzen nicht von ausſchlaggebender Bedeutung ſeien; nein, es handelt ſich hier um ein ganz planmäßiges Vorgehen, durch das die Schule durch den polniſchen Klerus zum Tummelplatz der polniſchen Propaganda gemacht wurde, eine Propaganda, die wie Fürſt Bismarck am 9. Febr. 1872 ausführte, wohl ein rühmliches Zeugnis für deren Lebensfähigkeit und Tüchtigkeit ſei, die aber nur von der Gutmütigkeit des Staates lebe.

Und in der Tat, dieſe Poloniſierungsbeſtrebungen des Klerus in Poſen und Weſtpreußen lebten von der Gutmütigkeit des Staates aus folgenden Gründen:

Die „Inſtruktion für das Provinzialſchulkollegium und die beiden Königlichen Regierungen der Provinz Poſen in Beziehung auf die Anwendung der deutſchen und polniſchen Sprache in den Unterrichtsanſtalten der Provinz“ vom 24. Mai 1842 bot dem Klerus eine bequeme Handhabe, denn in den Schulen, die vorherrſchend von polniſchen Kindern beſucht wurden, ſollte deren Mutterſprache Hauptunterrichtsſprache ſein, aber auch in den vorherrſchend deutſchen Gemeinden ſollte der Lehrer Unterricht im Polniſchen erteilen, wenn es von den Eltern gewünſcht werde.

Die katholiſche Abteilung im Kultusminiſterium nahm, wie Fürſt Bismarck im Abgeordnetenhauſe am 28. 1. 1880 ſagte, „die polniſchen Beſtrebungen gegenüber dem König mit ſeiner Autorität und unter ſeinem Siegel wahr und ſtellte ſich in allen zweifelhaften deutſchpolniſchen Diſtrikten behufs Poloniſierung in deren Dienſt.“

„Unter dem Kultusminiſter (v. Mühler) waren,“ ſo ſagt Bismarck in ſeiner Rede vom 9. Febr. 1872, „die meiſten Schulratsſtellen an den Regierungen, alſo der höchſten Provinzial-Inſtanz, von Leuten beſetzt, die ich weiß nicht, aus welchen Gründen, obwohl ſie deutſcher Nationalität waren, mit dieſen Beſtrebungen ſympathiſierten, die den Lehrern in halb polniſchen Landesteilen, bei denen die Kinder nicht deutſch lernten, wohlwollten, diejenigen aber ſtrenger ins Auge faßten, wo die Kinder gute Fortſchritte in der deutſchen Sprache machten, die es beförderten, daß wir in Weſtpreußen Gemeinden haben, die früher deutſch waren, wo aber jetzt die junge Generation nicht mehr deutſch verſteht, ſondern poloniſiert worden iſt nach hundertjährigem Beſitz.“

Um aber jedem Zweifel zu begegnen, daß tatſächlich unter dem Einfluß der Inſtruktion vom Jahre 1842 infolge der „Schulaufſicht“ der polniſchen Geiſtlichkeit das Schulweſen in Poſen und Weſtpreußen einen erſchreckenden Tiefſtand erreicht hatte, daß Vorgänge, wie ſie ſich in den Schulen der Bamberger zugetragen hatten, für das ganze Syſtem jener dreißigjährigen Periode typiſch waren, daß die Klagen der nach der Provinz Poſen und Weſtpreußen verſetzten deutſchen

Beamten, „ihre Kinder gingen ohne deutschen Unterricht zugrunde und würden poloniſiert“, durchaus nicht der Berechtigung entbehren, dafür iſt das Ergebnis der im Jahre 1872 abgehaltenen, umfaſſenden Schulreviſionen der ſchlagendſte Beweis.

Dieſe Reviſionen waren durch die an das Miniſterium und an den Landtag gerichteten Klagen eines Teiles der deutſchen und polniſchen Bevölkerung in Oberſchleſien, Poſen und Weſtpreußen veranlaßt; ſie wurden von Kommiſſionen vorgenommen, denen nicht nur Schulmänner, ſondern auch Parlamentarier und andere angeſehene Perſönlichkeiten beiwohnten, die mit Kenntnis der Verhältniſſe ſelbſtändiges und klares Urteil verbanden. Vor allem entrollten dieſe Schulbeſichtigungen bezüglich der inneren Geſtaltung der zweiſprachigen Volksſchulen u. a. in Poſen und Weſtpreußen ein Bild ſo unglaublicher Zuſtände, daß Miniſter Goßler, nachdem er das im Archiv des Miniſteriums liegende Material durchgearbeitet hatte, bei einer Polendebatte im Jahre 1889 erklärte: „Man errötet, wenn man dieſe Schilderungen des preußiſchen Unterrichtsweſens lieſt.“

Folgende Züge werden es dem Leſer ermöglichen, ſich wenigſtens ein ungefähres Bild von dem damaligen Zuſtande des Volksſchulweſens in dem Zweiſprachengebiet zu entwerfen: Der Schulbeſuch war namentlich in den rein polniſchen Schulen ganz gering: nach ſtatiſtiſchen Aufzeichnungen, die Departementsſchulräte der Provinz Poſen gemacht haben, wurden bei den Reviſionen durchſchnittlich nur ein Drittel bis zur Hälfte der Kinder angetroffen. Viele Kinder beſuchten die Schule überhaupt nicht: man hatte z. B. vielfach verſucht, die Kinder polniſcher Nationalität der Schule dadurch vorzuenthalten, daß die Eltern alle Jahre einmal ihren Wohnſitz wechſelten. Eine große Anzahl von Lehrern und vor allem viele Ortsſchulinſpektoren geiſtlichen Standes waren der deutſchen Sprache überhaupt nicht mächtig. Die Anordnung über das beim deutſchen Sprachunterricht in polniſchen Schulen des Reg.-Bezirkes einzuſchlagende Verfahren vom 20. April 1867 war den Lehrern zum Teil garnicht mitgeteilt. Deutſcher Sprachunterricht wurde in Schulen, in denen Kinder polniſcher Zunge die Mehrheit bildeten, vielfach überhaupt nicht erteilt, weil Lehrer und Ortsſchulinſpektoren die deutſche Sprache nicht einmal als Unterrichtsgegenſtand fördern wollten. Es war daher in einer ſehr großen Anzahl von Fällen feſtzuſtellen, daß Kinder rein deutſchen Urſprungs aus ungemiſchter Ehe poloniſiert wurden. Vielfach wandten ſich deutſche Eltern an die Reviſionskommiſſionen und beklagten ſich, daß ſie ſich nicht einmal mit ihren Kindern verſtändigen könnten. Daß eine planmäßige Vernachläſſigung des deutſchen Unterrichts und allem, was mit ihm zuſammenhing, abſichtlich erſtrebt wurde, ließ ſich unter anderem in der gänzlichen Vernachläſſigung der vaterländiſchen Geſchichte erkennen.

Nach Lage der Verhältniſſe, und das iſt ſ. Z. bei der Beratung des Entwurfs über das Schulaufſichtsgeſetz auch ſehr nachdrücklich betont worden, war zweifellos das Bewußtſein der geiſtlichen Schulinſpektoren in Weſtpreußen und Poſen, daß ſie als Staatsbeamte die Beaufſichtigung der Schulen wahrzunehmen hätten, weſentlich geſchwächt oder vielleicht völlig geſchwunden. Allen dieſe Pflicht zum

Bewußtsein zu bringen, war um so dringender geboten, als es sich um große und national gefährdete Gebiete handelte, Gebiete, in denen die Bevölkerung nicht die deutsche Sprache sprach, in denen aber gerade darum fraglos die Kinder in ihr so unterrichtet werden mußten, wie es für die Bürger eines deutschen Landes von Staats wegen unbedingtes Erfordernis war. Die Unterrichtsverwaltung durfte es unmöglich geschehen lassen, daß den Geistlichen, die der Staat mit der ihm unzweifelhaft ganz und voll zustehenden Aufsicht über das Schulwesen betraut hatte, infolge ihrer subjektiven Auffassung z. B. die maßvollen Vorschriften über den deutschen Sprachunterricht entweder überhaupt nicht zur Ausführung brachten oder geradezu offen gegen sie auftraten und die Lehrer an ihrer Durchführung hinderten.

Fürst Bismarck konnte daher bei Einbringung des Gesetzes „betreffend die Beaufsichtigung des Unterrichts- und Erziehungswesens vom 11. März 1872" mit vollem Rechte sagen „die Herren müssen die Gutmütigkeit des Staates nicht überschätzen; ich kann Ihnen sagen, sie ist zu Ende und wir werden wissen, was wir dem Staat schuldig sind."

Durch dieses Gesetz war der Regierung die Möglichkeit gegeben, die Geistlichen in den ehemals polnischen Landesteilen, die durch ihr Verhalten die Zwecke gefährdeten, die der Staat mit der Erziehung der Jugend durch die Volksschule verfolgt, von der Schulaufsicht zu entheben. Ergänzt wurde es durch den Ministerialerlaß vom 18. Februar 1876, der bestimmte, daß Geistliche, denen aus dem angegebenen Grunde die Schulaufsicht entzogen war, auch von der Leitung des Religionsunterrichts auszuschließen seien.

Unzweifelhaft hat das Schulaufsichtsgesetz in Posen und Westpreußen dazu beigetragen, den amtlichen Einfluß des polnischen Klerus von der Schule fern zu halten. Es vergingen auch Jahre, in denen sich die polnische Agitation um das Volksschulwesen unserer Provinzen wenig kümmerte. Aber als man erkannte, daß die schulpolitischen Maßnahmen der Staatsregierung nicht vergeblich waren, daß der Einfluß der deutschen Schulbildung sich doch geltend zu machen beginne, da wurde nach einem Ausspruch des Abgeordneten Dr. v. Bitter „der agitatorische Einfluß auf die Schule auf Schleichwegen, hintenrum wieder hergestellt".

Man versuchte im Anschluß an die Familie der Arbeit in der Schule entgegenzuwirken: den Eltern wurde untersagt, mit den Kindern auch nur ein Wort Deutsch zu sprechen, die Schule durch häusliche Arbeit zu unterstützen, den Umgang ihrer Kinder mit Deutschen zu dulden; alle deutschen Bücher mußten aus dem Hause entfernt werden; die Eltern durften die Benutzung der Schülerbibliotheken nicht erlauben, durch die der deutsche Unterricht wirksam unterstützt werden sollte; ja es wurde sogar gegen die Feier des Weihnachtsfestes in deutscher Art agitiert.

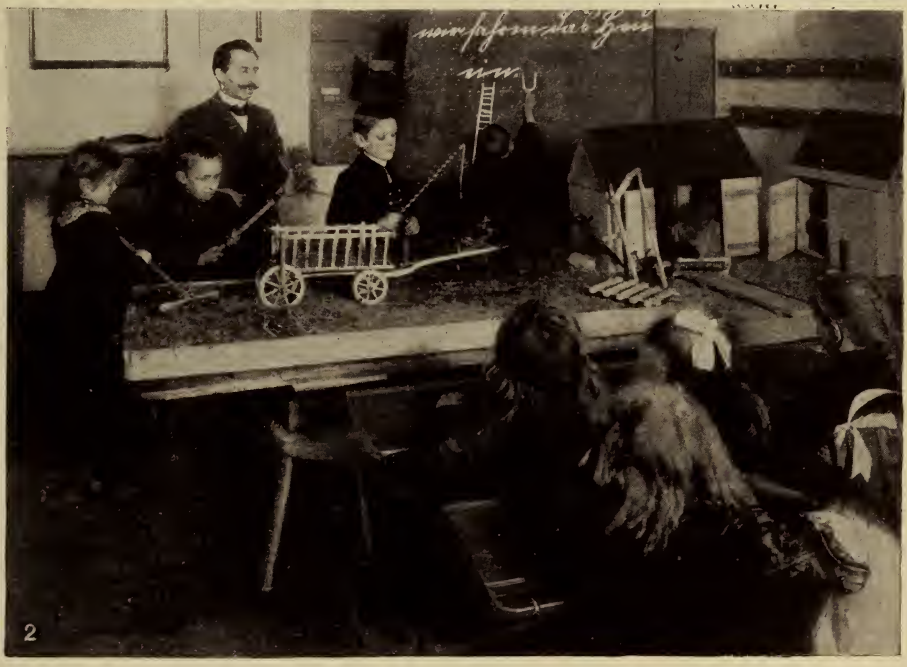
Mit welchem Erfolge der Polonismus arbeitete, zeigte sich z. B. in der Kassubei in Westpreußen, trotzdem jahrzehntelang die Kassuben sich von den Nationalpolen bewußt getrennt hatten: im Kreise Neustadt zerrissen polnische Eltern die den

Kindern in der Schule gegebenen deutschen Lehrmittel; ein Organist in Stargard erklärte öffentlich, er prügele sein Kind, wenn es zuhause deutsch lernen wolle; wegen Schulversäumnis bestrafte Eltern wurden von der Presse in Schutz genommen, weil sie recht daran täten, ihre Kinder diesem Schulsystem tunlichst zu entziehen.

Aber die großpolnische Agitation suchte auch die Lehrer unmittelbar zu beeinflussen: der „Dzienik poznanski" ermahnt 1880 die Schulgemeinden, nur eifrige Polen als Lehrer zu wählen; der polnische Adel und die polnische Gesellschaft sollten den Lehrer an sich fesseln und vom Umgang mit Deutschen fern halten; es wurden sogar Lehrer laut amtlicher Feststellung durch Geistliche und Schulvorstände veranlaßt, den Kindern die deutsche Sprache nur mechanisch beizubringen, damit die Kinder nicht etwa in den Geist der deutschen Sprache eindrängen; Fürst Sulkowski machte einem der innerhalb seines Gutsbezirks angestellten Lehrer Vorwürfe über den zu eifrigen Betrieb der deutschen Sprache; Prinz Czartoryski auf Alt-Sielec forderte in einer Volksversammlung im Jahre 1885, in der er in polnischer Nationaltracht mit Schärpe erschienen war, zum Kampfe gegen die Schule auf und äußerte nach dem gerichtlichen Erkenntnis unter anderem: „Will man unsere Kinder germanisieren? das nicht, man will sie verdummen, sie zu Idioten machen; denn mit einem dummen Menschen kann man alles anstellen, was man will." Es wurden Flugschriften verbreitet, die Anweisungen an Schulvorstände und Eltern enthielten, wie sie die Lehrer fortgesetzt kontrollieren, wie sie sich zu dem Zwecke des Einflusses des Geistlichen bedienen sollten, wie die Lehrer in allen Schulgemeinden, die nicht mehr unter unmittelbarer Leitung und Oberaufsicht der Geistlichen ständen, zu zwingen seien, sich unter die Botmäßigkeit des polnischen Klerus zu begeben. Rechnen wir dazu die fortgesetzten Einwirkungen polnischer Geistlicher auf Schulkinder und Eltern, ja auf ganze Ortschaften, um den Gebrauch der deutschen Sprache außerhalb der Schule völlig auszuschließen, so ist es verständlich, daß die Amtsverrichtungen pflichttreuer Lehrer aufs höchste gefährdet und die polnisch gesinnten Lehrer tagtäglich in Versuchung geführt wurden.

Nach einer Äußerung des Ministers von Goßler im Landtage ist seitens der Lehrer selbst wiederholt darauf aufmerksam gemacht worden: „Sie könnten nicht anders, als den polnischen Weisungen folgen; die Stütze, die ihnen die Regierung gewähre, sei zu gering; wenn sie nur ein einziges Mal in der Zeitung als sogenannte Germanisatoren genannt würden, sei ihre ganze bürgerliche Existenz, wenn nicht verfemt, so doch sehr erschwert."

Unter den geschilderten Umständen mußte der Staat eingreifen; er mußte ein heilsames Gegengewicht gegen das polnische Parteigetriebe schaffen und darum gegebenenfalls in der Lage sein, Lehrer, die den ihnen gestellten Aufgaben nicht gewachsen waren, schon in ihrem persönlichen Interesse anderweitig zu verwenden und hingegen in die national am meisten gefährdeten Gemeinden Lehrer zu entsenden, von denen vorausgesetzt werden konnte, daß sie auch unter schwierigen Verhältnissen die geistige und sittliche Bildung in der Schule zu vermitteln vermöchten, durch die die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte bedingt ist.



Die Übungen im Sprechen, Schreiben und Lesen im ersten Schuljahr im Sinne der Bromberger Fibel.

1. Aufnahme einer Unterrichtsstunde in der Mädchenklasse der kath. Schule in Kruschwitz im Jahre 1909. 2. Aufnahme einer Unterrichtsstunde in der kath. Schule in Znin, Januar 1910.

Darum entschloß sich die Unterrichtsverwaltung als Verteidigungsmaßregel gegen den polnischen Terrorismus im Interesse der Unabhängigkeit der Schule und ihrer Lehrer dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das Lehrerberufungsrecht für die Provinzen Posen und Westpreußen auf den Staat zu übertragen bezweckte. Es kam das Gesetz vom 11. Juli 1886 „betreffend die Anstellung und das Dienstverhältnis der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen im Gebiete der Provinzen Posen und Westpreußen" zustande.

Es bestimmt in § 1, daß die Anstellung der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen mit der Maßgabe von dem Staat erfolgt, daß vor der Anstellung in Städten der Magistrat bzw. der Vorstand der beteiligten Schulgemeinde, auf dem Lande bei Gemeindeschulen der Gemeinde- (Guts)-Vorstand, bei Sozietätsschulen der Schulvorstand darüber gehört werden, ob Einwendungen gegen die Person des für die betreffende Stelle Bestimmten zu erheben seien. Doch sollte diese Bestimmung auf Stadtkreise und auf die Landkreise Deutsch-Krone, Marienburg, Rosenberg und Elbing sowie auf die in der Provinz Westpreußen gelegenen Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern auf Antrag der städtischen Vertretung keine Anwendung finden.

Das Stellenbesetzungsrecht der Regierung im Verein mit der festen Organisation der Schulaufsicht im Hauptamte, die seit 1898 streng durchgeführt worden ist, hat der Schule und ihren Lehrern in den Provinzen Posen und Westpreußen den besonderen Schutz, dessen sie unbedingt nach Lage der Verhältnisse bedurften, tatsächlich gebracht: Durch die straffe Handhabung dieser Gesetze ist es gelungen, alle unberechtigten Einflüsse von der Schule fern zu halten und ihr und ihren Lehrern im allgemeinen eine ruhige und ungestörte, von Vertrauen zu den staatlichen Behörden getragene Tätigkeit in deutschnationalem Sinne zu ermöglichen.

Weil aber die Lehrer unter diesen Verhältnissen für die nationalpolitische Agitation überhaupt nicht mehr in Frage kommen, haben die Polen — und das ist bezeichnend — kein Interesse mehr daran, daß sich ihre Volksgenossen dem Lehrerstande zuwenden; die polnische Presse hat durch ihre Agitation selbst bewirkt, daß die Zahl der Lehrer polnischer Muttersprache sichtlich zurückgeht und das deutsche Element immer mehr die Oberhand gewinnt.

Das zielbewußte und planmäßige Vorgehen der Unterrichtsverwaltung, die Schule und ihre Lehrer in Posen und Westpreußen gegen das Andringen des Polonismus zu verteidigen und ihnen die Lösung der Aufgabe zu ermöglichen, „die preußischen Untertanen polnischer Muttersprache mit der deutschen Sprache so vertraut zu machen, daß sie aus ihrer sozialen und wirtschaftlichen Absonderung befreit und befähigt würden, an dem öffentlichen und wirtschaftlichen Leben des preußischen Staates und des Deutschen Reiches mehr, als es der Fall ist, teilzunehmen," konnte nicht ohne Einfluß auf die Ausbildung der zukünftigen Volksschullehrer in den beiden Provinzen bleiben. Es ergab sich die Pflicht, schon die Zöglinge der Lehrerbildungsanstalten dem Einfluß des immer staatsfeindlicher auftretenden Polonismus gänzlich zu entziehen und darum gerade denen polnischer Muttersprache Gelegenheit zu geben, sich während ihrer sechsjährigen

Ausbildungszeit in deutscher Umgebung mit deutscher Lebensanschauung und deutscher Lebensweise zu befreunden und sich gleichzeitig eine sichere Beherrschung der deutschen Sprache anzueignen, um in ihr wirklich anregend unterrichten zu können. Darum erwiesen sich folgende Maßregeln als notwendig:

Die Unterrichtsverwaltung kehrte zunächst wieder zu dem von Flottwell vertretenen Standpunkt zurück: Flottwell hatte für das von ihm geplante Seminar insbesondere darum Paradies gewählt, weil, wie es in der Warminskischen Festschrift, Meseritz, 1880 heißt, „Die Staatsregierung von einer Lehrerbildungsanstalt an einem rein deutschen Orte, wie Paradies, erwarten durfte, „daß die polnischen Anstaltszöglinge durch die immerwährende Berührung mit deutschen Elementen ihren „nationalen Antagonismus" aufgeben lernten und den Geist der Duldung und Anerkennung, wie selbige durch die historische Entwickelung der Verhältnisse und durch das Interesse des Staates gefordert" werden, mit in ihren zukünftigen Beruf nehmen würden." Von diesem Gesichtspunkte aus ließ sich die Unterrichtsverwaltung nun auch seit 1872/73 wieder bei der Wahl der Orte für die Lehrerbildungsanstalten in der Provinz Posen leiten, so ungünstig diese Maßregel auch von der polnischen Presse stets beurteilt wurde: Nicht nur die Seminare, sondern auch die Präparandenanstalten wurden, soweit es möglich war, in das sprachliche Übergangsgebiet, also in die Peripherie der Provinz gebracht es sei nur an die seitdem errichteten katholischen Lehrerseminare Bromberg, Schneidemühl, Wollstein, Fraustadt, an die evangelischen in Schwerin a. W., Lissa und Krotoschin, sowie an die Präparandenanstalten Bromberg, Schneidemühl, Schönlanke, Scharnikau, Birnbaum, Schwerin a. W., Meseritz, Unruhstadt, Lissa, Bojanowo, Rawitsch, Krotoschin erinnert. Aus diesem Grunde wurde auch das Michaeli 1804 im Reformatenkloster in Posen für die ehemals polnischen Landesteile eröffnete erste Kgl. Preuß. Lehrerseminar 1874 an die Sprachgrenze nach Rawitsch verlegt und aus diesem Grunde äußerte der Minister v. Goßler im Landtage 1880 „wenn mein Wunsch in Erfüllung gehen könnte, würde ich auch das Seminar in Exin beseitigen, um es aus der ganz polnischen Umgebung zu entfernen".

Ferner wurde der Abschnitt III der Instruktion vom Jahre 1842, der für die Lehrerseminare der Provinz Posen Erteilung des Religionsunterrichts in der Muttersprache, ausgiebige Zuhilfenahme der polnischen Sprache in allen andern Sächern und Benutzung von Lehrbüchern, die nicht nur in deutscher, sondern auch in polnischer Sprache abgefaßt waren, forderte, durch den Ministerialerlaß vom 20. April 1874 ersetzt, der den durch den Oberpräsidialerlaß vom 27. Oktober 1873 für die Unterrichtssprache in den Volksschulen aufgestellten Grundsätzen Rechnung trug.

Endlich traf der Minister v. Goßler auf Grund der von ihm u. a. in Gnesen gemachten Erfahrung, daß jüngere Lehrer sich im Gebrauche der deutschen Sprache vernachlässigten, folgende Bestimmungen: Kein Bewerber sei in eine Präparandenanstalt aufzunehmen, der nicht das den Volksschulen im Deutschen gesteckte Ziel in vollem Umfange erreicht habe; die sichere Beherrschung der deutschen Sprache sei die unerläßliche Bedingung für die Übernahme eines Lehramts. Daß aber

mit diesem Satz, der, wie der Minister mit Recht sagte, so natürlich sei, daß man meinen sollte, man dürfe darüber nicht streiten, voller Ernst gemacht wurde, bewies eine vom polnischen Abgeordneten Dr. v. Stablewski 1889 im Abgeordnetenhause vorgebrachte Beschwerde, daß in Exin von 29 Lehrern nur 8 die zweite Prüfung bestanden hätten, angeblich, weil man bemüht sei, gerade den polnischen Lehrern die Prüfung im Deutschen recht zu erschweren.

Gegenwärtig arbeiten sämtliche Seminare der Provinzen Posen und Westpreußen unter Ausschluß des Polnischen nach denselben Lehrplänen wie die anderen Seminare des preußischen Staats und bieten daher ihren Zöglingen eine echt deutsche Bildung: sie „lehren die künftigen Lehrer und Erzieher ihr Vaterland, seine Ordnungen und Einrichtungen verstehen und lieben, sie beleben ihren vaterländischen Sinn durch Einführung in die Meisterwerke unsrer Literatur". Wenn von dem Bildungswege der künftigen Volksschullehrer gesagt ist, er vermittele die deutscheste Bildung, so sind die Lehrerbildungsanstalten der beiden national am meisten gefährdeten Provinzen, eingedenk ihrer besonders verantwortlichen Aufgabe, bestrebt, gerade in dieser Beziehung hinter keiner anderen Provinz zurückzubleiben und insbesondere auch durch scharfes Beobachten und liebendes Vertiefen in die heimatlichen Verhältnisse die richtige Grundlage für deutschnationale Gesinnung zu legen und die Zöglinge für ihre spätere volkserzieherische Arbeit vorzubereiten.

Staatliche Schulaufsicht, Stellenbesetzungsrecht der Regierung und Erziehung des Lehrerersatzes in deutschnationalem Geiste bildeten aber auch die unerläßliche Voraussetzung, um den in Preußens Schulgeschichte beispiellosen Vorgang, den sogenannten „Schulstreik", der in gewissenlosester Weise von der polnischen Hetzpresse heraufbeschworen, von dem polnischen Klerus in jeder Weise begünstigt und gefördert, die unerfahrene Jugend in die schwersten Gewissenskonflikte brachte, das Verhältnis zwischen Erziehern, Schülern und deren Eltern bewußt untergrub und die Geduld der Lehrer in- und außerhalb der Schule auf die härteste Probe stellte, mit Ruhe und Besonnenheit so zum Abschluß zu bringen, daß die Autorität der Staatsregierung, der Schulaufsichtsbeamten, der Schule und ihrer Lehrer durchaus gewahrt, hinwiederum aber auch eine allmähliche Beruhigung der in unerhörter Weise von der polnischen Presse dem polnischen Klerus und dem Adel verhetzten Bevölkerung ermöglicht wurde.

Es würde zu weit führen, auf den Schulstreik selbst einzugehen. Es sei nur festgestellt, erstens: hätte es überhaupt noch eines Beweises bedurft, daß die Unterrichtsverwaltung mit den von ihr auf dem Gebiet des Volksschulwesens in den ehemals polnischen Landesteilen getroffenen Schutzmaßregeln auf dem richtigen Wege sei, der Schulstreik hat ihn unzweifelhaft erbracht; zweitens: die Lehrerschaft der Provinz hat durch ihr Verhalten im Schulstreik, von vereinzelten Fällen abgesehen, das in sie gesetzte Vertrauen in vollem Umfange gerechtfertigt und die verdiente Anerkennung seitens der Schulbehörde gefunden.

Fast zwei Jahrzehnte lang hatte die Unterrichtsverwaltung streng über der Ausführung der von ihr auf dem Gebiete des Schulwesens getroffenen Verteidigungsmaßnahmen gewacht; sie begannen, wenn auch naturgemäß nur sehr allmählich,

die gewünschte Wirkung auszuüben. Da trat leider eine Wendung ein, welche die bisher erzielten Erfolge in Frage stellte und die Pforten der Schule wieder den polnischen Bestrebungen erschloß: die Ära Caprivi brachte der Volksschule der Provinz Posen den Erlaß vom 11. April 1891, der den Volksschullehrern die Erteilung des Privatunterrichts im polnischen Schreiben und Lesen in ihren Gemeinden auf Antrag bei der Regierung gestattete und die Erteilung dieses Unterrichts in den Schulräumen freigab.

Wir gehen in diesem Zusammenhange nicht darauf ein, wie der Erlaß den polnischen Führern die erwünschte und reichlich ausgenutzte Gelegenheit gab, die Agitation wieder in die breitesten Volksschichten zu tragen und die Hoffnung auf weitgehende Zugeständnisse der Regierung auf dem Gebiet der Schule aufs neue zu beleben; wir wollen hier auch nicht von der Beeinträchtigung reden, die infolge des groben Mißbrauchs des Erlasses der deutsche Sprach- und der Volksschulunterricht überhaupt in den zweisprachigen Schulen der Provinz Posen erfuhr; wir wollen vielmehr nur in aller Kürze den Nachweis erbringen, daß das Polentum das ihm durch den Erlaß gewährte Zugeständnis dazu benutzte, den verlorenen Einfluß auf die polnischen Lehrer und Schüler nach Möglichkeit wiederzugewinnen und die Schule seinen agitatorischen Zwecken wieder dienstbar zu machen:

Die Einrichtung des polnischen Privatunterrichts diente weniger dem Zwecke, zu dem er tatsächlich bewilligt war, nämlich den polnischen Kindern das Lesen und Schreiben des religiösen Lernstoffes zu erleichtern, sondern der Pflege der polnischen Literatur und Geschichte in der Absicht, das national-polnische Bewußtsein zu kräftigen. Eine ausreichende Kontrolle des Unterrichts aber war, da er außerhalb der lehrplanmäßigen Stunden zu den verschiedensten Zeiten abgehalten wurde, nicht ausführbar.

Die Lehrer, die den Privatunterricht erteilten, erhielten die Anweisungen naturgemäß nicht von ihrer Behörde, sondern von den „Aktionskomitees" und insbesondere von den an der Spitze stehenden polnischen Geistlichen. Die Lehrer gerieten daher wieder unter den Einfluß, dem man sie durch das Schulaufsichtsgesetz und durch Übertragung des Stellenbesetzungsrechts auf die Regierungen hatte entziehen wollen; sie waren geneigt, sich als Sachwalter des Polentums zu fühlen.

Am Schluß des Halbjahrs wurden in diesem polnischen Privatunterricht „förmlich demonstrative polnische Prüfungen veranstaltet; es wurden polnische Prämien ausgeteilt, kurz, die Sache wurde zu einer polnischen Demonstration ausgenutzt".

Nach noch nicht dreijähriger Dauer dieses Unterrichts gab der Minister Bosse im Abgeordnetenhause folgende Erklärungen ab:

„Die Maßregel hat zu den allergrößten Übelständen und Mißständen geführt." „Unsere Lehrer sind uns aus der Hand gegeben und haben nun zum Dank dafür, daß sie diesen polnischen Unterricht erteilt haben, und zum Teil gewiß gegen Remuneration, die sie von den polnischen Agitationskomitees bekommen haben, das Vertrauen zu uns verloren, daß es uns mit unserer Schulpolitik und unserer ganzen Schulmethode, auf die wir den ausschlaggebenden Wert legen, Ernst ist."

Der Zedlitzsche Erlaß wurde endlich als Versuch bezeichnet, „der sich schultechnisch, erziehlich und politisch nicht bewährt habe".

So bestätigte sich bei dieser Gelegenheit zum Schaden der Schule die seit fast hundert Jahren in den ehemals polnischen Landesteilen gemachte Erfahrung, daß jedes dem Polentum seitens der Regierung gemachte Zugeständnis nicht sowohl zu dem angegebenen Zwecke, sondern zum Kampfe gegen das Deutschtum benutzt werde.

Unter Beseitigung des polnischen Privatunterrichts wurde auf Grund einer Allerhöchsten Kabinettsorder vom 26. Februar 1904 auf der Mittelstufe polnischer Lese- und Schreibunterricht zur Förderung des Religionsunterrichts für die Kinder polnischer Muttersprache, die den schulplanmäßigen Religionsunterricht auf der Mittel- oder Oberstufe in der von ihnen besuchten Volksschule in polnischer Muttersprache empfangen, fakultativ eingerichtet; „der Unterricht wurde fakultativ d. h. nur dann eingerichtet, wenn es die Eltern verlangten; er wurde in der Weise geregelt, „daß dafür eine bis zwei Stunden wöchentlich unter Verkürzung der Stundenzahl anderer Lehrgegenstände — mit Ausnahme des Religionsunterrichts — verwendet wurden und der Unterricht, sofern nicht zur Erreichung seines Zweckes schon ein kürzerer Zeitraum genügte, nicht länger als zwei Jahre dauern dürfte".

Gegen diese durch Erlaß vom 16. März 1894 bekannt gegebene Maßregel wurden im Abgeordnetenhause z. B. von dem Freiherrn v. Zedlitz und Neukirch, von dem Grafen zu Limburg-Stirum und von Stöcker die ernstesten Bedenken geltend gemacht; sie bedauerten, daß an Stelle des aufgehobenen Erlasses etwas viel „Bedeutsameres" gesetzt sei, und daß die Regierung nicht rückhaltlos zu der von ihr bis 1890 mit Energie, Entschiedenheit und Geschick vertretenen Schulpolitik zurückgekehrt sei. Jedenfalls hat die Erfahrung gelehrt, daß auch die Maßnahme von 1894 zu agitatorischen Zwecken mißbraucht ist, und daß es der Fertigkeit im Gebrauch der deutschen Sprache hinderlich war, daß den bisher in deutscher Sprache erteilten Unterrichtsgegenständen auf der Mittelstufe ein bis zwei Stunden gerade in den Schulen entzogen wurden, in denen der Religionsunterricht nicht in deutscher Sprache genehmigt war.

Für Westpreußen wurde diese Maßregel von der Unterrichtsverwaltung aufs bestimmteste abgelehnt, weil in dieser Provinz hierzu nicht die geringste Veranlassung vorläge, da in ihr der Religionsunterricht auf der Mittel- und Oberstufe ausnahmslos in deutscher Sprache erteilt wurde und seine Erfolge sehr gute seien.

In der Provinz Posen hat der Erlaß von 1894 nur noch im Regierungsbezirke Posen praktische Bedeutung.

II. Auch die Einführung der deutschen Sprache als alleinige oder wenigstens überwiegend gebrauchte Unterrichtssprache in allen Unterrichtsanstalten Posens und Westpreußens ist nichts weniger als eine von feindseliger Gesinnung gegen die Polen und ihre Muttersprache veranlaßte Maßnahme. Die Staatsregierung mußte sie, wie wir sehen werden, aus zwingenden Gründen treffen.

Auf dem Gebiete des höheren Schulwesens galt nach der Besitzergreifung der heutigen Provinz Posen 1815 der Grundsatz, daß die polnischen Schulen die deutsche, die deutschen dagegen sich die polnische Sprache sicher aneigneten. Nach einem Erlaß vom 30. April 1829 sollte jeder sich dem Dienste des Staates oder der Kirche widmende Jüngling, der eines der Gymnasien des Großherzogtums Posen besucht hatte, von den Kgl. wissenschaftlichen Prüfungskommissionen, die infolge des Allerhöchsten Edikts vom 12. Oktober 1812 auf die Kenntnis der polnischen Sprache bei den Examinanden keine Rücksicht zu nehmen hatten, nur dann zur Prüfung pro immatriculatione zugelassen werden, wenn er sich mittels eines Zeugnisses des besuchten Gymnasiums darüber ausweisen konnte, „daß er mit vollständiger Kenntnis der polnischen Sprache die Lehranstalt verlassen habe".

In der Praxis gestaltete sich die Sache im allgemeinen so, daß der gesamte Unterricht von den polnischen Lehrern in polnischer, von den wenigen deutschen Lehrern in deutscher Sprache erteilt wurde. Im Interesse der Einheitlichkeit des Unterrichtsbetriebes war dieser Zustand unhaltbar. Eine Ausnahme bildete das Gymnasium in Bromberg, das Friedrich-Wilhelms-Gymnasium in Posen und die ehemalige Realschule in Meseritz. In diesen Anstalten war zwar der polnische Unterricht auch allgemein verbindlich, die Unterrichtssprache aber war durchweg deutsch.

Die Instruktion vom 24. Mai 1842 bestimmte in dem Abschnitt IV. „Gymnasien" folgendes: Das 1834 auf Veranlassung v. Flottwells vom Mariengymnasium hauptsächlich für evangelische Schüler abgezweigte Königliche Friedrich-Wilhelms-Gymnasium zu Posen, das Gymnasium in Bromberg und die Realschule in Meseritz sollten ihre bisherige Verfassung behalten.

Dagegen wurde für das Mariengymnasium in Posen, das damalige, ebenfalls von Flottwell aus Klosterfonds errichtete Gymnasium in Tremessen und für das im südlichen Teile neuzubegründende Gymnasium — Ostrowo 1845 — folgendes angeordnet: Den Religionsunterricht erhält der Schüler in seiner Muttersprache; in allen übrigen Fächern wird in den vier unteren Klassen vorzugsweise die polnische Sprache gebraucht, während die deutsche erst in Sekunda und Prima Hauptunterrichtssprache ist, jedoch mit folgenden erheblichen Einschränkungen: bei der Übersetzung und Erklärung der lateinischen und griechischen Schriftsteller hat die deutsche mit der polnischen Sprache abzuwechseln, in Mathematik, Physik und Französisch kann auch das Polnische angewendet werden, während im Unterricht in der polnischen Sprache und Literatur das Polnische die ausschließliche Unterrichtssprache ist.

Wegen des Gymnasiums in Lissa und der 1830 gegründeten Kreisschule in Krotoschin wurden Bestimmungen vorbehalten, doch sollte auch bei diesen beiden Anstalten einstweilen auf Anstellung von Lehrern Bedacht genommen werden, die beider Sprachen mächtig seien.

Der durch diese Bestimmungen geschaffene Unterschied zwischen deutschen und spezifisch polnischen Gymnasien hat sich als unhaltbar, ja geradezu als verhängnisvoll erwiesen und zwar zunächst aus pädagogischen Gründen: entweder mußten die

polnischen Schüler durch das Umlernen der in polnischer Sprache erlernten Unterrichtsgegenstände in den beiden oberen Klassen mit deutscher Unterrichtssprache aufs schwerste überlastet werden, oder es mußte bei derart ausgebildeten Schülern bei den Versetzungs- und Abgangsprüfungen ein ganz niedriger Maßstab angelegt werden, was denn auch tatsächlich nach einer Äußerung des Ministers v. Goßler im Abgeordnetenhause „etwas ganz Gewöhnliches" war. Besonders bei dem Unterricht in den klassischen Sprachen machte sich wegen des verschiedenen grammatischen Baues der deutschen und der polnischen Sprache der Wechsel in der Unterrichtssprache in so empfindlicher Weise geltend, daß schon 1807 der ausschließliche Gebrauch der deutschen Sprache im griechischen Unterrichte und seit 1809 für den lateinischen von Quarta ab angeordnet werden mußte.

Nicht minder bedenklich war die Einrichtung spezifisch polnischer Gymnasien bzw. besonderer Abteilungen mit polnischen Schülern vom politischen Standpunkt aus; hierdurch wurden die polnischen Schüler auf bestimmte Anstalten verwiesen, sie wurden wie v. Goßler einmal gesagt hat, „magaziniert". Dadurch wurde das Bestreben der Polen, sich in sozialer, wirtschaftlicher und politischer Beziehung von den Deutschen abzusondern, in entscheidender Weise gefördert. Die Instruktion vom Jahre 1842 verfolgte allerdings, wie nicht verkannt werden darf, gerade den entgegengesetzten Zweck; sie war, wie aus dem Landtagsabschiede vom 6. August 1841 und aus der Allerhöchsten Verordnung vom 12. März 1843 unzweifelhaft hervorgeht, nur unter der Bedingung erlassen, daß die polnische Bevölkerung dem Staate gegenüber die richtige Stellung finde. Tatsächlich hatte aber jene Instruktion, um dem Wunsche der Polen, den Unterricht auch in den Gymnasien so lange als möglich in der polnischen Sprache zu erteilen, gerecht zu werden, wider Willen das Isolierungssystem gefördert. Jedenfalls hatte sich die bisherige Einrichtung durchaus nicht bewährt, sondern sie war geradezu auch für die ein Unglück geworden, die darin ihre Ausbildung erhalten hatten: denn die von der Behörde an jenen 3 spezifisch polnischen Gymnasien zunächst geduldeten Vereine „für polnische Geschichte und Literatur" verfielen vollständig dem Dienste der großpolnischen Propaganda; sie wurden je länger je mehr zu einem Geheimbunde, dessen Mitglieder sich eidlich verpflichten mußten, alle ihre Kräfte zur Befreiung ihres Vaterlandes aufzubieten. In diesen Gymnasiastenvereinen schlossen sich aber nicht nur Schüler zusammen, sondern es befanden sich unter ihnen auch Ehrenmitglieder aus anderen Ständen. Was für unhaltbare Zustände auf dem Mariengymnasium in Posen, der „Stätte klassisch-revolutionärer Bildung", herrschten, zeigte das Jahr 1840: die Schüler wurden bewaffnet gefunden; die Lehrer lehnten die Abnahme der Waffen ab. Unter den im Jahre 1840 des Hochverrats angeklagten 254 Polen befanden sich 10 Seminaristen, 9 Studenten, 18 Schüler, 5 Lehrer, 10 Geistliche; von diesen Angeklagten waren nicht weniger als 43 ehemalige Schüler des Posener Mariengymnasiums. Durch Allerhöchste Kabinetts-Order erfolgte die vorübergehende Auflösung der Anstalt. In Ostrowo wurde die Büste Sr. Majestät von polnischen Gymnasiasten insultiert. In Tremessen wurden 1848 die polnischen Schüler von ihren polnischen

Lehrern in den Waffen geübt und zogen sogar gegen preußische Truppen ins Feld; ein Lehrer, der den Mut hatte, sich diesen Bestrebungen entgegenzustellen, wurde mit dem Tode bedroht; 1859 lebten auf demselben Gymnasium die geheimen Verbindungen wieder auf; die Schüler wurden in den Waffen geübt und warfen nach den preußischen Fahnen mit Steinen. Diese Vorgänge führten zur Aufhebung der Anstalt.

Zur Beibehaltung besonderer polnischer Anstalten, bzw. besonderer polnischer Abteilungen in Posen (Marien-Gymnasium und Realschule) und in Ostrowo, lag aber um so weniger Veranlassung vor, als gerade von den Untertanen polnischer Muttersprache, die sich für einflußreichere Stellungen im bürgerlichen Leben vorbereiteten, in erster Linie eine völlige Beherrschung der Landessprache unbedingt zu verlangen war.

Zwingende pädagogische und politische Gründe veranlaßten daher die Unterrichtsverwaltung, die Sonderstellung, die wenigstens ein Teil der Gymnasien der Provinz Posen bisher eingenommen hatte, aufzuheben und diese Anstalten den höheren Schulen des preußischen Staates auch bezüglich der Unterrichtssprache gleichzustellen. Dies geschah durch die Allerhöchste Kabinettsorder vom 10. Oktober 1872, die bestimmte, daß der Religionsunterricht hinsichtlich der Unterrichtssprache nicht anders zu behandeln sei, als die übrigen Lehrgegenstände. Inbezug auf letztere wurde durch Erlaß vom 23. Mai 1874 erst versuchsweise, dann dauernd der Gebrauch der deutschen Sprache in sämtlichen Fächern aller höheren Schulen von Sexta an angeordnet. Die polnische Sprache wurde wahlfreier Unterrichtsgegenstand, in dem bis 1890 noch geprüft wurde. Dieser Unterricht wurde dem Bedürfnis deutscher Schüler, die die polnische Sprache nicht verstanden, in keiner Weise gerecht. Daher setzte sich die Auffassung fest, der polnische Unterricht sei nur für polnische Schüler bestimmt. Die deutschen Schüler hielten sich zurück, die polnischen dagegen erachteten ihre Teilnahme als Ehrensache. 1899/1900 waren z. B. an 12 Lehranstalten 131 deutsche und 1294 polnische Schüler beteiligt. Den deutschen Interessen entsprach der Unterricht um so weniger, als er auf der Oberstufe, wo eingehend polnische Literatur behandelt wurde, von den Lehrern polnischer Abstammung nicht selten zur Förderung nationalpolnischer Bestrebungen mißbraucht wurde. Dazu kam, daß die polnische Presse gegen die Erteilung dieses Unterrichts durch deutsche Lehrer sehr entschieden Einspruch erhob. In der Überzeugung, daß die Kenntnis der polnischen Sprache für deutsche Schüler ein Gewinn sei, wurde dieser Unterrichtsgegenstand zwar nicht aufgehoben, es wurde aber durch Ministerialerlaß vom 31. Dezember 1900 bestimmt, daß in den Provinzen Posen und Westpreußen Unterricht in polnischer Sprache von Tertia an in zwei Kursen an deutsche Schüler zu erteilen sei, um ihnen Gelegenheit zu geben, sich zur Ausübung ihres künftigen Berufs einige Gewandtheit im Gebrauch des Polnischen zu erwerben. Die Beteiligung ist sehr gering, so daß diese Kurse, wenigstens in der Provinz Posen, zurzeit nur noch an zwei Anstalten stattfinden.

Die allgemeine Einführung der deutschen Sprache in sämtlichen höheren Lehranstalten hat sich auch in der Provinz Posen durchaus bewährt. Im Jahre 1883, also 9 Jahre nach jener Änderung, gab Minister v. Goßler im Abgeord-

netenhause folgende Erklärung ab: „Es ist ein Irrtum, wenn die Herren annehmen, als ob seit Einführung der deutschen Unterrichtssprache sich die Verhältnisse der polnischen Schüler auf den höheren Lehranstalten in bezug auf die Ausbildung verschlechtert hätten. Das Gegenteil ist der Fall. Die polnischen Schüler haben sich nicht nur auf dem Durchschnitte erhalten, sondern zum Teil weit über den Durchschnitt hinaus vieles geleistet. Es ist die Anstelligkeit und die Lernfähigkeit der polnischen Schüler wiederholt auf das rühmlichste anerkannt worden, und zwar nicht allein im Bereiche der Klasse, sondern auch in allen fröhlichen Zusammenkünften, Aufführungen usw., wie sie auf der Schule vorkommen. Also die Sorge, daß die Bildung der höheren Stände durch das Unterrichtswesen irgendwie beeinträchtigt werden könnte, die ist in der Tat als ausgeschlossen zu betrachten."

Der Staat hat daher auf seiner Forderung, daß der Unterricht in Religion in den höheren Schulen der Provinz Posen auch den polnischen Schülern von Sexta an in deutscher Sprache zu erteilen sei, dem Erzbischof v. Ledochowski gegenüber bestanden. Dieser folgerte nämlich aus dem Rechte auf Leitung des Religionsunterrichts die Befugnis, auch die Sprache für diesen Unterricht zu bestimmen und untersagte den Religionslehrern dessen Erteilung. Infolgedessen bestand bis 1880 in 11 von 20 höheren Lehranstalten der Provinz Posen überhaupt kein katholischer Religionsunterricht. Im Jahre 1880 gelang es der Unterrichtsverwaltung wenigstens teilweise Abhilfe zu schaffen, bis endlich dieser unhaltbare Zustand 1887 durch eine Verständigung mit dem Erzbischof Dinder beseitigt wurde; die Sprache im Religionsunterricht sollte danach durchweg deutsch sein und die polnische Sprache nur in Sexta, Quinta und Quarta erforderlichenfalls zur Einführung ins Verständnis zuhilfe genommen werden; alle Lernstoffe waren in deutscher Sprache anzueignen.

Bei dieser Gelegenheit zeigte sich aufs neue, wie schonungslos die polnische Agitation ohne Ansehen der Person gegen die vorgeht, die ihr nicht unbedingt zu Willen sind, und daß der Pole in erster Linie Pole und erst in zweiter Katholik ist. Wegen der mit der Staatsbehörde getroffenen Vereinbarung wagte eine polnische Deputation den deutschen Erzbischof vor ihr Forum zu ziehen und ihm eine Adresse zu überreichen, in der folgende Sätze vorkamen:

„Nicht lange darauf mußten wir erfahren, daß Du, Hochwürdigster Herr Erzbischof, nach langen Verhandlungen mit den Behörden Dich damit einverstanden erklärt hast, daß unsere Kinder in allen Gymnasialklassen von Sexta an den Religionsunterricht in einer für sie fremden und unverständlichen Sprache erhalten sollten — und diese schreckliche Nachricht erfüllte ganz Großpolen mit Schmerz und Entsetzen, da etwas Ähnliches noch nie dagewesen und unerhört war."

„Unser Schmerz ist um so größer, da Ew. Erzbischöflichen Gnaden sich bestimmen ließen, mit der erzbischöflichen Würde diese unerhörte Verfügung der Regierung zu decken, und daß unser höchster Oberhirt, in welchem wir bis jetzt den Vater und den uns segnenden Oberhirten achten, so sehr unsere religiösen und nationalen Gefühle verwundete."

„Deshalb sind wir zu Ew. Erzbischöflichen Gnaden mit Vertrauen gekommen und glauben, daß, wenn wir Ihnen unsere tiefinnerliche und unwandelbare Überzeugung aussprechen, Sie Ihre nur „bis auf weiteres" gegebene Verfügung an die Religionslehrer zurücknehmen. Denn unserer Meinung nach wäre es besser, den Kindern gar keinen Religionsunterricht in der Schule zu erteilen, ehe sie denselben auf eine Art empfangen sollen, die in ihnen den Glauben und die Achtung vor der Würde der Kirche schwächen kann."

Freiherr von Schorlemer-Alst bezeichnete unter Zustimmung des Zentrums mit Recht diese Äußerungen als durchaus respektwidrig und die Achtung gegen den kirchlichen Oberhirten verletzend. „Ich bin der Meinung", so sagte er weiter, „daß derartige Äußerungen nicht mehr die eines Katholiken sind, sondern die einer unzulässigen kirchlich-revolutionären Politik." Er erklärte ferner, daß der Standpunkt: „Lieber kein Religionsunterricht in der Schule, wenn er nicht in polnischer Sprache erteilt wird," kein katholischer sei.

1892 gelang endlich die Einrichtung deutscher Predigten für die deutschen katholischen Schüler.

So hat denn der gewaltige Aufschwung, den das nationale Leben infolge der deutschen Einigungskriege nahm, dem höheren Knabenschulwesen der Provinz Posen den nicht zu unterschätzenden Gewinn gebracht, daß alle Lehranstalten ausnahmslos sich in jedem Unterrichte die Pflege der deutschen Sprache angelegen sein lassen und alle gleichmäßig an der Lösung der dem deutschen Unterrichte im besonderen gestellten Aufgabe arbeiten: „Die Herzen der Jugend für deutsche Sprache, deutsches Volkstum und Geistesgröße zu erwärmen."

Bei Förderung der deutschen Sprache im Volksschulwesen der Provinzen Posen und Westpreußen, wie überhaupt des Zweisprachengebiets, verfolgt die Unterrichtsverwaltung nach ihrer eigenen Erklärung ein doppeltes Ziel:

1. „Das deutsche Element, das sich in diesen Landesteilen befindet, ist zu stärken, seinem Nationalgefühl eine feste Anlehnung zu geben, ihm die Sicherheit zu gewähren, daß die Zustände, in die es einmal eingetreten ist, von Bestand sein werden; unter allen Umständen will die Unterrichtsverwaltung dahin wirken, daß in keinem Falle, auch nicht unter dem Vorwande der Religion, die Nationalität zu ungunsten des deutschen Kindes verrückt werden kann."

2. Es ist unbedingt notwendig, auch die Kinder polnischer Muttersprache in den vollen Besitz der deutschen Sprache zu bringen. „Man will den Polen ihre Muttersprache nicht verkümmern; das Polnische bleibe ihre Muttersprache; die deutschen Volksschulen aber haben das Kind für seine Zukunft im preußischen und deutschen Vaterlande, in dem die deutsche Sprache ganz überwiegend gebraucht wird, vorzubereiten."

Das Bestreben der Unterrichtsverwaltung liegt zunächst im persönlichen Interesse der Bevölkerung selbst und zwar im Interesse ihrer Teilnahme am geistigen und wirtschaftlichen Leben. Aus diesem Grunde verlangte z. B. der Abgeordnete Dr. Virchow, der der Tendenz der Germanisierung durchaus widerstrebte, daß jedes polnische Kind mit der vollen Kenntnis der deutschen Sprache,

soweit das durch Elementarunterricht erreicht werden könne, aus der Volksschule entlassen werde; denn „es ist," wie er im Abgeordnetenhause am 12. Januar 1880 ausführte, „der größte Vorschub, den wir den Leuten geben können, daß sie deutsch verstehen. Es ist ja unzweifelhaft, daß in dem Augenblicke, wo wir ein Kind mit der Kenntnis der deutschen Sprache aus der Schule entlassen, wir den Kreis der Wirksamkeit, den es in Zukunft finden kann, bedeutend erweitert haben. Nicht bloß in geistiger Beziehung haben wir ihm eine Hilfsquelle erschlossen, die ihm sonst fremd ist, sondern auch materiell haben wir ihm den Arbeitsmarkt erweitert, auf dem es seinen Verdienst gewinnen kann." Es liegt also im Interesse der preußischen Untertanen polnischer Muttersprache und zwar ganz besonders auch des Arbeiterstandes, daß sie sich eine Fertigkeit im Gebrauche der deutschen Sprache aneignen, die sie befähigt, im ganzen Deutschen Reiche ihre körperlichen und geistigen Kräfte zu verwerten.

Die Beherrschung der deutschen Sprache von allen Bevölkerungsklassen ist aber um so unerläßlicher, seitdem durch Erlaß des Geschäftssprachengesetzes vom Jahre 1876, das seit dem Jahre 1880 in allen seinen Teilen voll zur Geltung gekommen ist, als Grundsatz aufgestellt ist: „Die deutsche Sprache ist die ausschließliche Geschäftssprache aller Behörden, Beamten und politischen Körperschaften des Staates. Der schriftliche Verkehr mit denselben findet in deutscher Sprache statt, auch die mündlichen Verhandlungen und die protokollarischen Aufzeichnungen der Schulvorstände, sowie der Gemeinde- und Kreisvertretungen, der Gemeindeversammlungen und -Vertretungen der sonstigen Kommunalverbände, finden jetzt nur noch in der deutschen Sprache statt." Wie nachteilig ist es für den einzelnen Polen, wenn er bei Gericht, auf dem Landratsamte, auf der Post, der Bahn und in seinem sonstigen Verkehr mit deutschen Behörden auf die sprachliche Vermittlung anderer angewiesen ist. Wie wird dem einzelnen polnischen Rekruten die Eingewöhnung in den Dienst erschwert, wenn ihm die Dienstsprache nicht völlig geläufig ist. Wie notwendig Kenntnis und Verständnis der deutschen Sprache für die Bevölkerung gemischtsprachiger Bezirke im Interesse bewußter Teilnahme am öffentlichen Leben ist, hat Fürst Bismarck am 9. Febr. 1872 zur Begründung der Gesetzesvorlagen zu gunsten der Beförderung der deutschen Sprache wie folgt ausgesprochen: „Es ist für die Eingesessenen ein Bedürfnis, daß sie den Staat, in dem sie leben, aus eignem Urteil zu beurteilen wissen, und daß sie nicht auf das trügerische Bild angewiesen sind, das ihnen von klügeren und gebildeteren Leuten in die eigene Sprache übersetzt wird, während sie selbst unfähig sind, sich ein eignes Urteil zu bilden. Wir halten es für ein Bedürfnis, daß jeder Staatsbürger in die Lage gesetzt werde, sich die Kritik über die Regierung, die über ihm steht, selbst zu bilden."

Gründliche Kenntnis der deutschen Sprache liegt im Interesse der polnischen Bevölkerung, aber auch in dem des Staates: die allgemeine Dienstpflicht erfordert sie, denn zur vollen Entwickelung der militärischen Fähigkeiten des einzelnen Mannes ist die Kenntnis der Dienstsprache unerläßlich. Die Einführung einer einheitlichen Sprache ist ferner die einzige Möglichkeit zur Verschmelzung der

deutschen und polnisch sprechenden Bevölkerung. Hingegen ist es in einer Zeit, in der das Nationalitätsbewußtsein so weite, über die Landesgrenzen hinausgehende Kreise zieht, nicht unbedenklich, wenn sich ganze Volksgruppen infolge mangelnder Kenntnis der Landessprache absondern, zumal, wenn sie in kompakten Massen an den äußersten Grenzen wohnen und lebhafte Beziehungen zu verwandten Nationalitäten anderer Bevölkerungen unterhalten.

Daß eine gewisse Kenntnis der deutschen Sprache für die polnische Bevölkerung notwendig ist, wird in der Theorie von polnischer Seite anerkannt, praktisch aber gestaltet sich die Sache ganz anders. Noch heute wird der Ausbreitung der deutschen Sprache von seiten des Polonismus jeder nur denkbare Widerstand entgegengestellt; es sei nur an die andauernde Verhetzung der polnischen Bevölkerung in den Volksversammlungen und in der Presse erinnert, deutsch zu lernen oder zu dulden, daß die Kinder ein deutsches Wort im Hause sprechen oder deutsche Bücher lesen. Vor allen Dingen aber gehen die Ansichten der Führer der polnischen Bewegung und der preußischen Staatsregierung darüber auseinander, wie die Volksschule am besten ein polnisches Kind zur Beherrschung der deutschen Staatssprache bringt:

Nach der Ansicht der Polen genügt es, daß die deutsche Sprache in den Schulen nur Unterrichtsgegenstand sei, während die Unterrichtsverwaltung es für unbedingt erforderlich hält, daß sie Unterrichtsmittel, d. h. grundsätzlich alleinige Unterrichtssprache auch in den Volksschulen mit Kindern polnischer Muttersprache sei.

Die Polen berufen sich für ihre Ansicht auf den Ministerialerlaß vom 13. Dezember 1822, dort heißt es:

„Will man für die Bildung der polnischen Nation wirklich erfolgreich sorgen, dann wird das immer am sichersten vermittelst ihrer eigenen Sprache geschehen; das Interesse der Regierung aber wird hinlänglich beraten sein, wenn nur die deutsche Sprache als Lehrgegenstand in jeder polnischen Schule aufgenommen und darauf gesehen wird, daß die Kinder vor dem Austritt aus der Schule darin zur Fertigkeit gebracht werden müssen."

Die Berufung auf diesen Erlaß ist gegenstandslos; denn er läßt keinen Zweifel darüber, daß die Staatsregierung schon damals, als noch niemand an das allgemeine Wahlrecht und an eine völlige Umgestaltung der Verkehrsverhältnisse dachte, das Verständnis der deutschen Landessprache für unbedingt erforderlich hielt. Ob aber auf dem in jenem Erlaß gewiesenen Wege das Ziel tatsächlich zu erreichen sei, das mußte erst die Zukunft lehren.

Die Polen berufen sich ferner für ihre Ansicht auf die Instruktion vom 24. Mai 1842, in der unter Aufhebung der früher erlassenen Vorschriften über den Gebrauch der deutschen und polnischen Sprache in den Unterrichtsanstalten der Provinz für die Landschulen verordnet wurde, daß von beiden Sprachen in der Weise Gebrauch gemacht werde, daß jedes Kind den Unterricht in seiner Muttersprache empfange, und daß in Schulen, die vorherrschend von polnischen Kindern besucht werden, die polnische Sprache und in Schulen, in denen sich vorherrschend deutsche Kinder befinden, die deutsche Sprache Haupt-Unterrichts-

sprache sei, daß endlich die deutsche Sprache in allen Schulen Unterrichtsgegenstand würde.

Schon in den zwanziger und dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts hat sich unzweifelhaft herausgestellt, daß es völlig unmöglich sei, die deutsche Sprache unter der polnischen Bevölkerung jemals einzubürgern, wenn sie nur als Unterrichtsfach in der Volksschule auftritt, etwa wie die Fremdsprache in der höheren Schule. Wenn man trotz aller unzweifelhaften Mißerfolge, die z. B. die Gumbinner Regierung in ihrem Zweisprachengebiet schon im Jahre 1837 zu einer allerdings zwei Jahre später auf Veranlassung des Unterrichtsministeriums wieder rückgängig gemachten Änderung des Systems veranlaßten, im Jahre 1842 wieder auf den Erlaß von 1822 im wesentlichen zurückkam, so geschah dies nicht etwa aus Überzeugung von der Zweckmäßigkeit einer derartigen Anordnung, sondern lediglich, um der polnischen Bevölkerung entgegenzukommen und sie auf gütlichem Wege zum Aufgeben aller Sonderbestrebungen zu bestimmen. Tatsächlich sind in der Provinz Posen in den Schulen, in denen der deutsche Unterricht als Unterrichtsgegenstand betrieben wurde, die Leistungen in diesem Sache derart ungenügend gewesen, daß die Kinder die sie umgebenden Gegenstände nicht in deutscher Sprache zu benennen, die ihnen vorgesagten Wörter wie Tafel, Tisch, Stuhl, Fenster, Bank, Haus, Vater, Mutter, weiß, schwarz, polnisch nicht wiederzugeben vermochten, und daß infolgedessen an deutschsprechen gar nicht zu denken war. Daß aber in den westpreußischen Schulen mit Kindern polnischer Muttersprache von einer Fertigkeit im Gebrauche der deutschen Sprache, wie sie durch den oben erwähnten Erlaß von 1822 unbedingt gefordert war, nicht im entferntesten die Rede sein konnte, entnehmen wir einem Urteil des bekannten katholischen Schulrats Dr. Kellner-Marienwerder, das er in seinen „Lebensblättern" ausspricht: „Ungeachtet der Nähe der Schulen an einer deutschen Stadt und des dadurch bedingten Verkehrs lasen und schrieben die Kinder das Deutsch rein mechanisch, ohne es zu verstehen, und nur einzelne waren imstande, auf deutsche Fragen über Gegenstände des gewöhnlichen Lebens eine dürftige Antwort zu geben. Die Kleinen hatten einige deutsche Namen von Gegenständen in der Schulstube, im Hause und Garten auswendig gelernt und konnten diese hersagen. Das war aber auch alles."

Unzweifelhaft unhaltbare Zustände!

Der Minister v. Raumer sah sich daher schon 1850 genötigt, gewisse Einschränkungen in bezug auf die Instruktion von 1842 eintreten zu lassen. Die Regierung zu Marienwerder aber hielt im Jahre 1864 nach Lage der Verhältnisse einen völligen Systemwechsel für unbedingt geboten und zwar mit um so mehr Recht, als „die unerwünschte und schädliche Wendung in der preußischen Unterrichtspolitik, die im Anfange der vierziger Jahre eintrat, auf dem Volksschulgebiete die für die Provinz Posen erlassenen Bestimmungen im Prinzip auf Oberschlesien und die damals noch ungeteilte Provinz Preußen übertragen hat" (v. Goßler). Durch Erlaß vom 25. Nov. 1865 wurde diese Maßnahme jener Bezirksregierung wenigstens insoweit genehmigt, daß abgesehen von Religion und

Choralgesang im allgemeinen die deutsche Sprache auch in den polnischen Schulen als Unterrichtssprache einzuführen und polnischer Schreibleseunterricht nur noch auf der Unterstufe zuzulassen sei. Gleichzeitig wurde diese Bestimmung für alle zweisprachigen Gebiete Ost- und Westpreußens eingeführt. Im Jahre 1873 ging man noch einen Schritt weiter: Der Oberpräsidial-Erlaß vom 24. Juli 1873 führte die deutsche Unterrichtssprache auch in den zweisprachigen Schulen in allen Fächern und auf allen Stufen ein und gestattete die Erteilung des Religionsunterrichts in der Muttersprache an nichtdeutsche Kinder nur noch auf der Unterstufe. Die Erteilung des Unterrichts im polnischen bezw. litauischen Lesen und Schreiben an nichtdeutsche Kinder war zwar auf der Oberstufe noch freigegeben, durfte aber auf Anordnung der Regierung fortfallen; als er im Jahre 1887 endgültig aufgehoben wurde, war er tatsächlich nur noch in 70 Schulen Westpreußens unter Beschränkung auf das polnische Lesen im Gebrauch.

Schon 1865 ist auch in der Provinz Posen eine Änderung des Systemwechsels in den polnischen Schulen ernstlich erwogen worden; man ließ es aber damals aus hier nicht näher zu erörternden Gründen bei untergeordneter Beschränkung der polnischen Sprache und einer Umgestaltung des methodischen Verfahrens im deutschen Sprachunterricht, die durch Verfügung vom 26. April 1867 und durch Herausgabe einer besonderen „Anleitung zur Behandlung des deutschen Sprachunterrichts in polnischen Schulen" (Decker 1867) angeordnet wurde, bewenden, mußte sich aber sehr bald überzeugen, daß nach wie vor die Kinder polnischer Nationalität in der Schule der deutschen Sprache entweder fremd blieben oder sie doch nicht bis zu dem Grade erlernten, um von der erlangten Kenntnis derselben später im praktischen Leben wirklichen Nutzen ziehen zu können. Man war also gezwungen, auch hier dem Vorgange Westpreußens zu folgen. Auf Grund einer Allerhöchsten Kabinettsorder vom 6. Juni 1873 wurde die tatsächlich nur für die Provinz Posen erlassene Instruktion von 1842 aufgehoben und durch Oberpräsidial-Erlaß vom 27. Oktober 1873 die deutsche Sprache als Unterrichtssprache eingeführt. Allerdings wurde polnischer Sprachunterricht in viel ausgiebigerer Weise als in allen anderen zweisprachigen Gebieten beibehalten. Der Erlaß ordnete die Erteilung des Religionsunterrichts an Kinder polnischer Zunge in der Muttersprache an. Die Regierungen waren aber befugt, die deutsche Sprache auch in diesem Gegenstande auf der Mittel- und Oberstufe einzuführen, falls ein richtiges Verständnis auch bei der in deutscher Sprache erfolgenden Unterweisung erreicht werden könne. Vor allem aber wurde das Polnische als Unterrichtsgegenstand für die Kinder polnischer Muttersprache auf allen Stufen verbindlich beibehalten und diesem Fache auf der Unterrichtsstufe nicht weniger als 5, auf der Mittel- und Oberstufe je 3 Stunden zugewiesen. Die Regierung wurde allerdings ermächtigt, diesen Gegenstand vom Lehrplan zu streichen; auch bedurfte die Teilnahme deutscher Kinder die Genehmigung des Kreisschulinspektors.

Diese weitgehende Berücksichtigung der polnischen Sprache in der Provinz Posen zum Unterschiede von Westpreußen und Oberschlesien auch nach grundsätzlicher Einführung der deutschen Sprache im Unterricht ist nun aber, wie vom Minister-

tische im Abgeordnetenhause mit großem Nachdruck hervorgehoben ist, nicht etwa darauf zurückzuführen, daß die Landesteile, die in Posen in Betracht kamen, so unvermischt polnisch gewesen wären, daß von einer deutschen Minoritätssprache nicht die Rede war, im Gegenteil, es sind in Oberschlesien vielleicht auch heute noch mehr Kreise, die einen höheren Prozentanteil an polnisch redender Bevölkerung aufweisen, als es in den am wenigsten mit Deutschen durchsetzten Kreisen der Provinz Posen der Fall ist. Vermutlich wollte man an die bisherige Entwickelung des Volksschulunterrichts in dieser Provinz möglichst anschließen oder man versprach sich von der Beibehaltung des polnischen Sprachunterrichts bessere Erfolge. Letztere Annahme hat sich durchaus nicht bestätigt, was auch nicht wundernehmen kann. Der polnische Sprach- und der ebenfalls in polnischer Sprache erteilte Religionsunterricht nahmen allein 8—10 Stunden in Anspruch; da sich ferner der realistische Unterricht auch an das polnische Lesebuch anzuschließen pflegte, da endlich bei der häufig verziehenden Arbeiterbevölkerung die Kinder oft die Schule wechselten und in der gerade in der Provinz Posen weit verbreiteten Halbtagsschule die Unterrichtszeit wesentlich verkürzt ist, so wurde auch durch das 1873 eingeführte Zweisprachensystem der erwünschte Erfolg hinsichtlich des Sprachunterrichts nicht erreicht. Dazu kam, daß gerade die deutschen Kinder, die in die vornehmlich von polnischen Kindern besuchten Schulen gingen, infolge der Beschränkung des deutschen Unterrichts eine völlig ungenügende Ausbildung erhielten und in ihrer Nationalität gefährdet waren.

Das seit 1873 eingeführte Zweisprachensystem hatte sich als undurchführbar erwiesen. Eine der beiden Sprachen mußte vom Lehrplan der Volksschulen der Provinz Posen abgesetzt werden, wenn in einer etwas Namhaftes geleistet werden sollte. Selbstverständlich konnte dies nur die polnische sein. Man ging daher zu dem System über, wie es seit 1872 im Regierungsbezirke Oppeln durchweg und in Westpreußen fast durchweg mit Erfolg durchgeführt war, allerdings mit einer sehr wesentlichen Einschränkung: der Religionsunterricht in der Muttersprache wurde in der Provinz Posen unter der im Oberpräsidial-Erlaß vom 27. Oktober 1873 angegebenen Bedingung beibehalten.

Der Erlaß vom 7. September 1887, durch den die Aufhebung des polnischen Sprachunterrichts verfügt wurde, ist von gegnerischer Seite aufs heftigste bekämpft worden und zwar sowohl vom staatsrechtlichen als vom pädagogischen Standpunkte.

1. Der Ausschluß der polnischen Sprache als Unterrichtsgegenstand wird als Verletzung der Verträge angesehen, durch die den Polen die Erhaltung ihrer Nationalität und ihrer Sprache ausdrücklich zugesichert sei. Man beruft sich auf die Proklamation bezw. auf das sogenannte Besitznahme-Patent vom 15. Mai 1815. Hier hieß es: „Ihr werdet Meiner Monarchie einverleibt, ohne eure Nationalität verleugnen zu dürfen. Eure Sprache soll neben der deutschen in allen öffentlichen Verhandlungen gebraucht werden."

Fürst Bismarck hat den Nachweis erbracht, daß die Proklamationen, mit denen König Friedrich Wilhelm III. Besitz von den ihm wieder zugefallenen Teilen Süd-

preußens ergriff, kein vertragsmäßiges Abkommen irgendwelcher Art, sondern lediglich die Kundgebung der Absichten des Königs, die Kundgebung der Grundsätze, nach denen er zu regieren gedachte, enthalten. Eine Verpflichtung, diese Grundsätze niemals zu ändern, wie auch immer seine polnischen Untertanen sich benehmen könnten, sei der König in keiner Weise eingegangen. Es könne also, wie er sagte, „aus dem in dunklen Nimbus gehüllten Aktenstück „Besitzergreifungs-Patent", kein juristisches Titelchen zur Unterlage irgend eines Anspruchs daraus hergeleitet werden." Er faßte seine Ansicht in die Worte zusammen: „Ich gebe meinesteils keinen Pfifferling auf irgend eine Berufung auf die damaligen Proklamationen."

Die Gegner der preußischen Schulpolitik haben sich ferner auf den Provinziallandtagsabschied vom 6. August 1841 berufen, in dem es u. a. heißt: „Unsere Allergnädigste Absicht, der polnischen Sprache, als einem vom Unseren Untertanen polnischer Abkunft wertgehaltenen Gute, Achtung und Schutz zu sichern, die Voraussetzungen und Bedingungen, an welche wir diese Zusage knüpfen, haben wir Unseren getreuen Ständen eröffnet.

In diesem Sinne werden Wir Unseren Minister der geistlichen usw. Angelegenheiten mit näherer Anweisung versehen, damit von der polnischen Sprache neben der deutschen, bei dem Unterrichte und namentlich auch auf den höheren Lehranstalten derjenige Gebrauch gemacht werde, der dieser Unserer landesväterlichen Absicht entspricht!"

Die Voraussetzungen und Bedingungen aber, an die diese Zusage geknüpft war, waren in demselben Schriftstück klar zum Ausdruck gebracht; es hieß dort:

„Aber wie jede Gabe an die Bedingung geknüpft ist, daß sie nicht mißbraucht werde, so können auch Wir Unsere Verheißungen und Unsere Absichten von dieser Bedingung nicht lösen. In der untrennbaren Verbindung mit Unserer Monarchie hat das Nationalgefühl der polnischen Unterthanen Unserer Provinz Posen die Richtung seiner ferneren Entwickelung, die feste Schranke seiner Manifestation zu erkennen. Die Verschiedenheit der Abstammung, der Gegensatz der Namen Polen und Deutsche, findet seinen Vereinigungspunkt in dem Namen der einen Monarchie, des Staats, dem sie gemeinsam und für immer angehören, in dem Namen Preußen. Nicht ohne Verschuldung darf diese Tatsache verkannt und der Unterschied der Nationalität als Grundlage eines politischen Gegensatzes wieder hervorgerufen werden. Jeder Versuch, in unklarem Streben eine politische Absonderung des polnischen Elements festzuhalten, hemmt Uns in dem Gang, den Wir in landesväterlicher Fürsorge für das Wohl Unserer polnischen Untertanen begonnen haben. Die Schuld solcher Hemmung aber werden vor ihren Landsleuten diejenigen zu verantworten haben, welche in leidenschaftlicher Verblendung die Stellung des Großherzogtums als Provinz Unserer Monarchie, seine vollständigste und innerlichste Vereinigung mit derselben verkennen."

Aber auch in der schon wiederholt genannten Instruktion vom 24. Mai 1842, die auf jener Bestimmung des Provinziallandtagsabschiedes über das Schulwesen

1. Handelnde Methode im deutschen Unterrichte (Lehrerseminar Lissa i. P.).
2. Schulhaus aus dem 20. Jahrhundert (Netzwalde, Kr. Schubin).
3. Ehemaliges Schulhaus in Hermannshof, Kr. Znin (erbaut 1837, benutzt bis 1908).
4. Schulhaus Gogolin (1772), Landkreis Bromberg.

beruht, hieß es am Schluß ausdrücklich „es ist nicht die Absicht, darin eine für immer unabänderliche Regel herzustellen, vielmehr bleibt es vorbehalten, diese Instruktion jederzeit nach den bei ihrer Ausführung zu sammelnden Erfahrungen und nach dem wahren Bedürfnis, wie es die Zeit ergeben wird, im ganzen oder in einzelnen Teilen aufzuheben oder zu modifizieren".

Ist denn, so kann mit Recht gefragt werden, die Bedingung, an die in den grundlegenden Bestimmungen der Erlaß der Instruktion geknüpft worden ist, erfüllt? Unzweifelhaft kann die Antwort nur so lauten, wie sie Bismarck gegeben hat: „Durch das Verhalten der Bewohner dieser Provinz sind sie vollständig hinfällig und null und nichtig geworden."

Wenn aber der Abgeordnete Dr. v. Stablewski behauptet, daß die Maßnahmen der Regierung auf dem Schulgebiete, insbesondere der Ausschluß der Muttersprache als Unterrichtssprache in der Volksschule sich selbst vom Standpunkt des Völkerrechts nicht rechtfertigen lasse, wenn v. Czarlinski sich an das Abgeordnetenhaus mit der Bitte wendet: „Helfen Sie uns diese naturwidrige sprachliche Unifizierungssucht zu beseitigen!" so sei in Erinnerung gebracht, daß die Izba Educacyina — Erziehungsstube — in Warschau, deren Präsident der Woiwode Stanislaw Potocki war, und der von 1807—1815 das Schulwesen der heutigen Provinz als Teil des neugebildeten Herzogtums Warschau unterstellt war, durch die Verordnung vom 27. November 1809 festsetzte, daß in allen Elementarschulen die polnische Sprache Unterrichtssprache sein sollte. Diese polnische Schulbehörde hat von der großen Anzahl deutscher Lehrer für den Unterricht das Erlernen der polnischen Sprache innerhalb zwei Jahren verlangt, „in der Einsicht der unbedingten Notwendigkeit, daß alle Einwohner des Landes, unter dessen Regierung sie leben, die Landessprache verstehen, sowohl für gewöhnliche Angelegenheiten im Leben, als auch für die Interessen des Handels, der Rechtspflege, desgleichen für den Genuß der Bürgerrechte und zur Ausübung von Zivil- und militärischen Ämtern, zu welchen sie berechtigt sind."

Damals, als es sich um Einführung der polnischen Sprache als Unterrichtssprache handelte, erhob sich für „die natürlichen Rechte eines Volkes an seine Sprache" keine Stimme, trotzdem die Verfügung auch in den Schulen des Netzegaues, deren Schüler überwiegend deutsch waren, ohne jede Einschränkung durchgeführt werden mußte.

Der gegen die preußische Unterrichtsverwaltung erhobene Vorwurf, als ob es sich nach dem Erlaß vom 7. September 1887 nicht mehr um ein besseres, nicht mehr um ein Erlernen der deutschen Sprache überhaupt handele, sondern um das feste und bewußte Ziel „vollständige Unterdrückung der polnischen Sprache", um „gewaltsame, rücksichtslose Germanisierung durch die Schule", „vollständige Proskription der polnischen Sprache in der Volksschule", „Vernichtung der höchsten Heiligtümer des polnischen Volkes — Religion und Sprache —" und wie die Schlagwörter heißen mögen, muß aufs bestimmteste abgelehnt werden. Denn abgesehen davon, daß, wie wir gesehen haben, es sich als schlechterdings unmöglich

erwiesen hatte, in der Volksschule gleichzeitig zwei Sprachen erfolgreich zu lehren, sprechen u. a. folgende Tatsachen dagegen: Auch in Westpreußen bzw. Oberschlesien wird der Unterricht in Religion bestimmungsgemäß seit 1872 bzw. 1873 auf der Unterstufe den nicht deutschen Kindern in der Muttersprache erteilt.

In der Provinz Posen ist von der den beiden Bezirksregierungen im Oberpräsidialerlaß vom 27. Oktober 1873 gegebenen Ermächtigung: „wenn die Kinder polnischer Zunge in der Kenntnis der deutschen Sprache soweit vorgeschritten sind, daß ein richtiges Verständnis auch bei der in deutscher Sprache erfolgenden Unterweisung erreicht werden kann, so ist sie auch in Religion und Kirchengesang auf der Mittel- und Oberstufe als Unterrichtssprache einzuführen", mit der größten Vorsicht Gebrauch gemacht. In keiner Schule ist diese Änderung vorgenommen, ohne daß nicht zuvor eine gründliche Revision zur Feststellung der Sprachfertigkeit und des Sprachverständnisses der Kinder durch den zuständigen Regierungs- und Schulrat stattgefunden, und ohne daß nicht nach eingehender Berichterstattung die Abteilung für Kirchen- und Schulwesen unter Vorsitz des Regierungspräsidenten in jedem einzelnen Falle einen besonderen Beschluß gefaßt hätte. Selbst in der Stadt Posen mit ihrem reich entwickelten, mit einer Ausnahme 7stufigen Simultanschulsystem ist die deutsche Unterrichtssprache in Religion auf der Mittel- und Oberstufe erst 1900 gelegentlich der Eingemeindung der Vororte, die zum Teil schon deutschen Religionsunterricht hatten, eingeführt worden. Trotzdem im Laufe der letzten vierzig Jahre die äußeren und inneren Schulverhältnisse auch in der Provinz Posen ganz wesentlich gebessert und gerade auch auf dem Gebiete des deutschen Sprachunterrichts erhebliche Fortschritte zu verzeichnen sind, wird noch in beinahe 800 Schulen der katholische Religionsunterricht auf allen Stufen in polnischer Sprache erteilt, gewiß ein Beweis von der Gewissenhaftigkeit, mit der die Schulbehörde jene Bestimmung des Oberpräsidialerlasses handhabt, und daß ihr nichts ferner liegt, als wie in einseitiger oder gar gewaltsamer Weise zu germanisieren und die polnische Sprache zu unterdrücken

Endlich muß aber auch hervorgehoben werden, daß die preußische Unterrichtsverwaltung in Westpreußen und Oberschlesien, wo, wie gesagt, schon seit vierzig Jahren ein besonderer polnischer Sprachunterricht gar nicht mehr erteilt und die polnische Sprache nur noch in Religion auf der Unterstufe gebraucht ist, eingehende Ermittelung darüber angestellt hat, ob die polnischen Kinder durch den Wegfall des besonderen polnischen Sprachunterrichts ihrer Muttersprache entfremdet würden. Es ist ausnahmslos das Gegenteil festgestellt: Die Kinder waren des Polnischen durchweg mächtig; da sie das lateinische Alphabet in der Schule vollkommen sicher beherrschen lernen, so gelangen sie ohne Zutun der Schule in den Besitz polnischer Lesefertigkeit. Hinwiederum ist in diesen Landesteilen der zweite in dem obenerwähnten Altensteinschen Ministerialerlaß vom 13. Dezember 1822 hervorgehobene Gesichtspunkt, daß die polnischen Kinder sich volle Fertigkeit im Gebrauch der deutschen Sprache beim Austritt aus der Schule angeeignet haben, durch dieses System erreicht. Dieser Erfolg ist aber, wie nicht nachdrücklich genug hervorgehoben werden kann, nur dadurch ermöglicht worden, daß die Volksschule einen durchaus deutschen Charakter erhalten hat.

Zu gerechter Beurteilung und voller Würdigung der Wirksamkeit der preußischen Unterrichtsverwaltung darf in diesem Zusammenhange nicht unerörtert bleiben, in welchem Umfange sie der in dem bereits erwähnten Provinziallandtagsabschiede vom 6. August 1841 übernommenen Verpflichtung „den Bewohnern des Großherzogtums Posen gleich den übrigen Untertanen alle die Bildungs- und Unterrichtsmittel zu gewähren, durch deren Benutzung sie sich zum Eintritt in die verschiedenen Verhältnisse des Lebens befähigen können", nachgekommen ist. Wir müssen uns auf einige Beispiele beschränken:

Bei der Übernahme des Netzedistrikts 1772—73 fand die preußische Verwaltung keine einzige Volksschule vor: es gab nur 19 katholische Organisten, die einige Kinder im polnischen Lesen und im Katechismus unterrichteten und zur Hilfeleistung beim Kirchendienste anleiteten. Dreizehn evangelische Schulhalter unterrichteten in den Hauländer-Holländer Gemeinden neben ihrem Handwerk im Lesen, Schreiben und im lutherischen Katechismus und lasen Sonntags die Predigt aus einer Postille vor. Auf ihr Amt waren sie in keiner Weise vorbereitet und waren daher unfähig, einer Volksschule vorzustehen; die Gemeinde setzte sie eigenmächtig ein und ab. Zu der Errichtung wirklicher Volksschulen hat erst Friedrich der Große durch den Kabinettsbefehl Potsdam, den 6. Oktober 1774, den er an den Geheimen Oberfinanzrat v. Brenkenhoff richtete, die Anregung gegeben:

„Bester, besonders lieber Getreuer!" Um zur Ansetzung der in Westpreußen (bezieht sich speziell auf den damals noch dazu gerechneten Netzedistrikt) höchst nöthigen Schulmeisters einen sicheren Fonds von jährlich 10,000 Rthlr., den ich aus den Landesrevenüen, die zur Erfüllung des dermaligen Etats noch nicht einmal hinreichend sind, nicht nehmen kann, aufschaffen und anweisen zu können, bin ich gewillet, Landgüter des Ertrages von jährlich 10,000 Rthlr., wozu ich das Kaufpretium nicht eher als künftigen Trinitatis anweisen kann, ankaufen zu lassen. Nach dergleichen considerablen Gütern wollet Ihr Euch demnach zum voraus umsehen und mir solche vorschlagen. Sie sollen demnächst mit dem Namen „Schulgüter" beleget, und deren Revenuen obgedachter Maßen zur Salarirung der Schulmeisters angewendet werden.

Ich bin Euer gnädiger König Friedrich.

Der Erfolg der Tätigkeit der preußischen Staatsregierung auf diesem Gebiete war, daß in dem Netzedistrikt einschließlich der Teile des Regierungsbezirks Bromberg, die erst 1793 an Preußen fielen, bis zum Tilsiter Frieden nicht weniger als 267 (77 katholische und 190 evangelische) Volksschulen begründet waren. Als der Netzedistrikt 1815 wieder an Preußen zurückkam, hatte sich die Zahl der Volksschulen nur um 22 vermehrt. Die sächsische Regierung hatte zwar eine Schulverordnung erlassen, aber sie nicht zur Ausführung gebracht. In den rund hundert Jahren, seitdem der heutige Regierungsbezirk Bromberg wieder in preußische Verwaltung gekommen ist, hat sich die Zahl der Volksschulen von 289 auf 1225 (640 evangelische, 430 katholische, 139 paritätische, 26 jüdische) Schulen mit 140343 Kindern (63044 deutscher, 24640 polnischer Muttersprache, 52659 zweisprachig), die von 2463 (1337 evangelischen, 1101 katholischen, 25 jüdischen) Lehr-

kräften unterrichtet und von 20 hauptamtlichen Kreisschulinspektoren beaufsichtigt werden, vermehrt. Auf eine Lehrkraft entfielen durchschnittlich rund 57 Kinder. Die Aufwendungen aus Staatsfonds sind für das Volksschulwesen in diesem Bezirk von 1700008 M. im Jahre 1801 auf 5442450 M. im Jahre 1909 gestiegen; da der Gesamtertrag an Staatseinkommen- und Vermögenssteuer 1909 nur 2308949 M. im Bromberger Regierungsbezirk betrug, so verausgabte die Staatsregierung allein für das Volksschulwesen über drei Millionen mehr als sie überhaupt an Steuern aus diesem Bezirk erhielt. Dazu kommen die erheblichen staatlichen Baubeihilfen, die im Regierungsbezirke Bromberg in den Jahren 1898 bis 1909 für 273 Schulneu- und 100 Erweiterungsbauten 6 Millionen Mark betrugen, ungerechnet die von der Ansiedelungskommission in den Jahren 1886—1909 für diesen einen Bezirk für Schulbauten aufgewendeten 3102320 M.

In der Stadt Bromberg gab es 1815 keine einzige öffentliche Volksschule, obgleich die Stadt damals schon 6000 Einwohner zählte. Die zur Zeit Friedrichs des Großen errichtete zweiklassige Volksschule war unter sächsischer Regierung 1808 aufgehoben und das Haus der Militärwache überwiesen. 10 Privatschulen führten ein höchst kümmerliches Dasein, von denen die drei besten von zwei Kandidaten der Theologie und einem jüdischen Lehrer gehalten und von 15, 10 und 11 Schülern besucht wurden; die anderen, die von zwei Schiffern, einem Schuhmacher, einem Schneider, einer Soldatenfrau usw. geleitet wurden, waren noch geringer besucht. Heute unterhält die Stadt sechs siebenstufige Volksschulen, die von etwa 4900 Kindern besucht und von 75 Lehrern und 24 Lehrerinnen unterrichtet werden, sowie eine sechsklassige Hilfsschule für Schwachbegabte mit etwa 140 Kindern und 6 Lehrkräften. Ausschließlich des Mietswertes der stattlichen Volksschulgebäude betrugen die Ausgaben 1911 405900 M., von denen z. B. 3582 M. für die schulärztliche Tätigkeit einschließlich der Kosten für Stotterheilkurse und spezialärztliche Behandlung armer Schulkinder, 3500 M. für den Haushaltungsunterricht, für Leitung von Jugendspielen 1710 M. aufgewendet worden sind. Der bare Zuschuß der Stadt beträgt 302850 M. Außerdem unterhält die Stadt je eine Knaben- und Mädchen-Mittelschule, die, abgesehen vom Mietswerte der Gebäude, 32280 bzw. 33400 M. städtischen Zuschuß erfordern.

Der Regierungsbezirk Posen hatte 1815 254 Volksschulen, heute zählt er 1895 (657 evangelische, 1081 katholische, 152 paritätische, 25 jüdische) Schulen mit 271030 (70544 deutschen, 200492 polnischen bzw. zweisprachigen) Kindern, die von 3920 (1453 evangelischen, 2419 katholischen, 48 jüdischen) Lehrkräften unterrichtet und von 41 hauptamtlichen Kreisschulinspektoren beaufsichtigt werden. Auf eine Lehrkraft entfallen etwa 69,5 Kinder.

In der Stadt Posen bestand nach einem Bericht des Dekans Liskowski 1819 „nur eine, dazu noch eine unorganisierte Elementarschule zu St. Mariam Magdalenam, in der durch einen Lehrer 120 Knaben und 60 Mädchen aus allen Stadtteilen unterrichtet wurden". Heute unterhält die Stadt 13 Volksschulen und eine Hilfsschule für Schwachbegabte, die 1912 von 10884 Kindern besucht und von 273 Lehrern und 82 Lehrerinnen unterrichtet werden und zu deren Unterhaltung

die Stadt 151292 M. Zuschuß gewährt; hierzu kommen noch 55200 M., die für das Volks- und Mittelschulwesen gemeinsam verausgabt werden.

Auf dem Gebiet des letzteren steht die Stadt Posen in erster Reihe, hat sie doch 1858 die erste Mittelschule im preußischen Staat eröffnet. Heute besitzt sie vier Mittelschulen mit 2434 Schülern und 1748 Schülerinnen; wegen Einrichtung einer fünften Schule schweben Verhandlungen; die Zahl der Lehrerstellen beträgt 88, die der Lehrerinnen 23. Die Ausgaben belaufen sich auf 701080 M., der städtische Zuschuß beträgt 305280 M. Allein für den hauswirtschaftlichen Unterricht der Mittel- und Volksschulen ist für 1912 die Summe von 13977 M. ausgeworfen. In den letzten neun Jahren sind für Neubauten von Volks- und Mittelschulen 2549400 M. aufgewendet.

In der Provinz Posen waren nach der Wiederübernahme durch den preußischen Staat 1815 die 543 Schulen nur von ungefähr 31000 Schülern besucht, diese bildeten nur 17 Prozent der schulpflichtigen Kinder (181000). Noch 1824 besuchten im Bezirk Bromberg nur $^6/_7$ der schulfähigen evangelischen, $^1/_2$ der katholischen, $^2/_5$ der jüdischen Kinder die Schule; während 1837 im ganzen preußischen Staat von 10000 schulpflichtigen Kindern durchschnittlich 8000, also $^4/_5$ die Volksschule besuchten, war dies im Bromberger Bezirk nur bei 5930, im Posener bei 6588 der Fall. Die Zahl der Analphabeten bei der militärischen Aushebung ist im Bezirk Posen von 46,02 im Jahre 1836/7 auf 0,00, im Bezirk Bromberg von 41,44 auf 0,00 Prozent im Jahre 1910 zurückgegangen. Bezeichnend ist auch, daß nach einer Übersicht aus dem Jahre 1824 die die Schule besuchenden Kinder zu den Landesbewohnern in Preußen 1 : 8, in Polen dagegen 1 : 78 betrugen.

Es soll selbstverständlich nicht bestritten werden, daß auf dem Gebiet des Volksschulwesens der Provinz Posen noch viel, sehr viel zu tun übrig bleibt: im Reg.-Bezirk Bromberg gab es 1911 noch 342 und im Reg.-Bezirk Posen 937 überfüllte Schulen. Aber daß die Unterrichtsverwaltung stetig an der Verbesserung der Schulverhältnisse arbeitet, beweist der Umstand, daß die Zahl der überfüllten Schulen in der Zeit vom 1. Mai 1911—1. Mai 1912 im Reg.-Bezirk Bromberg um 40, im Reg.-Bezirk Posen um 20 Schulen, und die Zahl der Kinder, die diese überfüllten Schulen besuchten, in dem gleichen Zeitraum im Bromberger Bezirk von 54307 auf 48739, im Posener von 150420 auf 153416 zurückgegangen ist. Unter den überfüllten Schulen waren am 1. Mai 1911 im Bezirk Posen noch 526, in denen auf eine Lehrkraft 100 bezw. 90 entfielen, im Bezirk Bromberg noch 128; die Zahl dieser Schulen war am 1. Mai d. J. auf 506 bezw. 117 herabgegangen.

Zu diesen statistischen Angaben aus der Provinz Posen fügen wir noch ein Beispiel über den Stand des Volksschulwesens in Westpreußen im Jahre 1911 bei: Danzig besitzt 34 Volksschulen mit 440 Klassen, 19416 Kindern, und zwar 10230 Knaben — 6294 evangelisch, 3900 katholisch, 36 jüdisch — und 9186 Mädchen — 5497 evangelisch, 3672 katholisch, 17 jüdisch. — Die Zahl der Lehrer beträgt 303 — 184 evangelisch, 118 katholisch und 1 jüdisch —, die der Lehrerinnen 140 — 95 evangelisch, 50 katholisch, 1 jüdisch —.

Auf dem Gebiete des Lehrerbildungswesens hat Preußen bei der Besitzübernahme in beiden Provinzen nicht den geringsten Ansatz vorgefunden. Im Jahre 1800 wurde zunächst die Ausbildung südpreußischer Seminaristen in Züllichau begonnen und schon 1804 durch Eröffnung des ersten Königlich Preußischen Lehrerseminars im Posener Lande für eine staatlich geregelte Ausbildung der Lehrer in einer in gewissem Sinne mustergültigen Weise Sorge getragen. (Vergl. Dr. Max Kolbe, das Südpreußische Posener Schullehrer-Seminar. Festschrift. 1904. Rawitsch, Frank.) Einer der tüchtigsten Schulmänner, über die Preußen verfügte, „der wohlgelahrte, liebe getreue" Jeziorowski, aus Oberschlesien gebürtig, wurde schon 1801 für diese Stellung ausersehen; es wurde ihm auf Veranlassung des Ministers von Voß Gelegenheit gegeben, „die berühmtesten Schulinstitute in Deutschland und der Schweiz" zu besuchen und sich insbesondere mit den Pestalozzischen Unterrichtsgrundsätzen in Burgdorf vertraut zu machen; denn der Minister von Voß war von der Anwendbarkeit der Methode Pestalozzis unter den Polen besonders überzeugt, wie wir aus einem Berichte Friedrich Wilhelm III. entnehmen, der sich offenbar auf ein Schreiben Pestalozzis gründet: „Sie ist für wenigkultivierte Gegenden vorzüglich anwendbar, indem sie sich an die Naturkraft roher Völker bestimmt leichter als an die Kunstschwäche einer elenden oder schiefen Halbkultur anschließt. Ich sehe dem Zeitpunkt mit Sehnsucht entgegen, in welchem Jeziorowski die Mittel des Volksschulunterrichts auf gemeinen Menschenverstand, auf Arbeit und Berufskraft, auf Unschuld des Herzens und gebildete Weisheit des Menschen in seinen einzelnen Verhältnissen anwenden wird."

In dem ehemaligen Reformatenkloster in Posen — jetzt Taubstummenanstalt — hat er dann von 1804—9 eine reiche Tätigkeit entwickelt. — Von 1809 ab widmete er seine Kräfte dem „katholischen Schul- und Geistlichen-Wesen in Westpreußen".

Im Reg.-Bezirk Bromberg wurde die Leitung des 1820 eröffneten Lehrerseminars einem Schüler von Harnisch übertragen. Heute sorgen für den Bedarf an Lehrkräften in der Provinz Posen sechs evangelische, sieben katholische und ein paritätisches Lehrerseminar, die von 1420 Schülern besucht werden, sowie zwei Volksschullehrerinnenseminare; ferner sieben evangelische, sieben katholische und zwei paratätische Präparanden-Anstalten mit 1018 Zöglingen. In Westpreußen hat die preußische Staatsregierung je sechs evangelische und katholische Lehrerseminare und fünf evangelische sowie sieben katholische Präparandenanstalten eingerichtet. Die Lehrerbildungsstätten beider Provinzen sind zum allergrößten Teile in mustergültig ausgestatteten, stattlichen Gebäuden untergebracht. Außerdem hat die Unterrichtsverwaltung seit 1910 einen ständigen staatlichen wissenschaftlichen Fortbildungskursus zur Ausbildung von Seminarlehrern unter Leitung des Provinzialkollegiums in Posen begründet; zum Eintritt ist die Mittelschullehrerprüfung erforderlich; der Kursus dauert zwei Jahre und schließt mit einer Prüfung. Ferner besteht seit einem Jahr ein privater Lehrerfortbildungskursus in Ostrowo, an dem sich gegen 150 Lehrer beteiligen.

Auf dem Gebiet des höheren Schulwesens fand die preußische Regierung im Bezirk Bromberg keine Anstalt vor, die nur im entferntesten auf den Namen

einer höheren Schule oder eines Gymnasiums hätte Anspruch erheben können, denn das Chorschulinstitut in Tremessen mit zwei Klassen und zwei Lehrern ging nur wenig über das Ziel einer Elementarschule hinaus; die Klosterschule in Pakosch, an der Reformatengeistliche freiwillig und unentgeltlich den Unterricht erteilten, ging am 13. Mai 1819 ein, die Szkola Glówna in der Stadt Bromberg mit drei Klassen und drei Lehrern hatte zwar unter der sächsischen Regierung noch eine Elementarklasse mit einem Lehrer erhalten, befand sich aber 1815, obgleich sie noch 130 Schüler zählte, in einem sehr verwahrlosten Zustande; die Schüler wurden etwa bis zur Tertia eines Gymnasiums gebracht.

Günstiger lagen die Verhältnisse im Reg.-Bezirk Posen, denn in der Stadt Posen befand sich eine Departementsschule, das heutige Marien-Gymnasium, und in Lissa die von den aus der Heimat geflüchteten Böhmischen Brüdern 1550 begründete und 1624 von dem Grafen Leszczynski zu einem Gymnasium ausgestaltete Schule, an der Johann Amos Comenius 1628—41 als Lehrer und 1641 bis 50 als Rektor gewirkt hatte. Zur Erinnerung an ihn erhielt die Anstalt bei der Einweihung des Comeniusdenkmals die Bezeichnung „Comeniusgymnasium". Heute zählt die Provinz 27 höhere Knabenschulen und zwar 18 Gymnasien, ein Progymnasium, ein Realgymnasium, zwei Oberrealschulen, fünf Realschulen; nach dem Frankfurter System ist ein Gymnasium ganz, drei Gymnasien sind zur Hälfte eingerichtet; 24 Anstalten sind staatlich und erhalten einen Staatszuschuß von 1500000 M., drei, die Oberrealschule in Bromberg, die Realschule in Colmar i. P. und Schwerin sind städtisch und erhalten eine staatliche Beihilfe von 18000 M. Die Besuchsziffer beträgt auf den gymnasialen Anstalten 7140, auf den realistischen nur 2872.

In Westpreußen lagen die Verhältnisse auf dem Gebiete des höheren Schulwesens naturgemäß erheblich günstiger; es sei nur an das 1558 gegründete städtische Gymnasium in Danzig, das ebenso wie die 1473 in Culm als „studium particulare" errichtete Schule und das 1608 in Thorn begründete „gymnasium classicum" vorübergehend die Bezeichnung „gymnasium academicum" führte, an die alte Marienburger Gelehrtenschule, an das bis ins dreizehnte Jahrhundert zurückreichende Gymnasium in Marienwerder, an die ehemalige Jesuitenschule in Deutsch-Krone und an die 1535 als Pflanzstätte der Reformation vom Rate der Stadt Elbing begründete Gelehrtenschule erinnert, an der von 1803—7 der spätere Staatsrat Süvern wirkte, der sich durch Einführung der Pestalozzischen Grundsätze in Preußen und durch den ersten Entwurf zu einem preußischen Unterrichtsgesetze ein bleibendes Andenken erworben hat. — Heute hat Westpreußen fünfzehn Gymnasien und zwei Progymnasien, vier Real- und zwei Prorealgymnasien, drei Ober- und fünf Realschulen, von denen 24 staatlich, sieben städtisch sind; die Besuchsziffer beträgt insgesamt 10550; 4800 Schüler befinden sich auf den Realanstalten. Ein Gymnasium, sechs Realgymnasien sind als Reformanstalten eingerichtet oder in der Umwandlung begriffen.

Was endlich die höheren Mädchenschulen betrifft, so fand die preußische Regierung z. B. in der Stadt Posen eine von dem späteren Gymnasialdirektor Raulfuß

Ostern 1803 eröffnete Töchterschule vor (vergl. Konopka, Privatschulwesen der Stadt Posen seit 1815, Zeitschrift der Hist. Ges. XXVI. 1911), die drei Klassen umfaßte; als Unterrichtsfächer wurden aufgeführt: Polnisch, Deutsch, Französisch, Italienisch, Rechnen, Schreiben, Geschichte, Erdkunde, Naturgeschichte, Moral, Geschmackslehre, Religion, Zeichnen, Malen, Stricken, Nähen, Putz- und Kleidermachen. 1829 entstand die heutige Königliche Luisenstiftung als Privatschule; sie führt ihren Namen nach der Prinzessin Luise, der Nichte Friedrich des Großen, die als Gattin des Fürsten Anton von Radziwill, des Statthalters der Provinz Posen, seit 1815 in Posen in dem ehemaligen Jesuitenkloster residierte. Die Stiftung umfaßt Lyzeum, Oberlyzeum mit einer Mädchenmittelschule, Frauenschule und Studienanstalt. Außerdem gibt es in der Stadt Posen drei private Lyzeen, die in stattlichen, mustergültigen Neubauten untergebracht sind, deren Errichtung wesentlich durch Schulbauvereine ermöglicht wurde, zu deren Begründung der Direktor des Provinzial-Schulkollegiums Oberregierungsrat Daniels die Anregung gegeben hat. In der Provinz Posen bestehen außer den städtischen Lyzeen und Oberlyzeen in Bromberg und Schneidemühl private Lyzeen in Hohensalza und Lissa. Siebzehn Städte unterhalten öffentliche Mädchenschulen, zu denen noch neunundzwanzig private höhere bezw. gehobene Mädchenschulen kommen. Die anerkannten höheren Frauenbildungsanstalten zählen zurzeit 2531 evangelische, 784 katholische und 444 jüdische = 3759 Schülerinnen.

In Westpreußen gibt es wie in der Provinz Posen eine Studienanstalt und eine Frauenschule; dagegen besitzt diese Provinz sechs Oberlyzeen mit 355 Schülerinnen und zehn öffentliche Lyzeen mit 3082 Schülerinnen, außerdem neun private.

In der Provinz Posen war auch in Mädchenschulen das Polnische Unterrichtsfach und wurde z. B. in der Luisenschule neben dem Deutschen und Französischen besonders gepflegt, ja die Regierung genehmigte es 1833 nur ungern, daß deutsche Beamtentöchter vom Polnischen befreit wurden. Heute gilt selbstverständlich auch für das gesamte Mädchenschulwesen dieser Provinz uneingeschränkt die Bestimmung, daß der Unterricht im Deutschen, dessen Aufgabe insbesondere die Belebung des vaterländischen Sinnes durch liebevolle Beschäftigung mit unsrer Muttersprache ist, seine Aufgabe nur erfüllen kann, wenn er von der Gesamttätigkeit der Schule unterstützt wird. —

Diese Beispiele über den Stand des Unterrichtswesens im Jahre 1772 bezw. 1815 und in der Gegenwart dürften das Urteil rechtfertigen, daß die preußische Unterrichtsverwaltung von der polnischen Regierung zwar „eine vortreffliche Gesetzgebung“ — den von der polnischen Edukationskommission ausgearbeiteten Plan mit einer umfassenden Organisation des Schulwesens — vorgefunden hat, „der nur der Ausführung nicht entsprach!“, daß aber Preußen unablässig und mit Erfolg bestrebt gewesen ist, der so lange verwahrlosten Bevölkerung deutsche Bildung zuzuführen und die neuerworbenen, ehemals polnischen Landesteile in der allgemeinen Volkserziehung und der höheren Bildung den alten Provinzen allmählich zu nähern. Wenn sich aber in den letzten Jahrzehnten, wie die polnische Presse rühmend hervorhebt, ein polnischer Mittelstand entwickelt hat, so ist das

der preußischen Staatsregierung und zwar mit in erster Linie der preußischen Unterrichtsverwaltung zu verdanken. Trotz des Undanks, den sie für ihre der polnischsprechenden Bevölkerung aller Stände erwiesenen Wohltaten bisher geerntet hat, hat sie gerade in der Provinz Posen unter weitgehendster Schonung der Eigenart der Bevölkerung die Angliederung dieser Landesteile auf dem Wege der langsamen allmählichen Entwicklung angestrebt und nur da, wo wichtige staatliche und die eigenen Interessen der heranwachsenden polnischen Bevölkerung durch die polnische Bewegung aufs schwerste geschädigt wurden oder geschädigt zu werden drohten, die Maßnahmen ergriffen, die ihr Pflicht und Gewissen geboten.

2. Es ist bereits oben angedeutet, daß die Einführung der deutschen Unterrichtssprache und der Ausschluß der polnischen Sprache in den Volksschulen der Provinz Posen bezw. Westpreußen von den Polen auch vom pädagogischen Standpunkte der schärfsten Kritik unterzogen ist. Bei Besprechung des Unterrichtswesens der beiden Provinzen dürfen wir die Verurteilung dieses Systems, das, wie wir sahen, zumal in der Provinz Posen mit der denkbar größten Zurückhaltung und Vorsicht erst nach langjährigen Erwägungen zur Einführung gelangt ist, umsoweniger mit Stillschweigen übergehen, als diese Maßnahmen auch deutscherseits nicht immer ihrer Bedeutung entsprechend gewürdigt werden.

Wir geben zunächst eine kurze Zusammenfassung jener Angriffe, wie sie seit Jahrzehnten in der Presse und im Abgeordnetenhause gegen die Schulbehörden gerichtet werden.

Die Unterrichtsverwaltung gehe einen ganz verkehrten, naturwidrigen Weg, indem sie die Muttersprache als Unterrichtssprache von dem Eintritte des Kindes in die Schule ausschließe; bei der üblichen Methode müßten 6—7 jährige Kinder mit ihrem ganzen Vorstellungskreise und mit ihrem Wortschatze, den sie aus dem Elternhause mitbrächten, auf einmal brechen. Es könne keine größere Qual gedacht werden, als daß das Kind das Lesen und Schreiben in einer ihm fremden Sprache und noch dazu durch die Vermittlung einer ihm unverständlichen Sprache lernen solle; es könne sich dabei lediglich um äußere Dressur handeln, ohne daß das Denkvermögen dadurch angeregt würde. Sei es schon unmöglich, zum Verständnis des Kindes zu gelangen und seine geistigen Fähigkeiten zu entwickeln, um wie viel weniger könne sein Gemüt erwärmt und veredelt werden; in dem angeblichen Bestreben, die Polen durch Einführung der deutschen Unterrichtssprache aus ihrer materiellen Absonderung zu befreien, opfere man ruhigen Gewissens die moralischen und religiösen Interessen der Bevölkerung. Daß an polnische Schulen Lehrer geschickt würden, die die Muttersprache der Kinder nicht verstehen, wird als krankhafte Erscheinung des Chauvinismus bezeichnet; auf sie wird es zurückgeführt, daß dem Lehrer die Geduld ausgehe und er zu dem Stocke seine Zuflucht nehme, wenn die Kinder ihn nicht verstehen.

So soll sich denn nach dem Urteil des früheren Abgeordneten Dr. v. Stablewski auf dem Gebiete des Volksschulwesens der ehemals polnischen Landesteile „ein Bild“ entrollen, „in dem die religiöse Erziehung, der sittliche Fortschritt, die natur-

gemäße Entwicklung von Generationen der Jugend kaltblütig der Staatsräson einer sprachlichen und nationalen Unifizierung geopfert werden."

Es ist selbstverständlich, daß, nachdem der Unterricht in den zweisprachigen Volksschulen seit 1873 auf eine ganz neue Grundlage gestellt war, sich erst ganz allmählich ein naturgemäßes Unterrichtsverfahren mit der reifenden technischen Einsicht auf Grund der gemachten Erfahrungen entwickeln konnte. Das aber steht fest, daß der deutsche Sprachunterricht in den polnischen Volksschulen nie geisttötender und mechanischer betrieben worden ist, als in der Zeit, in der in den polnischen Schulen die deutsche Sprache auf Grundlage der Muttersprache mittelst der sogenannten Übersetzungsmethode erlernt wurde, in der Zeit also, in der die Volksschulen unserer beiden Provinzen unter der Aufsicht und dem Einfluß des polnischen Klerus standen.

Es ist ferner eine unumstößliche Tatsache, daß bereits unmittelbar vor der Aufhebung des polnischen Sprachunterrichts 1887 die Hirtsche Fibel für Landschulen, insbesondere für zweisprachige Schulen Breslau 1886, die in dem Zweisprachengebiet zur allgemeinen Einführung gelangte, erschien; in ihrem Vorwort war die Frage erörtert, wie das polnische Kind anzuleiten sei, die ihm fremde Sprache zu verstehen und mit innerer Beteiligung gebrauchen zu lernen, und gefordert, daß derartige Sprachübungen dem Schreibleseunterrichte vorauszugehen hätten. Es waren die Grundsätze, die im wesentlichen noch heute maßgebend sind.

Es ist hier nicht der Ort, jene Angriffe im einzelnen zu widerlegen. Nur darauf sei aufmerksam gemacht, daß die polnische Kritik die Voraussetzungen bewußt oder unbewußt übersieht, die die Erteilung eines geist- und gemütbildenden Unterrichts in deutscher Sprache auch in Schulen mit Kindern polnischer Muttersprache in vollem Umfange ermöglichen, richtiger gewährleisten.

Erstens: Das polnische Kind hat bei seinem Eintritte in die Schule „die meisten und wichtigsten Unterrichtsgrundlagen und Bildungselemente mit dem deutschen gemein und steht für den sofortigen planmäßigen Unterricht nur darin gegen jenes zurück, daß es wenig oder garnicht deutsch spricht."

Zweitens: Die Hauptaufgabe der Schule mit Kindern polnischer Muttersprache besteht daher zunächst darin, daß sie in der ihnen fremden Sprache denken, sie mit innerer Beteiligung gebrauchen lernen, und sich den verhältnismäßig recht geringen Sprachschatz aneignen, den ein deutsches Kind beim Schuleintritt zu besitzen pflegt.

Drittens: Die erziehliche Einwirkung auf das Kind und die Entwickelung seiner Denk- und Sprachkraft schließen sich nicht aus, sondern bedingen sich gegenseitig.

Die am meisten interessierende und für die richtige Beurteilung der gegen den deutschen Sprachunterricht in polnischen Schulen erhobenen Angriffe wichtigste Frage dürfte die sein: Wie lernt ein sechs- bis siebenjähriges polnisches Kind in der ihm neuen Sprache denken und sprechen? Im allgemeinen nach den Grundsätzen, nach denen in der Gegenwart der neusprachliche Anfangsunterricht in den mittleren und höheren Schulen erteilt wird. Im einzelnen geben die beiden Abbildungen die Antwort:

Im Schulzimmer wird die dem Kinde vertraute Welt, in der es sich im vorschulpflichtigen Alter die Vorstellungen, die es bei dem Eintritt in die Schule besitzt, erworben und diese in seiner Muttersprache aussprechen gelernt hat, künstlich nachgebildet: auf dem Lande z. B. der Wirtschaftshof, die Bestellung des Ackers, die Heu- und Getreideernte, der Garten, in dem Beete abgesteckt, bepflanzt, begossen usw. werden, der Wald; in der Stadt z. B. der Kaufladen, der Jahrmarkt, das Aufziehen der Wache, die elektrische Straßenbahn; in einer Mädchenklasse z. B. die Küche, in der Kartoffeln gewaschen, geschält und gekocht werden, die Wohnstube, in der der Tisch gedeckt, Mittag gegessen und das Geschirr weggeräumt und abgewaschen wird, die Schlafstube, in der eine Puppe angezogen, gekämmt, ausgezogen, ins Bett gebracht wird. Auf diese Weise bietet sich dem Kinde Gelegenheit, den Gebrauch der ihm bekannten Gegenstände und ihre Beziehung zu der übrigen Welt wie in seiner natürlichen Umgebung zu beobachten, die Tätigkeiten, die es in der Wirklichkeit geschaut hat und die ihm der Lehrer nach Bedarf sprechend noch einmal vormacht, selbst auszuführen und jeden Handgriff sprachlich auszudrücken und so die ihm fremde Sprache in derselben Weise zu erlernen, wie es einst seine Muttersprache erlernte. Wie des Kindes Beobachtungsgabe, sein Bewegungs-, Nachahmungs-, Spiel- und Tätigkeitskeitstrieb, so wird aber bei diesen Sprechübungen auch fortgesetzt seine Denkkraft geübt, weil jede Sprechübung ein in sich abgeschlossenes Ganze bildet und das Kind beim Handeln zum Nachdenken darüber angeregt wird, wozu wir die Gegenstände gebrauchen, inwiefern sie zum Gebrauche zweckmäßig eingerichtet sind, wie sich ähnliche Dinge von einander unterscheiden: z. B. Wozu gebrauchst du den Griffel? Wozu den Schlüssel? — Warum heizen wir ein? Warum trägst du im Winter Handschuhe? Warum hat die Heugabel spitze Zinken? Warum kann das Faß gerollt werden? — Der Lehrer zeigt einen kurzen und einen langen Griffel und fragt, wie ist dieser, wie ist jener Griffel? Vergleicht beide Griffel! — Jeder Gegenstand erfordert in Rücksicht auf seinen besonderen Zweck und die mannigfachen Beziehungen, in die er zu dem Kinde und zu den Dingen treten kann, seine eigenartige Behandlung. An passenden Stellen werden in den Sprechübungen Kinderliedchen, Kinderreime, Kinderrätsel zur Belebung und zur Pflege des Gemüts verflochten. Die besprochenen Dinge werden vom Kinde, wie die Abbildungen zeigen, gezeichnet; hierdurch wird das Schreiben vorbereitet, das Kind betätigt sich und liefert den Beweis, ob es den besprochenen Gegenstand richtig aufgefaßt hat. Wie überall in den zweisprachigen Schulen besonderes Augenmerk darauf gerichtet wird, über der Entwickelung der Denk- und Sprachkraft nicht die erziehliche Einwirkung auf die Kinder zu vernachlässigen, so fehlt auch den Sprechübungen im ersten Schuljahre nicht der ethische Einschlag: es verbindet sich mit ihm fortgesetzt die Gewöhnung z. B. an Höflichkeit, Gefälligkeit, Reinlichkeit, Verträglichkeit, Vorsicht, Gewissenhaftigkeit usw. Diese ungesuchte und gelegentliche, aber fortgesetzte erziehliche Beeinflussung des Kindes ist besonders wertvoll.

Die Sprechübungen in den zweisprachigen Schulen haben zunächst eine allgemeine Bedeutung: sie sind für den gesamten Unterricht in diesen Schulen

grundlegend: durch sie erziehen wir die Kinder polnischer Muttersprache zu auf ausgiebiger Veranschaulichung und scharfem Aufmerken gegründetem geistigem Schaffen und dadurch zum freien Gebrauch der ihnen fremden Sprache. Diese Übungen, die sich mit Rücksicht auf die besonderen örtlichen Verhältnisse außerordentlich mannigfaltig gestalten lassen und dem Lehrer volle Bewegungsfreiheit sichern, haben sodann noch die besondere Bedeutung, daß sie der reichlich sprudelnde Quell sind, aus dem der Lehrer den Stoff für die Übungen im Schreiben und Lesen nach eigener Wahl entlehnt, wie dies auf den Abbildungen wenigstens angedeutet ist. Da das Lesen der kleinen Schreibschrift schreibend erlernt wird, so erübrigt sich bei diesem Verfahren in einem großen Teil des ersten Schuljahrs eine Fibel für die Hand des Kindes; sie dient vielmehr in dieser Zeit ausschließlich dem Lehrer als Leitfaden, von dem er beliebig Gebrauch machen, die darin enthaltenen Schreibleseübungen verändern, beschränken, erweitern kann. So wird in den zweisprachigen Schulen dem Rousseauschen Gedanken, solange wie möglich Wirklichkeits-, keinen Buchunterricht zu erteilen, in der Überzeugung Rechnung getragen, daß „Leben und Handlung" das Kind ungleich lebhafter anregen und fesseln, als eine Fibel mit dem schönsten künstlerischen Bilderschmuck. Und der Erfolg? „Ich habe", so schreibt ein Schulmann, der diesen Betrieb in den Wongrowitzer Schulen kennen gelernt hatte, „die Freude gesehen, die in den Augen der Kinder strahlte, als sie der Lehrer an die Modelle landwirtschaftlicher Geräte führte, um sie durch die Beschäftigung an diesen in der deutschen Sprache zu üben. Und wie gewandt im Ausdrucke waren doch schon die Kleinen, die erst seit Ostern die Schule besuchen; wie eifrig waren sie dabei, einen Sprachfehler ihrer Mitschüler zu verbessern; wie lachten doch die kleinen Schelme, als ein Junge statt ‚Schlüsselloch' ‚Lochschlüssel, sagte! — Ich bin der Ansicht, daß derartige Stunden im Schulbetriebe Freudenstunden im Leben der Kinder sind und daß die Kinder durch einen derartigen Unterricht die deutsche Sprache liebgewinnen würden, wenn dem nicht an andern Orten entgegengearbeitet würde."

Dieses Ziel, daß das Kind polnischer Muttersprache die deutsche Sprache mit innerer Beteiligung gebrauchen lernt, d. h., daß es alles, was es im Unterrichte spricht, mit Erwägung des Inhalts, mit deutlicher Hervorhebung des Sinnes und mit einem Ausdrucke spricht, dem man es anmerkt, daß der Schüler von der Richtigkeit und Wahrheit dessen, was er sagt, persönlich überzeugt ist, wird während der ganzen Schulzeit ununterbrochen in allen Fächern im Auge behalten und mit nie ermüdender Tatkraft und sich stets gleichbleibender Geduld verfolgt. Besonderer Nachdruck aber wird auf das von innerer Beteiligung zeugende Sprechen, Erzählen, Lesen bzw. Singen von Gesinnungsstoffen gelegt. Darin muß die unterrichtliche Arbeit gipfeln, wenn sie bleibende Frucht, „ein Herz voll reiner, seliger Gefühle und heiliger, willenskräftiger Entschlüsse" zeitigen soll. Gewiß ist die unerläßliche Voraussetzung der Erzielung dieser Wirkung, daß die Stoffe zunächst wie etwas vom Lehrer persönlich Erlebtes vorgetragen, die Aufmerksamkeit des Schülers bei der Behandlung fortgesetzt auf den Hauptinhalt

konzentriert, dieser, unter Beiseitelassung alles Nebensächlichen, in anschaulicher, lebensvoller Weise — durch Handlung, Zeichnung, Bild usw. — unter steter Mitwirkung des Schülers verarbeitet wird und zündend in die Seele tritt, daß das gewonnene Verständnis schrittweise für sinngemäßes und ausdrucksvolles Sprechen so verwertet wird, daß der Grundgedanke darin seinen richtigen Ausdruck findet. Aber das alles ist doch von untergeordneter Bedeutung, es ist nur Mittel zum Zweck. Denn ebenso wie der einzelne Sonnenstrahl keine Blüten und Früchte zeitigt, sondern das Erdreich nur zu grünen beginnt, wenn es dauernd den milden Strahlen ausgesetzt wird, so genügt es nicht, daß der religiöse, sittliche oder vaterländische Inhalt der Gesinnungsstoffe dem Verständnis erschlossen und den Kindern einmal ans Herz gelegt wird. Nein stetig und unmittelbar müssen die Lehrstoffe, die „von allem Süßen, was Menschenbrust durchbebt, von allem Hohen, was Menschenherz erhebt" erzählen und singen, ihre Wirkung ausüben, sollen sie eine Macht im Kindesleben werden. Je öfter diese Stoffe im Unterrichte oder bei Feierlichkeiten, Andachten, Schulspaziergängen, Lehrausflügen usw. wiederkehren, je mehr das Kind in sie hineinlegt und sie so spricht, erzählt, singt, daß es sich jedesmal den für sein religiöses, sittliches, nationales Leben bestimmten Inhalt vergegenwärtigt und der Klarheit des Verständnisses und der Innerlichkeit der Auffassung zutreffenden Ausdruck verleiht, um so nachhaltiger wird Gemüts- und Willensleben beeinflußt werden. „Das ausdrucksvolle Sprechen wirkt als elementare Kunstübung unmittelbar auf das Gemüt und setzt dadurch die aktiven Kräfte so stark in Bewegung, daß die Aufmerksamkeit sich von selbst auf den Inhalt der Lehrstoffe richtet."

Gewiß gilt das alles für die rein deutsche ebenso wie für die zweisprachige Schule, und doch hat es für letztere erhöhte Bedeutung und muß in ihr daher mit besonderer Liebe gepflegt werden.

So wie die Verhältnisse in den ehemals polnischen Landesteilen nun einmal liegen, ist das stete Sprechen und Lesen mit innerer Beteiligung der einzige Weg, auf dem wenigstens die Möglichkeit besteht, daß auch das Kind polnischer Muttersprache in Stimmung und Gehalt unseres Märchens, unsrer Sage und Ballade, unsrer Freiheits- und Vaterlandslieder hineinwächst und von dem Geiste, der in deutschem Sang und Klang lebt, nicht unberührt bleibt. Denn das polnische Kind denkt und spricht zum Unterschiede vom deutschen Kinde zuhause in anderer Sprache als in der Schule, ihm bereitet es also erheblich mehr Mühe und Anstrengung, sich immer wieder in den Inhalt der Lehrstoffe hineinzudenken und hineinzuleben als dem deutschen Kinde; es neigt daher viel eher bei der Wiederholung zu einer Wiedergabe ohne innere Beteiligung, zumal Haus und Kirche in der Regel, wie wir oben sehen, alles, was das Kind in deutscher Sprache lernt, unbeachtet läßt, ja ihm womöglich grundsätzlich die Freude daran vergällt. Wie schwer wird es doch dem Lehrer gemacht, dem polnischen Kinde die Gesinnungsstoffe als dauernde und unverlierbare Mitgift einzuhändigen! Darf er wie der Lehrer deutscher Kinder hoffen, daß die edlen Dichtungen, wie es Palleske in seiner „Kunst des Vortrags" so ergreifend schildert, „durch den Mund der Kinder, die oft so viel Anlage dafür

mitbringen, in die dunkle Hütte des armen Mannes dringen?“ Darf er hoffen, daß sie „dort wie ein Lichtstrahl der Schönheit, wie ein tröstlicher Bote aus den Höhen der Menschheit, auf denen bei größerer materieller Freiheit edlere Genüsse der Bildung heimisch sind, wie ein Bote, der verkündet, daß die Kinder der Armen nicht ganz von dieser Bildung und ihren Genüssen ausgeschlossen sind, erscheinen?“ Um so wichtiger aber ist es, daß die Kinder polnischer Muttersprache wenigstens in der Schule diese Freude um so reiner und inniger empfinden und sie sich gegenseitig bereiten. Darum muß gerade der Lehrer zweisprachiger Schulen jede Gelegenheit benutzen, daß das Kind polnischer Muttersprache durch und bei dem Vortrage von Gesinnungsstoffen unvergeßliche Weihestunden erlebt. Diese Wirkung wird aber um so sicherer erzielt, wenn sich der Lehrer des für Verinnerlichung des Inhalts so unvergleichlich wirksamen Mittels der umsichtigen, d. h. dem Inhalte entsprechenden Verwertung des Wechselgesprächs, des Abteilungs- und Chorsprechens zu bedienen versteht.

Der entscheidenden Bedeutung, die dem lebensvollen Vortrage usw. gerade in der zweisprachigen Schule zukommt, wird in den Lehrerbildungsanstalten der Provinz durch Übung im anschaulichen ausdrucksvollen Erzählen und durch wirksame Darstellung wichtiger Szenen aus Dramen und Epen Rechnung getragen. Diese Übungen werden, wie das Bild aus „Hermann und Dorothea“ erkennen läßt, mit den einfachsten im Inventar der Anstalt vorhandenen Mitteln ausgeführt und sind auch für die rechte Würdigung und nachhaltige Wirkung der Dichtung von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Auf Grund dieser Ausführungen, die dem Leser doch wenigstens einen flüchtigen Blick in den inneren Betrieb unserer zweisprachigen Volksschule haben tun lassen, wolle er selbst beurteilen, ob, wie der Abgeordnete von Czarlinski am 20. März 1889 im Abgeordnetenhause behauptet hat, die im 18. Jahrhundert abgeschaffte Folter in den polnischen Volksschulen ihre Auferstehung feiert, oder ob nicht vielmehr in ihnen wenigstens das Bestreben herrscht, im Geiste Goetheschen Erziehungsweisheit zu arbeiten: „Lust, Freude, Teilnahme an den Dingen ist das einzige Reelle und was wieder Realität hervorbringt. Alles andere ist eitel und vereitelt nur.“

Am meisten Bedenken aber sind gegen die Erteilung des katholischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache auf der Mittel- und Oberstufe geltend gemacht, wie er für Westpreußen durchgängig, für den Regierungsbezirk Bromberg fast ausschließlich und für den Regierungsbezirk Posen wenigstens in einem Teile der zweisprachigen Schulen angeordnet ist. Es wird z. B. behauptet, daß, wenn die religiösen Anlagen im Herzen der Kinder belebt und erweckt werden sollen, dies nur durch die Belehrung in der den Kindern verständlichen Muttersprache möglich sei; werde der Religionsunterricht in der Volksschule nicht in der Muttersprache erteilt, so sei der Erfolg dieses Unterrichts in Frage gestellt, „was im Interesse der Religion und Sittlichkeit, wie der Heranbildung treuer Mitglieder der Kirche und guter Staatsbürger tief zu bedauern sei.“

Diesen Bedenken gegenüber möchten wir zunächst feststellen, daß bis vor etwa 50 Jahren, also zu einer Zeit, als die Volksschulen noch lange nicht in dem

1. Zeichenstunde mit Übung im Wandtafelzeichnen (Seminar Wongrowitz). 2. Physikstunde (Seminar Lissa i. P.). Die Arbeiten der einzelnen Schüler werden nacheinander von der ganzen Klasse ausgeführt. 3. Seminargarten in Wongrowitz. 4. Festsaal des Lehrerseminars Wongrowitz. Orchestervereinigung der Schüler.

Maße wie heute die deutsche Sprache förderten, die Bischöfe von Pelplin nicht nur unbedingt forderten, daß die deutsche Sprache in Schule und Kirche weiteren Eingang finde, damit die Bevölkerung an dem deutschen Kulturleben mehr Anteil nehme, sondern „in einem Hirtenbriefe aus den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts in einer geradezu ergreifenden Weise gerade die Kassuben und Nationalpolen darauf hinwiesen, daß der bei ihnen weit verbreitete Irrtum, als sei die Aneignung der deutschen Sprache dem Katholizismus irgendwie nachteilig, zurückgewiesen wird."

Ferner aber möchten wir es nicht unterlassen, zu dieser vielumstrittenen Frage einem katholischen Geistlichen das Wort zu geben, der mit der Treue gegen seine Kirche reiche pädagogische Erfahrung verbindet: dem Pfarrer Kassek in Tarnowitz, der zu dieser Frage u. a. in der Schlesischen Volkszeitung 1909 Stellung genommen hat.

Nachdem er festgestellt hat, daß zwischen dem Zweck des Religionsunterrichts — Erziehung zur Religion, Sittlichkeit, zu treuen Gliedern der Kirche, guten Staatsbürgern und dem Mittel dazu — der Sprache — unterschieden werden müsse, ergibt sich für ihn die Folgerung, daß im Religionsunterrichte die Sprache anzuwenden sei, durch die der Zweck des Religionsunterrichts am sichersten erreicht werde. Auf der Unterstufe könne nur die polnische Sprache die Vermittlerin religiösen Fühlens und Wollens zwischen Lehrer und Schüler sein, weil auf dieser Stufe die deutsche Sprache noch eine Fremdsprache sei. Mit den fortschreitenden Jahren ändere sich aber diese Sachlage, weil die Entwickelung der polnischen Sprachkraft nicht im Verhältnis zu den Forderungen erfolge, die im Verlauf des Religionsunterrichts gestellt werden. Durch den auf Familie und Umgang beschränkten Gebrauch der Muttersprache wachse zunächst das Sprachverständnis nicht in dem Maße, um größere Abschnitte der biblischen Geschichte, zusammenhängende Belehrungen aus dem Katechismus usw. erfassen zu können. „Man lege", so sagt Kassek, „den Finger auf eine beliebige Seite" des Historienbuchs oder eines polnischen Katechismus und prüfe nach, wie viele Vokabeln und Satzkonstruktionen, die dort zur Verwendung kommen, in der Umgangssprache des gewöhnlichen Mannes in Umlauf sind. Man wird erstaunt sein, wie gering das Sprachmaterial ist, das dem Religionsunterrichte der Schule aus dem Hause zufließen kann." „Noch weniger aber als das Sprachverständnis wird die Sprachfertigkeit in der Familie geschult. Und doch ist sie zur Wiedergabe des religiösen Wissens unentbehrlich." „Die Stütze, die also die Sprache des Elternhauses dem polnischen Religionsunterrichte gewährt, ist nicht stark genug, daß sich Religion und Sittlichkeit daran in kräftigen Trieben emporranken könnten. Der polnische Religionsunterricht muß verkümmern wie eine Pflanze, die nicht genügend Lebenssäfte zugeführt erhält. Will man einen vollen Erfolg damit erreichen, so muß notwendig gefordert werden, daß auch der gesamte übrige Unterricht in der Muttersprache erteilt wird. Kassek zeigt nun, daß der Ausschluß der deutschen Sprache ein Unding sei, daß sich aber auch die deutsche Sprache nicht mit der Rolle eines Unterrichtsfaches begnügen könne, vielmehr müsse die volle Arbeits-

wucht der Erlernung der deutschen Sprache gewidmet werden. „Ist dem aber so, so sehe ich keinen andern Ausweg aus dem pädagogischen Dilemma, das die Wahl der Sprache für den Religionsunterricht bedeutet, als den, die deutsche Sprache auch hier anzuwenden und die polnische nur so weit und so lange heranzuziehen, als sie zum verständigen Erfassen des religiösen Wissens und zur Ergänzung religiösen Fühlens und Wollens erforderlich ist." — Wir haben dem nur hinzuzufügen, daß auch in Schulen, in denen in Ermangelung polnisch-sprechender Lehrer auch auf der Unterstufe der Religionsunterricht in deutscher Sprache erteilt werden mußte, sehr günstige Erfahrungen gemacht worden sind, wenn der erste deutsche Sprachunterricht im Sinne der oben dargelegten Grundsätze erteilt wurde.

Auf dem Gebiete des Volksschulwesens hat sich in den ehemals polnischen Landesteilen während der letzten vier Jahrzehnte ein tiefgreifender Umschwung vollzogen: Zweckmäßige, saubere Schulgebäude, die in den Städten sich teilweise als Monumentalbauten erheben, auf dem Lande aber in jüngster Zeit sich der landschaftlichen Umgebung anzupassen beginnen, zeugen davon, daß auch in der Ostmark die Volksschule im Sinne des früheren Bromberger Regierungspräsidenten v. Hippel, „des Rufers zum Streit", „als Grundlage aller geistiger Bildung und des geistigen Kapitalumlaufs" gewürdigt wird; lichte, freundliche, mit praktischem Schulgerät und künstlerischem Wandschmuck ausgestattete Räume laden zu freudiger Arbeit ein; mit Bäumen bepflanzte Turn- und Spielplätze lassen keinen Zweifel darüber, daß auch in den Dörfern mit polnisch redender Bevölkerung im Interesse der Pflege des deutschen Volkstums der deutschen Turnerei eine Stätte bereitet ist.

Vor allem aber ist seit Begründung des Deutschen Reiches in die Schulhäuser am Weichsel-, Netze- und Warthestrand allmählich ein neuer Geist eingezogen: Die deutsche Sprache bildet Grundlage und Mittelpunkt des Volksschulunterrichts; Schulverwaltung und Lehrerschaft sind in regem Wetteifer tätig. Kein Wunder! Wen sollte die verantwortungsvolle, die ideale Aufgabe, die es in den Provinzen Posen und Westpreußen zu lösen gilt, nicht reizen: Der junge Nachwuchs wagemutiger Vorfahren, die einst die Städte nach Magdeburger Recht, die Holländer- und Schulzendörfer, die Friederizianischen Ansiedelungen begründet und an deutscher Sprache und Sitte mit Zähigkeit festgehalten haben, — die Kinder unserer wackeren deutschen Ansiedler, die sich seit 1880 in unseren Provinzen eine neue Heimat begründeten, — nicht minder aber auch die Jugend unsrer polnisch redenden Bevölkerung, die für das große deutsche Vaterland gewonnen werden sollen, — sie alle sind uns ans Herz gelegt, sie alle aufs Gewissen gebunden. Sie alle wollen wir durch einen Unterricht, der sie in ihrem Lebenskreise heimisch macht*), die Bedürfnisse des praktischen Lebens berücksichtigt, die Selbsttätigkeit

*) Um dieses Ziel zu erreichen, wird dem heimatkundlichen Unterrichte mehr und mehr Sorgfalt zugewendet: Lehrer und Schüler wetteifern in der Herstellung heimatkundlicher Lehrmittel — Reliefs, Pläne, Skizzen, Präparate —; zweckmäßig vorbereitete Lehrausflüge werden veranstaltet, heimatkundliche Sammlungen angelegt; alles aus dem Stoffplan Passende wird zur Heimat in Beziehung gesetzt; für die Schülerbücherei werden besonders solche Bücher ausgewählt, deren Märchen, Sagen

kräftig erregt, die Schaffensfreudigkeit belebt, zu tüchtigen selbständigen Leistungen befähigt und vor allem auch das Innenleben durch Erziehung zum ausdrucksvollen Sprechen, Erzählen und Lesen und durch sorgsame Pflege des Volksgesanges befruchtet, — zielbewußt dem Endzwecke der Schule: Entwickelung einer religiös-sittlichen, von gesundem vaterländischem Empfinden beseelten Persönlichkeit entgegenführen.

Mögen die Zeiten, in denen man in Deutschland und darüber hinaus auf das Schulwesen unsrer beiden Provinzen mit unverkennbarer Geringschätzung herabsah, für immer der Vergangenheit angehören!

Daß das Unterrichtswesen der Ostmark den Vergleich mit anderen Teilen des Deutschen Reiches nicht mehr zu scheuen braucht, hat die deutsche Unterrichtsausstellung in Brüssel 1910 gezeigt. Die Lehranstalten, die im Auftrage des Kultusministers das ostmärkische Schulwesen zu vertreten hatten, sind ausnahmslos besonderer Anerkennung für würdig erachtet worden: Das Auguste-Viktoria-Gymnasium in Posen, Vertreter des höheren Knabenschulwesens, hat den 2. Preis — ein Ehrendiplom —, die Königliche Luisenstiftung in Posen, Vertreterin der Frauenbildungsanstalten, den 3. Preis — die goldene Medaille —, das Volksschulwesen des Regierungsbezirks Bromberg den 1. Preis — grand prix — davongetragen; der letzteren Abteilung wurden außerdem noch zahlreiche Preise für Einzelleistungen zuerkannt, unter anderen die goldene Medaille dem Schulrat Heisig-Wongrowitz, der die im Auftrage der Bromberger Regierung bearbeitete Fibel und die Anleitung zu den Sprechübungen ausgestellt hatte, ferner dem Kreisschulinspektor Ebersbach-Samotschin für Reliefs und andere heimatkundliche Lehrmittel, und dem Kreisschulinspektor Brüssow-Wongrowitz, sowie die bronzene Medaille neun Schulen der Kreisschulinspektion Wongrowitz-Nord, vier Schulen der Kreisschulinspektion Wongrowitz-Süd, zehn Schulen der Kreisschulinspektion Samotschin, ferner der Johannisschule und der Hilfsschule in Bromberg, der St. Georgenschule in Hohensalza usw.

Zur Ostdeutschen Ausstellung in Posen 1911 ist das Schulwesen der Provinz außer Wettbewerb zugezogen worden:

Welch anschauliches, erfreuliches Bild entrollte die Ausstellung des Volks- und Mittelschulwesens der Stadt Posen: „Der stets offene Sinn und die offene Hand" der städtischen Verwaltung für ihr Schulwesen und der Eifer der Posener Lehrerschaft, auf dem Gebiete des deutschen Unterrichts in zweisprachigen Schulen, des Arbeits- und Zeichenunterrichts, sowie der Bekämpfung der Schundliteratur den neueren Bestrebungen gerecht zu werden, erregten lebhaftes Interesse.

Die staatliche Schulausstellung hatte sich als Jubiläumsausstellung die Aufgabe gestellt, zu zeigen, daß die ostmärkische Schule in allen ihren Abstufungen einmütig bestrebt sei, an der Aufgabe, die unser Volk infolge seiner gegenwärtigen

und Geschichten im Heimatlande spielen; das für die Ortsgeschichte wertvolle Material wird gesammelt und in der Schulchronik verarbeitet, um an passender Stelle im Unterrichte verwertet zu werden; endlich erscheint auch auf Anregung der Bromberger Regierung seit 1. April 1910 eine heimatkundliche Kinderzeitschrift „Jugendland" bei Oskar Eulitz in Lissa, von der allein aus staatlichen Fonds etwa 20000 Exemplare an ärmere Schulkinder verteilt werden.

Weltmachtstellung an die Erziehung der Jugend aller Stände zu stellen verpflichtet sei, mitzuwirken, und daß sie bei ihrer Arbeit von der Kgl. Staatsregierung tatkräftig unterstützt werde.

Möge das erhebende Bewußtsein, daß wir alle, die wir in Stadt und Land, an höheren, mittleren oder Volksschulen oder in der Schulverwaltung tätig sind, auf dem Boden an der Erziehung der Jugend arbeiten dürfen, auf dem sich die sieghafte Großtat des Mittelalters, an der das ganze deutsche Volk in allen seinen Ständen, nicht zuletzt deutsche Bischöfe und wackere Zisterzienermönche Anteil hatten, vollzog, zu neuer begeisterter und zielbewußter Arbeit anregen und uns auch dann nicht mutlos werden lassen, wenn das Ziel, die Jugend der polnisch redenden Bevölkerung nicht nur sprachlich, sondern auch national zu gewinnen, in immer größere Ferne zu rücken scheint.

Das gesamte deutsche Volk aber, ohne dessen verständnisvolle Teilnahme die Arbeit in der Ostmark nicht von nachhaltigem Erfolge begleitet sein kann, möge der Worte des Vorsitzenden des deutschen Ostmarkenvereins, Majors v. Tiedemann-Seeheim, am deutschen Tage in Posen 1911 eingedenk sein:

„Ich setze die Schulpolitik der Bodenpolitik gleich"

und mit an seinem Teile dazu beitragen, daß der Staatsregierung die erheblichen Mittel, die zur Beseitigung der überfüllten Schulen, zur Entlastung der Lehrer in Posen und Westpreußen notwendig sind, mit derselben Selbstverständlichkeit bewilligt werden, wie das erfreulicherweise bei der letzten Heeresvorlage geschah.

Kunst und Wissenschaft.

1. Posen.

Von Georg Minde-Pouet.

Für sehr viele draußen im Reiche sind noch heute Kunst, Wissenschaft und Posen drei Begriffe, die nicht recht zusammenpassen; für sie ist die Provinz wie in materiellen so auch in geistigen und kulturellen Dingen noch genau so rückständig wie an dem Tage, da sie an Preußen fiel. „Scherz, Satire, Ironie" findet man immer wieder in den Urteilen, die über Posens Kulturzustand gefällt werden, aber die „tiefere Bedeutung" fehlt meistens. Das ist so geblieben von Heines schon mit seinem Titel irreführenden, „sehr frühjugendlichen" Aufsatz „Über Polen" aus dem Jahre 1822 an bis hin zu der drolligen Rede eines Zentrumsmannes im Abgeordnetenhause 1899, der von der Gründung einer Bibliothek großen Stiles in Posen nichts wissen wollte, weil es dort keine Menschen gäbe, die mit Büchern nutzbringend umzugehen verstünden. Die Provinz Posen hat von jeher, wie alles, was den Gegenstand leidenschaftlicher Erörterungen bildet, der Wissenschaft immer neue Aufgaben gestellt, die in ernster und gediegener, zum Teil monumentaler Art gelöst wurden. Der in der deutschen Ostmark sich immer mehr verschärfende Kampf hat aber sehr bald auch sonst friedliche, wissenschaftlicher Forschung gänzlich fernstehende Gemüter ergriffen und nicht nur zu lebhaft gestikulierenden Politikern, sondern auch zu „Schriftstellern" gemacht und so eine Ostmarkenliteratur gezeitigt, deren Quantität weit mehr imponiert als die Qualität. Es ist erstaunlich, welch eine mangelhafte Kenntnis über die uns hier bewegenden Fragen und das auf geistigem Gebiete mächtig pulsierende Leben noch bis vor wenigen Jahren in weiten Kreisen bestanden hat, zum Teil sogar noch besteht, wie diese Unkenntnis dennoch niemand abhält, kräftig mitzureden und mitzuurteilen und oberflächlich Geschautes eilfertig niederzuschreiben und als Kulturskizze in die Welt zu schicken. Glaubt man gar der Dichtung, die als Begleiterin der Zeitbewegungen, wie in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts zur Zeit der Blüte des Polenkultus, auch jetzt wieder seit drei Dezennien in den Nationalitätenkampf, angeblich um aufklärend zu wirken, eingegriffen hat, dann sehen die Dinge noch wunderlicher aus. Man soll die Kulturstatistik der Provinz nicht künstlich erhöhen, indem man z. B. die treffliche Karschin wegen ein paar in Tirschtiegel verbrachter Jahre und eine Reihe Männer zu Hilfe ruft, die keine anderen Beziehungen zum Posener Lande haben, als daß sie in ihm geboren sind oder eine Zeitlang gelebt haben; man soll es mit den großen Namen eines Veit Stoß, Peter Vischer, Gilly, Langhans, Schinkel, Rauch, Wichmann, Rietsche, Stüler, E. T. A. Hoffmann, Gaudy, Gottschall, Gneisenau, Moltke genug sein

lassen, die wirklich bedeutsame Spuren ihres Schaffens bei uns hinterlassen haben. Kein Einsichtiger wird ferner bestreiten wollen, daß künstlerische und wissenschaftliche Bestrebungen erst nach 1815 in Posen und Bromberg eine Heimstätte gefunden und sich sonst nur noch in wenigen anderen Städten bescheiden entwickelt haben. Aber um so nachdrücklicher muß betont werden, daß der alte Kulturbesitz der Provinz weit größer ist als man draußen glaubt, und daß seit der Mitte und vor allem seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, als die groß angelegte ostmärkische Kulturpolitik begann, ein Wetteifer eingesetzt hat, Kunst und Wissenschaft zu pflegen und zu fördern und die breitesten Massen im ganzen Lande künstlerisch und wissenschaftlich anzuregen, der jeden mit Stolz erfüllen muß.

Wir besitzen noch keine strenge, wissenschaftliche Anforderungen befriedigende Landesgeschichte, können sie nur immer noch von Adolf Warschauer, dem einzigen, der sie schreiben kann, erhoffen und müssen uns heute begnügen mit seinem „Abriß der politischen und kulturgeschichtlichen Entwicklung des Landes bis zur Einverleibung in den preußischen Staat“ (als Einleitung zu Julius Kohtes Verzeichnis der Kunstdenkmäler der Provinz Posen 1898 erschienen) und seiner an der Kgl. Akademie zu Posen 1903 gehaltenen Antrittsvorlesung „Die Epochen der Posener Landesgeschichte“ (gedruckt in der Zeitschrift der Historischen Gesellschaft für die Provinz Posen, Bd 19). Daneben steht, das wichtigste Thema für den deutschen Bewohner behandelnd, Erich Schmidts „Geschichte des Deutschtums im Lande Posen unter polnischer Herrschaft“ aus dem Jahre 1904.

Was aber die Einzelforschung für alle Perioden und alle Gebiete der Landesgeschichte vom 10. Jahrhundert ab bis in unsere Zeit geleistet hat, das zeigt uns Warschauers meisterhafte Schrift „Die deutsche Geschichtsschreibung in der Provinz Posen“ (Posen 1911): eine kommentierende Bibliographie, wie sie eine andere Provinz nicht besitzt, und darüber hinaus eine Art Geistesgeschichte der Provinz, die, jedes Buch und jeden Aufsatz von Bedeutung nach Inhalt und Tendenz charakterisierend, die große Fülle wissenschaftlicher Arbeit auf den Gebieten der Geschichte, Vorgeschichte, Sagenkunde, Münzkunde, Erdkunde, Kulturgeschichte, Kirchengeschichte, Schulgeschichte, Kunst, Literatur, Gelehrsamkeit, Naturwissenschaft, Rechts- und Staatswissenschaft, Medizin bezeugt. Die Wirksamkeit der verschiedenen Vereine und Anstalten mit künstlerischen und wissenschaftlichen Aufgaben, die auch Warschauer schon gestreift hat, erhält eine eingehende Darstellung in der der 51. Versammlung deutscher Philologen und Schulmänner zu Posen 1911 gewidmeten, von Hugo Moritz redigierten Festschrift „Deutsche Bildungsinstitute in der Provinz Posen“. Dazu treten im besonderen für die Stadt Posen der Abschnitt Wissenschaft und Kunst in dem dieser Stadt zur Ehre gereichenden Werke „Die Residenzstadt Posen und ihre Verwaltung im Jahre 1911“ mit einer weit zurückschauenden Schilderung des künstlerischen und geistigen Lebens in Posen von Arthur Kronthal und für die Geschichte der Kunst Hermann Ehrenbergs „Geschichte der Kunst im Gebiete der Provinz Posen“ (Berlin 1893) und Julius Kohtes mustergültiges „Verzeichnis der Kunstdenkmäler der Provinz Posen“ in vier Bänden (Berlin 1896—98). Endlich erscheint seit 1906 in dem um die

Heimatkunde hochverdienten Verlage von Oskar Eulitz in Lissa die aus einer Beilage zur Posener Lehrerzeitung herausgewachsene illustrierte Monatsschrift „Aus dem Posener Lande", die, zuerst vom Verlage, dann von Paul Beer, jetzt von Georg Minde-Pouet herausgegeben, das Interesse für die Provinz, ihre Erforschung und richtige Wertung in weitere Kreise tragen will. Das sind die führenden Werke, die über den alten und neuen Kulturbesitz und die künstlerische und wissenschaftliche Betätigung der Provinz unterrichten — besser und nachhaltiger als das hier auf engstem Raume unter Ausschaltung aller Einzelheiten geschehen kann.

Hat es auch nie an berufenen Männern gefehlt, die die Geschichte des Landes durchforschten und besonders eifrig den Taten deutschen Wesens nachgingen, so gab doch erst das im 19. Jahrhundert ungemein üppig aufschießende Vereinsleben in den Städten Posen und Bromberg den vereinzelten Bestrebungen systematischen Zusammenhang. Es entstanden in Posen 1830 der „Kunstverein für das Großherzogtum Posen", der in den sechziger Jahren einging, 1837 der noch heute rege wirkende „Naturwissenschaftliche Verein für die Provinz Posen", in den vierziger Jahren eine „Griechische Gesellschaft", 1845 die „Liedertafel", die bis in die siebziger Jahre bestand, 1848 der noch heute blühende „Allgemeine Männergesangverein", 1867 die gleichfalls noch arbeitende „Polytechnische Gesellschaft" und die „Volkswirtschaftliche Gesellschaft", die sich allerdings 1872 wieder auflöste, 1869 der „Hennigsche Gesangverein", 1872 der „Vaterländische Männergesangverein", 1884 ein neuer „Posener Kunstverein", 1885 die „Historische Gesellschaft für die Provinz Posen", der „Posener Lehrergesangverein", 1887 ein neuer „Volkswirtschaftlicher Verein", wie der erste freilich auch nur von kurzer Dauer, in den neunziger Jahren, nur wenige Jahre bestehend, der „Philharmonische Verein", 1895 der „Photographische Verein", 1899 die „Numismatische Gesellschaft", bald nach 1900 die „Posener Orchestervereinigung", 1908 der „Posener Provinzialverband für die Richard Wagner-Stipendienstiftung", der „Musikverein Posen", 1910 der „Posener Bachverein" und der „Evangelische Verein für die Kirchengeschichte der Provinz Posen". Nicht vergessen sei hier der 1843 gegründete „Verein junger Kaufleute", der sich nicht auf seine geselligen und Standesinteressen beschränkt und in den letzten Dezennien durch Veranstaltung von Konzerten und Vorträgen, für die erste Künstler und Gelehrte gewonnen werden, einen wesentlichen Anteil am geistigen Leben Posens genommen hat. In Bromberg setzte das Vereinsleben noch früher ein. In den zwanziger Jahren wurde ein „Gesangverein" gegründet, der noch heute, nach manchen Unterbrechungen, als „Singakademie" besteht; es folgten 1842 die „Liedertafel", 1857 der „Technische Verein", 1865 der „Naturwissenschaftliche Verein", 1878 der „Kunstverein", 1880 die „Historische Gesellschaft für den Netzedistrikt", 1896 der „Orchesterverein", der 1907 sich auflöste. Diese stattliche Zahl von Vereinen hat allzeit rege und ernst der Förderung von Kunst und Wissenschaft gedient.

Besonders um die Pflege der Landeskunde verdient gemacht haben sich die beiden historischen Gesellschaften in Posen und Bromberg und der Naturwissenschaftliche Verein in Posen. Die „Historische Gesellschaft für die Provinz Posen" unter der umsichtigen, sachkundigen Leitung von Rodgero Prümers, der seit 1880

ihr Vorsitzender ist, und von Adolf Warschauer, der von 1888—1912 ihr Schriftführer war, hat nicht nur durch Vorträge und Ausflüge, Gründung zahlreicher Sektionen in der Provinz und ausgedehnten Verkehr mit den deutschen Schwestergesellschaften die Kenntnis der Provinzgeschichte in weite Kreise zu tragen sich bemüht, sondern durch eine Reihe bedeutender Publikationen, die sie anregte und unterstützte, die wissenschaftliche Erschließung der Provinz gewaltig gefördert. Sie sind teils in der „Zeitschrift" der Gesellschaft, von der 27 Jahrgänge vorliegen, teils in den „Historischen Monatsblättern für die Provinz Posen", deren 14. Jahrgang läuft, teils in den bisher erschienenen 5 Bänden ihrer „Sonder-Veröffentlichungen" niedergelegt. Außerdem begründete sie eine umfangreiche Bibliothek allgemeinen Charakters und eine höchst wertvolle Sammlung vorgeschichtlicher und geschichtlicher Altertümer. Die Gesellschaft hat durch diese segensreiche Wirksamkeit lange Jahre hindurch dankbar empfundenen Ersatz für das Fehlen einer öffentlichen Bibliothek und eines Museums geleistet und diesen später errichteten Anstalten, denen sie dann, immer nur das allgemeine Wohl im Auge habend, ihre Sammlungen überließ, sehr gedeihlich vorgearbeitet. Gleiche Ziele verfolgte die fünf Jahre ältere „Historische Gesellschaft für den Netzedistrikt zu Bromberg", deren Seele zu allen Zeiten der gar zu früh vom Tode hinweggeraffte Erich Schmidt war. Ihre Arbeit bezeugt das von 1880—1899 mit Unterbrechungen erschienene „Jahrbuch", das wichtiges Material zur Geschichte Brombergs enthält und leider eingestellt wurde, um mit der Zeitschrift der Posener Gesellschaft verschmolzen zu werden. Seitdem pflegt sie in ihren Vorträgen in weitem, vielleicht zu weitem Maße auch die allgemeine Geschichte. Auch sie brachte eine wertvolle Büchersammlung zur Geschichte der Provinz zusammen und leistete ihr Größtes in ihrer Sammlung von Altertümern, hauptsächlich vorgeschichtlicher Zeit, die in der alten Nonnenkirche, leider in einer ihrem hohen Werte wenig angemessenen Weise, untergebracht ist. Für die naturwissenschaftliche Erforschung der Provinz steht diesen beiden Gesellschaften der „Naturwissenschaftliche Verein" in Posen zur Seite, sehr rege von Anfang an durch Vorträge, Ausflüge und Anlegung von Sammlungen wirkend und sein Arbeitsgebiet immer erweiternd, so durch Eingliederung einer botanischen und entomologischen Sektion, namentlich auch durch die seit 1894 erscheinende, von Fritz Pfuhl herausgegebene „Zeitschrift", die reiches Material zur Naturgeschichte der Provinz im allgemeinen, zur Geologie, Botanik und Entomologie im besonderen birgt. Ergänzend sei hier auf die von Martin Kremmer im 3. Jahrgange (1902) der „Historischen Monatsblätter für die Provinz Posen" zusammengestellte geologische Literatur über Posen und die Arbeiten von Hermann Schütze hingewiesen. Die rührige Tätigkeit dieser deutschen Vereine war auch deshalb freudig zu begrüßen, weil sich die Polen in ihrer 1857 gegründeten „Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften (Towarzystwo przyjaciół nauk)" mit ihrem Mielzyńskischen Museum und ihrem „Jahrbuch (Rocznik)" ein Zentrum für die landeskundliche Forschung jeder Art geschaffen hatten.

Für das ausgedehnte Vereinsleben in der Stadt Posen begann 1898 eine neue Ära. Damals wurde unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Richard Witting

und unter der Geschäftsführung von Georg Minde-Pouet ein „Komitee zur Veranstaltung wissenschaftlicher Vorträge" gebildet, das sich nach dem Muster der Volkshochschulen die Aufgabe stellte, mehrere Vereine zu gemeinsamer Tätigkeit zusammenzuschließen, der Allgemeinheit mehr als bisher die Bestrebungen der einzelnen Vereine zugute kommen zu lassen, die Einzelvorträge durch wissenschaftliche und volkstümliche Vortragsreihen zu ergänzen und für diese neben einheimischen Kräften hervorragende auswärtige Gelehrte zu gewinnen. Nur mit einer kleinen Geldbeihilfe der Stadt Posen, lediglich auf die Einnahmen aus den Eintrittsgeldern vertrauend, konnte der Plan, dank dem opferbereiten Entgegenkommen der Vortragenden, durchgeführt werden, und der erstaunliche Erfolg zeigte, welch' ein Bedürfnis nach edler geistiger Kost vorhanden war, und welch' ein glücklicher Gedanke dieser Ausbau des Vereins- und Vortragslebens gewesen war. Der größte Erfolg aber dieses Komitees bestand darin, daß es nach dreijähriger selbstloser Arbeit, die unvergessen sein möge, zu einer größeren Organisation führte, die nun erst alles das verwirklichte, was das Komitee gewollt, aber aus Mangel an Mitteln noch nicht hatte durchführen können.

Diese größere Organisation ist die 1901 gegründete „Deutsche Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft in Posen", die, um die künstlerischen und wissenschaftlichen Bestrebungen in der Provinz zu einigen und zu fördern, die führenden Vereine zu einem Ganzen zusammenschloß. Sie ist eine bedeutsame Schöpfung des Oberpräsidenten von Bitter, der ihr von Anfang an aus Staatsmitteln einen reichen Zuschuß gewährte, der mit der Entwicklung der Gesellschaft stieg. Sie gliederte sich bei ihrer Gründung in die Abteilungen für Geschichte (Historische Gesellschaft), Naturwissenschaften (Naturwissenschaftlicher Verein), Kunst und Kunstgewerbe (Kunst- und Photographischer Verein), Musik (Hennigscher Gesangverein, seit 1904 auch Verein deutscher Sänger), Technik (Polytechnische Gesellschaft), zu denen 1904 noch eine Abteilung für Staatswissenschaften und Volkswirtschaftslehre, 1905 eine für Philologie und 1907 eine für deutsche Literatur kamen. Der Vorsitzende ist der jeweilige Oberpräsident, die Verwaltung liegt einem Geschäftsführer (zuerst Regierungsassessor v. Tilly, jetzt Oberregierungsrat Daniels), die Vorbereitung der Veranstaltungen einem Arbeitsausschuß mit einem Generalsekretär (in den ersten Jahren Georg Minde-Pouet, später Georg Kupke, jetzt Friedrich Bosse) ob. Eine sehr geschickte Organisation läßt jedem der der Gesellschaft angehörenden Vereine seine volle Selbständigkeit und vereinigt sie doch zu gemeinsamer Arbeit. Die Veranstaltungen bestehen in einzelnen Vorträgen oder mehrstündigen Vortragsreihen einheimischer, namentlich aber auswärtiger Gelehrter und in volkstümlichen Vorträgen aus allen Gebieten des Wissens sowie in großen musikalischen Darbietungen. Durch Bildung von Zweigvereinen in den kleineren Städten wird die ganze Provinz dieser von der Gesellschaft emsig gepflegten Bestrebungen teilhaftig. Bromberg gehört nicht zu den Zweigvereinen, hier bildete sich 1902 eine von der Posener Gesellschaft unabhängige, ihr aber in der Organisation gleichende, sich auf die Stadt Bromberg beschränkende, gleichfalls vom Oberpräsidenten unterstützte „Deutsche Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft in Bromberg".

Ihr traten die oben genannten Bromberger Vereine bei und bildeten die Abteilungen für Geschichte, Naturwissenschaften, Kunst, Technik, Musik, die 1903 in einer Abteilung für Literatur und 1906 in einer Abteilung für Rechts- und Staatswissenschaften einen willkommenen Zuwachs erfuhren. Der erste Vorsitzende war Oberregierungsrat Dr. George Albrecht, seit 1908 führt Landgerichtspräsident Geheimer Oberjustizrat Otto Rieck den Vorsitz; erster Schriftführer war Stadtrat Hugo Wolff, seit 1904 bekleidet Georg Minde-Pouet dieses Amt. Beide Gesellschaften haben in ihrer nun mehr als zehnjährigen Tätigkeit dem geistigen Leben in der Provinz einen mächtigen Aufschwung gegeben; die gemeinsame Arbeit hat den Vereinen frische Lebenskraft verliehen, neue Wissens- und Forschungsgebiete aufgetan, weite Kreise der Bevölkerung, die abseits standen, herangezogen, verborgene Kräfte entfesselt. Die besten Männer deutscher Wissenschaft und Kunst sind in Posen und Bromberg zu Worte gekommen. Diese ernste Arbeit hat den Gesellschaften in der wissenschaftlichen Welt reiche Anerkennung eingebracht, wozu auch die weit verbreiteten eingehenden „Jahresberichte" der Bromberger Gesellschaft und die „Veröffentlichungen" der Bromberger Abteilung für Literatur beitrugen. Die Gründung der Kgl. Akademie in Posen führte den Gesellschaften willkommene Vortragskräfte zu, beschränkte aber andererseits auch die Wirksamkeit der Posener Gesellschaft dadurch, daß Vortragsreihen nun überflüssig wurden und auch die Zahl der Einzelvorträge zu verringern geboten erschien, so daß heute die Posener Gesellschaft ihre Haupttätigkeit in der Provinz entfaltet. In Bromberg dagegen hat die Deutsche Gesellschaft einen von Jahr zu Jahr steigenden Erfolg aufzuweisen und ist eine der wichtigsten Stützen der deutschen Kulturarbeit.

Im ganzen 19. Jahrhundert haben die Vereine der Provinz alle die Pflichten übernehmen müssen, die in anderen Provinzen und Städten öffentlichen Bibliotheken und Museen zufallen. Freilich besteht in Posen seit 1829 die Raczyńskische Bibliothek, die großartige Stiftung des Grafen Eduard Raczyński für die Stadt. Die Bedeutung dieser Bibliothek, die heute 30000 Bände mit 191 Inkunabeln, 376 Handschriftenbände und 272 Urkunden enthält, darf nicht unterschätzt werden. Auf ihrem eigensten Gebiete der Geschichte und Kulturgeschichte der Provinz Posen und ihrer Nachbargebiete sowie des slawischen Ostens, mit besonderer Berücksichtigung der polnischen Literatur, kommt ihr keine andere deutsche Bibliothek gleich, und sie wäre recht eigentlich dazu bestimmt, die Zentralsammelstelle für die osteuropäische Forschung zu werden, wenn sich eine Organisation fände, sie nach dieser Richtung auszubauen. Sie hat daneben auch von Anfang an einen Bestand von Büchern mit sich geführt, der allgemein-wissenschaftlichen Neigungen entgegenkommen konnte. Aber sie trug doch immer einen wesentlich polnischen Charakter und hat vor allem wegen des Verbots der Ausleihung von Büchern, die nur im Lesesaal benutzt werden dürfen, ebenso wenig auf weitere Kreise wirken können wie andere wertvolle und meist polnische Privatbibliotheken oder die Fachbibliotheken der Behörden, von denen etwa die alte Ratsbibliothek mit ihrer Verwaltungsliteratur und ihren Werken zur Geschichte der Provinz und Stadt Posen in Frage kam. Seines polnischen Charakters wegen übte auch

das Mielzyńskische Museum in Posen mit seinen zum Teil sehr bedeutenden Sammlungen von vorgeschichtlichen und geschichtlichen Altertümern, seiner ethnographischen, Münz-, Gemälde-, Kupferstich- und Handschriftensammlung und seiner 140000 Bände umfassenden Bibliothek keine Anziehungskraft auf die Allgemeinheit der deutschen Bewohner aus, ebensowenig wie das aus dem 16. Jahrhundert stammende, im Stile der französischen Renaissance durchgreifend umgestaltete Schloß Goluchow bei Pleschen mit seiner kostbaren, von der Gräfin Isabella Dzialynska zusammengebrachten, jetzt dem Fürsten Czartoryski gehörigen Kunstsammlung und Bibliothek. Hier tragen auch die versteckte Lage und die erschwerte Zugänglichkeit die Schuld daran, daß diese zum hervorragendsten Privatbesitz der Welt gehörende Sammlung nur wenigen Posenern bekannt wird und von deutscher Forschung nicht ausgebeutet werden kann.

Das erste öffentliche, deutsche, wissenschaftliche Institut war das 1869 gegründete Königliche Staatsarchiv in Posen, das 1885 die instand gesetzten Baulichkeiten des alten Piastenschlosses auf dem Schloßberg bezog. Es enthält auch die bis 1380 zurückreichenden Grodbücher und die Archive der Stadt Posen und zahlreicher anderer Städte der Provinz. Dieses Institut mit seinen reichen handschriftlichen Schätzen und seiner umfangreichen lokalgeschichtlichen Bibliothek hat außerordentlich befruchtend auf die landesgeschichtliche Forschung gewirkt und ihr allzeit das nötige Arbeitsmaterial gereicht. Seine Beamten, allen voran Rodgero Prümers und Adolf Warschauer, wurden als berufene Vertreter der geschichtlichen Erschließung der Provinz die Führer der Historischen Gesellschaft und gewannen mit dieser immer neue Kräfte für die zu leistende Arbeit.

1894 folgte als Schöpfung der Provinzialverwaltung die Errichtung der Landesbibliothek und des Provinzialmuseums in Posen, mit denen das immer dringender gewordene Bedürfnis nach einer größeren, alle Wissensgebiete umfassenden, leicht zugänglichen Bibliothek und einer öffentlichen Sammel- und Schaustätte für die von der Historischen Gesellschaft in zehnjähriger liebevoller Arbeit zusammengebrachte ansehnliche Menge vorgeschichtlicher und geschichtlicher Altertümer gestillt wurde. Rund 15000 Bände und 3200 Altertümer wurden von der Historischen Gesellschaft unter Wahrung des Eigentumsrechtes der neuen Anstalt überwiesen, die in dem von der Provinz angekauften alten Generalkommando in der Wilhelmstraße untergebracht wurde. Unter der Leitung von Franz Schwartz, der aus dem Dienst am Posener Staatsarchiv ausgeschieden war und seiner neuen Aufgabe treueste Liebe, verbunden mit starkem Heimatgefühl, entgegenbrachte, leider gar zu früh, 1901, vom Tode dahingerafft wurde, nahm die Landesbibliothek, die einen gut ausgestatteten Lesesaal erhielt, der durch die Zuwendung der Historischen Gesellschaft die Veröffentlichungen von etwa 200 gelehrten Gesellschaften zuflossen, der bald auch die Bibliotheken anderer Vereine und der größte Teil der Ratsbibliothek übergeben wurden, die reich durch Geschenke unterstützt wurde und einen jährlichen Vermehrungsfonds von durchschnittlich 9000 Mark hatte, eine günstige Entwicklung und fand eine rege Benutzung, die der der kleineren Universitätsbibliotheken glich. Bei den Neuerwerbungen

wurde kein Wissenschaftsgebiet ausgeschlossen und auch dem Wunsch nach gediegener Unterhaltungslektüre Rechnung getragen. Manche zu scharfe Bestimmung in der Benutzungsordnung, Überbürdung der Leitung mit Verwaltungsarbeiten, zu geringes Beamtenpersonal und die bald nicht mehr genügenden Räumlichkeiten standen einer noch viel günstigeren Entwicklung im Wege. Unter den ungeeigneten Räumen litt vor allem das Museum, das keine Werbekraft auszuüben vermochte, infolge gänzlich unzureichender Mittel auch keinen nennenswerten Zuwachs erfuhr. Die Bedeutung auch der Landesbibliothek erlitt eine erhebliche Einbuße, als der Platz des Generalkommandos 1899 für den Neubau des neuen Museums geräumt werden mußte und beide Anstalten ein notdürftiges Unterkommen in gemieteten Räumen in der Wilhelmstraße fanden. Das Museum wurde geschlossen. Der Betrieb der Landesbibliothek wurde aufrecht erhalten, sank naturgemäß aber rasch und wurde schließlich im Juli 1902 gleichfalls eingestellt. Die Bestände des Museums und der Bibliothek (bis auf 50000 Bände angewachsen) wurden damals den in der Entstehung begriffenen neuen Anstalten, dem Kaiser-Friedrich-Museum und der Kaiser-Wilhelm-Bibliothek, einverleibt. Hatte die alte Doppelanstalt der Landesbibliothek und des Provinzialmuseums auch nicht Schritt halten können mit den Anforderungen, die der lebendige Geist der Bevölkerung, das rege arbeitende Vereinsleben und die immer neu auftauchenden kulturellen Bestrebungen mannigfachster Art an sie stellten, so war sie doch in der kurzen Zeit ihres Bestehens von 1894 bis 1902 für alle geistig interessierten Kreise der Stadt Posen ein segensreiches Institut gewesen und hat den neuen größeren Anstalten den Boden bereitet.

Diese neuen Anstalten gehören in die Reihe derjenigen Maßnahmen, mit denen gegen das Ende der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts die groß angelegte ostmärkische Kulturpolitik des Preußischen Staates einsetzte, die durch Pflege deutschen Geisteslebens die Förderung des Deutschtums in der Provinz zum Ziele hat. Sie waren aber nicht die ersten Unternehmungen dieser Art. Das erste wissenschaftliche Institut, das seine Entstehung dieser Kulturpolitik verdankt, ist das am 1. April 1899 ins Leben gerufene Königl. Hygienische Institut zu Posen. Es hat die Aufgabe, den Ärzten und sonstigen beteiligten Kreisen der Provinz zur Förderung und wissenschaftlichen Anregung zu dienen, sowie den staatlichen und kommunalen Behörden Gelegenheit und Unterstützung in der Durchführung gesundheitlicher Maßnahmen und zur Abwehr von Seuchenausbrüchen zu gewähren. Es besteht aus einer Abteilung für hygienisch-bakteriologische Arbeiten (Leiter und zugleich Direktor des Gesamtinstitutes seit Beginn Erich Wernicke), einer Abteilung für pathologisch-anatomische Arbeiten (Leiter zuerst Otto Lubarsch, dann Otto Busse, zur Zeit Karl Winkler) und einer Abteilung für chemische und in das Gebiet der Nahrungsmittelchemie fallende Arbeiten (Leiter Emil Wörner). Die Zwecke des Institutes förderten die wissenschaftliche Forschung und riefen zahlreiche Veröffentlichungen, auch von Praktikanten und Assistenten, und Dissertationen hervor. Eine ausgedehnte Lehrtätigkeit für Ärzte und interessierte Laienkreise wurde entfaltet, der sich hygienische Kurse für Lehrer und Schüler und öffentliche Vorträge in der Stadt und Provinz, namentlich im Dienste der Deut-

schen Gesellschaft, anschlossen. Die Vorlesungs-, Fortbildungs- und Demonstrationskurse mehrten sich und erhielten mehr System seit Begründung der Königlichen Akademie, der die Abteilungsvorsteher als Dozenten im Nebenamte angehören. Viele Tausend Untersuchungen dienen der Vermeidung gesundheitsgefährdender und der Durchführung gesundheitsfördernder Maßnahmen und der Diagnosenstellung bei Krankheiten und Leichenuntersuchungen. Eine eigene Bibliothek, umfangreiches Lehr- und Demonstrationsmaterial, vorzügliches Sektionsmaterial aus den Krankenhäusern unterstützen und erleichtern wesentlich die vielgestaltige Arbeit. April 1913 erhielt das Gesamtinstitut, das bis dahin sich mit völlig unzureichenden Räumen behelfen mußte, einen nach allen Richtungen zeitgemäßen Neubau, der der Würde dieses medizinischen Zentrums der Provinz entspricht.

1901 und 1902 folgten die Gründungen der Deutschen Gesellschaften für Kunst und Wissenschaft in Posen und Bromberg, deren das deutsche Vereinsleben in der Provinz krönende Wirksamkeit schon geschildert worden ist. 1901 entstand ferner in Bromberg das russische Seminar für Beamte, das Oktober 1909 nach Posen verlegt und der Königl. Akademie angegliedert wurde. Es dient mit den beiden anderen gleichfalls 1901 eingerichteten Seminaren in Berlin und Danzig der Ausbildung von Beamten im praktischen Gebrauch der russischen Sprache und darüber hinaus der Vermittelung von Kenntnissen russischer Realien. Alljährlich werden von den Staatsbehörden etwa 20 mittlere Beamte, vorwiegend aus der Eisenbahn- und Gerichtsverwaltung, in den $9^1/_2$ Monate umfassenden Kursus entsendet und erhalten nach Ablauf dieser Zeit auf Grund einer vor einer Kommission abzulegenden Prüfung ein Zeugnis über die erworbenen Kenntnisse. Neben dem praktischen Nutzen, den das Seminar (Leiter Wilhelm Löwenthal) bringt, liegt seine Bedeutung in der Erweckung und Verbreitung des Interesses für die Sprache und Kultur unseres Nachbarvolkes, und darum ist eine ganz wesentliche Erweiterung dieses allzu still wirkenden Instituts zu wünschen.

Als besonders bedeutsame Neuschöpfung der ostmärkischen Kulturpolitik muß die am 14. November 1902 eröffnete Kaiser-Wilhelm-Bibliothek in Posen (Direktor seit Beginn Rudolf Focke) gelten. Sie ist vom Staate eingerichtet, dann aber als Eigentum der Provinz Posen übergeben worden, die auch die Kosten der Unterhaltung und Vermehrung zu tragen hat, aber vom Staate einen ständigen, sehr bedeutenden Zuschuß erhält und wiederholt außerordentliche Beihilfen erhalten hat. Glanzvoll wie die bis 1898 zurückreichende Gründungsgeschichte, die der der Straßburger Bibliothek gleicht, und an der vor allem der deutsche Buchhandel ruhmreich beteiligt ist, war ihre Entwickelung. Sie dankt sie einer großzügigen und außerordentlich geschickten, über die ganze Provinz sich erstreckenden Organisation, die die Provinz auf dem Gebiete des öffentlichen Bibliothekswesens mit einem Schlage den in dieser Hinsicht bevorzugtesten Schwesterprovinzen gleichgestellt, sie sogar in bezug auf das volkstümliche Bibliothekswesen über diese emporgehoben hat. Eine äußerlich prunkvolle Aufmachung in einem verwöhntesten Ansprüchen genügenden Bau, ein mit allen neuzeitlichen bibliothekswissenschaftlichen und -technischen Errungenschaften arbeitender Betrieb, eine äußerst liberale Benutzungsordnung, die

stete Bereitwilligkeit der Behörden, zur Befriedigung der immer wachsenden Anforderungen neue Mittel zu bewilligen, dazu der reiche Bücherbestand, der, bei der Eröffnung etwa 104000 Bände zählend, durch Aufnahme der alten Landesbibliothek, fortlaufende Geschenke des Buchhandels, bedeutende Geldspenden und planmäßige Vermehrung heute auf rund 185000 Bände angewachsen ist, und dessen Lücken der gut geregelte Leihverkehr zwischen den preußischen Bibliotheken jederzeit auf das bequemste ausfüllt: das alles hat die rasche Entwickelung der Anstalt gefördert und ihr Popularität verschafft. Nach der letzten Statistik wurden im Jahre 1911/12 100101 Bestellzettel abgegeben und an 7001 Entleiher aus der Stadt und 983 von auswärts zusammen 90014 Bände verliehen; Lesesaal und Zeitschriftenzimmer wurden von 63582 Personen besucht. Diese hohen Benutzungszahlen erklären sich daraus, daß die Kaiser-Wilhelm-Bibliothek die doppelte Aufgabe hat, zugleich wissenschaftlich und volkstümlich zu wirken, zugleich der ernsten Forschung das wissenschaftliche Rüstzeug zu bieten und der Befriedigung allgemeinen Bildungsdranges zu dienen, ja sogar Unterhaltungslektüre zu liefern. Es hat sich herausgestellt, daß dieses den freien öffentlichen Bibliotheken Nordamerikas und Englands nachgemachte Prinzip für unsere Verhältnisse nicht paßt und die Errichtung einer von der wissenschaftlichen Bibliothek getrennten Volksbibliothek ein brennendes Bedürfnis ist. Tatsächlich hat der sehr bedeutende jährliche Vermehrungsfonds (nach der letzten Statistik rund 35000 Mark einschließlich Bindekosten) nicht genügt, um den von der wissenschaftlichen Forschung gestellten Ansprüchen zu genügen, und die Posener Institute, besonders die Akademie, haben sich eigne, weit über den Rahmen einer Handbibliothek hinausgehende Bibliotheken anlegen müssen. Die Kaiser-Wilhelm-Bibliothek ist auch der Stützpunkt, die Zentrale des seit 1903 staatlich organisierten Volksbibliothekswesens der Provinz, das mit dem System der Wanderbibliothek in Form von Kreis-Wanderbibliotheken und einer diese mit sorgsam ausgewähltem Lesestoff, der jährlich gewechselt wird, verstärkenden Provinzial-Wanderbibliothek, die die Kaiser-Wilhelm-Bibliothek verwaltet, arbeitet. Zurzeit sind an die rund 25000 Bände zählende Provinzial-Wanderbibliothek gegen 50 Kreis-Wanderbibliotheken und selbständige städtische Volksbibliotheken mit einem eigenen Bücherbestande von etwa 115000 Bänden und 854 Ausgabestellen angeschlossen. Im Jahre 1911/12 wurden auf diese Weise an 35110 Leser 452800 Bände verliehen. Endlich ist der Kaiser-Wilhelm-Bibliothek die vom Staate 1905 eingerichtete Zentralstelle für Volksunterhaltung in der Provinz Posen angegliedert worden, die alles zur Veranstaltung von Volksunterhaltungs- und Vereinsabenden dienende Material, wie Literatur jeder Art und Musikalien, Lichtbilder mit Erläuterungstexten, sammelt und unentgeltlich zur Verfügung stellt. Man sieht, diese Anstalt mit ihrer weitverzweigten Tätigkeit ist ein lebendig und reich sprudelnder Quell, an dem Stadt und Land sich erquicken können.

Der Kaiser-Wilhelm-Bibliothek steht als Mitarbeiterin die Stadtbibliothek in Bromberg (Leiter seit Beginn Georg Minde-Pouet) zur Seite, die Oktober 1903 ins Leben trat und am 14. November 1904 eröffnet wurde, eine städtische

Anstalt, die aber ohne die tatkräftige Unterstützung des Staates nie entstanden und zu ihrer heutigen Bedeutung gelangt wäre. Nachdem der hohe Wert einer zweiten öffentlichen Bibliothek in der Provinz erkannt war, fanden Staat und Stadt in einmütigem Handeln schnell die Wege zum Ziele und scheuten auch vor den immer neuen Geldopfern, die der rasche Aufschwung der Anstalt forderte, nicht zurück. Der Kultusminister überwies die ihm durch testamentarische Bestimmung zugefallene Bibliothek des Staatsmannes und Historikers Friedrich v. Raumer, der damalige Bromberger Regierungspräsident Dr. Kruse die Bibliothek seines Vaters, des Dichters Heinrich Kruse. Dieser kostbare Grundstock (10000 Bände) erhielt bald bedeutenden Zuwachs durch Überlassung der Sonderbibliotheken des Magistrats und der wissenschaftlichen Vereine der Stadt, durch Privatschenkungen, an denen auch wieder einige Verleger beteiligt waren, und die als Depot übergebene Bibliothek des ehemaligen Bromberger Bernardinerklosters mit wertvollen Drucken des 15.—17. Jahrhunderts. Heute zählt die Bibliothek bereits 58000 Bände, und das mit großem Kostenaufwande für sie hergerichtete alte Gebäude aus der Zeit um 1800, das schönste der Stadt, vermag ihr nur noch kurze Zeit Obdach zu gewähren, da auch die immer steigende Benutzung weitere Räume fordert. Die planmäßige Vermehrung der Bromberger Stadtbibliothek ist vornehmlich darauf gerichtet, der wissenschaftlichen Arbeit und Berufsbildung das Material zu reichen und allmählich die die Provinz betreffende Literatur in Vollständigkeit zusammenzubringen; den Interessen breiterer Volksschichten kommt die Anstalt nur in geringem Maße entgegen und überläßt diese Aufgabe der Volksbibliothek. Auch sie entleiht nach auswärts und kann infolge ihrer Zulassung zum erweiterten Leihverkehr zwischen den preußischen Bibliotheken alle die Bedürfnisse befriedigen, für die sonst ihr Vermehrungsetat von 10500 Mark nicht genügen würde. Im Jahre 1911/12 gingen 20147 Bücherbestellungen ein und wurden 17609 Bände verliehen; der Lesesaal wurde von 20952 Personen besucht: eine Benutzung, die die erheblich reicher ausgestatteter Bibliotheken weit größerer Städte übertrifft und die hohe Bedeutung der Anstalt und die Notwendigkeit, sie weiter auszubauen, offenkundig macht.

Fast gleichzeitig mit der Bromberger Stadtbibliothek, am 5. Oktober 1904, wurde das Kaiser-Friedrich-Museum in Posen (Direktor Ludwig Kaemmerer) eröffnet, wie die Kaiser-Wilhelm-Bibliothek vom Staate als Eigentum dem Provinzialverbande übergeben und von diesem mit bedeutender Beihilfe des Staates und der Stadt Posen unterhalten, aber allzeit auch durch reiche Spenden Privater gefördert. Die kleinen, mehr oder weniger zufällig zusammengekommenen, wenn auch zum Teil wertvollen Bestände vorgeschichtlicher, geschichtlicher und naturkundlicher Sammlungen, Ergebnisse der Wirksamkeit der Vereine und des alten Provinzialmuseums, hat zielbewußte Vermehrung in den wenigen Jahren zu höchst beachtenswerten und vor allem außerordentlich umfangreichen Sammlungen anwachsen lassen, die den anfänglich recht anspruchsvoll erscheinenden weiten Bau bereits sprengen. Das Museum sieht naturgemäß eine seiner besonderen Aufgaben in der Pflege der Landeskunde. Ihr dienen die nach zeitlichen Kulturkreisen gruppierte reiche vorgeschichtliche Abteilung, sodann die die Geologie, Fauna und Flora

umfassende naturkundliche Sammlung, zugleich die Zentrale für die Tätigkeit des am 10. März 1911 gebildeten Ausschusses für Naturdenkmalpflege für die Provinz Posen (Geschäftsführer Fritz Pfuhl), und die infolge des nationalen Zwiespalts und der Konkurrenz des Erzbischöflichen Diözesan-Museums nur sehr schwer zu vermehrende Sammlung kulturgeschichtlicher Altertümer des Mittelalters und der Neuzeit, verbunden mit einem Denkmälerarchiv der Provinz. Ein weiterer Ausbau dieser wichtigen landeskundlichen Abteilungen, deren Übersichtlichkeit die dicht gedrängte Aufstellung erschwert, und von denen große Teile schon magaziniert werden mußten, ist nur möglich, wenn sie in eigenen neuen Räumen untergebracht werden. Daneben hat die Verwaltung von Anfang an die allgemeine Kunsterziehung und Kunstbildung durch Anschauung guter Kunst fördern wollen und daher ihr Hauptinteresse den reinen Kunstsammlungen zugewandt, für die ein Zusammenhang mit der Provinz natürlich nicht erstrebt werden konnte. Hier bildet den wertvollsten Bestandteil des Museums die 1903 ihm einverleibte, bis dahin in der Kgl. Nationalgalerie zu Berlin befindliche Kunstsammlung des gräflich Raczyńskischen Fideikommisses mit etwa 200 Gemälden, Handzeichnungen und Skulpturen vom 15. bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts, darunter Werke ersten Ranges, die das Museum nie aus eigner Kraft hätte erlangen können. Ergänzungen und Erweiterungen dieses kostbaren Grundstockes brachten 50 Gemälde und 4 Gobelins, die aus dem Nachlaß Otto v. Wesendonks als Leihgabe übergeben wurden. Aus eigenen Mitteln der Anstalt und großen Stiftungen von Gönnern konnte die Gemäldesammlung bereits um mehr als 120 Werke zeitgenössischer Kunst bereichert werden. Rund 100 Gipsabgüsse liefern geschmackbildendes Anschauungsmaterial auf dem Gebiet der plastischen Kunst. Die kunstgewerbliche Sammlung, aus Überweisungen aus dem Kgl. Kunstgewerbemuseum in Berlin entstanden, berücksichtigt besonders das ostdeutsche Kunsthandwerk, weist aber auch dank Schenkungen eine Sammlung von Plaketten und von Erzeugnissen ostasiatischer Kunst auf. Auch für eine graphische Abteilung sind die Anfänge vorhanden, eine Vorbildersammlung ist angelegt, und das Lesezimmer enthält neben einer großen Reihe ständig ausliegender Zeitschriften über 4000 Bände kunstgeschichtlicher Literatur und über 20000 Photographien. Die stattliche Zahl von jährlich mehr als 82000 Besuchern ist der beste Beweis für das Interesse des Publikums an den Leistungen des Museums, das seinen Wirkungskreis auch noch durch Führungen, Vortragskurse und zahlreiche wechselnde Ausstellungen erweitert.

Der Erfolg dieser mannigfachen Anregungen, dieses fortgesetzten Antriebes zu künstlerischer Vertiefung zeigt sich auch darin, daß in dem veralteten Kunstverein neues Leben erwachte, deutsche Künstler nach Posen gezogen wurden und sich zu einer Vereinigung zusammenschlossen, ein ernst arbeitender Kunstsalon sich auftat, und ein unleugbarer wirtschaftlicher Aufschwung auf künstlerischem Gebiete erkennbar ist. Vor allem findet er seinen Ausdruck in dem neuen Posen, das in den letzten Jahren auf dem Gelände der ehemaligen Festungswälle plötzlich aus der Erde gewachsen ist mit seinen von Stübbens Hand gezogenen Straßenführungen, seinen Gartenanlagen, seinen Monumentalbauten des Kaiserschlosses, der An-

siedlungskommission, der Akademie, des Theaters, der Landschaft, der Oberpostdirektion, in der großzügigen, gediegenen Restaurierung des alten Rathauses und in den öffentlich aufgestellten Kunstwerken. Der Posener braucht heute den Fremden nicht nur immer wieder zu den Kunstschätzen der Kirchen und vor allem des Doms, zu Rauchs Bronzegruppe der beiden Polenfürsten und zu Vischers Grabplatten zu führen, er kann ihm jetzt stolz im Schillerpark die Schillerbüste nach Dannecker, im Zoologischen Garten das Jaeckel-Denkmal von August Gaul, in der Wilhelmstraße den Kronthal-Brunnen von Hugo Lederer, im Hofe des Oberpräsidiums den Brunnen von Ignatius Taschner und die bis zur Wahl eines geeigneten Platzes noch unstet umherziehende Bronzefigur des badenden Mädchens von Max Klinger zeigen, wie der Bromberger als schöne Zeugnisse für das auch in seiner Stadt erwachte Verständnis für die Segnungen der Kunst und sich regendes Mäzenatentum auf den monumentalen Sintflutbrunnen und die Bogenspannerin von Ferdinand Lepcke und den Kupffender-Brunnen von Karl Kowalczewski freudig hinweisen kann. Diesen neu geweckten Kunstsinn zu pflegen und zu mehren, muß das Ziel aller künstlerischen Bestrebungen in der Provinz sein.

Als Mittelpunkt des gesamten geistigen Lebens der Provinz wurde nach sehr schnell geführten entscheidenden Beratungen am 4. November 1903 die Königl. Akademie in Posen eröffnet, die sich in den ersten sechs Jahren mit unzureichenden Räumen in einem Mietshause behelfen mußte und meist auf die Gastfreundschaft anderer Institute angewiesen war, seit November 1909 aber eines der schönsten Lehrgebäude im deutschen Lande besitzt. Mit ihr hat ein schon vier Jahrhunderte alter, zu verschiedenen Zeiten sowohl von deutscher als polnischer Seite geäußerter, zweimal sogar, in der Gründung der Lubranskischen Akademie (1519—1780) und des Jesuitenkollegiums in Posen (1573—1773), vorübergehend erfüllter Wunsch der Bevölkerung der Provinz nach einer Hochschule oder hochschulartigen Anstalt eine dauernde Verwirklichung gefunden. Der zeitweilig erwogene Gedanke, in Posen oder Bromberg die auf der langen Linie von Berlin bis Königsberg fehlende Universität oder Halbuniversität zu errichten, ist aus politischen Gründen fallen gelassen und die Akademie als Volkshochschule organisiert worden, die einzige derartige königliche Anstalt in Preußen. Die Aufsicht übt der Kultusminister, an Ort und Stelle als sein Organ der Kurator, bis heute der Oberpräsident. An der Spitze der Akademie steht der Rektor, der bisher aus der Zahl der Professoren auf drei Jahre vom Senate gewählt wurde, in Zukunft aber infolge eines neuen Erlasses des Ministers von diesem ernannt wird. Dem Rektor steht eine Verwaltungskommission zur Seite, der außer ihm der Prorektor, zwei Professoren und der vom Minister auf Zeit bestellte Syndikus (seit Beginn Oberregierungsrat Daniels) angehören. Den Senat bilden sämtliche Professoren und der Syndikus. Der Lehrkörper besteht aus haupt- und nebenamtlich wirkenden Professoren und Dozenten, die ständige Mitglieder sind, und aus Beauftragten, die nur auf beschränkte Zeit ernannt werden; er hat seit Beginn immer gegen 30 Lehrkräfte umfaßt, zurzeit 14 Professoren, 3 Dozenten, 8 Beauftragte, von denen 11 im Hauptamte tätig sind.

Die von der Akademie in Vorlesungen und Übungen — letztere jetzt in erheblich größerer Zahl als früher — gepflegten Wissensgebiete sind Rechtswissenschaft, Volkswirtschaftslehre, Medizin, Philosophie und Pädagogik, Geschichte und historische Hilfswissenschaften, Literatur und Sprachwissenschaft, Kunstgeschichte, Mathematik und Naturwissenschaften, Technik, Musikwissenschaft. Als Hörer wird zugelassen, wer den Nachweis der wissenschaftlichen Befähigung für den einjährig-freiwilligen Dienst oder einer anderen gleichwertigen Bildung erbringt. Weitesten Schichten der Bevölkerung über den Kreis der lernenden Jugend hinaus soll die Akademie zugute kommen, und deshalb ist auch jene Zulassungsbestimmung von Anfang an sehr milde und weitherzig gehandhabt worden. Die Hörerzahl in den stets reger besuchten Wintersemestern betrug im ersten über 1100 und ist im letzten nur auf 900 gesunken und schwankte in den Sommersemestern zwischen 600 und 400. In der Berufsstatistik der Hörer stehen die gelehrt-technischen Berufe, Offiziere und höhere Beamte mit 6 bis 8 Proz. untenan, die Lehrer und Lehrerinnen und die Frauen mit 25 und 27 Proz. obenan. Das Arbeitsgebiet der Akademie wird wesentlich erweitert durch Fortbildungskurse von längerer und kürzerer Dauer für verschiedene Berufszweige, zu denen auch, wie z. B. für die Kurse für Volksschullehrer, Hörer von überallher als Teilnehmer entsandt werden, und für die zuweilen auch hervorragende Lehrkräfte von anderen Hochschulen herangezogen wurden, ferner durch Vorträge im Dienste der Deutschen Gesellschaft und seit 1910 durch Vorlesungen für Studierende; den Kandidaten des höheren Lehramtes wird bei der Bewerbung um die Lehrbefähigung im Französischen, Englischen und Deutschen die Zeit des Besuches der Akademie bis zu zwei Semestern angerechnet. In den gleichen Fächern können Oberlehrer vor einer Prüfungskommission, deren Mitglieder dem Lehrkörper der Akademie angehören, Erweiterungsprüfungen ablegen. Andere Berechtigungen erteilt die Akademie nicht; denn durch die Diplomprüfungen, mit denen Hörer nach vier Semestern sich ihren erfolgreichen Besuch der Hochschule bezeugen lassen können, werden Rechte nicht erworben. Neben den den Unterricht unterstützenden Fachbibliotheken und Sammlungen ist 1909 ein Institut für osteuropäische Landeskunde und Geschichte gegründet worden, das sich zur Aufgabe macht, das Material zu sammeln, das dem Studium der besonderen Probleme des preußischen und slawischen Ostens in weitestem Sinne dient. Es ist das wohl die allerbeste Schöpfung der Akademie, die ihr unter allen Umständen verbleiben und die immer weiter ausgebaut werden muß. Die Erforschung der ostmärkischen Probleme, der ostgermanischen und slawischen Geschichte und Kultur, die zugleich nationale Probleme sind, sollte die Hauptarbeit dieser neuen deutschen Wissensstätte im alten polnischen Lande sein. Darum muß auch immer wieder auf die Erlangung hauptamtlicher Professuren für die Landesgeschichte und die slawischen Sprachen hingewirkt werden, was doch außerordentlich nahe zu liegen scheint, und darum ist es zu bedauern, daß das für unsere Provinz wichtige Fach der Landwirtschaftslehre aus dem Lehrplan verschwunden ist. Das sind Forderungen der Wissenschaft, denen man ohne Verquickung mit den Forderungen der Politik leicht nachkommen kann. Viel mehr

1. Königl. Staatsarchiv zu Posen. 2. Kaiser-Wilhelm-Bibliothek zu Posen. 3. Lichthof im Kaiser-Friedrich-Museum zu Posen. 4. Königl. Akademie zu Posen. 5. Raczynski'sche Bibliothek zu Posen. 6. Stadtbibliothek zu Bromberg. 7. Stadttheater zu Bromberg. 8. Stadttheater zu Posen.

Kunst und Wissenschaft (Posen).

1. „Badende" von Max Klinger. 2. Sintflutbrunnen in Bromberg von Ferdinand Lepcke. 3. Bogenspannerin in Bromberg von Ferdinand Lepcke. 4. Taschnerbrunnen in Posen von Ignatius Taschner. 5. Kronthalbrunnen in Posen. 6. Robert Jaeckeldenkmal von August Gaul. 7. Marktbrunnen Bromberg von Karl Kowalczewski.

Schwierigkeiten bereiten die Mängel, daß der Hörerschaft jede Einheit fehlt, und daß ferner die Akademie keine Berechtigungen von Bedeutung erteilt, kein Diplom zu vergeben hat, das dem Besitzer im Leben Nutzen bringt, sie also des wichtigen Anziehungsmittels der Vorbereitung auf einen bestimmten Beruf entbehrt. Das rührt an die vielerörterten Fragen der weiteren Entwicklung dieser Hochschule. Wie wenig die maßgebenden Instanzen etwa gar dem Gedanken ihrer Umwandlung in eine Universität zuneigen, beweist der schon erwähnte Erlaß, der dem Lehrkörper das Recht genommen hat, den Rektor zu wählen. Wie die Organisation sich auch noch ändern möge, niemand kann leugnen, daß die Akademie auch in ihrer jetzigen Gestalt ihre Aufgabe, das deutsche Geistesleben in den Ostmarken durch ihre Lehrtätigkeit und ihre wissenschaftlichen Bestrebungen zu fördern, in hohem Maße erfüllt hat.

Nur eine kurze Pause trat nach dieser raschen Aufeinanderfolge von Gründungen ein, dann erstanden noch drei wissenschaftliche Anstalten in Bromberg. Von ihnen sind das im Sommer 1906 eröffnete Kaiser-Wilhelms-Institut für Landwirtschaft in Bromberg und die Kgl. Preußische Handwerker- und Kunstgewerbeschule in Bromberg, die Oktober 1911 ihren Betrieb begann und zu den allernützlichsten Instituten der Provinz gehört, schon in den vorhergehenden Kapiteln „Land- und Forstwirtschaft“ und „Handwerk und Gewerbe“ behandelt worden. Die dritte ist das Nahrungsmittel-Untersuchungsamt der Stadt Bromberg (Leiter Wilhelm Theopold). Es ist aus städtischen Mitteln errichtet und am 10. Mai 1909 dem Betriebe übergeben worden, nachdem es die Anerkennung als öffentliche Anstalt im Sinne des Nahrungsmittelgesetzes für den Regierungsbezirk Bromberg erhalten hatte, für den es hiernach, in gleicher Weise wie das hygienische Institut in Posen für den Regierungsbezirk Posen, als ausschließlich zuständig für die amtliche Kontrolle der Nahrungsmittel gilt. Die Zahl der Untersuchungen hat bisher im Jahre 1910 die Höchstzahl von 2925 erreicht.

Das Theaterwesen, dem auch noch ein kleiner Raum gewährt werden muß, weist auch in unserer Provinz die charakteristischen Merkmale der Entwicklung der deutschen Theaterkunst im 19. Jahrhundert auf. Aus Reiseensembles und umherziehenden, auch bisweilen polnischen, Schauspielertruppen wurden feste Bühnen, aus Unterhaltungsinstituten Kunstinstitute, die freilich hier genau wie anderswo auch noch in neuester Zeit ab und zu den berühmten Bestimmungen des Jahres 1810 folgen, nach denen in Preußen die Theater zu den „zur Bequemlichkeit und zum Vergnügen“ dienenden Anstalten zählen. Daß allererste Theaterkünstler, wie die Schröder-Devrient, Caroline Bauer, Marie Geistinger, Karl Seydelmann, Theodor Döring, Karl Helmerding, Bogumil Davison, Ludwig Dessoir, Otto Lehfeld, Friedrich Haase, Theodor Wachtel, auch unsere Provinz von ihren Gastspielreisen nie ausschlossen, daß vor allem die Bühnenhelden der Gegenwart sich auch in Posen und Bromberg gern Triumphe holen und auf diesen beiden Bühnen mehr als ein Künstler seine ruhmreiche Laufbahn begonnen hat, sei als selbstverständlich nur nebenher erwähnt. Die Stadt Posen erhielt

1804 ein Königl. Schauspielhaus, das ihr 1825 geschenkt wurde; es hat Heine den Anlaß zu seinem Spott gegeben und wurde kurze Zeit auch einmal von Franz Wallner geleitet. 1874 wurde es geschlossen und an seiner Stelle auf dem Wilhelmsplatz 1879 ein neues Stadttheater eröffnet, das die Musen 1910 verließen, um in den nach Max Littmanns Plänen mit einem Kostenaufwande von mehr als 2100000 Mark errichteten, 1002 Plätze bietenden Monumentalbau am Königsring einzuziehen; nur eine reiche Beihilfe des Staates hat dieses opulente Theater, auch ein Glied in der Kette der Maßnahmen zur Förderung des Deutschtums, möglich gemacht. Bromberg baute sich sein erstes Theater 1824, stellte es nach einem Brande 1837 wieder her und ersetzte es, als es 1890 zum zweiten Male ein Raub der Flammen geworden war, 1896 durch einen schönen Neubau mit 700 Plätzen nach Entwürfen Seelings ganz aus eignen Mitteln der Stadt (über 450000 Mark). Beide Theater in Posen und Bromberg erhalten eine Subvention aus dem Allerhöchsten Dispositionsfonds. Bromberg, das sich auf das Schauspiel beschränkt und mit einer Monatsoper begnügt, war zuzeiten dem Posener Theater, das immer den Ehrgeiz hatte, Schauspiel und Oper zugleich zu bieten, in den Leistungen und im Repertoire überlegen. Jetzt kann es natürlich mit der neuen großzügig arbeitenden Posener Bühne (Direktor Franz Gottscheid) nicht mehr Schritt halten. Beide Theater unternehmen gelegentlich Gastfahrten in die kleineren Städte der Provinz, deren Theaterwünsche sonst das vom Oberpräsidenten unterstützte Posener Provinzialtheater (Direktor Gerlach) zu befriedigen versucht. In Posen besteht seit 1869 noch ein ständiges polnisches Theater, das aber mehr politische als künstlerische Bedeutung hat.

Schon dieser flüchtige Blick auf die Pflegstätten deutscher Kultur in Posen und Bromberg zeigt, daß heute niemand mehr von der vernachlässigten und zurückgebliebenen Provinz Posen sprechen darf. Sie ist mit ihren der Kunst und Wissenschaft dienenden, noch am Anfange ihrer Wirksamkeit stehenden Instituten den Schwesterprovinzen im Westen noch nicht ebenbürtig. Aber in dem Maß von Mühe und Arbeit, mit dem hier täglich das deutsche Geistesleben gefördert wird, steht sie ihnen nicht nach, und das ist eine sichere Gewähr dafür, daß der schon heute überall sichtbare Erfolg dereinst zu einem breiten Segensstrom wird, er sich in tausend Kanälen in Stadt und Land ergießt.

2. Westpreußen.

Von Friedrich Schwarz.

Der Ruf, den die wissenschaftlichen und künstlerischen Leistungen der Ostprovinzen in anderen Gauen unseres Vaterlandes genießen, ist gering, so gering, wie die Kenntnis eben dieser Leistungen. Allenfalls, daß die Stadt der reinen Vernunft und neuerdings vielleicht Posen sich im Durchschnittsbewußtsein eine Stelle erworben hat. Ludw. Gurlitt (Der Deutsche und seine Schule, 1906) darf, ohne sich dadurch in weitestem Umfang lächerlich zu machen, sagen: „in Ost-

und Westpreußen bekommt man zwar sehr gutes Kalbfleisch, auch vorzügliche Milch und Butter, unsere geistige Kultur aber pflegen wir dorther nicht zu beziehen". Ansichten wie diese beruhen gewiß zum Teil auf parteipolitischen Vorurteilen. Man hat es verstanden dem Lande Ostelbien Epitheta anzuhängen, wie Halbasien oder Sibirien. Aber daß solche Vorstellungen sich bilden können, daß die Kenntnis der wirklichen Verhältnisse nicht allgemeiner verbreitet ist, hat seinen Grund in der isolierten Lage und der geschichtlichen Entwicklung dieser Provinzen. Lange Zeit haben sie ein von den übrigen Landesteilen gesondertes Dasein geführt. Speziell Westpreußen ist erst seit der Zeit Friedrichs des Großen ein Teil des preußischen Staates. Während des 19. Jahrhunderts ist es lange Zeit (bis 1878) seiner Selbständigkeit als Provinz beraubt gewesen. So ist es begreiflich, wenn sich die politische erst langsam auch zu einer gefühlsmäßigen Zugehörigkeit in den Herzen der übrigen Volksgenossen festigt und es zum Teil überhaupt noch nicht soweit gekommen ist.

Aber wie steht es faktisch mit dem Kulturbesitz der Provinz?

Zuzugeben ist, daß das Land seit seiner Wiederdeutschwerdung längere Zeit der empfangende Teil gewesen ist, mit Ausnahme von Danzig, das auch in der schlimmsten Zeit stets ein Hort deutscher Kultur blieb. Ihre Vergangenheit hat der Provinz schwer zu schaffen gemacht. Ihre jahrhundertelange Zugehörigkeit zu Polen, die Herrschaft des polnischen Adels und der polnischen Jesuiten mit ihrer fanatischen Verfolgung der protestantischen Bürger und Bauern, hatten die Kultursaat, die einst der Deutsche Orden gepflanzt, überall im Lande bis auf wenige Städte vernichtet. Man muß Gustav Freytags Schilderung der Zustände vor der zweiten Teilung Polens lesen oder Max Bärs aktenmäßige Darstellung (Westpreußen unter Friedrich dem Großen, Bd. 1. 2. 1909) dessen, was Friedrich vorfand und was er für das Land getan hat. Kein Wunder, wenn erst langsam wieder Kunst und Wissenschaft in dem Boden allmählich eintretender politischer Ordnung und wirtschaftlicher Erstarkung Wurzel fassen konnten. Aber von dem augenblicklichen Stand dürfen wir sagen, daß sich ein vielfältiges Kulturleben entfaltet hat, dem es, wie sich zeigen wird, nicht an wertvollen Leistungen mangelt.

Die Wissenschaft verdankt Westpreußen seit den Zeiten eines Kopernikus eine große Reihe hervorragender Männer. So sehr ihre Namen in eine Kulturstatistik der Provinz gehören, so wenig geben sie Aufschluß über die allgemeine Verbreitung wissenschaftlicher Interessen im Lande. Unsere Absicht kann an dieser Stelle daher im großen ganzen nur mehr auf eine Darstellung der Pflege der Wissenschaften gehen, soweit sie in staatlichen und privaten Vereinen, Verbänden, Lehrkörpern, Unternehmungen und Instituten organisiert ist.

Nachdem die Geschichtswissenschaft mit dem Beginn des 19. Jahrhunderts in das Stadium methodischer und quellenkritischer Forschung getreten war, zeitigte auch die landesgeschichtliche Forschung Altpreußens bald schöne Früchte in den Arbeiten eines J. Voigt in Königsberg († 1863), Th. Hirsch in Danzig († in Greifswald 1881), M. Toeppen in Elbing († 1893) u. a. Die Preußischen Provinzialblätter, die seit 1829 in Königsberg erschienen, später die Altpreußische Monats-

schrift enthalten viele wertvolle Einzeluntersuchungen auch zur Geschichte Westpreußens. Das bedeutende Quellenwerk der Scriptores rerum prussicarum wurde 1861—1874 von Hirsch, Toeppen und Strehlke mit staatlicher und provinzieller Beihilfe herausgegeben.

Aber erst mit der Selbständigwerdung der Provinz im Jahre 1878 erhielt die Pflege der Landesgeschichte ihren Mittelpunkt durch die im Jahre 1879 erfolgte Gründung des Westpreußischen Geschichtsvereins (Vorsitzender z. Z. Stadtschulrat Dr. Damus). Die Aufgaben, die sich der Verein stellte, die Herausgabe von Urkunden und Abhandlungen in selbständigen Publikationen und in einer Zeitschrift, die Abhaltung von wissenschaftlichen Vorträgen, hat der Verein mit Unterstützung des Provinziallandtages bis heute in glänzender, über dem Durchschnitt vieler anderer historischen Vereine stehender Weise durchgeführt. Seit 1880 erscheint die „Zeitschrift des Westpreußischen Geschichtsvereins", die nunmehr in 53 Heften ein gewaltiges Material zur Geschichte der Provinz enthält. Seit 1902 sind daneben für kleinere Abhandlungen und gelegentliche Funde regelmäßige „Mitteilungen" getreten, die besonders geeignet sind, das Interesse in weitere Kreise zu tragen. Nachdem der Verein 1881—1882 Perlbachs Pommerellisches Urkundenbuch, 1884—1887 Wölkys Urkunden des Bistums Culm in vier Bänden und 1888—1890 Thunerts Akten der Ständetage Preußens Königlichen Anteils in drei Bänden als selbständige Publikationen herausgebracht hatte, sind seit 1900 die größeren Werke in der Sammlung „Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens" vereint (bis jetzt erschienen Bd. 1—8).

Der in Königsberg sitzende Verein für die Geschichte von Ost- und Westpreußen (Vorsitzender z. Z. Geh. Archivrat Dr. Joachim), der aber auch in Westpreußen viele Mitglieder zählt, darf gleichfalls auf eine erfolgreiche Publikationstätigkeit zurückblicken. Für Westpreußen im besonderen sind unter diesen von Wichtigkeit: die preußischen Geschichtsschreiber des 16. und 17. Jahrhunderts, die Handelsrechnungen des Deutschen Ordens herausgegeben von Sattler, Rautenbergs vielgebrauchtes Verzeichnis der Zeitschriftenliteratur von Ost- und Westpreußen, und manche andere Darstellungen. Aus Freytags „Preußen auf der Universität Wittenberg" (im Reformationszeitalter) und aus der im Auftrag des Vereins von Erler herausgegebenen Königsberger Matrikel zieht natürlich auch die Gelehrtengeschichte Westpreußens vielfach Gewinn, ebenso wie aus Perlbachs in den Monumenta historiae Warmiensis enthaltener Prussia scholastica.

Im übrigen existieren historische Vereine in einzelnen größeren Städten. Zum Teil pflegen sie besonders das Gebiet der Prähistorie, oder sie gehen allgemeineren wissenschaftlichen Bestrebungen nach, wie der Kopernikus-Verein für Kunst und Wissenschaft in Thorn (gegründet 1854).

Seinem Namen hat der Verein Ehre gemacht durch die Veröffentlichung der Schriften M. Curtzes zur Biographie des Kopernikus in seinen seit 1878 erscheinenden „Mitteilungen", die das bekannte Werk Leopold Prowes-Thorn in wertvoller Weise ergänzen. Neuerdings hat L. Birkenmajer (M. Kopernik, Krakau 1900) wieder vielerlei Neues über die Quellen und die Entwicklung der Kopernikanischen Lehre ermittelt.

Der polnische wissenschaftliche Verein in Thorn, Towarzystwo naukowe w Toruniu, liefert in seinen Roczniki, Zapiski und Fontes Darstellungen und Quellenbeiträge zur Landesgeschichte in polnischen Zeiten.

Die Elbinger Altertumsgesellschaft (gegründet 1873, Vorsitzender z. Z. Professor Dorr) hat sich hauptsächlich die Erforschung der vorgeschichtlichen Denkmäler der Umgegend von Elbing zur Aufgabe gemacht und eine nicht unbedeutende Sammlung prähistorischer Funde zusammengebracht, die mit Gegenständen der alten und neueren Kunst und des Kunstgewerbes im Städtischen Museum vereinigt sind.

In ähnlicher Weise ist die Tätigkeit der Graudenzer Altertumsgesellschaft (Museumsverein) auf das Sammeln prähistorischer und historischer Gegenstände beschränkt.

Der historische Verein für den Regierungsbezirk Marienwerder (Vorsitzender z. Z. Prof. Gehrt) hat die Grenzen seines Arbeitsgebietes weiter gesteckt. In seiner seit 1876 herauskommenden Zeitschrift sind zahlreiche Beiträge zur Vorgeschichte, zur Provinzial-, Orts- und Familiengeschichte erschienen.

Von einzelnen Zweigen der Provinzialgeschichte hat die Kirchengeschichte eine besondere Berücksichtigung gefunden in den seit 1904 erscheinenden „Heften zur westpreußischen Kirchengeschichte", die allerdings weniger der Wissenschaft als in erster Linie kirchlichen Interessen dienen wollen. Abgesehen von Lambecks schon 1850 erschienener „Geschichte der Reformation in Westpreußen" und vielen Einzelbeiträgen hauptsächlich in der Zeitschrift des Westpreußischen Geschichtsvereins, fehlt es bis jetzt noch an einer größeren wissenschaftlichen Gesamtdarstellung. Völker in seiner Schrift über den Protestantismus in Polen (1910) gibt nicht eine Geschichte des Protestantismus, sondern einen Überblick über die Darstellungen und Beurteilungen, die derselbe im Laufe der Zeit durch die einheimischen Historiker gefunden hat.

Auch eine zusammenfassende Darstellung der Volkskunde steht noch aus, obgleich einzelne Teile dieser verhältnismäßig jungen Wissenschaft in den Werken von Tettau und Temme über die preußischen Sagen (1837), von Frischbier über den Aberglauben (1870), von Knopf über westpreußische Sagen (1891), in Treichels Sammlung von westpreußischen Volksliedern und manchen Einzeluntersuchungen, zum Teil schon früh in schöner Weise bearbeitet worden sind. Es existieren in Westpreußen mehrere in sich geschlossene Gebiete von besonderer Eigenart, wie das Werder, die Koschneiderei in der Tucheler Heide, die Gegend um Elbing, deren Volkstum, Sitten, Tracht und Gebräuche usw. wohl eine ähnliche Aufmerksamkeit verdienten, wie sie gerade das slavische Volkstum der Kassubei gefunden hat. Für Kassubische Volkskunde gibt es seit 1908 einen Verein, der eigene „Mitteilungen" herausgibt. F. Lorenz-Karthaus, der ihn mit J. Gulgowski-Sanddorf gemeinsam gegründet hat, bearbeitet hauptsächlich die sprachwissenschaftliche Seite. Gulgowski hat in einem mit provinzieller Unterstützung errichteten Dorfmuseum in Sanddorf Gegenstände des Gewerbes, des Hausrats, der Tracht der Kassuben gesammelt, auch in einem Buch „Von einem unbekannten Volke in Deutschland" (1911) verarbeitet.

Recht zahlreich sind die Ortsgeschichten einzelner Städte. Es würde zu weit führen, sie alle einzeln zu nennen. Die Geschichte der Provinzialhauptstadt Danzig im besonderen nimmt natürlich in den Zeitschriften und Publikationen des Westpreußischen Geschichtsvereins einen breiten Raum ein. Daneben liegen auch eine Anzahl größerer Abhandlungen vor über einzelne Teile oder Abschnitte ihrer reichen Vergangenheit, z. B. Th. Hirschs Handels- und Gewerbegeschichte unter der Herrschaft des deutschen Ordens (1858), Köhlers Geschichte der Festung Danzig (1893), Blechs Ältestes Danzig (1905) und Simsons Artushof (1900). Von neueren Gesamtdarstellungen ist seit Löschins Geschichte (2. Aufl. 1822—1823) nur Simsons kleine Geschichte von Danzig (1903) zu nennen. Aber Simson hat augenblicklich im Auftrag der städtischen Körperschaften eine groß angelegte Geschichte Danzigs in Arbeit, zu der er allerdings in jeder Beziehung berufen erscheint. Eine Sammlung kleiner populärer Beiträge zur Geschichte Danzigs, Gedanensia genannt, von der bisher 5 Hefte vorliegen, darunter eine Ausgabe der „Jugenderinnerungen an Danzig" von Johanna Schopenhauer, der Schwester des Philosophen, hat der Verlag leider seit 1905 einschlafen lassen.

Der Landesgeschichte stellt sich die Pflege der Landeskunde in ebenbürtiger Weise zur Seite. Dasjenige Institut, welches an der Spitze der landeskundlichen Durchforschung der Provinz steht, ist das Westpreußische Provinzialmuseum (Direktor z. Z. Prof. Dr. Kumm). Unter der Leitung seines früheren Direktors H. Conwentz hat es sich seit seiner Gründung im Jahre 1879 keineswegs auf das Sammeln von naturkundlichen und ethnologischen Gegenständen beschränkt, sondern im Zusammengehen mit den in der Provinz hierfür bestehenden Vereinen und einer Schar freiwilliger Mitarbeiter die Provinz systematisch durchforscht. Zugleich hat es planmäßig das Interesse für diese Dinge in die weitesten Kreise, ja bis in die Volksschule getragen. Conwentz hat fortlaufend in den seit 1880 erscheinenden ausführlichen amtlichen Berichten des Museums und zusammenfassend in der Festschrift zum 25jährigen Jubiläum des Instituts (1905) seine Grundsätze, seine Methode und seine Erfolge dargelegt. Es dürfte sich wohl kaum eine andere Provinz in dieser Beziehung mit der unserigen messen können. Das reiche Material, das auf diese Weise gesammelt wurde, hat bereits vielfach wissenschaftliche Bearbeitung gefunden, im besonderen auch in den „Abhandlungen zur Landeskunde der Provinz Westpreußen", die wohl auf Anregung von Conwentz, seit 1890 von der Provinzialkommission zur Verwaltung der Westpreußischen Provinzialmuseen herausgegeben werden und bereits in 14 Bänden vorliegen. Die Provinz verfügt hierin über eine groß angelegte Sammlung von wertvollen Darstellungen. Der Begriff Landeskunde ist hier in weitem Sinne gefaßt. Wir finden da sowohl Arbeiten über einzelne Landesteile im allgemeinen, als auch solche aus den Gebieten der Prähistorie, der Floristik und der geschichtlichen Hilfswissenschaften. Die Kenntnis des Landes in populärer Form verbreitete die seit 1904 in Elbing erscheinende Zeitschrift „Der Wanderer durch Ost- und Westpreußen". Die Zeitschrift ist leider in diesem Jahre eingegangen. Dafür beabsichtigt der Verkehrsverein für Ostpreußen eine ähnliche Zeitschrift unter dem Titel „Ost- und Westpreußen" in Zukunft erscheinen zu lassen.

An größeren Einzelwerken auf diesem Gebiet sind außer den älteren Büchern von Brandstäter über die Weichsel (1855) und Passarges Reiseskizzen aus dem Weichseldelta (1857) zu nennen das vielseitige Sammelwerk „Beiträge zur Landeskunde Westpreußens", das als Festschrift dem 1905 in Danzig abgehaltenen 15. Geographentage dargeboten worden ist, ferner Ambrassats zu Unterrichtszwecken bestimmte Heimatskunde (1906), die kürzlich herausgekommene kleine Landeskunde von Fritz Braun (in der Sammlung Göschen 1912) und das Sammelwerk „Die Provinz Westpreußen, herausgegeben von Gehrke, Hecker, Preuß, Schwandt u. a." (1911—1912).

Der Initiative von Conwentz verdankt auch die mit der Landeskunde in enger Berührung stehende Naturdenkmalpflege ihre Entstehung, die jetzt bereits eine allgemeine Bewegung, in Westpreußen ihren Ausgang nahm. Auf den in seiner Denkschrift über die Gefährdung der Naturdenkmäler (1904) gegebenen Anstoß hat die preußische Regierung eine staatliche Stelle für Naturdenkmalpflege in Berlin errichtet. In Westpreußen selbst hat sich (1907) ein Provinzialkomitee gebildet (Vorsitzender z. Z. Se. Exzellenz der Oberpräsident von Jagow).

Die Naturwissenschaftliche Forschung hat seit alters eine treue Pflegerin in der ehrwürdigen Naturforschenden Gesellschaft zu Danzig (Vorsitzender z. Z. Prof. Dr. Lakowitz). Im Jahre 1742 gegründet, hat sie seitdem mit einigen Unterbrechungen während des 18. Jahrhunderts einer großen Menge wertvoller Arbeiten zur Naturgeschichte der Provinz und zur Naturwissenschaft überhaupt in ihren Schriften ans Licht verholfen und durch eine rege Vortragstätigkeit dauernd die Pflege der Naturwissenschaften gefördert. Unter den von ihr herausgegebenen selbständigen Publikationen ist besonders A. Lissauers zusammenfassendes Werk, Die prähistorischen Denkmäler der Provinz Westpreußen (1887) zu nennen. Zu ihren Mitgliedern zählten Männer, wie die Mathematiker W. A. Förstemann († 1836), die Zoologen M. H. Rathke († 1861) und C. Th. E. v. Siebold († 1885), die Astronomen C. Th. Anger († 1858) und E. Kayser († 1907). Die zu ihrem 150jährigen Jubiläum erschienene Geschichte der Gesellschaft von Schumann gibt ein Bild idealen wissenschaftlichen Strebens, das auch in den schweren Zeiten politischer und wirtschaftlicher Bedrängnis nicht völlig versagte.

In enger Verbindung mit ihr steht der aus ihr hervorgegangene Westpreußische botanisch-zoologische Verein (Vorsitzender z. Z. Prof. Dr. Lakowitz), der 1878 gegründet, ausschließlich die Erforschung der Pflanzen- und Tierwelt Westpreußens durch Vorträge und Exkursionen betreibt. Seine Sitzungsberichte, früher in den Schriften der Naturforschenden Gesellschaft veröffentlicht, erscheinen seit 1906 selbständig.

Der Westpreußische Fischerei-Verein (Vorsitzender z. Z. Dr. Seligo), mehr praktischen Zielen nachgehend, leistet gleichwohl durch seine systematischen Untersuchungen der westpreußischen Seen in physikalischer und biologischer Hinsicht der Wissenschaft sehr erhebliche Dienste.

Die provinzielle Naturforschung ist im großen ganzen in diesen Vereinen und ihren Publikationen beschlossen. Eine Ausnahme macht die Geologie, deren wichtigere Darstellungen, wie die Westpreußen betreffenden Blätter der geologischen

Karte von Preußen ebenso wie die Arbeiten von Jentzsch, Keilhack, Maas u. a. von der Königl. preußischen geologischen Landesanstalt in Berlin herausgegeben worden sind oder in ihren laufenden Publikationen stehen. Neuerdings ist ein geologischer Führer durch die Umgegend von Danzig von Sonntag (1911) erschienen. Es darf auch an den Bernstein erinnert werden, das Gold des Nordens, dessen Geschichte, Chemie, Flora, Fauna seit alten Zeiten ein Lieblingsstudium preußischer Naturforscher gewesen ist und in einer schier unendlichen Literatur seinen Niederschlag gefunden hat. Überhaupt werden sämtliche beschreibenden Naturwissenschaften eifrig gepflegt, mit Ausnahme der vielleicht ein wenig stiefmütterlich behandelten Meteorologie. Es gibt zwar einzelne Beiträge zur Klimatologie einzelner Orte. Über das Klima von Danzig hat außer früheren der (1909) verstorbene Direktor der Naturforschenden Gesellschaft, Albert Momber, mehrfach geschrieben. Kayſers in Danzig angestellte Wolkenhöhenmessungen sind von allgemeiner Bedeutung. Die Niederschlagsverhältnisse der Provinz sind von Hellmann in seiner Regenkarte (1900) bearbeitet worden. Die Windverhältnisse hat Aßmann in seiner Arbeit über die Winde in Deutschland (1910) dargestellt. Das von der Beobachtungsstation der deutschen Seewarte in Neufahrwasser und den Stationen des preußischen meteorologischen Instituts gesammelte Material ist indessen noch nicht zu einer Gesamtdarstellung des Klimas der Provinz oder auch nur Danzigs benutzt worden. Eine öffentliche Wetterdienststelle fehlt der Provinz bis jetzt ebenfalls. Man ist auf die Königsberger und Bromberger und die von ihnen herausgegebenen täglichen Wetterkarten angewiesen, die natürlich mit ziemlicher Verspätung in die entlegeneren Orte gelangen.

Was die übrigen Wissenschaften anlangt, die nicht in unmittelbarer Beziehung zur Geschichte und Natur des Landes stehen, wie Rechtswissenschaft, Medizin, Philologie, so finden ihre Vertreter in den betreffenden Berufsvereinen gewiß mannigfache wissenschaftliche Anregung und Förderung, wenn auch bei weitem nicht in dem Maße, wie sie eine Landesuniversität zu vermitteln vermöchte. Die Technische Hochschule zu Danzig in ihrer Abteilung der allgemeinen Wissenschaften kann diesen Mangel nur zum kleinen Teil ersetzen. Indessen wirkt sie vielfach in anderen Beziehungen befruchtend auf das wissenschaftliche und künstlerische Leben.

Die Königlich Technische Hochschule zu Danzig wurde am 6. Oktober 1904 eröffnet. Mit 240 Studierenden im Wintersemester 1904 beginnend, zählt sie heute 627. Ihre Organisation gliedert sich in die 6 Abteilungen: Architektur, Bauingenieurwesen, Maschineningenieurwesen, Schiffs- und Schiffsmaschinenbau, Chemie, Allgemeine Wissenschaften. Über das fachliche Interesse hinaus hat für die Provinz Bedeutung, das was in der Abteilung I die Professoren Matthaei durch seine kunstgeschichtlichen Vorlesungen, Carsten und Weber durch ihre Bauten, Pfuhle durch seine Malerei bieten und das, was in der Abteilung IV für die Pflege der allgemeinen Wissenschaften geschieht. Carsten, der Erbauer des Hochschulgebäudes, wirkt vorbildlich durch die geschmackvollen Privatwohnhäuser, die nach seinen Entwürfen in Danzig und Langfuhr entstanden sind. Weber, dem Erbauer des neuen Zoppoter Kurhauses, verdanken wir in der Architektur eine

wieder erwachende Farbenfreude. Unter seinem Einfluß verbreitet sich in Danzig und Oliva, seinem Wohnsitz, wo er die Baubearbeitungsstelle leitet, die Sitte der farbigen Bemalung der Fassaden. Matthaei versammelt in seinen Vorträgen über allgemeine Kunstgeschichte eine große Zahl von Gasthörern. Auch hat er mit Schrift und Wort das Interesse an der heimischen Baugeschichte gefördert, welches überhaupt seit Bestehen der Hochschule merklich lebendiger und allgemeiner geworden ist. In der Abteilung VI sind alle irgendwie für die Bildung der Architekten und Ingenieure in Betracht kommenden sonstigen allgemeinen Wissenschaften vertreten. Merkwürdigerweise fehlt die allgemeinste, die Philosophie. Hier sind die Naturwissenschaften vereinigt als Mathematik (v. Mangoldt, Schilling, Sommer), Physik (Zenneck, Kaläbne), Astronomie und Meteorologie (v. Brunn). Chemie lesen Ruff und Wohl, Mineralogie und Geologie v. Wolff usw. Der Nationalökonom Thieß, bekannt durch mehrere Schriften über Schiffahrt und Schiffahrtspolitik, hat sich ein praktisches Verdienst erworben durch Gründung der Danziger Verkehrszentrale (Vorsitzender z. Z. Rechtsanwalt Zander), die wiederum zur Organisation des provinziellen Verkehrsvereinswesens den Anstoß gegeben hat. Der Inhaber des Lehrstuhls für neuere Geschichte, Luckwaldt, hat auch in den kleineren Städten der Provinz mehrfach Vorträge gehalten. Der Lehrstuhl ist seinerzeit im Interesse der nationalen Stärkung dieser lange Zeit von polnischem Einfluß durchsetzten Landesteile eingerichtet worden. Auch Löbners Kollegien über deutsche Literaturgeschichte finden über den Kreis der Studenten hinaus zahlreiche Hörer. Außerhalb des normalen Lehrgangs der Hochschule haben öfters wirtschafts- und staatswissenschaftliche Kurse stattgefunden, an denen sich auch Männer der Verwaltung und der Praxis als Vortragende beteiligten.

In stiller aber wirksamer Arbeit sorgen die Bibliotheken für die Verteilung und Nutzbarmachung der geistigen Güter. Eine eigentliche Landesbibliothek hat die Provinz infolge ihrer früheren Unselbständigkeit ebenfalls noch nicht. Offiziell gilt noch immer die Königliche und Universitätsbibliothek Königsberg dafür, insofern dorthin die in der Provinz erscheinende Literatur in Pflichtexemplaren abgegeben werden muß. Faktisch aber nimmt schon jetzt die Stadtbibliothek Danzig (gegründet 1591, Leiter Prof. Dr. Günther) diese Stelle ein. Von Königsberg aus wurden 1911/12 1200 Bände in die Provinz Westpreußen verliehen, davon aber 138 Bände nach Danzig, so daß es faktisch für die übrige Provinz nur 1128 Bände waren. Von Danzig aus dagegen gingen 1915 Bände in dies Gebiet. Diese Zahl ist im schnellen Wachsen begriffen (1905 waren es 317 Bände), wenn sie auch absolut genommen noch nicht hoch ist, und mit der Tätigkeit der mit reichen Staatsmitteln arbeitenden Kaiser Wilhelm-Bibliothek in Posen keinen Vergleich aushalten kann. Dementsprechend hat sich die Stadtbibliothek in erster Linie die Sammlung aller Stadt und Provinz betreffenden Literatur zur Aufgabe gemacht, in systematischer Fortführung der vorhandenen reichen älteren Bestände. Zählt sie doch schon unter ihren etwa 2900 Manuskripten eine große Reihe der wichtigsten Chroniken zur Landesgeschichte. Demnächst pflegt die Bibliothek die Gebiete der Staatswissenschaften, der allgemeinen und deutschen Geschichte, der

deutschen Literatur und Literaturgeschichte, der Kunstgeschichte, der Länder- und Völkerkunde. Die mathematischen, naturwissenschaftlichen und technischen Fächer finden weniger Berücksichtigung, da sie in der Bibliothek der Kgl. Technischen Hochschule und der Bibliothek der Naturforschenden Gesellschaft speziell gepflegt werden. Die Stadtbibliothek Danzig besitzt einen Bestand von 102000 Bänden und hat im Jahre 1911/12 27305 Bände verliehen, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Entleihung der schönen Literatur nur zu wissenschaftlichen Zwecken erfolgt.

Die Bücherei der Kgl. Technischen Hochschule zu Danzig (Leiter Dr. Trommsdorff) mit einem Bestand von 33000 Bänden, ist in erster Linie natürlich Fachbibliothek für die Zwecke der Hochschule, entleiht aber auch vielfach an andere wissenschaftliche Benutzer in Stadt und Provinz.

Daneben gibt es in Danzig noch eine Anzahl Vereins- und Kirchenbibliotheken, wie die umfangreiche Bibliothek der naturforschenden Gesellschaft mit einem Bestand von etwa 25000 Bänden und die Bibliothek der Marienkirche, die wertvolle alte Drucke und Manuskripte ihr eigen nennt, u. a.

Im übrigen besitzt die Provinz nur noch in der 30000 Bände zählenden Elbinger Stadtbibliothek (nebenamtlicher Leiter Prof. Dr. Neubaur) eine namhaftere öffentliche Büchersammlung.

An Volksbibliotheken zählt die Stadt Danzig 6, von denen 5 zum größern Teil aus den Mitteln der Luise-Abeggstiftung unterhalten werden. Die größte, allein nach modernen Gesichtspunkten eingerichtete, unter der Verwaltung der Stadtbibliothek stehende Volksbücherei mit Lesehalle am Jakobstor hat bei einem Bestand von 10000 Bänden im Jahr 1911/12 113000 Bände verliehen. Die übrigen sind nur gering dotiert und würden gewiß durch einheitliche Organisation einen höheren Wirkungsgrad erreichen können.

Es gibt außer diesen und verschiedenen Gymnasial- und Kreislehrerbibliotheken noch eine große Anzahl bescheidener städtischer und ländlicher Volks-, Vereins-, Schul- und Kirchspielbibliotheken, die zum großen Teil dem seit 1878 in der Provinz tätigen Verein für Verbreitung von Volksbildung, sowie dem Deutschen Ostmarken-Verein ihre Gründung verdanken, oder von ihnen unterstützt werden. Der erstgenannte Verein hat im Jahre 1910 370 Bibliotheken mit 5221 Bänden unterstützt, darunter befinden sich 45 Wanderbibliotheken mit 1053 Bänden. Der Ostmarkenverein hat im Laufe der letzten 10 Jahre in Westpreußen 190 Volksbüchereien begründet und mit rund 78000 Bänden ausgestattet. Auch ein großer Teil der Kreisverwaltungen hat Wanderbüchereien eingerichtet. Aber was diese kleinen und kleinsten Institute bei dem gänzlichen Mangel einheitlicher Verwaltung und wirksamerer staatlicher Hilfe wirklich leisten, ist problematisch. Es fehlt völlig an einer gemeinsamen Organisation, wie sie etwa in Oberschlesien besteht oder wie sie Focke in der Provinz Posen in glänzender Weise durchgeführt hat, die allein diese Institute im Zusammenhang mit einer Zentralbibliothek erst wirklich nutzbringend gestalten könnte.

Eine wichtige Stellung auch in wissenschaftlicher Hinsicht nimmt das Königliche Staatsarchiv zu Danzig ein. Hier fließen die Quellen für alle historische

Forschung der Provinz. Der Leiter, Archivdirektor Dr. Bär, hat kürzlich in den „Mitteilungen aus der königlichen preußischen Archivverwaltung“ (Heft 21, 1912) eine ausführliche Darstellung des unter seiner Leitung im Jahre 1901 errichteten und 1902 eröffneten Instituts gegeben. Die Bestände des Archivs umfassen Urkunden der pommerellischen Herzöge, des deutschen Ordens, soweit sie sich auf Westpreußen beziehen, Akten und Registraturen polnischer und westpreußischer Verwaltungs- und Justizbehörden. Bereits sind eine erhebliche Anzahl von Archiven westpreußischer Stadt- und Landgemeinden dort deponiert, darunter auch das Danziger Stadtarchiv, eins der größten und besterhaltenen städtischen Archive Deutschlands. Die Registrierungs- und Ordnungsarbeiten der Verwaltung, das Entgegenkommen der Beamten haben die Benutzbarkeit dieser Schätze außerordentlich erleichtert.

Das Interesse an bildender Kunst und die Pflege derselben knüpft sich in erster Linie an die Kunst der Vergangenheit. In den gewaltigen Denkmälern, die der Orden hinterlassen hat, besitzt die Provinz eine Tradition von unschätzbarem Wert. Auch der solchen Dingen ferner stehende, auch die breite Masse kann an diesen Äußerungen einer starken Kunst nicht gleichgültig vorübergehen. Aber auch aus späteren Zeiten ist in den größeren Städten in Elbing, Thorn und vor allem in Danzig ein reiches Kunsterbe vorhanden, wie es, das gilt für Danzig, nur wenige deutsche Lande aufweisen können. Das Studium und die Pflege älterer Kunst erfreut sich daher weiter Verbreitung.

Voran stehen hier die pfleglichen Maßnahmen der Provinzialverwaltung, die ja auch für die Landesgeschichte durch Unterstützung der historischen Vereine (1911: 5400 Mark) dauernd wirkt. Der Provinzialkommission zur Verwaltung westpreußischer Provinzialmuseen ist auch die Erforschung und der Schutz der Kunstdenkmäler anvertraut. Was diese Kommission bzw. die ihr unterstellten Provinzialkonservatoren Heise († 1899) und Bernhard Schmid seit 1903 geleistet haben, überhaupt was im Laufe des 19. Jahrhunderts für die Denkmalpflege geschehen ist, hat Schmid in einem ausführlichen Bericht geschildert, der dem im September 1910 in Danzig tagenden 11. Tag für Denkmalpflege gewidmet war. Von fundamentaler Bedeutung ist die Inventarisation der Denkmäler. „Die Bau- und Kunstdenkmäler der Provinz Westpreußen“ liegen bis jetzt in 3 Bänden mit 13 Heften vor. Seit 1884 erscheinend, sind die Hefte 1—11 von Heise, die folgenden von Schmid bearbeitet. Es stehen zurzeit noch aus die Landkreise Marienburg und Elbing und die Stadtkreise Elbing und Danzig. An Einzelschriften über die alte Kunst der Provinz sind daneben besonders Steinbrechts „Baukunst des deutschen Ritterordens in Preußen“ (1—3, 1885—1910) und außer vielen anderen Zeitschriftenbeiträgen Toeppens Arbeiten in der Zeitschrift des Westpreußischen Geschichtsvereins (1880, 1881, 1882), erwähnenswert. Die Edelschmiedekunst im besondern hat in E. v. Czihak einen ausgezeichneten Bearbeiter gefunden (Die Edelschmiedekunst in Preußen, 1, 2, 1903—1908).

Im Provinzialkunstgewerbemuseum (Vorsteher z. Z. Stadtrat Bischoff) sind Erzeugnisse des älteren Kunstgewerbes der Provinz und der Stadt Danzig

vereinigt. 1881 durch Ankauf der Ludwig Garbeschen Sammlung gegründet und 1885 eröffnet, ist es seitdem von den übrigen Beständen des Provinzialmuseums getrennt im Erdgeschoß des Danziger Stadtmuseums untergebracht, wo es leider sehr unter Raummangel zu leiden hat. Die Sammlung besitzt herrliche Schränke und andere Möbelstücke, die jetzt durchaus nicht zur Geltung kommen.

In besonderem Maße und mit Recht erfreut sich die Marienburg, dies hervorragendste Denkmal des deutschen Ordens, der staatlichen Fürsorge. Ihre Wiederherstellung begann unter dem Oberpräsidenten von Westpreußen Theodor von Schön am 3. August 1817, nachdem schon 1803 als einer der ersten Max von Schenkendorff dafür eingetreten war. Seit 1881 hat man auch das bis dahin aufgegebene Hochschloß unter Leitung Konrad Steinbrechts innen und außen wieder hergestellt, Arbeiten, denen S. M. der Kaiser bekanntlich großes Interesse entgegenbringt. Es sind große Summen in den Bau gesteckt worden, aber es unterliegt auch keinem Zweifel, daß ein Monument wie dieses für die Stärkung des Kulturbewußtseins im Lande von größtem Wert ist. 1877 gründete Sanitätsrat Dr. Marschall den Verein für die Herstellung und Ausschmückung der Marienburg (Vorsitzender z. Z. Se. Exz. der Oberpräsident von Jagow). Der Verein hat nicht nur durch seine Mitgliederbeiträge und die von ihm veranstalteten Lotterien einen großen Teil der Wiederherstellungskosten gedeckt, sondern auch reichhaltige Sammlungen von Kunst- und Kunstgewerbegegenständen aus der Zeit des Ordens und aus späterer Zeit zusammengebracht, darunter eine Waffen- und eine Münzsammlung. Letztere hat Emil Bahrfeld unter Mitwirkung von Jaquet und Schwandt im Auftrag des Vereins in wissenschaftlich hervorragender Weise beschrieben (Die Münzen und Medaillen der Marienburg Bd. 1 bis 5, Berlin 1901—10).

Unter den zahlreichen Schriften über die Marienburg, von denen Tesdorpf (Die Wiederherstellung der Marienburg 1895) eine Bibliographie gibt, sei besonders an Jos. Frh. v. Eichendorffs dichterisch gestaltete Schloßgeschichte (1844) erinnert. Von den wissenschaftlichen Forschungen über die Baugeschichte der Marienburg sind außer von Quasts Arbeiten in den neuen preußischen Provinzialblättern (1850, 1852, 1853) namentlich diejenigen des jetzigen Bauleiters Steinbrecht im Zentralblatt der Bauverwaltung (1890, 1896) und dessen „Führer durch die Marienburg“ (1891 und öfter) zu erwähnen.

Danzig mit seiner Fülle der Kunstdenkmäler bietet der kunstgeschichtlichen Forschung einen fruchtbaren Boden. Aber es ist wohl auch hier wie auf dem Gebiet der politischen und Kulturgeschichte der Überfluß, der es noch nicht zu einer wissenschaftlichen Gesamtdarstellung hat kommen lassen. Mehr allgemein orientierende, ästhetisch-historische Führer lieferten Lindner (1903, Bd. 19 der Berühmten Kunststätten), Grisebach (1908, Bd. 6 der Stätten der Kultur) und Blech im Auftrag des Vereins für die Erhaltung der Bau- und Kunstdenkmäler (Danzig als Kunststätte, 1904). Der westpreußische Architekten- und Ingenieurverein gab 1908 ein umfangreiches Sammelwerk „Danzig und seine Bauten“ heraus, in dem aber nur die Beiträge von Matthaei und Carsten auf die ältere

Baugeschichte eingehen, die Beschreibung der neueren Bauten aber den größten Raum einnimmt. Schließlich gab George Cuny 1910 gelegentlich des 11. Tages für Denkmalpflege den ersten Band seines Werkes „Danzigs Kunst und Kultur im 16. und 17. Jahrhundert" heraus, der die Danziger Baukunst der Zeit und ihre Vertreter behandelt und wichtige neue Erkenntnisse vermittelt. Einen zweiten Band und eine Geschichte der Danziger Malerei sollen wir demnächst von ihm erwarten dürfen. Leider sind auch diese Werke zeitlich und sachlich begrenzt. Über Einzelheiten der Danziger Kunstgeschichte liegen viele Arbeiten vor, die aber unmöglich alle genannt werden können. Nur Simsons Geschichte des Artushofs muß auch in kunstgeschichtlicher Beziehung erwähnt werden. Außerdem hat nur die ältere Geschichte der Marienkirche durch Theod. Hirsch (1843—1847) eine klassische Bearbeitung gefunden. In neuerer Zeit (1899) hat Brausewetter die Marienkirche in Wort und Bild beschrieben.

Die Pflege der älteren Kunstdenkmäler Danzigs hat sich der Verein für die Erhaltung der Bau- und Kunstdenkmäler (Vorsitzender z. Z. Baurat Prof. Carsten) zur Aufgabe gemacht. Bereits 1850 unter Führung des Maler-Radierers Johann Carl Schultz gegründet, dann aber aufgelöst und wiederum gegründet, hat der Verein in beiden Abschnitten seiner Geschichte mehrfach eingreifen können, wenn wichtige Kunstdenkmäler gefährdet waren. Neuestens hat er die Bewegung eingeleitet zur Erhaltung des Englischen Hauses, eines der wenigen Bauten deutscher Renaissance in Danzig, dessen Abbruch zu befürchten stand, und es waren in erster Reihe seine Mitglieder, die in wenigen Tagen 30000 Mark zum Ankauf des Hauses zusammenbrachten. Durch die Herausgabe einer Sammlung von Fassadenentwürfen (1904 unter Beihilfe der Stadtverwaltung) hat er auch auf die Gestaltung der Neubauten und die Erhaltung des Stadtbildes einen Einfluß zu gewinnen versucht. 1909 veranstaltete der Verein eine Ausstellung von Danziger Kunstgewerbe aus Privatbesitz, die vieles neue, wenig oder nicht bekannte Material besonders an Edelschmiedearbeiten ans Licht brachte. Im übrigen ist der Verein, ebenso wie die städtische Hochbauverwaltung und die Stadtbibliothek, bestrebt, durch architektonische und photographische Aufnahmen die dem Abbruch oder dem Umbau verfallenen Baudenkmäler wenigstens für die Forschung im Bilde zu retten.

Auch der Westpreußische Architekten- und Ingenieurverein (gegründet 1874, Vorsitzender z. Z. Baurat Lehmbeck) hat in seinen Mitteilungen und durch das von ihm herausgegebene Werk „Charakteristische Giebelbauten und Portale in Danzig 1901", sowie durch das oben genannte Werk „Danzig und seine Bauten 1908" die Kunstgeschichte der Stadt gefördert.

Abgesehen von der Inventarisation der Denkmäler ist die Kunstgeschichte einzelner Orte der Provinz in geringerem Maße durchforscht worden. Obenan steht wohl das Kloster Oliva, über dessen Klosterkirche eine Reihe älterer Schriften von Kretzschmer, Th. Hirsch, Baedecker, Pawlowski vorliegen. Neuerdings hat Steumer über die ursprüngliche Gestalt der Zisterzienserabtei Oliva (1909) Untersuchungen angestellt. Auf die Kunstgeschichte des Klosters Pelplin geht Frydrychowicz in seinem Buch über Pelplin (1907) ausführlich ein. Elbing betreffend

sind Toeppens Elbinger Antiquitäten (1870), über Marienwerders Schloß und Dom ist das Buch von Hermann und Reichert (1878) zu nennen, und andere Zeitschriftenbeiträge.

Es ist nicht zu verwundern, daß auch die neuere Kunst, im besonderen die Malerei vielfach Anregung aus den überkommenen herrlichen Kunstschätzen gezogen hat. Die Neigungen eines Chodowiecki, der Meyerheims, Ed. Hildebrands waren freilich anders gerichtet. Aber schon ein Johann Carl Schultz stand ganz unter dem Banne der Kunst der Vergangenheit. Seitdem hat es speziell in Danzig nie an größeren und kleineren Talenten gefehlt, die die Reize ihrer Vaterstadt im Bilde festhielten. Heute ist Artur Bendrat der Maler von Danzig. Er hat den Motiven der heimischen Architektur und Landschaft immer neue Seiten in freier künstlerischer Auffassung abgewonnen. Auch andere Orte der Provinz hat er in seinen Künstlersteinzeichnungen „Bilder aus dem deutschen Osten" festgehalten. Neben ihm steht sein Schüler Berthold Hellingrath, der durch seine zahlreichen Radierungen aus Danzig bekannt ist. Vielfach hat auch Alfred Scherres Architekturbilder aus Danzig in malerischer Auffassung gemalt. Wilhelm Stryowskis, des Altmeisters der Danziger Maler, Ruf beruht auf seinen Darstellungen aus dem Leben der Klissaken, der polnischen Klößer auf der Weichsel. Oft hat er auch Szenen aus der Danziger und preußischen Geschichte, besonders aus der Ordenszeit, zu größeren Kompositionen gestaltet. Bekannt ist E. Bischoff-Culm durch seine großen an Millet erinnernden preußischen Bauerngestalten, Rud. Hellgrewe durch seine schwermütigen westpreußischen Landschaften, Julius Wentscher (aus Graudenz) durch seine Ostseebilder. Auch P.E. Gabel-Elbing, Ernst Kolbe aus Marienwerder und Th. Urtnowski-Zoppot sind vielfach heimischen Motiven gefolgt.

Aber auch an nicht lokal interessierter Kunstbetätigung mangelt es nicht. Fritz A. Pfuhle, der Lehrer der Malerei an der Königl. technischen Hochschule in Danzig, bildet da mit seinen dekorativen Figurenbildern und Porträts durchaus eine Klasse für sich. Konrad Wiederhold und Hans Laasner (in Berlin aus Danzig) pflegen im besonderen das Bildnis. Daneben sind zu nennen der inzwischen nach Aachen versetzte Professor von Brandis, die Danziger M. B. Sturmhoefel, Hans Maeckelburger, Gräfin Itzenplitz, Marta Ihlefeld und Helene Töplitz. Max Buchholtz und Frido Badt, Lehrer an der kunstgewerblichen Klasse der Handels- und Gewerbeschule in Danzig verfolgen hauptsächlich kunstgewerbliche Ziele.

Es ist nicht zu leugnen, daß diese Künstlerpersönlichkeiten ziemlich isoliert nebeneinander stehen. Ein Gemeinsames, in dem man die Merkmale einer Art Heimatskunst erblicken könnte, oder auch nur Keime einer solchen, wird man einstweilen noch vergeblich suchen. Wünschenswert und vielleicht auch möglich wäre es, wenn die seit 1911 in Königsberg erscheinende Zeitschrift „Neue Kunst in Altpreußen" einen engeren Zusammenschluß der künstlerischen Kräfte auch in Westpreußen herbeiführte.

Der Pflege moderner Kunst in den einzelnen Städten dienen Kunstmuseen und Kunstvereine. Die größere Wirkung liegt hier im allgemeinen bei den Vereinen als bei den mit beschränkten Mitteln arbeitenden Museen. Eine Ausnahme macht

das Stadtmuseum zu Danzig (Vorsteher z. Z. Stadtrat Bischoff). Begründet schon 1840 durch den Bildhauer Freytag und 1872 in dem neu ausgebauten Franziskanerkloster eröffnet, wird es aus städtischen Fonds und den Stiftungen von C. G. Klose, W. Jüncke u. a. unterhalten. Es umfaßt zugleich die Sammlung von neueren Gemälden des Kunstvereins und die an Werken alter holländischer Meister reiche von J. Kabrun der Korporation der Kaufmannschaft gestiftete Gemäldesammlung, daneben eine Sammlung von Gipsabgüssen und die Kabrunsche Kupferstichsammlung, die an 12000 Blatt zählt, darunter viele Handzeichnungen und eine große Zahl von Kupferstichen D. Chodowieckis. Gut beschlagen ist es in Werken älterer Meister des 19. Jahrhunderts, um nur einige zu nennen: Achenbach, Schirmer, Rottmann, K. Begas, C. Scheuren, Diaz, Calame, V. Ruths, Fr. Krüger, Rosenfelder. Von Neueren sind Werke vorhanden von Bracht, von Brandis, Graf Kalckreuth, Ad. Männchen, Kuehl, Skarbina, Grethe, Zügel, Modersohn, Dill, Hölzel, Hengeler u. a.

An sonstigen öffentlichen Sammlungen sind in Danzig noch vorhanden das bereits erwähnte Provinzialkunstgewerbemuseum, das städtische Münzkabinett mit einem Bestand von 12000 Stück, darunter über 2000 antike Münzen, und das Uphagenhaus, ein in seiner inneren Einrichtung einigermaßen vollständig erhaltenes Patrizierhaus des 18. Jahrhunderts, welches die Stadtverwaltung mit den Mitteln einer Stiftung des Herrn Fürstenberg (aus Danzig in Berlin) erpachtet und als Wohnmuseum der Öffentlichkeit im Jahre 1911 übergeben hat. Von den in früheren Zeiten zahlreichen größeren Privatkunstsammlungen sind leider nur noch wenige (z. B. der Herren Stryowski und Basner) vorhanden, nachdem auch die bekannte Sammlung des Herrn Gielzinski nach dem Tode des Besitzers nach auswärts gegangen ist.

In Elbing ist der Grund zu einem modernen Kunstmuseum durch die Stiftung des Kommerzienrats Räuber gelegt worden, der neben einer Sammlung neuerer Gemälde ein Kapital aussetzte, aus dessen Zinsen allmählich Bilder angekauft werden. Das städtische Museum, gegründet 1805 (Kustos z. Z. Prof. Dr. Dorr), besteht im übrigen in der Hauptsache aus den Sammlungen des Altertumsvereins, die prähistorische und spätere kunstgewerbliche Gegenstände enthalten.

Das städtische Museum zu Graudenz, gegründet 1884, hat kürzlich ein mit staatlichen und städtischen und mit den Mitteln der Stiftung des Herrn Roethe (im Gesamtbetrag von 110000 Mark) errichtetes neues Gebäude bezogen. Darin wird außer den prähistorischen und ethnographischen Sammlungen des Altertumsvereins (darunter der Rondsener Gräberfund) zugleich auch eine städtische Volksbibliothek untergebracht werden.

Das Thorner städtische Museum, gegründet 1801, umfaßt die von dem Kopernikus-Verein für Wissenschaft und Kunst zusammengebrachten Sammlungen historischer und prähistorischer, natur- und kunsthistorischer Gegenstände, darunter zahlreiche Münzen.

Im allgemeinen könnten die genannten Institute leicht etwas besser ausgestattet werden, wenn sich die Verwaltung der Königlichen Museen in Berlin entschließen

könnte, die in ihren Depots unbenutzt lagernden Kunstwerke häufiger als bisher in die Provinz zu verleihen, wofür allerdings das Vorhandensein geeigneter Räume die Vorbedingung wäre.

Rege blüht das Kunstvereinsleben in den größeren Städten. Voran steht auch hier Danzig. Der 1835 gegründete Kunstverein (Vorsitzender z. Z. Stadtrat Bischoff) kann nunmehr auf eine 77jährige ununterbrochene Tätigkeit zurückblicken. Er hat mit seinen alle zwei Jahre stattfindenden großen Ausstellungen, den damit verknüpften Verlosungen von Kunstgegenständen und vielen kleineren Ausstellungsunternehmungen außerordentlich viel für die Pflege neuerer Kunst geleistet.

An seine Seite ist seit 1905 der Verein für Kunst- und Kunstgewerbe zu Danzig (Vorsitzender z. Z. Stadtrat Goeritz) getreten, der jährlich vier bis fünf kleinere Ausstellungen aus einzelnen Gebieten der Kunst und des Kunstgewerbes veranstaltet und zugleich durch seine rege Vortragstätigkeit zu einem Mittelpunkt der kunstfreundlichen Kreise der Stadt geworden ist. Außer der Pflege des modernen Kunstgewerbes hat er sich besonders die Vermittlung der Kenntnis moderner und modernster Kunstströmungen zur Aufgabe gemacht. Neben Kunstgelehrten hat er auch neuere Dichter wie Bahr und Dehmel zu Worte kommen lassen, die sonst kaum ihr Weg hierher geführt hätte. Zwei private Kunstsalons von Sablewski und Stampf und Sohn zeigen dauernd neuere Kunst und neueres Kunstgewerbe.

Der Verein Danziger Künstler in der Peinkammer, gegründet 1894 (Vorsitzender z. Z. Maler Frido Badt), früher hauptsächlich geselligen und beruflichen Zwecken dienend, hat den Schwerpunkt seiner Tätigkeit seit 1910 nach Zoppot verlegt, wo er einen eigenen Ausstellungspavillon errichtet hat, in dem jeden Sommer Ausstellungen moderner Maler veranstaltet werden.

Die Tätigkeit des Elbinger Kunstvereins (Vorsitzender z. Z. Bürgermeister Sauße), der 1858 gegründet worden ist, besteht ähnlich wie diejenige des Danziger Kunstvereins in der Abhaltung größerer Kunstausstellungen und daneben auch von Vorträgen aus dem Gebiete der Kunst.

Vereine mit ähnlichen Zielen wie der Danziger Verein für Kunst und Kunstgewerbe und auch wohl durch seine Anregung haben sich in Thorn (1906, Vorsitzender z. Z. Stadtrat Kleefeld) und Preuß. Stargard (1909, Vorsitzender z. Z. Oberlehrer Zielscher) gebildet. Sehr viel hat der Letztgenannte für die Kunst in den kleinen und kleinsten Städten der Provinz getan, wie Marienburg, Konitz, Dirschau, Schlochau usw., indem er Kunst- und Musikvortragstourneen durch diese Städte veranstaltete und die dortigen Vereine zu gemeinsamem Vorgehen bei der Beschaffung hervorragender auswärtiger Kräfte veranlaßte.

Der Pflege der Musik sind in den größeren Städten zahlreiche Vokal- und Instrumentalmusikvereine gewidmet, so die Danziger Singakademie, deren Gründung bereits in das Jahr 1817 fällt, und die Elbinger Liedertafel, die 1907 ihr 60jähriges Jubiläum feiern konnte.

Der Dichtkunst fehlt es bei dem Mangel eines in völkischer und landschaftlicher Beziehung einheitlichen Charakters des Landes begreiflicherweise an einem

1. Die Stadtbibliothek zu Danzig. 2. Das Stadtmuseum zu Danzig. 3. Technische Hochschule zu Danzig. 4. Stadtmuseum in Graudenz. 5. Wandelhalle in der Technischen Hochschule zu Danzig.

gemeinsamen Band, das das Vielerlei der Erscheinungen zusammenhielte. Es gibt auch meines Wissens keinen Verein, der sich die Pflege heimatlicher Literatur zur Aufgabe gemacht hätte. Der literarisch-dramatische Verein zu Danzig (Vorsitzender z. Z. Prof. Karehnke) ist allgemeineren literarischen Interessen gewidmet. Die große Vorzeit hat freilich manchen Dichter begeistert. W. Hauffs letzter Ritter von Marienburg, R. Genées historischer Roman Marienburg, die Romane: Heinrich von Plauen, Tileman vom Wege und das Schauspiel Die Marienburg von E. Wichert sind da zu nennen und nicht zuletzt Felix Dahn und Freytags Marcus König, der 4. Band der Ahnen, der in Thorn spielt. Aber Danzig z. B. hat seinen Dichter noch nicht gefunden, obwohl es einer ganzen Anzahl kleinerer und weniger bedeutenden Dichtungen den Stoff bot, wie denen von W. Domansky, Clara Quandt, C. Crome-Schwiening, Werner, B. Th. Strater und vielen anderen. Die Dialektdichtung ist durch H. Sellke, W. Domansky in relativ wenigen Werken vertreten. Heimische Stoffe oder lokale Verhältnisse liegen auch den Werken anderer aus Westpreußen stammender Dichter gelegentlich zugrunde, wie den Romanen Artur Brausewetters (in Danzig) und den Dramen Max Halbes (aus Güttland bei Danzig). Wenn wir noch erwähnen, daß Ernst Hardt aus Graudenz, Johannes Trojan, Ludwig Pietsch und Paul Scheerbart aus Danzig stammen, so sind damit die Beziehungen Westpreußens zur schönen Literatur zurzeit wenigstens angedeutet.

Schließlich erhebt noch die Schauspielkunst den Anspruch genannt zu werden, obwohl es ziemlich mäßig mit ihr in der Provinz bestellt ist. Stadttheater besitzen Danzig (1801 erbaut), Elbing aus dem Jahre 1846, Thorn (1904 neu erbaut) und Graudenz, die im allgemeinen mehr Unterhaltungs- als Kunstinstitute sind. Meist gibt es in diesen Städten Theatervereine, die sich die Pflege und den weiteren Ausbau dieser Anstalten zur Aufgabe gemacht haben. Die Verwaltung und Leitung liegt in der Regel in den Händen privater Unternehmer, die mit städtischen Subventionen arbeiten. Für das Stadttheater in Thorn trägt auch der Staat ein Drittel der jährlichen Unterhaltungskosten. In Graudenz, wo das sogenannte Stadttheater durch den Theaterverein (Vorsitzender z. Z. Justizrat Obuch) mit städtischer und staatlicher Unterstützung unterhalten wird, denkt man an einen Theaterneubau, für den ebenfalls Staatsbeihilfe in Aussicht gestellt ist. Das Gebäude des Stadttheaters zu Danzig ist Staatseigentum und untersteht der Verwaltung einer Kgl. Schauspielhauskommission. Der Betrieb ist an einen Unternehmer verpachtet, der von städtischer Seite subventioniert wird. Daneben gibt es noch einen Theater-Aktien-Verein, der für die Erbauung eines neuen Theaters wirkt und durch die Veranstaltung von Naturtheateraufführungen in Langfuhr ähnlich wie die Zoppoter Kurverwaltung auf ihrer Waldbühne schöne Erfolge erzielt.

Als Ergebnis dieser Übersicht darf festgestellt werden, daß in der Provinz ein reges wissenschaftliches und künstlerisches Leben blüht, das gewiß den Vergleich mit manchen anderen deutschen Gauen aushalten kann. Die Pflege einzelner Wissenschaften wie der Landesgeschichte und Landeskunde ist auch vortrefflich organisiert und das Interesse dafür infolgedessen allgemein verbreitet. Aber wo sich ein der-

artiger systematischer Betrieb erkennen läßt, ist er offenbar mehr noch der Initiative von Vereinen und Privaten als der staatlichen Hilfe zu danken. Daran fehlt es, obwohl schon manches geschehen ist. Es fehlt an einem Zentrum für Bildung und Wissenschaft, wie es Ostpreußen in seiner Albertina, Posen in seiner Akademie hat, wie es überhaupt in älteren Provinzen sich in natürlicher Entwicklung gebildet hat. Danzig ist auf dem Wege dazu, aber es geht langsam, der Hemmungen sind viele. Je weniger die einzelnen Teile der Provinz in natürlicher, völkischer Beziehung den engen Zusammenschluß gefunden haben, um so mehr muß es Aufgabe des Staates sein, diesen auf geistigem Gebiete zu fördern und herbeizuführen.

Verfassung und Verwaltung.

1. Die geschichtliche Entwicklung.

Von Manfred Laubert.

An Friedrich den Großen trat 1772 mit der Erwerbung Westpreußens und des Netzedistrikts die Aufgabe heran, polnische Gebietsteile seinem Staate anzugliedern. Ihrer Lösung hat er während der letzten anderthalb Jahrzehnte seines Lebens die Hauptkraft seiner innerpolitischen Wirksamkeit gewidmet. Westpreußen wurde, wie früher Schlesien, wenigstens für die ersten zehn Jahre, direkt dem königlichen Kabinett ohne Dazwischenkunft des Generaldirektoriums unterstellt. An die Spitze der Lokalverwaltung trat aber nicht wie in Schlesien ein Provinzialminister, sondern die Kriegs- und Domänenkammer zu Marienwerder, der 1775 die bis dahin selbständig gewesene Bromberger Zentralbehörde für den Netzedistrikt als „Kammerdeputation" untergeordnet wurde. Mit einem Schlage beseitigte der Monarch die polnische Starosteiverfassung, wonach die Starosten als königliche Beamte und Richter in den Kreisen fungierten und zur Entschädigung gegen eine bestimmte Abgabe, die Quarte, die Nutznießung von Staatsgütern erhielten, deren Besitz sich zuletzt zu einem fast erblichen erweitert hatte. Die Starosteigüter wurden vom Staat eingezogen und als Domänen an Deutsche verpachtet. Ferner ließ man nicht wie in Schlesien die Geistlichen gegen 50 Proz. Staatssteuer vom Reinertrag im Besitz ihrer Güter, sondern das Eigentum der Kirche wurde von den weltlichen Behörden in Sequestration genommen und der Klerus auf Kompetenzgelder, die Hälfte des künftigen Nettogewinnes, gesetzt, was ihm materiell allerdings vielfach zum Vorteil gereichte, denn die Benutzung von Grund und Boden wurde eine weit intensivere.

Im allgemeinen wurde die Verwaltung nach dem Muster der alten Provinzen „auf preußischem Fuß" organisiert und mit einem deutschen Beamtentum geleitet. Man verzichtete indessen auf die Bildung von Kreistagen. Die Landräte, 7 für Westpreußen und 4 für den Netzedistrikt, wurden gleich den 4 bzw. 2 Steuerräten für die Städte und Ämter unmittelbar vom Könige ernannt.

Ferner hob Friedrich II. sofort die gesamte polnische Gerichtsverfassung auf. Statt dessen errichtete man nach altländischem Beispiel Stadtgerichte, Patrimonialgerichte und Domänenjustizämter. Die zweite Instanz bildeten das Oberhof- und Landesgericht zu Marienwerder, seit 1773 westpreußische Regierung benannt, und das Hofgericht zu Bromberg für den Netzedistrikt. Von hier aus ging der Instanzenzug an das Obertribunal zu Berlin.

Schon am 28. September 1772 sprach ein allerhöchstes Patent die Aufhebung der bäuerlichen Leibeigenschaft aus. Eine Verordnung vom 8. November 1773

regelte die hiervon nicht berührte Erbuntertänigkeit, und ein Erlaß vom 20. Februar 1777 verlieh den Bauern den erblichen Besitz ihrer Stellen. Auf den Krongütern gab der König das Beispiel einer humanen Behandlung der ländlichen Hintersassen und ermahnte die privaten Grundherren unermüdlich zu einem gleichen Verhalten.

In Südpreußen, der Erwerbung von 1793, das ungefähr der heutigen Provinz Posen ohne den Netzedistrikt entspricht, versuchte es die Regierung zunächst mit einer Politik des Friedens, die den Polen weites Entgegenkommen erwies. Man fügte die neue Provinz dem Ressort des Generaldirektoriums an und ließ gegen 50 Proz. des Reinertrages die Geistlichkeit für immer, die Starosten auf Lebenszeit im Genuß ihrer Güter. Ein südpreußisches Inkolat verbot allen nicht 1772 zum polnischen Adel gehörigen Personen den Erwerb von Rittergütern. An die Spitze der Provinzialverwaltung trat ein Oberpräsident, unter dem die Kammern in Posen und Petrikau, seit 1798 in Kalisch, standen. Ihre Departements zerfielen in 17 bzw. 27 landrätliche Kreise. An beiden Orten wurde auch eine Regierung als höchste Gerichtsbehörde gebildet. Man ließ aber die vorgefundenen Gesetze und Rechte als Provinzialrecht in Geltung und nahm zu dem in den alten Provinzen üblichen Recht nur subsidiarisch seine Zuflucht. Die Kompetenz zwischen Verwaltungs- und Justizbehörden wurde nicht nach dem Ressortreglement von 1749, sondern in der für Schlesien 1750 vorgeschriebenen Weise abgegrenzt, d. h. die Landeshoheits- und katholischen Kirchen- und Schulsachen waren von den Kammern zu bearbeiten.

Die unheilvollen Früchte der Versöhnungspolitik traten indessen bereits 1794 in dem polnischen Aufstand unter Kosciuszko deutlich hervor und führten eine Wendung herbei. Die Aufsicht des Generaldirektoriums kam in Fortfall, und Südpreußen erhielt in Graf Hoym einen eigenen Provinzialminister, der die gleiche Würde auch in Schlesien bekleidete. Das Starostentum ward beseitigt und der Klerus auf Kompetenzgelder gesetzt. Hoym verstand es aber, die Härte der nun, unter dem Eindruck der unmittelbaren Gefahr erlassenen Verordnungen sehr bald wieder abzuschwächen. Dem schwankenden Gesamtcharakter der preußischen Regierung vor 1800 entsprechend schlug man auch den Polen gegenüber wiederum die Bahnen eines Versöhnungssystems ein. Man berief vielfach Mitglieder des heimischen Adels zu den höheren Beamtenstellen, z. B. zu Landesdirektoren in den Kammern, und überließ den Kreisständen die Wahl der Landräte. Das war um so bedeutungsvoller, weil die Steuerräte in dem städtereichen Posener Departement nur untergeordnete Wichtigkeit erlangten, sehr große Bezirke mit durchschnittlich 20 Orten gegen 13 in Westpreußen erhielten und in manchen Kreisen für völlig entbehrlich erachtet wurden. Darum gelangten die wohlwollenden Absichten des Königs und seiner Minister in bezug auf die städtische wie auf die bäuerliche Bevölkerung nur sehr unvollkommen zur Verwirklichung. Hoym hielt an dem Grundsatz fest, daß man die Polen gewinnen müsse, indem man alles soweit als möglich beim alten lasse. Die vorgefundenen Gerichte erwiesen sich auf die Dauer freilich als vollständig unbrauchbar und mußten durch neue Behörden

(Kreisjustizkommissionen für Zivilprozesse und Inquisitoriate zur Führung von Kriminal- und fiskalischen Untersuchungen) ersetzt werden. Auch das Allgemeine Landrecht kam mit dem 1. September 1797 zur alleinigen Einführung, aber die polnische Sprache erhielt neben der deutschen völlige Gleichberechtigung. An vielen höheren Schulen im Osten und mehreren Universitäten wurden polnische Kurse eingerichtet, um ein zweisprachiges Beamtentum heranzubilden.

Die staatsbürgerlichen Verhältnisse der alttestamentarischen Glaubensgenossen wurden durch das Generaljudenreglement vom 17. April 1797 geordnet. Sie durften zwar auch fernerhin nur mit Genehmigung der Kammer Grundstücke kaufen, hingegen sich allen Erwerbs- und Geschäftsarten widmen. Vom Militärdienst blieben sie gegen ein jährliches Rekrutengeld befreit. Der katholischen Kirche gegenüber sicherte sich der Staat mit einer im 19. Jahrhundert nicht immer bewiesenen Festigkeit maßgebenden Einfluß auf die Fortbildung der künftigen Theologen, die Abgrenzung der Sprengel und die Besetzung der Ämter. Leider versäumte man es, gleichzeitig für die Organisation des Schulwesens größere Mittel bereitzustellen. Die 1797 geplante Südpreußische Edukationskommission, die ein simultanes Schulwesen mit weltlichen Lehrkräften begründen sollte, ist niemals ins Leben getreten. Auch die sonstigen fortschrittlichen Ideen, zu deren Verwirklichung die polnischen Provinzen in mehrfacher Hinsicht ausersehen wurden, z. B. auf dem Gebiet von Handel und Wandel, wo man unter dem Einfluß von Adam Smith an die Durchführung der Gewerbefreiheit dachte, gelangten nicht zur praktischen Übertragung. Bei der Langsamkeit der Verwaltung steckte man noch in bloßen Erwägungen, als die Katastrophe von Jena diesen Bestrebungen ein vorzeitiges Ende bereitete. Im Frieden von Tilsit wurde Friedrich Wilhelm III. zur Abtretung von Südpreußen gezwungen, das ein Teil des neu gebildeten Herzogtums Warschau wurde. Es empfing damit eine Verwaltungsform, die der französischen nachgeahmt war.

1815 kam die heutige Provinz Posen nebst den zu Westpreußen geschlagenen Kreisen Thorn, Kulm und Michelau wieder an die Hohenzollern. Auch der Netzedistrikt wurde ihr zugelegt. Allein die Erwerbung geschah auf Grund gemeinsamer Abmachungen zwischen den drei Teilungsmächten, die in den Wiener Verträgen sich verpflichteten, ihren polnischen Untertanen zu gewähren „des institutions qui assurent la conservation de leur nationalité d'après les formes d'existence politique que chacun des gouvernements, auxquels ils appartiennent, jugera convenable de leur accorder." Die weitgehendste Auslegung gab diesen sehr unbestimmt gefaßten Versprechungen der Zar Alexander I., dessen Beispiel jedoch in Preußen bis zu einem gewissen Grade Nachahmung fand und auf die Entwicklung der Posener Zustände nicht ohne Einfluß blieb. Jedenfalls knüpfte man hier, unbelehrt durch den raschen Zusammenbruch aller staatlichen Institutionen im Jahre 1800, wieder an die südpreußische Tradition an und entschied sich für eine Politik des Friedens und der Nachgiebigkeit. Das kam am deutlichsten zum Ausdruck in dem Zuruf vom 15. Mai 1815, mit dem der König seine wiedergewonnenen Untertanen begrüßte.

Darin wird ihnen Einverleibung in die preußische Monarchie ohne Verlust ihrer Nationalität, Teilnahme an der künftigen Konstitution, eine provinzielle Verfassung, Aufrechterhaltung der Religion, Zulassung zu den öffentlichen Ämtern der Provinz und des Gesamtstaates und der Gebrauch der polnischen und deutschen Sprache in allen öffentlichen Verhandlungen verheißen, ebenso die Ernennung eines aus den Eingebornen entnommenen Statthalters als Mittelsmann zwischen der Regierung und den Regierten. Posen sollte also in mehrfacher Hinsicht eine Sonderstellung einnehmen, und diesen Eindruck verstärkte wiederum der unklare, die verschiedensten Deutungen zulassende Wortlaut, in dem auch diese Urkunde sich ausdrückt

Äußerlich trug man dem durch die Bezeichnung „Großherzogtum Posen" Rechnung, die bis 1848 sogar in der Amtssprache üblich war und von den Polen noch heute allgemein gebraucht wird. Ferner wurden provisorisch Wappen, Siegel, Münzen und Uniformen mit dem „Königlich Preußischen Großherzoglich-Posenschen Adler" und einer Umschrift der Behörden in deutscher und polnischer Sprache eingeführt. Das allgemeine Reglement über Wappen und Titel vom 1. Januar 1817 beschränkte zwar den Gebrauch des Posener Wappens wieder auf die Oberbehörden der Provinz (Statthalter, Oberpräsident, Regierungen und Oberlandesgerichte), doch die strenge Durchführung dieser Bestimmung verzögerte sich bis in die 30er Jahre.

Zum Statthalter ersah Friedrich Wilhelm den Fürsten Anton Radziwill, den Gemahl Luise von Preußens. Durch seine Dienstinstruktion vom 10. Mai 1815 waren ihm zwar im wesentlichen nur die repräsentativen Angelegenheiten (die jura honorifica des Königs, die Huldigungssachen, die Ausschreibungen der künftigen Kreis- und Landtage, die Leitung der Landtagsverhandlungen usw.), die Gnadensachen und die Beförderung von Immediatbeschwerden und -Bittschriften übertragen, doch wurden alle Behörden angewiesen, ihm auf sein Verlangen Erklärungen über ihre Verwaltung zu geben, und insbesondere sollte ihn der Oberpräsident über alle wichtigen Vorgänge in der Provinz auf dem laufenden erhalten. Bereits am 14. Juni 1810 ließ der Monarch eine Erweiterung der statthalterlichen Befugnisse dahin eintreten, daß Radziwill die Berechtigung erhielt, an den Sitzungen der Regierungskollegien teilzunehmen und die Ausführung der hier gefaßten Beschlüsse nach Befinden bis zum Eingang der alsdann einzuholenden höheren Entscheidung zu suspendieren. Bei seiner Abwesenheit war er befugt, einen schriftlichen Auszug aus den Präsidialjournalen einzufordern. Diese Bestimmungen waren um so bedenklicher, weil Radziwill bei seinem gänzlichen Mangel an technischen Vorkenntnissen ein willenloses Werkzeug in den Händen seiner rein polnischen Umgebung war. Auch zog man ihn, da er nur eine Hälfte des Jahres in Posen residierte, zu den Sitzungen des Staatsministeriums und Staatsrates zu, wodurch er Gelegenheit bekam, in den Zentralstellen für das Interesse seiner Landsleute zu wirken. In dem Fürsten Sulkowski erhielten die Polen noch einen zweiten Anwalt im Staatsrat.

Erster Oberpräsident wurde ein liberaler, als Gutsbesitzer der Provinz mit ihren Verhältnissen vorzüglich vertrauter Katholik, von Zerboni di Sposetti. Unter ihm

standen die Regierungen zu Posen und Bromberg, deren Bezirke unter Erhöhung der vorgefundenen Zahl nach der endgültigen Einteilung von 1817 in 17 und 9 Kreise zerlegt wurden. Aus politischen und pekuniären Gründen, nämlich zur Ersparung von Pensionen, versuchte man nach Möglichkeit die vorgefundenen herzoglich Warschauer Beamten beizubehalten. Anfänglich begegnen uns daher polnische Präfekturräte in beiden Regierungskollegien, und da die Polen mehr Neigung zu praktischer Tätigkeit als zu reiner Schreibarbeit am grünen Tische zeigten, wurden namentlich die Landratsposten ganz vorwiegend mit ihnen besetzt. 1830 war unter den Vorstehern der polnischen Grenzkreise nur ein Deutscher. Im übrigen griff man nach Möglichkeit auf ehemals südpreußische und daher des Polnischen mächtige Beamte zurück.

Verhängnisvoll war es ferner, daß die Staatsregierung bei den vielfachen nach 1815 an sie herantretenden Aufgaben und bei der erschöpften Lage Preußens nicht Energie und Mittel fand, um in Posen die dringend notwendige umfassende Verwaltungsorganisation durchzuführen und hier die Errungenschaften der Stein-Hardenbergschen Reform in die Praxis zu übersetzen. Trotz alles Drängens der Provinzialbehörden und trotz immer wiederholter Verheißungen ließ man in vielfacher Hinsicht einen durchaus unklaren Zustand fortbestehen, entschied von Fall zu Fall und bewahrte im großen und ganzen die überkommenen Formen des Herzogtums Warschau.

Das gilt vornehmlich für die örtliche Kommunal- und Polizeiverwaltung. Von den Städten erhielt nur Bromberg als eine besondere Anerkennung der von der Bürgerschaft bewiesenen Treue die preußische Städteordnung. Sonst blieb das Gesetz des Warschauer Herzogs, Königs Friedrich August von Sachsen, vom 23. Februar 1809 über die Verfassung der Städte und Dörfer, für die Stadt Posen der Sondererlaß vom 10. Februar 1809 in Kraft. Hierin war die Kommunalverwaltung nach französischem Muster streng zentralistisch aufgebaut. An der Spitze stand der Bürgermeister in der Stadt, der Woyt im Dorfe. Ersterer wurde vom König, letzterer vom Präfekten mit ministerieller Bestätigung ernannt. Zur Unterstützung trat den Gemeindeoberhäuptern eine Anzahl von Beisitzern (Lawniks) zur Seite, die nach Art der Woyts ausgewählt wurden. Sache des Präfekten war auch die Ernennung der Stadt- und Dorfräte. Es leuchtet ein, daß auf solche Weise sich kein freies öffentliches Leben im Bürgertum entwickeln konnte und daß jede Regung kommunaler Selbständigkeit im Keime erstickt wurde, vielmehr alles von der Vormundschaft der Regierung abhing. Ihr fehlte es aber an Organen zu deren Ausübung in heilsamem Sinne. Bei dem Mangel an deutschen Kandidaten mußte sie vielmehr die Kommunalverwaltung in den Städten oft und auf dem Lande fast immer Polen unter alleiniger Aufsicht polnischer Landräte überlassen. Das Amt des Woyts durfte auch noch in mehreren zusammenhängenden Gemeinden einer Person übertragen werden, die berechtigt war, sich mit Genehmigung des Unterpräfekten für jede Gemeinde einen Substituten oder Schulzen zu wählen. Da nun der polnische Adel Napoleon unbedingt ergeben war, lag es im Sinne des Kaisers, jenem seine alten politischen Vorrechte zu erhalten.

Darum wurde durch eine Ausführungsinstruktion des Warschauer Ministeriums vom 28. Juli 1809 zu dem Gesetz vom 23. Februar bestimmt, daß der Präfekt überall die Grundherren zu Woyts bestellen sollte. Durch eine Kabinettsorder von 1823 machte es Friedrich Wilhelm III. den Grundherren sogar zur Pflicht, sich der Verwaltung der Woytämter selbst oder durch einen geeigneten Stellvertreter zu unterziehen. Die ganze ländliche Kommunal- und Polizeiverwaltung wurde somit den Händen der polnischen Junker ausgeliefert.

Der katholischen Kirche gegenüber bewies der preußische Staat seiner damaligen Politik entsprechend auch in der Provinz Posen die größte Nachsicht. Man machte keinen Versuch, ihren ganz polnischen Charakter zu durchbrechen. Die Ausbildung der künftigen Theologen erfolgte nicht auf den Landesuniversitäten, sondern auf den Priesterseminaren zu Posen und Gnesen. In der reaktionären Stimmung nach 1815 gab man bekanntlich auch einige der wichtigsten Errungenschaften der Reformperiode wieder preis, vor allem die Simultanschule. Die außerordentlich fruchtbare Tätigkeit der Regierungen auf dem Gebiete des Posener Volksschulwesens kam deshalb seit den 20er Jahren in ganz überwiegendem Maße der katholischen Konfessionsschule zugute, in welcher der polnische Klerus den Ton angab. Selbst in den drei Gymnasien der Provinz war Polnisch nicht nur obligatorisches Unterrichtsfach, sondern in der wichtigsten Anstalt, dem Posener Mariengymnasium, sogar in den unteren Klassen in einem Cötus Unterrichtssprache. Die nach Posen versetzten deutschen Offiziere und Beamten mußten deshalb ihre Söhne auf Anstalten der Nachbarprovinzen schicken. Das Lehrerpersonal des Mariengymnasiums bestand bis in die 20er Jahre, von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, nur aus Polen oder polonisierten Deutschen.

Im Gerichtswesen war zu herzoglich Warschauer Zeit gleichfalls ein völliger Umschwung nach französischem Muster erfolgt. An Stelle des Allgemeinen Landrechts war 1809 der code Napoléon und der code de commerce getreten. Die Allgemeine Gerichtsordnung wurde durch den code de procédure ersetzt und damit ein mündliches und öffentliches Verfahren in Zivilsachen eingeführt. Für jeden Kreis wurde ein Friedensgericht, für jedes Departement ein Ziviltribunal erster Instanz, für je zwei Departements ein Kriminalgerichtshof eingerichtet. Höchste Spruchbehörde war das Warschauer Tribunal. Beseitigt war damit die alte Patrimonialgerichtsbarkeit und der eximierte Gerichtsstand des Adels und der Beamten. Das preußische schriftliche war durch ein mündliches Prozeßverfahren abgelöst und dem Prinzip der Öffentlichkeit im Strafverfahren Geltung verschafft. Diese modern anmutenden Neuerungen wagte man nach 1815 nicht rückgängig zu machen, und so erhielt die Provinz Posen auch hinsichtlich der Justizorganisation eine Sonderstellung. Durch das Patent vom 9. November 1810 und die Verordnung vom 9. Februar 1817 wurden zwar das französische Zivilrecht und Prozeßverfahren wieder beseitigt und durch das Allgemeine Landrecht, die preußische Hypothekenordnung und die Allgemeine Gerichtsordnung ersetzt, aber die Patrimonialgerichtsbarkeit und der eximierte Gerichtsstand erwachten nicht zu neuem Leben und das Prinzip des mündlichen Verfahrens blieb mit einigen Abänderungen

in Kraft. Auch wurde über den Friedens- und Landgerichten in Posen ein Oberappellationsgericht als oberste Spruchbehörde geschaffen, so daß die höchste Instanz in der Provinz blieb. Dem königlichen Zuruf gemäß bewahrte die polnische Sprache neben der deutschen bei allen Verhandlungen volle Gleichberechtigung. Ferner versuchte man nach Kräften Polen für den Justizdienst zu gewinnen und berief einheimische Edelleute als Präsidenten der Kollegialgerichte. Wenn trotzdem die Polen sich sehr bald in bitteren Klagen über die Bevorzugung der Fremden in Verwaltung und Justiz ergingen, so lag die Schuld hierfür nicht an der Regierung, sondern bloß an der geringen Neigung des ansässigen Adels, in preußische Dienste zu treten.

Einen Lichtblick gewährt in den Jahren 1815—1830 nur die Behandlung des Bauernstandes. Da aus Furcht vor einer Übertragung der altpreußischen Agrargesetzgebung die polnischen Grundherren die ihnen noch gewährte Frist benutzten, um durch Einziehung der bäuerlichen Stellen zum Vorwerksland deren Wirkungen abzuschwächen, erging 1819 eine Kabinettsorder, die das Bauernlegen verbot, also den Bauernschutz proklamierte. Durch das Gesetz vom 8. April 1823 wurde die Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Besitzverhältnisse auch für die drei westpreußischen Kreise in einer von dem altpreußischen Modus abweichenden, jedoch die Bauern günstiger behandelnden Weise eingeleitet und damit durch materielle Wohltaten die wichtigste Einwohnerklasse der Provinz an die Regierung gefesselt und dem Einfluß des polnischen Adels entzogen. Nur der Umstand, daß man es versäumte, auch den Einfluß des Klerus zu brechen, hat die Wiedergewinnung dieser Volksschicht für die großpolnische Sache ermöglicht.

Endlich wurde auch die Provinz Posen von den konstitutionellen Experimenten berührt, die zur Erfüllung der königlichen Verheißung vom 22. Mai 1815 in Preußen unternommen wurden. Derartige Versuche fanden in den Reihen des polnischen Adels freudigen Widerhall, nur legte er weniger auf die Ausbildung einer gesamtstaatlichen als einer möglichst kräftigen provinziellen Verfassung Gewicht, durch die er seine früheren Prärogativen und seine nationalen Absonderungsbestrebungen gefördert zu sehen hoffte. Durch das Gesetz vom 27. März 1824 wurde für Posen ebenfalls die Bildung eines Provinziallandtages angeordnet, der 1827 zum erstenmal zusammentrat. In ihm saßen einschließlich der beiden mit Virilstimmen ausgestatteten Grundherren, der Fürsten von Thurn und Taxis und Radziwill, 24 Vertreter der Ritterschaft, 10 städtische und 8 bäuerliche Deputierte. Da die Polen den ersten Stand fast ganz beherrschten, im zweiten und dritten wenigstens vereinzelte Vertreter besaßen, so bildeten sie in den 20er Jahren die Mehrheit. Auch als sich durch den Ausschluß der an dem Aufstand von 1830 beteiligten Gutsbesitzer das Stimmenverhältnis zu ihren Ungunsten verschob, fanden sie in der itio in partes, der getrennten Abstimmung nach Ständen bei den bloß einen Stand betreffenden Fragen, die Möglichkeit, den Landtag zum Sprachrohr ihrer nationalen Sonderwünsche zu machen.

Eine der wichtigsten Aufgaben des ersten Landtages war die Beratung einer Posener Kreisordnung, die am 20. Dezember 1828 erging und den konstitutionellen

Aufbau nach untenhin abschloß. Sie lehnt sich eng an das altländische Muster an. Die Kreistage bestanden aus den Fürsten Thurn und Taxis und Sulkowski in den Kreisen, wo ihre Besitzungen lagen, und allen in Preußen wohnhaften Rittergutsbesitzern, deren jeder aber auch stets nur eine Stimme in einem Kreise führen durfte. Den zweiten Stand bildeten die Vertreter der Städte, deren jede einen entsandte, den dritten die drei bezirksweise gewählten Abgeordneten der Landgemeinden. Die Kreistage erlangten zunächst nur sehr geringe Bedeutung und fanden auch seitens der Berechtigten wenig Beachtung. Von ihren Befugnissen war die wichtigste das Präsentationsrecht von drei Kandidaten für vakant werdende Landratsposten. Von den vorgefundenen Kreis- und Departementsräten aus der Warschauer Zeit, deren Mitglieder vom Könige ernannt waren, hatte man in Preußen nur noch vereinzelt bei der Abwicklung des übernommenen Schuldenwesens Gebrauch gemacht, im übrigen aber ihre Tätigkeit einschlafen lassen.

Wir sehen mithin, daß die Provinz Posen in der Monarchie eine Ausnahmestellung hatte, gewissermaßen einen Staat im Staate bildete, und daß hier Verwaltung, Justiz, Kirche und Schule zum großen oder überwiegenden Teil von den eingeborenen polnischen Elementen beherrscht wurden. Sogar eine polnische Gardelandwehreskadron mit polnischer Kommandosprache, die abwechselnd in Posen und Potsdam in Garnison liegen sollte, war errichtet worden, und nur der Mangel an einem zureichenden Offiziersersatz nötigte bald wieder zu ihrer Beseitigung.

In diesen Verhältnissen bewirkte erst der Warschauer Aufstand von 1830, also ein äußerer Anlaß, einen völligen Umschwung.

Die Insurrektion fand in Posen lebhaftes Echo, und nur durch energische militärische Gegenmaßregeln wurde ihr Überspringen nach Preußen verhindert. Den königlichen Verboten zum Trotz eilten aber etwa 2000 Menschen über die Grenze, darunter ungefähr 90 Gutsbesitzer, mehrere Beamte, Geistliche, Lehrer und Gymnasiasten. Ein großartiger Schmuggel mit Pferden, Waffen und Kriegsmaterial begann, Geldsammlungen wurden veranstaltet und den aus dem Westen herbeieilenden Polen ebenso bereitwillig Unterschlupf gewährt wie später den dorthin flüchtenden Emigranten. Die örtliche Verwaltung versagte vollkommen. Unter den Gutsbesitzern mußten etwa 70 von der königlichen Amnestie ausgeschlossen werden, weil sie als Inhaber eines öffentlichen Amtes, zumeist des eines Woyts, sich durch ihren Übertritt besonders strafbar gemacht hatten. Die ländlichen Gemeinden aber erwiesen sich als durchaus unfähig zur selbständigen Führung ihrer administrativen Geschäfte. Auch die polnischen Landräte ließen es an Ergebenheit fehlen. Der eine sah zu, wie sein eigener Sohn zu den Insurgenten eilte. In den Grenzkreisen mußte die gesamte Polizeiverwaltung provisorisch eingesetzten Polizeidistriktsdirektoren, in der Stadt Posen einem Oberregierungsrat anvertraut werden.

Die schädlichen Folgen der bisherigen Versöhnungspolitik und der Vernachlässigung unserer Provinz traten so offenkundig zutage, daß der König und seine Minister eine völlig entgegengesetzte Haltung annahmen, dem Großherzogtum Posen in den nächsten Jahren die größte Aufmerksamkeit schenkten und im Gefühl

ihrer unzulänglichen Sachkenntnis die engste Fühlung mit den Lokalbehörden suchten. Zunächst erfolgte innerhalb dieser ein tiefgreifender Personenwechsel. Der Statthalter wurde beim Beginn des Aufstandes von seinen Pflichten suspendiert, und nach Radziwills Tode (1833) blieb das Amt unbesetzt. Dann war schon im Dezember 1830 auf den verwaisten Posener Oberpräsidentenposten der Regierungspräsident Eduard Flottwell aus Marienwerder berufen worden, an dessen Namen sich vor allem die nun beginnende zehnjährige stramme Germanisierungspolitik knüpft. Er war ein energischer, noch jugendlicher Mann, der in der Schule Theodor von Schöns eine unbeugsame Steifnackigkeit nach oben hin gelernt hatte und mit größter Unerschrockenheit die Bedürfnisse seiner Provinz vertrat. Wenige Jahre später kam mit Carl von Grolman ein ebenso fähiger wie kraftvoller, auch die Wünsche der Zivilverwaltung mit feinem Verständnis auffassender und darum zu einer Zusammenarbeit mit Flottwell besonders geeigneter Offizier an die Spitze des 5. Armeekorps. Beide Männer fanden zudem durch die ihnen 1833 anbefohlenen zweimonatlichen Immediatverwaltungsberichte mit Überspringung aller Zwischeninstanzen den unmittelbaren Weg zum Ohr des Monarchen. Auch die Stelle des Bromberger Regierungspräsidenten wurde neu besetzt. Bald nach Grolman hielt der Vizepräsident des Breslauer Appellationsgerichts, von Frankenberg-Ludwigsdorf, der Nachfolger des verstorbenen Präsidenten von Schoenermark, seinen Einzug als höchster Justizbeamter in die Provinz. Die Stadt Posen erhielt nach dem Tode des Oberbürgermeisters Tatzler in Friedrich Naumann zum erstenmal ein größeren Gesichtspunkten zugängliches Oberhaupt, ihre Polizeiverwaltung aber wurde dauernd der Aufsicht der städtischen Behörden entzogen und einem königlichen Polizeidirektorium unterstellt. An dessen Spitze trat zunächst Julius von Minutoli, der später auch noch den Posener Landratsposten übernahm und einer der umsichtigsten Mitarbeiter Flottwells wurde. Dann ersetzte man in der ganzen Beamtenschaft die allmählich aussterbenden polnischen Elemente durch kerndeutsche Männer. Von den Landräten wurden einige der schuldigsten sogar zwangsweise pensioniert, den Kreisständen durch Kabinettsorder vom 3. Februar 1833 ihr Vorschlagsrecht entzogen und der Regierung damit die Möglichkeit gewährt, auch die Kreisverwaltungen in zuverlässige Hände zu legen.

In Berlin trat eine besondere „Immediatkommission zur Beratung einiger Verwaltungsangelegenheiten der Provinz Posen" zusammen, deren Sitzungen Grolman und Flottwell ebenso regelmäßig beiwohnen mußten, wie denen des Staatsministeriums, sobald hier Angelegenheiten des Großherzogtums zur Sprache kamen.

Als Frucht der jetzt mit großem Eifer aufgenommenen Erörterungen ergoß sich dann 1833 die große, seit langem erwartete gesetzgeberische Reform über das Land, deren Zweck dahin ging, die Provinz zu einem wirklich deutschen Gebiet umzugestalten und sie auf gleiche Stufe mit den alten Teilen der Monarchie zu erheben. Dem Einfluß der enragiertesten Polen in Kreis- und Landtag, innerhalb der Posener Landschaft und bei der Ausübung der Dominialbefugnisse war bis auf weiteres dadurch ein Riegel vorgeschoben, daß nach der Verordnung

vom 20. Dezember 1831 den Teilnehmern an der polnischen Revolution die Ausübung jedes öffentlichen Amtes vorläufig untersagt war. Dann wurde durch Kabinettsorder vom 9. März 1833 den Gutsbesitzern ganz allgemein die ihnen zehn Jahre zuvor zur Pflicht gemachte Übernahme der Woytverwaltung entzogen und dafür eine interimistische staatliche Woytverfassung begründet. Als Zwischeninstanz zwischen Landrat und Ortsbehörde setzte man für Bezirke von 2—6000 Einwohnern je einen Woyt ein, der aus öffentlichen Kassen besoldet wurde und ganz als Staatsbeamter fungierte. Seinen Weisungen hatten nicht nur die städtischen und ländlichen Kommunen, sondern auch alle Grundherren „unbedingt Folge zu leisten". Die Aufgabe des Woyts bestand neben der Kontrolle der Ortsbehörden, der Regelung des direkten Steuer- und Heeresersatzwesens vor allem in der Sorge für Ruhe und Sicherheit innerhalb seines Bezirks. Nachdem durch diese Organisation erst einmal ein geregelter Geschäftsgang hergestellt war, ersetzte Friedrich Wilhelm allerdings die Woyts nach der Order vom 10. Dezembir 1830 durch Distriktskommissare, deren Bezirke auf 6—9000 Seelen vergrößert wurden, deren Stellung und Aufgabe indessen denen der Woyts im allgemeinen entsprachen, mit dem Unterschied freilich, daß man jetzt auch den Rittergutsbesitzern wieder das Recht einräumte, innerhalb ihrer Dominien die Lokalpolizei und Polizeigerichtsbarkeit unter unmittelbarer Aufsicht des Landrats in eigene Hand zu nehmen. Da es aber dem polnischen Adel nicht auf die Führung geschäftlicher Angelegenheiten, sondern auf die Beeinflussung der bäuerlichen Bevölkerung mit Hilfe amtlicher Vorrechte ankam, hat er von dieser Befugnis wenig und meist nur der Form halber Gebrauch gemacht, so daß in Wirklichkeit die Distriktskommissare das Organ des Landrats auch innerhalb der Gutsbezirke blieben. Das ursprünglich auch bloß als Provisorium gedachte Institut der Distriktskommissare hat sich so gut bewährt, daß man bei den fortdauernd unerquicklichen Zuständen in der Provinz von seiner Aufhebung absah und 1840 die Pensionsfähigkeit, 1887 die lebenslängliche Anstellung der Beamten unter Erhöhung ihres Gehalts und verschärften Berufungsbedingungen aussprach.

Gleich den Dominien wurden die größeren Städte dem Wirkungskreis der genannten Beamten entzogen und ihnen durch die Verleihung der revidierten Städteordnung von 1831 die Möglichkeit eröffnet, in ihrer überwiegend deutschen Bürgerschaft ein selbständiges kommunales Leben zu entwickeln. Durch die Ablösung der Zwangs- und Bannrechte sowie der gewerblichen und persönlichen Abgaben (Gesetze vom 13. Mai 1833) hat man aber auch das die Mediatstädte an ihre Grundherren fesselnde Band zersprengt, also den Bürger wie früher den Bauer vom Einfluß des Adels befreit und ihm einen wirtschaftlichen Aufschwung ermöglicht. Die bäuerliche Regulierung ist unter Flottwell in beschleunigtem Tempo fortgeführt und in der Hauptsache beendigt worden. Bis zum Ausgang des Jahres 1839 waren in 2118 Dörfern 23395 Bauern Eigentümer ihrer Höfe mit einem Landbesitz von 1295029 preußischen Morgen im ungefähren Wert von 8947710 r. geworden. Abgelöst waren dabei 1744073 Spann- und 3779320 Hand-Diensttage neben sonstigen Leistungen im ungefähren Wert von 1612407 r.

Durch Gesetz vom 1. Juni 1833 wurde ferner die bürgerliche Gleichstellung der Juden angebahnt. Man gestattete sogar einzelnen von ihnen freiwillig unter Befreiung vom Rekrutengeld in den Militärdienst zu treten. Die gebildeteren und vermögenderen unter ihnen erhielten sog. Naturalisationspatente, auf Grund deren sie berechtigt waren, sich in den Städten und auf dem platten Lande der Provinz niederzulassen, Grundstücke jeder Art zu kaufen und alle erlaubten Gewerbe zu betreiben. Auch der Eintritt in städtische Ehrenämter wurde ihnen in beschränkter Zahl gestattet. Dank dieser Erweiterung ihrer Rechte sind die Posener Juden schon vor Erlaß des allgemeinen Gesetzes von 1847 zu brauchbaren Gemeindegliedern erzogen worden, die nach der Verschärfung der nationalen Gegensätze bei den polnischen Aufstandsversuchen der 40er Jahre rückhaltlos auf die Seite der Deutschen traten und mit ihnen gegen die Polen zusammenstanden.

Etwas länger ließ die Umformung des Justizwesens auf sich warten. Hier gelang es Frankenberg erst nach schweren Kämpfen die von ihm als dringend notwendig erkannte Ablösung des Einzelrichtertums, wie es in den Friedensgerichten bestand, durch kollegiale Behörden durchzudrücken, um die isolierten Justizbeamten der Provinz dem die Moralität und Vaterlandstreue zersetzenden Einfluß einer überwiegend polnischen Umgebung zu entziehen. Durch die Verordnung vom 10. Juni 1834 wurden endlich die bisherigen Friedensgerichte durch je ein Land- und Stadtgericht für jeden Kreis ersetzt, an denen ein ganzes Richterkollegium sich gegenseitigen Halt gewähren und über die einzelnen Mitglieder eine heilsame Kontrolle ausüben konnte. In entfernteren Gegenden wurden Gerichtstage abgehalten. Neben das Oberlandesgericht in Posen trat ein solches in Bromberg. Das Oberappellationsgericht blieb gleich den Inquisoriaten (bis 1837) bestehen, doch wurde das Geh. Obertribunal in Berlin für Revisions- und Nichtigkeitssachen als 3. Instanz bestellt. Das mündliche Verfahren bei Zivilprozessen ließ man unangetastet, wogegen entsprechend dem seit 1832 den Zivilbehörden vorgeschriebenen Verfahren angeordnet war, daß künftig allen polnischen Akten eine deutsche Übersetzung beizufügen und nur noch auf ausdrückliches Verlangen der Parteien ein polnisches Nebenprotokoll abzufassen sei. Diese Forderung kam vielfach außer Übung, nachdem 1851 ein Gesetz über Ansatz und Erhebung der Notariatsgebühren doppelsprachige Dokumente mit einem Kostenaufschlag von 50 Proz. belegt hatte. 1852 bestimmte ein Zusatzerlaß zur Schwurgerichtsordnung für das mündliche Hauptverfahren in Strafsachen die deutsche zur allgemeinen Gerichtssprache.

Den Bedürfnissen der richterlichen Beamten in den kleinen Städten wurde durch die Gründung einer Anzahl von Rektorats- oder höheren Stadtschulen am Sitz der Landgerichte abgeholfen. Ferner wurde in Posen von der bestehenden Anstalt das Friedrich-Wilhelmsgymnasium abgezweigt, das einen ausgeprägt deutschen Anstrich erhielt und den Söhnen deutscher Familien eine würdige Bildungsstätte gewährte. Das gleiche gilt von der Meseritzer Realschule, der ersten ihrer Art in der Provinz; sie war dotiert mit dem Straffonds, in den die den Revolutionsteilnehmern auferlegten Geldstrafen geflossen waren. Für Verbesserung des Volks-

schulwesens überwies der König eine jährliche außerordentliche Beihilfe von 21 000 r. Dem Mangel an geeigneten Lehrkräften wurde durch das neue katholische Lehrerseminar in Paradies abgeholfen.

Weiter griff der Oberpräsident auf die kolonisatorischen Pläne Friedrichs des Großen zurück, wenn er vom Könige sich einen Geldbetrag, den sog. Güterbetriebsfonds, erbat, durch den eine Anzahl von größeren Besitzungen, deren damals viele infolge der materiellen Schwächung des polnischen Adels durch die gescheiterte Insurrektion zur Zwangsversteigerung kamen, angekauft und nach einer liberalen Regulierung der bäuerlichen Höfe in Form kleiner Rittergüter an deutsche Erwerber weiter veräußert wurden. Dieser Schlag war gegen die ansässige polnische Aristokratie gerichtet, in der Flottwell neben dem Klerus den wesentlichsten Träger der nationalen Opposition sehen mußte, da es einen polnischen Mittelstand noch nicht gab.

Nehmen wir endlich hinzu, daß das wirtschaftliche Leben der Provinz durch Meliorationen, Straßenbau, die Begründung staatlicher Banken, die Anlage von Wollmärkten usw., ebenso wie das geistige durch Pflege des Theaters, den Zusammmentritt wissenschaftlicher und künstlerischer Vereine u. dgl. einen großen Aufschwung nahm, so sieht man, daß Posen in den zehn Jahren des Flottwellschen Regiments mit Riesenschritten den übrigen Landesteilen nacheilte und auch seinen nationalen Sondercharakter abzustreifen anfing.

Nur auf einem und zwar überaus wichtigen Gebiet ist Flottwell nicht von Erfolgen gekrönt gewesen, dem kirchlichen. Während er selbst die Notwendigkeit eines scharfen Vorgehens gegen den Klerus sehr wohl erkannte, hat ihm der König in diesem Punkte seine Unterstützung versagt. Allerdings waren die Schwierigkeiten außerordentlich groß. Da es an loyalen, der polnischen Sprache mächtigen Geistlichen fehlte, blieb die Herrschaft des polnischen Klerus unangetastet. Den wenigen von der Regierung ernannten deutschen Domherren in Posen wurde kein Einfluß gestattet. Die beiden geistlichen Seminare erfuhren zwar eine Umgestaltung, aber die mit Hilfe eines vom König bewilligten Fonds geplante Errichtung eines Konvikts an der Breslauer Universität zur Ausbildung der Posener künftigen Theologen scheiterte, weil der Erzbischof von Dunin seine anfänglich gegebene Zustimmung im letzten Augenblick zurücknahm. In dem Streit, der Ende der 30er Jahre über die gemischten Ehen ausbrach, erlitt der Staat eine völlige Niederlage. Diese rein kirchliche Angelegenheit wurde in der Provinz zur nationalen erhoben, aus der der erlöschende Widerstand des Polentums neue Nahrung zog. Trotzdem traten die deutschen Katholiken überwiegend auf die Seite Dunins, stellten also ihre kirchlichen Pflichten über ihre bürgerlichen, selbst wenn sie im Staatsdienst standen, wie der damalige Religionslehrer am Posener Lehrerseminar und spätere Regierungs- und Schulrat Bogedain, eben jener Mann, der, 1848 nach Oppeln versetzt, der Schöpfer des polnischen Volksschulwesens in Oberschlesien wurde.

Einen jähen Umschlag brachte der Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. Am deutlichsten zeigt sich das in der Entlassung Flottwells, der im Frühjahr 1841

durch Graf Arnim ersetzt wurde. Seinem unentschlossenen Charakter entsprechend, griff der König häufig zu dem allerverderblichsten Ausweg, zu halben Maßregeln. Der Güterbetriebsfonds wurde z. B. nicht dem Wunsch des Landtags von 1841 entsprechend sofort aufgehoben, aber seiner politischen Bedeutung durch die Bestimmung entkleidet, daß bei der Wiederveräußerung der Güter auch geeignete polnische Anwärter Berücksichtigung finden sollten. 1843 bestimmte man die Zinsen des Fonds zur Unterstützung des Chausseebaus, um den überschüssigen Kräften der Nachbarprovinzen an Kapital und Intellekt das Einströmen in das Großherzogtum zu erleichtern. Zwei Jahre später wurde der Fonds wieder ganz mit der Domänenverwaltung verschmolzen. Schrittweise war man also zur Preisgabe einer wichtigen Errungenschaft der Flottwellschen Ära gelangt. Ebenso lehnte der König die generelle Wiederverleihung des kreisständischen Vorschlagsrechts bei der Ernennung von Landräten ab, entschied aber von Fall zu Fall nach den Berichten der Provinzialbehörden. Natürlich erregte jede Verweigerung neuen Groll und jede Einräumung neue Hoffnung. Die Stände präsentierten zudem derartig ungeeignete Kandidaten, daß die Regierung dann doch die Stellen aus freier Wahl besetzen mußte. Bald ließ man das Vorschlagsrecht daher wieder einschlafen, und es ist im Posenschen bis zum heutigen Tag noch nicht wieder verliehen.

Durch eine im Sommer 1840 ergehende Amnestieverordnung wurde weiter dem Einfluß des radikalen Polentums wieder Tor und Tür geöffnet. Der Monarch beeilte sich auch, den von seinem Vater schon vorbereiteten Frieden mit der katholischen Kirche zum Abschluß zu bringen. Dunin kehrte aus seiner Kolberger Haft im Triumphe in seine Erzdiözese zurück. Er erlebte hier noch den großen Erfolg, daß durch die Instruktion für das Königliche Provinzialschulkollegium und die Königlichen Regierungen der Provinz Posen vom 24. Mai 1842 das Polnische in den Gymnasien eine Verstärkung erhielt, in den Volksschulen aber zur herrschenden Unterrichtssprache erhoben wurde. Gleichzeitig lieferte man das Schulwesen den katholischen Klerikern in ihrer Eigenschaft als Religionslehrer und Schulinspektoren fast vollständig aus. Anlaß hierzu gab die am 14. Februar 1841 erfolgte Gründung der katholischen Abteilung im Kultusministerium, die nach Bismarcks Ausdruck „rein den Charakter eines polonisierenden Organs innerhalb der preußischen Verwaltung" annahm. Trotzdem erfolgte ihre Wiederbeseitigung erst am 8. Juli 1871.

Auch den bisher aus den preußischen Ostprovinzen ferngehaltenen polnischen Emigranten wurde mit großer Nachsicht hier jetzt wenigstens ein zeitweiser Aufenthalt gestattet, den sie benutzten, um in der Stille, unterstützt durch die drohenden außerpolitischen Verwicklungen, einen geheimen Aufstand vorzubereiten.

Abgesehen von den speziell der Provinz Posen gewährten Vergünstigungen machten sich die Polen auch die allgemeinen Zugeständnisse zunutze, zu denen sich der König in den ersten Jahren seiner Regierung veranlaßt fand. Hierher gehört eine Milderung der Zensurgesetzgebung, die größere Öffentlichkeit der Provinziallandtagsverhandlungen und der Versuch eines weiteren Ausbaus der Verfassung, der 1847 zur Berufung des Vereinigten Landtages für die Gesamt-

monarchie führte. In Wort und Schrift haben die Polen daher das Interesse für ihre Sache in weite Kreise der deutschen Nation hinaustragen und mit deren demokratischen Elementen eine Art von Waffenbrüderschaft schließen können, die 1848/49 die wunderlichsten Früchte zeitigte.

Den Versuch einer nationalen Reorganisation unserer Provinz oder einer teilweisen Ausscheidung derselben aus der Monarchie wurde trotzdem 1848 mit Waffengewalt vereitelt. Am Ende setzte sich doch die Autorität der Krone durch. Aber die auswärtigen Verwicklungen, in die Preußen in den folgenden Jahrzehnten verstrickt wurde, lenkten das Interesse von der polnischen Frage ab. Im Sturm der Revolution waren manche der Eigentümlichkeiten, die unserer Provinz noch eigen waren, hinweggeweht worden. Die dortigen Abweichungen in der Justizorganisation z. B., wie das Fehlen der Patrimonialgerichtsbarkeit und eines eximierten Gerichtsstandes, wurden nun Gemeingut der Nation. Andererseits verfiel aber Posen einer gewissen Mißachtung; es wurde der Verbannungsort für unfähige oder unbeliebte Beamte. Alle verborgenen Schäden konnten deshalb im geheimen fortwuchern, und erst nach 1871 bekam Bismarck die Hände frei, um nun auch der polnischen Frage vermehrte Aufmerksamkeit zu schenken. Hat er doch selbst den Kulturkampf mit der Notwendigkeit begründet, den polonisierenden Bestrebungen der katholischen Kirche und ihren Organen entgegenzutreten.

2. Der heutige Zustand.

Von Hermann Ritter und Edler von Hoffmann.

Seit dem 1. Oktober 1879 besitzt das ganze Deutsche Reich eine einheitliche Gerichtsverfassung, deren Einheitlichkeit durch einige partikulare Sonderbildungen, wie die Gemeindegerichte in Baden und Württemberg, oder das oberste Landesgericht Bayerns, nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Auf dem Gebiete der Gerichtsverfassung lassen sich die partikularen Verschiedenheiten beseitigen, die politischen Gegensätze der Stämme spielen hier keine beträchtliche Rolle.

Ganz anders ist das auf dem Gebiete der Verwaltung. Ein jeder deutscher Staat hat hier seine mehr oder weniger eigenartige Verfassung entwickelt und beibehalten. Und nicht nur die des einzelnen Staates weicht von der des andern ab, sondern auch innerhalb eines und desselben Staates ergeben sich Unterschiede in der Organisation. Dies ist gerade bei dem größten deutschen Staat, nämlich Preußen, der Fall. Es scheiden sich da vor allem die östliche und die westliche Hälfte. Die westlichen Länder, welche eine längere selbständige politische und reiche kulturelle Entwicklung durchgemacht hatten, da sie in den Verband des preußischen Staates eintraten, mußten nach Möglichkeit in ihren Eigentümlichkeiten geschont werden. Sie fügen sich um so eher dem Gemeinwesen, in dem sie aufgehen mußten, ein, je mehr ihre politische Eigenart — und die drückt sich ja gerade auch in der Verwaltungsorganisation aus — berücksichtigt wird. Wir haben in den westlichen Landesteilen dementsprechend von Provinz zu Provinz

verschiedene Verwaltungsorganisationen. Anders lag die Sache im Osten, den eigentlichen altpreußischen Landen, die schon länger und unter gleichmäßigen Lebensbedingungen ein gemeinsames Dasein unter hohenzollernschem Regiment geführt hatten. Es konnte für die gesamten östlichen Lande eine einheitliche Organisation geschaffen werden — mit einer Ausnahme. Wo und warum diese Ausnahme zu machen war, das lehrt uns ein Blick auf eine beliebige Nationalitätenkarte. Von der Danziger Bucht bis zur Südostgrenze Schlesiens zieht sich ein breiter Landstreifen mit überwiegend polnischer Bevölkerung dahin. In demjenigen Teile dieses Gebietes, in welchem dieses Überwiegen am stärksten ist, in der Provinz Posen, besteht eine von der sonstigen östlichen Organisation abweichende Verfassung, und während in den westlichen Landesteilen die Rücksicht auf das historisch Gegebene, die Rücksicht auf die politischen Anschauungen der Bevölkerung die Abweichungen veranlaßt, ist es in Posen ganz etwas anderes, nämlich der Kampf um die politische Herrschaft zwischen Deutschtum und Polen, welcher die Besonderheiten der Posener Verfassung bedingt.

Betrachten wir die Verwaltungsorganisation der Provinz, indem wir von unten emporsteigen. An unterster Stelle gliedert sich die Provinz in Stadtgemeinden, Landgemeinden und Gutsbezirke und weicht hier nicht von den übrigen östlichen Provinzen ab. Es gelten auch die gleichen Verfassungsgesetze, nämlich die Städteordnung vom 30. Mai 1853 und die Landgemeindeordnung vom 3. Juli 1891. Abweichend ist — und zwar gilt dies auch für Westpreußen — die untere Organisation des Volksschulwesens. Das Volksschulunterhaltungsgesetz vom 28. Juli 1906 ist auf die beiden Provinzen nicht ausgedehnt worden. Dies ist in mehrfacher Beziehung von Bedeutung. Es ist auf sie nicht der Grundsatz der Konfessionalität der Volksschule ausgedehnt worden, d. h. nicht der Grundsatz, daß Lehrer und Schüler ein und derselben Konfession angehören müssen. In Posen und Westpreußen hatte sich auf dem Wege der Verwaltungspraxis die Simultanschule Bahn gebrochen, d. h. der Schule können Lehrer und Schüler auf der einen Seite staatlicher Verwaltungsbezirk. In dieser Hinsicht zeigen die Posener Verhältnisse die Besonderheit, daß die Kreisstände nicht das Recht des Vorschlages zum Landratsamte haben, sondern daß die Regierung frei ernennt. Auch hier will man nicht durch die möglicherweise überwiegend polnischen Kreisstände bei der Besetzung des Verwaltungsamtes beschränkt und beeinflußt werden.

Der Landrat ist hier von der historischen ständischen Basis, welche sein Amt im übrigen Preußen hat, etwas losgelöst und nähert sich mehr dem Typus des Unterpräfekten. — Der Kreis ist nun aber auch kommunale Körperschaft, und auch in dieser Eigenschaft zeigen die Posener Landkreise eine sehr abweichende Verfassung, die einen Gegensatz nicht nur zwischen der deutschen und der polnischen, sondern auch innerhalb der deutschen Bevölkerung bedeutet. Die Kreisverfassung von Posen vom 20. Dezember 1828 ist, wie früher die preußische allgemein, altständisch gestaltet. Eine Änderung durch das Gesetz vom 19. Mai 1889 bezog sich nur auf die Bildung von Kreisausschüssen und die Erweiterung der Rechte der Kreisstände, dagegen blieb die Zusammensetzung der Kreistage noch

unberührt. Die Aufrechterhaltung des altständischen Prinzips ist rein durch die nationalen Gegensätze motiviert. Die Tendenz ist die Ausschließung eines polnischen Regiments auf den Kreistagen, das sich übrigens trotzdem nicht stets verhindern läßt. — Die Mitglieder des Kreisausschusses werden, nicht wie in anderen Provinzen, vom Kreistage gewählt, sondern vom Oberpräsidenten aus den Kreisangehörigen ernannt. Die Ernennung geschieht auf Grund von Vorschlägen des Kreistages. Es sind in die Vorschlagslisten die zur Mitgliedschaft fähigen Personen aufzunehmen. Der Oberpräsident kann die Ergänzung der Liste verlangen. Bei Widerstand kann der Provinzialrat die Ergänzung beschließen. — Der Kreistag zerfällt in drei Stände. Der erste Stand umfaßt den Fürsten von Thurn und Taxis in den Kreisen, in welchen er Besitzungen hat. Dieser Besitz schreibt sich von der Ablösung des Postregals her, welches der Fürst in den J. 1815 von Preußen erworbenen Gebieten hatte. Er erhielt damals das sogen. Fürstentum Krotoschin als Thronlehen. Zum ersten Stande gehörten auch polnische, jetzt ausgestorbene Fürstengeschlechter. Es gehören endlich dazu alle Rittergutsbesitzer des Kreises, die in Preußen ihren Wohnsitz haben. Dies sind persönlich stimmberechtigte Personen, welche sich aber in einer besonders geregelten Weise vertreten lassen können. Die Verstärkung der Stimmen des ersten Standes durch deutsche Elemente kann durch eine Art von Pairsschub erfolgen, indem die Regierung dem Gute eines Deutschen, falls es eine bestimmte Größe hat, Rittergutsqualität dauernd oder für die Zeit des deutschen Besitzes verleiht. Zum ersten Stande gehört auch der Staat für seine Güter, sofern sie den für Rittergüter vorgeschriebenen Erfordernissen an Größe und Kulturstand entsprechen. Die Staatsstimmen dürfen aber höchstens ein Achtel betragen. Der Staat läßt sich durch Pächter, Oberförster oder Rittergutsbesitzer vertreten.

In der Beschickung durch den zweiten und dritten Stand ist J. 1904 teilweise eine Änderung eingetreten. Bis dahin entsandte jede Stadt des Kreises einen Deputierten, soweit ihr nicht das Recht, mehrere zu entsenden, besonders beigelegt war, ferner entsandten die Landgemeinden zusammen drei Deputierte. Die ganze altständische Verfassung, die der Aufrechterhaltung der deutschen Herrschaft dient, bedeutet auf der anderen Seite ein Übergewicht des an Mitgliedern reicheren ersten Standes, demgegenüber die beiden anderen bei ihrer besonders vor J. 1904 wenig starken Vertretung zu ziemlicher Bedeutungslosigkeit verurteilt waren. Es beider Konfessionen angehören. Diese Simultanschule ist aber nicht zugleich eine paritätische, d. h. es ist nicht notwendig, daß der Lehrer der Konfession der Mehrheit der Schüler angehört, oder daß, beim Vorhandensein von mehreren Lehrern an einer Schule, die Konfessionen bei der Bestellung des Lehrkörpers verhältnismäßig berücksichtigt werden. Die Schulverwaltung ist deshalb nicht gezwungen, beim Überwiegen katholischer und in der Regel polnischer Schüler und etwaigem Mangel an deutsch-katholischen Lehrkräften zu polnisch-katholischen zu greifen, deren Verwendung in der Ostmark den deutschen Interessen Eintrag tun dürfte. Etwas anders als in den übrigen Provinzen ist auch die Tragung der Schullast. Sie liegt im übrigen Preußen — und auch in Westpreußen ist das auf Grund der

Schulordnung vom 11. Dezember 1845 der Fall — den Ortsgemeinden und Gutsbezirken ob. Für Posen gilt dagegen noch der Grundsatz, daß die Last den Schulsozietäten obliegt, d. h. sämtlichen Hausvätern des Ortes, jedoch haben die Gemeinden das Recht, die Schullast zu übernehmen und als Gemeindeangelegenheit zu behandeln. Wo dies auf dem Lande nicht geschieht, werden die Schulsozietätsangelegenheiten durch einen Schulvorstand verwaltet. Die ursprünglich für diese Organisation geltenden Bestimmungen von 1812 sind 1911 durch andere ersetzt, welche zwar der Sozietät einen etwas größeren Einfluß auf die Bestellung des Vorstandes einräumen, als das frühere Recht, aber doch nach Möglichkeit polnischen Einfluß im Schulvorstande zurückdrängen. Besonderheiten weist auch die Art der Bestellung des Lehrpersonals auf. Während in den übrigen Provinzen eine mehr oder weniger ausschlaggebende Mitwirkung der Gemeinde hierbei stattfindet, ist durch ein Gesetz vom 15. Juli 1880 die Anstellung der Lehrer in Posen und Westpreußen vollkommen in die Hand der Regierung gelegt; den Gutsherren, den Schulvorständen und städtischen Schulbehörden, denen auf Grund der für beide Provinzen maßgebenden Bestimmungen des preußischen allgemeinen Landrechts ein Vorschlagsrecht zukommen würde, ist dieses Recht genommen, sie sind nur darüber zu hören, ob sie Einwendungen gegen den zu Ernennenden erheben.

Während auf der untersten Stufe mit Ausnahme der Schulorganisation eine Übereinstimmung mit den anderen östlichen Provinzen besteht, ist auf den höheren Stufen manche Besonderheit vorhanden.

Die Landgemeinden und Gutsbezirke im übrigen Osten werden zu Amtsbezirken zusammengefaßt, in welchen ein ehrenamtlicher Amtsvorsteher die Polizei ausübt. An der Stelle dieses von seinen Mitbürgern in gewissem Umfange abhängigen Ehrenbeamten steht in Posen der Distriktskommissar, ein Berufsbeamter, der als solcher besser geeignet erscheint, die Autorität der Regierung in dem Nationalitätenkampfe zu wahren. Die Besetzung der Distriktsämter erfolgt aus den vorgebildeten Anwärtern. Es wird zur Ausbildung nur zugelassen, wer noch nicht 35 Jahre alt ist, früher Offizier war oder eine für einen höheren Beamten geeignete Bildung besitzt, wie z. B. auch frühere Landwirte. Seit 1903 werden ebenfalls geeignete, aus anderen Provinzen stammende mittlere Beamte zugelassen. Es findet ein zweijähriger Vorbereitungsdienst statt. Die Ernennung der Distriktskommissare geschieht durch den Oberpräsidenten. Der Distriktskommissar ist ein Polizeibeamter, der unter dem Landrat und über den Gemeinden (Land und Stadt) steht, soweit sie der landrätlichen Polizei unterworfen sind. Von den Gutsbezirken unterstehen ihnen diejenigen Rittergüter nicht, deren Inhaber selbst Polizei ausüben. Sie sind dem Landrat unmittelbar unterstellt.

Die nächsthöhere Organisation ist wie im übrigen Preußen der Kreis. Er ist machte sich da auch bei der deutschen Bevölkerung eine lebhafte Opposition des dritten, des bäuerlichen Standes gegen diesen Zustand geltend. Dies hängt auch mit der Ansiedlungspolitik zusammen. Die Ansiedler, besonders aus West- und Süddeutschland, sind die im Osten vielfach ausgeprägte Vorherrschaft des Großgrundbesitzes, wie sie auf den Kreistagen in Posen stark hervortritt, nicht ge-

wöhnt. Bei der Aufteilung der zu Ansiedlungszwecken angekauften Güter wird vielfach ein den rittergutsmäßigen Erfordernissen noch entsprechender Teil mit Gutshaus und Wirtschaftsgebäuden zurückbehalten und an deutsche Gutsbesitzer als kreistagsfähiges Gut verpachtet. Diese Praxis liegt im Interesse des Großgrundbesitzes, der dadurch auf den Kreistagen in seiner alten Stärke erhalten bleibt. Das Interesse der Ansiedler andererseits geht auf Aufteilung des Landes unter weiter zuziehende Bauern; sie wirken auch darauf hin, daß die großen Güter mit ihrer fast ausschließlich polnischen Arbeiterschaft der Stärkung des Deutschtums hinderlich sind. Es sind die mannigfaltigsten Interessen, die sich hier kreuzen, die nationalen, wirtschaftlichen und die innerpolitischen. Es fragt sich, wie weit die Forderungen der Ansiedler zu erfüllen sind, soweit sie eine Veränderung des Stimmenverhältnisses auf den Kreistagen angehen. Die Schwächung des deutschen Teils des ersten Standes auf den Kreistagen ist jedenfalls zu vermeiden. Dagegen wird dem Wunsche der Ansiedler nach stärkerer Vertretung des bäuerlichen Standes auf den Kreistagen nachgekommen werden können, wo die Berücksichtigung nicht auf Kosten des Deutschtums geschieht. Diesen Erwägungen entsprechend, hat das Gesetz vom 4. August 1904 gestattet, daß durch Kgl. Verordnung in allen oder einzelnen Kreisen die Zahl der Deputierten der Landgemeinden bis auf sechs erhöht werden kann. Zuerst hat die Regierung von dieser Ermächtigung im Jahre 1907 für die Landkreise Bromberg und Krotoschin Gebrauch gemacht und hat die Zahl der Deputierten auf 5 erhöht. In stärkerem Maße hat die Regierung diese Maßregel im Jahre 1909 angewandt; es werden je sechs Landgemeindedeputierte in den Kreisen Birnbaum, Fraustadt, Lissa, Posen-Ost, Gnesen und Kolmar zugelassen, so daß die Erhöhung in einem Fünftel der Landkreise eingetreten ist. Man hat die Erhöhung überall da vorgenommen, wo anzunehmen war, daß die Verstärkung dem deutschen Elemente zugute kommt. Die durch das Gesetz von 1904 gegebenen Möglichkeiten genügen übrigens nicht den von mancher Seite gestellten Anforderungen, und es wird die Einführung der allgemeinen Kreisordnung der östlichen Provinzen verlangt. Diesem Verlangen würde man wohl soweit entgegenkommen können, daß die Einführung da erfolgt, wo keine Gefährdung der deutschen Vorherrschaft zu befürchten ist. Die Landgemeindevertreter werden in einer indirekten Wahl gewählt. In jeder Gemeinde wählen die Grundbesitzer, welche ein Grundstück von mindestens 30 Magdeburger Morgen besitzen, einen Ortswähler. Die Ortswähler treten in drei Bezirken, die der Landrat abgrenzt, zusammen mit den Besitzern der mindestens 30 Morgen großen selbständigen Güter ohne Rittergutseigenschaft. Sie wählen dann den Landgemeindevertreter. Nicht nur die Landgemeinden, sondern auch die Städte waren nur schwach auf den Kreistagen vertreten. Das Gesetz von 1904 hat ebenfalls ihre Rechte erweitert und zwar allgemein für die ganze Provinz. Da die städtischen Deputierten von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung gemeinsam gewählt werden und die letztere infolge des Dreiklassenwahlrechts vorwiegend deutsch ist, so war bei der allgemeinen Verstärkung der städtischen Beteiligung keine Begünstigung des polnischen Elements zu besorgen.

Die Städte entsenden jetzt für je 4000 Einwohner einen Deputierten, soweit man ihnen nicht schon vorher das Recht einer stärkeren Vertretung zugestanden hatte. Die Verfassung der beiden Stadtkreise Posen und Bromberg weist keine Besonderheiten auf.

Über Land- und Stadtkreis erhebt sich der Regierungsbezirk. Bezirksregierung und Regierungspräsident zeigen keine grundsätzlichen Besonderheiten. Dagegen sind sie beim Bezirksausschuß zu verzeichnen. Es ist hier, wie beim Kreisausschuß, das Prinzip maßgebend, solche Personen von ihm fernzuhalten, welche das Interesse des preußisch-deutschen Nationalstaates zu gefährden geeignet sind. Die gewählten Mitglieder des Bezirksausschusses bedürfen der Bestätigung durch den Oberpräsidenten. Bei Verweigerung der Wahl oder wiederholter Nichtbestätigung erfolgt die Ernennung geeigneter Personen.

Wir kommen zu der Organisation der Gesamtprovinz. An der Spitze auch der Provinz Posen steht ein Oberpräsident. Der Oberpräsident von Posen unterscheidet sich von den übrigen durch die höhere Machtfülle, mit der er ausgestattet ist; seine stärkeren Befugnisse innerhalb der Verwaltungsorganisation treten ja bei der Ernennung der Distriktskommissare, des Kreisausschusses und der Bestätigung oder Ernennung von Mitgliedern des Bezirksausschusses hervor. Die wichtigste Aufgabe, welche ihm zufällt, ist aber, daß er am Orte der Leiter einer einheitlichen Ostmarkenpolitik sein muß. Es wird von manchen Seiten gefordert, daß bei der allgemeinen Reform der preußischen Verwaltung das Amt des Oberpräsidenten verschwinden soll. Wie derartiges für andere Provinzen wirken würde, mag dahingestellt bleiben. In Posen ist es eine Unmöglichkeit. Wenn hier von einer Reform die Rede sein soll, dann könnte es nur die sein, daß das gesamte Gebiet, in welchem die Polenfrage akut ist, einem einzigen Oberpräsidenten unterstellt würde, wie ja auch eine einzige Behörde schon jetzt das Ansiedlungswerk in zwei Provinzen leitet. Wenn man eine Reform wünschen möchte, so wäre weiter zu fordern, daß der Oberpräsident nach oben hin eine Stärkung seiner Stellung erführe, indem ihm in den Ostmarkenfragen ein Sitz im Staatsministerium eingeräumt würde, in welchem er seine Sache gleichberechtigt mit den Ministern führen darf. Wie auf unteren, so auch auf der provinziellen Stufe bestehen Abweichungen hinsichtlich der Beteiligung des Laienelementes an Staats- und Kommunalverwaltung. Die gewählten Mitglieder des Provinzialrates bedürfen der Bestätigung des Ministers des Innern. Der Provinziallandtag hat, ebenso wie der Kreistag, die altständische Verfassung behalten, welche er am 27. März 1824 empfangen hat. Den ersten Stand bilden die Fürsten von Thurn und Taxis und Radziwill, ein Vertreter der Majoratsbesitzer und 22 Abgeordnete der Ritterschaft. Den zweiten bilden 10 Abgeordnete der Städte, den dritten 8 Abgeordnete der Landgemeinden. Auch hier also ein Überwiegen des ersten Standes. Während in anderen Provinzen der Provinziallandtag persönlich einberufen werden muß, findet in Posen die Berufung nur nach freiem Ermessen des Königs statt. Der Vorsitzende wird nicht gewählt, sondern der König ernennt den sog. Landtagsmarschall. Es besteht auch, wie in den anderen Provinzen, ein Provinzialausschuß,

den der Landtag wählt. In Posen aber bedürfen seine Mitglieder der Bestätigung des Ministers des Innern.

Bei der Verwaltungsorganisation ist schließlich noch der sog. Ostmarkenzulage zu gedenken. Dem in Posen und Westpreußen tätigen Beamten erwachsen aus dem Gegensatze der Nationalitäten besondere Schwierigkeiten, welche er in anderen Provinzen nicht findet. In der Provinz Posen und den gemischtsprachigen Teilen von Westpreußen erhalten die mittleren, Kanzlei- und Unterbeamten widerrufliche, nicht pensionsfähige Gehaltszulagen in Höhe von 10 v. H. des etatsmäßigen Gehaltes. Es können ferner in beiden Provinzen mit Ausnahme der westpreußischen Kreise Danzig-Stadt und -Niederung, Elbing-Stadt und -Land und Marienburg, den Lehrern, welche dort fünf Jahre lang ununterbrochen tätig gewesen sind, widerrufliche persönliche Zulagen von 120, nach zehn Jahren von 200 Mark gewährt werden.

Dies in kurzen Zügen die Verfassung der Provinz Posen. Charakteristisch an ihr ist wohl, daß sie dem Staatsbürger geringere politische Rechte gewährt, als ihm im übrigen Preußen und Deutschland zustehen. Soweit die Beschränkungen unumgänglich sind, wird aber der Deutsche sie gerne im Interesse der nationalen Sache tragen; freilich, er wird sie nur willig tragen von einer Regierung, die fest gewillt ist, dieser Sache zum Siege zu verhelfen.

Nationalitätenkampf und Nationalitätenpolitik in der Ostmark.

Von Otto Hoetzsch.

Nicht das ganze Gebiet der weiten Ebenen unseres Ostens, aber doch große und wichtige Stücke davon sind heute von einem erbitterten Ringen zwischen unserer und der polnischen Nationalität erfüllt. Es vollzieht sich nicht mehr in den gewaltsamen Formen der Vergangenheit. Aber der friedlichere Kampf von heute, in Verein und Zeitung, in Genossenschaft und Politik, um Land und Stadt, um wirtschaftliche und politische Macht, er fordert heute so gut wie früher alle unsere Kräfte und er gilt heute noch mehr wie früher einem Ziele, das wir unbedingt, koste es uns was es wolle, erreichen müssen: der dauernden und unbestrittenen Sicherung der preußischen Ostmarken für das Deutsche Reich und Volk. Wollen wir uns von alledem ein richtiges Bild machen, so führt uns am sichersten zum Ziele, wenn wir erst die Frage beantworten: Wie kam der preußische Staat zu diesen Millionen andersrassiger und anderssprachiger Untertanen und warum sind sie ihm nötig? Und sodann: Wie hat er sich im Laufe von nunmehr fünfviertel Jahrhunderten mit der Aufgabe, die ihm das Vorhandensein dieser polnischen Untertanen in ihm in Schule und Kirche, in Gericht und Verwaltung, in Wirtschaft und Kirche stellte, abgefunden? Die geschichtlich begründete Antwort auf diese beiden Fragen wird unschwer die politisch richtige und notwendige Stellung zum Nationalitäten-Problem der Gegenwart ergeben, sowie die Antwort auch auf die Frage: was will unser Staat mit seiner Ostmarkenpolitik und was kann er mit ihr erreichen?

I. Die Entstehung einer polnischen Frage in Preußen.

Der Geograph beginnt Osteuropa wohl erst an der Ostgrenze des Deutschen Reiches. Für den Historiker und Politiker aber ist dieser Begriff das Gebiet von der Elbe an bis zum Ural. Im Norden ist die Grenze das Baltische Meer, im Süden heben die Karpathen, der untere Donaulauf und die Küste des schwarzen Meeres dieses Osteuropa deutlich gegen Südosteuropa ab. Innerhalb dieses Osteuropas gewährt kein eigentliches Gebirge deutliche und natürliche Grenzen. Auf diesem großen Tieflande, um diesen Osten ringen in der Geschichte drei Völker vor allem: die Deutschen, die Polen und die Russen. Zwischen Deutschen und Russen konnte man sich wohl ein polnisches Mittelreich denken, so, wie es die sogenannte Jagellonische Idee, der Gedanke vom historischen Polen, heute noch in den Träumen der Polen umfaßt. Aber schon Bismarck hat in der großen Rede vom 18. März 1867 darauf hingewiesen, daß in dieser Idee von vornherein eine Überspannung

der Ansprüche und eine Überschätzung der inneren Kräfte Polens lag. Das historische Polen ist ja sehr viel größer als das ethnographische. Es umfaßt in der Weichselniederung und der Ukraine, in Litauen und dem sogenannten russischen Westgebiet, in den baltischen Provinzen und Pommern Länder, die von Angehörigen anderer Volksstämme erfüllt waren und sind, und die das polnische Volk zu assimilieren niemals in der Lage war und die es niemals wieder gewinnen wird.

Aber wie dem auch sei, wenn auf die Dauer ein so umgrenztes polnisches Reich sich behaupten sollte, so mußte es eine geschlossene Staatsmacht sein, die den Druck der im Westen und Osten heranwachsenden Staatsgebilde aushalten konnte, Brandenburg-Preußens und Moskaus. Allein unter diesem Gesichtspunkte kann heute die Situation von 1772, die den Zusammenbruch dieses Staatswesens brachte, beurteilt werden, frei von aller Sentimentalität, mit der früher die Polenschwärmerei des deutschen Liberalismus sie betrachtete, und frei von dem begreiflichen nationalen Schmerze, mit dem heute das Polentum daran zurückdenkt. Und dann ist die Hauptsache für den Zusammenbruch des polnischen Staates und damit für die Entstehung einer polnischen Frage doch dieses, daß er den von rechts und links auf ihn drückenden und mit ihm um ein möglichst großes Stück der baltischen Küste ringenden Staatsbildungen nicht gewachsen war.

Die erste Pflicht eines Staates, die der Erhaltung und Stärkung der eigenen Macht, hat der polnische Staat nicht erfüllt, solange es noch Zeit dazu war. Darum brach er ruhmlos zusammen, als zwei geniale und starke Monarchen, Friedrich II. und Katharina II., seine Schwäche benutzend das Ringen um den Osten und seine Küste endgültig zwischen sich allein entschieden. Seitdem die deutsche Kolonisation des Ostens einmal die Oder und die Weichsel überschritten hatte und die großen Hohenzollern des 17. und 18. Jahrhunderts auf dieser Bahn fortgeschritten waren, war eine Versöhnung zwischen dem preußischen und polnischen Staatsgedanken im Osten doch nicht mehr möglich, konnte und kann nur einer dort herrschen. Wer das sein würde, darüber entschied die politische Macht, und diese hatte — gegenüber dem zerfahrenen und verwilderten polnischen Adelsstaate — eben im Bunde mit Rußland Friedrich II. So hat dieser im wohlverstandenen Interesse seiner Staatsnotwendigkeit sich an der Teilung Polens beteiligt, als Katharina diese Frage von sich aus ins Rollen brachte.

Während die Politik Österreichs darin verkünstelt ist und keinen sicheren Willen zeigt, ist Friedrichs Politik klar, taktisch richtig und bestimmt. Er entzieht sich einer Lösung der polnischen Frage nicht mehr, die ihm aufgedrängt wird, die sich aber ohne ihn gleichfalls wohl auf das Ende der Unabhängigkeit Polens gerichtet hätte. Und er gibt dieser Lösung eine Wendung, die ein dringendes Bedürfnis seines Staates erfüllte. So ist nicht er der Urheber der Teilungen Polens, sondern das ist in allgemeiner und taktisch-politischer Beziehung Katharina. Aber er hat durch seine notwendige Stellungnahme allerdings den Anstoß gegeben, daß der Teilungsgedanke so große Dimensionen annahm und zu einer Umgestaltung der Machtverhältnisse im ganzen Osten führte.

Diese ist ja nun erzielt worden auf Kosten der Integrität Polens. Aber ein inneres, geschichtliches Anrecht auf die 1772 Preußen zugefallenen Stücke Polens hatte Deutschland und in ihm Preußen durchaus. Es war ja altes deutsches Land, das sich in die Gemeinschaft mit Polen niemals ganz eingelebt hatte, und mit Recht lautete die Umschrift der Denkmünze, die auf die Huldigung des neuerworbenen Gebietes geprägt wurde: regno redintegrato; deshalb trat auch der Besitzergreifung nirgends Widerstand entgegen, vor allem begrüßten die Protestanten die neue Herrschaft mit Freuden.

Im ganzen wird niemand sagen können, daß bei der ersten Teilung Polens von einem schreienden Unrecht die Rede sein kann. Es war das Ende eines uralten Kampfes, in dem schließlich die Macht gesiegt hatte, und von nun an beginnt die eigentliche polnische Frage und tritt die Aufgabe an Preußen heran, einmal sich gegen, selbstverständlich weiter gehende, Hoffnungen und Versuche der Polen, den zusammengebrochenen Staat wieder aufzurichten, zu schützen und dann: sich mit den neuen Aufgaben in Verwaltung, Gericht, Schule usw. abzufinden, die diese andersprachigen Untertanen ihrem neuen Vaterlande stellten. Der Zustand von Wirtschaft und Gesellschaft im alten Polen brachte es mit sich, daß diese polnische, diese Ostmarkenpolitik Preußens immer, wenn sie energisch vorging und den preußischen Staatsgedanken gegen die Polen betonte, zugleich auch materiell außerordentlich reformierend und kulturfördernd sein mußte und auch gewesen ist.

II. Erste Einrichtung und Ordnung.

Friedrich hatte durch die Beteiligung an der ersten Teilung die Verbindung zwischen Pommern und dem östlichen Preußen hergestellt, die sein Staat brauchte. Die Verbindung zwischen den Kernlanden und Schlesien herzustellen und damit eine seit alters betriebene koloniale Expansion abzuschließen, hinterließ er seinen Nachfolgern. Erst wenn zwischen der Weichselmündung und der oberen Oder ununterbrochen politisch-preußisches Gebiet lief, war jener Kampf zwischen Polen und Deutschen entschieden.

Friedrich hatte dann den ihm zugefallenen Teil Polens einigermaßen wenigstens auf dasselbe Niveau, wie seine anderen Provinzen zu bringen versucht. Vorbereitet war dies schon worden durch die Kolonisation des Bruches der Netze und Warthe. Vor allem verknüpft mit dem Namen von Balthasar Schönberg v. Brenkenhoff, hat diese Kolonisation ein Gebiet urbar gemacht von Driesen und Friedeberg über Zantoch und Landsberg/Warthe bis nach Sonnenburg. Von 1767 bis 1785 ist hier in einer Länge von 100 Kilometer von Westen nach Osten, von der Oder bis an die Grenze der heutigen Provinz Posen ein Gebiet von Bauernansiedlungen geschaffen worden, das die Germanisierung hier in dem Grenzstrich zwischen den Marken und dem alten Grenzpolen vollendete und das die künftige Angliederung Großpolens dann sehr gut vorbereitete, die 1793 eintrat.

Zunächst aber erweiterte sich das Staatsgebiet nur um Westpreußen, freilich noch ohne die wichtigsten Städte Danzig und Thorn; dazu kamen Teile des großpol-

nischen Gebietes. Es war das durch die Ordenskolonisation gewonnene sogenannte polnische Preußen, dessen nationaler Charakter allerdings durch polnische Einwanderung nach der Niederwerfung des Ordens einigermaßen verändert war.

Friedrich besichtigte das neuerworbene Land, die Zustände waren einfach miserabel. Mit der ruhigen Sicherheit, die ihn in dieser Richtung so sehr unterscheidet von dem dilettantischen Übereifer etwa Josephs II., und in musterhaft klarer Erkenntnis dessen, worauf es ankam, ging er sogleich an die Aufgabe, dieses Gebiet auf den Fuß der anderen preußischen Provinzen zu bringen. Er hat dafür treffliche und umsichtige Beamte gefunden, in dem Kammerpräsidenten J. F. Domhardt und dem ersten Verwalter des Netzedistrikts, Fr. B. Schönberg von Brenkenhoff. Aber tatsächlich ist er doch selbst, wie man mit Recht gesagt hat, „der eigentliche Oberpräsident" dieses Westpreußens, wie das neu erworbene Gebiet genannt wurde, gewesen. Zunächst wurden die Starosteien beseitigt, die alten Staatsgüter, die in den Besitz der Staroſten übergegangen waren, eingezogen. Die neugebildeten 79 Domänenämter durften nur an Deutsche verkauft werden. Die geistlichen Güter wurden zu den Domänen eingezogen, ohne große Entschädigung. Für die Bauern setzte eine Verordnung von 1773 ein Normalmaß und ein Maximalmaß für die unbestimmten Dienstleistungen fest. Die Bauern sollten frei von der an Sklaverei grenzenden Bindung der alten polnischen Zustände sein. Darüber hinaus wurde die Kolonisation, also die Ergänzung des vorgefundenen deutschen Siedlerelementes, fest in die Hand genommen. Durchaus wies Friedrich den Gedanken zurück, diese deutschen, neu ins Land gezogenen Bauern mit den Polen zu vermischen, damit sie ihnen ein gutes Beispiel gäben. Er bestimmte die Ansetzung deutscher Zuwanderer in geschlossenen Massen in eigenen Dörfern, damit die Erhaltung ihrer Nationalität gewährleistet bliebe. So sind noch unter ihm etwa 50 neue Dörfer, teils auf Domänenvorwerken, teils auf Rodungen im Bruchland, zunächst längs der Netze an der Grenze nach Altpolen, entstanden.

Auch in den Städten ging der König energisch an eine Neubelebung des alten deutschen Bürgertums; ein polnisches Bürgertum und Städtewesen war ja überhaupt nicht vorhanden. Durch den Besitz der Odermündung hatte Preußen schon den großpolnischen Exporthandel z. T. in seiner Hand. Dann kam nach der ersten Teilung der Handelsvertrag von 1775 zustande, der die Stellung Danzigs paralysierte und die nunmehr schon überragende Stellung Preußens gegenüber dem polnischen Handel zum Ausdruck brachte. Über 900 Familien sind zur Zeit Friedrichs des Großen in diese westpreußischen Städte eingewandert, auf dem Lande über 1200, sodaß man im ganzen mit einem Zuwachs von 11 000 Köpfen bei einer Bevölkerung von $^1/_2$ Million in diesem Gebiete rechnen konnte.

Die Aufgabe, die so mit der ersten Einrichtung Westpreußens angefaßt wurde, war deshalb so schwer, weil von vorn angefangen werden mußte, erleichtert andererseits aber wieder dadurch, daß der Gegensatz der Nationalitäten noch fehlt. Die deutschen Bürger und Bauern, die Friedrichs Beamte zu ihrer eigenen Verwunderung im Lande vorfanden, traten ohne weiteres auf die Seite der neuen Herrschaft. Die polnischen Bauern gewann diese durch ihre agrarpolitische Fürsorge.

Die Geistlichkeit stand noch beiseite oder trat wie die Landesbischöfe rasch zum neuen Landesherren. Geschädigt wurde nur der polnische Adel. So ist diese hohenzollerische Kolonisation hier wie überall im 18. Jahrhundert von wirtschaftlichen Motiven bestimmt. Für sie sind nicht mehr die christlichen Motive des Mittelalters und noch nicht die nationalen des 19. Jahrhunderts maßgebend. Sie wendet die Formen der alten Besiedlung mit Geschick an und ist im ganzen wohl gelungen, freilich, ohne daß sie freilich die alten Lücken, die die mittelalterliche Kolonisation gelassen hatte, ganz ausfüllen konnte. Aber das Wort des Generals Centulus über die Politik im Weichsel- und Netzegebiet traf durchaus zu, daß, „was hier gemacht sei, nicht auf eine kurze Zeit, sondern auf die Jahrhunderte gemacht sei".

III. Der Gewinn der zweiten und dritten Teilung und das Ergebnis von 1815.

Als in den neunziger Jahren des 18. Jahrhunderts der polnische Staat dann vollends zusammenbrach, gewann Preußen daraus Danzig und Thorn, Großpolen, Kujawien und Masowien und schob damit seine Oststellung außerordentlich voran, viel mehr als das Bedürfnis es forderte.

Es hatte damit zweifellos alte polnische Länder genommen, denn Großpolen hatte ja nicht zu dem Ordens-Gebiete gehört und auf die Lehnsabhängigkeit vom mittelalterlichen deutschen Reich wird man in der Neuzeit keinen großen Wert legen. Zwar war die große Welle der deutschen Kolonisation auch in das großpolnische Land geflutet; deutsche Bauern und Bürger hatten den Westen des Polenreiches kolonisiert. Aber eine völlige Germanisation war hier nicht möglich gewesen, infolge des Widerstandes des früh national gewordenen Weltklerus und infolge der Eifersucht des polnischen Adels. Jedoch hat sie den national gemischten Charakter Großpolens, der heutigen Provinz Posen, geschaffen, der von so ungeheurer, ja entscheidender Bedeutung für den Nationalitäten-Kampf geworden ist.

Ein Blick auf die Karte zeigt, daß Preußen heute vom Gebiete des alten polnischen Reiches nur das Allernotwendigste behalten hat. Außerordentlich weit springt der nichtpreußische Keil in der Gegend von Wreschen, Miloslaw und Jarotschin in das Verbindungsstück zwischen Ostpreußen und Schlesien herein. Was darüber hinaus durch die 2. und 3. Teilung preußisch geworden war, ist wieder abgegeben worden, zum Glück, denn es bedeutete eine ungeheure Belastung und Gefährdung für den nationalen Charakter des preußischen Staates: waren doch damals unter den $9^1/_2$ Millionen Einwohnern Preußens nicht weniger als 4 Millionen Slawen.

Diese Lande, Südpreußen und Neuostpreußen, sind dann bald hereingerissen worden in die großen Kämpfe der napoleonischen Zeit. Erst der Wiener Kongreß, der die heutige Grenze zog, eröffnete wieder eine ruhigere Zeit und schuf die Grundlage für das Nationalitätenproblem des 19. Jahrhunderts. Wenn die Polen noch heute aus dem bekannten Satze des Vertrags vom 3. Mai 1815 zwischen den 3 Teilungsmächten das Versprechen einer staatsrechtlichen Sonderstellung herleiten, so ist das

unberechtigt. Zudem sind jegliche Zugeständnisse, wie sie im 19. Jahrhundert mehrfach von den Herrschern der Teilungsmächte gemacht worden sind, verwirkt worden durch die Aufstände, in denen die Polen gegen ihre neue Herrschaft revoltierten. Denn die Voraussetzung der Konzessionen Alexanders I. und Friedrich Wilhelms III. wie IV. war natürlich die unbedingte Anerkennung des Untertanenverhältnisses gewesen. Auch in der preußischen Verfassungsurkunde, die dafür der gegebene Platz gewesen wäre, ist von einer Sonderstellung des polnischen Gebietes nicht die Rede. Vorstöße der Polen, diese angebliche Sonderstellung zu behaupten, sind mit Recht zurückgewiesen worden, nicht besonders glücklich, aber ganz richtig in der grundsätzlichen Erklärung des Ministers des Innern, Grafen Schwerin, am 22. April 1861: „Es kommt nicht darauf an, was in diesem oder jenem Vertrage steht, sondern daß die Provinz Posen von dem König von Preußen mit voller Souveränität in Besitz genommen ist und daß diese volle Souveränität eine territoriale Einheit des ehemaligen Polens nicht gestattet und eine Abscheidung von den anderen Provinzen des Staates ausschließt. Diese Souveränität bedingt, daß in jener Provinz kein anderes Gesetz gilt, als nur preußisches Gesetz und Recht und daß das preußische Gesetz dort fort und fort gehandhabt werden soll. Ich kann die Versicherung nur wiederholen. Dagegen wird aber die Regierung eine jede Übertretung des Gesetzes, möge sie mit Worten oder mit den Waffen in der Hand geschehen, mit aller Entschiedenheit zu jeder Zeit zurückzuweisen wissen." Der hiermit ausgedrückte Standpunkt ist vollständig richtig: der König von Preußen hat die volle Souveränität über seine Anteile im ehemaligen Polen übernommen und gewährt dafür den neuen preußischen Untertanen polnischer Zunge die Rechte der preußischen Untertanen, steht aber dabei zugleich den Rechten, die den Polen im Wiener Vertrag zugesagt sind (Aufrechterhaltung der nationalen Sprache und Sitte) nicht im Wege. Die polnische Auffassung hat aber durch das Jahrhundert hindurch diesen Standpunkt, der Rechte und Pflichten zugleich klar umfaßt, nicht festgehalten. Sie behauptet ihre Auffassung des Wiener Vertrags, womit sie das Wesentliche des preußischen Staates, wie er heute vor uns steht, unmittelbar angreift. Aber sie hat andererseits die Rechte der preußischen Untertanen für die Polen auf das weitgehendste in Anspruch genommen. Das polnische Volk Preußens hat seine Abgeordneten in die Parlamente geschickt und die politischen Rechte des Preußen immer voll ausgenutzt, ohne bis heute dafür vorbehaltlos die Zugehörigkeit zu diesem Staate anzuerkennen. Es hat sogar gegen diese Zugehörigkeit nicht nur immer mit Worten protestiert, sondern sie auch gelegentlich mit Gewalt im bewaffneten Aufstande rückgängig zu machen versucht.

IV. Erste Periode: 1815—1830.

Das Problem, eine größere Masse andersprechender Untertanen in den neuen Staat überzuführen und in ihm zu behandeln, war der preußischen Bureaukratie unter Friedrich Wilhelm II. zuerst entgegengetreten, da ja Friedrich der Große keine allzugroßen Mengen polnischer Untertanen erhalten hatte.

Dann haben nach dem Aufstande von 1806/07 in der hohen preußischen Beamtenschaft Erörterungen über die Stellung zu diesem Problem stattgefunden. Sie blieben zwar gegenstandslos, da Preußen durch den Tilsiter Frieden seine polnischen Gebietsteile außer Westpreußen wieder verlor. Aber sie sind von großem Interesse, weil sich in ihnen die kommenden wechselnden Phasen in der Behandlung dieser Aufgabe durch den preußischen Staat widerspiegeln. Es handelt sich dabei um Denkschriften Hardenbergs und Gruners, wozu noch zu nennen sind die betreffenden Abschnitte der Nassauer Denkschrift Steins, die wohl auf unmittelbare Initiative Anton Radziwills entstanden sind. Stein gibt eine Kritik der früheren polnischen Zustände, die gerecht, doch ohne ausreichende Kenntnis spricht. Die Hauptsache ist für ihn, daß seine Forderungen an die Neugestaltung des Staates ohne weiteres auch auf die Polen ausgedehnt werden, also Freiheit der Person, des Eigentums, Pflege des Unterrichts usw. Die polnische Nation würde zufriedengestellt werden und würde diesem Staate anhängen, wenn man eine Verfassung gebe, bei der ihr nationaler Stolz beruhigt und ihr der Besitz der Individualität gesichert ist. Stein sucht mithin die Frage auf dem Wege der Versöhnung zu lösen.

Denselben Zielen strebt auch Hardenberg in seiner großen Denkschrift vom März 1807 zu, die deshalb noch wichtiger ist, weil sie die erste Phase der preußischen Polenpolitik bestimmt hat. Der besondere Statthalter, den sie in Aussicht nahm mit weitgehender Selbständigkeit (Aufsicht über die ganze Verwaltung, Prüfung aller neuen Einrichtungen, Stellung als Immediatbehörde, Recht, von allen Behörden jederzeit Berichte einzufordern) ist ja dann wirklich ins Leben getreten. Nur der Oberpräsident als Beamter unter dem Statthalter war später neu und dann fehlte später das Nationalheer, das Hardenberg sogar auch gewähren wollte. Für ihn liegt der Nachdruck bei der Verwaltung. Diese hat die Aufgabe, möglichst den Unterschied zwischen Deutschen und Polen aufzuheben und die Polen von der Idee eines eigenen Polenreiches abzuziehen, ihren Enthusiasmus für Preußen zu gewinnen. Ihr nationaler Charakter sollte nicht vertilgt, sondern veredelt werden. Aus dieser Grundanschauung ergaben sich die einzelnen Vorschläge, in denen die Grundtendenz der Radziwillschen Gedanken zum Siege kommt und die logischerweise nicht zu einer systematischen Sprachen- und Wirtschaftspolitik führen. Heißt es doch ganz charakteristisch an einer Stelle: „Die fortgesetzte Ansiedlung deutscher Landwirte wird gut sein, wenn sie nicht kleinlich angefangen wird und dem Staate keine großen Kosten verursacht."

Stein, Radziwill, Hardenberg kommen so von drei verschiedenen Ausgangspunkten zu demselben Ziele. Sie kannten alle drei die Dinge, wie sie wirklich lagen, nicht, auch Radziwill nicht, der als litauischer Magnat und Freund des Königshauses dem eigentlichen polnischen Leben fernstand. Dagegen faßte eine Denkschrift Justus Gruners, der bisher in Posen Kammerdirektor gewesen war, die Dinge anders, vom Standpunkte des Verwaltungsbeamten, der die Verhältnisse kennt. Seine Mittel zur Lösung des Problems sind: Strenge gegen die an dem Aufstand Schuldigen (die Frage nach ihrem Schicksale hatte die Denkschrift Rad-

ziwills veranlaßt), völlige Sicherung von Südpreußen für den Staat (Amalgamation sagte Gruner dafür), deshalb möglichste Verpflanzung von Deutschen nach Südpreußen, besonders fortgesetzte Ansiedlung von Landwirten und Handwerkern, allgemeine Einführung deutscher Schulen, Verteilung der südpreußischen Kantonisten unter die Regimenter in den alten Provinzen. Gruner lehnt durchaus den Vorschlag Radziwills ab, den polnischen Königstitel zu erneuern. Aber er nimmt Radziwills Gedanken auf, daß der polnische Adel in die preußische Verwaltung nach Möglichkeit hereinzuziehen sei, natürlich mit den notwendigen Sicherungen: Kenntnis der deutschen Sprache und zuverlässige Haltung während des Aufstandes. Strenge gegen den am Aufstand beteiligt gewesenen Adel, dafür Wiederherstellung und Stärkung des polnischen Bauernstandes, das sind die nächsten Forderungen, und mit den letzteren kam dann Gruner auf die praktische Anwendung der Stein-Hardenbergschen Reformen hinaus. Gruners Standpunkt erfließt direkt aus dem preußischen Staatsgedanken und nimmt darüber hinaus eine allmähliche Eindeutschung der Provinz in Aussicht. Diese ist herbeizuführen durch eine aktive Wirtschaftspolitik für diese Provinz, durch die dieser neue, gegen die andern Gebiete Preußens so sehr zurückstehende Teil auf das Niveau der anderen gehoben werden sollte, und durch die ein Keil zwischen die einzelnen Schichten des Polentums getrieben werden sollte, innerhalb dessen Gruner die eigentlichen Gegner klar erkennt. Die Berührung mit dem Gedanken Flottwells wird ohne weiteres deutlich; es geht von diesen Grunerschen Gedanken eine Linie über Grolman uud Flottwell zu Bismarck und Bülow.

Zunächst kam die Tendenz Hardenbergs zum Siege. Die Lage der Provinz war freilich dafür wenig Vertrauen erweckend. Wenn die unteren Schichten einigermaßen Hinneigung zu Preußen zeigten, so herrschte unter den gebildeten Nichtdeutschen: Magnaten, Geistlichen, Beamten der Wunsch nach der Wiederherstellung Polens durchaus vor. Die Deutschen sehnten sich freilich nach der preußischen Ordnung nach einem fast zehnjährigen Regimente korrupter Beamter und den Bedrückungen Napoleons. Die materielle Lage des Landes war dabei außerordentlich schlecht. So lag eine ungeheure Aufgabe vor der preußischen Verwaltung; die Arbeit, die 1795—1806 geleistet worden war, war so gut wie vernichtet. Man mußte von Grund aus aufbauen und sich erst langsam eine bestimmte Regierungs- und Verwaltungspraxis gegenüber dem polnischen Problem schaffen, während zugleich aber fraglich war, ob die maßgebenden Schichten des Polentums die Lösung von 1815 als endgültig betrachten würden. Jedenfalls versuchte es ihnen gegenüber die preußische Regierung zunächst mit der Versöhnung.

Statthalter wurde Fürst Anton Heinrich Radziwill, der Gemahl einer preußischen Prinzessin, der damit dem preußischen Hofe sehr nahe stand, während er der Stimmung seiner Landsleute und den Verhältnissen in Posen eigentlich fremd war. Die Stellung dieses Statthalters war so von vornherein ziemlich unglücklich und unklar, dazu eingeengt durch den Oberpräsidenten, der auch hier an die Spitze der Provinz wie sonst im preußischen Staate trat. Die Provinz Posen

wurde neugestaltet und umfaßte das frühere Großpolen und Kujawien mitsamt dem Netzedistrikt; dagegen wurde Thorn wieder mit dem Gebiete des alten Ordenslandes vereinigt. Der Name des preußischen Gebietes: Großherzogtum Posen war eigentlich nur eine sinnlose Äußerlichkeit, die aber von den Polen gern ergriffen wurde und von ihnen, obwohl sie aus dem amtlichen Sprachgebrauch glücklich verschwunden ist, auf äußerste festgehalten worden ist.

Die wichtigste materielle Aufgabe, die der neuen preußischen Verwaltung gestellt war, war die Durchführung der agrarischen Reform. Beseitigt war allerdings die Leibeigenschaft schon, denn das Gebiet hatte ja mit Ausnahme von etwa $^1/_2$ Hundert Ortschaften des Regierungsbezirks Bromberg, die seit 1772 ununterbrochen zu Preußen gehört hatten, von 1807—1815 zu Warschau gehört, und dort hatte 1807 der Code Napoléon die alten bäuerlichen Verhältnisse aufgelöst und die Leibeigenschaft aufgehoben. Von hier aus hat dann die preußische Regierung durch die Verordnungen von 1819 und 1823 die Bauernbefreiung auch dinglich weiter und zu Ende geführt, und zwar noch einschneidender und für den — hier polnischen — Bauernstand günstiger als sonst in ihrem Staate. Das Motiv war klar dabei das, den Bauernstand im Lande zu retten, aus nationalen Gründen, gegen die Bauernlegungsbestrebungen der Gutsherren. Damit ist die Grundlage gelegt worden für die Bauernbefreiung in Posen und für den selbständigen polnischen Bauernstand im Lande von heute. Ausgesprochenermaßen war die Absicht die Hebung des polnischen Bauerntums gewesen. Der Gedanke, durch Besiedlung das deutsche Bauerntum zu vermehren, lag dieser Beamtenschaft so fern, daß der Oberpräsident Zerboni deutsche Kolonisten abwies, die sich früher im Herzogtum Warschau angesiedelt hatten und nun, da dieses russisch geworden war, zurückkamen und in Posen Land haben wollten; ihnen wurde bedeutet, daß das Land dieser Provinz für die polnischen Bauern reserviert sei.

Es war verständlich, daß sich der Adel gegen diese Durchführung der Reform eifrig wandte, und seinem Mißmut in übertriebenen Äußerungen Ausdruck gab. Der Segen dieses bauernschützenden und befreienden Werkes hat sich aber für den Staat bald genug gezeigt, indem das Bauerntum sich von den Aufständen des Jahrhunderts fernhielt. Der Staat hat aber auch die Interessen der Grundherren keineswegs aus dem Auge gelassen, so besonders für sie einen landwirtschaftlichen Kreditverein für das Großherzogtum Posen begründet. Jedenfalls wurde so im ganzen polnischer Adel und polnisches Bauerntum gezwungen, durch die Reformen aus der alten Naturalwirtschaft in die Geld- und Handelswirtschaft überzugehen. Gutsland und Bauernland standen klar getrennt nebeneinander. Eine Dorfgemeinde war schon durch die Warschauer Gesetzgebung geschaffen, doch nicht eine brauchbare Gemeindeverfassung, und in der preußischen Zeit hat natürlich auch die Posener Landgemeinde alle die Schicksale geteilt, die die Arbeit um eine Landgemeindeordnung in den folgenden Jahrzehnten durchzumachen hatte. Der Gutsherr war aber durch eine Ordre von 1823 verpflichtet, die Polizei auf dem platten Lande zu vertreten, das zu diesem Zwecke in sogenannte Wojtämter zerfiel. Mithin blieben dem polnischen Gutsherrn die

Polizei auf dem Lande und damit seine bisherige Stellung dort trotz der Bauernbefreiung.

Die soziale Gliederung sonst im Lande zeigte die bekannte Lücke: ein Mittelstand fehlte, worauf schon Stein Alexander I. als für die polnischen Verhältnisse wesentlich aufmerksam gemacht hatte. Die preußische Regierung hatte dafür jetzt überall anzuknüpfen an die Reste deutscher städtischer Besiedlung, die sie vorfand. Sie hatte zunächst die allgemeine befreiende Gesetzgebung auch auf sie anzuwenden, Wegfall des Zunftzwangs, Gewerbefreiheit, Städteordnung usw. Aber Handel und Gewerbe als die wichtigsten Erwerbsarten eines städtischen Mittelstandes, der entstehen sollte, wurden durch die Schutzzollpolitik Rußlands dauernd geschädigt. In ihren Wirkungen zeigte sich recht deutlich die schwierige Lage der Provinz, die in ziemlich willkürlicher Abgrenzung unzweifelhaft einen künstlichen Charakter trägt. Zur Zeit der Teilungen ist die Stadt Posen in viel höherem Maße Mittelpunkt des Handels gewesen als heute, da die Provinz nach Westen, Süden und Osten auseinanderfällt nach den anderen Teilen der Umgegend, zu denen diese Teile von ihr nach Volksart und wirtschaftlichen Zielen hinneigen, und da nach Osten die unübersteigliche Mauer der russischen Sperrmaßregeln sich dem Absatze entgegenstellt. Es wäre für die nationale Seite der Schwierigkeiten in dieser Provinz wie für ihre wirtschaftliche Förderung von größter Bedeutung gewesen, wenn man, statt sie als Großherzogtum zusammenzufassen und in der Stadt Posen ihr eine künstliche Einheit zu erhalten, diese einfach aufgeteilt hätte unter die benachbarten Provinzen Westpreußen, Brandenburg und Schlesien, was möglich gewesen wäre und der General v. Grolman auch einmal vorgeschlagen hat. Dann wäre als eigentlich schwierig zu behandelndes Gebiet lediglich ein Teil des Regierungsbezirks Posen mit seiner Stadt übrig geblieben.

Formal wurde die Provinzeinteilung den anderen Provinzen völlig gleichgestellt: der Oberpräsident an der Spitze der Verwaltung, neben dem Statthalter, zwei Regierungen in Posen und Bromberg mit der neuen bureaukratischen Organisation, dazu dann die anderen Provinzialbehörden, die im Verlaufe der Hardenbergschen Verwaltung neu begründet wurden: das Oberlandesgericht, die Provinzialsteuerdirektion usw.

Die Frage war nun, wie diese formale Ordnung der Verwaltung sich mit den polnischen Untertanen der Provinz abfinden würde. Sollte eine Autonomie gewährt werden auf polnisch-nationaler Grundlage, so wie Alexander I. die Frage auffaßte, oder sollte man versuchen, eine allmähliche Verdeutschung herbeizuführen? Die erste Alternative war von vornherein unmöglich, denn die Provinz enthielt schon bei der Besitzergreifung durch Preußen eine so große Zahl deutscher Bewohner in Stadt und Land, daß eine Autonomie diese zweifellos beeinträchtigt hätte. Die zweite Alternative hat sich dann immer mehr als die allein mögliche und notwendige herausgestellt. Aber man hat die Wege dazu erst nach vielen Erfahrungen und Rückschlägen gefunden, und sie waren und sind ja auch so außerordentlich schwierig zu begehen, weil im großen und ganzen Deutsche und Polen in der Provinz so durcheinander sitzen und zahlenmäßig nebeneinander

so stark sind, daß das eine durch das andere Element nicht völlig zu verdrängen war und ist.

Zunächst also versuchte man durch Schonung die Polen in den preußischen Staat herüberzuziehen. Man ließ die alten Erinnerungen und Zeichen unberührt; noch heute ist der weiße Adler auf dem Rathaus der Stadt Posen zu sehen. Das Großherzogtum erhielt diesen besonderen Namen und sein besonderes Wappen. An der Spitze der Provinz stand der polnische Statthalter, der schon durch sein Amt gefährliche Hoffnungen erweckt. Natürlich mußte die Sprache der Verwaltung deutsch sein, doch behielt das Polnische in Schule, Gericht und Verwaltung einen durchaus bevorzugten Platz.

Wie man sich ferner bemühte, die Polen in das Heer zu ziehen, so hatte man nichts dagegen, daß die Kreisverwaltung in der Hand der gewählten Landräte war, die daher meist aus dem polnischen Adel stammten. 1828 schuf die Kreisordnung die Ordnung der Kreisverhältnisse, die noch heute in der Provinz gilt.

Wichtiger war, daß 1823 auch diese Provinz ihren Landtag erhielt, dessen Entstehung die Polen schon mit sehr weitgehenden Wünschen begleitet haben und den sie dann weidlich ausgenutzt haben als Sprachrohr ihrer letzten Endes auf den Zerfall des Staates ausgehenden Wünsche. Sofort wurde hier der Kleinkrieg gegen das Beamtentum begonnen, Klagen über die gefährdete Nationalität wurden fortwährend laut, Beschwerden über die vielen deutschen Beamten, auf die freilich die Antwort gegeben werden konnte: daß man gern mehr Eingeborene anstellen würde, es hätte sich aber bisher noch niemand zur großen Staatprüfung gemeldet. Die Unklarheit, daß überall die Provinziallandtage mehr als kleine Parlamente denn als Organe der Selbstverwaltung auftraten, wirkte hier doppelt gefährlich. Bedenklich vor allem waren dabei die fortwährenden Erinnerungen an die angeblichen Verheißungen von 1815 und die Berufung auf den wenig glücklichen Wortlaut der königlichen Proklamation von 1815: „Auch Ihr habt ein Vaterland und mit ihm einen Beweis meiner Achtung für Eure Anhänglichkeit an dasselbe erhalten, Ihr werdet meiner Monarchie einverleibt, ohne Eure Nationalität verleugnen zu dürfen."

Auf diese Weise hat die preußische Regierung in vollstem Maße dem polnischen Adel in seiner Nationalität und Sprache Freiheit gewährt, und im ganzen betrachtet stehen die Zugeständnisse an die Posener Polen hinter denen Alexanders an das Zartum nicht zurück.

Die Politik gegenüber den polnischen Untertanen Preußens ging zunächst durchaus auf Milde und Schonung der nationalen Eigenart mit wirtschaftlicher und geistiger Hebung der Provinz, durch die ein Übergewicht der deutschen Kultur über slawisches Wesen herbeigeführt werden sollte. Daher ist sie von bewußter Förderung des deutschen Elementes durchaus fern. Aber der Adel der Provinz wollte die Lösung von 1815 nicht als endgültig ansehen. 1817 schon forderte eine Denkschrift eines Herrn Joseph v. Morawski eine nationale Armee, einen Statthalter aus königlichem Hause oder polnischem Geschlechte, einen Provinzial-

landtag, der durch einen ständigen Ausschuß die Rechte der Polen verteidigen sollte, eine Kommission zur Leitung des Schulwesens, Besetzung aller Ämter durch Eingeborene auf Vorschlag der Provinzialstände, zwei polnische Räte, die dem Staatsrat und dem Staatskanzler Vortrag über die posener Sachen halten sollten. Und diese maßlose Denkschrift war und blieb typisch für die Wünsche dieses Adels, die regelmäßig auch über die weitesten Konzessionen des preußischen Staates hinausgehen. Wichtiger noch war die Verbindung des Adels mit den Geheimbünden, die sich in Russisch-Polen bildeten, und schon vor Ende des Jahrzehntes häuften sich die Versuche, bäuerliche Freischaren (Sensenmänner) zu bilden, die ihre Bedeutung gewinnen durch die Verbindung mit den russischen Banden.

Es bleibt noch übrig, die Stellung des polnischen Klerus zu charakterisieren. Den Übergang von Westpreußen in die preußische Herrschaft hatte der Klerus ohne große Schwierigkeiten mitgemacht. Jetzt aber tritt er der protestantischen Regierung entgegen, die die Klöster unter Landrecht stellte, die Schulen eröffnete, die für die Bildung des priesterlichen Nachwuchses in neuen Lehranstalten sorgen wollte. Die scharfe Stellung des polnischen Klerus gegen die preußische Regierung, die ja eines der entscheidendsten Momente in der ganzen Polenfrage Preußens ist, hat ihre Wurzeln nicht erst in der Zeit nach 1815, der Gegensatz ist uralt. Gegen den deutschen Ritter der Kolonisationszeit hat sich früh das erwachende Nationalbewußtsein in Polen, besonders im Klerus ausgesprochen; schon 1285 spricht aus dem Brief des Erzbischofs Jacob von Gnesen an die Kardinäle der römischen Kirche ein leidenschaftlicher Haß gegen die Deutschen. Und dieser ist durch die folgenden Jahrzehnte immer schärfer und unversöhnlicher geworden, vor allem gegen die Deutschen im Lande, die der Reformation zufielen oder die als protestantische Einwanderer im 16. und 18. Jahrhundert neu hereingekommen waren. Zunächst freilich sind besondere Schwierigkeiten vom polnischen Klerus der Regierung nicht entgegengestellt worden. Erst unter Flottwell hat damit ernstlich gerechnet werden müssen.

Auch nach der polnischen Auffassung haben in den 15 Jahren von 1815—1830 zwei Strömungen unter den Polen geherrscht, die eine schwächere, auf die Versöhnung gerichtete, unter Radziwill, die andere stärkere, die den Aufstand vorbereitete und die russischen Vorbereitungen unterstützte. Der polnische Adel der Provinz hat sich in den 15 Jahren nicht in den preußischen Staat hereinziehen lassen. Auch er hat, wie die Standesgenossen des russischen Anteils, die Versöhnung abgelehnt. Das Beamtentum hat sich darum bemüht, aber schon die gleichzeitigen Berichte zeigen, daß die Versöhnung nichts ausrichtete. Man übersah doch in dem aufgeklärten preußischen Beamtentum die Stärke der nationalpolnischen Idee und man erkannte zu wenig die Gefahr, die vom katholisch-polnischen Klerus drohte. Materiell ist das Ergebnis dieser ersten Periode der preußischen Polenpolitik, daß, nachdem bereits die neuostpreußische Zeit darin etwas begonnen hatte, nun auch über dieses seit Jahrhunderten vernachlässigte Land der ganze Strom der Stein-Hardenbergschen Gesetzgebung befruchtend ergossen wurde.

V. 1830—1840: Flottwell und Grolman.

Der Novemberaufstand, mit dem der polnische Adel Rußlands die Zugeständnisse Alexanders lohnte, hat ja Preußen nicht unmittelbar betroffen, das von einer wirklich gefährlichen polnischen Erhebung verschont blieb. Aber er und der Zusammenhang des preußischen Polentums mit der Erhebung jenseits der Grenze gab der preußischen Regierung begründeten Anlaß, nachzudenken, ob sie bisher auf dem richtigen Wege gewesen war. Und während nun bis 1863 der polnische Adel seinen Mittelpunkt in der sog. Emigration in Paris fand und in den dort getroffenen Vorbereitungen zu einem neuen Aufstande, begann in Preußen die zweite Phase seiner Ostmarkenpolitik mit der Ernennung von Eduard Heinrich v. Flottwell zum Oberpräsidenten von Posen.

Er hat seines Amtes furchtlos und tatkräftig gewaltet und die polnische Frage unter dem Gesichtspunkte allein des preußischen Staatsgedankens angesehen. Er hat dabei verständnisvolle Zustimmung und Unterstützung bei seinem Freunde, dem kommandierenden General des V. Armeekorps Karl Wilhelm Georg v. Grolman gefunden. Grolman hatte volles Verständnis für die Wichtigkeit seines Postens auch im nationalen Sinne, ja er vermochte mit dem klaren Blick des Soldaten dieser Frage noch schärfer und tiefer in das Auge zu sehen, als Flottwell.

Flottwell hat die Politik, die er befolgt hat, ausführlich selbst dargestellt, in seiner bekannten Denkschrift vom 15. März 1841, die er dem neuen Könige überreichte. Darin war sein Hauptgesichtspunkt folgendermaßen ausgesprochen: „die enge Verbindung der Provinz mit dem preußischen Staate (Gruner hatte in seiner Denkschrift Amalgamation gesagt) dadurch zu fördern und zu befestigen, daß die ihren polnischen Einwohnern eigentümlichen Gewohnheiten und Neigungen, die einer solchen Verbindung widerstreben, allmählich beseitigt, daß dagegen die Elemente des deutschen Lebens in seinen materiellen und geistigen Beziehungen immer mehr in ihr verbreitet werden, damit endlich die gänzliche Vereinigung beider Nationalitäten als der Schluß dieser Aufgabe durch das entschiedene Hervortreten der deutschen Kultur erlangt werden möge." Dieses Ziel zu verfolgen, erfordert das „Gesamtwohl des Volkes". In diesem Ausdruck, wie auch sonst in der Ausdrucksweise der ganzen Denkschrift wird die Denkweise der ersten Periode des Jahrhunderts deutlich. Wir sehen noch nicht, daß Flottwell in seiner Denkschrift die Schärfe des nationalen Gegensatzes vollkommen deutlich heraushebt, und infolgedessen ist auch das Ziel, das er aufstellt, unklar. Was bedeutet „gänzliche Vereinigung beider Nationalitäten"? War damit das Ineinanderaufgehen gemeint, das doch nur auf Kosten der einen und zugunsten der andren erfolgen konnte, oder war damit lediglich ein friedliches Nebeneinanderleben der beiden Nationalitäten als erstrebenswert bezeichnet? Die ganze Art, in der Flottwell die polnische Frage seines Staates anfaßt, steht noch deutlich in dem Bannkreise der Gedanken seiner Zeit und in deutlicher Verbindung mit jenen Ideen Steins, durch die dieser die polnische Frage für Preußen lösen wollte. Nur faßt Flott-

weil die Bestrebungen separatistischer Art schärfer und bringt mit der „Erweiterung" des deutschen Elementes ein neues aktives Moment in die Behandlung der Frage herein. Er will die an sich achtenswerten Eigentümlichkeiten der Polen schonen: „Am kräftigsten aber und zugleich am willkommensten fördert die Zwecke des Staates die Sorge für die materiellen oder wenigstens von der Mehrzahl als materiell aufgefaßten Interessen der Provinz." Wenn Flottwell grundsätzlich die Frage noch nicht mit der genügenden Tiefe erfaßt, so sieht er doch deutlich, daß die lebhafte Sorge des Staates für diese Provinz ihre enge Verbindung mit dem übrigen Staatskörper fördern muß und daß schon dadurch separatistischen Bestrebungen der Polen wenigstens mittelbar ein Riegel vorgeschoben wird. Von da aus kommt er zu seinen Forderungen: Sicherheit der Rechtsprechung und Vermehrung der Unterrichtsanstalten, um das Niveau der Provinz zu heben, wobei ihm das Recht der seit alters in ihr sitzenden Deutschen auf die deutsche Bildung selbstverständlich ist. Er sieht weiter, daß es sich hier um eine Frage von weiter Aussicht handelt, und spricht den goldenen Satz aus: „So wie aber bei der allmählichen Beschränkung der widerstrebenden Elemente jeder Schritt über die nächste Notwendigkeit und Möglichkeit hinaus bedenklich erscheint, so ist jedes Schwanken in den Verwaltungsgrundsätzen verderblich." Er lehnt die Bevorzugungspolitik gegenüber den Polen ab, die ja nur Ansprüche steigert, deren Ziele klar und mit der Existenz des preußischen Staates nicht vereinbar sind. Er spricht es offen aus, daß „die Provinz dem deutschen Elemente keineswegs verschlossen, daß sie vielmehr ihm als dem Lebenselemente des Staates und schon eines guten Drittels der Provinz selbst geöffnet und daß seine Ausgleichung mit dem polnischen ohne Eingriffe ungerechter Willkür dem Entwicklungsprozeß der Geschichte überlassen werden soll". In diesem letzten Satze ist die Stellung Flottwells in der Entwicklung der preußischen Polenpolitik am klarsten gekennzeichnet. Er sieht bereits, abgesehen davon, daß ihm der preußische Staatsgedanke als selbstverständliche Norm für die Behandlung der Frage erscheint, daß ihre eigentümliche Schwierigkeit für den preußischen Anteil in der durch das Mittelalter herbeigeführten Vermischung beider Nationalitäten gegeben ist. Dieser Gesichtspunkt war bisher noch an keiner Stelle in der nötigen Schärfe erkannt worden. Flottwell ist ferner ohne weiteres klar, daß die deutsche Kultur die überlegenere gegenüber der polnischen ist, und er glaubt, daß im Verlaufe einer natürlichen Entwicklung von selbst eine Ausgleichung der beiden Nationalitäten in der Provinz eintreten werde. Bei genauerer Analyse erkennt man also, daß Flottwell in der Erkenntnis des Problems zwar seinen Vorgängern überlegen ist, daß sich diese aber dann in keineswegs klaren praktischen Konsequenzen ausläuft. Die Folge davon ist, daß von einer wirklich systematischen Behandlung der Frage auch in seiner Polenpolitik nicht die Rede ist. Wenn sie herkömmlicherweise und mit Recht rühmlich erwähnt und gepriesen worden ist, so hat das seinen guten Grund eben in der unbedingten Bekämpfung separatistischer Bestrebungen auf der polnischen Seite und der scharfen Betonung des preußischen Staatsinteresses, sowie in der Erkenntnis, daß eine Versöhnungs- und Bevorzugungspolitik im

Stile der vergangenen Periode die Widerstrebenden dennoch nicht zu gewinnen imstande sei. Flottwell sah mit nüchterner Schärfe, daß der an seiner nationalpolnischen Idee hängende Pole schlechterdings nicht zu gewinnen ist und daß die Staatsgewalt dazu keine Mittel hat. Wie aber die weitere Analyse der Denkschrift zeigt, die ja einen Rückblick auf das tatsächliche Schaffen des Oberpräsidenten gibt, ist dieses über Ansätze ohne eigentlichen organischen Zusammenhang nicht herausgekommen.

Die feindselige Stimmung der preußischen Polen sieht Flottwell vor allem im Adel und im Klerus, bei letzterem wenigstens in seinem größten Teil. Er fällt ein scharfes Urteil über die Bildung und Lebensführung dieser polnischen Geistlichkeit und wirft ihr vor, daß sie die Nationalität, um die Vorrechte des eigenen Standes zu erhalten, verteidige. Ausdrücklich konstatiert er einen Umschwung im Klerus, der fanatisch oder willenlos die neue obrigkeitsfeindliche Richtung angenommen habe. Daraus ergibt sich ihm die Sorge für die Ausbildung der jungen Theologen. Die Verbindung zwischen Geistlichkeit und polnischem Adel wird vor allem hergestellt durch den Einfluß des Klerus auf die Damen, den Flottwell bemerkt hat. Bei den Söhnen des Adels stellte er fest „die bekannte und zutage liegende Abneigung gegen den preußischen Staatsdienst" und fällt ein scharfes Urteil über die Verbindung dieses preußisch-polnischen Adels mit der Emigration. Für ihn ist daraus klar, „daß dem aus solchen Mitgliedern bestehenden Adel nicht das innige Vertrauen gewährt werden kann, auf welches er sonst Ansprüche hätte", und er zählt auf, was auf verwaltungsrechtlichem Gebiete vorbeugend geschehen sei.

Positiv hat er sich bestrebt, diesem unzuverlässigen Adel gegenüber die Zahl der zuverlässigen Rittergutsbesitzer zu verstärken. Für den Bauernstand hatte sich seine Verwaltungstätigkeit auf die Fortführung der Regulierung zu richten, deren gute Erfolge er bestätigt. Daraus, und daß er infolgedessen auf einen loyalen oder zur Loyalität erwachenden polnischen Bauern rechnet, ergibt sich, daß er auf den Gedanken, die Vermehrung des Standes der deutschen Rittergutsbesitzer zu ergänzen durch eine entsprechende Vermehrung der deutschen Bauern nicht kam. Es ist daher ein — allerdings sehr weit verbreiteter — Irrtum, davon zu sprechen, daß die Ansiedelungstätigkeit des preußischen Staates von Flottwell begründet worden sei; mit diesem Irrtum wird ein Verdienst Bismarcks geschmälert, das diesem ausschließlich zukommt.

Den Städten, die von den Gutsherren abhängig sind, fehlte nach den Erfahrungen Flottwells ein deutscher Mittelstand fast ganz. Das ist ein Urteil, das, wenn es wirklich der Flottwellschen Anschauung entspricht, sich unzweifelhaft auf ungenügende Kenntnis stützt. Seine Ziele waren, einen solchen Mittelstand heranzubilden, und zwar — auch die Auswahl dieser Mittel ist charakteristisch für ihn — durch Errichtung zweckmäßiger Schulanstalten und durch die Einführung der Städteordnung. Er hebt nach der materiellen Seite besonders hervor die zerstörende Wirkung der russischen Zollpolitik auf die gewerbliche Tätigkeit der Provinz, der durch Einzelunterstützung zu begegnen versucht worden ist.

Zur Behandlung der Sprache in der Schule teilt Flottwell als seinen Standpunkt mit, daß in allen Stadtschulen in beiden Sprachen unterrichtet werden solle, in den meisten Landschulen aber deutsch nur als Unterrichtsgegenstand im Lehrplan auftreten solle. Dieser Grundsatz, an dem Flottwell auch festgehalten wissen wollte, schließt jede Unterdrückung in der Schulpolitik aus und wurde von ihm wohl als ausreichend erachtet, jene für ihn erstrebte Ausgleichung der Nationalitäten herbeizuführen. So kommt im ganzen die Ausführung der materiellen Förderung, auf die er so großes Gewicht legt, auf zweckmäßige Schulbildung und Förderung des Verkehrs hinaus, weshalb sich Erörterungen über Straßenbau, Baumanpflanzung und Obstkultur in der Denkschrift gleichfalls finden. Für die Zukunft schließt er mit der Hoffnung, daß ein „fantastischer Patriotismus" der Erkenntnis bei den Polen Platz machen möge, daß sie ein „neues Vaterlandsasyl gefunden haben, das jeder edelgeistigen Richtung sowie jedem vernünftigen Streben nach der Verbesserung ihres äußeren Zustandes eine freie Entwicklung sichert und zugleich ihren mit dem gemeinsamen Wohle des Vaterlandes nur irgend vereinbaren nationalen Eigentümlichkeiten Schutz und Pflege gewährt".

Flottwell erscheint also in dieser Denkschrift durchaus als Kind seiner Zeit. Es ist charakteristisch für sie, wieviel sie von der Aufklärung erwartet, und wie unsystematisch der positive Teil ist. Nur schüchtern kommt der Gesichtspunkt des deutschen Elementes und seines Rechts zum Ausdruck. Ist so diese Denkschrift nach der positiven Seite unzusammenhängend, so fehlt entsprechend auch die Erkenntnis, daß die von Flottwell wenigstens als notwendig geahnte Kulturpolitik des Staates diesem außerordentliche Opfer auferlegen mußte, von denen freilich in den 30er Jahren der Zustand der preußischen Staatsfinanzen auch nur zu träumen nicht erlaubte. Vor allem wird auffallen, wie unhistorisch die ganze Anschauungsweise ist. Es fehlt jeder Einblick in die großen historischen Zusammenhänge der deutschpolnischen Frage, durch den sich die Äußerungen Bismarcks dazu von Anfang an auszeichnen, ganz zu schweigen von der Unkenntnis der deutschen Kolonisationstätigkeit des Mittelalters, die doch auch auf diese Gebiete bestimmend eingewirkt hat, eine Kenntnis, die anscheinend der Zeit Flottwells völlig verloren gegangen war. Aber die Analyse seiner Denkschrift läßt seine Politik nicht völlig im richtigen Lichte und Verdienste erscheinen. Sein Verdienst liegt, wie schon hervorgehoben wurde, in der unbedingten Betonung der staatlichen Autorität und dann in der formalen Ordnung der Provinz in neue Verhältnisse herein, die die materielle Politik an Umfang und System weit übertrifft.

Neben dieser Denkschrift ist eine Äußerung des Generals v. Grolman unberechtigterweise in den Hintergrund getreten, die dieser 1831, also unter dem Eindrucke des Aufstandes, niedergeschrieben hat, die aber erst 1848 gedruckt worden ist. Diese Denkschrift ist erheblich klarer, entschiedener, wenn man will, radikaler als die Flottwellsche und deshalb von so großer Bedeutung, weil sie auf die Anschauungen Bismarcks nach seinem eigenen Zeugnis in der Rede vom 28. Januar 1880 von Einfluß gewesen ist. Grolman hatte gleich nach dem Auf-

stande als radikales Mittel empfohlen die Vernichtung der Provinz Posen und ihre Aufteilung an die drei benachbarten treuen Provinzen. Das Mittel war allerdings revolutionär, Grolman hat seinen Vorschlag wenigstens auf dem Gebiete der Heeresorganisation aber durchgesetzt. Seine „Bemerkungen über das Großherzogtum Posen", wie der Titel heißt, mit dem Motto: „Und die Gräber taten sich auf und man hörte eine Stimme" enthalten in ihrer scharfen Offenheit keine objektive Kritik am Polentum, sondern sehen nur das Feindselige und Gefährliche, was eben Grolman entgegengetreten war. Dafür ist seine Gesamtansicht der Frage schlagend: das Großherzogtum Posen zählte 1815 von ungefähr 800000 Einwohnern 350000 Deutsche und 450000 Polen und Juden. Damit sieht Grolman die Frage von vornherein unter dem entscheidenden Gesichtspunkte an und hebt sich so durchaus aus seiner Zeit heraus: „Durch seine Lage im Herzen des preußischen Staates auf der Verbindung zwischen Schlesien, Preußen und Pommern und 18 Meilen von Berlin entfernt, gehört dieses Land so innig zum preußischen Staat, daß jede Idee einer Trennung von ihm als Hochverrat angesehen werden muß und daß jeder, der es ehrlich mit seinem Vaterlande meint, seine letzte Kraft anspannen muß, um dieses Land dem preußischen Staate nicht nur zu erhalten, sondern es auch gut gesinnt, d. h. deutsch zu machen."

Als friedliches Mittel dafür schlägt Grolman, womit er nach seiner Angabe die Idee eines geborenen Polen, dessen Aufsatz aber nicht vorhanden ist, aufnimmt, den Auskauf der Grundbesitzer vor. Er kritisiert die liederliche Wirtschaft der polnischen Beamten, die der preußische Staat bis 1830 angestellt hatte. Die Geistlichen sind „roh, ungebildet, fanatisch katholisch, noch fanatischer polnisch und gutenteils der Völlerei ergeben". Er fordert die Aufhebung der Seminare und den Zwang für die polnischen Theologen, in Breslau oder Königsberg zu studieren. In den Gymnasien werde geradezu Haß gegen Preußen gelehrt und die deutsche Jugend damit angesteckt. Polnisch als Unterrichtsgegenstand sei zu beseitigen. Dagegen wäre es sehr wünschenswert, wenn in den angrenzenden deutschen Provinzen auf den Gymnasien und selbst auf besseren Bürgerschulen die polnische Sprache gründlich gelehrt werde, um treue und zuverlässige Subjekte für die Provinz Posen heranzuziehen. Polnische Bürger gibt es für Grolman nicht; die polnischen Bauern erklärt er für nicht bösartig, aber für ganz in Unwissenheit versunken. Das wesentliche Mittel, auf die Polen zu wirken, ist die Erziehung beim Militär, die noch nicht genügend angewandt worden ist; man hätte die Polen einzeln in die deutschen Provinzen und deutschen Regimenter verteilen sollen, das hätte in 17 Jahren eine große Veränderung hervorgebracht. Statt dessen hat man sie in ihrer Provinz und in eigenen Regimentern gelassen, wo ihre Gesinnung unverändert blieb. Daß die Kolonisation des Mittelalters auch das Posener Land ergriffen hat, davon weiß Grolman nichts. Aber er weiß, daß deutsche Einwanderer besonders aus Schlesien im 30jährigen Kriege hereingekommen sind.

Deutsche Gutsbesitzer findet er nicht viele in der Provinz. Sie halten sich auch nach seiner Ansicht sehr selten auf ihren Gütern auf, da sie auf den Kreistagen

überstimmt werden. Es sind eben zu wenig, als daß sie ein Gegengewicht gegen die polnischen Besitzer bilden könnten, ausgenommen höchstens die Kreise an der märkischen Grenze und Teile des Netzedistrikts. Der Bürgerstand der Mediatstädte steht noch unter dem Druck der polnischen Besitzer und leidet besonders darunter, daß die Tuchmanufaktur durch die Zollpolitik zerstört worden ist. Den tüchtigsten Teil der Provinzeinwohner sieht er in den deutschen Bauern, die freilich von den Polen das Trinken gelernt hätten. Durch diese würde am zweckmäßigsten die Ausbreitung der Deutschen gefördert, „wenn man sie dadurch unterstützt, daß sie ihren zweiten Sohn entweder durch Ankäufe polnischer Bauernhöfe und durch Errichtung neuer Gehöfte auf wüstem Boden ansetzen können, was besser ist, als daß man fremde Kolonisten ins Land zieht." An den Juden übt er scharfe Kritik und erwartet die Hilfe erst bei dem kommenden Geschlecht. Dann die Beamten: unter ihnen sind viele Polen oder polonisierte Deutsche aus der großherzoglichen Zeit übernommen. Dadurch ist eine schlechte Wirtschaft eingerissen, besonders bei den Posten der Landräte und in den Woytämtern; er führt schreiende Fälle der Unordnung auf. Die Wahl der Landräte den Kreisen überlassen, „ist das Schwert seinen Feinden in die Hand geben". Am schädlichsten ist die Justiz. Die Prozesse werden zum großen Teil polnisch geführt, so daß also die ganze Gerichtsbarkeit in polnischer Hand ist.

Das Haupt- und Radikalmittel zur Lösung der Frage sieht Grolman neben dem Auskaufe der großen polnischen Besitzer in der Auflösung der Provinz, für die er eine genaue Grenzfestlegung bringt; nach deren Durchführung würde dann nur ein kleiner Bezirk Posen übrig bleiben, der in Schlesien oder in Brandenburg einzuverleiben wäre. Notwendig aber sei unter allen Umständen ein fester Plan und bestimmte Prinzipien, um einen würdigen Teil der Monarchie aus der Provinz zu machen. Der jetzige Zustand könne nicht bleiben, weil er selbst für die polnischen Einwohner zum Verderben führen müsse.

Die Denkschrift Grolmans geht, wie diese Inhaltsangabe zeigt, an Tiefe der Einsicht und Radikalismus der vorgeschlagenen Mittel über die Flottwellsche hinaus, die ja allerdings nicht eine Denkschrift über das, was geschehen sollte, ist, sondern ein Rechtfertigungsbericht über das, was geschehen war. Jedenfalls waren sich der oberste Zivil- und höchste Militärbeamte der Provinz darin einig, daß fest zugegriffen werden müsse. Zuerst war nun notwendig, den Aufstand gewissermaßen zu liquidieren. Die öffentliche Ordnung war ja nicht besonders gestört worden; aber im geheimen war der Aufstand im russischen Anteil unterstützt worden und ein nicht geringer Teil der Schlachta war über die Grenze gegangen und hatte mitgekämpft. Die Bewegung hat sich aber nur beschränkt auf die Schlachta; die unteren und mittleren Schichten waren von der Erregung nicht besonders berührt worden. Und im ganzen ist dann mit großer Milde gegen die am Aufstand tatsächlich Beteiligten vorgegangen worden.

Dann mußte formal Ordnung geschaffen werden. Das Recht der Kreise zur Wahl der Landräte wurde im Jahre 1833 mit Recht suspendiert und ist es geblieben: der Landrat wird bis heute in der Provinz Posen lediglich auf Vorschlag der

Regierung vom Könige ernannt. Dann wurde 1830 die Wojtverfassung beseitigt, und die Kreise in Distrikte eingeteilt, in denen die Polizei durch königliche Beamte, die sogenannten Distriktskommissare, wahrgenommen wurde. Auf diese Weise wurde Posen die einzige Provinz und ist es geblieben, die unter dem Kreise noch eine staatliche Instanz hat. Flottwell sah die Schattenseiten wohl voraus, durch die Distriktskommissare und die von dem Könige allein ernannten Landräte würde die Selbstverwaltung auf dem platten Lande erheblich eingeengt, ja eigentlich illusorisch gemacht. Aber es gab für den Staat keine andere Möglichkeit. Die gewählten polnischen Landräte hatten ihr Amt zu schlecht verwaltet und zum Teil direkt die Vorbereitung zum Aufstande und diesen selbst unterstützt. Und ebenso war es für den Staat eine unbedingte Notwendigkeit, die Polizei auf dem platten Lande den Gutsbesitzern zu entziehen. Er erhielt in den neuen Distriktskommissaren, meist alten Offizieren, ein Element der Lokalverwaltung, auf das er sich unbedingt verlassen konnte, und das Ordnung schaffte und hielt. Mit diesen Maßnahmen beginnt das Ausscheiden der Polen aus der Verwaltung der Provinz, die sie in der Periode vorher völlig in der Hand gehabt hatten. Zweifellos war es bedauerlich, daß das polnische Element zur Verwaltung nicht mehr herangezogen werden konnte, aber es ist keine Frage, daß die Suspension der Landratswahlen und die Beseitigung der gutsherrlichen Polizei eine absolute Notwendigkeit für den Staat war. Zudem hatte die Provinz noch lange nicht genügend große und leistungsfähige Kreisverbände und namentlich Landgemeinden, hatte auch für die Selbstverwaltung vorläufig außer den völlig unzuverlässigen Schlachzizen keine nennenswerten brauchbaren Kräfte. Die Kreistage und der Provinziallandtag blieben sonst in ihrer Zusammensetzung und Wirksamkeit durchaus unbeschränkt. Aber Flottwell hielt seine Leute im Zaum und duldete nicht, daß der Provinziallandtag zu staatsfeindlichen Kundgebungen mißbraucht wurde.

In den Städten ist nach und nach die Städteordnung von 1831 mit ihrer weitgehenden Selbstverwaltung eingeführt worden. Bei der nationalen Zusammensetzung der städtischen Bevölkerung, in der fast überall die Deutschen die Mehrheit hatten, lag darin kein Bedenken, sondern es lag vielmehr in der Städteordnung die Möglichkeit, einen Mittelstand in Flottwells Sinne heranzubilden. In den Dörfern verwalteten Schulzen mit beschränkten Befugnissen die Gemeinden, die von den Bauern zu wählen waren, sobald die Agrarreform im Dorfe durchgeführt war. Auf diese Weise wurde in Stadt und Land nach und nach die unbedingt nötige Lösung von dem Einfluß des Adels durchgeführt und konnte sich ein selbständiger Bürger- und Bauernstand wenigstens in Anfängen entwickeln.

Für die Gerichtsorganisation führte eine neue Ordnung von 1834 die nötigen Organe ein.

In Sachen der Sprache hatte der Provinziallandtagsabschied von 1832 den Standpunkt des Königs so präzisiert: der König habe den Polen ein Vaterland gegeben, in dem ihnen die Aufrechterhaltung ihrer Religion und der Gebrauch ihrer Muttersprache neben der deutschen zugesichert sei; einen Vorzug zu gewähren, sei nicht seine Absicht gewesen und widerspreche der Staatseinheit.

Auf diese Weise war zunächst die Herrschaft des Staates durch die Verwaltung über der Provinz fest stabiliert. Es war eine straff bureaukratische Herrschaft, die seitdem geübt wurde, die ihre Berechtigung aber fand in den unruhigen und ungeordneten Verhältnissen der Provinz; für eine ausgedehnte Selbstverwaltung fehlten auch noch alle Vorbedingungen hier, wo die Staatstreue eines großen Teils der Einwohner zweifelhaft oder mehr als das war.

Demnächst waren die Aufgaben für die materielle Verwaltung anzufassen. Dafür war selbstverständlich die wichtigste die Weiterführung der Bauernbefreiung und der Ablösung überhaupt. Zunächst wurde die Masse der vom Adel abhängigen Mediatstädte aus diesen Beziehungen gelöst. Erst damit und mit den Wirkungen der Selbstverwaltung und der Einrichtung von Schulen war die Möglichkeit für einen freien Mittelstand gegeben. Auf dem Lande weiterhin ist von Flottwell die Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse in der vorbezeichneten Weise energisch weitergeführt worden. Wenn auch hier die Befreiungsarbeit schärfer durchgegriffen hat, als in den alten Provinzen, so wurden von ihr auch hier nur die spannfähigen Bauern ergriffen; die nichtspannfähigen Bauern verwandelten sich also auch hier zumeist in freie Landarbeiter. Denn der Grundbesitzerstand richtete sich ziemlich rasch auf die neuen kapitalistischen Verhältnisse und auf den Getreideexport ein. Deshalb konnte er auch, was Flottwell anerkennt, in großer Zahl den Aufteilungsprozeß von sich aus fördern. Flottwell hebt mit Recht hervor, daß die Regulierung sehr gut gewirkt habe: sie hat die Grundlage geschaffen für eine ganz neue Klasse von Einwohnern und war von Bedeutung für die Landeskultur ebenso wie für die Sicherheit des Staates.

Eine Frage, die zur Förderung des Mittelstandes unmittelbar gehörte, war die Emanzipation der Juden, die Flottwell 1833 energisch in Angriff nahm. Selbst gegen diese vorsichtige Reform erhob der Landtag Widerspruch, aber sie wurde durchgeführt und bereitete die Lösung der Judenfrage in diesem Teile des alten Polens vor durch die Eingliederung der Juden in das neue Staatswesen, eine Lösung, die weder der russische, noch namentlich der österreichische Anteil bis auf den heutigen Tag gefunden haben.

Schließlich die Sorge für den Verkehr, die sich aus Flottwells Tendenz, die engere Verbindung mit den deutschen Provinzen zu fördern, von selbst ergab. Bisher war dafür so gut wie nichts vorhanden. Jetzt wurde durch den Oberpräsidenten der Chausseebau und der Wasserverkehr erheblich gefördert.

Mit diesen Maßnahmen ist die Förderung der materiellen Kultur in der Hauptsache erschöpft. Das Wesentlichste ist dabei doch, daß der Gesichtspunkt der Sorge unmittelbar für die Verstärkung des deutschen Elementes noch durchaus fern liegt. Zwar erhielt Flottwell 1833 die Erlaubnis, größere Güter, die zur Subhastation kamen, für den Staat anzukaufen, die dann reguliert und veräußert werden sollten an Erwerber deutscher Abkunft. Dadurch ist auch in seiner Zeit die Zahl der deutschen Rittergutsbesitzer in der Provinz um 30 vermehrt worden. Der dazu verwendete Fonds von einer Million Taler hat sogar Gewinn abgeworfen. Dagegen ist von deutscher bäuerlicher Kolonisation keine Rede. Man

blieb in dieser Beziehung stark zurück hinter der Art und Weise, wie Friedrich Wilhelm I. in Litauen und Friedrich der Große in Westpreußen die Frage angefaßt hatten. Grolman hatte ja geraten, den polnischen großen Besitz ganz auszukaufen und ein Legationsrat Küpfer hat in einer Denkschrift über die Germanisierung des Großherzogtums Posen (an den Minister v. Lottum vom 27. Januar 1838) sogar bereits eine Immediatkommission vorgeschlagen, die als eine große Aktiengesellschaft den ganzen Grundbesitz des polnischen Adels aufkaufen sollte. Aber praktisch ist aus diesen Anregungen nichts geworden; weder hätten die kläglichen finanziellen Mittel des Staates eine größere Operation erlaubt, noch lag es im Sinne des aufkommenden Liberalismus, den Staat in einem solchen Umfange als eigenen Unternehmer auftreten zu lassen.

So blieb schließlich nur noch die Sorge für Schule und Kirche, die sich Flottwell seiner ganzen Anschauung nach auch auf das lebhafteste angelegen sein ließ. Er hatte für die Reform des Schulwesens einen allgemeinen Schulverbesserungsfonds, der aus dem Vermögen der alten Edukationskommission gebildet war, und hat sich um die Verbesserung der alten Schulen und die Errichtung von neuen lebhaft bemüht. So sind in 10 Jahren über 200 Volksschulen entstanden, zumeist mit polnischer Schulsprache und einem mangelhaften deutschen Unterricht. In den Stadtschulen fand der Unterricht jedoch in beiden Landessprachen statt; auch sie sind unter Flottwell vermehrt worden. Mancherlei für den höheren Unterricht kam hinzu. Man hat im ganzen den Eindruck, daß auf diesem fast wüstliegenden Gebiete geschehen ist, was in der kurzen Zeit nur geschehen konnte.

Für die evangelische Kirche sind, wie Flottwell in seiner Denkschrift sagt, 6 neue Kirchensysteme gegründet worden; er stellt am Schluß seiner Tätigkeit eine Vermehrung der Evangelischen fest, fand aber den Charakter der evangelischen Kirche in der Provinz gedrückt und ungeordnet.

Wichtiger und schwieriger waren die Aufgaben, die die katholische Kirche dem Oberpräsidenten stellte. Da ist im Jahre 1833 ein starker Schlag geführt worden, indem sämtliche in der Provinz befindlichen Klöster säkularisiert wurden. Die Einkünfte daraus wurden mit einem Staatszuschuß auf 10 Jahre verwandt für das Schulwesen und das völlig daniederliegende Bildungswesen der katholischen Geistlichkeit. Es scheint, als wenn sich diese einschneidende Maßnahme der Säkularisation ohne besonderen Eindruck in der Provinz vollzogen hätte.

Flottwell fällt im ganzen über das Schulwesen und die geistlichen Bildungsanstalten das Urteil, daß der größere Teil dieser Anstalten seine Aufgabe erfüllt habe: „wie weit sie dazu beitragen werden, eine Anschließung der Provinz an den preußischen Staat zu begründen und zu fördern, muß man abwarten, man sollte sich zu der Annahme berechtigt halten, daß eine gründliche und umfassende geistige Bildung auch empfänglicher für die dankbare Anerkennung des Vertrauens machen muß, welches Seine Majestät der König der katholischen Geistlichkeit in einem so edlen Sinne erweist.“ In diesem Urteil spricht sich der Wunsch einer Versöhnung durch Schule und Kultur ähnlich aus, wie wir das bei Stein gefunden haben, aber doch schon vorsichtiger und aus der praktischen Erfahrung heraus skeptischer.

Es ist, wenn man die Entwicklung der Zeit im ganzen überblickt, eine Zeit von erheblicher und intensiver Arbeit, die freilich eigentliche Früchte noch nicht zeitigt. Die Lage des Mittelstandes, der noch wesentlich in den alten Bahnen blieb, war kümmerlich. Die Bauern hatten sich eben erst in die Freiheit hereinzuarbeiten. Die von Flottwell angestrebte Förderung des Verkehrs konnte noch nicht besonders lebhaft wirken, und außerdem hat bis 1838 alljährlich der Besuch der Cholera das Leben erschwert und verdüstert.

* * *

Die ausgezeichnete Verwaltung Flottwells hat auch nicht vermocht, den Adel zu versöhnen. Die Begnadigungen wurden als Schwäche aufgenommen und in der von Flottwell so stark betonten Verbindung mit der Emigration hatte man viel mehr Interesse an den Vorbereitungen für die Wiederherstellung Polens als an der mühsamen Verwaltungsarbeit, die dieses Land eben aus dem Rohesten heraushob. Im Lande selbst benutzte man den Provinziallandtag lediglich als Sprachrohr für oft geradezu maßlose Beschwerden. Erst gegen Ende der Zeit Flottwells kommt auf der polnischen Seite etwas mehr Leben in die Provinz selbst. Dort war als eine erste Interessenorganisation jener Kreditverein von 1825 vorhanden und hier hat die Lebensarbeit von Karl Marcinkowski zuerst eingegriffen.

Marcinkowski, der erste der wirklich bedeutenden Polen, die die Regeneration ihres Volkes in Posen durchgeführt haben, war 1800 geboren; von Beruf Arzt, war er in Paris, wo er der Emigration angehört hatte, auch als Arzt tätig gewesen. 1830 entzog er sich dem Rufe in die Heimat nicht länger und hat in dieser zehn Jahre segensreich gewirkt. Charakteristisch ist also, daß nicht ein Adliger, sondern ein dem Bürgerstand entstammendes Mitglied der Intelligenz zum ersten Male den fruchtbringenden Gedanken praktischer Arbeit aufnahm: Marcinkowski vertritt zuallererst die Abwendung von den phantastischen Hoffnungen der Pariser Polen und die Wendung zur praktischen Arbeit daheim.

Sein Hauptlebenswerk ist der Verein, der, 1840 von ihm ins Leben gerufen, heute noch seinen Namen trägt und heute noch die von seinem Gründer ihm gestellten Aufgaben erfüllt. Marcinkowski lehnte sich damit an einen schon älteren Plan an, eine Gesellschaft, die der polnischen Jugend Unterricht und Studium ermöglichen sollte. So ist der Gedanke an sich nicht sein geistiges Eigentum, wohl aber die geschickte Organisation und Anlage dieses Stipendienvereins, die ihm eine außerordentliche Sicherheit und Gleichmäßigkeit der Arbeit und dem entstehenden polnischen Mittelstande so viele Führer gegeben hat. Wurde doch durch ihn allmählich eine polnische Intelligenz herangezogen, die überwiegend aus dem kleinen Mittelstand der Städte stammte und nun als gegebene Führerin in diesem Mittelstande die weitere vorbereitende Arbeit zu seiner Befestigung und Emporentwickelung leitete.

Marcinkowski hat sich durch diese Gründung ein Verdienst erworben, das allerdings erst in einer späteren Zukunft hervortreten sollte. Zunächst blieb er nur ein Prediger in der Wüste. So überragend seine Stellung persönlich war, der Emigration blieben diese Gedanken noch durchaus fremd, die ja auf eine Re-

generation daheim hingingen und die Vorbereitung zum Aufstande ablenkten. Es war vor allem die Kirche, die hier die Dinge zum Konflikt brachte. Die Opposition des Provinziallandtages gegen die Bestrebungen, deutschen Sprachunterricht in den Volksschulen einzuführen, oder gegen jene Veräußerung von Rittergütern an Deutsche, die man als systematische Germanisierung betrachtete, war schließlich zu überwinden, wenn man energisch blieb. Die Feindseligkeit und Unzuverlässigkeit des Klerus aber wurde umso unangenehmer, als sie zusammentraf mit den großen kirchenpolitischen Konflikten, in denen die Regierung Friedrich Wilhelms III. ausgeht. Der Zusammenstoß von Staat nnd Kirche in Posen, der Konflikt mit dem Erzbischoff Dunin von der Frage der gemischten Ehen aus bewirkt, daß die Zeit Flottwells in einem Mißklang, ja Mißerfolg endet. Aber dieser kann nicht die Tatsache verwischen, daß eine starke, zielbewußte und konsequente Verwaltung in diesem Manne 10 Jahre lang die schwierige Frage im richtig verstandenen Staats- und Nationalinteresse angepackt und behandelt hatte. Darum nennt auch die polnische Geschichtschreibung Flottwell und Bismarck in einem Atem, und das ist ein hohes, aber berechtigtes Lob für den ersteren.

VI. 1840—1850: Versöhnungspolitik, Reorganisationsversuch und Fehlschlag.

Im Anfang 1841 wurde Flottwell nach Magdeburg versetzt, und damit kam offen zum Ausdruck, daß mit dem neuen Könige auch eine neue Phase der Nationalitätenpolitik beginnen sollte. Friedrich Wilhelm IV. war mit den Radziwills und Raczyńskis befreundet, die Polenlieder Platens hatten Eindruck auf ihn gemacht, und seinem weichen und großherzigen Naturell lag es nahe, den Versuch zu machen, diese dem preußischen Staate doch unsicher und ablehnend gegenüberstehenden Untertanen durch Großmut zu versöhnen. Es war jener „Irrtum eines edlen Herzens", von dem Bismarck in der Rede vom 28. Januar 1880 spricht, der menschlich durchaus zu verstehen war und politisch so verhängnisvoll werden sollte. Die Milde, die der König Dunin gegenüber walten ließ, wurde als Schwäche aufgefaßt, und Dunin rechtfertigte dann durch sein weiteres Verhalten die königliche Gnade keineswegs. Die Wünsche des polnischen Adels wurden rasch dreister und dreister. Aber wenn auch Flottwell und Grolman darauf hinwiesen, daß die auf den Thronwechsel gesetzten Hoffnungen durch die Begnadigung des Erzbischofs und durch die Propaganda der Emigration genährt worden seien, und daß es notwendig sei, das System der „allmählichen Germanisierung" aufrechtzuerhalten, zwei Fünftel in der Bevölkerung seien ja Deutsche, die polnischen Bauern seien zufrieden, feindlich nur der Adel und der Klerus, hielt der König doch den Wunsch fest, es mit der Großmut zu versuchen. So erging der Beschluß, den Beschwerden der Polen so abzuhelfen, daß der nächste Landtag keinen Grund mehr finden sollte, sie zu erneuern. Der Beschluß geht wohl auf den direkten Eingriff des Königs zurück. Wenigstens ist nicht näher bekannt, wer etwa in seiner Umgebung in dieser Richtung auf ihn eingewirkt hat. Er bedeutete eine

Wendung des Systems in der Polenpolitik und damit den Sturz Flottwells. Und nun steigerten sich, wie zu erwarten war, die Wünsche der Polen, die auf dem Provinziallandtage laut wurden, immer mehr und mußten doch auch dem Könige klar machen, daß zwischen dem preußischen Staatswohl und diesen Forderungen, hinter denen unausgesprochen immer die Losung auf Wiederherstellung des polnischen Staates stand, eine Verhandlung nicht denkbar war. Aber der König war nicht zu überzeugen.

An die Spitze der Provinz wurde Graf Arnim-Boitzenburg gestellt. Der König dankte Flottwell für den Bericht, den dieser ihm in Form jener Denkschrift übergab, aber er war entschlossen, es jetzt mit einem anderen System zu versuchen. Er hatte den Grafen Arnim zum Oberpräsidenden ernannt, weil dieser bereits mit angesehenen Adligen bekannt war und als Grandseigneur wirken wollte auf die vornehmen Herren des Adels. Arnim war durchaus für diesen Posten geeignet, vornehmer Herr, elegant, zugleich aber auch ruhig und sicher in der Führung der Geschäfte, klug und edel zugleich. Sein Programm war, wie er es in seiner Denkschrift über die Verwaltung Polens vom 30. Juni 1841 ausgeführt hat, Posen durchaus als Provinz Preußen zu behandeln, das Ziel der Germanisierung nicht aus dem Auge zu verlieren, aber die Polen zu schonen und nur edle Mittel gegen diese zu verwenden. Deutsch sollte im allgemeinen Hauptsprache sein. In der Schule sollte es aber nach Bedarf Haupt- oder Nebensprache sein. Die Kirche sollte ihre vollen Rechte erhalten, aber nicht mehr. Damit war die polnische Frage fast ganz auf das Gebiet der Sprache, Schule und Kirche beschränkt, und nirgends sah man eine Spur der Erkenntnis, daß der starke Anteil der in der Provinz bodenständigen deutschen Bevölkerung doch gebieterisch forderte, die Frage nicht einseitig unter dem Gesichtspunkt des polnischen Anteils anzusehen. Dem König aber ging das schon zu weit. Er antwortete auf Arnims Denkschrift, „daß auch jeder Anschein eines Versuches der Verdrängung oder Beeinträchtigung des polnischen Elementes durch das deutsche zu vermeiden sei". Arnim dagegen konnte sehr bald sehen, daß er die Polen falsch eingeschätzt hatte, daß die Scheidewand zwischen Deutschen und Polen weit höher und größer war, als er gedacht hatte, und er wurde wachsamer auf das Treiben des Adels, er mußte die Erfahrung machen, daß die einzelnen Gutsbesitzer und Offiziere, mit denen er verkehrte, persönlich sehr charmant und liebenswürdig waren und daß trotzdem der Adel in schroffer Opposition verharrte. Er sah, daß es hier vor allem auf das Beamtentum ankam, aber ehe er etwas Wesentliches leisten konnte, berief ihn der König von diesem Posten ab.

Der polnische Adel mußte den Eindruck gewinnen, daß keine feste Hand mehr in der Provinz regiere. Der Staat hatte seine Beteiligung an jenen Ankäufen überschuldeter Güter aufgegeben, der freiwillige Verkauf kam selten vor. Ist doch damals das Sprichwort aufgekommen: „Große Verräter verkaufen ihr Vaterland im ganzen, kleine morgenweise." Also auch die geringe Verschiebung des großen Besitzes zugunsten des deutschen Elementes, die Flottwell angebahnt hatte, hörte auf. Wichtiger war, daß der Staat auch in anderer Beziehung zurückwich.

Seit 1817 galt die Vorschrift, daß Zivilprozesse in der Sprache des Klägers zu verhandeln seien, daß aber, wenn der Kläger beide Sprachen beherrsche, dann deutsch verhandelt werden mußte. Dagegen hatte sich der Adel energisch gewehrt und hatte die Verhöhnung der Richter geradezu sportsmäßig betrieben. Jetzt erging — auf Betreiben des Grafen Raczynski — die Ordre vom 15. Januar 1842 über die Gerichtssprache dahin, daß alle Zivilprozesse ohne Unterschied in der Sprache des Klägers verhandelt werden sollten. Die Belohnungen für polnisch lernende Beamte wurden erhöht, Landräte und Distriktskommissare auch in den deutschen Kreisen angehalten, polnisch zu lernen. Den Verfügungen waren polnische Übersetzungen beizufügen. Der Staat wich also auf dem Gebiete des Gerichts und der Verwaltung in der Sprachenfrage zurück.

Noch wichtiger war das Nachgeben in der Schule. Die Instruktion vom 24. Mai 1842, die bis zum Beginn des Kulturkampfes das geltende Recht in der Provinz geblieben ist, unterscheidet die Volksschulen in Land- und Stadtschulen. In den Landschulen hatten die Lehrer, die beide Sprachen konnten, in der Schule davon so Gebrauch zu machen, daß jedes Kind den Unterricht in der Muttersprache empfangen sollte. Bei „Vorherrschen" des polnischen bzw. deutschen Besuches sollte die betreffende Sprache Hauptunterrichtssprache sein. Aber Deutsch mußte in allen Schulen Unterrichtsgegenstand sein, weil der polnische Untertan notwendigerweise deutsch verstehen mußte und weil auch die polnischen Eltern das wünschten. Dafür konnte aber auch in den vorherrschend deutschen Gemeinden Unterricht im Polnischen erteilt werden, wenn die Eltern das wünschten. Mit Hilfe dieser Instruktion, die von der neubegründeten katholischen Abteilung im Kultusministerium ausgegangen war, konnte der Unterricht in den Volksschulen und den unteren Gymnasienklassen vollständig, in den mittleren und oberen Klassen teilweise polonisiert werden. Das wurde noch dadurch erleichtert, daß der König auch polnische Priester zu Schulinspektoren machte. Die Möglichkeiten, die diese Instruktion von 1842 gab, hat die polnische Geistlichkeit auf das äußerste ausgenutzt, und sie hat nicht weniger als 30 Jahre dazu Zeit gehabt, mit ihrer Hilfe durch die Volksschule deutsche Kinder in Massen zu polonisieren.

Bei dieser Schwäche der Staatsregierung war es kein Wunder, daß die alte Gärung immer weiterging. Die kleine gemäßigte Partei unter den reichen und älteren Grundherren war einflußlos gegenüber der anderen Richtung, die mit Paris unmittelbar Verkehr hielt. Seit 1841—42 wurden die Vorbereitungen zu einem neuen Aufstande in den Zeitungen ganz offen besprochen. In Versailles gab es eine polnische Kriegsschule, wo junge Polen sich zum Kampfe vorbereiteten, und daheim zog sich ein dichtes Netz von polnischen Organisationen in der ersten Hälfte der 40er Jahre zu dem gleichen Zwecke über die Provinz. Die verschiedenen Gruppen der Emigration hatten ihre Vertrauensmänner hier, Dunin gebärdete sich wie der Herr des Landes, ließ sich als Primas huldigen und ernannte den eigentlichen Anstifter des Kirchenstreites zu seinem Weihbischof. Bei dieser Gärung und Aufregung verlor Marcinkowski nach und nach sein Ansehen, trotz der Erfolge, die er errungen hatte, war er doch ein entschiedener Gegner jeg-

lichen Aufstandes. Er ist so im November 1840 ganz isoliert gestorben, auch von den Deutschen betrauert, einer der bedeutendsten Männer, die das polnische Volk im 19. Jahrhundert überhaupt gehabt hat.

Aus Rußland kamen schon des längeren Warnungen, daß die Dinge zum Ausbruch trieben. Aber man nahm diese Warnungen nicht ernst; der König glaubte, als er im Sommer 1842 die Provinz durchreiste, wirklich die begeisterten Huldigungen der Polen ernst nehmen zu können und erwies diesen Polen, die sich anscheinend so versöhnlich zeigten, alle Ehre. Arglos trieb er dem Ausbruch entgegen, der ihm den Verrat der Polen zeigen sollte, er gewann die Polen nicht und trug nur Unsicherheit unter die Deutschen.

Der neue Oberpräsident, der 1842 den nach Berlin berufenen Arnim abgelöst hatte, v. Beurmann, war, wenn auch in der Form schonend, doch fester als Arnim, und er machte dieselben Erfahrungen wie dieser. Aber von irgendwelcher Energie war schon deshalb keine Rede, weil der König von seinen Ideen nicht abging. So trieb alles in den neuen Aufstand herein. In den Kasinos und Jagdklubs traf sich der Adel und näherte sich in landwirtschaftlichen Vereinen den Bauern. Und bald zeigte der Aufstand, daß die ganze Politik Friedrich Wilhelm IV. genau das Gegenteil von dem, was sie wollte, erreicht hatte.

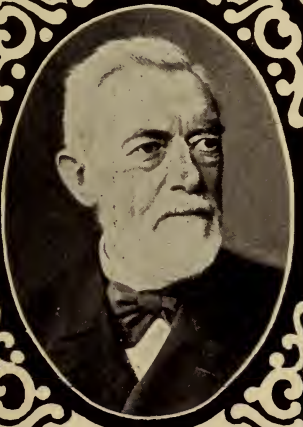
Die Schilderung der Aufstandsjahre von 1840—1848 ist hier leider wegen des beschränkten Raumes nicht möglich. Diese polnischen Bewegungen haben ja zwar den preußischen Staat nicht ernstlich erschüttern können. Aber sie zeigten ihm mit genügender Deutlichkeit, wie absolut unzuverlässig Adel und Geistlichkeit unter seinen polnischen Untertanen waren, während die polnischen Bauern, in dankbarer Erinnerung an die Wohltaten der Bauernbefreiung, sich fast durchgängig als loyale Untertanen erwiesen. Auch von der Schwäche des Königs den Anführern, insonderheit Mieroslawski gegenüber, und von der Unsicherheit und Zerfahrenheit im März und April 1848, bes. den sehr unerfreulichen Reibungen zwischen den hohen Militärs in der Bekämpfung des Aufstandes wollen wir hier nicht sprechen. Möge solche Schwäche gegenüber einer Lebensfrage des Staates niemals wiederkehren! Dagegen müssen wir den Gang der sog. Reorganisation im Jahre 1848 etwas genauer betrachten, weil sie ein wichtiger Versuch war, den Nationalitätenkampf durch eine sehr einschneidende staatliche Maßregel endgültig zu beseitigen.

Am 23. März 1848 wurde eine Deputation der Polen vom König in Berlin empfangen. Es waren etwa 30, die da vor dem König erschienen. Über den Verlauf der Audienz ist ein Bericht vorhanden, der sofortige Aufzeichnung verschiedener Personen, die daran teilnahmen, enthält und daher einigermaßen als authentisch gelten kann. Die Deputation bat um eine „nationale Reorganisation des Großherzogtums". Die Petition sprach offen von der Wiedergeburt Polens, da doch auch Deutschlands Regierungen und Völker sich zu einem nationalen Staat vereinigten. Notwendig sei dazu eine provisorische Kommission mit einem königlichen Kommissar. Die Aufgabe dieser Kommission sollte sein die Umgestaltung der militärischen Besatzung in ein einheimisches Truppenkorps, Besetzung der Ämter mit Eingeborenen, Bildung einer Nationalgarde, Aufhebung der

Generalleutnant
Karl Grolmann

Oberpräsident
Eduard Flottwell

Reichskanzler Fürst
Bernhard von Bülow



Staatsminister
Johannes von Miquel

Oberpräsident
Wilhelm von Waldow

Die verantwortlichen staatlichen Vertreter einer kraftvollen Ostmarkenpolitik.

Distriktskommissare und Einführung selbstgewählter Polizeibeamter. Das waren die nächsten Wünsche. Diese Reorganisation war mithin eine Lösung der polnischen Frage, die auf die vollendete Autonomie, wie sie der russische Anteil gehabt hatte, hinauskam. Die Kabinettsordre vom 24. März an die Deputation beschied diese denn auch dahin, daß der König „gern eine nationale Reorganisation des Großherzogtums in möglichst kürzester Frist anbahnen wollte". Der König war danach für diesen Gedanken, unter dem er wohl etwas anderes verstand als die Polen, bereits gewonnen. Eine Kommission, die aus Vertretern beider Nationalitäten mit dem Oberpräsidenten an der Spitze bestehen sollte, sollte die Frage beraten und dann ihre Anträge stellen. Sie sollte aber nur in Wirksamkeit treten, wenn die Anerkennung der staatlichen Autorität in Posen gesichert sei. Auf dieses Zugeständnis ging die Deputation ihrerseits noch weiter und verlangte die gänzliche nationale Reorganisation (das heißt Polonisierung) von Militär, Verwaltung und Justiz, die Einführung von polnischen Truppen, die Beiordnung von Kommissaren neben den Landräten, die Suspendierung der Distriktskommissare. Sie nannte auch gleich den Mann, der am geeignetsten sein sollte, die Reorganisation durchzuführen, den Generalmajor v. Willisen. Der König genehmigte auch diese Kommission zur nationalen Reorganisation des Großherzogtums, die bald die polnische Frage des preußischen Anteils radikal lösen sollte. Sie begann am 29. März ihre Tätigkeit unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten und zählte acht Polen; zwei Deutsche waren dabei nur als Beiräte oder Gäste zugezogen.

Schon diese Verteilung zeigte, daß sich das Verhältnis zwischen den beiden Nationalitäten verschärft hatte.

Während nämlich die jetzt zur vollen Teilnahme an den Kommunalgeschäften zugelassenen Juden an der Seite der Deutschen in die Bewegung von 1848 hereingingen, setzt zwischen den deutschen und polnischen Bürgern an ihr die scharfe Spannung der Nationalitäten ein, die in den folgenden Jahrzehnten bis zur vollständigen und dauernden Feindschaft geführt hat. Am Ende einer Periode also, die durch Versöhnung und weitgehendstes Entgegenkommen die polnische Frage lösen wollte, ist das Ergebnis die Verschärfung der Beziehungen zwischen den beiden Nationalitäten.

Sahen doch die Deutschen auch bald, daß die Reorganisation, wie die Polen sich ihre Durchführung dachten, das Land einfach polnisch machte und es dann vom preußischen Staat losreißen wollte. Daher wuchs die Reaktion unter den Deutschen gegen das Zusammengehen mit den Polen und gegen die Reorganisation überhaupt rasch auf das höchste. Sehr bald gingen Erklärungen nach Berlin, daß man unter allen Umständen preußische Untertanen bleiben wolle. Petitionen wiesen darauf hin, wie schwer praktisch die Frage zu lösen war; die einen verlangten die Lostrennung der reindeutschen Grenzbezirke und ihre Einverleibung in den deutschen Bund, die anderen Belassung der Provinz im preußischen Staatsverbad, ein Teil verlangte Anschluß an Westpreußen, ein Teil an Schlesien, kurz, dieses Programm der Reorganisation als eines Versuchs, Frieden zu schaffen, zeigte schnellstens die ungeheuersten Schwierigkeiten in der Durchführung, als nun

Willisen diese beginnen wollte. Sie sei deshalb im folgenden noch etwas eingehender verfolgt.

Das Patent vom 18. März, das sich für die Einheit Deutschlands aussprach, hatte die Bereitschaft des Königs erklärt, sein ganzes Reich, also auch die Provinzen Preußen und Posen, mit dem Bunde zu vereinigen. Es wollte aber die Polen nicht hindern, fernzubleiben, die nicht dazu gehören wollten. In der Kabinettsordre vom 24. März an die Posener Deputation war dann, wie erwähnt, die nationale Reorganisation des Großherzogtums Posen in möglichst kurzer Frist versprochen worden. Der Gedanke war dabei der, wie in einer amtlichen Denkschrift des Ministers des Innern niedergelegt ist, die Berechtigung des Nationalitätengrundsatzes anzuerkennen und dem Anspruch der fremden, also polnischen Nationalität gerecht zu werden. Dabei sollten zwei Ausgangspunkte maßgebend sein, die Ehre und Würde des deutschen Namens und die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens. Damit war wenigstens die Unmöglichkeit ausgesprochen, auf irgendwelche Pläne einzugehen, die auf die Wiederherstellung Polens in den Grenzen von 1772 hinzielten. Es war unmöglich, Ostpreußen loszutrennen, ebensowenig war möglich die Freigabe des ganzen Großherzogtums Posen, da die Deutschen ebenso wie die Polen das „unveräußerliche Recht der Nationalität in Anspruch nehmen konnten". Sollte dem polnischen Volkstum zu seinem guten Recht verholfen werden, ohne Verletzung des Deutschtums, ohne Gefährdung des Weltfriedens, so bot sich eben nur der eine Weg „nationaler Reorganisation". Die Regierung scheint darauf gekommen zu sein, indem sie der Bitte jener Deputation nachgab, von der anscheinend das Schlagwort der Regierung nahegelegt worden ist.

Voraussetzung war freilich die Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung und der Autorität der Behörden. Es folgten nun die Erhebungen der Polen und die Agitation der Deutschen im Netzedistrikt, in Westpreußen, in den deutschen Teilen des Posener Bezirks. Das deutsche Komitee vor allem wies in seinen Deputationen und Petitionen immer wieder auf die Verfälschung der Tatsachen hin, die darin beruhte, daß die Polen Posen als ein so gut wie ganz von Polen bewohntes Land hinstellten. Aus diesem Hinweis ergab sich ohne weiteres die Forderung, daß der deutsche Teil von der national-polnischen Reorganisation ausgenommen werde und dem deutschen Bunde einverleibt werde. Darin lag wiederum eine Schwierigkeit für die Regierung. Sie hatte die Reorganisation für das ganze Großherzogtum Posen versprochen, die königliche Zusage war einigermaßen unbedacht erfolgt, die „der polnischen Nationalität zum vollen Rechte in diesem Landesteile verhelfen" wollte. Führte diese Reorganisation im nationalen Sinne zu einer Scheidung der Nationalitäten innerhalb der Grenzen der Provinz, stellte sich heraus, daß eine unbedingte Anerkennung voller Gleichberechtigung sowohl des Polentums als des Deutschtums mit der Fortdauer des 1815 gestifteten Provinzialverbandes nicht verträglich sei, dann mußte der letztere gelöst werden, dann war das sogar eine Maßnahme nationaler Reorganisation. Dieser Standpunkt ließ sich nun für das Deutschtum ohne weiteres nur an-

wenden im Netzedistrikt; für die anderen Gebietsteile war eine bestimmte Scheidelinie nicht ersichtlich, sondern mußte durch Kundgebungen des Volkswillens sich herausstellen.

In der Instruktion an Willisen vom 3. April stand weiter der Satz, daß soweit tunlich jeder Einwohner in seiner Sprache regiert werde und Recht empfangen solle. Auf Grund dieser Instruktion kam danach Willisen zu seinen so weitgehenden Bewilligungen: Ein Pole an der Spitze der Verwaltung und Justiz, Wahl der Landräte, andere Einrichtung der Polizeiverwaltung, Erlaubnis der polnischen Farben, das Polnische als Geschäftssprache gleichberechtigt neben dem Deutschen, nationale Reorganisation des Unterrichts- und Justizwesens, freie und selbständige Entwicklung der geistigen Angelegenheiten, ein nationales Armeekorps für das Großherzogtum, das Landwehr- und polnische freie Korps mit vorläufiger Vereidigung auf den Großherzog von Posen. Die Durchführung wollte er dann bewirken durch Kreiskommissare, die er neben die Landräte stellte und die deren sehr begreifliche Erbitterung erregten. Unzweifelhaft hatte er damit bereits den preußischen Staatsgedanken aus dem Auge verloren, die Kreiskommissare hoben die Lokalverwaltung aus den Angeln, Verwaltung, Justiz und Unterricht wurden durch diese Konzessionen grundpolnisch, und wie er sich militärisch die doch unbedingt notwendige Einheit dachte bei der Gleichberechtigung der beiden Sprachen, bei einer Landwehr, die die Offiziere selbst wählte und teils aus überwiegend polnischen, teils aus überwiegend deutschen Truppenabteilungen bestehend, danach polnisch oder deutsch kommandiert werden sollte, blieb unklar. Die Hauptsache war aber, daß in dieser Instruktion ausdrücklich gesagt war, daß „der vielfach gebrochene Landfriede wiederhergestellt und die gesetzlichen Autoritäten anerkannt werden müssen", sowie daß (§ 5) „die neuen Maßregeln ohne jede Beeinträchtigung und mit voller Berücksichtigung der deutschen Nationalität" getroffen werden müßten. Gegen beide Sätze hat aber Willisen offen gehandelt.

Inzwischen begann man in weiteren Kreisen zu sehen, daß mit dieser Reorganisation etwas sehr Gefährliches begonnen worden war. Der vereinigte Landtag wurde am 2. April eröffnet und hatte bereits am 5. April eine Polendebatte. Dabei hat auf die Gefahren der Reorganisation klipp und klar hingewiesen der Abgeordnete Otto v. Bismarck-Schönhausen, der kaum in das Haus eingetreten war, dessen Worte aber für so bedeutungsvoll gehalten wurden, daß die Denkschrift des Ministers des Innern sie aufnahm. Bismarck muß früh die polnische Frage in ihrer Bedeutung erkannt haben und es ist bedauerlich, daß er bei dieser Verhandlung nicht ausreden konnte. Wir hätten dann sicherlich ein wertvolles Zeugnis für seine damalige Beurteilung der Frage.

Die Frage der Reorganisation kam noch schneller ins Rollen durch die Aufforderung des vereinigten Landtages vom 4. April, Abgeordnete zu wählen für die Nationalversammlung in Frankfurt a. M. Wie erwähnt, war es den Provinzen Posen und Preußen im Patent vom 18. März freigestellt, die Aufnahme in den Deutschen Bund zu beantragen oder nicht. Darauf hatte der Posener Provinziallandtag am

6. April die Einverleibung in den Deutschen Bund abgelehnt. Die Polen hatten dabei den Standpunkt der Mehrheit und der Vertretung der überwiegend größeren Zahl der Bewohner geltend gemacht. Sie hatten sich auf die Wiener Traktate berufen mit dem Hinweis, daß sie die Sympathien des deutschen Volkes verlieren würden, wenn ihr Volk so entartet wäre, daß es seine Vaterlandsliebe ewig aufgäbe, um in einer fremden Nationalität zu verschwinden. Das entsprach auch dem Standpunkt, den bisher der polnische Teil auf den Provinziallandtagen immer eingenommen hatte. Die deutsche Minderheit wies demgegenüber darauf hin, daß die Deutschen zu den Polen sich verhielten wie 5:7 und daß die dem Großherzogtum garantierte nationale Institution für Deutsche nur deutsch sein könnte. Sie sprach sich also für die Einverleibung des Großherzogtums oder mindestens der deutschen Kreise in den Deutschen Bund aus. Damit war die Frage bereits an dem toten Punkte angekommen. Die Denkschrift des Ministers schildert die Schwierigkeit für die Regierung, die, wie sich dann zeigte, schlechterdings nicht zu überwinden war, „da die Notwendigkeit einer Scheidung der deutschen und polnischen Landschaften der Provinz bei den Polen sowohl wie bei den deutschen Bewohnern schon deshalb ungern anerkannt würde, weil sie bei der Vermischung beider Stämme vollständig nicht durchzuführen ist". Trotzdem mußte die Regierung, wenn sie ihr Versprechen überhaupt halten wollte, sich dazu verstehen, diese Scheidung zu versuchen. Es erging daher die Ordre vom 14. April, die Reorganisation nicht auszudehnen auf die Gebiete, wo die deutsche Nationalität vorherrsche; diese sollten vielmehr an den Deutschen Bund sich anschließen. Damit war geradezu die Teilung der Provinz beschlossen und das Ministerium war wirklich der Ansicht, daß dadurch die Frage zu lösen sei: „durch eine solche Trennung der deutschen Landesteile der Provinz werden zugleich die wesentlichsten Hindernisse, welche der nationalen Reorganisation des polnischen Teiles des Großherzogtums entgegentreten könnten, beseitigt werden, so daß diese Reorganisation um so vollständiger zur Ausführung kommen kann." Die Aufregung in den deutschen Kreisen über diesen Ausweg war aber nicht gering, denn sobald man ihn etwas näher ins Auge faßte, zeigte sich, daß er nur auf Kosten der deutschen Nationalität begangen werden konnte. Es war wohl leicht, die Forderung einer Teilung der Provinz nach Nationalitäten auszusprechen, aber sehr viel schwieriger, diese Teilung durchzuführen. Die langen Bemühungen, eine Grenzlinie zwischen den Nationalitäten, die sowohl den nationalen wie den militärischen Wünschen entspräche, sind denn auch ohne jeden Erfolg geblieben. Und die Polen hätte diese Lösung auch nicht befriedigt, denn sie verlangten die ganze Provinz für sich.

Aus der verschlungenen und wirrenreichen Entwicklung, in der polnische und deutsche Frage so merkwürdig zusammengehen, war rasch mit aller wünschenswerten Klarheit deutlich geworden, daß der Gedanke der Reorganisation undurchführbar war. Die Reorganisation, wie Willisen sie anfaßte, bedeutete letzten Endes das Aufgeben der Provinz. Wenn man den Gedanken durchdachte, so versuchte Preußen die polnische Frage so zu lösen: das von polnisch sprechenden Untertanen bewohnte Gebiet wird aus dem organischen Zusammenhang des Staatsganzen heraus-

gelöst, bleibt aber in Personalunion mit ihm dauernd verbunden, ebenso in Zollgemeinschaft und militärischer Verbindung, für welch letztere die Schwierigkeit der Kommandosprache gleich klar war. Der Plan hatte an sich etwas Bestechendes. Schließlich ist er auch nichts anderes, als die Art, in der Österreich seine Polenfrage gelöst hat und in der Rußland menschlichem Ermessen nach die seinige zu lösen versuchen wird, wenn es durch völlige Russifizierung des westlichen Gebietes die Polen dort entwurzelt hat und dem Zartum größere Freiheit gewähren kann. Was damals Reorganisation genannt wurde, ist schließlich nichts anderes, als die in dem nationalen Kampfe von heute so oft genannte Autonomie. Der praktische Versuch unter Friedrich Wilhelm IV. ergab aber die dauernd wertvolle Einsicht, daß diese Art der Lösung der polnischen Frage für Preußen unmöglich ist. Für Westpreußen ist sie von vornherein aus begreiflichen Gründen garnicht versucht worden, für Posen wurde die Unmöglichkeit eines solchen Versuches, ganz abgesehen von der Unsicherheit der polnischen Untertanen, die eigentlich gerade damals zu einem solchen Versuche nicht verlocken konnte, als unmöglich erwiesen. Die Bemühungen, eine Demarkationslinie zwischen dem deutschen und polnischen Teile der Provinz zu ziehen, mußten scheitern, weil die beiden Nationalitäten so durcheinandersitzen, daß eine räumliche Trennung nicht möglich ist oder nur auf Kosten und zu ungunsten der einen oder andern Nationalität geschehen kann. Ihren nationalgemischten Charakter hat die Provinz erhalten in der Zeit, als sie noch ein Teil des selbständigen Königreiches Polen war. Hat doch die Welle der großen Kolonisation des Mittelalters auch in das alte Großpolen eine Masse von deutschen Bürgern und Bauern geführt, die durch Zuwanderung in den späteren Jahrhunderten sich immer neu ergänzen und ihren nationalen Charakter zum Teil erhalten konnten. Die Polen verlangten damals, daß die Reorganisation auf die ganze Provinz ausgedehnt wurde, und versuchten, diesen nationalgemischten Charakter des Gebietes, in dem Deutsche und Polen zusammen und durcheinander saßen in dem Verhältnis von 5:7, einfach zu ignorieren. Sie konnten bei ruhiger Überlegung sich selbst sagen, daß ihre Vorfahren selbst in der Zeit, als sie die deutschen Bürger und Bauern ins Land zogen, für immer eine solche Lösung der polnischen Frage unmöglich gemacht hatten. Es war vergebliche Liebesmühe, in den verschiedenen Demarkationslinien die nationalen Interessen und die militärischen Bedürfnisse in vollen Einklang zu bringen, und wenn dieser Versuch durch den König, Auerswald, Willisen und Pfuel wirklich gemacht wurde, so ist das nur damit zu erklären, daß diese Staatsmänner sich die Bedeutung des deutschen Elementes in der Provinz nicht so klar gemacht hatten, wie Grolman und später Bismarck.

Das Ergebnis war also im Jahre 1850, daß auch der zweite Versöhnungsanlauf gescheitert war. Wenn die Verheißungen von 1815 überhaupt einen Sinn, wie die Polen verlangten, hatten, so ist das Recht auf sie damals verspielt worden. Aber es bleibt für die weitere Gestaltung der Frage von Bedeutung, daß in der Revolution von 1848 eine Entscheidung großen Stils nicht fiel; die Polen waren nicht völlig niedergeworfen und behielten ihre Hoffnungen, weil es ihnen vom preußischen Staate nicht deutlich genug vor die Augen geführt worden war, daß

sie unter keinen Umständen auf Verwirklichung ihrer Bestrebungen rechnen konnten. Daher blieb aus diesem Kampfe ein Moment starker Unruhe und der Unsicherheit erhalten. Und mit einem positiven Vorteil gingen die Polen doch aus diesen Jahren hervor. Die Verfassung gewährte ihnen dieselben Rechte wie den anderen preußischen Untertanen, und sie haben diese sofort und von Anfang an energisch ausgenützt. Schon in der zweiten Hälfte 1848 und das ganze Jahr 1849 hindurch hören die Beschwerden der polnischen Abgeordneten über das Verhalten namentlich der militärischen Behörden in der Provinz nicht auf. Von nun an wird die polnische Fraktion das Sprachrohr und die eigentliche offizielle Vertretung des polnischen Volkes.

Aber auch für die deutsche Seite ist das Jahr von Bedeutung geworden, denn auch in Kreisen, die noch lau beiseite standen, war die Überzeugung durchgedrungen, daß die Deutschen Posens unbedingt zu Deutschland gehörten. Daran änderte auch der formale Wiederausschluß aus dem Deutschen Bunde, den Bismarck mit Recht wieder durchführte, nichts. Die gewaltsame Überrumplung der Deutschen durch die Polen war fehlgeschlagen. Man hatte auf der deutschen Seite die polnischen Ansprüche als ungerecht und gefährlich erkannt. Das dauernde Ergebnis war, daß Deutsche und Juden sich eins fühlten in der Erkenntnis der nationalen Sache und daß der Riß zwischen Deutschen und Polen in der Stadt und auf dem Lande, der in dieser Zeit entstanden war, nach und nach unüberbrückbar wurde. Die tiefe Kluft, die heute Deutsche und Polen scheidet, ist nicht eine Folge erst der Bismarckschen Politik, sondern bereits des Jahres 1848.

Man faßte auch die ganze Frage schärfer und klarer ins Auge. Damals ist Grolmans bedeutende Denkschrift veröffentlicht worden. In der Arbeit des Major v. Voigts-Rhetz findet sich ferner der klare Grundsatz: „die militärische Grenze zu behaupten und die Interessen der Deutschen vollkommen sicherzustellen" als Inhalt der preußischen Polenpolitik. Sein Schlußsatz klingt bereits ganz bismarckisch: „Soll das Problem mit Glück gelöst werden, so ist es nötig, in der unumwundensten Bestimmtheit dem Fundamentalsatz Geltung zu verschaffen, daß den Polen eine politische Sonderstellung der übrigen Monarchie gegenüber nicht gewährt werden kann, sondern daß sie Preußen sind und bleiben müssen unbeschadet ihrer polnischen Nationalität. Diese wird jedoch erst dann zur völlig ungestörten Entwicklung gebracht werden können, wenn die Polen ihren Ansprüchen auf politische Sonderstellung und ihren Unabhängigkeitsbestrebungen mit Aufrichtigkeit entsagen. Erst dann werden die Staaten, welche sich im Besitz polnischer Länder befinden, vor der Wiederkehr erneuerter Revolutionen gesichert, der Nationalität ihrer polnischen Angehörigen ihre ungestörte Sorgfalt widmen dürfen, ohne aufs neue die Ruhe der übrigen Provinzen den drohendsten Gefahren preiszugeben und endlich in die unangenehmsten Verwicklungen mit ihren Nachbarn zu geraten." Überhaupt haben diese Jahre das Verständnis für die polnische Frage in weiten Kreisen wachgerufen. Zum ersten Male findet eine größere und schon leidenschaftliche Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit darüber statt, eine Flut von Broschüren ergießt sich, die wegen der Art der Auffassung und der Ausdrucksweise wichtig und interessant sind. Auch in Frankfurt war bei der Debatte um die polnische

Frage gestritten worden, da hatte gegen den liberalen Antrag der Abgeordnete Göden aus Krotoschin gesagt: „Üben Sie erst Gerechtigkeit gegen Ihre deutschen mißhandelten Brüder, ehe Sie dieselbe einem fremden Volke zuteil werden lassen. Wir sind deutsch, weil wir den Willen haben, Deutsche zu sein und eine Unterordnung unter die Polen nicht länger ertragen . . .! Es steht Ihnen das Recht zu, uns die Pforten dieses Tempels zu verschließen, unsere deutsche Gesinnung, unser deutsches Herz können Sie uns nicht rauben. . . . Es ist der letzte aller Gründe, es ist die scharfe Spitze des Schwertes meines Volkes, mit der wir unser Recht der Nation gegenüber erhalten werden, die den Beweis ihrer Selbständigkeit der Welt noch schuldig geblieben ist."

Am entschiedensten aber und am wirkungsvollsten hat wohl in Frankfurt Wilhelm Jordan den deutschen Standpunkt vertreten. Seine Rede wirkte um so mehr, da er selbst Demokrat war, und ist eine der reifsten und tiefsten Kundgebungen zur polnischen Frage von damals. Er wendet sich gegen den Polenrausch seiner Freunde: „Der Umstand, daß man die Polen desto lieber hat, je weiter man von ihnen entfernt ist und je weniger man sie kennt und desto weniger, je näher man ihnen rückt, muß jedenfalls die Vermutung erregen, daß diese Zuneigung nicht sowohl auf einem wirklichen Vorzug des polnischen Charakters, als vielmehr auf einem gewissen weltbürgerlichen Idealismus, nicht sowohl auf einer klaren Erkenntnis unserer Verhältnisse zu unseren östlichen Nachbarn, als vielmehr auf einem hergebrachten Glaubensartikel beruhe, den man eben hinnimmt, ohne ihn weiter zu untersuchen." Man solle den Polen lieber nacheifern in ihrer höchsten Tugend der Vaterlandsliebe. Aber als Demokrat wendet er sich gegen jene Herrschaft des Adels und der Leibeigenschaft, die für das selbständige Polen charakteristisch war. Mit scharfen Worten malt er die Gefahr des selbständigen Polenreiches aus. Die Hoffnungen der Polen reichen nach wie vor „bis an die grüne Brücke von Königsberg". „Wer diese deutschen Bewohner von Posen den Polen hingeben und unter polnische Regierung stellen will, den halte ich mindestens für einen unbewußten Volksverräter." „Es ist etwas anderes, menschlich ergriffen zu sein von einem Trauerspiel, und etwas anderes, dasselbe rückgängig zu machen auf Kosten derjenigen preußischen und deutschen Interessen, deren Pflege uns anvertraut ist und die allein die Richtschnur unseres politischen Handelns bilden dürfen." Das sind die Auffassungen, wenn auch in anderer Ausdrucksweise, die in der Rede Bismarcks von 1867 wiederkehren. Damit war nun diese Phase der preußischen Polenpolitik abgeschlossen; ohne System und ohne Willen hat sie durch Großmut und Schwäche versöhnen wollen, sie war damit völlig gescheitert und hatte auch der Provinz eine materielle Förderung nicht gebracht. Ebenso stand die preußische Staatskunst, die eben in ihren viel zu weit gehenden Konzessionen den preußischen Staatsgedanken selbst direkt tangiert hatte, der Einzel-Behandlung des Problems im Grunde ratlos gegenüber. Und es ist für die weitere Gestaltung der Verhältnisse verhängnisvoll geworden, daß man in den folgenden beiden Jahrzehnten die Ratlosigkeit darin damit verbarg, daß man den Nationalitätengegensatz im Osten seitens der Verwaltung ignorierte und der polnischen Agitation freien Spielraum ließ.

Der Aufstand von 1863 ist, wie bekannt, nicht nach Preußen herübergeschlagen, die Energie Bismarcks hat rasch alle möglichen Gefahren beseitigt, man hatte auch gesehen, daß man sich auf das Heer verlassen konnte und ein Bauernaufstand nicht zu befürchten war. So hat die Regierung daraus keinen Anlaß genommen, ihre seit 1848 befolgte Politik im Osten zu revidieren. Eine Politik war das überhaupt nicht. Die verschiedenen Oberpräsidenten — im Einklang mit der Staatsregierung — glaubten, den nationalen Gegensatz ignorieren und sich lediglich auf die Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Provinz beschränken zu können, und man machte dabei wie stets nach einiger Zeit die Erfahrung, daß das eine Utopie ist. Der Standpunkt der Regierung kommt nur der freieren Bewegung des polnischen Klerus zugute, der so die Instruktion vom 24. Mai 1842 in den 50er und 60er Jahren weiter ausgenutzt hat. Massenhaft sind mit ihrer Hilfe durch den Klerus Deutsche poloniſiert worden; das stärkste und bekannteste Beispiel sind ja die Bamberger auf den sogenannten Kämmereidörfern der Stadt Posen, katholische Ansiedler, die seit Beginn des 18. Jahrhunderts aus dem Bistum Bamberg gekommen waren, die deutsch konnten das 18. und die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts hindurch und die dann in 20 Jahren seit 1851 vollständig poloniſiert worden sind.

* * *

Als mit der Schließung des Kreditvereins und der Begründung der heutigen „Landschaft“ die Polen völlig aus der Verwaltung ausgeschieden waren, begannen sich die großen Besitzer von sich aus zu organisieren, und 1861 entstand der Zentralverein (towarzystwo centralne), die nach dem Marcinkowskiverein erste bedeutungsvollere polnische Organisation und die heute noch eigentliche Vertretung des polnischen Großgrundbesitzes. Ihn schuf Maximilian Jackowski. Die Beziehungen dieses neuen Vereins zu den politischen Verschwörungen waren nicht zu leugnen, wie sie in dem „Komitee für das Großherzogtum Posen“ unter dem Grafen Dzialynski ihren Mittelpunkt hatten. In beiden Vereinigungen waren die Mitglieder identisch und daher hat der Zentralverein es bis 1863 auch zu einer wirtschaftlichen Bedeutung nicht gebracht. Ebenso ist auch sonst die Organisation des polnischen Volkes nicht vorangegangen. Zwar ist Schultze-Delitzsch, der eine Vater des Genossenschaftswesens, in Posen selbst eine Zeit gewesen. Er war Kreisrichter in Wreschen und hat für seine Gedanken Verbreitung schaffen wollen. Es sind auch nach seinem Vorbilde in den 60er Jahren Genossenschaften entstanden, aber nur in schwachen Ansätzen. Denn wie der Polenprozeß 1864 bewies, blickte die Schlachta immer noch vor allem nach Warschau und Paris und ließ sich nach den dortigen Direktiven leiten. Daher war es kein Wunder, daß sich ihre Arbeit nicht besonders auf die wirtschaftlichen Fortschritte daheim richtete.

Daher blieb nur die Tätigkeit der Parlamentsfraktion, die, vom vereinigten Landtag des Jahres 1847 an, eine lebhafte Tätigkeit entwickelte. Durch Inter-

pellationen, Beschwerden, Bemühungen, um die Sonderstellung Polens zu begründen und durchzusetzen, war sie den Ministern und der Provinzialverwaltung manchmal recht unangenehm. Eine besondere Bedeutung aber hatte diese ganze Arbeit der Fraktion bis 1863 schon deshalb nicht, weil sie als Vertretung der preußischen Polen gar nicht mit dem Einfluß zu vereinigen war, den die Herrschaft der Emigration von aus Paris über alle Polen ausübte.

Die innere Entwicklung auf der deutschen und polnischen Seite in diesen Jahren bis zum Aufstande war ungefähr damit charakterisiert, daß das deutsche Element im ganzen voranschreitet, während auf der polnischen Seite über wirtschaftliche Depression geklagt wird. Der Einfluß des deutschen Elementes wurde durch den Bau der Eisenbahnen zunächst gesteigert, der die Provinz in engere Verbindung mit der übrigen Monarchie brachte, aber sehr bald eine für das Deutschtum schädliche Wirkung ausüben konnte, weil er den Verkehr mit dem Westen erleichterte und auf diese Weise die Abwanderung des Deutschtums beförderte, während die Polen daheim blieben. Aber im ganzen behauptete sich die Stellung der Deutschen bis Ende der 60er Jahre noch in Handel, Handwerk und Landwirtschaft durchaus.

Auf der polnischen Seite aber hatte man das Gefühl, daß es rückwärts ginge. Es sind im ganzen wohl Ansätze zur polnischen Demokratie hin zu erkennen, aber die materielle Fundierung reichte noch nicht aus, weder auf dem Land noch in der Stadt; der Ruf „Enrichissez-vous" mußte noch in ganz anderem Sinne Programm werden. Und es ist sicherlich übertrieben, wenn die polnische Geschichtschreibung bereits für diese Zeit von einer Materialisierung des polnischen Lebens sprechen will.

Auch nach 1859 kommt man noch nicht recht voran. Aber die neue Ära machte sich auch für die Polen spürbar. Vom 1. Januar 1859 an konnte, auf die Initiative Cegielskis ins Leben gerufen, der „Dziennik Poznanski" erscheinen, der bis heute das bedeutendste Blatt der preußischen Polenpresse geblieben ist. Bis dahin hatte die polnische Presse ganz darniedergelegen und so auch die polnische Sprache kein rechtes Tätigkeitsfeld gehabt. Bis dahin hatte man auch ganz ruhig im Verkehr mit den Behörden das Deutsche gebraucht. Jetzt wurde der bloße Protest dagegen zu einer lebhaften Aktion für den Gebrauch der polnischen Sprache. Eine Richtung bildete sich sofort, die die größere Bewegungsfreiheit ausnutzte zur Forderung, daß der preußische Staat seine angeblichen Versprechungen von 1815 erfüllen sollte, und die von Anfang an die Situation beherrschte. Nur allmählich trat dagegen eine Gruppe auf, die auf den neuen Herrscher hoffend, riet, nachgiebig zu bleiben und nicht zu reizen. Aber die erstere war stärker, in Massenpetitionen wurde die Gleichberechtigung der polnischen Sprache neben der deutschen betont, einzelne schrieben im Verkehr mit den Behörden nicht mehr deutsch, die darauf erfolgenden Strafen gaben dem Vorgehen noch größere Sensation. Und die Haltung der Provinzialbehörde war demgegenüber nicht sicher genug.

Sobald die neue Ära eine größere Freiheit für die Bewegung im polnischen Volke ließ, war man bald im vollen Kampf der Nationalitäten drin, zwischen

denen tatsächlich schon keine gesellschaftlichen Beziehungen mehr existierten. Der Kampf wird geführt in Berlin von der Fraktion, die am Heereskonflikt ihren Anteil nahm, daheim vom katholischen Klerus und spielt sich dort auf dem Gebiet der Sprache ab. Wenn der Erzbischof Przyluski in dem rasch lebhafter werdenden Kampfe etwas abseits stand, so fand dieser den Führer und Anreger in seiner unmittelbaren Nähe, im Herausgeber des „Tygodnik Katolicki", der als offizielles Organ des Erzbischofs begründet war, in dem Propste Prusinowski. Dessen 1801 in Grätz erschienene Broschüre „Język polski w wielkiem Xięstwie w obec prawa pruskiego" (Die polnische Sprache im Großherzogtum gegenüber dem preußischen Rechte) kann geradezu unmittelbar als der Beginn des Sprachen- und und Kulturkampfes, der von den Polen begonnen worden ist, bezeichnet werden. Die genauere Betrachtung dieses Jahrzehnts ergibt die historische Unhaltbarkeit der Anschauung, daß der polnische Bauer bis 1873 ein loyaler Untertan des preußischen Staates gewesen sei, bis ihn die gewaltsame Einführung der deutschen Unterrichtssprache aus seinem loyalen Dämmerungszustand erweckt und in die Opposition getrieben habe. (Diese Anschauung ist vor allem in Bernhards Buch ausgesprochen worden.) Dem Angriff des Staates ist ein Jahrzehnt lang eine Bearbeitung der Bauern durch den polnischen Priester vorausgegangen, die es allein verstehen läßt, wenn Bismarck in dem bekannten Briefe an den Minister des Innern Grafen Fritz Eulenburg vom 7. Februar 1872 von dem „seit einem Jahrzehnt unterwühlten Boden der östlichen Provinzen" spricht. Wäre jene Auffassung richtig, würde diese Äußerung Bismarcks unverständlich sein. Tatsächlich aber trifft sie den Nagel auf den Kopf, insofern genau ein Jahrzehnt vorher diese Prusinowskische Broschüre erschien, mit der der alte Gegensatz der Nationalitäten, der bisher nur im Aufstand ausgebrochen war, auf friedlichem Gebiete zu einem ebenso erbitterten Kampfe zunächst um die Sprache in Flammen ausbricht.

Prusinowskis Broschüre gibt in drei Teilen einen Aufruf, eine Auslegung der polnischen Rechte und deren Verzeichnis. Der Aufruf wendet sich an die Landsleute zum Schutze ihrer Muttersprache. Die eigentlichen Feinde sind die Polen, die ihre Sprache nicht gebrauchen. Die göttlichen und menschlichen Rechte verpflichten ja die Beamten, daß sie polnisch verkehren müssen. Die Sprache ist ein Geschenk Gottes. Wenn Gott uns darin versteht, sollen das die Beamten nicht auch verstehen? Die Teilungen sind ja unter der (in Wien festgelegten) Bedingung erfolgt, daß die polnische Nationalität erhalten bleibe. Dann ist das gedruckte Wort des Königs da, die Zusage Friedrich Wilhelms III., daß die Verwaltung polnisch sein solle. Also spricht das göttliche Recht, das Recht der Monarchen in Wien und das Wort des Königs für das Polnische. Deshalb hat der Propst die Bestimmungen in dem Büchlein gesammelt. Er ruft dazu auf, das Recht zu gebrauchen: „Gericht und Regierung müssen mit euch polnisch verkehren, es gibt nur eine Ausnahme: Deutsche Zustellungen vom Gericht müssen angenommen werden, d. h. nur wenn ein Deutscher auf deutsch euch zu Gericht ladet, dann allein muß die gerichtliche Aufforderung deutsch angenommen werden.

Sonst nichts. Aus dem Gebrauch des Polnischen entstehen weder Kosten noch Strafen für irgend jemand. Der Pole soll also polnisch schreiben; wer es nicht tut, dem ist ins Gesicht zu sagen, daß er ein ‚Wyrodek' (ein Entarteter) ist."

In unleugbar geschickter Weise war in der Broschüre das gesamte Material zusammengetragen und wurde mit der Autorität des Geistlichen das Recht der polnischen Sprache und die Aufforderung, diese immer anzuwenden, vorgetragen, um einen endlosen Sprachenkrieg im kleinen und an vielen Stellen zu entfesseln, der vor allem die Lokalbehörden mürbe machen und am Ende die bäuerliche Bevölkerung in immer stärkere Spannung und Mißstimmung gegen die Regierung und die Deutschen hineintreiben mußte. Im Abgeordnetenhause wurden flagrante Beispiele dieses Sprachenkampfes mitgeteilt, der auch eine lebhafte deutsche Erörterung in Broschüren wachrief.

Diese zeigt, wie der Sprachenstreit die Auffassung der öffentlichen Meinung von der polnischen Frage und ihrer Bedeutung für den preußischen Staat erheblich über jene liberale Anschauung der dreißiger und vierziger Jahre hinaus vertiefte. Und bei mancherlei Unklarheit tritt doch jetzt fast überall jene früher ganz vergessene und doch schlechterdings entscheidende Tatsache im Bewußtsein hervor: das Vorhandensein einer sehr erheblichen deutschen Minderheit in der Provinz. Aber natürlich trug diese Erörterung weiter dazu bei, die Kluft zwischen den Nationalitäten zu vertiefen. Dazu half andererseits der polnische Klerus, der jetzt hier wie drüben fast insgesamt als Bundesgenosse der Vorbereitungen zur Revolution tätig war. Der Erzbischof Przyluski aber sah dem Treiben zu, ohne ihm in erkennbarer Weise entgegenzutreten. So fand die Agitation des Klerus ihren Rückhalt direkt an ihm. Die allgemeine Spannung und Unruhe, die dadurch erregt wurde, gewann auch bald ihre Verknüpfung mit Mieroslawskis Zentralkomitee in Warschau, und bald war Posen nur noch eins der zwei Departements der neu sich bildenden großpolnischen Republik.

Diese vierte Phase der preußischen Polenpolitik ist demnach charakterisiert durch das Ignorieren des nationalen Gegensatzes. Die preußische Regierung betreibt eigentlich gar keine Polenpolitik, es geschieht politisch nichts und die Provinz kommt auch wirtschaftlich nicht recht voran. Die Periode dauert tatsächlich bis 1872/73. Aber mit einem gewissen Recht datiert die polnische Geschichtschreibung die neue Periode bereits vom 24. September 1862 und betrachtet den Eintritt Bismarcks in das Ministerium als eine Epoche auch für die Geschichte des preußischen Polenanteils. Der Aufstand, die Februarkonvention mit Rußland und die darauf erfolgende tagelange Diskussion im preußischen Abgeordnetenhause veranlaßten Bismarck dazu, sich erneut mit der polnischen Frage zu beschäftigen.

Nach dem Aufstande von 1863 war dann die polnische Frage keine Frage Europas mehr. Was sollte nun werden, wo fanden die Hoffnungen, die doch nicht von heute auf morgen erstorben waren, ihren Halt? Vernichtend spricht ein polnischer Schriftsteller es aus: „Polen selbst hatte die Pflicht gehabt, seinen Staat zu erhalten, und wenn es diese Pflicht nicht erfüllte, so hat es selbst, nicht Europa, die Schuld zu tragen. Das Jahr 1863 war die Krönung des Natio-

nalvernichtungswerkes durch die Nation selbst." Die verschiedenen Aufstände hatten nur gezeigt, daß die äußere Selbständigkeit durch Aufstand und Verschwörung nicht wieder hergestellt werden konnte. Begreiflicherweise dauerte es lange, ehe diese Hoffnung sich umbildete zu der Stimmung, die sich nunmehr durchsetzte. Es ist eine bekannte Erzählung, daß Thiers, als er gefragt wurde, was nun die Polen anfangen sollten, da Europa ihre Sache nicht mehr verteidige, darauf antwortete: „Enrichissez-vous". Tiefer sind die in ähnlicher Richtung gehenden Worte des Grafen Eduard Raczynski: „Werden wir besser, gebildeter und wohlhabender als die Deutschen sein, so werden wir Herren in Posen." In diesem Worte ist das Programm einer, wenn man so sagen darf, friedlichen Erneuerung für das Polentum ausgesprochen, die sich unter wenigstens vorläufiger Anerkennung der bestehenden Machtverhältnisse von nun an vollziehen konnte.

Für den preußischen Anteil war im besonderen in den Worten Raczynskis dies Programm der friedlichen Erneuerung ausgesprochen. Natürlich wurde der Gedanke an die Unabhängigkeit dabei nicht aufgegeben. Aber er wird wohl nur gedacht für den Fall, daß Rußland und Preußen in einen Krieg miteinander geraten und dann sich für Polen eine Zukunftsmöglichkeit ergibt. Man beschränkt sich daher darauf, wie es in einer Broschüre der sechziger Jahre heißt, da die Selbständigkeit selbst nicht erhalten werden könne, wenigstens die „Requisiten der staatlichen Existenz" zu erhalten und zu entwickeln: Sprache, Geschichte, soziale Organisation. Aber wichtiger ist die heimische Arbeit, in der man sich nun ganz von der Emigration loslöst. Das ist die Signatur des preußischen Polentums bis heute geblieben, die es so schwer macht, zu einem klaren Standpunkte diesem gegenüber zu kommen. Auf der einen Seite leben und arbeiten diese Polen mit aller Kraft in dem Staate der Gegenwart, zu dem sie gehören, und auf der anderen Seite bleiben die Hoffnungen auf die Zukunft, die mit der Existenz dieses Staates nicht vereinbar sind, doch noch durchaus lebendig. Daraus ergab sich und ergibt sich für den verantwortlichen Staatsmann Preußens eigentlich die Haltung, wie sie nun Bismarck einnahm, von selbst.

VIII. 1872–1886: 1. Phase der Bismarckschen Politik.

Die Polenfrage anders anzufassen als bisher vom Staate geschah, sah sich Bismarck vornehmlich durch den Kulturkampf veranlaßt, dessen polnische Seite für ihn von der größten Bedeutung war. Er war bis dahin mit dem Ausbau des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reiches beschäftigt gewesen und hatte sich, nachdem er jene feste Stellung zum polnischen Aufstande eingenommen hatte, zunächst mit dieser Frage nicht weiter befaßt. Aber er hat es deutlich zurückgewiesen, wenn die polnische Fraktion mit ihren Wünschen auf Sonderstellung Posens kam. Das war der Fall bei der Debatte über den Verfassungsentwurf des Norddeutschen Bundes, in der der Abgeordnete Kantak im Namen der Polen Verwahrung einlegte gegen die Einverleibung ehemals polnischer Landesteile in

Posen. Da hielt am 18. März 1867 Bismarck gegen diesen die erste seiner gewaltigen Polenreden, die uns eigentlich schon das ganze Rüstzeug zum Kampf auch heute noch liefern. Mit einer in dieser Zeit ungewohnten Klarheit und Schärfe wird darin die historische Wahrheit klargestellt: Westpreußen sei altes deutsches Land, und in Posen stehen den 800000 polnisch Sprechenden 700000 Deutsche gegenüber. „Den Gedanken der Wiederherstellung der Republik Polen in den Grenzen von 1772 braucht man nur auszudenken, um sich von seiner Unausführbarkeit zu überzeugen. Es ist eine Unmöglichkeit aus dem einfachen Grunde, weil es dazu nicht Polen genug gibt; es gibt sehr viel weniger Polen in der Welt als man gewöhnlich glaubt." Mit großer historischer Kenntnis und mit scharfem staatsmännischen Blick hat danach Bismarck schon damals die Unmöglichkeit der sog. jagellonischen Idee erkannt und ausgesprochen, die ein Polen von Meer zu Meer erstrebte und erstrebt und dabei so viele fremde Nationalitäten umfassen muß — Deutsche, Litauer, Weißrussen, Kleinrussen —, daß sie garnicht im stande ist, dieses Gebiet national zu beherrschen, vor allem nicht in einer Zeit des erwachenden nationalen Gedankens in den Massen. Diese Idee des sog. historischen Polens — das hat Bismarck in seiner Rede damals schon ausgesprochen — steht mit den Forderungen der anderen Nationalitäten auf dem von ihr beanspruchten Territorium in einem unlösbaren Widerspruch, die von ihr erstrebte Staatsbildung muß schlechterdings eine Utopie bleiben. Und nun der gewaltige und schlagende Schluß dieser Rede, die sich weit erhebt über den unmittelbaren Anlaß des polnischen Protestes. „Die energischsten Anstrengungen — und wer bewundert nicht den Grad von Energie, den der polnische Adel anwendet, um die verlorene Herrschaft wiederzuerlangen? — die energischsten Anstrengungen, die größte Hingebung für gemeinsame Zwecke, die glänzendste Tapferkeit, die einzelne Individuen für diesen Zweck an den Tag legen, alles das reicht nicht hin, um die verlorenen Güter zurückzubringen. Es bleibt das Wort des Dichters wahr: Was du vom Augenblicke ausgeschlagen, bringt keine Ewigkeit zurück."

Danach beginnt die Politik, die zum Kulturkampfe führte und die für die Polenfrage eingeleitet wird durch den Brief Bismarcks vom 7. Februar 1872 an den Minister des Innern Graf Fritz Eulenburg. Bis dahin ist also von einer aktiven Bismarckschen Polenpolitik nicht die Rede, wenn auch die polnische Darstellung in den 60er Jahren klagt über zu wenig polnische Schulen, über Verdrängung des Polnischen aus den Seminaren und Verfolgung der polnischen Presse seit 1867. Jetzt faßt Bismarck die Frage an der Wurzel. In dem Brief an Fritz Eulenburg verwahrt sich Bismarck gegen die Passivität, mit der der Minister den Gegensatz bisher behandelt hat. Bismarck sagt: „Ich habe das Gefühl, daß auf dem Gebiete unserer polnischen Provinzen der Boden unter uns, wenn er heute noch nicht auffällig wankt, doch so unterhöhlt wird, daß er einbrechen könnte, sobald sich auswärts eine polnisch-katholisch-österreichische Politik entwickelt." Er fordert den Minister auf, ihn mehr zu unterstützen, er müsse mit ihm „gegen die seit zehn Jahren prosperierende Unterwühlung der Fundamente des preußischen Staates vorgehen". Er hat das Ge-

fühl, was durchaus richtig war, daß im Ministerium des Innern (Eulenburg war seit 1862 Minister) die Frage „keiner prinzipiellen, aktiven, aggressiven Behandlung unterliegt", sondern daß lediglich die einzelnen von hier oder aus dem Lande eingehenden Anregungen abwehrend erledigt würden. Damit ist die Bismarcksche Polenpolitik mit ihrer ersten, auf Schule und Kirche gerichteten Phase gewonnen, und nun ist das Entscheidende, daß diese Politik treffen mußte vor allem die Schicht der Bauern. Diese war immer, wie betont wurde und wie ihre Haltung in den Aufständen gezeigt hatte, loyal gewesen. Auch 1870 hat das V. Korps sich ausgezeichnet geschlagen und hatte Steinmetz die Tapferkeit der polnischen Soldaten gerühmt. Das war ja die Hoffnung der Regierung gewesen, daß die Fürsorge für die Bauern ihre alte Beziehungen zur Schlachta lösen mußte. Eine begründete Vorstellung, wie weit dieses polnische Bauernvolk wirklich loyal geworden war, hatte sicher aber die Regierung an keiner Stelle. Von einer bewußten Loyalität gegen den preußischen Staat kann auch in dieser Masse, die noch im Halbschlummer dahindämmerte, nicht geredet werden. Die Verwaltung hat diese materiell gefördert und sonst in Ruhe gelassen, dafür aber hatte in Wirklichkeit in diesen Massen das Bewußtsein gegen den preußischen Staat erweckt jene Kleinagitation der polnischen Geistlichkeit, die seit Anfang der sechziger Jahre auf das deutlichste zu erkennen ist. Diese hatte den nationalen Gegensatz in den Massen mit dem ganzen Druck der Autorität des Priesters wachgerufen, und so fand die Bismarcksche Kulturkampfpolitik eine polnische Bauernmasse vor, die schon bearbeitet war. Natürlich konnte nun auf diese Bauernmasse die Agitation im Verfolg der Maigesetze usw. sehr leicht wirken. Sodann aber ist es eigentlich ein Zufall, daß gerade, als die Bismarcksche Politik begann, in die polnische Bauernwelt von einem nicht zu ihr Gehörigen der Gedanke der Organisierung bewußt hereingetragen wurde. Gerade 1873 hat der schon genannte Jackowski, ein Adliger also, den Grund zu den starken Bauernvereinen und ihrem Verbande gelegt, die neben den Genossenschaften das stärkste Rückgrat der polnischen Demokratie von heute geworden sind, und Jackowski, der selbst der Patron dieses Verbandes war, wird von den Polen deshalb gefeiert wie Schulze-Delitzsch oder Raiffeisen bei den Deutschen.

Es ist keine Frage, daß diese Organisation der polnischen Bauernwelt erst nach Jahren wirksam werden konnte, aber ebenso richtig ist, daß diese doch versucht hat, nun die Opposition gegen die Bismarcksche Politik rascher bewußt zu machen. Diese griff also in ihrer ersten Phase nur auf das Gebiet von Schule und Kirche über. Man will den Einfluß des polnischen Klerus auf die Bauernschaft beseitigen und hatte daher zunächst jene Instruktion von 1842 zu bekämpfen. In einer großen Rede vom 9. Februar 1872 setzte Bismarck das alles auseinander. Man ging von der staatlichen Schulaufsicht aus, die Ernennung der Kreisschulinspektoren sollte ein Recht des Staates werden. Man konnte doch nicht auf das in der Verfassung zugesagte allgemeine Schulgesetz warten und so kam ein Sondergesetz für die Provinz heraus. Bismarck führte aus, daß die polnische Geistlichkeit ihr Vorrecht auf die Schulaufsicht benutzt hatte, um die lernende Jugend zu polonisieren

oder um sie am Deutschwerden zu hindern. Die deutsche Sprache sei darum vernachlässigt und zurückgedrängt worden. Dabei betont Bismarck, daß man die Bestrebungen des Adels noch lange hätte mit ansehen können, daß aber die Parteinahme der Geistlichen den preußischen Staat zum Vorgehen zwinge. 100 Jahre hätte man damit gewartet. Jetzt müßte man bewußt vorgehen, damit die Polen deutsch lernten. Damit war vom Ministerpräsidenten ein aggressives Vorgehen angekündigt; zugunsten der deutschen Sprache in Posen wird die Ostmarkenpolitik des preußischen Staates einen grundsätzlichen Schritt weitergeführt.

Schon vorher war 1871 die katholische Abteilung des Kultusministeriums aufgehoben worden. Dann wurde am 11. März 1872 das Gesetz über die staatliche Schulaufsicht erlassen, das auch für die Provinz Posen in Frage kam. Seitdem ist hier die geistliche Schulaufsicht beseitigt und die Aufsicht auf die Schule ausschließlich in den Händen des Staates. Noch schärfer waren die beiden Erlasse, die 1872 und 1873 folgten, der erste, der bestimmte, daß in den höheren Lehranstalten der Religionsunterricht zu behandeln sei wie die übrigen Lehrgegenstände, und der zweite, eine Oberpräsidialverfügung: In den polnischen Volksschulen ist die Unterrichtssprache deutsch, mit Ausnahme des Religionsunterrichtes und des Kirchengesanges. Ein langsamer Übergang auch in diesen Fächern sollte stattfinden, und für den Religionsunterricht gilt die Maßgabe, daß dieser in der Muttersprache zu erteilen sei, daß aber die deutsche Sprache in der Mittel- und Oberstufe einzutreten habe, wenn genügend Kenntnis in dieser Sprache nach Urteil der Behörden vorhanden sei. Das ist die Oberpräsidialverfügung, die im Herbst 1900 die Grundlage wurde für den Schulstreik.

Mit diesen beiden Maßnahmen, deren Zweck deutlich ist, den Klerus aus der Schule herauszudrängen und deutsch zur Schulsprache zu machen, beginnt der „Schulkrieg". Damit kam der Staat unmittelbar an den Bauern heran und regte das untere Volk gegen sich auf, wobei die Geistlichkeit selbstverständlich mit der größten Tatkraft mithalf. Es ist keine Frage, daß vor allem dieses Vorgehen und ferner die weiteren Maßnahmen der ganzen Maigesetzgebung auch den polnischen Bauern des preußischen Anteils zum Denken erweckten. Natürlich kämpfte die Geistlichkeit, der Erzbischof Ledochowski voran, erbittert gegen dieses ganze System. Es ist gewiß hart gewesen, aber man kann kaum bestreiten, daß der Angriff gegen die polnische Geistlichkeit im Interesse der Förderung der deutschen Sprache notwendig war. Der Abschluß dieser ganzen Gesetzgebung war dann im Jahre 1887 das Gesetz vom 7. September dieses Jahres, das den polnischen Sprachunterricht in Posen und Westpreußen beseitigte; die dadurch gewonnene freie Lehrzeit war für den deutschen Unterricht zu verwenden. Der Minister von Goßler gab dafür die grundsätzliche Erklärung ab: Man wolle die preußischen Untertanen polnischer Muttersprache mit der deutschen vertrauter machen, hierdurch sie aus ihrer Isolierung befreien und sie befähigen, an dem öffentlichen und wirtschaftlichen Leben des preußischen Staates und des Deutschen Reiches, mehr als gegenwärtig der Fall ist, teilzunehmen. Wichtig für das Gelingen dieser ganzen Politik war, daß jetzt ein Deutscher auf dem Erzbischof-

stuhl saß, der erste Deutsche wieder seit dem Bischof Jordan, der bei der Gründung des Bistums Bischof geworden war. Erzbischof Dinder gab zu, daß der Religionsunterricht in allen Klassen der höheren Lehranstalten deutsch erteilt werden sollte, die Verwendung des Polnischen war nur in den unteren Klassen zur Vermittlung des Verständnisses gestattet.

Die Beendigung des Kulturkampfes hat für die polnischen Gebietsteile die Beseitigung der Maigesetze auch gebracht, dagegen nicht dieser Schulpolitik, die Bismarck als die erste Phase seiner Polenpolitik inauguriert hatte.

IX. 1886—1890: Zweite Phase der Bismarckschen Politik.

In den 80er Jahren spürte man schon da und dort, daß sich der Grundcharakter des polnischen Volkes im preußischen Anteil zu ändern begann. Es ist doch schon zu erkennen, wie die Entwicklung zur Demokratie deutlich wird; man erlebte z. B. bei den Reichstagswahlen eine demokratische Bewegung gegen die vom Adel und Klerus geführte Parlamentsfraktion. Man mußte auf der deutschen Seite in der ersten Hälfte der 80er Jahre sehen, daß die Leute nicht mehr deutsch wurden, sondern immer polnischer. Man mußte noch schmerzlicher sehen, wie die Rede des Ministers von Puttkamer zu den Ausweisungen darlegte, daß die Polen in den Bezirken Posen und Bromberg 1871—80 um 10%, die Deutschen im Bromberger Bezirk um 7% und im Posener Bezirk gar nur um 1,9% zugenommen hatten. Man begann also in der Mitte der achtziger Jahre zu merken, daß die in den sechziger Jahren begonnene Abwanderung der Deutschen, verbunden mit der Beruhigung und inneren Erstarkung der Polen, das Verhältnis der Nationalitäten im deutschen Sinne höchst ungünstig verschob. Auf Bismarck wirkte ja dieses vielleicht noch nicht so sehr, als einmal der Gesichtspunkt der inneren Politik, der Eindruck eines polnischen Republikanismus, in dem ausländische Polen tätig waren; Bismarck hatte darauf schon in dem Briefe an Eulenburg hingewiesen. Und dann der der auswärtigen Politik, die damals mit einem Zweifronten-Kriege zu rechnen hatte. Es kam dabei doch besonders darauf an, daß man der östlichen Provinzen unbedingt sicher war. Bismarck hatte aber Grund zu fürchten, daß Preußen dessen wegen seiner polnischen Untertanen eben nicht so unbedingt sicher war, und so beginnt er aus diesem Zusammenhange heraus die zweite Phase seiner polnischen Politik, die zunächst negativ vorgeht mit der Ausweisung ausländischer Polen und positiv mit der Begründung des Ansiedlungswerkes.

Die Entstehung und Tätigkeit dieses großen Werks sind an anderer Stelle dieses Werks ausführlich besprochen. Was Bismarck damit wollte, hat er in der großen Rede vom 28. Januar 1886 für alle Zeit schlagend klar ausgesprochen. Er gab der Überzeugung Ausdruck, daß in den Grundsätzen der Regierung in den ehemals polnischen Landsteilen, wie sie seit 1840 befolgt würden, eine Änderung notwendig sei. Man habe die Erbschaft übernommen, sich mit den zwei Millionen polnischer Untertanen „einzuleben", eine Lage, die nicht von Preußen geschaffen sei. Die Grenze von 1815 kann nicht aufgegeben werden. Aber — das ist das oft

Landes-Ökonomierat
Hermann Rennemann-Klenka

Gestorben am 11. April 1910.

Rittergutsbesitzer Major a. D.
Heinrich von Tiedemann-Seeheim

Rittergutsbesitzer Dr. Ferdinand
von Hansemann-Pempowo

Gestorben am 3. Oktober 1900.

Die drei Gründer des deutschen Ostmarkenvereins.

zitierte und auf der polnischen Seite immer mit Wut gehörte Wort —: „Die Polen erkennen ihre Zugehörigkeit zu Preußen nur auf Kündigung an." Daher ist die Hauptsache, „die Verhältniszahl zwischen der polnischen und der deutschen Bevölkerung möglichst zu bessern zum Vorteil der Deutschen, um wie der General Grolman 1832 sagte, sichere Leute, die am preußischen Staat festhalten, in jener Provinz zu gewinnen." Die Mittel dazu sind Ausweisung der fremden Polen und die Vermehrung der deutschen Bevölkerung. Die Maßnahmen richten sich gegen den polnischen Adel. Bismarck geht dabei so weit, die Anwendung der Enteignung aus diesem Grunde wenigstens bedingt in Aussicht zu stellen. Es muß zum Flottwellschen System zurückgekehrt werden; Güter, die freiwillig zum Verkauf kämen, können aufgeteilt werden, und ebenso Domänen verwendet werden, um Deutsche darauf anzusiedeln. Durchgeführt werden sollte diese Maßnahme durch eine Immediatkommission. Die Regierung forderte deshalb einen Kredit zum Ankauf von Gütern, die wahrscheinlich auch aus deutscher Hand kommen würden, und zur Ansiedlung deutscher Bauern, zur zahlenmäßigen Vermehrung des deutschen Elements.

So kam praktisch das Gesetz vom 26. April 1886 heraus, das der Regierung 100 Millionen Mark zur Verfügung stellte, und mit dem dies große Werk, das für die Lösung der Polenfrage von entscheidender Bedeutung ist, nun begonnen wurde. Und damit hat auch der erbitterte Kampf um den Boden begonnen, dessen Einzelheiten immer deutlicher wurden und hier als bekannt vorausgesetzt werden können.

Die Bismarcksche Polenpolitik ist somit zunächst eine Politik der Repression durch das Mittel der Ausweisungen, dann eine Politik der Sprache und Schule, und schließlich eine solche der wirtschaftlichen Arbeit, die diese Lande, indem sie hart eingriff, doch zugleich auch systematisch und positiv ungemein förderte. Der Unterschied gegen die Politik Flottwells liegt ohne weiteres auf der Hand. Der Gesichtspunkt, daß deutsche Bauern in die Provinz gebracht werden mußten, um die Verhältniszahl der Nationalitäten günstig zu gestalten, ist gegenüber Flottwells Politik neu, und neu ist auch, daß die Wohlfahrtspolitik für diese Provinzen in den Dienst der Förderung des deutschen Elementes gestellt wird, weil das polnische nach den Äußerungen seiner Vertreter nicht die Garantie bietet, die der Staat im Osten der Monarchie fordern muß. Bismarck schließt sich mit seiner Politik an Friedrich den Großen an, wenn er natürlich auch entsprechend der Verschärfung des Nationalgedankens den nationalen Gegensatz viel deutlicher und namentlich bewußter betonen mußte, als Friedrich der Große dies tat. Die Lücken sind ebenfalls offensichtlich. Es ist in der ganzen Aktion weder von den Städten die Rede, die ebenso wie das Land durch den nationalen Gegensatz berührt waren, noch namentlich von dem Deutschtum, das aus der früheren Kolonisationszeit hier im Lande bereits vorhanden war und an das diese Neuarbeit hätte anknüpfen müssen. Aber sonst ist es in gewissem Sinne richtig, wenn die Polen diese Frage der Bismarckschen Polenpolitik auffassen als eine erneute Aufnahme eines Kampfes, der seit dem 10. Jahrhundert geht.

Wenn wir hier noch einen Blick werfen auf die Lage des deutschen Elementes bis zur Mitte der achtziger Jahre, so ist nochmals hervorzuheben, daß bis Ende der sechziger Jahre die protestantische deutsche Bevölkerung im Vordringen ist, während die katholisch-polnische und besonders die jüdische im Rückgange ist. Die Folgen der neuen wirtschaftlichen Gesetzgebung, der Begründung des Reiches und der Gründerzeit bewirken dann zusammen mit der inneren Erstarkung des Polentums die Verschiebung innerhalb der Nationalitäten, gegen die sich die Bismarcksche Politik richten wollte. An der sozialen Gliederung wurde damit wesentlich noch nichts geändert. Der Großgrundbesitz war zur größeren Hälfte in deutscher, zur kleineren Hälfte in polnischer Hand, der mittlere und kleine Besitz war in der Hauptsache polnisch. In den Städten war die obere und auch die Mittelschicht deutsch und jüdisch, während ein polnischer städtischer Mittelstand erst im Entstehen ist und nur die untersten Schichten, Arbeiter, Dienstboten u. dgl. polnisch waren.

X. Seit 1890.

1.: 1890–1894.

Mit der Ernennung des Grafen Caprivi zum Nachfolger Bismarcks trat eine völlige Schwenkung in der preußischen Polenpolitik ein, die bis 1894 angedauert hat. Die Gründe dafür lagen wohl vornehmlich in der Parteigestaltung des deutschen Reichstages. Die Polen hatten 1890 drei neue Mandate erworben und da kam dem verantwortlichen Staatsmann der Gedanke, die polnische Fraktion auszuspielen gegen das immer stärker werdende Zentrum, wozu begreiflicherweise nötig war, die Polen zu gewinnen. Eine mildere Behandlung setzte darum auch sogleich ein. Die Ernennung des Freiherrn von Wilamowitz-Möllendorff zum Oberpräsidenten der Provinz Posen im Jahre 1890 wurde als ein Akt der Freundlichkeit von den Polen aufgenommen. Als im nächsten Jahr die Kaiserin Friedrich zum Besuch ihres Husarenregiments nach Posen kam, wurde sie auch von den polnischen Vereinen begrüßt. Die Fraktion hörte dafür mit ihren Protesten auf, die allerdings überhaupt schon etwas überlebt und veraltet erschienen; wer hatte denn auf der polnischen Seite wirklich eine Vorstellung von den Wiener Verträgen, auf die man sich immer wieder berief? In der Fraktion wurde der maßgebende Mann Herr von Koscielski auf Miloslaw außerhalb, und in Posen der Erzbischof von Stablewski, in dessen Ernennung am 30. Dezember 1892 die Regierung eingewilligt hatte. Das war schon das zweite Zugeständnis. Das erste war gewesen der Erlaß des Kultusministers Grafen Zedlitz vom 11. April 1891, der die Erteilung des polnischen Privatunterrichts in den Schulräumen und die Ersetzung des Deutschen durch das Polnische beim Religionsunterricht wieder gestattete. Dazu war die Bestimmung getreten, die im Widerspruch mit der Oberpräsidialverfügung von 1873 gestattete, daß Eltern ihre schulpflichtigen Kinder an einem in der Gemeinde zugelassenen Privatunterricht im Polnischen teilnehmen lassen dürften, wie sie es für richtig hielten. Dann erließ der nächste Kultusminister Bosse am 10. März 1894 eine

Verfügung, die den polnischen Lese- und Schreibunterricht zur Unterstützung des Religionsunterrichts in den Volksschulen der Provinz wieder einführte, und beseitigte damit das Reskript vom Jahre 1887. Das waren die Zugeständnisse auf dem Gebiet von Schule und Sprache.

Außer einer Veränderung in der Ausweisungspraxis 1891 waren die beiden weiteren wichtigen Zugeständnisse eben die Ernennung Stablewskis und sodann die Erfolge der Polen auf wirtschaftspolitischem Gebiete. 1890 war Bischof Dinder gestorben. Das Kapitel wählte Florian v. Stablewski, der Ende der siebziger Jahre im Kulturkampf in heftigem Konflikt mit der Regierung gestanden hatte. Die Regierung bestätigte diese Besetzung des bischöflichen Stuhles in der Erwartung, daß sie, wie es die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" ausdrückte, „nicht unerheblich dazu beitragen werde, die Bande zu befestigen, welche die polnischen Landesteile mit dem engeren preußischen und weiter mit dem deutschen Vaterlande verknüpfen". Diese Erwartung ist vollständig enttäuscht worden. Noch wichtiger waren die beiden Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiete. Einmal waren die beiden Rentengutsgesetze ergangen, und in der Ausführung dieser Gesetze vollzog sich eine Annäherung der Generalkommission in Bromberg an die polnische Landbank, die mit ihrer Rettungsaktion für den polnischen Adel rettungslos festgefahren war, die aber nun als „Vermittlerin zwischen der Aktion der Generalkommission und dem Privatunternehmen" dienen sollte. Durch die gemeinsame Arbeit der polnischen Bank mit der Generalkommission ist die erstere wirtschaftlich wieder flott geworden. Sie setzte gemeinsam mit der Generalkommission Rentengutsinhaber ein, natürlich Polen, während in derselben Provinz auf demselben Wege die Ansiedlungskommission arbeitete, den deutschen bäuerlichen Besitz zu vermehren. Die Kontrolle der Generalkommission, die die polnische Bank damit auf sich nahm, besagte nichts gegenüber dem wirtschaftlichen und nationalen Vorteil, den ihr diese gemeinsame Arbeit bot. Bis 1894 ist diese sonderbare Verbindung mit dem polnischen Kampfinstitut gegangen, die die Arbeit der Ansiedlungskommission direkt kontrekarrierte. Einen noch größeren Erfolg trugen die Polen davon auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens. Das Genossenschaftsgesetz bestimmte die Unterwerfung der Genossenschaften unter Revisoren, doch konnte der Handelsminister einzelnen Genossenschaftsverbänden das Recht verleihen, eigene Revisoren zu bestellen. Dieses Recht ist 1892 auch dem polnischen Genossenschaftsverband für Posen und Westpreußen erteilt worden, und dadurch konnte sich das polnische Finanzwesen als juristische Einheit abschließen und von der Kontrolle der Behörden unabhängig machen.

Wie verhielt es sich nun gegenüber diesen Zugeständnissen der Regierung mit der Haltung der Polen? Wenn man dafür lediglich die Haltung der Fraktion heranzog, so hatte sich die Regierung allerdings in ihrer Erwartung nicht getäuscht. Die Militärvorlage von 1890 und vor allem das Interesse der Polen im April 1892 für die Marine waren Zeichen dafür, daß diese Versöhnungspolitik der Regierung auch eine friedlichere Haltung der Polen herbeiführe. Der Träger der Versöhnungsaktion auf polnischer Seite, Herr von Koscielski, stand

auf der Höhe seines Einflusses als der Mittelsmann zwischen der Regierung und den polnischen Untertanen des Landes. Aber die demokratische Entwicklung des letzten Menschenalters zeigte rasch, daß Koscielskis Politik in den polnischen Massen in keiner Weise populär war; der Gegensatz trat mehr und mehr hervor, der herkömmlicherweise mit den Schlagworten Hofpartei und Volkspartei ausgedrückt wird. Das Gefühl kommt bei den Massen zum Durchbruch, daß die Führung durch eine kleine Gruppe von Magnaten und Geistlichen nicht mehr recht in die Zeit passe. Das zeigte sich in der Stadt Posen am ehesten, in der die neuentstehenden Strömungen mit den politischen Richtungen der vorhergehenden Zeit immer am schärfsten zusammenprallen. Die bisher errungenen Erfolge waren der Agitation in der Heimat auch nicht erheblich genug. Was man zunächst wollte, war die Beherrschung der Volksschule durch die polnische Unterrichtssprache und die Aufhebung der Ansiedlungskommission. Nun kam 1893 die neue Militärvorlage. Der Reichstag wurde aufgelöst, die Polen kehrten im Besitz von 19 Mandaten zurück und stimmten bei der entscheidenden Abstimmung für die Vorlage. Da diese mit 201 gegen 185 Stimmen angenommen wurde, hatte tatsächlich die polnische Fraktion die Annahme entschieden; nur ein polnischer Abgeordneter hatte sich der Stimme enthalten. Begreiflicherweise machte diese Abstimmung in deutschen und polnischen Kreisen einen ungeheuren Eindruck. In einer zweifellos im höchsten Grade wichtigen nationalen Angelegenheit hatten die Polen die Entscheidung im Sinne der Regierung und der nationalen Parteien gegeben. Um so größer war die Enttäuschung bei den polnischen Wählern, als nun die Belohnung in irgend einem größeren Zugeständnis der Regierung ausblieb. Sofort zeigte sich, daß die Stellung des Adels nicht mehr fest genug war. Ein erbitterter Kampf zwischen der sogenannten Hof- oder Versöhnungspartei und der volksparteilichen Richtung brach los. Noch hielt die Fraktion die Zügel in der Hand. Man beteiligte sich an der Beratung über Flottenfragen; damals wurde Koscielski mit dem Spitznamen Admiralski belegt. Aber gerade daran kam es zum Bruch. Er hatte erklärt, daß die Polenfraktion einer Forderung der Regierung zustimmen werde. Im März 1894 erschien aber bei der Abstimmung der größte Teil seiner Partei nicht, und die anderen verließen den Saal. Koscielski beantwortete diese offenkundige Erklärung, daß er das Vertrauen verloren habe, mit der Niederlegung seines Mandats und hielt am 17. September desselben Jahres in Lemberg die Rede gegen die preußische Regierung, die den Anlaß zu einer neuen Schwenkung der Regierung gab. Die Versöhnungsära war damit zu Ende, sie hatte in der Masse nirgends eine wirkliche Stütze gefunden und ist abermals für die preußische Regierung mit voller Enttäuschung und Niederlage ausgegangen.

2.: 1894—1902.

Am 17. September hielt Herr v. Koscielski die Rede in Lemberg, mit der die neue nun bis 1911 gehende Periode der preußischen Ostmarkenpolitik eingeleitet wurde. Er sprach da von Linien auf dem Körper seines Volkes, die die Einheit gleichwohl nicht vernichten könnten; später behauptete er freilich, damit nur die ethnographische

Einheit gemeint zu haben. Als diese Rede gehalten wurde, wurde sie jedenfalls wie eine Kriegserklärung der Polen an die Regierung aufgefaßt und als die Beteuerung eines Zusammenhanges, der den einzelnen Staaten gefährlich werden konnte. Die Antwort war darauf die Rede des deutschen Kaisers in Thorn: „Es ist zu meiner Kenntnis gekommen, daß die polnischen Mitbewohner sich hier nicht so verhalten, wie man es hoffen und wünschen muß. Mögen sie wissen, daß sie nur dann zählen können auf mein Mitgefühl und Gnade gleich mit den Deutschen, wenn sie vorbehaltlos als preußische Untertanen auftreten." Schon vorher hatte er sich in Marienburg in ähnlicher Weise scharf ausgesprochen. Ebenso ertönte die Stimme des alten Reichskanzlers aus Varzin, die zur Wacht an der Warthe und Weichsel aufrief. Aus der Stimmung, die die Versöhnungspolitik in Posen und Westpreußen unter den Deutschen erzeugt hatte, heraus kam man dort zu dem Entschlusse, in einer großen Besuchsfahrt beim Fürsten Bismarck sich Rats und Aufmunterung zu erholen. Das Ergebnis dieser Huldigungsfahrt der Posener und Westpreußen nach Varzin war am 28. September 1894 die Begründung des deutschen Ostmarkenvereins.*) Damit war wieder die Kampfstellung in den Provinzen hergestellt, die bis 1890 gegolten hatte. Man war doch zu der Überzeugung gekommen, daß sich vielleicht die aristokratische Führerschicht der Polen dem Staate gegenüber versöhnlich stellen könnte, sicher aber nicht die Geistlichkeit und noch weniger die Masse des Mittelstandes, der Handwerker, Kaufleute und Bauern, die sich immer mehr organisierten und in denen die Führer dieser Organisationen immer mehr das Heft in die Hand bekamen gegenüber der alten Führung des Adels und der Geistlichkeit. Besonders die Haltung der polnischen Presse zeigte, wie die ganze polnische Bewegung immer bewußter demokratisch wurde. Das Mittel des Boykotts wurde stärker und stärker angebahnt. Noch mehr mußte Bedenken erregen, daß im Jahre 1900 durch den Hochverratsprozeß gegen den Polen Leitgeber aus Ostrowo die Tatsache des polnischen Nationalschatzes bekannt wurde, der von den Polen gesammelt wird zur Vorbereitung für einen bewaffneten Aufstand. Im Februar desselben Jahres trat auch das Komitee der „Nationalliga" aus der Verborgenheit hervor, die die aktiven politischen Kräfte aus dem polnischen Volke zum unausgesetzten systematischen Kampfe um die Rechte der Nation erziehen will und als ihr Ziel offen aussprach „das einige freie und unabhängige Polen."

Die Regierung hatte zunächst mancherlei rückgängig zu machen, was in der Zeit der Versöhnung an Zugeständnissen gewährt worden war. Im Schoße der Staatsregierung wurden diese Gedanken, vor allem wohl durch den Einfluß Miquels und danach durch das Interesse, das der neue Reichskanzler von Bülow daran nahm, dann weitergeführt. Miquel ist wohl der erste gewesen, der einsah, daß die Siedlungspolitik allein nicht ausreichte und daß eine Förderung der

*) Aus den Anfangsbuchstaben der drei Begründer des Vereines, v. Hansemann (†), Kennemann († 1910), v. Tiedemann, hat die polnische Presse das Wort „Hakatismus" und „Hakatist" gebildet, das, wie oft dergleichen Bezeichnungen, als Schimpfwort gedacht und gebraucht, zu einem Kampf- und Ehrennamen geworden ist.

Städte hinzukommen müßte. Auf Miquels Anregung erschienen im November und Dezember 1900 eine Reihe Artikel mit dem Titel „Die polnische Gefahr" in der amtlichen Berliner Korrespondenz. Sie gingen aus von dem Anwachsen der Polen seit 1890 und von der Tatsache, daß die Polen immer mehr zum Bewußtsein ihrer selbst gekommen seien, nicht nur im Innern ihrer Landesteile, sondern auch in Masuren und Schlesien, daß sie wirtschaftlich erstarkt seien, daß sie in Beziehungen mit dem Ausland stünden und die Haltung ihrer Presse und ihrer Agitation für den preußischen Staat gefährlich zu werden begann. Aus diesen Erwägungen heraus ist dann die Rede des Ministerpräsidenten vom 13. Januar 1902 im Landtag gehalten worden.

3.: 1902—1911.

Diese Rede zieht die Summe aus den Erfahrungen eines Jahrhunderts in der Polenpolitik des preußischen Staates. Nach den vielerlei gemachten Versuchen ist diese bei dem systematischen Programm angekommen, das in dieser Rede niedergelegt ist und nun alle Seiten des Nationalitätenkampfes außer der von Sprache und Schule umfaßt. Es sind folgende Punkte: Fortgang der deutschen Ansiedlung — Erhaltung des bestehenden Deutschtums — Förderung der Städte und des Gewerbes verbunden mit der Frage der Industrialisierung der beiden Provinzen — Förderung der selbständigen Arbeit und des Zusammenschlusses des Deutschtums — Hebung des deutschen geistigen Lebens. So ist das ein ganzes Programm einer Wirtschafts- und Wohlfahrtspolitik, das die von Polen bewohnten Gebiete des preußischen Staates auf das Niveau seiner anderen Provinzen heben und mit diesen immer fester verbinden will. Es hat eine gegen die Polen feindliche Spitze nur so lange und so weit, als die Bestrebungen der Polen auf Wiederherstellung ihrer Selbständigkeit weitergehen. Aber, wie bei der Frage der Enteignung im Jahre 1907 ausdrücklich betont worden ist, wird diese antipolnische Politik sofort gegen die Polen entgegenkommender werden können, sobald die Regierung die Sicherheit hat, daß eine begründete Besorgnis vor diesen Selbständigkeitsbestrebungen nicht mehr vorliegt. Wenn ein modus vivendi zwischen den beiden Nationalitäten, der gefunden werden muß, gefunden werden soll, so, das wurde von dem Ministerpräsidenten betont, müssen jene äußeren Requisiten der nationalen Existenz aufgegeben werden, die in der Seele des Polen immer noch den Traum eines selbständigen Polens wach erhalten und die die deutsche öffentliche Meinung, wie die Regierung immer mißtrauisch und stutzig machen müssen.

Die Maßnahmen, die im Verfolg dieser Rede getroffen worden sind, sind die folgenden bekannten: 1902 wurde der Fonds der Ansiedlungskommission um weitere 150 Millionen Mark vermehrt. 1904 wurde eine Novelle zum Ansiedlungsgesetz erlassen, die die sehr gefährlich gewordene Kleinparzellierung z. T. unmöglich gemacht hat. In demselben Jahre ist die deutsche Mittelstandskasse und 1906 die Bauernbank in Danzig begründet worden, beides Kreditinstitute mit dem Zweck, vorhandenes deutsches Bauernland durch Regulierung seiner Hypotheken zu sichern und das Land in der deutschen Hand dauernd zu erhalten.

Seit 1903 begann eine Politik für die städtischen Gewerbe und wurde namentlich in Westpreußen durch die Tätigkeit des Oberpräsidenten von Goßler versucht, auch die Industrie in diesen agrarischen Provinzen heimisch zu machen. 1907 ist für die städtischen Hausbesitzer beider Provinzen eine Kreditanstalt begründet worden, die entsprechend wie die beiden genannten Bauerninstitute für den städtischen Mittelstand arbeiten sollte. Da es sich im weiteren Verlauf der Siedlungstätigkeit als unmöglich erwies, das nötige Land im freien Verkehr zu erwerben, wurde im Jahre 1908 der Ansiedlungskommission durch Gesetz das Recht verliehen, das Land im Wege der Enteignung zu erwerben und damit auch den großen polnischen Besitz heranzuziehen zu der Stellung von Land für die deutsche Bauernkolonisation. Außerdem wurde in demselben Jahre der Fonds der Kommission abermals neu aufgeschüttet und Mittel bereitgestellt zum Ankauf von Domänen und zur Regulierung auch des größeren Besitzes. Die Bemühungen, das vorhandene Deutschtum zusammenzuschließen und geistig zu fördern, konnten natürlich nicht so durch einzelne gesetzgeberische Maßnahmen ausgedrückt werden. Aber die Forderung, diese Provinzen auch in einen möglichst engen geistigen Zusammenhang mit den anderen Provinzen zu bringen, ist 1903 durch die Gründung der Akademie in Posen und 1904 durch die Gründung der technischen Hochschule in Danzig wenigstens einigermaßen verwirklicht worden.

In dieser großen, systematischen Arbeit, die für die Provinz Posen von 1903 bis 1911 getragen wurde durch den Oberpräsidenten von Waldow, tritt nun allmählich auch das Deutschtum in einem geschlossenen Wirtschafts- und Kultursystem dem „polnischen Gemeinwesen“ gegenüber. Dieses hat die Abschließung, die bewußte Ablehnung des Zusammengehens und Verschmelzens mit der andern Seite begonnen und führt sie durch Boykott und Organisation verschiedenster Art energisch dem Abschlusse zu. Dem Deutschtum bleibt dann, will es nicht untergepflügt werden, einfach nichts anderes übrig, als mit allen Mitteln, eigenen und staatlichen, einen gleichen Abschluß anzustreben. Es hat sich dabei bis in die Gegenwart hinein lediglich in der Defensive befunden. Die Statistik zeigte bis 1900, daß die Zahl der evangelischen und jüdischen Bevölkerung immer mehr zurückging. Dabei ist die Zunahme der polnischen Bevölkerung nicht durch Einwanderung erfolgt, sondern beruht auf der natürlichen, die deutsche übertreffenden Zunahme, die erst in der Gegenwart im Tempo sich der deutschen etwas angeglichen hat. In dieser Tatsache ist die innere Entwicklung des polnischen Volkes, soweit Posen und Westpreußen in Frage kommen, am besten gekennzeichnet. Seit 1803 hat es einen starken Aderlaß nicht mehr erfahren, ist innerlich gesundet und hat die natürlichen Kräfte des niedrig stehenden Volkes gegenüber dem Volke einer älteren Kultur betätigt. Das allmähliche Aufsteigen aber von den unteren Schichten in die oberen hat auch auf diesem Gebiete bei den Polen gewirkt. Wenn im Durchschnitt des preußischen Staates die Deutschen von 1890 bis 1905 um 24,6%, die Polen um 24,7% zugenommen haben, so beweist das, daß auch die Polen in dieser Beziehung in die Stelle eines Volkes älterer Kultur einrücken.

Dieses polnische Volk hat sich nun auf das stärkste organisiert. Kaum irgendwo treibt die „Vereinsmeierei" solche Blüten, wie im polnischen Volke, nirgendwo dient alle Vereinsarbeit so sehr einem bestimmten, dem nationalen Ziele der Wiederaufrichtung eines eigenen Staates. Das zeigt sich besonders auf dem genossenschaftlichen Gebiete, wo der Verband der Genossenschaften und die Verbandsbank sich so außerordentlich entwickelten. Dieses ganze große System verdankt seinen Ausbau vor allem dem Patron, der seit 1892 an der Spitze des Genossenschaftsverbandes stand, aber schon seit 1872 darin arbeitete, dem 1910 verstorbenen Propste Wawrzyniak. Er hat das Genossenschaftswesen, obwohl daraus alle Politik verbannt ist, zu einer politischen Macht des polnischen Bauerntums gemacht, die ergänzend neben die Bauernvereine tritt. Neben ihm ist zu nennen der Leiter der Verbandsbank Kuszetelan, der dieses Institut zur polnischen Zentralbank gemacht hat und unter dessen Leitung es auch in wertvolle Beziehungen zum deutschen Geldmarkt eingetreten ist. Ohne die letzteren und ohne die direkte Unterstützung des deutschen Kapitals wäre überhaupt die wirtschaftliche Entfaltung der Polen nicht denkbar gewesen. Diese ganze genossenschaftliche Entwicklung ist gewissermaßen die Krone einer durch zwei Menschenalter hindurchgehenden Aufwärtsbewegung des polnischen Bauern. Er ist im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ein völlig andrer Mensch geworden und stellt so heute das Hauptkontingent für die bewußte nationalpolnische Demokratie.

Dieser bäuerliche Mittelstand ist weiterhin verstärkt und ergänzt worden durch die Kleinsiedelung. In dem Kampf um den Boden haben sich auf diesem Gebiete die Polen den Deutschen als überlegen gezeigt, der bedürfnisslosere Pole, der als Sachsengänger sein Geld verdient, kann zu viel niedrigeren Bedingungen als Kleinsiedler leben als der Deutsche, der doch immer besser existieren will. So viele Polen in die industrielle Arbeit gegangen sind, so wenig hat das den Hunger nach Land gemindert, im Gegenteil: was im Westen verdient worden ist, ist vor allem dazu verwandt worden, in der Heimat ein Stück Land zu kaufen, auf dem die anderen Angehörigen dann wenigstens vegetieren. Die polnischen Parzellierungsgenossenschaften und -Banken haben diesen Prozeß gefördert, sehr oft mit weitgehendster Aussaugung des kleinen Mannes, der in seinem Landhunger bereit war, geradezu unsinnige Preise dafür zu zahlen. So sind über 200000 solcher Zwergwirtschaften in beiden Provinzen entstanden, und erst die Novelle zum Ansiedlungsgesetz im Jahre 1904 hat diesen Prozeß sehr stark eingeengt und teilweise unmöglich gemacht, der zu einem Teil den Nutzen der deutschen Siedlungsarbeit wieder aufhob.

Die Entwicklung des städtischen Mittelstandes auf der polnischen Seite ist dagegen nicht so schnell gegangen. Immerhin ist seit Anfang der 80er Jahre die wirtschaftliche Depression, die seit 1873 anhielt, überwunden worden und die polnischen Gewerbevereine haben 1895 endlich die Gründung eines Verbandes erreicht. Die Organisation des Gewerbes kann aber noch bei weitem nicht mit der des Landes verglichen werden. Vor allem fehlt noch so gut wie ganz die Anwendung des genossenschaftlichen Gedankens. Aber gegenüber dieser entstehenden

polnischen Handwerkerorganisation muß anerkannt werden, daß sie, während das deutsche Handwerk doch sehr stark staatlich gefördert worden ist, alles sich selbst verdankt.

Neben den Handwerkern stehen bereits Vereine von Kaufleuten verschiedener Art, die wenigstens die Ansätze einer polnischen Kaufmannschaft darstellen.

Eine Stufe tiefer findet die Arbeiterwelt in den Städten ihre Organisation in den Zweigen der großen polnischen Gewerkschaft „Berufsvereinigung", auf dem Lande in dem „Verbande der katholischen Arbeitervereine", der unter Leitung der Geistlichkeit die Landarbeiter organisiert und zusammenhält. Nimmt man dazu noch die Organisation der Sokols, die seit zwei Jahrzehnten schon tätig waren, als sie 1893 sich in einem Verbande zusammenschlossen, ferner den Verband der Volksbibliotheken, der 1880 gegründet worden ist, und den 1903 entstandenen Strażverein, sowie die im Zentralwahlkomitee gipfelnden Kreiswahlkomitees, so sind damit wenigstens die hauptsächlichsten Organisationen der Polen auf wirtschaftlich-sozialem und politischem Gebiete genannt. Das Bild ist bei weitem nicht erschöpfend. Denn das ist das Charakteristische für die letzten anderthalb bis zwei Jahrzehnte, daß sich dieses Volk in einer Weise den Gedanken der Organisation auf allen Gebieten, manchmal grotesk und fast lächerlich, zu eigen gemacht hat, die in vollem Widerspruch steht zu der Geschichte desselben Volkes bis 1863, die gerade durch den Mangel an aller Organisationsfähigkeit und Disziplin ausgezeichnet ist. Als Ergebnis dieser Entwicklung steht nun heute vor uns eine in Genossenschaften und Vereinen organisierte Bauernschaft in Posen und Westpreußen, an die sich ein noch im Entstehen begriffener städtischer Mittelstand anlehnt, der durch die Agitation in Verbindung gebracht worden ist mit dem oberschlesischen Polentum als dem einen Flügel und der mit dem Polentum im Rheinland und Westfalen als dem anderen Flügel noch fester innerlich zusammenhängen will, da die in der Sachsengängerei und in der industriellen Arbeit erworbenen Löhne immer wieder in die entstehende Volkswirtschaft der Heimat hereingeführt werden und so in diese neues Blut bringen. Es bedarf dann keiner weiteren Ausführungen, daß damit die demokratische Entwicklung ungeheuer gefördert worden ist und daß, während der Einfluß der Geistlichkeit mindestens auf dem Lande noch sehr groß geblieben ist, die Stellung des Adels sehr zurückgedrängt worden ist und wird. Die kosmopolitische Aristokratie steht heute so gut wie abseits, und der Adel in den Provinzen selbst verliert mehr und mehr Terrain, wenn er es nicht vorzieht, demokratische Allüren anzunehmen und in der wirtschaftlichen Arbeit der Gegenwart selbst eine Stelle mit einzunehmen.

Zu einem großen Teil ist diese zweifellos stattliche Entwicklung auf der polnischen Seite ermöglicht worden durch den deutschen Angriff, der seit 1880 den Polen auf den Leib rückte, aber zugleich Hunderte von Millionen Mark in diese bis dahin so mittelarmen Provinzen geworfen hat. Dadurch ist der Kampf um den Boden begonnen worden seit 1886, zur selben Zeit also, da der Bedarf der westlichen Industrie nach fremden Arbeitern begann. Seit 1894 ist der Kampf schärfer und schärfer geworden, während der industrielle Aufschwung des Westens weiterhin

immer mehr Polen in seinen Strudel hereinzog und sie durch seine Löhne materiell für diesen Kampf kräftigte. Daher hat auch die deutsche Seite sich immer mehr und mehr organisieren müssen. Seit 1895 hat man sich deshalb bemüht, auf ländlich-genossenschaftlichem Gebiete den Vorsprung der Polen einzuholen. Aber so großes darin schon geleistet ist, es ist sicherlich auf dem Gebiete der eignen auf sich selbst gestellten Organisation das Polentum noch durchaus im Vorsprung. Dafür findet das deutsche Element Rückhalt am Staate, der ja außerordentliche Opfer für diese Länderteile gebracht hat. Das Rückgrat in dieser staatlichen Arbeit war und ist die Tätigkeit der Ansiedlungskommission. Diese Tätigkeit ist zunächst ein Glied der Polenpolitik, aber zugleich der wichtigste Teil der inneren Kolonisation, für die wichtig ist, daß der große Besitz in den Bezirken Posen, Bromberg und Marienwerder heute noch fast die Hälfte der landwirtschaftlich genutzten Fläche umfaßt, und daß Posen die Provinz ist, in der der Latifundienbesitz die größte Ausdehnung im preußischen Staat hat. Die Wirkungen dieser über zwei Jahrzehnte sich erstreckenden Tätigkeit gehen über den nationalen Kampf weit hinaus, sie haben die Provinzen materiell unendlich gehoben, was sich bereits in den direkt gar nicht von ihr erfaßten Städten geltend macht, haben freilich auch Schattenseiten hervorgerufen in einer entwickelten Güterspekulation und einer ungesunden Steigerung der Güterpreise.

Für den deutschen städtischen Mittelstand hat allerdings schädigend gewirkt die an sich notwendige Wirtschaftspolitik des Staates, ferner jene befreiende Gesetzgebung der 60er Jahre, die Abwanderung gerade der besten deutschen Elemente, die polnische Konkurrenz und dann der Kampf mit dem Großbetrieb. Schon in den 70er Jahren lösen sich einzelne Gewerbe auf, und mehr und mehr hat das deutsche Handwerk und Gewerbe zu kämpfen und zu ringen, ebenso wie der Hausierhandel. Da ist nun für die deutsche Seite von größter Bedeutung, daß an eine wirkliche Industrialisierung der beiden Provinzen nicht zu denken ist. Trotz aller Versuche sind die entscheidenden Schwierigkeiten nicht zu überwinden, da es an Kohlen und Rohstoffen fehlt und vor allem am nötigen deutschen Arbeitermaterial. Die beiden Provinzen werden auch in der Zukunft sich vorwiegend landwirtschaftlich weiterentwickeln.

Der Raum erlaubt es nicht, die Entwicklung der beiden Gebiete im Norden und Süden zu schildern, die das posen-westpreußische Polentum als seine Flügel betrachtet und auf alle Weise zu erobern sich bestrebt. Auch in Masuren und der Kaschubei einerseits und in Oberschlesien andererseits ist durch die polnische Agitation ein erbitterter und gefährlicher nationaler Kampf entzündet worden. Dieser zwingt den Staat auch hier, in Gegenden, die bis in die Gegenwart herein friedlich lebten, eine bewußte Nationalitätenpolitik zu treiben, deren Wege freilich noch nicht im einzelnen und überall klar sind. Mit der Kaschubei streben die Polen, ihr „Fenster zum Meere“ zu erobern im Sinne der jagellonischen Idee, in Oberschlesien gewinnen sie die immer engere Fühlung mit dem österreichischen und auch dem russischen Polentum, die so sehr gefährlich werden kann. Im ganzen sucht so von der Weichselmündung bis Myslowitz die bewußte polnische Be-

wegung und Arbeit von heute ein Gebiet von dem des Deutschtums abzuschnüren, das zu erhalten für dessen Stellung eine unbedingte Lebensnotwendigkeit ist. Und mit den Hunderttausenden nun schon seßhaft gewordener Polen des Industriegebiets greift diese polnische Ausdehnung bereits in das Herz- und Kernstück Deutschlands, in das alte Mutterland herein.

Erst in den letzten Jahren ist dem deutschen Volke deutlicher vor Augen getreten, wie weit diese Entwicklung des polnischen Volkes zur besonderen Wirtschaftsmacht schon gedrungen ist. Damit wird die polnische Frage in einem ganz anderen Sinne zur Gefahr als früher. Während man in ihr früher eine gefährliche Arbeit der Verschwörung und internationale Konflikte sah, beginnt jetzt in ihr ein andrer Charakter hervorzutreten. Durch die Modernisierung des wirtschaftlichen und geistigen Lebens scheint dieses polnische Volk reif zu werden zum nationalen Staat und scheint sich damit eine Ablösung vom Deutschen Reiche eigentlich von selbst hier vorzubereiten statt durch Gewalt, um dann, wenn der Deutsche aus den polnischen Gebieten Preußens wirtschaftlich verdrängt ist und die polnische Wirtschaftsmacht in diesem sich vollkommen gefestigt hat, die Anlehnung zu finden an die galizischen und russischen Brüder.

Aus alledem ergibt sich die Stellung Deutschlands ohne weiteres. Wir sagen Stellung Deutschlands, denn es ist eine Zukunftsfrage des ganzen deutschen Volkes, ob dem preußischen Staat die Behauptung der Warthe- und Weichselgegenden bleibt. Die zentraleuropäische Stellung Deutschlands beruht auf den beiden Flügeln westlich und östlich der Elbe gleichmäßig, und die Schwierigkeiten des östlichen Flügels, die in seiner nationalen Gliederung liegen, fühlt der westliche Flügel von selbst mit. Auf diesem Hintergrunde erscheint die preußische Polenpolitik, deren einzelne Phasen durch das 19. Jahrhundert hier besprochen worden sind bis zu dem System des Angriffs und der Repression und positiven Kulturförderung in der Gegenwart, erscheint der Nationalitätenkampf allein im richtigen Lichte. Es ist der Augenblick zu erstreben, in dem der Druck der deutschen materiellen und geistigen Kräfte auf die Polen so groß wird, daß in ihnen die Überzeugung Gemeingut wird: Was auch im russischen und österreichischen Anteil vorgeht, wir können materiell und geistig aus dem deutschen Anteil nicht mehr heraus. Dann werden die Wirkungen der wirtschaftlichen Zusammenhänge, der Schule, des Militärdienstes usw. allgemein hervortreten. Dieser Moment wird aber um so eher erreicht, je stärker die Durchsetzung des preußischen Anteils mit dem deutschen Elemente wird. Es kann nicht darauf ankommen, die polnische Wirtschaftsmacht zu zertrümmern oder gar die polnischen Untertanen aus dem Lande zu treiben. Wenn die Kulturarbeit des Staates auch ihnen zugute kommt, so ist dagegen nichts zu sagen, das ist einfach die sittliche Pflicht des Staates gegen seine Untertanen anderer Zunge. Dagegen hat der Staat die Pflicht, den nationalgemischten Charakter dieser polnischen Gebietsteile immer mehr zugunsten des deutschen Elementes zu verschieben. Wir haben die große Bedeutung des altangesessenen deutschen Elementes in den in Frage kommenden Provinzen scharf betont und gesehen, daß die Gestaltung der polnischen Frage, wie sie den Deutschen

gegenübersteht, in der Hauptsache zurückgeht bereits bis in die Zeiten der Kolonisation des Mittelalters. Diese ist dann im 18. und vor allem im 19. Jahrhundert wieder aufgenommen worden. Wir haben ferner gesehen, wie die Stellung des Deutschtums, bis Ende der sechziger Jahre im Vordringen und dann bis zum Beginne des 20. Jahrhunderts ununterbrochen im Zurückgehen ist. Die Statistik ergibt, daß dieser Rückgang zum Stillstand gebracht ist durch die Wirkung der staatlichen Arbeit, das Sinken der Kinderzahl bei den Polen, das mit ihrer steigenden Kultur ganz von selber eintritt, die Möglichkeit, Deutsche mit sehr starkem Kinderreichtum in den Rückwanderern anzusetzen — das sind die Hauptgründe dafür, die sich noch stärker geltend machen werden, wenn eine größere Ansetzung deutscher Landarbeiter gelingt. Dabei verdrängt die staatliche Arbeit die wirklich produktiven Schichten des polnischen Volkes nicht, nicht den polnischen Bauern, denn sie besiedelt größere Güter, und nicht den polnischen Bürger. Sie steht nur im Kampfe gegen den Fanatismus der Geistlichkeit und gegen eine Agitation, die unmögliche und unerfüllbare Forderungen stellt und Hoffnungen erweckt. Je weiter die Überzeugung von der Bedeutung der polnischen Frage für Deutschland dringt, um so stärker wird die Überzeugung werden, daß das Schwergewicht in der positiven Arbeit ihr gegenüber auf dieser Seite ruht, und nicht auf der Seite, die im Kampfe sehr viel stärker hervortritt, d. h. der Sprachen- und Schulpolitik.

Das Ziel aber ergibt sich aus den bisherigen Betrachtungen wohl völlig klar. Für Deutschland wie für Rußland ist die Entscheidung in dem Kampfe um die Vorherrschaft im Osten Europas endgültig. Deutschland kann diesen Osten und im besonderen den unteren Weichsellauf nicht entbehren und Rußland kann sich vom Dnjepr, der Weichsel und Njemen nicht abbringen lassen. Aber beide Staaten stehen der weiteren Entwicklung der polnischen Frage verschieden gegenüber. Rußland kann seinem Anteil weitgehendste Autonomie gewähren, wenn es dessen politisch völlig sicher ist, und kann weiter die neupanslawistische Strömung für sich arbeiten lassen. Deutschland kann das nicht, es steht vielmehr in schroffem Gegensatz gegen diesen Panslawismus, und die Möglichkeit einer polnischen Autonomie in seinen Gebieten ist mit den Versuchen des Jahres 1848 endgültig ausgeschlossen. Dem gegenüber kann es für Deutschland auf Grund der Erfahrungen von 1¼ Jahrhunderten nur die Notwendigkeit geben, positiv das deutsche Element in diesem Osten immer mehr zu fördern und überall über den Kampf der Gegenwart hinweg das Ziel fest im Auge behalten, daß die Lösung dieser polnischen Frage in irgendeiner Form im Laufe der nächsten 1 bis 2 Menschenalter höchstens gefunden werden muß. Länger wird die Geschichte nicht Zeit geben. Bis dahin wird die österreichische und russische Polenfrage so oder so entschieden sein. Bis dahin müssen dann die Vorbedingungen für eine glückliche Lösung im deutschen Anteil erfüllt sein, und erst dann wird es möglich sein, hinter diesem jahrhundertlangen Kampfe zwischen Deutschen und Polen doch schließlich eine Versöhnung zu sehen, die als letztes Ziel der Beziehungen zwischen beiden Völkern doch immer im Auge behalten werden muß.

* * *

Es ist ein Kampf von über fünf viertel Jahrhunderten, den wir in seinen einzelnen Phasen betrachtet haben, seitdem er durch den Zusammenbruch des polnischen Reiches diese besondere Form erhalten hat. In dieser Zeit hat sich auf beiden Seiten viel geändert. Aus dem preußischen Staate, der das polnische Problem zu lösen hatte, ist das Deutsche Reich geworden, dessen gewaltige innere Entwickelung naturgemäß den Blick von dem preußischen Osten ab nach dem Westen mit seiner industriellen Entfaltung gerichtet hat. Und aus dem polnischen Volk von 1772 ist etwas ganz anderes geworden. In einem Menschenalter ist dieser polnische Mittelstand in Stadt und Land entstanden, diese polnische Demokratie, die ihren Hauptsitz in Posen und Westpreußen hat, ihre Flügel ausstreckt nach Oberschlesien und andererseits nach Masuren und der Kaschubei, und die sich die Hunderttausende ihrer Söhne im deutschen industriellen Westen tributpflichtig und treu ergeben hält. Aber haben sich so die Formen des Kampfes erheblich verändert, so ist der Gegensatz derselbe geblieben wie damals. Auch das Deutsche Reich hat dasselbe Lebensinteresse wie der damalige preußische Staat, an seiner heutigen Abrundung im Osten unbedingt festzuhalten. Und daraus ergibt sich, daß, wenn auch nach wie vor die unmittelbare Lösung dieser schwierigen Frage dem preußischen Staate zufällt, das Deutsche Reich und Volk im ganzen daran auch auf das höchste interessiert sind. Auf der anderen Seite aber ist, unter mancherlei Wandlungen und in anderer Fassung, die Hoffnung auf eine Wiederherstellung des polnischen Staates lebendig erhalten worden, wenigstens in großen Kreisen und Massen dieses Volkes. Auch die polnische Demokratie von heute steht dem preußischen Staate in dieser Hoffnung gegenüber, die mit seiner Existenz schlechterdings unvereinbar und unversöhnbar ist, und daraus ergibt sich auch für die Gegenwart, daß der Kampf zwischen diesen beiden Faktoren, diesen beiden Nationalitäten, zunächst auch weiterhin das Zeichen sein wird, unter dem der Osten des preußischen Staates lebt. Er ist, wie die vorstehenden Ausführungen gezeigt haben, nicht von der deutschen Seite aufgenommen worden; wer das behauptet, kennt entweder die Entwickelung des neunzehnten Jahrhunderts und die Gegenwart nicht, oder er verschließt sein Auge der offensichtlichen Gefahr. Oft genug ist der polnischen Seite die Möglichkeit geboten worden, die gegebenen Verhältnisse anzuerkennen und in ihnen die freie Entfaltung ihrer Sprache und Kultur zu erhalten; die zur Versöhnung im neunzehnten Jahrhundert häufig gebotene Hand ist zurückgestoßen worden, und so ist der Kampf mit all den Mitteln, mit denen er heute geführt wird, notwendig geworden. Das ist nicht erfreulich, weder für das Leben des Staates im Ganzen, noch ganz besonders für den Osten selbst und diejenigen, die in dieser beständigen Kampfatmosphäre leben müssen. Aber es nützt nichts, die Augen dagegen zu verschließen, und es ist ein Fehler, der sich schwer rächen muß, wenn man die Erfahrungen von fünf viertel Jahrhunderten in den Wind schlägt und glaubt, die Frage lösen zu können mit friedlichen und versöhnlichen Mitteln, gegenüber einem Gegner, der das nicht will und der bewußt auf allen Gebieten zum mindesten der Absonderung vom geistigen, wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands zustrebt. Je klarer diese Lage auf

der deutschen Seite erkannt wird, um so sicherer wird die Stellung des Staates, seiner Diener und der Bevölkerung überhaupt sein, und um so eher wird dieser Kampf zu dem notwendigen Ende geführt werden können.

Ist das überhaupt möglich, wird nach menschlicher Voraussicht über die weite Fläche unseres Ostens einmal der Friede zwischen den Nationalitäten sich herniedersenken? Ob wir das erleben werden, mag dahinstehen. Die Hauptsache ist doch, daß ein Ziel in diesem Kampfe gestellt wird, auf das hin alle Aktion gerichtet ist. Das Ziel ist so ungeheuer einfach und von Bismarck so präzise bezeichnet worden, daß es eigentlich überflüssig sein sollte, es immer und immer wieder zu betonen: die absolute Notwendigkeit für den preußischen Staat, an seiner Grenze, wie Bismarck sich ausdrückte, sichere Leute zu haben. Das ist das Ziel. Und der Weg, auf dem es zu erreichen ist, kann schlechterdings in einer Zeit der Massenbewegungen nur die zahlenmäßige Verstärkung des deutschen Elementes sein; alles andere, so wichtig es ist, steht erst in zweiter Linie und ergibt sich aus dem ersteren dann von selbst und in zwingender Notwendigkeit. Diese zahlenmäßige Förderung des deutschen Elementes aber ist, wie die Erfahrungen der zwei hinter uns liegenden Jahrzehnte gezeigt haben, nur möglich auf dem Wege der inneren Kolonisation, der planmäßigen und umfassenden Ansiedelung deutscher Bauern, die aus dem Westen kommen, um das Land im Osten dauernd deutsch zu machen. Und dieser Weg führt, wie gleichfalls die Erfahrungen der letzten zwei Jahrzehnte gezeigt haben, zum Erfolge. Wir haben in der Volkszählung von 1905 gesehen, daß der seit 1867 beobachtete Rückgang der Deutschen zugunsten der Polen aufgehört hat, und haben in der Volkszählung von 1910 gesehen, daß die natürliche Vermehrung der Deutschen etwas stärker ist als die der Polen. Diese Tatsachen vermag keine Kritik am Ansiedelungswerk aus der Welt zu schaffen, das allein uns das ermöglicht hat. Sie geben keinen Grund, bereits heute festzustellen, wie es wahrhaftig von wissenschaftlicher Seite geschehen ist, als sei das Übergewicht der Deutschen über die Polen bereits erreicht. Das ist in keiner Weise der Fall. Aber sie geben den Sporn, auf dem bisherigen Wege unter allen Umständen fortzuschreiten und die Hoffnung, daß das notwendige Ziel erreicht wird. Wie kann dieses Ziel genau bezeichnet werden? Es es ist Platz genug auf den weiten Flächen unseres Ostens, neben diesen polnischen Untertanen, die durch die Gewalt der wirtschaftlichen Entwickelung und durch die hoffentlich ununterbrochen fortgesetzte mühevolle Arbeit der deutschen Schule doch auch, mögen sie wollen oder nicht, in den Bannkreis des deutschen Lebens gezogen werden, so viele deutsche Bauern anzusetzen, daß die vorhandene nationale Mischung der in Frage kommenden Provinzen stark genug wird, um diese Gebiete dauernd aus dem Bereich der polnischen Hoffnungen auf die Wiederherstellung ihres Staates auszuscheiden. Die Ansetzung von 40000 deutschen Bauernfamilien im Osten nahm der Entwurf zur Denkschrift für das Ansiedlungsgesetz in Aussicht. 15000 Familien sind heute angesetzt. Geht das Werk in dem Tempo der Jahre 1908, 1909: 1500 Familien im Jahre anzusetzen, weiter, so ist in 15—20 Jahren die Aufgabe

des Gesetzes von 1880 gelöst, das Ziel erreicht, das wir erreichen müssen, aber auch können. Mehr wollen wir in diesem Kampfe nicht, aber das, was darin bezeichnet ist, kann auch unter allen Umständen erreicht werden, wenn der Staat und seine verantwortlichen Organe nur wollen. Denn das ist die große Lehre, sowohl der Kolonialgeschichte unseres Mittelalters, als auch der beschränkteren Ansiedelungstätigkeit der letzten Jahrzehnte, daß es einem bewußten Staatswillen möglich ist, Bewegungen der Massen in seinem Sinne zu beeinflussen und zu lenken. Gewiß handelt es sich in dem Gegeneinander von Deutsch und Polnisch um große Massenbewegungen, die durch Massenentwickelung und Masseninstinkt mit beeinflußt und entschieden werden, aber wie es einem Staatswillen möglich ist, die Wellen eines Flusses nicht über Feld und Land hinfluten zu lassen, sondern durch Uferbau und Dämme ihnen die Richtung zu geben, die er für gut hält, so ist es auch in diesem Fluten der Völker gegeneinander, das seit Jahrhunderten über unseren Osten dahingeht. Nur ohne Opfer und ohne festen und konsequenten Willen ist es nicht möglich, derartige Aufgaben durchzuführen. Es ist der Ruhm gerade der größten Hohenzollern gewesen, daß sie innere Kolonisatoren ihres Staates waren, und es muß der Ruhm der Hohenzollern auch ferner sein, das in sehr viel größeren Verhältnissen der Gegenwart und Zukunft zu bleiben. Die Aufgabe ist erst halb erfüllt, den Osten, die Hälfte der Monarchie, auf dasselbe Niveau zu heben wie den Westen und dadurch dauernd mit ihm zu verschmelzen. Wird diese Aufgabe gelöst, dann ist zugleich auch die schwere Polenfrage der Gegenwart soweit gelöst, als wir es um unserer Sicherheit und Zukunft willen brauchen. Das Verständnis dafür hat in den letzten zwei Jahrzehnten in den breiten Massen des Volkes ganz zweifellos erheblich zugenommen und damit auch die Einsicht und der Wille, Opfer zu bringen. Es ist die Aufgabe des Parlaments und vor allem der verantwortlichen Staatsmänner, diesen Kampf in unserem Osten zu Ende zu führen in einer Zeitspanne, die dem Gegner nicht die Möglichkeit läßt, sich innerlich so zu konsolidieren und durch Rückendeckung bei seinen Stammesgenossen außerhalb des Reiches so zu festigen, daß die Lösung unmöglich wird. Ob dies gelingt oder nicht, das wird zu einem guten Teil über die Stellung des preußischen Staates im Deutschen Reich und über die Stellung des Reiches in Europa entscheiden.

Zeittafel.

I. 1772—1795: Bis zur dritten Teilung Polens.

1772. Erste Teilung. Einordnung Westpreußens in den preuß. Staat: Domhardt.
1788—92. Vierjähriger Reichstag.
1791. Konstitution vom 3. Mai.
1792. Konföderation von Targowica.
1793. Zweite Teilung: Danzig, Thorn, Großpolen, Kujawien und Masowien größtenteils preuß. Einordnung Südpreußens (v. Voß) und Neuostpreußens. „Stummer" Reichstag von Grodno.
1794. Erhebung Kościuszkos; Sieg bei Raclawice, Niederlage bei Maciejowice; Eroberung Warschaus durch Suworow.
1795. Dritte Teilung: Kein Stück Polens mehr selbständig.

II. 1795—1815: Bis zum Wiener Kongreß.

1807—1815: Großherzogtum Warschau unter dem König von Sachsen. Konstitution vom 22. Juli 1805. Aufhebung der Leibeigenschaft.
1809. Einfall I. Poniatowskis in Galizien; Westgalizien kommt zum Großherzogtum.
1812. Generalkonföderation. Beteiligung am Kriege gegen Rußland.
1815. Wiener Kongreß: Vierte Teilung. Festsetzung der heutigen Grenzen, außer dem selbständig bleibenden Freistaat Krakau. Vertrag der drei Teilungsmächte vom 3. Mai 1815 über die künftige Stellung der ehemals polnischen Landesteile.

III. 1815—1830: Bis zum Novemberaufstand.

Statthalter des Großherzogtums Fürst Anton Radziwill. Oberpräsidenten Zerboni di Sposetti und Baumann. Versöhnungspolitik.

1819. Einführung des Bauernschutzes in Posen.
1821. Landschaftlicher Kreditverein für das Großherzogtum begründet.
1823. Regulierungsgesetz. Provinziallandtag in Posen.
1828. Kreisordnung für Posen und Westpreußen. Niedergang der deutschen Tuchmacherei in P. und Verlegung nach dem russ. Anteil; Entstehung der Manufaktur in Łodź.
Seit 1819 geheime politische Verbindungen. In Westpreußen Theodor v. Schön.
1830. 29. November. Ausbruch des Aufstandes in Warschau. Beteiligung aus Posen.
1831. Absetzung der Romanows. Schlachten von Grochow, Białołęka und Ostrołęka. Eroberung von Warschau durch Paskiewitsch.

IV. 1830—1863: Die Emigration in Paris.

Bem. A. Czartoryski. I. Lelewel. Weiße und Rote, Hotel Lambert und Demokratische Gesellschaft, Graf Titus Działyński in Posen. Die großen Dichter Adam Mickiewicz, Julius Słowacki, Graf Sigmund Krasiński: Das „messianische" Polen. Mieroslawski. Wysocki, Milkowski. Verbindung mit der international-revolutionären Bewegung. Hoffnungen auf die allgemeine Revolution, den Krimkrieg, Napoleon III., Alexander II.

1861. A. Czartoryski † („König" von Polen).

V. 1830—1846: Bis zum zweiten Aufstand.

1830—1840: E. H. von Flottwell, Oberpräsident von Posen (seine Denkschrift vom 15. März 1841).
1832. von Grolman, kommand. General des V. Korps (Denkschrift von 1831). Zweite Phase der preußischen Polenpolitik.
1833. Beseitigung der Wahl der Landräte.
1836. Einführung des Instituts der Distriktskommissare. Einführung der Städteordnung von 1831 und Lösung der Mediatstädte von der gutsherrlichen Abhängigkeit. Gerichtsorganisation von 1834. Weiterführung der Agrarreform; Ankauf von Rittergütern. Schul- und Verkehrsförderung. Gesetz von 1833 über die Juden.
1833. Säkularisation der Klöster.
1800—1846. Karl Marcinkowski. Bazar Poznański.
1840. Gründung des Marcinkowski-Vereins.
1838—1841. Konflikt mit dem Erzbischof Dunin.
1840—1872. Dritte Phase der preußischen Polenpolitik: Erst Versöhnung, dann Ignorierung des nationalen Gegensatzes.
1841. Kabinettsordre über die Gerichtssprache.
1842. Instruktion über die Schulsprache.
1843. Adresse des Provinziallandtags. Geheime Verbindungen.

VI. 1846—1850: Revolutionäre Erhebungen.

Die „Centralisacya". Mieroslawski; R. Libelt.

1846. Aufstand in Galizien: Bauern gegen Grundherrn. Vereinigung der Republik Krakau mit Galizien.

1847. Erster Polenprozeß in Berlin. Offener Brief Wielopolskis an Metternich.

1848. 13. März: Ausbruch in Wien. Erhebung in Galizien.

18. März: Ausbruch in Berlin, 20. März in Posen; Gedanke der nationalen Reorganisation des Großherzogtums. Colomb. Willisen. Erzbischof Przyluski.

11. April: Konvention von Jaroslawice.

9. Mai: Kapitulation Mieroslawskis (abermals begnadigt).

Die Polen in der allgemeinen Revolution, namentlich in Ungarn.

Mai, Juni: Aufnahme der westlichen („deutschen") Hälfte von Posen in den deutschen Bund; für die östliche („polnische") Reorganisation, Grenzlinie. § 118 der Reichsverfassung vom 28. März 1849, Antrag Osterrath.

1850. Posen, West- und Ostpreußen durch Bismarck wieder heraus aus dem deutschen Bunde.

VII. 1850—1863: Bis zum dritten Aufstande:

1848—1851. Polnische Liga für Posen und die polnischen Distrikte Westpreußens und Schlesiens.

1857. Neuer Kreditverein für die Provinz Posen (heutige Landschaft). Auflösung des alten 1878.

1861. Gründung des Zentralvereins (Towarzystwo centralne), Organisation des polnischen Großgrundbesitzes; Maxim. Jackowski. „Komitee für das Großherzogtum Posen" unter Graf Dzialynski. Gründung der Gewerbebank (Bank Przemysłowców). Politische Vertretung in der Fraktion des Abgeordnetenhauses

1859. Von 5 auf 26 Mitglieder gestiegen.

1861—1862. Kleinkrieg in der Sprachenfrage. Broschüre des Propstes Prusinowski über „Die polnische Sprache im Großherzogtum Posen gegenüber dem preußischen Rechte". Kirchlich-nationale Demonstrationen.

Posen Teil der Aufstandsbewegung; deren Ziel Rußland.

1863. Aufstand in Russisch-Polen.

1863. 8. Februar: Militärkonvention zwischen Preußen und Rußland; Grenzbesetzung durch Preußen.

1864. 10. April: Aufstand niedergeworfen.

VIII. Seit 1863: Wandlung der sozialen Struktur im polnischen Volke.

1887. Gründung der Liga Narodowa und des polnischen Nationalschatzes.

a) 1872—1886.

1864—1893. Vertretung des Polentums in den polnischen Parlamentsfraktionen.

Seit 1867 Rückgang des Deutschtums in Posen zahlenmäßig.

1867. 18. März. Polenrede Bismarcks im norddeutschen Reichstag.

1871. Aufhebung der katholischen Abteilung im Kultusministerium.

1872. 7. Februar. Brief Bismarcks an den Minister des Innern Grafen Fritz Eulenburg.

1872. Einführung der staatlichen Schulaufsicht in Posen.

1873. Deutsch als Unterrichtssprache. Beginn systematischer polnischer Bauernorganisation durch den Adel (Jackowski): die Bauernvereine Anfang der achtziger Jahre fertig. Seit 1871 Verband der polnischen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (Wawrzyniak). Beginn der Sokolbewegung.

1874. Absetzung des Erzbischofs Ledochowski.

1885. Ausweisungen russischer Polen. Resignation Ledochowskis. Deutscher Erzbischof (Dinder).

b) 1886—1890.

1886. 28. Januar. Rede Bismarcks.

1886. 26. April. Gesetz betr. die Beförderung deutscher Ansiedelungen in Westpreußen und Posen. Ansiedelungskommission: Wittenburg. Gesetze über die Fortbildungsschulen in Westpreußen und Posen und betr. Besetzung der Lehrerstellen. Gründung der Bank Ziemski und der Bank Związku spolek zarobkowych (Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaften — die polnische Zentralbank). Ruszstelan. Parzellierungsgenossenschaften.

1887. Wegfall des polnischen Sprachunterrichts.

Ende der achtziger Jahre: Napieralski in Oberschlesien („Katolik").

c) 1890—1894.

1890. 1891. Rentengutsgesetzgebung.

1892. Verleihung des Revisionsrechts an den polnischen Genossenschaftsverband.

1892—1906. Sl. Stablewski, Erzbischof.

1891. Gestattung des polnischen Privatunterrichts.

Bis 1893. Stellung der polnischen Fraktion im Reichstag. Kampf zwischen Hofpartei und Volkspartei. Kościelski Führer der ersteren.

1894. März: Erlaß betr. polnischen Lese- und Schreibunterricht.

August: Rede Kościelskis in Lemberg.

September: Reden des Kaisers in Marienburg und Thorn, Bismarcks in Varzin. Gründung des „Deutschen Ostmarkenvereins".

Oktober: Rücktritt Caprivis und Eulenburgs.

d) 1894—1902.

1898. Erneuerung des Fonds der Ansiedelungskommission.
1898. Erlaß an die Oberpräsidenten der gemischtsprachigen Provinzen (sog. Beamtenerlaß).
Seit 1895: Entwicklung des deutschen Genossenschaftswesens (Ansätze schon seit 1860).

e) 1902—1911.

1903—1911. Oberpräsident v. Waldow in Posen.
1902. 13. Januar. Rede des Fürsten Bülow über die Polenfrage.
1902. Aufschüttung des Fonds der Ansiedelungskommission.
1903. Gründung der Akademie in Posen.
Seit 1903: Deutlicherwerden der polnischen Bewegung in Oberschlesien.
1904. Gründung der technischen Hochschule in Danzig.
1904. Novelle zum Ansiedelungsgesetz.
1904. Gründung der deutschen Mittelstandskasse.
1905. Gründung des Straźvereins.
1905. Der Rückgang des Deutschtums zum Stillstand gekommen.
1906. Gründung der deutschen Bauernbank.
1906—1907. Schulstreik.
1907. Gründung der Kreditanstalt für städtische Hausbesitzer in Posen und Westpreußen.
1908. Enteignungsgesetz. Vereins- und Versammlungsgesetz.
1910. Prälat Wawrzyniak †.
1912. Besitzfestigungsgesetz.
1912. Nov. Erste Anwendung des Enteignungsgesetzes.

Gesamtzahl des polnischen Volkes

(in runden Zahlen):

Rußland: $12^1/_2$ Millionen, davon 11 im Zartum.
Österreich: 4 Millionen.
Preußen: $3^1/_2$ Millionen (einschließlich Masuren und Kaschuben), davon 1,7 Millionen in Posen und Westpreußen, 1,2 Millionen in Schlesien, 300000 in Ostpreußen, 320000 im Reich.
Sonst $3^1/_2$ Millionen, davon der Hauptteil in den Vereinigten Staaten.

Literaturübersicht.

Brandenburger, C., Polnische Geschichte. Sammlung Göschen 1907.
Schmidt, E., Geschichte des Deutschtums im Lande Posen. Bromberg 1904.
Warschauer, A., Die Epochen der Posener Landesgeschichte. Posen 1904.

Bis 1795.

Baer, M., Westpreußen unter Friedrich d. Gr. 2 Bde. 1909.
Beer, A., Die erste Teilung Polens. 2 Bde. 1873.
Koser, R., König Friedrich der Große. 3. Aufl. 2 Bde. Stuttgart 1908.
Prümers, R., Das Jahr 1793. Posen 1895.

Bis 1815.

Guradze, Fr., Der Bauer in Posen. I. 1772 bis 1815. Posen 1908.
Klebs, J., Die Landeskulturgesetzgebung, deren Ausführung und deren Erfolge im Großherzogtum Posen. Berlin 1860.
Schottmüller, R., Der Polenaufstand 1806/07. Posen 1907.
Treitschke, H. v., Deutsche Geschichte im 19. Jahrh. I. Bd.

Bis 1830.

Knapp, G. F., Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Teilen Preußens. Bd. II. Leipzig 1897.
Laubert, M., Studien zur Geschichte der Provinz Posen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Posen 1908.
Treitschke, H. v., a. a. O., Bd. II.

Bis 1848.

Im Polenaufruhr 1846/48. Aus den Papieren eines Landrats (Juncker von Oberconreut). Gotha 1898.
v. Flottwell, Denkschrift über die Verwaltung des Großherzogtums Posen vom Dezember 1830 bis zum Beginn des Jahres 1841. (Abgedruckt in Knorr, Die polnischen Aufstände. Anlage 3.)
v. Grolman, Bemerkungen über das Großherzogtum Posen. Glogau 1848.
Hepke, R., Die polnische Erhebung und die deutsche Gegenbewegung im Frühjahr 1848. Berlin und Posen 1848.
Kunz, Die kriegerischen Ereignisse im Großherzogtum Posen April und Mai 1848. Berlin 1898.

v. Moltke, Darstellung der inneren Verhältnisse Polens. 1832.
Schottmüller, R., Handel und Gewerbe im Regierungsbezirk Posen bis zum Jahre 1851. Posen 1901.
Treitschke, a. a. O., Bd. V.
v. Voigts-Rhetz, Aktenmäßige Darstellung der polnischen Insurrektion im Jahre 1848 usw. Posen 1848.
v. Willisen, Akten und Bemerkungen über meine Sendung nach dem Großherzogtum Posen im Frühjahr 1848. Berlin 1849.

Bis 1865.

Herzog, Die Entwicklung der gewerblichen Verhältnisse im Regierungsbezirk Posen seit 1815. Posen 1867.
Knorr, E., Die polnischen Aufstände seit 1830 in ihrem Zusammenhang mit den internationalen Umsturzbestrebungen. Berlin 1880.

Bis zur Gegenwart.

Belgard, M., Parzellierung und innere Kolonisation in den sechs östlichen Provinzen Preußens. Leipzig 1907.
Bernhard, L., Das polnische Gemeinwesen im preußischen Staat. 2. Aufl. Leipzig 1910.
Bismarck, Reden; Gedanken und Erinnerungen II., Kap. 24.
Bredt, Die Polenfrage im Ruhrkohlengebiet. Leipzig 1909.
Großmann, Fr., Vererbung des ländlichen Grundbesitzes in Posen. 1905.
Hugenberg, A., Bank- und Kreditwirtschaft des deutschen Mittelstandes. München 1906.
Jaffé, M., Die Stadt Posen unter preußischer Herrschaft. Leipzig 1909.
Kalkowski, Die Verwaltungsreform in der Provinz Posen und das Gesetz über die Landesverwaltung vom 30. Juli 1883. Posen 1889.
Langhans, P., Die Provinzen Posen und Westpreußen (Nationalitätenkarte). 9. Aufl. 1907.
Noah, G. A., Die staatsrechtliche Stellung der Polen in Preußen. Berlin 1864.
Preußische Städte im Gebiete des polnischen Nationalitätenkampfes. Von Zitzlaff, Vosberg, Karpinski. Leipzig 1909.
Sering, M., Die innere Kolonisation im östlichen Deutschland. Leipzig 1893.
Sohnrey, Eine Wanderfahrt durch die Ansiedelungsgebiete. Berlin 1897.
Spandowski, Die polnischen Gewerbevereine. Posen 1909.
Szóldrski, Graf J., Die landwirtschaftliche Entwicklung der Provinz Großherzogtum Posen von 1872 bis 1900. Posen 1903.
Wegener, L., Der wirtschaftliche Kampf der Deutschen mit den Polen um die Provinz Posen. Posen 1903.
v. Wilamowitz-Moellendorff, Die Provinz Posen und die neue Kreisordnung. Berlin 1877.
Zimmermann, R., Die „Bank Przemysłowców". Posen 1907.
Zwanzig Jahre deutscher Kulturarbeit. Tätigkeit und Aufgaben neupreußischer Kolonisation in Westpreußen und Posen. Berlin 1907.

* * *

Ostland, Jahrbuch für ostdeutsche Interessen. Herausg. von A. Dietrich, O. Hötzsch, M. Laubert, D. Schäfer, M. Sering, L. Wegener, R. Wiedenfeld, E. Zechlin. I. Band. Lissa 1912.

Sachregister.

(Die Zahlen beziehen sich auf die Seiten.)

Acker- und Pflanzenbau Westpreußen 315.
Adalbertstein, St., 97.
Adel, Macht des, in Polen 25, 32—35, und Bürgertum in Posen im Mittelalter 211, Bedrückung des Bürgertums durch den Adel 215.
Akademie, Kgl. Posen 527.
Alluvium 99.
Ansässigmachung von deutschen Arbeitern 430.
Ansiedlung, bäuerliche, in Posen 167, im 13. Jahrhundert 204, Ansiedlungswerk 420 ff., Ansiedlungsdorf Gollenhofen 428, Ansiedlungspolitik 501, Ansiedlungskommission, Aufkauf von Herrensitzen 167, neue Dörfer 168, im Kreis Briesen 199, in Posen 270, von Katholiken 433.
Arbeiter, ländliche, aus Deutschland in Polen 31, 32, landwirtschaftliche in Posen 301, landwirtschaftliche in Westpreußen 322, Frage in der östlichen Industrie 342, Verhältnisse der Berg- und Hüttenarbeiter in Oberschlesien 388, Wohnungswesen der 390, Arbeiterkolonien 390, Ansässigmachung 430.
Arnim-Boitzenburg siehe Oberpräsident.
Aufstand, polnischer, in Wassenau 50, 53, 554, von 1848 54 f.
Ausfuhr westpreußischer Städter im Mittelalter 227, Danzigs 340.
Ausstellung, Ostdeutsche, Posen 1911 353, 417, 513.

Bakteriologisches Institut 321.
Bank, Besitzbefestigungsbank in Posen und Danzig 430.
Bamberger Ansiedlung 33, 474.
Bau- und Kunstdenkmäler der Ostmark 259 ff.
Baugenossenschaften 452.
Baugewerbe 337.
Baugewerkschulen 402 ff.
Baustelle, landwirtschaftliche, in Westpreußen 322.
Bauerngüter in Posen 167, polnische 169.
Beamte, landwirtschaftliche, in Posen 304.
Berg- und Hüttenwesen des oberschlesischen Industriebezirks 360 ff., historisches 364.
Bernstein, Funde, 107.
Besitzverteilung (ländliche) in Posen 270, in Westpreußen 311.
Beurmann, von, siehe Oberpräsident.
Bevölkerungsbewegung in den Städten 219.
Bibliothek, Posen 523, Bromberg 525, 537.
Bienenzucht in Posen 295, in Westpreußen 326.
Bierbrauerei in Westpreußen im Mittelalter 232, 235.
Birnbaum 180.
Bismarck, Ministerpräsident, 59, und die polnischen Bestrebungen 478, 479, Politik als Abgeordneter 595, 1872—86 604, 1886—1890 608.
Blei-Erz, oberschlesisches, 361, Industrie 385.
Bock, Wilhelm, siehe Unterrichtswesen.
Bodenbenutzung in Posen 271, in Westpreußen 307.
Bodenentstehung des Landes Posen 86 ff.
Bomst 160.
Both, Heinr. v., siehe Ansiedlungswerk.
Braun, Fritz, siehe Land und Leute.
Braunkohle in Posen 90.
Briesen 199.
Bromberg, Begründung, 24, Temperaturverhältnisse 67, Frosttage 71, Schilderung 178, Gründung 205, Preußisch 215, Kaiser-Wilhelm-Institut für Landwirtschaft 286, 529, Bromberger Kanal 333, Handwerksschule 396, 404, 529, Kunstgewerbeschule 405, 529, staatlich gewerbliche Fortbildungsschule 410, Volksschulen 500, Lehrerseminar 502, Bibliothek 523, Nahrungsmittel-Untersuchungsamt 529.
Buchstelle, landwirtschaftliche, in Westpreußen 322.
Bürgertum, im Gegensatz zum polnischen Adel 211. 215.

Cabinen, Tonwarenfabrikation 351.
Calmerland, Culm, siehe unter K.
Chausseen 460.
Chemische Industrie 352.

Danzig, unter slawischen Landesherrn 16, Deutsch 23, polnisch 27, Weinbau 1635 82, Witterung und Klima 1809 83, Danziger Bucht 103, Stadt 182, 188, 192 ff., Handel im Mittelalter 226, Polnisch 229, Marienkirche 264, Artushof 265, Handel 338, Kaiserhafen 338, Einfuhr 339, Ausfuhr 340, Schiffsverkehr 341, 464. — Langfuhr, Gewerbe- und Haushaltungsschule 407, Städtische Handels- und Gewerbeschule 412, Naturforschende Gesellschaft 535, Kgl. Technische Hochschule 536, Staatsarchiv 538, Kunstdenkmäler 541, Kunstleben 544.
Deutsch-Eylau 198.

Deutsch-Krone, Kgl. Baugewerkschule 403.
Deutsche in Westpreußen 181, in den Gewerkschaften Westpreußens im Mittelalter 225.
Deutschenhaß, polnischer, 27.
Deutsche Orden siehe Orden.
Deutsches Recht siehe Recht.
Deutschtum, Förderung des, 30, und Polentum im Mittelalter 209.
Dichtkunst 544.
Dorpat 23.
Düngemittel, Anwendung künstlicher in Posen 277.
Dünen 100, Bildung in Westpreußen 118.

Einfuhr westpreußischer Städte im Mittelalter 227, Danzigs 339, Einkaufsgenossenschaft 450.
Einwanderung, deutsche, unter Ritterorden 30, um 1200 204, im 30jährigen Krieg in Schlesien und Posen 212.
Eisenbahn, Posen und Westpreußen 331, Oberschlesischer Industriebezirk 368, Allgem. 465.
Eisenerz, oberschlesisches, 361.
Eisenindustrie, oberschlesische, 377.
Eiszeit (Interglazial) 95 ff.
Elbing 23, 27, Elbinger Höhe 102, Stadt 196, 197, Gründung 222, Geschichtliches 231, Marienkirche 252, städtische Gewerbeschule 412, Altertumsgesellschaft 533, Kunstmuseum 543, Kunstverein 544.
Erratische Blöcke 97.
Erzlager, oberschlesische, 363.
Erin, Stadtgründung 1262 207.

Fachschulen, gewerbliche, 402 ff.
Fischzucht in Posen 295, in Westpreußen 325.
Flößerei von Holz 332, 463.
Flottwell siehe Oberpräsident 50, 482, 486, 555, 579.
Förderung, staatliche, von Gewerbe und Handwerk 401.
Forstwirtschaft siehe Kapitel Land- und Forstwirtschaft Posen 270 ff., 306, Westpreußen 327, forstwirtschaftliche Industrie 344.
Fortbildungsschulen 396, in Posen und Westpreußen 407, staatliche und Gewerkschulen in Posen 409.
Frauenburg, Kathedrale, 261.
Fraustadt, Gründung 205, Tuchmacher 214, Ordnung 215.
Friedrich Barbarossa 6, 10, 19.
Friedrich der Große 36, 42, Besitznahme des Netzedistrikts 215, Besitznahme Westpreußens 234, und der oberschlesische Bergbau 365.
Friedrich Wilhelm II. 39, 43, Besetzung Posens 215.
Friedrich Wilhelm III. 45, 46, 47.
Friedrich Wilhelm IV. 52, 558.

Gallus, Martinus, Chronist 204.
Geflügelzucht in Posen 293, in Westpreußen 325, 432.
Geisenheimer, Paul siehe Berg- und Hüttenwesen.
Gemüsebau in Posen 283.
Generalkommission 422.
Genossenschaften im Mittelalter 225.
Genossenschaftswesen 418, 437, 447 ff., 611.
Geographisches von Oberschlesien 361.
Geologisches von Oberschlesien 361.
Geologie 535.
Gerichtswesen 552.
Germanen, Verbreitung der, 1 ff.
Germanisierung des Nordostens 12.
Geschichtliche Einleitung 1 ff.
Gewerbe, polygraphisches, 353, und Handwerk 392, Gewerbeschulen für Mädchen 405, und Fortbildungsschulen 407, Förderung des 416.
Gewerbebücherei 418.
Gewerke 225, Gewerkschulen 409.
Gips in Provinz Posen 80, bei Wapno 177.
Gnesen 20, 176, Residenz polnischer Fürsten 204, Gründung 205, magdeburgisches Recht in Gnesen 208, Ordnungskommission 215, Dom zu 242, städtische Haushaltungs- und Gewerbeschule 406, städtische Handels- und Gewerbeschule 411.
Gollenhofen, Ansiedlung, 4, Posen 428.
Graudenz 186, 187, Kgl. Maschinenbauschule 404, Museum 543.
Grolmann v., General 576, 579.
Großgrundbesitz 49, Ankauf polnischen, durch Staat 51, Herrensitze des 166 ff., Änderung des in Posen 270.
Grundzins bei Städtegründungen in Posen 207.
Gurlitt, Ludwig, 530.

Haldeberg bei Schildberg 163.
Handel und Industrie in Posen und Westpreußen 330.
Handelsbeziehungen der Posener Kaufleute 211.
Handelskammern 341.
Handelspolitik der deutschen Ritterorden siehe Orden.
Handelsschulen für Mädchen 405, allg. 414.
Handwerker in westpreußischen Städten 225, Generalhandwerksordnung 236.
Handwerk und Gewerbe 392 ff., Handwerkskammern 392, Handwerksschule in Bromberg 396, 404, Zurücksetzung des H. bei Gewerbelieferungen 398.
Haushaltungsschulen für Mädchen 405, im Ansiedelungsgebiete 434.
Hedwigstein 97.
Heinrich I. 4, 6, 8, II. 18, IV. 6.
Hermann von Salza 221.
Historisches über den oberschlesischen Bergbau 564.

Hoetzsch, Otto, Nationalitätenkampf 567 ff.
Hohensalza 177, Gründung 205, preußisch 215, Gewerbe-, Handels- und Haushaltungsschule 407.
Holländische Ansiedelungen in Posen 167.
Holzhafen von Brahemünde und Thorn 335.
Holzindustrie 346, Holzarbeiter-Lehrwerkstätten 413.
Hoffmann, Hermann, Ritter und Edler von, Verfassung und Verwaltung, heutiger Zustand 560.
Hopfenplantagen 180, Hopfenbau in Posen 284.
Hüttenwesen siehe Berg- und Hüttenwesen.

Janowitz 459.
Jesuiten 29.
Industrie im Mittelalter 211, Industrie und Handel 330, Abnehmerin von Rohstoffen 337, östliche 342, landwirtschaftliche 343, Stein- und Erd- 350, und Landwirtschaft 356.
Industriebezirk, oberschlesischer 360, Wasserversorgung des 386, Arbeiterverhältnisse 388.
John, Wilhelm, siehe Industrie und Handel.
Joseph II. 38.
Italienische Architekten in Posen 212, 242, Marienburg 250.
Juden, in der Provinz Posen 165, Einwanderung 209, Judenreglement 219.
Jugendpflege 415 ff.

Kalk, Bildung des 100, Kalkmergelwerke, ostdeutsche 115, Hausdorfer Bruch 177, Kapellenberg bei Sartowitz 186.
Karl der Große 3.
Kartoffelbau 451.
Kasimir der Große 205.
Kassuben, Volk 200.
Kassubisches Hochland 103, Waldungen 145, Seen 201.
Katharine II. 36, 37.
Katholikenansiedlungen 433.
Katholische Kirche 552.
Katholizismus der Polen 170, in Westpreußen 233.
Kaufmannschaft in westpreußischen Städten 225.
Kernsdorfer Höhe 198.
Kirchengeschichte 533.
Kirchenverhältnisse im Ansiedlungsgebiete 433.
Kleinsiedlungsgenossenschaft Ostrowo 431, 616.
Klerus, Polonisierungsbestrebungen des 477.
Klimatologie 63 ff.
Königsberg 23, Dom 262.
Könnemann, Prof., Klimatologie 63 ff.
Kohle, Reichtum Oberschlesiens an 362.
Konitz 202, 232.
Konsumvereine 454.
Kolonisation, Beginn der 13 ff., der Stadt Posen 205, durch den deutschen Ritterorden in Westpreußen 221, innere 422.
Kolmar i. P., Haushaltungsschule 406, gewerbliche Fortbildungsschule 411.
Konstitution, Gewährung der 46.
Korbweidenbau in Posen 285, in Westpreußen 320.
Koschneiderei 441.
Kostschin 205.
Koszielski 612.
Kreditverein für das Großherzogtum Posen 49, neue, 1857, 58.
Kreditwesen, landwirtschaftliches, in Posen 301, in Westpreußen 313.
Kreisstände, Recht der 51.
Krollmann, Christian, siehe Bau- und Kunstdenkmäler der Ostmark.
Krotoschin 164.
Kruschwitz, Residenz poln. Fürsten 204.
Kulm 23, Weinbau im 15. Jahrhundert 82, Stadt 186, Gründung 205, 221, Dom von Kulmsee 260.
Kulmer Land 21, 199, 205.
Kulmer Recht siehe Recht.
Kunst, italienische Architekten 212, Goldschmiede 212, in westpreußischen Städten 227, Bau- und Kunstdenkmäler der Ostmark 239 ff., Spätgotik 241, italienische Künstler 242, italienische Mosaiken der Marienburg 256, des Antoninus von Obbergen 267, Kunstgewerbeschule in Bromberg 404, und Wissenschaft 515 ff., desgl. in Westpreußen 530, Danziger Kunstdenkmäler 541, Kunstgeschichte 541, neuere Kunst 542.

Land und Leute in den Provinzen Posen und Westpreußen 156 ff.
Landesfürsten in Bedeutung für Kolonisation 10.
Landesgeschichte 516.
Landeskunde 534.
Landpflegestationen 434.
Landschaft, Posener, siehe Kreditverein.
Landtag, vereinigter von 1847 47, des „Großherzogtums Posen" 47, Provinzial- 50, erster Posener 51, erster Provinziallandtag 52.
Landwirtschaft: Kapitel: Land- und Forstwirtschaft, Posen 270 ff., landwirtschaftliche Versuchsstation 285, 320, Kaiser-Wilhelm-Institut für L. in Bromberg 286, Vereinswesen in Posen 295, landwirtschaftl. Schul- und Unterrichtswesen 298, Kreditwesen 301, Arbeiter 301, Beamte 304, Industrie 343, als Basis des Wirtschaftslebens 393.
Landwirtschaftskammer in Posen 298.
Lambert, Manfred, siehe Verfassung und Verwaltung, geschichtl. Entwicklung.
Lederindustrie 344, 353.
Ledochowski, von, Erzbischof 489.
Lehrlinge, Lehrlingshaltung 393.
Lehrer- und Lehrerinnenseminare, Posen 405, Bromberg 502.

Lehrwerkstätten 413.
Leute siehe Land und Leute.
Lissa, Begründung von 29, Stadtbild 163 ff., Tuchmacher 214, Zerstörung 1656, 1707 214.
Littauer 22.
Lübeck, Begründung von 16, 23.

Marienburg 27, 189, 247, 249, Goldene Pforte 251, 255, 256, Verein für die Herstellung und Ausschmückung 540.
Marienwerder 187, 222, Kathedrale 261.
Marcinkowski-Verein 53, 588.
Maschinenwesen, Landwirtschaftliches, in Posen 275, Maschinenbau 348, Maschinenbauschulen 403.
Mechau (Kreis Putzig), Tropfsteinhöhle von 116.
Meisterkurse 416.
Meliorationen 425.
Meseritz, Gründung 205, Tuchmacher 214.
Metallverarbeitung 548, Metallarbeiterlehrwerkstätten 413.
Milchwirtschaftliche Versuchsstation in Posen 287.
Minde-Pouet siehe Kunst und Wissenschaft.
Mittelschulen 501.
Mittelstandspolitik 355, 616, 618, 623.
Molkereiwesen in Westpreußen 321, Molkereigenossenschaft 450.
Monumentum, Staatsschrift, 15. Jahrh. 209.
Moorflächen in Westpreußen 115, 149.
Moorkulturen in Posen 279.
Münsterwalder Forst 148.

Nahrungsmitteluntersuchungsamt in Westpreußen 320.
Nakel 205, preußisch 215.
Nationalitätengrenze Deutsch-französische 3.
Nationalitätenkampf und Nationalitätenpolitik 567.
Nationalkomitee 55.
Naturdenkmalpflege 535.
Naturwissenschaftliche Forschungen 535.
Nebengewerbe, landwirtschaftliche 304, 526.
Netzedistrikt, Besiedlung des, 42, Besitznahme 215, Kanal 334.
Neumarkt, älteste deutsche Stadtgründung 204.
Neutomischel 180, 215.
Neuzedlitz, Waisenhaus 457.
Niederdeutschland 7.

Oberdeutschland 4 ff.
Oberpräsident 47, Flottwell 50, Arnim-Boitzenburg 52, v. Beurmann 55, Graf v. Zedlitz-Trützschler 423, v. Wittenburg 423, v. Waldow 615.
Oberschlesischer Industriebezirk siehe Industriebezirk.
Obra, Flußlauf der, 162.
Obstbau in Posen 281, 432, in Westpreußen 318.
Oder, Kanal 334.
Orden, der deutsche, und die Polen 21 ff., 24, Städtegründungen 205, Erscheinen an der Weichsel 221, Handelspolitik desselben 225, Burgen des deutschen Ordens 243, Marienburg als Residenz des, 255, Entfremdung seiner Städte 263.
Ordensgeistliche, deutsche 20.
Ostmarkenverein 437, Büchereien 538.
Osten, Deutsche Ausbreitung nach, 4 ff., Erste Einrichtung und Ordnung unter Friedrich dem Großen 569.
Otto I. 6, 8, 9, 18.
Otto III. 18.

Panslavismus 620.
Papierindustrie 344, 352.
Parzellierungsgenossenschaft, polnische 452.
Pentkowo, Versuchszeit in Posen 285.
Peter der Große 35, 36.
Pfandbriefanstalt, Deutsche 453.
Pferdezucht in Posen 288, in Westpreußen 323.
Pfuhl, Prof. Dr. siehe Bodenentstehung, siehe Pflanzen- und Tierwelt.
Pflanzen und Tierwelt, Posen 119 ff., Westpreußen 141 ff.
Poetschke, Georg siehe Handwerk und Gewerbe.
Polen und Deutsche 18 ff., und der deutsche Orden 21 ff., Teilung siehe dort, und Zentrum 59, gleich „Pole" 97, und Katholizismus 170, in Westpreußen 181, 202, Kämpfe mit Deutschtum im Mittelalter 209, Vordringen im Mittelalter 210, erste und zweite Teilung 215/216, Mittelstandspolitik 355.
Polnischen, Untergang der Selbständigkeit 33, Untertanen Preußens 42, Sprache siehe Sprache, Bauern 169, Tracht 170, Reichstag, Entstehung 211, Sprache der oberschlesischen Bevölkerung 388, Parzellierungsgenossenschaft 452, Bestrebungen des Klerus 477, Anstalten in Posen und Ostrowo 488, Aufhebung des Sprachunterrichts 506, Frage, Entstehung einer polnischen 567.
Polygraphisches Gewerbe 353.
Pommerellen, Süd-, Pomm. Kämpen 105.
Pomesanien 103, 111.
Porzellanfabrik in Kolmar i. P. 351.
Posen 20, Temperaturverhältnisse 66, 69, Bodenentstehung des Landes 86 ff., Posener Ton 88, Pflanzen- und Tierwelt 119 ff., Waldbestand 133, Land und Leute 156 ff., die Stadt von heute 175, Städtewesen in der Provinz 204 ff., Residenz polnischer Fürsten 204, Gründung einer Kolonialstadt bei Posen 205, Anlage der Stadt 206, Magdeburgisches Recht in Posen 208, Posen für das Deutschtum 1312 209, Handelsbeziehungen der Kaufleute, Tuchmacherei im Mittelalter 211, 214, Einwanderung im 30jähr.

Krieg 212, Kommission der guten Ordnung 1775 215, Niedergang der Tuchindustrie 219, Bevölkerungsbewegung 219, Marienkirche in 241, Land- und Forstwirtschaft 270 ff., Warthe-schiffahrt 336, Kgl. Baugewerkschule 403, Kgl. höhere Maschinenbauschule 404, Kgl. Handels- und Gewerbeschule für Mädchen, Pensionat, Haushaltungsschule und Lehrerinnenseminar 405, staatliche Fortbildungs- und Gewerkschulen 409, städtische Handelsschule 414, Pfandbrief-anstalt 453, Kunst und Wissenschaft 515 ff., Kgl. Staatsarchiv 521, Landesbibliothek 521, Kgl. Hygienisches Institut 522, Kaiser Wilhelm-Bibliothek 523, Kaiser Friedrich-Museum 524, Kgl. Akademie 527.
Preuß, Hans, von der Pflanzen- und Tierwelt Westpreußens 141.
Preußen und seine polnischen Untertanen 42.
Preußisch-Stargard 202.
Priesterseminar 474.
Produktionseinrichtung, landwirtschaftliche, in Posen 273.
Protestantismus und Katholizismus in West-preußen 233.
Provinzialgenossenschaftskasse Posen 449.
Provinziallandtag siehe Landtag.
Przemisl I., Herzog 205.

Radziwill, Fürst Anton 550.
Raiffeisen 449.
Raschdau, Gesandter z. D., siehe Vorwort.
Rawitsch 163 ff., 213, 214.
Recht, deutsches, Verleihung durch slav. Fürsten 204, 207, Magdeburgisches 209, 224, Kulmer 208, 221, 224.
Reformation und Gegenreformation 28.
Regenkarte 75.
Reich, das, der Deutschen 2 ff., in der Bedeutung für die Kolonisation 10.
Reichstag, polnischer 211.
Religiöse Einengungen 32, 33.
Reorganisationsversuch 1840—50 589 ff.
Reval 23.
Riga 23.
Rindviehzucht in Posen 289, in Westpreußen 323, 432.
Rogasen 205.
Rückwanderung, deutsche 32.
Ruge, Albert siehe Verkehrswesen.

Saatgutbau in Posen 276, in Westpreußen 318.
Sachsengänger 169.
Samter 180.
Schäfer, Dietrich, Geschichtliche Einleitung 1 ff.
Schafzucht in Posen 292, in Westpreußen 324.
Schauspielkunst 545.
Schichau 348.
„Schiefe Berge" 98.
Schiffbau 348.
Schiffahrtsstraßen, Haupt- in Posen und West-preußen 332.
Schiffverkehr in Danzig 340, 462, 464.
Schildberg, Kreisstadt 163.
Schleppdampfer 335.
Schlesien, erste Besiedlung 16, Entwicklung des Deutschtums in 24, losgesagt von Polen 24, 30jährige Krieg 212.
Schneidemühl 170, städtische Haushaltungs- und Gewerbeschule 406, staatlich kaufm. gewerb-liche Fortbildungsschule 411.
Schrimm, Gründung deutscher Kolonisten 205.
Schule, polnische Sprache in der 44, Förderung durch Flottwell 51, Kgl. Baugewerkschulen 402 ff.
Schulaufsichtsgesetz in Posen und Westpreußen 479.
Schulpolitik, preußische 48, in den 50er Jahren 58, Schulkrieg 607.
Schulstreik 483.
Schulwesen, landwirtschaftliches, in Posen 298, Landwirtschaftliches in Westpreußen 314.
Schwarz, Dr. F., siehe Kunst und Wissenschaft in Westpreußen.
Schweinezucht in Posen 292, in Westpreußen 324, 432.
Schwerin a. W. 205.
Schwertbrüder 17, 22.
Schwetz 186.
Siedelung, ostwärts 13 ff., der „Holländer" 31.
Slawen in Oberdeutschland 4.
Sokols 617.
Sonntag, Paul, siehe Westpreußen.
Spetzler, Otto †, siehe Förderung, staatliche, von Handwerk und Gewerbe.
Sprache, deutsche 4, Beschränkung der 24, bei Gericht 43, polnische im Großherzogtum War-schau 43, Gebrauch der deutschen und polni-schen 46, 47, 48, Regulativ zur Geschäfts-sprache von 1832 51, Instruktion für Pro-vinzialschulkollegium und Regierung von 1842 52, Deutsch, Unterrichtssprache 1858 58, Sprachenstreit im Mittelalter 210, Zurück-weichen der deutschen Sprache 210, der ober-schlesischen Bevölkerung 388, Einführung der deutschen 485, Förderung der deutschen, im Volksschulwesen 490, 491, Sprachunterrichts, Aufhebung des polnischen 506.
Sprachenkarte 16.
Staatsarchiv, Kgl., Posen 521, Danzig 538.
Städte, Verfassung der 217, Bevölkerungsbewegung 219, Westpreußens, vereinigt mit Polen 228, Entfremdung vom Deutschen Orden 263.
Städtegründung, ostwärts 13 ff., infolge 30jähr. Krieg 213.
Städteordnung 218, 576.

Städteweſen, Provinz Poſen 204 ff., Poloniſierung im 15. Jahrhundert 210, Weſtpreußen 220 ff.
Statthalter, polniſcher 47.
Stein- und Erdinduſtrie 350.
Steinkohle, oberſchleſiſche 361, Bergbau 369.
Steinſalz in Provinz Poſen 81, bei Hohenſalza 177.
Stephan, Walter, ſiehe Städteweſen, Weſtpreußen.

Tabakbau 284, 319, Induſtrie 347.
Tannenberg, Schlacht von 26.
Teilung, erſte, Polens 37, zweite 38, zweite und dritte Teilung 571.
Temperatur, Temperaturmittel 66, 67, Froſttage 71.
Textilinduſtrie 353.
Theaterweſen 529.
Thorn 23, Frieden von 26, unter polniſcher Hoheit 27, Blutbad 33, Schilderung 179, 183, Gründung 205, 221, Geſchichte 230, 231, Jakobskirche 259, Holzhafen 333, Kgl. Gewerbeſchule 412, Kopernikus-Verein für Kunſt und Wiſſenſchaft 532, Muſeum 543.
Tiedemann, von, Regierungspräſident von Bromberg 473.
Tiedemann, von, Major, Vorſitzender des Oſtmarkenvereins 514.
Tonlager in Provinz Poſen 88.
Tuchfabrikation im Mittelalter in der Provinz Poſen 211, 214, Niedergang 219, Einrichtung von Manufakturen 236.
Tucheler Heide 103, 111, 201.
Turmberg 101, 158, 201.

Unruhſtadt, Weinbau uſw. von 161.
Unterrichtsweſen ſiehe auch Schulweſen 314, techniſches 358.
Unterrichtsanſtalten, Mangel an 393, Unterrichtsweſen, gewerbliches 402 ff., allgemeines 473 ff.

Verband oſtpreußiſcher Induſtrieller 359.
Vereinsweſen, landwirtſchaftliches, in Poſen 295, in Weſtpreußen 313.
Verfaſſung der Städte 217, Verfaſſung und Verwaltung 547 ff.
Vereinsleben 517.
Verkehrsweſen 458.
Verſöhnungspolitik 589.
Verſuchsſtationen, landwirtſchaftliche, in Poſen 283, milchwirtſchaftliche, in Poſen 287, landwirtſchaftliche und Samenkontrollſtation in Weſtpreußen 320, für Molkereiweſen 321.
Verwaltung und Verfaſſung 547.
Viehverwertungsgenoſſenſchaft 450.
Volkskunde, kaſſubiſche 533.
Volksſchulen 499.

Wagner, Hermann, ſiehe Land- u. Forſtwirtſchaft.
Waiſenhaus in Neuzedlitz 435, 457.
Waldbeſtand, Provinz Poſen 133.
Waldow, von, Oberpräſident 615.
Wapno 177.
Warſchau, Großherzogtum 40.
Warſchauer, Adolf, ſiehe Städteweſen.
Warthe, Entſtehung des Fluſſes 699, Tal 159, 172, Kanal 334, Schiffahrt 336, Regulierung der 336, Schiffsverkehr 463.
Waſſerverſorgung des oberſchleſ. Induſtriebezirks 386.
Waſſerwege 461.
Wegener, Leo, ſiehe Genoſſenſchaftsweſen.
Welfen 11.
Weſtpreußen, der Boden 101 ff., Pflanzen- und Tierwelt 141 ff., Moore 149, Gewäſſer 181, Meeresküſte 151, Land und Leute 156, Städteweſen 220, Städte von, vereinigt mit Polen 228, Beſitzergreifung durch Friedrich d. Gr. 234, Land- und Forſtwirtſchaft 307 ff., Volksſchulen 501, Kunſt und Wiſſenſchaft 530, Geſchichtsverein 532, Provinzialmuſeum 534, Fiſchereiverein 535, Verfaſſung und Verwaltung 547.
Weichſelniederung 102, Durchbruch 116, 117, Tal 172, Delta 181 ff., Einteichung 184.
Weinbau, Kreis Bomſt 132, Kreis Bromberg 135, Poſen 159, 284, Unruhſtadt 161.
Wierusz-Kowalski, Maler, 162.
Wirtſchaftliche Entwicklung 49, geſchichtliche Entwicklung von Handwerk und Gewerbe 392.
Wiſſenſchaft und Kunſt 515 ff., in Weſtpreußen 530 ff.
Wohnungsweſen der oberſchleſ. Arbeiter 390.
Wronke, Gründung 1278 205.

Zarnowitzer See 113, 196.
Zeittafel 624.
Zentralgenoſſenſchaftskaſſe, preußiſche 449.
Zementfabrik Bolſchau 115, 352.
Zentrum 59.
Zerboni di Sposetti, Oberpräſident 550.
Ziegenzucht in Poſen 293, in Weſtpreußen 325.
Zink, oberſchleſiſches 361, 382.
Zuckerhandel, Danzig 340.
Zuckerinduſtrie 347.
Zunftweſen 236.
Zweiſprachenſyſtem 495.

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

DD
491
P88D48

Deutscher Ostmarkenverein
Die deutsche Ostmark

Rost, Senf & Cie. Leipzig